

**„King-in-Parliament“**

**Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments  
in Englands Mischverfassung**

**Untersuchung der Debatten und Gesetze zur Parlamentsdauer  
(1660-1716)**

**Inaugural-Dissertation**

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

des

Fachbereichs Geschichte und Kulturwissenschaften

der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

**Piero Del Borrello Beckmann**

Marburg 2018

Vom Fachbereich Geschichte und Kulturwissenschaften der Philipps-Universität Marburg als  
Dissertation angenommen am:

Tag der Disputation:

Erster Gutachter: Prof. Dr. Christoph Kampmann

Zweite Gutachterin: Prof. Dr. Inken Schmidt-Voges

Zwei klugen Frauen in Liebe und Dankbarkeit gewidmet:

Meiner Frau Dr. Vida Vafaizadeh

Meiner Mutter Maria Beckmann († 29. Januar 2006)



## **Danksagung**

Die vorliegende Arbeit geht zurück auf die Anregung meines verehrten Doktorvaters Herrn Professor Dr. Christoph Kampmann. Meine Begeisterung für die Verfassungs- und Ideengeschichte aufgreifend schlug er eine Arbeit über die Parlamentsdauer in England vor. Ich möchte ihm für die fachliche Betreuung, für die konstruktiven Gespräche, seine persönliche Anteilnahme, Geduld und Freundlichkeit danken.

Einer ganzen Reihe von weiteren Personen und Institutionen schulde ich meinen Dank für ihre Unterstützung. Frau Professor Dr. Inken Schmidt-Voges danke ich für die Übernahme des Gutachtens. Professor Dr. Karl Härter vom Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte war während meiner dortigen Tätigkeit wegweisend. Seine Arbeit zum Immerwährenden Reichstag in Regensburg und zur Reichsverfassung war inspirierend. Frau Dr. Kerstin Weiland gilt mein besonderer Dank für die Lektüre der Arbeit und ihre ermutigenden Hinweise. Bei PD Dr. Ulrich Niggemann und allen Teilnehmern an den Frühneuzeit-Oberseminaren möchte ich mich sehr bedanken. Für Diskussionen zur Mischverfassung während eines längeren USA-Aufenthaltes in Boston (2013) habe ich Professor Mark Kishlansky († 2015) der Harvard Universität zu danken. Gute Hinweise und Gedanken erhielt ich auch von Herrn Professor Andreas Fahrmeir der Frankfurter Goethe Universität und von PD Dr. Michael Schaich der LMU München, der zugleich am Deutschen Historischen Institut in London (DHIL) tätig ist.

Der Professor Dr. Adolf Schmidtmann-Stiftung an der Universität Marburg und dem Deutschen Historischen Institut danke ich für ihre Forschungsstipendien für einen halbjährigen Aufenthalt in London. Der Forschungsaufenthalt in London half bestehende Gedanken weiterzuentwickeln und mit anderen Forschern zu diskutieren. Besonders hervorzuheben ist die ideale Forschungsatmosphäre am Institute of Historical Research der University of London. Mein Dank gilt dabei besonders auch den dortigen Mitarbeitern der Bibliothek, genauso wie den Angestellten der British Library und der Harvard Widener Library in Cambridge, MA.

Wolfgang Bonfert, Peter Hühne und seiner Frau Ulrike, die mich während meiner Aufenthalte in London und Frankfurt gastfreundlich aufgenommen haben, danke ich sehr dafür. Nicht unerwähnt bleiben sollen all die Freunde, welche die Abfassung der Arbeit interessiert begleitet haben.

Zu größtem Dank bin ich meiner wunderbaren Frau verpflichtet. Ohne Vida wäre diese Arbeit so nicht möglich gewesen. Sie unterstützte mich auf vielfältige Weise, gab mir Zuspruch, stellte Fragen, eröffnete dadurch erfrischende Perspektiven auf mein Thema und war die beste Diskussionspartnerin. Die Belastungen einer Dissertation milderte sie in entscheidender Weise ab. Die Arbeit ist Ihr und meiner Mutter Maria Beckmann gewidmet, die leider zu früh von uns gegangen ist († 2006). In meiner Erinnerung lebt sie immer fort.

# Inhaltsverzeichnis

<b>A. EINLEITUNG</b> .....	<b>1</b>
I. THEMA.....	1
II. QUELLEN .....	10
III. VORGEHENSWEISE.....	21
<b>B. DAS RECHT ZUR EINBERUFUNG, VERTAGUNG UND AUFLÖSUNG DES PARLAMENTS</b> .....	<b>24</b>
I. EINBERUFUNG („WRITS OF SUMMONS“) UND REPRÄSENTATION („PLENA POTESTAS“).....	24
II. VERTAGUNG („ADJOURNEMENTS AND PROROGATIONS“) .....	38
III. AUFLÖSUNG („DISSOLUTION“) .....	40
<b>C. PARLAMENTSSITZUNGEN UND -REZESSE (1660-1722)</b> .....	<b>41</b>
I. RESTAURATION (1660-81).....	43
1. Das „Convention Parliament“ (1660) .....	43
2. Das „Cavalier Parliament“ (1661-79) .....	45
3. Die „Exclusion Parliaments“ (1679-81).....	62
II. REVOLUTION (1681-89).....	68
1. Die Parlamentslose Herrschaft (1681-88) .....	68
2. Das „Convention Parliament“ (1689/90).....	73
3. Tagungsmuster der Parlamente (1660-88) .....	75
III. KONSOLIDIERUNG (1690-1722) .....	76
1. Die Parlamente Wilhelms III. (1690-1702) .....	76
2. Die Parlamente Königin Annas (1702-14) .....	85
3. Das erste Parlament König Georgs I. (1715-22) .....	95
<b>D. DEBATTEN ZUR EINBERUFUNG UND RECHTMÄßIGKEIT</b> .....	<b>98</b>
I. „CONVENTION PARLIAMENT“ (1660).....	98
1. Von der Republik zur Restauration (1649-60) .....	98
a) Die Parlamente der Republik (1649-58) .....	98
b) Das Ende der Republik (1658-60) .....	101
c) Das „Convention Parliament“ (1660) .....	105
2. Einberufung (1660).....	107
a) Royalistische, Republikanische und die Mischverfassung propagierende Pamphlete.....	107
b) Parlamentsverfahren.....	143
c) Parlamentswahl .....	154
3. Rechtmäßigkeit (1660).....	155
a) Erste Parlamentssitzung (25.04.-13.09.1660).....	155
b) Zweite Parlamentssitzung (13.11.-29.12.1660) .....	168
c) Letzte Beratungen und Auflösung (21.11.–29.12.1660) .....	185
II. „CONVENTION PARLIAMENT“ (1689).....	190
1. Von der Selbstherrschaft zur „Glorious Revolution“ (1681-88) .....	190

2. Einberufung (1688).....	191
3. Rechtmäßigkeit (1689).....	194
III. ZUSAMMENFASSUNG .....	226
<b>E. DEBATTEN ZUR PARLAMENTSDAUER.....</b>	<b>230</b>
I. „TRIENNIAL ACT“ (1664).....	230
1. Normierte Parlamentsdauer (1641-57).....	231
2. „Restoration Settlement“ (1660-64).....	260
3. „Parliamentary Management and Debates“ (1660-64).....	276
4. Zusammenfassung .....	295
II. „STANDING PARLIAMENT DEBATE“ (1675-77) .....	299
1. „Parliamentary Management“ (1665-75).....	300
a) „Parliamentary Management“ (1665-67).....	302
b) „Parliamentary Management“ (1667-73) .....	306
c) „Parliamentary Management“ (1673-74).....	307
2. „Court and Country“ (1675-77) .....	315
3. „Cavalier Parliament: Debates and Pamphlets“ (1675-77).....	319
a) 14. Sitzung (13.04.-09.06.1675).....	319
b) 15. Sitzung (13.10.-22.11.1675).....	327
c) 16. Sitzung (15.02.1677-13.05.1678) .....	357
4. Zusammenfassung .....	395
III. „TRIENNIAL ACT“ (1694).....	411
1. „The Rage of Party I“ (1690-1702) .....	411
a) „Whigs and Tories“ (1690-93).....	412
b) „Whig-Junto“ (1693-98).....	424
c) „Three Parliaments“ (1698-1702) .....	432
2. „First Officers’ Parliament: Debates and Pamphlets“ (1692-94).....	437
a) 4. Sitzung (04.11.1692-14.03.1693).....	439
b) 5. Sitzung (07.11.1693-25.04.1694).....	460
c) 6. Sitzung (12.11.1694-03.05.1695) .....	466
3. Parlament und Thronfolge (1696, 1701 und 1706).....	475
a) „Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament [...]“ (1696) .....	475
b) „Act of Settlement“ (1701) .....	477
c) „Regency Act“ (1706).....	478
4. Zusammenfassung .....	480
IV. „SEPTENNIAL ACT“ (1716) .....	491
1. „The Rage of Party II“ (1702-16) .....	491
a) Marlborough-Godolphin (1702-10) .....	492
b) Robert Harley (1710-14).....	498
c) Hannover (1714-16).....	503
2. „5th Parliament of Great Britain: Debates and Pamphlets“ (1714-16).....	508
3. „Failed Revocations“ (1719 und 1734).....	546



4. Zusammenfassung .....	556
<b>F. ERGEBNISSE .....</b>	<b>570</b>
I. FALLSTUDIEN ZUR PARLAMENTSDAUER .....	570
II. ZUSAMMENFASSUNG .....	581
<b>ANHANG .....</b>	<b>588</b>
I. ANALEKTEN .....	588
II. TABELLEN UND DIAGRAMME ZUR PARLAMENTSDAUER .....	611
1. Parlamentstagedauer (1660-1679) .....	611
2. Parlamentstagedauer (1679-1689) .....	613
3. Parlamentstagedauer (1689-1702) .....	617
4. Parlamentstagedauer (1702-1715) .....	622
5. Parlamentstagedauer (1715-1722) .....	627
6. Karl II Herrschaft mit/ohne Parlament (1660-1685) .....	628
7. Jakob II Herrschaft mit/ohne Parlament (1685-89).....	629
8. Wilhelm III Herrschaft mit/ohne Parlament (1689-1702) .....	630
9. Queen Anne Herrschaft mit/ohne Parlament (1702-15).....	631
III. LITERATURVERZEICHNIS .....	632



## A. Einleitung

### I. Thema

Eine in Deutschland kontrovers geführte Diskussion zur Stellung des Immerwährenden Reichstags (1663-1806) im Vergleich zu anderen europäischen Ständevertretungen gab Anlaß zur Untersuchung der Parlamentsdauer in England im Zeitraum zwischen der Restauration der Stuart-Dynastie nach Bürgerkrieg und Republik bis zum Beginn der Welfenherrschaft in Großbritannien (1660-1716). Die spezifische Frage nach der Tagungsdauer des englischen Parlaments (Permanenz oder Periodizität) wurde in der jüngeren deutschen Historiographie im Rahmen der Untersuchungen zur Entstehung des Immerwährenden Reichstags in Regensburg diskutiert. Eine dem Immerwährenden Reichstag unterstellte besondere „Innovationsfähigkeit“, „Modernität“ und „Vorreiterrolle“ im Hinblick auf die Verstetigung (Permanenz) dieser Institution im Vergleich zu anderen europäischen Parlamenten und Ständeversammlungen (Periodizität der Tagungsweise) löste einen Meinungsstreit aus, der zum Vergleich mit dem englischen Parlament führte. Es stellte sich die Frage, weshalb man sich in England mit dem „*Triennial Act*“ (1694) für eine zunächst dreijährige und mit dem „*Septennial Act*“ (1716) für eine siebenjährige Periodizität des Parlaments entschied, die bis zum Reformgesetz des „*Parliament Act*“ (1911) mit fünfjähriger Parlamentsdauer in Geltung blieb, während es nach der Einberufung des später so genannten Immerwährenden Reichstages (1663) im Reich zur Permanenz dieser Institution kam, die bis zum Ende des Alten Reichs dauerte (1806)<sup>1</sup>.

Dem Immerwährenden Reichstag wurde in der Geschichtswissenschaft lange Zeit nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt<sup>2</sup>. Dies änderte sich mit einer Studie Anton Schindlings zur Entstehung

---

<sup>1</sup> KAMPMANN, Christoph, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, Aktuelle Forschungsfragen und ein deutsch-englischer Vergleich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11, 2004, S. 646–662; KAMPMANN, Christoph, Parlament, Band 9 Naturhaushalt - Physiokratie, in: Friedrich JAEGER (HRSG.), Enzyklopädie der Neuzeit, 16 Bände, Stuttgart [u.a.], 2005-12, S. 857–868, hier S. 863

<sup>2</sup> GRÖBLER, Hermann, Die Ursachen der Permanenz des sogenannten Immerwährenden Reichstags zu Regensburg, Inaugural-Dissertation Johann-Friedrichs-Universität zu Jena, Stargard, 1869; HÖXTER, Julius, Die Vorgeschichte und die beiden ersten Jahre des "Immerwährenden" Reichstages zu Regensburg, Universität Dissertation, Heidelberg, 1901; FÜRNRÖHR, Walter, Der Immerwährende Reichstag zu Regensburg, Das Parlament des Alten Reiches. Zur 300-Jahrfeier seiner Eröffnung 1663, Regensburg, Kallmünz, 1987 (1963), 2. Auflage; KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 649f.; Karl Härter stellt die unzureichende Forschung über den Immerwährenden Reichstag bis 1991 dar, vgl.: HÄRTER, Karl, Reichstag und Revolution 1789-1806, Die Auseinandersetzung des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das alte Reich, Göttingen, 1992, S. 32; Der Forschungsstand zum Immerwährenden Reichstag findet sich im Anhang dieser Arbeit kurz dargestellt.

des Immerwährenden Reichstags<sup>3</sup> und fand seine Fortsetzung in der lebhaften Forschungsdiskussion, die Johannes Burkhardt mit einer Studie anlässlich des 350. Jubiläums des Westfälischen Friedens auslöste<sup>4</sup>. Burkhardt verglich darin die Genese des Reichstages zu einer permanent tagenden Einrichtung explizit mit anderen europäischen Versammlungen und nahm diese Entwicklung des Reichstags als Beweis für die Innovationsfähigkeit und Modernität des Heiligen Römischen Reiches nach 1648, weil es mit dem Immerwährenden Reichstag das erste stehende Parlament überhaupt etablierte. Die daran geäußerte Kritik von Paul Münch und Martin Tabaczek richtete sich besonders gegen die Bezeichnung des Immerwährenden Reichstags als „erstes stehendes Parlament“<sup>5</sup>. Dies sei terminologisch falsch, weil der Immerwährende Reichstag keine Repräsentation der gesamten Bevölkerung gewesen sei<sup>6</sup>. Burkhardt wehrte diesen Vorwurf damit ab, daß es ihm mit seinem Hinweis nicht darum ging, dem Immerwährenden Reichstag den Charakter einer modernen Volksvertretung zu geben, er wollte vielmehr den parlamentarischen Traditionen in der deutschen Geschichte nachspüren<sup>7</sup>. Der Verweis auf den fehlenden Charakter einer echten Volksvertretung verstelle den Blick auf die durchaus vorhandenen Traditionslinien des Parlamentarismus im frühneuzeitlichen römisch-deutschen Reich. Ein Vergleich des Immerwährenden Reichstags mit den zeitgenössischen Ständeversammlungen und Parlamenten lasse hinsichtlich der raschen Durchsetzung der Permanenz einen bemerkenswerten Entwicklungsvorsprung des Immerwährenden Reichstags sichtbar werden, gerade auch gegenüber dem englischen Parlament. Der Reichstag war schon längst eine permanent tagende Versammlung während das englische Parlament nach wie vor periodisch tagte. Durch diese frühe Verfestigung habe der Reichstag im europäischen Vergleich eine Vorreiterrolle übernommen, habe hinsichtlich

---

<sup>3</sup> SCHINDLING, Anton, Die Anfänge des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg, Ständevertretung und Staatskunst nach dem Westfälischen Frieden, Mainz, 1991

<sup>4</sup> BURKHARDT, Johannes, Das größte Friedenswerk der Neuzeit, Der Westfälische Friede in neuer Perspektive, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 49, 1998, S. 562–612; BURKHARDT, Johannes, Die erste föderale Verfassung, Der Westfälische Friede zu Münster und Osnabrück vor 350 Jahren war ein Glücksfall für die deutsche Geschichte, in: Berliner Zeitung, vom 24. 10. 1998

<sup>5</sup> MÜNCH, Paul, 1648 - Notwendige Nachfragen, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 47, 1999, S. 329–333; TABACZEK, Martin, Wieviel tragen Superlative zum historischen Erkenntnisfortschritt bei?, Anmerkungen zum Beitrag von Johannes Burkhardt "Das größte Friedenswerk der Neuzeit. Der Westfälische Friede in neuer Perspektive" (GWU 10/98), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 12, 1999, S. 740–747

<sup>6</sup> STOLLEIS, Michael, "Respublica mixta", Zur Verfassung des Alten Reichs, in: Werner FROTSCHER/Gilbert-Hanno GORNIG/Urs KRAMER/Uwe VOLKMANN (HRSG.), Staat-Wirtschaft-Gemeinde, Festschrift für Werner Frotscher zum 70. Geburtstag, Berlin, 2007, S. 23–34, hier S. 24; HÄRTER, Reichstag und Revolution 1789-1806, 1992, S. 36. Karl Härter führt die Beschreibungen der aktiven Teilnehmer des Reichstags als Beleg dafür an, daß es sich beim Immerwährenden Reichstag nicht um ein Repräsentationsorgan im modernen Sinne handelte.

<sup>7</sup> BURKHARDT, Johannes, Über das Recht der Frühen Neuzeit, politisch interessant zu sein, Eine Antwort an Martin Tabaczek und Paul Münch, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 12, 1999, S. 748–756

der Tagungsweise eine „avantgardistische Funktion“ erfüllt. Im Rahmen der Entwicklung des modernen Parlamentarismus stelle der Schritt des Reichstages zur Permanenz unter „Überspringung der Periodizität“ einen Entwicklungssprung dar, der die Innovationsfähigkeit der Reichsverfassung nach 1648 zeige<sup>8</sup>. Burkhardts Thesen wurden in der Folgezeit strittig diskutiert<sup>9</sup>.

Christoph Kampmann verglich in seinem Aufsatz *„Der Immerwährende Reichstag als ‚erstes stehendes Parlament?‘ – Aktuelle Forschungsfragen und ein deutsch-englischer Vergleich“* die Entwicklung des Immerwährenden Reichstags direkt mit jener des englischen Parlaments zwischen 1660 und 1694, um die Frage zu beantworten, ob der Übergang des Immerwährenden Reichstags zur Permanenz wirklich einen so entscheidenden Entwicklungsvorsprung ausmachte und warum sich der Reichstag zu einer ständigen Einrichtung entwickelte, während das englische Parlament im gleichen Zeitraum zu einem periodisch tagenden Gremium wurde<sup>10</sup>. Während sich die Permanenz des Immerwährenden Reichstags als *„Ergebnis einer verfassungspolitischen Unentschiedenheit im Reich“* darstellt, erscheint die Periodizität des englischen Parlaments als ein bewußt vollzogener Schritt nach heftigem Streit um das langjährige *„Cavalier Parliament“* Karls II., das von der *„Country“-*Opposition unter Führung des Earl of Shaftesbury als *„Standing Parliament“* diffamiert und bekämpft worden war. Die Bezeichnung *„Standing Parliament“* wurde als Kampfbegriff verwendet und dem Feindbild des Absolutismus und Despotismus kontinentaleuropäischen Zuschnitts zugeordnet<sup>11</sup>. Es stellte sich die Frage, weshalb es in England zu der kontroversen Debatte über die Verfestigung des Parlaments kam? Warum wurde in dieser Debatte der Begriff

---

<sup>8</sup> BURKHARDT, Johannes, Verfassungsprofil und Leistungsbilanz des Immerwährenden Reichstags, Zur Evaluierung einer frühmodernen Institution, in: Heinz DUCHHARDT/Matthias SCHNETTGER (HRSG.), *Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum*, Mainz, 1999, S. 153–183; BURKHARDT, Johannes, Europäische Nachzügler oder institutioneller Vorreiter?, Plädoyer für einen neuen Entwicklungsdiskurs zur konstruktiven Doppelstaatlichkeit des frühmodernen Reiches, in: Matthias SCHNETTGER (HRSG.), *Imperium Romanum, irregulare corpus, Teutscher Reichs-Staat, Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz, 2002, S. 297–316

<sup>9</sup> FÜRNRÖHR, Walter, Das Comeback des Alten Reichs, Auch ein "Historikerstreit" mit Bedeutung für das historisch-politische Bewusstsein in (Mittel-)Europa?, in: *Geschichte, Politik und ihre Didaktik, Zeitschrift für historisch-politische Bildung* 29, 2001, S. 80–87; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662

<sup>10</sup> KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 649

<sup>11</sup> Das Fehlen einer eindeutigen gesetzlichen Festlegung im Reich bedingt dabei keineswegs ein negatives Urteil im Sinne einer Untätigkeit oder Unentschlossenheit, sondern ließ allen Reichsakteuren Handlungsfreiheit und Spielräume zur Gestaltung. Gewohnheitsrechtliche Verfestigung ersetzte im Reich eine gesetzliche Fixierung, die der moderne Betrachter aber erwartet. Sich von dieser Erwartungshaltung einer gesetzlichen Normierung zu befreien, erweitert die Möglichkeiten zur Würdigung der Reichsverfassung und frühneuzeitlicher Prozesse; vgl. dazu KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 652: *„Vielmehr kann das Permanent-Werden des Reichstags auch als Ausdruck einer gewissen verfassungspolitischen Unentschlossenheit aufgefasst werden, also einer Nicht-Entscheidung, einer für die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches vielleicht charakteristischen Zweideutigkeit in verfassungsrechtlichen Grundsatzfragen“*

„*Standing Parliament*“ zu einem Schlagwort der politischen Auseinandersetzung, zu einem Kampfbegriff der „*Country*“-Opposition? Kampmann vertrat die These, daß „*dieser Vorgang eine direkte Folge der gewandelten Politik der Krone gegenüber dem Parlament in der Restaurationsära [ist]. Verfassungsrechtliche Grundlage des Verhältnisses von Parlament und Krone waren die Grundsatzentscheidungen des ‚Convention Parliament‘ und der Krone im Frühjahr 1660, die zur Wiedererrichtung der Monarchie sowie der beiden Häuser des Parlaments, der Lords und der Commons, führten. Die ‚political nation‘ kehrte [...] bewußt zur alten gemischten Verfassung zurück*“<sup>12</sup>. Die gewandelte Politik Karls II. bestand darin, im Gegensatz zu seinem Vater nicht ohne, sondern mit dem Parlament zu regieren, dieses durch „*Parliamentary Management*“ zum Instrument der eigenen Politik zu machen. Der Rat des Herzogs von Newcastle an Karl II. bestärkte scheinbar diese Auffassung: „*There is nothing better than to govern by well regulated parliaments*“<sup>13</sup>. Dagegen verlangte die „*Country*“-Opposition die Auflösung des Parlaments mit der Begründung, daß ein vom König beherrschtes Parlament jedes Regierungsziel hätte durchsetzen können<sup>14</sup>. Karl II. unternahm nach der erzwungenen Auflösung des „*Cavalier Parliament*“ (1679) und nach den drei kurzen „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81) alles, um während seiner Selbstherrschaft (1681-85) durch Manipulationen die Grundlagen zur Wahl eines ihm willfährigen Parlaments zu schaffen. Jakob II., sein Bruder und Nachfolger auf dem Thron, folgte in dieser Politik seinem Vorgänger, trieb die Manipulationen zur Instrumentalisierung des Parlaments aber auf die Spitze. Und auch Wilhelm III. verzichtete nicht auf ein „*Parliamentary Management*“ („*Officers‘ Parliaments*“) <sup>15</sup>. Diesmal aber kam es zur Verabschiedung eines „*Triennial Act*“ zur Begrenzung der Parlamentsdauer<sup>16</sup>. In England war der Übergang zur Periodizität also gerade ein entscheidender Entwicklungsschritt zur institutionellen Festigung, nachdem die Regierungsjahre Karls II. und später auch Wilhelms III. gezeigt hatten, welch enormen machtpolitischen Vorteil ein „stehendes“, auf Permanenz angelegtes Parlament der Krone bieten konnte<sup>17</sup>.

---

<sup>12</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 653

<sup>13</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 654f.

<sup>14</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 656–659

<sup>15</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 659–661

<sup>16</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 661: „*Das Gesetz von 1694 [stärkte] in einem wesentlichen Punkt die institutionelle Selbstständigkeit des englischen Parlaments gegenüber der Krone, indem es den König dazu zwang, das Parlament nach einer vorgeschriebenen Zeitspanne wieder aufzulösen*“

<sup>17</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 662: „*Der ‚Triennial Act‘ von 1694 war eine bewußte verfassungspolitische Richtungsentscheidung gegen die Möglichkeit eines ‚stehenden Parlaments‘ – eine Richtungsentscheidung, die wesentlich dazu beitrug, daß das frühneuzeitliche englische Parlament eine institutionell*

Die Verstetigung per se als Beleg für einen höheren „fortgeschritteneren“ Grad der institutionellen Entwicklung zu werten sei fragwürdig. Kampmann bestritt, daß Burkhardts Stufenmodell, das die periodische Tagungsweise einer Verfassungsinstitution als einen „Zwischenschritt“ hin zur Permanenz erscheinen lässt, Allgemeingültigkeit beanspruchen kann. In der Umwandlung des deutschen Reichstags zu einem ständig tagenden Gesandtenkongress erkannte er nicht eine höhere, „modernere“, sondern lediglich eine andere Form der Institutionalisierung. Er wies darauf hin, daß der Gestaltwandel des Reichstages gerade dem Kaiser zu Nutzen kam, was eine wichtige Parallele zu England darstellt. Denn auch dort instrumentalisierte der Monarch mit dem „*Cavalier Parliament*“ (1661-79) ein stehendes Parlament. Er hatte sich durch ein geschicktes „*Parliamentary Management*“ ein gefügiges Parlament geschaffen, das ihm mehr nützte als schadete<sup>18</sup>. Burkhardt nahm aufgrund der vergleichenden Analyse Kampmanns den behaupteten Avantgardismus des stehenden Reichstages zurück und konstatierte, daß „offenbar zwei Wege der Institutionalisierung in Rechnung zu stellen sind“<sup>19</sup>.

**Diese Arbeit geht der Beantwortung zentraler Fragen des englischen Parlamentarismus nach:**

1) Warum entschied man sich in England mit dem „*Triennial Act*“ (1694) und dem „*Septennial Act*“ (1716) für periodische Parlamente von dreijähriger (1694-1716) und siebenjähriger Dauer (1716-1911), nachdem man zuvor zweimal dauerhafte Parlamente hatte („*Long Parliament*“, 1641-60 und „*Cavalier Parliament*“, 1661-79), während sich zeitgleich im Heiligen Römischen Reich der Immerwährende Reichstag (1663-1806) als dauerhaftes Parlament etablierte? Warum forderte die Opposition in England die Beschränkung der Parlamentsdauer und Periodizität?, 2) Warum widerrief man mit dem „*Septennial Act*“ (1716) den „*Triennial Act*“ und ersetzte die dreijährige durch eine siebenjährige Parlamentsdauer? Gab es zwischen der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) und des „*Parliament Act*“ (1911) mit der Einführung der fünfjährigen Parlamentsdauer weitere Versuche zur Änderung der Parlamentsdauer? Eine Untersuchung der Debatten im Parlament und außerhalb in Druckschriften soll Antworten auf die gestellten Fragen und Aufschluß über die verwendeten Argumente der Gegner und Befürworter regelmäßiger Parlamente geben.

**Die Erforschung der englischen Parlamenten im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts** wurde relativ vernachlässigt im Gegensatz zu den Parlamenten der Tudors, den frühen Stuarts, der

---

*selbstständige Position wahren und sich so kontinuierlich zum modernen Parlament unserer Tage fortentwickeln konnte“;*  
KAMPMANN, Christoph, *Parlament*, 2005-12, S. 863

<sup>18</sup> KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 662; JONES, J. R., *Country and Court, England 1658-1714, The New History of England, Volume V*, London, 1978, S. 38

<sup>19</sup> BURKHARDT, Johannes, *Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648 - 1763*, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte Band 11, Stuttgart, 2006, S. 92f.

Bürgerkriegszeit und der Republik, die intensiv erforscht wurden. In dieser geringen Beachtung durch die Forschung sind die Parlamente der späten Stuartzeit vergleichbar mit dem geringen Interesse, das der Entstehung und weiteren Genese des Immerwährenden Reichstags im Heiligen Römischen Reich entgegengebracht wurde<sup>20</sup>. Auffallend ist, daß es keine spezifischen Studien zum Recht der Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments sowie zur Tagungsweise- bzw. –dauer im Rahmen der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ gibt, der Frage nach der englischen Entscheidung für die Periodizität des Parlaments also nicht nachgegangen wurde. Über die Gründe für die geringe Beachtung der Parlamente der späten Stuartzeit kann nur spekuliert werden. Die Unzugänglichkeit der Parlaments- wie der Reichstagsgeschichte als Institutionengeschichte im Zwischenbereich zwischen Geschichtswissenschaft einerseits und Rechts- und Politikwissenschaft andererseits mag eine Erklärung dafür sein. Personen- und Ereignisgeschichte scheint Historikern und Lesern allemal interessanter zu sein als Institutionen- und Strukturgeschichte. Schillernde Persönlichkeiten wie etwa Heinrich VIII. und Elisabeth I. faszinieren und sind zugänglicher als Institutionen wie das englische Parlament. Die epochemachende Einführung der Reformation in England und die Suche nach Erklärungen für den Englischen Bürgerkrieg mit seinen zahlreichen Opfern, dürfte ein weiterer wichtiger Grund dafür sein, warum die Parlamente der späten Stuartzeit weit weniger intensiv erforscht worden sind, zumal die entscheidende Rolle des Parlaments für Reformation und Bürgerkrieg drängender an den Forschungseifer appellierten. Die Erforschung des Dreissigjährigen Krieges und seiner Ursachen in Deutschland ließ die unmittelbar darauffolgende Nachkriegszeit mit der Entstehung des Immerwährenden Reichstages in ähnlicher Weise in den Hintergrund treten. Die im Vergleich konfliktlosen Nachkriegszeiten werden allzu häufig sträflich vernachlässigt, obwohl gerade diese die Inkubationszeit nachfolgender Konflikte bilden.

Betrachtet man die Publikationen zur späten Stuartzeit, so sind für die Parlamente Karls II. zunächst die älteren Aufsätze von Abbott und Turberville zu nennen. Die ältere, whiggistisch geprägte englische Geschichtswissenschaft verfolgte allerdings ein lineares, auf Fortschritt geeichtes Geschichtsbild, welches das Parlament als antagonistische und letztlich siegreiche Kraft im Kampf gegen Absolutismus und Tyrannis darstellte<sup>21</sup>. Die jüngere Forschung nahm die Warnungen vor der

---

<sup>20</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 652f.: „*Die Literatur zur Geschichte der Parlamente unter den frühen Stuarts ist geradezu uferlos [...]; den vielen Studien zu den Parlamenten der frühen Stuart-Ära stand lange Zeit lediglich ein einziges Werk zum ‚Cavalier Parliament‘ der Restaurationszeit gegenüber, nämlich das von D. T. Witcombe*“; WITCOMBE, D. T., Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, Manchester, 1966

<sup>21</sup> ABBOTT, Wilbur C., The Long Parliament of Charles II, Part I, in: English Historical Review XXI, 1906, Nr. LXXXI, S. 21–56; ABBOTT, Wilbur C., The Long Parliament of Charles II, Part II, in: English Historical Review XXI, 1906, Nr. LXXXII, S. 254–285;



Gefährdung der Freiheit durch ein „*Standing Parliament*“ aber ernst<sup>22</sup>. Nach wie vor ganz unverzichtbar sind die Werke von Ogg, Witcombe, Jones und Seaward<sup>23</sup>. Die neueren Publikationen sind mit Swatland, Smith, Patterson und Paley/Seaward überschaubar geblieben<sup>24</sup>. Nicht unbeachtet bleiben dürfen die Werke, die einen größeren Bearbeitungszeitraum bewältigen, wenn auch weniger detailliert sind, oder Teilaspekte bearbeiten, diese dafür aber ausführlicher beleuchten<sup>25</sup>. Auffällig ist die geringe Beachtung, die den Parlamenten von Wilhelm III. und Mary

---

Turberville, A. S., *The House of Lords under Charles II, Part I*, in: *English Historical Review* 44, 1929, Nr. 175, S. 400–417; Turberville, A. S., *The House of Lords under Charles II, Part II*, in: *English Historical Review* 45, 1930, Nr. 177, S. 58–77; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 657: „*Die ältere englische Historiographie hat die Warnungen der „Country“-Opposition vor den Folgen eines „stehenden Parlaments“ im Rückblick nicht ernst genommen. Die These, daß ein „Standing Parliament“ zu einer wesentlichen Stärkung der monarchischen Zentralgewalt hätte führen können, wurde als Propaganda der „Country“-Opposition abgetan. Das Parlament, und zwar auch das „Cavalier Parliament“, galt in der klassischen Geschichtsschreibung vielmehr als der eigentliche und im Verlauf des 17. Jahrhunderts ständig stärker werdende Garant der englischen Freiheit gegen die despotischen Neigungen der Stuarts*“; vgl. BUTTERFIELD, Herbert, *The Whig Interpretation of History*, London, 1950 (1931)

<sup>22</sup> KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 657: „*In jüngerer Zeit mehren sich allerdings in der englischen Geschichtswissenschaft die Stimmen, die die zeitgenössischen Warnungen Shaftesburys und seiner Gesinnungsgenossen durchaus nicht für ganz unbegründet halten: [...]*“; vgl. dazu die Arbeiten von MILLER, John, *Charles II and his Parliaments*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 32, 1982, S. 1–23; MORRILL, John, *The Later Stuarts, A Glorious Revolution?*, in: *History Today* 38, 1988, S. 8–16; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 658: „*Zur Begründung verweisen diese Historiker auf das korporative Selbstverständnis des englischen Parlaments [...]*“; vgl. zum korporativen Charakter des Parlaments seit den Tudors: ELTON, Geoffrey Rudolph, *"The Body of the Whole Realm", Parliament and Representation in Medieval and Tudor England*, Charlottesville, 1969; ELTON, Geoffrey Rudolph, *The Tudor Revolution in Government, Administrative Changes in the reign of Henry VIII*, Cambridge, 1966

<sup>23</sup> OGG, David, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, Oxford, 1955; OGG, David, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, Oxford, 1955; Helms, Mary Elizabeth Wittmayer, *The Convention Parliament of 1660*, Doctoral Dissertation (unpublished), Bryn Mawr, 1963; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966; Basil D. Henning zu den Veröffentlichungen vor Witcombe, vgl.: WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. V; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978; MILLER, *Charles II and his Parliaments*, 1982, S. 1–23; SEAWARD, Paul, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime 1661-1667*, Cambridge, 1989; MORRILL, *The Later Stuarts, A Glorious Revolution?*, 1988, S. 8–16; zur neueren Literatur von Seaward, Miller und Morrill als „Trendwende“ in der Beschäftigung mit den Parlamenten der späten Stuarts und zur Unverzichtbarkeit der großen Gesamtdarstellungen von Ogg und Jones, vgl.: KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 53

<sup>24</sup> SWATLAND, Andrew, *The House of Lords in the reign of Charles II*, Cambridge, 1996; SMITH, David, *The Stuart parliaments 1603-1689*, London, 1999; PATTERSON, Annabel, *The Long Parliament of Charles II*, New Haven Connecticut, London, 2008; PALEY, Ruth/SEAWARD, Paul, *Honour, interest & power, An illustrated history of the House of Lords, 1660-1715*, Woodbridge, England, Rochester, USA, 2010

<sup>25</sup> POLLARD, Albert Frederick, *The Evolution of Parliament*, London, 1920; ROBERTS, Clayton, *The Growth of Ministerial Responsibility to Parliament in Later Stuart England*, in: *Journal of Modern History* 28, 1956, Nr. 3, S. 215–233; LOEWENSTEIN, Karl, *Der britische Parlamentarismus, Entstehung und Gestalt*, Hamburg, 1964; PLUMB, J. H., *The Growth of Political Stability in England 1675-1725*, London, 1967; CANNON, John Ashton, *Parliamentary reform 1640-1832*, Cambridge, 1973; KLUXEN, Kurt, *Geschichte*

geschenkt wurde. Monographien zu den Parlamenten Königin Annas liegen gar nicht erst vor<sup>26</sup>. Für die Beschäftigung mit den Parlamenten der späten Stuartzeit sind deshalb auch die Werke zur allgemeinen Verfassungsgeschichte Englands heranzuziehen<sup>27</sup> und die Geschichtswerke, die sich mit den Herrschern und ihrer Herrschaft insgesamt auseinandersetzen, zu den Stuarts im allgemeinen<sup>28</sup>, zu Karl II.<sup>29</sup>, Jakob II.<sup>30</sup>, Wilhelm III.<sup>31</sup> und Königin Anna<sup>32</sup>.

---

und Problematik des Parlamentarismus, Frankfurt am Main, 1983; KEMP, Betty, King and Commons 1660-1832, Westport, Connecticut, 1984; LONGFORD, Frank Pakenham, A history of the House of Lords, Stroud, 1999; GOLDSWORTHY, Jeffrey, The sovereignty of parliament, History and philosophy, Oxford [etc.], 1999; SEEL, G. E./SMITH, David L., Crown and parliaments, 1558-1689, Cambridge, New York, 2001; JONES, Clyve (Hrsg.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009

<sup>26</sup> TURBERVILLE, A. S., The House of Lords in the reign of William III, Oxford, 1913; HORWITZ, Henry, Parliament, policy, and politics in the reign of William III, Manchester, 1977; JONES, David Lewis, A parliamentary history of the Glorious Revolution, London, 1988

<sup>27</sup> HALLAM, Henry, The Constitutional History of England, From the Accession of Henry VII. to the Death of George II., In Three Volumes. Vol. III., London, 1884, New Edition; BAGEHOT, Walter, The English Constitution, London, 1894, Seventh Edition; MAITLAND, Frederic William, The Constitutional History of England, A Course of Lectures Delivered, Cambridge, 1919; CHRIMES, S. B., English Constitutional History, London, 1949; MARCHAM, Frederick George, A Constitutional History of Modern England, 1485 to the Present, New York, 1960; Keir, Sir David Lindsay, The Constitutional History of Modern Britain since 1485, London, 1964; TANNER, J. R., English Constitutional Conflicts of the Seventeenth Century 1603-1689, Cambridge, 1966

<sup>28</sup> FEILING, Keith, England under the Tudors and Stuarts 1485-1688, London, 1949; FARMER, D. L., Britain and the Stuarts, London, 1965; LOCKYER, Roger, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, London, 1967; KLUXEN, Kurt, Geschichte Englands, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart, 1968; ASHLEY, Maurice, England in the Seventeenth Century, Middlesex, England, 1968; ASHLEY, Maurice, The House of Stuart, Its rise and fall, London, 1980; COWARD, Barry, The Stuart Age, England 1603-1714, London, 1980; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978; HILL, Christopher, A century of revolution 1603-1714, London, 1991; KISHLANSKY, Mark, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, London, 1996; EBER, Reingard, Die Tudors und Stuarts 1485-1714, Stuttgart, 2004; MILLER, John, The Stuarts, London, New York, 2004

<sup>29</sup> LODGE, Richard, The History of England, Vol. VIII., From the restoration to the death of William III. (1660-1702), London, 1910; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955; BLISS, Robert M., Restoration England 1660-1688, 1985; HARRIS, Tim, London crowds in the reign of Charles II, Propaganda and politics from the Restoration until the exclusion crisis, Cambridge, 1987; JONES, J. R., Charles II, Royal politician, London, Boston, 1987; HUTTON, Ronald, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, Oxford, New York, 1989; SEAWARD, Paul, The Restoration 1660-1688, London, 1991; FELLOWS, Nicholas, Charles II and James II, London, 1995; GLASSEY, Lionel (Hrsg.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997; MILLER, John, The Restoration and the England of Charles II, London, 1997; MILLER, John, After the Civil Wars, Government in the reign of Charles II, London, New York, 2000; AYLMER, Gerald Edward, The crown's servants, Government and civil service under Charles II, 1660-1685, Oxford, 2002; WEISER, Brian, Charles II and the politics of access, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2003; HARRIS, Tim, Restoration, Charles II and his kingdoms 1660-1685, London, 2005; KREY, Gary S. De, Restoration and Revolution in Britain, A political history of the era of Charles II and the Glorious Revolution, Basingstoke, 2007; FRASER, Antonia, King Charles II, London, 2007; KEAY, Anna, The magnificent monarch, Charles II and the ceremonies of power, London, 2008; ROSE, Jacqueline, Godly kingship in Restoration England, The politics of the royal supremacy, 1660-1688, Cambridge, New York, 2011; SHARPE, Kevin, Rebranding rule, The restoration and revolution monarchy, 1660-1714, New Haven Connecticut, London, 2013

Herausragend und unverzichtbar sind die Online zugänglichen Arbeiten des „*History of Parliament Trust*“, vor dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen aus dem Londoner „*Institute of Historical Research*“ der „*University of London*“, nach dem Krieg wiederbegründet unter maßgeblicher Mitarbeit der Historiker Sir Lewis Namier, Sir Frank Stenton and Sir John Neale, seit 1995 von den beiden Häusern des Parlaments getragen und finanziert und seit 2001 unter Leitung des renommierten Parlamentsforschers Paul Seaward. Schwerpunktmäßig prosopographisch und die soziale Zusammensetzung beleuchtend wird der gesamte Personenkreis aller jemals gewählten Abgeordneten erfaßt. Umfassende Forschungsartikel zu den Wahlkreisen, den Parlamenten und Überblicksdarstellungen („*surveys*“) ergänzen das Spektrum. Abgedeckt werden nahezu alle Parlamente zwischen 1386 und 1832 mit wenigen, aber wichtigen Ausnahmen der englischen Republik und der späten Stuartzeit. Artikel zu den Parlamenten der Republik fehlen bis auf „*Barebone's Parliament*“ (1653), genauso wie die Artikel zu den drei „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81), dem Parlament Jakobs I. (1685) und dem „*Convention Parliament*“ (1689)<sup>33</sup>.

---

<sup>30</sup> OGG, David, *England in the Reigns of James II and William III*, Oxford, 1955; HARRIS, Tim, *Revolution, The great crisis of the British monarchy, 1685-1720*, 2007

<sup>31</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955; ASHLEY, Maurice, *The Glorious Revolution 1688*, London, 1966; CRUICKSHANKS, Eveline, *The Glorious Revolution*, New York, 2000; JONES, J. R., *The Revolution of 1688 in England*, London, 1972; SPECK, W. A., *Englishmen and the revolution of 1688*, Oxford, 1988; KENYON, John P., *Revolution principles, The politics of party, 1689-1720*, Cambridge, New York, 1990; BEDDARD, Robert, *The Revolutions of 1688, The Andrew Browning lectures*, 1988, Oxford, New York, 1991; CLAYDON, Tony, *William III and the godly revolution*, Cambridge [u.a.], 1996; MILLER, John, *The Glorious Revolution*, London, 1997; ROSE, Craig, *England in the 1690s, Revolution, religion, and war*, Oxford, 1999; HOPPIT, Julian, *A land of liberty?, England 1689-1727, The New Oxford History of England*, Oxford, New York, 2000; CLAYDON, Tony, *William III, Harlow, England, New York*, 2002; HARRIS, *Revolution*, 2007

<sup>32</sup> Leadam. I. S., *The History of England, Vol. IX., From the accession of Anne to the death of George II. (1702-1760)*, London, 1909; HOLMES, Geoffrey S., *British politics in the age of Anne*, London, 1987 (1967); PLUMB, *The Growth of Political Stability in England 1675-1725*, 1967; SPECK, W. A., *The birth of Britain, A new nation, 1700-1710, History of Early Modern England*, Oxford, 1994; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000; GREGG, Edward, *Queen Anne, Yale English Monarchs Series*, New Haven, 2001; „*The historiography of late 17th- and early-18th-century Britain was transformed in 1967 by the publication of three books: J.H. Plumb's, The Growth of Political Stability in England 1675-1725; P.G.M. Dickson's magisterial account of The Financial Revolution in England: A Study of the Development of Public Credit, 1688-1756; and above all Geoffrey Holmes's monumental study, British Politics in the Age of Anne*“, in: *The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Sources*, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/sources>, 01.7.2016

<sup>33</sup> *The History of Parliament Trust (Hrsg.), About the History of Parliament Trust*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/about>, 20.10.2016; *The History of Parliament Trust (Hrsg.), Members, How to use the History of Parliament's biographies of Members*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/members>, 20.10.2016; *The History of Parliament Trust (Hrsg.), Constituencies, How to use the History of Parliament's constituency articles*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/constituencies>, 20.10.2016; *The History of Parliament Trust (Hrsg.), About the History of Parliament's 'Parliaments' articles*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments>, 20.10.2016; *The*

## II. Quellen

Untersucht werden die im Parlament und außerhalb in Streitschriften geführten Debatten zur Tagungsweise und –dauer der englischen Parlamente vom Zeitpunkt der Restauration der Stuart-Monarchie nach Bürgerkrieg und Republik (1660) bis zum Herrschaftsbeginn des Hauses Hannover (1714/16). Neben den Debatten werden die verabschiedeten Gesetze zur Regelung der Parlamentsdauer untersucht, angefangen mit dem ersten „*Triennial Act*“ (1641), der ersten gesetzlichen Regelung zur Parlamentsdauer überhaupt, über die zahlreichen Normierungen während des Bürgerkrieges und der Republik bis hin zum „*Septennial Act*“ (1716). Im Rahmen der Untersuchung des zweiten „*Triennial Act*“ (1664) werden die vorherigen gesetzlichen Regelungen der Bürgerkriegszeit und Republik zum besseren Verständnis ausführlich dargestellt. Es soll verdeutlicht werden, welche Beschränkungen das königliche Prärogativrecht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments erfahren hatte und wie sich dies im entschärften „*Triennial Act*“ von 1664 darstellte, der die nächsten dreissig Jahre in Geltung blieb. Auf eine Bearbeitung und Auswertung der Debatten während der Bürgerkriegszeit und der Republik (1641-59) wurde zugunsten einer Konzentration auf die Auswertung der Debatten der späten Stuarts verzichtet. Die Arbeit beabsichtigte nicht die Auseinandersetzungen und Motive der Bürgerkriegszeit zu untersuchen, genauso wenig wie eine Ausdehnung der Untersuchung auf die Hannoveraner angestrebt war. Der Bearbeitungszeitraum hätte zwar auf 1734 ausgeweitet werden können, da unter der Herrschaft König Georgs II. (1683-1760), des zweiten Hannoveraners auf dem britischen Königsthron (seit 1727), ein vorläufig letzter Versuch zur Veränderung der Tagungsdauer unternommen wurde, der aber erfolglos blieb, so daß die siebenjährige Parlamentsdauer des „*Septennial Act*“ (1716) bis zur Verabschiedung des „*Parliament Act*“ (1911) in Geltung blieb, der eine fünfjährige Dauer bestimmte.

**Parlamentsgeschichtsschreibung** ist eine Auseinandersetzung mit den Spezifika der **Parlamentsberichterstattung**. Es stellt sich die Frage, wie sich uns die Parlamentsgeschichte überliefert hat. Auf welcher Art von Parlamentsberichterstattung bauen wir unser Bild von der Parlamentsgeschichte auf? Die beiden Häuser des Parlaments führten seit dem 16. Jahrhundert Journale zur Aufzeichnung der Verfahren, der Verhandlungsgegenstände und der Abstimmungen.

---

History of Parliament Trust (Hrsg.), *Surveys, About the History of Parliament's Introductory Surveys*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/surveys>, 20.10.2016; The History of Parliament Trust (Hrsg.), *Civil War, Commonwealth and Protectorate Parliaments 1640-1660*, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1640-1660>, 20.10.2016; The History of Parliament Trust (Hrsg.), *Parliaments 1660-1690, Charles II, James II and the Revolution of 1688-1690*, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1660-1690>, 20.10.2016

Ein Journal des Oberhauses wurde seit 1509 geführt, dasjenige des Unterhauses erst seit 1547. Dies bedeutete keineswegs, daß Außenstehenden daraus berichtet werden durfte. Parlamentsberichterstattung war als „*breach of privilege*“ bis ins 18. Jahrhundert strafbar, wurde aber seit der Mitte des Jahrhunderts nicht mehr verfolgt. Die Parlamentsdebatten waren nicht der breiten Öffentlichkeit zugänglich, genauso wenig wie die Beratungen im „*Privy Council*“ oder im Kabinet. Der Bereich des Politischen war Arkanum („*arcana imperii*“), das im Parlament gesprochene Wort war vertraulich. Die Unterhausabgeordneten fürchteten bei Publikation um ihr Recht auf Redefreiheit im Parlament. Den Abgeordneten selbst war es jedoch erlaubt, ihre Wähler in vertraulichen Schreiben über die Vorgänge im Parlament zu unterrichten. Zeugnis davon sind die Briefe des Abgeordneten Andrew Marvell an seinen Wahlbezirk in Hull. Öffentlich zugänglich waren diese Berichte aber auch nicht. Schon zu Zeiten Elisabeths I. und Jakobs I. bestand das Parlament auf Vertraulichkeit des im Parlament gesprochenen Wortes. Das Lange Parlament diskutierte erstmals die Veröffentlichung der Parlamentsdebatten (1642), konnte sich aber nicht für eine Freigabe zur Publikation entscheiden<sup>34</sup>. Nach der Restauration beschloß das Unterhaus des „*Convention Parliament*“ am 25. Juni 1660 Untersuchungen darüber anzustellen, ob Parlamentsdebatten ohne Erlaubnis des Parlaments abgedruckt worden waren. Entsprechende Untersuchungen wurden gegen den Drucker D. Maxwell und den Autor William Saunderson eingeleitet. Auch andere Bücher und Pamphlete wurden untersucht, allerdings schützte die anonyme Veröffentlichung die „*Pamphleteers*“ recht gut vor Verfolgung. Das Unterhaus erklärte unmißverständlich am 25. Juni 1660, daß niemand ohne Erlaubnis des Unterhauses Interna zum Druck geben dürfe<sup>35</sup>. Das Unterhaus des „*Cavalier Parliament*“ wiederum beschloss am 22. Oktober 1666, daß nur Abgeordnete das Recht haben sollten, die Journale einzusehen. Es sollten Vorbereitungen für ein Gesetz getroffen werden, welches Falschdarstellungen in der Öffentlichkeit

---

<sup>34</sup> The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke/FERRIS, John P. (Hrsg.), *Introductory Survey 1660-90, Sources*, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/sources>, 01.7.2016; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1690-1715, Sources*, 2002; The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), *Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House*, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/organization-house>, 01.7.2016; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680)*, Covers the first four Parliaments of Charles II, including the Convention Parliament (1660), 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol1>, 26.11.2014

<sup>35</sup> The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67)*, Official minute book covering the early years of the restored monarchy of Charles II., 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol8>, 09.4.2015, S. 74: „*That no Person whatsoever do presume (at his Peril) to print any Votes or Proceedings of this House, without the special Leave and Order of the House*“

bestraft<sup>36</sup>. Während der „*Exclusion Crisis*“ (1679-81) kam es zu einer kurzzeitigen Erlaubnis zur Publikation der Debatten, um danach wieder verboten zu werden. Aufschluß über den Inhalt der Debatten konnte die Öffentlichkeit nicht auf legalem Wege erhalten, sich höchstens heimlich verschaffen. Lediglich die groben Züge des parlamentarischen Verfahrens wurden öffentlich vertrieben. Zeitungen berichteten nur bruchstückhaft und verspätet. Das Publikationsverbot endete faktisch 1771 mit der Duldung der Berichterstattung, blieb allerdings offiziell immer noch verboten. Eine wörtliche Wiedergabe der Debatten wurde sogar erst nach 1803 geduldet. Das Unterhaus ließ die Debatten seit 1878 von eigens zu diesem Zweck bestellten Stenographen zur Publikation im Hansard aufzeichnen. Erste Radioübertragungen gab es seit 1978, erste TV-Übertragungen aus dem Oberhaus seit 1985 und aus dem Unterhaus seit 1989. Relativ unproblematisch war dagegen die Berichterstattung über längst vergangene Parlamente und deren Debatten. Daraus ergibt sich sofort die Problematik der Berichterstattung über ein so langdauerndes Parlament wie das achtzehnjährige „*Cavalier Parliament*“ (1661-79) Karls II., denn die lange Dauer von Parlamenten verhinderte die Berichterstattung und den öffentlichen Diskurs über die Politik. Die erst nachträglich mögliche Berichterstattung war ein guter Grund für jede Regierung, die Parlamentsdauer zu verlängern<sup>37</sup>.

---

<sup>36</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 74, 639: *“That no Persons be permitted to have the Inspection of the Journal Books, but such as are Members of this House. [...] Ordered, That Leave be given to bring in a Bill, for Punishment of such Members as shall make Misrepresentations abroad of what doth pass in the House”*

<sup>37</sup> PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 14ff.; zur Problematik der nachträglichen Veröffentlichung von Parlamentssitzungen durch Richard Chandler, vgl. PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 240: *„In fact, it was in 1739, that is just one year after the House of Commons had reaffirmed that their proceedings were secret, that the plan to create the first history of the proceedings and debates of the House of Commons was conceived, and Richard Chandler, bookseller, acquired a collaborator to that end“*; Parliamentsgeschichtsschreibung wurde geradezu gegen den Willen des Parlaments betrieben, vgl. PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 256: *„One thing we can say for certain: parliamentary history evolved in defiance of parliament itself. It took a crisis to bring about a change in attitude. [...] The first general order for publishing the votes of a session was made on October 30, 1680, in the context of the Popish Plot, and repeated on March 24, 1681 during the Oxford parliament. [...] But this did not include the debates“*; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 399: *„Of printed parliamentary proceedings, anyone could buy a copy; but of the debates, the public could obtain no information, save by indirect or surreptitious means; as for newspapers, still innocent of sensationalism, their news was generally scrappy and belated“*; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 502f.: *„in William’s reign both Houses showed some self-denial by limitation of their privileges. [...] Like the Lords, the Commons insisted on the absolute privacy of their proceedings, and maintained what amounted to a censorship of the press [...]“*; THOMAS, Peter, *The Beginning of Parliamentary Reporting in Newspapers, 1768–1774*, in: *English Historical Review* 74, 1959, Nr. 293, S. 623–636; ASPINALL, A., *The reporting and publishing of the House of Commons’ debates*, *Essays presented to Sir Lewis Namier*, 1956; SCHWEIZER, Karl W., *Parliament and the Press, A Case for Synergy*, in: *Parliamentary History* 25, 2006, Nr. 1, S. 1–8; KYLE, Chris R., *From Broadside to Pamphlet, Print and Parliament in the late 1620s*, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 17–29; PEACEY, Jason, *Print Culture and Political Lobbying during the English Civil Wars*, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 30–48; PEACEY, Jason, *The Print Culture of Parliament, 1600-1800*, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 1–16; KNIGHTS, Mark, *Parliament, Print and Corruption in Later Stuart Britain*, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 49–61; BLACK, Jeremy, *Parliament, the Press and Foreign Policy*, in: *Parliamentary History*

Inwieweit ließ sich der Wunsch nach Informationen über das Parlament und die Politik im England des 17. Jahrhunderts also befriedigen? Wie war es um die öffentliche Berichterstattung bestellt, wenn ausdrückliche Verbote und Pressezensur existierten? Die in England erschienenen gedruckten Nachrichten oder Zeitungen brachten keine Abhilfe, denn sie stellten keine objektiven Informationsquellen zur Herstellung einer öffentlichen Meinung dar, waren sie doch staatliche Publikationsorgane. Als solche verbreiteten sie Informationen und Meinungen unter strenger Aufsicht, die den staatlichen Organen genehm und von diesen genehmigt waren - sie waren Sprachrohre der Regierung. Die 1665 gegründete „*Oxford Gazette*“, die nach ihrem Umzug in die Hauptstadt ihren Namen in „*London Gazette*“ änderte, war die erste ihrer Art in England. Als Staatsorgan lassen sich dieser Zeitung nur einseitige und wenig aufschlussreiche Informationen über die Parlamentsdebatten entnehmen. Abgedruckt wurden offizielle Verlautbarungen wie die Parlamentsreden des Königs, ergänzt um die anschließenden Reden der Lordkanzler, jedoch nur dann, wenn die Regierung ein Interesse an deren Verbreitung hatte. Ansonsten wurden die Reden nicht gedruckt, sondern blieben im Journal des Oberhauses. Die handschriftlichen Zeitungsnachrichten der sogenannten „*Scribal Newsletters*“, welche im Abonnement bezogen werden konnten und privater Korrespondenz ähnelten, sind nicht aufschlussreicher. Henry Muddimans „*Parliamentary Intelligencer*“, nach der Restauration (1661) umbenannt in „*Kingdom's Intelligencer*“, war der Regierung devot und versendete nur von dieser genehmigte Inhalte und das auch nur an loyale Untertanen des Königs im Umfang von circa 130 Abonnenten. Die von John Starkey verschickten Newsletter an Sir Willoughby Aston (1667-71) waren aufmüpfiger, wurden aber nie veröffentlicht. Die „*Newdigate Newsletters*“ der Folger Shakespeare Library, transkribiert von Philip Hines Jr. (1994), versandt vom Büro des „*Secretary of State*“ nach Warwickshire an Sir Richard Newdigate (Januar 1674-1710), enthielten mehr Nachrichten über das Parlament und seine Debatten und können zwischen Muddiman und Starkey eingeordnet werden. Die täglichen Nachrichten in Briefform des Abgeordneten Andrew Marvell an seinen Wahlbezirk in Hull (Mai 1661 bis Juli 1678) gaben das Ergebnis von Parlamentsdebatten wider, nicht aber die Debatten, und enthielten sich persönlicher Stellungnahme<sup>38</sup>.

---

25, 2006, Nr. 1, S. 9–16; WEBER, Harold, Paper bullets, Print and kingship under Charles II, Lexington, 1996; EAGLES, Robin, The House of Lords 1660-1707, in: Clyve JONES (HRSG.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 54–70, hier S. 70; ELTON, "The Body of the Whole Realm", 1969, S. 44; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 73; SCHIEREN, Stefan, Grossbritannien, Schwalbach/Ts., 2010, S. 61; RITTER, Gerhard Albert, Parlament und Demokratie in Großbritannien, Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Göttingen, 1972, S. 112f.

<sup>38</sup> PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 17–23, 30f.; zu Laurence Echard als „Parlamentshistoriker“, vgl. PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 234–240; ECHARD, Laurence, The history of England, from the first

**Wie lassen sich die Parlamentsdebatten erforschen?** Dazu sind wir in erster Linie auf die Journale der beiden Parlamentshäuser angewiesen, die „*Journals of the House of Commons*“ und die „*Journals of the House of Lords*“<sup>39</sup>. Diese und andere Primärquellen zur Erforschung der englischen Parlamentsgeschichte sind online zugänglich über die Internetseiten der „*British History Online*“ (BHO). Die BHO hat sich zum Ziel gesetzt hat, den Kernbestand spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Primärquellen englischer Geschichte (1300-1800) der Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit online zur Verfügung zu stellen. Die Sammlung wurde von dem „*Institute of Historical Research*“ und dem „*History of Parliament Trust*“ ins Leben gerufen (2003)<sup>40</sup>. Neben der BHO sind William Cobbetts „*The Parliamentary History of England, From the earliest period to the year 1803*“ (1763-1835) für die Parlamentsdebatten unverzichtbar. Nachdem Cobbett wegen finanzieller Schwierigkeiten dazu gezwungen war, das Projekt an T. C. Hansard zu verkaufen (1812), wurde die Edition nicht unter Cobbetts, sondern unter Hansards Namen bekannt. Heute gilt der Hansard als offizielles Publikationsorgan des englischen Parlaments<sup>41</sup>.

---

entrance of Julius Caesar and the Romans, to the end of the reign of King James the First containing the space of 1678 Years, With a compleat Index, London, 1707; „*Andrew Marvell’s public letters to his constituency are too cautious to be revealing*“, in: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Sources, 1983; „*Unlike pamphleteers, who could publish their work anonymously, and thus afford themselves some protection from the wrath of the Commons, newspaper journalists and proprietors were effectively deterred from committing any breach of parliamentary privilege*“, in: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Sources, 2002

<sup>39</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Sources, 1983; „*However, in the absence of a comparable alternative source [...] we have had little alternative but to make extensive use of the Journals [...] the period 1690-1715 is poorly served with sources for parliamentary debates*“, in: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Sources, 2002

<sup>40</sup> „*British History Online*“ (BHO): <https://www.british-history.ac.uk/using-bho/parliamentary-guide>. Digitalisierte BHO-Quellen mit besonderer Bedeutung für dieses Dissertationsprojekt: 1) „*Journal of the House of Commons*“ (Volumes 7-12, 1651-1699): <https://www.british-history.ac.uk/search/series/commons-jrnl>; 2) „*Journal of the House of Lords*“ (Volumes 11-20, 1660-1717): <https://www.british-history.ac.uk/search/series/lords-jrnl>; 3) „*Chandler’s History and Proceedings of the House of Commons*“ (Volumes 1-6, 1660-1727): <https://www.british-history.ac.uk/search/series/commons-hist-proceedings>; 4) „*Grey’s Debates of the House of Commons*“ (Volumes 1-10, 1667-94): <https://www.british-history.ac.uk/search/series/greys-debates>; Grey’s Aufzeichnungen brechen vor der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (22.12.1694) inmitten der fünften Parlamentssitzung des ersten Parlaments König Wilhelms III. ab (16.02.1694); 5) „*Statutes of the Realm*“ (Volumes 5-7, 1628-1701): <https://www.british-history.ac.uk/search/series/statutes-realm>. Die BHO präsentiert die „*Journals of the House of Commons*“ und die „*Journals of the House of Lords*“ in tageweise gegliederten Internetseiten. Einträge zu einem bestimmten Tag entsprechen im Original oft mehreren Seiten. Der 27. Dezember 1660 beispielsweise umfasst im Original-Journal des Unterhauses die Seiten 227-231, hat aber im Internetauftritt der BHO nur eine Internetadresse. Die Bände 13-18 der „*Journals of the House of Commons*“ (Volumes 13-18, 1699-1718) sind nicht über die BHO online zugänglich, sondern über die „*U.K. Parliamentary Papers*“ (*House of Commons 18<sup>th</sup>, 19<sup>th</sup>, 20<sup>th</sup> and 21<sup>st</sup> Century, House of Lords 1800-1910*): <http://parlipapers.proquest.com>

<sup>41</sup> Cobbetts zehnbändiges Werk (1806-12) umfaßt die Parlamentsdebatten der Zeitspanne von 1066-1803; COBBETT, William (Hrsg.), *The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), From the earliest period to the year 1803*, London, 1808; COBBETT,



In kaum geringerem Maße als die „*Parliamentary History*“ können Cobbetts „*State Trials*“ (Volumes I-X, 1809-12), später fortgeführt von T. B. Howell, im Bereich der Staatsklagen Referenzcharakter für sich in Anspruch nehmen<sup>42</sup>. Neben Cobbetts Aufzeichnungen der Parlamentsdebatten können Richard Chandlers „*The History and Proceedings of the House of Commons*“<sup>43</sup>, John Debretts „*Parliamentary Papers*“<sup>44</sup>, Ebenezer Timberlands „*The History and*

---

William (Hrsg.), *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), From the earliest period to the year 1803, London, 1809; COBBETT, William (Hrsg.), *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), From the earliest period to the year 1803, London, 1810; COBBETT, William (Hrsg.), *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), From the earliest period to the year 1803, London, 1811; „*as the purchaser of the latter was T. C. Hansard, it might be said that the official record of parliamentary proceedings that today is called 'Hansard' could justly be termed 'Cobbett'*“, in: DYCK, Ian, Cobbett, William (1763–1835), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5734>, 16.11.2009; Der Hansard (1803-2005) ist online zugänglich über „*U.K. Parliamentary Papers*“: <http://parlipapers.proquest.com>; vgl. zu Cobbetts Fußnotenapparat: PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 247–254; Die Wiedergabe der Parlamentsdebatten in Cobbetts „*Parliamentary History*“ gilt als objektiv-neutral. Dies kann allerdings nicht von den Fußnoten gesagt werden, die aus Kommentaren früherer Geschichtswerke bestehen. Hierzu zählen: Temple, William, Sir, *Memoirs of what past in Christendom, from the war begun 1672 to the peace concluded 1679*, Early English Books Online (EEBO) 401:07, London, 1692; KENNETH, White, *A complete history of England, with the lives of all the kings and queens thereof; from the earliest account of time, to the death of His late Majesty King William III.*, London, 1706; ECHARD, *The history of England, 1707*; BURNET, Gilbert, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol I, In six volumes, Oxford, 1823; Oldmixon, *The critical history of England ecclesiastical and civil*, London, 1726; Reresby, John, Sir, *The Memoirs and Travels of Sir John Reresby, Bart., The former containing Anecdotes, and secret history, of the courts of Charles II. and James II. The latter (now first published) exhibiting A View of the Governments and Society in the Principal States and Courts of Europe during the time of Cromwell's usurpation*, London, 1813; RALPH, James, *The History of England during the reigns of King William, Queen Anne, and King George I, with an introductory review of the reigns of the royal brothers Charles and James*, London, 1745

<sup>42</sup> Cobbetts „*State Trials*“ sind in dieser Arbeit insbesondere von Relevanz im Zusammenhang mit dem „*Convention Parliament*“ (1660), als Sir William Drake der Prozeß gemacht wurde für seine Schrift „*The Long Parliament revived*“ (1660), welche die Rechtmäßigkeit der Konvention als Parlament bezweifelte, vgl.: COBBETT, William (Hrsg.), *Complete Collection of State Trials Volume 5, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time, Comprising the period from the second year of the reign of King Charles the Second, A.D. 1650, to the thirteenth year of the said reign, A.D. 1661*, London, 1810; Cobbetts „*State Trials*“ sind zudem Quelle für die Gerichtsprozesse gegen die Lords Russell und Essex sowie Sir Algernon Sidney im Rahmen des „*Rye House Plot*“ (1683), vgl.: COBBETT, William (Hrsg.), *Complete Collection of State Trials Volume 10, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time, A.D. 1680-1685*, London, 1811

<sup>43</sup> Chandlers zehnbändige Edition (1742) umfaßt die Parlamentsdebatten der Jahre 1660-1739 und ist über „*British History Online*“ (BHO) zugänglich, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), Covers the Parliament of James II and the accession of William and Mary, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol2>, 26.11.2014; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), Covers the later Parliaments of William and Mary, and the accession of Queen Anne, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol3>, 26.11.2014; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713), The period of the first Parliaments of the unified Great Britain, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol4>, 26.11.2014

*Proceedings of the House of Lords*<sup>45</sup> und John Torbucks *„A Collection of the Parliamentary Debates in England“* konsultiert werden<sup>46</sup>.

**Tagebücher** können Politik und Parlament zum Gegenstand haben. In der Regel dienen sie aber der täglichen Aufzeichnung privater Angelegenheiten und sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt. Sie bezwecken gerade nicht, am öffentlichen Diskurs teilzunehmen oder diesen zu beeinflussen.

---

proceedings/vol4, 26.11.2014; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 5 (1713-1714)*, Contains extensive appendices, including lists of the Commons from 1660-1713, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol5>, 26.11.2014; CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727)*, Covers the accession and first Parliaments of George I., 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol6>, 26.11.2014; FERDINAND, C. Y., Chandler, Richard, (b. in or before 1713, d. 1744), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5107>, 28.10.2016; zur Editions-geschichte von Chandlers Werk, zum Erscheinen 100 Jahre nach dem ersten *„Triennial Act“*, zu den Schwierigkeiten der Parlaments-geschichtsschreibung und der Problematik der Digitalisierung, vgl. PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 241: *„[...] the first volume to appear covered proceedings in the Commons from 1714 to 1727. This featured the strenuous debates on the bill for, once again, repealing the Triennial Act by which a new parliament was to be elected every three years – the same act that the Commons had repealed at the behest of Charles II and reinstalled at the Glorious Revolution. This first tome was one of a three volume series that appeared in 1741, without attribution to any publisher [...] We have come to know this agglomerate work as ‚Chandler‘, which is not quite accurate. Its genesis has been obscured by the process of digitalization, which reproduces none of the dedications to Prince Frederick, nor the advertisement revealing the change(s) of plan, and is further confused by the account of Chandler’s life included in the new Dictionary of National Biography, which makes several misstatements [...]“*

<sup>44</sup> Debretts dreibändiges Werk (1797) umfaßt die Parlamentsdebatten von 1660-1696: DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. I., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797; DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. II., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797; DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. III., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797; BARKER, Hannah, Debrett, John (d. 1822), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/7403>, 28.10.2016

<sup>45</sup> Timberlands achtbändiges Werk (1742) umfaßt die Oberhausdebatten von 1660-1742: TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742; TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. II (1697-1714)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742; TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. III (1714-27)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742

<sup>46</sup> Torbucks 23-bändiges Werk (1741/42) umfaßt die Parlamentsdebatten von 1668-1731: TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1741; TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. II (1680-1693)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1741; TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. III (1694-1703)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1739; TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. IV (1703-1705)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1741; TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. V (1706-1712)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1741; TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. VI (1712-1717)*, From the year MDCLXVIII to the present time, Dublin, London, 1741

Aufschlussreich für unsere Kenntnis über die Vergangenheit sind sie für unseren Zweck nur, wenn sie von Parlamentariern, zumindest aber von Politikern ersten Ranges verfasst worden sind. Bei Englands wichtigsten Tagebuchschreibern des 17. Jahrhundert, Samuel Pepys (1633-1703) und John Evelyn (1620-1706), werden Privates und Öffentliches zwar behandelt, das Parlament und seine Debatten stehen aber nicht im Vordergrund, sondern werden nur gelegentlich behandelt. Als Hauptquelle scheiden sie damit aus, auch weil Pepys als zwar ranghoher Mitarbeiter der Marine zur Zeit seiner Tagebucheinträge (1660-69) kein Mitglied des Parlaments war, und als er es wurde (1673), kein Tagebuch mehr führte. John Evelyns Tagebuch ist unvergleichlich in seiner Länge (1640-1706). Aber auch er war kein Parlamentarier, genauso wenig wie Roger Morrice, dessen „*Entring Book*“ (März 1677 bis April 1691) auf Gesprächen mit Parlamentariern und Politikern in Whitehall basiert, nicht aber auf eigener politischer Tätigkeit<sup>47</sup>.

Mit den **Aufzeichnungen von Parlamentariern** wie John Milward (September 1666 bis Mai 1668), Sir Edward Dering (November 1670 bis Juni 1675), Narcissus Luttrell (1691-93) und Anchtell Grey (1667-94) liegen uns dagegen **Mitschriften der Parlamentsdebatten** vor. Leider umfassen Milwards und Derings Parlamentsaufzeichnungen weder die Anfangszeit der Restauration mit der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (1664) noch die „*Standing Parliament Debate*“ (1675-79)<sup>48</sup>. Greys Mitschriften als Abgeordneter des Kavalierparlaments (1667-94) für Derbyshire (seit 1665) gehören deshalb zu den Hauptquellen dieser Arbeit und zu jeder Beschäftigung mit dem Unterhaus. Auslöser seiner Kurzhandmitschriften war sehr wahrscheinlich das Impeachment gegen Clarendon (1667). Anfangs blieben seine Mitschriften skizzenhaft, so daß die ersten fünf Jahre

---

<sup>47</sup> WHEATLEY, Henry B. (Hrsg.), *The Diary of Samuel Pepys, Clerk of the Acts and Secretary to the Admiralty. For the first time fully transcribed. From the shorthand manuscript in the Pepysian Library Magdalene College Cambridge By the Rev. Mynors Bright M.A. Late Fellow and president of the College, with Lord Braybrooke's Notes. Edited with extensive additions, Vol. I. Jan. 1, 1660-June 4, 1660, Boston, 1892; BRAY, William (Hrsg.), Memoirs of John Evelyn, Esq. F.R.S. author of the "Sylva", &c. &c., Comprising his diary, from 1641 to 1705-6, and a selection of his familiar letters. To which is subjoined, The Private Correspondence between King Charles I. and Sir Edward Nicholas; also between Sir Edward Hyde, afterwards Earl of Clarendon, and Sir Richard Browne ... , Edited from the original manuscripts. A new Edition in five volumes. Vol. II. (1649-78), London, 1827; GOLDIE, Mark (Hrsg.), *The entring book of Roger Morrice 1677-1691, Volume I Roger Morrice and the Puritan Whigs, Appendices, Bibliography, Genealogical tables, Maps, Woodbridge, 2007; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 23-27; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 468f.**

<sup>48</sup> ROBBINS, Caroline (Hrsg.), *The diary of John Milward, September 1666 to May 1668, Cambridge, 1938; HENNING, Basil Duke (Hrsg.), The Parliamentary Diary of Sir Edward Dering 1670-1673, New Haven, 1940; BOND, Maurice F. (Hrsg.), The diaries and papers of Sir Edward Dering, second Baronet, 1644 to 1684, London, 1976; HORWITZ, Henry (Hrsg.), *The parliamentary diary of Narcissus Luttrell 1691-93, Oxford, 1972; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 23-27; STEIN, Peter, Schriftkultur, Eine Geschichte des Schreibens und Lesens, Darmstadt, 2010, S. 279: "Der Name Stenographie kam 1602 in England auf. Stenographisches Schreiben entwickelte sich dort in Verbindung mit dem Parlamentswesen und verbreitete sich von da aus allmählich auch auf dem Kontinent"**

(1667-72) nur einen Band füllten. Mit den Jahren wurden seine Aufzeichnungen aber detaillierter, so daß die jährlichen Mitschriften im späteren Druck je einen Band ausmachten. Grey war kein aktiver Parlamentarier, der Reden hielt und Mitglied in Ausschüssen war. Er blieb vielmehr passives Parlamentsmitglied über viele Jahre und ohne größere Unterbrechungen. In den Sitzungen notierte er unauffällig in Kurzhand, um anschließend eine ausführliche Reinschrift zu verfassen. Durch seine langjährige Zugehörigkeit zum Parlament haben wir einen guten Eindruck der Parlamente Karls II., Jakobs II. und Wilhelms III. Nicht ganz klar ist aber, ob die Mitschriften nur für den privaten Gebrauch, für die Weitergabe in inoffiziellen Nachrichtenbriefen oder gar für den späteren Druck bestimmt waren<sup>49</sup>. Als Greys Debatten-Mitschriften lange nach ihrer Entstehung erstmals veröffentlicht wurden (1763) erklärten die Herausgeber Becket und De Hondt Greys Intentionen und die Umstände der Entstehung. Die Herausgeber behaupteten, daß Grey den Debatten nichts hinzugefügt oder weggelassen habe, da er niemals die Absicht zur Publikation gehabt habe. Greys Mitschriften würden fünfzigmal so viele vertrauliche Äußerungen wie andere Aufzeichnungen enthalten und an Greys Autorität und lauterer Absichten könne gar nicht gezweifelt werden, da sie nicht zur Publikation und also nicht für den Parteikampf, sondern nur für seinen persönlichen Gebrauch und sein Vergnügen vorgesehen gewesen seien<sup>50</sup>.

---

<sup>49</sup> BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol1>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol2>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol3>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol4>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 5 (December 1677-May 1678), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol5>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 6 (May 1678-March 1679), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol6>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 7 (March 1679-November 1680), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol7>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol8>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol9>, 21.8.2015; BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol10>, 21.8.2015; *“The opening sessions of the Cavalier Parliament are conspicuously badly reported“*, in: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90, Sources*, 1983; *„Debates of the Convention are badly reported; those of the first session of the Cavalier Parliament are not reported at all“*, in: WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 6; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 23–27

<sup>50</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. V–VIII: *„and as he wrote them without any View of Publication, cannot be supposed to have added or suppressed any thing by Design [...] it contains fifty Times more of the secret Deliberations of the House, than all the Accounts of Debates for the same Time yet published [...] Thus no Objection can be made to this Work, in Point of Authority, which in former Collections may be doubted, because they appear to*

**Memoiren** sind für gewöhnlich zur Veröffentlichung bestimmte Aufzeichnungen persönlicher Erinnerungen. Ihrem Wesen nach ist diese Schriftgattung persönliches Urteil und Meinung und keine Wiedergabe geführter Debatten. Werke dieser Art für den hier einschlägigen Zeitraum sind die Memoiren des Lordkanzlers Edward Hyde, Earl of Clarendon, des Bischofs von Salisbury Gilbert Burnet, des Politikers und Diplomaten Sir William Temple und des Unterhausmitgliedes (1673-88) Sir John Reresby. Die Memoiren-Werke bilden keinen Quellenkorpus dieser Dissertation, da sie erst nach den öffentlich geführten Debatten entstanden und publiziert wurden. Ihre Publikation sollte einen später geführten Diskurs mit anderem Kontext beeinflussen<sup>51</sup>.

Bei der Auswahl der Quellen zur Erforschung der englischen Parlamentsgeschichte ist D. T. Witcombes Mahnung zu bedenken, daß die Briefe, Tagebücher und Memoiren als Interpretationen immer nur sekundärer Natur sein können gegenüber den primär heranzuziehenden Aufzeichnungen der Parlamentsdebatten<sup>52</sup>.

**Pamphlete und Streitschriften** bilden neben den Parlamentsdebatten den wichtigsten Quellenkorpus dieser Arbeit. Die staatliche Zensur behinderte aber gerade die freie Meinungsäußerung. Roger L'Estrange veröffentlichte als Aufseher der Presse die für die Regulierung und Bestrafung von Delinquenten aufschlussreiche Schrift „*Considerations and Proposals in Order to the regulation of the Press*“ (1663), die Einblick in die Pressezensur gibt. Zu diesem Zeitpunkt zielte die staatliche Aufsicht noch hauptsächlich auf die Kontrolle religiöser Splittergruppen, was sich aber bald auch auf andere Bereiche ausdehnen sollte. Aber trotz Pressezensur und Berichterstattungsverbot über Parlamentsdebatten war es Autoren nicht gänzlich unmöglich, Politik und Parlament zu beschreiben und zu kritisieren, weil Drucker, Verleger und Verkäufer äußerst verschwiegen waren und alle Vorwürfe konsequent leugneten, so daß so gut wie alle staatlichen Ermittlungen stets im Sande verliefen. Es sind nur wenige Fälle dokumentiert, in

---

*have been drawn up for Publication, and might, therefore, be intended for the Service of a Party [...] But as the honourable Collector of these Volumes set himself the Task of taking the Notes, only for his own Use or Amusement, he was under no Temptation either to suppress or misrepresent any Argument or Occurrence”*

<sup>51</sup> Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The Life of Edward Earl of Clarendon, Lord High Chancellor of England, and Chancellor of the University of Oxford, in which is included A Continuation of His History of the Grand Rebellion, written by Himself*, In three volumes, Vol. I., Oxford, 1827; BURNET, Bishop Burnet's History of His Own Time, Vol I, 1823; TEMPLE, WILLIAM, SIR, *Memoirs of what past in Christendom*, 1692; RERESBY, JOHN, SIR, *The Memoirs and Travels of Sir John Reresby, Bart.*, 1813; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 26f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90, Sources*, 1983

<sup>52</sup> WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. VIII f.: „*Despite the many studies already completed there has been no previous attempt to take the day-to-day record of the Journal, and of the parliamentary diaries, and to make this, rather the commentary provided by the letters, diaries and memoirs the center of the narrative. Relying on the latter type of source previous writers have often offered interpretations without fully describing the events which have to be explained*”

denen Angeklagte überführt werden konnten. Herausragender Drucker der 1670er Jahre war Darby, dessen Drucke in der Regel Amsterdam als Druckort nannten; in den 1680er Jahren trat sein Kollege Richard Baldwin hinzu. Politische Pamphlete und Streitschriften zu Regierung und Parlament erschienen in mehreren Wellen, während des achtzehnjährigen Kavalierparlaments beispielsweise in vier Wellen, hatten also nicht immer Konjunktur. Mit dem unglücklichen Verlauf des Zweiten Englisch-Holländischen Krieges (1665-67) erschienen erstmals nach der Restauration satirische und kritische Pamphlete in größerem Umfang. Andrew Marvells „*Last Instructions to a Painter*“ (1667) ordnete erstmals bestimmte Personen verschiedenen politischen Gruppierungen zu und sprach von den beiden großen Parteiungen „*Court and Country*“. Die Schrift „*The Proceedings of the House of Commons, touching the Impeachment of Edward, late earl of Clarendon, ... anno 1667. With the many debates and speeches in the House*“ wurde nachweislich zu dieser Zeit erstellt, aber erst 1700 gedruckt. Die nächste Welle kritischer Schriften erschien inmitten des Dritten Englisch-Holländischen Krieges (1672-74). Peter du Moulins Schrift „*England's Appeal*“ (1673) legte die mißbräuchliche Verwendung der für den Krieg bewilligten Parlamentsgelder offen. Eine anonyme Schrift (1673) druckte die Oberhausrede von Lord John Lucas (1671) in welcher dieser die Geldbewilligung des Parlaments für die Krone als zu hoch kritisierte. Damit nicht genug enthielt die Schrift zusätzliche Kritik an der Regierungspraxis seit 1671: Staatsbankrott („*Stop of the Exchequer*“), Beendigung der Dreierallianz Englands mit den Niederlanden und Schweden gegen Frankreich („*Triple League*“) und fehlendes Einschreiten gegen die katholische Ehe des Duke of York mit Katharina von Modena. Die Pamphlete „*Votes and Addresses of the Honourable House of Commons ... made this present year 1673, concerning Popery and other Grievances*“ und „*Relation of the most Material Matters handled in Parliament: relating to Religion, Property, and the Liberty of the Subject, With the Answer to unto such addresses as were made unto his Majesty*“ verstießen gegen das Berichterstattungsverbot, indem sie die Parlamentskritik an der Ehe des Duke of York und an der Vertagung des Parlaments („*Prorogation*“) vom 3. November 1673 öffentlich machten. Die „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) als Kritik an der übermäßig langen Dauer des „*Cavalier Parliament*“ und die Veröffentlichungen während der angeblich papistischen Verschwörung des „*Popish Plot*“ (1678/79), die in der Forderung nach Ausschluß des Duke of York von der Thronfolge in der „*Exclusion Crisis*“ gipfelte (1679-81), stellen die dritte und vierte Publikationswelle dar<sup>53</sup>.

---

<sup>53</sup> PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 27–30; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1690-1715, Sources*, 2002; „*Despite this prohibition, journalists and pamphleteers continued to publish from time to time even quite lengthy accounts of Commons proceedings*“, in: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House*, 2002

Den besten Zugang zur zeitgenössischen englischen Publizistik bietet der Bestand der „*Early English Books Online*“ (EEBO). Die umfangreiche Online-Quellensammlung zur englischen Publizistik der Frühen Neuzeit deckt den Zeitraum von 1475-1700 nahezu vollständig ab. Von den über 125.000 Titeln, die in „*Pollard & Redgrave's Short-Title Catalogue*“ (1475-1640), in „*Wing's Short-Title Catalogue*“ (1641-1700), in den „*Thomason Tracts*“ (1640-1661) und in den „*Early English Books Tract Supplements*“ gelistet sind, beinhaltet die EEBO zum Zeitpunkt der Bearbeitung rund 100.000 Titel<sup>54</sup>. Neben der frühneuzeitlichen EEBO existiert mit der „*Eighteenth Century Collections Online*“ (ECCO) eine weitere Sammlung digitalisierter Dokumente für das 18. Jahrhundert. Sie bietet Zugriff auf über 180.000 gedruckte Werke, die zwischen 1701 und 1800 im Vereinigten Königreich veröffentlicht wurden<sup>55</sup>.

### III. Vorgehensweise

Die Arbeit beginnt mit den zwei systematischen Kapiteln B) Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments und C) Parlamentsitzungen und –rezesse (1660-1722), deren Aufgabe darin besteht, die Voraussetzungen zur Untersuchung, Auswertung und Analyse der sechs Fallbeispiele in den Hauptkapiteln D) Debatten zur Einberufung und Rechtmäßigkeit und E) Debatten zur Parlamentsdauer zu liefern.

**Kapitel B konzentriert sich auf das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments.** Einberufungsschreiben („*writs of summons*“) und Repräsentation („*plena potestas*“) bilden einen Sachzusammenhang. Die zur Kritik veranlassende Vertagungspraxis („*Adjournements*“ und „*Prorogations*“) sowie die Parlamentsauflösung („*dissolution*“) werden anschließend dargelegt. Geklärt werden soll, wem diese Rechte zustanden, wie sie ausgeübt wurden, welche Wirkung sie hatten, wo sie gewohnheitsrechtlich oder gesetzlich geregelt worden waren.

**Kapitel C unternimmt eine Darstellung der Parlamentsitzungen und –rezesse (1660-1714).** Das Kapitel hat zwei Funktionen. Erstens dient es der Kontextualisierung und Einordnung der Einzelparlamente und erleichtert damit das Verständnis und die Orientierung der in Kapitel D und E untersuchten Fallbeispiele zur Einberufung und Rechtmäßigkeit der Parlamente sowie zur Parlamentsdauer. Zweitens wird versucht, die Parlamentsitzungen und –rezesse auf ihre genaue Dauer zu untersuchen, um eventuelle Tagungsmuster erkennen zu können. Es wird hier zwischen der offiziellen und der tatsächlichen Tagungsdauer der Parlamente unterschieden, die ganz erheblich voneinander abwichen. Eminente Bedeutung hatten die Vertagungen des Parlaments durch „*Adjournements and Prorogations*“, die zu erheblichen Unterbrechungen (Rezessen) der

---

<sup>54</sup> „*Early English Books Online*“ (EEBO): <http://eebo.chadwyck.com/home>

<sup>55</sup> „*Eighteenth Century Collections Online*“ (ECCO): <http://www.gale.com/primary-sources/eighteenth-century-collections-online/>

Parlamente führten. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, was während der Rezesse von der Regierung politisch entschieden und dem Parlament anschließend in Form bereits vollendeter Tatsachen zur Kenntnis gebracht wurde. Aufschlußreich ist die Reaktion des Parlaments darauf. Die „*Standing Parliament Debate*“ bildete den Kulminationspunkt der Kritik an dieser Regierungspraxis.

**Kapitel D konzentriert sich mit den zwei Fallbeispielen der „*Convention Parliaments*“ von 1660 und 1689 auf die Debatten zur Einberufung und Rechtmäßigkeit.** Beide Versammlungen waren in ihrer Rechtmäßigkeit umstritten, weil sie ohne königliche Einberufungsschreiben zustande gekommen waren. Entsprechende Kritik wurde sowohl in den Debatten der Versammlungen als auch in öffentlichen Streitschriften geäußert. Die beiden Fallbeispiele demonstrieren die Bedeutung des Einberufungsrechts.

**Kapitel E behandelt vier Fallbeispiele zur Parlamentsdauer.** Den Debatten zum zweiten „*Triennial Act*“ von 1664, zur „*Standing Parliament Debate*“ von 1675-78, zum dritten „*Triennial Act*“ von 1694 und dem „*Septennial Act*“ von 1716 ist gemeinsam, daß es um die Parlamentsdauer ging. **Die Untersuchung des zweiten „*Triennial Act*“ von 1664** beginnt mit den gesetzlichen Regelungen zur Parlamentstagungsweise und –dauer während der Bürgerkriegszeit und Republik: 1) der erste „*Triennial Act*“ unter dem offiziellen Titel „*Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments*“ (16 Car. I. cap. I.) vom 15. Februar 1641, 2) der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ (17 Car. I. cap. 7) vom 10. Mai 1641, 3) die „*Grand Remonstrance*“ von 1641, 4) die „*Nineteen Propositions*“ von 1642, 5) die „*Heads of the Proposals*“ von 1647, 6) das „*Agreement of the People*“ von 1647, 7) die „*Declaration on the Dissolution of the Long Parliament*“ von 1653, 8) die erste geschriebene Verfassung Großbritanniens, das „*Instrument of Government*“ von 1654, 9) die revidierte Verfassung im „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth [...]*“ von 1654 und 10) das Verfassungsdokument „*The Humble Petition and Advice*“ von 1657. Daran anschließend sollen die Ursachen zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ von 1664 untersucht werden. Das „*Restoration Settlement*“ und das „*Parliamentary Management*“ von 1660-64 werden dazu genauer betrachtet. **Die „*Standing Parliament Debate*“ von 1675-78** stellt einen zentralen Teil der Arbeit dar. Die geäußerte Kritik an der langen Tagungsdauer des Kavalierparlaments und am „*Parliamentary Management*“ der Krone unter der Führung des Earls of Danby sollen untersucht werden. Die Argumente und Forderungen der „*Country Opposition*“ und der Krone werden dargestellt. Im Zusammenhang mit der Bearbeitung der **Debatten zum dritten „*Triennial Act*“**



von 1694 wird auch die direkt anschließende Thronfolgeregelung des *“Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”* (1696) untersucht werden, da die Thronfolge und die Parlamentstagungsweise miteinander zusammenhängen. Der *“Regency Act”* von 1705/06 trifft eine ähnliche Regelung zur Parlamentstagungsweise. **Der „Septennial Act“ von 1716 bildet den Abschluß der vorliegenden Arbeit.**

Die vorgestellte Bearbeitungsweise und –abfolge entspricht nicht der Parlamentsgeschichtsschreibung spezifischen Darstellungsweise, die üblicherweise die Parlamente in ihrer zeitlichen Abfolge mit einer Beschreibung der Sitzungen, ihren Unterbrechungen durch Vertagungen, den Geschehnissen während der Rezesse und den anschließenden Fortsetzungen vornimmt. Zur Klärung der Frage nach der Permanenz oder Periodizität des englischen Parlaments ist eine ausschließlich chronologische Untersuchung dieser Art aber ungeeignet. Es bietet sich vielmehr an, eine Auswahl anhand der öffentlich geführten Auseinandersetzungen über die Tagungsweise und –dauer des Parlaments zu treffen. Die Arbeit beabsichtigt also kein chronologisch-fortlaufendes Narrativ des Gesamtzeitraums, sondern eine Konzentration auf geeignete Fallbeispiele zur jeweiligen Einzeluntersuchung, ohne jedoch auf die notwendige Kontextualisierung zu verzichten. Bei der Auswahl der Debatten kommt es darauf an, nicht den Normalfall, sondern **Bruchstellen bzw. Konfliktpunkte** zu suchen und auszuwählen, die Aufschluß geben über die Vorstellungen und Argumente der verschiedenen Akteure hinsichtlich der Tagungsweise und –dauer des Parlaments<sup>56</sup>.

Die in den Fußnoten wiedergegebenen Textstellen aus den Originalquellen belegen die quellenbasierte Interpretation und Analyse. Längere Textauszüge von sekundärer Bedeutung für die Tagungsweise und –dauer, aber von Bedeutung zum Verständnis und zur Kontextualisierung, befinden sich in einem gesonderten alphabetisch nach Autor und Titel sortierten Analekten-Apparat im Anhang der Arbeit<sup>57</sup>.

---

<sup>56</sup> STOLLBERG-RILINGER, Barbara, *Des Kaisers alte Kleider, Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*, München, 2008, S. 18–21: „[...] Momentaufnahmen [...] die mikrohistorische Lupe [wird] auf besonders signifikante Symboldaten gerichtet. [...] Das Augenmerk soll daher auch weniger auf den Normalfall als auf Bruchstellen und Konflikte gerichtet werden“; SÜSSMANN, Johannes/SCHOLZ, Susanne/ENGEL, Gisela (Hrsg.), *Fallstudien, Theorie, Geschichte, Methode*, Berlin, 2007; DÜWELL, Susanne/PETHES, Nicolas (Hrsg.), *Fall - Fallgeschichte - Fallstudie, Theorie und Geschichte einer Wissensform*, Frankfurt am Main, 1. Auflage, 2014

<sup>57</sup> WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. VIII: „*Despite the many studies already completed there has been no previous attempt to take the day-to-day record of the Journal, and of the parliamentary diaries, and to make this, rather the commentary provided by the letters, diaries and memoirs the center of the narrative. Relying on the latter type of source previous writers have often offered interpretations without fully describing the events which have to be explained*“.

## **B. Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments**

### **I. Einberufung („*Writs of summons*“) und Repräsentation („*Plena potestas*“)**

Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments und damit die Bestimmung von Anfang und Ende, von Existenz und Dauer des Parlaments war ursprünglich königliches Prärogativrecht („*Royal Prerogative*“). Die königliche Prärogative als Vorrecht der Krone zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments ging schließlich verloren und wandelte sich zur heutigen Verpflichtung der Krone gegenüber einer dem Parlament verantwortlichen Regierung. Die Einberufung des Parlaments durch den König soll zunächst dargestellt werden, danach das Repräsentationsprinzip, welches für die Omnipotenz der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ von konstitutiver Bedeutung ist<sup>58</sup>.

**Die königlichen Einberufungsschreiben („*writs of summons*“)** zum „*colloquium*“, „*tractatum*“, „*deliberacionem*“, „*consilium*“ und schließlich „*ad parliamentum*“ (erstmalig zum 6. März 1300) wandten sich an drei unterschiedliche Gruppen: Die Lords im Oberhaus erhielten individuelle, an sie persönlich gerichtete Einladungsschreiben und hatten ursprünglich kein automatisches Recht auf Sitz und Stimme. Die Richter, der „*Attorney-General*“, der „*Solicitor-General*“ und des Königs „*Serjeant-at-Law*“ wurden mittels „*Writ of Attendance*“ geladen. Die Sheriffs erhielten Einberufungsschreiben zur Abhaltung der Abgeordnetenwahlen in den Grafschaften („*shires*“) und Städten („*cities*“ und „*boroughs*“). Alle Einberufungs- bzw. Ladungsschreiben erlangten durch das Große Staatssiegel ihre Rechtskraft und mußten Ort und Zeit der Versammlung benennen, nicht aber den Grund. Dieser wurde erst später vom König oder in seiner Abwesenheit vom Lordkanzler zur offiziellen Parlamentseröffnung genannt<sup>59</sup>.

---

<sup>58</sup> ERSKINE MAY, Thomas/WEBSTER, T. Lonsdale, *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, London, 1917, 12th Edition, S. 46; BLACKSTONE, William, *Commentaries on the Laws of England*, Book the first, Dublin, 1771, The Fourth Edition, S. 151–153; CAMPION, Gilbert, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, London, 1947, S. 74; COURTNEY, Leonard, *The working of the Constitution, of the United Kingdom and its outgrowths*, London, 1901, S. 40f.; REDLICH, Josef, *The Procedure of the House of Commons, A Study of its History and Present Form*, Vol. II., London, 1908, S. 51, 65; REDLICH, Josef, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus, Die Geschäftsordnung des House of Commons in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt*, Leipzig, 1905, S. 306, 320f.; POLLARD, *The Evolution of Parliament*, 1920, S. 262; RITTER, *Parlament und Demokratie in Großbritannien*, 1972, S. 28; HÜBNER, Emil/MÜNCH, Ursula, *Das politische System Großbritanniens, Eine Einführung*, München, 1999, S. 26

<sup>59</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 47f., 49; REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 52f., 59; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 308, 314f.; POLLARD, *The Evolution of Parliament*, 1920, S. 27, 30, 47, 56, 81f., 87f., 96, 99, 111; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 43; FRYDE, E. B./GREENWAY, D. E./PORTER, S./ROY, I., *Handbook of British Chronology*, London, 1986, 3rd Edition, S. 526; *The History of Parliament Trust/THRUSH*, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.),

**Versammlungsrecht und -pflicht** ergaben sich aus dem Feudalverhältnis zwischen Lehnsherr und Lehnsman. Dem Feudalverhältnis entstammte auch die mittelalterliche „*Curia Regis*“. Aus diesem königlichen Rat entwickelten sich die wesentlichen Einrichtungen der englischen Regierung. Der Große Rat („*Great Council*“) mit individueller Ladung der Magnaten („*Lords*“) und kollektiver Ladung des niederen Adels und der Gemeinen („*Gentry*“ und „*Commons*“) durch die königlichen Beamten wurzelte im Gefolgschaftswesen des Feudalismus. Dieses war auf Gegenseitigkeit angelegt, handelte es sich doch um einen Vertrag mit gegenseitigen Rechten und Pflichten („*obligatio mutua*“). Der feudalen Pflicht zur Gefolgschaft, zum Dienst und zur Beratung des Königs stand das Recht zur Beratung gegenüber. Die Wechselseitigkeit des Verhältnisses zeigt sich im beiderseitigen Nutzen: Für die Krone brachte die Teilnahmepflicht der Vasallen zugleich deren Mitverantwortung in politischer und finanzieller Hinsicht und die Vasallen und Stände konnten ihre Beschwerden und Rechte geltend machen. Das gegenseitige Vertragsprinzip des Feudalismus ist eine ganz entscheidende Wurzel des Parlamentarismus. Das Recht zur Versammlung, Beratung und Abhilfe von Beschwerden bedeutete aber noch keineswegs Repräsentation im modernen Sinne als Wesensmerkmal des Parlamentarismus. Da Repräsentation erst später entstand, soll hier zunächst die Einberufungspraxis dargestellt werden<sup>60</sup>.

„*Magna Charta*“ (1215) gab eine rechtliche Antwort auf die zentrale Frage des feudalen Vertragswesens, wie mit einem König umzugehen sei, der sich nicht an die vertraglichen Verpflichtungen aus dem Feudalverhältnis hielt. Der erfolgreiche Aufstand der englischen Barone gegen König Johann (1199-1216) mündete in einer Vertragsurkunde, die den Vertragsparteien ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten verbrieft. Für den Fall des Vertragsbruchs seitens des Königs sah „*Magna Charta*“ vor, daß ein Ausschuss aus 25 Baronen dies feststellen und dem König Widerstand leisten durfte. Damit galt das Widerstandsrecht der Barone im Grundsatz als verbrieft

---

Introductory Survey 1604-29, IV. Elections, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/iv-elections>, 25.7.2016

<sup>60</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 9-13, 15-20, 143-148; POLLARD, The Evolution of Parliament, 1920, S. 27, 30, 153f.; RIESCHER, Gisela/HOFMANN, Wilhelm, Einführung in die Parlamentarismustheorie, Darmstadt, 1999, S. 1–9; BARUDIO, Günter, Feudalismus, in: Ders., Politik als Kultur, Ein Lexikon von Abendland bis Zukunft, Stuttgart, 1994, S. 101–107; BLOCH, Marc/BOHM, Eberhard, Die Feudalgesellschaft, Stuttgart, 1999; GANSHOF, François Louis, Was ist das Lehnswesen? Que est-ce que la féodalité?, Darmstadt, 1961; KERN, Fritz, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie, Darmstadt, 1980 (1914), 7. Auflage als unveränderter Nachdruck der 2. Auflage 1954; ELTON, "The Body of the Whole Realm", 1969, S. 3; HÜBNER ET AL., Das politische System Großbritanniens, 1999, S. 9ff.

und die Monarchie in ihren Rechten als beschränkt. „*Magna Charta*“ enthielt den Nukleus zur Entfaltung der Mischverfassung einer beschränkten Monarchie<sup>61</sup>.

Die „*Provisions of Oxford*“ (1258) und „*Montfort's Parliament*“ (1265) gingen aus den Auseinandersetzungen zwischen König und Baronen (1258-65) hervor, die unter der Führung Simon de Montforts (1208-65), 6th Earl of Leicester, gegen Heinrich III. (1216-72) geführt worden waren. Die Provisionen sahen vor, daß die Barone in einem Ausschuss über die Berufung der obersten Kronbeamten entscheiden sollten und ihnen ein Veto gegen die Entscheidungen des Königs zustehen sollte. Der „*Great Council*“, von dem seit ca. 1240 bereits als Parlament gesprochen wurde – zunächst nur zur Bezeichnung einer Besprechung, Beratung oder Konferenz zwischen der Krone und ihren höchsten Beamten mit den Magnaten und den höchsten Würdenträgern der Kirche -, sollte durch einen dreimal jährlich einzuberufenden Zwölferausschuss der Barone ersetzt werden. Mit der Einberufung der Gemeinen („*commons*“), zweier Ritter je Grafschaft („*shire*“) und der erstmaligen Berufung zweier Bürger je Stadtflecken („*borough*“), zur gemeinsamen Versammlung mit den Magnaten („*Lords*“) des Landes durch Simon de Montfort entstand das erste Parlament dieser Zusammensetzung („*Simon de Montfort's Parliament*“, 1265), allerdings immer noch ohne echte Repräsentation. Simon de Montfort setzte die Forderungen der Barone zwar zunächst durch, unterlag aber letztlich Heinrich III., der die Beschränkungen der königlichen Prerogative wieder aufhob<sup>62</sup>.

**König Edward I. (1272-1307) schuf das „*Model Parliament*“ (1295), welches zwar auf Montforts Parlament (1265) zurückgriff, mit seinen Neuerungen aber zum Vorbild aller zukünftigen**

---

<sup>61</sup> BURTON ADAMS, George, The Origin of the English Constitution I, in: American Historical Review 13, 1908, Nr. 2, S. 229–245, hier S. 237–245; BURTON ADAMS, The Origin of the English Constitution I, 1908, S. 229–245, hier S. 245 zu „*Magna Charta*“, Abschnitt 61 und zur Bedeutung des Feudalismus für die beschränkte Monarchie: „*The origin of the English limited monarchy is to be sought not in the primitive German state, nor in the idea of an elective monarchy or a coronation oath, nor in the survival of institutions of local freedom to exert increasing influence on the central government. The principle which moulds and shapes all elements into the great result came from feudalism*“. MADDICOTT, John Robert, The origins of the English parliament, 924-1327, Oxford, 2012, S. 157–274; BRAND, Paul, The Development of Parliament 1215-1307, in: Clyve JONES (HRSG.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 10–15; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 19f.; HÜBNER ET AL., Das politische System Großbritanniens, 1999, S. 9–12; SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 18

<sup>62</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 21; BURTON ADAMS, George, The Origin of the English Constitution II, in: American Historical Review 13, 1908, Nr. 4, S. 713–730; MADDICOTT, The origins of the English parliament, 924-1327, 2012, S. 233–261; POLLARD, The Evolution of Parliament, 1920, S. 30–35; Richardson, H. G./Sayles, G. O., The Earliest Known Official Use of the Term 'Parliament', in: English Historical Review 82, 1967, Nr. 325, S. 747–750; CLEMENTI, D. R., The documentary evidence for the crisis of government in England in 1258, in: Parliaments, Estates and Representation I, 2010, Nr. 2, S. 99–108; BRAND, Paul, The Development of Parliament 1215-1307, 2009, S. 10–15; ELTON, "The Body of the Whole Realm", 1969, S. 3; HÜBNER ET AL., Das politische System Großbritanniens, 1999, S. 11; SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 19

Parlamente wurde. Einberufen wurden die geistlichen Feudalherrn und Prälaten der Kirche, die Erzbischöfe, Bischöfe und Äbte – der niedere Klerus war zwar auch geladen, schied jedoch alsbald aus und bildete eine eigene Kirchenversammlung („*convocation*“) –, die weltlichen Feudalherrn – sieben Grafen („*Earls*“) und 21 Barone – und die Repräsentanten der Grafschaften und Städte. Hauptmerkmal des Modellparlaments und entscheidende Neuerung Edwards I. war die erstmalige Verwendung echter Repräsentation. Die geistlichen und weltlichen Großen vertraten zwar weiterhin sich selbst, nicht aber die Vertreter des Unterhauses, die mit Vollmacht gewählt worden waren, die Vertretenen autonom und verbindlich zu verpflichten („*plena potestas*“). Da die Vertreter der „*Commons*“ den überwiegenden Reichtum des Landes repräsentierten, während die Lords lediglich sich selbst vertraten, wird augenblicklich die Bedeutung der neuen Repräsentationstechnik deutlich. Woher die neue Technik stammte, darüber streitet man weiter. Römisches wie Kanonisches Recht spielten dabei eine entscheidende Rolle. Die Organisation der katholischen Kirche und ihrer Orden und besonders der Dominikaner, die 1220 in England erstmals eintrafen, war von großer Bedeutung. Edward I. erließ genaue Instruktionen an die königlichen Grafschaftsbeamten („*sheriffs*“) zur Versammlung des Parlaments. Die Vertreter der Ritter („*gentry*“) sollten in den Grafschaftsgerichten von allen freien Landeigentümern („*freeholders*“) gewählt werden. Bereits Edward I. versuchte mit einem Gesetz von 1306, einer möglichen Willkür der Sheriffs entgegenzusteuern. Und Edward I. war es auch, der wesentlich zur Festigung des Parlaments beitrug, indem er während seiner Herrschaft insgesamt viermal das Parlament einberief. Parlamente wurden nach dem Modellparlament (1295) zunehmend regelmäßig einberufen<sup>63</sup>.

**König Edward II. (1307-27)** traf eine frühe, aber wenig beachtete und lediglich als königliche Ordonnanz erlassene Regelung des königlichen Prärogativrechts zur Einberufung des Parlaments

---

<sup>63</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 21–26; ELTON, "The Body of the Whole Realm", 1969, S. 3 zum sozialen Wandel während der Herrschaft Heinrichs III. und Edwards I. mit seiner Auswirkung auf das Parlament: "*In the reign of Henry III., the notion of the feudal honor of England was being replaced by the notion of the realm, the universitas or communitas Anglie, in which not the king's feudal tenants but all men with an interest in the kingdom could claim a voice. This development reflected major social changes: the feudal knighthood was turning into the landed gentry, wealth and political weight were coming to be distributed more widely, and the old baronial class was dividing into great men (magnates) and lesser but still influential men. The English Parliament resulted from the necessity [...] to amalgamate the political and judicial tasks once discharged by the curia regis. It was for this reason, that writs of summons called men to discuss with the king [...] It was really in the reign of Edward I, the king who found in these meetings a useful instrument for governing the realm, that the practice became habitual.*"; RIESCHER ET AL., Einführung in die Parlamentarismustheorie, 1999, S. 32f. zur korporatistischen Repräsentation (Marsilius von Padua); RIESCHER ET AL., Einführung in die Parlamentarismustheorie, 1999, S. 33–36 zur konziliaren Repräsentation (Nikolaus von Kues); ROUND, John Horace, The House of Lords and the Model Parliament, in: English Historical Review 30, 1915, Nr. 119, S. 385–397; BRAND, Paul, The Development of Parliament 1215-1307, 2009, S. 10–15; HÜBNER ET AL., Das politische System Großbritanniens, 1999, S. 12; SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 20

(1312). Danach hatte der König das Recht, das Parlament einmal oder zweimal jährlich zu versammeln, falls erforderlich: „*Que le roi tiegne Parlement une foiz p an', ou deu foiz si mestier soit*“ (5 Edward II.). Der zu dieser Zeit noch vorwiegende Charakter des Parlaments als königlicher Gerichtshof („*King's Parliament*“) zeigte sich in dieser Regelung, zu der es kam, weil es Beschwerden gegeben hatte, daß Klagen ohne Anwesenheit des Königs behandelt worden waren. Das Bedürfnis nach regelmäßigen Konsultationen wuchs bei den Rechtsuchenden, den Lords und der Krone gleichermaßen. So konnte man Beschwerden und Bitten vorbringen, Einfluss geltend machen und Konsens schaffen. Besonders erfolgreich ließen sich für die Krone neue Geldquellen erschließen, denn zur Steuererhebung war die Zustimmung der Besteuerten notwendig. Schließlich waren die Versammlungen auch hervorragend zur Herrschaftsrepräsentation geeignet<sup>64</sup>.

**Auf die „*Annual Parliaments*“ Edwards III. (1327-77)** geht die heute geübte Praxis jährlicher Parlamentssitzungen zurück, die aber nicht mit dem Wahlzyklus verwechselt werden sollte. Je bedeutsamer und größer das Parlament wurde, desto schwerer wurde es, häufige Sitzungen abzuhalten. Die Erledigung kleinerer Aufgaben verlagerte sich zunehmend in den königlichen Rat. Im Laufe des 14. Jahrhunderts entwickelte sich daraus das englische Parlament zum Zweikammerparlament mit den beiden Parlamentshäusern des Ober- und Unterhauses. Das Parlament tagte zwar als Einheit, die Beratungen von Ober- und Unterhaus fanden aber getrennt voneinander statt. Die weltlichen und geistlichen Großen des Reiches berieten zusammen mit dem königlichen Rat („*King's Council*“ als „*Council-in-Parliament*“) im sogenannten Großen Rat („*Great Council*“), woraus das Oberhaus als „*Chamber of Lords*“ hervorging, und der niedere Adel und die Bürger berieten als „*Commons*“ getrennt davon für sich. Getrennte Beratungen dieser Art fanden erstmals 1341 statt<sup>65</sup>.

Die früheste gesetzliche Regelung zur regelmäßigen Einberufung des Parlaments stammte von König Edward III. Das im vierten Jahr seiner Herrschaft (1330) verabschiedete Gesetz bestimmte jährliche Parlamente („*Annual Parliaments*“). Das Parlament sollte einmal jährlich einberufen

---

<sup>64</sup> STRACHEY, John (Hrsg.), *Rotuli Parliamentorum, ut et petitiones, et placita in Parlamento, Tempore Edwardi R. I.* [u.a.], Volume I., London, 1767, S. 281; ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 47; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 25–27

<sup>65</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 46; REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 51; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 306; POLLARD, *The Evolution of Parliament*, 1920, S. 130f.; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 27f.; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 488: „*This latter statute [Triennial Act of 1694] was modified by an Act of 1696 [...] a gradual adaptation of a medieval institution to more modern needs. Of this process, the starting point was the widely held opinion that annual parliaments were of remote antiquity [...] confirmed by the statutes of Edward III which required that the legislature should be summoned once a year or more often if need be*“

werden, falls erforderlich auch mehr als einmal im Jahr<sup>66</sup>. Bezog man die Formulierung des „*if need be*“ auf den ganzen Gesetzestext anstatt nur auf den letzten Teil, so eröffnete dies der Krone einen weiten Interpretationsspielraum zur Umgehung des Gesetzes. Edward III. verabschiedete im 36. Jahr seiner Herrschaft (1362) eine weitere Regelung. Zur Abhilfe von Unrecht und Beschwerden sollte jährlich ein Parlament abgehalten werden<sup>67</sup>. Im 50. und letzten Herrschaftsjahr (1376) Edwards III. reichte das Unterhaus eine Petition zur verbindlichen Regelung jährlicher Parlamente ein. Der König beschied den Wunsch abschlägig. Die bestehenden Gesetze sollten sorgfältig aufrechterhalten und eingehalten werden<sup>68</sup>. Nach dem Tod Edwards III. richtete das Unterhaus sich erneut mit einer entsprechenden Petition an seinen Nachfolger (1377). Richard II. lehnte aber genauso wie sein Vorgänger ab<sup>69</sup>.

**Keine Normierung zur regelmäßigen Einberufung der Parlamente** gab es in den Jahrhunderten vom Tode Edwards III. (1377) bis zum „*Triennial Act*“ (1641)<sup>70</sup>. Seit Richard II. tagten die Parlamente stets von Fall zu Fall, ohne feste Regel und Termine, waren von verschieden langer, meistens aber nur von kurzer Dauer. Während des Zerfalls der Zentralregierung unter Heinrich VI. (1422-61) und mit Beginn der Rosenkriege (1455-85) war weniger das Parlament als vielmehr der

---

<sup>66</sup> RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), *The Statutes at Large, Volume I., From Magna Charta to the end of the reign of King Henry the sixth. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time*, London, 1763, S. 205: „*Item it is accorded, That a Parliament shall be holden every Year once, and more often, if need be*“ - „*Ensement est acorde qe parlement soit tenu checun an une foiz ou plus si mestier soit*“ (4 Edward III. c. 14); ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 46

<sup>67</sup> RUFFHEAD, *The Statutes at Large, Volume I.*, 1763, S. 309: „*Item, For Maintenance of the Said Articles and Statutes, and Redress of divers Mischiefs and Grievances which daily happen, a Parliament shall be holden every Year, as another Time was ordained by Statute*“ (36 Edward III. c. 10); ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 46

<sup>68</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 47: „*In regard to a Parliament each year, there are statutes and ordinances made, which should be duly maintained and kept*“

<sup>69</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 47: „*So far as relates to the holding of Parliament each year, let the statutes thereupon be kept and observed; and as for the place of meeting, the king will therein do his pleasure*“

<sup>70</sup> *The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, I. The Period 1386-1421*, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/i-period-1386-1421>, 16.10.2016; *The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L./RAWCLIFFE, C. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, II. The Place of Parliament in the King's Government*, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/ii-place-parliament-kings-government>, 16.10.2016; *The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, III. The Role of the King and his Officials*, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/iii-role-king-and-his-officials>, 16.10.2016; Zum Zeitpunkt der Bearbeitung gab es keine „*Surveys*“ zu den Parlamenten 1422-1603; *THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1604-29, IV. Elections*, 2010: „*Before the passage of the Triennial Act of 1641, the right to summon a Parliament was vested solely in the monarch who, once a decision had been reached, wrote to the lord chancellor or lord keeper to order the preparation of writs of election*“

Königliche Rat („*Royal Council*“) von entscheidender Bedeutung für die Politik des Landes. Im Rat wurde über die Einberufung und Dauer der Parlamente bestimmt. Unter Heinrich VI. waren es 22 Parlamente in 29 Jahren, unter Edward IV. (1461-83) dagegen nur sieben Parlamente in 22 Jahren. Während der Rosenkriege erschöpfte sich die Rolle des Parlaments hauptsächlich in der nachträglichen Legitimierung der verschiedenen Machtusurpationen. Das Parlament bestätigte schließlich auch die Herrschaft der neuen Dynastie der Tudors unter Heinrichs VII. (1457-1509), der das Parlament in 24 Herrschaftsjahren 22 Mal einberief. Im deutlichen Gegensatz zu seinem Vater berief Heinrich VIII. (1509-47) das Parlament nur neunmal in 38 Regierungsjahren. Dafür stellte das Reformationsparlament Heinrichs VIII. alle bisherigen Parlamente an Dauer in den Schatten, tagte es doch sieben Jahre lang (1527-36). Durch die schiere Länge dieses Parlaments entwickelte sich erstmals ein Identitätsbewusstsein als Parlamentarier, so daß es zukünftig zu Prestige und Status beitrug, Abgeordneter zu sein und nicht als bloße Pflicht und Bürde empfunden wurde. Es wurden zudem zahlreiche neue Parlamentssitze in den „*boroughs*“ geschaffen, so daß die Anzahl der Sitze kontinuierlich von 298 unter Heinrich VIII. auf 498 unter Elisabeth I. stieg. Umgekehrt setzte in dieser Zeit die Beeinflussung der „*boroughs*“ durch die Krone ein. In den festgefügt Grafschaftsbezirken war dies nicht ohne weiteres möglich<sup>71</sup>. Sir Thomas Smith beschrieb die königliche Einberufungspraxis im zweiten Kapitel des zweiten Buches seines Werkes „*De Republica Anglorum*“ (1583)<sup>72</sup>. Mit der neuen Dynastie der schottischen Stuarts änderte sich das Selbstverständnis der Könige und der Umgang mit dem Parlament. Jakob I. berief das Parlament nur viermal in 22 Herrschaftsjahren ein<sup>73</sup> und Karl I. fünfmal in 24 Jahren<sup>74</sup>.

---

<sup>71</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 25f., 29–40; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 94

<sup>72</sup> SMITH, Thomas, *De Republica Anglorum, The maner of gouernement or policie of the realme of England*, Compiled by the honorable man Thomas Smyth, Doctor of the ciuil lawes, knight, and principall secretarie vnto the two most worthie princes, King Edwarde the sixt, and Queene Elizabeth, Early English Books Online (EEBO) 22857, London, 1583, S. 35f.: „*The forme and manner of holding the parliament: The prince sendeth both his rescripts or writtes to every duke, marques, baron, and every other Lorde temporall or spirituall who hath voice in the parliament, to be at his great counsell of Parliament such a day [...] he sendeth also writtes to the Sherifes of every shyre to admonish the whole shyre to choose two knights of the parliament in the name of the shyre, to heare and reason, and to give their advise and consent in the name of the shyre, and to be present at that day: likewise to every citie and towne which of ancientie hath bin wont to finde burgesses of the parliament, so to make election that they might be present there at the first day of the parliament*“

<sup>73</sup> The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), *Introductory Survey 1604-29, I. The Nature, Functions and remit of the House of Commons*, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/i-nature-functions-and-remit-house-commons>, 25.7.2016; zu den Parlamenten Jakobs I. (1604-10, 1614, 1621, 1624), vgl.: The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), *Introductory Survey 1604-29, XIII. The Management of the Commons*, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xiii-management-commons>, 25.7.2016; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 42–45



**Der „Triennial Act“ von 1641** regelte erstmals die regelmäßige Tagungsweise des Parlaments. Dem ersten „Triennial Act“ folgten Regelungen zur Tagungsdauer des Parlaments während der Republik sowie ein zweiter (1664) und ein dritter „Triennial Act“ nach der Restauration (1694). Der „Septennial Act“ (1716) traf eine weitere gesetzliche Regelung. Eine ausführliche Darstellung der Gesetze und der Debatten im und außerhalb des Parlaments findet sich in den Fallbeispielen in Kapitel E. Die Bezugnahme auf die Edwardsche Praxis der „Annual Parliaments“ findet sich in allen Debatten zur Tagungsweise und –dauer der Parlamente und in den tatsächlich getroffenen gesetzlichen Regelungen. Die Präambel des ersten „Triennial Act“ (1641) bezog sich auf die althergebrachte Gesetzeslage der jährlich einzuberufenden Parlamente zur Abhilfe von Beschwerden und bestätigte das königliche Prärogativrecht zur Bestimmung von Ort und Zeit der Versammlung<sup>75</sup>. Der erste „Triennial Act“ (1641) wurde durch den zweiten „Triennial Act“ (1664) widerrufen. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß das Gesetz die der Krone rechtmäßig zustehenden Rechte und Prärogativen zur Einberufung und Versammlung der Parlamente beeinträchtigte. Darüber hinaus bestätigte der neue „Triennial Act“ nicht mehr die Gesetz Edwards III., sondern verfälschte und widerrief sie durch die Formulierung, daß Parlamente nach den alten Gesetzen nicht jährlich, sondern sehr oft abgehalten werden sollten<sup>76</sup>. Der dritte „Triennial Act“

---

<sup>74</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1604-29, I. The Nature, Functions and remit of the House of Commons, 2010; zu den Parlamenten Karls I. (1625, 1626, 1628/29), vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1604-29, XIII. The Management of the Commons, 2010; zum Kurzen Parlament (1640) Karls I., vgl.: The History of Parliament Trust (Hrsg.), The Short Parliament (4th Parliament of Charles I), April 1640, 2014, [http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1640-\(apr\)](http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1640-(apr)), 26.11.2014; zum langen Parlament Karls I. (1640-60), vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Civil War, Commonwealth and Protectorate Parliaments 1640-1660, 2014

<sup>75</sup> „[...] *the Parliament ought to bee holden att least once every yeare for the redresse of grievances but the appointment of the time and place for the holding thereof hath alwaies belonged as it ought to his Majestie and his Royall Progenitors. [...]*“ (16 Charles I. c. 1), in: England and Wales, An Act for the preventing of Inconveniencies, hapning by the long intermission of Parliaments, Early English Books Online (EEBO) 1814:08, London, 1640, S. 1; RAITHEY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. The statutes that passed into law under Charles I and Charles II, including the legislation of the Long and Short Parliaments before the Interregnum, and of the Restoration after, 1818, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol5>, 04.1.2015, S. 54–57; COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), From the earliest period to the year 1803, London, 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, John (Hrsg.), Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), London, 1721, <http://www.british-history.ac.uk/rushworth-papers/vol4>, 05.1.2016, S. 165–202; GARDINER, Samuel Rawson (Hrsg.), The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1625-1660, Oxford, 1906, S. 144; ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 47; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 151, 153

<sup>76</sup> „*That the said Act entituled An Act for the preventing of Inconveniencies happening by the long Intermission of Parliaments And all and every the Articles Clauses and Things therein contained is, shall be and are hereby wholly repealed annulled and utterly made void [...] in Derogation of His Majestyes just Rights and Prerogative inherent to the Imperiall Crowne of this Realme for the calling and assembling of Parliaments. [...] by the antient Lawes and Statutes of this Realme made in the Raigne of King Edward the*

(1694) bestätigte den Widerruf der Gesetze Edwards III., bestimmte aber, daß in Zukunft mindestens einmal alle drei Jahre ein Parlament abzuhalten sei<sup>77</sup>. Die „*Triennial Acts*“ (1641, 1664 und 1694) beschränkten die Dauer des Parlaments auf maximal drei Jahre. Der „*Septennial Act*“ (1716) legte die Parlamentsdauer dagegen auf maximal sieben Jahre fest. An dieser Dauer sollte sich bis zum „*Parliament Act*“ (1911) nichts mehr ändern, der eine fünfjährige Dauer verbindlich festlegte<sup>78</sup>.

**Eine Selbstautorisierung des Parlaments zur Versammlung ohne vorherige Einberufung der Krone gab es nur in zwei Fällen:** Das erste „*Convention Parliament*“ zur Restauration der Monarchie (1660) und das zweite „*Convention Parliament*“ der „*Glorious Revolution*“ (1689)<sup>79</sup>. Beide Versammlungen wurden von den Zeitgenossen als „unechte“ Parlamente kritisiert, da sie sich ohne königliche Einberufungsschreiben versammelt hatten. Die Kontroversen darüber zwangen zur Verabschiedung von Gesetzen der Selbstautorisierung: „*An Act for removing and preventing all*

---

*Third Parliaments are to be held very often*” (16 Charles II. c. 1)“, in: England and Wales, An Act for the assembling and holding of Parliaments, once in three years at the least and for the repeal of an Act entitled, An Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments, Early English Books Online (EEBO) 1810:11, 1664; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume III., From the first year of King James the First to the tenth year of the reign of King William the Third. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time, London, 1763, S. 289; ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 47; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 151, 153; SEAWARD, Paul, The House of Commons 1660-1707, in: Clyve JONES (HRSG.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 126–147, hier S. 126

<sup>77</sup> „[...] *That from henceforth a Parliament shall bee holden once in Three years att the least*” (6 William & Mary c. 2), in: RAITHBY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. The statutes of the last years of James II, the Glorious Revolution, and the first years of William and Mary. Includes the 'Bill of Rights' of 1688-9 and the Triennial Act of 1694, 1819, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol6>, 26.11.2014, S. 510; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 570; ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 47; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 153

<sup>78</sup> ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 53; CAMPION, An Introduction to the Procedure of the House of Commons, 1947, S. 74; COURTNEY, The working of the Constitution, 1901, S. 44; NORTON, PHILIP, Resisting the Inevitable? The Parliament Act 1911, in: Parliamentary History 31, 2012, Nr. 3, S. 444–459; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, About the History of Parliament's 'Parliaments' articles, 2016

<sup>79</sup> ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 46: „*It is by the act of the Crown alone that Parliament can be assembled. The only occasions on which the Lords and Commons have met by their own authority, were previously to the restoration of King Charles II., and at the Revolution in 1688.*“; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 151–153: Blackstone begründete die Rechtmäßigkeit der beiden Konventionsparlamente (1660 und 1689) trotz fehlender königlicher Einberufungsschreiben mit der schieren Notwendigkeit, einmal für das Konventionsparlament von 1660 („*But this was for the necessity of the thing, which supersedes all law*“) und zum zweiten für das Konventionsparlaments von 1689 („*a like principle of necessity as at the restoration [...] ex necessitate rei, that the form of the royal writs must be laid aside*“). Für Blackstone waren dies Ausnahmen. Im Grundsatz gelte das königliche Einberufungsrecht: „*the rule laid aside is in general certain, that the king, only, can convoke a parliament.*“

*Questions and Disputes, concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“, 1660 (12 Charles II. c. 1)<sup>80</sup> und das im Titel gleichlautende Gesetz von 1689 (1 William & Mary c. 1)<sup>81</sup>.

**Für die Einberufung des Parlaments im Falle der Thronfolge** wurden explizite gesetzliche Autorisierungen zur Versammlung des Parlaments ohne königliche Einberufung zur Sicherung der Thronfolge getroffen (1696, 1705/06, 1707): *“Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”* (1696 - 8 William III. c. 15)<sup>82</sup>, *“Act for the better security of Her Majesty's person and government, and of the succession to the crown of England in the Protestant line“*, besser bekannt als *“Regency Act”* (1705/06 - 4 Anne c. 8)<sup>83</sup>, *“An Act for the Security of Her Majesties and Government and of the Succession to the Crown of Great Britain in the Protestant Line”*, besser bekannt als *“Succession to the Crown Act”* (1707 - 6 Anne c. 7)<sup>84</sup>, *“Meeting of Parliament Act”* (1797 - 37 George III. c. 127), *“Reform Act”* (1867) und *“Demise of the Crown Act”* (1901)<sup>85</sup>. Bis zum *“Representation of the People Act”* (1867) galt die Regel, daß mit dem Tod des Monarchen das Parlament innerhalb von sechs Monaten neu gewählt werden mußte, weil mit dem Kopf auch der Körper des Staatswesens zu erneuern war<sup>86</sup>.

**Zur Konstituierung des Parlaments** versammelten sich die gewählten Abgeordneten des Unterhauses nach der Parlamentswahl durch den königlichen Boten des schwarzen Stabes („*Black-Rod*“) herbeigerufen gemeinsam mit den Lords im Oberhaus, wo sie der König oder der Lordkanzler mit seinem Hofstaat erwartete, um den königlichen Befehl zur Wahl des Unterhaussprechers zu erteilen. Erst mit der im Unterhaus erfolgenden Wahl des Sprechers konstituierte sich das Unterhaus. Als Zeichen seiner rechtmäßigen Konstituierung durfte das Zepter

---

<sup>80</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 179; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 145

<sup>81</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 23f.; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 415

<sup>82</sup> RAITHBY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. Statutes passed into law under William III, including the Civil List Act of 1697 and the Act of Settlement of 1701, 1820, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol7>, 26.11.2014, S. 84; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 603f.

<sup>83</sup> RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume IV., From the tenth year of King William the Third to the end of the reign of Queen Anne. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time, London, 1763, S. 196f.; ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 48

<sup>84</sup> RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume IV., 1763, S. 276-281; ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 48

<sup>85</sup> ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 48f.

<sup>86</sup> SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 40

des Hauses nun auf den Tisch vor dem Thron des Sprechers und zwischen den Parlamentsbänken gelegt werden. Am nächsten Tag schickte der König „*Black-Rod*“ erneut zum Unterhaus, um den Sprecher zur Bestätigung seiner Wahl ins Oberhaus zu rufen. Der Bote fand die Tür zum Unterhaus diesmal allerdings verschlossen vor. Diese wurde ihm erst geöffnet, nachdem er dreimal klopfend um Einlaß gebeten hatte. Die Zeremonie gemahnt an das unrechtmäßige Eindringen König Karls I. in das Unterhaus zur Verhaftung von fünf Abgeordneten (1642). Erst mit der Bestätigung seiner Wahl durch den König im Oberhaus erlangte der Sprecher seine volle Amtsgewalt und konnte solchermäßen berechtigt ins Unterhaus zurückkehren, um während der folgenden zwei Tage die Ableistung der Eide aller Abgeordneten im Unterhaus zu leiten, ohne welche sie ihre Abgeordnetentätigkeit nicht rechtskräftig ausüben konnten. Die Thronrede des Königs im Oberhaus mit der Benennung der Gründe zur Eröffnung des Parlaments entwarf das vom Parlament erwartete Gesetzgebungsprogramm in groben Zügen und bildete den letzten Akt zur vollen Konstituierung des Parlaments. Beratungen des Parlaments konnten erst jetzt beginnen, in der Regel mit einer Debatte über die Rede des Königs<sup>87</sup>.

**Repräsentation** („*plena potestas*“) bedeutete im Mittelalter noch nicht Stellvertretung, sondern vielmehr Vergegenwärtigung der feudalen Gefolgschaftsbeziehung von Lehnsherr und Lehnsmann. Es ging um die Zurschaustellung der Herrschaft über Land und Leute. Fürst und Stände repräsentierten nicht das Land, vielmehr demonstrierten sie ihre Herrschaft über das Land. Bei fortschreitender Entpersonalisierung und Institutionalisierung des Staates im ausgehenden Mittelalter und der beginnenden Neuzeit erhielt der Repräsentationsbegriff dann zunehmend überpersönlichen Charakter. Mit den umfangreicher werdenden Aufgaben des Staates erhöhte sich auch der Finanzbedarf für den die bisherigen Einnahmen aus der königlichen Domäne und die Beiträge der Magnaten nicht mehr ausreichten, weshalb nach neuen Einnahmequellen gesucht werden mußte. Zur Erschließung des Reichtums des Landes für die Staatskasse und zur Durchsetzung politischer Maßnahmen wurde es notwendig, die Untertanen in größerem Umfang als bisher zu verpflichten. Es stellte sich die Frage, wie man die Zustimmung der Grafschaften und Städte erlangen konnte. Die Lösung lag darin, Vertreter für sie zu bestimmen und diesen verbindliche Vollmacht für Verhandlungen in entsprechenden Versammlungen zu erteilen. Die Vollmacht („*plena potestas*“) der Unterhausabgeordneten gab ihnen das Recht, ihre Wähler in den Wahlbezirken in rechtsverbindlichen Abstimmungen im Parlament zu verpflichten, im Gegensatz zu den Lords im Oberhaus, die nur sich selbst vertraten und verpflichteten. Hier handelt es sich also

---

<sup>87</sup> REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 55–59; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 310–315

gerade nicht um Repräsentation im modernen Sinne, da die Lords keine Delegierten waren, die andere verbindlich vertraten. Sie wurden durch die königliche Ladung („*writs of summons*“) individuell „*ad personam*“ einberufen und vertraten niemanden als sich selbst und sprachen nur für sich selbst. Im Falle der Vertreter im Unterhaus wiederum lag keine echte Repräsentation mit Vollmacht vor, wenn die Vertreter als Abgesandte nur nach Instruktionen ihrer Auftraggeber handeln durften und zur ständigen Konsultation mit ihren Auftraggebern gezwungen waren. Die Bedeutung des Unterhauses wuchs dagegen, wenn ihre Vertreter mit genereller Vollmacht ausgestattet waren und ganze Grafschaften und Städte verpflichten konnten. Während die Lords im Oberhaus nur sich selbst vertraten, repräsentierten die Abgeordneten des Unterhauses den Reichtum des Landes und konnten diesen verbindlich einbringen. Echte Repräsentation bedeutete also, daß eine Kollektivgruppe von ihren Vertretern autonom verpflichtet werden konnte, d.h. daß die Delegierten von ihren Auftraggebern die Vollmacht bekamen, sie durch ihre Beschlüsse in vollem Umfang zu binden („*plena potestas*“). Die ersten Versuche der königlichen Kanzlisten („*chancery clerks*“) zur Etablierung einer solchen Vollmacht finden sich in den königlichen Einberufungsschreiben während der Herrschaft König Heinrichs III. (1216-72). In den „*writs of summons*“ von 1254 hieß es, daß zwei Ritter als Vertreter der Grafschaft gewählt werden sollten, und zwar als Vertreter für alle miteinander („*on behalf of all and sundry*“ - „*vice omnium et singulorum*“). Dies machte die gewählten Abgeordneten zu Vertretern, gab ihnen aber noch keine Vollmacht zur Vertretung und Verpflichtung der ganzen Grafschaft. Die Formel hörte sich noch zu sehr nach einer Vertretung von Individuen an. Im Einberufungsschreiben von 1264 bemühten sich die Kanzlisten, diesen Mangel zu beheben. Deshalb hieß es dann folgerichtig, daß die Gewählten Vertreter für die ganze Grafschaft seien („*For the whole county*“ - „*pro toto comitatu*“). Da das Experimentieren mit der richtigen Formulierung damit nicht abgeschlossen war, sprach man ein Jahr später in den Einberufungsschreiben von Vertretern für die Gemeinschaft der Grafschaft („*For the community of the county*“ - „*pro communitate comitatus*“) und vom Auftrag der Gemeinschaften der Grafschaften („*On behalf of the communities of the counties*“ - „*ex parte communitatum comitatum*“). Es fehlte aber noch immer die Ausgestaltung der generellen Vollmacht für die Vertreter der ganzen Grafschaft. Die königliche Kanzlei behalf sich zunächst ganz einfach damit, den „*writs of summons*“ von 1268 eine Vollmacht beizufügen. Die Urkunde sollte mit dem Siegel des entsprechenden Boroughs versehen werden und den gewählten Abgeordneten eine förmliche Vollmacht geben. Mit dem Beginn der Herrschaft König Edwards I. (1272-1307) wurde dieser Weg nicht weiter verfolgt. Man verzichtete zunächst sogar auf eine weitere Ausformung der Vollmacht. Beim nächsten Parlament von 1275 sprach die Kanzlei nur noch von einer Versammlung zur Beratung („*ad tractandum*“) und von Vertretern der Gemeinschaft der besagten Grafschaft („*For*

*the community of the said county*” - “*pro communitate dicti comitatus*”). In den königlichen Einberufungsschreiben von 1283 findet sich dann erstmals eine Aufforderung zur Wahl von Vertretern mit Vollmacht (“*habentes plenariam potestatem pro communitatibus eorundem*” – “*Having full power on behalf of the communities of the same counties*”). Zum nächsten Parlament von 1290 änderte man die Formel in “*cum plena potestate pro se et tota communitate comitatus*” – “*With full powers for themselves and for all the community of the county*”). Nachdem die “*Chancery clerks*” zuvor in zahlreichen Versuchen an der Formulierung gearbeitet hatten, fanden sie im Einberufungsschreiben zum Parlament von 1295 eine endgültige Form, die während der Herrschaft Edwards II. (1307-27) einzig um die Worte “*et consentiendum*” ergänzt wurde, die aber ansonsten während der folgenden Jahrhunderte bis 1872 unverändert in Geltung blieb. In der Ladung hieß es seitdem: “*cum plena potestate pro se et tota communitate comitatus ad faciendum et consentiendum quod tunc de communi consilio ordinabitur*” - “*With full powers for themselves and for all the community of the county to do and consent what shall then be ordained by common counsel*”. Der letzte Teil der Formel (“*then be ordained by common counsel*”) zeigte an, daß es sich beim Parlament um eine eigenständige Körperschaft handelte, die über den anderen Körperschaften der Grafschaften und Städte stand und das ganze Reich repräsentierte. Damit erfüllte sich auch der Rechtsgrundsatz „*Quod omnes tangit, ab omnibus debet approbari est*“: Was alle angeht, dem muss von allen zugestimmt werden. Für den renommierten Historiker der Tudor-Verfassung Geoffrey Elton stand fest, daß das englische Parlament schon am Vorabend der Tudor-Herrschaft die ganze Nation verkörperte<sup>88</sup>.

---

<sup>88</sup> POLLARD, *The Evolution of Parliament*, 1920, S. 111f.; LLOYD, Howell, *Constitutionalism*, in: James Henderson BURNS/Mark GOLDIE (HRSG.), *The Cambridge History of Political Thought, 1450-1700*, Cambridge, 1994, S. 254–297, hier S. 273; ELTON, “*The Body of the Whole Realm*”, 1969, S. 2, 24-27; ELTON, “*The Body of the Whole Realm*”, 1969, S. 16 erinnerte ausdrücklich daran, daß das Parlament ursprünglich nicht als Gegengewicht zur Krone konzipiert worden war, wie von der „*Whig historiography*“ propagiert, sondern zur Unterstützung: „*The original reason for calling Parliament was not call into being a ‚counterbalance‘ or restraint, but simply that the king wanted assistance in the tasks of government*“; ELTON, “*The Body of the Whole Realm*”, 1969, S. 25 hielt die Repräsentation mit der verpflichtenden Wirkung der „*plena potestas*“ geradezu für den entscheidenden Einberufungsgrund: „*Unless the actions of a Parliament bound everyone in the realm, it was hardly worth the trouble of calling one*“; ELTON, “*The Body of the Whole Realm*”, 1969, S. 39 legte dar, daß das Parlament aufgrund der Repräsentation bereits am Vorabend der Tudor-Herrschaft als Verkörperung der Nation verstanden worden war: „*On the eve of the Tudor era, the English Parliament already stood for the political embodiment of the nation; that was the reality behind the commonplaces about a body of the realm present in person and by proxy*“; ELTON, “*The Body of the Whole Realm*”, 1969, S. 39f. betonte eindringlich, daß nicht der Oppositions-, sondern der Repräsentationscharakter des Parlaments entscheidend für seine Vitalität war. Die Konflikte des 17. Jahrhunderts zwischen Parlament und Krone überschatteten die Konfliktlösung als die eigentliche Aufgabe des Parlaments: „*The vitality of the English Parliament is not to be measured by its willingness to oppose or its success in defeating the ambitions of kings, but by the degree to which it gathered all the interests together to allow the conflict of interests to be resolved into positive action. This, its original purpose, may have been overshadowed by the degree of scences of conflict and by false analogies from the*

Die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ diente dem Parlament zur eigenen Rechtfertigung seiner Politik in den Auseinandersetzungen mit Karl I. und zur Ausdehnung seiner eigenen Stellung gegenüber dem König. Nach der Tudor-Verfassung repräsentierte der „*King-in-Parliament*“ das ganze Reich („*the whole realm*“). Es war nur noch ein Schritt zur Erhebung des Anspruchs, als

---

*seventeenth century [...]“; ELTON, Geoffrey Rudolph, The Tudor constitution, Documents and commentary, Cambridge, 1982, S. 277; EDWARDS, John, The Plena Potestas of English Parliamentary Representatives, in: E. B. FRYDE/Edward MILLER (HRSG.), Historical studies of the English Parliament, Volume 1 (Origins to 1399), Cambridge, 1977, S. 136–149 zur Formulierung der Formel der “plena potestas” in den “writs of summons”; zur Repräsentation im Mittelalter und zur Rolle des Römischen und des Kanonischen Rechts bei der Entwicklung von Repräsentation, vgl. die Beiträge von Cam, Post, Congar, Marongiu, Tierney und Kantorowicz: CAM, Helen Maud, The theory and practice of representation in medieval England (1952), in: E. B. FRYDE/Edward MILLER (HRSG.), Historical studies of the English Parliament, Volume 1 (Origins to 1399), Cambridge, 1977, S. 263–278; POST, Gaines, A Romano-Canonical Maxim, 'Quod omnes tangit', in Bracton, in: Traditio VI, 1946, S. 197–251; POST, Gaines, Plena Potestas and Consent in Medieval Assemblies, A study in Romano-Canonical procedure and the rise of representation 1150-1325 (1943), in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten, Darmstadt, 1980, S. 30–114; CONGAR, Yves, Quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet (1958), in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten, Darmstadt, 1980, S. 115–182; MARONGIU, Antonio, Das Prinzip der Demokratie und der Zustimmung, (quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet) im 14. Jahrhundert (1962), in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten, Darmstadt, 1980, S. 183–212; TIERNEY, Brian, A Conciliar Theory of the Thirteenth Century, in: Catholic Historical Review 36, 1951, Nr. 4, S. 415–440; TIERNEY, Brian, Foundations of the Conciliar Theory, The Contribution of Medieval Canonists from Gratian to the Great Schism, Cambridge, 1955; KANTOROWICZ, Ernst Hartwig, Die zwei Körper des Königs, "The King's Two Bodies", Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters, München, 1994, 184, 361; SMITH, De Republica Anglorum, 1583, S. 35: „*the parliament of Englande, which representeth and hath the power of the whole realme both the head and the bodie [...]“; The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey, 1604-29, XIV. Representation and Accountability, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xiv-representation-and-accountability>, 18.10.2016; RIESCHER ET AL., Einführung in die Parlamentarismustheorie, 1999, S. 29–32; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 21–24; KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 43; KERN, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, 1980, S. 269–271; ALTHOFF, Gerd, Spielregeln der Politik im Mittelalter, Kommunikation in Frieden und Fehde, Darmstadt, 1997, S. 229–231; HÜBNER ET AL., Das politische System Großbritanniens, 1999, S. 13; STERNBERGER, Dolf, Der Begriff der Repräsentation im Streit zwischen Burke und Paine, in: Politische Vierteljahresschrift 8, 1967, Nr. 4, S. 526–543, hier S. 529: „*Die Commons repräsentieren nichts als sich selbst [...], und man darf sie deshalb nicht zum Mundstück von jemandem herabdrücken, noch darf man ihre Anwesenheit auf eine außerhalb liegende konstitutionelle Gewalt zurückführen, auch nicht auf diejenige des ‚Volkes‘*“, zitiert nach SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 61f. der die folgende Ausführung anschließt: „*Nach britischem Verständnis müssen die Abgeordneten in ihrer Zusammensetzung auch nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln. Die Wahl verfolgt auch nicht diesen Zweck, sondern sie dient der Veredelung eines unklaren und rohen Volkswillens. Dementsprechend wurde auch nur selten Kritik am Mehrheitsprinzip geübt. All das ist die Folge eines Staatsverständnisses, das auf der Doktrin der absoluten Parlamentssouveränität beruht*“**

Treuhänder des Volkes selbst für das Wohl des Landes verantwortlich zu sein. Zur Durchsetzung des Allgemeinwohls sei man gegebenenfalls auch gegenüber dem König berechtigt<sup>89</sup>.

## II. Vertagung („*Adjournements and Prorogations*“)

Die **offizielle Sitzungsdauer** unterscheidet sich meist erheblich von der tatsächlichen Dauer einer Sitzung. Dementsprechend unterscheidet sich auch die offizielle Parlamentsdauer von der tatsächlichen Dauer eines Parlaments, wenn man die reine Sitzungsdauer ohne die Rezesse betrachtet. Die Unterbrechungen durch Vertagungen in Form des „*adjournement*“ und der „*prorogation*“ führen zu dieser unterschiedlichen Dauer. Seit dem 16. Jahrhundert war es üblich geworden, die länger werdenden Parlamente in separate Sitzungsperioden zu teilen. Die Dauer der Einzelsitzungen war dabei nicht festgelegt, so daß deren Länge ganz unterschiedlich ausfallen konnte. Erst ab den 1690er Jahren wurde die Sitzungsdauer regelmäßiger, falls sie sich nicht durch unvorhergesehene Ereignisse verkürzte oder verlängerte. Eine gesetzliche Regelung der Sitzungsdauer gab es nicht<sup>90</sup>.

Die „*Prorogation*“ bezeichnete die erste von zwei Vertagungsformen. Man unterschied zwischen der Vertagung durch „*Prorogation*“ und „*Adjournement*“, da diese je unterschiedliche Rechtswirkungen auf den Geschäftsgang haben. Der königlichen Prerogative gebührte neben dem Recht zur Einberufung des Parlaments auch das Recht zur Vertagung der Beratungen. Die „*Prorogation*“ konnte entweder vom Monarchen selbst den beiden Häusern des Parlaments verkündet werden, in Stellvertretung durch den Sprecher des Oberhauses bzw. den Lordkanzler oder durch königliche Proklamation. Das Datum der Versammlung zur nächsten Sitzung mußte stets mit der Vertagung verkündet werden. Weitere Vertagungen ohne Versammlung zum angekündigten Datum waren möglich. Diese müssen wiederum durch Proklamation erfolgen und das Datum der nächsten Sitzung enthalten. Die „*Prorogation*“ bewirkte, daß alle in der bisherigen Sitzung eingebrachten Gesetzesvorlagen, Beschlüsse, Petitionen und Initiativen mitsamt der Beratungen gänzlich null und nichtig wurden, mit Ausnahme der „*Impeachments*“, die damit ihren judiziellen Charakter offenbaren. Die bisherigen Mühen parlamentarischer Arbeit waren mit der Prorogation umsonst gewesen, denn in der nächsten Sitzung mußte alles erneut eingebracht, beraten

---

<sup>89</sup> RITTER, Parlament und Demokratie in Großbritannien, 1972, S. 53ff., 85, 120; NOTESTEIN, Wallace, The Winning of the Initiative by the House of Commons, The Raleigh Lecture on History 1924, 1971

<sup>90</sup> Thomas, P. D. G., The House of Commons in the Eighteenth Century, Oxford, 1971, S. 89f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, About the History of Parliament's 'Parliaments' articles, 2016



und beschlossen werden. Der gesamte Geschäftsgang begann erneut. Die Krone hatte damit ein mächtiges Instrument in der Hand, um mißliebige Gesetzesvorlagen zu stoppen<sup>91</sup>.

Karl II. griff häufig zum Mittel der Vertagung durch Prorogation, um mißliebige Gesetze zu verhindern. Anstatt von seinem legislativem Vetorecht Gebrauch zu machen, bevorzugte der König die Prorogation oder Auflösung des Parlaments. Daraus entwickelte sich ein geradezu schematischer Ablauf im Parlament zwischen Regierung und Unterhaus. Das Unterhaus erklärte sich bereit, Gelder zu bewilligen, wenn die Krone im Gegenzug ihren Gesetzgebungswünschen zustimmte. Die Regierung wiederum bemühte sich, Gelder ohne Konzessionen bewilligt zu bekommen. Im Falle des Scheiterns dieses Versuches vertagte die Krone das Parlament oder löste es sogar auf, um es in der nächsten Sitzung bzw. im nächsten Parlament erneut zu versuchen, in der Hoffnung die Abgeordneten wohlgesinnter vorzufinden oder besser noch zur Organisation einer Mehrheit während des Rezess zwischen den Sitzungen. Die gezielte Ausnutzung der Sitzungsunterbrechungen führte im Unterhaus mehr und mehr zu der Auffassung, daß Karl II. ein Trickser sei<sup>92</sup>.

**Das „Adjournement“** war die zweite Form der Vertagung. Der Krone stand auch dieses Recht zur einfachen Vertagung der Parlamentsarbeit zu. Mit der fehlenden Zustimmung des Königs und seiner von ihm angeordneten Prorogation verfielen bereits eingebrachte Gesetzesvorlagen, auch dann, wenn alle erforderlichen Lesungen von Ober- und Unterhaus erfolgt waren und beide Häuser zugestimmt hatten. Einfache Vertagungen („Adjournements“) unterbrachen das Gesetzgebungsverfahren dagegen nicht, Gesetzesvorlagen und Debatten konnten vielmehr nach dem Adjournement nahtlos fortgesetzt werden, ohne neu eingebracht werden zu müssen. Ein solches Adjournement als einfache Vertagung ohne die alles unterbrechende Wirkung der Prorogation entsprach einer Pausierung der Parlamentsarbeit. Neben der Krone hatten die beiden Häuser des Parlaments das Recht, ihre Versammlung selbstständig zu vertagen<sup>93</sup>.

---

<sup>91</sup> ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 49f.; CAMPION, An Introduction to the Procedure of the House of Commons, 1947, S. 79ff.; REDLICH, The Procedure of the House of Commons, 1908, S. 66; REDLICH, Recht und Technik des englischen Parlamentarismus, 1905, S. 321f.; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 186f.; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 39; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 460

<sup>92</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 456f.; Der Abgeordnete Sacheverell über Karl II.: „*When peace was made with Holland, we desired it exclusive to France. It was said then: ‚trust the King‘; and you were deceived then. Will you be deceived twice?*“ (Mai 1677), in: COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 876

<sup>93</sup> ERSKINE MAY ET AL., Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, 1917, S. 52; CAMPION, An Introduction to the Procedure of the House of Commons, 1947, S. 81; REDLICH, The Procedure of the House of Commons, 1908, S. 66f.; REDLICH, Recht und Technik des englischen Parlamentarismus, 1905, S. 322; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of

### III. Auflösung („*Dissolution*“)

Der König bestimmte jahrhundertlang allein über Beginn und Ende des Parlaments. Das Recht zur Auflösung des Parlament („*Dissolution*“) stand ausschließlich dem Monarchen zu. Das königliche Recht zur Auflösung des Parlaments wurde erstmals mit der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (1641) beschränkt. Es folgten Gesetze zur Tagungsweise und –dauer der Parlamente während des Bürgerkrieges und der Republik bis zur Restauration der Stuarts unter Karl II. (1641-60). Im Rahmen der Restauration der Monarchie stellte das Kavallerieparlament mit dem zweiten „*Triennial Act*“ (1664) das königliche Prärogativrecht zur alleinigen Bestimmung des Parlamentsendes zwar nicht wieder her, ließ es aber künftig sanktionslos geschehen, wenn der König das Parlament vorzeitig auflöste oder andauern ließ. Der dritte „*Triennial Act*“ (1694) nahm der Krone aber endgültig das Recht zur alleinigen und beliebigen Bestimmung des Zeitpunktes zur Auflösung. Der „*Septennial Act*“ (1716) und der „*Parliament Act*“ (1911) modifizierten dies nur noch, änderten aber nichts mehr am grundsätzlichen Entzug des alleinigen Kronrechts zur Auflösung des Parlaments zugunsten einer parlamentarisch-gesetzlichen Regelung<sup>94</sup>.

Die zentrale Stellung des Monarchen gegenüber dem Parlament zeigte sich darin, daß sein Ableben das Parlament automatisch beendete. Die Sorge um die Sicherung der protestantischen Thronfolge und die Erfahrungen mit der Infragestellung der Legitimität der Konventionsparlamente (1660 und 1689) führte zur Abkehr von der einseitigen Ausrichtung auf den Monarchen. Der „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors*“ (1696 - 8 William III. c. 15) regelte erstmals das Fortdauern des Parlaments über den Tod des Monarchen hinaus, wenn auch nur für sechs Monate. Diese Regelung wurde unter Königin Anna zweimal bestätigt, im „*Regency Act*“ (1705/06 - 4 Anne c. 8) und im „*Succession to the Crown Act*“ (1707 - 6 Anne c. 7) und sollte bis zum „*Reform Act*“ (1867) in Kraft bleiben. Parlamentsgesetze bestimmten zukünftig den Fortbestand des Parlaments während der meist krisenhaften Zeit der Thronfolge<sup>95</sup>.

---

England, 1771, S. 186; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 39; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 460

<sup>94</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 53; CAMPION, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, 1947, S. 74f.; REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 65; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 321; BLACKSTONE, *Commentaries on the Laws of England*, 1771, S. 188f.; RITTER, *Parlament und Demokratie in Großbritannien*, 1972, S. 28, 81f.

<sup>95</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 53; CAMPION, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, 1947, S. 74f.; REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 65; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 321; COURTNEY, *The working of the Constitution*, 1901, S. 40f.; BLACKSTONE, *Commentaries on the Laws of England*, 1771, S. 188

Die Auflösung des Parlaments erfolgte meist durch königliche Proklamation. Diese enthielt gleichzeitig die Ankündigung zur Ausschreibung neuer Einberufungsschreiben. Die Auflösung des dritten „*Exclusion Parliaments*“ (1681) durch Karl II. war die letzte vom König persönlich im Parlament vorgenommene Auflösung, rechnet man die vom Prinzregenten für König Georg III. vorgenommene Auflösung (1818) nicht mit<sup>96</sup>.

### **C. Parlamentssitzungen und -rezesse (1660-1722)**

Die elfjährige parlamentslose Selbstherrschaft Karls I. („*Eleven years tyranny*“, 1629-40) führte mit der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (15.02.1641) durch das „*Long Parliament*“ (1640-60) zur ersten gesetzlichen Regelung der Parlamentsdauer. Während der Phase des Bürgerkrieges und der Republik bis zur Restauration der Stuarts unter Karl II. (1660) erlebte das Land zahlreiche Auseinandersetzungen, die zu weiteren Normierungen bzw. Vorschlägen zur Normierung der Parlamentsdauer führten: „*An Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning, proroguing, or dissolving of this present parliament*“ (10.5.1641), „*Grand Remonstrance*“ (01.12.1641), „*The Nineteen Propositions sent by the two Houses of Parliament to the King at York*“ (1.6.1642), „*Heads of the Proposals*“ (1.8.1647), „*Agreement of the People*“ (28.10.1647), „*Putney Debates*“ (28.10.-11.11.1647), „*Declaration on the Dissolution of the Long Parliament*“ (22.04.1653), „*Instrument of Government*“ (1654), „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth [...]*“ (11.11.1654) und „*The Humble Petition and Advice*“ (25.5.1657). Diese Gesetze zur Tagungsweise und –dauer der Parlamente werden im Rahmen des fünften Kapitels (Kapitel E. Debatten zur Parlamentsdauer) im Fallbeispiel zum zweiten „*Triennial Act*“ (1664) dargestellt (1. Normierte Parlamentsdauer 1641-57), um durch die unmittelbare Gegenüberstellung mit den gesetzlichen Vorläufern zur besseren Einordnung des Gesetzes von 1664 beizutragen<sup>97</sup>.

Neben der Auswertung der verabschiedeten Gesetze zur Tagungsweise und –dauer der englischen Parlamente vom „*Triennial Act*“ (1641) bis zum „*Septennial Act*“ (1716) im Rahmen der Fallbeispiele (Kapitel D und E) verdient die tatsächliche Dauer der Parlamente vom Zeitpunkt der

---

<sup>96</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 53f.; CAMPION, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, 1947, S. 74f.; REDLICH, *The Procedure of the House of Commons*, 1908, S. 65; REDLICH, *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus*, 1905, S. 321; HÜBNER ET AL., *Das politische System Großbritanniens*, 1999, S. 26: „*Die finanzielle Abhängigkeit der Krone von den Geldbewilligungen des Parlaments raubte dem Recht des Königs, das Parlament zu vertagen und aufzulösen, jede praktische Grundlage*“

<sup>97</sup> ELTON, „*The Body of the Whole Realm*“, 1969, S. 43 bezeichnete das Parlament bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts als eine regelmäßige Institution, meinte damit aber nur die mehr oder weniger regelmässige Einberufung durch den König, die aber noch keineswegs verbindlich normiert war: „*By the beginning of the sixteenth century, Parliament was a regular institution, with recognized powers and functions*“.

Restauration der Stuart-Monarchie nach Bürgerkrieg und Republik bis zum Herrschaftsbeginn des Hauses Hannover (1660-1716) genauer in den Blick genommen zu werden. Die geringe Beachtung des Rechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung spiegelt sich in der mangelnden Aufmerksamkeit der dazugehörigen Normierungen und mehr noch in der Vernachlässigung der tatsächlichen Parlamentsdauer. Die offizielle Parlamentsdauer wich durch die Vertagungen mit Unterbrechungen (Recess) erheblich von der tatsächlichen Dauer ab<sup>98</sup>. Zur besseren Einordnung der Parlamentsdauer und zur Kontextualisierung sollen die Parlamente der späten Stuartzeit hier einleitend-synoptisch dargestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Geschehen während der langen Rezesse, genauso wie die Reaktion des Parlaments darauf<sup>99</sup>.

---

<sup>98</sup> Zu Laurence Echards (1670-1730) Bedeutung für die Untersuchung der tatsächlichen Parlamentsdauer, vgl.: PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 234f.: „[...] *Archdeacon Echard, the first eighteenth-century historian to produce a sequential history of the Restoration [...] As a source of parliamentary history, Echard's work is innovative to a degree hitherto unnoticed. The most important of his innovations was the careful chronology he provided for the sessions of the Stuart parliaments. Chronology was an integral part of his story [...] Echard not only consulted the Journals of the Lords and Commons for this calendar, but counted the number of days in each session and each recess, thereby revealing with shameful clarity exactly how Charles II manipulated his parliament*“; ECHARD, *The history of England, 1707*

<sup>99</sup> zu den Einzelparlamenten (1660-90): THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *Parliaments 1660-1690, Charles II, James II and the Revolution of 1688-1690*, 2013; zum Alter, zur Erziehung, zum Beruf, zur Religion, zur Vermögenslage, zum familiären Hintergrund, zur gesellschaftlichen Stellung, Ehen, Ämtern und parlamentarischen Erfahrung der Abgeordneten, vgl.: *The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, I. The Composition of the House*, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/i-composition-house>, 01.7.2016; zur Gruppen-, Faktionen- und Parteienbildung, zur Politik der Abgeordneten im Verhältnis zum Alter, der Religion, der Familie, zu den Boroughs, den Wahlen, zum politischen Engagement, d.h. zur Aktivität wie Passivität der Abgeordneten im Parlament, vgl.: *The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Appendix II. The Politics of Members*, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/ii-politics-members>, 01.7.2016; zu Wahlkreisen und Abgeordnetenbiographien, vgl.: *The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Method*, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/method>, 01.7.2016; *The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments*, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/appendix-i-dates-parliaments>, 01.7.2016, zu den Parlamenten (1690-1715), den Wahlkreisen und Abgeordnetenbiographien, vgl.: *The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Method*, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/method>, 01.7.2016; zu den englischen Grafschaften, Boroughs, zu Cornwall, den fünf Häfen, den Universitäten, Wales, den schottischen Grafschaften, der Kandidatur zum Parlament, den Regierungsinteressen, dem Einfluß des Hochadels im Oberhaus, den Kirchenleuten und den Abweichlern, Frauen und den Ergebnissen der Parlamentswahlen von 1690, 1695, 1698, 1701, 1701/02, 1702, zur Einflußnahme der Regierung auf die Boroughs, Änderungen der Wahlrechtberechtigung sowie Überlegungen zur Parlamentsreform, vgl.: *The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Constituencies and Elections*, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/constituencies-and-elections>, 01.7.2016; zum familiären Hintergrund und sozialen Status der Abgeordneten, Bildung, Beruf, Religion, Motive Abgeordneter zu werden, zur parlamentarischen Erfahrung, Gründe des Ausscheidens aus dem Parlament, vgl.: *The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Members*, 2002,

Trotz der mit dem „*Septennial Act*“ erreichten Periodizität der Parlamentstagungen beschränkte sich die Abweichung zwischen tatsächlicher und offizieller Parlamentsdauer nicht auf den untersuchten Zeitraum zwischen der Restauration und der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1660-1716), sondern erstreckte sich darüber hinaus auf das 18. Jahrhundert. Das Recht der Krone zur Vertagung war aber durch die finanzielle Abhängigkeit der Krone vom Parlament eingeschränkt und zwang zur jährlichen Tagung, wobei die Sitzungsdauer nicht verbindlich festgelegt war. Die vorzeitige Parlamentsauflösung kam vor 1784 nur noch im Falle der Thronfolge vor<sup>100</sup>.

## **I. Restauration (1660-81)**

### **1. Das „*Convention Parliament*“ (1660)**

Das „*Convention Parliament*“ (1660) gehörte zu den kürzeren Parlamenten des Bearbeitungszeitraums und gleichzeitig zu den bedeutendsten, da es nach Bürgerkrieg und Republik die Monarchie in Form der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ mit Zweikammerparlament bestehend aus „*King, Lords, and Commons*“ wiederherstellte. Noch während der Wahl (März 1660) hatte Karl II. in der Deklaration von Breda (04.04.1660), proklamiert vor der ersten Versammlung des Parlaments (25.04.1660), das Prinzip der Gegenseitigkeit von Parlament und König anerkannt, und nach der geglückten Wiederherstellung der Monarchie betont, daß die Restauration das gemeinsame Werk von Parlament und König gewesen sei. Bemerkenswert war dies auch deshalb, weil das Parlament, welches Karl II. (1660-1685) nach England einlud, um seine alten Rechte wiederherzustellen, ohne Ausschreibung königlicher „*writs*“, also ohne Mitwirkung des Königs

---

<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/members>, 01.7.2016; zu Ort und Zeit, zur Verwaltung, zum Sprecheramt, zu Spaltungen, Verfahrensänderungen, Fremden, zur Parlamentspresse, Informationspolitik, Parlamentskommissionen, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House, 2002; Einführung, Gesetzgebung, Untersuchungen, Abgeordnetenmandat, Beratung der Krone, Parlamentsarbeit der Abgeordneten, Verhältnis von Ober- und Unterhaus, vgl.: The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Business of the House, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/business-house>, 01.7.2016; politische Chronologie, Parteien, „*Court*“ und „*Country*“, walisische Angelegenheiten und Abgeordnete, schottische Angelegenheiten und Abgeordnete, vgl.: The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/politics-house>, 01.7.2016; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Parliaments 1690-1715, The rage of party, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1690-1715>, 26.11.2014; EAGLES, Robin, The House of Lords 1660-1707, 2009, S. 59

<sup>100</sup> RITTER, Parlament und Demokratie in Großbritannien, 1972, S. 78, 81f., 120 betrachtete den Hof „*schon aufgrund der kurzen Dauer parlamentarischer Sessionen (als) noch immer ein wichtiges, wenn nicht das wichtigste, Zentrum der aktuellen Politik*“, SCHIEREN, Grossbritannien, 2010, S. 40: Bis zum „*Representation of the People Act*“ (1867) mußte das Unterhaus nach dem Tod eines Monarchen binnen sechs Monaten gewählt werden, weil „*mit dem Kopf auch der Körper zu erneuern war*“; PLUMB, J. H., Sir Robert Walpole, The making of a statesman, Volume I, 1956, S. 72ff.; PLUMB, The Growth of Political Stability in England 1675-1725, 1967, S. 108ff.

gewählt worden war. Die Ausschreibungen zur Wahl des Konvents waren nicht vom König, sondern durch das „*Long Parliament*“ unmittelbar vor seiner Auflösung durch General George Monck ausgestellt worden (16.03.1660). Karl II. billigte der Versammlung erst nachträglich die Qualität eines Parlaments zu. Über die Echtheit bzw. Rechtmäßigkeit der „*Convention*“ wurde im Parlament und außerhalb in Streitschriften eine kontroverse Debatte geführt (Kapitel D). Die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Konvent wurde zur zentralen Frage der Versammlung. Die Wahl zum „*Convention Parliament*“ stärkte die Royalisten. Es wurden kaum Republikaner gewählt. Die 548 gewählten Abgeordneten waren je zur Hälfte Royalisten und Anhänger des Parlaments beziehungsweise je zur Hälfte Reformierte und Anglikaner. Die 200 Städte („*boroughs and cities*“) entsandten mehr Abgeordnete als die 50 Grafschaften Englands und Wales, wobei viele Städte einflussreiche Landbesitzer („*landed estate*“) zu ihren Abgeordneten wählten. Die geschwächten Presbyterianer stellten aber mit Sir Harbottle Grimstone den Unterhaussprecher. Im wiederhergestellten Oberhaus versammelten sich am Tag der Parlamentseröffnung (25.04.1660) zunächst nur zehn Lords. Erst nachdem Karl II. seine ehemaligen Mitstreiter zur Versammlung aufgefordert hatte, erging auch eine Einladung des Oberhauses an die fehlenden Mitglieder, bis sich die Reihen wieder auf 80 Lords gefüllt hatten (01.06.1660), allerdings fehlten noch immer die anglikanische Bischöfe, die zu Beginn des Bürgerkrieges entfernt worden waren (1642). Das „*Convention Parliament*“ versammelte sich zu lediglich zwei Sitzungen von 142 und 54 Tagen Dauer (25.04. bis 13.09.1660 und 06.11. bis 29.12.1660)<sup>101</sup>.

---

<sup>101</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 1st Parliament of Charles II. 1660*, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1660>, 26.11.2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 1–31; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 1–244; The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), *The official minute book of the House of Lords, covering the early years of the restored monarchy of Charles II., 1767-1830*, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jml/vol11>, 09.4.2015, S. 3–239; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1–177; WILDING, Norman/LAUNDY, Philip, *An Encyclopaedia of Parliament*, New York, 1971, S. 819; FRYDE ET AL., *Handbook of British Chronology*, 1986, S. 576; PARRY, Charles Henry, *The Parliaments and Councils of England, Chronologically arranged, from the reign of William I. to the Revolution in 1688*, London, 1839, S. LXI; TANNER, *English Constitutional Conflicts of the Seventeenth Century 1603-1689*, 1966, S. VIII; EAGLES, Robin, *The House of Lords 1660-1707*, 2009, S. 54f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 130, 132f.; SMITH, David L., *The struggle for new constitutional and institutional forms*, in: John MORRILL (HRSG.), *Revolution and Restoration, England in the 1650s*, London, 1992, S. 15–34, hier S. 32; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 1; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 31–33; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 242f.; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, S. 653f.; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 16, 25f.; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 183; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 14f.; KLUXEN, *Geschichte Englands*, 1968, S. 345; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 192

## 2. Das „*Cavalier Parliament*“ (1661-79)

Mit der Restauration der Monarchie (1660) war man zur Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ zurückgekehrt. An der Reformgesetzgebung des „*Long Parliament*“ (1640/41) hielt man fest. Als rechtswidrig und unwirksam galten dagegen alle Maßnahmen, die danach ohne Mitwirkung und Zustimmung des Königs getroffen worden waren. Der „*Triennial Act*“ (1641), welcher den König gezwungen hatte, nicht länger als drei Jahre ohne Parlament zu regieren, wurde vom „*Cavalier Parliament*“ (1661-79) auf eine bloße sanktionslose Absichtserklärung reduziert („*Triennial Act*“, 1664). Der König war frei, so oft und so lange mit oder ohne Parlament zu regieren, wie er wollte – er unterlag keinen Beschränkungen bezüglich der Dauer und der Einberufungsintervalle der Parlamente. Gleichzeitig behielt das Parlament aber alle Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsverfahren. „*Statutes*“ konnten nur mit Zustimmung beider Häuser des Parlaments und des Königs verabschiedet werden<sup>102</sup>.

Das im Frühjahr 1661 gewählte „*Cavalier Parliament*“, welches erstaunlicherweise achtzehn Jahre versammelt bleiben sollte, nur durch kleinere Nachwahlen („*by-elections*“) ergänzt, war das erste wieder regulär gewählte Parlament, für dessen Zustandekommen ein König seine „*writs*“ nach althergebrachtem Wahlrecht ausgeschrieben hatte. Dieses dauerhafte Parlament entstand zu derselben Zeit, in der sich im Heiligen Reich der Immerwährende Reichstag konstituierte (1663). Über die Verstetigung des Kavalierparlaments kam es in der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen königlicher Regierung und parlamentarischer Opposition. In der kontroversen Debatte entwickelte sich der Begriff des „*Standing Parliament*“ zu einem regelrechten Schimpfwort und Kampfbegriff der „*Country*“-Opposition unter der Führung des Earl of Shaftesbury (Kapitel E. Debatten zur Parlamentsdauer)<sup>103</sup>. Die Frage nach den Ursachen

---

<sup>102</sup> KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 6f.; KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 253f.; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 17–23; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 24, 45, 140, 157f.; ROBERTS, Clayton, The Growth of responsible government in Stuart England, Cambridge, 1966, S. 153f.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 153, 166f.; SMITH, David L., The struggle for new constitutional and institutional forms, 1992, S. 32; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 246f.; EAGLES, Robin, The House of Lords 1660-1707, 2009, S. 55ff.; zur Entsanktionierung des „*Triennial Act*“ von 1641 durch das Parlament im Jahre 1664 auf Betreiben Karls II., vgl.: WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 23–25; PLUMB, The Growth of Political Stability in England 1675-1725, 1967, S. 32

<sup>103</sup> KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 68f.; KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 654ff.; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 3–6; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 4; zu den Parteiungen „*Court*“ und „*Country*“ sowie „*Whig*“ und „*Tory*“, vgl.: EAGLES, Robin, The House of Lords 1660-1707, 2009, S. 61ff.; FEILING, Keith, A History of the Tory Party 1640–1714, Oxford, 1924; BROWNING, Andrew, Parties and Party Organization in the Reign of Charles II, in: Transactions of the Royal Historical Society 30, 1948, S. 21–36; The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb.

dieser Ablehnung eines stehenden Parlaments in England verweist auf die gewandelte Politik Karls II. gegenüber dem englischen Parlament, verglichen mit derjenigen seines Vaters<sup>104</sup>. Karl II. eiferte Karl I. im Wunsch zum Ausbau der königlichen Prerogative nach, unterschied sich aber von ihm durch die Methoden seiner Politik gegenüber dem Parlament. Versuchte Karl I. ganz ohne Parlament zu regieren (1629-40), so setzte sein Sohn auf eine Zusammenarbeit mit dem Parlament unter informeller Einflussnahme auf die Parlamentsmitglieder mittels Korruption und Bestechung. William Cavendish, Duke of Newcastle, und einflussreicher Berater Karls II. in der Frühphase seiner Herrschaft, brachte diese Politik in einprägsamer Weise auf den Punkt: „*There is nothing better than to govern by well regulated parliaments*“<sup>105</sup>. Das zunächst noch mit Zurückhaltung betriebene „*Parliamentary Management*“ unter dem Earl of Clarendon wich einer zunehmend aggressiveren Ämterpatronage und Korruption durch seine Nachfolger, insbesondere durch Finanzminister („*Lord High Treasurer*“) Thomas Osborne, Earl of Danby, unter dessen maßgeblichen Einfluss die englische Politik von 1673-79 stand<sup>106</sup>. Gleichzeitig verlor das korrumpierte Parlament immer mehr an Ansehen in der englischen Öffentlichkeit<sup>107</sup>. Innerparlamentarischer Widerstand der so genannten „*Country*“-Opposition organisierte sich

---

1661 - 24 Jan. 1679, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1661>, 26.11.2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *Parliaments 1660-1690, Charles II, James II and the Revolution of 1688-1690*, 2013; zur Wirkung der beiden „*Long Parliaments*“ Karls I. und Karls II. auf das „*Revolutionary Settlement*“ von 1688/89, insbesondere auf die Periodizität, vgl.: OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 488f.

<sup>104</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 190f.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 524; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, S. 654f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Charles II.*, 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013

<sup>105</sup> SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 77; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 9, 24-26; PLUMB, *The Growth of Political Stability in England 1675-1725*, 1967, S. 50; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 655; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 68; FIRTH, Charles Harding (Hrsg.), *The Life of William Cavendish Duke of Newcastle, To which is added the true relation of my birth breeding and life by Margaret, Duchess of Newcastle, With twelve appendices and an index*, London, Second Edition, revised, with additional notes, 1907; HULSE, Lynn, *Cavendish, William, first duke of Newcastle upon Tyne (bap. 1593, d. 1676)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/4946>, 05.11.2015; Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, *For your most sacred MATie, Writt perticulerlye for your MATie when you are Inthroned (1660)*, in: Arthur S. STRONG (HRSG.), *A Catalogue of letters and other historical documents exhibited in the library at Welbeck, With portraits and numerous facsimiles*, London, 1903, S. 173–236; Newcastles Schrift wird im Kapitel D zum „*Convention Parliament*“ (1660) ausführlich besprochen werden

<sup>106</sup> SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 71–99; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 69f.; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, S. 655ff.

<sup>107</sup> SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 91; BROWNING, *Parties and Party Organization in the Reign of Charles II*, 1948, S. 21–36; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 61f.



erstmal in der Zeit der Schatzkanzlerschaft Danbys unter der Führung des ehemaligen Lordkanzlers, Anthony Ashley Cooper, Earl of Shaftesbury. Die politischen Vorstellungen, personelle Zusammensetzung und praktische Vorgehensweise dieser Opposition ist schon länger Gegenstand der Forschung, wobei der Widerstand neben verfassungsrechtlichen auch mit konfessionellen Gründen in Verbindung gebracht wurde<sup>108</sup>. Die Opposition kritisierte Danbys Herrschaftsmethoden scharf<sup>109</sup>, sah die beste Lösung in der Auflösung des korrumpierten Kavalierparlaments und in raschen Neuwahlen<sup>110</sup>. Neben der Parlamentsauflösung wurde eine grundsätzliche Parlamentsreform mit einer Begrenzung der Dauer des Parlaments gefordert<sup>111</sup>. Seit Mitte der Siebzigerjahre wurde die Gefahr, die von einem „*Standing Parliament*“ ausging zunehmend mit derjenigen einer „*Standing Army*“ gleichgesetzt<sup>112</sup>.

**Die Namensgebung** zeigt, daß das achtzehnjährige „*Cavalier Parliament*“ (1661-79) sich weitaus komplexer darstellt als das kurze „*Convention Parliament*“. Es wurde als „*Cavalier Parliament*“, „*Pension Parliament*“, „*Pensionary Parliament*“, „*Standing Parliament*“ und „*The second Long Parliament*“ bzw. „*The Long Parliament of Charles II*“ bezeichnet. Letztere Namensgebung beruht auf der Analogie zum „*Long Parliament*“ (1640-60) Karls I., geprägt von dem „*Whig*“-Historiker Wilbur C. Abbott in seinem gleichnamigen Aufsatz (1906). In späteren Studien sprachen die Historiker D. T. Witcombe und Paul Seward vom Kavalierparlament in Bezug auf die darin dominierende Gruppe adliger, streng royalistisch und anglikanisch gesinnter Abgeordneter im Parlament (Dominanz des Landadels der „*landed gentry*“ im Unterhaus). Abbotts Aufsatz umfasste die Gesamtdauer des Parlaments, während Witcombes und Sewards detaillierte Arbeiten sich auf Teilperioden beschränkten. Neuere Werke richteten ihren Fokus schwerpunktmäßig auf andere Aspekte<sup>113</sup>.

---

<sup>108</sup> KENYON, John P., *The Popish Plot*, London, 1972; MILLER, John, *Popery and Politics in England 1660-1688*, Cambridge, 1973; HALEY, K. H. D., *The First Earl of Shaftesbury*, Oxford, 1968; HARRIS, *London crowds in the reign of Charles II*, 1987, S. 91ff.

<sup>109</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 190ff.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 472–485; HARRIS, *London crowds in the reign of Charles II*, 1987, S. 93f.

<sup>110</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 511, 526, 542; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 191f.

<sup>111</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 481f.

<sup>112</sup> SCHWOERER, Lois G., "No standing armies!", *The antiarmy ideology in seventeenth-century England*, Baltimore, 1974; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 489

<sup>113</sup> ABBOTT, *The Long Parliament of Charles II, Part I*, 1906, S. 21–56; ABBOTT, *The Long Parliament of Charles II, Part II*, 1906, S. 254–285; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989; PINCUS, Steven, *Protestantism and patriotism, Ideologies and the making of English foreign policy 1650-1668*, Cambridge [England], New York, 1996; SWATLAND, *The House of Lords in the reign of Charles II*,

**Wahl und Zusammensetzung des „Cavalier Parliaments“** sind aufschlußreich. Zwischen der Auflösung des „*Convention Parliament*“ (29.12.1660) und der Ausstellung der Einberufungsschreiben des Kavalierparlaments (18.02.1661) erlebte England eine Revolte („*Venner's Rising*“, 06.01.1661), welche die Parlamentswahl stark beeinflusste und wesentlich zur überragenden Stellung der Anglikaner und Royalisten im Kavalierparlament beitrug<sup>114</sup>. Die bereits vorhandene Angst vor protestantischem Puritanismus und religiösem Sektierertum wurde von Venners Aufstand angeheizt. Das ausgeglichene Verhältnis von Anglikanern und Presbyterianern sowie von Royalisten und Republikanern im „*Convention Parliament*“ wich einer Mehrheit von Royalisten und Anglikanern. Von 501 Abgeordneten waren mindestens 330 royalistisch gesinnt. Die Presbyterianer stellten noch ungefähr 70 Abgeordnete. 56 Abgeordnete hatten während des Bürgerkrieges für das Parlament gekämpft und 164 hatten während des Interregnum öffentliche Ämter bekleidet. Von den 175 weltlichen Lords im Oberhaus hatten 73 im Bürgerkrieg auf Seiten des Königs gekämpft und 14 waren ins Exil gegangen. Weitere 36 Lords waren die Söhne von Lords, die für Karl I. gekämpft hatten. Dagegen standen während der Auseinandersetzung mit Karl I. nur 30 Lords auf Seiten des Parlaments. 100 Abgeordnete waren Mitglieder des Langen Parlaments gewesen<sup>115</sup>.

---

1996; SPURR, John, *England in the 1670s, This masquerading age*, Malden, MA, 2000; HARRIS, *Restoration*, 2005; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 4, 12

<sup>114</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90*, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679*, 2013; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 40–47; zur Sitzungsdauer, vgl.: PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 40: “*This and the subsequent figures refer to the number of days in the Commons Journal that parliament actually sat to do business. They differ substantially from figures recorded by Abbott*”; WILDING ET AL., *An Encyclopaedia of Parliament*, 1971, S. 819; FRYDE ET AL., *Handbook of British Chronology*, 1986, S. 576f.; PARRY, *The Parliaments and Councils of England*, 1839, S. LXI; TANNER, *English Constitutional Conflicts of the Seventeenth Century 1603-1689*, 1966, S. VIII; “*The first session ended on May 19, 1662. Actual sittings had occupied one hundred and sixty-five days, a far higher number than in any latter session ...*”, in: WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 6; “*But Charles found that (unlike any of his predecessors) he could not live without annual parliamentary sessions and, although Clarendon was slow to appreciate this, the art of directing and managing parliament now became the most vital ministerial skill, on which depended the success of any policy*”, in: JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 141; zu “*Venner's rising*”, vgl. im Kapitel E. die Einleitung zum “*Triennial Act*” (1664)

<sup>115</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 197; ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 125; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 140; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 246; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 35ff., 56f.; HUTTON, Ronald, *The Restoration, A political and religious history of England and Wales 1658-1667*, Oxford, 1993, S. 152f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 21; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 35; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 31ff.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 228f.; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 3

**Die achtzehnjährige Dauer des Kavalierparlaments und die Zählung der Sitzungen stellen kein geringes Problem dar**, da das Parlament nicht ununterbrochen tagte, sondern immer wieder durch Vertagungen (*“Adjournements”* und *“Prorogations”*) unterbrochen wurde. Seit Richard Chandlers *„History and Proceedings of the House of Commons”* (1742) werden achtzehn durch Vertagungen unterbrochene Sitzungen für das Kavalierparlament angenommen. Andere Zählungen sind aber durchaus möglich, wie Cobbett, die Historiker Abbott und Witcombe (17 Sitzungen) sowie die Herausgeber des *„Handbook of British Chronology“* zeigten (16 Sitzungen). Die *„British History Online“-*Ausgabe von Chandlers *„Proceedings“*, herausgegeben vom *„Institute of Historical Research der University of London“*, und die Angaben auf der Internetseite *„History of Parliament Online“* des *„History of Parliament Trust“*, haben Chandlers Auffassung kanonisiert. Die unterschiedliche Zählung der Sitzungen knüpft an die Unterscheidung zwischen *„Prorogation“* und *„Adjournement“* an. Cobbett behandelte das Adjournement am 30.07.1661 auf den 20.11.1661 auch als solches und ließ die zweite Sitzung dementsprechend nicht am 20.11.1661 beginnen, sondern erst am 18.02.1663, im Gegensatz zu Chandler, der mit dem 18.02.1663 bereits die dritte Sitzung zählt. Cobbett zählte also nicht achtzehn, sondern nur siebzehn Sitzungen für das Kavalierparlament. Chandlers kanonisierte Zählung wird hier zur Arbeitsgrundlage genommen. Wegen seiner ausgesprochen langen Dauer wird das Kavalierparlament für gewöhnlich nach den drei Administrationen Karls II. eingeteilt, die dieses Parlament im Wesentlichen prägten: 1. Die Administration Edward Hydes, Earl of Clarendon (1660-67), 2. Die Cabal-Administration (1668-73) und 3. die Administration unter Leitung von Thomas Osborne, Earl of Danby (1673-78)<sup>116</sup>.

**Eine Darstellung der Einzelsitzungen, Vertagungen (*“Adjournements”* und *“Prorogations”*) und Unterbrechungen (Rezesse) mit den wichtigsten politischen Ereignissen und Debatten während der Sitzungen und der Rezesse erscheint angesichts der achtzehnjährigen Dauer des Kavalierparlaments angebracht zu sein. Von eminenter Bedeutung ist der Blick auf die Politik der**

---

<sup>116</sup> CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 31–323; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 218; ABBOTT, *The Long Parliament of Charles II*, Part I, 1906, S. 21–56; ABBOTT, *The Long Parliament of Charles II*, Part II, 1906, S. 254–285; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 6; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90*, Appendix I: *Dates of Parliaments*, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Charles II.*, 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 39–47; FRYDE ET AL., *Handbook of British Chronology*, 1986, S. 576; WILDING ET AL., *An Encyclopaedia of Parliament*, 1971, S. 819; PARRY, *The Parliaments and Councils of England*, 1839, S. LXI, 539-587; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67)*, 1802, S. 316; Feiling teilt die Herrschaft Karls II. in sechs Phasen ein: 1. Die Restauration der Monarchie durch das *„Convention Parliament“* (1660/61), 2. Das Kavalierparlament und die Administration des Earl of Clarendon (1661-67), 3. Die Cabal-Junto (1667-73), 4. Die Administration des Earl of Danby (1673-78), 5. *„Popish Plot“* und *„Exclusion Crisis“* (1678/79), 6. Die Selbstherrschaft Karls II. (1679-85), vgl.: FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 185

Krone während der Rezesse, weil die Regierungspolitik in dieser Zeit am Parlament vorbei betrieben und das Parlament in der Regel vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Entsprechend harsch konnte die Reaktion des Parlaments auf die Regierungspolitik nach dem Rezess ausfallen. Aus diesem Grund wird die Politik der Krone während des Rezess immer zusammen mit der nachfolgenden Parlamentsitzung dargestellt. Eine anschließende Analyse der Sitzungen, Vertagungen und Rezesse soll klären, ob sich daraus ein Muster ablesen läßt.

1. Sitzung: Die ersten sieben Sitzungen des Kavalierparlaments (1661-67) fanden während der Clarendon-Administration statt. Das neue Parlament versammelte sich nach der Krönung Karls II. (23.04.1661) zur ersten Sitzung (08.05.1661), die 63 Tage dauern sollte. Zu den wichtigsten politischen Maßnahmen dieser Sitzung gehörten die Wiederezulassung der Bischöfe ins Oberhaus (30.06.1661) und der „*Act for Safety and Preservation of His Majesties Person and Government against Treasonable and Seditious practices and attempts*“ (30.07.1661). Das Gesetz bestätigte die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ mit gemeinsamer Gesetzgebungsbefugnis von König und Parlament. Die Behauptungen, daß das Lange Parlament nicht aufgelöst und das Parlament zur alleinigen Gesetzgebung ohne König berechtigt sei, stellte man darin unter Strafe. Alle nach 1641 ohne Zustimmung des Königs erlassenen Gesetze wurden für null und nichtig erklärt. Gleichzeitig bedeutete dies die Zustimmung zur Reformgesetzgebung des Langen Parlaments bis 1641. Der „*Triennial Act*“ (1641) blieb in Kraft, die königlichen Gerichtshöfe der „*Star Chamber*“ und „*High Commission*“ blieben abgeschafft, ebenso wie die unparlamentarischen Methoden der Geldbeschaffung Karls I. („*Ship Money*“). Der ersten Sitzung folgte ein viermonatiger Rezess (123 Tage Rezessdauer mit Adjournement am 30.07.1661 auf den 20.11.1661)<sup>117</sup>.

2. Sitzung: Das Parlament versammelte sich (20.11.1661) nach Unterbrechung durch bloßes Adjournement zu seiner zweiten Sitzung (123 Tage), in der die ersten Restriktionsgesetze der Restauration verabschiedet wurden, der „*Corporation Act*“ (1661), der „*Act against Tumultuous Petitioning*“ (1661), der „*Corporation Act*“ (1661), der „*Act of Uniformity*“ (1662) und „*The Book of Common Prayer*“ (1662), die in Abgrenzung zur Gesetzgebung des „*Convention Parliament*“ als

---

<sup>117</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 31-46; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 245-316; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 240-332; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 178-221; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 40; zur Krönung Karls II., vgl. im Kapitel E. die Einleitung zum „*Triennial Act*“ (1664); zum „*Act for Safety and Preservation of His Majesties Person and Government [...]*“, vgl.: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 327-332; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 304ff.

„*Second Restoration Settlement*“ bekannt wurden, mehr aber noch unter dem Namen „*Clarendon-Code*“ Berühmtheit erlangten. Zur Begleichung bestehender Staatsschulden bewilligte das Parlament £ 1.200,000 Pfund (16.12.1661) und die Herdsteuer („*Hearth Tax*“, 12.03.1662). Diese Maßnahmen verbesserten die Situation der Krone erheblich, brachten ihr aber keine finanzielle Unabhängigkeit vom Parlament. Der Verkauf Dünkirchens an Frankreich (1662) vergrößerte den finanziellen Spielraum der Krone, mehr aber noch die Eheschließung Karls II. mit der portugiesischen Prinzessin Katharina von Braganza (1662), die eine enorme Mitgift einbrachte. Der zweiten Sitzung folgte ein neunmonatiger Rezess (Prorogation am 19.05.1662 auf den 18.02.1663), den Karl II. dazu nutzte, in einem exemplarischen Prozeß mit dem Republikaner Sir Henry Vane abzurechnen (02.06.-06.06.1662) und am Parlament vorbei seine erste „*Declaration of Indulgence*“ (26.12.1662), eine religiöse Toleranzerklärung, zu verkünden, die zwar seinem Versprechen in der „*Declaration of Breda*“ entsprach, aber im Widerspruch zur konservativ anglikanischen Gesinnung des Parlaments stand. Der Verkauf Dünkirchens an das katholische Frankreich, die Eheschließung Karls II. mit einer Katholikin und die „*Declaration of Indulgence*“ schaden dem Ansehen des Lordkanzlers enorm, rückten aber auch den König in ein ganz anderes Licht und ließen die Ängste vor dem Katholizismus erneut sprießen<sup>118</sup>.

3. Sitzung: Das zur dritten Sitzung (109 Tage) wieder versammelte Parlament beschwerte sich am ersten Tagungstag (18.02.1663) über die „*Declaration of Indulgence*“. Ein Versuch der Krone zur Aufhebung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) scheiterte während dieser dritten Sitzung, der ein knapp achtmonatiger Rezess (Prorogation am 27.07.1663 auf den 16.03.1664) nachfolgte<sup>119</sup>.

4. Sitzung: In der nur 39-tägigen vierten Sitzung (16.03.-17.05.1664) gelang es der Regierung schließlich den zweiten „*Triennial Act*“ („*An Act for the assembling and holding of Parliaments once in three years at the least and for the repeal of an Act entitled, An Act for the preventing of*“

---

<sup>118</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 46–60; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 316–436; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 332–477; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 222–257; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 40; vgl. Kapitel E.

<sup>119</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 60–72; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 436–534; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 478–580; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 258–288; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 40; vgl. Kapitel E.

*inconveniences happening by the long intermission of Parliaments“*, 28.03.1664) zu verabschieden. Der vierten Sitzung folgte ein sechsmonatiger Rezens (190 Tage mit Prorogationen am 17.05.1664 auf den 20.08.1664 und am 20.08.1664 auf den 24.11.1664). Während des Rezens liefen bereits die Vorbereitungen der Regierung zum zweiten Englisch-Holländischen Krieg (1665-67)<sup>120</sup>.

5. Sitzung: Der Krieg gegen die Niederlande wurde zum Hauptgegenstand der Beratungen der fünften Sitzung (63 Tage). Das Parlament bewilligte bereits am Tag nach der Wiederversammlung (24.11.1664) die enorme Summe von £ 2.500,000 zur Kriegsführung. Die in England ausgebrochene Pestepidemie (April 1665) überschattete dabei auch die Parlamentsarbeit. Der fünften Sitzung folgte ein siebenmonatiger Rezens (221 Tage mit Prorogationen am 02.03.1665 auf den 21.06.1665, am 21.06.1665 auf den 01.08.1665 und am 01.08.1665 auf den 09.10.1665)<sup>121</sup>.

6. Sitzung: Das Parlament versammelte sich (09.10.1665) zur sechsten und zweitkürzesten Sitzung des Kavalierparlaments (20 Tage) in Oxford. Hauptgegenstand der Beratungen war eine erneute Geldbewilligung für den Krieg in Höhe von £ 1.250,000. Der sechsten Sitzung folgte ein elfmonatiger Rezens (324 Tage mit Prorogationen am 31.10.1665 auf den 20.02.1666, am 20.02.1666 auf den 23.04.1666 und am 23.04.1666 auf den 18.09.1666). Während des Rezens ereignete sich Englands Niederlage gegen Holland in der „*Four Days' Battle*“ (01.-04.06.1666) und das verheerende „*Great Fire of London*“ (02.-06.09.1666)<sup>122</sup>.

---

<sup>120</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 534–566; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–623; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 289–295; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 40f.; Der „*Triennial Act*“ (1664) ist Gegenstand des Kapitel E, vgl.: ENGLAND AND WALES, An Act for the assembling and holding of Parliaments, 1664; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 289; COSTIN, W.C./WATSON, J. Steven, The Law and the Working of the Constitution, Documents 1660-1914, In two volumes, Volume I. 1660-1783, London, 1961, S. 33f.

<sup>121</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 80–85; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 566–613; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 624–683; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 296–316; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 41; zum zweiten Englisch-Holländischen Krieg, vgl. im Kapitel E die Einleitung zur „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78).

<sup>122</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 85–92; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 613–624; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of

7. Sitzung: Als die siebte Sitzung (105 Tage) begann (18.09.1666) stand die weitere Kriegsfinanzierung erneut ganz oben auf der Tagesordnung. Das Parlament bewilligte weitere £ 1.800,000 (12.10.1666). Der siebten Sitzung folgte ein achtmonatiger Rezess (244 Tage mit „Adjournement“ am 08.02.1667 auf den 19.10.1667 und mit Proklamation am 26.06.1667 zur vorzeitigen Versammlung am 25.07.1667 mit erneutem „Adjournement“ am 29.07.1667 auf den 10.10.1667). Während des Rezess zeigte sich, daß die neuen Kriegsgelder England kein Kriegsglück brachten. Der Devolutionskrieg begann mit dem Einmarsch Frankreichs in die spanische Freigrafschaft Burgund und in die spanischen Niederlande (24.05.1667). Dem neuen Krieg folgte die katastrophale Niederlage der englischen Flotte gegen die Holländer in der Seeschlacht von Medway (10.-13.06.1667). Die Niederlage erzwang gegen den Willen Clarendons die Verkürzung des Rezess, angeordnet durch königliche Proklamation (26.6.1667). Bis zur Versammlung schuf die Regierung aber mit dem Friedensschluß von Breda zwischen England und den Niederlanden (21.07.1667) vollendete Tatsachen. Trotz der erschütternden Ereignisse tagte das Parlament nur vier Tage (25.07.-29.07.1667) bevor es erneut vertagt wurde (Prorogation am 29.07.1667 auf den 10.10.1667). Noch während des Rezess endete mit Clarendons Rücktritt als Lordkanzler (31.08.1667) die erste Phase des Kavalierversammlung und es bildete sich aus einer Gruppe junger Machtpolitiker die neue Cabal-Administration (1667-73), die von der achten bis zur elften Parlamentssitzung regierte<sup>123</sup>.

8. Sitzung: Mit dem Beginn (10.10.1667) der achten Sitzung (166 Tage) näherte sich die Stunde der Clarendon-Gegner. Die Abrechnung des Parlaments mit der Kriegsführung der Clarendon-Administration und mit dem Lordkanzler höchstpersönlich begann (24.10.1667) und gipfelte im Impeachment (26.10.1667), so daß sich der hochverdiente und ursächlich am Krieg nicht verantwortliche Kanzler zur Flucht außer Landes veranlaßt sah (29.11.1667). Die achte Sitzung wurde in ihrem weiteren Verlauf durch ein Adjournement mit 49 Tagen Dauer (19.12.1667 auf den 06.02.1668) unterbrochen, das die neue Regierung zum Abschluß einer Dreierallianz („Triple League“) zur Eindämmung Frankreichs (23.01.1667) nutzte. Frankreich und Spanien wiederum

---

Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 683–705; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 317–333; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 41

<sup>123</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 92–100; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 624–692; The House of Lords (Hrsg.), The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), The official minute book of the House of Lords, covering the middle years of the reign of Charles II., 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol12>, 26.11.2014, S. 3–114; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 334–365; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 41f.

schlossen den Frieden von Aachen (02.05.1668). Den anschließenden Streit von Ober- und Unterhaus im Rechtsfall „*Skinner vs. East India Company*“ (02.-09.05.1668) beendete die Regierung mit zwei Adjournements (09.05.1668 auf den 11.08.1668 und 11.08.1668 auf den 01.03.1669) und einer anschließenden Prorogation (01.03.1669 auf den 19.10.1669). Diese Vertagungen (49 Tage plus 519 Tage Rezessdauer) summierten sich zu dem mit insgesamt über 18 Monate Dauer bisher längsten Rezess in der Geschichte des Kavalierparlaments<sup>124</sup>.

9. Sitzung: Die neunte Sitzung (37 Tage) gehörte zu den kürzesten Sitzungen des Kavalierparlaments. Der König hielt am Eröffnungstag der Sitzung eine Rede zur Union mit Schottland (19.10.1669), der „*Conventicles Act*“ wurde erneut eingebracht (02.11.1669) und Gelder in Höhe von £ 400.000 bewilligt (26.11.1669). Der neunten Sitzung folgte ein kurzer zweimonatiger Rezess (62 Tage mit Prorogation am 11.12.1669 auf den 14.02.1670)<sup>125</sup>.

10. Sitzung: Die zehnte Sitzung wurde die längste Sitzung (226 Tage) des Kavalierparlaments. Allerdings wurde sie bereits zwei Monate nach ihrem Beginn (14.02.1670) durch ein sechsmonatiges Adjournement (196 Tage vom 11.04.1670 auf den 24.10.1670) unterbrochen. Während dieser Unterbrechung schloß Karl II. am Parlament vorbei den Geheimvertrag von Dover mit Ludwig XIV. (21.05.1670) und präsentierte dem Parlament nach seiner Wiederversammlung (24.10.1670) einen Scheinvertrag (21.12.1670). Das Unterhaus nutzte die zehnte Sitzung zur ersten Einbringung des „*Test Act*“ (11.03.1671) als Signal an Karl II. zur unmißverständlich gewünschten Abkehr des Königs von seiner Toleranzpolitik. Das Gesetz zwang alle Amtsträger zum Rücktritt, die den „*oath of allegiance and supremacy*“ und das Sakrament gemäß dem Ritus der

---

<sup>124</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 100–127; The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), Covers a period of European war, the Exclusion Crisis and the accession of James II., 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol9>, 26.11.2014, S. 1–97; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 115–250; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 366–427; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 1–157 (10.10.1667 bis 02.05.1668); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 42; vgl. im Kapitel E. die Einleitung zur „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78).

<sup>125</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 127–132; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 97–121; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 251–286; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 428–441; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 157–215 (01.11.1669 bis 11.12.1669); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 42f.



Anglikanischen Kirche verweigerten. Der zehnten Sitzung folgte ein fast 22-monatiger Rezess (653 Tage mit Prorogationen am 22.04.1671 auf den 30.10.1671, am 30.10.1671 auf den 16.04.1672 und am 16.04.1672 auf den 04.02.1673). Während des Rezess kam es zum faktischen Staatsbankrott des „*Stop of the Exchequer*“ (01.01.1672), zur zweiten „*Declaration of Indulgence*“ (15.03.1672), zur Kriegserklärung Englands an Holland (17.03.1672) und Frankreichs an Holland (Dritter Englisch-Holländischer Krieg, 1672-74 und Französisch-Holländischer Krieg, 1672-79) und zur Ernennung des Earl of Shaftesbury zum „*Lord Chancellor*“ und von Clifford zum „*Lord Treasurer*“ (17.11.1672)<sup>126</sup>.

11. Sitzung: In der elften Sitzung (45 Tage) stellte das Unterhaus bereits am ersten Verhandlungstag (04.02.1673) den Antrag zum Widerruf der zweiten „*Declaration of Indulgence*“. Nach dem Widerruf (08.03.1673) verabschiedete das Unterhaus den „*Test Act*“ (08.03.1673). Zu den ersten und prominentesten Opfern des „*Test Act*“ zählte Clifford, der als „*Lord High Treasurer*“ entlassen wurde, und der Königsbruder Jakob, Herzog von York, der als „*Lord High Admiral*“ zurücktreten mußte. Das Parlament wurde noch am Tag der Rücktritte vertagt (fast siebenmonatiges Adjournement am 29.03.1673 auf den 20.10.1673 mit 205 Tagen). Damit endete die Cabal-Administration. Noch während des Adjournements begann die Danby-Administration als dritte Phase des Kavalierparlaments mit der Ernennung von Thomas Osborne, des späteren Earl of Danby, zum „*Lord Treasurer*“ (Juni 1673). Seine Administration erstreckte sich von der zwölften bis zur achtzehnten Sitzung des Kavalierparlaments (1673-78). Das Bekanntwerden der Ehe des Herzogs von York mit der katholischen Beatrice von Modena während des Adjournements (30.09.1673) führte am ersten Verhandlungstag nach dem Adjournement zur Beschwerde des Unterhauses gegen die Eheschließung (20.10.1673) und zur sofortigen Prorogation (20.10.1673 auf den 27.10.1673)<sup>127</sup>.

---

<sup>126</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 132–163; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 121–245; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 287–520; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 441–500; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 215–471 (01.03.1670 bis 30.04.1671); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 43; zum Geheimvertrag von Dover und zur zweiten „*Declaration of Indulgence*“, vgl. im Kapitel E. die Einleitung zur „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78).

<sup>127</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 163–178; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 245–282; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 521–587; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 501–

12. Sitzung: Das Parlament versammelte sich (27.10.1673) zu der nur sechs Tage dauernden zwölften Sitzung, die sich als die kürzeste Sitzung des Kavaliarparlaments erweisen sollte. Die Verärgerung des Unterhauses über die königlichen Toleranzerklärungen und die katholische Eheschließung des Königsbruders und präsuntiven Thronfolgers zeigte sich unmittelbar nach der ersten Zusammenkunft schon darin, daß die sonst übliche Danksagung für die eine Sitzung eröffnende Königsrede ausblieb. Die Antwort Karls II. auf die vorherige Beschwerde des Unterhauses führte noch an demselben Tag zur erneuten Beschwerde über die Eheschließung und zur Verweigerung der geforderten Kriegsgeldbewilligung (28.10.1673). Dem schloß sich eine Unterhausbeschwerde über das stehende Heer an (03.11.1673). Die unmittelbar darauf folgende Prorogation (04.11.1673 auf den 07.01.1674) mit anschließender Entlassung des Lordkanzlers Shaftesbury (09.11.1674) und die im November geführten Beratungen im „*Privy Council*“ über die Auflösung des Kavaliarparlaments während des zweimonatigen Rezess (65 Tage) zeigten das ganze Ausmaß der politischen Krise. Danby riet aus finanziellen Erwägungen zur Fortsetzung des Parlaments und versprach das erforderliche „*Parliamentary management*“<sup>128</sup>.

13. Sitzung: Die dreizehnte Parlamentssitzung (37 Tage) wurde noch am Tag der Versammlung vertagt (Adjournement vom 07.01.1674 auf den 12.01.1674). Beim Zusammentritt des Unterhauses griff dieses die wichtigsten Mitglieder der Cabal-Administration an. Buckingham (13.01.1674) und Arlington (15.01.1674) sahen sich zu Verteidigungsreden genötigt. Danach brachte man im Unterhaus die „*Habeas Corpus Bill*“ ein (20.01.1674) und verlangte die Entlassung des stehenden Heeres (07.02.1674). Die Regierung verhandelte inzwischen den Frieden von Westminster mit den Niederlanden (09.02.1674), den Karl II. dem Parlament verkündete (11.02.1674). Nach der sehr kurzen dreizehnten Sitzung wurde das Parlament zweimal hintereinander vertagt (Prorogation am

---

585; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 1–215 (01.04.1673 bis 31.10.1673); PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 43f.; zum „*Test Act*“, dem Ende der Cabal- und dem Beginn der Danby-Administration, vgl. im Kapitel E. die Einleitung zur „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78).

<sup>128</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90*, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Charles II*, 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 179–186; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 282–286; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 588–593; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 586–610; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 215–223 (03.01.1673 bis 04.01.1674); PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 44

24.02.1674 auf den 10.11.1674 und am 10.11.1674 auf den 13.04.1675) und in einen dreizehmonatigen Rezess geschickt (402 Tage)<sup>129</sup>.

14. Sitzung: Die vierzehnte Sitzung dauerte nur wenige Tage länger als die vorangehende Sitzung (44 statt 37 Tage). Unmittelbar nach der Versammlung (13.04.1675) brachte Danby eine „*Non-Resisting Bill*“ im Oberhaus ein (15.04.1675) gegen die sich die Opposition unter Shaftesburys Führung wehrte. Das Unterhaus stellte daraufhin einen Antrag zur Heimholung der englischen Truppen aus Frankreich und griff gleichzeitig das ehemalige Cabal-Mitglied Lauderdale an (20.04.1675). Die „*Bill to incapacitate parliament men from holding office of benefit*“ (29.04.1675) richtete sich direkt gegen Danbys Praxis eines „*Parliamentary Management*“ zur Schaffung einer der Krone durch Bestechung, Ämtervergabe und Patronage verpflichteten Parlamentsmehrheit. Im darauffolgenden Mai unternahm das Unterhaus einen erfolglosen Impeachment-Versuch gegen Danby. Im Rechtsstreit „*Shirley vs. Fagg*“ zwischen Ober- und Unterhaus über die Jurisdiktion der Lords verlangten die oppositionellen Lords die Auflösung des Parlaments (13.05.1675). Während des viermonatigen Rezess (126 Tage mit Prorogation am 09.06.1675 auf den 13.10.1675) unternahm Danby Vorbereitungen zur gezielten Gewinnung einer Regierungsmehrheit im Parlament. Karl II. schloß zudem während der Parlamentsunterbrechung einen Geheimvertrag mit Ludwig XIV. (17.08.1675) zur Auflösung des Parlaments im Falle der Verweigerung von Parlamentsgeldern<sup>130</sup>.

15. Sitzung: Die fünfzehnte Sitzung ging als drittkürzeste Parlamentssitzung des Kavalierparlaments (28 Tage) in die Geschichte ein. Noch am Tag der Erstversammlung

---

<sup>129</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 186–201; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 286–314; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 594–651; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 611–671; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 223–454 (07.0.1674 bis 10.11.1674); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 44f.

<sup>130</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 314–357; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 652–729; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 672–740; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 1–289 (13.04.1675 bis 09.06.1675); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 45; zum Angriff auf Lauderdale und Danby, zur „*Bill to incapacitate parliament men from holding office of benefit*“, zum Rechtsstreit „*Shirley vs. Fagg*“ und zur „*Standing Parliament Debate*“ in der 14., 15. und 16. Sitzung vgl. Kapitel E; zu „*Shirley vs. Fagg*“, vgl.: COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 167–172

(13.10.1675) verweigerte das Unterhaus die von der Regierung geforderten Gelder, bewilligte stattdessen eine kleinere Summe nur für den Schiffsbau und votierte gegen weitere „*money bills*“. Anschließend erhob sich im Unterhaus und außerhalb in Pamphleten die „*Standing Parliament Debate*“ zur Auflösung des Parlaments. Zeitgleich flammte im Oberhaus der Rechtsstreit „*Shirley vs. Fagg*“ erneut auf (19.10.1675). In einer knappen Oberhausabstimmung sprach sich eine Mehrheit von 50 gegen 48 Lords gegen die Auflösung aus (20.11.1675). Die Krone vertagte das Kavalierparlament anschließend und schickte es in den drittlängsten Rezess mit siebzehnmonatiger Dauer (522 Tage mit Prorogation am 22.11.1675 auf den 15.02.1677). Während des Rezess ging Danby gezielt gegen die Kaffeehäuser als Zentren der Opposition vor, konnte aber Jenks Rede (Juni 1676) zur Auflösung des Parlaments und Neuwahlen nicht verhindern<sup>131</sup>.

16. Sitzung: Nach fünf sehr kurzen Sitzungen (11. Sitzung mit 45 Tagen, 12. Sitzung mit 6 Tagen, 13. Sitzung mit 37 Tagen, 14. Sitzung mit 37 Tagen, 15. Sitzung mit 28 Tagen) folgte mit der sechzehnten Sitzung die zweitlängste Sitzung des Kavalierparlaments (132 Tage). Die sechzehnte Sitzung reichte jedoch nicht an die zehnte und längste Sitzung heran (zwei Sitzungen mit 46 und 180 Tagen), die allerdings durch ein sechsmonatiges Adjournement unterbrochen war und von einem 21-monatigen Rezess gefolgt wurde. Auch der Verlauf der sechzehnten Sitzung zeigte den exzessiven Gebrauch des Adjournements durch die Regierung, welches sich auch dieses Mal auf sechs Monate erstrecken sollte. Gleich am ersten Verhandlungstag (15.02.1677) eröffneten die Oppositionsführer Shaftesbury und Buckingham ihren Angriff auf die Krone mit der Behauptung, daß das Kavalierparlament mit der fünfzehnmonatigen Prorogation nach der letzten Sitzung automatisch als aufgelöst zu gelten habe. Shaftesbury und Buckingham erhielten hierfür nicht nur keine Mehrheit im Ober- und Unterhaus, sondern fanden sich bereits am Folgetag im Tower inhaftiert vor. Nach diesem Schock folgten zwar noch Beratungen mit Geldbewilligungen (02.03. und 12.03.1677) und Unterhausbeschwerden gegen die wachsende Macht Frankreichs (06.03.1677) mit der Forderung nach einem Bündnis (20.03.1677), aber es folgten auch eine Anzahl längerer

---

<sup>131</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 234-242; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 357-382; The House of Lords (Hrsg.), The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), Covering the last years of the reign of Charles II, including the end of the Cavalier Parliament and the Parliaments during the period of the 'Popish Plot' and Exclusion Crisis of 1678-81. The Journal contains Titus Oates's narrative of the Plot, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol13>, 26.11.2014, S. 3-35; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 740-806; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 290-459 (13.10.1675 bis 11.11.1675); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 1-62 (12.11.1675 bis 22.11.1675 mit Appendix zur langen Prorogation); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 45; zur „*Standing Parliament Debate*“ in der 14., 15. und 16. Sitzung vgl. Kapitel E.

Vertagungen (Adjournements am 16.04.1677 auf den 21.05.1677, am 28.05.1677 auf den 16.07.1677, am 16.07.1677 auf den 03.12.1677, am 03.12.1677 auf den 04.04.1678, Proklamation zur Versammlung am 15.01.1678 mit Adjournement auf den 28.01.1678). Während dieses fast einjährigen Adjournements (287 Tage) fand die Hochzeit von Maria Stuart und Wilhelm von Oranien statt (04.11.1677) und Andrew Marvell vollendete das danach anonym veröffentlichte Pamphlet „*An account of the growth of popery and arbitrary government in England*“ (Dezember 1677) als Abrechnung mit der Regierungspraxis der Parlamentsvertagungen. Am Tag der Wiederversammlung des Parlaments (28.01.1678) verkündete Karl II. das Bündnis mit den Niederlanden und erreichte damit die Bewilligung von Geldern („*supply*“) in Höhe von £ 1.000.000 (21.02.1678). Nach der Geldbewilligung entschied sich die Regierung allerdings für weitere Vertagungen (Adjournements am 27.03.1678 auf den 11.04.1678, am 11.04.1678 auf den 15.04.1678, am 15.04.1678 auf den 29.04.1678). Das Unterhaus reagierte mit Angriffen auf die Räte im „*Privy Council*“ (05.-11.05.1678). Dies führte allerdings nur zu einem zehntägigen Rezess (Prorogation am 13.05.1678 auf den 23.05.1678)<sup>132</sup>.

17. Sitzung: In der am 23.05.1678 beginnenden siebzehnten Sitzung (43 Tage) verband das Unterhaus die Bereitschaft zur Geldbewilligung mit dem Wunsch zur Entlassung der seit September 1677 angeworbenen Truppen (30.05.1678), da deren Einsatz in England als Mittel zur Errichtung einer Willkürherrschaft („*arbitrary government*“) befürchtet wurde. Danach wurde das Parlament zweimal vertagt (Adjournement am 15.07.1678 auf den 01.08.1678 und am 01.08.1678 auf den 01.10.1678). Während des Adjournement schlossen Frankreich und die Niederlande den Frieden von Nijmegen (10.08.1678). Wenig später (13.08.1678) kursierten die ersten Gerüchte einer katholischen Verschwörung, die sich mit Gerüchten über Danbys Absichten zum Einsatz der Armee vermischten. In dieser Situation empfahl der katholische Herzog von York und Königsbruder, die Auflösung des Parlaments, die Verhaftung der Oppositionsführer und die Verstärkung der Armee. Karl II. entschied sich jedoch zur Vertagung (Prorogation am 01.10.1678 auf den 21.10.1678). In

---

<sup>132</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 242–280; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382–480; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 36–220; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 807–977; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 63–391 (15.02.1677 bis 16.07.1677); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 5 (Dezember 1677-Mai 1678), 1769, S. 1–390 (03.12.1677 bis 13.05.1678); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 45f.; Marvell, Andrew, An account of the growth of popery and arbitrary government in England, More particularly, from the long prorogation of November, 1675, ending the 15th of February, 1676, till the last meeting of Parliament, the 16th of July, 1677, Early English Books Online (EEBO) 216:12, Amsterdam, 1677; zur „*Standing Parliament Debate*“ in der 14., 15. und 16. Sitzung vgl. im Kapitel E.

Sir Edmund Berry Godfreys Leichenfund während des dreimonatigen Rezess (17.10.1678) sah die Opposition die Bestätigung der Gerüchte einer papistischen Verschwörung („*Popish Plot*“) <sup>133</sup>.

18. Sitzung: In der beginnenden (21.10.1678) achtzehnten Sitzung (62 Tage) steigerte sich der „*Popish Plot*“ zu einer regelrechten Hysterie mit der im Unterhaus geäußerten Forderung, den Herzog von York als Katholiken von der Thronfolge auszuschließen (02.11.1678). Karl II. lehnte dies ab, bot aber eine Limitation der königlichen Rechte für den Fall der Thronbesteigung seines katholischen Bruders an (09.11.1678). Die Empörung des Unterhauses richtete sich allerdings neben dem Herzog von York auch gegen den Earl of Danby. Ralph Montagu hatte als abgesetzter englischer Botschafter in Paris enthüllt, daß Danby Geheimverhandlungen mit Frankreich über den Einsatz englischer Truppen gegen die Niederlande im Austausch für Subsidienzahlungen geführt und autorisiert hatte. Im Unterhaus votierten daraufhin 179 zu 116 Abgeordneten für Danbys Impeachment (19.12.1678), das den König zur Vertagung des Parlaments veranlaßte (Prorogation am 30.12.1678 auf den 24.01.1679), weil er befürchtete, daß im Prozeß gegen Danby, seine Verstrickung in die französischen Subsidienzahlungen ans Licht kommen würden. Während des einmonatigen Rezess entschloß sich Karl II. dann endgültig zur Auflösung des Kavalierparlaments durch königliche Proklamation (24.01.1679), ohne das Parlament zuvor noch einmal zu versammeln. Der König vermied es, dem Parlament noch einmal gegenüberzutreten und Gründe der Auflösung darlegen zu müssen. Bis zur Versammlung des neuen Parlaments („*First Exclusion Parliament*“) sollte jedoch nur ein knapper Monat verstreichen (06.03.1679) <sup>134</sup>.

---

<sup>133</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 280–291; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 480–516; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 221–292; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 977–1015; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 6 (May 1678-March 1679), 1769, S. 1–111 (23.05.1678 bis 15.07.1678); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 46f.

<sup>134</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 291–323; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 516–566; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 292–448; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1016–1078; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 6 (May 1678-March 1679), 1769, S. 112–408 (21.10.1678 bis 30.12.1678); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 47; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 203f.; „*So ended the Cavalier Parliament which, having begun its career by removing every shackle from the kingship, was now, in the terrors of a nightmare plot, attacking everything sacred in the prerogative – the king's minister, the king's control of the army, the morality of his consorta and the loyalty of the heir presumptive*“, in: OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 578f.

**Tagungsmuster des Kavaliarparlaments** lassen sich nach der Betrachtung der Einzelsitzungen, der Vertagungen und der Rezesse besser erkennen. Das Parlament dauerte zwar auf dem Papier von der Einberufung 1661 bis zur Auflösung 1679 scheinbar achtzehn Jahre. Man darf sich von der bloßen Zahl jedoch nicht täuschen lassen, weil das Parlament nicht ununterbrochen tagte. Die Summe aller Vertagungen und Rezesse ergeben, daß das Kavaliarparlament insgesamt während 13 Jahren und 7 Monaten nicht tagte (4910 Tage bzw. 163,66 Monate). Die Rezesse des Kavaliarparlaments dauerten im Durchschnitt neun Monate, wobei allein vier Rezesse deutlich über ein Jahr währten. Die vier längsten Rezesse finden sich in der Cabal-Administration (21 und 17 Monate) und der Danby-Administration (13 und 17 Monate). Allerdings liegen auch sehr lange Rezesse in der Clarendon-Administration vor (10, 9, 8 und zweimal 7 Monate). Nach Abzug aller Rezesse tagte das Kavaliarparlament tatsächlich nur 3 Jahre und achteinhalb Monate (1348 Tage bzw. 44,93 Monate). Im Ergebnis sind es nur 22% Sitzungsdauer zu 78% Rezessdauer<sup>135</sup>.

Zur langen Versammlungsdauer des Kavaliarparlaments wurden verschiedene Ansichten vertreten. Bereits Andrew Marvel stellte die These auf, daß die Abgeordneten im Falle der Auflösung um ihre Wiederwahl fürchteten und deshalb selbst an der Fortführung des Parlaments interessiert waren. Ein beträchtlicher Teil der Unterhausabgeordneten forderten dennoch Auflösung und Neuwahlen und kritisierten die lange Dauer des Parlaments in der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78). Nach A. Patterson war Karl II. davon überzeugt, das Kavaliarparlament besser managen zu können als irgendein neu gewähltes Parlament, und damit besser regieren zu können als ohne Parlament. Das „*Parliamentary Management*“ des Earl of Danby seit 1673 bestärkte den König in dieser Haltung. Die Absicht Karls II. zum Parlamentsmanagement sieht Patterson aber schon seit 1664 am Werk, nämlich als Motiv des Königs zur faktischen Außerkraftsetzung des „*Triennial Act*“ (1664). Den Grund für die letzten Verlängerungen mittels Prorogation am Ende des Parlaments sieht sie aber in der fortgesetzten Inhaftierung der vier Lords, die gerade gegen die zuvor längste Vertagung protestiert hatten. Letztlich entschied sich Karl II. doch noch zur Auflösung des Kavaliarparlaments, weil dieses Parlament nicht aufhörte, den Ausschluß seines Bruders, des Duke of York, von der Thronfolge zu betreiben und Danby, den wichtigsten Minister des Königs, anzuklagen<sup>136</sup>.

---

<sup>135</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer; PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 38–48

<sup>136</sup> PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 38; MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677

### 3. Die „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81)

Shaftesburys Plan zur Auflösung des Kavalierparlaments misslang. Die Proteste im und außerhalb des Parlaments konnten Karl II. nicht zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen zwingen, solange dem König das alleinige Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments zustand. Die Verhältnisse änderten sich aber im Herbst 1678 mit den Gerüchten einer angeblichen katholischen Verschwörung („*Popish Plot*“), die mit einer anhaltenden Massenhysterie einherging, welche ihren Höhepunkt zwischen den beiden ersten „*Exclusion Parliaments*“ erreichte (Oktober 1679 bis Oktober 1680). Karl II. sah sich politisch dazu gezwungen, nicht nur Danby und dessen Regierung preiszugeben, sondern auch das Kavalierparlament aufzulösen, weil ohne Danby keine Regierungsmehrheit zu organisieren war. Dafür rettete Karl II. durch sein geschicktes Taktieren seine Prärogativrechte und verhinderte eine „*Exclusion Bill*“ zum Ausschluß seines katholischen Bruders Jakob, Herzog von York, von der Thronfolge. Karl II. glaubte damit die Fiktion eines Gottesgnadentums („*Divine Right of Kings*“) aufrecht erhalten zu können. Tatsächlich gelang es den drei „*Exclusion-Parliaments*“ (1679-81) genauso wenig wie zuvor dem Kavalierparlament, die Thronfolge durch Parlamentsgesetz zu bestimmen. Die „*Exclusion-Parliaments*“ (1679-81) stehen wie das Kavalierparlament beispielhaft für Parlamente, die der König auflöste als sie nicht mehr zu managen waren und ihm politisch zu gefährlich wurden<sup>137</sup>.

**“*First Exclusion Parliament*” (1679):** Zur allgemeinen Überraschung betrieb Karl II. unmittelbar nach der Auflösung des Kavalierparlaments eine Politik der Kompromisse, zumal er auf eine Zusammenarbeit mit der Opposition angewiesen war, um weitere Enthüllungen nach Danbys Sturz und um den Ausschluß seines Bruders von der Thronfolge zu verhindern, schließlich auch um die fehlenden Einnahmen aus den Subsidienzahlungen Ludwigs XIV. zu ersetzen. Er befahl deshalb seinem Bruder, dem Herzog von York, noch vor dem Zusammentreten des neuen Parlaments ins Exil nach Brüssel zu gehen. Gleichzeitig räumte Karl II. jeden Zweifel an der Illegitimität seines Sohnes, des Herzogs von Monmouth aus, weil die Opposition versucht hatte, diesen als Sohn einer legitimen ersten Eheschließung Karls II. darzustellen, um ihn als protestantischen Helden und Thronfolger aufbauen zu können. Der König ließ deshalb drei Tage vor der Versammlung des neuen Parlaments im „*Privy Council*“ offiziell erklären (03.03.1679), keine andere Frau als Königin Katharina gehehlicht zu haben. Der Rat wurde zudem nach den Vorschlägen Sir William Temples umstrukturiert. Wichtige Oppositionsführer wie Shaftesbury, Halifax und Essex wurden zu

---

<sup>137</sup> KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 71f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 204f.; ROBERTS, The Growth of responsible government in Stuart England, 1966, S. 211f.; PLUMB, The Growth of Political Stability in England 1675-1725, 1967, S. 51; HARRIS, London crowds in the reign of Charles II, 1987, S. 108–129; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 584



Ratsmitgliedern ernannt. Shaftesbury selbst wurde sogar „*Lord President of the Council*“. Karl II. beabsichtigte damit ganz offensichtlich die Spaltung der Opposition, zumindest aber deren Einhegung, denn der Wahlkampf zum neuen Parlament (Februar 1679) hatte ihm gezeigt, daß die Opposition zu allem entschlossen war. Das von William Penn geschriebene, aber von Shaftesbury beeinflusste Pamphlet „*England's great interest in the choice of this new parliament*“ (1679) liest sich wie ein Parteiprogramm der Opposition: 1) Untersuchung des „*Popish Plot*“, 2) Verurteilung böswilliger Räte, 3) Bestrafung der Pensionäre des letzten Parlaments, 4) Maßnahmen zur Sicherstellung regelmäßiger Parlamente („*frequent Parliaments*“), 5) Erleichterung der Religionsausübung für Dissenter und 6) Sicherung des Landes vor papistischen Umtrieben. Die Stärke der Opposition zeigte sich im Wahlergebnis: Im neuen Parlament saßen nur noch 30 oder 40 Mitglieder auf die sich die Krone verlassen konnte<sup>138</sup>. Als sich das „*First Exclusion Parliament*“ versammelte (06.03.1679) war nicht absehbar, wie lange es dauern würde, jedenfalls rechnete wohl niemand mit einer insgesamt nur 82-tägigen Dauer. Nach einer äußerst kurzen ersten Sitzung von gerade einmal acht Tagen (Prorogation am 13.03.1679 auf den 15.03.1679) gab es lediglich eine weitere 74-tägige zweite Sitzung (Versammlung am 15.03.1679 mit Prorogation am 27.05.1679). Die Entschlossenheit des neuen Parlaments zeigte sich im Impeachment und der anschließenden „*Bill of Attainder*“ gegen den Earl of Danby und dem Versuch zum Ausschluß des katholischen Herzogs von York von der Thronfolge<sup>139</sup>. Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Danby vertraten die Lords die Auffassung, daß die Auflösung des letzten Parlaments das Impeachment

---

<sup>138</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 584f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 204f.; PENN, William, *England's great interest, in the choice of this new Parliament, dedicated to all her freeholders and electors*, Early English Books Online (EEBO) C3:2[32], London, 1679

<sup>139</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 1st Exclusion Parliament of Charles II. 6 March 1679 - 12 July 1679*, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1679-0>, 26.11.2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 323–370; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87)*, 1802, S. 567–634; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81)*, 1767, S. 449–596; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1079–1153; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 6 (May 1678-March 1679), 1769, S. 402ff., 409-439 (06.03.1679, 08.03.1679 bis 13.03.1679); BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 7 (March 1679-November 1680), 1769, S. 1–346 (15.03.1679 bis 27.05.1679); zum Unterschied zwischen „*Impeachment*“ und „*Attainder*“, vgl.: ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 594: „*In impeachments, the Commons are but accusers and advocates; while the Lords alone are judges of the crime. On the other hand, in passing bills of attainder, the Commons [...] are judges of equal jurisdiction [...] and the accused can only be condemned by the united judgement of the Crown, the Lords, and the Commons*“; Proklamation zur Auflösung des Parlaments, vgl.: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81)*, 1767, S. 596

gegen Danby keineswegs beendet hätte<sup>140</sup>. Karl II. zeigte sich zunächst kompromissbereit, bot eine Limitierung der Rechte eines katholischen Thronfolgers an, zeigte sich dann aber nicht minder entschlossen als er Danby zunächst begnadigte, das Parlament prorogierte (27.05.1679) und es anschließend genauso wie zuvor das Kavalierparlament während des Rezess auflöste. Geradezu höhnisch klang es da, wenn Karl II. in seiner Proklamation zur Auflösung des Parlaments (12.07.1679) regelmäßige Parlamente versprach<sup>141</sup>.

**“Second Exclusion Parliament” (1679-81):** Die Prorogation als Machtinstrument der Krone zeigte sich beispielhaft im “*Second Exclusion Parliament*”, das unmittelbar nach seiner ersten Versammlung (17.10.1679) vertagt wurde. Allerdings folgten dieser ersten Prorogation (17.10.1679) sechs direkt anschließende Prorogationen (26.01.1680, 15.04.1680, 17.05.1680, 01.07.1680, 22.07.1680 und 23.08.1680), die sich bis zur ersten richtigen Sitzung (21.10.1680) zu einem einjährigen Rezess summierten (17.10.1679 bis 21.10.1680). Rechnet man von der letzten Sitzung des “*First Exclusion Parliament*” bis zur ersten echten Sitzung des “*Second Exclusion Parliament*” (27.05.1679 bis 21.10.1680) so ergibt sich daraus sogar ein anderthalbjähriger Rezess. Abgehalten wurde schließlich nur eine einzige, 82-tägige Sitzung (21.10.1680 bis 10.01.1681). Schon wenige Tage nach Beginn dieser Sitzung (26.10.1680) verabschiedete das Unterhaus eine Resolution gegen den Herzog von York als “*Popish Successor*”. Damit war der Ton und die Agenda dieses Parlaments gesetzt. Karl II. konnte nichts anderes von diesem Parlament erwarten als die Fortsetzung der Ambitionen zur Änderung der Thronfolge<sup>142</sup>. Gleichzeitig verdeutlichte das Unterhaus in einem einstimmigen Beschluß (27.10.1680), daß die Engländer immer schon dazu

---

<sup>140</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 464f.: „*And their Lordships are of Opinion, That the Dissolution of the last Parliament doth not alter the State of the Impeachments brought up by the Commons in that Parliament*“

<sup>141</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 596: „*The King's most Excellent Majesty, being resolved to meet His People, and to have their Advice in frequent Parliaments, hath thought fit to dissolve this present Parliament*“

<sup>142</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Exclusion Parliament of Charles II. 17. Oct. 1679 - 18. Jan. 1681, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1679>, 26.11.2014; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 370–463; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 1–101; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 635–704; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 597–744; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1154–1297; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 7 (March 1679-November 1680), 1769, S. 347–477 (07.10.1679 bis 15.11.1680); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, S. 1–290 (15.11.1680 bis 10.01.1681)

berechtigt gewesen seien, den König zur Einberufung von Parlamenten aufzurufen<sup>143</sup>. Mehr noch als das. Es wurde behauptet, daß ansonsten die Unterdrückung der Verfassung gefördert und eine Willkürherrschaft aufgerichtet werde<sup>144</sup>. Die drei erforderlichen Lesungen der „*Exclusion Bill*“ erfolgten danach in rascher Folge im Unterhaus (06., 08. und 11.11.1680), verknüpft mit einer Unterhausbeschwerde gegen die Räte des Königs, die ihm zu Prorogationen und Auflösungen geraten hätten (11.11.1680)<sup>145</sup>. Die Beschwerde verdeutlicht die unterbrechende Wirkung der Vertagungspraxis auf den Geschäftsgang des Parlaments. Die deutliche Kritik an den Prorogationen und Auflösungen wiederholte sich wenig später erneut (27.11.1680) im Rahmen der anti-katholischen Aktion<sup>146</sup>. Den Kulminationspunkt erreichte die Kritik mit der Unterhausforderung (17.12.1680) zur Verabschiedung eines Gesetzes für regelmäßige Parlamente als Mittel zur Verhinderung von Willkürherrschaft<sup>147</sup>. Die Krone reagierte nach weiteren Forderungen zum Ausschluß des Herzog von York von der Thronfolge mit der Prorogation des Parlaments (10.01.1681)<sup>148</sup>. Nach dieser Prorogation wurde das Parlament während des Rezess aufgelöst (18.01.1681), genauso wie zuvor das Kavalierparlament und das „*First Exclusion Parliament*“<sup>149</sup>.

**“*Third Exclusion Parliament*” (1681):** Nach der Auflösung des „*Second Exclusion Parliament*“ erwartete Karl II. nicht, daß die Parlamentswahlen zu einer entscheidenden Schwächung der Whigs und zu einem Ende der „*Exclusion Crisis*“ führen würden. Karl II. setzte zudem keine Hoffnung auf die Manipulation der Wahlen. Zu dieser Zeit hatten die oppositionellen Whigs vielmehr den

---

<sup>143</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 640: *“Resolved, Nemine contradicente, That it is, and ever hath been, the undoubted Right of the Subjects of England, to petition the King for the Calling and Sitting of Parliaments, and Redressing all Grievances”*

<sup>144</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 640: *„That to traduce such Petitioning as a Violation of Duty, and to represent it to his Majesty as tumultuous and seditious, is to betray the Liberty of the Subject; and contributes to the Design of subverting the ancient legal Constitution of this Kingdom, and introducing arbitrary Power“*

<sup>145</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 651: *„That our Difficulties, even as to these Tryals, are much increased by the evil and destructive Counsels of those Persons who advised Your Majesty first to the Prorogation, and then to the Dissolution of the last Parliament, at a time when the Commons had taken great Pains about, and were prepared for, those Tryals; and by the like pernicious Counsels of those who advised the many and long Prorogations of the present Parliament, before the same was permitted to sit [...]“*

<sup>146</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 665: *„After some time, they [This bloody and restless Party] (die Katholiken, sic!) became able to influence Matters of State and Government, and thereby to destro those they cannot corrupt: The Continuance or Prorogation of Parliaments has been accommodated to serve the Purposes of that Party: [...]“*

<sup>147</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 682: *„That a Bill be brought in, for the more effectual Securing of the Meeting and Sitting of frequent Parliaments, as One Means to prevent arbitrary Power“*

<sup>148</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 704

<sup>149</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 743

Höhepunkt ihrer Organisation erreicht, im Hinblick auf Zusammengehörigkeit, Propaganda und öffentlicher Wirkmächtigkeit. Zur Schwächung der Whigs blieben dem König aber die Möglichkeiten seiner königlichen Prärogativrechte, insbesondere sein Recht zur Vertagung und Auflösung des Parlaments. Voraussetzung einer parlamentslosen Herrschaft war aber die vorherige Sicherstellung der Finanzierung. Französische Subsidien sollten Karl II. das Regieren ohne Parlament ermöglichen. Der Erhalt neuer Subsidien von Ludwig XIV. hing wiederum davon ab, daß Karl II. ohne Parlament regierte. Der französische König hatte angesichts seiner Pläne zur Expansion in den spanischen Niederlanden und im Elsaß ein großes Interesse daran, daß Karl II. nicht vom englischen Parlament abhängig und seine Politik von diesem bestimmt war, denn dieses hätte unweigerlich die Allianz mit den Gegnern Ludwigs XIV. angestrebt. Die Initiative zur Zahlung neuer Subsidien an Karl II. ging von Ludwig XIV. aus, wie dessen Instruktionen an seinen Gesandten Barrillon zeigen (November 1680). Unmittelbar vor der Eröffnung des „*Third Exclusion Parliament*“ kam es zur grundsätzlichen Einigung zwischen den Monarchen (14.03.1681), dem der geheime, mündlich geschlossene Subsidienvertrag folgte (22.03.1681)<sup>150</sup>.

Das neue insgesamt nur sechs Tage dauernde Parlament (21.03.-28.03.1681) versammelte sich zur ersten Sitzung in Oxford (21.03.1681), einem von Karl II. mit Bedacht gewählten Tagungsort. Oxford war eine stets königstreue Stadt gewesen, die im Vergleich zu London keine öffentlichen Massenversammlungen zugunsten des Parlaments erwarten ließ, wenn der König von seinem Recht zur frühzeitigen Parlamentsauflösung Gebrauch machen würde. Karl II. zeigte sich in seiner Eröffnungsrede scheinbar konzilient, im Unterton aber spöttisch, wenn er erklärte, daß er mit der raschen Wiedereinberufung seine unverbrüchliche Liebe zu den Parlamenten demonstrieren wolle, trotz aller Unregelmäßigkeiten<sup>151</sup>. Den Ausschluß seines Bruders von der Thronfolge lehnte Karl II. zwar weiterhin kategorisch ab, erneuerte aber sein Angebot, die Rechte eines katholischen Monarchen zu beschränken<sup>152</sup>. Aber auch dieses Angebot war nur ein scheinbares Entgegenkommen, konnte sich der König doch sicher sein, daß die Whigs sich nicht darauf einlassen würden. Sie hatten den Ausschluß des Thronfolgers zu lange betrieben, um aufzugeben, und Shaftesbury baute die Parteidisziplin der Whigs gerade auf der Angst vor einem „*Popish*

---

<sup>150</sup> JONES, Charles II, 1987, S. 163–168

<sup>151</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 745: „*I let you see, by My calling this Parliament so soon, that no Irregularities in Parliament shall make Me out of Love with them*“

<sup>152</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 745f.: „*What I have formerly and so often declared touching the Succession, I cannot depart from: But, to remove all reasonable Fears that may arise from the Possibility of a Popish Successor coming to the Crown, if Means can be found that in such a Case the Administration of the Government may remain in Protestant Hands, I shall be ready to hearken to any such Expedient, by which the Religion might be preserved, and the Monarchy not destroyed*“

*Successor*“ auf. Die Whigs erneuerten zunächst das Impeachment gegen Danby (25.03.1681) und votierten dann erwartungsgemäß für eine „*Exclusion Bill*“ (26.03.1681). Shaftesbury und seine Anhänger erkannten nicht, daß der König bereits zur zwei Tage später erklärten Auflösung des Parlaments entschlossen war (28.03.1681). Im Gegensatz zum Kavalierparlament und den beiden ersten „*Exclusion Parliaments*“ verzichtete Karl II. diesmal ganz auf eine vorangehende Prorogation. Mit der direkten und plötzlichen Auflösung demonstrierte Karl II. den Abgeordneten, daß seine Prärogative über dem Parlament steht. Sinnfälliger hätte Karl II. nicht zeigen können, wie er über das jahrelange Bemühen der Opposition seit der „*Standing Parliament Debate*“, regelmäßige Parlamente gesetzlich zu normieren, dachte. Die Whigs hätten durch die Versammlung des Parlaments im royalistisch gesinnten Oxford vorgewarnt sein müssen, waren dann aber doch von der plötzlichen und raschen Auflösung überrumpelt, die eine lange Zeit parlamentsloser Selbstherrschaft Karls II. und Jakobs II. (1681-89) einleiten sollte<sup>153</sup>.

**Tagungsmuster der „*Exclusion Parliaments*“:** Nach dem achtzehnjährigen Kavalierparlament (1661-79) erlebte England innerhalb zweier Jahre drei Parlamente (Anfang 1679 bis Anfang 1681). Der Unterschied zur langen Dauer des Kavalierparlament hätte nicht größer sein können. Die drei „*Exclusion Parliaments*“ liefern das ernüchternde Ergebnis, daß die ersten beiden Parlamente gerade einmal je 82 Tage, das dritte nur sechs Tage, insgesamt also nur 170 Sitzungstage dauerten. Die Rezesse zwischen den Parlamenten dauerten einen knappen Monat zwischen dem Ende des Kavalierparlaments (24.01.1679) und dem Beginn des „*First Exclusion Parliament*“ (06.03.1679), anderthalb Jahre durch aneinandergereihte Prorogationen zwischen der letzten Sitzung des „*First Exclusion Parliament*“ (27.05.1679) und dem Beginn der ersten Sitzung des „*Second Exclusion Parliament*“ (21.10.1680) und wiederum knapp anderthalb Monate zwischen Prorogation (10.01.1681) und anschließender Auflösung (18.01.1681) des „*Second Exclusion Parliaments*“ und dem Beginn des „*Third Exclusion Parliament*“ (21.03.1681). Mit gerade einmal insgesamt sechzehn Sitzungstagen läßt sich das Jahr 1681 faktisch als parlamentsloses Jahr qualifizieren. Die von der Opposition angestrebte Regelmäßigkeit der Parlamente und der damit verbundene Wunsch nach Planbarkeit und Verlässlichkeit der Politik erwies sich angesichts des ausgeübten Prärogativrechts

---

<sup>153</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 3rd Exclusion Parliament of Charles II. (The Oxford Parliament)*, 21 March 1681 - 28 March 1681, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1681>, 26.11.2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 101–164; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 705–712; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 745–757; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1298–1340, 1303ff.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, S. 291–340, 291f. (21.03.1681 bis 28.03.1681); JONES, *Charles II*, 1987, S. 163–170; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 169

der Krone zur Einberufung, Vertagung und Auflösung der Parlamente als aussichtsloses Wunschdenken<sup>154</sup>.

## II. Revolution (1681-89)

### 1. Die Parlamentslose Herrschaft (1681-88)

**Selbstherrschaft Karls II. (1681-85):** Nach dem Scheitern seiner bisherigen Parlamentspolitik („*Parliamentary management*“) kehrte Karl II. zur parlamentslosen Selbstherrschaft („*personal rule*“) seines Vaters zurück. Die autokratische Regierungsweise lähmte ihn innen- wie außenpolitisch genauso wie Karl I. zuvor. Die Selbstherrschaft Karls II. gipfelte in einer systematischen Unterdrückung von Presse und Opposition, auch wenn die Abrechnung Karls II. mit dem Oppositionsführer Shaftesbury zunächst mißlang. Er wurde nach seiner Verhaftung (Juli 1681) durch die mehrheitlich von Whigs dominierte Londoner Grand Jury freigesprochen (November 1681). Dies führte allerdings dazu, daß die Krone die Freiheitsbriefe von London und anderen Gemeinden einzog (1682), die als Hauptstützen der Opposition galten. Die zunehmende Gefahr und Aussichtslosigkeit der Lage zwang Shaftesbury schließlich zur Flucht in die Niederlande (November 1682), wo er nur wenige Monaten später in Amsterdam verstarb (21. Januar 1683). Die anwachsende Verzweiflung der Opposition führte zu Überlegungen des bewaffneten Widerstands gegen Karl II., die aber verworfen wurden. Den wahrscheinlich von der Krone fingierten Attentatsplan gegen Karl II. und seinen Bruder („*Rye House Plot*“, 1683) nahm die Regierung dagegen zum Anlaß, die letzten verbliebenen Köpfe der Opposition zu beseitigen. Die politischen Prozesse und Hinrichtungen der Lords Essex und Russell sowie des politischen Philosophen Algernon Sidney (1683) gehören zu den traurigen Höhepunkten autokratischer Herrschaft. Sidneys Schriften, insbesondere die „*Discourses on Government*“ (1681-83 verfasst, 1698 erstmals veröffentlicht), und der Prozeß zeigen die von ihm und der Krone vertretenen Auffassungen. Der anschließende Bruch des „*Triennial Act*“ (1664) durch Nichteinberufung des Parlaments nach den vorgeschriebenen drei Jahren ohne Parlament (1684) verblieb ohne Widerhall einer zum Schweigen gebrachten Opposition und bildete den Abschluß dieser Entwicklung zur Autokratie und das Ende der Herrschaft Karls II., der vorzeitig mit 55 Jahren verstarb (06.02.1685)<sup>155</sup>.

---

<sup>154</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

<sup>155</sup> TAPSELL, Grant, Parliament and Political Division in the Last years of Charles II, 1681-85, in: Parliamentary History 22, 2003, Nr. 3, S. 243–262; LODGE, The History of England, Vol. VIII., 1910, S. 209–238; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 183–209; FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 82–89; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 101–122; HARRIS, Restoration, 2005, S. 260–328; HUTTON, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, 1989, S. 404–458; JONES, Charles II, 1987, S. 162–190; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 75–78; MILLER, After the Civil Wars, 2000, S. 272–296; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 620–656; KREY, Gary S. De, London

**Selbstherrschaft Jakobs II. (1685-88):** Jakob II. wurde trotz des langjährigen Widerstands der Opposition letztlich doch König von England und Schottland, weil es Karl II. gelungen war, den Impetus der Opposition zunächst durch beständiges Vertagen und Auflösen der Parlamente (1679-81) und später durch direkte Unterdrückung und Verfolgung der Opposition (1681-85) gewaltsam zu brechen. In dieser Hinsicht ähnelte die Politik Jakobs II. seinem Vorgänger, stellt also keinen Bruch mit der Vergangenheit, sondern konsequente Fortsetzung dar. Zu Beginn seiner Herrschaft versammelte der neue König ein kurzes, knapp zweimonatiges Parlament, um danach bis zur „*Glorious Revolution*“ drei Jahre ohne Parlament zu regieren. Die Wahl seines ersten Parlaments verlief ohne direkte Eingriffe der Krone, waren diese doch nach den Maßnahmen Karls II. gar nicht mehr nötig. Der Entzug der alten und die Ausstellung neuer Freiheitsbriefe („*charters*“) für London und zahlreiche andere Gemeinden sowie das jahrelange Vorgehen gegen die Opposition brachten das gewünschte Wahlergebnis. Die Whigs verfügten über keine funktionierende Organisation, so daß sie kaum Mandate errangen. Die große Mehrheit im neuen Parlament stellten die Tories. In den von Karl II. beeinflussten Boroughs wurden von 195 Abgeordneten nur neun Whigs ins Parlament gewählt. Insgesamt waren nur noch 60 Whigs im neuen Parlament vertreten, wovon aber nur 40 den alten Whigs angehörten, während 20 neue Abgeordnete den Whigs nicht mit letzter Sicherheit zugerechnet werden konnten. Wahlkreise, die während der „*Exclusion-Crisis*“ fest in Händen der Whigs gewesen waren, gingen allesamt an die Tories. Der Regierung spielte auch in die Hände, daß ein Großteil der Abgeordneten neu gewählte politisch unerfahrene Novizen waren<sup>156</sup>.

---

and the Restoration, 1659-1683, New York, 2005, S. 221–400; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 217–233; ASHLEY, England in the Seventeenth Century, 1968, S. 137–167; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 291–299; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 166–219; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 240–262; SMITH, The Stuart parliaments 1603-1689, 1999; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, S. 341–343; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Parliaments 1660-1690, Charles II, James II and the Revolution of 1688-1690, 2013; Algernon Sidney, seine Schriften und der Prozeß gegen ihn sind Gegenstand des Kapitel F, vgl.: SIDNEY, Algernon, Discourses concerning government, Published from an original manuscript of the author, Early English Books Online (EEBO) 512:27, London, 1698, First Edition; SIDNEY, Algernon/ROBERTSON, Joseph, The works of Algernon Sydney, London, 1772, S. 1–541; SCOTT, Jonathan, Sidney, Algernon (1623–1683), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/25519>, 29.10.2009; SCOTT, Jonathan, Sidney, Algernon (1623–1683), 2004; SCOTT, Jonathan, Algernon Sidney and the English Republic, 1623-1677, Cambridge, 1988; SCOTT, Jonathan, Algernon Sidney and the Restoration crisis, 1677-1683, Cambridge, 1991; BURNS, James Henderson/GOLDIE, Mark (Hrsg.), The Cambridge History of Political Thought, 1450-1700, Cambridge, 1994, S. 459ff.

<sup>156</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 1st Parliament of James II. 19 May 1685-2 July 1687, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1685>, 26.11.2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 225f.

Das einzige Parlament Jakobs II. versammelte sich zu einer singulären kurzen von einem Adjournement unterbrochenen Sitzung (19.05.1685 bis 02.07.1685 und 09.11.1685 bis 20.11.1685), deren Beginn vom Aufstand des schottischen Earl of Argyll (*“Argyll’s Rising”*), der von den Niederlanden kommend mit seinen Truppen in Schottland landete (20.05.1685), überschattet wurde. Jakob II. berichtete dem Oberhaus selbst von Argylls Landung und warnte eindringlich in geschickter Verbindung des Aufstands mit dem Verlangen der Regierung zur Geldbewilligung davor, ihn unter finanziellen Druck zu setzen, um regelmäßige Parlamente zu erzwingen (22.05.1685). Das Parlament bewilligte wenig später dem neuen König lebenslange jährliche Einkünfte in derselben Höhe wie Karl II., zusammen mit zusätzlichen indirekten Steuern zur Begleichung der Schulden des alten Königs (27.05.1685). Argylls Aufstand im Norden stand in enger Verbindung mit der Rebellion des Herzogs von Monmouth (*“Monmouth’s Rebellion”*), der nur wenig später mit seinen Männern in Dorset landete (11.06.1685). Monmouths acht Druckseiten lange, anlässlich seiner Intervention publizierte Deklaration ist Rechtfertigungsschrift seines Widerstandes gegen die Herrschaft seines Onkels Jakob II. und zugleich Regierungsprogramm seiner eigenen antizipierten Herrschaft. Als Sohn Karls II. und wichtiger Anführer der alten Whigs ist seiner Deklaration besondere Aufmerksamkeit zu schenken, was in der bisherigen Historiographie vernachlässigt wurde, weil Monmouths Rebellion rasch niedergeschlagen worden war und nur ephemeren Charakter hatte. Tatsächlich war es Monmouth aber gelungen, innerhalb kürzester Zeit nach seiner Landung fast 4000 Anhänger um sich zu scharen und die Herrschaft seines Onkels ernsthaft zu bedrohen. Er hätte siegen können, wäre er nicht zu zögerlich gewesen. Die spätere Deklaration Wilhelms von Oranien (1688) ähnelte zudem in auffälliger Weise Monmouths Deklaration. Nach der Niederschlagung der Rebellion und der Hinrichtung ihrer Anführer (*„Jeffreys’s Bloody Assize“*) wurde das Parlament vertagt (Adjournement am 02.07.1685 auf den 04.08.1685 und am 04.08.1685 auf den 09.11.1685). Die nur wenige Tage dauernde zweite Zusammenkunft des Parlaments (09.11.1685 bis 20.11.1685) sollte die letzte Versammlung dieses Parlaments sein. Zahlreiche aufeinanderfolgende Prorogationen verhinderten weitere Beratungen (Prorogationen am 20.11.1685 auf den 10.02.1686, am 10.02.1686 auf den 10.05.1686, am 10.05.1686 auf den 22.11.1686, am 22.11.1686 auf den 15.02.1687 und am 15.02.1687 auf den 28.04.1687 sowie Auflösung am 02.07.1687). Die Sitzungsdauer des einzigen Parlaments Jakobs II. betrug insgesamt nur 56 Tage, obwohl es offiziell unter Nichtberücksichtigung der zahlreichen Vertagungen scheinbar zwei Jahre dauerte<sup>157</sup>.

---

<sup>157</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 1st Parliament of James II. 19 May 1685-2 July 1687*, 2013; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 164–199; THE HOUSE OF COMMONS, *The*



Während des dreijährigen Rezess setzte Jakob II. die „*Test Acts*“ (1661, 1672 und 1678) zur Verhinderung der Einstellung von Katholiken in den Staatsdienst am Parlament vorbei durch Verordnungen außer Kraft (23.11.1685). Diese Praxis zur Aussetzung und Aufhebung von Gesetzen („*suspending and dispensing power*“) förderte das ohnehin schon bestehende Mißtrauen gegen ihn und gab der Furcht vor einer katholisch-absolutistischen Willkürherrschaft („*popery and arbitrary government*“) neue Nahrung. Die Richter bestätigten allerdings im Fall „*Godden vs Hales*“ die Rechtmäßigkeit der königlichen „*Dispensing power*“ zur Aufhebung bestehender Parlamentsgesetze auf dem Verordnungsweg (Juni 1686). Den zunehmenden Widerwillen des anglikanischen Klerus beantwortete Jakob II. mit neuen Richtlinien für deren Predigten („*Directions concerning preaching*“, März 1686), zu deren Durchsetzung der Gerichtshof der „*Ecclesiastical Commission*“ (Juli 1686) geschaffen wurde, der an die verhassten Sondergerichte Karls I. erinnerte. Das neue Gericht bestätigte die schlimmsten Befürchtungen als es wenig später Henry Compton, den streng protestantisch gesinnten Bischof von London, aus seinem Amt entfernte. Unzählige Amtsträger im ganzen Land, darunter 250 Friedensrichter („*Justices of the Peace*“), teilten dasselbe Schicksal. Laurence Hyde, Earl of Rochester, verlor sein Amt als Lord Treasurer (Januar 1687), weil er als überzeugter Protestant davor zurückschreckte, zum Katholizismus zu konvertieren. Kurz danach erließ Jakob II. mit der „*First Declaration of Indulgence*“ (März 1687) eine Toleranzerklärung für Katholiken und Andersgläubige. Dem folgte schließlich die Auflösung des Parlaments (Juli 1687), weil der König ein unbedingt loyales Parlament zur Legalisierung seiner Verordnungen brauchte. Nach der Auflösung ergriff die Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Manipulation der kommenden Wahlen. Königliche Statthalter („*Lord Lieutenants*“) und Friedensrichter („*Justices of the Peace*“) wurden im ganzen Land, insbesondere in London (Juli 1687), entlassen, königliche Agenten prüften die Gemeinden auf ihre Zuverlässigkeit. Eine beispiellose über Monate dauernde Befragung tausender Amtsträger und Parlamentskandidaten (November 1687 bis März 1688), ob sie

---

Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 713–762; The House of Lords (Hrsg.), The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), Covers the period of the accession of James II, the Glorious Revolution of 1688 and the advent of William and Mary, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jnl/vol14>, 26.11.2014, S. 3–100; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1343–1388; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, S. 343–372; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 227ff.; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 170; Monmouth, James Scott, Duke of, The declaration of James Duke of Monmouth, & the noblemen, gentlemen & others, now in arms, For defence & vindication of the Protestant religion, & the laws, rights, & privileges of England, from the invasion made upon them, & for delivering the kingdom from the usurpation & tyranny of James Duke of York, Early English Books Online (EEBO) 769:03, 1685; Ford Lord Grey, The Secret history of the Rye-House Plot: And of Monmouth's rebellion. Written by Ford Lord Grey, in MDCLXXXV, Now first published from a manuscript sign'd by himself, before the Earl of Sunderland, London, 1754/1685; SANFORD TERRY, C., The Duke of Monmouth's Instructions in June 1679, in: English Historical Review 20, 1905, Nr. 77, S. 127–129

im Falle ihrer Wahl für die Aufhebung der „*Test Acts*“ und für die Indulgenzerklärung stimmen würden, sollte die Auswahl geeigneter Kandidaten zur Wahl eines gefügigen Parlaments sicherstellen. 31 Gemeindegesetze mit weitreichenden Freiheitsrechten wurden entzogen und gegen neue Satzungen ausgetauscht (Juli bis September 1688). Während der Vorbereitungen auf das neue Parlament - königliche Schreiben zur Einberufung sollten noch im September 1688 ausgestellt werden - erließ der König eine „*Second Declaration of Indulgence*“ (April 1688), die vom anglikanischen Klerus von den Kirchenkanzleien verlesen werden sollten. Damit war jedoch ein Punkt erreicht, der den offenen Widerstand des anglikanischen Klerus provozierte und wesentlichen Anteil an der Glorreichen Revolution hatte. Weigerung und Protest (18.05.1688) von sieben anglikanischen Bischöfen, darunter William Sancroft, Erzbischof von Canterbury, verbunden mit der Petition, sie von der Verbreitung der Indulgenzerklärung zu befreien (20.05.1688), da der König keine „*suspending and dispensing power*“ habe, führte zur Inhaftierung der Bischöfe im Tower und zum Prozeß wegen Anstiftung zum Aufruhr („*sedition libel*“), der mit dem Freispruch der Bischöfe endete (30.06.1688). Die überraschende Geburt des Thronfolgers James Edward (10.06.1688) während dieser Auseinandersetzung mit den Bischöfen, die Verstärkung der Armee mit gleichzeitiger Rekrutierung immer mehr katholischer Offiziere und die unmittelbar bevorstehende Versammlung des manipulierten Parlaments verstärkten die Angst der Protestanten vor der Etablierung einer dauerhaften katholischen Dynastie, erhöhten aber auch den Widerstandswillen. Das Einladungsschreiben der „*Immortal Seven*“ (Charles Talbot, Earl of Shrewsbury; William Cavendish, Earl of Devonshire; Thomas Osborne, Earl of Danby; Richard Viscount Lumley; Henry Compton, Bischof von London; Edward Russell und Henry Sidney) an Wilhelm von Oranien zur Invasion Englands (16.06.1688) enthielt ausdrückliche Warnungen, gerade auch vor dem neuen Parlament Jakobs II.: „[...] *and by such other changes as are not only to be expected from a packed Parliament*“. Nach der Einladung der „*Immortal Seven*“ wandte sich Wilhelm von Oranien wie zuvor Karl II. (1660) und der Duke of Monmouth (1685) mit einer eigens verfassten Deklaration zur Darlegung seiner Intentionen an die Öffentlichkeit (10.10.1688). Als die Truppen Wilhelms von Oranien schließlich in England landeten (05.11.1688) erhielten sie großen Zulauf von Whigs und Tories, dem wenig später auch die ersten Truppen des Königs folgten (16.11.1688). Die Petition einer Gruppe von Lords und Bischöfen zur Einberufung eines freien Parlaments (17.11.1688) hatte James noch brüsk abgelehnt, willigte aber kaum zwei Wochen später ein und versprach in einer öffentlichen Proklamation die Einberufung (30.11.1688) zur Versammlung des neuen Parlaments zum Jahresbeginn (15.01.1689). In Erinnerung an das Schicksal seines Vaters Karl I. schickte Jakob II. die Königin und den Thronfolger nach Frankreich (08.12.1688) und begab sich zwei Tage später selbst auf die Flucht (10.12.1688), ließ zuvor aber die

noch nicht ausgesandten Einberufungsschreiben für das neue Parlament vernichten, entließ die Armee aus seinen Diensten und warf das große Staatssiegel in die Themse. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung versammelten sich Lords und Bischöfe im Rathaus von London (11.12.1688) und bildeten eine Art provisorischer Regierung<sup>158</sup>.

**Tagungsmuster der Parlamente (1681-88):** Zwischen der Auflösung des Oxford Parlaments („*Third Exclusion Parliament*“, 28.03.1681) und der Versammlung des zweiten „*Convention Parliament*“ (22.01.1689) lag eine fast achtjährige parlamentslose Selbstherrschaft Karls II. und Jakobs II., wenn man von dem nur knapp zweimonatigen Parlament Jakobs II. (1685) einmal absieht. Rechnet man den anderthalbjährigen Rezess durch aneinandergereihte Prorogationen zwischen der letzten Sitzung des „*First Exclusion Parliament*“ (27.05.1679) und dem Beginn der ersten Sitzung des „*Second Exclusion Parliament*“ (21.10.1680) noch hinzu, so ergibt sich eine fast zehnjährige parlamentslose Herrschaft (1679 bis 1689)<sup>159</sup>.

## **2. Das „*Convention Parliament*“ (1689/90)**

König Jakob II. wollte sich wie Karl II. ein königstreues, von ihm abhängiges und gehorsames „*Standing Parliament*“ schaffen, indem er massiv in die Wahlvorbereitungen für das Parlament von 1688 eingriff. Tatsächlich kam es nicht mehr dazu. Unter Bezugnahme auf die Vertragstheorie sah man Jakob II. als vertragsbrüchig an und entzog ihm mit dieser Argumentation die Legitimität zur Herrschaft. Die Rückkehr zur Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ beendete die absolutistischen Aspirationen der Stuarts auf der Grundlage des „*Divine Right of Kings*“. Der barbarische Akt Jakobs II. das große Staatssiegel auf seiner Flucht nach Frankreich in die Themse zu werfen, war der Versuch, einer neuen Herrschaft seinerseits die Legitimität zu entziehen. Mit der Flucht Jakobs II. stand England wie schon 1660 vor dem Problem, weder einen König, noch ein Parlament zu haben. Das führungslose Land fand eine Lösung für dieses Problem darin, daß eine

---

<sup>158</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 1387–1390; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 231–251; KAMPMANN, Christoph, Ein großes Bündnis der katholischen Dynastien 1688?, *Neue Perspektiven auf die Entstehung des Neunjährigen Krieges und der Glorious Revolution*, in: *Historische Zeitschrift* 294, 2012, S. 31–58, S. 39f., 45f., 57; Einladungsschreiben der „*Immortal Seven*“, in: COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 352–354; Dalrymple, John, Sir, *Memoirs of Great Britain and Ireland, From the Dissolution of the last Parliament of Charles II. till the Capture of the French and Spanish Fleets at Vigo. A New Edition in Three Volumes*, Vol. II., London, 1790, S. 107–110, zu den „*Test Acts*“, vgl.: „*An Act for the well Governing and Regulating of Corporations*“ („*Corporation Act*“, 1661), in: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 321ff.; „*An Act for preventing Dangers which may happen from Popish Recusants*“ (1672), in: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 782–785; „*An Act for the more effectually preserving the Kings Person and Government by disabling Papists from sitting in either House of Parlyament*“, in: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 894ff.; zu „*Godden vs Hales*“, vgl.: COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 256ff.

<sup>159</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

Versammlung, bestehend aus Lords, Vertretern der Londoner Stadtverwaltung und einiger ehemalige Unterhausmitglieder, Wilhelm von Oranien dazu aufrief, Einberufungsschreiben für ein neues Parlament auszustellen, obwohl er noch nicht neuer König war. Das aus den Wahlen hervorgegangene zweite „*Convention Parliament*“ (1689) versammelte sich zu zwei Sitzungen. Schon der Blick auf die 210-tägige Dauer der ersten Sitzung (22.01.1689 bis zum Adjournement am 20.08.1689 auf den 20.09.1689 und einem zweiten Adjournement am 20.09.1689 auf den 19.10.1689 mit Prorogation am 21.10.1689 auf den 23.10.1689) zeigt die Bedeutung dieses Parlaments. Bereits die erste Sitzung dauerte länger als alle Parlamentssitzungen seit 1660. Rechnet man die 96-tägige zweite Sitzung (23.10.1689 bis zur Prorogation am 27.01.1690 auf den 02.04.1690 mit anschließender Proklamation zur Auflösung während des Rezess am 06.02.1690 zur Versammlung des neuen Parlaments am 20.03.1690) hinzu, so ergibt sich ein Parlament von 380 Tagen Dauer. Gleich zu Beginn der ersten Sitzung schloß das neue Parlament Jakob II. und seine Erben von der Thronfolge aus (29.01.1689), und verlangte von Wilhelm III. und Maria die Bestätigung der Rechte und Freiheiten Englands und des Parlaments. Die beiden Häuser des Parlaments einigten sich in der ersten Parlamentssitzung auf die „*Declaration of Rights*“ (12.02.1689) als Vorstufe der „*Bill of Rights*“ („*An Act declaring the Rights and Liberties of the Subject and Settling the Succession of the Crowne*“), die aber erst in der zweiten Sitzung verabschiedet wurde (16.12.1689). Die „*Bill of Rights*“ schuf kein neues Recht, verschaffte den alten Rechten („*ancient rights*“) aber erhöhte Geltung, erweiterte den in den „*Test Acts*“ normierten Ausschluß von Katholiken von Staatsämtern auf den englischen Thron, erhob dieses Prinzip damit zum Verfassungsgrundsatz. Die „*Bill of Rights*“ enthielt schließlich wichtige Absichtserklärungen, auch hinsichtlich des Parlaments: Parlamentswahlen und Debatten sollten frei und Parlamente regelmäßig sein („*parliaments ought to be held frequently*“). Früher diskutierte Sicherungsmaßnahmen, beispielsweise zur Verhinderung überlanger Parlamente wie des Kavalierparlaments, wurden nicht in die „*Bill of Rights*“ aufgenommen. Das Parlament erklärte sich darüber hinaus nicht selbst zur obersten Autorität im Land, sondern rekurrierte auf das altbewährte Prinzip des „*King-in-Parliament*“, der Trinität von „*King, Lords and Commons*“. Grundlage der „*Bill of Rights*“ wurde allerdings der in der ersten Sitzung verabschiedete „*Act for removing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parlyament*“ (23.02.1689). Das „*Convention Parliament*“ begegnete mit diesem Gesetz dem Vorwurf mangels königlicher Einberufungsschreiben gar kein echtes Parlament zu sein und erklärte sich darin zum regulären Parlament mit legislativer Souveränität<sup>160</sup>.

---

<sup>160</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The Convention Parliament 22 Jan. 1689 - 6 Feb. 1690*, 2013,

### 3. Tagungsmuster der Parlamente (1660-88)

Bei der Betrachtung der Parlamente zwischen Restauration (1660) und Revolution (1689) ergibt sich folgendes Tagungsmuster (Dauer der jährlichen Sitzungsperiode) für die Parlamente Karls II. (1660-85) für 1660 (196 Tage), 1661 (124 Tage), 1662 (138 Tage), 1663 (159 Tage), 1664 (76 Tage), 1665 (20 Tage), 1666 (104 Tage), 1667 (75 Tage), 1668 (93 Tage), 1669 (37 Tage), 1670 (124 Tage), 1671 (111 Tage), 1672 (tagungslos), 1673 (51 Tage), 1674 (37 Tage), 1675 (72 Tage), 1676 (tagungslos), 1677 (119 Tage), 1678 (105 Tage), 1679 82 (Tage), 1680 (71 Tage), 1681 (16 Tage) und 1682-84 (tagungslos). Es ist auffällig, daß während der Herrschaft Karls II. das Parlament fünf Jahre überhaupt nicht tagte (1672, 1676, 1682, 1683 und 1684), zwei Jahre unter einem Monat (1665 und 1681), weitere zwei Jahre knapp einen Monat (1669 und 1674) und einmal nur anderthalb Monate (1673) versammelt war. Überspitzt könnte man feststellen, daß das Parlament in 10 von 24 Herrschaftsjahren an der Herrschaft quasi unbeteiligt blieb. Dieser Befund dehnt sich noch aus, wenn man die Herrschaft Jakobs II. betrachtet. Für das einzige Parlament Jakobs II. von 1685 ergibt sich eine Tagungsdauer von nur 55 Tagen, faktisch also ein parlamentsloses Jahr, gefolgt von weiteren drei Jahren ohne Parlament (1686, 1687, 1688). Für den Zeitraum von 1660-88 ergibt sich daraus, daß in 28 Herrschaftsjahren 8 Jahre völlig ohne Parlament und weitere sechs Jahre nahezu parlamentslos verliefen, das Parlament also nur in 14 von 28 Herrschaftsjahren an der Herrschaft effektiv beteiligt wurde, obwohl England zuvor einen langwierigen und blutigen Bürgerkrieg durchlitten hatte, der sich wesentlich an der parlamentslosen Herrschaft Karls I. („*Eleven Years Tyranny*“, 1629-40) entzündet hatte. Es fällt auch auf, daß das eingangs als kürzeres Parlament bezeichnete „*Convention Parliament*“ (1660) mit 196

---

<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1689>, 26.11.2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 199–373; *The House of Commons* (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), Covers the period of the Glorious Revolution and the accession of William and Mary, 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol10>, 26.11.2014, S. 7–345; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 101–429; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 26–540; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 2–551 (26.12.1688 bis 22.01.1690); Die Debatte über die rechtmäßige Einberufung und die Echtheit des „*Convention Parliament*“ sind Gegenstand des Kapitels D; zum „*Act for removeing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parlyament*“, vgl.: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 23f.; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 415f.; zur „*Bill of Rights*“, vgl.: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 142–145; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 440–443; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 78–83; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 4, 250-255; JONES, *The Revolution of 1688 in England*, 1972, S. 128-175, 311-338; OGG spricht von der „*omnipotent and indivisible trinity of King, Lords, and Commons*“, vgl.: OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 223, 486f.; PLUMB, *The Growth of Political Stability in England 1675-1725*, 1967, S. 66, 84; KEMP, *King and Commons 1660-1832*, 1984, S. 25–31; ASCH, Ronald G., Jakob II., in: Peter WENDE (HRSG.), *Englische Könige und Königinnen, Von Heinrich VII. bis Elisabeth II.*, München, 2008 (1998), S. 144–156

Sitzungstagen noch vor der längsten Sitzung des Kavalierparlaments liegt und weit vor allen anderen Parlamenten vor der Revolution, erst wieder übertroffen vom zweiten „*Convention Parliament*“ (1689)<sup>161</sup>.

### III. Konsolidierung (1690-1722)

#### 1. Die Parlamente Wilhelms III. (1690-1702)

Mit Wilhelm III. und seiner Gemahlin Maria befand sich England, wie schon zur Zeit Maria Tudors und Philipps I., bis zum vorzeitigen Tod der Königin (28.12.1694) in einer Co-Regis Situation eines Doppelkönigtums. Wilhelm III. geriet in den Ruf, wie Karl II. zuvor, ein „*Standing Parliament*“ zu errichten. Personell lassen sich die Parallelen zu Karl II. kaum übersehen. Wichtiger Organisator des „*Parliamentary management*“ und Hauptzielscheibe der Oppositionskritik war Thomas Osborne, Earl of Danby, später von Wilhelm zum Marquess of Carmarthen und Duke of Leeds erhoben. Wilhelm III. berief den nach seinem Sturz (1679) jahrelang inhaftierten Earl in den „*Privy Council*“ und betraute ihn erneut mit dem Parlamentsmanagement. Die Parallele zur Herrschaftspraxis Karls II. drängte sich der Opposition geradezu auf und entzündete die Gemüter entsprechend. Die abfällige Bezeichnung der Parlamente Wilhelms III. als „*Officers' Parliaments*“ bezog sich auf die Regierungspraxis zur Bestechung und Ämterpatronage mit dem Ziel der Schaffung einer Regierungsmehrheit im Parlament<sup>162</sup>.

„*William's 1st Parliament*“ (1690-95): Die Proklamation zur Auflösung des „*Convention Parliament*“ während des letzten Rezess (06.02.1690) legte zugleich den ersten Versammlungstag des nächsten Parlaments fest (20.03.1690). Der Wahlkampf zum neuen Parlament wurde erbittert geführt, zahlreiche Kandidaten als Jakobiten und Republikaner diffamiert. Beinahe die Hälfte (38 %) aller Wahlkreise (103 von 269) waren heftig umkämpft. Im Ergebnis verbesserten sich die Tories (243) gegenüber den Whigs (241), während 28 Abgeordnete ohne definitive Zugehörigkeit zu einer der beiden Gruppen blieben. Die Regierung Wilhelms III. spiegelte die gemischte Zusammensetzung des neuen Parlaments. Allerdings machte der König den ehemaligen Earl of Danby und inzwischen zum Marquess of Carmarthen aufgestiegenen Thomas Osborne zum führenden Minister. Eine neue „*Country*“-Opposition aus Whigs und Tories machte sich ab der zweiten Sitzung bemerkbar, vereint in ihrer Kritik an der Kriegsführung und den -kosten. Das erste von Wilhelm III. durch königliche Einberufungsschreiben versammelte Parlament traf sich zu

---

<sup>161</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

<sup>162</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 24, 256f., 266-268; Zur Entscheidung für das Doppelkönigtum Wilhelms von Oranien und Marias und zur Problematik einer erneuten Anwendung der Formel von den „*Zwei Körpern des Königs*“, vgl.: JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 252f.; KAMPMANN, *Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?*, 2004, S. 646–662, hier S. 655–660

insgesamt sechs regelmäßig stattfindenden, durch Prorogationen vertagten Sitzungen: 1. Sitzung vom 20.03.1690 bis 23.05.1690 (64 Tage danach Prorogationen am 07.07., 28.07., 18.08., 08.09. und 12.09.1690 mit 130 Tagen Rezens), 2. Sitzung vom 02.10.1690 bis 05.01.1691 (95 Tage danach Prorogationen am 28.04., 31.03., 26.05., 30.06., 03.08. und 05.10.1691 mit 288 Tagen Rezens), 3. Sitzung vom 22.10.1691 bis 24.02.1692 (125 Tage danach Prorogationen am 12.04., 14.05., 14.06., 11.07., 22.08. und 26.09.1692 mit 252 Tagen Rezens), 4. Sitzung vom 04.11.1692 bis 14.03.1693 (130 Tage danach Prorogationen am 02.05., 19.09., 03.10. und 26.10.1693 mit 236 Tagen Rezens), 5. Sitzung vom 07.11.1693 bis 25.04.1694 (169 Tage danach Prorogationen am 18.09., 25.10. und 06.11.1694 mit 199 Tagen Rezens), 6. Sitzung vom 12.11.1694 bis 03.05.1695 (172 Tage danach Prorogationen am 18.06., 30.07., 17.09. und 08.10.1695 mit Auflösung durch Proklamation während des Rezens am 11.10.1695 mit 201 Tagen Rezens bis zur Versammlung des neuen Parlaments am 22.11.1695). Daraus ist ersichtlich, daß die Sitzungsdauer zwar kontinuierlich zunahm (64, 95, 125, 130, 169 und 172 Tage), sich die Rezenze aber nach einem ersten Anstieg auf über 200 Tagen einpendelten, wenn auch mit absteigender Tendenz (130, 288, 252, 236, 199, 201 Tagen). Während der langen Rezenze war Wilhelm III. nicht in England zugegen, sondern im Krieg auf dem Kontinent engagiert. Das Parlament dauerte insgesamt von der ersten Versammlung bis zur Auflösung (20.03.1690 bis 11.10.1695) über fünfeinhalb Jahre (290 Wochen) bzw. von der ersten Versammlung bis zur letzten Sitzung (20.03.1690 bis 03.05.1695) fünf Jahre (267 Wochen)<sup>163</sup>.

---

<sup>163</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of William and Mary, from Dec. 1694 the 1st Parliament of William III, 6 Feb. 1690-11 Oct. 1695, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1690>, 26.11.2014; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 373–474; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 430–702; The House of Lords (Hrsg.), The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), The official minute book of the House of Lords covering the middle period of the reign of William III and Mary II, and the war with France, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol15>, 26.11.2014, S. 3–596; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 347–850; The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), Covers the period of the death of Queen Mary, extended warfare with France, and the founding of the Bank of England, 1803, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol11>, 26.11.2014, S. 1–333; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 541–957; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 1–387 (20.03.1690 bis 24.04.1694), Grey's Aufzeichnungen brechen vor der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (22.12.1694) inmitten der sechsten Sitzung ab und enden damit; Zur Zählweise der Parlamente Wilhelms III.: Da das „*Convention Parliament*“ durch Wilhelm von Oranien einberufen wurde, als er noch nicht König war, es also ohne königliche „*writs of summons*“ einberufen worden war, wird es hier nicht als sein erstes Parlament gezählt, sondern als eine Versammlung bzw. ein Parlament sui generis. „*History of Parliament Trust*“ sah das „*Convention Parliament*“ dagegen als erstes Parlament von Wilhelm und Maria, das folgende Parlament bis zum Tod der Königin (Dezember 1694) als zweites Parlament von Wilhelm und Maria. Chandler zählte das „*Convention Parliament*“ als erstes Parlament Wilhelms III.

Das erste Parlament Wilhelms III. bekam durch die Verabschiedung des „*Triennial Act*“ („*Act for the frequent Meeting and calling of Parliaments*“, 1694) entscheidende Bedeutung. Bis zur dritten Sitzung war der politische Einfluss der Opposition, der unter Shaftesbury nicht ausgereicht hatte, um sich gegen die Patronage- und Bestechungspolitik Karls II. durchzusetzen, so stark geworden, daß sie sich mit ihrer Forderung einer Parlamentsreform durchzusetzen vermochten. Eine Gruppe von „*Junto-Whigs*“, zu denen Edward Russell, Thomas Wharton, John Somers und Charles Montagu gehörten, verband sich mit der neuen „*Country*“-Opposition und bedrängte den König zur Verabschiedung des „*Triennial Act*“. Wilhelm III. musste widerwillig in der sechsten Sitzung nachgeben, nachdem er zuvor in der vierten Sitzung sein Veto gegen die „*Triennial Bill*“ eingelegt hatte. Dem „*Parliamentary Management*“ der Krone gelang es, in der fünften Sitzung eine Mehrheit gegen die Annahme der „*Triennial Bill*“ im Unterhaus zu erlangen. Der in der sechsten Sitzung doch noch verabschiedete „*Triennial Act*“ (1694) bestimmte, daß ein Parlament spätestens drei Jahren nach seinem Zusammentritt wieder aufzulösen war. Dem König war es jedoch immer noch erlaubt, das Parlament vor Ablauf der drei Jahre wieder aufzulösen, wovon Wilhelm III. in der Folgezeit mehrfachen Gebrauch machte (1698-1702). Entscheidend aber war, daß es für den König keine Verpflichtung gab, nach der Auflösung Neuwahlen alsbald auszuschreiben. Er konnte sich damit bis zu drei Jahre Zeit lassen<sup>164</sup>.

---

<sup>164</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of William and Mary, from Dec. 1694 the 1st Parliament of William, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Parliaments 1690-1715, The rage of party, 2014; zur vierten Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 408–415; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 102–290; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 696–850; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 707–771; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 241–310; zur fünften Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 415–445; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 295–426; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 1–170; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 772–858; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 311–387 (Ende von Greys Aufzeichnungen zum 25.04.1694); zur sechsten Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 445–474; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 430–589; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 171–333; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 859–957; Der „*Triennial Act*“ (1694) ist Gegenstand des Kapitel E, vgl.: RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 570; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 79f.; KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, S. 660f.: „*Dieses Gesetz [Triennial Act] markiert einen Einschnitt in der Verfassungsgeschichte Englands von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil damit erstmals ein unbegrenzt fortbestehendes ‚Standing Parliament‘ ausdrücklich verboten wurde*“; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 33, 38, 87, 267f.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 488–492; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 305, 335f.; KLUXEN, Geschichte und



**“William’s 2nd Parliament” (1695-98):** Während des „*Nine Years’ War*“ (1688-97), der mit dem Frieden von Rijswijk (1697) endete, regierte Wilhelm III. mit nur zwei Parlamenten (1690-95 und 1695-98). Der König war in dieser Zeit kaum in England und das Parlament tagte nicht während seiner Abwesenheit. Die Regierung bemühte sich während der Sitzungen hauptsächlich darum, die Gelder für den Krieg sicherzustellen, während die neu formierte „*Country*“-Opposition den Krieg weiter kritisierte und Maßnahmen zur Sicherung der Verfassung durchzusetzen bestrebt war. Bei dem zweiten Parlament Wilhelms III. zeigte der in der sechsten Sitzung des letzten Parlaments verabschiedete „*Triennial Act*“ erstmals seine Wirkung. Der Wahlkampf zu diesem Parlament war weniger umkämpft als im Jahr 1690 (31% aller Wahlkreise, d.h. 85 von 269 waren zwischen Whigs und Tories umstritten). Das Unterhaus bestand nunmehr aus 257 Whigs, 203 Tories und 53 Abgeordneten, die sich keinem der beiden Lager eindeutig zuordnen ließen. Die äußerst knappe Mehrheit der Tories im letzten Parlament hatte sich in einen deutlichen Vorsprung der Whigs gegenüber den Tories verkehrt. Die Regierung konnte mit diesem Ergebnis eine knappe Mehrheit für die Politik der Krone herstellen. Allerdings mußte die Regierung mit der Unsicherheit leben, daß eine große Anzahl Abgeordneter (174) überhaupt zum ersten Mal einen Parlamentssitz einnahm. Ein Umstand, der nicht weiter ins Gewicht fiel, da das Parlament wesentlich von der Entdeckung einer Jakobitischen Verschwörung zur Ermordung Wilhelms III. während der ersten Sitzung (24.02.1696) dominiert wurde. In Reaktion auf das geplante Attentat verabschiedete das Parlament zwei Gesetze (10.04.1696). Der *“Act for the better Security of His Majesty’s Royal Person and Government”* hatte eine Spaltung der Tories zur Folge, weil sich herausstellte, daß von 453 Abgeordneten 83 Tories nicht dazu bereit waren, die Legitimität Wilhelms III. gemäß dem Gesetz zum Schutz des Königs zu beschwören, was der Whig-Junto Anhänger zutrieb. Das zweite Gesetz, der *“Act for the continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”*, war von besonderer Bedeutung für die Tagungsweise des Parlaments, weil es eine explizite gesetzliche Autorisierungen zur Einberufung des Parlaments ohne königliche *“writs of summons”* gab, um die protestantische Thronfolge zu sichern. Das zweite Parlament Wilhelms III. versammelte sich nicht wie das letzte Parlament zu sechs, sondern nur noch zu drei Sitzungen: 1. Sitzung vom 22.11.1695 bis 27.04.1696 (157 Tage danach Prorogationen am 16.06., 28.07. und 01.09.1696 mit 174 Tagen Rezess), 2. Sitzung vom 20.10.1696 bis 16.04.1697 (178 Tage danach Prorogationen am 13.05., 17.06., 22.07., 26.08., 30.09., 21.10. und 23.11.1697 mit 229 Tagen Rezess), 3. Sitzung vom 03.12.1697 bis 05.07.1698 (214 Tage danach

---

Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 80; zwischen 1660 und 1696 wurden insgesamt nur elfmal königliche Vetos gegen Gesetzesvorhaben eingelegt; vgl. zum eingelegten Veto gegen die „*Triennial Bill*“ (1693): EAGLES, Robin, *The House of Lords 1660-1707*, 2009, S. 58

Auflösung am 07.07.1698 durch Proklamation zur Versammlung des neuen Parlaments am 24.08.1698 mit 153 Tagen Rezess durch Prorogationen am 24.08., 27.09., 27.10. und 29.11.1698 zur ersten Versammlung des dritten Parlaments Wilhelms III. am 06.12.1698). Auch in diesem Parlament ist eine Zunahme der Sitzungsdauer zu verzeichnen (157, 178 und 214 Tage), allerdings dauerten auch die Rezesse wiederum sehr lange (174, 229 und 153 Tage). Das zweite Parlament Wilhelms III. dauerte von der ersten Versammlung bis zur Auflösung zwei Tage nach der letzten Versammlung (22.11.1695 bis 07.07.1698) zweieinhalb Jahre (136 Wochen). Tagungsweise und –dauer der ersten zwei Parlamente Wilhelms III. waren von den Frühjahr- und Sommerfeldzügen des Königs geprägt, so daß die Sitzungen regelmäßig im Herbst und Winter abgehalten worden sind<sup>165</sup>.

„*William's 3rd Parliament*“ (1698-1700): Nach dem Kriegsende mit dem Frieden von Rijswijk (1697) wich die Dauer und relative Regelmäßigkeit der ersten beiden Parlamente Wilhelms III. der raschen Abfolge von vier Parlamentswahlen in den folgenden vier Jahren (1698, 1700, 1701 und 1702). Die allmähliche aber fortdauernde Schwächung der „*Whig-Junto*“ nach dem Friedensschluß und der Aufstieg der neuen „*Country*“-Partei führte letztlich zu einem Erstarren der alten politischen Lager von „*Whigs*“ und „*Tories*“. Bei der Wahl zum dritten Parlament Wilhelms III. (Juli und August 1698) waren von den 269 Wahlkreisen 103 Wahlkreise zwischen „*Court*“ und „*Country*“ Gruppierungen umstritten. Die „*Standing Army*“ wurde zum Hauptstreitpunkt des Wahlkampfs. Im Vergleich zur letzten Wahl verloren die Whigs einige Sitze (246 zu 257), gewannen die Tories leicht hinzu (208 zu 203) und vermehrte sich die Anzahl der Abgeordneten,

---

<sup>165</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of William III, 22 Nov. 1695 - 7 July 1698, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1695>, 26.11.2014; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 1–25; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 597–747; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 334–565; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 958–994; Der „*Act for the continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors*“ (1696) ist Gegenstand des Kapitel E.III.3., vgl.: RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 603f.; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 84f.; zur zweiten Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 25–73; The House of Lords (Hrsg.), The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), Covers a period of intense European diplomacy including the Partition treaties concerning Spanish territory, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol16>, 26.11.2014, S. 3–163; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 566–790; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 995–1164; zur dritten Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 74–91; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 174–344; The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 12 (1697-99), Covers part of the reign of William III, and the first Partition Treaty with France (1698), 1803, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol12>, 26.11.2014, S. 1–343; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1165–1183; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 274f., 302

die sich nicht klar zuordnen ließen (59 zu 53). Unter den Abgeordneten gab es auch diesmal viele ohne vorherige parlamentarische Erfahrung (156 von 545, d.h. 29 %). Im Gegensatz zum letzten Parlament versammelte sich dieses aber zu lediglich zwei Sitzungen: 1. Sitzung vom 06.12.1698 bis 04.05.1699 (149 Tage danach Prorogationen am 01.06., 13.07., 24.08., 28.09., 24.10.1699 mit 194 Tagen Rezess), 2. Sitzung vom 16.11.1699 bis 11.04.1700 (146 Tage danach Prorogationen am 23.05., 01.08., 12.09., 24.10. und 21.11.1700 sowie der Auflösung durch königliche Proklamation während des 299-tägigen Rezess am 19.12.1700 zur Versammlung des nächsten Parlaments im neuen Jahr am 06.02.1701). Das dritte Parlament dauerte von der ersten bis zur letzten Versammlung (06.12.1698 bis 11.04.1698) kaum anderthalb Jahre (70 Wochen) bzw. etwas über zwei Jahre (106 Wochen) von der ersten Versammlung bis zur Auflösung (06.12.1698 bis 19.12.1700). Die erste Parlamentssitzung stand noch ganz im Schatten des Friedensschlusses von Rijswijk (1697). Die „Country“-Opposition profitierte in der „Standing Army“-Kontroverse von der Verärgerung über die extrem hohe Besteuerung, welche die „Junto-Whigs“ während der Kriegsjahre zur Finanzierung des Krieges durchgesetzt hatten. In der ersten Sitzung gelang es dem Oppositionsführer Robert Harley zur Verbitterung des Königs, die Parlamentsabstimmung (18.01.1699) zur Halbierung der Truppen auf 7000 Mann zu gewinnen (221 zu 158 Stimmen). Die daran anschließende Kritik am Missmanagement und der Korruption der Marine weitete sich zur Kritik an der Begünstigung königlicher Favoriten und führte zur Vertagung (04.05.1699). Harley setzte seine Angriffe auf die Regierung während des Rezess erfolgreich weiter fort. Es gelang ihm die „Junto“-Minister Orford (Admiralität) und Montagu (Finanzen) zum Rücktritt zu veranlassen. Die übrigen „Junto“-Mitglieder konnte Wilhelm III. nur mit Mühe in der Regierung halten, verlor aber mit Lord Portland seinen wichtigsten Vertrauten. Während der zweiten Sitzung verschärfte Harley seine Angriffe weiter und griff Lordkanzler Somers direkt an (06.12.1699), der aber erst während des Rezess vom König entlassen wurde (April 1700). Harley hatte sein Ziel erreicht, denn Wilhelm III. wandte sich bei der Bildung der neuen Regierung den Tories zu, allerdings zunächst noch ohne Harley. Der Tod des Duke of Gloucester, des einzigen Sohnes und Erben von Prinzessin Anne, während des Rezess (Juli 1700) erzwang eine Neuregelung der Thronfolge für den Fall ihres Ablebens. Die Verabschiedung des „Act of Settlement“ (12.06.1701) sollte zur wichtigsten Aufgabe des nächsten Parlaments werden<sup>166</sup>.

---

<sup>166</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 3rd Parliament of William III.*, 13 July 1698 - 19 Dec. 1700, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1698>, 26.11.2014; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 91–106; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 350–468; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 12 (1697-99), 1803, S. 347–688; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1184–1199;

„*William's 4th Parliament*“ (1701): Die Wahl zum neuen Parlament (Januar 1701) wurde von der Notwendigkeit zur Regelung der protestantischen Thronfolge nach dem Tod des Duke of Gloucester bestimmt. Die Tories wurden zur stärksten Kraft im Parlament (249) mit deutlichem Abstand vor den Whigs (219), aber ohne den Erdrutschsieg zu erringen, den man vor der Wahl erwartet hatte. Auch diesmal gab es Abgeordnete, die sich keiner Gruppierung zuordnen ließen, allerdings verringerte sich ihre Anzahl (45). Das vierte Parlament Wilhelms III. versammelte sich nur zu einer einzigen Sitzung (06.02.1701 bis 24.06.1701) mit 138 Tagen (19 Wochen) Sitzungsdauer. Das Parlament wurde anschließend mehrmals vertagt (Prorogationen am 24.06., 07.08., 18.09., 30.10. und 06.11.1701 mit 188 Tagen Rezess) und aufgelöst (11.11.1701) zur Versammlung des nächsten Parlaments (30.12.1701). Von der ersten Versammlung bis zur Auflösung dauerte das Parlament 39 Wochen. Harley wurde zu Sitzungsbeginn in Abstimmung mit Wilhelm III. von der neuen Unterhausmehrheit zum Sprecher des Hauses gewählt. Die Beratungen zum „*Act of Settlement*“ („*An Act for the further Security of His Majesties Person and the Succession of the Crown in the Protestant Line and for extinguishing the Hopes of the pretended Prince of Wales and all other Pretenders and their open and secret Abettors*“) zogen sich bis zur Verabschiedung des Gesetzes (12.07.1701) monatelang hin (März bis Juni) und verliefen wegen zunehmender Auseinandersetzungen wie den Impeachments gegen Portland (28.03.1701), Orford Somers und Halifax (14.04.1701) spannungsgeladen. Der „*Act of Settlement*“ regelte nicht nur die protestantische Thronfolge des Hauses Hannover, sondern normierte wichtige Prinzipien der „*Country*“-Partei. Regelungen zur Sicherung der Freiheiten, welche die „*Bill of Rights*“ ungeregelt gelassen hatte, sollten mit dem „*Act of Settlement*“ nachgeholt werden. Das von der „*Country*“-Partei seit langem vorgebrachte Verlangen nach Ausschluß bezahlter Amtsträger („*placemen*“) vom Parlament fand eine erste gesetzliche Normierung, später ergänzt vom „*Regency Act*“ (1706). Der „*Act of Settlement*“ unterband auch die Regierungspraxis des kleineren inoffiziellen „*Cabinet Council*“ am „*Privy Council*“ vorbei und etablierte das Prinzip der Ministerverantwortung, indem es für Maßnahmen und Beschlüsse deren Unterschrift verlangte. Diese Regelung erleichterte Impeachments, die im Übrigen nicht mehr durch königliche Begnadigung außer Kraft gesetzt

---

JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 274f., 302f.: „*The end of the war in 1697 broke up this set pattern, and there then followed one of the most confused periods in English political history*“; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 106–127; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 476–580; The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 13 (1699-1702), From November the 16th, 1699, in the Eleventh Year of the Reign of King William the Third, to May the 25th, 1702, in the First Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 26.10.2016, S. 1–322; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1199–1225; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 308ff., 312f., 319f.

werden konnten, wie im Falle von Danby (1679), und veranlaßte die Minister zu größerer Vorsicht. Der „*Act of Settlement*“ wurde geschaffen, um die Auswüchse von Wilhelms Regierungspraxis in Zukunft zu vermeiden: Die lange Abwesenheit des Königs von England, Kriegsführung zugunsten seiner ausländischen Territorien und die Bevorzugung seiner ausländischen Favoriten beispielsweise. Zur vollen Wirksamkeit gelangten die Regelungen des „*Act of Settlement*“ nach Annes Tod (1714) als mit den Hannoveranern erneut Ausländer den Thron bestiegen. Der „*Act of Settlement*“ enthielt allerdings keine Regelung zur Tagungsweise bzw. -dauer des Parlaments. Aber auch dies holte der „*Regency Act*“ später als Ergänzung zum „*Act of Settlement*“ nach. Der „*Act of Union*“ (1707) wiederum stellte sicher, daß der „*Act of Settlement*“ auch für Schottland Geltung bekam. Während des Rezess versuchten die Whigs, die sich zusammen mit Wilhelm III. für einen erneuten Krieg gegen Ludwig XIV. aussprachen, den König von der Parlamentsauflösung zu überzeugen, versprachen sie sich doch von Neuwahlen eine Stärkung ihrer Position im Parlament. Wilhelm III. verweigerte zwar eine Umstrukturierung der Regierung vor den Wahlen, stimmte der Auflösung aber zu<sup>167</sup>.

**„*William's 5th Parliament*“ (1701/02):** Angesichts des herannahenden neuen Krieges mit Ludwig XIV. und der öffentlichen Stimmung für einen Krieg löste Wilhelm III. sein viertes Parlament auf, um die alte Parlamentsmehrheit der „*Whig-Junto*“ in Neuwahlen (November 1701) wiederherzustellen. Trotz der massiven Kriegspropaganda der Whigs und der Diffamierung ihrer Gegner gelang es ihnen nicht, eine größere Mehrheit zu erringen. Gegenüber der letzten Wahl gewannen die Whigs 29 Sitze hinzu (248), während die Tories neun Sitze verloren (240). Die keiner Partei Zugehörigen verminderten sich fast um die Hälfte (24). Von 515 Abgeordneten waren 82 erstmals im Parlament vertreten. Bei der Wahl des Unterhaussprechers siegte Robert Harley nur knapp mit drei Stimmen Vorsprung vor Sir Thomas Littleton, dem Kandidaten der Krone. Das neue Kriegskabinett wurde nach der Wahl rasch gebildet (Winter 1701/02), allerdings ohne daß sich das Szenario einer Kriegsregierung der „*Whig-Junto*“ wiederholte, weil Wilhelm unbedeutenderen Whigs den Vorzug gab, besonders aber wegen des unerwarteten Todes des Königs (08.03.1702). Das fünfte Parlament Wilhelms III. versammelte sich wie das vierte Parlament zuvor zu einer

---

<sup>167</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 4th Parliament of William III., 26 Dec. 1700 - 11 Nov. 1701, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1701-0>, 26.11.2014; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 127–183; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 590–770; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 13 (1699-1702), 1803, S. 324–641; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1226–1323; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 308, 310ff.; zum „*Act of Settlement*“, vgl.: RAITHEY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 747–750; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume IV., 1763, S. 83-86, 88; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 92–96

einzigsten Sitzung (30.12.1701 bis 25.05.1702 mit 146-tägiger Sitzungsperiode). Das Parlament wurde, von Wilhelms Ableben überschattet, alsbald vertagt (Prorogation am 28.05.1702 auf den 07.07.1702) und während des Rezess (146 Tage vom 25.05.1702 bis zum Beginn der ersten Sitzung des neuen Parlaments am 20.10.1702) vor der ursprünglich anberaumten Wiederversammlung (07.07.1702) aufgelöst (02.07.1702). Das Parlament dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung 20 Wochen bzw. bis zur Auflösung 26 Wochen. Der „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696), geschaffen für den Fall eines plötzlichen Todes Wilhelms III., erzwang Neuwahlen. Die neue Königin Anna stand für außenpolitische Kontinuität. Sie übernahm Wilhelms Politik und führte das Land in den Spanischen Erbfolgekrieg, indem es dem noch versammelten Parlament die Kriegserklärung Englands an Frankreich und Spanien verkündete (02.05.1702)<sup>168</sup>.

**Tagungsmuster der Parlamente (1690-1702):** Die fünf Parlamente Wilhelms III. lassen eine stetig absteigende faktische Dauer von der ersten bis zur letzten Versammlung erkennen (fünf, zweieinhalb und anderthalb Jahre sowie 19 und 20 Wochen). Nach der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ (1694) dauerte kein Parlament länger als drei Jahre, sogar ganz im Gegenteil. Das erste Parlament hatte noch 6 Sitzungen (64, 95, 125, 130, 169 und 172 Tagen) und dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (20.03.1690 bis 03.05.1695) fünf Jahre (1860 Tage bzw. 62 Monate) bzw. über fünfeneinhalb Jahre (2019 Tagen bzw. 67,3 Monate) bis zur Auflösung (11.10.1695). Das zweite Parlament hatte drei Sitzungen (157, 178 und 214 Tagen) und dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (22.11.1695 bis 05.07.1698; Auflösung am 07.07.1698) zweieinhalb Jahre (954 Tage bzw. 32 Monate). Das dritte Parlament hatte zwei Sitzungen (149 und 146 Tagen) und dauerte von der ersten bis zur letzten Versammlung (06.12.1698 bis 11.04.1698) kaum anderthalb Jahre (489 Tage bzw. 16 Monate) bzw. etwas über zwei Jahre (788 Tage bzw. 26 Monaten) von der ersten Versammlung bis zur Auflösung (06.12.1698 bis 19.12.1700). Das vierte und fünfte Parlament hatte nur je eine Sitzung (138 und 146 Tagen). Das vierte Parlament dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (06.02.1701 bis 24.06.1701) 138 Tage oder 5 Monate bzw. 631 Tage oder 21 Monate bis zur Auflösung (11.11.1701). Das fünfte und letzte Parlament Wilhelms III. währte von der ersten bis zur letzten Sitzung (30.12.1701 bis 25.05.1702) 146 Tage oder fast 5 Monate bzw. 184 Tage

---

<sup>168</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 5th Parliament of William III.*, 3 Nov. 1701 - 2 July 1702, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1701>, 26.11.2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 183–203; The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 17 (1701-05), Covers the period of the accession of Queen Anne and the War of the Spanish Succession with France, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol17>, 26.11.2014, S. 3–150; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 13 (1699-1702), 1803, S. 645–908; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1324–1342; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 302ff.

oder 6 Monate bis zur Auflösung (02.07.1702). Die Abweichungen zwischen faktischer und offizieller Dauer zeigen allerdings nur einen Teil der Rezesse. Die faktische Dauer der Parlamente reduziert sich bei Abrechnung der Rezesse entsprechend, wobei zu bedenken ist, daß die Rezesse meist wesentlich länger waren als die Sitzungen. Alle Parlamentssitzungen fanden im Herbst und Winter statt, sowohl während der Feldzüge Wilhelms III. auf dem Kontinent im “*Nine Years’ War*” (1688-97), als auch danach<sup>169</sup>.

## **2. Die Parlamente Königin Annas (1702-14)**

Königin Annas Herrschaft läßt sich in zwei Perioden unterteilen. Die Godolphin-Marlborough-Administration (1702-10) führte den Krieg gegen Ludwig XIV., verabschiedete den „*Regency Act*“ (1705/06) und schuf die Union von England und Schottland mit dem „*Act of Union*“ (1707), während die Robert Harley-Administration (1710-14) den Spanischen Erbfolgekrieg mit dem Frieden von Utrecht (1713) zu einem erfolgreichen Ende für England brachte. Die Schwächung der „*Whig-Junto*“ nach dem Friedensschluß von Rijswijk (1697) und der Aufstieg der neuen „*Country*“-Partei führte zur Neuerstehung der alten politischen Lager von Whigs und Tories. Die Herrschaft von Queen Anne wurde von den Auseinandersetzungen dieser Lager bestimmt. Die fünf Parlamentswahlkämpfe während Königin Annas Herrschaft (1702, 1705, 1708, 1710 und 1713) waren Lagerkämpfe. Beide Seiten setzten zunehmend auf die Presse. Es tobten Propagandaschlachten in denen zahlreiche Pamphlete veröffentlicht wurden. Besonders entscheidend am Wahlergebnis war aber gar nicht das Gesamtabschneiden der Parteien, sondern das Abschneiden der jeweiligen radikalen Ränder der Parteien. Keine der Parlamentswahlen führte zum direkten Wechsel der Regierung. Eine Veränderung und Anpassung der Politik gab es aber, denn die Administration konnte die geänderten Machtverhältnisse im Parlament nicht einfach ignorieren<sup>170</sup>.

„*Anne’s 1st Parliament*“ (1702-05): Wilhelms letztes Parlament wurde gemäß dem „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty,*

---

<sup>169</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

<sup>170</sup> The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Appendix I: Dates of parliamentary sessions, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/appendix-i-dates-parliamentary-sessions>, 19.10.2016; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Method, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Constituencies and Elections, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Members, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Business of the House, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 316, 319f.

*His Heirs or Successors*“ (1696) über den plötzlichen Tod des Königs hinaus (08.03.1702) einige Wochen lang unter der neuen Königin fortgeführt, allerdings vertagt (Mai 1702) und schließlich durch königliche Proklamation aufgelöst (02.07.1702) zur Versammlung des neuen Parlaments (20.08.1702). Annas persönliche Präferenz lag bei den Tories, denen sie die Führung der Regierungsgeschäfte anvertraute, insbesondere aber bei ihren Freunden und Vertrauten John Churchill, Duke of Marlborough („*Commander of the Army*“), und Sidney Godolphin, 1st Earl of Godolphin („*Lord Treasurer*“), der sich im Kampf um das Schatzamt gegen Annas Onkel Lawrence Hyde, 1st Earl of Rochester, durchzusetzen vermochte, welcher stattdessen Statthalter Irlands blieb, und dem es auch nicht gelungen war, Marlboroughs Aufstieg zu verhindern. Godolphin kam zugute, daß ihn mit Königin Anna ein ausgezeichnetes persönliches Freundschaftsverhältnis verband, genauso wie zur Herzogin von Marlborough. Marlboroughs Aufgabe war es, die jährlichen Sommerfeldzüge auf dem Kontinent zu führen. Im Herbst und Winter oblagen ihm die diplomatischen Verhandlungen mit den Alliierten zur Abstimmung der gemeinsamen Kriegsanstrengungen, während Godolphin das in den Herbst- und Wintermonaten tagende Parlament von der notwendigen Finanzierung des Krieges überzeugte. Die enge Zusammenarbeit Marlboroughs mit Godolphin stellte die effektive Verzahnung von Kriegsstrategie und parlamentarischer Finanzierung sicher. Gleichzeitig arbeitete Godolphin eng mit Robert Harley zusammen. Er selbst vertrat die Krone im Oberhaus, während Harley nach seiner Wahl zum Unterhaussprecher Godolphins rechte Hand im Parlament wurde. Harley darf zu Recht als dritte Führungsfigur angesehen werden, zumal er großen Einfluß auf die Anglikanische Staatskirche hatte und sich in religiösen Fragen mit der Königin einig war. Dies half ihm später zusammen mit seiner parlamentarischen Machtbasis, Godolphin als Ersten Minister der Königin abzulösen. Annas Thronbesteigung führte zu einem beispiellosen Aufschwung der Tories in den Parlamentswahlen, die drei Monate nach der Thronbesteigung stattfanden (Juli 1702), und mit einem erdrutschartigen Sieg der Tories (298 Sitze) über die Whigs (184) ausgingen, obwohl die letzten Wahlen gerade erst acht Monate zurücklagen und beide Parteien damals beinahe gleichauf lagen. Die Tories erhöhten ihren Sieg noch nach Auszählung umstrittener Wahlkreise (304), während die Whigs weitere Sitze verloren (178). Die unbedingte Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Lager trug auch zur Reduzierung der parteilosen Abgeordneten bei (31). Von den insgesamt 556 Unterhausabgeordneten waren 90 Abgeordnete erstmals im Parlament vertreten. Königin Annas erstes Parlament wurde vom Spanischen Erbfolgekriege dominiert, erlebte Marlboroughs Sieg bei Höchstädt bzw. Blenheim (13.08.1704) und dauerte volle drei Jahre (1702-05) mit drei Sitzungen: Die 1. Sitzung mit 130 Tagen bzw. 4 Monaten (Versammlung am 20.08.1702 mit sofortiger Prorogation auf den 08.10.1702 und abermaliger Prorogation zum Sitzungsbeginn am 20.10.1702



bis 27.02.1703), danach Prorogationen mit 253-tägigen Rezess bzw. 8,43 Monaten (22.04., 22.06., 03.08., 14.10. und 04.11.1703), 2. Sitzung mit 146 Tagen bzw. 4,86 Monaten (09.11.1703 bis 03.04.1704), danach Prorogationen mit 202-tägigem Rezess bzw. 6,73 Monaten (04.07. und 19.10.1704), 3. Sitzung mit 141 Tagen bzw. 4,7 Monaten (24.10.1704 bis 14.03.1705), danach Prorogation (14.03.1705 auf den 01.05.1705) und vorzeitige Auflösung durch königliche Proklamation während des Rezess (05.04.1705). Die Rezessdauer bis zur Versammlung des neuen Parlaments (25.10.1705) betrug 224 Tage bzw. 32 Wochen. Alle drei Sitzungen fanden gemäß dem schon bekannten Muster im Herbst/Winter statt und entsprachen auch in ihrer Tagungs- (130, 146 und 141 Tage) und Rezessdauer (253, 202 und 224 Tage) den Parlamenten Wilhelms III.<sup>171</sup>.

**„Anne’s 2nd Parliament“ (1705-08), i.e. „1st Parliament of GB“ (1707-08):** Der Wahlkampf zu Königin Annas zweitem Parlament war unerbittlich, hatte es sich doch während des ersten Parlaments gezeigt, daß sich die Krone in Fragen der Kriegsführung nicht auf die Tories verlassen konnte, die einen beschränkten Seekrieg favorisierten, während die Regierung einen Landkrieg gegen Ludwig XIV. für dringend erforderlich erachtete. Im Wahlkampf propagierten die Tories außerdem eine „*Church in danger*“-Kampagne, der die Regierung mit der Notwendigkeit zur Sicherung der protestantischen Thronfolge und eines Sieges gegen das katholische Frankreich entgegentrat. So waren letztlich in keiner der bisherigen Wahlen so viele Wahlkreise umstritten wie diesmal (110 von 269 Wahlkreisen). Im Ergebnis erlitten die Tories starke Verlust im Vergleich zur letzten Wahl (260 zu 304 Abgeordneten), während die Whigs erhebliche Gewinne verzeichnen konnten (233 zu 178). Parteiunabhängig waren nur noch 20 Abgeordnete, dafür aber waren 151 Abgeordnete ohne parlamentarische Erfahrung erstmals im Parlament vertreten. Die Krone organisierte ihre Mehrheiten im Parlament durch Gewinnung moderater Tories und Whigs unter

---

<sup>171</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 1st Parliament of Anne 2 July 1702 - 5 April 1705*, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1702>, 26.11.2014; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 1–40; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 317f., 321f., 325; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 203–278; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 17 (1701-05)*, 1767, S. 151–322; The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons Vol. 14 (1702-04)*, From October the 20th, 1702, In the First Year of the Reign of Queen Anne, to March the 14th, 1704, In the Fourth Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 03.12.2016, S. 1–209; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 40–145; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 278–392; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 17 (1701-05)*, 1767, S. 331–562; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 14 (1702-04)*, 1803, S. 210–390; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 146–355; zur 3. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 392–442; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 17 (1701-05)*, 1767, S. 567–720; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 14 (1702-04)*, 1803, S. 390–576; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 355–443

Isolierung der Radikalen beider Parteien. Das neu konstituierte Parlament versammelte sich zu insgesamt vier Sitzungen. Das Parlament galt wegen Inkrafttretens des Unionsvertrages zwischen England und Schottland („*Act of Union*“, 1707) mit königlicher Proklamation (29.04.1707) als erstes Parlament Großbritanniens: 1. Sitzung mit 145 Tagen bzw. 4,83 Monaten (25.10.1705 bis 19.03.1706), danach Prorogationen mit 257-tägigen Rezess bzw. 8,56 Monaten (21.05., 17.09., 22.10. und 21.11.1706), 2. Sitzung mit 126 Tagen bzw. 4,2 Monaten (03.12.1706 bis 08.04.1707), danach Prorogation mit fünf Tagen Rezess (08.04.1707 auf den 14.04.1707), 3. Sitzung mit 11 Tagen (14.04.1707 bis 24.04.1707), danach Prorogationen mit 180-tägigen Rezess bzw. 6 Monaten (24.04. und 30.04.1708), 4. Sitzung mit 161 Tagen bzw. 5,36 Monaten (23.10.1707 bis 01.04.1708), danach Prorogationen (01.04. und 13.04.1708) und anschließende Auflösung (15.04.1708) mit 228-tägigen Rezess bzw. 7,6 Monaten bis zur ersten Versammlung des zweiten Parlaments Großbritanniens (16.11.1708). Das Parlament hatte vier Sitzungen (126, 145, 11 und 161 Tage). Die Sitzungen fanden jeweils im Herbst/Winter statt, mit Ausnahme der dritten Sitzung im Frühjahr, die ungewöhnlich kurz war und als Übergang zur ersten Sitzung des ersten Parlaments Großbritanniens diente. Die Rezessdauer bewegte sich auch im üblichen Rahmen (257, 5, 180 und 228 Tage), wenn man von der Unterbrechung zwischen der zweiten und dritten Sitzung absieht. In der ersten Sitzung standen der Unionsvertrag Englands mit Schottland (12.11.1705) und die Frage nach der protestantischen Thronfolge auf der Tagesordnung. Die Thronfolgefrage stellte sich als die Tories sich Königin Anna mit dem Vorschlag zur Einladung der protestantischen Thronprätendentin Sophia von Hannover nach England endgültig entfremdeten (14.11.1706), denn eine zweite Hofhaltung konnte Annas Herrschaft nur mindern. Die Regierung reagierte darauf mit der Gesetzesvorlage der „*Regency Bill*“. Nach dem „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696) bestimmte das Parlament mit dem „*Regency Act*“ („*Act for the better Security of Her Majesty's Person and Government, and of the Succession to the Crown of England in the Protestant Line*“, 1706) zum zweiten Mal darüber, was nach dem Tod des Monarchen mit dem Parlament zu geschehen habe. Das neue Gesetz wurde am Ende der ersten Sitzung verabschiedet (19.03.1706), in Ergänzung des „*Act of Settlement*“ (1701), der keine Regelung zur Tagungsweise bzw. -dauer des Parlaments vorgesehen hatte. Da der „*Act of Settlement*“ und der „*Act of Regency*“ ursprünglich nur für England, nicht aber für Schottland galten, wurde nach der Union der beiden Länder ein zweiter, die Union berücksichtigender „*Act of Regency*“ verabschiedet, besser bekannt unter der Bezeichnung „*Succession to the Crown Act*“ („*Act for the Security of Her Majesties and Government and of the Succession to the Crown of Great Britain in the Protestant Line*“, 1707). Der „*Regency Act*“ traf Regelungen zur Sicherstellung, daß die im „*Act of Settlement*“ geregelte

protestantische Thronfolge ohne politische Aufstände und Verwerfungen geschehen würde. Der „*Regency Act*“ bestimmte, daß das bestehende Parlament oder das zuvor aufgelöste Vorgängerparlament, falls gerade kein Parlament tagen sollte, und der „*Privy Council*“ nach dem Tod der Königin für sechs Monate fortbestehen sollten. Bis zum Eintreffen des neuen Monarchen in England sollte die Regierung in Händen einer Kommission liegen, bestehend aus den Amtsträgern der sieben wichtigsten Staatsämter (Erzbischof von Canterbury, Lordkanzler, Lord Treasurer, Lord President, Lord Privy Seal, Lord High Admiral und Lord Chief Justice of the King’s Bench). Direkt im Anschluß an den Tod der Königin sollte der protestantische Thronfolger zum Monarchen ausgerufen werden. Mit der Verabschiedung des „*Regency Act*“ (19.03.1706) endete die erste Sitzung. Während des Rezess zwischen der ersten und zweiten Sitzung errang Marlborough den Sieg in der Schlacht von Ramillies (Mai 1706) und Godolphin nahm mit Lord Sunderland einen weiteren wichtigen Whig in die Regierung auf (Dezember 1706), wodurch er sich Harleys Mißtrauen und Feindschaft zuzog. In der zweiten Sitzung verabschiedete die Königin den endlich ausgehandelten Unionsvertrag mit Schottland (06.03.1707). Nach der Prorogation erklärte man durch königliche Proklamation (29.04.1707) das bestehenden Parlament zum ersten Parlament Großbritanniens. Die zunehmende Rivalität zwischen Godolphin und Harley veranlaßte Königin Anna während der vierten Sitzung zu Harleys Entlassung als Staatssekretär (Februar 1708), nachdem Godolphin und Marlborough zuvor mit ihrem Rücktritt gedroht hatten. Godolphin hatte ohne Harleys Widerstand freie Hand zur Besetzung freigewordener Positionen mit Whigs, beispielsweise mit Robert Walpole, der zum „*secretary of war*“ gemacht wurde<sup>172</sup>.

---

<sup>172</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 2nd Parliament of Anne, from 29 Apr. 1707 the 1st Parliament of Great Britain*, 2 May 1705 - 15 April 1708, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1705>, 26.11.2014; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 319ff., 326f., 329-333; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 82f.; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 442-479; *The House of Lords* (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09)*, Covers the period of the continuing War of the Spanish Succession and the Act of Union, uniting England and Scotland as Great Britain, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol18>, 26.11.2014, S. 5-165; *The House of Commons* (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons Vol. 15 (1705-08)*, From October the 25th 1705, in the Fourth Year of the Reign of Queen Anne, to April the 1st 1708, in the Seventh Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 26.10.2016, S. 4-199; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 444-542; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 45-68; *THE HOUSE OF LORDS*, *The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09)*, 1767, S. 174-321; *THE HOUSE OF COMMONS*, *The Journal of the House of Commons Vol. 15 (1705-08)*, 1803, S. 200-385; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 543-579; zur 3. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 68-70; *THE HOUSE OF LORDS*, *The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09)*, 1767, S. 322-327; *THE HOUSE OF COMMONS*, *The Journal of the House of Commons Vol. 15 (1705-08)*, 1803, S. 385-390; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 580-588; zur 4. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713),

„2nd Parliament of GB“ (1708-10): Der Wahlkampf zum neuen Parlament war diesmal weniger umkämpft – nur 91 der 269 englischen und walisischen Wahlkreise waren strittig. Die Whigs errangen die meisten Sitze (268), die Tories hatten das Nachsehen (225) und nur wenige parteilose Abgeordnete waren vertreten (20). Die Schotten schickten zum ersten Mal ihre eigenen Abgeordneten (45) in das Parlament nach Westminster, von denen über die Hälfte (28) als regierungstreu anzusehen waren. Von insgesamt 549 Abgeordneten waren 129 erstmals gewählt. Das zweite Parlament Großbritanniens hatte nur zwei Sitzungen: 1. Sitzung mit 156 Tagen bzw. 5,2 Monaten (08.07.1708 prorogiert auf den 16.11.1708 bis 21.04.1709), danach Prorogationen mit 208-tägigen Rezess bzw. 6,93 Monaten (21.04., 19.05., 23.06. und 06.10.1709), 2. Sitzung mit 141 Tagen bzw. 4,7 Monaten (15.11.1709 bis 05.04.1710), danach Prorogationen (05.04., 18.04., 02.05., 16.05., 05.06., 20.06., 04.07., 18.07. und 01.08.1710) und anschließende Auflösung (21.09.1710) mit 232-tägigen Rezess bzw. 7,73 Monaten bis zu ersten Versammlung des neuen Parlaments (25.11.1710). Die Sitzungs- (156 und 141 Tage) wie die Rezessdauer (206 und 232 Tage) entsprach damit dem bekannten Tagungsmuster der Herbst/Winter-Sitzungen. Harleys Entlassung hatte Godolphin in totale Abhängigkeit von den Whigs gebracht. Nach 1708 fanden sich Marlborough und Godolphin mehr und mehr in einer mehrheitlich von Whigs dominierten Administration wieder. Die Whigs Sunderland, Somers, Wharton und Orford saßen im „*Cabinet Council*“ und zogen immer mehr Whigs in die niederen Ränge nach. Auch wichtige Parlamentsausschüsse kamen unter ihre Kontrolle. Dabei konnte auch Marlboroughs Sieg in der Schlacht von Oudenarde (August 1709) nicht mehr über die zunehmende Kriegsmüdigkeit des Landes hinwegtäuschen. Diese spiegelte sich in der Abkehr der Königin von den Marlboroughs, dem Ende ihrer Freundschaft zu Sarah, Herzogin von Marlborough, und ihrer Hinwendung zu Harleys Cousine Abigail Masham. Als die Herzogin von Marlborough zum Ende der zweiten Parlamentssitzung den Hof verließ (06.04.1710), und die Königin den Herzog von Shrewsbury, bekannt als Harleys engen Verbündeten, wenig später zum Lord Chamberlain ernannte, stand das Ende von Godolphin und Marlborough unmittelbar bevor. Mit Godolphins Entlassung als „*Lord Treasurer*“ und Harleys Ernennung zum „*Chancellor of the Exchequer*“ (08.08.1710) endete eine Ära. Nach der Parlamentsauflösung (21.09.1710) und noch vor den neuen Parlamentswahlen stellte Harley seine

---

1742, S. 70–97; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 18 (1705–09), 1767, S. 330–568; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 15 (1705–08), 1803, S. 393–650; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702–1714), 1810, S. 589–743; zum „*Regency Act*“ (1706), vgl.: RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume IV., 1763, S. 196f.; zum „*Succession to the Crown Act*“ (1707), vgl.: RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume IV., 1763, S. 276–281; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 111–116; zum „*Act of Union*“ (1707), vgl.: RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume IV., 1763, S. 223–234; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 98–111

Regierung zusammen. Dabei hatte er das uneingeschränkte Vertrauen der Königin. Sie war davon überzeugt, daß er in der Lage war, Godolphin zu ersetzen. Obwohl Harley das eher nachgeordnete Amt eines „*Chancellor of the Exchequer*“ einnahm, war er Königin Annas Erster Minister. Sie bevorzugte ihn als solchen klar vor höherrangigen Tories wie Rochester und Nottingham. In Harleys Umgang mit den Ministern der letzten Regierung zeigte sich sein Geschick zur politischen Spaltung des Gegners. Während Godolphin entlassen worden war, konnte Marlborough sein Kommando über das Heer behalten, genauso wie einige Whigs auf unbedeutenden Posten belassen wurden, wie beispielsweise Robert Walpole als „*Navy-Treasurer*“. Harley bevorzugte parteiunabhängige, treue Gefolgsleute der Krone und moderate Whigs, um sich nicht zu sehr in Abhängigkeit von den Tories zu bringen, orientierte sich an seiner früheren Politik (1690er Jahre und 1702-08), die moderaten Kräfte beider politischen Lager für sich nutzbar zu machen. Die Tories verlangten dagegen von ihm, daß er die Regierung komplett von Whigs säubern solle<sup>173</sup>.

**„3rd Parliament of GB“ (1710-13):** Die folgenden zwei Parlamentswahlen (1710 und 1713) erbrachten überwältigende Siege für die Tories. Hauptthemen des Wahlkampfes zum dritten Parlament Großbritanniens waren die Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges und der Schutz der Anglikanischen Kirche. Die Tories errangen eine überragende Mehrheit (329 Abgeordnete), schwächten die Whigs enorm (168) und ließen die parteilosen Kandidaten fast verschwinden (14). Von den 593 Abgeordneten waren 168 erstmals in ein Parlament gewählt worden. Für Harley bedeutete dieser Sieg einerseits den Triumph über seine Gegner, andererseits aber brachte ihn dies in eine noch größere Abhängigkeit von den Tories als zuvor Marlborough und Godolphin von den Whigs. Der Sieg der Tories setzte Harley unter Druck, war er doch bestrebt moderate Politiker beider Parteien in seine Regierung zu integrieren. Harley stand vor der schwierigen Aufgabe mit den selbstbewußten und radikalen Tories im neuen Parlament zurecht zu kommen, das sich zu insgesamt drei Sitzungen versammelte: 1. Sitzung mit 199 Tagen bzw. 6,63 Monaten (25.11.1710

---

<sup>173</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 2nd Parliament of Great Britain, 26 April 1708 - 21 Sept. 1710*, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1708>, 26.11.2014; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 328f., 333f., 337f., 340-44; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 98-135; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 18 (1705-09), 1767, S. 575-725; The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 16 (1708-11), From November the 16th 1708, In the Seventh Year of the Reign of Queen Anne, to October the 9th 1711, In the Tenth Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 03.12.2016, S. 3-209; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 744-801; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 135-168; The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 19 (1709-14), Covers the last years of the reign of Queen Anne, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol19>, 26.11.2014, S. 3-145; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 16 (1708-11), 1803, S. 209-396; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 801-917

bis 12.06.1711), danach Prorogationen mit 176-tägigen Rezess bzw. 5,86 Monaten (12.06., 10.07., 21.08., 09.10., 13.11. und 27.11.1711), 2. Sitzung mit 197 Tagen bzw. 6,56 Monaten (07.12.1711 bis 21.06.1712), danach Adjournement (21.06.1712) und Prorogationen mit 290-tägigen Rezess bzw. 9,66 Monaten (08.07., 31.07., 25.09., 06.11.1712, 13.01., 03.02., 17.02., 03.03., 10.03., 17.03. und 26.03.1713), 3. Sitzung mit 98 Tagen bzw. 3,26 Monaten (09.04.1713 bis 16.07.1713), danach Prorogation (16.07.1713) und anschließende Auflösung (08.08.1713) mit 215-tägigen Rezess bzw. 7,16 Monaten bis zur ersten Versammlung des neuen Parlaments (16.02.1714). Die Sitzungsdauer fällt in der dritten Sitzung genauso auffällig ab (199, 197 und 98 Tage) wie die Rezessdauer nach der zweiten Sitzung ansteigt und fast ein Jahr Dauer erlangt (176, 290 und 215Tage). Auch ist der Rezess nach der kurzen dritten Sitzung bis zur ersten Versammlung des neuen Parlaments recht lang. Es sticht hervor, daß die zweite und dritte Sitzung nicht den üblichen Herbst/Winter-Sitzungen entspricht. Die zweite Sitzung begann sehr spät im Dezember und reichte bis in den Juni des Folgejahres. Die dritte Sitzung zog sich durch das Frühjahr bis in den Sommer. Die ungewöhnliche Tagungsweise korrespondierte mit der ungewöhnlichen Zusammensetzung des neuen Parlaments, die mit ihrer Tory-Mehrheit einen Bruch mit den ersten Herrschaftsjahren Königin Annas darstellt. Harley mußte gleich zu Beginn der ersten Sitzung erleben, daß sich zahlreiche Tory-Abgeordnete im informellen „*October Club*“ organisierten und damit den Druck auf Harley noch erhöhten. Dem Club gehörten bald bis zu 160 Abgeordnete an, die sich auch in verbindlicher Weise über ihr Abstimmungsverhalten im Parlament einigten und Unmengen eigener Gesetzesinitiativen auf den Weg brachten. Letztlich spaltete Harley aber den Club, indem er viele Mitglieder durch Vergabe kleinerer Posten für sich gewinnen konnte. Übrig blieben nur einige besonders standhafte, nicht korrumpierbare, aber letztlich politisch bedeutungslose Mitglieder. In Anerkennung seiner Verdienste erhob Königin Anna Harley noch kurz vor Ablauf der ersten Sitzung zum Earl of Oxford (24.05.1711) und beförderte ihn zum „*Lord Treasurer*“ (29.05.1711). Zur Umsetzung der angekündigten Friedenspläne unterzeichnete Harley während des Rezess bereits einen Vorvertrag zum Friedensschluß mit Frankreich (September 1711). Die Regierung mußte dann aber zu Beginn der zweiten Sitzung eine Abstimmungsniederlage gegen ein Bündnis aus Whigs und enttäuschten Tories einstecken (07.12.1711), die sich gemeinsam gegen einen einseitigen Friedensschluß mit Frankreich ohne Spanien aussprachen. Harley und Königin Anna reagierten auf diesen Angriff mit der Schaffung von zwölf neuen Lords (31.12.1711) - ein in diesem Umfang beispielloser Vorgang in der Geschichte Englands -, um sich in Zukunft eine Mehrheit im Oberhaus zu sichern. Die Whigs hatten damit auch ihre Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer verloren. Gegen Ende der zweiten Sitzung (Juni 1712) hatte Harley die erforderliche Unterstützung im Parlament, um England gegen den Willen seiner Alliierten einseitig aus dem Krieg mit Frankreich zu ziehen. Der

von Harley nach Ende der zweiten Sitzung während des Rezess ausgehandelte Friede von Utrecht (1713) brachte England zwar die erhoffte Friedensdividende einer prosperierenden Wirtschaft. Darüber hinaus erreichten die Tories aber keine bleibenden Erfolge. Schlimmer noch entfremdeten sie sich dem künftigen neuen König Georg I. aus dem deutschen Hause Hannover, da dieser sich durch den Friedensschluß Englands mit Frankreich in seinen Interessen desavouiert sah. Innenpolitisch lösten die Tories auch ihre Versprechungen nicht ein, mit der Korruption und Patronage aufzuräumen und die Position des Landadels („*landed gentry*“) gegenüber den Kaufleuten („*monied interest*“) wiederherzustellen, verstärkten damit bestehende und schufen neue Unzufriedenheit<sup>174</sup>.

**„4th Parliament of GB“ (1713-14):** Beherrschendes Thema des Wahlkampfs zum vierten Parlament Großbritanniens war genauso wie im letzten Wahlkampf der Spanische Erbfolgekrieg. Die Whigs wurden abermals für ihr Eintreten zur Fortsetzung des Krieges bestraft und übertrafen das schlechte Ergebnis von 1710 noch (148 Abgeordnete), während die Tories ihre Mehrheit im Parlament ausbauen konnten (354), auch auf Kosten parteiloser Kandidaten, deren Anzahl nochmals sank (11). Von den nunmehr 535 Abgeordneten waren 118 erstmals im Parlament vertreten. Das neue Parlament versammelte sich zu zwei Sitzungen: 1. Sitzung mit 143 Tagen bzw. 4,76 Monaten (nach Auflösung des letzten Parlaments am 08.08.1713 „*Writs*“ zur Prorogation am 12.11. und 10.12.1713 sowie 12.01.1714 zur ersten Versammlung des vierten Parlaments am 16.02.1714 bis 09.07.1714), danach Prorogation mit 32-tägigem Rezess (09.07.1714 auf den 10.08.1714), 2. Sitzung mit 24 Tagen (vorzeitige Versammlung am 01.08.1714 bis 25.08.1714), danach Prorogationen mit 132-tägigen Rezess bzw. 4,4 Monaten (Prorogationen am 25.08., 23.09. und 21.10.1714 auf den 13.01.1715 und vorzeitige Auflösung am 05.01.1715). Das abermalige

---

<sup>174</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 3rd Parliament of Great Britain, 27 Sept. 1710 - 8 Aug. 1713, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1710>, 26.11.2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 338–348; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 169–226; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 19 (1709-14), 1767, S. 163–323; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 16 (1708-11), 1803, S. 401–692; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 918–1034; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 226–334; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 19 (1709-14), 1767, S. 335–489; The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 17 (1711-14), From December the 7th 1711, In the Tenth Year of the Reign of Queen Anne, to August the 1st 1714, In the First Year of the Reign of King George the First, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 03.12.2016, S. 1–275; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 1035–1170; zur 3. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 4 (1706-1713), 1742, S. 334–375; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 5 (1713-1714), 1742, S. 1–57; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 19 (1709-14), 1767, S. 511–615; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 17 (1711-14), 1803, S. 277–467; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 1171–1241

Erstarken der Tories machte es Harley nicht leichter, politische Mehrheiten zu organisieren. Erschwerend kam hinzu, daß er mit dem Versuch die Herzogswürde eines Duke of Newcastle für seinen Sohn zu sichern (Sommer 1713), politischen Rückhalt bei der Königin verloren hatte. Die erste Sitzung des neuen Parlaments blieb überschattet von der Thronfolgefrage infolge der ernsthaften Erkrankung der Königin im vergangenen Winter (1713/14). Harley hatte sich gegen den Vorwurf zu erwehren, die Thronfolge der Jakobiten zum Nachteil der protestantischen Hannoveraner zu begünstigen. Der Welfenhof in Hannover war durch den Friedensschluß von Utrecht und die Gerüchte um Harleys Sympathie für die Jakobiten gleichermaßen verärgert wie nervös, so daß Harleys nahe Zukunft und die der Tories sich verdüsterten. Der präsumtive Thronfolger Prinz Georg von Hannover favorisierte die Whigs und forderte als Herzog von Cambridge ins Oberhaus berufen zu werden. Harley gab kein Zeichen der Annäherung an die Hannoveraner, Königin Anna aber lehnte diese Forderung rigoros ab und Henry St. John, Viscount Bolingbroke, schickte sogar eigens eine Protestnoten an Georg und Sophia nach Hannover. Bolingbrokes Kalkül bestand darin, seinen Rivalen Harley so schnell wie möglich aus dem Weg zu räumen, selbst „*Lord Treasurer*“ zu werden und den im „*Regency Act*“ vorgeschriebenen Regentschaftsrat („*Council of Regency*“) zu kontrollieren, der im Falle des vorzeitigen Ablebens der Königin einzusetzen sei. Harley geriet tatsächlich immer mehr ins Hintertreffen gegenüber seinem Rivalen Bolingbroke, dem die Königin immer offener zuneigte. Nach dem Ende der ersten Sitzung (09.07.1714) war es schließlich soweit, daß die Königin Harley als „*Lord Treasurer*“ entließ (27.07.1714). Bolingbroke war seinem Ziel damit näher als je zuvor. Er hatte aber nicht damit gerechnet, daß die Ereignisse sich mit einer erneuten schweren Erkrankung der Königin (30.07.1714) in einer so unvorhergesehenen Weise überstürzen würden. Angesichts des äußerst kritischen Gesundheitszustandes der Königin versammelte sich der „*Privy Council*“ am Tag der Erkrankung der Königin, einigte sich auf die Ernennung Shrewsburys zum „*Lord Treasurer*“, übernahm mit dem Tod der Königin (01.08.1714) in Übereinstimmung mit dem „*Regency Act*“ die Funktion als „*Regency Council*“, proklamierte als solcher noch am Todestag der Königin Georg von Hannover zum neuen König und versammelte das Parlament am gleichen Tag zur zweiten Sitzung, um alle Formalitäten der Thronfolge zu regeln. Das Parlament wurde zwar alsbald wieder vertagt (25.08.1714), nicht aber aufgelöst. Aus Angst vor einer Jakobitischen Invasion verzögerte man die Auflösung um ein halbes Jahr (05.01.1715)<sup>175</sup>.

---

<sup>175</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 4th Parliament of Great Britain, 18 Aug. 1713 - 15 Jan. 1715*, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1713>, 26.11.2014; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 11–27; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 349–354; SPECK, W. A., *Stability and strife, England, 1714-1760*, *The New History of England*, Volume VI, London, 1977, S. 169ff.; zur 1. Sitzung, vgl.:



### 3. Das erste Parlament König Georgs I. (1715-22)

Die Vorbereitungen König Georgs I. zur Schaffung eines von Whigs dominierten Parlaments während des halbjährigen Rezess nach der letzten Tagung des vierten Parlaments Großbritanniens bis zur ersten Versammlung des neuen Parlaments (25.08.1714 bis 15.01.1715) waren umfassender Art. Nahezu alle Ämter wurden von Tories gesäubert und von Whigs besetzt, stellte man doch die Tories unter den Generalverdacht, mit den exilierten Jakobiten den Umsturz zu planen. Der altbewährte Schlachtruf der Tories *“Church in danger”* verhallte in diesem Wahlkampf. Das Ergebnis der letzten Wahl (1713) kehrte sich in sein Gegenteil. Die Whigs erzielten ein überragendes Ergebnis (341), die Tories gingen unter (217). Infolge der Selbstperpetuierung durch Verabschiedung des *“Septennial Act”* in der ersten Sitzung versammelte sich das fünfte Parlament zu insgesamt acht Sitzungen und dauerte sieben Jahre: 1. Sitzung (17.03.1715 bis 26.06.1716), 2. Sitzung (20.02.1717 bis 15.07.1717), 3. Sitzung (21.11.1717 bis 21.03.1718), 4. Sitzung (11.11.1718 bis 18.04.1719), 5. Sitzung (23.11.1719 bis 11.06.1720), 6. Sitzung (08.12.1720 bis 29.07.1721), 7. Sitzung (31.07.1721 bis 10.08.1721), 8. Sitzung (19.10.1721 bis 07.03.1722) und Auflösung (10.03.1722). Die vor der ersten Sitzung des neuen Parlaments begonnenen Säuberungen mißliebiger Tories setzten sich während der ersten Sitzung des Parlaments fort, indem Impeachments gegen Königin Annas Minister angestrengt wurden, denen man Geheimverhandlungen mit den in Frankreich exilierten Jakobiten zur Verhinderung der protestantischen Thronfolge der Hannoveraner vorwarf (Impeachments wegen Hochverrats gegen Robert Harley, Earl of Oxford, Henry Viscount Bolingbroke und James Duke of Ormonde sowie Impeachment wegen *“High Crimes and misdemeanors”* gegen Thomas Earl of Strafford). Das Mißtrauen des Königs gegenüber den Tories speiste sich aus vielen Quellen. Den von den Tories unter Harley verhandelte Frieden von Utrecht (1713) hatte Georg I. als Verrat an den Alliierten empfunden und ihn in seiner Ansicht bestärkt, daß die Tories verkappte Jakobiten seien, die seine Thronfolge verhindern wollten. Als die Jakobiten während der ersten Sitzung in Schottland landeten (Juni 1715) beschloß das Parlament einen *“Riot Act”*, die Aussetzung der *“Habeas Corpus”*-Regel

---

CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 5 (1713-1714), 1742, S. 58–154; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 19 (1709-14), 1767, S. 620–760; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 17 (1711-14), 1803, S. 471–724; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 1242–1367; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 1–8; *The House of Lords* (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), Covers the period of the accession of George I, the Jacobite rebellion and the passing of the Septennial Act, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol20>, 26.11.2014, S. 3–15; *The House of Commons* (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 18 (1714-18), From August the 1st 1714, in the First Year of the Reign of King George the First, to September the 15th 1718, in the Fourth Year of the Reign of King George the First, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>, 26.10.2016, S. 3–12; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 3–11

und den *“Septennial Act”*. Nach der raschen Niederschlagung des Aufstandes zeigten sich jedoch bald Risse innerhalb der Whigs. Der König ließ das wichtigste Regierungsamt eines *“Lord Treasurer”* unbesetzt und setzte stattdessen eine *„Treasury Commission“* ein. Lord Halifax wurde zunächst *“First Lord of the Treasury”*, später abgelöst durch Robert Walpole, dessen Schwager Lord Townshend als erster Minister des Königs galt, obwohl er nur *“Secretary of state for the north”* war. Unterhausführer und *“Secretary of state for the south”* wurde James Stanhope, Marlborough wurde wieder *„Captain General“* der Streitkräfte und dessen Schwiegersohn, den Earl of Sunderland, ernannte man zum *„Lord Lieutenant of Ireland“*. Der Earl of Nottingham bekleidete das Amt des *“Lord President of the Council”* und war als Harleys langjährige Gegner der einzige Tory im Kabinett. Georg I. reduzierte den *“Privy Council”*, der unter Königin Anna zuletzt aus 80 Mitgliedern bestanden hatte, auf 32 Mitglieder. Während des Rezess zwischen der ersten und zweiten Sitzung gelang es Stanhope aber zusammen mit Sunderland, die Entlassung von Townshend und Walpole zu bewirken (Juli 1717), und die Regierung während der nächsten drei Jahre anzuführen. Die Geschassten sammelten daraufhin die mit der Regierung unzufriedenen Whigs um sich und sie nutzten den Konflikt zwischen Georg I. und seinem Sohn zur Etablierung einer politischen Opposition innerhalb der Whigs (*“Whig-schism”*). Es sollte jedoch noch lange dauern bis Townshend und Walpole an die Regierungsspitze zurückkehrten (April 1720)<sup>176</sup>.

**Tagungsmuster der Parlamente (1702-14):** Keines der fünf Parlamente Königin Annas dauerte länger als drei Jahre (zweimal zweieinhalb Jahre, dann anderthalb und drei Jahre sowie ein halbes

---

<sup>176</sup> zu den Parlamenten 1715-54, vgl.: The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, I. Procedure*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/i-procedure>, 17.7.2016; The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, III. The Second Whig Opposition, 1722-42*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/iii-second-whig-opposition-1722-42>, 01.7.2016; The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, IV. Oppositions 1742-44, 1747-51*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/iv-oppositions-1742-4-and-1747-51>, 01.7.2016; The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, V. The Tories*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/v-tories>, 01.7.2016; zum fünften Parlament Großbritanniens, vgl.: The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, Appendix IV: Dates of Parliaments*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/appendix-iv-dates-parliaments>, 16.10.2016; The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), *Introductory Survey 1715-54, II. The General Election of 1715 and the First Whig Opposition, 1717-20*, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/ii-general-election-1715-and-first-whig-opposition-1717-20>, 01.7.2016; The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 5th Parliament of Great Britain, 17 Jan. 1715 - 10 March 1722*, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1715>, 26.11.2014; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 339f., 355f.; SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 171–185; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727)*, 1742, S. 9–107; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 20 (1714-17)*, 1767, S. 21–397; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 18 (1714-18)*, 1803, S. 15–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722)*, 1811, S. 27–394

Jahr). Damit entsprachen alle Parlamente der gesetzlich vorgeschriebenen Höchstdauer des zweiten *“Triennial Act”* (1694). Die geringe Dauer zweier Parlamente zeigt aber auch hier, wie bei Wilhelm III., daß die Krone erheblichen Einfluß auf die Parlamentsdauer hatte. Annas erstes Parlament hatte drei Sitzungen (130, 146 und 141 Tage) und dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (20.10.1702 bis 14.03.1705) knapp zweieinhalb Jahre (125 Wochen bzw. 128 Wochen bis zur Auflösung am 05.04.1705). Die Rezessdauer war wieder erheblich länger als die Sitzungsdauer (253, 202 und 224 Tage), entspricht damit aber dem Muster bisheriger Parlamente. Königin Annas zweites Parlament (Erstes Parlament Großbritanniens) hatte vier Sitzungen (126, 145, 11 und 161 Tage), wenn auch die dritte kurze Sitzung nur als Übergang zum ersten Parlament Großbritanniens diente, und dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (25.10.1705 bis 01.04.1708) knapp zweieinhalb Jahre (127 Wochen bzw. 129 Wochen bis zur Auflösung am 15.04.1708). Die Sitzungen fanden jeweils im Herbst/Winter statt, mit Ausnahme der dritten Sitzung im Frühjahr, die ungewöhnlich kurz war und als Übergang zur ersten Sitzung des ersten Parlaments Großbritanniens diente, so daß Annas zweites Parlament eher aus drei Sitzungen bestand. Die Rezessdauer bewegte sich auch im üblichen Rahmen (257, 5, 180 und 228 Tage), wenn man von der Unterbrechung zwischen der zweiten und dritten Sitzung absieht. Annas drittes Parlament (Zweites Parlament Großbritanniens) dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (16.11.1708 bis 05.04.1710) weniger als anderthalb Jahre (72 Wochen) bzw. deutlich unter zwei Jahre (96 Wochen) bis zur Auflösung (21.09.1710). Die Kürze dieses Parlaments war dem Wechsel von der Godolphin-Marlborough-Administration (1702-10) zur Harley-Administration (1710-14) geschuldet. Die Sitzungs- (156 und 141 Tage) wie die Rezessdauer (206 und 232 Tage) entsprach dem Tagungsmuster der Herbst/Winter-Sitzungen. Annas viertes Parlament (Drittes Parlament Großbritanniens) hatte wiederum drei Sitzungen, mit einer auffällig abfallenden Sitzungsdauer der dritten Sitzung (199, 197 und 98 Tage). Das Parlament dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung (25.11.1710 bis 16.07.1713) fast drei Jahre (137 Wochen bzw. 141 Wochen bis zur Auflösung am 08.08.1713). Der besonders lange Rezess von fast einem Jahr nach der zweiten Sitzung sticht hervor (176, 290 und 213Tage). Auch ist der Rezess nach der kurzen dritten Sitzung bis zur ersten Versammlung des neuen Parlaments recht lang. Die zweite und dritte Sitzung waren keine der üblichen Herbst/Winter-Sitzungen. Die zweite Sitzung begann sehr spät im Dezember und reichte bis in den Juni des Folgejahres. Die dritte Sitzung zog sich durch das Frühjahr bis in den Sommer. Das fünfte Parlament der Königin (Viertes Parlament Großbritanniens) war das kürzeste Parlament ihrer Herrschaft, bedingt durch ihren verfrühten Tod (01.08.1714). Das Parlament dauerte von der ersten bis zur letzten Sitzung ein halbes Jahr (16.02.1714 bis 25.08.1714) bzw. fast ein Jahr bis zur Auflösung (05.01.1715). Es hatte nur zwei Sitzungen (143 und 24 Tage), danach aber einen

halbjährigen Rezess bis zur Versammlung des ersten Parlaments König Georgs I. (Fünftes Parlament Großbritanniens)<sup>177</sup>.

## **D. Debatten zur Einberufung und Rechtmäßigkeit**

Die beiden „*Convention Parliaments*“ von 1660 und 1689 standen vor vergleichbar großen Herausforderungen. Es ging einerseits um die Restauration der Monarchie nach Bürgerkrieg und Republik (1660) und andererseits um die Wiederherstellung staatlicher Ordnung nach dem Sturz eines tyrannisch regierenden Königs (1689). In beiden Fällen bestanden Zweifel an der Rechtmäßigkeit der „*Convention Parliaments*“, weil diese nicht auf herkömmliche Weise durch den rechtmäßigen König einberufen werden konnten. Und in beiden Fällen trafen genau diese „*Conventions*“ besonders bedeutende staatsrechtlich Entscheidungen. Die Debatten in den „*Conventions*“ und außerhalb in öffentlichen Druckschriften sollen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit ihrer Einberufungen untersucht werden. Wie, unter welchen Umständen und von wem wurden die „*Convention Parliaments*“ einberufen? Waren die Einberufungen kontrovers und wie wurden sie beurteilt? Welche Argumente wurden in den Debatten im und außerhalb des Parlaments in Streitschriften ausgetauscht?

### **I. „*Convention Parliament*“ (1660)**

#### **1. Von der Republik zur Restauration (1649-60)**

Die Wiederherstellung der Monarchie im Jahre 1660 war keine Selbstverständlichkeit. Sie war sogar äußerst unwahrscheinlich, weil sich die englische Republik unter Oliver Cromwells Leitung innen- wie außenpolitisch stabilisiert hatte. Die Republik unter Cromwell und ihre Parlamente werden einleitend dargestellt, um den Übergang zur Monarchie nachvollziehbar zu machen. Nach dieser Vorarbeit kann das „*Convention Parliament*“ von 1660, seine Einberufung und die Kritik an seiner Rechtmäßigkeit richtig eingeordnet werden. Auf die Einberufung des „*Convention Parliament*“ wurde durch zahlreiche Schriften Einfluß genommen. Diese lassen royalistische und republikanische Gesinnung erkennen. Verfechter der Mischverfassung lassen sich deutlich ausmachen. Nach Auswertung und Darstellung der Schriften zur Einberufung wird die Debatte zur Rechtmäßigkeit der „*Convention*“ untersucht, die in der Versammlung und außerhalb in Schriften ausgefochten wurde.

#### **a) Die Parlamente der Republik (1649-58)**

Nach der Hinrichtung Karls I. und der Ausrufung der Republik („*Commonwealth*“, 1649-53 und „*Protectorate*“, 1653-58) führte Oliver Cromwell die reformierte Parlamentsarmee der „*New Model*

---

<sup>177</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

*Army*“ in zwei Feldzügen nach Irland und Schottland („*Third Civil War*“, 1650/51). Den militärischen Siegen in Irland und Schottland folgte der erste Englisch-Holländische Krieg („*First Anglo-Dutch War*“, 1652-54) und der Englisch-Spanische Krieg („*Anglo-Spanish War*“, 1654-60) im Bündnis mit Frankreich (1655). Englands Militärregime dehnte sich über Britannien und Irland aus, stabilisierte sich mit den militärischen Erfolgen und fand Anerkennung in den Bündnissen mit dem Ausland. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden nicht weniger gewaltsam geführt. In den folgenden zehn Jahren stellte sich die grundsätzliche Frage, welche Ordnung sich England geben sollte. Die Sozialreformer der „*Levellers*“ und „*Diggers*“ konnten sich mit ihren Bewegungen nicht durchsetzen (1649/50). Neue religiöse Sekten entstanden, welche die Republik entweder akzeptierten („*Baptists*“) oder bekämpften („*Fifth Monarchists*“). In der einen oder anderen Form rekurrierte die Armeeführung unter Cromwell immer wieder auf das bewährte dreiteilige System einer Mischverfassung aus Regierung, Rat und Parlament. Die Entscheidungen richteten sich nach dem politischen Willen und den Grundüberzeugungen Oliver Cromwells, der maßgeblichen politischen und militärischen Führungsfigur der Republik. Cromwell hielt an der bestehenden Eigentumsordnung fest, war von der Glaubens- und Gewissensfreiheit mit entsprechender Toleranz für Minderheiten durchdrungen („*Liberty of conscience was a natural right, and he that would have it ought to give it*“) und überzeugt, daß die Nation nicht mit dem Schwert allein zu beherrschen sei. Dennoch kam es zu Gewaltakten. Das Lange Parlament wurde in „*Pride’s Purge*“ (1648) gewaltsam von allen der Armee missliebigen Abgeordneten „gesäubert“. Dem Rumpfparlament sollte es nicht viel anders ergehen. Oliver Cromwell persönlich löste es gewaltsam auf (20.04.1653) als es sich weigerte, seine Selbstauflösung zu beschließen, um einer neuen Versammlung Platz zu machen. Im Unterhaus verkündete er: „*You are no Parliament, I say, you are no Parliament; I will put an end to your sitting*“. Die Wegnahme des Amtsstabes – Symbol aller Rechte und Privilegien des Parlaments – kommentierte er mit den abfälligen Worten „*Take away these baubles*“ – „*Weg mit dem Tand*“. Mit der Auflösung der Reste des Langen Parlaments kappte die Armeeführung um Cromwell endgültig die einzige noch verbliebene institutionelle Verbindung zur alten Verfassung Englands und kam damit den jahrelangen Debatten und Forderungen der Armee seit den „*Putney Debates*“ (Oktober bis November 1647) nach Parlamentsauflösung und Neuwahlen mit reformiertem Wahlrecht nach. Das neue Parlament sollte auf Vorschlag des Generals Thomas Harrison eine nominierte Versammlung („*Nominated Assembly*“) von „Heiligen“ („*Parliament of Saints*“) nach alttestamentarischem Vorbild sein. Das Parlament wurde als „*Barebone’s Parliament*“ bekannt, in Anlehnung an das besonders strenggläubige Mitglied Praise-God Barebone, bestand aus 140 Mitgliedern, die zwar von den Kirchengemeinden namentlich vorgeschlagen, von der Armeeführung aber handverlesen waren. Die

äußerst kurzlebige Versammlung („*Little Parliament*“) erklärte sich sogleich nach seinem ersten Zusammentreten zum Parlament und setzte ein Datum zur Selbstauflösung fest (03.11.1654). Tatsächlich dauerte „*Barebone's Parliament*“ nur wenige Monate bevor die moderate Mehrheit die Selbstauflösung beschloss, um die Radikalreligiösen in ihren Reihen zu stoppen (12.12.1653). Ein reines Militärregime entstand auch diesmal nicht. Nach der Auflösung von „*Barebone's Parliament*“ gab sich die Republik mit dem von Armeegeneral John Lambert (1619-84) entworfenen „*Instrument of Government*“ (15.12.1653), basierend auf den „*Heads of the Proposal*“ (1647), die erste geschriebene Verfassung Englands. Diese war nach der schwedischen „*Regeringsform*“ (1634) die zweite geschriebene Verfassung überhaupt. Die vom Militär geschaffene neue Verfassung des Protektorats (1653-59) kann schwerlich als System unbeschränkter diktatorischer Herrschaft abqualifiziert werden. Das „*Instrument of Government*“ sah im Gegenteil die klassische dreiteilige Ordnung einer gemischten Verfassung vor, mit Lordprotektor, Staatsrat und Parlament, die sich gegenseitig in ihrer Macht ergänzten. Mit dem Lordprotektor wurde zwar ein Quasi-Monarch auf Lebenszeit geschaffen, der auch Oberbefehlshaber von Armee und Marine war – John Lambert und andere Armeeeoffiziere wollten Cromwell zum König machen, was dieser aber ablehnte. Die Regierung bestand aber aus ihm und dem Staatsrat („*Council of State*“). Die wichtigsten Entscheidungen konnte der Protektor nur gemeinsam mit den Ratsmitgliedern treffen. Die starke Stellung des Protektors als auch der Staatsratsmitglieder beruhte auf der Tatsache, daß sie auf Lebenszeit berufen waren. Ratsmitglieder wurden auf Vorschlag der übrigen Mitglieder und des Parlaments durch den Protektor ernannt. Die Verfassung sah weiter vor, daß die Regierung über ausreichende Einnahmen verfügen sollte, um die Streitkräfte und die Verwaltung des Landes zu unterhalten. Den weitreichenden Exekutivbefugnissen der Regierung standen aber die Gesetzgebungsbefugnis und das Recht zur außerordentlichen Geldbewilligung des Einkammerparlaments mit 460 Abgeordneten Englands, Schottlands und Irlands gegenüber. Entscheidungen des Parlaments konnte der Protektor zwar mit seinem Veto belegen, allerdings nur während der ersten 21 Tage. Wahlrecht und Tagungsdauer des Parlaments wurden vom „*Instrument of Government*“ geregelt: Das Wahlrecht sollte vom Vermögen abhängig sein und das Parlament musste in mindestens dreijährigen Abständen („*triennial parliaments*“) für mindestens drei Monate einberufen werden. Der neuen Verfassung war jedoch kein Erfolg beschieden. Das erste Protektoratsparlament (03.09.1654 bis 22.01.1655) bestand mehrheitlich aus Presbyterianern, die den religiösen Sekten unbedingt Einhaltung gebieten wollten, und strengen Republikanern wie Vane und Haselrig, die in Opposition zur Armee standen und sofort damit begannen, die neue Verfassung in Frage zu stellen. Cromwell verlangte deshalb einen Treueschwur auf die neue Verfassung („*oath of recognition*“), was von über 70 Abgeordneten

mit dem Argument verweigert wurde, daß einzig ein Parlament dazu berechtigt sei, eine neue Verfassung zu beschließen. Der Ausschluss dieser Abgeordneten vom Parlament vergiftete die Stimmung gleich zu Beginn des neuen Verfassungsexperiments. So endete das erste Parlament des Protektorats nach nur fünf Monaten. Zur Einberufung des zweiten Protektoratsparlaments (17.09.1656 bis 04.02.1658) sah sich Cromwell durch die Notwendigkeit zur Finanzierung des Krieges gegen Spanien veranlasst. Diesmal nahm die Regierung Einfluss auf die Wahlen und konnte verhindern, daß Regimegegner gewählt wurden. Die Mehrheit der Abgeordneten bestand aus zuverlässigen Unterstützern, welche die Rückkehr zur Staatsform der Monarchie propagierten. Mit der „*Humble Petition and Advice*“ (23.02.1657) wurde ein entsprechender Verfassungsentwurf präsentiert, der Oliver Cromwell die Krone antrug, was dieser aber ablehnte (08.05.1657). Stattdessen nahm Cromwell eine modifizierte „*Humble Petition and Advice*“ an (25.05.1657), die ihm das Recht zur Bestimmung seines Nachfolgers als Lordprotektor gab, ein neues Oberhaus („*The other House*“) schuf, dessen Mitglieder der Protektor und der Staatsrat auf Lebenszeit bestimmen konnte und die dreijährige Tagungsweise der Parlamente bestätigte. Die neue Verfassung näherte sich Englands alter Mischverfassung an. Die Wiedereinsetzung Cromwells als Lordprotektor in einer Art Krönungszeremonie zeigte dies eindrücklich. Zeit zur Bewährung unter der erfahrenen Hand Cromwells blieb der neuen Ordnung jedoch nicht, denn er verstarb bereits ein Jahr später (03.09.1658). Es sollte sich zeigen, daß Oliver Cromwell unersetzbar war. Während der nächsten anderthalb Jahre versank die Republik nach und nach im Chaos, das durch die Restauration der Monarchie (1660) beendet wurde<sup>178</sup>.

### **b) Das Ende der Republik (1658-60)**

Mit Lordprotektor und Oberhaus ähnelte die zweite Verfassung der Republik („*Humble Petition and Advice*“, 25.05.1657) der alten gemischten Verfassung Englands. Es fehlte aber die Zeit zur Bewährung der neuen Staatsordnung, weil Oliver Cromwell ein Jahr später verstarb (03.09.1658). Cromwells Staatsbegräbnis glich dem eines Königs, eine Stellung die er faktisch ausgeübt hat, wenn er auch Titel und Krone ausgeschlagen hatte. Das Ausland betrauerte seinen Tod als Staatsoberhaupt Englands und die Nachfolge seines 31-jährigen Sohnes Richard Cromwell als Protektor gestaltete sich ganz problemlos, wie von seinem Vater gewünscht. Im Jahre 1658 hätte niemand eine Restauration der Monarchie für möglich gehalten. Das hohe Ansehen der Republik

---

<sup>178</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 51–53; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 187–212; JONES, Charles II, 1987, S. 25ff.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Civil War, Commonwealth and Protectorate Parliaments 1640-1660, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The Short Parliament (4th Parliament of Charles I), April 1640, 2014; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Barebone's Parliament, 4 July 1653 - 12 Dec. 1653, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1653>, 26.11.2014

unter Oliver Cromwell zeigte sich in der innenpolitischen Stabilisierung des Protektorats durch Einberufung neuer Parlamente, in einer engen Zusammenarbeit mit dem lokalen Landadel und in den Verträgen Englands mit dem Ausland. Die Allianz mit dem von Kardinal Mazarin geführten Frankreich im Krieg gegen Spanien (1654-60) hatte zur Ausweisung Karls II. und seines Exilhofes aus Frankreich geführt. Der Friedensvertrag von Westminster zur Beendigung des ersten Englisch-Holländischen Krieges (1652-54) hatte zudem von der republikanischen Regierung Hollands den permanenten Ausschluss der mit den Stuarts verschwägerten Oranier von der Statthalterschaft in den Vereinigten Provinzen der Niederlande verlangt. Beim Abschluss des Pyrenäenfriedens zwischen Frankreich und Spanien (1659) behandelte Frankreichs Kardinalpremier Mazarin die Vertreter der Republik mit allen Ehren, im Gegensatz zu Karl II., der in Begleitung seiner engsten Ratgeber ebenfalls angereist war. Höhere Anerkennung des Commonwealth und eine geringere Wertschätzung der Zukunftsaussichten der Stuarts war kaum vorstellbar. Die engsten Berater Karls II. Edward Hyde, Ormonde und Nichols, waren davon überzeugt, daß keine Unterstützung vom Ausland für die Restauration der Monarchie zu erwarten war. Wenn überhaupt, dann würde die Monarchie nur auf Wunsch der Engländer und aus Uneinigkeit der Republikaner wiederhergestellt werden können. Der Exilhof Karls II. in den Niederlanden beobachtete die Geschehnisse in England, verstand aber nicht, welche Kräfte nach Cromwells Tod das Sagen hatten. Der Beitrag Karls II., seiner Berater und der englischen Royalisten zur Restauration ist denkbar gering gewesen. Sie waren bloße Beobachter der Entwicklungen nach Oliver Cromwells Tod. Das größte Verdienst Karls II. an der Restauration ist darin zu sehen, daß es ihm gelang, während der langen Jahre im Exil, seinen Ruf als legitimer Thronfolger aufrecht zu erhalten. Dies lag nicht unbedingt in seinem Lebenswandel begründet, sondern vielmehr darin, daß er Protestant geblieben war und sich damit empfahl. Man erwartete von ihm vor allem Ordnung und Stabilität und man hatte keinen Grund ihn zu fürchten, weil er seit Oliver Cromwells Tod keinen Anlaß dazu gegeben hatte. Die Schwäche Karls II. war offensichtlich. Man sah, daß er nicht dazu in der Lage war, aus eigener Kraft auf den Thron zurück zu gelangen. Monck und seine Verbündeten sahen die Gelegenheit, die Monarchie zu ihren Bedingungen wiederherzustellen, indem sie den König nach England einluden. Das Bewusstsein seiner eigenen politischen Ohnmacht veranlasste Karl II. wiederum, sich mit besonderer Vorsicht zu bewegen und die eigenen Intentionen verborgen zu halten. Sein Ziel war es, die Monarchie möglichst ohne Bedingungen wiederherzustellen. Die Gründe für die Restauration lassen sich also eher in der Schwäche ihrer Gegner finden. Während Oliver Cromwell das Ruder des Staatsschiffs mit fester Hand geführt, Respekt und hohes Ansehen im In- und Ausland genossen hatte, weil er dem Land Ordnung und Stabilität zu geben vermocht hatte, entglitt es seinem Sohn und Nachfolger Richard. Staatsrat und Armee waren gespalten. In England stand die Armee unter



dem Kommando der Generäle Charles Fleetwood und Desborough, in Irland unter Richards jüngerem Bruder Henry Cromwell und in Schottland unter General George Monck. Als Lord General oblag das Oberkommando Richard Cromwell, der aber militärisch unerfahren war und deshalb unter den Militärs keine Anerkennung fand. Richard Cromwell war der Aufgabe nicht gewachsen, die Unzufriedenheit in Teilen der Armee und in den radikalen konfessionellen Splittergruppen zu bändigen. Der fortdauernde Krieg mit Spanien und die Unzufriedenheit der Soldaten wegen der seit langem ausstehenden Soldzahlungen erschwerten die Lage für ihn und machten die Einberufung eines neuen Parlaments notwendig. Das von Richard Cromwell berufene dritte Protektoratsparlament (Januar bis April 1659), welches aus einem frei gewählten Unterhaus bestand, glich in seiner Zusammensetzung dem letzten Parlament Oliver Cromwells und bestand mehrheitlich aus Presbyterianern. Eine kleine der Armee feindlich gesinnte Gruppe von Republikanern unter der Führung Sir Arthur Haselrigs ließ keine Gelegenheit aus, Regierung und Armee zu kritisieren. Der Parlamentsbeschluß (18.04.1659), daß es während Parlamentssitzungen keine Offiziersversammlungen und –beratungen ohne Zustimmung des Protektors und beider Häuser geben dürfe, führte zur Gegenreaktion der Armee. Die Generäle Fleetwood und Desborough erzwangen zunächst die Auflösung des Parlaments (April 1659) und schließlich den Rücktritt Richard Cromwells (Juli 1659). Die Generäle Lambert, Fleetwood und Desborough beschlossen gemeinsam, das Rumpfparlament wieder einzuberufen (Juli 1659). Von den noch lebenden 78 Parlamentariern des Rumpfparlaments versammelten sich nur 42 Mitglieder. Unter Republikanern wie James Harrington und John Milton, aber auch bei den religiösen Sekten des Landes löste dies Entsetzen aus. Man befürchtete, daß das Rumpfparlament die Autorität des Langen Parlaments für sich beanspruchen, die Republik abschaffen und Andersdenkende unterdrücken würde. Das Rumpfparlament verlangte tatsächlich den Rücktritt Richard Cromwells als Lordprotektor, die Abschaffung des Protektorats, die Rückkehr zum Commonwealth und das Recht zur Ernennung und Entlassung der Armeeführung. Es verweigerte Soldzahlungen und verlangte die Ausschreibung von Neuwahlen. All dies entsprach nicht den Vorstellungen der Armeeführung. Die allgemeine Unzufriedenheit moderater Presbyterianer und Royalisten manifestierte sich in einem anti-republikanischen Aufstand in Cheshire unter Führung von Sir George Booth, später Baron Delamar („*Booth's Rising*“, August 1659). Colonel John Lambert bereitete dem Aufstand ein rasches Ende, löste das Rumpfparlament auf (13.10.1659) und bildete stattdessen einen Sicherheitsausschuss („*Committee of Safety*“) mit den Mitgliedern Desborough, Ludlow, Ireton, Hewson und Whitelocke, dem jedoch von Beginn an jede Unterstützung in der Bevölkerung fehlte. Die vertriebenen Abgeordneten des Rumpfparlaments organisierten sofort in verschiedenen Grafschaften Widerstand gegen das Sicherheitskomitee, während in London Lehrlinge Soldaten angriffen und die

Stadregierung sich weigerte, die Legitimität der Regierung anzuerkennen. Die Justiz hatte bereits während der Sitzung des erneut einberufenen Rumpfparlaments aufgehört zu arbeiten. Lambert hatte zudem nicht alle Armeeeoffiziere auf seiner Seite. Auch der Gegnerschaft General George Moncks in Schottland konnte sich Lambert sicher sein. So war auch der Sicherheitsausschuss nur von kurzer Dauer. Die Armeeführung berief das Rumpfparlament letztlich wieder ein, um dem zunehmenden Ruf der öffentlichen Meinung im ganzen Land nach einem frei gewähltem Parlament, zumindest aber nach der Wiederherstellung des Langen Parlaments durch Wiederzulassung der durch „*Pride's Purge*“ (1648) vertriebenen moderaten Presbyterianer zu begegnen. Die öffentliche Meinung ließ sich jedoch nicht beruhigen. Die Forderungen nach einem frei gewählten Parlament verstummten nicht. Mit der Zunahme der politischen Pamphlete, die ein freies Parlament forderten, nahm die Weigerung zur Steuerzahlung drastisch zu. General George Monck griff schließlich mit seinem Einmarsch in England (01.01.1660) in die Situation ein. Auf seinem Marsch nach London ließ er zwar alle im Ungewissen über seine wahren Pläne. Nach Erreichung Londons (03.02.1660) stand Monck aber vor der Entscheidung, mit dem Rumpfparlament zusammenzuarbeiten, was den Verlust der Unterstützung Londons und seiner Gelder zur Bezahlung der Soldaten bedeutet hätte, die in „*Pride's Purge*“ entfernten Mitglieder des Langen Parlaments wieder zuzulassen oder Wahlen zu einem neuen Parlament anzuordnen. Die Mehrheit der Bevölkerung war angewidert von den Streitigkeiten und wünschte eine stabile Ordnung, die am ehesten von einer Rückkehr zur alten und gemischten Verfassung („*Ancient Constitution*“ und „*Mixed Constitution*“) bestehend aus König und Parlament („*King-in-Parliament*“) zu erwarten war. Angesichts der Stimmungslage gegen das Rumpfparlament entschied George Monck für eine Wiederzulassung der Mitglieder des Langen Parlaments (11.02.1660). Mit der Wiederzulassung der 73 ausgeschlossenen Mitglieder, die sich bis Dezember 1648 für Verhandlungen mit Karl I. ausgesprochen hatten, war eine Vorentscheidung für die Restauration getroffen, weil man von diesen Männern erwarten konnte, daß sie den Sohn Karls I. den Weg auf den Thron ebenen wollten. Zeitgenossen wie Samuel Pepys berichteten von Freudentaumel auf den Straßen Londons, Feuerwerken und vom Geruch gebratener Rumpsteaks als Symbol für das Ende des ungeliebten Rumpfparlaments („*Roasting of the Rump*“). Die Entscheidung zur Wiedereinberufung des Langen Parlaments bedeutete aber nicht die automatische Rückkehr zur Monarchie. Karl II. und seine Berater befürchteten vielmehr ein erneutes Erstarren des Protektorats mit Richard Cromwell oder George Monck als Lordprotektor. Vom Langen Parlament erwarteten sie keine bedingungslose Rückkehr zur Monarchie. Und tatsächlich schienen sich die Befürchtungen zu bewahrheiten als das Lange Parlament Monck zum alleinigen Oberbefehlshaber der Armee ernannte und einen Staatsrat mit Sir Thomas Fairfax und Denzil Holles berief, der mit Moncks Rückendeckung Bedingungen für eine Rückkehr zur

Monarchie formulierte, die denen von 1648 entsprachen. Mit Anwachsen der öffentlichen Stimmung zur bedingungslosen Wiederherstellung der Monarchie entschied sich Monck dazu, Druck auf das Lange Parlament auszuüben, damit es sich selbst auflöse, was auch geschah. Das Parlament gab nach, entschied für Neuwahlen und löste sich auf (16.03.1660). Das Unterhaus stellte in seinem Gesetz zur Auflösung des Parlaments zugleich die Rechte des Oberhauses wieder her. Der Intervall zwischen der Auflösung des „*Long Parliament*“ und der Versammlung des „*Convention Parliament*“ (17.03. bis 25.04.1660) war eine kritische Phase. Der Staatsrat befahl den entlassenen Truppen, London zu verlassen und verbot Versammlungen bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments. Agitatoren und verdächtige Personen wurden festgenommen. Die Flucht Lamberts aus dem Tower ließ einen Aufstand befürchten, der jedoch ausblieb, nachdem dieser wieder interniert worden war (21.04.1660)<sup>179</sup>.

### c) Das „*Convention Parliament*“ (1660)

Die Restauration der Monarchie hing von der Legitimität des „*Convention Parliament*“ ab. Nur ein freiwilliger Akt des Parlaments konnte die Monarchie wiederherstellen. Gewalt, zumal mit ausländischer Hilfe, konnte die Restauration nicht erzwingen. Karl II. und seine Berater hatten nicht die erforderlichen Mittel, keine Verbündeten und keinen Plan zur Wiederherstellung der Monarchie. Der exilierte König war auf eine Änderung der Verhältnisse in England angewiesen, auf einen Meinungsumschwung zugunsten der Restauration, die ihn zurück auf den Thron bringen konnte. Die Meinungen der Royalisten über die Entwicklung der Lage in England, und wie man sich verhalten sollte oder die Lage gar beeinflussen konnte, gingen auseinander. Eine Gruppe um die Königin Mutter Henrietta Maria riet, einer Restauration bedingungslos zuzustimmen. Sir Edward Hyde bestand dagegen auf einer sorgfältigen Prüfung und Verhandlung aller Details. Hyde überzeugte Karl II., daß er die Stimmung in England nur dann zu Gunsten der Monarchie wenden könnte, wenn er als Garant der Rückkehr zu Recht und Rechtssicherheit auftrat. General George Monck ließ dem König mündlich übermitteln, daß er die Restauration der Monarchie wünsche, dem

---

<sup>179</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 1–29f.; JONES, *Charles II*, 1987, S. 25–40; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 1–16; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 10–14; DAVIES, Godfrey, *The Restoration of Charles II, 1658-1660*, San Marino, California, 1955, S. 256–306; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 212–220; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 200–203; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 180–182; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 9–12; KLUXEN, *Geschichte Englands*, 1968, S. 341–344; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 72; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 144–146; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 43f.; „*Proviso to the Bill for Dissolving Parliament*“ (16 March 1660), in: *The House of Commons* (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons Vol. 7 (1651-60), The period of the Barebones Parliament and the rule of the two Cromwells as Lord Protector, and the preparation for the restoration of the monarchy, 1802*, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol7>, 08.4.2015, S. 879–880.

König rate, eine generelle Amnestie („*a free and general pardon*“) zu gewähren - mit Ausnahme einiger weniger Härtefälle - und niemand aus religiösen Gründen zu verfolgen. Monck warnte den König auch vor der Möglichkeit, von den Spaniern in Flandern interniert zu werden, und riet nach Breda zu gehen. Karl II. folgte dem Rat. Mit der in erster Linie von Hyde ausgearbeiteten Deklaration von Breda (04.04.1660) formulierte Karl II. die Grundsätze seiner zukünftigen Herrschaft: Achtung des Parlaments, seiner Rechte und Privilegien, Generalamnestie, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Schutz der Eigentumsrechte. Mit George Moncks Rückendeckung, dem Versprechen Karls II., die Entscheidungen des Parlaments zu akzeptieren, und der Zusicherung der Glaubensfreiheit in der Deklaration von Breda, fühlten sich die Presbyterianer, die zu diesem Zeitpunkt die entscheidende Kraft in England waren, nicht mehr von der Restauration bedroht. Die Deklaration von Breda dürfte überhaupt für die bedingungslose Restauration der Monarchie entscheidend gewesen sein und ersparte es Karl II., Verpflichtungen einzugehen wie später Wilhelm von Oranien. Auf dieser Grundlage konnte unter Leitung des staatsmännischen Geschicks George Moncks und Edward Hydes an eine Rückkehr Karls II. nach England überhaupt erst gedacht werden. Und tatsächlich wurde Karl II. nach seiner Überfahrt von Holland nach England bei seiner Landung in Kent von einer jubelnden Menschenmenge empfangen. General George Monck begrüßte ihn und man reiste gemeinsam von Dover über Canterbury nach London, vorbei an einer jubelnden Menschenmenge. Karl II. erreichte die Hauptstadt an seinem 30. Geburtstag (29.05.1660). Überall feierten die Menschen den König. Die Durchquerung Londons auf dem Weg nach Westminster dauerte allein sieben Stunden. In Westminster erwarteten den König Feuerwerk, Freudenfeuer und die öffentliche Verbrennung von Bildnissen Oliver Cromwells. Die Stellung Karls II. war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die eines schwachen, vom Parlament eingeladenen Königs. Die Öffentlichkeit wünschte die Rückkehr zur Monarchie, weil sie sich davon das Ende von Chaos und Instabilität erhoffte. Das „*Convention Parliament*“ aber war zuvor ohne königliche Zustimmung einberufen worden. Dieses in seiner Legitimität fragwürdige Parlament konnte sich angesichts der eigenen Position nicht erlauben, grundsätzliche Fragen zur königlichen Prärogative oder zum Verhältnis von Parlament und König zu stellen. Aber auch Karl II. mußte Rücksicht nehmen, auf vielerlei Gruppierungen und Empfindlichkeiten<sup>180</sup>.

---

<sup>180</sup> zur „*Declaration of Breda*“, vgl.: COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 16f.; zur Reise Karls II., vgl.: Anonymus, *England's Joy, or a Relation of the Most Remarkable passages from his MAJESTY's arrival at DOVER, to his entrance at WHITEHALL*, Printed by Thomas Creek, 1660, in: Charles Harding FIRTH (HRSG.), *Stuart Tracts 1603-1693*, With an introduction by C.H. Firth, New York, 1903, S. 425-430; ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 121ff.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 240f., 243; EßER, *Die Tudors und Stuarts 1485-1714*, 2004, S. 165; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 208; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 182;

## 2. Einberufung (1660)

Zahlreiche Pamphlete wurden 1660 veröffentlicht, um Einfluß auf den politischen Entscheidungsfindungsprozeß, auf die Einberufung und Zusammensetzung der „*Convention*“ zu nehmen. Es lassen sich Pamphlete mit royalistischer, republikanischer und die Mischverfassung propagierender Gesinnung feststellen. Außerdem gab es Druckschriften zum Parlamentsverfahren und zur –wahl.

### a) Royalistische, Republikanische und die Mischverfassung propagierende Pamphlete

**William Cavendishs royalistische Schrift „*For your most sacred MATie*“ (1660)** wurde von Cavendish noch vor seiner Erhebung zum Duke of Newcastle (1665) verfasst. Cavendish (1593-1676) wurde als Sohn des Unterhausabgeordneten Sir Charles Cavendish (1553-1617) geboren. Als junger Mann gehörte er zur Begleitung des Thronfolgers Prinz Henry Frederick (1594-1612). Als gewählter Abgeordneter vertrat er Nottinghamshire im Unterhaus (1614). Sein stetig wachsendes Ansehen zeigte sich in dem rasanten Aufstieg nach dem Tod seines Vaters: Man erhob ihn zum Viscount Mansfield (1620), ernannte ihn zum Lord Lieutenant of Nottinghamshire (1626), zum Baron Cavendish of Bolsover und zum Earl of Newcastle upon Tyne (1628). König Karl I. ehrte Cavendish mit zwei Besuchen im Familiensitz in Welbeck (1633/34). Die aus eigenen Mitteln getragene Bewirtung und Unterhaltung des königlichen Hofstaates kostete Cavendish Unsummen, erhöhte aber auch sein Prestige. Neben dem höfischen Leben widmete er sich besonders dem Reitsport, liebte die Poesie und Musik, war bedeutender Förderer der Künste und interessierte sich für Philosophie und Wissenschaft. Cavendish verfasste selbst Dramen, in denen er seine politischen Ansichten als überzeugter Monarchist artikulierte, die ihn als Erzieher des Thronfolgers empfahlen, zu dem er schon bald gemacht wurde (1638). Der spätere König Karl II. war zu diesem Zeitpunkt gerade acht Jahre alt. Ein Jahr später stieg Cavendish auch in den königlichen Rat auf (1639). Im Zusammenhang mit dem Impeachment und der Hinrichtung des Earl of Strafford wurde Cavendish aber vom Parlament zur Aufgabe seiner Position als Prinzenenerzieher gezwungen, so daß er sich auf seine Güter zurückzog (1641). Cavendishs Rolle als Prinzenenerzieher blieb also eine nur kurze Episode. Der ausgebrochene Bürgerkrieg ließ ihn mit einem von ihm selbst aufgestellten Regiment auf Seiten Karls I. kämpfen. Für seine Verdienste ernannte der König ihn zum Marquess (1643).

---

FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 13f.; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 125ff.; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 11ff.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 132f.; SMITH, David L., The struggle for new constitutional and institutional forms, 1992, S. 32; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 1f.; KLUXEN, Geschichte Englands, 1968, S. 345; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 26f., 33, 152f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 220–223; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 18f.; KEMP, King and Commons 1660-1832, 1984, S. 9f.; HARRIS, Restoration, 2005, S. 1-4,44; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 166

Die Niederlage der Royalisten in der Schlacht von Marston Moor veranlasste Cavendish dazu, ins Exil zu gehen (1644). In Paris befand er sich in Gesellschaft zahlreicher Gelehrter wie Hobbes, Descartes, Mersenne und Gassendi. Man ernannte ihn zum „*Knight of the Garter*“ und machte ihn erneut zum königlichen Rat (1650). Den größten Teil der folgenden zehn Jahre im Exil verbrachte Cavendish in Antwerpen. Dort widmete er sich mehr der Reiterei als der Politik. Mit Aussicht auf die Restauration der Monarchie in England verfasste Cavendish die Schrift „*For your most sacred MATie*“ (1660). Mit der Schrift könnte Cavendish beabsichtigt haben, sich in die vorderste Reihe der königlichen Berater zu bringen, zumindest aber ein hohes Amt und Kompensationen für seine enormen finanziellen Verluste während des Bürgerkrieges und des Exils zu erhalten. Cavendish wurde aber enttäuscht. Der König machte ihn nur zum „*Gentleman of the Bedchamber*“ und zum „*Lord Lieutenant of Nottinghamshire*“ (1660). Darüber verärgert ließ er sich bei seiner Erhebung zum „*Knight of the Garter*“ von seinem Sohn vertreten. Zur Krönung Karls II. (1661) blieb er ganz fern. Der König erhob in später dennoch zum Duke of Newcastle (1665)<sup>181</sup>.

Newcastles Schrift „*For your most sacred MATie*“ (1660) befindet sich nicht in der Sammlung der EEBO. Arthur Strong wertete jedoch die Papiere in der Bibliothek von Welbeck aus und veröffentlichte diese in einer Edition. Im Vorwort der Edition vertrat Strong die Ansicht, daß Cavendishs Abhandlung scheinbar keine Auswirkung auf die Politik Karls II. hatte, da Edward Hydes Einfluß auf den jungen König den des alten Prinzenerziehers längst in den Schatten gestellt hatte<sup>182</sup>. Der Text umfasst in der Edition von Arthur Strong fünfzig engbedruckte Seiten und widmet sich in umfassender Weise den Aufgaben der Politik. Thematisiert werden in dieser Reihenfolge: die Miliz, die Kirche, das Recht, der Handel, das Land, das Zeremoniell, die Fehler des Staates und Abhilfe dafür, das höfische Leben, die Zerstörungen des Königs und des Volkes, die Regierung Schottlands und Irlands im speziellen sowie der Regierung ganz generell, die Außenpolitik im Allgemeinen und gegenüber Frankreich und Spanien im Besonderen. Obzwar Cavendish nur für kurze Zeit Erzieher Karls II. war (1638-41), und es ihm nach der Restauration offensichtlich nicht gelang, über eine herausgehobene Stellung am Hof in ein höchstes Staatsamt zu gelangen, gehörte er doch zu den herausragenden Vertretern des Hochadels der Zeit und zu den

---

<sup>181</sup> HULSE, Lynn, Cavendish, William, first duke of Newcastle upon Tyne (bap. 1593, d. 1676), 2004; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Cavendish, Sir William II (1593-1676), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/member/cavendish-sir-william-ii-1593-1676>, 05.11.2015; FIRTH, The Life of William Cavendish Duke of Newcastle, 1907

<sup>182</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, *For your most sacred MATie*, 1903; STRONG, Arthur S. (Hrsg.), *A Catalogue of letters and other historical documents exhibited in the library at Welbeck, With portraits and numerous facsimiles*, London, 1903, S. VII: „*The treatise on government [...] It does not seem to have had any effect upon the policy of Charles II., with whom, by the way, the influence of Hyde had supplanted that of his old tutor*“; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 142–147

Kavalieren, die hohe Erwartungen an die Restauration der Monarchie knüpften. Newcastles Ausführungen können Aufschluß geben über die Einstellung dieser Gruppe, zumindest zeigen sie, wie ein Vertreter des Hochadels sich die Umsetzung der Restauration vorstellte<sup>183</sup>.

Cavendish erklärt in der vorangestellten Widmung, daß er das Buch zur Inthronisierung des Königs geschrieben habe. Er gibt zu, daß seine Erkenntnisse auf langer Erfahrung beruhen, nicht aber auf theoretischer Lektüre, da er nur selten lese, wenn überhaupt<sup>184</sup>. Im Abschnitt über die größten Fehler des Staates und entsprechenden Abhilfen geht Cavendish auf das Verhältnis von König und Parlament ein. Den größten Fehler des Staates sieht er darin, daß der König nach Geldern verlange, wodurch er in Abhängigkeit von Parlamenten gerate. Cavendish führt dies aus. Unter der Herrschaft der letzten beiden Könige brauchten diese immer mehr Geld. So aber ruiniere sich ein König zu guter Letzt. Illegale Steuern werden nötig, die das Volk aufbringen, das nächste Parlament entflammen und den König dazu zwingen, der Unzufriedenheit Abhilfe zu schaffen. Das Ansehen des Königs sinke und jedermann könne sehen, daß ein Parlament ihm befehlen könne. So entsteht der Irrglaube, daß Parlamente besondere Macht haben, was aber nicht wahr sei. Deshalb sollten gar keine solchen Steuern erhoben werden, die den König zur Einberufung eines Parlaments zwingen. Die Parlamente würden sich dies nur zunutze machen, mit dem König spielen und ihm Gelder erst dann bewilligen, wenn ihre Wünsche erfüllt werden. Besser sei es, wenn der König Geld spare. Berufe ein reicher König ein Parlament ein, dann wird er dieses beherrschen und machen können, was er will. **Es gibt also nichts besseres, als mit gut regulierten Parlamenten zu regieren.** Reguliert sind Parlamente, wenn der König reich sei und nicht unter finanziellem Zwang stehe. Parlamente sollten in ihren Grenzen gehalten werden<sup>185</sup>. Ausgerechnet Cavendish, der in der Adelshierarchie steil aufgestiegen war wie kaum ein anderer, beklagte das Übel, daß die Monarchie zu viele Lords schaffe. Diese würden Faktionen bilden, wodurch wiederum solche im Unterhaus entstehen. Das Unterhaus sei überhaupt nur dadurch partiisch. Je weniger Lords, desto weniger Parteiungen entstünden. Der König solle also wie Königin Elisabeth die alten Lords aussterben

---

<sup>183</sup> HUTTON, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, 1989, S. 2f.: „Newcastle [...] has generally been regarded as the greatest individual influence upon Charles's character“

<sup>184</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 173: *“I am bolde humblye to presente this Booke to your Matie which is writt perticulerlye for your Matie when you are Inthroned, [...] Ther is no oratorye in itt, or anye thinge stolen out off Bookes, for I seldome or ever reade anye, butt these discourses are outte off my longe experience [...]”*

<sup>185</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 214: *“[...] There is nothinge better then to govern by well regulated parlamentts, and iff your Matie bee nott nesestetated butt rich theye will bee regular. Parlaments shoulde be kepte within their boundes [...]”*; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1; KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 655; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 77

lassen und nur wenige neue Lords schaffen. Es müsse aber darauf geachtet werden, daß die Lords ihrer Stellung entsprechende Mittel haben, denn andernfalls schaffe der König Parteiungen gegen sich selbst. Diese nicht zu unterdrücken sei ein weiterer Fehler<sup>186</sup>. Zuzulassen, daß Parlamente nach ihrem Belieben Diener des Königs richten, auch dies sei ein Fehler. Cavendish erkennt die Macht der Impeachments, die letztlich zum modernen Instrument des Mißtrauensvotums führten<sup>187</sup>. Cavendish erwartete für die zahlreichen von ihm persönlich gebrachten Opfer während des Bürgerkrieges reichlich Belohnung und Kompensation. Es überrascht deshalb wenig, daß er es für den größten aller Fehler der letzten beiden Könige hält, Freunde nicht ausreichend belohnt und Feinde nicht genug bestraft zu haben<sup>188</sup>. Die königliche Prerogative bezweifeln und im Parlament diskutieren zu lassen, erachtet Cavendish als extrem gefährlich und ursächlich für den Bürgerkrieg. Der Grundsatz „*The King can do no wrong*“ sei wahr, weil der König über dem Gesetz stehe. Die Prerogative sei heilig und dürfe niemals bezweifelt werden<sup>189</sup>. Parlamente scheint Cavendish für ein echtes Problem gehalten zu haben. Er hält es für ein Übel, wenn Parlamente zu lange tagen. Parlamente sollten aufgelöst werden, sobald sie ihre Beschwerden und Wünsche geäußert haben und diese im Sinne des Gemeinwohls behoben wurden. Dies diene den Abgeordneten, die sich wieder ihren eigenen Angelegenheiten widmen können, und es diene der Monarchie, weil Parlamente gar nicht arbeiten wollen und wenn sie es tun, dann zum Nachteil des Königs und des Gemeinwohls. Sie zerstören die Monarchie, die Kirche, die Fundamentalgesetze und versklaven die ganze Nation. Der König solle deshalb vorher eine genaue Zeit für ihre Versammlung festlegen<sup>190</sup>. Höchst interessant ist auch Cavendishs Ansicht über die Rolle der Presse. Es schade dem König, wenn das Volk extrem überhitzt sei und sich jedermann für einen Staatsmann halte. Dies liege an

---

<sup>186</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 215; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>187</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 216: *“Another error to suffer parlaments to pull doune men att theyr pleasure and teare them frome your sides wether you will or no [...]”*

<sup>188</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 217; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

<sup>189</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 218: *“[...] for itt is an old maxim the kinge can doe no wronge & Itt is moste trewe for hee is above the lawe [...]”*; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4

<sup>190</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 219: *„An other error & a great one theye alwayes sufferde parlaments to sitt to longe, for when theye have presented theyr grevanses & desiens & those rectefied for the good off the Comon wealth, they should bee dismist which is a greate benefitt to the Gentle-men to followe their owne afayres as well as for your Matie for a parlamente will never wante worke, & whatt theye have nott theye will make as this laste did to the preiudice off kinge & Comon wealth, & to all good men, to the Distruction off our Antiente kinges, to our settled Church & our fundamentall Lawes, & the enslavinge the whole nation, therefore your Matie should doe verye well to prefixe them a time howe longe theye sholde sitt, & your Matie & your people will finde greate Ease in Itt.“*



den in- und ausländischen Zeitungen, die deshalb verboten werden sollten<sup>191</sup>. Geeignete Herrschaftsmittel seien vielmehr Geld und Waffen. Cavendish erachtet den französischen Kardinal Richelieu als größten Staatsmann seiner Zeit, weil dies die Mittel seiner Wahl waren. Wenn das Geld nicht funktionierte, dann würden es schon die Waffen richten<sup>192</sup>. Die Frage, ob Liebe oder Furcht der Untertanen für den König besser seien, entscheidet Cavendish je nach Situation. Einmal sei das eine, ein anderes Mal das andere anzustreben. Entscheidend für Könige und Weise sei Menschenkenntnis, nicht Bücherwissen. Seine Menschenkenntnis hielt Karl II. sich stets zu Gute als seine hervorragende Eigenschaft. Vielleicht war der Einfluß seines alten Tutors auf den König größer als gedacht<sup>193</sup>.

**James Harringtons (1611-77) republikanische Schrift „*The Rota, Or, A model of a free-state, or equall common-wealth*“ (1660)** steht im Schatten seiner weltberühmten Schrift “*The Commonwealth of Oceana*” (1656), eines der großen Werke der politischen Ideengeschichte. Kaum ein anderer Schriftsteller der Commonwealth-Periode war einflußreicher als Harrington. Seit der Hinrichtung Karls I. in Zurückgezogenheit lebend wurde er nach Oliver Cromwells Tod (1658) aktiver Teilnehmer der öffentlich geführten Debatte um die Zukunft des Landes (1659/60), da er eine Rückkehr zur Monarchie befürchtete. Harrington gehörte einer alteingesessenen Familie Englands an, die in enger verwandtschaftlicher Beziehung zum englischen Hochadel stand. Er selbst entsprang einem Nebenzweig der Familie, trug zeitlebens selbst keinen Adelstitel, war aber seit dem Tod seines Vaters als dessen Erbe finanziell versorgt, so daß er seit 1631 für mehrere Jahre in Europa reisen und sich das Leben eines Privatgelehrten auf seinem Besitz in Westminster leisten konnte. Er heiratete spät, blieb kinderlos und studierte knapp zwei Jahre in Oxford, ohne dort einen Abschluß zu machen. Zur Juristenausbildung an den Inns of Court blieb er nur wenige Wochen, war er doch von einer Antipathie gegen Juristen erfüllt. Dies schlug sich auch in seinem Hauptwerk „*Oceana*“ (1656) nieder, schloß er darin doch Juristen vom Parlament aus. Während seiner Reisen trat er in die Dienste des Kurfürsten Friedrich V. von der Pfalz und seiner englischen Frau Elizabeth, der Tochter König Jakobs I. von England. Er vertrat die Interessen des Paares als ihr Gesandter in London, ebenso wie er dies später auch für deren Sohn tat, den Kurfürsten Karl von der Pfalz. Auf seinen Reisen lernte er Deutsch, Französisch und Italienisch. In England bekleidete

---

<sup>191</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 220; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5

<sup>192</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 220f.; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>193</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 230; vgl. Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

er keine Staatsämter, wohl aber das Hofamt eines „*Gentleman groom of the Royal Bedchamber*“ König Karls I. Nach der Hinrichtung des Königs (1649) zog er sich auf seine Güter zurück, wo er an seinem Hauptwerk arbeitete. Die Schrift war Oliver Cromwell gewidmet und wurde 1656 veröffentlicht. Nach dem Tod Cromwells (1658) begann seine aktivste Zeit in der Öffentlichkeit. Er war gegen die Wiedereinberufung der Lords im Oberhaus und Gegner der Wiederherstellung der Monarchie. Nach der Wiedereinberufung des Rumpfparlaments wandte er sich mit der „*Petition of Divers well-affected people*“ (1659) an den Rumpf. Darin schlug er ein Zweikammerparlament bestehend aus einem kleineren Senat mit 300 Mitgliedern vor, von denen jährlich ein Drittel neu gewählt werden sollten, und einer größeren Abgeordnetenkammer. Der Rumpf ignorierte seine Petition. Strenge Republikaner wie Sir Henry Vane und John Milton gingen seinem Vorschlag dagegen nicht weit genug. Harrington veröffentlichte 1659 noch weitere Schriften: „*The Art of Lawgiving*“, „*Brief Directions*“ und „*Aphorisms Political*“ und verbreitete seine Ideen im „*Rota-Club*“, einem eigens gegründeten Debattierclub, der sich seit Oktober 1659 in „*Miles's Coffee House at the Turke's Head*“ am Themseufer in London versammelte. Die Treffen des Clubs endeten nach Eintreffen General Moncks in London (Februar 1660). Harrington veröffentlichte aber noch seine Schrift „*The Rota*“ (1660). Nach der Restauration der Monarchie wurde Harrington verhaftet (28.12.1661), zunächst im Tower in London inhaftiert und danach in ein Gefängnis auf St. Nicholas Island in der Nähe von Plymouth verbracht. Während seiner Inhaftierung wurde er offensichtlich mißhandelt, erlitt bleibende körperliche und psychische Schäden von denen er sich nie mehr erholte. Aufgrund seines schlechten Zustandes entließ man ihn 1662 aus der Haft<sup>194</sup>.

Harringtons Schrift „*The Rota, Or, A model of a free-state, or equall common-wealth*“ publizierte er aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem Einzug General George Moncks in London (Februar 1660), da er sich danach wieder aus der Öffentlichkeit zurückzog und auch die Debatten im „*Rota-Club*“ beendete. Die Schrift umfasst 29 Seiten plus Titelblatt. Die Vorrede betitelt mit „*At the Rota*“.

---

<sup>194</sup> HÖPFL, H. M., Harrington, James (1611-77), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/12375>, 15.11.2015; Die erste biographische Abhandlung über James Harrington schrieb John Toland im Jahre 1700. Tolands Beschreibung wurde zu einer wichtigen Quelle, auch wenn viele der darin gemachten Angaben ohne Beleg sind: TOLAND, John, *The Life of James Harrington*, in: Ders., *The Oceana and other works of James Harrington, Esq., Collected, methodiz'd, and review'd with an exact account of his life prefixed by John Toland*, London, 1747, The Third Edition, S. XIII–XLIV; vgl. Pocock, John (Hrsg.), *The political works of James Harrington*, Cambridge, 1977; Pocock, John, *James Harrington and the Good Old Cause, A Study of the Ideological Context of His Writings*, in: *Journal of British Studies* 10, 1970, Nr. 1, S. 30–48; BLITZER, Charles (Hrsg.), *The Political Writings of James Harrington, Representative Selections*, Westport, Connecticut, 1955; BLITZER, Charles, *An immortal Commonwealth, The political thought of James Harrington*, New Haven, 1960; COTTON, James, *James Harrington and Thomas Hobbes*, in: *Journal of the History of Ideas* 42, 1981, Nr. 3, S. 407–421; RIKLIN, Alois, *Die Republik von James Harrington 1656*, Bern, Wien, 1999

December 20. 1659“ listet Beschlüsse des Rota-Club auf. Im ersten Beschluß wird das Model einer Republik als Beratungsgegenstand festgelegt<sup>195</sup>. Die Schrift gliedert sich in mehrere Abschnitte. 1. Kapitel: *“The Principles of Government”* (S. 3f.), 2. Kapitel: *„For the Form or Model. In Brief of a Free-State, or equall Common-Wealth; It hath been proposed in this manner”* (S. 5f.), 3. Kapitel: *“The Model at large of a Free-State, Or equall Common-Wealth”* (S. 7-29). Das 3. Kapitel unterteilt sich in vier Unterkapitel. 1. Teil über Politik: *“Part 1: For the Civill Part, it is proposed”* (S. 7-20), 2. Teil über Religion: *“Part 2: For the Religious part, it is proposed”* (S. 21ff.), 3. Teil über das Militär: *“Part 3: For the military part, it is proposed”* (S. 23-26) und 4. Teil über Landesteile: *“Part 4: For the Provincial Part, it is proposed”* (S. 27-29). Im 1. Kapitel *“The Principles of Government”* orientiert sich Harrington an den von Aristoteles geschaffenen Kategorien der Staats- und Regierungsformen sowie deren Degenerationsformen. In Harringtons Interpretation richtet sich die Regierungsform nach den Eigentumsverhältnissen. Absolute Monarchie liege vor, wenn das Eigentum eines Mannes überwiege. Von Aristokratie oder gemischter Monarchie könne gesprochen werden, wenn das Eigentum weniger überwiege. Demokratie liege vor, wenn das Eigentum gleichmäßig verteilt sei. Alleinherrschaft entgegen der Eigentumsverteilung sei Tyrannis. Herrschaft weniger entgegen der Eigentumsverteilung sei eine Oligarchie. Herrschaft vieler entgegen der Eigentumsverteilung sei Rebellion oder Anarchie. Kriegszustand herrsche, wo die Eigentumsverteilung gleich sei. Das Übergewicht des Eigentums eines Mannes resultiere in einer Herrschaft wie in der Türkei. Das Übergewicht weniger resultiere in einer Regierungsform wie der von König, Lords und Bürgern. Ein Übergewicht der vielen komme in keiner anderen Regierungsform vor als der von Senat und Volksvertretung<sup>196</sup>. Im 2. Kapitel skizziert Harrington seine Vorstellung des Senats und der Volksvertretung von Oceana, deren Zusammensetzung, Tagung und Gesetzgebungsbefugnis. **Die Versammlungen sollen alle drei Jahre oder jährlich zu einem Drittel neu gewählt werden.** Der Senat solle das Beratungs- und Vorschlagsrecht, die Volksversammlung das volle Entscheidungsrecht haben. Gesetz solle nur sein, was vom Senat vorgeschlagen und von der Volksversammlung beschlossen werde<sup>197</sup>. Im 1. Unterkapitel des 3.

---

<sup>195</sup> HARRINGTON, James, *The Rota, Or, A model of a free-state, or equall common-wealth: once proposed and debated in brief, and to be again more at large proposed to, and debated by a free and open society of ingenious gentlemen*, Early English Books Online (EEBO) 150:E.1013[7], London, 1660, S. 1: *„Resolved, That the Proposer be desired, and is hereby desired to bring in a Modell of a Free State, or Equall Common-Wealth, at large, to be further debated by this Society, and that in Order thereunto it be first Printed“*

<sup>196</sup> HARRINGTON, *The Rota*, 1660, S. 3f.; vgl. Harrington, *The Rota*, 1660, *Analekten*, Textauszug Nr. 1

<sup>197</sup> HARRINGTON, *The Rota*, 1660, S. 6: *„9. Let there be elected at the same time in each Shire, the first year onely, two other Knights, and seven other Deputies for the term of one year, and two other Knights with seven other Deputies for the term of two years, which in all constituteth the Senate of three hundred Knights, and the Popular Assembly of one thousand and fifty Deputies, each being upon a triennial Rotation, or annual change in one third part. 10. Let the Senate have the whole Authority or right of*

Kapitels kommt Harrington ein zweites Mal auf seine Vorstellung der dreijährigen Sitzungsperiode von Senat und Volksvertretung zu sprechen<sup>198</sup>.

**Der dreizehnseitige, die Volksherrschaft propagierende und die Monarchie ablehnende Text „A letter intercepted“ (1660)** mit dem Untertitel *“Printed for the use and benefit of the ingenuous reader, In which the two different forms of monarchy and popular government, are briefly controverted. The common-wealth party are advised not to buy this”* und der Angabe *“by N.D. Gent”* lässt sich keinem bestimmten Autor zuordnen. Der Text ist ungegliedert. Der Autor fragt, ob Monarchie oder Volksherrschaft besser für die Menschen sei und unterscheidet zur Beantwortung der Frage zwischen absoluter und gemischter oder regulierter Monarchie. Letztere wird auch von Anhängern der Volksherrschaft toleriert. Absolute Monarchie ist absolut ungesetzlich und unvereinbar mit den Gesetzen Gottes, ein direkter Bruch des Moralgesetzes<sup>199</sup>. Selbstmord verstößt gegen das Moralgesetz. Freie Völker mit der Möglichkeit der Wahl, wie England zurzeit, machen sich des Selbstmords schuldig, wenn sie sich einer absoluten Monarchie unterwerfen<sup>200</sup>. Der Verfasser lobt Englands gemischte Monarchie. Das ausgezeichnete daran: Der Monarch kann nichts Wesentliches ohne seinen Rat bewerkstelligen, insbesondere kann er kein Gesetz alleine machen, besitzt er doch selbst keine alleinige Gesetzgebungsmacht. Alles muß in Übereinstimmung mit seinem Rat geschehen, entweder im Großen Rat, dem Parlament, oder im kleinen Rat. Ohne diese handelt es sich eher um eine absolute Monarchie<sup>201</sup>. Der eigentliche Streit bestünde immer zwischen königlicher Prerogative und dem Privileg des Parlaments, einerseits im Streben nach absoluter Macht des Monarchen, unter dem Deckmantel der Billigkeit und der Prämisse, daß die Souveränität unteilbar sein müsse, und andererseits im Privileg des Parlaments zur Freiheit der Beratung, der Rede und dem Handeln für das Gemeinwohl. Die Bestrebungen von König und Parlament seien entgegengesetzt. In der gemischten Form müssen diese beiden Prinzipien ewig miteinander im

---

*debating and proposing unto the people; let the Popular Assembly have the whole power of result; and let what shall be proposed by the Senate, and resolved by the Popular Assembly, be the Law of Oceana“*

<sup>198</sup> HARRINGTON, The Rota, 1660, S. 10: *„12. That the Squadron of the Tribe, upon the second day of their Assembly, Elect two Knights, and three Burgesses out of the Horse of their number and four other Burgesses out of the foot of their number. That the Knights have Session in the Senate, for the Terme of three yeares, and that the Burgesses be of the Prerogative Tribe, or Representative of the People for the like terme“*

<sup>199</sup> Anonymus, A letter intercepted, Printed for the use and benefit of the ingenuous reader, In which the two different forms of monarchy and popular government, are briefly controverted. The common-wealth party are advised not to buy this, by N.D. Gent, Early English Books Online (EEBO) 151:E.1017[36], London, 1660, S. 2, vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

<sup>200</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 2f., vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>201</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 3, vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

Streit stehen, wie Feuer und Wasser, bis ein Element obsiegt<sup>202</sup>. Die Monarchie ist dabei keineswegs die beste Regierungsform. Die absolute Monarchie kann von keinem Volk akzeptiert werden. Die gemischte Monarchie tendiere zur Errichtung absoluter Monarchie. Deshalb gebe es ewige Kämpfe zwischen den Räten und dem König<sup>203</sup>. Im Ergebnis sei die absolute Monarchie nach Ansicht des Autors inakzeptabel und ungesetzlich. Gemischte Monarchie sei gefährlich, weil es eine Tendenz zum Absolutismus gebe. Einen exilierten König wieder zuzulassen sei sehr gefährlich, weil es seine Natur sei, seine Sicherheit anzustreben<sup>204</sup>. Nach Widerlegung der Monarchie werden die Vorteile der Volksherrschaft aufgezeigt. Welche Vorteile diese für das Volk habe, solle anhand der Nachteile der Monarchie gezeigt werden<sup>205</sup>. **Es sollte Regeln geben zur Versammlung der Repräsentanten zu bestimmten Zeiten und ebenso müßte es Regeln geben zur Beendigung**<sup>206</sup>. Die Versammlung sollte das souveräne Recht zur Nominierung einer untergeordneten Versammlung oder eines Senats besitzen. Der Senat sollte die ausführende Gewalt haben, der Volksversammlung untergeordnet und der souveränen Versammlung rechenschaftspflichtig sein im Falle schlechter Regierungsweise<sup>207</sup>. Schließlich sollte die Versammlung auch das Recht zur außerordentlichen Anrufung des Volkes zur Wahl ihrer Repräsentanten besitzen. Eine bessere Regierung sei nicht vorstellbar. Die Volksversammlung hätte die souveräne Gewalt<sup>208</sup>. Der Verfasser der Schrift offenbart sich als Gegner der Monarchie und Anhänger der Volksherrschaft. Ohne die Gefahr eines Parlamentsabsolutismus auszusprechen, ist der Verfasser sich aber der Notwendigkeit einer zeitlichen Befristung der souveränen Volksversammlung bewußt. Dementsprechend fordert er gesetzliche Regelungen zu ihrer Einberufung und Beendigung. Außerdem soll die Versammlung das Recht haben, sich in außergewöhnlichen Fällen an das Volk zu wenden, damit dieses neu wählt. Man könnte hier von regelmäßigen Versammlungen sprechen, angereichert um das Element einer Neuwahloption aus der Mitte des Parlaments, als Lösung für außergewöhnliche Situationen.

**James Howells Schrift „Philanglus“ (1660)** zeigt den Verfasser als Gegner des Langen Parlaments und Befürworter der Mischverfassung. Howell (1594-1666) studierte in Oxford (1610-

---

<sup>202</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 4f., vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4

<sup>203</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 6; vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5

<sup>204</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 7; vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>205</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 8; vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

<sup>206</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 9: *„For let it but be granted, (which I think none will deny) that it is possible that rules may be given (to which we shall constantly hold) for the assembling of the peoples Representatives at certain times; and also that certain times be appointed for the ending of such assemblies“*

<sup>207</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 9; vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>208</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 9; vgl. Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

13) und bereiste Europa zunächst als Handlungsbevollmächtigter einer englischen Glasfabrik (1616-18). Zurückgekehrt von seinen Reisen wurde er Tutor der Söhne von Lord Savage und Baron Altham und begleitete diese nach Frankreich (1620/21). Mit dem englischen Botschafter John Digby, Earl of Bristol, und Sir Kenelm Digby reiste er in diplomatischer Mission nach Spanien (1622-24). Dort wurde er Zeuge der unglücklichen Heiratsverhandlungen des Prinzen von Wales. Wieder in England stand er in den 1620er Jahren in den Diensten verschiedener hochrangiger Personen. Seine Verbindungen trugen dazu bei, daß er durch Sunderlands Förderung für Richmond in Yorkshire ins Parlament gewählt wurde (1628). Über seine Abgeordnetentätigkeit in diesem Parlament gibt es keine Aufzeichnungen. Es blieb auch bei dieser einzigen Wahl ins Parlament. Nach dem Tod Sunderlands war Howell ohne Patronage und Hoffnung auf ein Amt, so daß er Robert Sidney, Earl of Leicester, als Sekretär und Übersetzer auf Auslandsreise nach Dänemark begleitete (1632/33). Über die Reise verfasste er ein Tagebuch. Howells erneute Versuche mißglückten eine öffentliche Anstellung zu erlangen, so daß er sich ab 1640 ganz der Schriftstellerei widmete. Seine Schriften zeigen einen gebildeten Mann, dem die antiken und modernen Klassiker wohl bekannt waren. In seinen Schriften beschäftigte er sich mit dem Verhältnis von König und Parlament. Howell war aber der Ansicht, daß der Bürgerkrieg primär religiöser und nur sekundär politischer Natur war. Howell wurde dennoch inhaftiert (1643-50), allerdings weniger wegen seiner royalistischen Gesinnung, wie er später vorgab, sondern weil er seine Schulden nicht begleichen konnte. Er schrieb während seiner Inhaftierung, und hatte sich der Angriffe William Prynnes zu erwehren, der ihm vorwarf, kein Freund des Parlaments zu sein, sondern ein heimtückischer Mensch („*no friend to Parliaments, but a malignant*“). Howell verteidigte sich mit einer Serie moderater Schriften („*The Preheminence and Pedigree of Parlemt*“, 1644). Unter Bezugnahme auf John Selden sprach er dem englischen Parlament darin das Verdienst zu, das englische Recht maßgeblich weiterentwickelt zu haben, insbesondere Magna Charta sei dem Parlament zu verdanken. Howells Schrift „*Casuall Discourses, and Interlocutions betwixt Patricius and Peregrin*“ beschrieb die Ereignisse der Jahre 1641-42, erschien aber erst nach Überarbeitungen in den 1650er Jahren nach der Restauration (1661). Nach seiner Freilassung dürfte sich Howell um eine Anstellung in der Republik bemüht haben. Seine Schrift „*A Survey of the Signorie of Venice, of her Admired Policy and Method of Government*“ (1651) beschreibt die Geschichte der venezianischen Republik und setzt diese mit der englischen Republik in Verbindung. Marchamont Nedham kam ihm mit einer Übersetzung von John Seldens Buch „*Mare clausum*“ zuvor, was Howell nicht davon abhielt nach der Restauration eine eigene Übersetzung zu veröffentlichen (1663). Eine Zusammenfassung kleinerer Schriften der Jahre 1648/49 veröffentlichte er unter dem Titel „*Mr Howell's Minor Works*“ (1654), darunter die Schrift „*The*

*Instruments of a King*“, über die königliche Souveränität. Howells Abrechnung mit dem Langen Parlament publizierte er als „*Som Sober Inspections Made into the Cariage and Consults of the Late Long Parlement*“ (1655) mit einer Widmung an Oliver Cromwell, den er als Freiheitskämpfer darstellte, der das Land vor einem permanenten Parlament gerettet habe. Nach Cromwells Tod (1658) und in Ungewissheit der zukünftigen Entwicklung betonte Howell seine moderate Gesinnung in dem Werk „*A brief admonition of some of the inconveniences of all the three most famous governments known to the world: with their comparisons together*“ (1659). Nach der Restauration gehörte Howell zu den zahlreichen Kavalieren, deren Hoffnungen auf Belohnung und Anstellung enttäuscht wurden. Er gab ihrer aller Enttäuschung Ausdruck in der Schrift „*A Cordial for the Cavaliers*“ (1661). Sir Roger L’Estrange antwortete ihm mit der Schrift „*A caveat to the cavaliers, or, An antidote against mistaken cordials: dedicated to the author of ‘A cordial for the cavaliers’*“, in der er Howell Kollaboration mit dem Rumpfparlament und Cromwell vorwarf. Howell verteidigte seine Integrität mit der Gegenschrift „*Som sober inspections made into those ingredients that went to the composition of a late cordial ... for the satisfaction of som, who misapprehended the author*“ (1661), erntete aber nur weiteren Spott in L’Estranges Antwort „*A Modest Plea both for the Caveat, and the Author of It*“ (1661), worauf Howell es vorzog, zu schweigen. Lordkanzler Clarendon war aber durch den Schriftwechsel auf ihn aufmerksam geworden, und belohnte ihn mit 200 Pfund und der von Howell vorgeschlagenen Position eines königlichen Hofhistoriographen (1661), die es zuvor nicht in England gegeben hatte. In dieser Position publizierte er kleinere Schriften, vor allem aber „*Proedria Basilike*“ (1664) über den Vorrang der Könige, das Alter und die Autorität der englischen Monarchie<sup>209</sup>.

Howells Schrift „*Philanglus, Som Sober Inspections Made into the Cariage and Consults of the Late Long Parlement*“ erschien erstmals während des Interregnums (1655) und war Oliver Cromwell gewidmet, der darin als Freiheitskämpfer zur Rettung vor einem permanenten Parlament dargestellt wurde. Die hier vorliegende vierte Ausgabe wurde zur Restauration der Monarchie publiziert (1660). Die Widmungsadresse lobt die Königsherrschaft: „*The present Case of England stated in short. O England Thy King a lasting Peace will bring: An EVERLASTING WARR No King*“. Es handelt sich um einen Dialog („*To the Knowing Reader, touching the method of this Discourse*“) zwischen Philanglus („*The first a good Patriot, and great lover of the English*“) und Polyander („*The other a person who had seen much of the world abroad, and studyed men, as both*

---

<sup>209</sup> WOOLF, D. R., Howell, James (1594?-1666), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/13974>, 16.12.2015; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Howell, James (c. 1594-1666), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/member/howell-james-1594-1666>, 18.12.2015

*their names do intimate*”) zur Auseinandersetzung mit der Verfassung Englands und der Rolle des Langen Parlaments darin. Die Schrift umfasst 188 Seiten<sup>210</sup>.

Howell läßt Polyander zu Beginn ein Loblied auf die Monarchie anstimmen. Die Politiker haben sich Gedanken über die verschiedenen Regierungen gemacht, und die weisesten waren sich darüber einig, daß keine Regierung der himmlischen Ordnung mehr gleiche, so dauerhaft sei und so feste Prinzipien habe wie die Monarchie<sup>211</sup>. Polyander kritisiert zugleich die Staatsformenlehre des Aristoteles. Sie sei voller Widersprüche und Verwirrung<sup>212</sup>. Philanglus verteidigt Aristoteles. Er verweist auf die Unmöglichkeit für den menschlichen Geist, universelle Regeln für die Regierung aufzustellen<sup>213</sup>. Und Polyander stimmt zu, daß es keine Kunst gebe, die so schwierig und unsicher sei, wie die Herrschaft über den Menschen<sup>214</sup>. Philanglus glaubt einen universalen Grundsatz erkannt zu haben. Es müsse immer eine sichtbare, effektive Macht zur Bewahrung und Eindämmung eines Volkes geben. Gleichzeitig müsse das Volk für diesen Schutz aufkommen<sup>215</sup>. Auch darin stimmt Polyander zu, kommt aber unmittelbar auf das Lange Parlament und die Revolution in England zu sprechen<sup>216</sup>. Philanglus berichtet, daß das Volk sich in äußerster Weise nach einem Parlament gesehnt hatte. Sie bekamen schließlich das lange Parlament, das länger dauerte als alle anderen Parlamente Englands zuvor. Dieses Parlament stellte sich aber als große Bürde heraus. Niemals gab es ein solches Götzenbild wie dieses Parlament. Es galt als Gotteslästerung, sich gegen das Parlament zu äußern<sup>217</sup>. Philanglus führt weiter aus, daß das Lange Parlament die königlichen Regalien Schwert und Staatssiegel sowie die Souveränität und Miliz und einfach alle Zeichen der königlicher Majestät an sich genommen habe, ebenso wie die Gesetzgebung und die höchste Gewalt im Staat<sup>218</sup>. Auf Polyanders Frage, ob die höchste Staatsgewalt sich denn nicht im Parlament befinde, da es doch die Repräsentation der ganzen

---

<sup>210</sup> HOWELL, James, Philanglus, Som sober inspections made into the cariage and consults of the late-Long Parlement whereby occasion is taken to speak of parlements in former times &c., With som reflexes upon government in general, With som prophetic paragraffs, Early English Books Online (EEBO) 791:08, London, 1660

<sup>211</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 4; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

<sup>212</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 4f.: *“he is full of contradiction and confusion”*

<sup>213</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 6f.: *„We cannot blame this great Philosopher to rove herein up and down, it being impossible for any human brain to prescribe any certain and infallible universal rules of Government“*

<sup>214</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 6f.: *„I concur with you there is no Art so difficult, and fuller of incertainties, as Hominem homini imperare“*

<sup>215</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 8; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>216</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 9: *„I pray be pleased to tell me something of the proceedings of the late long Parlement, and of this mighty revolution“*

<sup>217</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 9; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

<sup>218</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 10 vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4



Nation sei, antwortet Philanglus, daß man zunächst die Abstammung und Herkunft des Parlaments („*pedigree*“) besprechen müsse<sup>219</sup>. Polyander solle zunächst über das Parlament in Frankreich berichten, was dieser bereitwillig tut<sup>220</sup>. Philanglus schließt eigene Ausführungen über die Parlamente Schottlands und Irlands an<sup>221</sup>. Erst danach kommt er auf England zu sprechen. Zur Wahl berechtigt seien die Landbesitzer („*Freeholder*“). Die Wähler verpflichten sich durch die Wahl ihrer Vertreter, denen ihr Mandat durch die Wahl anvertraut wurde. Die Macht des Unterhauses beruhe auf dieser Treuhandschaft. Die königlichen Einberufungsschreiben („*Writs*“) an die Sheriffs geben der Wahl der Landbesitzer ihre Autorität. Zur genauen Kenntnis der Macht des Parlaments müsse der Wortlaut des Einberufungsschreibens herangezogen werden, denn darüber hinaus reiche die Macht des Parlaments nicht, weil die Landbesitzer keine andere Macht an ihre gewählten Vertreter delegieren können, als der König ihnen im Einberufungsschreiben zuvor zugebilligt habe<sup>222</sup>. Dem Abdruck eines königlichen Einberufungsschreibens<sup>223</sup> folgt Philanglus Kommentierung. Beide Häuser des Parlaments gründen ihre Autorität auf die Einberufungsschreiben. Das Oberhaus berate sich mit dem König, während das Unterhaus nur das Recht zur Zustimmung habe. Dem Einberufungsschreiben könne also gar nicht entnommen werden, daß die Unterhausabgeordneten Teil des großen Rats des Königreiches oder des obersten Gerichtshofes seien. Sie haben auch keinen Anteil an der Gesetzgebungsmacht, kein Recht zur Beratung, sondern nur ein Recht zur Zustimmung<sup>224</sup>. Polyander hinterfragt, ob also nur der König allein mit den geistlichen und weltlichen Lords der „*Common Council of the Kingdom*“ sei. Philanglus bejaht dies vehement und beginnt mit historischen Ausführungen zur Rolle des Unterhauses<sup>225</sup>. Über die folgenden Seiten wechseln sich Philanglus und Polyander in ihren historischen Ausführungen ab<sup>226</sup>. Polyander fragt schließlich danach, wie es dazu kommen konnte, daß die Gemeinen einen solch großen Anteil an

---

<sup>219</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 10: *“Polyander. But doth not the Supreme Power reside in the English Parlemt, which is an Epitome and Representative of the whole Nation?”*

<sup>220</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 11f.

<sup>221</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 13ff.

<sup>222</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 15f.: *„To know the full extent of the power of Parlemt, you must have an eye, and observe well the words of the Writ, for the Freeholders cannot transfer a greater power then is compriz'd in the Writ to those that they appoint their servants in Parlemt“*

<sup>223</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 16ff.

<sup>224</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 18: *„The Commission or Writ is the foundation whereon the whole Fabric of the power and duty of both Houses of Parlemt is grounded. [...]“*; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5

<sup>225</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 19: *„Philanglus. Yes, without controversie, not untill the raign of Henry the first were the Commons call'd to the Parlemt at all, or had as much as a consent in the making of laws“*

<sup>226</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 19–27

der Regierung und Gesetzgebung erlangt haben<sup>227</sup>. In früheren Jahrhunderten regierten die Könige mit Unterstützung ihres engsten Beraterkreises („*Privy Council*“). Den großen Rat, bestehend aus den geistlichen und weltlichen Baronen („*Great Council*“), beriefen sie dagegen nur zu außergewöhnlichen Anlässen, ganz nach ihrem Ermessen. Die Gemeinen aber wurden erstmals von Heinrich I. berufen. Nach Philanglus Ansicht sei Sir Walter Raleigh der Meinung gewesen, daß es zuvor überhaupt keine formalen Parlamente gegeben habe. Heinrich I. versammelte aber nicht nur die Gemeinen, sondern er erließ auch Magna Charta. Unterhaus wie Magna Charta sind ihrem Ursprung nach also das Werk zweier Usurpatoren und unrechtmäßiger Könige. Bestätigt wurde die Entwicklung nachträglich durch Rebellion<sup>228</sup>. Über die Regelmäßigkeit der Einberufung der Parlamente sagt Philanglus, daß Heinrich I. und seine Nachfolger Parlamente unregelmäßig beriefen. Die Gemeinen wurden überhaupt erst unter König Heinrich III. kontinuierlich und erstmals formell durch Einberufungsschreiben einberufen. Seine Nachfolger änderten die Writs aber nach ihrem Gutdünken. Erst Heinrich VI. regelte in einer Ordonanz, daß nur wahlberechtigt sei, wer mindestens 40 Shilling Jahreseinkünfte erzielte<sup>229</sup>. Philanglus äußerte sich lobend darüber, daß die Gemeinen in früheren Zeiten der Maxime folgten, sich nicht in Staatsangelegenheiten einzumischen, sondern diese dem König und seinem Oberhaus zu überlassen<sup>230</sup>. Polyander stimmte dem zu. Der Politik wesenhaft sei es, daß Staatsangelegenheiten nur wenigen zur Kenntnis und Beratung gebracht werden sollten, dem Regierungschef und seinem engsten Ratgebern nämlich<sup>231</sup>. Polyander äußert außerdem Bedenken über die Vertreter der Boroughs und Cities im Unterhaus. Diese seien hauptsächlich Handelsleute und Vertreter von Korporationen, die in ihrer Anzahl die adeligen Ritter der Grafschaften bei weitem übertreffen. Insbesondere die Rolle Londons sei besorgniserregend<sup>232</sup>. Wo aber verortet sich die oberste Gesetzgebungsmacht? Von dieser Frage ausgehend macht Philanglus auch eine eindeutige **Aussage über die Dauer der Parlamente, über ihren Anfang und ihr Ende**. Ausgehend von den königlichen Einberufungsschreiben für die beiden Parlamentshäuser kommt er zum Ergebnis, daß Oberhoheit und Gesetzgebungsmacht einzig im König liegen. Das Recht zur Beratung obliegt dem Oberhaus, das Recht zur Zustimmung dem Unterhaus, die Gesetzgebung aber liegt einzig in der Person des Königs, weil die Parlamente seine

---

<sup>227</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 28: „*How then came the Commoners to sway so much of late years, and challenge such an interest in the public government, and making of laws?*“

<sup>228</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 28; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>229</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 29f.; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

<sup>230</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 33; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>231</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 34; Howell spricht von „*Governour in chief*“ und nicht von „*King*“ [sic!], da die Schrift ursprünglich an Cromwell gerichtet war; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

<sup>232</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 34ff.

Schöpfung sind, sie von seinen Einberufungsschreiben ihren Anfang nehmen. Sir Edward Coke wird mit den Worten zitiert, daß der König Haupt, Anfang und Ende, Alpha und Omega der Parlamente sei<sup>233</sup>. Philanglus führt weiter aus, daß der König Gott, das Parlament aber lediglich das Volk repräsentiere. Das Parlament produziere bestenfalls Gesetzesvorlagen („*Bills*“), der König aber Gesetze („*Laws*“). Er müsse ihnen seinen Atem einhauchen, er sei es, der sie mit seinem Feuer belebt<sup>234</sup>. Zum Beweis seiner These nennt Philanglus auf den folgenden Seiten zahlreiche Gesetze, Ordonanzen und Siegel, und zitiert deren Wortlaut<sup>235</sup>. Beweis sei auch, daß das Parlament sich mit Fragen in Form von Petitionen an den König wende, worauf dieser mit seinen Gesetzen antworte<sup>236</sup>. Außerdem seien königliche Ordonanzen und Proklamationen auch ohne Parlament mit Gesetzeskraft ausgestattet. Man könne den alten Statuten gar nicht ansehen, ob sie ohne oder mit Parlament beschlossen seien<sup>237</sup>. Die meisten Könige haben mit der Autorität ihres „*Privy Council*“ entschieden und die Richter haben diesen bei ihren Gerichtsentscheidungen konsultiert<sup>238</sup>. Polyander stellt nach diesen Ausführungen die Frage, warum man den Beschlüssen des Parlaments überhaupt gehorche, ob es Irrtümer begeht und welcher Art seine Privilegien seien. Nach Philanglus müsse man dem Parlament gehorchen. Parlamentsgesetze seien bindend und verlangen den Gehorsam aller, weil sie königliche Zustimmung erhielten. Unter Bezugnahme auf Sir Edward Coke bejaht Philanglus die Möglichkeit des Parlamentsirrtums. Aufgabe des Parlaments sei die Gesetzgebung und nicht die Rechtsprechung, weshalb die Auslegung der Gesetze durch das Parlament falsch sei. Dies obliege den Richtern. Da Menschen irren und das Parlament aus Menschen bestehe, so könne auch das Parlament irren. Zwei Beispiele hebt Philanglus besonders hervor. Das Parlament habe des Öfteren Usurpatoren als Könige anerkannt und die wahren Erben um den Thron gebracht. Und König Heinrich VIII. habe mit dem Parlament tyrannisch regiert<sup>239</sup>. Polyander ergänzt die Ausführungen zu Heinrich VIII. bevor er weiter fragt, mit Hilfe welchen

---

<sup>233</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 37: „[...] *I will proceed now to that grand question, where the Supreme Legislative power resides? Certainly, if we examin the Writs of Summons for both Houses, with the bodyes and titles of our ancient Acts of Parlemtent, we shall find the Supremacy and power of making laws to rest in the King, or Governor in chief; [...] It is granted that the consultative, directive, or deliberative power is in the House of Peers, the performing and consenting power, in the House of Commons, but the Legislative power lodgeth in the person of the King: for Parlements are but his productions, they derive their being from the breath of his Writs: He, as Sir Edward Coke doth positively affirm, is Caput, Principium, & finis, He is the head, he is the beginning and ending, the Alpha and Omega of Parlements*”

<sup>234</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 38; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10

<sup>235</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 39–45

<sup>236</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 45

<sup>237</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 45f.

<sup>238</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 47

<sup>239</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 50f.; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11

Privilegien sich das Lange Parlament so hoch erheben konnte, die königliche Prerogative zu verschlingen, alle Rechtssprechungsgewalt und Privateigentum an sich zu ziehen<sup>240</sup>. Die Parlamentsprivilegien geben dem Parlament nicht die Möglichkeit, sich so hoch zu erheben, weil sie schon nach ihrem Sinn und Zweck kein Gesetzgebungsrecht implizieren. Vielmehr sind sie nur dazu bestimmt, den Unterhausabgeordneten ihre Arbeit zu ermöglichen. Die Privilegien sind gegenüber dem Einberufungsschreiben bloß subsidiär. Den königlichen „*writs*“ kommt entscheidende Bedeutung zu. Privilegien sind keine Gesetze, sind diesen gegenüber konträr, denn sie befreien von der allgemeinen gesetzlichen Regel<sup>241</sup>. Nach Ausführungen zum Privileg vor willkürlicher Verhaftung wird das Privileg der Redefreiheit der Unterhausabgeordneten thematisiert, insbesondere unter Königin Elisabeth I. von England. Betont wird ausdrücklich, daß die wichtigen Angelegenheiten des Staates nur im Großen Rat des Königs debattiert werden dürfen, aber mehr noch, daß die Lords diese Dinge üblicherweise dem Privy Council überlassen<sup>242</sup>. Erörtert wird auch das Privileg des Unterhauses zur Überprüfung der Gerichte und anderer Staatsdiener<sup>243</sup>. Die Gewährung von Geldern will Philanglus nicht als genuines Privileg des Unterhauses bestätigen<sup>244</sup>. Alle Parlamentsprivilegien sind vom souveränen Fürsten gewährte Vorrechte. Es ist ein Axiom der Philosophie, daß wer die Form bestimmt auch Substanz und Inhalt bestimmt. Und wieder sind die Einberufungsschreiben des Königs entscheidend, denn diese bestimmen Form und Substanz des Parlaments<sup>245</sup>.

---

<sup>240</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 53; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12

<sup>241</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 55f.: „*Now, the Original writ for Election, which is the foundation of the whole business, makes mention of no such privilege, and this a rule that to vary from the meaning of the Writ makes a nullity of the cause, and the proceedings thereupon [...] Now the end and scope of privileges of Parlements, is not to give power to do any public act not warranted by the writ, but they are intended as helps only to enable the members towards the performance of their duties, and so are subservient to the power comprised in the Writ. [...] Now privileges are things contrary to law, or at least they serve as a dispensation against law [...]*”

<sup>242</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 57–64: „*Polyander. Though the Cognisance and debates of great affairs of State, belong to the high Court of Parlemtent, yet I have read that often times the Lords have transmitted such businesses to the Kings privy Council. Philanglus: This a great truth [...]*“

<sup>243</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 63: „*the privilege of Parlemtent to examin misdemeanures of Juridical Courts and Officers of State*“

<sup>244</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 64f.: „*Polyander: But the granting of Subsidies is a peculiar privilege of the House of Commons. Philanglus: I think not, for it is an unquestionable truth, that Subsidies were rais'd, and payed before ever the Commons were call'd to sit in Parlemtent*“

<sup>245</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 65f.: „*Polyander: I find by the substance of your discourse, that not only all the power and grace, but all Parlemtentary privileges flow from the concession of the Soverain Prince, and chief Magistrat. Philanglus: Yes, without controversie you [...] 'tis an axiom in Philosophy, quoad dat formam, That that which gives the form, gives the consequence of the form; The King by his Writ gives the very essence, and form to the Parlemtent, [...]*“

Polyander fast alle bisherigen Ausführungen zum Unterhaus zusammen<sup>246</sup>. Anschließend erzählt Philanglus ihm, wie es zu den Anmaßungen des Langen Parlaments kam<sup>247</sup>. Alle Zugeständnisse Karls I. an das Lange Parlament waren vergeblich. Polyander vermutet den Grund in der allzu großen Milde des Königs und Philanglus stimmt dem zu. Fatal waren die Zulassung gefährlicher Fanatiker wie Lord Say in den „*Privy Council*“, die Verheiratung seiner Tochter Mary mit dem Prinzen von Oranien, besonders aber der „*Triennial Act*“ und der „*Act of Continuance*“<sup>248</sup>. Über die beiden Gesetze erzählt Polyander drei Anekdoten. Das „*Triennial Parliament*“ sei versehentlich als „*Tyrannical Parliament*“ bezeichnet worden. Bei der Verabschiedung des „*Act of Continuance*“ wisse man nicht, ob der König der größere Narr oder die Initiatoren des Gesetzes die größeren Gauner gewesen seien. Der Earl of Dorset soll den König am Tag nach der Zustimmung zu den beiden Gesetzen als bloßen Untertanen begrüßt haben, weil der König alle Insignien der Krone an das Parlament übertragen habe. Polyander fragte schließlich, was das Lange Parlament als Gegenleistung für die monströsen Gesetze für den König getan habe<sup>249</sup>. Dem König gab man nur leere Versprechungen, machte aber dafür seinem Diener, dem Earl of Strafford, den Prozeß und richtete ihn hin<sup>250</sup>. Philanglus beschreibt die weiteren Etappen des eskalierenden Konflikts, wobei das Verhalten Karls I. beschönigt wird<sup>251</sup>. Für den ganzen Konflikt werden die Presbyterianer verantwortlich gemacht<sup>252</sup>. Es wurde eine Parlamentsarmee unter dem Kommando des Earl of Essex aufgestellt, während der König sein Armeehauptquartier in Nottingham aufschlug<sup>253</sup>. Abgedruckt sind die neunzehn Vorschläge des Parlaments an den König („*Nineteen Propositions*“, 1642)<sup>254</sup>, die Antworten royalistischer Lords<sup>255</sup> und des Königs<sup>256</sup>. Schon bald danach kam es zu

---

<sup>246</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 68f.

<sup>247</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 69–77

<sup>248</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 79f.: „*Polyander: Is it possible that the lenity of the King should be such as to yeeld to all this? Philanglus: Yes, [...] Herunto may be added as a special Argument of compliance, the passing of the Bill for a Triennial Parlement, and lastly he was brought to passe the Act of Continuance, which prov'd so fatal unto him*”

<sup>249</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 80f.: “*Touching the Triennial Parlement, I heard of a Prophetic mistake that came from a Lady of honor, who sending news that time to the Countrey, did write, that the King had pass'd a Bill for a Tyrannical Parlement, whereas she should have said Triennial; And touching the Act of Continuance or perpetual Parlement, I heard a tale of Archy the fool, who, being asked whether the King did well in passing that Bill, answered, that he knew not whether the King was the greater Fool to grant it, or they the greater knaves to ask it. But the saying of the late Earl of Dorset is remarkable, who saluted the King the next morning with the stile of fellow Subject, in regard that by that grant he had transferred both Crown, Sword and Scepter to the Parlement [...] But Sir, in lieu of these monstrous Acts of Grace and trust, what did the Parlement all this while for the King?*”

<sup>250</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 81ff.

<sup>251</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 83–97

<sup>252</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 98–106

<sup>253</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 106ff.

<sup>254</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 109–115

den ersten Kampfhandlungen des Bürgerkrieges<sup>257</sup>. Das Parlament war aber besonders durch London und seine Ressourcen im Vorteil gegenüber den Royalisten<sup>258</sup>. Schließlich kämpften die Schotten gemeinsam mit dem Parlament gegen den König<sup>259</sup>, wechselten aber die Seite und wurden von Cromwell geschlagen. Howell läßt Polyander Cromwells Sieg als Heldentat beschreiben<sup>260</sup> und feiert den totalen Sieg Englands über Schottland<sup>261</sup>. Nach der Erzählung der ersten Jahre des Bürgerkriegs beschreibt Howell, wie das Parlament gegen den König siegreich sein konnte. Das Parlament machte den König zunächst auf jede nur erdenkliche Art verächtlich, mittels der Presse und von den Kanzeln der Kirchen herab. Neue Unterscheidungen wurden gefunden. Der König sei zwar von Gott gesalbt, aber von den Menschen ernannt; er habe zwar Befehlsgewalt, könne das Recht aber nicht aufheben; er sei zwar zum Herrschen bestimmt, nicht aber zur Unterdrückung; er sei von den Menschen zum König gewählt, nicht aber von Gott eingesetzt; er sei als König nicht von Gottes Gnaden, sondern durch Wahl vom Volk bestimmt; ihm sei nicht per se zu vertrauen; das Volk ist mächtiger als der König; mächtiger als das königliche Gesetz seien die Gesetze durch das Volk; der König ist größer als der Einzelne, aber kleiner als die Gemeinschaft und letztlich ist er ein Geschöpf und Produkt des Parlaments<sup>262</sup>. Zum Sieg des Parlaments trug bei, daß es verstand, umfangreiche neue Geldquellen zur Kriegsführung zu erschließen, beispielsweise neue Verbrauchssteuern<sup>263</sup>. Dies führte zu zahlreichen Mißbrauchsfällen, aber auch zur „*Self-denying Ordinance*“, um damit den Zugang zum Parlament und zu Ämtern zu beschränken, aber auf die Entfernung des Earl of Essex aus dem Oberbefehl über das Parlamentsheer abzielte<sup>264</sup>. Zur Geldbeschaffung diente auch ein perfides Kreditsystem, das die Geldgeber zur erneuten Geldverleihung zwang, wenn sie die ersten Kredite vom Parlament zurückgezahlt haben wollten<sup>265</sup>.

---

<sup>255</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 116f.

<sup>256</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 118ff.

<sup>257</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 120–130

<sup>258</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 130ff.

<sup>259</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 132–136

<sup>260</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 137

<sup>261</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 138f.

<sup>262</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 139: „*Philanglus: There are all Artifices us'd to make the King odious, and both the Press and the Pulpit joyn in the work; new distinctions are coyn'd, that though he was Gods Anoynted, yet he was mans appointed; That he had the Commanding, but not the disposing power; That he was set to Rule, but not to over-rule us: That he was King by humane choice, not by Divine Charter; That he was not King by the Grace of God, but by the suffrage of the people; That he had no implicit trust, or peculiar property in any thing, that populus est potior Rege; that Grex Lege, Lex Rege potentior; That the King is singulis major, but universis minor. Lastly that he was but a Creature and production of the Parlements, &c.*”

<sup>263</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 139ff.

<sup>264</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 142f.

<sup>265</sup> HOWELL, *Philanglus*, 1660, S. 143f.

Schließlich griff das Parlament auf die Seele der Gläubigen zu, indem es den ihnen den Schwur auf einen nationalen religiösen Bund („*Covenant*“) abnötigte<sup>266</sup>. Mit dem „*Oath of Abjuration*“ sollte auch das Gewissen dem Zugriff unterworfen werden<sup>267</sup>.

Polyander wollte auch wissen, wie es nach der Verabschiedung des „*Act of Continuance*“ um die zivilen Angelegenheiten und Rechte der Engländer bestellt war<sup>268</sup>. In seiner Antwort bezeichnete Philanglus den „*Act of Continuance*“ als ein monströses Gesetz, welches nach Ansicht der ehrenwertesten Juristen ungültig gewesen sei<sup>269</sup>. In jenen Zeiten gab es Anklagen ohne Ankläger, Gerichtsurteile ohne Richter und Verurteilungen ohne Anhörungen<sup>270</sup>. Philanglus zögert auf Polyanders Frage, wer den Bürgerkrieg begonnen habe, schreibt dem Parlament dann aber die ersten militärischen Schritte zu<sup>271</sup>. Dem König aber galt der Vorwurf, sich von seinen Ratgebern zu rasch in den Krieg habe ziehen lassen, obwohl das Parlament im Vorteil war, und der König auch im Ausland keine Freunde hatte. Damit verstieß der König gegen alle Vernunft, von der er sich als König hätte leiten lassen müssen<sup>272</sup>. Das Parlament aber weitete seine Autorität Tag für Tag weiter aus. Parlamentsbeschlüsse sollten ohne Zustimmung des Königs Gesetzeskraft haben. Das Parlament habe beratende und ministerielle Befugnisse sowie Weisungsmacht; in Händen der beiden Parlamentshäusern liegen rechtsprechende, despotische und Gesetzgebungsmacht; ihre Macht sei schiedsrichterlich, allüberall und unkontrollierbar, und unterliege keiner Auflösung und keiner Zeitvorgabe, weil sie die ewigen und unwiderrufbaren Treuhänder des Staates seien<sup>273</sup>. **Lange Parlamente** sind überhaupt das größte aller Übel für das englische Volk. Allerdings wird

---

<sup>266</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 144ff.

<sup>267</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 146ff.

<sup>268</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 150: „[...] *how did they comport themselves in Civil matters, after they had monopoliz'd all power by the Act of Continuance?*“

<sup>269</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 150: „[...] *that touching that monstous Act, the soundest Lawyers of the Kingdom were of opinion, that it was of no validity, that it was void in it self* [...]“

<sup>270</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 152: “[...] *touchin civil matters [...] there was nothing so common in those times as a charge without an Accuser, a sentence without a Judge, and condemnation without hearing: [...]*“

<sup>271</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 154: „*Polyander. But who was the first aggressor of that ugly Warr, the King or the Parlement?* [...] *Philanglus: I will not presume to determine that, only I will inform you, that the Parlement took the first military gard*“

<sup>272</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 154ff.: „*Ratio ultima regum [...] But sure the King was ill advis'd so to rush into a Warr, considering what infinit advantages the Houses had of him [...]*“

<sup>273</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 156f.: “*Philanglus: The Sophies, or Gran Seniors of the Common-wealth, [...] scrued up their authority every day higher and higher, They declare, that an Ordinance of Parlement without the Royal assent is equivalent to an Act; They declare, that not only the consultative, ministerial and directive power is in them, but also the Judicatory, Despoticall, and Legislative highest power is inherent in the walls of their two Houses; That their power is also Arbitrary, Ubiquitary and incontroulable; That they are not subject to dissolution or Time, being the eternall and irrevocable Trustees of the Common-wealth [...]*“

dies nur damit begründet, daß dadurch der normale Lauf der Justiz behindert werde. Es resultieren zwar auch andere Unregelmäßigkeiten daraus, diese werden aber nicht genannt. Jedenfalls usurpieren lange Parlamente offensichtlich die ganze Regierungsmacht<sup>274</sup>. Die sehr ausführliche Darstellung der Enteignung und Inhaftierung Lord Cravens und Sir John Stawells und weiterer Fälle dienten zur Illustration der Parlamentswillkür, aber auch zur Verdeutlichung des Schicksals der Kavaliere während der Bürgerkriegszeit<sup>275</sup>. Betont wird, daß es dem langen Parlament an allen drei Wesensmerkmalen von echten Parlamenten ermangelte. Es fehlte an fairen Wahlen, an der Anwesenheit aller Abgeordneten und an Redefreiheit. Nur die Auflösung versprach Heilung. Als es zu dieser kam, verlor niemand auch nur eine Träne für das Lange Parlament, geschweige denn einen Tropfen Blut<sup>276</sup>. Polyander klassifiziert tyrannische Herrschaft nach der Zahl der Herrschenden in die Tyrannis einer Einzelperson, einer kleinen und einer großen Menschengruppe. Die letztere Variante als tyrannische Herrschaft einer Volksversammlung bezeichnet er als die schlimmste Art. Das Lange Parlament war eine solche Versammlung<sup>277</sup>. Philanglus nennt Beispiele für das tyrannische Verhalten des Langen Parlaments. So erklärten sie sich für aufgelöst und versammelten sich doch wieder, obwohl die Einberufungsschreiben des Königs als Grundlage ihrer Daseinsberechtigung mit dem Tod des Königs sowieso schon lange weggefallen war. Es war höchste Zeit dieses Monster zu bezwingen. Gleich einem Idol mußte es vom Sockel gestürzt werden. Dieses Verdienst kommt dem Lordprotektor Oliver Cromwell zu, ist ein Teil der vielen mächtigen Dinge, die er vollbracht hat<sup>278</sup>. Polyander stimmt in das Loblied auf Cromwell ein.

---

<sup>274</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 158: “[...] *touching long Parlements, I am of opinion, it is the greatest and generall’st grievance that can be possibly to the English peeple, by reson, that besides other irregularities, it stops the ordinary cours of Law, in regard of the privilege they have, not to be subject to arrest with others to whom they give protection [...] And were such men think you fit to keep the Kingdoms Purse in their pockets so long? But having got the great Seal, as well as the Sword into their hands, what signall Acts of Justice did they do?*”

<sup>275</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 157–178

<sup>276</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 178f.: „*Philanglus: [...] Now, ther wer three Essential properties that belong’d to Parlement, viz. Fairness of Election, fullness of members, and freedom of speech; ‘Tis two well known how little of all these three were found in the late long Parlement, [...] that nothing cold cure the House but utter Dissolution [...] Which great Dissolution was made without the shedding of one tear, or drop of bloud, [...]*”

<sup>277</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 180f.: “*Polyander: [...] Now Sir, there may be Tyranny in One, in a Few, and in many; In one, as in the Great Turk [...], Secondly, Ther may be Tyranny in few, as in the thirty men of Athens, or in som Privy Council of State, &c. Lastly, ther may be Tyranny in many, as in som General great Convention or popular Assembly, and this is the worst of all, it being a Rule, that Plebs est pessimus Tyrannus, the peeple is the worst of Tyrants. Philanglus: The late long Parlement degenerated to such a one, whereof thousands of instances might be produc’d [...]*”

<sup>278</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 181f.: „*[...] they had dissolv’d themselves, I cannot tell how often before, for besides the Original Writ from whence they deriv’d their power was void by the Kings death, how often did they rise up in confusion without adjourning the House? [...] And was it not high time think you to quell this Monster? or rather to pull down this Idol? truly this great prudential*



England wurde sich unter Cromwells Herrschaft seiner eigenen Stärke bewußt. Es wurde niemals mehr vom Ausland geachtet, mit Ausnahme des Kaisers und der deutschen Fürsten, die von Englands Schiffen nicht erreichbar sind<sup>279</sup>. Was aber die Verfassungsordnung des Staates angehe, so haben die früheren Parlamente in ihrer moderaten Art darauf verzichtet, sich die höchste Macht im Staat anzueignen. Souveränität werde von Gott abgeleitet und kann nicht unter vielen aufgeteilt werden. Die stabilste Regierungsform sei deshalb, wenn die höchste Gewalt in einer Person konzentriert sei. Diesem Menschen solle das Volk aus Notwendigkeit zum eigenen Nutzen vertrauen. Er soll das Staatsschiff mit Hilfe eines ausgewählten Rates steuern. Außerdem sei es erforderlich, daß er über ein gut bezahltes stehendes Heer von Veteranen verfügt. Die Armee müsse das Volk strafen, ehrfurchtsvoll machen und schützen. Denn es ist der größte Schnitzer, eine Regierung nur von der Zuneigung der Menschen abhängig zu machen, denn nichts ist wankelmütiger als das gemeine Volk. Es gebe moderne Stümper, die Regeln für Regierungen erdenken, aber nur Allgemeinplätze anbieten und mit Unterscheidungen verwirren<sup>280</sup>. In einem kurzen Schlußwort (*“An Advertisement”*) faßt Howell seinen Vorwurf an das Lange Parlament zusammen. Sie hätten versucht, ihre Versammlung unsterblich und sich selbst zu dauerhaften Diktatoren zu machen<sup>281</sup>.

**George Lawsons Schrift *„Politica sacra & civilis“* (1660)** propagiert die Mischverfassung als beste Staatsform. Der Verfasser gibt sich als Gegner der absoluten Monarchie zu erkennen. Die frühen Schriften des von Erzbischof William Laud geweihten (1632) Klerikers Lawson (1598-1678) wurden nicht veröffentlicht. Die erste mit Sicherheit von ihm stammende Publikation war *„An Examination of the Political Part of Mr. Hobbs, his ‘Leviathan’* (1657), eine kritische Auseinandersetzung mit Hobbes. *„Politica sacra et civilis“* (1660) steht in der Tradition von Aristoteles‘ Politik und liest sich als Gegenentwurf zu Hobbes Leviathan. Es ist Lawsons bedeutendste Schrift. Lawson nahm davon Abstand, dem ursprünglich auf zwei Bänden konzipierten Werk den zweiten Band folgen zu lassen. Von John Locke ist bekannt, daß er Lawsons Schriften besaß, so daß die *Politica* durchaus von Locke rezipiert worden sein dürfte<sup>282</sup>. Lawsons

---

*Act of shutting up that House, and the barring up of the cold Postern dore in the North, may well take place among those many mighty things his Highness had don”*

<sup>279</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 182f.; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13

<sup>280</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 185ff.; vgl. Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14

<sup>281</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 188: *„The former Discourse is far from meaning such noble Patriots, but only Those who having tasted the sweetness of Authority, [...] thought to immortalize that session, and make themselves perpetual Dictators”*

<sup>282</sup> CONDREN, Conal, Lawson, George (bap. 1598?, d. 1678), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition,

Werk umfasst insgesamt 264 Seiten. Die Abhandlung ist unterteilt in 16 Kapitel über Verfassung und Politik des säkularen weltlichen Staates (Kapitel I, II, IV, V, VIII), des Kirchenstaates (III, VI, VII, IX, XI, XII, XIII, XIV, XVI) sowie deren Verhältnis zueinander (X, XV)<sup>283</sup>.

Nach der Beschreibung Gottes als Ursprung aller weltlichen und geistlichen Regierung im ersten Kapitel („*Chapter I. Of Government in General, and the Original thereof*“)<sup>284</sup> behandelt Lawson im zweiten Kapitel das weltliche Regiment („*Chapter II. Of Government in general, and of Community Civill*“)<sup>285</sup>. Lawson betrachtet sich selbst nicht als genuinen politischen Denker. Er beabsichtige kein eigenes politisches System zu entwickeln. Vielmehr beruft er sich auf die Autorität anderer politischer Autoren, gesteht sich aber zu, diese seinen Vorstellungen entsprechend anzupassen<sup>286</sup>. Er verfolge das Ziel, darzulegen, was „*Politik*“, was „*Politie*“ und was die Bestandteile der Politik sind. Unter Politik versteht er das politische Handeln zur Herstellung einer guten Ordnung des Staates. Die Ordnung des Staates beruhe auf Über- und Unterordnung zum Zwecke des Gemeinwohls. Die Politik besteht aus der Verfassung und der Regierung des Staates. Lawsons Abhandlung möchte die Regeln der Politik behandeln, beginnend mit der Verfassung, danach gefolgt von der Regierung<sup>287</sup>. Nach der Abhandlung der Regierung im weltlichen Rahmen wendet sich Lawson im dritten Kapitel der Regierung der Kirche zu („*Chapter III. Of an Ecclesiastical Community*“)<sup>288</sup>. Das vierte Kapitel spezifiziert die Notwendigkeit der Über- und Unterordnung im Staat zur Erreichung des Gemeinwohls („*Chapter IV. Of a Common-wealth in general, and Power Civill*“)<sup>289</sup>, im fünften Kapitel wird die Begründung der Staatsgewalt dargelegt („*Chapter V. Of the manner how Civil Power is acquired*“)<sup>290</sup> und die folgenden zwei Kapitel widmet Lawson der Behandlung der kirchlichen Gewalt im allgemeinen („*Chapter VI. Of Power Ecclesiastical*“)<sup>291</sup>

---

<http://www.oxforddnb.com/view/article/16196>, 25.11.2015; vgl. CONDREN, Conal, *George Lawson's Politica and the English Revolution*, Cambridge, New York, 1989; CONDREN, Conal (Hrsg.), *Lawson Politica sacra et civilis*, Cambridge, 1992

<sup>283</sup> Lawson, George, *Politica sacra & civilis*, Or, A modell of civil and ecclesiasticall government wherein, besides the positive doctrine concerning state and church in general, are debated the principall controversies of the times. Concerning the constitution of the state and Church of England, tending to righteousness, truth and peace. The first part, Early English Books Online (EEBO) 152:E.1024[3], London, 1660

<sup>284</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 1–7

<sup>285</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 7–17

<sup>286</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 7f.: „*My design in this treatise is not to deliver an exact systeme of politicks, yet I will make use of those rules I find in political writers of better ranke, but with a reservation of a liberty to my self to vary from them, as I shall see just cause*“

<sup>287</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 8; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

<sup>288</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 17–27

<sup>289</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 27–44

<sup>290</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 44–63

<sup>291</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 63–72

sowie dem Erwerb kirchlicher Gewalt im besonderen (“*Chapter VII. Of the manner of acquiring Ecclesiastical Power*”) <sup>292</sup>.

Von zentraler Bedeutung für das Verständnis von Lawsons Auffassung über die richtige politische Ordnung im weltlichen Staat ist aber das achte Kapitel über die verschiedenen Regierungs- bzw. Staatsformen, die Gestalt der Staatsgewalt und die Rolle des Parlaments. Es handelt sich dabei um das zyklische Staatsformenschema des Aristoteles mit den drei Idealformen der Monarchie, Aristokratie und Politie und ihren Degenerationsformen Tyrannis, Oligarchie und Demokratie, welche die jeweilige Idealform ablösen und kreislaufartig die nächste Idealform vorbereiten, bis diese erneut degeniert und abgelöst wird. Dem zyklischen Geschichtsbild gegenüber steht das lineare Geschichtsbild, welches von einem steten Voranschreiten oder Fortschritt ausgeht (“*Chapter VIII. Of the disposition of Power Civil, and the several forms of Government*“) <sup>293</sup>. Nach der Erörterung des Erwerbs weltlicher und geistlicher Macht konzentriert sich der Autor auf die verschiedenen Arten der Machtverteilung, weil die Unterschiede der Staaten daraus resultieren. Lawson will die verschiedenen Arten der Majestät (Souveränität) und der Staatsformen vorstellen, die Verfassung Englands untersuchen und die jüngste Vergangenheit des Landes rekapitulieren <sup>294</sup>. Vor Behandlung der Souveränität betrachtet er die Gesellschaftsordnung. Er geht auf das Prinzip der Ständeordnung ein und unterscheidet zwischen Freien, Adel und Spitze, woraus die dreiteilige Ständeordnung von König, Lords und Gemeinen erwächst. An der Spitze der Gesellschaftspyramide sind einige wenige, die Lords sind nur wenig mehr, die meisten aber sind die Gemeinen, die den Hauptteil des Gesellschaftskörpers ausmachen. Lawson schildert die Abstufungen unter den Gemeinen und den Lords. Wer Land zum Privateigentum und nicht zum Lehen hat, der bildet eine eigene Klasse, weil sie in verschiedener Hinsicht vom König unabhängig sind. Beispielhaft dafür nennt Lawson die deutschen Fürsten. Die Regierung solcher Staaten nennt er aristokratisch <sup>295</sup>. Lawson beschäftigt die Frage der Majestät oder Souveränität. Von dort kommt er unmittelbar zur Beschreibung absoluter Herrschaft. Die alles überragende Macht der Majestät kann in einer Person konzentriert oder auf viele verteilt sein. In der Monarchie liegt die Souveränität in einer Hand. Ausgeübt werden kann sie aber auf verschiedene Arten. Entweder absolut oder beschränkt. Ein absoluter Monarch, egal ob durch Wahl oder Erbgang, hat die volle Macht über seine Untertanen und deren Eigentum als wäre es sein eigen, so daß die Menschen keine Rechte an ihrem Eigentum noch persönliche Freiheit haben. Sie sind nur seine Diener und nur wenig besser als Sklaven. Diese Regierung nennt er absolutes Dominium und Despotismus <sup>296</sup>. Souveräne Fürsten mit Majestas, die von den Fundamentalgesetzen der Verfassung und ihren Eiden beschränkt sind, und dennoch die Gesetzgebung an sich nehmen, mit Proklamationen und Edikten

---

<sup>292</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 72ff.

<sup>293</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 75–113

<sup>294</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 75; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>295</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 76f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

<sup>296</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 77f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4

das Eigentum ihrer Untertanen belangen und Menschen nach ihrem Gutdünken inhaftieren, sind genauso absolutistisch wie die oben genannten Despoten. Eine Monarchie solcher Art ist geeignet, gänzlich zur Tyrannis einer Person zu entarten. Das Volk mag unter der Herrschaft eines solchen Souveräns sogar glücklich sein, wenn er weise und tugendhaft ist. Allerdings ist eine solche Machtfülle nicht dazu geeignet, jedermann anvertraut zu werden. Eine besondere Gefahr geht davon aus, wenn eine solche Herrschaft erblich ist<sup>297</sup>. Der Königstitel allein gibt keine Auskunft über die (Macht-) Stellung eines Monarchen. Lawson unternimmt eine eigene Definition des Königtums, die sich am Recht orientiert. König ist, wer freie Männer den Gesetzen entsprechend am Gemeinwohl orientiert gerecht regiert<sup>298</sup>. Absolutes Königtum lehnt Lawson ab, weil es zur Tyrannis neigt, was die Erfahrung gezeigt habe. Obzwar die Monarchie in mancherlei Hinsicht als die beste Regierung angesehen werden kann, so zeigt sich in der Thronfolge doch, egal ob auf Wahl oder Erbrecht basierend, daß es im Lauf der Zeit wenige gute, viele schlechte und sehr böartige Nachfolger gibt<sup>299</sup>. Die Souveränität kann sich aber auch in der Hand einer Gruppe befinden. Besteht diese aus den Besten, dann handelt es sich um eine Aristokratie<sup>300</sup>. Aber auch die Aristokratie unterliegt dem Gesetz des zyklischen Ablaufs der Geschichte und degeneriert zur Oligarchie, wenn von diesen nur noch Eigeninteressen verfolgt werden. Lawson sieht diesen Fall aber auch dann für gegeben, wenn Parteiinteressen sich gegen das Allgemeinwohl durchsetzen. Dem liegt die noch lange geltende Ansicht zugrunde, daß Parteibildungen schädlich sind<sup>301</sup>. Von der Oligarchie ist es im weiteren Zeitablauf nur ein kurzer Schritt zur dritten Staats- / Regierungsform der Demokratie, die aus mangelhafter Bildung zur degenerativen Form der Ochlokratie neigt und schließlich in die Anarchie mündet<sup>302</sup>.

Nach Behandlung des aristotelischen Schemas der Staatsformen und ihrer Degeneration kommt Lawson zur **Mischverfassung** als der besten Staats- und Regierungsform (*“Majestas disponitur mixte in pluribus sive omnibus”*), weil diese das Problem der Souveränität löst. Von der gemischten Verfassung spricht man nicht, weil die Souveränität unter den drei Ständen geteilt sei, sondern weil **die Souveränität von allen drei gemeinsam ausgeübt wird und allen drei gemeinsam eigen ist**, dem Fürsten, den Lords und den Gemeinen, oder nur den Lords und Gemeinen, wenn es keinen Fürsten gibt. Aristoteles nennt diese Form „*Politie*“<sup>303</sup>. Lawson führte die Mischverfassung weiter

---

<sup>297</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 78; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5

<sup>298</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 79: „*A King is a Monarch, who governeth free men justly according to the lawes, to the good of the Common-wealth*“

<sup>299</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 80; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>300</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 81; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

<sup>301</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 82; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>302</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 83; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

<sup>303</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 84: “[...] *But its called mixt, because either three or at least two of the States are mixt toegther, so as that the Soveraignty is joynly in them all and in the whole [...]*“; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10

aus. Die Bezeichnung der Staats- bzw. Regierungsform richtet sich danach, welcher der drei Stände dominant ist. Von einer Monarchie spricht man, wenn der König, von einer Aristokratie, wenn die Lords und von einer Demokratie, wenn die Gemeinen dominieren. Bei richtiger Mischung kann man von keiner dieser drei Staatsformen sprechen. Wenn die ganze Macht dem Ganzen zukommt, dann sind König, Lords und Gemeinde gemeinsam als Volk Träger der Majestät oder Souveränität. Dem entspricht das Deutsche Reich und Venedig<sup>304</sup>. Lawson geht weder vertieft auf die Verfassung des Reiches ein, noch auf die Venedigs, behandelt aber die beiden antiken Staatsordnungen des Lakedämonischen Bundes und Roms, bevor er sich der Verfassung Englands zuwendet. Lawson beschreibt in ausführlicher Weise seine Vorstellung der Entwicklung. England wurde über weite Strecken von Königen und Parlamenten regiert. Der Ursprung der gemischten Verfassung liegt in angelsächsischer Zeit. Verschiedene Ansichten bestehen aber darüber, wann die gemischte Verfassung voll entwickelt war. Manche meinen, dies sie bereits vor, andere aber sind der Ansicht, daß es erst zur Zeit Edwards des Bekenners so weit war. Die große Frage ist, welche Macht die damaligen Parlamente hatten. Das würde den Charakter der Verfassung offensichtlich sein lassen. Lawson stellt dann Überlegungen dazu an, wo die Souveränität zu verorten ist. Er trifft dazu die geläufige Unterscheidung zwischen realer und personaler Majestät, überraschenderweise aber definiert er zwei Arten der personalen Majestät. **Die wirkliche oder reale Majestät oder Souveränität läßt sich im Volk verorten, die personale Majestät gemeinsam im König und im Parlament. Eine zweite personale Majestät im König allein, und zwar in den Zwischenzeiten ohne Parlament.** Lawson schlußfolgert, daß **die Regierung Englands eine Regierung von König und Parlament** sei, und zwar schon vor der Eroberung der Normannen und seitdem ohne Unterbrechung bis zur Gegenwart<sup>305</sup>. Lawsons nächster Gegenstand ist der Erwerb königlicher Macht. Dieser erfolgt durch Ersteinsetzung, Erbe oder durch Wahl („*election and consent of the people*“). Es liegt also entweder eine Erb- oder eine Wahlmonarchie vor. Lawson spezifiziert genauer: Die Krönungszeremonie in England zeige, daß es sich in England um eine Erbwahlmonarchie handle, eine Mischform also auch hier, in der der Thronfolger aus einer bestimmten Dynastie ausgewählt wird<sup>306</sup>.

---

<sup>304</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 85; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11

<sup>305</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 86: *“I proceed to say something of the constitution of the State of England, [...], we find the real Majesty in the People, and personal Majesty in King and Parliament jointly; and a secondary personal Majesty, sometimes greater sometimes less in the Kings, in the intervals of Parliament [...] I. Therefore I will suppose the government of England to have been by King and Parliament before the Conquest, and to have continued so till our dayes: [...]”*; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12

<sup>306</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 87: *„Those words of Fortescue to the Prince, Non habes potestam regiam, sed a populo effluxam [...] But suppose it be granted to be elective, yet its elective in a certain line”*

Nach dem Erwerb stellt sich die Frage nach Umfang und Grenzen der königlichen Macht. Lawson zitiert dazu Sir Roger Owen und Richter Crook. Owen behauptete, daß die königlichen Prärogativen in unvordenklichen Zeiten dem König von den Gemeinen gewährt worden seien. Die entscheidende Prärogative des Königs sei aber nach Crook der Grundsatz, daß der König gar nicht unrecht handeln könne, weil unrecht handeln gegen die Gebote Gottes verstoße, auf deren Grundlage die Krone und aller Staatszweck beruhe. Die königliche Macht beruhe also auf Gottes Willen. Es bestehe eine Bindung an die göttlichen Gebote<sup>307</sup>. Wichtiger noch sei aber, daß die Könige Englands nicht unrecht handeln können, weil sie Könige durch das Recht seien. Die Unterscheidung zwischen Amt und Person sowie der moderne Grundsatz der Bindung allen staatlichen Handelns an das Recht, das Rechtmäßigkeitsprinzip also, spiegelt sich in der Befehlsgewalt, denn nicht der persönliche Befehl binde, sondern nur der königliche Befehl, aber auch nur dann, wenn dieser rechtmäßig ist<sup>308</sup>. Lawson verdeutlicht auch, daß der König durch seine Minister handelt, und auch hier herrscht der Grundsatz der Rechtmäßigkeit, denn nur auf der Grundlage des Gesetzes kann der König seine Macht an seine Diener delegieren. Der Grundsatz „*The King can do no wrong*“ impliziert auch, daß die Minister verantwortlich sind für die Ausübung der delegierten Macht<sup>309</sup>. Auch unter Bezugnahme auf Bracton betont Lawson die notwendige Rechtmäßigkeit und Bindung an das Recht sowie darüber hinaus das Prinzip der Treuhandschaft, denn die königliche Macht ist nur anvertraut zum Schutz des Volkes. Lawson zieht hier den zwangsläufigen Schluß, daß der König, der an das Recht, die Rechtmäßigkeit, die Gesetze und die Treuhandschaft gebunden ist, denjenigen unterworfen ist, welche die Gesetze machen<sup>310</sup>.

Damit kommt Lawson zur **Beschränkung königlicher Macht in England durch das englische Parlament**. Der König kann das Parlament nicht abschaffen, er kann ihre Einberufung nicht verweigern und er kann Gesetze ohne Parlament weder beschließen noch widerrufen. Die Befehlsgewalt über die Miliz ist an das Recht gebunden. Es liegt auch nicht in der Macht des Monarchen, die Finanzen allein zu bestimmen, Krongut zu entäußern als sei es sein erbliches

---

<sup>307</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 88; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13

<sup>308</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 88f.: “*Yet there is more special reason why the Kings of England can do no wrong, because they are Kings by Law; they cannot bind by their personal commands, but by their regal, which are not Regal, if not Legal*”

<sup>309</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 89: “*Again, he doth all things like an Infant in his minority by his Ministers of State, to whom he can grant no power or Commission to act but according to Law. Therefore if any wrong be done, as much is, its done by them, and they, not the King, are chargeable with it, and questionable for it*”

<sup>310</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 89: “*Yet, if we may believe Bracton, he hath all this from the Law. For ,Lex facit Regem‘, and he is but trusted with the exercise of it for the protection of the people, and the execution of the Lawes: in which respect it seems to follow, that if the Law be above him, they who make the Lawes must needs be above him*”

Eigentum. Fälle königlicher Machtüberschreitungen gab es in der Geschichte Englands. Die Perversion der normativen Kraft des Faktischen (Georg Jellinek), daß geschaffene Fakten zum Recht, zumindest aber zur Norm werden sollen, können in Wahrheit und Wirklichkeit kein Recht schaffen<sup>311</sup>. Lawson selbst sieht sich nicht in der Lage eine abschließende Definition vom Parlament zu geben, weshalb er sich auf die Autorität Camdens beruft. Nach Camden ist das **Parlament als Repräsentation ganz Englands** mit der höchsten Gesetzgebungsmacht ausgestattet und besitzt die Zuständigkeit zur Regelung aller Dinge, die das Gemeinwohl betreffen. Lawson geht an dieser Stelle auch nicht weiter auf die Parlamentswahlen und die Verfahrensweise ein, verbreitet sich aber abfällig über den Zustand der Wahlen zu seiner Zeit<sup>312</sup>. Lawsons Einschätzung der beiden Parlamentshäuser ist dagegen ausführlicher. Die Bezeichnung Ober- und Unterhaus wird von den Gemeinen nicht geschätzt und auch nicht anerkannt. Bevorzugt wird von Ihnen, daß man von „*House of Commons*“ und „*House of Peers*“ spricht. Auch wenn das „*House of Commons*“ viele unwürdige Mitglieder aufweise, so ist es doch das eigentliche Haupthaus mit vielen Abgeordneten, die nach Herkunft, Besitz und Tugend den Lords gleichkommen. Das Unterhaus entspricht fast der ganzen Repräsentation und die schwersten Lasten werden von ihnen getragen. Damit verglichen sind die Lords zu vernachlässigen<sup>313</sup>. Nach Behandlung des Unterhauses beschreibt Lawson das Oberhaus<sup>314</sup>, kommt dann aber rasch zu der Frage, welche Macht das Parlament eigentlich hat. Dabei tritt eine überraschende Ansicht Lawsons zu Tage. **Die gesamte Gesetzgebungs- und Rechtsprechungsgewalt obliegt dem Parlament**, weil der König zwar das Recht zur Zustimmung, nicht aber zur Ablehnung einer Gesetzesvorlage habe. Daraus zieht Lawson auch noch den Schluß, daß das Parlament bei fehlender Anwesenheit und Mitwirkung des Königs praktisch alles machen könne, solange es zum Wohle des Königreiches geschehe. Wiederum überrascht ist man von der Aussage, daß der König zur Zustimmung von Gesetzesvorlagen verpflichtet ist, weil ihm die

---

<sup>311</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 89: „*But in the third place, though the King hath great power, yet there is some power in the Kingdom, which he hath not. For he cannot abolish Parliaments, he cannot refuse to call them, either when the Laws, or ardua Regni require them, he cannot exercise the Militia but according to the Laws, neither can he make or repeal Laws without Parliament; he cannot command the purse, he cannot alienate the Crown as his own hereditary fee; divers other things are above his powers. Yet the Kings of England have challenged and exercised far greater power, than the Laws and Constitution gives them. But that was matter of fact and cannot found a Right. [...]*“

<sup>312</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 90f.: „*But let's go to Parliament [...] we must consider, 1. What it is. 2. What power it hath. 3. What power it hath not. 1. To give a perfect definition of it is above my skill [...] Ancient Parliament-men, and especially learned Antiquaries in the common Law know it best. Mr. Cambden gives a tolearble description of it. ‚Its a Representative of all England, invested with the highest power of Legislation, and all other acts that concern the common good‘. This is the substance of the matter. And here I will not say any thing of their Election, incorporation, manner of proceeding after its once constituted, and begins as a formal Parliament to act. [...]. The Election in our times is not well ordered: [...]*“

<sup>313</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 91; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14

<sup>314</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 92f.

Exekutive mit der Ausführung der Gesetze anvertraut ist und Gesetze ohne Exekutive ineffektiv sind. Lawson bestätigt hier zwar, daß das Parlament aus König, Lords und Gemeinen besteht, reduziert die Rolle des Königs aber darauf, daß er zur Ausführung und also zur Zustimmung verpflichtet ist<sup>315</sup>. Das Parlament ist in seiner Macht aber nicht unbeschränkt. Die Parlamentsmacht ist durch göttliches Recht und die Verfassung beschränkt. Bei der Aufzählung der Beschränkungen beruft sich Lawson erneut auf Sir Roger Owen. Erstens können Gesetze schlicht fehlerhaft sein, faktisch wie auch in der Formulierung. Zweitens kann ein Parlament nicht festlegen, daß ein Gesetz zukünftig unabänderlich sei, denn ein späteres Parlament kann dieses selbstverständlich abändern. Drittens kann ein Parlament dem Volk nicht gesetzlich verbieten einen neuen König zu wählen, wenn es keinen Thronerben gebe. Viertens kann das Parlament die Monarchie nicht nach Belieben in eine Demokratie umformen. Fünftens kann das Parlament der Krone keine Prärogativrechte entziehen. Das Parlament kann dem König beispielsweise nicht das Recht zur Auflösung des Parlaments nehmen. Nach Lawson widerspricht sich Owen aber, weil er an anderer Stelle behauptet, daß der König das Parlament gerade nicht nach seinem Gusto auflösen könne, weil er nicht über dem Parlament stehe, denn der König sei gerade im Parlament in höchster Weise König<sup>316</sup>. Die fehlende reale Majestät des Parlaments nennt Lawson als Begründung der Beschränkungen. Das Parlament könne die Regierung nicht ändern oder der Krone Befugnisse nehmen, weil das Parlament diese Prärogativen zuvor nicht gegeben hatte. Vielmehr wurden die Regierungsform, König und Parlament vom Volk konstituiert. Die Gemeinschaft könne dem Parlament das Recht zur Aufhebung der alten und Verabschiedung einer neuen Verfassung geben. Dann aber handelt es sich gar nicht mehr um ein Parlament, sondern um eine extra mit dieser Arbeit betrauten Versammlung der Weisen<sup>317</sup>. Zur Klarstellung verweist Lawson auf einen Irrtum Sir Roger Owens hin. Es werde von ihm nicht zwischen Verfassung und Regierung unterschieden. Lawson ist sich im Klaren, daß zwischen Staats- und Regierungsform zu unterscheiden ist. Deutlich wird dies, wenn wir die heutige britische Verfassung betrachten. Niemand würde bezweifeln, daß es sich um die Staatsform einer Monarchie handelt, genauso wenig läßt sich aber bestreiten, daß hier die Regierungsform einer Demokratie vorliegt. Lawson beurteilt die alte englische Verfassung nur in einer Hinsicht als Monarchie, nämlich zum Zeitpunkt des Intervalls zwischen zwei Parlamenten. Die Engländer hätten einfach schon immer absolute und willkürliche Monarchen verabscheut und

---

<sup>315</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 93f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 15

<sup>316</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 94: „5. *It cannot take away divers prerogatives annexed to the Crown of England, or that the King should not be able to dissolve the Parliament at will and pleasure; yet in another place he tells us, that he cannot dissolve Parliament at will and pleasure, and again, he is not above the Parliament, because he cannot be above himself: and in Parliament he is maxime Rex*“

<sup>317</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 94f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 16



dem König deshalb Zügel angelegt. Lawson beruft sich dabei auf Bracton, Fortescue, den Krönungseid und die Fürstenspiegel<sup>318</sup>. Die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung zur Verfassung Englands zusammenfassend beschreibt Lawson England weder als absolute Monarchie, noch als gemischte Staatsform mit geteilter Souveränität/Majestät zwischen König, Lords und Gemeinen. In England befinde sich die personale Majestät vielmehr gemeinsam in König, Lords und Gemeinen vereinigt in einer Körperschaft<sup>319</sup>. Lawson stellt dar, erstens, warum es sich beim Parlament um eine Repräsentation der ganzen Nation handelt<sup>320</sup>, zweitens wird zum Beweis der gemischten Verfassung der Krönungseid herangezogen<sup>321</sup>, drittens zeige auch die Zustimmungformel des Königs zu Parlamentsgesetzen diese gemischte Form der Verfassung wie die alte Schrift des „*Modus tenendi Parliamentum*“ Edwards des Bekenners, die Darlegungen des Chief Justice Coke, Sir Roger Owen und Sir Henry Spelman zeigen<sup>322</sup>.

Nach der bisherigen Vorarbeit kommt Lawson auf die jüngste Vergangenheit der **Bürgerkriegszeit** zu sprechen. Gottes Warnungen an England hatte es zur Genüge gegeben, beispielsweise in den Nachbarländern, besonders den Dreissigjährigen Krieg als Gottes Gericht über Deutschland. All das half aber nicht, den Bürgerkrieg zu vermeiden<sup>323</sup>. Eine konkrete Schuldzuschreibung nimmt Lawson nicht vor. Für die zukünftigen Aufgaben wisse man nicht, wem diese anzuvertrauen seien. Man könne weder die Glaubwürdigkeit des Königs beurteilen, noch die der Parlamente<sup>324</sup>. Die Vorwürfe gegen Karl I. werden aber aufgezählt, insbesondere seine Auseinandersetzung mit dem Parlament. Interessant ist dabei die explizite Betonung der Auflösung von Parlamenten, der parlamentslosen Regierung von sechzehn statt der sonst genannten elf tyrannischen Jahre ohne Parlament (1629-40) und des Verstoßes gegen das von ihm unterzeichnete Parlamentskontinuitätsgesetz<sup>325</sup>. Die Aufzählung der Vorwürfe geht noch weiter. Allerdings wird

---

<sup>318</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 95; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 17

<sup>319</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 95: *“From all this we may conjecture what the constitution of England was. It was no absolute Monarchy, that’s plain enough. Neither was it a State of pure disposition or mixt. Neither were the Jura Majestatis divided, some to the King, some to the Lords, some to the Commons, it was far better mold. The personal Majesty primary was in King, Peers and Commons joyntly: in the whole assembly as one body”*

<sup>320</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 95f.

<sup>321</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 96f.

<sup>322</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 97

<sup>323</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 97f.

<sup>324</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 99: *„The Civil interest is Salus populi Anglicani [...] The interest Ecclesiastical is the Protestant Religion [...] This being the interest of England, we cannot judge of the faithfulness either of the Kings or Parliaments party by the quality of the persons of either side. For there were both good and bad on both sides [...]”*

<sup>325</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 100: *„Many things are charged upon the King, as acting against the English interest as civil: as that he dissolves Parliaments without just and sufficient cause, that he intermits Parliaments for 16 years*

auch die Position der Royalisten dargestellt, die behauptete, der König habe bloß die Königs- und Bischofsgewalt und die Liturgie verteidigt, nicht gegen das Parlament gekämpft, sondern gegen eine aufrührerische Parlamentspartei und gegen Sektierer und den Krieg gegen Schottland, Irland und überhaupt alle Kriege habe er nur auf Anraten von Juristen und Geistlichen geführt<sup>326</sup>. Der König sei kein absoluter Monarch gewesen, was auch für alle erkennbar war. Die entscheidende Frage sei gewesen, was ein rechtmäßiger Souverän ist. Die Könige Englands jedenfalls waren nie mit unumschränkter Macht ausgestattet und also keine absoluten Monarchen<sup>327</sup>. Gehorsam könne der König von England nur erwarten, wenn er keine unrechtmäßigen Dinge befiehlt. Außerdem müsse man auch zwischen persönlichen Befehlen und Gesetzen unterscheiden. Den Gesetzen müsse man gehorchen. Der König habe überhaupt keine andere Macht als durch die Gesetze. Den persönlichen Befehlen müsse man nicht unbedingt gehorchen, insbesondere dann nicht, wenn sie gegen die Gesetze verstoßen. Der Gehorsam würde dann gegen die Gesetze selbst verstoßen. Man würde sich des Hochverrats schuldig machen<sup>328</sup>. Dem Parlament warfen die Royalisten vor, daß es Miliz, Marine und die Häfen übernommen, ein Staatssiegel angefertigt, Offiziere ernannt, die Bischofskirche abgeschafft, eine neue Liturgie beschlossen und die Schotten ins Land geholt habe, und zwar alles gegen den Willen des Königs, der zuvor so viele Zugeständnisse gemacht hatte, insbesondere das **Parlamentskontinuitätsgesetz und die Periodizität des Parlaments** („*especially the acts of continuance and of triennial Parliament*“)<sup>329</sup>. In der Entwicklung nach dem Sieg über die Royalisten sieht Lawson wenig Positives<sup>330</sup>.

Zur Lösung der bevorstehenden Aufgaben unterbreitet er die folgenden Vorschläge. Als Grundlage sei die alte Verfassung Englands herauszufinden, und zwar in ihrem Zustand vor der Zersetzung. Diese Aufgabe sollte von erfahrenen Staatsmännern und Rechtshistorikern außerhalb des Parlaments wahrgenommen werden. Ein Parlament bedürfe einer Grundlage und Regeln. Nicht jedes Parlament sollte die Grundlage der Regierung neu schaffen. Lawson schlägt außerdem vor, daß das bisher Geschaffene nicht aufgegeben werden sollte, außer es verstoße gegen die alte Verfassung<sup>331</sup>. Man müsse sich auch davor hüten, das öffentliche Interesse Englands mit dem Interesse einer

---

*together; that having signed the Petition of Right, he acts contrary to it, imposeth ship-money, calls a Parliament, signs the act of continuance, deserts it, calls the members from it, calls another Parliament at Oxford, challengeth a negative voice to both the Houses, raiseth a war against it [...]“*

<sup>326</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 101; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 18

<sup>327</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 101f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 19

<sup>328</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 103; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 20

<sup>329</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 103

<sup>330</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 104–110

<sup>331</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 111; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 21

Einzelperson, Familie, Sekte, Partei oder Faktion gleichzusetzen. Das Prinzip der Erbwahl, der Wahl des Thronfolgers aus einer Dynastie, stellt Lawson in Frage, da auch dieses nicht die Wirren des Bürgerkrieges zwischen den Häusern Lancaster und York verhinderte, und es nach dem Ende der Tudor-Dynastie beinahe zu erneuten Auseinandersetzungen gekommen wäre. Das Privileg einer Familie dürfe nicht über der Sicherheit der Nation stehen. Man habe Kenntnis von großen Reichen, die mit unbeschränktem Recht zur Wahl des Thronfolgers lange gewährt hätten. Das Deutsche Reich zur Zeit des Interregnums könnte mit seiner Einrichtung eines Reichsverwesers ein Beispiel sein<sup>332</sup>. Zweck der Neuordnung der Regierung sei es, Frieden und Rechtmäßigkeit in allen Staatsangelegenheiten herzustellen. Die alte Verfassung sei dazu bestens geeignet, genauso wie zur Sicherung und Ordnung der Freiheit sowie zur Beschränkung der Regierung. **Das Parlament ist die Repräsentation der ganzen Nation**, der Freiheit, Eigentum, Leben und die Religion anvertraut sind, weshalb es aus hervorragenden und weisen Männern bestehen sollte. Die Wahlen sollten deshalb regelmäßiger sein und hinsichtlich der Wähler geordnet, das heißt begrenzt auf qualifizierte Vertreter. In irregulären und tumultartigen Wahlen mögen einige weise und herausragende Personen gewählt werden, dies sei aber nicht mehr als eine bloße Chance und keineswegs sicher<sup>333</sup>.

Nach Beendigung des für das Verständnis von Lawsons Auffassung über die richtige politische Ordnung im weltlichen Staat so zentralen achten Kapitels<sup>334</sup>, welches sich mit den verschiedenen Regierungs- bzw. Staatsformen, der Gestalt der Staatsgewalt und der Rolle des Parlaments auseinandersetzte, folgen umfangreiche Kapitel zur Rolle der Kirche und Religion. Thematisiert werden die Gestalt kirchlicher Gewalt, und ob sie vom Bischof von Rom stammt<sup>335</sup>, ob der Staat berechtigten Anspruch auf die Gewalt Petri hat<sup>336</sup>, ob die Bischofskirche der Gewalt Petri

---

<sup>332</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 111f.; vgl. Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 22

<sup>333</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 112: „*The Parliament being a general Representative of the whole Nation, and now of three, and trusted with our liberty, estates, lives, and in some measure with the Religion we profess, should consist, and be made up of eminent and wise men. Therefore the election of them for the manner, should be more regular and orderly in respect of the Electours, and better limited and more strictly tyed to a right qualification of the persons Elected, which should neither be unworthy or unfit. It may indeed fall so out, that in these irregular, and sometimes tumultuous Elections, some wise and eminent persons may be chosen, and the same may prove predominant and leading Members in that great Assembly; but this is but a chance, and no certainty, nor use of right reason in it*”

<sup>334</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 75–113: “*Chapter VIII. Of the disposition of Power Civil, and the several forms of Government*“

<sup>335</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 113–118: “*Chapter IX. Of the disposition of Ecclesiastical Power: and first, whether it be due unto the Bishop of Rome*“

<sup>336</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 118–124: “*Chapter X. Whether the Civil State have any good title to the Power of the Keyes*”

unterliegt<sup>337</sup>, ob die Presbyterianer der Gewalt Petri unterliegen<sup>338</sup>, daß die Regierung der Kirche nicht gänzlich demokratisch ist<sup>339</sup>, der Umfang der Partikularkirche<sup>340</sup>, von der Unterstellung im allgemeinen und der Untertanen des Staates<sup>341</sup> und der Untertanen eines Kirchenstaates<sup>342</sup>.

**Sir Roger L'Estranges Schrift „A plea for limited monarchy“ (1660)** sprach sich für die Mischverfassung aus und richtete sich an General George Monck. Das achtseitige und ungegliederte Pamphlet propagierte eine beschränkte Monarchie. Im Untertitel der Schrift wirbt der Verfasser damit, ein Anhänger der guten alten Gesetze des Landes zu sein, wie sie zu einer Zeit bestanden hatten, als es noch keine Parteiungen und Willkür gegeben habe<sup>343</sup>. Die Schrift wurde von dem in Cambridge und Gray's Inn ausgebildeten Juristen verfasst, der später als royalistischer Autor, Journalist und Zensor Berühmtheit erlangte. „*Wing's Short-Title Catalogue*“ enthält 130 Schriften, die ihn als äußerst produktiven Autor ausweisen. Darüber hinaus übersetzte er zahlreiche Werke ins Englische, darunter solche von Aesop, Cicero, Tacitus, Erasmus und Cervantes. Er nahm auf Seiten der Royalisten am Bürgerkrieg teil und verbrachte danach viele Jahre im europäischen Exil (1643-53), nachdem ihn die Republikaner in England zum Tode verurteilt hatten (1643). Oliver Cromwell ermöglichte ihm später nicht nur die Rückkehr, sondern ließ alle Vorwürfe gegen ihn fallen, so daß er nach dem Tod seines Vaters (1654) und entsprechender Erbschaft in London in angemessener Weise als Gentleman leben konnte. Nach Oliver Cromwells Tod (1658) begann seine publizistische Karriere, die zuvor eher sporadischer Natur gewesen war. Er setzte sich wieder für die royalistische Sache ein, verlangte die Auflösung des Rumpfparlaments und Neuwahlen. Mit der Textsammlung „*Short View of some Late and Remarkable Transactions*“ (June 1660), die seine bisherigen Pamphlete zusammenfasste, empfahl er sich der Krone. Mit seinen Schriften „*A Caveat to the Cavaliers*“ (1661) and „*A Modest Plea both for the Caveat and the Author of It*“ (1661) wandte er sich gegen James Howells „*A Cordial for the Cavaliers*“ (1661). L'Estrange verteidigte

---

<sup>337</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 124–138: „*Chapter XI. Whether Episcopacy be the primary subject of the Power of the Keyes*“

<sup>338</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 138–149: „*Chapter XII. Whether Presbytery or Presbyters be the primary subject of the Power of the Keyes*“

<sup>339</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 149–175: „*Chapter XIII. That the Government of the Church is not purely Democratical, but like that of a free State, wherein the Power is in the whole, not in any part, which is the Authors judgement*“

<sup>340</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 175–205: „*Chapter XIV. Of the extent of a particular Church*“

<sup>341</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 206–239: „*Chapter XV. Of Subjection in general, and the subjects of a Civil State*“

<sup>342</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 240–264: „*Chapter XVI. Of Subjects in an Ecclesiastical Politie*“

<sup>343</sup> L'Estrange, Roger, Sir, *A plea for limited monarchy, As it was established in this nation, before the late war, In an humble addresse to His Excellency, Generall Monck, By a zealot for the good old laws of his country, before any faction or caprice*, Early English Books Online (EEBO) 2189:08, London, 1660

damit den König gegen die Vorwürfe der adeligen Kavaliere, sie für ihre Leiden und Opfer für die Monarchie während des Bürgerkriegs und der Republik nicht genügend entschädigt und belohnt zu haben. Mit weiteren Schriften und Hinweisen auf illegale regierungsfeindliche Publikationen empfahl er sich Clarendon. Man machte ihn zunächst zum inoffiziellen, unbezahlten Überwacher der Presse (1662), schließlich aber wurde er zum offiziellen „*Surveyor of the Press*“ (1663-79 und 1684-88) und „*Licencer*“, der Drucklizenzen gegen Bezahlung vergeben konnte. Auf der Grundlage des „*Treason Act*“ (1660), des „*Act of Uniformity*“ (1662) und des „*Licensing Act*“ („*An act for preventing the frequent abuses in printing seditious, treasonable and unlicensed books and pamphlets, and for regulating of printing and printing presses*“) wurden Presse und Buchverkauf überwacht. Als „*Licencer*“ der „*diurnals and books of public intelligence*“ übernahm er von Sir John Berkenhead und Henry Muddiman die Kontrolle über die wöchentlich erscheinende Regierungszeitung „*The Intelligencer*“, die von „*The London Gazette*“ abgelöst wurde (1666), welche zuerst als „*The Oxford Gazette*“ (1665) erschien. L'Estrange verlor seine Ämter erst mit dem Ende des „*Licensing Act*“ (27.05.1679). Da hatte er seine eigene publizistische Tätigkeit schon längst wieder aufgenommen, die er während der 1670er Jahre vernachlässigt hatte. Er schrieb in Erwiderung auf Andrew Marvells „*An Account of the Growth of Popery*“ (1677) die Schrift „*An Account of the Growth of Knavery*“ (1678). L'Estrange ließ weitere Publikationen folgen. Er griff den Verschwörer Titus Oates in seinen Publikationen „*The Free-Born Subject*“ (1679), „*A Further Discovery of the Plot*“, „*Discovery upon Discovery*“ und „*L'Estrange's Narrative of the Plot*“ (1680) direkt an und verglich die Auseinandersetzungen rund um den „*Popish Plot*“ mit denen von 1641. Die Gegenangriffe der Whigs auf ihn waren nicht weniger persönlich. Man verdächtigte ihn des Katholizismus, wogegen er sich mit der Schrift „*L'Estrange No Papist*“ (1681) verteidigte. Schließlich blieb ihm aber nur die Flucht von London nach Edinburgh (1680) zum Bruder des Königs, dem Herzog von York, dessen Thronfolge er mit der Streitschrift „*The Case Put, Concerning the Succession*“ (1679) befürwortete. Die Rückkehr war erst nach dem Ende des zweiten „*Exclusion Parliament*“ (1681) möglich. Nach der Auflösung des Parlaments von Oxford (28.03.1681) veröffentlichte er mit „*The Dissenters' Sayings*“ eines seiner wirkungsmächtigsten Pamphlete. Die erste Ausgabe der neuen dreimal wöchentlich erscheinenden Regierungszeitung „*The Observer*“ unter L'Estrange Leitung folgte unmittelbar danach (13.04.1681). Der *Observer* trug entscheidend zum Sieg der Krone über den „*Popish Plot*“ und zur Überwindung der „*Exclusion Crisis*“ bei und erschien während der folgenden sechs Jahre (bis 09.03.1687). In Dialogform stritten A („*Observer*“ oder „*Courantier*“, später Tory) gegen Q („*Trimmer*“, später Whig) gegeneinander. Als Jakob II. den „*Licensing Act*“ erneuerte (19.05.1685), ernannte er L'Estrange erneut zum „*Surveyor*“ und „*Licencer*“. Mit der Glorreichen Revolution endeten nicht

nur alle seine Tätigkeiten. Vielmehr wurde er auch wegen des Schreibens und Verbreitens hochverräterischer Schriften verhaftet (16.12.1688)<sup>344</sup>.

L'Estrange positionierte sich in seiner Schrift gegen die Republik und für die Monarchie. Die Erfahrung habe gezeigt, daß eine Republik nicht frei von Fehlern sei. Es gebe Machtanmaßungen und Parteiungen. Aber auch die Monarchie habe ihre Fehler. Ein Vergleich beider Regierungen solle Klarheit schaffen und zeigen, daß die frühere Regierung alle Vorteile einer Republik in Perfektion hatte. Die Monarchie sei älter als alle bekannten Aufzeichnungen und entspreche am besten dem Recht des Landes, welches unter der Monarchie entstanden und gewachsen sei. Die Juristen hatten deshalb einstimmig den Protektor aufgefordert, den Titel eines Königs anzunehmen. Nach dieser Überleitung beginnt der eigentliche Vergleich von Republik und Monarchie. **Die frühere Regierung habe alle wesentlichen Teile einer Republik in Perfektion enthalten. Im Kern war es eine Republik in der Schale einer Monarchie.** Die Republik bestehe aus drei wesentlichen Teilen. Ein vorschlagender Senat, ein beschließendes Volk und ein ausführender Magistrat<sup>345</sup>. L'Estrange verdeutlicht, daß der damalige Senat bzw. das Parlament niemals freier gewesen sei, weil die Deputierten der ganzen Nation frei gewählt waren, mit größter Freiheit sich versammelten, berieten, debattierten und über alles Gemeinwohl abstimmten. Keine Gefahr entging ihrer Repräsentation, keine Beschwerde ihrer Klage, kein Recht ihrer Beanspruchung und kein Gut ihrem Verlangen. Der geringste Bruch der Privilegien war ein Verbrechen. Es gab zwar kein Appellationsrecht an die vom Volk regelmäßig gewählte Versammlung, dafür aber waren die Minister und Beamten verantwortlich. L'Estrange spricht von der **Regelmäßigkeit des Parlaments**, womit er die Regelung von 1641 meinen könnte, geht aber nicht weiter darauf ein. Bemerkenswert ist die Erwähnung dennoch, zeigt sie doch, welche Bedeutung der Regelmäßigkeit zugemessen

---

<sup>344</sup> LOVE, Harold, L'Estrange, Sir Roger (1616–1704), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/16514>, 25.11.2015; The History of Parliament Trust (Hrsg.), L'Estrange, Roger (1616-1704), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/18217estrange-roger-1616-1704>, 25.11.2015; vgl. KITCHIN, George, Sir Roger L'Estrange, A contribution to the history of the press in the seventeenth century, London, 1913; SIEBERT, Frederick Seaton, Freedom of the press in England, 1476–1776, The rise and decline of government controls, Urbana, 1952; KEEBLE, N. H., The literary culture of nonconformity in later seventeenth-century England, 1987; MUDDIMAN, Joseph George, The King's Journalist 1659-89, Studies in the reign of Charles II, London, 1923; PARKS, Stephen, Freedom of the press, Sir Roger L'Estrange's tracts and others, 1660-1681, Garland, 1974; KNIGHTS, Mark, Politics and opinion in crisis, 1678-81, Cambridge, 1994; WEBER, Paper bullets, 1996

<sup>345</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 4f.: „I come now to assert, that **our former Government**, eminently included **all the perfections of a Free State**, and was the Kernel, as it were, of a **Commonwealth, in the shell of Monarchy**: First, I will begin with the essential parts of a Commonwealth, which are three, viz. The Senate proposing, the People resolving, the Magistrate executing”

wird<sup>346</sup>. L'Estrange lenkt seine Aufmerksamkeit sodann auf die Befugnissen und Beschränkungen des Fürsten und beschreibt damit die Abläufe der Mischverfassung. Er spricht von der Ministerverantwortlichkeit<sup>347</sup>, von der Notwendigkeit der Zustimmung von König und Lords zu den Gesetzen, vom fehlenden Steuerrecht und dem Steuerbewilligungsrecht des Unterhaus. Und unvermittelt spricht L'Estrange von einem bestimmten Ziel, das es zu erreichen gelte. Die Regierung müsse nämlich vor der Veränderung durch den Willen des Unterhauses bewahrt werden, falls das Unterhaus parteiisch werden sollte. Diese Gefahr sei nicht nur theoretisch, sondern durch Erfahrung bestätigt worden<sup>348</sup>. Danach beschreibt L'Estrange die Beschränkungen der Monarchie durch die gemischte Verfassung weiter und stellt explizit die Verbindung von Ministerverantwortlichkeit und „*Triennial Parliament*“ her. Dieses ertrage nur die lauterste Unbescholtenheit und obzwar es dem König möglich sei, angeklagte Minister zu begnadigen, so sei es doch weise, es nicht zu tun. Denn das Unterhaus habe die Macht, des Königs Bedürfnisse zu befriedigen und seinen Willen auszubalancieren, so daß es besser sei, sich ins Einvernehmen mit dem Parlament zu setzen<sup>349</sup>. Der Verfasser führt weitere Beschränkungen der gemischten Monarchie aus. Schließlich werden die Reformgesetze des Langen Parlaments ausdrücklich gelobt, beginnend mit dem „*Triennial Act*“ (1641). Die frühere Regierung sei der Spiegel aller Regierungen, der Neid aller Monarchien und die Schande aller Republiken gewesen. Das Lob der früheren Verfassung gipfelt in der Behauptung, daß man in der Monarchie die Genüsse des freiesten Staates habe<sup>350</sup>.

---

<sup>346</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 5: „*for the Senate or Parliament, if ever there were a free & honourable one, it was here; where the Deputies of the whole Nation, most freely chosen, did with like freedome, meet, propound, debate and vote all matters of common interest, no danger escaped their representing; no grievance, their complaint; no publick right, their representing; no good, their demand; in all which the least breach of Priviledge was branded as a civil Sacriledge. And though there lay no appeal to the dispersed body of the people [...] yet (elections being so popular, and assemblies frequent) the same end was attained with much more safety and convenience*”

<sup>347</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 5: „*[...] Ministers and Officers, not onely sworn, but severel accomptable*“

<sup>348</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 5: „*[...] it was resolved into a meet Target, to shelter and preserve the Government from being altered at the Will of the Commons, if at any time they should prove factious: which (being in reason manifest) hath been also confirmed by great experience: [...]*”

<sup>349</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 6: „*He chose his Ministers, (as who doth not his servants?) But alas, he was accomptable for them, to the **Triennial Parliament**, which none but the soundest Integrity could abide: He could hinder the stroke of Justice with his Pardon [...] But certainly, it was great wisdom, rather, to give way; [...] since the Power of relieving his Wants rested in the Commons, to balance his Will, & oblige him to a **correspondence with Parliament***”

<sup>350</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A plea for limited monarchy, 1660, S. 8: „*He chose his Ministers, (as who doth not his servants?) But alas, he was accomptable for them, to the **Triennial Parliament**, which none but the soundest Integrity could abide: He could*

**Der anonyme Einblattdruck „No King but the old kings son“ (1660)** propagierte im Untertitel die beschränkte Monarchie vor Ausbruch des Bürgerkrieges: *„A Vindication of a Limited Monarchy, as it was established in this Nation, before the late war between the King and Parliament“*. Der Autor führte seine Vorstellung von der **Mischverfassung** aus. Die Monarchie sei im Kern eine Republik mit einem vorschlagendem Senat, dem beschließenden Volk und den ausführenden Magistraten. Im Senat, der auch Parlament genannt werde, versammeln sich die frei gewählten Vertreter, schlagen Gesetze vor, debattieren und votieren im allgemeinen Interesse. Die Wahlen seien populär und die Versammlungen regelmäßig. Dem Fürsten obliege die Exekutive und seine Minister sind verantwortlich für seine Politik. Bei der Gesetzgebung sei die Zustimmung von König und Lords erforderlich und umgekehrt dürfe es keine Steuergesetze ohne Zustimmung des Unterhauses geben. König und Lords müssen allen Gesetzen zustimmen, die dem Wohl des Volkes dienen, so lange ein Gesetz dem Fürsten nicht erheblichen Schaden zufüge. Der König müsse die Regierung erhalten und vor jeder Veränderung durch das Unterhaus schützen, falls dieses sich in Parteiungen spalten sollte, wie in der jüngsten Vergangenheit geschehen<sup>351</sup>. Der Autor sieht die Ursache des über England gekommenen Unheils darin, daß einer der drei Stände die Macht alleine an sich nahm und dann selbst zum Opfer einer Faktion wurde<sup>352</sup>. Und die Schrift beschreibt, nachdem sie bereits zuvor die Regelmäßigkeit von Parlamenten als erstrebenswert postuliert hatte, die Verantwortlichkeit von König und Ministern gegenüber einem *„Triennial Parliament“*<sup>353</sup>.

**Der anonyme Einblattdruck „The qualifications of the succeeding Parliament“ (1660)** nimmt Stellung für die parlamentarische Regierung, **Repräsentation und die Mischverfassung**. Die Schrift beschreibt die zurückliegenden Jahre des Bürgerkrieges und der Republik als beinahe Schiffbruch des Staates. Einzige Rettung für das Staatsschiff sei Gottes Führung gewesen. Der Autor hofft auf eine rasche Rückkehr in den sicheren Hafen der alten Zustände. Er beschreibt das Geschehen als das Handeln von Staatsverbrechern, die zwei der ehrenwertesten Stände des

---

*hinder the stroke of Justice with his Pardon [...] But certainly, it was great wisdom, rather, to give way; [...] since the Power of relieving his Wants rested in the Commons, to balance his Will, & oblige him to a correspondence with Parliament”*

<sup>351</sup> Anonymus, No king but the old kings son, Or, A vindication of limited monarchy, as it was established in this nation, before the late war between the King and Parliament, Early English Books Online (EEBO) C26:3[232], London, 1660; vgl. Anonymus, No king but the old kings son, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

<sup>352</sup> ANONYMUS, No king but the old kings son, 1660: *„as by sad events we have since seen, that power being engrossed by one of the Estates, purged and modelled to the Interests of a Faction“*

<sup>353</sup> ANONYMUS, No king but the old kings son, 1660: *„He chose Ministers, But alas he was accomptable for them to the Tryennial Parliament, which none but the soundest integrity could abide“*



Parlaments ihrer fürchterlichen Gier und ihrem Ehrgeiz geopfert hätten<sup>354</sup>. Einzige Rettung zur Wiederherstellung von Kirche und Staat sei ein freies aus allen drei Ständen bestehendes Parlament, deren Stände in ordentlicher Hierarchie zueinander und in gutem Einvernehmen miteinander stehen. Der Gesetzgebungsprozess der gemischten Verfassung Englands sei es, wofür England zu Recht von anderen Nationen beneidet werde. Der Autor spricht von parlamentarischer Regierung und gewählten Repräsentanten durch die der Bürger Leben und Güter gesichert werden<sup>355</sup>. Dreierlei sei wünschenswert, damit die Wahl dieser Repräsentanten ordentlich vonstattengehe: 1) Niemand solle gewählt werden, der ein Feind der königlichen Regierung sei, 2) kein Anhänger der Sekten solle gewählt werden und 3) es solle niemand gewählt werden, der Kirchen- oder Kronland gekauft habe oder ein Steuer oder Zollamt ausübe. Ein freies und vollständiges Parlament solle wiedererstehen und der Staat solle den alten Fundamentalgesetzen des Landes entsprechend wieder errichtet werden. Der Autor gibt sich als Verfechter der gemischten Verfassung zu erkennen. Weder Parlament noch König sollen dominieren<sup>356</sup>.

## b) Parlamentsverfahren

**Henry Elsynge** Schrift „*The ancient method and manner of holding of parliaments*“ (1660) beschreibt das Verfahren des englischen Parlaments. Verfasser der Schrift „*The ancient method and manner of holding of parliaments in England*“ (1660) war der im Middle Temple ausgebildete Jurist Henry Elsynge (1577-1635), der sich als Parlamentshistoriker einen Namen gemacht hatte. Er wurde zunächst gemeinsam mit Robert Bowyers zum „*Keeper of the records in the Tower of London*“ (1604-12) ernannt. Bowyers stieg zum „*Clerk of the parliaments*“ auf (1609) und nahm Elsynge als Assistenten mit. Nach Bowyers Tod nahm Elsynge dessen Position als Clerk ein (1621) und blieb es bis zu seinem Tod, beendete seine aktive Zeit jedoch schon Jahre vorher (1629). Seine Ämter erlaubten ihm den Zugang zu den historischen Dokumenten im Tower von London und in Westminster, so daß er zum anerkannten Experten der Verfahrensweise des Parlaments wurde. Sein Hauptwerk „*The Manner of Holding Parliaments in England, or, Modus tenendi parlamentum apud Anglos*“ konnte er vor seinem Tod nicht abschließen. Veröffentlicht wurde es erst im Jahr der

---

<sup>354</sup> Anonymus, The qualifications of the succeeding Parliament, Early English Books Online (EEBO) 247:669.f.24[17], London, 1660: „[...] the new State-mongers [...] have sacrificed two of the most honorable Estates of Parliament to the fury of their horrid Avarice and Ambition“

<sup>355</sup> ANONYMUS, The qualifications of the succeeding Parliament, 1660; vgl. Anonymus, The qualifications of the succeeding Parliament, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1: “ [...] publick concern of **Parliamentary Government**, which speaketh a high satisfaction to all degrees of their Grievances, and the constitution of wholsom Laws for the security of their lives and Fortunes, to which they have reason most readily to submit in all due obedience, seeing they are **enacted by their own Representatives in Parliament** [...]”

<sup>356</sup> ANONYMUS, The qualifications of the succeeding Parliament, 1660

Restauration der Monarchie (1660). Die später publizierte Schrift „*The Manner of Passing Bills in Parliament*“ (1685) könnte ursprünglich als Teil seines Hauptwerkes konzipiert gewesen sein<sup>357</sup>.

Elsynges Hauptwerk wurde unter dem Titel „*The ancient method and manner of holding of parliaments in England*“ 25 Jahre nach seinem Tod zur Restauration der Monarchie erstmals veröffentlicht (1660)<sup>358</sup>, sehr wahrscheinlich um Ungewissheiten über die Verfahrensweise des Parlaments nach Bürgerkrieg und Republik auszuräumen. Der Druck von 1660 hat einen Umfang von 237 Seiten. Da das Werk von Elsynge vor seinem Tod nicht vollendet werden konnte, behandelt es nicht alle Verfahrensweisen in abschließender Weise. Das Buch gliedert sich in acht Kapitel. Behandelt werden die Einberufung des Parlaments<sup>359</sup>, das erste Zusammentreten des Parlaments<sup>360</sup>, der Ort der Versammlung und die Sitzordnung<sup>361</sup>, die Tage der Nichtversammlung<sup>362</sup>, das Recht der Lords zur Bestimmung von Stellvertretern<sup>363</sup>, die Gründe zur Versammlung des Parlaments<sup>364</sup>, die Rolle des Unterhaussprechers, die Privilegien des Unterhauses (Petitionsrecht, Redefreiheit, Schutz vor Verhaftung) und der Lords sowie bestimmte Präzedenzfälle<sup>365</sup> und die Petitionen<sup>366</sup>. Das erste Kapitel bezieht sich auf die Aufzeichnungen des „*Modus Tenendi Parliamentum*“ aus dem 14. Jahrhundert. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den Lords im Oberhaus. Behandelt wird die Gestalt der Einberufungsschreiben des Königs an den Prinzen von Wales, die Herzöge, Grafen, Barone, die königlichen Richter und die Bischöfe<sup>367</sup>.

---

<sup>357</sup> SAINTY, J. C., Elsynge, Henry (bap. 1577, d. 1635), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/37395>, 25.11.2015; The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1604-29, XI. Legislation and Petitions, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xi-legislation-and-petitions>, 25.7.2016

<sup>358</sup> Elsynge, Henry, *The ancient method and manner, of holding of parliaments in England, Being the collections of Henry Elsynge*, Esq., Early English Books Online (EEBO) 142:14, London, 1660

<sup>359</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 1–69: „*Chapter 1: Of Summons*“

<sup>360</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 70–81: „*Chapter 2: Of Appearance*“

<sup>361</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 82–92: „*Chapter 3: Locus & modus sedendi*“

<sup>362</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 93–95: „*Chapter 4: Of Parliament dayes*“

<sup>363</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 96–108: „*Chapter 5: Of Proxies*“

<sup>364</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 109–122: „*Chapter 6: De summonitionis causa*“

<sup>365</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 123–207: „*Chapter 7: De Prolocutor Domus Communis*“

<sup>366</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 208–237: „*Chapter 8: Receivers and Tryers of Petitions*“

<sup>367</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 1–20: „*Who were anciently summoned to Parliament?*“, „*Whether the Summons were anciently by one general writ or by partucular wirts*“, „*The ancient form of the Writ*“, „*The difference between the ancient Writ of summons and the Writ to this day*“, „*Of the title of the party summoned*“, „*The title of the Prince*“, „*The title of a Duke, an Earl and a Baron*“, „*The titles to Barons and Peers*“, „*To the Judges*“, „*To the Bishops*“, „*To the temporal Lords*“; HARDY, Thomas Duffus (Hrsg.), *Modus tenendi parliamentum, An ancient treatise on the mode of holding the parliament in England*, London, 1846; PRESTWICH, Michael, *The modus tenendi parliamentum*, in: *Parliamentary History* 1, 1982, Nr. 1, S. 221–226; Weber, W. C., *The Purpose of the English Modus Tenendi Parliamentum*, in: *Parliamentary History* 17, 1998, Nr. 2, S. 149–

Die Abgeordneten des Unterhauses werden erst im anschließenden Abschnitt („*Per Communitatem*“) behandelt. Sie werden gewählt, nachdem der König seine Einberufungsschreiben an die Sheriffs geschickt hat<sup>368</sup>. Zwischen den Aufgaben der Lords und der Unterhausabgeordneten wird unterschieden. Die Lords im Oberhaus sollen ihren Rat geben<sup>369</sup>. Alle Urteile im Parlament werden von den Lords und nicht von den Unterhausabgeordneten gegeben, die aber das Recht zur Zurückweisung von Urteilen haben sollen<sup>370</sup>. Der Gesetzgebungsprozeß wird beschrieben. Alle Rechtsverordnungen werden von Lords und Commons im gemeinsamen Rat gemacht<sup>371</sup>. Parlamentsgesetze sind Akte von Lords und Commons mit Zustimmung des Königs<sup>372</sup>. Der folgende Abschnitt „*By what warrant the Writs of Summons were made*“ betont, daß das Parlament nur durch den König einberufen werden kann<sup>373</sup>. Der Einberufungsbefehl wurde manchmal mit Privatsiegel des Königs, üblicherweise aber als Staatsakt ausgestellt<sup>374</sup>. Im Falle der Abwesenheit des Königs wurde ein Aufseher bestellt, der das Einberufungsschreiben des Königs bezeugt<sup>375</sup>. Danach druckt Elyngge ein Einberufungsschreiben König Jakobs I. ab, bevor er sich erneut Baronen und Peers widmet<sup>376</sup>. Im Abschnitt „*The form of the ancient Writ for the Election of the Knights, Citizens & Burgesses*“ beschreibt Elyngge die Wahl der Unterhausabgeordneten. Die Abgeordneten haben selbst keine Macht, sondern haben delegierte Macht der entsprechenden Grafschaft, City oder eines Boroughs. Das Wesen der **Repräsentation** wird als delegierte Macht beschrieben. Die Unterhausabgeordneten hatten selbst keine Macht, sondern leiteten diese von der Grafschaft oder

---

177; GALBRAITH, V. H., *The Modus Tenendi Parliamentum*, in: *Journal of the Warburg Courtauld Institute* 16, 1953, Nr. 1/2, S. 81–99; TAYLOR, John, *The Manuscripts of the 'Modus Tenendi Parliamentum'*, in: *English Historical Review* 83, 1968, Nr. 329, S. 673–688; SPUFFORD, Peter (Hrsg.), *Origins of the English Parliament*, London, 1969

<sup>368</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 21: „*The Commons were not summoned, but elected upon the Kings Writs to the Sheriff, &c.*“

<sup>369</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 21: „*The Lords Spirituall and Temporal are to treat with the King, and the other Lords present, and to give their counsel*“

<sup>370</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 22: „*And this is the cause that all Judgments in Parliament were given by the Lords, and not by the Commons, yet they were parties to the Refusall of Judgments given in Parliaments*“

<sup>371</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 22: „*All Ordinances made in Parliament (in Pleno Parlamento) were made by the Lords and Commons. All Ordinances made per commune Concilium, were made by the Lords and Commons*“

<sup>372</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 23: „*Actus Parliamenti, was an Act made by the Lords and Commons, (statutum) when the King had consented to the Act*“

<sup>373</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 23: „*But Surely none but the King can summon the Parliament*“

<sup>374</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 23: „*The Warrant hath been divers, sometimes per breve de private sigillo, but commonly per ipsum Regem, or per ipsum Regem & Consilium*“

<sup>375</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 23f.: „*If the King hath been absent, and a Custos appointed (as the manner is) the Writ bears the Teste by the Custos, and the Warrant is per ipsum Regem, & dominum Custodem, et Consilium [...]*“

<sup>376</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 25–55

Stadt ab, die sie entsandte<sup>377</sup>. Das Einberufungsschreiben ging an die Sheriffs, um zwei Ritter aus jeder Grafschaft auszuwählen. Weitere Einberufungsschreiben gingen an Städte und Gemeinden, und zwar direkt an die Bürger, nicht etwa an Bürgermeister oder Gemeindebeamte, zur Wahl zweier Abgeordneter<sup>378</sup>.

**William Hakewills** „*Modus tenendi Parliamentum*“ (1660) beschreibt wie Elsynge vorangehend erörterte Schrift die Verfahrensweise des englischen Parlaments. Der Jurist William Hakewill (1574-1655) hatte sich einen Namen als Parlamentarier und Antiquar gemacht. Er schrieb als Mitglied der „*First Society of Antiquaries*“ die Schriften „*The antiquity of the laws of this island*“ und „*Of the antiquity of the Christian religion in this island*“. Als Unterhausabgeordneter saß er in mehreren Parlamenten (1601, 1604-10, 1614, 1621, 1624, 1628/29). Im Parlament von 1621 trat er als Verteidiger der Rechte des Parlaments gegenüber der Krone auf, und auch wenn er 1625 und 1626 kein Abgeordneter war, so nahm er doch im nächsten Parlament regen Anteil an den Debatten zur „*Petition of Right*“ (1628). Er veröffentlichte im Jahr 1641 die Schriften „*The Manner of Holding Parliaments in England*“ und „*The Manner how Statutes are Enacted by Passing of Bills*“. In dieser Anfangsphase der Auseinandersetzungen zwischen Parlament und Krone machte sich Hakewill durch seine historischen Untersuchungen als Antiquar um die Sache des Parlaments verdient<sup>379</sup>.

Die hier vorliegende Publikation von 1660 enthält drei Schriften von Hakewill aus dem Jahre 1641 mit insgesamt 220 Druckseiten. Zuerst abgedruckt ist die Schrift „*Modus tenendi Parliamentum, Or the old manner of holding Parliaments in England extracted out of our ancient records*“<sup>380</sup>, gefolgt von der Abhandlung „*Ancient Customes of England*“ über die alten Gebräuche Englands<sup>381</sup> und

---

<sup>377</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 57: „*but the Commons had not any power of themselves, but from the County, City, or Borough that sent them*“

<sup>378</sup> ELSYNGE, HENRY, *The ancient method and manner*, 1660, S. 57ff.: „*A Writ went to every Sheriff to cause two Knights to be chosen out of every County [...] And other Writs went to each City and Borough Town, not to the Major, or Bayliffe but Civibus et Burgiensibus, to send two Citizens, &c.*“

<sup>379</sup> DOYLE, Sheila, Hakewill, William (bap. 1574, d. 1655), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/11891>, 15.11.2015; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Hakewill, William (1574-1655), 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1558-1603/member/hakewill-william-1574-1655>, 25.11.2015

<sup>380</sup> Hakewill, William, *Modus tenendi Parliamentum, Or the old manner of holding Parliaments in England extracted out of our ancient records: with certain municipal rights and customes of this common-wealth of England: together with the priviledges of Parliament : and the manner how lawes are there enacted by passing of bills: collected out of the journal of the House of Commons*, Early English Books Online (EEBO) 940:01, London, 1660, S. 1–95

<sup>381</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 96–120

schließlich die Schrift „*The Manner how Statutes are Enacted by Passing of Bills*“<sup>382</sup>. Den Schriften vorangestellt ist das Vorwort des Herausgebers des Druckes von 1660 („*To the intelligent Reader*“). Im Vorwort verdeutlicht der Herausgeber seine Ansicht über den Charakter des Rechts und die Aufgabe des Parlaments. Das Recht entstehe durch lange Beratungen und werde erst dadurch gut. Lange Debatten und das Aufeinandertreffen der Argumente des Dafür und Dagegen haben seit jeher Art und Weise sowie Methode der Englischen Parlamente ausgemacht und diese zur Quelle des Rechts gemacht. Das Parlament wurde stets als Bollwerk der Freiheiten aufgefasst, als sicherer Damm zur Bewahrung vor den Fluten tyrannischer Macht, willkürlicher und unbeschränkter Regierung. Prärogative des Parlaments ist es, Recht zu setzen und zu sprechen, Gesetze zu verkünden, zu erklären und existierende Gesetze und Verfassungen in Kraft zu setzen<sup>383</sup>. Der Herausgeber kündigt an, daß beabsichtigt werde, die Art und Weise sowie die Rechtsformen des „*High Court of Parliament*“ von Beginn an darzustellen. Die Zusammenstellung erfolge durch Mister Hakewill zum Zweck des Gemeinwohls. Die Schrift werde empfohlen. Sie sei sehr gut dazu geeignet, von allen frei geborenen Bürgern gelesen zu werden, damit sie verstehen, auf welcher Grundlage Recht und Freiheiten beruhen<sup>384</sup>.

Hakewills Schrift „*Modus tenendi Parliamentum*“ besteht aus zwei Teilen: 1) „*The Manner of Holding a Parliament in the second of Edward the Confessor, Son of King Etheldred*“<sup>385</sup> und 2) „*Some Additions of the Priviledges of Parliament*“ unter dem Titel „*The usual forms of Summons for the Parliament. The Form of the Kings Majesties Writ to the Peers to assemble in Parliament*“<sup>386</sup>. Hakewill eröffnet den Text des „*Modus Parliamentum*“ mit einer Beschreibung der Art und Weise wie das Parlament des Königs von England und seines Volkes zu Zeiten König Edwards abgehalten wurde, bevor Wilhelm der Eroberer diese Verfahrensweise anerkannte und während seiner Herrschaft praktizierte, genauso wie seine Nachfolger. Hakewill vertritt die Vorstellung der „*Ancient Constitution*“. Konstituierenden Charakter für Englands Rechtsordnung hätte nicht die normannische Eroberung gehabt, sondern die Volksrechte angelsächsischer Zeit<sup>387</sup>. Der verfahrenstechnische Teil des Textes beginnt mit der Beschreibung der Einberufung des

---

<sup>382</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 121–198

<sup>383</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. I–III; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

<sup>384</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. IV–V; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>385</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 1–42

<sup>386</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 42–95

<sup>387</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 1; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

Parlaments. Diese habe vierzig Tage vor der ersten Versammlung zu erfolgen<sup>388</sup>. Die Art der Einberufung des Klerus, der Lords, Ritter und Bürger wird dargelegt<sup>389</sup>, gefolgt von einer ausführlicheren Beschreibung der ersten Zusammenkunft aller Mitglieder des Parlaments<sup>390</sup>. Die Eröffnung erfolge durch den Erzbischof, einen Bischof oder einen anderen hohen Geistlichen. Danach spreche der Lordkanzler und schließlich der König selbst<sup>391</sup>. Auch die Sitzordnung wird thematisiert, genauso wie die Verfahrensweise und die offiziellen Helfer des Parlaments<sup>392</sup>. Im Abschnitt *“Touching the help and aid appointed for the King”* geht Hakewill auf die **Gründe zur Einberufung des Parlaments** ein, führt einen Angriff gegen das Oberhaus und zugunsten des Unterhauses. Der König brauche nicht um Hilfe für sein Königreich zu ersuchen, außer im Falle von Krieg, zur Erhebung seiner Söhne zu Rittern und zur Verheiratung seiner Töchter. Für diese Fälle aber benötigt der König die Vollversammlung des Parlaments und die Zustimmung aller Lords. Zwei Ritter als Vertreter einer Grafschaft haben dabei größeres Gewicht als jeder Graf. Der König könne aber, so betont es Hakewill hier, ein Parlament mit den Gemeinen und ohne geistliche und weltliche Lords abhalten, denn in der Vergangenheit gab es weder Bischof noch Baron und die Könige beriefen dennoch ihr Parlament. Also können alle Dinge von den Gemeinen im Parlament gewährt werden<sup>393</sup>. Bei der Versammlung des Parlaments ist die persönliche Anwesenheit des Königs unbedingt notwendig. Für den Fall der Abwesenheit des Königs müsse er eine Kommission bestellen, bestehend aus den besten Mitgliedern des Parlaments, aus zwei Bischöfen, zwei Grafen, zwei Baronen, zwei Rittern, zwei Vertreter pro City und zwei Vertreter der Boroughs. Diese sollten seinen Zustand bezeugen. Die Kommission soll gemeinsam mit dem Erzbischof, dem Hofmarschall

---

<sup>388</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 2: *“The summons of Parliament ought to go fourty dayes before the first day of Parliament”*

<sup>389</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 2–9: *„Concerning the Clergy“*, S. 2ff.; *„Concerning the Laity“*, S. 4ff.; *“Touching the Knights of the Shire”*, S. 6f.; *“The Citizens”*, S. 7f.; *“The Burgesses”*, S. 8f.

<sup>390</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 9–11; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4

<sup>391</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 12f.: *“The Preaching at the Parliament”*, S. 12; *“The Speech for the Parliament”*, S. 12f.; *“The Speech of the King”*, S. 13

<sup>392</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 14–24: *“The places and sitting in Parliament”*, S. 14f.; *“The principle Clerks of Parliament”*, S. 15f.; *“The five Clerks of the Parliament”*, S. 17; *“Concerning Cases and Judgments which are hard”*, S. 18ff.; *“The order of deliberating businesse in the Parliament”*, S. 20f.; *“The dayes and hours of the Parliament”*, S. 21f.; *“The Porters of the Parliament”*, S. 22f.; *“The Cryer of the Parliament”*, S. 23; *“The standing of them that speak in the Parliament”*, S. 24

<sup>393</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 24ff.; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5

(„*Steward of England*“) und dem obersten Richter („*Chief Justice*“) das Parlament eröffnen und fortführen. Die Abwesenheit des Königs vom Parlament wird als schädlich beurteilt<sup>394</sup>.

**Über die Dauer eines Parlaments** äußert sich Hakewill in den folgenden zwei Abschnitten. „*Touching the departure, or breaking up of the Parliament*“ erklärt, daß das Parlament nicht aufgelöst werden solle, solange irgendeine Petition noch anhängig oder nicht entschieden sei, denn Aufgabe des Königs sei es, Leiden des Volkes zu beheben<sup>395</sup>. Der Abschnitt „*Departing of the parliament*“ spezifiziert, daß die Auflösung erst dann verlangt werden könne und erst dann öffentlich verkündet werden dürfe, wenn geklärt worden sei, ob jeder, der eine Petition vorbringen wolle, dazu Gelegenheit gehabt und Antwort erhalten habe<sup>396</sup>.

Nach einer kurzen Ausführung über die Pflicht des „*Clerk of Parliament*“, Abschriften zu erstellen, befasst sich Hakewill mit der Zusammensetzung des Parlaments<sup>397</sup>. Es bestehe aus König, Erzbischof, Bischöfen, Äbten, Grafen, Baronen, Rittern und Bürgern. Der König ist das Haupt, der Anfang und das Ende des Parlaments. Bei Abwesenheit des Königs könne nicht von einem vollen Parlament gesprochen werden<sup>398</sup>. Unter der Überschrift „*The Prerogative of the High Court of Parliament*“ erläutert Hakewill die Funktion des Parlaments als oberstes Gericht des Landes. Versammlungszweck des Parlaments ist es, Bedrohungen von der Kirche durch Häresie oder Spaltung abzuwenden, das Königreich vor Krieg zu bewahren und den Untertanen zu ihrem Recht zu verhelfen. Das Parlament fungiere als oberstes Berufungsgericht. Eine höhere Berufungsinstanz gebe es nicht. Es obliege einzig und allein der Prerogative des Königs, das Parlament einzuberufen und aufzulösen<sup>399</sup>. Die folgenden zwei Abschnitte („*The manner of giving voices in the Upper*

---

<sup>394</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 27f.; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>395</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 28f.: „*The parliament should not depart so long as any petition made thereto hangeth undiscussed or undecided, or at the least to which there is not made a determinate answer: The Kings Majesty being desirous of his grace and favour to give the subject redress of any injury, and not to suffer his people to go unsatisfied [...]*“

<sup>396</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 30: „*Ought to be in such a manner: First it ought to be demanded, yea and publickly proclaimed in the parliament, and within the palace of the parliament, whether there be any that hath delivered a petition to the parliament, and hath not received answer thereto; if there be none such, it is to be supposed that every one is satisfied, or else answered unto at the least, so far forth as by law he may be*“

<sup>397</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 30f.: „*The Transcript or Writing out of Records, and Processe made in Parliament*“; „*Of the degrees of the Peers or Equals of the Parliament*“

<sup>398</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 31: „*The King is the head, the beginning and the ending, and so he hath not any peer or equal. [...]*“; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

<sup>399</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 32ff.: „*[...] The end of calling this great assembly, is either the disturbance of the church by Heresie or Schism, danger of the Kingdom by War offensive or defensive, or for the relief of the subject, disturbed in the Courts of Justice by ill customs, undue execution of the Laws, oppression, &c. From this High Court lies no appeal [...] His Majesty, who by his Prerogative Royal hath the sole power, as of calling, so dissolving this honourable assembly [...]*“

*house is thus*“ und *“The manner of the Lower house is in this sort”*) geben Aufschluß über das Verfahren in den beiden Parlamentshäusern. Im Oberhaus dürfe sich jeder Lord frei zu Wort melden, nachdem Gebete und Gesetzesvorlagen verlesen worden seien. Im Unterhaus werden am ersten Versammlungstag alle Abgeordneten namentlich aufgerufen, damit sie sich darauf mit Angabe ihres Wahlbezirks melden. Es folge die Wahl eines Abgeordneten zum Unterhaussprecher, der aber zuvor vom König nominiert worden war. Der Sprecher muß sich nach seiner Wahl in einer Rede an den König wenden, um die Privilegien des Unterhauses anzumahnen. Das Unterhaus müsse während der Sitzungen frei von Belästigungen bleiben, die Abgeordneten haben das Recht zur freien Rede, Vergehen der Abgeordneten dürfen nur von ihresgleichen gerichtet werden und die Abgeordneten haben stets freien Zugang zum König<sup>400</sup>. Unter dem Titel *“The use of the Parliament”* wird das Parlament als der große Arzt des Königreichs oder der Republik bezeichnet, weil es alte Gesetze ändern, neue Gesetze machen, alle Beschwerden religiöser wie säkularer Art heilen, die Thronfolge bestimmen und alles genehmigen und unterstützen könne<sup>401</sup>. Die Behandlung der Rolle des Unterhaussprechers nimmt Hakewill zum Anlaß, das gesamte Gesetzgebungsverfahren zu beschreiben (*“The Speakers place in the House of Commons”*)<sup>402</sup>. Den Abschluß des Verfahrens bildet die Zustimmung des Königs (*“The Royal Assent”*). Erst mit seiner Zustimmung wird eine Gesetzesvorlage, der zuvor die beiden Parlamentshäuser zugestimmt haben, zum Gesetz. Dabei stellt sich die Frage, ob die Zustimmung des Königs nicht automatisch die Parlamentssitzung beende. Dies hätte zur Folge, daß alle bereits von den Häusern beratenen Gesetzesvorlagen, auch die bereits bewilligten Vorlagen, alle noch einmal den gesamten Verfahrensprozeß dreier Lesungen erneut durchlaufen müssten. Hakewill verneint dies. Er beruft sich dabei auf König Jakob I., der in der ersten Sitzung seines ersten Parlaments entschieden hatte, daß die königliche Zustimmung zu einer Gesetzesvorlage nicht automatisch das Ende einer Sitzung bedeutet, sondern nur auf ausdrücklichen Wunsch des Königs<sup>403</sup>. Wie die Zustimmung des Königs

---

<sup>400</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 34f.

<sup>401</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 36: *“The use of the parliament. Consists in abrogating old, or making new lawes, reforming all grievances in the common-wealth, whether in religion or intemporal affairs, setling succession to the Crown, grants, subsidies, &c. and in sum may be called the great physitian of the Kingdome or Republick”*

<sup>402</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 36ff.

<sup>403</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 39ff.: *“When Bills are passed by both the Houses, they ought to have for approbation the Royal Assent, which usually is deferred til the last day of the sessions, but may be given at any time during the parliament: touching which, it hath been a question much debated, whether the Royal Assent given to any one Bill doth not ipso facto conclude that present session. The question is of great consequence, for if thereby the session be at an end, then ought every other Bill, although passed both the Houses, to be read again three times in either House, and to have the same proceeding as it had at first, as if nothing had been formerly done therein; so must it be done of all other Acts of the House. But the first session of the first*



genau zu erfolgen habe, hängt davon ab, um was für ein Gesetz es sich handelt (*“The Manner of giving the Royal Assent”*). Für unterschiedliche Gesetze gebe es unterschiedliche Formeln der Zustimmung. Unterschieden wird zwischen öffentlichen und privaten Gesetzen sowie Geldbewilligungen<sup>404</sup>.

Der zweite Teil des *“Modus Parliamentum”* trägt den Titel *„The usual forms of Summons for the Parliament. The Form of the Kings Majesties Writ to the Peers to assemble in Parliament”*<sup>405</sup>. Hakewill druckt die Einberufungsschreiben an die Lords im Oberhaus<sup>406</sup> und die Abgeordneten im Unterhaus ab<sup>407</sup>, um die *„Writs“* zur Wahl der Unterhausabgeordneten anschließend in ausführlicher Weise zu kommentieren, insbesondere die Rolle der Sheriffs in den Grafschaften<sup>408</sup>. Die Wahl zum Abgeordneten galt lange Zeit als Last, da die Reise nach Westminster und der Aufenthalt dort mit finanziellen Belastungen und körperlicher Anstrengung verbunden war. Erst später begriff man das Abgeordnetenmandat als Möglichkeit zur politischen Einflußnahme und faßte es als Ehre auf, dem Parlament anzugehören. Hakewill zeigt diesen Sachverhalt auf, indem er auf die Bestrafung des unentschuldigten Fehlens hinweist<sup>409</sup>. Unter Verweis auf Fortescue demonstriert Hakewill, daß der Gesetzgebungsprozeß gerade auf der Zusammenarbeit und der Zustimmung aller Beteiligten im Parlament beruhte und Gesetze nicht nur der Laune des Fürsten entspringen. Veranlaßt sind die Gesetze nicht vom Rat eines Mannes oder von hundert Weisen, sondern von mehr als dreihundert gewählten Abgeordneten wie im Senat Roms<sup>410</sup>. Die Anwesenheit der Abgeordneten ist von entscheidender Bedeutung für die Arbeit, den Erfolg und die Dauer des Parlaments, weshalb kein Abgeordneter das Parlament vorzeitig verlassen darf, bevor es nicht für beendet oder vertagt erklärt worden ist<sup>411</sup>.

---

*parliament of King James [...] did agree that the giving of the Royal assent to one Bill or more did not dissolve the sessions without some special declaration of his Majesties pleasure to that purpose [...]*”

<sup>404</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 41; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>405</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 42–95

<sup>406</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 42f.

<sup>407</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 44ff.

<sup>408</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 47–54

<sup>409</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 54; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

<sup>410</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 55; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10

<sup>411</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 55f.: *“No Baron, Knight, Citizen or Burgesse, who shall be chosen to come to the Parliament, shall depart until that Parliament be ended or prorogued, if he have not licence of the Speaker, and of the Commons assembled in that Parliament [...] 6. Hen. 8. Cap. 16.”*

Nach der Abhandlung des Unterhauses beschreibt Hakewill die Versammlung der Lords und der obersten Amtsträger des Reiches im Oberhaus. Die Art der Einberufung durch persönliche Einladungsschreiben des Königs, Fragen der Präzedenz und Sitzordnung und der besonderen Privilegien der Lords werden behandelt, insbesondere unter Verweis auf den „*Act concerning placing of the Lords in the Parliament Chamber and other assemblies & conferences of Counsel*“ (Hen. 8. Cap. 10) und auf Sir Edward Coke<sup>412</sup>. Die Stellung der geistlichen Lords im Oberhaus behandelt Hakewill separat<sup>413</sup>.

Besonders bedeutsam ist die Frage, wem die Souveränität zukomme. Hakewill bestätigt zwar die königliche Prerogative und seine Privilegien, verdeutlicht aber, daß die zentrale Macht des Parlaments darin bestehe, daß Maßnahmen des Königs in vielen Angelegenheiten ohne Zustimmung des Parlaments keine Gesetzeskraft erhalten<sup>414</sup>. Die beschreibende Aufzählung wichtiger und weniger wichtiger Fälle folgt. Der König kann beispielsweise grundsätzlich nicht ohne das Parlament das „*Common Law*“ ändern<sup>415</sup>. Unter Bezugnahme auf Fortescue unterscheidet Hakewill zwischen königlich-royaler und politischer Macht des Königs. Der König kann die Gesetze nicht allein ändern oder das Volk besteuern, da die Macht des Königs über das Volk nicht nur königlicher, sondern politischer Natur ist<sup>416</sup>. Fortescue zitierend fährt Hakewill fort. Im Gegensatz zum Grundsatz, daß das, was dem Fürsten gefällt, Gesetzeskraft hat, kann der König mit seiner Proklamation gerade nicht das Recht ändern. Der König mag aus seiner absoluten Machtvollkommenheit vielleicht jedermann nach seinem Gusto inhaftieren, er kann aber nicht in das Eigentum, Land und Leben ohne das Parlament eingreifen<sup>417</sup>.

---

<sup>412</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 65–83: „*Lord Chancellor, Lord Treasurer, Lord President of the Kings Council, Lord Privie Seal, Great Chamberlain, Marshall of England, Lord Admiral, Lord Steward of the Kings most honourable Household, the Kings Chamberlain, the Kings Secretary*“

<sup>413</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 83–86

<sup>414</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 86: „*The Sovereign power of this High Court of Parliament is this; That albeit the Kings Majestie hath many great priviledges and prerogatives, yet many things there are not effectual in Law, to pass under the great Seal by the Kings Charter, without Parliament*“

<sup>415</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 90: „*For the King cannot alter the Common Law, or the general customes of the Realm [...] without Parliament*“

<sup>416</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 90: „*Fortescugh also saith in his 9. cap. fol. 25. 6. If the power of the King over his subjects were royal onely, and not politick, then he might change the Laws of the Realm, and charge his subjects with Tallages and other burdens without their consent*“

<sup>417</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 90f.; vgl. Hakewill, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11

Dem „*Modus Parliamentum*“ folgt die Schrift über die alten Bräuche Englands („*Ancient Customes of England*“)<sup>418</sup>. Hakewill bezieht sich darin zunächst auf einen Text, der nicht angelsächsischer Zeit, sondern angeblich dänischer Herrschaft entstamme, übersetzt diesen, und zeigt, wie die Titel des englischen Adels ihren Ursprung im Königtum haben. Die Könige führten die Titel nach und nach in England ein. Der altehrwürdige Titel eines „*Theyne*“, den Shakespeare später beispielsweise Macbeth zuschreibt, habe Wilhem der Eroberer mit der Einführung des Titels eines „*Baron*“ verdrängt. Auf König Edward III. gehe der Titel eines „*Duke*“, auf Richard II. und Heinrich VI. gingen die Titel eines „*Marquess*“ und „*Viscount*“ zurück<sup>419</sup>. Nach detaillierten Ausführungen faßt Hakewill seine Aussagen dahingehend zusammen, daß der König von England die Quelle des politischen Adels des Landes ist<sup>420</sup>. Im Anschluß daran beschreibt auch dieser Text wie schon der „*Modus Parliamentum*“ die „*Great Offices of State*“, ihre Präzedenz im Oberhaus vor allen anderen Lords und ihre Rangfolge und Sitzordnung untereinander, ganz so wie es seit Heinrich VIII. üblich ist. Mit dieser Beschreibung schließt dieser Text<sup>421</sup>.

Die dritte Schrift der Sammlung veröffentlichte Hakewill wie auch den „*Modus Parliamentum*“ erstmals im Jahre 1641. Der Untertitel verdeutlicht, daß die Beschreibung des Gesetzgebungsprozesses auf einer Auswertung der Parlamentsjournale beruht<sup>422</sup>. Hakewills Schrift geht auf die folgenden Punkte des Gesetzgebungsverfahrens ein: Durch wen Gesetzesvorlagen formuliert und dem Parlament präsentiert werden<sup>423</sup>, Reihenfolge der Lesungen<sup>424</sup>, die erste Lesung<sup>425</sup>, die zweite Lesung<sup>426</sup>, die dritte Lesung<sup>427</sup>, Bedingungen, Pläne und Zusätze<sup>428</sup>, die Weitergabe der Vorlage zwischen den beiden Parlamentshäusern<sup>429</sup>, die Zustimmung des Königs<sup>430</sup>,

---

<sup>418</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 96–120

<sup>419</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 96–99

<sup>420</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 110: „*Wherefore we acknowledge our Kings to be the fountains of Political Nobility [...]*“

<sup>421</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 111–120

<sup>422</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 121: „*The Manner how Statutes are Enacted by Passing of Bills, Collected many yeares past out of the Journalls of the House of Commons*“

<sup>423</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 131–134: „*By whom Bills are drawn and presented to the Parliament*“

<sup>424</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 134–137: „*Orders to be observed in preferring the Bills to be read*“

<sup>425</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 137–142: „*Touching the first reading of Bills*“

<sup>426</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 143–152: „*Touching the second reading and committing of Bills*“

<sup>427</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 152–159: „*Touching the third reading of Bills*“

<sup>428</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 160–174: „*Touching Provisos, Schedules, Amendments, and Amendments of Amendments*“

<sup>429</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 175–178: „*Touching the sending of Bills from one House to the other*“

<sup>430</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 179–182: „*Touching the Royall Assent*“

ein Bericht über erinnerungswürdige Passagen des Verhältnisses beider Häuser unter Königin Elisabeth<sup>431</sup> und über Zusätze im Parlament Heinrichs VIII.<sup>432</sup>. Im Anhang der Schrift findet sich eine Liste der Unterhaussprecher<sup>433</sup>.

### c) Parlamentswahl

**Der anonyme Einblattdruck „*Englands heroick champion*“ (1660)**, der mit der Autorengabe „J.W.“ versehen wurde, hatte zwei Zielrichtungen: Erstens die Verherrlichung von General George Moncks Taten, der für die Wiederherstellung von Englands alten Freiheiten gefeiert wird. Zweitens handelt es sich um einen Aufruf zur Wiedereinberufung eines vollständigen und freien Parlaments. Die Schlußzeile endet mit der Anrufung Gottes, er möge ein solches Parlament bewerkstelligen<sup>434</sup>.

**Sir Roger L'Estranges Einblattdruck „*A free Parliament*“ (1660)** trägt den Untertitel „*Proposed by the City to the Nation*“. In einem Aufruf, datiert auf den 6. Dezember 1659, wird angesichts innerer und äußerer Gefahren erklärt, daß die City of London vier Kommissare eingesetzt habe, die sich im Namen und mit Auftrag der City, für das Allgemeinwohl einsetzen sollen. Sie kommen zu der Feststellung, daß sie nur durch ein freies Parlament wieder aufgerichtet werden können. Frei könne das Parlament nur sein, wenn es durch freie Wahl, ohne Gewalt und Parteiungen zustande kommt. Notwendig dafür sei ein allgemeiner Wille, eine verbindliche Verpflichtung in Form eines Treueschwurs („*Engagement*“). Zur Erreichung dieses Zwecks sollen aus jeder Grafschaft je zwei Personen gewählt werden<sup>435</sup>. Der Treueschwur des „*Engagement*“ befindet sich direkt nach dem Aufruf abgedruckt. Alle frei geborene Engländer, die während der letzten Jahre unterdrückt waren, und jetzt mit der Gefahr konfrontiert sind, ohne Vermittlung eines freien Parlaments endgültig verloren zu gehen, sollen erklären, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden legalen Mitteln die Versammlung des Parlaments erstreben und die gewählten Mitglieder danach verteidigen

---

<sup>431</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 183–194: „*A report of divers memorable passages between both Houses in the Parliament, 18. Eliz.*“

<sup>432</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 195–198: „*Concerning amendments of Bills in the Journall of 31. Hen. 8.*“

<sup>433</sup> HAKEWILL, WILLIAM, *Modus tenendi Parliamentum*, 1660, S. 199–220: „*A Catalogue of the Names of the Speakers of the Commons House of Parliament*“

<sup>434</sup> Anonymus, *Englands heroick champion*, Early English Books Online (EEBO) 2123.2:246-247, London, 1660: „[...] *Monck, through whose valor and prudence Englands antient Liberties are restored, and a Full and Free Parliament now to be called, to the great joy of the Nation [...] To free this land from factions./Then except of what is meant/And pray for a free Parliament [...] God send us a free Parliament*“

<sup>435</sup> L'Estrange, Roger, Sir, *A free Parliament proposed, by the City to the nation*, Early English Books Online (EEBO) C26:3[138], London, 1660: „*that nothing can restore us but a Free Parliament: Nor can anything compose that, but a Free Vote, without either Force, or Faction. The most likely means to procure this, will be a general Engagement to endeavour it. [...] chuse out of every County Two Persons of a Known Integrity*“

werden<sup>436</sup>. Sie sollen auch schwören, daß sie diejenigen als Verräter der Rechte des Volkes und Unterdrücker der Fundamentalgesetze verfolgen werden, die sich ihnen entgegensetzen oder ihnen irgendeine andere Regierung aufzwingen wollen, die der Verfassung von Parlamenten abträglich ist<sup>437</sup>. Im Folgeabschnitt, datiert auf den 3. Januar 1659 (1660), werden Parlamente als Fundamentalverfassung der Nation, als deren Schutz und Ehre bezeichnet<sup>438</sup>. Anschließend wird eine rasche Versammlung eines freien Parlaments gefordert. Auf Zeit und Art der Einberufung soll man sich sofort einigen<sup>439</sup>. Unter einem freien Parlament sei eine Versammlung von Personen zu verstehen, die nach dem Gesetz dazu qualifiziert sind, gewählt von Personen, die zur Wahl qualifiziert sind<sup>440</sup>. Es wird nicht das Recht beansprucht, Parlamente einzuberufen. Die Unmöglichkeit aber, ein Parlament regelmäßig zu bewirken, und die absolute Notwendigkeit ein Parlament sofort zu haben, wird festgestellt<sup>441</sup>.

### 3. Rechtmäßigkeit (1660)

#### a) Erste Parlamentssitzung (25.04.-13.09.1660)

**Das Einberufungsschreiben („*writs of summons*“) zum „*Convention Parliament*“** wurde von dem wiederhergestellten Langen Parlament eigenständig ohne königliche Zustimmung ausgeschrieben, bevor es sich anschließend selbst auflöste (16. März 1660), um einem neuen Parlament Platz zu machen<sup>442</sup>. Das Ladungsschreiben zur Wahl wurde als Einblattdruck publiziert.

---

<sup>436</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*We the free-born people of England, having for many years last past, been subjected in our consciences, persons, and estates [...] and finding ourselves at present, in danger [...] without the seasonable mediation of a Free Parliament: We do declare, that we will by all lawfull means endeavour the convening of it, and that we will, afterward, protect the members of it as the bloud of our own hearts*”

<sup>437</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*We do further engage, [...] that if any person or persons whatsoever shall presume to oppose us, or to impose upon us, any other Government, inconsistent with, or destructive to the Constitution of Parliaments, we will prosecute him, or them, as the Betrayers of the Peoples Rights, and Subverters of the Fundamental Laws of the English Nation*”

<sup>438</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*Parliaments are the Constitution Fundamental of the Nation, the Safeguard, and the Honor of it*“

<sup>439</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*That a Free Parliament be speedily convened; the Time and Manner of Summons instantly agreed upon*“

<sup>440</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*By a Free Parliament, we understand, an Assembly of such Persons as by the Law are qualified to sit; and elected by Persons qualified to chuse, withot any other restraint than what the Law imposes*”

<sup>441</sup> L'ESTRANGE, ROGER, SIR, A free Parliament proposed, 1660: „*Not that we claim to our selves the Right of Calling Parliaments; but the Impossibility of procuring one Regularly; and the Absolute Necessity of having something like one suddenly. This is enough to acquit us before God and men*”

<sup>442</sup> Ladungsschreiben „*writs of summons*“ des „*Long Parliament*“, in: Ordered by the Parliament, The form of writs to be issued forth, under the Great Seal of England, For the election of knights, citizens, and burgesses to sit and serve in the Parliament which is to be holden at Westminster the 25. of April next ensuing, 1660. as followeth, Early English Books Online (EEBO) C3:1[105] und

Es enthielt abgewandelte Formeln, im Gegensatz zur sonst üblichen Form der Einberufung durch den König. Die Anfangszeile des Einberufungsschreibens benannte als einberufende Autorität nicht den König, sondern die Bewahrer der Freiheiten Englands<sup>443</sup>. Dem folgten die Ausführungsbestimmungen an die Sheriffs der Grafschaften und am Ende die Schlußformel mit der genauen Angabe, wer den Einberufungsbefehl gab<sup>444</sup>. Die Betonung lag hier darauf, daß das Einberufungsschreiben in dieser Form und unter dieser Autorität für genügend erachtet werden sollte („*a sufficient warrant*“). Das „*Convention Parliament*“ tagte in zwei Sitzungen (25.04. bis 13.09.1660 und 06.11. bis 29.12.1660). Bis zur Ankunft Karls II. in London (29.05.1660) tagte das Parlament ohne König.

**Der erste Versammlungstag des „*Convention Parliament*“ (25. April 1660)** begann mit der Wahl Sir Harbottle Grimstones zum Sprecher des Unterhauses. Edward Hyde begrüßte die Wahl Grimstones, eines ehemaligen Abgeordneten des Langen Parlaments, der infolge von „*Pride’s Purge*“ (1648) das Lange Parlament zu verlassen hatte, als ein hoffnungsvolles Zeichen für die Royalisten. Der Wahl des Sprechers folgte die Ernennung George Moncks zum Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte von England, Schottland und Irland. Die beiden Parlamentshäuser dankten Monck (25.04. und 26.04.1660) für seine Verdienste am Vaterland. In seiner Funktion als Sprecher des Oberhauses dankte der Earl of Manchester Monck dafür, daß er sie in ihre alten und unzweifelhaften Rechte wiedereingesetzt habe. Zugleich gab er der Hoffnung Ausdruck, daß Gott den General mit all den Mitteln ausstatten möge, die zur Herstellung eines sicheren und fundierten Friedens auf Grundlage der alten fundamentalen Regierung dieser Nation nötig seien. Das Unterhaus dankte Gott für die Befreiung der Nation aus langer Knechtschaft durch Verwendung George Moncks als seines göttlichen Werkzeuges<sup>445</sup>.

---

C29:2[254], London, 1660; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 1st Parliament of Charles II. 1660, 2013; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 16; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 132f.; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 1

<sup>443</sup> ORDERED BY THE PARLIAMENT, The form of writs to be issued forth, 1660: „*The Keepers of the Liberties of England by Authority of Parliament to the Sheriff of the County of A. greeting; Whereas it is enacted that a Parliament shall be held at Westminster the Five and twentieth day of April next ensuing: [...]*“

<sup>444</sup> ORDERED BY THE PARLIAMENT, The form of writs to be issued forth, 1660: „*Ordered by the Parliament that the Lord Chancellor, Lord Keeper or Lords Commissioners of the great Seal of England for the time being, are hereby authorized and required to cause Writs under the great Seal of England to be issued forth accordingly; and this shall be to them and every of them a sufficient Warrant in that behalf*“

<sup>445</sup> Zur Rede Manchesters und den Resolutionen von Ober- und Unterhaus: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 3f. (25. April 1660): „*[...] in restoring them to their ancient and undoubted Right. And they hope that God will still bless you in the Use of all Means for the procuring a safe and well-grounded Peace, according to the ancient fundamental Government of this Nation, wherein they shall employ their Counsels and utmost Endeavours in Concurrence with*

**Die von Sir John Grenville überbrachten Königsbriefe an die beiden Häuser und an General Monck und die ebenfalls überreichte „Declaration of Breda“ (01. Mai 1660)** sind aufschlußreiche Dokumente. Im Brief an das Oberhaus richtete der König einen Aufruf an die Lords zur Wiederherstellung von König, Lords und Commons<sup>446</sup>. In der beigefügten Deklaration von Breda (14.04.1660) stellte der König eine Generalamnestie in Aussicht<sup>447</sup>. Er äußerte den Wunsch zur Überwindung aller Uneinigkeit, Spaltung und Parteidifferenzen<sup>448</sup> und lud alle Untertanen zur Bildung einer perfekten Union zur Wiederherstellung seiner rechtmäßigen Rechte als König und ihrer Rechte in einem freien Parlament ein<sup>449</sup>. Karl II. sicherte Gewissensfreiheit zu und versprach seine Zustimmung zu einem entsprechenden Parlamentsgesetz<sup>450</sup>. An dieses Versprechen knüpfte Karl II. mit seinen späteren Indulgenzerklärungen an, wollte er doch nicht wortbrüchig werden, traf damit aber auf heftige Gegenwehr des mehrheitlich anglikanischen Kavalierparlaments. Ein Parlamentsgesetz sollte auch eine Regelung treffen zur Schlichtung aller Differenzen der jüngsten Vergangenheit resultierend aus der Gewährung, dem Kauf und dem Verkauf von Gütern königstreuer Untertanen an Anhänger des Parlaments und der Republik. Alle Zahlungsrückstände gegenüber Offizieren und Soldaten sollten beglichen und Soldaten in den Dienst des Königs übernommen werden. Zur Beratung der Deklaration des Königs und zur Abfassung einer Antwort des Parlaments wandten sich die Lords an das Unterhaus und begehrten eine Konferenz beider Häuser. In ihrer Botschaft an das Unterhaus erklärten die Lords, daß gemäß der alten Grundgesetze des Königreiches die Regierung aus König, Lords und Commons bestehe<sup>451</sup>.

---

you”; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 1ff. (25./26. April 1660): „[...] instrumental in Delivery of this Nation from Thraldom”; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 9-12f. (25. April 1660)

<sup>446</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 7: „*The King’s Letter. [...] to provide for and establish the Peace, Happiness, and Honour, of King, Lords, and Commons*”; Brief des Königs, Deklaration von Breda und Botschaft des Oberhauses an das Unterhaus am 1. Mai 1660, in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 6–9

<sup>447</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 7: „*The King’s Declaration [...] We do grant a free and general Pardon*”

<sup>448</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 7: „*We desiring and ordaining, that henceforward all Notes of Discord, Separation, and Difference of Parties, be utterly abolished among all Our Subjects*”

<sup>449</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 7: „*We invite and conjure to a perfect Union among themselves, under Our Protection, for the Re-settlement of Our just Rights and theirs in a Free Parliament*”

<sup>450</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 7: „*We do declare a liberty to tender conscience [...] that We shall be ready to consent to such an Act of Parliament as, upon mature Deliberation, shall be offered to Us, for the full granting that Indulgence*”

<sup>451</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 8: „*That the Lords do own, and declare, that, according to the ancient and fundamental Laws of this Kingdom, the Government is, and ought to be, by King, Lords, and Commons*”

Ausgedrückt wurde damit die Mischverfassung des *“King-in-Parliament”*, denn von diesem einen *“body politic”* waren Haupt und Glieder getrennt worden, was zur Ursache aller Wirren geführt habe<sup>452</sup>. Sir Grenville wurde auch im Unterhaus empfangen, wo er die Briefe an den Sprecher des Hauses übergab (01.05.1660). Sir Harbottle Grimstone verlas diese und die Deklaration von Breda. Im **Brief an das Unterhaus** versicherte Karl II., daß keiner seiner Vorfahren größere Wertschätzung vor Parlamenten gehabt habe und sich diesen mehr verpflichtet fühle als er, daß die Parlamente ein lebenswichtiger Teil der Verfassung und notwendig für jede Regierung seien und daß weder Fürst noch Volk ohne Parlamente glücklich sein können<sup>453</sup>. Karl II. appelliert an das Vertrauen, das man in ihn setzen könne, daß er immer den Rat der Parlamente suchen, ihre Privilegien achten, diese sorgfältig bewahren und schützen werde, als ginge es dabei um das eigene Wohlergehen. Schließlich bedingen sich die Autorität des Königs und die des Parlaments gegenseitig, weshalb die Existenz beider füreinander notwendig sei<sup>454</sup>. Zusätzlich zu dem Brief an das Unterhaus und der Deklaration von Breda verlas der Sprecher den **Brief des Königs an General George Monck und den Staatsrat**. Auch darin bezog sich Karl II. auf die Parlamente und sicherte deren volle Wiederherstellung zu. Nach der Verlesung der Schriftstücke beschloss das Unterhaus, den Druck der Briefe und der Deklaration von Breda sowie die Übergabe des Briefes an Monck und die Armee. In der Konferenz beider Häuser unter der Leitung des Earl von Manchester erklärte dieser erneut die Haltung der Lords im Oberhaus, daß gemäß der alten Fundamentalgesetze des Königreiches die Regierung aus König, Lords und Commons bestehe<sup>455</sup>. Im Unterhaus stimmte man dieser Ansicht in einer eigenen Resolution zu. Die ältere Forschung interpretierte die Benutzung der Formel *„King, Lords, and Commons“* als Abkehr von der Vorstellung des *„King-in-*

---

<sup>452</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 8: *„that the separating the Head from the Members hath been the chief Occasion of all our Disorders and Confusions”*

<sup>453</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 4–8 (1. Mai 1660): *„We do assure you upon Our Royal Word, that none of Our Predecessors have had a greater Esteem of Parliaments, as We have in Our Judgment, as well as from Our Obligation: We do believe them to be so vital a Part of the Constitution of the Kingdom, and so necessary for the Government of it, that We well know, neither Prince nor People can be in any tolerable Degree happy without them”*; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 14-20, 23ff. (27. April, 1. Mai 1660); DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 1–3.

<sup>454</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 4–8 (Briefe des Königs an das Unterhaus): *“And therefore you may be confident, We shall always look upon their Counsels, as the best We can receive; and shall be as tender of their Privileges, and as careful to preserve and protect them, as of that which is most near to Our Self, and most necessary for Our own Preservation [...] that the Preservation of the King’s Authority is as necessary for the Preservation of Parliaments”*

<sup>455</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 4–8 (1. Mai 1660) (Briefe des Königs an George Monck): *„restoring Parliaments to a full Capacity“*; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 14-20, 23ff. (27. April, 1. Mai 1660); DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 1–3



*Parliament*“. In der neuen Formulierung komme der Anspruch der beiden Häuser auf Gleichstellung mit dem König zum Ausdruck<sup>456</sup>. In der neueren Forschung wird diese Auffassung nicht mehr vertreten. Die Abgeordneten des „*Convention Parliament*“ und des Kavalierparlaments strebten nicht nach weiteren Befugnissen, beispielsweise im Bereich der königlichen Exekutive. Damit unterschieden sich diese Parlamente vom Langen Parlament Karls I. Auch gäbe es keine lineare Entwicklung vom Langen Parlament zur Glorreichen Revolution<sup>457</sup>. Tatsächlich hatte der König selbst die Formel von „*King, Lords, and Commons*“ in seinem Brief an die beiden Parlamentshäuser zuerst verwendet. Der Urheber der Formel dürfte Clarendon gewesen sein, der damit auf die gemischte Verfassung des „*King-in-Parliament*“ rekurriert haben dürfte. Clarendon war klar, daß nur das Zusammenwirken („*con-currere*“) aller drei Staatsglieder im Sinne der gemischten Verfassung dem Land Frieden und Stabilität geben konnte. Die Ursachen der Staatskrise erblickten die Lords in der Trennung von Haupt und Gliedern des Staatskörpers und der daraus resultierenden Unordnung und Verwirrung. Man müsse jetzt sehen, wie man diese Brüche heilen könne. Manchester erklärte im Oberhaus (01.05.1660), daß er dem König vertraue und davon überzeugt sei, daß in den Worten eines Königs Macht liege und im Wort ihres Königs Wahrheit sei und daß Wahrheit und Macht die beste Grundlage jeder Regierung sei<sup>458</sup>.

**Das Unterhaus dankte Sir John Grenville persönlich für seine Botendienste am Königreich und richtete ein Antwortschreiben an den König (02./03.05.1660).** Grenville erhielt einen Juwelenring im Wert von 500 Pfund zum Geschenk. Clarendon erblickte in der Belohnung für Grenville den Umschwung zur Monarchie, denn noch vor kurzem wurden Königsdienere eher bestraft als belohnt<sup>459</sup>. Das Unterhaus griff in seinem Antwortschreiben an den König dessen Lob am Parlament auf und betonte die Pflicht des Königs, den Rat des Parlaments zu hören, die

---

<sup>456</sup> SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 12: „[...] where previously the legislative power had been described as the ‚*King-in-Parliament*‘ seemed to claim for parliament a position no longer inferior, but equal, or ‚*co-ordinate*‘ with the king“

<sup>457</sup> Zur Auffassung der älteren Forschung, das Parlament hätte eine Gleichstellung mit dem König angestrebt, vgl. SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 12f.; SOMMERVILLE, J. P., *Politics and ideology in England, 1603-1640*, London, New York, 1986, S. 175; WESTON, Corinne Comstock/GREENBERG, Janelle Renfrow, *Subjects and sovereigns, The grand controversy over legal sovereignty in Stuart England*, Cambridge, 1981; KEMP, *King and Commons 1660-1832*, 1984, S. 7: „*The Commons’ agreement with the Lords, on 1 May 1660, that ‘according to the ancient and fundamental laws of this kingdom, the government is and ought to be, by King, Lords and Commons’, called Charles II back to the throne of his father. But the statement did not embody a recantation. Rather it was a statement of achievement: it replaced the old unity of ‘King-in-Parliament’ by the new trinity of ‘King, Lords and Commons’, and the replacement was perhaps only unchallenged because it was clothed in a restoration*“.

<sup>458</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67)*, 1802, S. 4–8 (1. Mai 1660): „*Where the Word of a King is, there is Power; and where the Word of our King is, as it is now received, there is Truth; and Power and Truth are the best Supports of Government*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 14-20, 23ff. (27. April, 1. Mai 1660); DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 1–3.

<sup>459</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 25–27 (2. Mai 1660).

Privilegien zu achten, zu bewahren und zu schützen<sup>460</sup>. Das Unterhaus verteidigte die Parlamente im Allgemeinen und die Handlungen des Langen Parlaments im Besonderen. Durch die vorausgegangene Anwendung von Gewalt gegenüber dem Parlament sei es erst zum Konflikt gekommen. Der Angriff auf das Leben des letzten Königs erfülle mit Abscheu und Schrecken. Die Nation und das Parlament seien daran aber unschuldig gewesen. Vielmehr handelte es sich um das Werk einiger abscheulicher Personen<sup>461</sup>.

Der „*Act for removing and preventing all Questions and Disputes, concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“ sollte alle bestehenden Zweifel an der Rechtmäßigkeit des „*Convention Parliament*“ ausräumen. Das Unterhaus beschloß einen Gesetzesentwurf zur Feststellung der Rechtmäßigkeit zu beraten (04./05.05.1660) und diesen an die Lords zur Zustimmung zu schicken. Dem Gesetz wurde bereits kurz darauf von beiden Häusern zugestimmt (09.05.1660). Es sollte jeden Zweifel an der Rechtmäßigkeit ausräumen. Dazu mussten zwei entscheidende Punkte geklärt werden: War das Lange Parlament tatsächlich aufgelöst und welche Wirkung hatte das Fehlen der königlichen Einberufungsschreiben auf die Versammlung? Deshalb erklärte das Gesetz zunächst das Lange Parlament Karls I. für aufgelöst<sup>462</sup>. Und das Gesetz stellte weiter fest, daß die in Westminster versammelten Lords und Commons die beiden Parlamentshäuser seien. Das Fehlen königlicher Einberufungsschreiben ändere daran nichts. Vielmehr sei die Versammlung so zu behandeln, als seien die Briefe vom König ausgestellt und er selbst in Person zur Eröffnung der Versammlung anwesend gewesen<sup>463</sup>. Die nicht vom König

---

<sup>460</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 8–11 (2./3. Mai 1660): „*That as your majesty is pleased to declare your confidence in parliaments, your esteem of them, and this your judgement and character of them, That they are so necessary for the Government of the kingdom, that neither prince nor people can be in any tolerable degree happy without them; and therefore say, that you will be hearken unto their counsels, be tender of their privileges, and careful to preserve and protect them*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 28–30 (3. Mai 1660)

<sup>461</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 8–11 (2./3. Mai 1660): „*We may add this further, for the vindication of parliaments, and even of the last parliament convened unto your royal father [...] that those very inconveniences could not have been brought upon us by those persons who had designed them, without first violating the parliament itself; [...] and the nation itself, as well as parliament, were most innocent of it [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 28–30 (3. Mai 1660).

<sup>462</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 179: „*For the preventing all Doubts and Scruples concerning the Assembling, Sitting and Proceeding of this present Parliament: Bee it Declared and Enacted, [...] That the Parliament begun and holden at Westminster the third day of November in the Sixteenth yeare of the Raigne of the late King Charles of Blessed Memory is fully dissolved and determind*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 11–18 (4.-8. Mai 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. S. 33f. (9. Mai 1660); THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 14–21 (5.-9. Mai 1660)

<sup>463</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 179: „*And that the Lords and Commons now sitting at Westminster in this present Parliament are the two Houses of Parliament, and soe shalbe, and are hereby Declared Enacted and*

angeordnete Auflösung des Langen Parlaments und die fehlenden Einberufungsschreiben des Königs sowie der daraus resultierende Legitimitätsmakel des „*Convention Parliament*“ sollten durch gesetzliche Fiktion ersetzt werden. Die fehlende Mitwirkung des Königs konnte aber nicht durch einseitige Dekrete einer Versammlung wettgemacht werden. Darin zeigte sich das Dilemma bzw. die Hilflosigkeit dieser Versammlung. Ober- und Unterhaus sahen sich gleichzeitig auch dazu bemüht, in einer gemeinsame Proklamation beider Häuser zu verkünden (08.05.1660), daß die Krone mit dem Tod Karls I. unzweifelhaft auf seinen Sohn Karl II. übergegangen sei. Man betonte zwar, daß der Übergang der Krone vom Vater auf den Sohn ohne Zweifel sei, sah sich aber dennoch zu einer Proklamation unter Einbindung der City of London veranlasst. Schließlich beschlossen Ober- und Unterhaus, den König zur raschen Rückkehr nach England und zur Ausübung seines Amtes aufzufordern. Der Wunsch zur raschen Rückkehr zur Monarchie fand seinen Ausdruck im Austausch der Insignien des Commonwealth gegen das königliche Wappen. Diese Maßnahmen zeigten, daß das „*Convention Parliament*“ auf den König angewiesen war. Ohne den König war das Parlament nicht verfassungskonform, es war eingeschränkt handlungsfähig und es mangelte der Versammlung insgesamt an Legitimation<sup>464</sup>.

**Das Parlament beschloss eine Einladung an den König zur Rückkehr nach England (09./10.05.1660).** Zu diesem Zweck wurde eine Gesandtschaft zum König nach Breda in die Niederlande entsandt. Die Gesandten wurden beauftragt, dem König von den Vorgängen in England zu berichten: von der Proklamation des Königs, den öffentlichen Gebeten für ihn und die königliche Familie, dem Austauschen der Insignien der Republik im ganzen Land durch die Wappen der Monarchie, dem Wunsch der beiden Häuser des Parlaments nach rascher Rückkehr des Königs nach England und der Aufnahme seines Amtes, entsprechender Anweisungen des Parlaments an die Flotte zur Heimholung des Königs und Vorbereitungen in England für seine Ankunft und Unterbringung auf dem Weg nach London. Das Unterhaus bewilligte dem König 50.000 Pfund und einen Wechsel in Höhe von 25.000 Pfund zur sofortigen Auszahlung an ihn in Amsterdam. Die

---

*Adjudged to be to all Intents Constructions and Purposes whatsoever, notwithstanding any want of the Kings Majesties Writt or Writts of Summons or any Defect or Alteration of or in any Writt or Writts of Summons or any other Defect or Default whatsoever; as if this Parliament had beene summoned by Writt or Writts in His Majesties Name according to the usuall Forme, and as if his Majestie had beene present in person at the Assembling, and Commencement of this present Parliament”*; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 11–18 (4.-8. Mai 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 33f. (9. Mai 1660); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 14–21 (5.-9. Mai 1660)

<sup>464</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 16–18 (8./9. Mai 1660); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 18–21 (8./9. Mai 1660): *„That the King's Majesty be desired to make His speedy Return to His Parliament, and to the Exercise of His Kingly Office”*

Gesandtschaft des Parlaments wurde nach ihrer Ankunft in Breda sofort von Karl II. empfangen. Sir Denzil Holles sprach für das Parlament zum König, versprach die Lehnstreue des Parlaments als der wahren Repräsentation des Landes zu ihm als feudalen Oberherrn und König und richtete den Wunsch des Parlaments nach rascher Rückkehr des Monarchen aus<sup>465</sup>.

**Die Beratungen zur „Bill of Pardon, Indemnity and Oblivion“ im Unterhaus (09.05.1660)** begannen früh. Der frühe Beginn zeigte die Dringlichkeit einer Amnestieregelung, die sich dann aber monatelang hinzogen, weil die Amnestie äußerst umstritten war. Ein aufschlussreicher Zwischenfall (12.05.1660) macht dies deutlich. Der Abgeordnete Mr. Lenthall stellte in knappen, aber deutlichen Worten diejenigen, die gegen den König gekämpft hatten, auf dieselbe Stufe wie die Königsmörder. Damit gefährdete Lenthall die Versöhnung der Bürgerkriegsparteien und drohte alte Gräben wieder aufzureißen. Der Sprecher des Unterhauses rügte Lenthall streng. Seine Worte seien vergiftet und beabsichtigen das Haus in Brand zu setzen. Verteidiger der Freiheit seien nicht mit Königsmördern gleichzusetzen<sup>466</sup>. Ausgenommen vom allgemeinen Versöhnungswerk sollten nur die unmittelbar am Königsmord beteiligten Personen sein. Beratungen über die Ausnahmen zur „Bill of Pardon, Indemnity and Oblivion“ und darüber, wie man mit den Königsmördern zu verfahren habe, beschäftigten das Unterhaus bis zum Vortag der Ankunft Karls II. in London (29.05.1660)<sup>467</sup>.

---

<sup>465</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 21–23 (10. Mai 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 20–22 (10. Mai 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 36–40; England and Wales, Court of Chancery, Instructions lately agreed on by the Lords and Commons assembled in Parliament, For the commissioners sent by them to the Hague, unto the Kings most Excellent Majesty. Together with the speech made thereupon by the honorable Denzell Holles esq; one of the commissioners, on Wednesday the 16th day of May, 1660. Now published for the taking off and disproving those false reports raised by some malicious persons, as if he had gone beyond his commission, and the said instructions, Early English Books Online (EEBO) 152:E.1027[9], London, 1660, S. 5–11: „*Dread Sovereign [...] that never parliament made greater demonstrations of zeal, affection and loyalty to any of the kings of England than this parliament hath done, [...] that it ever will do, unto your majesty, our liege lord and king. [...] and in so doing they are (according to the nature of Parliaments) the true representative of the whole nation; [...] That his majesty would ever find both parliament and people to be full of loyalty and obedience unto his majesty; as his majesty was of grace and goodness towards them [...] And, therefore, are we commanded humbly to acquaint your majesty with the earnest desire of both houses for your speedy return unto your parliament, and the exercise of your Kingly Office [...]*“

<sup>466</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 24f. (12. Mai 1660): „*Mr. Lenthall. He that first drew his Sword against the King, committed as high an Offence, as he that cut off the King's Head. [...] Mr. Lenthall, The House hath taken very great Offence at some Words you have let fall [...] They apprehend there is much of Poison in the Words; and that they were spoken out of Design to set this House on Fire; [...]*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 42f. (12. Mai 1660)

<sup>467</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 25–47 (14.-29. Mai 1660)

**Die Rückkehr des Königs am Vortag seines 30. Geburtstag (28.05.1660)** hätte nach Jahren des Exils nicht von größerer Symbolkraft sein können. Nach der geglückten Überfahrt der Flotte landete Karl II. an der Küste von Kent in Dover. Noch an demselben Tag richtete Karl II. von Canterbury aus zwei Schreiben zur Ankündigung seiner Anreise nach London und Westminster an die beiden Häuser des Parlaments. Unter dem Jubel der Bevölkerung reiste Karl II. nach London, das er an seinem 30. Geburtstag (29.05.1660) betrat<sup>468</sup>. Die Parlamentsabgeordneten beider Häuser trafen sich mit dem König im „*Banqueting House*“ in Westminster. Die Lords hatten sich bereits am Vormittag in einer Prozession dorthin begeben, während sich die Unterhausabgeordneten zu einer regulären Sitzung im Parlament versammelten. Im Unterhaus beriet man nach einer ersten Lesung (23.05.1660) in zweiter Lesung die „*Bill for Confirmation of the Privileges of Parliament, Magna Charta, Statutum de Talagio non concedendo, the Petition of Right, and other Acts*“. Nach der Beratung des Gesetzes begaben sich auch die Unterhausabgeordneten nach Whitehall zu König und Lords. Als Sprecher des Oberhauses wandte sich der Earl of Manchester zuerst mit einer Rede an den König. Manchester drückte die Freude der Lords über die geglückte Restauration der Monarchie aus, fand beredete Worte für die leidvolle Trennung des Königreichs vom König und brachte allerhand Hoffnungen zum Ausdruck. Der von der Reise ermüdete König gelobte, unter Aufbringung aller Mittel die Freiheit und das Glück der Nation mit Hilfe des Parlaments wiederherzustellen. Gleichzeitig unterstrich Karl II., daß er die Restauration der Krone in erster Linie Gott verdanke und bemüht sein werde, den Wohlstand zu heben, den wahren Glauben zu verteidigen, das Gesetz und die Freiheiten der Untertanen zu sichern<sup>469</sup>. Der Unterhaussprecher Sir Harbottle Grimstone unterstrich in seiner Rede, die nicht im Journal des Unterhauses abgedruckt ist, sich aber in Cobbetts Parliamentary History findet, die Wiedereinsetzung des Königs in seine Rechte und die Befreiung des Volkes aus Knechtschaft und Sklaverei als Werk der göttlichen

---

<sup>468</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 45-47f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 41f.; Beschreibungen der Ankunft des Königs in Dover und der Reise nach London und Westminster, in: Anonymus, England's Joy, 1903; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 53f., 58-63

<sup>469</sup> Zur Rede des Earl of Manchester und der Antwort des Königs: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 47-49 (30. Mai 1660): „[...] to endeavour by all Means for the restoring of this Nation to their Freedom and Happiness; and I hope, by the Advice of My Parliament, to effect it [...] Of this also you may be confident, that, next to the Honour of God, from whom principally I shall ever own this Restoration to My Crown, I shall study the Welfare of My People; and shall not only be a true Defender of the Faith, but a just Assertor of the Laws and Liberties of My Subjects“ (Karl II. wollte seine Herrschaft als „*Divine Right*“ verstanden wissen) ; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 48ff. (29./30. Mai 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 55f. (30. Mai 1660)

Vorsehung<sup>470</sup>. Grimstone verband dies aber mit der Bitte der königlichen Zustimmung zur „*Petition of Right*“. Das Begehren rechtfertigte er mit der vormaligen Zustimmung zweier Parlamente. Außerdem sei das Begehren von Volkes und Gottes Stimme ermächtigt<sup>471</sup>. Karl II. versprach alles zu gewähren, soweit es dem Wohl des Volkes, der Verteidigung und Bestätigung der Gesetze und der Errichtung von Religion diene, und er versicherte, daß das Recht sie zu begehren zustehe<sup>472</sup>.

Das „*First Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ wurde im Sommer und Frühherbst 1660 beraten und verabschiedet (1.6.-13.9.1660). Die besondere Dringlichkeit des „*Act for removing and preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“ zur Legitimierung des „*Convention Parliament*“ zeigte sich darin, daß das Gesetz noch am Tag des erstmaligen Erscheinens des Königs im Parlament mit seiner dazu erforderlichen Zustimmung verabschiedet wurde (01.06.1660)<sup>473</sup>. Zur Absicherung der Königsherrschaft schworen die Abgeordneten (04.06.1660) danach den „*Oath of Supremacy*“ Königin Elisabeths I. und den „*Oath of Allegiance*“ König Jakobs I. Am nächsten Tag belohnte das Unterhaus General Monck und bewilligte ihm eine Gratifikation in Höhe von 20.000 Pfund<sup>474</sup>. Das „*Convention Parliament*“ war aber auch gewillt, zu bestrafen. Nach Beratungen nahm man auf Anordnung des Unterhauses die Dichter John Milton und John Goodwin in Gewahrsam (16.06.1660). Schriften beider Autoren wurden öffentlich verbrannt. Die Bestrafung Miltons und Goodwins stand im Zusammenhang mit den Beratungen zum „*Act of Free and General Pardon, Indemnity, and Oblivion*“. Seit dem 9. Mai 1660 beriet das Unterhaus über das Gesetz und die Personen, die von dem Indemnitätsgesetz des Königs ausgeschlossen sein sollten. Die unmittelbar verantwortlichen Königsmörder, die Unterzeichner des Todesurteils Karls I. und der Scharfrichter, sollten unbedingt vom Indemnitätsgesetz ausgeschlossen und bestraft werden. Das Unterhaus stellte

---

<sup>470</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 56f. (30. Mai 1660): „[...] *The restitution of your majesty to the exercise of your just and most indubitable native right of sovereignty, and the deliverance of your people from bondage and slavery, hath been wrought out and brought to pass, by a miraculous way of Divine Providence [...]*“

<sup>471</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 57 (30. Mai 1660): „*Most Royal Sovereign, I have yet a few words more [...] I shall presume to acquaint your majesty, that I have further in command to present you, at this time, with a Petition of Right, and humbly, upon my bended knees, to beg your royal assent thereunto. Sir, it hath already passed two great houses, Heaven and Earth, and I have Vox Populi, and Vox Dei, to warrant this bold demand [...]*“

<sup>472</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 58 (30. Mai 1660): „[...] *that whatsoever may concern the Good of this People, the Defence and Confirmation of your Laws, and the Establishment of Religion, I shall be as ready to grant, as you shall be to ask: And I shall study nothing more than to make them as happy as myself*“; Zu Grimstones Rede und zur Erwiderung des Königs, vgl. auch: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 47-49 (30. Mai 1660); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 48ff. (29./30. Mai 1660)

<sup>473</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 49ff. (31. Mai, 1. Juni 1660)

<sup>474</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 53-56 (4./5. Juni 1660)

aber zusätzliche Untersuchungen an, wer beim Urteil und der Ausführung des Urteils außerdem beteiligt war, und befahl zahlreiche Festnahmen Verdächtiger. In einer Botschaft an das Unterhaus (18.06.1660) zeigte sich Karl II. besorgt über die Beratungen und Maßnahmen des Parlaments<sup>475</sup>. Während die Beratungen dazu weitergingen, traf das Unterhaus den Beschluß (19.06.1660), die Zolleinnahmen aus „*Tonnage and Poundage*“ dem König lebenslang zur Verfügung zu stellen. Außerdem beriet das Unterhaus in dritter Lesung (03.07.1660) den „*Act for the Confirmation and future Preservation of the Privileges of Parliament, and of the fundamental Laws made for Conservation of the Lives, Liberties, and Properties, of the Subject*“ zur Sicherung der Parlamentsprivilegien und der Gesetze zur Bewahrung von Leben, Freiheit und Eigentum, und schickte es den Lords zur Zustimmung. Dort beriet man es in erster und zweiter Lesung (03./04.07.1660) und übergab es einem Ausschuß des Oberhauses zur weiteren Beratung<sup>476</sup>. Das Unterhaus übermittelte wenig später den „*Act of Free and General Pardon, Indemnity, and Oblivion*“ an das Oberhaus zur Zustimmung (11.07.1660), so daß die Beratungen dazu im Oberhaus beginnen konnten. Während der Beratungen wurden General George Monck von Karl II. die Titel eines Barons von Potheridge, Beauchamp et Teys, eines Grafen Torrington und eines Herzogs von Albemarle für seine Verdienste verliehen (13.07.1660). Damit fanden die Beratungen im Oberhaus zur Behandlung der Königsmörder nunmehr unter Moncks Anwesenheit statt, der als wichtiger Vertreter der Republik zugleich die wichtigste Figur zur Gewährleistung des Übergangs zur Monarchie darstellte<sup>477</sup>. Aber auch im Oberhaus kam es wie im Unterhaus zu Verzögerungen bei der Beratung dieser Materie. In seiner ersten größeren Rede im Parlament (27.07.1660) erinnerte Karl II. das Oberhaus an seine Deklaration von Breda und das von ihm angestrebte Versöhnungswerk zur Herstellung und Sicherung des Friedens im Königreich. Die rasche Verabschiedung des Indemnitätsgesetz sei dazu notwendig. Karl II. las seine Deklaration von Breda eigens vor, um zu verdeutlichen, daß die Verzögerung ihn an der Erfüllung seines Versprechens zur Versöhnung der Nation hindere. Karl II. appellierte, von allen Rachegelüsten abzusehen und das

---

<sup>475</sup> Beratungen über die Behandlung der Königsmörder: THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 18–64 (9. Mai-15. Juni 1660); THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 87-94f. (11.-17. Juni 1660); Beratungen über Milton und Goodwin: THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 65f. (16. Juni 1660); Mahnung Karls II., in: THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 66ff. (18. Juni 1660): “*And We do therefore very earnestly recommend it to you, that all possible Expedition be used in the passing that most necessary Act*”

<sup>476</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 68f. (19. Juni 1660); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 79f. (3. Juli 1660); THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 81f. (3./4. Juli 1660)

<sup>477</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 87–90 (11.-13. Juli 1660)

Indemnitätsgesetz ohne weitere Ausnahmen zu verabschieden<sup>478</sup>. Die Beratungen der Lords dauerten dennoch weiter an, so daß sie auch vom Unterhaus an die Notwendigkeit zur Verabschiedung des Gesetzes erinnert wurden (07.08.1660). Zuvor aber präsentierte der Sprecher des Unterhauses dem König im Oberhaus zwei Gesetze zur Finanzierung der Krone (28.07.1660). Ein Gesetz zur Fortsetzung der Exzise (Verbrauchssteuer) und ein weiteres zur Bewilligung von *“Tonnage and Poundage”* zur lebenslangen Verfügung des Königs gaben dem Unterhaussprecher Anlaß zur Erklärung, daß Parlamente die Bevölkerung üblicherweise nicht finanziell belasten, bevor ihre Freiheiten nicht bestätigt und ihren Beschwerden nicht abgeholfen worden sei. Das Unterhaus habe aber größtes Vertrauen in Karl II., weshalb man diesmal von der Tradition absehe. Die Erklärung zeigte in aller Deutlichkeit die Prinzipien der Repräsentation als verbindliche Verpflichtung der Vertretenen durch ihre gewählten Vertreter und der vertraglichen Gegenseitigkeit eines *„do ut des“*<sup>479</sup>. Nachdem die Lords das Indemnitätsgesetz mit ihren Zusätzen zur erneuten Beratung in das Unterhaus geschickt hatten (10.08.1660), trafen sich Abgesandte beider Häuser zu insgesamt vier gemeinsamen Konferenzen. Die Häuser des Parlaments versammelten sich schließlich gemeinsam mit Karl II. zur Verabschiedung des Gesetzes (29.08.1660). Nach seiner Zustimmung betonte der König, daß er zwar gewillt sei, für die Vergangenheit Gnade (Clementia) walten zu lassen, nicht aber für die Zukunft. Danach sprach Karl II. über die Notwendigkeit zur Entlassung der Armee an. Dem Wunsch des Königs entsprechend präsentierte der Lordgeneral dem Unterhaus einen Plan zur Demobilisierung (30.08.1660). In der folgenden Unterhausdebatte erklärte sich Sir William Morrice besonders deutlich gegen die Armee und sprach damit der Mehrheit der Abgeordneten aus der Seele. So lange auch die Beratungen zur Verabschiedung des

---

<sup>478</sup> Rede des Königs, in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 107ff. (27. Juli 1660): *“If you do not join with Me in extinguishing this Fear, which keeps the Hearts of Men awake, and apprehensive of Safety and Security, you keep Me from performing My Promise [...] Therefore I do earnestly desire and conjure you, to depart from all particular Animosities and Revenge, or Memory of past Provocations; and that you will pass this Act, without other Exceptions than of those who were immediately guilty of that Murder of My Father”*

<sup>479</sup> Erinnerung der Lords zur Verabschiedung des Gesetzes: THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 112ff. (7. August 1660); Präsentation der Gesetze zur Finanzierung der Krone: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 109f. (28. Juli 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 90 (28. Juli 1660): *„That it was never the Course of Parliaments to charge the People with Payments, until their Liberties and Grievances were first confirmed and redressed; Yet, out of the greatest Trust and Confidence that ever Subjects had in a Prince, the House of Commons do now go out of their old Way, and have now supplied His Majesty's Necessities with the greatest Gift that ever Prince of this Kingdom had given by His People; which they humbly presented to His Majesty“*



Indemnitätsgesetzes gedauert hatten, so schnell verabschiedete das Unterhaus nach der Debatte eine entsprechende Resolution zur Demobilisierung<sup>480</sup>.

**Die Unterhausdebatte über das Vorliegen eines „Adjournement“ oder einer „Prorogation“** zeigte die Verunsicherung des „Convention Parliament“ über die eigene Rechtmäßigkeit und seinen Status als der Lordkanzler dem Oberhaus eine Botschaft des Königs überbrachte (31.08.1660), daß er einen Rezess des Parlaments vom 08. September 1660 bis zu 06. November 1660 wünsche<sup>481</sup>. Das Wort „recess“ stiftete Verwirrung im Unterhaus und löste eine aufgeregte Debatte aus, ob mit dieser Vertagung ein „Adjournement“ oder eine „Prorogation“ gemeint sei. Eine „Prorogation“ hätte erhebliche Auswirkungen auf das Gesetzgebungsverfahren im Parlament gehabt. Alle bereits erfolgten Lesungen von Gesetzesvorlagen wären damit hinfällig und müßten neu begonnen werden. Bei einem „Adjournement“ blieben hingegen alle bisherigen Beratungen gültig und man konnte die Beratungen an derselben Stelle vor dem Rezess fortsetzen. Das Unterhaus erklärte dem Oberhaus die eigene Rechtsauffassung (01.09.1660)<sup>482</sup>. Eine Konferenz mit dem Oberhaus zur Beratung dieser Frage wurde fallengelassen. Zwei Tage später stellte Lordkanzler Hyde klar, daß der König ein „adjournement“ nach altem Brauch und keineswegs eine Auflösung gewünscht habe<sup>483</sup>. Am Tag der Vertagung (13.09.1660) versammelten sich Ober- und Unterhaus gemeinsam mit dem König im

---

<sup>480</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 146ff. (29. August 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 142f. (30. August 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 115f. (30. August 1660): „[...] as long as the soldiery continued, there would be a perpetual trembling in the nation: that they were inconsistent with the happiness of any kingdom; and compared the keeping of an Army on foot to a sheep's skin and a wolf's skin; which, if they lie together, the former would lose its wool”

<sup>481</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 150 (31. August 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 143f. (31. August 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 117 (31. August 1660): „[...] that both houses shall have a recess upon Saturday the 8th of next month [...] that both houses shall meet again upon Tuesday the 6th of November next”

<sup>482</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 151f. (1. September 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 117 (1. September 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 45f. (1. September 1660): „Ordered, That the Committee do represent to the Lords, the Sense of this House, that, upon the next Recess, it will be most convenient for the Houses to adjourn themselves; and to offer these Reasons: If it should be a Prorogation, or Adjournment by Writ, all Matters depending before the Houses, will be discontinued; and Acts, whose Expiration depends on the End of the next Session, will determine, unless continued by a new Act. They are to take notice, to the Lords, of our humble and thankful Acknowledgment of his Majesty's gracious Readiness, to answer the Desires of the Houses, in granting the said Recess: And to desire them to return to his Majesty the humble Thanks of the Houses”.

<sup>483</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 150ff. (31. August, 1. September 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 143–148 (31. August, 1./3. September 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 117 (31. August 1660): „it was his majesty's pleasure that the parliament should be adjourned according to former usage; and not that he meant, by the word 'recess', a dissolution”

Parlament zur Schlussitzung der ersten Sitzungsperiode. Der „*Gentleman Usher of the Black Rod*“ übermittelte den Abgeordneten des Unterhauses den Wunsch des Königs, sich bei ihm im Oberhaus zur Versammlung einzufinden. Der König gab seine Zustimmung zu den bereitliegenden Gesetzesvorlagen. Mit den Worten „*Le Roy le Veult*“ stimmte Karl II. fünf öffentlichen Gesetzen („*Public Bills*“), darunter dem „*Act for the speedy disbanding the Army and Garrisons of this Kingdom*“ zu. Danach sprach der König über den Rezens und betonte, die Bedeutung der Rückkehr zu den alten Verfahrensweisen im Parlament - die Abkehr davon habe nicht gut getan. Man solle sich auf den 6. November vertagen, in seine Wahlkreise („*countries*“) zurückkehren und dem König dort bis dahin gute Dienste leisten. Die Rede des Lordkanzlers beendete die erste Sitzung des „*Convention Parliament*“. Das Parlament befand sich während der nächsten knapp zwei Monate (13.09.-06.11.1660) im Rezens<sup>484</sup>.

#### **b) Zweite Parlamentssitzung (13.11.-29.12.1660)**

„*Drake's Impeachment*“ (13.11.-20.12.1660) nach dem Rezens in der zweiten Sitzung des „*Convention Parliament*“ zeigt, daß die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des „*Convention Parliament*“ fortbestanden. Die zweite Sitzung des Parlaments begann zunächst wenig spektakulär im Oberhaus mit der Erhebung des Lordkanzlers Edward Hyde zum Baron von Hyndon in Anerkennung seiner bisherigen Verdienste (06.11.1660). Beide Häuser berieten in herkömmlicher Weise. Einige Tage später war der Anschein der Normalität aber verflogen. Eine Schrift über das Lange Parlament erregte die Gemüter im Unterhaus (13.11.1660) so sehr, daß befohlen wurde, den Autor in Gewahrsam zu nehmen<sup>485</sup>. Nur wenig später konnte Staatssekretär Morrice Vollzug

---

<sup>484</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 169–175 (13. September 1660); THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 170–176 (13. September 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 122–130 (13. September 1660) : „*The King's Speech to both Houses on the Adjournment. [...] My Lords and Gentlemen, [...] and I hope you will all join with Me in reducing the Proceedings of Parliaments to the ancient Rules and Orders of Parliaments, the Deviation from which hath done us no Good; and I think there were never so many Bills passed together as I have this Day given My Assent to, [...], and direct you, that you adjourn yourselves till the Sixth Day of November, when I hope you will all meet again; and in the mean Time, that you will be all welcome to your Countries, and do Me much Service there. I have many other Particulars to say and recommend to you, in which I cannot enough trust My own Memory; and therefore I shall command the Chancellor to say the rest to you*“

<sup>485</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 182f. (13. November 1660): „*A Book, then printed, intituled, 'The Long Parliament revived, by Thomas Phillips, Gent.' was offered to the consideration of the house, as a matter wherein their privileges were much concerned. Ordered, that the said Phillips be sent for into custody, and the matter referred to the committee for privilges. [...]*“; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 176 (6. November 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 144f. (13. November 1660); Drake, William, Sir, *The Long Parliament revived, Or, An Act for continuation, and the not dissolving the Long Parliament (call'd by King Charles the First, in the year 1640.) but by an Act of Parliament With undeniable reasons deduced from the said Act to prove that that Parliament is not yet dissolved. Also, Mr. Will. Prynne his five arguments fully answered: whereby he*

melden. In Drakes Befragung im Unterhaus (17.11.1660) gab dieser die Abfassung der Schrift zu und rechtfertigte sich damit, daß er damit seine Loyalität zum König zeigen und seinem Land dienen wollte. Drake bestand in der Befragung darauf, die Schrift allein, nur mit Hilfe der Bücher des „*Common Law*“-Juristen Edward Coke, verfasst zu haben. Er erklärte, daß seine Autorschaft als einfacher Kaufmann der Schrift keine Glaubwürdigkeit gegeben hätte, weshalb er die Schrift unter dem Namen von Thomas Phillips veröffentlicht habe. Sir Heneage Finch äußerte sich empört über die Schrift und verurteilte sie scharf. Nichts sei gefährlicher als die Abfassung einer solchen Schrift zu diesem Zeitpunkt. Die Schrift würde dieses Parlament sprengen und den „*Act of Oblivion*“ ruinieren. Der Autor sei der allerschlimmste Brandstifter. Man entsprach Finchs Vorschlag, daß ein Parlamentsausschuss die Schrift lesen und alle fragwürdigen Stellen darin dem Unterhaus berichten sollte. Drake sollte währenddessen inhaftiert bleiben<sup>486</sup>. Am 20. November 1660 präsentierte der Parlamentsausschuß seine Ergebnisse: Es handele sich um eine aufrührerische Schrift, die öffentlich verbrannt werden müsse. Der Autor solle inhaftiert bleiben und vom Staat angeklagt werden<sup>487</sup>. Es gab Textstellen, die man Drake besonders vorwarf: 1) Es könne keine legalen Parlamente geben, solange das Lange Parlament nicht aufgelöst sei<sup>488</sup>, 2) Nur ein Gesetz des Langen Parlaments selbst vermag es, dieses aufzulösen, dafür aber sei die Zustimmung des Königs erforderlich. Nach dem Tod Karls I. sei dafür die Zustimmung seines Nachfolgers erforderlich gewesen. Ansonsten bestehe das Lange Parlament fort<sup>489</sup>, 3) An der Legalität des Langen Parlaments sei nicht zu zweifeln<sup>490</sup>, 4) Das Volk habe vom „*Convention Parliament*“ mangels Legitimität weder Glück noch Sicherheit zu

---

endeavours to prove it to be dissolved by the Kings death, &c. By Tho. Philips Gent. a sincere lover of his King and countrey, Early English Books Online (EEBO) 2482:02, London, 1660

<sup>486</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 185f. (17. November 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 145f. (17. November 1660): „[...] *that he could not think any thing more dangerous than writing this Book at such a time; that it blew up this parliament totally, and damned the Act of Oblivion; and the author shewed himself the greatest incendiary that could be [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 145f., Appendix No. I, *The Long Parliament revived*, S. I-XVIII (17. November 1660)

<sup>487</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 186f. (20. November 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 147f. (20. November 1660)

<sup>488</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): „*All other Parliaments (speaking of the Long Parliament), have no legal Capacity, till this be legally dissolved*“, Page 6”

<sup>489</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): „*The Act is express, that by no Means, but by an Act of Parliament, it shall be dissolved; which, being it cannot be done by the dead King, but may be done by his Successor, it ought to be so dissolved; else it remains in full Being and Authority*, Page 14”

<sup>490</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): „*The legal Being of the Long Parliament is evident*, Page 16”

erwarten, obwohl es viele ausgezeichnete Dinge bewerkstelligt habe<sup>491</sup>, 5) Eine Rückkehr zur gesetzmäßigen Autorität sei wünschenswert<sup>492</sup> und 6) Dieses Parlament könne kein gesetzmäßiges Parlament sein, wenn das Lange Parlament gesetzmäßig sei<sup>493</sup>. In der folgenden Debatte bezeichnete der Abgeordnete Howard Drakes Werk als Menetekel für das Parlament. In der Abstimmung folgte das Unterhaus ohne Gegenstimme dem Vorschlag des Ausschusses, William Drake vor dem Oberhaus anzuklagen (04.12.1660). Die Anklage in den „*Articles of Impeachment*“ warf Drake vor, daß er die falsche, bössartige, heimtückische und umstürzlerische Schrift unter fremden Namen verfasst, gedruckt und veröffentlicht habe, um zu beweisen, daß das Lange Parlament nicht aufgelöst sei. Drake bezwecke mit seiner Schrift, die Autorität dieses Parlaments zu untergraben, Zwietracht im Königreich zu säen und das Land zu spalten. Er habe die Schrift verfasst, obwohl dieses Parlament sich als ein so glückliches Werkzeug zur Heilung aller Brüche im Königreich erwiesen, die alten Fundamente wiederhergestellt und viele neue, gute und heilsame Gesetze zur Förderung von Sicherheit und Ruhe geschaffen habe<sup>494</sup>. Drake wurde im Oberhaus mit der Anklage des Impeachment konfrontiert (12.12.1660) und von Lordkanzler Hyde befragt. Er gestand die Abfassung und Publizierung der Schrift, verneinte die Absicht eines Umsturzes, entschuldigte sich aber und bat um Gnade<sup>495</sup>. Das Oberhaus debattierte das Impeachment

---

<sup>491</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): *“Though many excellent Things have been done by this Parliament, yet, their Authority not being legally founded, the Nation can promise to themselves no Happiness nor Assurance, Page 16“*

<sup>492</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): *“It were to be wished, the Legislative Authority might revert into the right Chanel, Page 17“*

<sup>493</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 187 (20. November 1660): *“That being a lawful Parliament, This can be none, Page 21”*

<sup>494</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 197f. (4. Dezember 1660): *„That whereas, this present Parliament [...] have proved the happy Instruments of repairing the Breaches of this Kingdom; restoring the ancient Foundations; and passing many good and wholesome Laws, for the Safety and Quiet of the People; and are daily preparing such others, as may yet seem to be wanting: Nevertheless the said William Drake, in Contempt of his Majesty's Crown and Dignity, and of the Laws and Government of this Kingdom; and out of a wicked and malicious Intention, to scandalise and subvert the Authority and Being of this present Parliament, and to raise and stir up Sedition and Division in this Kingdom; and against the Peace of our Sovereign Lord the King; hath lately, that is to say, upon or before the Eighteenth Day of the Month of November last, at Westminster in the County of Middlesex, written, printed, and published, in the Name of one Thomas Phillips Gent. a certain, false, wicked, malicious and seditious Pamphlet, intituled, The Long Parliament Revived; or, An Act for Continuation, and the not Dissolving the Long Parliament, called by King Charles the First in the Year 1640, but by an Act of Parliament; with undeniable Reasons, deduced from the said Act, to prove, that That Parliament is not yet dissolved“*; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 200f. (6. Dezember 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 156ff. (4. Dezember 1660)

<sup>495</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 207f. (12. Dezember 1660): *„He did write and publish the Book mentioned in the Impeachment; but he had no Intent of Sedition thereby [...] he was heartily sorry for writing and publishing of it; and submitted himself to their Lordships Mercy“*

(17.12.1660) und erklärte (19.12.1660) Abscheu für Drakes Schrift, verurteilte ihn aber nicht, sondern ordnete eine Fortsetzung des Prozesses gegen William Drake vor dem Attorney General in King's Bench an, falls dieses Parlament aufgelöst sein sollte, bevor die Lords selbst über das Impeachment entscheiden könnten. Danach richteten die Lords einen Ausschuß zur Beratung des Impeachmentverfahrens ein (20.12.1660). Zu weiteren Maßnahmen und Debatten der Lords gegen William Drake kam es vor Auflösung des Parlaments (29.12.1660) nicht mehr. Über den weiteren Fortgang des Prozesses ist nichts bekannt. Die Journale beider Parliamentshäuser schweigen sich darüber aus<sup>496</sup>. Die Unsicherheit über die Fortdauer des Langen Parlaments und die Legitimität des „*Convention Parliament*“ ließen sich aber offenbar weder durch den „*Act for removing and preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“ beseitigen, noch durch die Anklage William Drakes. Dies zeigt sich darin, daß die Lords des Kavalierparlaments die zuständigen Richter in der Sache noch zweimal am 31. Mai<sup>497</sup> und am 6. Juni 1661 befragten<sup>498</sup>. Und obwohl die Richter dies bejahten, ordneten die Lords an, daß der „*Attorney General*“ eine Deklaration („*declaratory bill*“) dazu erlassen solle, die aber nie verabschiedet wurde<sup>499</sup>.

**Sir William Drakes Schrift „*The Long Parliament revived*“ (1660)** berührte mit der Legitimitätsfrage den eigentlichen Schwachpunkt des „*Convention Parliament*“. Die Legitimität des Parlaments war dreifach fragwürdig. Diesem Parlament fehlten die königlichen Einberufungsschreiben, die „*writs of summons*“. Einberufen wurde es stattdessen vom letzten Parlament, dem Langen Parlament von 1640. Es war außerdem problematisch, daß sich das Lange Parlament selbst aufgelöst hatte (16.03.1660), anstatt wie rechtlich vorgeschrieben vom König beendet zu werden. Beschlossen wurde die Auflösung zudem von nur wenigen Mitgliedern, einer

---

<sup>496</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 216ff. (19./20. Dezember 1660): „*The Lords declaring their great Detestation of the Crime, which is already condemned by an Act of Parliament [...]*“; vgl. COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 156ff. (4. Dezember 1660); COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 5, 1810, S. 1363–1370

<sup>497</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 268ff. (31. Mai 1661): „*And, after a long Debate, it is ORDERED, That the Judges now present shall attend on Thursday Morning next, to deliver their Opinions in Point of Law, upon the Matters in Debate this Day, upon the said Act*“

<sup>498</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 273 (6. Juni 1661): „*This House taking into Consideration and further Debate the late Act for continuing the Parliament begun the Third Day of November, One Thousand Six Hundred and Forty; and having had the Opinion of all the Judges, That the said Parliament, begun on the said Third Day of November, 1640, is now determined*“

<sup>499</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 273 (6. Juni 1661): „*It is ORDERED, That Mr. Attorney General do prepare a particular Bill, to declare the said late Parliament to be determined, according to the Sense of this House upon the Debate this Day; and present the same unto their Lordships.*“; COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 5, 1810, S. 1370

Minderheit. Das von George Monck wieder einberufene Lange Parlament (11.02.1660) bestand aus nur 73 Mitgliedern, die sich bis Dezember 1648 für Verhandlungen mit Karl I. ausgesprochen hatten. Weil das Lange Parlament außerdem nur aus dem Unterhaus bestand, wurde diese Auflösung also nicht nur ohne Zustimmung des Königs, sondern auch ohne Zustimmung der Lords im Oberhaus angeordnet. Drake warf diese Fragen auf. Er verfasste die Streitschrift unter dem Namen Thomas Phillips, den er auf dem Titelblatt als „*Gentleman. A Sincere Lover of his King and Country*” bezeichnete. Drakes Schrift umfasst 22 Druckseiten plus Titelblatt. Es beginnt mit einem Zitat. Das Gesetz des Langen Parlaments zur Verhinderung der vorzeitigen Vertagung oder Auflösung des Parlaments (10.05.1641) wird auf den ersten beiden Seiten in voller Länge zitiert: *“An Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning, proroguing, or dissolving of this present parliament”*<sup>500</sup>. Das Gesetz beginnt mit einer Präambel zur Zweckbestimmung. Angesichts des dringenden Geldbedarfes zur Bewältigung des Krieges mit Schottland, zur Abwendung eminenter Gefahren für das Königreich England und zur Verwendung für andere Gelegenheiten bedarf es der Kreditwürdigkeit<sup>501</sup>. Kredit könne gewährt werden, wenn Befürchtungen, daß das gegenwärtige Parlament vertagt oder aufgelöst werden könnte, bevor die Gravamina behoben und Sicherheiten zur Rückzahlung gewährter Kredite gewährt seien, entkräftet werden<sup>502</sup>. Das gegenwärtige Parlament, das Lange Parlament (1641), solle nur durch Parlamentsgesetz aufgelöst oder während der Sitzungen vertagt werden<sup>503</sup>. Weder Ober- noch Unterhaus sollen jemals während des gegenwärtigen Parlaments vertagt werden, außer die jeweiligen Parlamentshäuser beschließen es selbst<sup>504</sup>. Schließlich solle alles, was zur Vertagung

---

<sup>500</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 103f.; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 158f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 786f.

<sup>501</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f., vgl. Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr.1

<sup>502</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f.; vgl. Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr.2

<sup>503</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f.: *“That this present Parliament now assembled shall not be dissolved unlesse it be by Act of Parliament to be passed for that purpose nor shall be at any time or times during the continuance thereof prorogued or adjourned unlesse it be by Act of Parliament to be likewise passed for that purpose”*; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 103f.; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 158f.

<sup>504</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 2: *„And that the House of Peers shall not at any time or times during this present Parliament be adjourned unlesse it be by themselves or by their owne order And in like manner that the House of Commons shall not at any time or times during this present Parliament be adjourned unlesse it be by themselves or by their owne Order”*

oder Auflösung des gegenwärtigen Parlaments beschlossen werde und im Widerspruch zu diesem Gesetz stehe, vollkommen ungültig und ohne Effekt sein<sup>505</sup>.

Drakes eigener Text beginnt nach dem Abdruck des Gesetzes von 1641 auf der dritten Seite. Der Verfasser spricht über die Bedeutung von ordentlich konstituierten Parlamenten für England. Nachdem der erlittene Schiffbruch des Bürgerkrieges überstanden sei, bestehe die Gefahr, erneut blind in eine noch fatalere Verwirrung zu verfallen. Sicherheit und Glück des Königreiches liegen in richtig konstituierten Parlamenten und in der Erhaltung ihrer rechtmäßigen und gesetzlichen Privilegien<sup>506</sup>. Solange das Lange Parlament nicht durch Parlamentsgesetz entsprechend der gesetzlichen Regelung von 1641 für aufgelöst erklärt werde, gebe es keine Sicherheit für die Bürger des Landes<sup>507</sup>. Mit dem Gesetz von 1641 argumentierend erklärte Drake, warum das Lange Parlament immer noch zu Recht bestehe. Er nennt drei Gründe. Erstens sei dieses Gesetz, dem Wortlaut des Titels entsprechend, geschaffen worden, um Schwierigkeiten durch vorzeitige Vertagung und Auflösung des gegenwärtigen Parlaments zu verhindern. Das Gesetz diene der Sicherung von Kreditwürdigkeit und der Gewährleistung der Rückzahlungsfähigkeit. Deshalb ist die Auflösung des Parlaments nach Sinn und Bedeutung des Gesetzes nicht rechtmäßig<sup>508</sup>. Den zweiten Grund für den rechtmäßigen Fortbestand des Langen Parlaments sieht Drake darin, daß das Lange Parlament eben nur durch Parlamentsgesetz aufgelöst werden könne<sup>509</sup>. Nur das Parlament, welches das Gesetz von 1641 beschlossen habe, könne das Parlament durch Parlamentsbeschluß in Gesetzesform auflösen. Kein anderes Parlament könne das gegenwärtige Parlament legal auflösen. Dies sei der dritte Grund<sup>510</sup>.

---

<sup>505</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 2: *“And that all and every thing and things whatsoever done or to be done for the adjournment proroguing or dissolving of this present Parliament contrary to this Act shall be utterly void and of none effect”*

<sup>506</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 3: *„[...] That the safety and happiness of this kingdom lies in parliaments rightly constituted, and in the preservation of their just and lawful priviledges [...]“*; vgl. Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3

<sup>507</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 3f., vgl. Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr.4

<sup>508</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 4f.; vgl. Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr.5

<sup>509</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 5; vgl. Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>510</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 5f.; vgl. Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr.7

Nach diesen Ausführungen wandte sich Drake explizit gegen eine von William Prynne veröffentlichte Schrift (1659), die das Lange Parlament für ordnungsgemäß beendet erklärt hatte<sup>511</sup>. Drake versuchte Prynne zu widerlegen. William Prynnes erstes und wichtigstes Argument für das Ende des Langen Parlaments sei der Tod des Königs. Drakes Antwort lautet, daß der Tode des Königs zwar ein Parlament auflöse, das durch königlichen Einberufungsbefehl („*writ*“) einberufen wurde. Ein Parlament aber, das durch ein Parlamentsgesetz entstanden und bestätigt worden sei, wird nicht durch den Tod des Königs aufgelöst<sup>512</sup>. William Prynnes zweites Argument, daß Parlamente ausschließlich durch königliche Einberufungsschreiben einberufen werden, daß es einzig der königlichen Prerogative obliege, ob und wann Parlamente einberufen, vertagt und aufgelöst werden, entgegnet Drake, daß Parlamente nicht bloße Gerichtshöfe seien, sondern durch Beschluß aller drei Stände zu Parlamenten werden, wie der „*Triennial Act*“ beweise. Karl I. hatte zudem mit diesem Gesetz das Parlament als stehendes Gericht etabliert und seine königliche Prerogative zur Auflösung des Parlaments aufgegeben. Das Parlament war zwar durch königliche Einberufungsschreiben einberufen worden. Er konnte es aber nach dem Parlamentsgesetz nicht mehr nach Belieben auflösen. Und auch der Tod des Königs konnte es nicht mehr auflösen, genauso wie der Tod des Königs kein Parlamentsgesetz aufheben könne. Deshalb ist das Parlament nicht mehr von einem königlichen „*writ of summons*“ abhängig<sup>513</sup>. Prynnes drittes Argument, daß „*writs*“ und Gesetze im Namen eines bestimmten Königs ergangen seien, die „*writs*“ den Befehl geben, den König zu beraten, begegnet Drake damit, daß „*writs*“ im Namen eines bestimmten Königs nicht heißen, daß ein Parlament nur zur Beratung dieses Königs bestimmt sei, sondern im Todesfall des Königs auch zur Beratung seines Nachfolgers dient. Schließlich werden auch Gesetze als Gesetze eines bestimmten Königs bezeichnet, weil dieser diesen zugestimmt hatte, sie gelten aber auch für die Nachfolger. Angesprochen ist hiermit auch das Zwei-Körper-Problem des privaten Körpers des Königs und des politischen Körpers<sup>514</sup>. Nach Drakes Ansicht ist die Einberufung im Namen des einen oder anderen Königs nur eine Nebensache und geschehe um der Ordnung willen, sei aber keineswegs Kern der Sache zur Sicherung der Wohlfahrt von Regierung und Königreich. Die

---

<sup>511</sup> Prynne, William, Six important queres propounded to the re-sitting Rump of the long Parliament, fit to be satisfactorily resolved by them upon the question, before they presume to act any further, or expect the least obedience from the free-born English nation, after so manie years wars and contests for the privileges, rights, and freedom of Parliaments, and their own liberties, Early English Books Online (EEBO) P4083A, London, 1659

<sup>512</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 6; vgl. Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>513</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 7; vgl. Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

<sup>514</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 9; vgl. Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10



schnelle und unzeitige Auflösung eines Parlaments könne ein Königreich aber in gefährliche Schwierigkeiten bringen<sup>515</sup>. Zur Widerlegung von Prynnes viertem Argument thematisiert Drake den Topos der Treuhandschaft. Prynne spricht vom Parlament als Körperschaft bestehend aus König, Ober- und Unterhaus. Der Tod des Königs führe deshalb notwendigerweise zur Auflösung des Parlaments. Drake antwortet, daß kein Teil allein absolute Macht habe. Stattdessen haben wir ein Parlament, daß dem Volk gegenüber als Treuhänder fungiere, weshalb das Parlament alles Recht habe, einer Auflösung zu widerstehen, und zwar so lange bis es seiner Pflichten als Treuhänder des Volkes gerecht geworden sei<sup>516</sup>. Drake geht explizit auf die Theorie der zwei Körper des Königs ein („*The King's Two bodies*“). Der König ist nicht in seinem sterblichen persönlichen, sondern in seinem unsterblichen politischen Körper Teil des Parlaments. Sir Edward Coke stimme dem im dritten Teil seiner „*Institutes*“ zu. Dementsprechend ende das Parlament nicht mit dem Tod des Königs<sup>517</sup>. Die Argumentation verdeutlicht, daß Drake zwischen dem Tod eines einfachen Parlamentsabgeordneten und dem Tod des Königs unterscheidet. Die Autorität verstorbener Abgeordneter könne nur durch Neuwahlen wieder erstehen. Im Falle des Königs bestehe dessen Autorität aber über dessen Tod hinaus fort<sup>518</sup>. Drake wendet sich anschließend auch gegen Prynnes fünftes und letztes Argument. Prynne argumentiere mit dem Zweck des Parlaments, Gesetze zu erlassen. Weil dies nur mit Zustimmung des Königs geschehen kann, ende das Parlament, wenn der König versterbe. Drake widerspricht. Weil der König in seinem politischen Körper fortexistierte und sogleich von seinem Nachfolger ersetzt werde, sei das Parlament nicht zwingend mit dem Tod des Königs beendet. Eine solche unzeitige Parlamentsauflösung sei eine eminente Gefahr für das Königreich<sup>519</sup>. Als sechsten Punkt thematisierte Drake den Fall der Auflösung, nachdem die ausgeschlossenen Mitglieder des Langen Parlaments wieder zugelassen worden waren. Es handele sich dabei nur um die Zustimmung des Unterhauses. Dies sei weit entfernt von einem echten Parlamentsgesetz beschlossen von Ober-, Unterhaus und König und deshalb ohne auflösende Wirkung. Wenn das Parlament weder durch Königstod noch durch

---

<sup>515</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 10f.; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11

<sup>516</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 11; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12

<sup>517</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 12; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13

<sup>518</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 13; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14

<sup>519</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 13; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 15

Parlamentsgesetz aufgelöst werden könne, dann existiert es noch<sup>520</sup>. Das Parlament in Form der drei versammelten Stände habe als solche Versammlung das Recht, alles zu bestimmen und zu verändern, auch die Fundamentalgesetze des Landes. Drake spricht ohne das Wort zu gebrauchen von der allumfassenden Souveränität des Parlaments als „*King-in-Parliament*“, denn er sagt auch, daß niemand über dem so verstandenen Parlament stehe. Er argumentiert (siebter Punkt) weiter, daß das Parlament deshalb auch kleinere Dinge wie die eigene Dauer bestimmen könne<sup>521</sup>. Auch wenn das gegenwärtige Parlament exzellente Dinge beschließe, so gebe es doch, nach Drakes Ansicht, keine dauerhafte Garantie, in den Genuß dieser Dinge zu kommen, weil die Beschlüsse eines unrechtmäßigen Parlaments nichtig seien<sup>522</sup>. Das Argument, daß mit der Rückrufung des Langen Parlaments dessen Dauerhaftigkeit und die Versklavung von König und Königreich drohe, beschäftigt Drake<sup>523</sup>. Obwohl ein solcher Vertrauensbruch möglich sei, sei es doch nicht zu befürchten, weil die meisten Mitglieder des Langen Parlaments die ausgeschlossenen Abgeordneten seien, welche gerade deshalb vertrieben worden waren, weil sie in Loyalität zum König standen oder sich gegen die Gewaltanwendung der Armee gegen König und Parlament stellten. Zudem seien sie Werkzeuge der Restauration des gegenwärtigen Monarchen gewesen<sup>524</sup>. Der König könne die Abgeordneten des Langen Parlaments aber sicherheitshalber nach Whitehall einladen und sie vor der ersten regulären Parlamentssitzung schwören lassen, die Beschlüsse des gegenwärtigen Parlaments zu bestätigen und ein Gesetz zur eigenen Auflösung zu verabschieden. Seine Majestät könne dann Einberufungsschreiben für ein neues Parlament ausstellen. Auf diese Weise könnte ohne Gewalt oder Verletzung der königlichen Prerogative oder der Freiheiten des Volkes zu einem regelmäßigen und legalen Verfahren zurückgekehrt werden<sup>525</sup>.

Den letzten Abschnitt seiner Schrift bezeichnete Drake als „*Postscript*“. Wegen der angeblichen allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Rechtsstatus des gegenwärtigen Parlaments richtete er sich darin explizit an die Rechtsexperten zur Beurteilung seiner Argumente, die sich alle auf Sir Edward

---

<sup>520</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 14f.; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 16

<sup>521</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 15f.; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 17

<sup>522</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 16f.; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 18

<sup>523</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 17; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 19

<sup>524</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 17; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 20

<sup>525</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 18; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 21

Cokes Ausführungen im dritten Teil seiner „*Institutions*“ beziehen. Drake beginnt mit einer Betrachtung über die Qualifikation der Lords zur Einnahme eines Oberhausssitzes. Volljährigkeit und ein persönliches Einberufungsschreiben des Königs sind dazu erforderlich. Er kritisiert, daß es den Lords im gegenwärtigen Parlament genau daran fehle. Er weist darauf hin, daß es auch den Abgeordneten des Unterhauses am königlichen Einberufungsschreiben an die Sheriffs zu Ihrer Wahl fehlt. Die Einberufungsschreiben des gegenwärtigen Parlaments seien lediglich von den „*Keepers of the Liberties of England*“ ausgestellt worden. Zum Dritten bemängelt er, daß ein Parlament nur in Anwesenheit des Königs beginnen könne. Eine Stellvertretung des Königs sei nach Cokes Ansicht nur in zwei Fällen möglich. Stellvertreter des Königs könne ein „*Guardian of England by Letters Patent*“ sein, wenn der König sich in einem weit entfernten Teil seines Reiches befindet. Oder aber der König wird vertreten durch eine „*Commission under the Great Seal of England*“, einer Kommission aus Lords im Oberhaus also, für den Fall, daß der König sich im Reich befinde, aber verhindert sei. Aber auch an diesen Voraussetzungen fehle es dem gegenwärtigen Parlament. Viertens müßten die Originaleinberufungsschreiben ohne jede Änderung oder irgendeinen Zusatz fortbestehen, es sei denn, daß ein Parlamentsgesetz etwas geändert habe. Tatsächlich seien beim gegenwärtigen Parlament aber neue Einberufungsschreiben durch besagte „*Keepers*“ ausgestellt worden. Dazu waren sie weder durch Parlamentsgesetz noch durch den König ermächtigt<sup>526</sup>. Das gegenwärtige Parlament kann unter Berücksichtigung dieser Rechtslage kein ordentlich konstituiertes Parlament sein. Drake schließt daran die Frage an, wie das gegenwärtige Parlament durch die nachträgliche Zustimmung des Königs ein gesetzmäßiges Parlament sein könne, wenn seine Einberufung und Grundlage ungesetzmäßig waren<sup>527</sup>. Drake antwortet, daß ein Parlament wie das Lange Parlament, welches vom König rechtmäßig einberufen und mit königlicher Zustimmung das Recht erhalten hatte, versammelt zu sein, bis es sich selbst auflöst, viel gesetzeskonformer sei, als das gegenwärtige Parlament, das ohne königliche Zustimmung einberufen und nur mit nachträglicher Zustimmung des Königs legitimiert sei<sup>528</sup>. Von der Nation sei auch nie beabsichtigt gewesen, daß das gegenwärtige Parlament überhaupt Gesetze als rechtmäßiges Parlament verabschieden sollte. Zum Zwecke der Restauration der Monarchie sollte es vielmehr nur den Anschein echter parlamentarischer Autorität haben, um sich dann selbst aufzulösen, damit der König seine Einberufungsschreiben nach den Grundsätzen der alten

---

<sup>526</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 18ff.

<sup>527</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 20; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 22

<sup>528</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 21; Drake, *The Long Parliament revived*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 23

Verfassung ausschreibt, so daß man zur legalen und unanfechtbaren Verfahrensweise zurückkehrt. Denn man ist der irregulären Handlungen illegaler Autoritäten müde<sup>529</sup>.

**Das Pamphlet „*The Long Parliament is not revived*“ (1660)** gibt sich im Untertitel „*Or, An answer to Tho. Philips his Long Parliament revived*“ als Entgegnung auf Sir William Drakes Schrift „*The Long Parliament revived*“ zu erkennen. Die sechsseitige unter den Initialen R.C. veröffentlichte Gegenschrift zitiert auf der Rückseite des Titelblattes zunächst wie Drake das Gesetz des Langen Parlaments zur Verhinderung der vorzeitigen Vertagung oder Auflösung des Parlaments, den *“Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning, proroguing, or dissolving of this present parliament“* (10.05.1641)<sup>530</sup>. Im ersten Teil der Schrift referiert der Autor die Argumente Sir William Drakes, warum das Lange Parlament nicht aufgelöst sei. Drakes Argumentation gründe sich auf unmögliche Annahmen. Die eigentliche Gegenargumentation beginnt auf Seite drei in einem eigens abgehobenen zweiten Teil mit der Überschrift *“The Long Parliament dissolved, and dead, & never to be revived“*. Drei Dinge werden untersucht: 1) Ob das Lange Parlament völlig aufgelöst sei, 2) Ob das Lange Parlament wieder versammelt werden könne und 3) Ob die Mitglieder des Langen Parlaments einen Grund zur Beschwerde haben. Zum Zwecke der Untersuchung werden die entscheidenden Begriffe definiert. Der Autor beginnt mit der Definition des Parlaments. Dieses sei ein politischer Körper, der sich aber nicht aus drei gleichen Ständen zusammensetze, wie es Drake fälschlich behauptete. Der politische Körper bestehe vielmehr aus heterogenen oder nicht gleichen Teilen, dem König als Haupt und Ende, den geistlichen und weltlichen Lords im Oberhaus und dem Unterhaus. Beide Häuser werden durch Einberufungsschreiben des Königs versammelt. Sir Edward Coke nannte sie eine weise Versammlung<sup>531</sup>. Alle Konvente und Versammlungen sind entweder regulär oder

---

<sup>529</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, *The Long Parliament revived*, 1660, S. 20f.: „[...] *the intentions generally of the whole Nation in reference to this Parl. [...] That it was never in the least meant that these sit to pass Acts as a lawful Parl. [...] But only, that for the present necessity they might bear the face of Parliamentary Authority for preserving the Peace of the Nation till his Royal Majesty, that now is, might be happily restored [...] and so soon as that was effected then to dissolve in order to the sending forth his Majesties Royal Writs of Summons for calling a Parliament according to the ancient Custome and Fundamental Constitution [...] that so all things might return again into a legal and uncontrovertible way of proceedings [...] the whole Kingdom, who are sufficiently weary of the mischiefs of irregular actings by illegal Authorities*“

<sup>530</sup> Anonymus, *The Long Parliament is not revived*, by Tho. Philips, *Or, An answer to Tho. Philips his Long Parliament revived*, Early English Books Online (EEBO) 155:E.1050[8], London, 1660; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. XVII–XXII; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 103f.; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 158f.

<sup>531</sup> ANONYMUS, *The Long Parliament is not revived*, 1660, S. 4: „*First then, A Parliament is a Politique Body, compounded (not of three States, as our Author would, of King, Lords and Commons), but of heterogenial or dissimilar parts, viz. the King, the*

irregulär. Alle regulären Versammlungen haben ihren Ursprung in einer rechtmäßigen Grundlage. Alle anderen Versammlungen aber, die ihren Ursprung nicht in einer rechtmäßigen Grundlage haben, sind nichts anderes als Aufruhr und Tumult<sup>532</sup>. Nach der definitiven Vorarbeit zieht der Autor den Schluß, daß ein Parlament aus beiden Häusern bestehen und sich ordentlich konstituiert haben müsse. Wenn auch nur ein Haus nicht ordentlich entstanden sei, dann ist das Ganze aufgelöst. Mehr noch gilt das, wenn sich beide Häuser nicht ordentlich konstituiert haben<sup>533</sup>. Der Verfasser fragt, welche Macht die so aufgelösten Parlamentshäuser wiederbeleben sollte? Das müssten sie entweder selbst tun oder der König. Polemisch fragt er, was sie daran hindert, sich selbst zu versammeln? Wenn der König sie wieder einberuft, dann entweder legal oder willkürlich. Legal wäre es auf der Grundlage eines Parlamentsgesetzes oder des „*Common Law*“. Welches Parlamentsgesetz sollte das sein? Und welchen Präzedenzfall gibt es nach dem „*Common Law*“ für das Wiederbeleben eines Parlaments durch den König?<sup>534</sup> Warum aber sollte der König das Lange Parlament wiederbeleben? Er würde damit nur die Tragödie wiederholen<sup>535</sup>.

**William Prynnes Schrift „*The Long Parliament twice defunct*“ (1660)** wurde ohne Verfassernamen publiziert. In den Thomason Tracts wurde der vierzigseitige Druck William Prynne zugeordnet. Der Titel der Schrift bezeichnet das Lange Parlament als zweimal erloschen und präzisiert im Untertitel, daß die Schrift als Antwort auf Drakes umstürzlerische Schrift „*The Long Parliament revived*“ zu verstehen sei. Absicht der Schrift sei es, Drakes Argumente zu bestreiten, zu untersuchen und zu widerlegen, um die Autorität des gegenwärtigen Parlaments sicherzustellen und zu verteidigen. Der Verfasser präsentiert sich als eifrigen, aber moderaten Gegner aller Feinde des Fürsten und des Landes. Der *“Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely*

---

*Principium, Caput & Finis of it, and of the Lords Spiritual and Temporal, one distinct house; both which houses are convened and created by the Kings Writ. Sir Edw. Coke calls them, Conventus Sapientum, Inst. 4. p. 2”*

<sup>532</sup> ANONYMUS, *The Long Parliament is not revived*, 1660, S. 4: *„Now all Conventions and Assemblies whatsoever, are either regular or irregular: All regular Conventions and Assemblies do proceed from, and may be reduced into one just and certain Principle, which causes and creates those Assemblies; but all other Conventions and Assemblies, which do not proceed from one certain, just Principle, are rather Commotions or Routs, than Assemblies”*

<sup>533</sup> ANONYMUS, *The Long Parliament is not revived*, 1660, S. 5: *„[...] and that the aggregate body of a Parliament consists of both Houses duly convened in time and place, then if either be not rightly Assembled actually or potentially, the whole is utterly dissolved; much more, when neither are so, as the case now stands with us“*

<sup>534</sup> ANONYMUS, *The Long Parliament is not revived*, 1660, S. 5: *„The Houses thus dissolved, I would now know what power can revive them, it must be either they themselves, or the King: If it be themselves, what hinders them from convening [...]? If it be by the King, it must be either Legally or Arbitrarily: If Legally, the King must revive it by virtue of some Act of Parliament, or by Common Law: If by Act of Parliament it must be revived, let our Author, or any one else shew it: If by Common Law, then let him or any one else shew any precedent for a Kings reviving a Parliament [...]”*

<sup>535</sup> ANONYMUS, *The Long Parliament is not revived*, 1660, S. 6: *„[...] unless he did desire to have the Tragedy revived again, upon himself and Family, and all his Loyal Subjects”*

*adjourning, proroguing, or dissolving of this present parliament*“ (10.05.1641) ist der eigentlichen Schrift vorangestellt<sup>536</sup>.

William Prynne (1600-69) war eine der schillerndsten Figuren seiner Zeit. Als Sohn eines Farmers aus Somerset war Prynne nicht vorherbestimmt zum Studium in Oxford, zur Juristenausbildung in Lincoln's Inn, zum anerkannten Gelehrten und zum umtriebigen Schriftsteller zu werden, der seit 1628 zweihundert Pamphlete verfasste, darunter die hier zu behandelnde Schrift *“The Long Parliament twice defunct”* (1660). Prynnes Schriften waren heftig umstritten und der Autor verfolgt und stigmatisiert. Eine erste Verurteilung wegen Anstiftung zum Aufruhr für seine Schrift *„Histriomastix“* (1633) brachte ihm lebenslange Haft, das Abschneiden seiner Ohren und eine Geldstrafe von 5000 Pfund ein. Da ihn dies nicht davon abhielt weitere Pamphlete zu schreiben und zur Veröffentlichung aus dem Tower schmuggeln zu lassen, wurde er ein zweites Mal verurteilt (1637). Diesmal schnitt man ihm seine Ohren ganz ab, schlitzte seine Nase auf und er erhielt das Brandzeichen „S.L.“ für *„Seditious Libeller“*, aufrührerischer Autor, auf beide Backen gebrannt. Prynne bezeichnete das Brandzeichen als *„Stigma of Laud“*. Er machte Erzbischof William Laud (1573-1645) für zahlreiche Mißstände im Land verantwortlich, besonders aber für die Verbreitung des Arminianismus. In seiner Schrift *„A New Discovery of the Prelates Tyranny”* (1641) beschrieb er seine Leidensgeschichte. Prynnes zweiter Prozeß, seine Bestrafung und Überführung nach Channel Island erregte großes öffentliches Aufsehen, ebenso wie seine Rückkehr (1640). In den Auseinandersetzungen des Parlaments mit Karl I. ergriff Prynne für das Parlament Partei und verfasste die Schrift *„The Sovereigne Powers of Parliaments“* (1643). Prynne schrieb damit unter Bezugnahme auf Jean Bodin eine Rechtfertigungsschrift für die alleinige Souveränität des Parlaments. Während der weiteren Auseinandersetzungen trat er aber für eine Verständigung mit Karl I. ein, was ihm während *„Pride's Purge“* eine üble Behandlung durch die Soldateska und im Anschluß eine dreijährige Inhaftierung einbrachte. Sir Robert Filmers Schrift *„The Freeholders Grand Inquest“* (1648) erbrachte den Nachweis der Ahistorizität von Sir Edward Cokes verfassungsrechtlichen Ausführungen, indem er zeigte, daß es vor 1265 keine königlichen Einberufungsschreiben an die Sheriffs zur Versammlung der Bürger im Unterhaus gegeben hatte. Prynne ließ sich von Filmers Beweisführung überzeugen. Er zog daraus den Schluß, daß König und Parlament dem *„Common Law“* unterlagen und deshalb zur Zusammenarbeit verpflichtet seien. Durch Filmers Beweisführung auf der Grundlage historischer Quellen erkannte er deren Bedeutung

---

<sup>536</sup> Prynne, William, *The Long Parliament twice defunct, Or, An answer to a seditious pamphlet, intituled, The Long Parliament revived. Wherein the authors undeniable arguments are denied, examined, confuted: and the authority of this present Parliament asserted, vindicated. By a zealous yet moderate oppugner of the enemies of his prince and country*, Early English Books Online (EEBO) 156:E.1053[2], London, 1660

und forderte die Abschrift und Publikation der Parlamentsjournale („*A Plea for the Lords*“, 1648) zur Sicherung dieser wichtigen Dokumente. Die Hinrichtung des Königs lehnte Prynne kategorisch ab. Die Republik ließ ihn nach seiner dreijährigen Inhaftierung unbehelligt, obwohl er nicht aufhörte das Regime in seinen Schriften zu kritisieren. Der Widerstand gegen die Republik trug ihm den Respekt der Royalisten und den Ehrennamen „*The Cato of his Age*“ ein. Prynne trat auch für eine Wiederherstellung der Monarchie ein. Clarendon lobte seine Verdienste für die Krone. Prynne war als Abgeordneter des „*Convention Parliament*“ (1660) und des „*Cavalier Parliament*“ (1661) Anhänger des Lordkanzlers. Im „*Convention Parliament*“ war er der wahrscheinlich aktivste Abgeordnete. Er hielt 90 Reden und war für 132 Ausschüsse nominiert. Seine Aktivität im Kavalierparlament war nicht weniger beeindruckend, war er doch für 396 Ausschüsse nominiert und übernahm in 19 Ausschüssen den Vorsitz. Karl II. ernannte ihn außerdem zum „*Keeper of the Records in the Tower of London*“. Dort machte er es sich zur Aufgabe, unzählige Dokumente vor dem Verfall zu bewahren und diese zu studieren. Die Souveränitätsansprüche des Unterhauses konnten der Quellenlage nicht standhalten. Prynnes Ansicht des Vorrangs der Krone geht aus seinen Arbeiten „*An Exact Chronological Vindication ... of our Kings Supreme Ecclesiastical Jurisdiction*“ (1666) und „*Aurum Reginae*“ (1668) hervor. Während des Impeachment gegen Clarendon verteidigte er den Lordkanzler und machte sich über die erhobenen Vorwürfe lustig. Prynnes Bedeutung als Antiquar zur Sicherung historischer Dokumente und seine Tätigkeit als herausragender Publizist übertreffen seine Leistungen als Parlamentarier, obwohl er auch dabei zahlreiche Spuren im Gesetzgebungsprozess hinterließ<sup>537</sup>.

Inhaltlich wirft Prynne Drake mehrere Dinge vor. Erstens, stiftete er zum Aufruhr an und lege die Grundlagen eines neuen Krieges. Drake sei kein so großer Freund des Gemeinwohls, wie er vorgebe. Würde er sonst die Autorität des gegenwärtigen Parlaments bestreiten, die Bürger binden zu können, und behaupten, daß dessen Handlungen keine Gesetzeskraft haben, denn dann wären alle Handlungen null und nichtig, die zum Zweck der Wiederherstellung der Geburtsrechte seiner Majestät getroffen wurden<sup>538</sup>. Zweitens, wie könnte man noch einmal einen solchen „*Act of Oblivion*“ erlangen, wie der jetzt beschlossene? Wäre dies nicht Gesetz, dann hätte man nur die unverbindliche und bei keinem englischen Gericht einklagbare Deklaration von Breda. Der König

---

<sup>537</sup> LAMONT, William, Prynne, William (1600-1669), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/22854>, 17.11.2015; The History of Parliament Trust (Hrsg.), Prynne, William (c.1602-69), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/prynne-william-1602-69>, 17.11.2015

<sup>538</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 3f.; vgl. Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1

habe das gegenwärtige Parlament durch seine Briefe an dieses anerkannt und sich damit verpflichtet, die jetzt beschlossenen Gesetze auch zu verabschieden. Der König wäre in keiner Weise verpflichtet, Vorlagen des Langen Parlaments seine Zustimmung zu geben<sup>539</sup>. Drittens, Drakes boshafte Natur zeige sich darin, daß er Parlamente danach unterscheide, ob sie der gewöhnlichen Verfassung eines Parlaments entsprechen oder durch spezielles Gesetz gestärkt seien. Sich an einem Fetzen von [Cokes] dritten Institution festhaltend wage er es, die herrschende Meinung der Gelehrten in Frage zu stellen und trete als Zwerg auf den Schultern eines Riesen auf („*a pigmy upon the shoulders of a giant*“)<sup>540</sup>. Prynnes ablehnende Haltung zum Langen Parlament bringt er deutlich zum Ausdruck. Rechtlich einwandfrei versammelte Parlamente sind nützlich für die Sicherheit und das Wohlergehen des Königreichs. Aber nicht jedes Parlament entspreche diesen Maßstäben. Livius zitierend, daß in Versammlungen die Mehrheit die Besseren besiegt, beschreibt Prynne das Lange Parlament als wahnsinnig. Die Ursache dafür sieht er in den damaligen Parteiungen, die zur Auflösung der Regierung geführt hatten. Prynnes Schlussfolgerung daraus ist, daß Parlamente beschränkt werden müssen. Die Abgeordneten des Langen Parlaments sollen sich nicht wieder versammeln dürfen, da ihre Berechtigung durch Gesetz beendet sei<sup>541</sup>. Danach beschäftigt sich Prynne mit dem Gesetz von 1641. Der in der Präambel genannte Gesetzeszweck – Nichtauflösung des Parlaments zur Kreditsicherung – wird zurückgewiesen. Dieser Zweck sei auch anders zu erreichen gewesen<sup>542</sup>. Mit Erreichung des genannten Gesetzeszwecks der Kreditsicherung würde das Gesetz aber in jedem Fall seine Geltung verlieren<sup>543</sup>. Es gebe aber noch weitere Gründe, weshalb das Lange Parlament durch das Gesetz von 1641 kein permanentes Parlament sein könne. **Die Permanenz** verstoße erstens gegen den Gesetzeszweck, zweitens gegen die fundamentale Verfassung des Königreichs, gegen alle Präzedenzfälle und Rechtsbücher, die immer von sukzessiven Parlamenten sprechen, drittens gegen die Freiheit des Untertanen, denn kein Parlament kann einen so wesentlichen Teil ändern, besonders dann nicht, wenn der Gesetzgeber beabsichtigt, es zum eigenen Vorteil zu tun, denn in eigener Angelegenheit kann man der Vernunft nach kein

---

<sup>539</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 4f.; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2

<sup>540</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 5; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3; zu Prynnes Ausdruck „*a pigmy upon the shoulders of a giant*“, vgl. Mertons Ausführungen zu diesem uralten Topos: MERTON, Robert King, *Auf den Schultern von Riesen, Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit*, Frankfurt am Main, 1983 (1965)

<sup>541</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 5f.; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4

<sup>542</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 6ff.

<sup>543</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 10; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5



kompetenter Richter sein<sup>544</sup>. Unmittelbar anschließend nennt Prynne weitere gravierende Gründe, warum die Permanenz schädlich sei. **Die Repräsentation** als eigentliche Aufgabe eines Parlaments wird unmöglich gemacht. In regelmäßigen Parlamenten werden Vertreter immer wieder neu gewählt. Häufig wird dann nicht derselbe Abgeordnete gewählt, weil die Interessen und Stimmungen verschieden sind. Ein permanentes Parlament würde diese Wahlfreiheit verhindern. Außerdem verändern sich mit der Zeit die körperliche, geistige und moralische Verfassung der Abgeordneten, sie blieben aber dennoch im Amt, auch wenn sie ungeeignet geworden seien. Im Gegensatz zu den Lords können Unterhausabgeordnete im Krankheitsfall auch keine Stellvertreter bestellen. Und schließlich würden solche Abgeordneten im Laufe der Jahre Macht konzentrieren<sup>545</sup>. Nachdem Prynne sich der Präambel des Gesetzes von 1641 gewidmet hatte, richtet er sein Augenmerk auf die Ausführungsbestimmungen. Als erstes gehe es um die Bestimmung, daß das Parlament nicht ohne entsprechendes Parlamentsgesetz aufgelöst werden dürfe („*That this Parliament be not dissolved unless by Act of Parliament to be passed for that purpose*“). Prynne argumentiert mit dem Gleichgewicht der drei Stände in der Verfassung. Das Gesetz verstoße gegen Recht und Gebräuche des Parlaments sowie gegen die königliche Prerogative. Diese werde vom Gesetz hochgehalten, weil dadurch ein Gleichgewicht zu den anderen beiden Ständen bewahrt werde<sup>546</sup>. Zweitens stelle sich die Frage, was mit dem Parlament zu geschehen habe, wenn der König stirbt. Nach dem „*Common Law*“ und den Parlamentsgebräuchen gilt ein Parlament mit dem Tod des Königs für aufgelöst. Für den Fall eines Sondergesetzes gilt dasselbe. Ein Parlament aufgrund eines Sondergesetzes wäre etwas anderes als das vom König einberufene Parlament. Das königliche Einberufungsschreiben ermächtigt die Wähler zur Wahl ihrer Repräsentanten. Das Recht zur Repräsentation beruhe auf dem königlichen Einberufungsschreiben. Mit dem Tod des Königs ende die Wirksamkeit der Einberufungsschreiben, so daß damit auch das Recht zur Repräsentation ende. Die gewählten Abgeordneten sind nicht mehr Repräsentanten und die Versammlung kein Parlament<sup>547</sup>. Das Parlament habe gar nicht die Gesetzgebungsbefugnis, um die

---

<sup>544</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 11: “*There is no man, I think, so irrational as to imagin, that by this Act they are a perpetual Parliament; First, because it is contrary to the end designed in the preamble. Secondly, because it is against the fundamental Constitution of the politick government of this Kingdom, & against all the presidents and books of Law, which always mention successive Parliaments; [...]*”; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6

<sup>545</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 11f.; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7

<sup>546</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 13; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8

<sup>547</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 14f.; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9

Fundamentalgesetze des Königreichs zu ändern<sup>548</sup>. Prynne zitiert Lord Burleigh. Demnach sei der Versuch, das Essentielle der Regierung zu ändern so, als würde man im Krieg die Strategie ändern. Die Grenzen der natürlichen Dauer eines Parlaments sind unzweifelhaft Teil der fundamentalen Gesetze dieser Nation, und dürfen deshalb nicht verändert werden<sup>549</sup>. Und wie definiert Prynne die fundamentale Ordnung der Nation? Er bezeichnet die herrschende Ordnung des Landes als eine „*Legal Monarchy*“. Mit diesem Begriff beschreibt er die gemischte Verfassung. Der König kann nur mit Zustimmung der Lords im Oberhaus und der Abgeordneten des Unterhauses ein Gesetz verabschieden. Der König ist das Haupt des Parlaments und der Nation. Ohne dieses Haupt gehe es nicht<sup>550</sup>. Prynne warf Drake vor, er glaube weiser zu sein als alle, die vor ihm lebten. Das sei falsch. Niemand sollte weiser sein als die Gesetze<sup>551</sup>. Drakes Argument, man solle das Lange Parlament wieder einberufen, widerspricht Prynne entschieden<sup>552</sup>.

Drakes Argumente im „*Postscript*“ seiner Schrift, daß das gegenwärtige Parlament unrechtmäßig sei, weil die Lords im Oberhaus ohne königliche Einberufungsschreiben sich versammelt haben, die Unterhausabgeordneten ohne „*writs*“ gewählt worden seien und das Parlament ohne Anwesenheit des Königs begonnen habe, lehnt Prynne ab<sup>553</sup>. Prynne gibt dann aber zu, daß es niemals eine makelfreie Regierung gegeben habe. Verfassungsfehler und fehlerhaftes Regierungshandeln habe es immer schon gegeben. Daraus zieht er aber die Schlußfolgerung, daß man dem Regierungshandeln gegenüber nicht zu kritisch sein sollte, denn man wisse nicht alle Umstände und Entscheidungsgründe der Oberen. Damit plädiert er für einen Geheimbereich der Politik. Die Politik der Regierung solle ein Arkanum bleiben. Man dürfe die Schwäche des Menschen und seine Kurzsichtigkeit nicht außer Acht lassen. Der Widerstand gegen den Fürsten führe zu keinem guten Ende. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Nation hoffentlich nicht weiter von Betrügern

---

<sup>548</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 16: “[...] *it will be a hard matter for the Author to prove, that a Parliament hath a legal power ordinarily as a Parliament, to alter the Fundamental laws [...]*”

<sup>549</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 18: „*And that the limits of the natural duration of a Parliament, is part of the Fundamental Laws of this Nation is so clear, and common Truth, that it needs no further proof*”

<sup>550</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 28f.: „*And yet tis most true, that in our Legal Monarchy the King cannot make or alter any Law without the assent of his Peers and Commons in Parliament: So that upon the whole it appears, That the King is so a part, as he is the head of the Parliament and Nation; and though it be true, that totum est dignius sua parte, yet the head must be a part of this totum, or else that Maxime is untrue and fallacious*”

<sup>551</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 29: „[...] *to think himself wiser then all the ages that liv'd before him, [...] and 'tis a known good Rule, 'Oportet neminem esse sapientiores Legibus'* “

<sup>552</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 32f.: „[...] *both the King and People are enthralld to a perpetual bondage, and where is so little assurance on the one side, and so much danger on the other, the Prince cannot in common Prudence put his own and his Kingdomes safety and honour upon so great a hazard, as to depend upon the Honesty of a certain number of Men; who possibly fail his expectations, especially (as in this case) for their own Advantages*”

<sup>553</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 33–38

verführt werde, die unter dem Vorwand der Religion und Freiheit ihre eigenen Ziele verfolgen. Die letzten Worte der Schrift schließen mit einem Aufruf. Unüberwindlich werdet ihr sein, wenn ihr untrennbar seid. Ein Aufruf gegen Drake als Aufrührer und Spalter der Nation<sup>554</sup>.

### c) Letzte Beratungen und Auflösung (21.11.–29.12.1660)

Karl II. äußerte sich in einem Brief an das Oberhaus (21.11.1660), daß er in Anbetracht seiner Krönung und der dazu erforderlichen Vorbereitungen den Wunsch habe, das Parlament noch im Dezember 1660 zu beenden. Das Unterhaus wurde von den Lords über die Pläne zur Auflösung in Kenntnis gesetzt (22.11.1660). Der König forderte die Abgeordneten in seinem Brief zur raschen Verabschiedung der wichtigsten Gesetze auf und versprach, ein neues Parlament in angemessener Zeit einzuberufen<sup>555</sup>.

Während des Rezess zwischen der ersten und zweiten Parlamentssitzung hatte sich die Öffentlichkeit hauptsächlich für den Prozess und die Verurteilung der Königsmörder interessiert, so daß das Parlament nach der Aufforderung des Königs zur Parlamentsauflösung die Sache erneut anging. Captain Titus forderte (04.12.1660), daß die Leichen der Königsmörder Cromwell, Bradshaw, Ireton und Pride aus ihren Gräbern in Westminster exhumiert, posthum öffentlich hingerichtet und unter den Galgen begraben werden sollten. Ein entsprechender Beschluss wurde ohne Gegenstimme verabschiedet<sup>556</sup>. Am 7. Dezember nahmen die Abgeordneten im Unterhaus die entsprechende Bill an, mit dem Titel: „*Act for the Attainder of several persons guilty of the horrid murder of his late sacred majesty king Charles I*“. Die erste, zweite und dritte Lesung der Bill fand im Oberhaus statt (08., 10. und 14.12.1660). Lords und Commons gaben die Order (10.12.1660), mit den Leichen der Königsmörder gemäß der Unterhausresolution (04.12.1660) zu verfahren<sup>557</sup>.

---

<sup>554</sup> PRYNNE, WILLIAM, *The Long Parliament twice defunct*, 1660, S. 39f.; vgl. Prynne, *The long Parliament twice defunct*, 1660, *Analekten*, Textauszug Nr. 10

<sup>555</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 189 (21. November 1660): „*That he resolves to dissolve this Parliament, on the Twentieth Day of the next Month; and to call another with convenient Speed; [...]; that they may the more vigorously apply themselves to the Dispatch of the most important Business that depends before them*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 188 (22. November 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 149f. (22. November 1660)

<sup>556</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 197f. (4. Dezember 1660): „*Resolved, That the Carcases of Oliver Cromwell, Henry Ireton, John Bradshaw, and Thomas Pride, whether buried in Westminster Abbey, or elsewhere, be, with all Expedition, taken up, and drawn upon a Hurdle to Tiburne, and there hanged up in their Coffins for some time; and after that buried under the said Gallows [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 156ff. (4. Dezember 1660)

<sup>557</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 199f. (7. Dezember 1660); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 202ff. (10. Dezember 1660); THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 202–205 (7.-10. Dezember 1660); THE

Neben der Behandlung der Frage, was mit den Königsmördern zu geschehen habe, standen die Finanzen der Krone im Mittelpunkt der Beratungen der zweiten Sitzung. Mit der *“Bill for settling excise on the king for life”* debattierte das Unterhaus (14.-17.12.1660) ein für die Zukunft der Monarchie weitreichendes Vorhaben. Der König sollte das lebenslange Recht auf die Verwendung der Einnahmen der Verbrauchssteuer auf Bier und andere Alkoholika erhalten. Dadurch sollte der Krone eine ausreichende Grundlage für die regulären Ausgaben gegeben werden. Zu diesem Zeitpunkt war sicherlich nicht absehbar, daß das bewilligte Geld der Krone keineswegs ausreichen sollte. Die vorgesehenen Steuereinnahmen blieben teilweise bis zu einem Drittel unter den Erwartungen. Dem König wurde zwar 1662 die Herdsteuer („*Hearth tax*“) zusätzlich bewilligt, was aber nichts daran ändern konnte, daß Karl II. sich immer weiter verschulden musste. Deshalb suchte der König auch ständig neue Geldquellen, unter anderem bei seinem königlichen Vetter Ludwig XIV. von Frankreich. Die *„Excise Bill“* erfüllte also nicht die Erwartungen, wie sie beispielsweise der Parlamentarier Andrew Marvell in seinem ersten Brief an seinen Wahlbezirk, der Korporation Kingston upon Hull formulierte. Seiner Meinung nach müsste den Wählern Friede, Freiheit und ein gutes Gewissen das Geld wert sein<sup>558</sup>.

Das spannungsreiche Verhältnis der beiden Parlamentshäuser zueinander erhellt ein Zwischenfall vom 21. Dezember 1660. Im Unterhaus amüsierte man sich, daß die Lords die Commons untertänigst um deren Zustimmung zur Verabschiedung zweier Gesetze gebeten hatten. Man lachte herzlich darüber und einige Abgeordneten wünschten den Antrag der Lords als Präzedenzfall in die Journals einzutragen<sup>559</sup>. Wichtiger für den normalen Geschäftsgang war die Erinnerung des Königs zur Auflösung des Parlaments. Karl II. gab einen Aufschub zur Verabschiedung der wichtigsten Gesetze („*Public Bills*“) und kündigte die Auflösung an. Bis dahin müssten alle Gesetzesvorlagen fertiggestellt sein. Vor dem angekündigten Tag der Auflösung (29.12.1660) erschien Karl II.

---

HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 207–210 (12./14. Dezember 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 158f. (7./8. Dezember 1660)

<sup>558</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 214–217 (14.-17. Dezember 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 159–163 (14./15./17. Dezember 1660); THOMPSON, Edward, *The works of Andrew Marvell, Esq., Poetical, controversial, and political, containing many original letters, poems, and tracts, never before printed, with a new life of the author, In three volumes. Vol. I., London, 1776*, S. 4: *„The Excise Bill for longer continuance will come in next week [...] of raising his majesty’s revenues to 1,200,000 pounds per ann. I do not love to write so much of this money news, but I think you have observed that Parliament have been always made use of that purpose, and though we may buy gold too dear, yet we must at any rate be glad of peace, freedom and a good conscience”*

<sup>559</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 219–223 (21. Dezember 1660); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 163 (21. Dezember 1660): *„The Lords humbly desired the concurrence of that house. [...] the MS. Diary says, a hearty laughter ensued at the word humbly, and some moved to have it so put down in the journals, as a precedent”*

persönlich im Oberhaus (24.12.1660), um zwei Gesetzen seine Zustimmung zu geben, die für die Krone von existentieller Bedeutung waren: Mit dem „*Act for taking away the Court of Wards and Liveries, and Tenures in Capite, and by Knights Service, and Purveyance, and for settling a Revenue upon His Majesty in Lieu thereof*“ schuf man die wenig geliebten königlichen Gerichte als Einnahmequellen der Krone zugunsten eines parlamentarischen Einkommens ab. Der „*Act for a Grant of certain Impositions upon Beer and Ale, and other Liquors, for the Increase of His Majesty's Revenue, during His Life*“ sollte endlich die königliche Zustimmung erhalten, um der Krone die finanzielle Unabhängigkeit zu Lebzeiten des Königs zu sichern, zumindest im Rahmen der normalerweise zu erwartenden Ausgaben<sup>560</sup>.

Karl II. ließ schließlich die Abgeordneten beider Häuser zum Zweck der Parlamentsauflösung im Oberhaus versammeln (29.12.1660). Letzte Gesetze wurden dem König zur Zustimmung vorgelegt. Der König, Lordkanzler und der Sprecher des Unterhauses hielten ihre Abschlußreden zum Ende des Parlaments<sup>561</sup>. In der Ansprache des Unterhausprechers fielen denkwürdige Worte der Ermahnung an den jungen König. Man hoffe, daß sich seine Majestät niemals zu außerordentlichen oder unparlamentarischen Mitteln der Geldbeschaffung gezwungen sehe<sup>562</sup>. Worte der Dankbarkeit enthielten zugleich die Erinnerung an des Königs Pflichten. Der König habe die Religion und die Freiheitsrechte der Magna Charta wiederhergestellt und sei also zu deren Pflege und Schutz verpflichtet<sup>563</sup>. Danach setzte Sir Harbottle Grimstone zu einer bemerkenswerten Lobrede auf das Parlament an. Karl II. habe mehr für das Parlament getan, als es gefragt habe, weshalb es ein glückliches Parlament sei. Dieses Parlament sei ein heilendes, ein versöhnendes, ein friedensstiftendes, ein gesegnetes Parlament, ein „*Parliamentissimum Parliamentum*“. Niemals

---

<sup>560</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 225f. (24. Dezember 1660); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 226f. (24. Dezember 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 164 (24. Dezember 1660)

<sup>561</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 234–244 (29. Dezember 1660); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 232–239 (29. Dezember 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 164–178 (29. Dezember 1660).

<sup>562</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 234 (29. Dezember 1660): „[...] *And as it is the Desire of Your Commons that Your Majesty might never be necessitated to resort to any extraordinary or unparliamentary Ways and Means for the raising of Money upon Your People*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 166 (29. Dezember 1660)

<sup>563</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 234 (29. Dezember 1660): „*Royal Sir, [...]; and for making You the Restorer of, that which is dearer unto us than our Lives, our Religion; in which, through God's Blessing and gracious Assistance, we are resolved to live and die; as likewise for restoring us to our Magna Charta Liberties, having taken the Charge and Care of them into Your own Heart, which is our greatest Security, and more than a Thousand Confirmations*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 168 (29. Dezember 1660)

habe es ein Parlament wie dieses gegeben<sup>564</sup>. Der Sprecher des Unterhauses überreichte nach seiner Rede dem König alle übrigen öffentlichen und privaten Gesetze (11 „*public*“ and 21 „*private bills*“) zur Unterzeichnung. **Die Rede Karls II.** nach der Unterzeichnung der Gesetzesvorlagen richtete sich an die Abgeordneten beider Häuser. Der König betonte, daß er eine außerordentliche Zuneigung und Wertschätzung für Parlamente habe. Dieses Parlament habe aber alle Dienste der vorherigen Parlamente für die Krone übertroffen. Es sei Tradition, die Parlamente entsprechend ihrer Leistungen zu bezeichnen. Er schlage vor, dieses Parlament das heilende und gesegnete Parlament zu nennen („*The healing and the Blessed Parliament*“). Karl II. versicherte, das nächste Parlament einzuberufen, sobald es vernünftigerweise zu erwarten und zu wünschen sei. Er werde sich in allen Entschlüssen davon leiten lassen, was das Parlament jeweils darüber denke<sup>565</sup>. Karl II. unterstrich abschließend die herausragende Bedeutung des „*Act of Indemnity and Oblivion*“. Durch dieses Gesetz befinde man sich in allgemein guter Verfassung und in Sicherheit. Er werde das Gesetz achten und durchsetzen. Er erhob das Gesetz in den höchsten Rang, indem er versprach, gegen alle Gesetzesbrecher vorzugehen, als wolle man ihn überzeugen, Magna Charta zu verbrennen, alle alten Gesetze abzuschaffen und eine Selbstherrschaft zu errichten<sup>566</sup>. Danach übergab Karl II. das Wort an Lordkanzler Edward Hyde. **Die Abschlußrede des Lordkanzlers**

---

<sup>564</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 234 (29. Dezember 1660): „*Royal Sir, You have denied us nothing we have asked this Parliament. Indeed You have outdone Your Parliament, by doing much more for us than we could agree amongst ourselves to ask; and therefore must needs be a happy Parliament: This is a healing Parliament; a reconciling, Peace-making Parliament; a blessed Parliament; a Parliament, propter Excellentiam, that may truly be called Parliamentissimum Parliamentum. No Man can say, that hath made the most curious Search into Books or Records, that there ever was such a Parliament as this [...]*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 168 (29. Dezember 1660)

<sup>565</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 236 (29. Dezember 1660): „*My Lords and Gentlemen, [...] when God brought Me hither, I brought with Me an extraordinary Affection and Esteem for Parliaments [...] You have outdone all the good and obliging Acts of your Predecessors towards the Crown [...] Many former Parliaments have had particular Denominations from what they have done. They have been stiled Learned, and Unlearned; and sometimes have had worse Epithets, I pray, let us all resolve that this be for ever called, 'The Healing and the Blessed Parliament' [...] when I shall call the next Parliament, which I shall do as soon as reasonably you can expect or desire, [...] I shall not more propose any One Rule to Myself in My Actions and My Councils, than this, 'What is a Parliament like to think of this Action, or this Council?'*“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 237 (29. Dezember 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 169 (29. Dezember 1660)

<sup>566</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 236 (29. Dezember 1660): „*I do impute the good Disposition and Security we are all in, to the happy Act of Indemnity and Oblivion. That is the principal Cornerstone which supports this excellent Building, [...] And if any Person should ever have the Boldness to attempt to persuade Me to the contrary, he will find such an Acceptation from Me, as he would have, who should persuade Me to burn Magna Charta, cancel all the old Laws, and to erect a new Government after My own Invention and Appetite*“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 237 (29. Dezember 1660); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 169 (29. Dezember 1660)

beendete traditionellerweise ein Parlament. Hyde verdeutlichte die zentrale Aufgabe des Parlaments und was **Repräsentation** ausmache. Die Abgeordneten haben ihren Wählern Rechenschaft zu geben. Sie müssen erklären, was und warum sie im Parlament so und nicht anders beschlossen haben und gegebenenfalls müssen sie die Wähler von unabwendbaren Notwendigkeiten überzeugen, damit die Wähler sich diesen unterwerfen<sup>567</sup>. Hyde lobte die Wiederherstellung der gemäßigten Regierung, die man jahrhundertlang genossen habe<sup>568</sup>. An die Lords gerichtet appellierte er an ihre Vorbildfunktion. Sie seien Sicherheit und Schutz vor Unsicherheit und Ungerechtigkeit. Bei Rechtsbruch, Unterdrückung und Gewalt seien Sie die besten Vermittler und Zwischengewalt zwischen Volk und König („*Mediators and Interposers*“)<sup>569</sup>. An die Commons gewandt, gab er der **Repräsentationsidee** nochmals Ausdruck. Die Abgeordneten des Unterhauses seien Deputierte des Volkes und kehrten nun als Deputierte und Bevollmächtigte des Königs zum Volk zurück („*Deputies and Plenipotentiaries*“)<sup>570</sup>. Nach der Rede des Königs und seiner eigenen Ansprache löste der Lordkanzler das Parlament mit der traditionellen Formel auf<sup>571</sup>.

---

<sup>567</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 238 (29. Dezember 1660): „[...] *My Lords and Gentlemen, You are now returning to your Countries, to receive the Thanks and Acknowledgements of your Friends and Neighbours for the great Things you have done, and to make the Burdens you have laid upon them easy, by convincing them of the inevitable Necessity of their submitting to them*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 173 (29. Dezember 1660)

<sup>568</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 238 (29. Dezember 1660): “[...] *that they are now restored to that blessed Temper of Government, under which their Ancestors enjoyed so many Hundred Years that full Measure of Felicity, and the Misery of being deprived of which they have so sensibly felt*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 173 (29. Dezember 1660)

<sup>569</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 238 (29. Dezember 1660): „*I beseech your Lordships, do not undervalue this Love. They have looked upon your Lordships, and they will look upon your Lordships again, as the greatest Examples and Patterns of Duty to the King, as the greatest Security and Protection from Injury and Injustice, and for their enjoying whatsoever is due to them by the Law, and as the most proper Mediators and Interposers to the King, if, by any Failure of Justice, they should be exposed to any Oppression and Violence*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 174 (29. Dezember 1660)

<sup>570</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 238 (29. Dezember 1660): „*And you, Gentlemen of the House of Commons, are now returning to your Country [...] You came up their Deputies to the King; and He returns you now His Deputies to them, His Plenipotentiaries, to inform and assure them, that He thinks Himself the happiest and the greatest Prince of the World*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 174 (29. Dezember 1660)

<sup>571</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 239 (29. Dezember 1660): „*That the King declares this present Parliament to be dissolved. And this present Parliament is dissolved*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 177 (29. Dezember 1660)

## II. „*Convention Parliament*“ (1689)

### 1. Von der Selbstherrschaft zur „*Glorious Revolution*“ (1681-88)

Die „*Glorious Revolution*“ (1688/89) beendete eine lange Periode der Selbstherrschaft. Die Herrschaft der letzten Stuart-Könige Karl II. und Jakob II. waren geprägt von der Unterdrückung der politischen Opposition und des englischen Parlaments. Karl II. hatte nach der Auflösung des dritten „*Exclusion Parliament*“ (1681) zunächst noch gesetzeskonform, nach drei Jahren aber entgegen den Bestimmungen des zweiten „*Triennial Act*“ (1664) bis zu seinem Tod (1685) ohne Parlament regiert. Die harsche Unterdrückung der Opposition durch Karl II., die entweder zur Flucht zwang (Shaftesbury) oder in Hinrichtungen endete (Russell, Essex und Sidney), ermöglichte Jakob II. seinen Herrschaftsantritt und erlaubte ihm die gefahrlose Einberufung eines neuen Parlaments. Dieses erste und einzige Parlament Jakobs II. tagte kaum zwei Monate (56 Tage), bevor man es erstmals vertagte (1685) und nach zahlreichen weiteren Prorogationen ohne erneute Versammlung auflöste (1687). Das letzte Aufbäumen der Opposition in den schlecht koordinierten Aufständen des Earl of Argyll („*Argyll's Rising*“) und des Herzogs von Monmouth („*Monmouth's Rebellion*“) hatten die Willkürherrschaft Jakobs II. in ihren unmittelbaren Anfängen nicht zu verhindern vermocht, führten aber mit den folgenden Hinrichtungen von Argyll und Monmouth („*Jeffreys's Bloody Assize*“) zur weiteren Dezimierung der politischen Opposition. Während des dreijährigen Rezess des Parlaments regierte Jakob II. ganz unverhohlen mittels seiner „*suspending and dispensing power*“ am Parlament vorbei und gab der Furcht vor einer katholisch-absolutistischen Willkürherrschaft („*popery and arbitrary government*“) immer neue Nahrung. Das allgemeine Mißtrauen schien sich in der „*First Declaration of Indulgence*“ (März 1687) und der anschließenden Auflösung des Parlaments (Juli 1687) zu bestätigen. Der König benötigte ein neues, absolut loyales Parlament zur Legalisierung seiner Verordnungen. Zu diesem Zweck ergriff die Regierung zahlreiche Maßnahmen zur Manipulation der kommenden Wahlen. Die Weigerung der anglikanischen Bischöfe zur Verlesung der „*Second Declaration of Indulgence*“ von den Kirchenkanzeln des Landes (April 1688) wirkte wie ein Aufruf zum Widerstand gegen Jakob II. Die wenig später sich ereignende Geburt des Thronfolgers James Edward (10.06.1688) verstärkte die Angst vor der Etablierung einer dauerhaften katholischen Dynastie dann so sehr, daß die Einladung der „*Immortal Seven*“ an Wilhelm von Oranien zur Befreiung Englands von der Willkürherrschaft Jakobs II. erging (16.06.1688). Wilhelm von Oranien richtete sich wie zuvor Karl II. (1660) und der Duke of Monmouth (1685) mit einer eigens verfassten Deklaration zur Darlegung seiner Intentionen an die Öffentlichkeit (10.10.1688). Nach Landung seiner Invasionstruppen in England (05.11.1688) zeigte sich das brüchig gewordene Fundament der Stuart-Herrschaft als die königlichen Truppen zu Wilhelm überliefen und Jakob II. sich dazu gezwungen sah, der Petition



einer Gruppe von Lords und Bischöfen zur Einberufung eines freien Parlaments (17.11.1688) zuzustimmen, und in einer Proklamation die Einberufung (30.11.1688) zur Versammlung eines freien Parlaments zum Jahresbeginn (15.01.1689) zu verkünden. Die mutwillige Zerstörung der bereits ausgestellten Einberufungsschreiben für das neue Parlament, das Versenken des großen Staatssiegels in der Themse und die anschließende Flucht Jakobs II. (10.12.1688) produzierten dann aber ein staatspolitisches Vakuum ohne König und Parlament.

## 2. Einberufung (1688)

Die „*Guild-Hall-Declaration*“ und die „*City of London address*“ (11.12.1688) sollten das mit der Flucht Jakobs II. entstandene politisch-rechtliche Vakuum füllen. Zu diesem Zweck versammelten sich 23 Lords, fünf Bischöfe und der Erzbischof von Canterbury in der Londoner „*Guild-Hall*“, um den Bürgermeister und die Ratsherren von London dazu aufzurufen, sich zu ihnen zu gesellen. In einer gemeinsamen Deklaration drückten sie ihr Bedauern darüber aus, daß die Flucht des Königs ihnen die Hoffnung auf ein frei gewähltes Parlament genommen habe<sup>572</sup>. Angesichts dieser Situation wandten sich die Lords und Bischöfe in einer Deklaration an den Prinzen von Oranien. Da dieser auch zur Sicherung eines freien Parlaments nach England geeilt sei („*endeavouring to procure a Free Parliament*“) versprachen sie ihm ihre volle Unterstützung zur raschen Erlangung eines solches Parlaments<sup>573</sup>. Man werde alles unternehmen, um bis dahin Frieden und Sicherheit in London und Westminster zu gewährleisten. Die City of London bekräftigte in einer anschließenden Note an Wilhelm von Oranien ihre Dankbarkeit für sein bewaffnetes Erscheinen in England, welches drei Königreiche vor Sklaverei und Papismus gerettet habe. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß ein freies Parlament Religion, Recht und Freiheiten eine sichere und dauerhafte Grundlage geben würde<sup>574</sup>. **Über 60 Lords versammelten sich während der nächsten Tage als**

---

<sup>572</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 19f.: „*And we did reasonably hope, that the king having issued out his proclamation and writs for a Free Parliament, we might have rested secure under the expectation of that meeting: but his majesty having withdrawn himself [...]*“; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 332f.; zum staatspolitischen Vakuum, vgl. CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 196: „*There was no King in the Nation, nor any particular Style or Form of Government; the Writs were destroy'd, and the Great Seal thrown away and lost. After a long Consultation of this weighty and knotty Affair, a late Precedent was produc'd [...] Summons [...] for a Convention*“; rudimentäre Zusammenfassung zum Zustandekommen des „*Convention Parliament*“ im Dezember 1688, in: BECKETT ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769 und TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742

<sup>573</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 20: „*And we do hereby declare, that we will, with our utmost endeavours, assist his highness in the obtaining such a parliament with all speed [...]*“

<sup>574</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 20: „*[...] our most humble thanks to your highness, particularly for your appearance in arms in this kingdom, to carry on and perfect your glorious designs to rescue three*

„**Great Council**“ im St. James‘ Palast und trafen dort auf Wilhelm von Oranien (21.12.1688). Wilhelm wünschte ihren Rat zur Berufung eines freien Parlaments zur Umsetzung seiner Deklaration. Die Lords beschlossen daraufhin sich in Zukunft zur Beratung an ihrem üblichen Ort in Westminster zu versammeln<sup>575</sup>. Die „**Lords‘ Westminster address**“ zur Ausstellung von „**writs of summons**“ (23.12.1688) war das Resultat der auf 90 Lords angewachsenen Versammlung des „**Great Council**“ in Westminster. Die Lords dankten Wilhem von Oranien in einer gemeinsamen Note und forderten ihn zur Übernahme der Administration auf. Wilhelm solle alles Erforderliche zur Sicherung der Religion, der Rechte, der Gesetze, der Freiheiten, der Güter und des Friedens veranlassen, bis zur Versammlung der geplanten Konvention am 22. Januar 1689. Diese werde die geeigneten Maßnahmen treffen, um allem eine sichere und legale Grundlage zu geben<sup>576</sup>. Die Lords erbaten in einer zweiten Note an Wilhelm, daß er Einberufungsschreiben zur Wahl und Versammlung der Konvention ausstellen solle<sup>577</sup>. **Wilhelms Anordnung (23.12.1688) zur Versammlung in St. James‘ Palace (26.12.1688)** richtete sich daraufhin an alle Abgeordneten, die jemals in einem der Parlamente Karls II. Mitglieder gewesen waren, an den Bürgermeister und die Ratsmitgliedern Londons<sup>578</sup>. **Wilhelms Rede in St. James‘ Palace (26.12.1688)** wohnten schließlich 160 ehemalige Parlamentsabgeordnete bei. Der Oranier forderte sie und die Vertreter

---

*kingdoms from Slavery and Popery, and in a Free Parliament to establish the Religion, and the Laws and the Liberties of these kingdoms upon a sure and lasting foundation. [...]*“.

<sup>575</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 21: „*My Lords, I have desired to meet here to advise the best manner to pursue the ends of my Declaration in calling a Free Parliament [...]*“; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 333f.

<sup>576</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 23f.: „*We the lords spiritual and temporal [...] do desire your highness to take upon you the administration of Public Affairs both civil and military, and the disposal of the Public Revenue, for the preservation of our Religion, Rights, Laws, Liberties and Properties, and of the Peace of the nation [...] till the Meeting of the intended Convention, the 22d day of Jan. next; in which, we doubt not, such proper methods will be taken, as will conduce to the establishment of these things upon sure and legal foundations, that they not be in danger of being again subverted*“; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 335f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 195f.

<sup>577</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 23: „*[...] do humbly desire your highness to cause Letters to be written, subscribed by yourself, to the lords spiritual and temporal, being Protestants, and to the several counties, universities, cities, boroughs, and cinque ports, of England, Wales, and the town of Berwick-upon-Tweed [...]*“

<sup>578</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 24: „*we do desire all such Persons as have served as Knights, Citizens, and Burgesses, in any of the Parliaments that were held during the Reign of the late King Charles the Second, to meet us at St. James's, upon Wednesday the Six-and-twentieth of this Instant December, by Ten of the Clock in the Morning. And we do likewise desire that the Lord Mayor and Court of Aldermen of the City of London would be present at the same Time; and that the Common-council would appoint Fifty of their Number, to be there likewise. And hereof We desire them not to fail*“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 5; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 1f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 197; DEBRET, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 277f.

Londons dazu auf, genauso wie er es zuvor gegenüber den Lords und Bischöfen getan hatte, ihn zum Zwecke der Versammlung eines freien Parlaments zu beraten<sup>579</sup>. **Die in Westminster versammelten Abgeordneten konstituierten sich anschließend als Unterhaus.** Nach der Wahl von Henry Powle zu ihrem Vorsitzenden berieten sie darüber, was ihre Versammlung eigentlich legitimiere. Man einigte sich darauf, daß Wilhelms Aufforderung zur Versammlung genüge. Dem schloß sich die Frage nach Wilhelms Legitimation an. Wie könne er die anstehenden Aufgaben ohne Auftrag und Titel führen? Die Abgeordneten und die Vertreter Londons einigten sich trotz dieser offenen Fragen auf einen gemeinsamen Beschluß nach dem Vorbild der Lords und Bischöfe. **Die „Commons‘ Westminster address“ (26.12.1688)** dankte Wilhelm zunächst für die Bewahrung von Religion, Rechten und Freiheiten sowie für die Errettung vor Papismus und Sklaverei<sup>580</sup>. Dann forderten sie Wilhelm zur Übernahme der öffentlichen Angelegenheiten und zur Ausstellung von Einberufungsschreiben zur Wahl einer „Convention“ auf, die sich am 22. Januar 1689 versammeln sollte<sup>581</sup>. **Wilhelms Antwort (28.12.1688)** ließ nicht lange auf sich warten. Er empfing Mr Powle bereits einen Tag später, ließ sich die Aufforderung des Unterhauses vorlesen und erbat sich einen Tag Bedenkzeit. Seine Antwort gab er den Lords und Bischöfen in St. James’ Palace, die diese an die Unterhausabgeordneten weiterleiteten. Er wolle dem Wunsch zur Einberufung einer “Convention” nachkommen und werde entsprechende “writs” ausstellen. Gleichzeitig versprach er

---

<sup>579</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 24: “*YOU, Gentlemen, that have been Members of the late Parliaments, I have desired you to meet me here, to advise the best Manner how to pursue the ends of my Declaration [...] in calling a free Parliament [...]. And You, the Aldermen, and Members of the Common-council of the City of London, I desire the same of you. [...]*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 5f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 1f.; DEBRET, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 278

<sup>580</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 24f.: “*WE who have served as Members of the Parliaments during the Reign of the late King Charles the Second, together with the Court of Aldermen, and Members of the Common-council of the City of London assembled at your Highness' Desire, in this extraordinary Conjunction, do, with an unanimous Consent, tender to your Highness our most humble and hearty Thanks, for your coming into this Kingdom, exposing your Person to so great Hazards, for the Preservation of our Religion, Laws, and Liberties, and rescuing us from the Miseries of Popery and Slavery*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 6f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 1f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 197f.; DEBRET, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 278f.

<sup>581</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 25: “*And do desire your Highness, that, in pursuance of those Ends, and for the Preservation of the Peace of the Nation, your Highness will take upon you the Administration of publick Affairs, both Civil and Military, and the disposal of the publick Revenue. [...] All which we desire your Highness to undertake, and execute until the Meeting of the intended Convention, the Two-and-twentieth of January next. We do likewise desire your Highness to cause Letters to be written, and subscribed by your Highness, to the Lords Spiritual and Temporal, being Protestants, and to the several Counties, Universities, Cities, Boroughs, and Cinque Ports, of England, Wales, and to the Town of Berwick upon Tweed: [...]*“

alles in seiner Macht stehende zu tun, um den Protestantismus, die Gesetze und Freiheiten des Königreiches zu verteidigen<sup>582</sup>. **Wilhelms Einberufungsschreiben zur Wahl eines freien Parlaments (29.12.1688)** verheimlichte gar nicht erst die ungewöhnlichen Zeitumstände (*“extraordinary Conjunction“*). Die Beteiligung aller Parteien an der Einberufung wurde in den Eröffnungszeilen erschöpfend aufgezählt<sup>583</sup>.

### 3. Rechtmäßigkeit (1689)

Die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des *“Convention Parliaments“* aufgrund der fehlenden königlichen Einberufungsschreiben wurden in der ersten Sitzung der *“Convention“* artikuliert und debattiert, kamen aber auch in zahlreichen Schriften zum Ausdruck. Die Rechtmäßigkeitsdebatte erstreckte sich dabei nicht nur auf das Parlament, sondern aufgrund der Flucht Jakobs II. auf alle Teile der Mischverfassung. Deshalb gehören die Debatte über die Thronvakanz und –sukzession (28.01.-12.02.1689), die *“Declaration of Right“* (13.02.1689) und die Proklamation Wilhelms und Marys sowie der Krönungseid (13.02.1689) zu dieser Debatte, zumal dabei die Stellung des Parlaments zwangsläufig mit thematisiert wurde. Die Debatte im Parlament über die Rechtmäßigkeit der *“Convention“* gipfelte in dem *“Act for removing and preventing all questions and disputes concerning the assembling and sitting of this present Parliament“* (23. Februar 1689). Die Schriften zur Rechtmäßigkeitsdebatte werden im Anschluß an die Parlamentsdebatte dargestellt<sup>584</sup>.

---

<sup>582</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 25f.: *“Gentlemen, I have considered of your Advice, and, as far as I am able, I will endeavour to secure the Peace of the Nation, until the Meeting of the Convention in January next; for the Election whereof, I will forthwith issue out Letters, according to your Desire. [...] And I further assure you, that as I came hither for the Preservation of the Protestant Religion, and the Laws and Liberties of these Kingdoms; so I shall always be ready to expose myself to any Hazard, for Defence of the same“*; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 7; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 199; DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 280

<sup>583</sup> *„Letters for Electing of Members for the CONVENTION“* (29.12.1688), in: THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 7f.: *„WHEREAS the Lords Spiritual and Temporal, the Knights, Citizens, and Burgesses, heretofore Members of the Commons House of Parliament, during the Reign of King Charles the Second, residing in and about the City of London, together with the Aldermen, and divers of the Common-council of the said City, in this extraordinary Conjunction, at our Request, severally assembled, to advise us the best Manner how to attain the Ends of our Declaration, in calling a free Parliament, [...] have advised and desired us to cause our Letters to be written and directed, [...] the Persons so to be chosen, may meet and sit at Westminster the Two-and-twentieth Day of January next.“*

<sup>584</sup> England and Wales, Parliament, *An Act for Removing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*, Anno regni Willielmi et Mariae, regis & reginae Angliae, Franciae, & Hibernae, Primo. On the twenty third day of February, Anno Dom. 1688. In the first year of their Majesties reign, this act passed the royal assent, Early English Books Online (EEBO) 2788:23, London, 1689

**Das „Convention Parliament“ von 1689/90 versammelte sich zu zwei Sitzungen.** Die 210-tägige erste Sitzung (22.01.1689 bis zum ersten Adjournement am 20.08.1689 auf den 20.09.1689 und danach das zweite Adjournement am 20.09.1689 auf den 19.10.1689 mit Prorogation am 21.10.1689 auf den 23.10.1689) dauerte länger als alle Parlamentssitzungen seit 1660, während die 96-tägige zweite Sitzung (23.10.1689 bis zur Prorogation am 27.01.1690 auf den 02.04.1690 mit anschließender Proklamation zur Auflösung während des Rezess am 06.02.1690 zur Versammlung des neuen Parlaments am 20.03.1690) in ihrer Länge deutlich dahinter zurückblieb. Zusammen ergab sich ein relativ gesehen sehr langes Parlament von 370 Tagen Dauer. Gleich zu Beginn der ersten Sitzung schloß das neue Parlament Jakob II. und seine Erben von der Thronfolge aus (29.01.1689), und verlangte von Wilhelm III. und Maria die Bestätigung der Rechte und Freiheiten Englands und des Parlaments. Die beiden Häuser des Parlaments einigten sich in der ersten Parlamentssitzung auf die „*Declaration of Rights*“ (12.02.1689) als Vorstufe der „*Bill of Rights*“ („*An Act declaring the Rights and Liberties of the Subject and Settling the Succession of the Crowne*“), die aber erst in der zweiten Sitzung verabschiedet wurde (16.12.1689). Die „*Bill of Rights*“ schuf kein neues Recht, verschaffte den alten Rechten („*ancient rights*“) aber erhöhte Geltung, erweiterte den in den „*Test Acts*“ normierten Ausschluß von Katholiken von Staatsämtern auf den englischen Thron und erhob dieses Prinzip damit zum Verfassungsgrundsatz. Die „*Bill of Rights*“ enthielt schließlich wichtige Absichtserklärungen, auch hinsichtlich des Parlaments: Parlamentswahlen und Debatten sollten frei und Parlamente regelmäßig sein („*parliaments ought to be held frequently*“). Früher diskutierte Sicherungsmaßnahmen, beispielsweise zur Verhinderung überlanger Parlamente wie des Kavalierparlaments, wurden nicht in die „*Bill of Rights*“ aufgenommen. Das Parlament erklärte sich darüber hinaus nicht selbst zur obersten Autorität im Land, sondern rekurrierte auf das altbewährte Prinzip des „*King-in-Parliament*“, der Trinität von „*King, Lords and Commons*“. Grundlage der „*Bill of Rights*“ wurde allerdings der in der ersten Sitzung verabschiedete „*Act for removeing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parlyament*“ (23.02.1689). Das „*Convention Parliament*“ begegnete mit diesem Gesetz dem Vorwurf mangels königlicher Einberufungsschreiben gar kein echtes Parlament zu sein und erklärte sich darin zum regulären Parlament mit legislativer Souveränität<sup>585</sup>.

---

<sup>585</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The Convention Parliament* 22 Jan. 1689 - 6 Feb. 1690, 2013; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 199–373; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 7–345; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 101–429; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 26–540; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 2–551 (26.12.1688

**Die Eröffnung der ersten Sitzung des „Convention Parliament“ (22.01.1689)** begann mit der Wahl der Sprecher von Ober- (Marquis of Hallyfax) und Unterhaus (Henry Powle). Anschließend verlas man Wilhelm von Oraniens Brief an die beiden Parlamentshäuser. Wilhelm versicherte, alles in seiner Macht Mögliche getan zu haben, um den öffentlichen Frieden und die Sicherheit herzustellen. Es liege nun an ihnen, feste Grundlagen für Religion, Recht und Freiheiten zu legen. Wilhelm betonte dabei in dezidiertester Weise den **Charakter der Versammlung als einer vollständigen und freien Repräsentanz der Nation**<sup>586</sup>. Wilhelms Betonung der Vollständigkeit und Freiheit der Versammlung deutete auf das Kernproblem des „Convention Parliament“, das Zustandekommen ohne königliche Einberufungsschreiben. Die am Eröffnungstag geführte Debatte über vakante Unterhaussitze brachte das Problem der fehlenden königlichen Briefe zur Einberufung zur Sprache, denn Einberufungsschreiben waren auch zur Besetzung vakanter Sitze notwendig. Die Parlamentarier waren letztlich ratlos, was zu tun sei, um die Lücken aufzufüllen. Sir Thomas Clarges' Worte fassen das Legitimationsproblem der Konvention zusammen, als er die Konvention als bloßes Abbild eines Parlaments beschrieb<sup>587</sup>.

**Die Debatte über die Thronvakanz und –sukzession (28.01.-12.02.1689)** war beherrschendes Thema zu Beginn des „Convention Parliament“. Die Flucht Jakobs II., die vorherige Zerstörung der

---

bis 22.01.1690); zum „Act for removeing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parlyament“, vgl.: RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 23f.; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 415f.; zur „Bill of Rights“, vgl.: RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 142–145; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 440–443; KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 78–83; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 4, 250-255; JONES, The Revolution of 1688 in England, 1972, S. 128-175, 311-338; OGG spricht von der „omnipotent and indivisible trinity of King, Lords, and Commons“, vgl.: OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 223, 486f.; PLUMB, The Growth of Political Stability in England 1675-1725, 1967, S. 66, 84; KEMP, King and Commons 1660-1832, 1984, S. 25–31

<sup>586</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 101ff.: „It now lyeth upon you, to lay the Foundations of a firm Security, for your Religion, your Laws, and your Liberties. I do not doubt but that, by such a full and **free Representative of the Nation** as is now met, the Ends of my Declaration will be attained“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 9f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 2f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 199ff.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 32ff.; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 280f.

<sup>587</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 5f.: „Now you are here as **a Convention, which is a resemblance of a Parliament**“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 34f.; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 9f. erwähnt die Debatte ohne Abdruck der Redebeiträge; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 141 als Beispiel der fehlenden Problematisierung der Selbstlegitimierung der „Convention“: „On 13 February 1689 William and Mary were offered the Crown by the Convention assembly that had been elected the previous month. Ten days later this was further legitimized when the assembly, passing its first Act, transformed itself into a Parliament“

königlichen Einberufungsschreiben zum Parlament und der Entzug des Großen Staatssiegels hatten England im Zustand eines staatspolitischen Vakuums ohne König und Parlament zurückgelassen, das Land war ohne Regierung. Die erste Debatte des *“Convention Parliament”* mußte sich vordringlich damit befassen, wie das Verhalten Jakobs II. zu beurteilen und die staatliche Ordnung wiederherzustellen sei. Handelte es sich um eine Abdankung Jakobs II. (*“abdication”*) und um eine Thronvakanz (*“vacancy”*) oder war der Thron lediglich verlassen worden (*“deserted”*), ohne vakant zu sein, so daß man eine Regentschaft für den offiziellen Thronfolger einsetzen konnte? Welche Bedeutung hätte eine Abdankung auf die Sukzessionsordnung? Handelte es sich noch um eine Erb- oder bereits um eine Wahlmonarchie? Sollte das Parlament darüber entscheiden? Damit stand die Rechtsstellung des englischen Parlaments selbst zur Debatte und die Rechtsstellung des ohne Einberufungsschreiben versammelten *“Convention Parliament”*, das über die Angelegenheit beriet. Letztlich ging es bei der Debatte um die ganze Verfassungsordnung. Die Ansichten der Abgeordneten des Unterhauses wie der Lords im Oberhaus darüber gingen naturgemäß auseinander. Die Debatte über das Verhalten Jakobs II. und das dadurch entstandene staatspolitische Vakuum begann im Unterhaus (28.01.1689)<sup>588</sup>. Der Abgeordnete Mr. Dolben vertrat die Ansicht, daß der Thron mit der Flucht des Königs verlassen, Jakob II. nicht länger König sei<sup>589</sup>. Sir Richard Temple behauptete, daß Jakob II. die Absicht gehabt habe, die durch Parlamente erfolgte Regierung der Nation zu zerstören, Westminster zu einem Werkzeug der Sklaverei und des Papismus zu machen. Mit der Vernichtung der Einberufungsschreiben zum Parlament und der Beseitigung des Großen Staatssiegels sei das Regieren zu einem Ende gekommen<sup>590</sup>. Mr. Finch nahm die Debatte zum Anlaß, die grundlegende Frage zu stellen, ob überhaupt eine Thronvakanz vorliege<sup>591</sup>. Sir Christian Musgrave wollte wissen, ob es die Absicht gäbe, den König abzusetzen<sup>592</sup>. Dies veranlaßte Serjeant

---

<sup>588</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 14; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 36–50; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 6–25; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 202f.

<sup>589</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 36: „*First, consider the condition of the nation, as to that which concerns the Vacancy of the government, by the absence of the king. I tell you freely my opinion, that the king is demised, and that James 2. is not king of England [...] ‘demised’ is ‘deserted the government’*“

<sup>590</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 38: “[...] *that the king has endeavoured to destroy the government of the nation in parliaments [...] so that Westminster-hall was becoming an instrument of slavery and popery [...] he has suppressed the parliament writs: he has taken away the great seal; and here is an apparent end of the government*“

<sup>591</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 39: “*The question now is of Vacancy in the government: [...]*“

<sup>592</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 39: “[...] *whether the intention is to depose the king [...]*“

Maynard zur Präzisierung. Es sei gar nicht die Frage, ob man den König absetzen könne, sondern vielmehr, ob der König sich nicht selbst entthront habe. Man solle doch bedenken, daß man eine Mischverfassung habe, deren Ursprung im Volk liege, und keine reine Monarchie oder Tyrannis<sup>593</sup>. Sir George Treby ging über die Feststellung der Thronvakanz hinaus, indem er forderte, daß man diesen Defekt beheben müsse. Man habe die Situation so vorgefunden und nicht gemacht. Ein König, der nicht regieren könne oder wolle, sei nicht länger König. Und Jakob II. sei ein solcher König. Es gäbe also genügend Gründe, den Thron für vakant zu erklären. Man müsse fragen, ob Jakob II. nicht abgedankt habe und der Thron verweist sei<sup>594</sup>. Es habe eine außerordentliche Konsequenz, den Thron für verweist zu erklären, meinte Sir Thomas Clarges. Wer dies tue, der habe die Macht, den Thron neu zu besetzen, aus der Erb- eine Wahlmonarchie zu machen. Es sei unklar, ob es zur Republik komme oder nur die Thronfolgeordnung geändert werde. Zusammengekommen sei man hier ursprünglich nur, um die Deklaration des Prinzen von Oranien zu erfüllen, eine Konvention zu versammeln. Diese sollte als freie Repräsentation gleichbedeutend mit einem legalen Parlament beraten<sup>595</sup>. Mr. Finch wollte Jakob II. nicht mit dem parlamentarischen Grundsatz *“The king can do no wrong”* entschuldigen und nur seine Berater verantwortlich machen. Allerdings müsse man hier verfahren wie im Falle eines Wahnsinnigen oder eines Kindes und für eine Regierung sorgen<sup>596</sup>. Sir Robert Howard zweifelte das Gottesgnadentum des Königs an. Sei der König von Gott eingesetzt, so habe auch das Volk ein göttliches Recht. Der König könne sein Recht allerdings verwirken, wenn er den Vertrag mit dem Volk breche, das dann ein Widerstandsrecht

---

<sup>593</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 40: *“The question is not, whether we can depose the king; but, whether the king has not deposed himself. It is no new project; our government is mixed, not monarchical and tyrannous, but had had its beginning from the people [...]”*

<sup>594</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 40f.: *“[...] for we have found the crown vacant, and are to supply that defect. We have found it so, we have not made it so. [...] The king that cannot, or will not, administer the government, is no longer king; and this king neither will nor can; which are sufficient reasons to declare the throne vacant. [...] Whether king James 2. has not made an Abdication of the government, and that the Throne is void”*

<sup>595</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 42: *“To say ‘that the Crown is void’ is a consequence of an extraordinary nature. The consequence must be, we have power to fill it, and make it from a successive monarchy an elective; and whether a commonwealth, or alter the descent, is yet ambiguous. [...] How came we hither [...] It was to consider how to pursue the ends of the Prince of Orange’s Declaration [...] And the advice ended, to call a Convention by the Prince’s Letter; that so a full and free representation of the people might advise to prosecute the ends of the Declaration, which would be tantamount to a legal parliament“*

<sup>596</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 45f.: *“I will not excuse the king, and say he can do no wrong; but would avoid all doubts, and not say, in real common parliamentary construction, that the king can do no wrong, or that he has forfeited his crown by male-administration. But suppose it the case of a lunatic, or infant, the nation must provide for the government [...]”*



habe. Im vorliegenden Fall habe der König abgedankt<sup>597</sup>. Sir Robert Sawyer bestritt, daß die Thronvakanz zur gleichzeitigen Auflösung der Regierung geführt habe. Die Regierung sei nicht an das Volk gefallen, denn wie sonst sollte man die eigene Anwesenheit erklären. Wäre die Regierung an das Volk gefallen, dann hätten die Lords und Abgeordneten hier nichts zu schaffen. Die Abgeordneten im Unterhaus und die Lords im Oberhaus seien nicht das Volk. Sie seien Repräsentanten und die Lords Vertreter ihrer selbst. Seiner Ansicht nach handele es sich um eine Abdankung des Königs<sup>598</sup>. Nach diesen Beratungen faßten die Unterhausabgeordneten den Beschluß, daß eine Thronvakanz vorliege. Jakob II. habe den Umsturz der Verfassung betrieben, indem er von Jesuiten und anderen verdorbenen Personen beraten den ursprünglichen Vertrag zwischen König und Volk gebrochen und die Fundamentalgesetze vergewaltigt habe. Dann sei er aus dem Königreich geflohen und habe abgedankt, wodurch der Thron vakant geworden sei<sup>599</sup>.

Die Unterhausdebatte zur Lage der Nation setzte sich am nächsten Tag fort (29.01.1689)<sup>600</sup>. Die Abgeordneten waren sich darin einig, daß ein katholischer König und eine protestantische Nation miteinander unvereinbar seien. Sir Richard Temples Worte fassen diese Auffassung zusammen<sup>601</sup>. Da man sich in dieser Frage einig war, wandte sich die Debatte deshalb der Gestaltung der Staatsordnung zu. Mr. Wharton rief dazu auf, nach der festgestellten Thronvakanz diesen neu zu besetzen und die Regierung zu ordnen. Er brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, daß sich dies so

---

<sup>597</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 46: *“I have heard, ‘that the king has his crown by divine right’, and we (the people) have divine right too; but he can forfeit, if he break that pact and covenant with his people, who have right, by reason of their election, as well as in the name of Mr. King. This original of power, resistance or non-resistance, is judged by the power resolved by people and king. The constitution of the government is actually gounded upon pact and covenant with the people. If this be so, what remains but that the king has made abdication of the government [...]”*

<sup>598</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 47f.: *“The vacancy of the throne makes no dissolution of the government [...]. If the government be fallen to the people, which people we are, what do the lords and we here? If it be devolved upon the people, we have nothing to do here; we are not the people collectively: we are representatives of the people in the three estates of the nation, and the king. [...] I take the king’s departure out of the kingdom to be an abdication of the government. [...]”*

<sup>599</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 50: *“Resolution that the Throne is vacant. Resolved, That King James the Second, having endeavoured to subvert the Constitution of this Kingdom, by breaking the Original Contract between King and People; and, by the Advice of Jesuits, and other wicked Persons, having violated the fundamental Laws; and having withdrawn himself out of the Kingdom; has abdicated the Government; and that the Throne is thereby vacant“*

<sup>600</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 50–58; BECKET ET AL., Grey’s Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 25–37; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 14f.

<sup>601</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 51: *“[...] for we have found by experience, that a Popish king is inconsistent with the government of a Protestant nation”*

weit wie möglich an der alten Verfassung orientiere<sup>602</sup>. Lord Falkland anerkannte, daß Wilhelm von Oranien sie vor dem Papismus gerettet habe, wies aber darauf hin, daß man sich nun vor willkürlicher Herrschaft sichern müsse. Vor der Neubesetzung des Thrones sei es erforderlich, die Rechte der Krone zu klären<sup>603</sup>. Nach Mr. Garroways Ansicht könne es der Prinz von Oranien nicht verübeln, wenn man die Herrschaft an Bedingungen knüpfe, um sich für die Zukunft abzusichern<sup>604</sup>. Sir William Williams erinnerte an das letzte *“Convention Parliament”*, welches versäumt hatte, Bedingungen an die Restauration Karls II. zu knüpfen<sup>605</sup>. Sir Richard Temple endlich machte konkrete Vorschläge zur Sicherung der Freiheiten, insbesondere in Bezug auf das Parlament. Erstmals in der Debatte wurde die Notwendigkeit zur regelmäßigen Versammlung des Parlaments artikuliert. Dies ist ein Beispiel dafür, daß die Frage der Parlamentsdauer immer auch im Rahmen grundsätzlicher Debatten gestellt worden ist<sup>606</sup>. Mr. Boscawen kritisierte daraufhin offen den revidierten zweiten *“Triennial Act”* (1664) als leeres und wirkungsloses Mittel. Besser sei es gar kein Gesetz zu haben, als ein solches<sup>607</sup>. Im Anschluß an Mr. Boscawens Beitrag faßte man den Beschluß, zunächst Religion, Gesetze und Freiheiten zu sichern, bevor man die Thronvakanz erkläre<sup>608</sup>. Mr. Sacheverell appellierte an die Abgeordneten, daß man eine einzigartige Gelegenheit habe, die man nutzen müsse. Man würde von der Welt ausgelacht, wenn man eine nur halbe Regelung bewerkstellige. Blicke man zurück, so sehe man, daß das Parlament vor lauter Freude über die Rückkehr des Königs übertrieben und dem König so viel Gelder bewilligt habe, daß dieser ohne Parlament auszukommen imstande gewesen war. Deshalb müsse man das Parlament schützen,

---

<sup>602</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 52f.: *“You resolved, by Vote, yesterday, ‘That the Throne was vacant’; and I suppose every gentleman, and those few that were against the vote, are now for filling the throne, and re-settling the government; and I hope it will be done as near the ancient government as can be. [...]”*

<sup>603</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 53: *“[...] as the Prince of Orange has secured us from Popery, we may secure ourselves from Arbitrary Government. [...] Before the question be put, who shall be set upon the Throne, I would consider what powers we ought to give the crown. [...]”*

<sup>604</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 53: *“We have had such violation of our liberties in the last reigns, that the prince of Orange cannot take it ill, if we make conditions, to secure ourselves for the future [...]”*

<sup>605</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 53: *“[...] Because king Charles 2 was called home by the Convention, and nothing settled, you found the consequence. [...]”*

<sup>606</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 53f.: *“[...] Encroachment upon Parliament [...] to secure posterity; and you may have time to call persons to account that break parliaments, when they will not do what pleased; to provide for their certainty and frequency, [...] and to provide for Elections of Parliaments, that Corporations may not be made tools to nominate whom they please; [...]”*

<sup>607</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 54: *“[...] The Triennial Bill for Parliaments was but a device, when we were going into slavery; but by such an act, if we have no redress of Grievances [...] ,better to have no Law at all“*

<sup>608</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 54: *„Resolved, That, before the Committee proceed to fill the Throne, now vacant, they will proceed to secure our Religion, Laws, and Liberties“*

indem man dafür Sorge, daß Parlamente ordnungsgemäß gewählt und nicht nach Belieben auseinandergetrieben werden können, was niemals passiert wäre ohne die Bewilligung solch extravaganter Einkünfte, so daß sie gar nicht mehr auf Parlamente angewiesen waren. Sacheverell rief die Abgeordneten deshalb zur Sicherung des Wahlrechts und der Gesetzgebung auf<sup>609</sup>. Während der weiteren Debatte erhoben sich Stimmen, die davor warnten, die Debatte unnötig in die Länge zu ziehen und das Erreichte damit zu gefährden. An diesem Tag konnte man sich nur darauf einigen, Klerus, Armee und Marine für deren Widerstand gegen Jakob II. zu danken<sup>610</sup>.

Das Unterhaus wandte sich noch am zweiten Tag dieser Debatte an die Lords im Oberhaus (29.01.1689) mit der Bitte um Zustimmung zu ihrem Beschluß, daß König Jakob II. abgedankt habe und der Thron vakant sei. Die Lords berieten darüber im Ausschuß unter Vorsitz des Earl of Danby. Sie waren sich in der Ablehnung des Unterhausbeschlusses zur Abdankung Jakobs II. einig. Da die Thronvakanz aber offensichtlich war, wollte man klären, ob eine Regentschaft oder ein neuer König einzusetzen sei. Der Earl of Nottingham argumentierte so überzeugend für eine Regentschaft, daß es dem Marquis of Halifax und dem Earl of Danby nur mit Mühe gelang, einen knappen Sieg von 51 zu 49 Stimmen für die Ablehnung einer Regentschaft zu gewinnen<sup>611</sup>. Am Folgetag (30.01.1689)<sup>612</sup> debattierten die Lords über die Frage, ob es einen Herrschaftsvertrag zwischen König und Volk gäbe<sup>613</sup>. Zwischen den Anhängern des Gottesgnadentums und den Vertragstheoretikern entbrannte ein heftiger Streit, den die letzteren mit 53 zu 46 Stimmen für sich entscheiden konnten. Dem schloß sich die Folgefrage an, ob Jakob II. den Herrschaftsvertrag

---

<sup>609</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 55: „*Since God hath put this opportunity into our hands, all the World will laugh at us, if we make a half settlement [...] In the great joy of the king's return, the Parliament overshot themselves so much, and to redress a few Grievances they got so much Money, that they could live without you; [...] secure this House, that Parliaments be duly chosen, and not kicked out at pleasure; which never could have been done, without such an extravagant Revenue that they might never stand in need of Parliaments. Secure the Right of Elections, and the Legislative Power*“

<sup>610</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 58

<sup>611</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 110: “*Whether a Regency, with the Administration of Regal Power under the Style of King James the Second, during the Life of the said King James, be the best and safest Way to preserve the Protestant Religion and the Laws of this Kingdom? Which was carried in the Negative*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 58f.; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 339f.

<sup>612</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 111; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 59; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 340; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 204

<sup>613</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 60: “*Whether or no there was an Original Contract between King and People?*“

gebrochen habe<sup>614</sup>. Über die offensichtliche Verletzung seiner Herrschaftspflichten waren sich die Lords schnell einig. Man einigte sich aber im Ausschuß des Oberhauses darauf, das Wort “*abdicated*” im Unterhausbeschluß durch “*deserted*” zu ersetzen, die Thronvakanz aber zu akzeptieren<sup>615</sup>. Am dritten Tag der Oberhausdebatte (31.01.1689) ging es um die Frage, ob es nicht besser sei, die Formel von der Thronvakanz durch eine direkte Erklärung für Wilhelm und Mary zu ersetzen<sup>616</sup>. Dies wurde aber abgelehnt, genauso wie die Frage, ob man der Unterhausformel von der Thronvakanz zustimmen solle. Dagegen wiederum protestierten vierzig Lords, darunter der Earl of Danby<sup>617</sup>.

Trotz des massiven Protestes ließen die Lords dem Unterhaus ihren Mehrheitsbeschluß zukommen (01.02.1689), den ursprünglichen Unterhausbeschluß entsprechend abzuändern, d.h. sie bestanden darauf das Wort “*abdicated*” durch “*deserted*” zu ersetzen und die Folgerung der Thronvakanz ganz wegzulassen<sup>618</sup>.

Die folgende Debatte im Unterhaus (02.02.1689) zeigte, daß die Änderungswünsche der Lords dort auf keine Gegenliebe stießen. Im Unterhaus bemängelte der Abgeordnete Lord Falkland den Ausdruck “*deserted*”, weil Jakob II. damit die Möglichkeit zur Rückkehr auf den Thron eingeräumt würde. “*Abdication*” brächte dagegen zum Ausdruck, daß Jakob II. rechtsbrüchig geworden sei, weshalb diese Formulierung vorzuziehen sei<sup>619</sup>. Sir Robert Howard war der Ansicht, daß die

---

<sup>614</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 60: “*Whether King James had broke that original Contract?*”

<sup>615</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 111: “*The Committee have agreed, with this Alteration, instead of the Word [“abdicated”], to insert the Word [“deserted”]: And then it runs thus [“has deserted the Government”]. The Paragraph which remains, “and that the Throne is thereby vacant”* “

<sup>616</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 112: “*Whether, instead of [“the Throne is thereby vacant”], should be inserted [“the Prince and Princess of Orange be declared King and Queen”]?*”; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 59f.; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 340; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 204

<sup>617</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 113: “*Whether to agree with the House of Commons in these Words of the Vote [“that the Throne is thereby vacant”]? Resolved in the Negative*”

<sup>618</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 113f.: “*And to carry down the Amendments to the Vote of the 28th of January: In the 8th Line, instead of the Word [“abdicated”], to insert the Word [“deserted”]; and to leave out the Words [“and that the Throne is thereby vacant”] in the 9th Line, to which the Lords do not agree*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 60; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 340; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 204

<sup>619</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 46–49: “*If this Vote be grounded merely upon the King's leaving the Kingdom, he may come again, and resume the Government. But “Abdication” relates to breaking your Laws; and though the Lords stand by the Premises, yet they desert the Conclusion, in leaving out “the*

Wortwahl “*deserted*” impliziere, daß der Thron nicht vakant sei, weshalb in Konsequenz eine Regentschaft eingesetzt werden könnte<sup>620</sup>. Der Ausdruck “*deserted*” befördere die Gefahr einer Rückkehr Jakobs II. auf den Thron, wie Mr. Tipping meinte. Die zögerliche Neubesetzung des Thrones habe dazu geführt, weshalb man das Ansinnen der Lords sofort ablehnen und den Thron besetzen müsse<sup>621</sup>. In einer Abstimmung sprach sich das Unterhaus einstimmig für die Ablehnung der Änderungswünsche der Lords aus<sup>622</sup>. Das Unterhaus begründete die Ablehnung anschließend gegenüber den Lords (04.02.1689)<sup>623</sup>. Diese wiederum bestanden weiterhin auf dem Gebrauch des Terminus “*deserted*” und auf die Auslassung der Worte „*and that the Throne is thereby vacant*“, weil sie die Umwandlung Englands in eine Wahlmonarchie nach wie vor befürchteten<sup>624</sup>. Eine gemeinsamen Konferenz beider Parlamentshäuser (05.02.1689)<sup>625</sup> erbrachte schließlich aber die mehrheitliche Zustimmung der Lords zur ursprünglichen Fassung des Unterhauses (06.02.1689). Eine Minderheit von 39 Lords legte vergeblich dagegen Protest ein. Direkt im Anschluß stimmten die Lords dafür, Wilhelm von Oranien und Mary zum König und zur Königin zu erklären. Sie schlugen zugleich eine Änderung der “*Oaths of Allegiance and Supremacy*“ vor<sup>626</sup>.

---

*Throne vacant.*“ *I would therefore not agree with the Lords*”; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 61ff.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 204

<sup>620</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 46–49: “[...] *If there be no more intended by the lords than the word, then the king has only deserted the government, and the Throne is not vacant; and the king may have the help of a Regency. [...]*”

<sup>621</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 46–49: “[...] *I am sorry to hear of a great number that would bring the king back again; [...] the true reason of this disagreeing with your vote is the delay that the house has made, that they proceeded not to fill the Vacancy of the Throne. [...] Put the question of disagreeing with the Lords, and then declare 'that you will supply the Vacancy of the Throne'* “

<sup>622</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 49: “*The Question being put, That the House do agree with the Lords in these two Amendments, it passed severally in the Negative, Nem. con.*“

<sup>623</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 49f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 64f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 205f.

<sup>624</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 65; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 117f.

<sup>625</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 66–108; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 54–65; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 207–255; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 19f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 118f.

<sup>626</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 118f.: „*Whether the Prince and Princess of Orange shall be declared King and Queen of England, and all the Dominions thereunto belonging?. Resolved in the Affirmative*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 108

Im Unterhaus<sup>627</sup> zeigte sich der Earl of Wiltshire am nächsten Tag (07.02.1689) erfreut über die Zustimmung des Oberhauses. Man könne jetzt zur Neubesetzung des Thrones schreiten. Da man dem Prinzen von Oranien für die Befreiung von Papismus und Sklaverei gar nicht dankbar genug sein könne, gäbe es keinen anderen Weg zum Schutz davor und zur Sicherung der alten Verfassung als die Erhebung des Prinzen und der Prinzessin von Oranien auf den Thron. Dem folgte ein Bekenntnis zur gemischten Verfassung. Auch wenn manche von einer Wahlmonarchie gesprochen haben, so liege die Regierung doch tatsächlich im König, den Lords und den Commons<sup>628</sup>. Nachmittags debattierte man im Unterhaus darüber, was die Formel *“That the Prince and Princess of Orange shall be declared King and Queen of England“* bedeuten solle<sup>629</sup>. Am nächsten Tag (08.02.1689) präziserte das Unterhaus die Stellung Wilhelms von Oranien zu seiner Gemahlin zu Lebzeiten und für die Thronfolge (*“Succession to the Crown“*). Wilhelm sollte im Namen beider herrschen. Thronfolger sollten zuerst die leibliche Nachkommen Marys mit Wilhelm, im Falle von Marys Kinderlosigkeit die Kinder von Marys Schwester Anne und im Falle von Annes Kinderlosigkeit die Kinder Wilhelms aus einer anderen Verbindung werden. Das Unterhaus führte darüber hinaus die ersten Beratungen zur *“Declaration of Rights“* und beschäftigte sich mit den *“Oaths of Allegiance and Supremacy“*<sup>630</sup>. Während der nächsten Tage folgten weitere Beratungen der Parlamentshäuser, getrennt voneinander und in gemeinsamen Konferenzen<sup>631</sup>.

**Die *“Declaration of Right“* vom 13. Februar 1689** darf als Höhepunkt der bisherigen Beratungen gelten. Sie wurde als gemeinsame Erklärung beider Häuser dem Prinzen von Oranien und

---

<sup>627</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 21f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 70–75

<sup>628</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 70: *“Now that the Lords have agreed “the Throne vacant,” I hope you will proceed to fill the Throne. The persons formerly named are the most proper that can be thought of, the Prince and Princess of Orange. I have not parts able to set out their merits, and what we owe this great Prince for delivering us from Popery and Slavery; and there is no way to secure us from the return of it, but by placing them on the Throne, and to preserve the ancient Government. You have been told here of going about to make this an elective Government; but I believe nobody here is of any other opinion, but that the Government is in King, Lords, and Commons”*

<sup>629</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 72

<sup>630</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 22ff.: *„[...] the said Prince and Princess, during their Lives, and the Life of the Survivor of them; and that the Administration of the Government be only in, and exercised by, the said Prince of Orange, in the Name of the said Prince and Princess, during their joint Lives: And, after their Deceases, the said Crown and Royal Dignity of the said Kingdoms and Dominions to be, to the Heirs of the Body of the said Princess; and, for Default of such Issue, to the Princess Ann of Denmarke, and the Heirs of her Body; and, for Default of such issues to the Heirs of the Body of the said Prince of Orange“*; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 75–81

<sup>631</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 24ff.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 121ff.

Prinzessin Mary im Banqueting-House in Whitehall verlesen<sup>632</sup>. Die Deklaration warf Jakob II. vor, er habe mit Unterstützung böswilliger Räte, Richter und Minister versucht, den Protestantismus und die Gesetze und Freiheiten des Königreiches zu unterdrücken und auszulöschen<sup>633</sup>. Es folgte eine Aufzählung der dieser Zielsetzung dienenden Mittel. An erster Stelle stand die wohl schlimmster aller Verfehlungen, die Aufhebung, Aussetzung und Ausführung von Gesetzen ohne Parlamentszustimmung<sup>634</sup>. Weitere Verstöße gegen die Rechte des Parlaments wurden bemängelt. So seien Gelderhebungen für die Krone gegen den Willen des Parlaments vorgenommen worden<sup>635</sup>. Ein stehendes Heer sei ohne Zustimmung des Parlaments aufgestellt worden<sup>636</sup>. Und freie Parlamentswahlen seien verhindert worden<sup>637</sup>. Nach der abschließenden Aufzählung aller Verfehlungen Jakobs II. stellte man seine Abdankung und der damit eingetretenen Thronvakanz die Einberufungsschreiben Wilhelms von Oraniens gegenüber, die auf den Rat der Lords und Unterhausabgeordneten ausgestellt worden seien<sup>638</sup>. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Wahlen eine volle, **freie und nationale Repräsentation** erbracht haben, deren Ziel die Verteidigung und Sicherung der alten Rechte und Freiheiten sei. Die Aufnahme dieses Punktes in die *“Declaration of*

---

<sup>632</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 26–29; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 124–127; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 255–259; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 108–111; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 83; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. II (1680-1693), 1741, S. 258–263; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 283–287

<sup>633</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *„WHEREAS the late King James the Second, by the Assistance of divers evil Counsellors, Judges, and Ministers, employed by him, did endeavour to subvert and extirpate the Protestant Religion, and the Laws and Liberties of this Kingdom“*

<sup>634</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *“By assuming and exercising a Power of dispensing with and suspending of Laws, and the Execution of Laws, without Consent of Parliament. [...]”*

<sup>635</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *“By levying Money, for and to the Use of the Crown, by Pretence of Prerogative, for other Time, and in other Manner, than the same was granted by Parliament. [...]“*

<sup>636</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *“By raising and keeping a Standing Army within this Kingdom in Time of Peace, without Consent of Parliament; and quartering of Soldiers contrary to Law“*

<sup>637</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *“By violating the Freedom of Election of Members to serve in Parliament“*

<sup>638</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: *“And whereas the said late King James the Second having abdicated the Government, and the Throne being thereby vacant: His Highness the Prince of Orange [...] did (by the Advice of the Lords Spiritual and Temporal, and divers principal Persons of the Commons) cause Letters to be written to the Lords Spiritual and Temporal being Protestants, and other Letters to the several Counties, Cities, Universities, Boroughs, and Cinque Ports, for the choosing of such Persons to represent them as were of Right to be sent to Parliament, to meet and sit at Westminster upon the Two and Twentieth Day of January in this Year 1688, in order to such an Establishment, as that their Religion, Laws, and Liberties, might not again be in Danger of being subverted“*

*Rights*“ zeigt, wie groß das **Bedürfnis zur endgültigen Klärung der Rechtmäßigkeit des “Convention Parliament”** gewesen sein muß. Und es demonstriert, daß die **Repräsentation zentrales Argument** war<sup>639</sup>. Die zu sichernden Rechte und Freiheiten wurden anschließend einzeln benannt<sup>640</sup>. Beachtenswert ist auch, daß die “*Declaration of Right*“ die **Regelmäßigkeit der Parlamente** ausdrücklich forderte, allerdings als **unverbindliche Absichtserklärung** ohne rechtsverbindlichen Charakter<sup>641</sup>. Die “*Declaration of Rights*“ sprach sich erst nach der Aufzählung der Rechte zur Sicherung der Freiheiten für Wilhelm und Mary als König und Königin aus. Die Wiederherstellung der Monarchie sollte diesmal anders als 1660 nicht ohne Bedingungen erfolgen<sup>642</sup>. Darüber hinaus regelte die „*Declaration of Rights*“ Herrschaft und Thronfolge der neuen Monarchen. Die Königsherrschaft sollte zu beider Lebzeiten im gemeinsamen Namen, aber alleine und vollständige vom Prinzen von Oranien ausgeübt werden<sup>643</sup>. Die Deklaration enthielt zugleich als Sukzessionsregelung die Klarstellung, daß Marys Kinder den Thron erben sollten. Im Falle ihrer Kinderlosigkeit sollten die Kinder von Marys Schwester Anne den Thron besteigen und erst im Falle ihrer Kinderlosigkeit sollten Wilhelms Kinder aus einer anderen Ehe ein Anrecht auf den Thron haben. Mit der Bevorzugung der protestantischen Erben des Hauses Stuart gedachte man dem dynastischen Prinzip Genüge zu tun<sup>644</sup>. In Abänderung der bisherigen Eide („*that the said*

---

<sup>639</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28: “*Upon which Letters, Elections having been accordingly made: And thereupon the said Lords Spiritual and Temporal and Commons, pursuant to their respective Letters and Elections, being now assembled in a full and free Representative of this Nation, taking into their most serious Consideration the best Means for attaining the Ends aforesaid, do in the First Place (as their Ancestors in like Case have usually done), for the vindicating and asserting their ancient Rights and Liberties*”

<sup>640</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 28f.: „*That the pretended Power of suspending of Laws, or the Execution of Laws, by Regal Authority, without Consent of Parliament, is illegal. That the pretended Power of dispensing with Laws, or the Execution of Laws, by Regal Authority, as it has been assumed and exercised of late, is illegal. [...] That levying of Money, for or to the Use of the Crown, by Pretence of Prerogative, without Grant of Parliament, for longer Time, or in other Manner, than the same is or shall be granted, is illegal. [...] That the raising and keeping a Standing Army within this Kingdom, in Time of Peace, unless it be with Consent of Parliament, is against Law. [...] That Election of Members of Parliament ought to be free. [...] That the Freedom of Speech and Debates, or Proceedings in Parliament, ought not to be impeached or questioned in any Court or Place out of Parliament. [...]*”

<sup>641</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29: “*And that, for Redress of all Grievances, and for the amending, strengthening, and preserving of the Laws, Parliaments ought to be held frequently*”

<sup>642</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29: “[...] *William and Mary, Prince and Princess of Orange, be, and be declared King and Queen [...]*“

<sup>643</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29: „[...] *and that the sole and full Exercise of the Regal Power be only in, and executed by the said Prince of Orange, in the Names of the said Prince and Princess during their joint Lives*“

<sup>644</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29: „*and after their Deceases the said Crown and Royal Dignity of the said Kingdoms and Dominions to be to the Heirs of the Body of the said Princess: and for*



*Oaths of Allegiance and Supremacy be abrogated*“) sollte in Zukunft auf Wilhelm und Mary als König und Königin geschworen werden. Nach der Verlesung der „*Declaration of Rights*“ dankte Wilhelm von Oranien den Lords und Abgeordneten und beteuerte, daß er niemals andere Absichten als die Sicherung ihrer Religion, ihrer Gesetze und Freiheiten gehabt habe<sup>645</sup>.

**Die “*Proclamation of King and Queen*” und der “*Coronation Oath*” am 13. Februar 1689** folgten der “*Declaration of Rights*” zeitlich nach. Die Proklamation bezog sich ausdrücklich auf die vorherige Annahme der „*Declaration of Rights*“ durch Wilhelm und Mary. Ebenso eindringlich wurde betont, daß es die Lords und Unterhausabgeordneten gewesen waren, die die Krone angeboten hatten, und die zusammen mit den Vertretern Londons, auf Grundlage der „*Declaration of Rights*“, Wilhelm und Mary zu König und Königin proklamierten<sup>646</sup>. Die „*Declaration of Rights*“ und die expressis verbis geäußerte Herkunft der Krone aus den Händen des Parlaments waren augenscheinlicher Beweis der Abwendung vom „*Divine Right of Kings*“ und des Vertragscharakters der Herrschaftseinsetzung und sollten nicht die einzigen Neuerungen bleiben. Der Krönungseid ließ den König und die Königin außerdem auf die vom Parlament verabschiedeten Gesetze schwören<sup>647</sup>.

**Der “*Act for removing and preventing all Questions and Disputes concerning the assembling and sitting of this present Parliament*”** (Debatte vom 18.02.-23.02.1689) sollte die trotz aller bisherigen Bemühungen noch immer herrschende Unsicherheit über die Rechtmäßigkeit des “*Convention Parliament*” ausräumen. Das Zustandekommen des “*Convention Parliament*” ohne königliche Einberufungsschreiben beschäftigte nicht nur Ober- und Unterhaus, sondern auch

---

*Default of such Issue, to the Princess Anne of Denmark, and the Heirs of her Body; and for Default of such Issue, to the Heirs of the Body of the said Prince of Orange*“

<sup>645</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29: „[...] *And as I had no other Intention in coming hither, than to preserve your Religion, Laws and Liberties [...]*“

<sup>646</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 29f.: „[...] *And whereas the Lords and Commons now assembled at Westminster, have made a Declaration, and presented the same to the said Prince and Princess of Orange, and therein desired them to accept the Crown, who have accepted the same accordingly: We therefore the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, together with the Lord-Mayor and Citizens of London, and others of the Commons of this Realm, do with full Consent Publish and Proclaim, according to the said Declaration, WILLIAM and MARY, Prince and Princess of Orange, to be King and Queen [...]*“; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 127; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 259; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 111ff.; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. II (1680-1693), 1741, S. 264f.

<sup>647</sup> CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 274f.: „*Will you solemnly promise and swear to govern the People of this Kingdom of England, and the Dominions thereto belonging according to the Statutes in Parliament agreed on, and the Laws and Customs of the same?*“; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. II (1680-1693), 1741, S. 275f.; LEGG, Leopold (Hrsg.), English Coronation Records, Westminster, 1901, S. 325f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 252ff.

Wilhelms *“Privy Council”*. Die Ratsmitglieder berieten darüber, wie man die Versammlung so schnell wie möglich in ein reguläres Parlament umwandeln könnte, damit England schnellstmöglich als politisch handlungsfähige Macht seinen Alliierten in Europa gegen Frankreich beistehen könnte. Nach der Proklamation Wilhelms und Marys als König und Königin und den Beratungen im *“Privy Council”* suchte Wilhelm von Oranien das Oberhaus auf, um sich dort erstmals vom Thron aus in einer Ansprache an beide Parlamentskammern zu richten (18.02.1689). Wilhelm drängte die Versammlung zur raschen Hilfe für die Alliierten und insbesondere für Holland, indem er auf deren kritische Lage verwies. Erforderlich sei, daß es zu einer guten Regelung der Angelegenheiten in England komme. Verzögerungen könnten die Lage verschlechtern. Er, Wilhelm, vertraue aber darauf, daß die Versammlung wisse, was zum nationalen Wohl zu regeln sei. Aus der letzten Anspielung könnte Wilhelms Wunsch zur Beseitigung aller Zweifel am *„Convention Parliament“* herauszulesen sein, der Wunsch zur raschen Umwandlung der Konvention in ein reguläres Parlament<sup>648</sup>.

Die Lords verstanden Wilhelms Appell offenbar genauso, denn sie brachten unmittelbar im Anschluß an Wilhelms Rede den *“Act for removing and preventing all Questions and Disputes concerning the assembling and sitting of this present Parliament”* ein. Die Gesetzesvorlage wurde noch am Nachmittag nach der Königsrede in beispielloser Geschwindigkeit in zwei Lesungen im Oberhaus beraten und am nächsten Tag (19.02.1689) vom Oberhaus in dritter Lesung angenommen und zur Zustimmung an das Unterhaus geschickt, welches noch an diesem Tag über Wilhelms Rede und über die Gesetzesvorlage der Lords eingehend debattierte<sup>649</sup>. Im Unterausschuß zur Beratung der Königsrede bestätigte die Einlassung des Abgeordneten Mr. Medlycott die

---

<sup>648</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 118f.: *“I think it necessary to acquaint you, that the Condition of our Allies Abroad, and particularly that of Holland, is such, that unless some speedy Care be taken of them, they run a greater Hazard than you would have them exposed to. You yourselves must be sensible, that the Posture of Affairs here require your serious Consideration; and that a good Settlement at Home is necessary, not only for your own Peace, but for the Support of the Protestant Interest both here and Abroad. [...] I must leave it to you, to consider of the most effectual Ways of preventing the Inconveniencies which may arise by Delays, and to judge what Forms may be most proper to bring those Things to pass for the Good of the Nation, which I am confident are in all your Minds, and which I, on My Part, shall be always ready to promote“*; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 128; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 30; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 84; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 276; DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 287f.

<sup>649</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 84–89; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 119–122; Keine Wiedergabe der Debatte, in: CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 276f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 128f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 31

Vermutung, daß die schnelle Umwandlung der Konvention in ein reguläres Parlament durch den Zwang zur Schaffung der eigenen Handlungsfähigkeit bedingt war. Zum Schutz vor einer Invasion oder Rebellion müsse man Parlamentsgelder bereitstellen. Es sei zu spät, auf die Einberufung und Versammlung eines neuen Parlaments zu warten. Er beantragte vielmehr, die Konvention in ein reguläres Parlament umzuwandeln<sup>650</sup>. Medlycott begründete seinen Antrag mit historischen Präzedenzfällen, insbesondere mit dem “*Convention Parliament*” Karls II. von 1660. Bedeutsamer noch war, daß Medlycott die Notwendigkeit zur Einberufung der Abgeordneten in Notfällen mit regulären Einberufungsschreiben gleichstellte. Er fordert die Verabschiedung eines Gesetzes, welches die Konvention zum Parlament erklärte<sup>651</sup>. Sir Robert Sawyer widersprach Medlycott. Die Notwendigkeit zur raschen Regelung aller Angelegenheiten sei zwar geboten und könne nur durch ein freies Parlament erreicht werden. Gelder können aber nicht ohne ein Parlament bewilligt werden<sup>652</sup>. Aus dem Vergleich mit dem “*Convention Parliament*” Karls II. und der jetzigen Versammlung zog Sawyer eine andere Schlußfolgerung. Die Konvention von 1660 war in jeder Hinsicht ein echtes Parlament. Es hatte die Zustimmung des Königs und des Volkes<sup>653</sup>. Die Art der Einberufung sei nicht entscheidend, vielmehr müsse die Zustimmung des Volkes gegeben sein. Für die vorliegende Versammlung forderte Sawyer die Zustimmung des Volkes ein. Diese Versammlung sei zu einem bestimmten Zweck berufen worden, zur Behebung der Thronvakanz nämlich. Man komme nicht weiter ohne vorherige Einberufung eines freien Parlaments mit

---

<sup>650</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 84f.: “*To prepare ourselves against any foreign Invasion, or intestine Troubles at home, there will be a necessity of raising Money, which must be done in a parliamentary way. And if we stay to call a new Parliament, it will be too late; therefore I move to turn this Convention into a Parliament*”

<sup>651</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 85: “[...] *In the 12th of King Charles II, a Convention was called at that King's instance when beyond sea: 'Twas called by desire of the King, when at Breda, and after 'twas convened several Acts passed; some were confirmed by the subsequent Parliament, and some not; and those not confirmed were thought valid by the Judges. [...] I infer from thence that the Subjects may upon emergencies meet as well as if called formally by Writ, when forms cannot be had; and move to have an Act to declare this a Parliament to all intents and purposes*”

<sup>652</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 85: “*We are to consider the King's Speech, &c. for a speedy Settlement of the Nation; and the only way to come at this is a free Parliament; and Money being the great matter to consider of, it cannot be raised without a Parliament*”

<sup>653</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 85: “*There are some Precedents spoken of, which, if they would at all come up to our case, I should agree to. [...] As for the Precedent spoken of, of the Convention in Charles II's time, that Convention was originally a Parliament, and by the seal of that time called to meet in Parliament, and had all the formality of the consent of the People; nay every Act of Confirmation, in the subsequent Parliament, styles them a Parliament at their first meeting; they were called by the Government in esse at that time, and were returned as such; and to this Parliament, before they did any thing, the King signified his Approbation of their meeting; and when the King came into England, he called them a Parliament*”

Zustimmung des Volkes. Diese Versammlung aber könne nicht als Parlament handeln ohne das Vertrauen des Volkes in Wahlen zu brechen. Sawyer verlangte deshalb, daß Wilhelm von Oranien als König Einberufungsschreiben zur Wahl eines Parlaments ausstelle. Hier sieht man wie vehement für das Parlament als Repräsentation gestritten wurde<sup>654</sup>. Mr Boscawen wandte sich gegen Sawyer. Das “*Convention Parliament*” Karls II. sei weniger Parlament gewesen als diese Versammlung, weil es vom Langen Parlament einberufen worden sei<sup>655</sup>. Boscawen sah in der Einberufung des “*Convention Parliament*” von 1660 auch einen Verstoß gegen den “*Triennial Act*” von 1641<sup>656</sup>. Sawyers Rat aber, diese Versammlung als Parlament zu verwerfen und ein neues Parlament einzuberufen, würde zu erheblichen Nachteilen führen. Man würde Irland verlieren. Wäre dies kein Parlament, so könnte man auch annehmen, daß es nie eine Thronvakanz gegeben habe, so daß man vor dem Problem stünde, wie ein neues Parlament überhaupt einberufen werden sollte<sup>657</sup>. Sir Thomas Clarges dagegen wünschte die Einberufung eines neuen Parlaments, weil die “*Assembly at London*” zur Versammlung eines freien Parlaments aufgerufen hatte. Clarges zeigte sich zuversichtlich, ein neues Parlament bereits in 25 Tagen versammelt zu sehen<sup>658</sup>. Gegen Ludwig

---

<sup>654</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 85f.: “*There was then a King de Facto, and a Government de Facto, and by his consent 'tis a Parliament, and that gives it the virtue of a Parliament. The calling it one way or other alters not the case; but the single thing I insist upon is the People's consent. We represent the People to this special purpose; that now, upon King James's withdrawing, we are called hither to supply that defect; and we can proceed no farther, till a free Parliament with the People's consent be called. If this body may continue to act as a Parliament, without breach of Elections of the People, I should be for it. It cannot be done unless we break our Trust. Therefore as that of Charles II. was a Parliament by the King's consent, therefore I move that the King may be advised to issue out new Writs to call a Parliament*”

<sup>655</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 86: “[...] *But that Convention which brought in Charles II. was not so much a Parliament as this Convention. A Parliament is nothing but parler le ment. That Parliament was called by some Members included, and some excluded, the Long Parliament, by the Seal from the Keepers of the Liberties of England; and then with such Limitations, that such and such were only to be returned, as if they were taking Tests; none that had been engaged in the King's party during the War, nor the sons of them, unless they had given Testimony of their Affections to the Government; which renders that Parliament as far from freedom of choice, as white is from black*”

<sup>656</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 86f.: “*And in the Bill for Triennial Parliaments, the Chancellor was of course to issue out Writs, and for defect of his issuing them out, the Officers of the Country were to do it by themselves; from whence I gather that their is no such essential thing as a Writ for chusing Members*”

<sup>657</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 87: “*If you take the Advice of the learned Gentleman (Sawyer) to call another Parliament, and dissolve this, Ireland may be lost; [...] Consider, if this be no Parliament, then you may suppose that the Throne never was vacant, and that 'tis now full; and how will you get a Parliament?*”

<sup>658</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 87: “*I am not of Boscawen's mind. [...] As to what is now in Debate, I hope we may have a free-chosen Parliament in twenty five days, the formality of forty days from the Test of the Writ to the Election not being necessary. In the Assembly at London before this Convention, the proposition was, how the Prince of Orange might come to a free Parliament. 'Twas advised, that Letters should be sent from the*

XIV. (“*that great monster*”) müsse unbedingt vorgegangen werden, weshalb vorgeschlagen worden sei, daß Wilhelm von Oranien die Regierung führen solle. Es wurde aber versäumt, ihm die Verfügungsgewalt über die notwendigen Einkünfte zu geben. Die Einkünfte Jakobs II. sollten ihm gegeben werden. Man solle aber bedenken, daß alles aufs Spiel gesetzt werde, wenn kein neues Parlament einberufen werde. Es sei doch zweifelhaft, daß die Richter diese Versammlung zu einem Parlament erklären<sup>659</sup>.

Nach der Beratung der Königsrede befassten sich die Abgeordneten in erster Lesung mit der Gesetzesvorlage des Oberhauses (19.02.1689). Die Abgeordneten Mr. Hampden und Sir Edward Seymour echauffierten sich anfangs über die Praxis der Lords, ein Gesetz an einem Tag zweimal in die Lesung geschickt zu haben, womit sie die Redefreiheit des Unterhauses schmälerten. Sir *Henry Capel* dagegen wischte diese Bedenken beiseite und erinnerte an die bedrohliche Lage in der man sich durch den französischen König befinde. Es bestand niemals eine größere Notwendigkeit als jetzt, diese Versammlung in ein Parlament zu transformieren<sup>660</sup>. Sir Thomas Clarges wiederholte daraufhin seine Zuversicht, daß man innerhalb von drei Wochen ein reguläres Parlament neu einberufen könne, anstatt diese Versammlung für rechtmäßig zu erklären, denn die Neueinberufung sei schließlich die beste aller Lösungen<sup>661</sup>. Vielen Abgeordneten war der Verhandlungsgegenstand scheinbar zu heikel. Die Abgeordneten Hampden, Howard und Temple wünschten ein Adjournement, um die Gesetzesvorlage der Lords am nächsten Tag zu debattieren<sup>662</sup>.

Das Unterhaus nahm die Debatte am nächsten Tag wieder auf (20.02.1689)<sup>663</sup>. Das Haus erlebte sprachlos wie ihnen Sir Henry Capel die Nachricht Wilhelms von Oraniens überbrachte, sie sollten

---

*Prince into the Counties and Boroughs, &c. in order to the Choice of a free Parliament; and I gave my Voice for it preparatory to that*”

<sup>659</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 88: “[...] *but by not calling a Parliament, we put all to hazard, and that the Money we shall raise will not be paid; and will the Judges in Westminster-Hall declare this to be a Parliament?*”

<sup>660</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 90: „[...] *If ever there was a necessity to warrant making us a Parliament, there is one now. Are we in Peace? Is the state of Christendom in so good a case as we can boast of? [...] If you sit not here as a Parliament, the King of France will give Millions to make a Separation in the Nation*“

<sup>661</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 90: „[...] *You may have a Parliament in three weeks; and we are better justified in that than any other method. [...]*“

<sup>662</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 90–92

<sup>663</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 31–34; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 130ff. über den Inhalt der „*amendments*“ liegen keine Aufzeichnungen vor; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 92–106; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 124–135; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 277

sich doch mit ihren Beratungen beeilen. Der Abgeordnete Lord Falkland eröffnete zuerst das Wort. Es gäbe genügend Präzedenzfälle für das Verhalten der Lords, weshalb man angesichts der vielen Aufgaben, die man habe doch der Gesetzesvorlage der Lords folgen solle. Man könne schließlich gar nichts machen, wenn man nicht die Befugnisse eines Parlaments habe<sup>664</sup>. Mr. Howe schloß sich Falkland an und argumentierte mit der nackten Notwendigkeit zum Handeln, denn Not kenne kein Gebot<sup>665</sup>. Serjeant Maynard erwiderte daraufhin mit ganz grundsätzlichen Erwägungen. Die jetzige Versammlung sei ja bereits ein Parlament. Ein Parlament sei nichts anderes als König, Lords und Commons. Maynard begründete dies mit dem „*Convention Parliament*“ Karls II., welches auch ohne königliche Einberufungsschreiben ein Parlament gewesen sei. Das bedeutendste Gesetz der Welt, das Zwölftafelgesetz der Römer, besage schließlich mit dem Grundsatz „*Salus populi suprema lex esto*“ – Höchstes Gesetz möge das Wohl des Volkes sein - nichts anderes. Alle Gesetze müssten dieser Vorschrift weichen<sup>666</sup>. Sir Edward Seymour beklagte erneut die überstürzte Verfahrensweise der Lords. Sich selbst zum Parlament zu erklären genüge nicht, wenn das Gesetz etwas anderes vorschreibe<sup>667</sup>. Maynards Zwölftafelgesetz mache aus einer Versammlung noch kein Parlament. Es lasse sich auch nirgendwo eine solche Vorschrift auffinden<sup>668</sup>. Seymour mahnte, daß die Notwendigkeit zwar ein mächtiger Gebieter sei, aber ein schlechter Begleiter und ein noch

---

<sup>664</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 92: „[...] *If we have not the power of a Parliament, we can go upon nothing. [...]*“

<sup>665</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 92: „[...] *,Necessity has no law'; let us make one for it, an agree for the lords Bill'*“

<sup>666</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 92f.: „[...] *and now you are moved to make this Convention a Parliament; but I think we are one already. **What is a Parliament, but King, Lords, and Commons?** Pray read the 1 Chap. of 12 Charles II. When the King came in, that Convention, (or call it what you will) Resolved, 'That, without a Writ from the King, they are a Parliament,' notwithstanding they had no Writ from the King. 'Tis grounded upon the greatest Law in the World, the Law of the twelve Tables of the Romans: Salus populi suprema lex esto. All Laws must give place to that Law: 'Tis the great Law of all Self-preservation. Now read that Statute of the 25th of April. [The Statute was read.] When the King came in, the 20th of May, the Parliament had no Writ to call them. We sat here, before this King was declared, and we are so far like that Parliament. I shall hearken to the Debate, and give my opinion'*“

<sup>667</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 94: „[...] *This Bill from the lords began there; on Monday it was twice read, and came down here on Tuesday: it is a great rarity, and much done in little time [...]* You declare yourselves a Parliament, and the law says, you are not a parliament“

<sup>668</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 94: „*That Statute, which Maynard mentioned, could not make that a Parliament which was none before. That Parliament had the consent of the King de Facto and de Jure; there wanted only the King's Writ of Summons. If they say, you were no Parliament before, what Record will make you a Parliament now, is no where to be found. [...]*“

schlechterer Ratgeber<sup>669</sup>. Historische Beispiele dafür gebe es kaum. William Rufus und das „*Convention Parliament*“ Karls II., das sich nicht selbst zum Parlament erklärt hatte, taugten nicht dafür. Auch Edward II. diene nicht als Präzedenzfall<sup>670</sup>. Seymour konstatierte, daß man vor großen Schwierigkeiten mit Irland, Schottland und Frankreich stehe<sup>671</sup>. Er sähe diese Versammlung auch gerne als legales Parlament an, weil man dann auf das Vertrauen des Volkes bauen und sich ihres Geldes sicher sein könnte. Man sei aber nicht von ihnen legitimiert. Deshalb solle man den König um die Ausstellung von Einberufungsschreiben bitten. Man verfüge über genügend Gelder, so daß diese Versammlung nicht dazu gezwungen sei, sich zum Parlament zu erklären. In der Zwischenzeit könne man Ratsversammlung sein, was kein Problem darstelle<sup>672</sup>. Serjeant Maynard bezog sogleich gegen Seymour Stellung, indem er die Frage stellte, wie man rechtmäßig handeln könne, wenn man keine rechtmäßiges Parlament sei<sup>673</sup>. Es sei gefährlich, zu diesem Zeitpunkt Einberufungsschreiben auszusenden. Das „*Convention Parliament*“ Karls II. sei zum Parlament erklärt worden, so daß man sich fragen lassen müsse, ob man nicht ohne Verstand sei, wenn man sich jetzt nicht selbst auch zum Parlament erkläre<sup>674</sup>. Der Abgeordnete Mr Eyre ermahnte die Versammlung zum sofortigen Handeln als dem Gebot der Stunde. England werde sonst niemals wieder ein Parlament haben, wenn sich die jetzige Versammlung nicht unter diesen Umständen selbst zum Parlament erkläre. Jetzt habe man die Waffen in Händen und sollte sie nicht niederlegen bis man für Sicherheit gesorgt

---

<sup>669</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 94: „*Necessity is a great commander, but an ill companion, and a worse counsellor. And this House must expect, in other cases, never to want that argument. [...]*“

<sup>670</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 94f.: „*[...] The only Precedents mentioned are those of William Rufus, and the 12th of Charles II. They made not themselves a Parliament, but in relation to the Long Parliament that dissolved itself, and that done with a ne trahatur in exempium. When the people are called together, by such Writ as this, I am bold to say, there are no Precedents—It has been said, out of doors, this is by the Precedent of Edward III. I find that matter totally mistaken: [...]*“

<sup>671</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 95: „*The King of France has been the Devil and walking Ghost in every Parliament*“

<sup>672</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 97: „*[...] But I should be glad to see us a legal Parliament, that we may have the People's hearts along with us; and then we shall be sure of their Money. As a Council, we may sit, and represent to the King, that we are not impowered by those that sent us, and desire him to issue out Writs to chuse a Parliament. [...] You have sufficient for all your difficulties, and need not turn yourselves into a Parliament for that. [...] In the mean time we may sit as a Council and this will bring us into no difficulties. [...]*“

<sup>673</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 97: „*[...] When we cannot have a legal Parliament, how shall we possess that which is legal? [...]*“

<sup>674</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 98: „*[...] There is a great danger in sending out Writs at this time, if you consider what a ferment the Nation is in; [...] The Convention was not called by the King's Writs legally, yet were declared a Parliament; and you will not declare yourselves no Parliament, unless you are out of your wits*“.

habe. Die Regierung sei sozusagen noch im Kleinkindstadium und bedürfe weiter des Geburtshelfers. Man könne nicht wissen, welcher Gesinnung die eigenen Nachfolger seien. Der gegenwärtige Gemütszustand der Nation könne die eigene Sicherheit in Frage stellen. Die gegenwärtige Notlage sei groß und Not kenne kein Gebot<sup>675</sup>. Eyre bezeichnete die durch Wilhelm einberufene Versammlung als die bestmögliche Repräsentation, die man nur haben könne. Er bezweifelte, daß der Unterschied zwischen königlichen Einberufungsschreiben und Wilhelms Einberufungsbrief so schwerwiegend sei, als daß man dafür die Sicherheit des Protestantismus gefährden dürfe. Man solle die Gesetzesvorlage der Lords doch annehmen<sup>676</sup>. Clarges nahm eine streng legalistische Position ein und erneuerte seine Klage über das Vorhaben zur Umwandlung der Versammlung in ein Parlament. Dies sei alles andere als ein Dienst am König. Auch wenn die Einkünfte nicht ausreichend sein sollten, so könne doch nur ein Parlament Abhilfe schaffen und ein solches könne man in 25 Tagen haben<sup>677</sup>. Clarges warnte ausdrücklich davor, die Einhegung der Regierung mit der Anrufung des Volkswohles aufzuweichen. Er sei gegen die Gesetzesvorlage der Lords<sup>678</sup>. Auch Col. Birch erinnerte an das „*Convention Parliament*“ Karls II., welches keineswegs so eindeutig einberufen worden sei wie diese Versammlung. Vielmehr seien Mitglieder willkürlich ausgeschlossen worden und einberufen worden sei es durch die „*Keepers*“<sup>679</sup>. Dennoch seien damals alle Rechtsgelehrten, insbesondere Sir Matthew Hale der Ansicht gewesen, daß die Konvention ein reguläres Parlament sei. Die Einberufungsschreiben seien gar nicht in Frage gestellt worden. Man ging vielmehr an die Arbeit und bewilligte Gelder, bevor ein Gesetz die

---

<sup>675</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 98f.: „[...] *If we are not constituted a Parliament under these circumstances now, we may never have one in England more [...] with weapons in our hands, [...], I would not lay them down till we have built in security. We are in an infant Government, if I may so style it; it must be preserved by the hand that brought it up. Are we sure our successors will be of our mind? Nay, the present ferment of the Nation, which time may quiet, may be so hot as to give up their own security. The present necessity is great, as great as the support of our Honour, Religion, and Country - Necessity abrogates all Laws*“

<sup>676</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 99: „[...] *We are as full a Representative as can be had; by the call of the Prince's Letters, we have the best Representative of the People that could be had. Is the difference of a Writ and a Letter put into the scale with the safety of the Protestant Religion? [...] I would have the lords bill read a second time*“

<sup>677</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 100: „[...] *if this Convention be turned into a Parliament, it is the greatest disservice you can to the king. I would preserve both his Honour and Safety. If any thing be wanting in the Revenue, nothing can supply but a parliament. You may have a parliament in 25 days, [...]*“

<sup>678</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 101: „*Salus Populi is suprema lex, you are told, but if ever you break down the hedges of the government – and properly we cannot agree with the lords*“

<sup>679</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 102: „[...] *that of 1660 Parliament was not so clearly called as this. Cavaliers were excluded by those that had power to do it, and they did it. 'Twas called by Writ from the Keepers of the Liberties of England, that brought us hither*“



Rechtmäßigkeit der Versammlung erklärte<sup>680</sup>. Clarges stellte eine Rebellion in Aussicht, falls man die Geldbewilligung an ein neues Parlament delegieren würde<sup>681</sup>. Er malte ein Bild des Umsturzes und der Rebellion für den Fall der Berufung eines neuen Parlaments. Diese Versammlung sei ein echtes Parlament und entspreche dem besten aller Präzedenzfälle, dem „*Convention Parliament*“ von 1660. Man solle also die Gesetzesvorlage der Lords annehmen<sup>682</sup>. Auch Sir Thomas Lee hielt diese Versammlung für ein besseres Parlament als 1660. Zudem sei Wilhelm von Oranien durch diese Versammlung in seine Autorität eingesetzt worden<sup>683</sup>. Lee erinnerte an das Repräsentationsprinzip und fragte, wenn sie kein Parlament seien, wie könnten sie dann das Volk parlamentarisch repräsentieren und was würde aus den bereits getroffenen Regelungen? Lee schloß daraus, daß die Versammlung von Beginn an ein Parlament gewesen sei<sup>684</sup>. Für Sir Richard Temple war die Versammlung ein echtes Parlament. Dabei stellte er besonders auf die freien Wahlen und den Repräsentationscharakter ab. Er fragte rhetorisch, ob irgendwer angesichts der freien Wahlen daran Zweifel haben könne, daß es eine vollständige und freie Repräsentation sei. Zur Untermauerung seiner Argumentation zog er den Vergleich mit dem „*Convention Parliament*“ von 1660 herbei. Die Wahlen seien damals weniger frei gewesen, die Abgeordneten handverlesen, die Lords ohne Einberufungsschreiben einberufen und die Einberufungsschreiben von der Republik ausgestellt worden<sup>685</sup>. Man solle daran denken, daß es Zeiten gegeben habe, als Parlamente ohne

---

<sup>680</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 102: „*Then all the learned Gentlemen here, Sir Mathew Hale and the rest, were of opinion, 'twas a Parliament to all intents and purposes, and nothing of a Convention was spoken of; and to work they went, and very vigorously, and not one Question was made of the legality of that Writ, and that Parliament gave two Assessments of 60,000l. per mensem, before that Act came in to declare it a Parliament; [...]*“

<sup>681</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 102f.: „*Now to show you the Consequence; for Money should you stay for another Parliament, if you get one in three weeks, a Plot may be upon you, in the interim, and then you will have difficulties still, and perhaps more than are on you now. And will you, by throwing away this opportunity, void all the blessings God has given you? You have, by God's providence, a King that denies you nothing, and now we would be scrambling again for Religion*“

<sup>682</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 103: „*[...] Great Revolutions may be in one year—And you are lost for your Allies, Religion, and all you have. [...] From the best of Precedents, that of 1660, you are a Parliament; you make not yourselves a Parliament. Pray go on and read the Lords Bill*“

<sup>683</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 103: „*I think we are a much better Parliament than that of 1660. I would know where the Writ was then that called the Lords? Parliaments are not the same things they were from the beginning; they have had variations. Was not the Prince of Orange invested with legal Authority by you? And the returns of us hither recorded?*“

<sup>684</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 103f.: „*If you are not a Parliament, how can you represent the People in a parliamentary manner, and then what becomes of your Instrument of Government, and what else you have done? [...] I say that you are and were a Parliament, from the beginning*“

<sup>685</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 104: „*I shall offer something not yet touched upon. Has any man said yet we are not a full and free Representative? Formalities are wanting, you are*

Einberufungsschreiben versammelt worden waren. Schließlich habe es keine Einwände gegen die gegeben, die diese Versammlung einberufen haben<sup>686</sup>. Diese Versammlung habe Großes bewerkstelligt und sollte nicht über eine Kleinigkeit stürzen. Und wie solle man die bisherigen Maßnahmen rechtfertigen, wenn diese Versammlung gar kein Parlament gewesen sei<sup>687</sup>. Sir William Williams zeigte sich über die ganze Diskussion verwundert. Er argumentierte mit der Kraft des Faktischen. Wie könne man bezweifeln, daß man ein Parlament sei, wenn man seit einem Monat versammelt sei? Man sei sicherlich ein Parlament, weil die ganze Macht Englands diese Versammlung so nenne. Fehlende Einberufungsschreiben spielen da gar keine Rolle<sup>688</sup>. Die Abgeordneten würden wie Idioten und Kinder handeln, wenn sie sich selbst für unrechtmäßig erklärten. Die Folge wäre, daß alles ungültig wäre<sup>689</sup>. Sir Henry Capel appellierte an die Abgeordneten, daß man den König, der Parlamente wünsche, auf keinen Fall sechs Wochen alleine lassen dürfe. Man dürfe diese Versammlung überhaupt nicht infrage stellen<sup>690</sup>. Sir George Treby zeigte sich mit der „*Convention*“ als Parlament völlig zufrieden und forderte die Abgeordneten dazu auf, sich auch offiziell zum Parlament zu erklären. Unter Bezugnahme auf Wilhelms Deklaration verurteilte er alle, die der Konvention den Parlamentscharakter absprachen als Verleugner des Königs, der Lords und der Commons<sup>691</sup>. Mr Godolphin argumentierte mit der Repräsentationsidee. Diese Versammlung sei nur für einen spezifischen Zweck gewählt worden, den man erfüllt habe.

---

*told, but they are such as could not be had; your Elections were as free as ever. No Precedent was ever of a freer. In the Parliament of 1660, there were Qualifications for the Members, and the Lords were not called by Writ, and (a greater thing,) a Commonwealth called it, which was quite another Government“*

<sup>686</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 104: „*There was a time when Parliaments met without Writs, and King John's was the first called by Letters, as now, and nobody having showed any thing against the Authority that called you, I will not labour it“*

<sup>687</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 104: „*Have not you done the greatest thing, and now stumble at the less? How you can justify all you have done, if you are not a Parliament called in as good a manner as could be, admits no Answer“*

<sup>688</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 104: „*'Tis strange we should be here a month, and now question whether we are a Parliament. If we are called by all the power of England a Parliament, then certainly we are so. Taking it for granted that you could not have such a Writ as is usual, can you be better called?“*

<sup>689</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 104f.: „*[...] If you say you are no Parliament, you immediately pass Judgment against yourselves; you make yourselves the greatest fools, and something else, and act like children; you have acted without call, and all you have done is void. [...]*“

<sup>690</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 105: „*I would encourage and assist this King that desires to live with Parliaments. Leave him not alone six Weeks, but let it not be upon your Books that there is any Question upon this matter“*

<sup>691</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 105: „*I am fully satisfied that you are a Parliament. For the honour of the House, declare you are a Parliament; though not for the honour of those that opposed it, yet for yours. If you consider the Prince's Advice, in his Letter, he described a Parliament; whoever denies us to be a Parliament, denies there is either King, or Lords, and Commons. [...]*“

Blicke man in die Einberufungsschreiben dieser Versammlung, dann sähe man, daß sie nicht den üblichen Einberufungsschreiben entsprächen, die freie und rechtmäßige Parlamente konstituierten. Man solle also alles für die Versammlung eines Parlaments vorbereiten<sup>692</sup>. In der im Ausschuß geführten zweitägigen Debatte hatte sich in den unterschiedlichen Argumenten gezeigt, wie weit die Ansichten über den Charakter der Konvention auseinandergingen. Der Unterhausausschuß einigte sich aber schließlich auf einen Beschluß. Dieser erklärte die gegenwärtige tagende Versammlung der Lords und Commons zum Parlament<sup>693</sup>. Das Unterhaus stimmte dem Beschluß des Ausschusses zu. Die zweite Unterhauslesung der Gesetzesvorlage der Lords folgte unmittelbar danach noch an diesem Tag, genauso wie die erneute Übertragung an den Ausschuß, der zwei Zusätze („*Amendements*“) erarbeitete. Der ergänzte Beschluß wurde dem Unterhaus zur erneuten Abstimmung vorgelegt (22.02.1689), dreimal gelesen und vom Unterhaus angenommen, um anschließend an die Lords mit der Bitte um Zustimmung übersandt zu werden. Die Lords lasen den Unterhausbeschluß mit den Ergänzungen, berieten an diesem Tag noch darüber im Ausschuß (22.02.1689) und gaben am nächsten Tag (23.02.1689) ihre endgültige Zustimmung. Damit waren innerhalb kürzester Zeit alle Bedingungen zur Annahme des Gesetzes erfüllt. Die noch fehlende Zustimmung des Königs und der Königin zu diesem so wichtigen Gesetz ließ nicht auf sich warten, erfolgte sie doch direkt nach den Lords in der vorgeschriebenen Weise unter persönlicher Anwesenheit von Wilhelm und Mary mit der Formel „*Le Roy et la Reyne le veulent*“<sup>694</sup>. Das Gesetz betonte ausdrücklich zweimal, daß das „*Convention Parliament*“ als rechtmäßiges Parlament zu betrachten sei, obwohl die üblichen Einberufungsschreiben nicht vorgelegen haben. Dies unterstreicht einerseits die Unsicherheit über die Rechtmäßigkeit des „*Convention Parliament*“ und das Bedürfnis nach Rechtssicherheit. Es zeigte darüber hinaus auch, daß der Beschluß eines Parlaments, und als solches betrachtete sich die „*Convention*“, und zwar auch auf ausdrücklichen

---

<sup>692</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 105f.: „[...] *I believe those who sent me hither, have given me no such Authority. I believe we are well chosen, but only for a particular purpose; which purpose we have accomplished. I am afraid, if Gentlemen look into the Returns by which they sit, they will find they have no such form as the old Returns, [and reads his own Return] which is thus, "according to the annexed Order and Letter," which is in order to call a free and legal Parliament. [...] sit and prepare Matters for another Parliament*“

<sup>693</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 106: „*Resolved, That it is the Opinion of this Committee, That the Lords Spiritual and Temporal, and the Commons, now sitting at Westminster, are a Parliament*“

<sup>694</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, S. 107f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 135; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 31–34; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 130–132 [über den Inhalt der „*amendments*“ liegen keine Aufzeichnungen vor]; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 277

Wunsch Wilhelms von Oraniens, als höchste Autorität überhaupt anzuerkennen sei. Und diese höchste Autorität bestand aus König, Lords und Commons als Bestandteile der Mischverfassung des *“King-in-Parliament”*<sup>695</sup>.

**Schriften zur Rechtmäßigkeit des *“Convention Parliament”*** zeigen, daß sich die Debatte keineswegs auf das Parlament beschränkte: **Der anonym veröffentlichte zweiseitige Druck *„A seasonable memento“* (1689)** machte besonders früh auf die fehlende Rechtmäßigkeit der „Convention“ aufmerksam. Die Schrift rief die Wähler zur Achtsamkeit bei der Wahl der *“Convention”* auf und gab entsprechende Ratschläge für die Wahl der Abgeordneten. Denn die „Convention“ sei zwar kein echtes Parlament, weil die entsprechenden Qualifikationen dafür fehlen würden. Eine falsche Besetzung der „Convention“ würde aber dennoch ein großes Unheil für die Nation bedeuten<sup>696</sup>. **Der kurze, zweiseitige Druck *„A short history of the Convention“* (1689)** nahm es sich zur Aufgabe, die Geschichte des *„Convention Parliament“* zu referieren. Eingangs wies der anonyme Autor ausdrücklich darauf hin, nicht auf die Entstehung der „Convention“ eingehen zu wollen. Den Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Versammlung als echtes Parlament gab er aber unverhohlenen Ausdruck. Dieses sei ohne Ermächtigungsgrundlage einberufen und die Abgeordneten nicht ordnungsgemäß gewählt worden<sup>697</sup>.

**Der anonym veröffentlichte vierseitige Druck *„The present Convention a Parliament“* (1688)** diene als Rechtfertigungsschrift zur Darlegung, weshalb das *„Convention Parliament“* trotz anerkannter offenkundiger rechtlicher Mängel als echtes Parlament zu bewerten sei. Die Schrift legte in sechs Gründen dar, weshalb es nicht auf die Formalität der Einberufung eines Parlaments

---

<sup>695</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, An Act for Removing and Preventing all Questions and Disputes, 1689: *„For preventing all Doubts and Scruples which may in any wise arise concerning the Meeting, Sitting, and Proceeding of this present Parliament; [...] that the Lords Spiritual and Temporal and Commons convened at Westminster [...] are The Houses of Parliament, and shall be, and hereby Declared, Enacted and Adjudged to all Intents, Constructions and Purposes whatsoever, Notwithstanding any want of writs of Summons, or any other defect, form, or default whatsoever, as if they had been summoned according to the usual form [!]. Provided always, and be it Declared, That this present Parliament may be Dissolved after the usual maner, as if the same had been summoned and called by writ“*

<sup>696</sup> Anonymus, A seasonable memento to all the electors of knights, citizens & burgesses of England, For the approaching Convention to meet the 22. of this instant January, 1689, Early English Books Online (EEBO) C26:1[29], London, 1689, S. 1: *„And tho this Convention be not a Parliament ipso facto, in full Sanction and legal Parliamentary qualifications, yet I am sure the consequence of that assembly seems to call for all our care and prudence in the choice of fit men to fill it up, and an Error in that Convention will be very mischievous to the Nation“*

<sup>697</sup> Anonymus, A short history of the convention: or, New christned Parliament, Early English Books Online (EEBO) C3:1[9], London, 1689, S. 1: *„I shall not entertain the World with shewing how Unwarrantably it was called, and how Irregularly many of its Members were chosen; but shall leave its birth and infancy, and begin my Reflections where that has begun to Act in its politick Capacity“*

durch königliche Einberufungsschreiben ankomme. Interessant ist die Betonung des **Repräsentationsprinzips**. Angesichts der Zeitumstände komme es vielmehr darauf an, daß die ordnungsgemäße gewählten Abgeordneten als Repräsentanten der Nation handlungsfähig seien<sup>698</sup>. Bei den angeführten sechs Gründen handelt es sich um historische Präzedenzfälle, in denen Volksversammlungen bzw. Parlamente Monarchen und Regentschaftsregierungen bestellten. Genannt wurde die Praxis der Angelsachsen, die Wahl Heinrichs I. und Stephans I. sowie der Regentschaftsregierungen Richards I. und Heinrichs III.<sup>699</sup> Der Autor zog aus den historischen Beispielen den Schluß, daß königliche Einberufungsschreiben für Parlamente gar nicht wesentlich seien. Vielmehr sei das Volk durch das Recht und die alte Verfassung dazu berechtigt, sich in parlamentarischer Weise auch ohne Einberufungsschreiben zu versammeln, um die öffentlichen Angelegenheiten der Nation zu regeln<sup>700</sup>. Übertragen auf die *“Convention”* heißt das für den Autor, daß diese sich parlamentarische Befugnisse nehmen dürfe. Aber auch dieser Autor kann nur von parlamentarischen Befugnissen sprechen, denn der letzte Satz verdeutlicht endgültig, daß Gesetze nur gemeinsam mit dem Monarchen verabschiedet werden können. Ein legales Parlament sei man eben nur gemeinsam mit dem König, auch wenn die Versammlung auf der Grundlage des alten Rechts und der Verfassung die Befugnisse haben solle, den König zu bestimmen<sup>701</sup>.

**Die achtzehnteitige anonyme Schrift *“A Discourse concerning the nature, power, and proper effects of the present conventions in both kingdoms called by the Prince of Orange in a letter to a friend”* (1689)** bringt den Kern der Kritik an der von Wilhelm von Oranien berufenen *“Convention”* schon in den ersten Sätzen zur Sprache. Man wisse schlichtweg nicht, aufgrund welcher Autorität diese Versammlung einberufen, welcher Natur sie sei und welche Macht sie habe. Die

---

<sup>698</sup> Anonymus, *The present convention a Parliament*, Early English Books Online (EEBO) C3:2[181], London, 1688, S. 1: *„That the formality of the King’s Writ of Summons is not so essential to an English Parliament, but that the Peers of the Realm, and the Commons, by their Representatives duly elected, may legally act as the great Council and representative Body of the Nation, though not summon’d by the King, especially when the circumstances of the time are such, that such Summons cannot be had, will (I hope) appear by these, following observations”*

<sup>699</sup> ANONYMUS, *The present convention a Parliament*, 1688, S. 1ff.

<sup>700</sup> ANONYMUS, *The present convention a Parliament*, 1688, S. 3: *„I inferr from what has been said, that Writs of Summons are not so essential to the being of Parliaments, but that the People of England, especially at time when they cannot be had, may by Law, and according to our old Constitution assemble together in a Parliamentary way without them, to treat of and settle the Publick affairs of the Nation”*

<sup>701</sup> ANONYMUS, *The present convention a Parliament*, 1688, S. 4: *“Hence I inferr that the present Convention, may, if they please, assume to themselves a Parliamentary Power, and in conjunction with such King or Queen as they shall declare, may give laws to the Kingdom as a legal Parliament”*

„*Convention*“ sei nicht in der Lage, irgendetwas verbindlich oder in berechtigter Weise zu regeln<sup>702</sup>. Genau diese Ansicht aber will der Autor entkräften und zeigen, daß die „*Convention*“ eine ihr eigene Macht entfalten könne. Dazu soll die Rechtsnatur der „*Convention*“, ihre Befugnisse und die Grundlage ihrer Einberufung untersucht werden<sup>703</sup>. Die Ausführungen beginnen mit der Rechtsnatur der „*Convention*“. Alle Staatswesen beruhen auf zwei ausdrücklich oder stillschweigend geschlossenen Verträgen oder Vereinbarungen<sup>704</sup>. Der eine Vertrag („*Popular Contract*“) wird zwischen den Familienverbänden geschlossen, wodurch sie sich zu einem politischen Körper verbinden („*Body politic*“). Der andere Vertrag („*Rectoral Contract*“) wird zwischen der höchsten Macht („*Sovereign Power*“) und dieser politischen Körperschaft geschlossen, wodurch Staat und Regierung entstehen („*Commonwealth and Government*“). Die souveräne Macht regiert das Volk und beschützt all seine Rechte, wofür diese zu gehorsamen Untertanen werden („*they become Subjects obliged to obey*“)<sup>705</sup>. Historische Ausführungen von biblischen Zeiten bis zu den Persern, Griechen und Römern begleiten die Vertragstheorie<sup>706</sup>.

Nach den Ausführungen zur Rechtsnatur der „*Convention*“ folgen Überlegungen zu den Befugnissen der Versammlung. Die „*Convention*“ bestehe aus den Repräsentanten, die sich später zum politischen Körper zusammengeschlossen haben („*Representatives of the Body Politick*“), welcher danach in den „Herrschaftsvertrag“ eingetreten sei<sup>707</sup>. Die „*Convention*“ beanspruche dementsprechend keine Gesetzgebungs-, Rechtssprechungs- und Besteuerungsmacht<sup>708</sup>. Die Repräsentanten der „*Convention*“ sind vielmehr ursprünglicher, nicht untergeordneter Vertragspartner<sup>709</sup>. Als solcher haben sie das ursprüngliche Recht zur Beratung und zum Beschluß, wie weit sie durch den Vertrag verpflichtet werden sollen und ob der gegenwärtige König den Vertrag beachtet oder gebrochen hat. In der gegenwärtigen Situation nach der Flucht Jakobs II. und der Intervention Wilhelms von Oranien gehe es um die Beurteilung der Verfassung, Gesetze und

---

<sup>702</sup> Anonymus, A Discourse, concerning the nature, power, and proper effects of the present conventions in both kingdoms called by the Prince of Orange in a letter to a friend, Early English Books Online (EEBO) 529:04, London, 1689, S. 1: “[...] *not knowing by what authority they are called, or what their Nature and Power can be [...] and thereby they can be capable to do nothing Authoritatively or warrantably [...]*“

<sup>703</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 1: „*For the Conventions can most properly explicate their own Power*“

<sup>704</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 1: „[...] *two contracts or agreements, Express or Tacit, by Word, or Deed*“

<sup>705</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 1f.

<sup>706</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 2–6

<sup>707</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 6: „[...] *are Representatives of the Body Politick of the respective Kingdoms, such as might have been before these Bodies Politick, entered in a Rectoral Contract*“

<sup>708</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 6f.: „[...] *will claim no Power to make Laws, to judge Persons, or to impose Taxes*“

<sup>709</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 7: „[...] *they are the Parties Contractors [...] unsubordinate; for they were not Subjects in that Contract, nor their Kings Sovereigns, but by and after that Contract*“

Freiheiten<sup>710</sup>. Detaillierte Ausführungen zu den Befugnissen der Versammlung in direkter Reaktion auf die tyrannische Herrschaft Jakobs II. folgen, die in dem Vorwurf gipfeln, daß dieser den ursprünglichen Herrschaftsvertrag gebrochen habe. Aus dem Bruch des gegenseitigen Vertrages folge entweder, daß der Vertragsbrüchige nicht mehr weiter herrschen dürfe oder, daß überhaupt keine vertragliche Bindung mehr bestehe, so daß der Vertragspartner sich für frei erklären könne<sup>711</sup>. Als ursprüngliche Versammlung der Repräsentanten des Volkes gehen die Befugnisse der „*Convention*“ über die eines regulären Parlaments hinaus, welches die Verfassung nicht ohne Ermächtigung des politischen Körpers ändern könne<sup>712</sup>.

Abschließend kommt der Autor zur Frage der Einberufung der „*Convention*“. Für ursprüngliche Versammlungen, welche den Herrschaftsvertrag und die Verfassung bestimmen, gebe es keine und könne es gar keine Bestimmungen zur Einberufung geben, da sie selbst am Anfang stünden. Sie sind rechtmäßige Versammlungen, unabhängig davon wie sie zustande gekommen sind, weil sie sonst gar nicht möglich, aber unbedingt notwendig seien<sup>713</sup>. Dies gilt für das Aussterben einer Dynastie, für die Minderjährigkeit des Thronfolgers, für den Fall des Wahnsinns oder für die Aufgabe der Herrschaft. In keinem dieser Fälle könne ein Parlament berufen werden. Ein Parlament müßte erst von einem Protektor oder Regenten einberufen werden, der wiederum von einer „*Convention*“ zu bestimmen sei. Ein Protektor sei aber nicht zu bestimmen, solange der König noch lebe. In dieser Lage müsse sich eine „*Convention*“ entweder selbst für völlig frei erklären oder seine Mitglieder bleiben Untertanen des Königs. Es gebe keine Lösung dazwischen<sup>714</sup>.

**Die ebenfalls anonyme, siebenseitige Druckschrift „*Qu. Whether the King, Lords and Commons now assembled, be a legal Parliament, and may act as such?*“ (1689)** argumentiert mit dem Staatsnotstand. Ein Parlament sei jetzt notwendig, um die Thronvakanz festzustellen, denn im Fall einer Thronvakanz bestehe die sofortige Notwendigkeit zur Regelung der Regierung, besonders dann, wenn die königlichen Einberufungsschreiben zerstört, das Große Staatssiegel fortgeschafft und die öffentliche Justiz zum Erliegen gekommen sei. Es müssen jetzt Gelder bewilligt werden,

---

<sup>710</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 7

<sup>711</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 7–16

<sup>712</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 16f.: „*These Conventions have yet a further Power and Use: That seeing the ordinary Parliamentary Power can alter nothing in the Constitution, without a further Warrant from the Body Politick*“

<sup>713</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 17: „*But there is no determination of the calling or meeting of these extraordinary Conventions; and therefore whatever way they meet, they are valid, otherwise they are not possible; and yet they are in many cases undeniably necessary [...]*“

<sup>714</sup> ANONYMUS, A Discourse, 1689, S. 17f.

damit nicht die ganze Regierung scheitert<sup>715</sup>. Zentrales Argument neben der Notwendigkeit ist die breite Grundlage der „*Convention*“ von 1689 verglichen mit der „*Convention*“ von 1660. Dreihundert Unterhausabgeordnete, sechzig Lords, der Bürgermeister und die Gemeindevertreter Londons seien dem Aufruf Wilhelms von Oraniens gefolgt, sich zu versammeln und sie beauftragten ihn, die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln und Einladungsschreiben („*Circular Letters*“) zur Wahl eines Parlaments auszustellen<sup>716</sup>. Schließlich sei der Notstand gegenwärtig (1689) größer als zum Zeitpunkt des ersten „*Convention Parliament*“ (1660). Damals herrschte überall Friede, während England jetzt in größter Gefahr sei<sup>717</sup>. Der Autor der Schrift argumentiert auch in Bezug auf die Einberufungsschreiben nicht rechtlich, sondern rein faktisch. Gewöhnliche Einladungsschreiben und königliche Einberufungsschreiben würden sich nur dem Namen nach unterscheiden. Im Kern seien sie dasselbe. Eine rein nominalistische Auffassung, die den normativen Charakter des Einberufungsaktes bestreitet und zur normativen Kraft des Faktischen aufruft<sup>718</sup>.

**Die vierseitige Schrift „*A Debate upon the quaerie*“ (1689)** will auch die Frage klären, ob die „*Convention*“ ein rechtmäßiges Parlament sei. Zur Beantwortung dieser Frage müsse aber zuerst geklärt werden, aus welchen Bestandteilen ein Parlament zusammengesetzt sei<sup>719</sup>. Dieses bestehe aus dem König und den drei Ständen<sup>720</sup>. Nach Sir Edward Coke seien die drei Stände durch königliche Schreiben einzuberufen. Dem „*Convention Parliament*“ wurde deshalb abgesprochen,

---

<sup>715</sup> Anonymus, *Whether the King, Lords and Commons now assembled, be a legal Parliament, and may act as such?*, Early English Books Online (EEBO) 2368:03, Edinburgh, 1689, S. 1: „*The necessity of a Parliament agreed by the Lords and Commons Voting, that the Throne is Vacant; for there being a Vacancy, there follows an immediate necessity of settling the Government, especially the Writs being destroyed, and the Great Seal being carried away, put a period to all publick Justice, and then there must be a supply by such means as necessity requires, or a failure of Government*“

<sup>716</sup> ANONYMUS, *Whether the King, Lords and Commons now assembled*, 1689, S. 1ff.

<sup>717</sup> ANONYMUS, *Whether the King, Lords and Commons now assembled*, 1689, S. 4

<sup>718</sup> ANONYMUS, *Whether the King, Lords and Commons now assembled*, 1689, S. 5: „*A Summons in all points is of the same real force as a Writ, for a Summons and a Writ differ no more than in name, the thing is the same in all Substantial parts*“

<sup>719</sup> Anonymus, *A Debate upon the quaerie, Whether a king elected and declared by the Lords spiritual and temporal, and Commons assembled at Westminster 22 of January 1688, coming to and consulting with the said Lords and Commons, doth not make as compleat a Parliament and legislative power and authority to all intents and purposes, as if the said king should cause new summons to be given and new elections to be made by writs*, Early English Books Online (EEBO) 179:09, London, 1689, S. 1: “[...] *the present business being to find out and discover the substantial and real parts of a Parliament [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. IX-XIV (Appendix II)

<sup>720</sup> ANONYMUS, *A Debate upon the quaerie*, 1689, S. 1: „*Kings Majestie*“, „*Lords Spiritual*“, „*Lords Temporal*“ und „*Commons of the Realm*“



ein Parlament sein<sup>721</sup>. Der Autor argumentierte, daß in außergewöhnlichen Fällen, für die es keine direkten Beispiele gebe, auf Analogien zurückgegriffen werden müsse<sup>722</sup>. Die Thronvakanz sei ein solcherart gelagerter Fall. In Erbmonarchien falle das Recht zur Bestimmung des Thronfolgers und der Verfassung an das Volk zurück, wenn der Monarch ohne Erben stirbt. Genauso verhalte es sich, wenn ein König sein Amt aufgebe, verwirke oder im Stich lasse, wodurch der Thron vakant werde. In solchen Fällen dürfen die Stände einen neuen König oder Regenten ernennen<sup>723</sup>. Genauso sei es im Falle von Jakob II. gewesen. Eine entsprechende Versammlung der Stände habe sich an Wilhelm von Oranien gewandt, damit dieser Einladungsschreiben für eine Versammlung am 22. Januar verschicke. Nachdem diese Versammlung Wilhelm und Mary zum König und zur Königin erklärt hatte, was sollte der Versammlung da noch fehlen, um ein vollständiges Parlament zu sein? Zur Essenz eines Parlaments fehle es der Versammlung an nichts<sup>724</sup>. Daß es sich bei der Argumentation um eine reine Behauptung handelte, zeigt sich darin, daß der Autor dazu gezwungen war, wenn auch widerwillig, zwischen der rechtlichen und faktischen Rechtsstellung Wilhelms von Oraniens und Jakobs II. zu unterscheiden. Es gäbe Einberufungsschreiben und Einladungsbriefe, der Unterschied sei aber belanglos, da beide dasselbe Ergebnis haben<sup>725</sup>. Außerdem schade es rein gar nicht, daß Wilhelm zum Zeitpunkt der Verschickung der Briefe nicht König gewesen sei, da er es war, der die Regierung faktisch in Händen hielt<sup>726</sup>. Historische Beispiele werden vom Autor angeführt, um zu zeigen, daß zahlreiche für echt befundene Parlamente weniger Recht hatten, als solche bezeichnet zu werden, als die Versammlung vom 22. Januar. Das „*Convention Parliament*“ von 1660 diene als weiterer Nachweis einer Versammlung, die als echtes Parlament zu gelten habe („*adjudged a Parliament*“). Allerdings verwies der Autor auch darauf, daß das anschließende Kavalierparlament die von der „*Convention*“ verabschiedeten Gesetze bestätigte, aber nicht aus

---

<sup>721</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 1: „*But the Lords and Commons assembled at Westminster 22 of January 1688 were not summoned hither by the Kings Writ, and therefore [...] cannot be a Parliament*“

<sup>722</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 2: „[...] *we must take our directions from the Resolutions and Practices in such cases as come nearest and are most like to them*“

<sup>723</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 2: „*In like manner, it is where a King doth abandon, forsake or desert his Government [...] whereby the Throne is become vacant; in such a case, the Estates of such a People may appoint another King or Governor*“

<sup>724</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 2: „[...] *what is wanting in that Assembly to make them a full and compleat Parliament; or what can be had more than is in this Convention of King, Lords and Commons, if the said King should issue out Writs for calling a new Parliament? Certainly nothing more can be had material to the essence of Parliament*“

<sup>725</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 2: „[...] *the difference of the Lords and Commons being called by Writ or by Letter is nothing material since both writ and letter are to the same effect [...]*“

<sup>726</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 2f.: „*The Prince of Orange's not being King at the time of his sending forth his Letters matters not, for he was the person to whom the administration of the government was then committed*“

Notwendigkeit, sondern um Zweifel daran zu beseitigen<sup>727</sup>. Nach Ansicht des Autors mache es schlicht keinen Unterschied, ob der König zu den bereits versammelten Lords und Unterhausabgeordneten komme oder er diese einberufe, daß sie zu ihm kommen. Die „*Convention*“ sei entsprechend ein gutes Parlament<sup>728</sup>.

**Die Schrift „*Some observations concerning the regulating of elections for Parliament*“ (1689)** weist im Untertitel darauf hin, daß es sich hier um einen Text aus dem Nachlaß des Earl of Shaftesbury handeln solle. Shaftesburys Betrachtungen seien zur Beurteilung des gegenwärtigen Parlaments ausdrücklich empfohlen. Als Druckort und Jahr wird London 1689 angegeben. Die Schrift umfaßt vierzehn Druckseiten<sup>729</sup>. Das Parlament wird eingangs in vielfältiger Weise gepriesen, um seine herausragende Stellung im Gefüge der englischen Verfassung zu verdeutlichen. Dem Parlament wird die oberste und absolute Autorität zugemessen<sup>730</sup>. In der Abwehr der Patronagepolitik und Korruptionspraxis des „*Parliamentary Management*“ der Regierung sieht der Autor die spezifische Aufgabe des Parlaments. Parlamente seien mit so viel Sorgfalt und Umsicht zusammengesetzt worden, um das Parlament zu stärken, Bollwerke und Rampen zu errichten, daß auch die heftigsten Angriffe aus Betrug und Korruption nichts anhaben<sup>731</sup>. Der Autor kommt dann zur Frage der Einberufung des Parlaments. Hier wird das **Repräsentationsprinzip** als Fundamentalrecht des Volkes propagiert. Anfangs habe man zwar geglaubt, daß das Privileg zur Entsendung von Repräsentanten in das Parlament vom König abgeleitet sei, weil er Einberufungsschreiben verschickt habe. In Wirklichkeit aber sei es ein natürliches und

---

<sup>727</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 3: „*but indeed most or all of those acts were afterwards confirmed by a subsequent Parliament convened by the Kings Writs in May 1661. But that Confirmation, according to many good judgments, was rather to satisfy some scrupulosity than out of necessity*“

<sup>728</sup> ANONYMUS, A Debate upon the quaerie, 1689, S. 4: „*I can see no material difference as to the making of a parliament, whether the King come to the Lords and Commons being assembled together, and joyn with them, or the King by his Writ or Letters call them to him*“

<sup>729</sup> Anonymus, Some observations, concerning the regulating of elections for Parliament, Found among the Earl of Shaftesbury's papers after his death, and now recommended to the consideration of this present Parliament, Early English Books Online (EEBO) 297:16; 2575:01, London, 1689 mit vierzehn Druckseiten und Textbeginn auf Seite 5; die Schrift befindet sich auch, in: COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. I-VIII (Appendix I)

<sup>730</sup> ANONYMUS, Some observations, 1689, S. 5f.: „*The Parliament of England is that Supreme and absolute Power, which gives Life and Motion to the English Government*“, „*Parent of our Peace*“, „*Defender of our Faith*“, „*Foundation of our Properties*“, „*Constitution of this Great Spring, and Primum Mobile of Affairs*“

<sup>731</sup> ANONYMUS, Some observations, 1689, S. 6: „*This Great Council [...] was constituted with sufficient prudence and caution [...] most especially in matters [...] as is the settling and fortifying our Parliament, so to erect its Bulwarks and Rampiers, that the most vigorous Attacks of Fraud and Corruption may make no Breaches or Inrodes upon it*“

fundamentales Recht des Volkes<sup>732</sup>. Der Autor könne nicht bestätigen, daß die königliche Prerogative sich auf die Gewährung des Wahlrechts erstreckte, denn einige Rechtsgelehrte erachten hierfür einen Parlamentsakt für zwingend erforderlich. Mehrere Gesetze bestätigen, daß Angelegenheiten des Parlaments nur vom Parlament geregelt werden können, wozu auch das Recht zur Entsendung von Abgeordneten gehöre. Dies wäre völlig unnötig, wenn der König das Wahlrecht ganz alleine gewähren könnte<sup>733</sup>. Der Autor zieht daraus den Schluß, daß es sehr gefährlich sei, dieses Recht im König allein zu verorten, weil er damit im Endeffekt sein eigenes Parlament wähle<sup>734</sup>. Auf den restlichen Seiten der Schrift, die über die Hälfte der Gesamtlänge ausmachen, unterbreitet der Autor zahlreiche Vorschläge zur Verhinderung des „*Parliamentary Management*“ der Regierung mittels Patronage und Korruption<sup>735</sup>. Als Ziel seiner Bemühungen schwebt dem Autor ein Parlament als perfekte Repräsentation des ganzen Volkes vor, ohne Sonderinteressen oder Faktionen, ohne Ämterpatronage, ohne unfaire Wahlen, ohne zweifelhafte Wahlergebnisse, ohne Manipulationen der Wahlbezirke, ohne Korruption, Bestechung und Ausschweifungen<sup>736</sup>.

**Die zweite Sitzung des „*Convention Parliament*“** (23.10.1689-27.01.1690)<sup>737</sup> begann nach der Krönung (11. April 1689), zwei Adjournements (am 20.08.1689 auf den 20.09.1689 und den 19.10.1689) und einer Prorogation (am 21.10.1689 auf den 23.10.1689)<sup>738</sup>. **Eine Debatte zur Wiedereinführung eines „*Triennial Act*“** fand im Oberhaus während der zweiten Sitzung des „*Convention Parliament*“ statt (18.11.1689-21.01.1690), nicht aber im Unterhaus. Im Oberhaus

---

<sup>732</sup> ANONYMUS, *Some observations*, 1689, S. 7: „*It seems then reasonable to believe, that Priviledge of sending Representatives to Parliament, though grounded upon a Natural and Fundamental Right in the People, was at first immediately derived from the King [...] we find him sending his writs [...] Elections were accordingly made, and Representaives returned to Parliament*“

<sup>733</sup> ANONYMUS, *Some observations*, 1689, S. 7f.: „*That the Kings Prerogative does still extend to grant this Franchise [...] I cannot affirm, because some Learned in the Law assure us it cannot be legally done, but by Act of Parliament. [...] It is certain, that Parliamentary matters were never settled otherwise than by Act of Parliament as appears by several Statutes [...] we also find the priviledge of sending members to Parliament [...] by Act of Parliament, which had been unnecessary, could the King alone have granted it by any other Method*“

<sup>734</sup> ANONYMUS, *Some observations*, 1689, S. 8: „*It is moreover a thing of very dangerous consequence, to have such a Power lodged in the King alone [...] which would be in effect to choose his own Parliament [...]*“

<sup>735</sup> ANONYMUS, *Some observations*, 1689, S. 11–18

<sup>736</sup> ANONYMUS, *Some observations*, 1689, S. 18: „*By this Method the Parliament will be a perfect Representative of the whole Body of the People [...] Here can be no partial acts made by separate Interests or Factions [...] No pensionary Members; no unfair Elections; No foul Returns; no Petitioners kept in Attendance till a Dissolution; no Quo Quarrantos [...]; no room for Corruption, Bribery and Debauchery [...]*“

<sup>737</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93)*, 1802, S. 271; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91)*, 1767, S. 319

<sup>738</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93)*, 1802, S. 85; COBBETT, *The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702)*, 1809, S. 215f.

beriet man darüber im Zeitraum vom November 1689 bis Januar 1690 (am 18.11.1689, 19.11., 25.11., 7.12, 17.12.168 und am 21.01.1690)<sup>739</sup>. Man debattierte außerdem die Verabschiedung der „*Bill of Rights*“ („*Act, declaring the Rights and Liberties of the Subject, and settling the Succession of the Crown*“) am 16.12.1689<sup>740</sup>. Die Gesetzesvorlage zum revidierten „*Triennial Act*“ schaffte es in die zweite Lesung, gelangte aber nicht ins Unterhaus. Über die Debatte liegen keine Aufzeichnungen vor, weder in „*Grey's Debates*“ noch in Cobbetts „*Parliamentary History*“. Das Schweigen darüber könnte bedeuten, daß überhaupt keine Aufzeichnungen im Oberhaus angefertigt wurden, weil kein Interesse bestand oder gemachte Aufzeichnungen unterdrückt wurden, weil sie zu brisant waren oder niemand die gerade wiederhergestellte Ordnung gefährden wollte. Wilhelm von Oranien dürfte selbst kein Interesse gehabt haben, seine Befugnisse als König weiter einschränken zu lassen. Nach der letzten Beratung am 21.01.1690 kam es nur wenige Tage später zur Prorogation am 27.01. auf den 02.04.1690. Das „*Convention Parliament*“ wurde aber zuvor am 6. Februar 1690 durch königliche Proklamation vorzeitig aufgelöst<sup>741</sup>. Das neue, sich am 20. März 1690 versammelnde Parlament (1690-95) sollte die ungeregelt gebliebenen Maßnahmen gegen willkürliches Regierungshandeln dann regeln. Gegen Danbys Berufung und sein erneutes „*Parliamentary Management*“ formierte sich eine neue „*country opposition*“, welche die Verabschiedung des dritten „*Triennial Act*“ von 1694 zur Verhinderung überlanger Parlamente gegen den Widerstand der Krone durchsetzte<sup>742</sup>.

### III. Zusammenfassung

Die „*Convention Parliaments*“ (1660 und 1689) wurden in ihrer Rechtmäßigkeit angezweifelt, weil sie nicht in regulärer Art und Weise durch königliche Einberufungsschreiben („*writs of summons*“) versammelt worden waren. Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments war, wie in Kapitel B beschrieben, sowohl 1660 als auch 1689 Teil der königlichen Prerogative. Beide „*Convention Parliaments*“ standen vor enorm großen Herausforderungen. Es ging einerseits um die Restauration der Monarchie nach Bürgerkrieg und Republik (1660) und andererseits um die Wiederherstellung staatlicher Ordnung nach dem Sturz eines tyrannisch regierenden Königs (1689). Trotz der fehlenden Rechtmäßigkeit der Einberufung trafen die „*Conventions*“ staatsrechtliche Entscheidungen besonderer Tragweite. Die Debatten in den „*Conventions*“ und außerhalb in öffentlichen Druckschriften zeigen die Auseinandersetzungen um

---

<sup>739</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 345–429

<sup>740</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 372f.

<sup>741</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 427–429; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 345

<sup>742</sup> JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 255

die Rechtmäßigkeit ihrer Einberufungen und sie lassen erkennen, daß ihre Legitimität durch den Streit erheblich eingeschränkt war. Das „*Convention Parliament*“ von 1660 konnte sich angesichts der eigenen Position nicht erlauben, grundsätzliche Fragen zur königlichen Prerogative oder zum Verhältnis von Parlament und König zu stellen. Aber auch Karl II. mußte Rücksicht nehmen, auf vielerlei Gruppierungen und Empfindlichkeiten. Für beide „*Conventions*“ galt, daß sie nur gemeinsam mit dem Monarchen effektiv agieren konnten, das Zusammenwirken im Sinne der Mischverfassung unbedingt geboten war.

Die Schriften zum „*Convention Parliament*“ von 1660, die vor der Versammlung veröffentlicht worden waren, um auf die Einberufung und Zusammensetzung Einfluß zu nehmen, lassen die Gesinnung ihrer Verfasser als Royalisten oder Republikaner klar erkennen. Daneben gab es aber auch Schriften, deren Autoren Verfechter der gemäßigten Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ waren. Darüber hinaus gab es Druckschriften zum Parlamentsverfahren und zur –wahl, da nach Bürgerkrieg und Republik offenkundig Aufklärungsbedarf bestand. Der streng royalistisch, am Gottesgnadentum orientierten und parlamentsfeindlichen Schrift „*For your most sacred MATie*“ (1660) von William Cavendish, Duke of Newcastle, kam besondere Bedeutung zu („*There is nothinge better then to govern by well regulated parlamentts [...]*“), weil der Verfasser als ehemaliger Erzieher des späteren Karl II. erheblichen Einfluß auf die Einstellung des Königs zum Parlament gehabt haben dürfte. Die republikanische Gesinnung und Sichtweise zeigt sich exemplarisch in James Harringtons Schrift „*The Rota*“ und in der anonym veröffentlichten Schrift „*A letter intercepted*“. Die Schriften von James Howell („*Philanglus*“), George Lawson („*Politica sacra & civilis*“) und Roger L'Estrange („*A plea for limited monarchy*“) sowie die zwei anonymen Einblattdrucke „*No king but the old kings son*“ und „*The qualifications of the succeeding Parliament*“ propagierten hingegen die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“. Die Schriften der Juristen Henry Elynsge („*The ancient method and manner of holding of parliaments in England*“) und William Hakewill („*Modus tenendi Parliamentum*“) zur Verfahrensweise des Parlaments dürften dem dringenden Bedürfnis zur Aufklärung über das Parlament gedient haben, nachdem das Land Bürgerkrieg und Republik erlebt hatte. Unmittelbar vor der Wahl und Versammlung des „*Convention Parliament*“ dürfte der anonyme Einblattdruck „*Englands heroick champion*“ publiziert worden sein, der General George Monck verherrlichte und zur Einberufung eines freien Parlaments aufrief. Roger L'Estranges Schrift „*A free Parliament*“ rief gleichermaßen zu einem freien Parlament auf. Von überragender Bedeutung war jedoch die Reaktion der ersten „*Convention*“ auf Sir William Drakes Schrift „*The Long Parliament revived*“, welche die Rechtmäßigkeit des „*Convention Parliament*“ direkt anzweifelte. Drakes Schrift zeigt, daß der in der ersten Parlamentssitzung (25. April bis 13. September 1660) verabschiedete „*Act for removing*

*and preventing all Questions and Disputes, concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“ (09. Mai 1660) die Zweifel an der Rechtmäßigkeit der „*Convention*“ nicht beseitigen konnte. Die Schrift löste eine heftige Debatte im Parlament und eine gerichtliche Untersuchung während der zweiten Parlamentssitzung aus, die zeigen, daß Drakes Kritik einen neuralgischen Punkt getroffen hatte. Wenig später wurden die Gegenschriften *“The Long Parliament is not revived”* und William Prynnes *“The Long Parliament twice defunct”* veröffentlicht, welche die Rechtmäßigkeit der *“Convention”* bestätigten. Das Bemerkenswerte am „*Convention Parliament*“ von 1660 war also, daß es im rein rechtlichen Sinne kein echtes Parlament war. Weder war das vorangehende „*Long Parliament*“ gesetzeskonform durch den König aufgelöst worden, noch wurde das „*Convention Parliament*“ mittels königlicher Ladungsschreiben („*writ*s“) einberufen. Die Ausschreibungen zur Wahl des „*Convention Parliament*“ waren vielmehr vom Langen Parlament ausgestellt worden (16.03.1660). Das „*Convention Parliament*“ war in seiner Entstehung umstritten und bewerkstelligte dennoch trotz aller Zweifel an seiner Echtheit und Legitimität die Rückkehr zur Monarchie in Form der Mischverfassung („*mixed constitution*“) des „*King-in-Parliament*“. Das Zustandekommen des Parlaments wurde aber zum Gegenstand einer aufschlußreichen, im Parlament und im zeitgenössischen Schrifttum geführten Debatte. Karl II., der nach der Hinrichtung seines Vaters einseitig von den Royalisten als neuer König anerkannt worden war, billigte der Versammlung erst nachträglich die Qualität eines Parlaments zu<sup>743</sup>.

Es war eine außerordentliche Leistung, was das erste „*Convention Parliament*“ in weniger als fünf Monaten Dauer erreichte: Wiederherstellung der Monarchie in Form der gemischten Verfassung des „*King-in-Parliament*“ bestehend aus König, Ober- und Unterhaus, Reform der Staatsfinanzen, Wiedererrichtung der Bischofskirche, Beginn des Versöhnungswerkes der zerstrittenen Nation mit dem „*Act of Indemnity and Oblivion*“ und Auflösung des stehenden Heeres mit Reintegration der

---

<sup>743</sup> Der vom Langen Parlament ausgestellte „*writ*“ zur Wahl des Konventionsparlaments verkündet lapidar, daß dieser ausreichend sei: *„Ordered by the Parliament that the Lord Chancellor, Lord Keeper or Lords Commissioners of the great Seal of England for the time being, are hereby authorized and required to cause Writs under the great Seal of England to be issued forth accordingly; and this shall be to them and every of them a sufficient Warrant in that behalf“*, in: ORDERED BY THE PARLIAMENT, The form of writs to be issued forth, 1660; FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 16; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 1st Parliament of Charles II. 1660, 2013; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 12; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 1; KLUXEN, Geschichte Englands, 1968, S. 345; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 31-33, 153; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 162; HARRIS, Restoration, 2005, S. 47; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 166, 191; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 130, 132f.; SMITH, David L., The struggle for new constitutional and institutional forms, 1992, S. 32; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 242f.; BLACKSTONE, Commentaries on the Laws of England, 1771, S. 151 begründete die Existenz des Konventionsparlaments und seine Gesetzgebungstätigkeit mit der Notwendigkeit, die über allem Recht steht: *“But this was for the necessity of the thing, which supersedes all law”*

Soldaten in das Zivilleben. Da die Restauration der Monarchie dem allgemeinen Wunsch der Bevölkerung entsprach und das Parlament diesen allgemeinen Willen der Nation durchsetzte, stellte sich das Parlament als Repräsentation der Nation dar. Das Parlament war mehr als eine vorübergehende Veranstaltung von des Königs Gnaden, es war Institution geworden. Da sich die Bevölkerung aber von der Monarchie eine Beendigung des Chaos versprach, ging auch diese gestärkt aus den Wirren der Vergangenheit hervor. Die vom Parlament wiederhergestellte Monarchie war aber nicht die Herrschaft eines Königs, sondern die Herrschaft der gemischten Verfassung des „*King-in-Parliament*“<sup>744</sup>. Das „*Convention Parliament*“ hatte jedoch weder die Kraft, da es in seiner Legitimität angezweifelt wurde, noch den politischen Willen, eine umfassende Lösung des religiösen Konflikts herbeizuführen, die Wiederherstellung der Monarchie an Bedingungen zu knüpfen und die Krone in ihren Befugnissen strenger zu limitieren. Aus der Sicht der Befürworter einer strengen Souveränitätstheorie, die in der alleinigen Souveränität und Unabhängigkeit des Parlaments Fortschritt erblickt, mag dies eine Schwäche gewesen sein. Aus der Sicht derjenigen, die Macht durch Recht begrenzt wissen wollten, und deshalb in einer gemischten Verfassung mit ausbalancierten Befugnissen und der Notwendigkeit zur Kompromissfindung keinen Makel, sondern eine segensreiche Ordnung erblicken, war es politische Klugheit. Die Erfahrungen mit der Selbstherrschaft Karls I., die zum Bürgerkrieg, zur Alleinherrschaft des Parlaments und der Armee geführt hatte, lehrten Monarchisten, Parlamentariern und Republikanern, daß die alleinige Souveränität von Krone, Parlament oder Volk nichts Gutes verheißt. Clarendon verfolgte ganz bewusst keine Politik der Stärkung der Krone auf Kosten anderer Kräfte. Eine genaue Definition der Rechte von Krone und Parlament im Rahmen der gemischten Verfassung des „*King-in-Parliament*“ unterließ man aber zugunsten einer Offenheit, die Spielraum für die Zukunft ließ, aber auch Raum für Kontroversen eröffnete<sup>745</sup>.

Die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des „*Convention Parliaments*“ von 1689 waren nicht minder groß als 1660, denn auch diesmal fehlten die königlichen Einberufungsschreiben. Während sich 1660 aber allen zur Restauration willigen Kräften in der Person Karls II. ein legitimer Thronfolger anbot, war auch dies 1689 nicht gegeben. Die Rechtmäßigkeitsdebatte erstreckte sich diesmal nicht

---

<sup>744</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 1st Parliament of Charles II. 1660, 2013; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 30f.; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 243; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 15, 34; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 138f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 225f.; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 150

<sup>745</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 1st Parliament of Charles II. 1660, 2013; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 30f.; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 243; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 15, 34; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 138f.; SMITH, The Stuart parliaments 1603-1689, 1999, S. 147; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 11f., 35; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 150

nur auf die „*Convention*“, sondern aufgrund der Flucht Jakobs II. auf alle Teile der Mischverfassung. Deshalb gehören die Debatte über die Thronvakanz und –sukzession (28.01.-12.02.1689), die „*Declaration of Right*“ (13.02.1689) und die Proklamation Wilhelms und Marys sowie der Krönungseid (13.02.1689) zu dieser Debatte, zumal dabei die Stellung des Parlaments zwangsläufig mit thematisiert wurde. Der sehr komplizierte Prozeß bis zur Ausstellung von Einberufungsschreiben durch Wilhelm von Oranien (Kapitel D. II. 2.) zeigt, in welcher heikler Lage man sich 1689 befunden hat. Die Debatte im Parlament über die Rechtmäßigkeit der „*Convention*“ gipfelte in dem „*Act for removing and preventing all questions and disputes concerning the assembling and sitting of this present Parliament*“ (23. Februar 1689) zur Beseitigung der bestehenden Zweifel an der Rechtmäßigkeit<sup>746</sup>.

## **E. Debatten zur Parlamentsdauer**

Das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments war vor der Verabschiedung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) ausschließlicher Bestandteil der königlichen Prärogative. Von der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ sprach man zwar schon seit dem Reformationsparlament Heinrichs VIII. Die Erfahrung mit der parlamentslosen Herrschaft Karls I. („*Eleven years tyranny*“ 1629-40) zeigte aber, daß der König die Mischverfassung durch Ausübung seines Prärogativrechts durch dauerhafte Nichteinberufung des Parlaments massiv gefährden, wenn nicht sogar zerstören konnte. Der erste „*Triennial Act*“ diente der Sicherung der Mischverfassung. Das Gesetz bestimmte neben der Einberufung des Parlaments auch über die Parlamentsdauer. Dem ersten „*Triennial Act*“ folgten zahlreiche weitere Regelungen ähnlicher Art während der englischen Republik. Der zweite und dritte „*Triennial Act*“ (1664 und 1694), der „*Septennial Act*“ (1716) sowie die erfolglos geführte „*Standing Parliament Debate*“ spiegeln das Ringen um die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ und das königliche Prärogativrecht der Einberufung, Vertagung und Auflösung.

### **I. „*Triennial Act*“ (1664)**

**Die Krone konnte mit dem zweiten „*Triennial Act*“ (1664) das Prärogativrecht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments wieder zurückerlangen**, welches der erste „*Triennial Act*“ (1641) umfassend beschnitten hatte. Hauptprofiteur der Entsanktionierung des ersten „*Triennial Act*“ war die Krone. Gründe zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ sind deshalb primär im Bereich des „*Parliamentary Management*“ der Krone zu suchen. **Eine Betrachtung der Normierungen zur Parlamentsdauer** vom ersten „*Triennial Act*“ (1641) bis zur „*Humble Petition and Advice*“ (1657), der letzten Regelung dieser Art vor der Restauration der

---

<sup>746</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, An Act for Removing and Preventing all Questions and Disputes, 1689



Monarchie (1660), soll den Regelungsgehalt des zweiten „*Triennial Act*“ vor dem Hintergrund seiner historischen Vorgängerregelungen besser verständlich machen. Das „*Restoration Settlement*“ (1660-64) des „*Convention Parliament*“ und des „*Cavalier Parliament*“ bildet den Hintergrund zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“<sup>747</sup>.

### 1. Normierte Parlamentsdauer (1641-57)

Zum „*Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ von 1660 gehörte das Festhalten an der Reformgesetzgebung des Langen Parlaments von 1640/41. Zu den Reformgesetzen gehörten auch die beiden Gesetze zur Regelung der Parlamentsdauer, der „*Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments*“ (16 Car. I. cap. I.) vom 15. Februar 1641, besser bekannt als erster „*Triennial Act*“ und der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ (17 Car. I. cap. 7) vom 10. Mai 1641. Eine Gesetzesänderung hinsichtlich dieser beiden Gesetze zur Parlamentsdauer beschloß erst das Kavalierparlament mit dem zweiten „*Triennial Act*“ (1664). Zwischen dem ersten und dem zweiten „*Triennial Act*“ gab es aber noch zahlreiche weitere Regelungen und Überlegungen zur Parlamentsdauer während des Bürgerkrieges und der Republik, die in der Forschung kaum Beachtung gefunden haben. Zum Vergleich und zum besseren Verständnis der „*Triennial Acts*“ und der später geführten Debatten zur Tagungsdauer des Parlaments zwischen 1660 und 1716 sollen die früheren Debatten zwar nicht auch untersucht werden, eine Darstellung der früheren Regelungen erscheint aber unabdingbar. Regelungen zur Tagungsdauer des Parlaments enthielten: 1) der „*Triennial Act*“ von 1641, 2) der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ von 1641, 3) die „*Grand Remonstrance*“ von 1641, 4) die „*Nineteen Propositions*“ von 1642, 5) die „*Heads of the Proposals*“ von 1647, 6) das „*Agreement of the People*“ von 1647, 7) die „*Declaration on the Dissolution of the Long Parliament*“ von 1653, 8) das „*Instrument of Government*“ von 1654 als die erste geschriebene Verfassung Großbritanniens, 9) die revidierte Verfassung im „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth [...]*“ von 1654 und 10) das Verfassungsdokument „*The Humble Petition and Advice*“ von 1657.

**Der erste „*Triennial Act*“ vom 15. Februar 1641** („*An Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments*“, 16 Car. I. cap. I.) wurde von dem am 3. November 1640 versammelten fünften Parlament Karls I. verabschiedet, das wegen seiner noch nie

---

<sup>747</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 9: „*The prolongation of the Cavalier Parliament from 1661 until early in 1679 meant the suspension of electoral political activity, apart from the lottery of by-elections. Political power, it came to be recognized, depended on organizing the Lords and Commons. New techniques were developed of using influence, patronage and management within what was criticized as a ‚standing parliament‘*“

dagewesenen Dauer als Langes Parlament in die Geschichte einging (1640-60). Das Lange Parlament trat dem König in aller Vehemenz entgegen. So trafen zwei nicht kompromissbereite Parteien aufeinander, die das Land letztlich in den Bürgerkrieg führten. Die von der Londoner Bevölkerung ins Parlament eingebrachte „*Root and Branch Petition*“ (11. Dezember 1640) zur Einführung eines presbyterianischen Kirchenregiments nach schottischem Vorbild bekam in Form der „*Root and Branch Bill*“ zwar keine Mehrheit im Parlament. Die Anführer der Opposition waren aber entschlossen, mit dem ihrer Ansicht nach absolutistischen Regiment des Königs abzurechnen. Gegen die wichtigsten Diener des Königs, Thomas Wentworth, 1st Earl of Strafford und Erzbischof William Laud, ging man als erstes vor und inhaftierte sie (25. November 1640), um den Widerstand der Krone durch Beseitigung ihrer Führer zu brechen. Das Parlament verabschiedete zur Sicherstellung zukünftiger Parlamente den „*Triennial Act*“ (15. Februar 1641). Es regelte darin die regelmäßige Tagungsweise aller künftigen Parlamente und entzog das essentielle Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments der königlichen Prerogative. Karl I. war sich der Tragweite seiner Zustimmung zu diesem Gesetzen durchaus bewusst, verlor er dadurch doch einen wesentlichen Teil seiner Prerogative an das Parlament. Karl I. beklagte diesen Verlust wortreich in seiner berühmten Blumenmetapher: „*yielding one of the fairest flowers in my garland*“. Der König stimmte den beiden Gesetzen aber gezwungenermaßen zu<sup>748</sup>.

Der Sinn und Zweck des „*Triennial Act*“ wurde im Gesetz selbst einleitend dargelegt: Nach den Gesetzen des Landes müsse das Parlament mindestens einmal jährlich zur Behebung von Beschwerden abgehalten werden. Die Bestimmung von Versammlungsort und –zeit obliege zwar schon immer dem König und seinen Vorfahren. Die Nichtversammlung der Parlamente habe dem König, der Kirche und dem Staat aber großes Unheil und Unannehmlichkeiten verursacht. Das Gesetz diene der zukünftigen Verhinderung dieser Ärgernisse<sup>749</sup>. Der Beschreibung des

---

<sup>748</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 48; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 141–144; England and Wales, Parliament, Nineteen propositions, made by both Houses of Parliament, to the Kings most excellent Majestie vvith his Majesties answer thereunto, Early English Books Online (EEBO) 1792:28, 1642; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 722–751; vgl. „*Vpon the Bill for Triennial Parlaments*“, in: MILTON, John, Eikonoklastes, In answer to a book intit'l'd Eikon Basilike, the Portrature of his Sacred Majesty in his Solitudes and Sufferings, London, 1649, S. 41–49

<sup>749</sup> „*Whereas by the Lawes and Statutes of this Realme the Parliament ought to bee holden att least once every yeare for the redresse of grievances but the appointment of the time and place for the holding thereof hath alwaies belonged as it ought to his Majestie and his Royall Progenitors. And whereas it is by experience found that the not holding of Parliaments accordingly hath produced sundry and great mischiefs and inconveniences to the Kings Majestie the Church and Common Wealth For the p[re]vention of the like mischiefs and inconveniences in time to Come*“, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniences, 1640, S. 1f.; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages

Gesetzeszweckes folgte die eigentliche Regelung der Parlamentsdauer. Für den Fall, daß vor dem 10. September des dritten Jahres nach der letzten Sitzung des gegenwärtigen Parlaments, und genauso in der weiteren Zukunft, kein neues Parlament mittels königlicher Einberufungsschreiben versammelt worden sei, sollte sich das Parlament am üblichen Ort in Westminster den Bestimmungen dieses Gesetzes entsprechend versammeln. Die parlamentslose Zeit wurde also auf drei Jahre beschränkt<sup>750</sup>. Das Gesetz traf auch Vorsorge für den Fall fortgesetzter Vertagungen durch Prorogationen und Adjournements während der Parlamentsdauer. In diesem Fall bestimmte das Gesetz die Parlamentsauflösung mit Ablauf der drei Jahre. Dies beschränkte die Parlamentsdauer unter Einrechnung der Sitzungsunterbrechungen durch Vertagungen auf insgesamt drei Jahre<sup>751</sup>. Für die Einberufung und Versammlung des Parlaments wurde bestimmt, daß im Falle des Fehlens königlicher Einberufungsschreiben dem Lordkanzler, Lordsiegelbewahrer und den Kommissaren zur Verwahrung des Großen Staatssiegels die eigenständige Befugnis zur Ausstellung von Einberufungsschreiben gegeben sein solle, ohne dafür die Zustimmung des Königs einzuholen. Innerhalb von sechs Tagen nach besagtem 10. September und in jedem dritten Jahr sollte die

---

of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 144

<sup>750</sup> *“That in case there be not a Parliament summoned by Writt under the Great Seale of England and assembled and held before the tenth day of September which shall bee in the third year next after the last day of the last meeting and sitting in this present Parliament the beginning of the first yeare to be accompted from the said last day of the last meeting and sitting in Parliament and soe from time to time and in all times hereafter if there shall not bee a Parliament assembled and held before the tenth day of September which shall be in the third year next after the last day of the last meeting and sitting in Parliament before that time assembled and held the beginning of the first yeare to bee accounted from the said last day of the last meeting and sitting in Parliament. That then in every such case as aforesaid the Parliament shall assemble and bee held in the usuall place at Westminster in such manner and by such meanes onely as is hereafter in this present Act declared and enacted and not otherwise on the second monday which shall bee in the moneth of November then next ensueing”*, in: ENGLAND AND WALES, *An Act for the preventing of Inconveniencies*, 1640, S. 2; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 145

<sup>751</sup> *“And in case this p[re]sent Parliament now assembled and held or any other Parliament which shall att any time hereafter bee assembled and held by Writ under the Great Seale of England or in case any Parliament shall bee assembled and held by authority of this p[re]sent Act and such Parliamts or any of them shall be prorogued or adjourned or continued by prorogation or adjournment untill the tenth day of September which shall be in the third year next after the last day of the last meeting and sitting in Parliament to bee accompted as aforesaid that then in every such case every such Parliament so prorogued or adjourned or soe continued by prorogation or adjournment as aforesaid shall from the said tenth day of September be thenceforth cleereley and absolutely dissolved”*, in: ENGLAND AND WALES, *An Act for the preventing of Inconveniencies*, 1640, S. 2f.; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 145

Einberufung nach dem Gesetz vorgenommen werden<sup>752</sup>. Das Gesetz spezifizierte, daß die Einberufungsschreiben in üblicher Weise an die Lords, die Sheriffs der Grafschaften, der Cities und der Boroughs zu richten seien. Der Lordkanzler, Lordsiegelbewahrer bzw. die Kommissare zur Aufbewahrung des Staatssiegels mußten sich durch Eidleistung zur Vornahme der Einberufung verpflichten<sup>753</sup>. Es wurde bestimmt, daß die besagten Amtspersonen die Eide bereits zum Amtsantritt schwören mußten und im Falle des Meineids ihrer Ämter enthoben werden sollten<sup>754</sup>. Der *“Triennial Act”* bestimmte weiter, was zu geschehen habe, wenn keine Einberufungsschreiben durch den König oder die durch das Gesetz ermächtigten Amtspersonen ausgestellt oder das Parlament sich trotz der Einberufung nicht versammelt haben sollte. Für diesen Fall sah das Gesetz vor, daß sich das Parlament am dritten Montag im folgenden Januar versammeln sollte. Die Lords sollten sich bereits im November in Westminster einfinden. Mindestens zwölf von Ihnen sollten ausreichen, um noch im November Einberufungsschreiben für ein neues Parlament auszustellen. Diese Einberufungsschreiben sollen dieselbe Wirkung haben, wie die unter dem großen Staatssiegel

---

<sup>752</sup> „[...] *and the Lord Chancellor of England the Lord Keeper of the Great Seale of England and every Commissioner and Commissioners for the keeping of the Great Seale of England for the time being shall within six dayes after the said tenth day of September in every such third yeare as aforesaid in due forme of Law and without any further Warrant or direcc[i]on from His Majestie his Heires or Successors Seale issue forth and send abroad severall and respective Writs*”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 3; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 145f.

<sup>753</sup> *“And the said Lord Chancellour Lord Keeper Commissioner and Commissioners aforesaid shall respectively take a solemn Oath upon the Holy Evangelist for the due issuing of Writs according to the tenour of this Act viz. in haec verba. You shall sweare that you shall truly and faithfully issue forth and send abroad all Writs of Summons to Parliament for both Houses att such time and in such manner as is expressed and enjoyned by an Act of Parliament intituled An Act for the p[re]venting of Inconveniencies happening by the long intermission of Parliaments*”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 4; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 146

<sup>754</sup> *“[...] that none of the said Officers respectively shall henceforth execute any the said Offices before they have taken the said Oath And if the said Lord Chancellour Lord Keeper or any the said Commissioners shall fail or forbear soe to issue out the said Writs according to the true meaning of this Act then he or they respectively shall beside the incurring of the grievous Sin of perjury be disabled and become by vertue of this Act incapable ipso facto to beare his and their said Offices respectively and bee further lyable to such punishments as shall be inflicted on him or them by the next or any other ensuing Parliament*”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 5; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 146f.

ausgestellten Schreiben<sup>755</sup>. Bei Nichtversammlung des Parlaments bis zum 23. Januar sollten sich die Lords am zweiten Dienstag im März in Westminster als neues Parlament versammeln, ganz so als wären sie mit den üblichen Einberufungsschreiben versammelt worden<sup>756</sup>. Die Sheriffs der Grafschaften und alle anderen zuständigen Amtspersonen sollten in der üblichen Weise zur Wahl der Abgeordneten für das Unterhaus sorgen. Falls die Amtsträger dieser Aufgabe aber nicht nachkommen sollten, dann seien die Wahlen auch ganz ohne die entsprechenden Einberufungsbefehle abzuhalten<sup>757</sup>. Verstöße gegen das Gesetz wurden mit Strafen bedroht<sup>758</sup>.

---

<sup>755</sup> *“And in case the said Lord Chancellour Lord Keeper Commissioner or Commissioners aforesaid shall not issue forth the said Writs as aforesaid or in case that the Parliament doe not assemble and bee held att the time and place before appointed Then the Parliament shall assemble and bee held in the usuall place att Westminster in such manner and by such meanes onely as is hereafter in this p[re]sent Act declared and enacted and not otherwise on the third monday which shall bee in the moneth of January then next ensuing And the Peers of this Realm shall by vertue of this Act bee enabled and are enjoyed to meet in the Old Palace of Westminster in the usuall place there on the third monday in the said moneth of November and they or any twelve or more of them then and there assembled shall on or before the last monday of November next following the tenth day of September aforesaid by vertue of this Act without other Warrant issue out Writts in the usuall forme in the name of the Kings Majestie his Heires or Successors attested under the Hands and Seales of twelve or more of the said Peers [...] And it is enacted that the said Writs soe issued shall be of the same power and force to all intents and purposes as the Writs or Summons to Parliament under the Great Seale of England have ever beene or ought to bee”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 5f.; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 147f.*

<sup>756</sup> *“[...] And in case there be not a Parliament assembled and held before the three and twentieth day of the said moneth of January and soe from time to time and in all times hereafter if there shall not be a Parliament assembled and held before the said three and twentieth day of January then in every such case as aforesaid the Parliament shall assemble and be held in the usuall Place att Westminster in such manner and by such meanes onely as is hereafter in this p[re]sent Act declared and enacted and not otherwise on the second Tuesday which shall bee in the moneth of March next after the said three and twentieth day of January Att which Parliament the Peers of this Realme shall make their appearance and shall assemble att the time and place aforesaid and shall each of them be liable unto such paines and censures for his and their not appearing and serving then and there in Parliament as if hee or they had beene summoned by Writ under the Great Seale of England and had not appeared and served and to such further paines and censures as by the rest of the Peers in Parliament assembled they shall be adjudged unto”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 7f.; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 148f.*

<sup>757</sup> *“And for the better assembling of the Knights Citizens Barons and Burges to the said Parliament as aforesaid It is further enacted that the severall and respective Sheriffs of their severall and respective Counties Cities and Boroughs of England and Wales and the Chancellor Masters and Schollers of both and every of the Universities and the Maior and Bailiffs of the Borough of Barwick upon Tweed shall att the severall Courts and Places to be held and appointed for their respective Counties Universities Cities and Boroughs next after the said three and twentieth day of January cause such Knight and Knights Citizen and Citizens Burgesse and Burgesses of their said Counties Universities Cities and Boroughs respectively to be chosen by such persons and in*

Das Gesetz beschäftigt sich auch mit den Abläufen nach dem Zusammentritt des Parlaments. Es wurde bestimmt, daß Parlamente vom Eröffnungstag an für mindestens 50 Tage versammelt bleiben müssen. Eine Auflösung oder Vertagung während dieser ersten 50 Tage sollte nur mit Zustimmung beider Parlamentshäuser und des Königs zulässig sein<sup>759</sup>. Ober- und Unterhaus sollten in Zukunft ihre Sprecher selbst wählen dürfen. Diese sollten dieselben Rechte und Privilegien wie in der Vergangenheit haben<sup>760</sup>, genauso wie die zukünftigen Parlamente und ihre Mitglieder insgesamt<sup>761</sup>. Auf Wunsch des Königs müsse jeder Unterhausabgeordnete den Treueeid („*Oath of Supremacy and Allegiance*“) leisten. Bei Zuwiderhandlung verlöre der entsprechende Abgeordnete seine

---

*such manner as if severall and respective Writs of Summons to Parliament under the Great Seale of England had issued and been awarded And in case any of the severall Sheriffs or the Chancellour Masters and Schollers of either of the Universities or the Maior and Bailiffs of Barwick respectively doe not before ten of the clocke in the forenoone of the same day wherein the severall and respective Courts and Places shall bee held or appointed for their severall and respective Counties Universities Cities and Boroughs as aforesaid begin and proceed on according to the meaning of this Law in causing Elections to be made of such Knight and Knights Citizen and Citizens Burgesse and Burgesses of their said Counties Universities Cities and Boroughs as aforesaid then the Free holders of each County and the Masters and Schollers of every of the Universities and the Citizens and others having voices in such Election respectively in each University City and Borough that shall be assembled att the said Courts or Places to be held or appointed as aforesaid shall forthwith without further Warrant or direction proceed to the Election of such Knight or Knights Citizen or Citizens Burgesse or Burgesses aforesaid in such manner as is usuall in case of Writs of Summons issued and awarded”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 8f.; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 149f.*

<sup>758</sup> ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 9–14; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 150–153

<sup>759</sup> “*And it is further enacted that noe Parliament henceforth to bee assembled shall be dissolved or prorogued within fiftie dayes att the least after the time appointed for the meeting thereof unlesse it be by assent of his Majesty his heires or successours and of both Houses in Parliament assembled And that neither the House of Peers nor the House of Commons shall be adjourned within fifty dayes att least after the meeting thereof unlesse it bee by the free consent of every the said houses respectively”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 14; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 153*

<sup>760</sup> ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 14; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 153f.

<sup>761</sup> ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniencies, 1640, S. 15; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 154

Unterhausmitgliedschaft und alle Abgeordnetenrechte<sup>762</sup>. Das vorliegende Gesetz sollte auf den jährlichen Friedensversammlungen („*General Sessions of the Peace*“) und in den Schwurgerichten („*Courts of assizes*“) verlesen werden<sup>763</sup>. Das Gesetz regelte abschließend, daß die Zustimmung des Königs zu diesem Gesetz keinesfalls die gegenwärtige Parlamentssitzung beende. Alle bisherigen Parlamentsgesetze sollten bis zum Ende dieser Sitzung voll wirksam bleiben. Im Falle der Parlamentsauflösung sollten alle bisherigen Gesetze bis zur ersten Sitzung des nächsten Parlaments in Kraft bleiben<sup>764</sup>.

**Der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ (17 Car. I. cap. 7)** vom 10. Mai 1641 gehörte zusammen mit dem „*Triennial Act*“ vom 15. Februar 1641 zu den Reformgesetzen des Langen Parlaments, die zur Regelung der Parlamentsdauer verabschiedet worden waren. Das Gesetz regelte, daß zukünftig nicht mehr der König, sondern nur noch das Parlament selbst über seine Dauer entscheiden sollte<sup>765</sup>. Nachdem man Strafford kaum drei Wochen nach der Erstversammlung des Parlaments (25. November 1640) verhaftet hatte, stellte man fest, daß die Vorwürfe gegen ihn kaum für ein Impeachment ausreichen würden. Man gedachte deshalb, ihn auf der Grundlage einer direkten Staatsanklage zu beseitigen („*Bill of Attainder*“). Dazu mußte sichergestellt werden, daß Karl I. nicht von seiner königlichen Prerogative zur Auflösung des Parlaments Gebrauch machte, um Strafford zu retten. Das Parlament betrieb deshalb gleichzeitig mit der „*Bill of Attainder*“ die Verabschiedung eines Gesetzes zur Sicherstellung seiner eigenen Existenz. Beide Maßnahmen

---

<sup>762</sup> ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniences, 1640, S. 15f.; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 154

<sup>763</sup> ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniences, 1640, S. 16; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 154

<sup>764</sup> “*And it is lastly provided and enacted that His Majesties Royall Assent to this Bill shall not thereby determine this present Session of Parliament and that all Statutes and Acts of Parliament which are to have continuance unto the end of this present Session shall bee of full force after His Majesties Assent untill this p[re]sent Session be fully ended and determined And if this present Session shall determine by dissolution of this present Parliament then all the Acts and Statutes aforesaid shall be continued untill the end of the first Session of the next Parliament*”, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the preventing of Inconveniences, 1640, S. 16; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 54–57; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 716–719; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 165–202; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 154f.

<sup>765</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 103f.; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 239–279; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 786f.; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 158f.

wurden am gleichen Tag verabschiedet (10. Mai 1641)<sup>766</sup>. Im Rahmen des „*Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ von 1660 kam es zur Kontroverse über die Rechtmäßigkeit des Konventionsparlaments. William Drake bezweifelte in seiner Schrift „*The Long Parliament revived, Or, An Act for continuation, and the not dissolving the Long Parliament*“ (1660) die Legitimität des Konventionsparlaments. In seiner Argumentation spielte der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ die entscheidende Rolle, weshalb er es in seiner Schrift in voller Länge zitierte<sup>767</sup>. Das Gesetz regelte, daß das Lange Parlament nur durch Parlamentsgesetz aufgelöst oder während der Sitzungen vertagt werden dürfe. Weder Ober- noch Unterhaus sollten jemals während des gegenwärtigen Parlaments vertagt werden, außer die jeweiligen Parlamentshäuser würden es selbst beschließen. Alles, was zur Vertagung oder Auflösung des Langen Parlaments beschlossen und im Widerspruch zu diesem Gesetz stehe, sollte vollkommen ungültig und ohne Effekt sein<sup>768</sup>.

**Die „Grand Remonstrance“ vom 1. Dezember 1641** wurde relativ spät verabschiedet. Das Parlament hatte zunächst mit zahlreichen Einzelgesetzen die königliche Prerogative eingeschränkt: der „*Triennial Act*“ (15. Februar 1641) und der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ (10. Mai 1641) nahmen dem König sein bisher unbeschränktes Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments. Die Staatsanklage der „*Bill of Attainder*“ (10. Mai 1641) gegen Strafford zog den engsten Berater des Königs zur Rechenschaft. Der „*Tonnage and Poundage Act*“ (22. Juni 1641) nahm dem König mit den Hafenzöllen seine wichtigste Einnahmequelle, später noch ergänzt vom „*Act declaring the illegality of Ship-Money*“ (7. August 1641). Die Abschaffung der königlichen Gerichte der Sternkammer und der Hohen Kommission mit dem „*Act for the Abolition of the Court*

---

<sup>766</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 48; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 141–144; „*The Act for the Attainder of the Earl of Strafford*“ (10. Mai 1641), in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 156ff.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 786f.

<sup>767</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f.

<sup>768</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 103f.: „*That this present Parliament now assembled shall not be dissolved unlesse it be by Act of Parliament to be passed for that purpose nor shall be at any time or times during the continuance thereof prorogued or adjourned unlesse it be by Act of Parliament to be likewise passed for that purpose. [...] And that the House of Peers shall not at any time or times during this present Parliament be adjourned unlesse it be by themselves or by their owne order And in like manner that the House of Commons shall not at any time or times during this present Parliament be adjourned unlesse it be by themselves or by their owne Order. [...] And that all and every thing and things whatsoever done or to be done for the adjournment proroguing or dissolving of this present Parliament contrary to this Act shall be utterly void and of none effect*“; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 158f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 786f.; vgl. das Kapitel D. I. Das „*Convention Parliament*“ (1660) mit ausführlicher Darstellung von Drakes Schrift, der Reaktion des Parlaments darauf und einer vollständigen Behandlung des Gesetzes



of *Star Chamber*“ (5. Juli 1641) und mit dem „*Act for the Abolition of the Court of High Commission*“ (5. Juli 1641) beschnitt die königliche Gerichtsbarkeit<sup>769</sup>.

Die Beschwerdeliste der „*Grand Remonstrance*“ wurde mit knapper Mehrheit von 159 zu 148 Stimmen angenommen. Sie war nichts weniger als eine Generalabrechnung mit der bisherigen Herrschaft Karls I. (1625-41). Die Remonstranz zeigte die Spaltung des Parlaments in Gegner und Anhänger Karls I. Royalisten und gemäßigte Parlamentarier wie Clarendon standen den radikalen Parlamentsanhängern gegenüber, denen die bisherigen Staatsreformen nicht genügten. Nach Überreichung der Remonstranz (1. Dezember 1641) sah sich Karl I. durch das Abstimmungsergebnis mit der offenkundigen Spaltung der Parlamentsanhänger zum Widerstand ermutigt. In seiner Antwort auf die Remonstranz (23. Dezember 1641) lehnte er alle Ansinnen ab<sup>770</sup>.

Die Remonstranz an den König zeigt uns die Ansicht der radikalen Parlamentspartei über den Zustand des Staates, die Gefahren, Ursachen und Heilmittel zu deren Beseitigung sowie die Hindernisse und Schwierigkeiten zur Heilung der Übel. Des Übels Wurzel wurde in böartigen und verderblichen Plänen zum Umsturz der Fundamentalgesetze und der Regierungsprinzipien auf denen Religion und Recht des Königreichs beruhen gesehen<sup>771</sup>. Für die Mißstände wurden die

---

<sup>769</sup> „*Tonnage and Poundage Act*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 159–162; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 104f.; „*Act for the Abolition of the Court of Star Chamber*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 179–186; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 110–112; „*Act for the Abolition of the Court of High Commission*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 186–189; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 112f.; „*Act declaring the illegality of Ship-Money*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 189–192; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 116f.

<sup>770</sup> LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 48; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 148f.; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 202–232

<sup>771</sup> England and Wales, Parliament, A remonstrance of the state of the kingdom, Die mercurii 15 Decemb. 1641. It is this day resolv'd upon the question, by the House of Commons; that order shall be now given for the printing of this remonstrance, of the state of the kingdom, Early English Books Online (EEBO) 257:E.181[2], 1641, S. 3ff.: „*For the preventing of those miserable Effects which such malicious Endeavours may produce, we have thought good to declare; The Root and the Growth of these mischievous Designs. The Maturity and Ripeness, to which they have attained before the beginning of the Parliament. The effectual Means which have been used for the Extirpation of those dangerous Evils, and the Progress which hath therein been made by his Majesty's Goodness, and the Wisdom of the Parliament. The Ways of Obstruction and Opposition, by which that Progress hath been interrupted. The Courses to be taken for the removing those Obstacles, and for the accomplishing of our most dutiful and faithful Intentions and Endeavours of restoring and establishing the ancient Honour, Greatness, and Security of this Crown and Nation. The Root of all this Mischief we find to be a malignant and pernicious Design of subverting the Fundamental Laws and Principles of Government, upon which the Religion and Justice of this Kingdom are firmly establish'd.*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private*

Jesuiten („*The Jesuited Papists*“) verantwortlich gemacht, die Bischöfe und der korrupte Klerus („*The Bishops, and the corrupt Part of the Clergy*“) und einzelne Räte sowie Höflinge („*Counsellors and Courtiers*“), ohne jedoch konkrete Personen namentlich zu benennen. Die Remonstranz enthält in insgesamt 206 Punkten eine Situationsbeschreibung mit Reformvorschlägen. Darin enthalten sind zahlreiche Vorhaltungen zum Umgang des Königs mit dem Parlament, insbesondere zur Tagungsweise. Bereits der erste Punkt beklagte den Umgang Karls I. mit seinem ersten Parlament. Karl I. hatte von seinem ersten Parlament erwartet, daß dieses ihm die Hafenzölle („*Tonnage and poundage*“) auf Lebenszeit bewilligen würde. Als diese aber nur für ein Jahr bewilligt wurden, löste er das Parlament nach kürzester Tagungsdauer (Juni und August 1625) sofort auf (12. August 1625). Der erste Punkt beklagte die Nichtberücksichtigung der Parlamentsbeschwerden und die Parlamentsauflösung, obwohl das Parlament zuvor Gelder bewilligt hatte<sup>772</sup>. Der siebte Punkt prangerte eine weitere vorzeitige Parlamentsauflösung im zweiten Herrschaftsjahr des Königs an (1626). Karl I. hatte das Parlament zur Verhinderung eines Impeachment gegen seinen Favoriten, den Duke of Buckingham, aufgelöst<sup>773</sup>. Das Verhalten Karls I. in seinem dritten Parlament (1628/29) wurde im zwölften Punkt gerügt. Man warf ihm die Praxis willkürlicher Verhaftung von Unterhausmitgliedern vor. Berühmt wurde dieses Parlament durch die Verabschiedung der „*Petition of Right*“ (1628)<sup>774</sup>. Nach der Auflösung seines dritten Parlaments regierte Karl I. für elf Jahre gänzlich ohne Parlament. Die Zeit seiner Selbstherrschaft (1629-40) nach der Auflösung seines letzten Parlaments wurde in Punkt 16 ausdrücklich beklagt. Es sei eine Zeit gewesen, in der das Parlament durch Deklarationen und Proklamationen schlecht gemacht

---

Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 206

<sup>772</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, *A remonstrance of the state of the kingdom*, 1641, S. 8: „1. *The first Effect and Evidence of their Recovery and Strength, was the Dissolution of the Parliament at Oxford, after there had been given two Subsidies to his Majesty, and before they received Relief in any one Grievance, many other more miserable Effects followed*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 208

<sup>773</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, *A remonstrance of the state of the kingdom*, 1641, S. 10: „7. *The dissolving of the Parliament in the second Year of his Majesty's Reign, after a Declaration of their Intent to grant five Subsidies*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–946; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 209

<sup>774</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, *A remonstrance of the state of the kingdom*, 1641, S. 11: „12. *Another Parliament dissolved 4 Car. the Privilege of Parliament broken by imprisoning divers Members of the House [...]*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 209

worden sei. Es durfte nicht einmal mehr von Parlamenten gesprochen werden. Nach der Verletzung der Parlamentsrechte brach Unrecht, Unterdrückung und Gewalt über das Parlament einher, ohne jede Beschränkung oder Maß<sup>775</sup>. Das „*Short Parliament*“ von 1640 wurde gar nicht zur Beratung einberufen, sondern weil die finanziellen Nöte der Krone durch die Auseinandersetzungen mit den Schotten die Berater des Königs, Laud und Strafford, und ihre Parteigenossen, dazu veranlaßten, Karl I. von der Einberufung eines neuen Parlaments zu überzeugen. Der unrechtmäßige Einzug von Geldern sei aber unterdessen weitergegangen, um sich das Parlament entweder gefügig zu machen oder es auf andere Weise zu brechen<sup>776</sup>. In der Sitzung nach der Vertagung (13. April 1640) des Parlaments zwang der König, von Laud und Strafford beraten, das Unterhaus wiederum ohne ihre Beschwerden zu berücksichtigen zur Geldbewilligung, wodurch er erneut gegen die Rechte des Parlaments verstoßen habe. Laud und Strafford berieten den König außerdem dazu, das Parlament abubrechen, um ihre eigenen Pläne zu verwirklichen. Nach der offiziellen Auflösung des Parlaments (5. Mai 1640) rieten sie dem König, sich die notwendigen Gelder unter direktem Zugriff auf das Eigentum der Bürger ohne Bewilligung zu verschaffen<sup>777</sup>. Gottes Beistand und nicht etwa

---

<sup>775</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 12f.: “16. Upon the Dissolution of both these Parliaments, untrue and scandalous Declarations were published to asperse their Proceedings, and some of their Members unjustly; to make them odious, and colour the Violence which was used against them. Proclamations set out to the same purpose; and to the great dejecting the Hearts of the People, forbidding them even to speak of Parliaments. 17. After the Breach of the Parliament, in the fourth of his Majesty, Injustice, Oppression, and Violence, broke in upon us without any Restraint or Moderation [...]”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 210

<sup>776</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 25“ „69. [...] the malignant Party; whereof the Archbishop and the Earl of Strafford being Heads, they and their Faction [...] 71. To which end they perswaded his Majesty to call a Parliament, not to seek Counsel and Advice of them, but to draw Countenance and Supply from them, and to engage the whole Kingdom in their Quarrel. 72. And in the mean time, continued all their unjust Levies of Money, resolving either to make the Parliament pliant to their Will, and to establish Mischief by a Law, or else to break it [...]”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 216f.

<sup>777</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 26ff.: “76. The Parliament met upon the 13th of April 1640. The Earl of Strafford and Archbishop of Canterbury, with their Party, so prevailed with his Majesty, that the House of Commons was prest to yield a Supply for Maintenance of the War with Scotland, before they had provided any Relief for the great and pressing Grievances of the People, which being against the fundamental Priviledge and Proceeding of Parliament [...] 78. Thereupon they wickedly advised the King to break off the Parliament, and to return to the Ways of Confusion, in which their own evil Intentions were most like to prosper and succeed. 79. After the Parliament ended, the 5th of May 1640, this Party grew so bold, as to Counsel the King to supply himself out of his Subjects Estates by his own Power, at his own Will, without their Consent”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 217f.

seine Berater hätten den König zur Versammlung eines großen Rats der Lords in York und (24. September 1640) zur Einberufung eines neuen Parlaments veranlaßt<sup>778</sup>. Die Remonstranz rekapitulierte auch die folgenden Maßnahmen des Parlaments zur Beschränkung der königlichen Prerogative, insbesondere den „*Triennial Act*“. Der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ habe zur Verhinderung der plötzlichen Auflösung dieses Parlaments gedient. Diese beiden Gesetze seien vorteilhafter als alle anderen Reformgesetze zusammen gewesen und stellten sicher, daß die Heilung jetzt und in Zukunft vollständig durchgeführt werde<sup>779</sup>. Mit der Regelung für ein „*Triennial Parliament*“ sei man aber noch unter den gesetzlichen Möglichkeiten geblieben. Es gäbe zwei Gesetze, die jährliche Parlamente ermöglichen. Ob es ein „*Triennial Parliament*“ überhaupt gäbe, das liege in der Macht des Königs. Die Remonstranz ermahnte Karl I., daß eine zeitige Einberufung jede andere Art der Versammlung verhindere<sup>780</sup>. Das Gesetz zur Verhinderung der vorzeitigen Auflösung des gegenwärtigen Parlaments sei notwendig gewesen zur Sicherheit des Königs und zur Sicherung des öffentlichen Friedens. Ohne diese gesetzliche Maßnahme hätte man die Armee in Unordnung gelassen und das Königreich der Räuberei überlassen<sup>781</sup>.

---

<sup>778</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 33: “102. Wherein God so blessed and directed him, that he summoned the great Council of Peers to meet at York upon the 24th of September, and there declared a Parliament to begin the 3d of November then following”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 220

<sup>779</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 36: “125. The Discontinuance of Parliaments is prevented by the Bill for a triennial Parliament, and the abrupt Dissolution of this Parliament by another Bill, by which it is provided, it shall not be dissolved or adjourned without the Consent of both Houses. 126. Which two Laws well considered, may be thought more advantageous than all the former, because they secure a full Operation of the present Remedy, and affords a perpetual Spring of Remedies for the future”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 222

<sup>780</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 42: “157. The Triennial Parliament for the matter of it, doth not extend to so much, as by Law we ought to have required, (there being two Statutes still in force for a Parliament to be once a Year) and for the manner of it, it is in the King's Power, that it shall never take effect, if he by a time Summons shall prevent any other way of assembling”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 225

<sup>781</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, A remonstrance of the state of the kingdom, 1641, S. 42f.: “158. In the Bill for Continuance of this present Parliament, there seems to be some Restraint of the Royal Power in dissolving of Parliaments, not to take it out of the Crown, but to suspend the Execution of it for this Time and Ocsion only; which was so necessary for the King's own Security and the publick Peace, that without it we could not have undertaken any of these great Charges, but must have left both the Armies to Disorder and Confusion, and the whole Kingdom to Blood and Rapine”; RUSHWORTH, Historical Collections of Private

Die *“Nineteen Propositions sent by the two Houses of Parliament to the King at York”* vom 1. Juni 1642 richteten sich an Karl I., nachdem sich die Lage nochmals dramatisch verschärft hatte. Nach der Ablehnung der Remonstranz drang Karl I. in das Unterhaus ein (4. Januar 1642), um die fünf Oppositionsführer John Hampden (1595-1643), John Pym (1584-1643), Sir Arthur Haselrig (1601–1661), Denzil Holles (1599–1680) und William Strode (1598–1645) zu verhaften. Dies war beispiellos. Niemals zuvor hatte ein König in ähnlich eklatanter Weise die Privilegien des Parlaments gebrochen. Dilettantisch geplant und durchgeführt verlief die Verhaftung zudem erfolglos, weil die Gesuchten zuvor gewarnt worden waren und der Unterhaussprecher William Lenthall (1591-1662) jede Mithilfe verweigerte, so daß der König düpiert abziehen mußte. Karl I. verstand, daß sein gewaltsames Eindringen in das Unterhaus nicht ohne Gegenreaktion bleiben würde. Der König zog es deshalb vor, London zu verlassen (10. Januar 1642). Das Parlament griff zu den Waffen, bemächtigte sich der Miliz (*„Militia Ordinance“*, 5. März 1642) und schuf eine Exekutive, um den Kampf gegen den König aufnehmen zu können. Die bisherigen Maßnahmen hatten noch auf eine Abrechnung mit den Beratern des Königs und auf eine Wiederherstellung der gemischten Verfassung gezielt. In der Remonstranz war man darum bemüht gewesen, den Beratern des Königs alle Schuld zuzuteilen. Die *„Nineteen Propositions“* des Parlaments zielten dagegen auf eine entscheidende Schwächung der königlichen Prärogative und eine Reform der Anglikanischen Kirche. Karl I. lehnte aber in seiner *„Answer to the Nineteen Propositions“* vom 21. Juni 1642 auch diese Petition unter Verweis auf die dadurch erfolgende Zerstörung der Mischverfassung des *„King-in-Parliament“* ab. Die Differenzen zwischen König und Parlament waren unüberbrückbar geworden und mündeten im Bürgerkrieg (*„First Civil War“*, 1642-46)<sup>782</sup>.

Die *„Nineteen Propositions“* enthielten nur drei indirekte Regelungen bezüglich der Tagungsweise der Parlamente. Die zweite Proposition regelte die Besetzung des königlichen *“Privy Council”*. Im Falle einer Vakanz im Rat *„in the Interval of Parliaments“* sollte das neue Ratsmitglied nicht nur von einer Mehrheit im Rat bestätigt werden, sondern auch *„at the next sitting of Parliament“*. Die dritte Proposition sah vor, daß die höchsten Staatsämter stets von beiden Häusern des Parlaments bestätigt werden müssen. Für den Fall einer Neubesetzung *„in the intervals of Parliament“* genüge die Zustimmung einer Mehrheit des *„Privy Council“*. Die vierte Proposition regelte schließlich, daß die Erzieher der Königskinder von beiden Häusern des Parlaments bestätigt werden müssen. Und auch hier gilt für den Fall, daß eine Neubesetzung *„in the Intervals of Parliament“* stattfindet, daß

---

Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 436–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 942–964; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 225f.

<sup>782</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 48; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 149f.; ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, Nineteen propositions, 1642

eine Mehrheit des Rats seine Zustimmung erteilen muß. Aus den Formulierungen geht allerdings nicht ganz klar hervor, ob die Zeit zwischen zwei Parlamentssitzungen oder zwischen zwei Parlamenten gemeint ist. Darüber hinaus enthielten die *“Nineteen Propositions”* aber keine weiteren Regelungen zur Tagungsweise<sup>783</sup>.

Die *„Heads of the Proposals“* vom 1. August 1647 bildeten den Höhepunkt einer Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und der Armee. Erst die Reorganisation des Parlamentsheeres zur *„New Model Army“* (seit Anfang 1645) brachte dem Parlament den erhofften Sieg über die Royalisten (Schlacht von Naseby am 14. Juni 1645). Allerdings politisierte sich die Armee immer mehr, noch verstärkt durch die *„Self-Denying Ordinance“* des Parlaments (3. April 1645), welche Parlamentariern beider Häuser die gleichzeitige Ausübung militärischer und ziviler Ämter verbot. Armeeingehörige durften wiederum keine Abgeordneten sein. Neuer Oberkommandierender der *„New Model Army“* wurde Sir Thomas Fairfax (1612-71). Nach dem Sieg über die Royalisten traten die Differenzen zwischen Parlament und Armee immer offener zutage. Die Mehrheit im Parlament war für eine Reform der anglikanischen Bischofskirche. Die Minderheit der Presbyterianer dagegen wünschte eine Abschaffung der Bischofskirche und ein Kirchenregiment der Gemeindeältesten nach schottischem Vorbild. Die im Parlament unbedeutend kleine, in der Armee aber besonders starke Gruppe der Independenten wünschte zwar auch die Abschaffung der Bischöfe, sprach sich aber für mehr Toleranz gegenüber anderen protestantischen Gruppen aus. Die Forderung zur Auflösung der Armee durch die Presbyterianer im Parlament unter Denzil Holles' Führung führte zum Protest der Soldaten, die sich mit ihren Petitionen an die Armeeführung wandten. Holles ließ die Petitionsführer durch Parlamentsbeschluss zu Staatsfeinden (*„enemies to the state“*) erklären (30. März 1647). Währenddessen wurde die politisierte Armee

---

<sup>783</sup> ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, *Nineteen propositions*, 1642, S. 2f.: „2. [Second Proposition] *And that your Council may be limited to a certain Number, not exceeding Five and twenty, nor under Fifteen. And if any Counsellor's Place happen to be void in the Interval of Parliament, it shall not be supplied without the Assent of the major Part of the Council; which Choice shall be confirmed at the next sitting of Parliament, or else to be void*“, „3. [Third proposition] *That the Lord High Steward of England, Lord High Constable, Lord Chancellor, or Lord Keeper of the Great Seal, Lord Treasurer, Lord Privy Seal, Earl Marshal, Lord Admiral, Warden of the Cinque-Ports, Chief Governour of Ireland, Chancellor of the Exchequer, Master of the Wards, Secretaries of State, two Chief Justices and Chief Baron, may always be chosen with the Approbation of both Houses of Parliament; and in the Intervals of Parliament, by Assent of the major Part of the Council, in such manner as is before express'd in the Choice of Counsellors*“, „4. [Fourth proposition] *That he or they unto whom the Government and Education of the King's Children shall be committed, shall be approved of by both Houses of Parliament; and in the Intervals of Parliament, by the Assent of the major Part of the Council, in such manner as is before express'd in the Choice of Counsellors; and that all such Servants as are now about them, against whom both Houses shall have any just Exceptions, shall be removed*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 722–751; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 249–254; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 1324–1327; *„The King's Answer to the Remonstrance“*, in: COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 2 (1625-1642), 1807, S. 1329–1345

mehr und mehr zum Ort kontroverser Diskussionen zwischen den unterschiedlichsten politischen Richtungen. Die Ansichten gemäßiger Royalisten trafen dort auf radikale Republikaner und Sozialreformer („*Levellers*“). Die Proklamation des Parlaments empörte die Soldaten und veranlasste sie dazu, Regimentsvertreter („*Agitators*“) zu wählen, die ihre Wünsche an die Armeeführung richteten und selbst Mitglieder des neuen „*Council of the Army*“ wurden. Holles betrieb aber seine Pläne zur Entsendung der Armee nach Irland und zur Entlassung der übrigen Einheiten weiter bis zur Meuterei der Armee (1. Juni 1647). Diese brachte Karl I. in ihre Gewalt und verkündete in einer Deklaration (14. Juni 1647), daß sie keine bloße Söldnertruppe sei: „*We were not a mere mercenary army hired to serve any arbitrary power or state*“. Die Armee warf Holles Korruption und Machtmissbrauch vor. Mit den Demonstrationen der Armeeveteranen in London und ihrer Besetzung des Parlaments eskalierte die Lage vollends. Zahlreiche Parlamentarier und die Sprecher beider Häuser flüchteten zu den Armeeeinheiten vor der Stadt und baten Fairfax und die Armeeführung um Hilfe. Diese war der Ansicht, daß die Regierung nicht nur vom Monarchen, sondern auch vom Parlament missbraucht worden war, so daß die Generäle Henry Ireton (1611-51) und John Lambert (1619-84) in dieser Situation die „*Heads of the Proposals*“ (1. August 1647) zur Reform des Parlaments entwarfen<sup>784</sup>.

Die von Ireton und Lambert formulierten „*Heads of the Proposals*“ gliedern sich in sechzehn Artikel. Der erste, längste und wichtigste Artikel beschäftigte sich in den ersten vier von elf Punkten mit der Tagungsweise des Parlaments. Das gegenwärtige Parlament solle per Gesetz einen Zeitpunkt für seine Auflösung bestimmen, der nicht länger als ein Jahr in der Zukunft zu liegen habe. Das Gesetz solle gleichzeitig mit der Auflösung auch Regelungen zur Verfasstheit und für zukünftige Parlamente enthalten<sup>785</sup>. Im ersten Punkt wurde festgeschrieben, daß Parlamente alle zwei Jahre einberufen werden sollen („*Biennial Parliaments*“). Die Ausführungsbestimmungen sollten den Regelungen des „*Triennial Act*“ entsprechen, der zugleich mit der Inkraftsetzung des

---

<sup>784</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 49f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 151–175

<sup>785</sup> „*I. That (things hereafter proposed, being provided for by this Parliament) a certain Period may (by Act of Parliament) be set for the ending of this Parliament (such Period to be put within a Year at most) and in the same Act Provision to be made for the Succession and Constitution of Parliaments in future, as followeth*“, in: RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 731–800; COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), From the earliest period to the year 1803, London, 1808, S. 738–745; England and Wales, Army Council, The heads of proposals, agreed on by his Excellency Sir Thomas Fairfax, and the Councill of the Armie. Tendred to the commissioners of Parliament residing with the Armie, to be by them presented to the Parliament, Early English Books Online (EEBO) 64:E.408[8], 1647, S. 1; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 316

neuen Gesetzes außer Kraft gesetzt sein sollte<sup>786</sup>. Die Parlamente sollten eine Mindestdauer von 120 Tagen haben. Zuvor vorgenommene Vertagungen oder Auflösungen sollten der Zustimmung des Parlaments bedürfen, danach müssen sie vom König angeordnet sein. Kein Parlament dürfe länger als 240 Tage versammelt bleiben, gerechnet von seiner ersten Sitzung. Danach müssen die Parlamente aufgelöst werden<sup>787</sup>. Der König erhielt das Recht, auf Weisung des Staatsrats, zur außerordentlichen Einberufung eines Parlaments zwischen zwei regulär einzuberufenden Parlamenten. Voraussetzung dafür sei, daß das außerordentliche Parlament mindestens 70 Tage vor dem regulären Parlament sich versammelt habe. Es müsse auch zumindest 60 Tage vor dem nächsten regulären Parlament aufgelöst sein, um die Wahlen nicht zu stören<sup>788</sup>. Dieses Parlament und alle zukünftigen Parlamente erhielten das Recht zum Zeitpunkt der Vertagung oder davor oder zum Zeitpunkt der Auflösung, Ausschüsse zu bestimmen, die zwischen zwei Parlamenten zu solchen Gegenstände tagen, die hier vorgeschlagen werden<sup>789</sup>.

**Das “Agreement of the People” wurde am ersten Tag der “Putney Debates” vom 28. Oktober bis 11. November 1647** präsentiert und ging aus einer Diskussion innerhalb der Armee hervor. Am Tag nach der Publizierung der “Heads of the Proposals” ließ die Armeeführung die Truppen in London einmarschieren (2. August 1647), um Holles und seine Verbündeten zu vertreiben. In

---

<sup>786</sup> “1. That Parliaments may **biennially be called and meet** at a certain Day, with such Provision for the Certainty thereof, as in the late Act was made for Triennial Parliaments; and what further or other Provision shall be found needful by the Parliament to reduce it to more Certainty; and upon the passing of this, **the said Act for Triennial Parliaments to be repealed**”, in: RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 731–800; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 738–745; ENGLAND AND WALES, ARMY COUNCIL, The heads of proposals, 1647, S. 1f.; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 316f.

<sup>787</sup> “2. **Each Biennial Parliament to fit 120 Days certain (unless adjourn'd or dissolv'd sooner by their own Consent) afterward to be adjournable or dissolvable by the King, and no Parliament to sit past 240 Days from their first Meeting, or some other limited Number of Days now to be agreed on; upon the Expiration whereof each Parliament to dissolve of course, if not otherwise dissolv'd sooner**”, in: RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 731–800; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 738–745; ENGLAND AND WALES, ARMY COUNCIL, The heads of proposals, 1647, S. 2; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 317

<sup>788</sup> “3. The **King, upon Advice of the Council of State, in the Intervals betwixt Biennial Parliaments, to call a Parliament Extraordinary, provided it meet above 70 Days before the next Biennial Day, and be dissolv'd at least 60 Days before the same; so as the course of Biennial Elections may never be interrupted**”, in: RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 731–800; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 738–745; ENGLAND AND WALES, ARMY COUNCIL, The heads of proposals, 1647, S. 2; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 317

<sup>789</sup> “4. That this Parliament and each succeeding Biennial Parliament at or before Adjournment or Dissolution thereof, may appoint Committees to continue during the Interval for such Purposes as are in any of these Proposals referr'd to such Committees”, in: RUSHWORTH, Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 731–800; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 738–745; ENGLAND AND WALES, ARMY COUNCIL, The heads of proposals, 1647, S. 2; GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 317



London verbanden sich unterdessen unterschiedlichste religiöse Splittergruppen, die sich von den Plänen der Presbyterianer bedroht gefühlt hatten mit radikalen Sozialreformern („*Levellers*“) unter der Führung John Lilburns, und petitionierten das Parlament zur Erlangung religiöser Toleranz und ziviler Freiheitsrechte. Als sie weder beim Parlament noch bei der Armeeführung auf Verständnis trafen, richteten sie sich an die einfachen Soldaten. Die Vorwürfe an die Armeeführung gipfelten in John Wildmans (1621-93) Pamphlet „*The Case of the Army truly stated*“ (15. Oktober 1647), das sich u.a. für eine Auflösung des Parlaments aussprach und zu den „*Putney Debates*“ führte, einer Versammlung der Armeeführer mit Vertretern der Truppe und den Agitatoren der Levellers. Diese präsentierten dort das die Volks- und Parlamentsouveränität propagierende „*Agreement of the People*“. Beide Dokumente wurden zum Diskussionsgegenstand der „*Putney Debates*“. Zu den Forderungen gehörte, daß das Parlament auf der Basis des allgemeinen Männerwahlrechts gewählt werden sollte, über umfassende legislative und exekutive Gewalt verfügen und von beschränkter Dauer sein sollte. Schließlich wurde die Abschaffung der Monarchie zugunsten der Republik gefordert. Cromwell und Ireton wollten dagegen die Monarchie und das auf Eigentum basierte Wahlrecht beibehalten. Die Flucht Karls I. aus seiner Gefangenschaft in Hampton Court Palace (11. November 1647) diente der Armeeführung als willkommener Anlaß zur Beendigung der Gespräche in Putney<sup>790</sup>.

Auch das „*Agreement of the People*“ ging auf die Tagungsweise des Parlaments ein. Die Präambel des Dokuments erklärte die Beweggründe zur Abfassung. Die Verfasser sahen sich untereinander in gegenseitiger Verpflichtung, jeden Rückfall in die Vergangenheit und den Krieg zu verhindern. Die vergangene Unterdrückung und die kaum beendeten Mißstände würden entweder auf fehlenden regelmäßigen Ratsversammlungen beruhen oder darauf, daß diese Versammlungen ineffektiv durchgeführt wurden. Deshalb sei man sich einig und dazu entschlossen, dafür zu sorgen, daß die

---

<sup>790</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 49f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 175f.; KISHLANSKY, Mark, The Case of the Army truly stated, in: Past and Present, 1978, Nr. 81, S. 51–74; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 58–63; Wildman, John, Sir, The case of the Armie truly stated, together with the mischiefes and dangers that are imminent, and some sutable remedies, humbly proposed by the agents of five regiments of horse, to their respective regiments, and the whole Army. As it was presented by Mr. Edmond Bear, and Mr. William Russell, October 15. 1647. unto his Excellency, Sir Thomas Fairfax. Enclosed in a letter from the said agents, Also his Excellencies honourable answer thereunto, Early English Books Online (EEBO) 65:E.411[9], 1647; FIRTH, Charles Harding (Hrsg.), The Clarke Papers, Selections from the papers of William Clarke, Secretary to the Council of the Army, 1647-1649, and to General Monck and the Commanders of the Army in Scotland, 1651-1660, Vol. I., Westminster, 1891; Woodhouse, A. S. P. (Hrsg.), Puritanism and Liberty, Being the Army Debates (1647-49) from the Clarke Manuscripts with Supplementary Documents, Chicago, 1951; Eine weitere Fassung des „*Agreement of the People*“ wurde nach „*Pride's Purge*“ (6. Dezember 1648) veröffentlicht (15. Januar 1649), in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 359–371; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 1267–1277

Repräsentanten nicht im Ungewissen gelassen werden sollten über die Zeit ihrer Versammlung. Genauso wenig soll das Ziel ihrer Versammlung verhindert werden<sup>791</sup>. Bei der Wahl ihrer Abgeordneten im Parlament sei das Volk in den Grafschaften und Städten sehr ungleich verteilt. Es sollte eine bessere Verteilung gemäß der Einwohnerschaft vorgenommen werden. Noch vor Ende des gegenwärtigen Parlaments sollten Abgeordnetenanzahl, Ort sowie Art und Weise der Wahl geregelt werden<sup>792</sup>. Zur Verhinderung vieler Ärgernisse, die daraus resultieren, daß einige Personen so lange in Amt und Würden verblieben, sollte das gegenwärtige Parlament bis zum September 1648 aufgelöst werden<sup>793</sup>. Das Volk sollte sich vielmehr alle zwei Jahre ein Parlament wählen („*Biennial Parliaments*“), und zwar am ersten Donnerstag in jedem zweiten März gemäß der Regelungen, die vor Ende dieses Parlaments vorgeschrieben werden sollen. Die Sitzungen sollten jeweils am ersten Donnerstag im April in Westminster beginnen oder an einem Ort, den die jeweils vorangehenden Repräsentanten zu bestimmen haben. Das Parlament wurde in der Dauer beschränkt und sollte nicht länger als bis zum letzten Tag des darauffolgenden September dauern, also eineinhalb Jahre<sup>794</sup>. Die Macht dieser und aller folgenden Volksvertreter sollte ausschließlich ihren Wählern untergeordnet sein<sup>795</sup>.

**Die „Declaration on the Dissolution of the Long Parliament“ (22. April 1653)** bildete den Abschluß der Auseinandersetzungen der Armee mit dem Parlament. Im unmittelbaren Anschluß an

---

<sup>791</sup> “[...] we do now hold ourselves bound in mutual duty to each other to take the best care we can for the future to avoid both the danger of returning into a slavish condition and the chargeable remedy of another war [...]. Since, therefore, our former oppressions and scarce-yet-ended troubles have been occasioned, either by **want of frequent national meetings** in Council, or by rendering those meetings ineffectual, we are fully agreed and resolved to provide that hereafter our representatives be neither left to an uncertainty for the time nor made useless to the ends for which they are intended. In order whereunto we declare [...]”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 333

<sup>792</sup> “[I.] That the people of England, being at this day very unequally distributed by Counties, Cities, and Boroughs for the election of their deputies in Parliament, ought to be more indifferently proportioned according to the number of the inhabitants; the circumstances whereof for number, place, and manner are to be set down before the end of this present Parliament”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 333

<sup>793</sup> “II. That, to prevent the many inconveniences apparently arising from the long continuance of the same persons in authority, this present Parliament be dissolved upon the last day of September which shall be in the year of our Lord 1648”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 333f.

<sup>794</sup> “III. That the people do, of course, **choose themselves a Parliament once in two years**, viz. upon the first Thursday in every 2d March, after the manner as shall be prescribed before the end of this Parliament, to begin to sit upon the first Thursday in April following, at Westminster or such other place as shall be appointed from time to time by the preceding Representatives, **and to continue till the last day of September then next ensuing, and no longer**”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 334

<sup>795</sup> “IV. That the power of this, and all future Representatives of this Nation, is inferior only to theirs who choose them, and doth extend, [...] to whatsoever is not expressly or impliedly reserved by the represented to themselves: Which are as followeth [...]”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 334

die Debatten in Putney kam es zum erneutem Ausbruch des Bürgerkrieges durch Abschluß eines Geheimvertrages Karls I. mit Schottland („*The Engagement*“, 26. Dezember 1647). Das Parlament weigerte sich daraufhin, Verhandlungen mit Karl I. zu führen („*Vote of No Adresse*“, 3. Januar 1648). Die weitere Entwicklung brachte den Sieg der Armee über die schottischen Royalisten in der Schlacht von Preston (17. August 1648) und den anschließenden Bruch zwischen Armee („*Army Remonstrance*“, 20. November 1648) und Parlament über die Frage, ob mit dem König doch wieder verhandelt werden sollte (159 zu 83 Abgeordnete stimmten am 5. Dezember 1648 für Verhandlungen). Die Armeeführung säuberte schließlich das Lange Parlament von allen Mitgliedern, die nicht mit der Armee übereinstimmten („*Pride's Purge*“, 6. Dezember 1648). Nach der gewaltsamen Säuberungsaktion bestand das Parlament nur noch aus einem Rumpf von 60 Abgeordneten („*Rump Parliament*“) <sup>796</sup>. Karl I. klagte man anschließend wegen Hochverrats an, machte ihm den Prozess und ließ ihn hinrichten (30. Januar 1649). Nach der Hinrichtung des Königs schaffte man in zwei gesonderten Gesetzen das Königtum ab („*Act abolishing the office of King*“, 17.3.1649) <sup>797</sup> und anschließend das Oberhaus („*An Act abolishing the House of Lords*“ (19.3.1649) <sup>798</sup>. Ein weiteres Parlamentsgesetz schuf danach die Republik („*An Act declaring England to be a Commonwealth*“ 19.5.1649) <sup>799</sup>. Aus dem Bürgerkrieg war eine Revolution geworden, welche die etablierte Staatsordnung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ zerstörte. Die junge Republik ging gegen interne wie externe Gegner mit militärischer Gewalt vor. Oliver Cromwell führte die „*New Model Army*“ in zwei Feldzügen nach Irland und Schottland („*Third Civil War*“, 1650/51) und nach den militärischen Siegen dort in den ersten Englisch-Holländischen Krieg („*First Anglo-Dutch War*“, 1652-54) und den Englisch-Spanischen Krieg („*Anglo-Spanish War*“, 1654-60) im Bündnis mit Frankreich (1655). Englands Militärregime dehnte sich über Britannien und Irland aus, stabilisierte sich mit den militärischen Erfolgen und fand Anerkennung in den Bündnissen mit dem Ausland. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen wurden nicht weniger gewaltsam geführt. Die Sozialreformer der „*Levellers*“ und „*Diggers*“ konnten sich nicht durchsetzen und wurden unterdrückt (1649/50). Neue

---

<sup>796</sup> LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 49f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 176–185

<sup>797</sup> GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 384; FIRTH, Charles Harding/RAIT, Robert Sangster (Hrsg.), Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, London, 1911, <http://www.british-history.ac.uk/no-series/acts-ordinances-interregnum>, 16.1.2016, S. 18–20

<sup>798</sup> GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 387; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 24

<sup>799</sup> GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 388; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 122

religiöse Sekten wie die Baptisten akzeptierten die Republik, während andere sie bekämpften („*Fifth Monarchists Men*“). In der politischen Organisation des Staates orientierte sich die Armeeführung unter Oliver Cromwells Leitung immer wieder in der einen oder anderen Form am bewährten dreiteiligen System aus Exekutive, Rat und Parlament<sup>800</sup>. Als das Rumpfparlament sich weigerte einer neuen Volksvertretung nach den Vorstellungen der Armee Platz zu machen, löste Oliver Cromwell es gewaltsam auf (20. April 1653). Im Unterhaus verkündete er: „*You are no Parliament, I say, you are no Parliament; I will put an end to your sitting*“. Die Wegnahme des Amtsstabes – Symbol aller Rechte und Privilegien des Parlaments – kommentierte er mit den abfälligen Worten: „Weg mit dem Tand“ - „*Take away these baubles*“<sup>801</sup>.

Die „*Declaration by the Lord General and the Council on the Dissolution of the Long Parliament*“ (22. April 1653) rechtfertigte zwei Tage später die Auflösung<sup>802</sup>. Als Grund für die Auflösung gab man unter anderem an, daß die verbliebenen guten Abgeordneten der korrupten Partei im Parlament unterlegen seien, sie ihnen nur dazu gedient hätten, ihr Ziel zu verschleiern, das Parlament und ihre Herrschaft dauerhaft zu machen. Deshalb habe die korrupte Partei sich so lange immer wieder gegen eine neue repräsentative Versammlung ausgesprochen. Sie hätten beabsichtigt, Abgeordnete wählen zu lassen, um das Parlament dauerhaft zu verlängern. Sie hätten dazu ermutigt, ja sogar veranlaßt, daß zahlreiche Petitionen zu diesem Zweck aus den Grafschaften eingereicht werden sollten<sup>803</sup>. Die Regierung argumentierte, daß die Menschen die Monarchie vergessen und verstehen sollten, daß ihr wahrhaftes Interesse nur in regelmäßigen Parlamenten liegen könne<sup>804</sup>. Im Parlament hätten diese Pläne aber keine Akzeptanz gefunden. Stattdessen wurde die Fortsetzung des gegenwärtigen Parlaments angeboten, als einzige Einrichtung von der Gutes zu erwarten sei.

---

<sup>800</sup> KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 187–204; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 51

<sup>801</sup> GARDINER, Samuel Rawson, *History of the Commonwealth and Protectorate 1649-1656*, In Four Volumes, Volume II. 1651-1653, London, 1903, New Edition, S. 261ff.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 187ff.

<sup>802</sup> GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 400–404

<sup>803</sup> „[...] *that those persons of honour and integrity amongst them, who had eminently appeared for God and the public good, [...] were rendered of no further use in Parliament, than by meeting with a corrupt party to give them countenance to carry on their ends, and for effecting the desire they had of perpetuating themselves in the supreme government, for which purpose the said party long opposed, and frequently declared themselves against having a new representative: and when they saw themselves necessitated to take that Bill into consideration, they resolved to make use of it to recruit the House with persons of the same spirit and temper, thereby to perpetuate their own sitting; [...] and the better to effect this, divers petitions, preparing from several counties for the continuance of this Parliament, were encouraged, if not set on foot, by many of them*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 401

<sup>804</sup> „[...] *hoping thereby the people might forget Monarchy, and, understanding their true interest in the election of successive Parliaments, may have the government settled upon a true basis, without hazard to this glorious cause, or necessitating to keep up armies for the defence of the same*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 402

Ziel des Parlaments sei es gewesen, sich dauerhaft zu machen<sup>805</sup>. Die Regierung betonte, daß die Auflösung des Parlaments eine Notwendigkeit gewesen sei. Das Parlament hätte man nur zögerlich durch den Zwang der Umstände beendet. Man wolle nun Personen von untadeliger Gesinnung berufen. Darin kündigte sich bereits das erste Parlament der Republik an, das Nominiertenparlament der Heiligen („*Nominated Assembly*“ oder „*Parliament of Saints*“)<sup>806</sup>. Die Abschlusserklärung der Deklaration verdeutlichte, daß die Regierung sich wohl nicht ganz so sicher damit sein konnte, daß die Amtsträger des Landes ihren Befehlen auch wirklich folgen würden. Man rief diese dazu auf, ihren Pflichten wie bisher nachzukommen. Umgekehrt sei allen Amtsträgern zu gehorchen, als würde das Parlament tagen<sup>807</sup>.

**Das „*Instrument of Government*“ (1654)** als erste geschriebene Verfassung Englands sollte die staatliche Ordnung wiederherstellen, nachdem die Armeeführung um Cromwell mit der Auflösung der Reste des Langen Parlaments (20. April 1653) endgültig die einzige noch verbliebene institutionelle Verbindung zur alten Verfassung Englands gekappt hatte. Das Experiment einer auf Vorschlag des Generals Thomas Harrison einberufenen Versammlung von nominierten Heiligen nach alttestamentarischem Vorbild war zuvor kläglich gescheitert. Die Versammlung der Heiligen, das man nach dem besonders strenggläubigen Abgeordneten Praise-God Barebone auch als „*Barebone's Parliament*“ bezeichnete, bestand aus 140 nominierten Mitgliedern, die von den Kirchengemeinden namentlich vorgeschlagen und von der Armeeführung handverlesen waren. Die kurzlebige Versammlung, die den Namen eines Parlaments kaum verdient, wurde im Juni einberufen und versammelte sich zur ersten Sitzung am 4. Juli 1653. Die Versammlung erklärte sich beim ersten Zusammentreten zum Parlament und setzte ein Datum zur Selbstauflösung fest (3. November 1654). Tatsächlich dauerte es nur wenige Monate bevor die moderate Mehrheit die

---

<sup>805</sup> “*The which, notwithstanding, found no acceptance; but, instead thereof, it was offered, that the way was to continue still this present Parliament, as being that from which we might reasonably expect all good things [...] and so perpetuate themselves, was their aim*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 402

<sup>806</sup> “[...] *we have been necessitated, though with much reluctance, to put an end to this Parliament; [...] with clear intentions and real purposes of heart, to call to the government persons of approved fidelity and honesty [...] but we shall conclude with this, that as we have been led by necessity and Providence to act as we have done [...]*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 403

<sup>807</sup> “*And we do lastly declare, that all Judges, Sheriffs, Justices of the Peace, Mayors, Bailiffs, Committees, and Commissioners, and all other civil officers and public ministers whatsoever, within this Commonwealth, or any parts thereof, do proceed in their respective places and offices; and all persons whatsoever are to give obedience to them as fully as when Parliament was sitting. Signed in the name, and by the appointment, of his Excellency the Lord General and his Council of Officers. Will Malyn, Secretary*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 404

Auflösung beschloss, um die Radikalreligiösen in ihren Reihen zu stoppen (12. Dezember 1653)<sup>808</sup>. Nach der Selbstauflösung von „*Barebone's Parliament*“ gab sich die Republik mit dem von Armeegeneral John Lambert (1619-84) entworfenen „*Instrument of Government*“ (15. Dezember 1653) eine auf den „*Heads of the Proposals*“ (1647) basierende geschriebene Verfassung. Vorbild war die schwedische „*Regeringsform*“ (1634), die erste geschriebene Verfassung überhaupt. Die vom Militär geschaffene neue Verfassung des Protektorats (1653-59) kann schwerlich als System unbeschränkter diktatorischer Herrschaft abqualifiziert werden. Das „*Instrument of Government*“ sah im Gegenteil die klassische dreiteilige Ordnung einer gemischten Verfassung vor, mit Lord Protektor, Staatsrat und Parlament, die sich gegenseitig in ihrer Macht beschränkten und kontrollierten. Mit dem Lordprotektor wurde zwar ein Quasi-Monarch auf Lebenszeit geschaffen – John Lambert und andere Offiziere wollten Cromwell zum König machen, was dieser aber ablehnte -, der auch Oberbefehlshaber von Armee und Marine war. Die Regierung bestand aber aus ihm und dem Staatsrat („*Council of State*“). Die wichtigsten Entscheidungen konnte der Protektor nur gemeinsam mit den Ratsmitgliedern treffen. Die starke Stellung des Protektors als auch der Staatsratsmitglieder beruhte auf der Tatsache, daß sie auf Lebenszeit berufen waren. Ratsmitglieder wurden auf Vorschlag der übrigen Mitglieder und des Parlaments und nach Ernennung durch den Protektor ernannt. Die Verfassung sah weiter vor, daß die Regierung über ausreichende Einnahmen verfügen sollte, um die Streitkräfte und die Verwaltung des Landes zu unterhalten. Den weitreichenden Exekutivbefugnissen der Regierung standen aber die Gesetzgebungsbefugnis und das Recht zur außerordentlichen Geldbewilligung des Einkammerparlaments mit 460 Abgeordneten Englands, Schottlands und Irlands gegenüber. Entscheidungen des Parlaments konnte der Protektor zwar mit seinem Veto belegen, allerdings nur während der ersten 21 Tage. Auch das Wahlrecht und die Tagungsdauer des Parlaments wurden vom „*Instrument of Government*“ geregelt. Das Wahlrecht sollte vom Vermögen abhängig sein und das Parlament musste in mindestens dreijährigen Abständen („*triennial parliaments*“) für mindestens drei Monate einberufen werden<sup>809</sup>.

Das „*Instrument of Government*“ besteht aus einem einzigen Verfassungsdokument mit 42 Artikeln, welche die gesamte Staatsordnung regeln. Regelungen zur Rolle und Funktion des Parlaments

---

<sup>808</sup> KISHLANSKY, A *Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 205f.; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 51f.

<sup>809</sup> KISHLANSKY, A *Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 206ff.; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 51f.; GARDINER, *History of the Commonwealth and Protectorate 1649-1656*, 1903, S. 328–341; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 405–417; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 813–822

finden sich in 30 Artikeln (1, 3, 4, 6-27, 29-31, 34, 39 und 40). Der erste Artikel der Verfassung regelte die oberste Gesetzgebungsbefugnis und orientierte sich darin klar an der alten Mischverfassung als König, Ober- und Unterhaus Gesetze nur gemeinsam beschließen konnten. Das „*Instrument of Government*“ legte fest, daß die Gesetzgebungsbefugnis sich in der Person des Lordprotektors und des Parlaments befinden sollte<sup>810</sup>. Der dritte Artikel schrieb in Nachahmung der monarchischen Verfassung vor, daß das Recht zur Ausstellung der Einberufungsschreiben zum Parlament, das nach dem Ende der Monarchie mit Zustimmung des Parlaments vom König auf die „*Keepers of the Liberty of England*“ übergegangen war, in Zukunft beim Lordprotektor allein liegen sollte<sup>811</sup>. Regelungen zur Tagungsweise des Parlaments finden sich ab Artikel VII. Das nächste Parlament sollte im September 1654 tagen. In Zukunft sollten Parlamente sich einmal alle drei Jahre versammeln, gerechnet von der Auflösung des gegenwärtigen Parlaments<sup>812</sup>. Kein Parlament sollte ohne eigene Zustimmung während der ersten fünf Monate vertagt oder aufgelöst werden<sup>813</sup>. Die Artikel IX. und X. regelten das Wahlverfahren. Artikel XI. präziserte das Recht des Lordprotektors zur Einberufung der Parlamente. Für den Fall, daß der Lordprotektor keine Einberufungsschreiben für das nächste Parlament oder die zukünftigen „*Triennial Parliaments*“ vor dem 1. August jedes dritten Jahres ausstellte, sah das Gesetz vor, daß der Kanzler, der Siegelbewahrer oder eine entsprechende Kommission ohne Weisung des Lordprotektors innerhalb von sieben Tagen nach dem 1. August jedes dritten Jahres Einberufungsschreiben an die Sheriffs senden, damit sich das Parlament in Westminster am 6. November des jeweiligen dritten Jahres versammelte<sup>814</sup>. In

---

<sup>810</sup> „I. That the **Supreme Legislative Authority** of the Commonwealth of England, Scotland, and Ireland, and the Dominions thereunto belonging, **shall be and reside in one Person, and the People assembled in Parliament**; the Style of which Person shall be The Lord Protector of the Commonwealth of England, Scotland, and Ireland”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 405; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 813–822

<sup>811</sup> „III. **That all Writs, Process, Commissions, Patents, Grants, and other Things, which now run in the Name and Style of The Keepers of the Liberty of England by Authority of Parliament, shall run in the Name and Style of the Lord Protector, from whom, for the future, shall be derived all Magistracy and Honours in these three Nations; [...]**”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 406; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 813–822

<sup>812</sup> „VII. **That there shall be a Parliament summoned to meet at Westminster upon the third Day of September, 1654, and that successively a Parliament shall be summoned once in every third Year, to be accounted from the Dissolution of the present Parliament**”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 406; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 813–822

<sup>813</sup> „VIII. **That neither the Parliament to be next summoned, nor any successive Parliaments, shall, during the Time of five Months, to be accounted from the Day of their first Meeting, be adjourned, prolonged, or dissolved, without their own consent**”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 406; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 813–822

<sup>814</sup> „XI. [...] **If the Lord Protector shall not give Warrant for issuing of Writs of Summons for the next Parliament before the first of June, 1654, or for the Triennial Parliaments, before the first Day of August in every third Year; to be accounted as aforesaid; that**

Ergänzung des Artikel XI. bestimmte Artikel XIX., daß der Kanzler, der Siegelbewahrer oder die kommissarischen Siegelbewahrer vor Amtsantritt einen Eid schwören mußten, daß sie für den Fall, daß der Lordprotektor keine Einberufungsschreiben ausstellte, selbst dazu verpflichtet seien. Bei Unterlassung dieser Amtspflicht und Eidbruches wären sie des Hochverrats schuldig und sollten dementsprechend bestraft werden<sup>815</sup>. Die Vorschrift des Artikels XIX. unterstrich die hohe Bedeutung der Regelmäßigkeit von Parlamenten, welche unbedingt durch Zwangsmittel sichergestellt werden sollten. Im Folgeartikel wurde dies noch weiter getrieben. Fünfzehn Tage nachdem die Amtspflicht zur Ausschreibung von Einberufungsschreiben verstrichen war, sollte sich das Parlament selbst in genau bezeichneter Weise am vorgeschriebenen Ort in Westminster und zur festgesetzten Zeit versammeln<sup>816</sup>. Für den Fall eines Staatsnotstandes bzw. wenn Notwendigkeiten des Staates es erforderlich machten, sollte der Lordprotektor mit Zustimmung der Mehrheit im Staatsrat Parlamente in der zuvor beschriebenen Weise einberufen und diese sollten während der ersten drei Monate ihrer Tagung nicht ohne ihre eigene Zustimmung vertagt oder aufgelöst werden. Im Kriegsfall sollte zur Beratung desselben unverzüglich ein Parlament einberufen werden<sup>817</sup>.

---

*then the Chancellor, Keeper, or Commissioners of the Great Seal for the Time being, shall, without any Warrant or Direction, within seven Days after the said first Day of June, 1654, seal, issue, and send abroad Writs of Summons (changing therein what is to be changed as aforesaid) to the severall and respective Sheriffs of England, Scotland, and Ireland, for summoning the Parliament to meet at Westminster, the third Day of September next; and shall likewise, within seven Days after the said first Day of August, in every third Year, to be accounted from the Dissolution of the precedent Parliament, seal, issue, and send abroad severall Writs of Summons, (changing therein what is to be changed) as aforesaid, for summoning the Parliament to meet at Westminster the sixth of November, in that third Year*", in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 409f.; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 813–822

<sup>815</sup> *"XIX. That the Chancellor, Keeper, or Commissioners of the Great Seal, shall be sworn before they enter into their Offices, truly and faithfully to issue forth, and send abroad, Writs of Summons to Parliament, at the Times and in the Manner before expressed: And in case of Neglect or Failure to issue and send abroad Writs accordingly, he or they shall for every such Offence be guilty of High-Treason, and suffer the Pains and Penalties thereof"*, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 411; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 813–822

<sup>816</sup> *"XX. That in case Writs be not issued out, as is before expressed, but that there be a Neglect therein, fifteen Days after the Time wherein the same ought to be issued out by the Chancellor, Keeper, or Commissioners of the Great Seal; that then the Parliament shall, as often as such Failure shall happen, assemble and be held at Westminster, in the usual Place, at the Times prefixed, in Manner and by the Means hereafter expressed; [...]"*, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 411f.; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 813–822

<sup>817</sup> *"XXIII. That the Lord Protector, with the Advice of the major Part of the Council, shall at any other Time than is before expressed, when the Necessities of the State shall require it, summon Parliaments in Manner before expressed which shall not be adjourned, prorogued, or dissolved without their own Consent, during the first three Months of their Sitting. And in case of future War with any foreign State, a Parliament shall be forthwith summoned for their advice concerning the same"*, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 412; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 813–822



Der „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth of England, Scotland, and Ireland, and the dominions thereto belonging*“ (11. November 1654) demonstrierte den Widerstand des ersten Protektoratsparlament (3. September 1654 bis 22. Januar 1655) gegen die neue Verfassung. Das neue gewählte Parlament bestand mehrheitlich aus Presbyterianern, die den religiösen Sekten unbedingt Einhalt gebieten wollten, und strengen Republikanern wie Vane und Haselrig, die in Opposition zur Armee standen und sofort damit begannen, die neue Verfassung in Frage zu stellen. In einem eigens gebildeten Parlamentsausschuß beriet man erneut Artikel um Artikel des „*Instrument of Government*“. Cromwell verlangte daraufhin umgehend einen Treueschwur auf die neue Verfassung („*oath of recognition*“), was von über 70 Abgeordneten mit dem Argument verweigert wurde, daß einzig ein Parlament dazu berechtigt sei, eine neue Verfassung zu beschließen. Der Ausschluss dieser Abgeordneten vom Parlament vergiftete die Stimmung gleich zu Beginn des neuen Verfassungsexperiments. Nach fünfmonatiger Tagungsweise endete das erste Parlament des Protektorats in der im „*Instrument of Government*“ vorgesehenen Weise<sup>818</sup>. Die Beratungen des ersten Protektoratsparlament über eine Neuregelung der Verfassung führten zwar zur Formulierung der 59 Artikel des „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth of England, Scotland, and Ireland, and the dominions thereto belonging*“. Diese kamen aber nie zur endgültigen Beschlußfassung und Gesetzgebung. Die Gesetzesvorlage enthält aufschlußreiche Vorschläge zur Tagungsweise des Parlaments<sup>819</sup>. Das Mißtrauen des Parlaments gegenüber dem Lordprotektor zeigte sich gleich in Artikel 7. Es wurde bestimmt, daß der Protektor unmittelbar nach seiner Wahl ins Amt und noch vor Aufnahme seiner Regierungsgeschäfte, einen Eid zur ordnungsgemäßen Einberufung der Parlamente schwören sollte, entweder im Parlament, nachdem dieses sich versammelt hatte, oder öffentlich während des Rezess<sup>820</sup>. Der zu schwörende Eid wurde in Artikel 8 aufgeführt. Der Lordprotektor sollte beeiden, daß er die Parlamente ordnungsgemäß einberufen werde und ihre Rechte und Privilegien weder absichtlich noch

---

<sup>818</sup> KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 208; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 52f.

<sup>819</sup> GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 427–447; GARDINER, Samuel Rawson, *History of the Commonwealth and Protectorate 1649-1656*, In Four Volumes, Volume III. 1654-1656, London, 1901, New Edition, S. 197-220, 234-245; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 3 (1642-1660), 1808, S. 1460

<sup>820</sup> “[CAP. 7] *That the present Lord Protector shall take and subscribe a solemn oath for the due calling of Parliaments, and the good government of these nations, and every future Lord Protector, immediately after his election, and before he enter upon the government, shall take and subscribe the same solemn oath for the due calling of Parliament, and the good government of these nations; that such oath shall be taken in Parliament, if the Parliament be then sitting, and in the intervals of Parliament in such public place and manner as the Council shall appoint*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 429

unabsichtlich zu beeinträchtigen beabsichtige<sup>821</sup>. Für den Todesfall des Lordprotektors bestimmte Artikel 9, daß unmittelbar nach der Wahl seines Nachfolgers ein Parlament einzuberufen sei, falls zu diesem Zeitpunkt keines versammelt sein sollte, keines nach Maßgabe dieses Gesetzes innerhalb von vier Monaten sich versammelte oder bereits versammelt war<sup>822</sup>. Artikel 12, 13 und 14 befassten sich mit den auszustellenden Einberufungsschreiben. Nach Artikel 12 sollte der Tod des Lordprotektors keinesfalls bestehende Einberufungsschreiben ungültig machen. Bestehende Einberufungsschreiben sollten nach Artikel 13 unbedingt fortbestehen. Artikel 14 stellte Einberufungsschreiben des Parlaments mit denen des Lordprotektors auf eine Stufe. Die vom „*Keeper of the Liberties of England*“ kommissarisch mit Billigung und Autorität des Parlaments ausgestellten Einberufungsschreiben sollten als solche des Lordprotektors gelten<sup>823</sup>. Nach den Bestimmungen zur Einberufung der Parlamente enthielten die Artikel 20 und 21 Vorschriften zur Tagungsweise der Parlamente. Nach Artikel 20 und 21 sollte sich das nächste Parlament am dritten Oktobermontag 1656, das darauffolgende Parlament am dritten Montag des Oktober 1659 und alle zukünftigen Parlamente gleichfalls an jedem dritten Oktobermontag in jedem dritten Jahr versammeln<sup>824</sup>. Die Tagungsdauer der Parlamente bestimmten die Artikel 22 und 23. Die in Artikel 22 als „*Triennial Parliament*“ bezeichneten Parlamente sollten während 26 Wochen nicht ohne eigene Zustimmung vertagt (*Adjournement* oder *Prorogation*) oder aufgelöst werden. Es zeigt sich hier die Bedeutung, die den Vertagungen zugemessen wurde. Nach Artikel 23 sollte kein „*Triennial Parliament*“ ohne Zustimmung des Lordprotektors länger als 26 Wochen dauern. Ein

---

<sup>821</sup> “[CAP. 8.] That this shall be the oath to be ministered to the Lord Protector, viz.: ‘ I do [...] promise and swear that to the uttermost of my power, [...] will **duly cause Parliaments to be summoned and called**; and that I will not wittingly or willingly violate nor infringe the liberties and privileges of Parliament [...]’ ”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 429

<sup>822</sup> “[CAP. 9.] That immediately after the death of every Lord Protector, and after the election of a succeeding Lord Protector, a Parliament be summoned to meet, if a Parliament be not then sitting, or not to meet within four months by force of this Act, or not then already summoned”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 429

<sup>823</sup> “[CAP. 12] That no writ of summons to any Parliament or any other writ, process, patents, commissions, nor any proceedings in law or justice shall be discontinued or made void by the death of any Lord Protector. [CAP. 13.] That all writs [...] issuing forth or being after any succeeding Lord Protector shall be elected and sworn, shall issue forth and be in the name of such Lord Protector, and are hereby declared to be of full force in law to all intents and purposes; and that all former writs [...] shall continue and be in full force as they should have been in if the said Lord Protector had been still living. [CAP. 14.] That all writs [...] which heretofore did or might lawfully have passed or issued in the name or style of the Keepers of the Liberties of England by authority of Parliament, shall pass and issue in the name of the Lord Protector [...]”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 430

<sup>824</sup> “[CAP. 20.] That a **Parliament be summoned to meet and sit at Westminster the third Monday of October, 1656.** [CAP. 21.] That a Parliament shall be summoned to meet and sit at Westminster upon the third Monday in October, 1659, **and so likewise on the third Monday in October in every third year successively**”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 431

Parlamentsgesetz sollte eine begrenzte Sitzungsdauer von dreizehn Wochen festlegen. Man beabsichtigte also offenbar eine sehr geringe Sitzungsdauer<sup>825</sup>. Artikel 24 regelte die Tagungsweise des Parlaments unter dem Aspekt der Staatsräson, möglicherweise für den Fall eines Staatsnotstandes. Der Lordprotektor sollte in diesem Fall mit Zustimmung der Mehrheit im Staatsrat das Recht zur außerordentlichen Einberufung eines Parlaments erhalten. Ein solches Parlament sollte während der ersten dreizehn Wochen nicht ohne eigene Zustimmung vertagt oder aufgelöst werden. Es sollte auch nicht über dreizehn Wochen ohne Zustimmung des Lordprotektors versammelt bleiben. Ein Parlamentsgesetz sollte festlegen, daß eine Tagungsdauer von vier Wochen nicht überschritten werde<sup>826</sup>. Artikel 25 enthielt schließlich den genauen Wortlaut des Einberufungsschreibens des Lordprotektors an die Sheriffs in den Grafschaften<sup>827</sup>. Den Fall der nicht rechtzeitigen Einberufung durch den Lordprotektor regelte Artikel 26. Der Kanzler, der [Siegel]bewahrer oder der kommissarische Großsiegelbewahrer sollten ohne weitere Anweisung innerhalb von sieben Tagen Einberufungsschreiben ausstellen. Die Sheriffs in den Grafschaften sollten innerhalb von zehn Tagen nach Zugang der Einberufungsschreiben diese veröffentlichen. Die Wahl sollte sechs Wochen nach dem Ausstellungsdatum des Einberufungsschreibens stattfinden, aber nicht früher als vierzehn Tage nach Veröffentlichung der „*Writs*“<sup>828</sup>. Weitere

---

<sup>825</sup> “[CAP. 22.] *That neither this present Parliament, nor the Parliament which shall be summoned to meet on the third Monday of October, 1656, nor the Parliament that shall be summoned to meet on the third Monday in October in the year 1659, nor any succeeding triennial Parliament shall, during the time of twenty-six weeks, to be accounted from the day of their first meeting, be adjourned, prorogued, or dissolved without their own consent. [CAP. 23.] That neither this present Parliament, which shall be summoned to meet on the third Monday in October, 1656, nor the Parliament that shall be summoned to meet on the third Monday in October, 1659, nor any successive triennial Parliament, shall continue above twenty-six weeks without the Lord Protector's consent, to be by Act of Parliament, in which Act there shall be a limited time for their sitting, not exceeding thirteen weeks*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 431f.

<sup>826</sup> “[CAP. 24.] *That the Lord Protector, with the advice of the major part of the Council, shall at any other time than is before expressed, when the necessities of the State shall require, summon Parliaments in manner hereby expressed, which shall not be adjourned, prorogued, or dissolved, without their own consent, during the space of thirteen weeks, to be accounted from the day of their first sitting, nor shall continue to sit beyond that time without the consent of the Lord Protector to be by Act of Parliament, in which Act there shall be a limited time for their sitting, not exceeding four weeks, provided that such Parliament shall end and be determined before the summoning of such Parliaments as are before hereby appointed*”, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 432

<sup>827</sup> GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 432f.

<sup>828</sup> „[CAP. 26.] *That in case the Lord Protector shall not before the first of July, 1656, give warrant for issuing out of writs of summons for a Parliament to meet the third Monday in October, 1656, and before the first day of July, 1659, give warrant for issuing forth of summons for a Parliament to meet the third Monday in October, 1659, and before the first day of July in every third year after that time give warrant for issuing writs of summons for a Parliament to meet every third Monday in October every third year successively, that then the Chancellor, Keeper, or Commissioner of the Great Seal for the time being, shall, without any warrant or direction, within seven days after the respective times aforesaid, seal, issue, and send abroad writs of summons to the several and respective Sheriffs of England, Scotland, and Ireland, and other officers for summoning another Parliament to meet at Westminster*

Ausführungsbestimmungen zu den Wahlen finden sich in den Artikeln 27 und 32<sup>829</sup>. Als weiterer Sicherungsmechanismus zur Garantie der regelmäßigen Einberufung von Parlamenten sollten die kommissarischen Lordsiegelbewahrer („*Lord Commissioners of the Great Seal*“) wie auch der Lordprotektor ihre Pflicht zur Einberufung des Parlaments beschwören. Auch dieser Fall wurde in ausführlicher Weise geregelt (Artikel 33)<sup>830</sup>.

Die „*Humble Petition and Advice*“ (23. Februar 1657) stellte einen neuen Verfassungsentwurf dar, eingebracht im zweiten Protektoratsparlament (17. September 1656 bis 4. Februar 1658), welches Cromwell aus Notwendigkeit zur Finanzierung des Krieges gegen Spanien einberufen hatte. Auf die Wahl dieses Parlaments hatte die Regierung Einfluss genommen und konnte erfolgreich verhindern, daß Regimegegner gewählt wurden. Die Mehrheit der Abgeordneten bestand aus zuverlässigen Unterstützern, welche die Rückkehr zur Staatsform der Monarchie propagierten. Mit der „*Humble Petition and Advice*“ wurde Oliver Cromwell die Krone angetragen, was dieser aber ablehnte (8. Mai 1657). Stattdessen nahm Cromwell eine modifizierte „*Humble Petition and Advice*“ an (25. Mai 1657), die ihm das Recht zur Bestimmung seines Nachfolgers als Lordprotektor gab, ein neues Oberhaus („*The other House*“) schuf, dessen Mitglieder der Protektor und der Staatsrat auf Lebenszeit bestimmen konnte und die dreijährige Tagungsweise der Parlamente bestätigte. Die neue Verfassung näherte sich der alten Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ an. Die Wiedereinsetzung Cromwells als Lordprotektor in einer Art Krönungszeremonie zeigte dies eindrücklich. Zeit zur Bewährung unter der erfahrenen Hand Cromwells blieb der neuen Ordnung jedoch nicht, denn er verstarb bereits ein Jahr später (3. September 1658). Es sollte sich zeigen, daß Oliver Cromwell unersetzbar war. Während der nächsten anderthalb Jahre versank die Republik nach und nach im Chaos, das durch die Restauration der Monarchie (1660) beendet wurde<sup>831</sup>.

---

*the third Monday in October, 1659, and for other Parliaments to meet at Westminster on the third Monday in October in every third year successively; and that the said Sheriffs and other officers respectively shall, within ten days after the receipt of such writs as aforesaid, cause the same to be proclaimed and published in every market town in the said county upon the market days thereof, between twelve and three of the clock, and shall then also publish and declare the certain day of the week and month and the certain place for electing of members to serve in Parliament for the body of the said county according to the tenor of the said writ, which election shall be within six weeks after the date of the said writ; but not until fourteen days after all the proclamations made as aforesaid [...]*“, in: GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 433f.

<sup>829</sup> GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 435

<sup>830</sup> GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 437

<sup>831</sup> KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 211f.; LOEWENSTEIN, *Der britische Parlamentarismus*, 1964, S. 52f.; JONES, *Charles II*, 1987, S. 25ff.; GARDINER, *The Constitutional Documents of the Puritan Revolution*, 1906, S. 447–459; FIRTH ET AL., *Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660*, 1911, S. 1048–1056

Die „*Humble Petition and Advice*“ vom 25. Mai 1657 enthält in achtzehn Punkten Vorschläge zur Neuordnung der Verfassung. Der erste Abschnitt trug Oliver Cromwell das Amt des Lordprotektors an, mitsamt dem Recht, seinen Nachfolger selbst zu bestimmen. Bereits der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Tagungsweise der Parlamente. Der Lordprotektor sollte das Recht zur Einberufung eines Zweikammerparlaments erhalten. Dieses sollte in einem Dreijahreszeitraum zumindest einmal oder öfter, je nach Lage der Nation, spätestens aber nach drei Jahren einberufen werden<sup>832</sup>. Der dritte Abschnitt beinhaltete nicht nur die Zusicherung der alten Freiheiten und Privilegien des Parlaments, ihre Bewahrung und Aufrechterhaltung, sondern auch die Bestimmung, daß die in freien Wahlen gewählten Abgeordneten in Ausübung ihres Auftrages nicht vom Parlament ausgeschlossen werden sollten, außer das jeweilige Parlamentshaus würde selbst darüber urteilen und seine Zustimmung zum Ausschluß eines Abgeordneten geben. Eine bemerkenswerte Bestimmung, zumal Oliver Cromwell gerade erst im letzten Parlament Abgeordnete ausgeschlossen hatte. Es war auch eine Reaktion auf „*Pride’s Purge*“<sup>833</sup>. Das Verfassungsdokument sah im vierten Abschnitt bestimmte Qualifikation zur Wahl von Abgeordneten vor. Der fünfte Abschnitt beschäftigte sich mit der Zusammensetzung und den Befugnissen der neu zu schaffenden zweiten Parlamentskammer („*The other House*“). Im sechsten Abschnitt wurde ausdrücklich betont, daß der Lordprotektor bei Einberufung und Tagungsweise der Parlamente die Gesetze des Landes zu beachten und einzuhalten habe. Außerdem wurde einer der wichtigsten Kritikpunkte monarchischer Regierungspraxis, die Änderung, temporäre Aussetzung, Kürzung oder Aufhebung von Gesetzen und die Gesetzgebung selbst unter Parlamentsvorbehalt gestellt; all dies sollte nur durch Parlamentsgesetz möglich sein<sup>834</sup>.

---

<sup>832</sup> „2. ***That Your Highness will for the future be pleased to call parliaments*** consisting of Two Houses (in such manner as shal be more particularly afterwards agreed and declared in this Petition and Advice) ***once in three years at furthest, or oftner***, as the Affairs of the Nation shall require, that being your great Council, and in whose affection and advice, Your self and this People will be most safe and happy”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 449; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 1048–1056

<sup>833</sup> „3. ***That the ancient and undoubted Liberties and Priviledges of Parliament*** (which are the birth-right and inheritance of the people, and wherein every man is interessed,) be preserved and maintained; and that you will not break or interrupt the same, nor suffer them to be broken or interrupted; and particularly, that those persons who are legally chosen by a free Election of the people to serve in Parliament, may not be excluded from sitting in Parliament to do their duties, but by judgement and consent of that House whereof they are Members”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 449; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 1048–1056

<sup>834</sup> „6. ***That in all other particulars which concern the calling and holding of Parliaments***, Your Highness will be pleased, ***That the Lawes and Statutes of the Land be observed and kept***; And that no Lawes be altered, suspended, abrogated or repealed, or new Law made, but by Act of Parliament”, in: GARDINER, The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1906, S. 452; FIRTH ET AL., Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, 1911, S. 1048–1056

## 2. „*Restoration Settlement*“ (1660-64)

Zum „*Restoration Settlement*“ der beiden ersten Parlamente Karls II. gehörten sowohl die Beibehaltung des ersten „*Triennial Act*“ von 1641 durch das „*Convention Parliament*“ als auch die Aufhebung bzw. Entsanktionierung dieses Gesetzes durch den zweiten „*Triennial Act*“ von 1664. Die Umstände und Regelungen des „*Restoration Settlement*“ insgesamt bilden den Rahmen zum Verständnis des zweiten „*Triennial Act*“. Die Geschichtswissenschaft unterteilt das „*Restoration Settlement*“ (1660-64) für gewöhnlich in ein „*First Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ (1660) und ein „*Second Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments (1661-64), da die späteren Grundlagenentscheidungen des Kavalierparlaments unter völlig anderen Vorzeichen getroffen wurden und weniger versöhnlich gestimmt waren als die Entscheidungen des „*Convention Parliament*“. Die „*Restoration Settlements*“ waren unterschiedlich im Charakter, den Umständen und den Regelungsinhalten. Der entscheidende Unterschied bestand aber in der Zusammensetzung der beiden Parlamente. Das ausgewogene Verhältnis zwischen Royalisten und Parlamentsanhängern und zwischen Anglikanern und Nonkonformisten im „*Convention Parliament*“ wich einer Dominanz der Royalisten und der Anglikaner im Kavalierparlament. Der versöhnliche Grundton wich einer aggressiven Programmatik. Die Administration des Königs verblieb während dieser Zeit aber in den Händen des Lordkanzlers Edward Hyde, des späteren Earl of Clarendon<sup>835</sup>.

**Die Clarendon-Administration (1658-67)** bestand im Wesentlichen aus exilierten Royalisten. Karl II. hatte Edward Hyde noch während seines Exils zum Lordkanzler ernannt und verdankte ihm die Ausarbeitung der Deklaration von Breda (1660), welche ein so wichtiges Signal zur Versöhnung mit den Republikanern und Nonkonformisten gegeben hatte und zum wichtigen Baustein der Restauration geworden war. Schatzkanzler („*Lord High Treasurer*“) wurde Thomas Wriothesley, Earl of Southampton, Staatssekretär („*Secretary of State*“) Sir Edward Nicholas, später (Oktober 1662) abgelöst von Henry Bennet, der zugleich Herr über die königlichen Ausgaben war („*Keeper of the Privy Purse*“), Vorsteher des Hofstaates („*Lord Steward of the Household*“) James Butler, später Duke of Ormonde, Oberbefehlshaber der Marine („*Lord High Admiral*“) des Königs Bruder Jakob, Duke of York, „*Gentleman of the Bedchamber*“ wurde George Villiers, Duke of Buckingham, Sohn des ermordeten Günstlings von James I. und Karl I. Wichtige Staatsämter gingen aber auch an ehemalige Diener der Republik: Oberbefehlshaber der Armee („*Captain-General*“), Hofmarschall („*Master of Horse*“) und Gouverneur Irlands („*Lord Lieutenant of Ireland*“) wurde General George Monck, später Herzog von Albemarle, zum Finanzminister

---

<sup>835</sup> FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 14ff.; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 125; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 14; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 223f.; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 32f.

(„*Chancellor of Exchequer*“) ernannt wurde Anthony Ashley Cooper, später Earl of Shaftesbury, der in allen Protektoratsparlamenten Mitglied gewesen war, bis zuletzt der Republik gedient hatte, Schwiegersohn des Earl of Southampton war und später zum alles entschlossenen Oppositionsführer gegen Karl II. wurde, zum Hofkämmerer („*Lord Chamberlaine of the Household*“) berufen wurde Edward Montagu, Earl of Manchester und die Position des zweiten Staatssekretärs erhielt Sir William Morrice. Zentrales Regierungsorgan war der „*Privy Council*“. Auch wenn die Legislative im „*King-in-Parliament*“ lag, Gesetzesvorlagen (Bills), Petitionen und Beschwerden wurden vom Parlament zum Rat geschickt, um von diesem geprüft zu werden, denn zur Erlangung von Gesetzeskraft war die Zustimmung des Königs erforderlich. Der Rat bestimmte schließlich auch wesentlich den Gang der täglichen Regierungsgeschäfte. Als der Rat König Karls II. erstmals zusammentrat (31.05.1660), bestand dieser aus Royalisten (Edward Hyde, Thomas Wriothesley, Sir Edward Nicholas, George Villiers, Herzog von Buckingham, James Butler, Somerset, Lindsey und Dorchester), Parlamentsanhängern (darunter Arthur Annesley, später Earl Anglesey, Sir William Morrice, Denzil Holles und der Earl of Northumberland, Say and Sele, Holles und Robartes) und ehemaligen Republikanern (George Monck und seine Gefolgsleute Edward Montagu, Anthony Ashley Cooper und Charles Howard, Earl of Carlisle). Die Anzahl der Mitglieder stieg im Laufe der Zeit von 27 auf 50. Die Befugnisse des Rates waren nicht definiert und dementsprechend weit und unüberschaubar. Aus dieser Machtfülle entwickelten sich die späteren Einzelressorts. Die Beratungen waren geheim und entsprechend eher privater denn öffentlicher Natur. Den Vorsitz hatte der König, der im Streitfall zu entscheiden hatte. Verträge mit dem Ausland wurden zwar vom König geschlossen, aber vom „*Privy Council*“ abgefasst und erlangten erst mit Zustimmung der Ratsmitglieder Wirksamkeit. Die Anwesenheit der Lords war für die Beschlussfassung notwendig, so daß die bloße formale Beschlussfähigkeit nicht ausreichend war. Das jüngste Mitglied sprach immer zuerst. Mit der wachsenden Bedeutung des Sekretariats des „*Privy Council*“ wuchs die Bedeutung des Sekretärs, der nur von herausragenden Männern wie Clarendon als Kanzler oder Danby als Schatzkanzler überschattet wurde. Sekretäre wie Arlington und Sunderland agierten beinahe wie spätere Premierminister. Der Sekretär hatte zudem automatisch einen Sitz im Unterhaus, obwohl er dem Amte nach nur dem königlichen Haushalt angehörte. Als Diener der Exekutive und als Unterhausmitglied hatte er eine Doppelrolle, die Sekretär Coventry in einprägsame Worte faßte: „*As a privy councillor, he has taken his oath, and as a Parliament-man, he has his opinion*“ (1677). Karl II. nahm selbst regelmäßig an den Sitzungen des „*Privy Council*“ teil, versammelte aber angesichts der zunehmenden Größe des „*Privy Council*“ und der nicht klar definierten Zuständigkeit des Gremiums alsbald einen inneren Kreis von Beratern um sich (Hyde, Nicholas, Ormonde, Southampton, Monck und Morrice), um insbesondere

auswärtige Angelegenheiten zu beraten. Dieses kleinere Beratungsgremium erhielt im Laufe der Zeit unterschiedliche Namen wie „*Cabinet*“, „*Junto*“ oder „*Cabal*“. Daneben bildeten sich Einzelausschüsse zur Beratung besonderer Gegenstände. Zu Beginn der Herrschaft gab es circa 30 Ausschüsse, wovon aber nur zwei ständige Ausschüsse waren (Marine und Kolonien)<sup>836</sup>.

**Sir Edward Hyde, Earl of Clarendon**, war als Lordkanzler die politisch führende Figur der Restaurationsepoche (1660-67). Das Amt des Lordkanzlers galt traditionell als das am höchsten angesehene Staatsamt und brachte große Einflussmöglichkeiten mit sich, beispielsweise durch den Vorsitz im Oberhaus und im königlichen Rat des „*Privy Council*“. Später zeigte sich, daß das Amt des „*Lord Treasurer*“ noch weitergehende Einflußmöglichkeiten hatte, standen dem Inhaber doch die Staatseinnahmen zur Verfügung. Clarendon bekleidete aber das Kanzleramt, da dieses traditionellerweise das höchste Ansehen genoß. Für die Administration entscheidend waren aber die Sitzungen des „*Privy Council*“, die von einem vertrauten miteinander von König und Kanzler geprägt waren, wobei Clarendon die Figur des väterlichen Ratgebers einnahm und entsprechend agierte, sehr zum Unwillen des jungen Königs, wie sich bei Clarendons späterem Sturz noch zeigen sollte<sup>837</sup>.

---

<sup>836</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 122; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 242; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 21f.; EßER, *Die Tudors und Stuarts 1485-1714*, 2004, S. 167; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 183f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 127f.; HUTTON, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, 1989, S. 136f.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 14; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 3; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 151f., 189-197; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 189-195; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 223; SEAWARD, Paul, Hyde, Edward, first earl of Clarendon (1609-74), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com./view/article/14328>, 20.9.2009; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 13ff.; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 37ff.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 156; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 333; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 193; TURNER, Edward Raymond, *Committees of Council and the Cabinet 1660-1688*, in: *American Historical Review* 19, 1914, Nr. 4, S. 772-793; TURNER, Edward Raymond, *The Origin of the Cabinet Council*, in: *English Historical Review* 38, 1923, Nr. 150, S. 171-205; TURNER, Edward Raymond, *The Cabinet in the eighteenth Century*, in: *English Historical Review* 32, 1917, Nr. 126, S. 192-203; TURNER, Edward Raymond/MEGARO, Gaudens, *The King's Closet in the Eighteenth Century*, in: *American Historical Review* 45, 1940, Nr. 4, S. 761-776; TURNER, Edward Raymond, *Charles II.'s Part in Governing England*, in: *American Historical Review* 34, 1928, Nr. 1, S. 44-47; Zitat Coventry, in: BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), *Grey's Debates of the House of Commons, Vol. IV, From the year 1667 to the year 1694*, In ten volumes, London, 1763, S. 385

<sup>837</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 122; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 30f., 36; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 248; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 24f.; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 208; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 191f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 149f., 191-194; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 155f.; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 12, 15-22, 25, 217f.; KISHLANSKY, *A Monarchy*



Der „*Act of Indemnity and Oblivion*“ (Juni 1660) zählte zu den wichtigsten Bausteinen des „*First Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“. In der Anfangsphase der Restauration war es für Karl II. und Lordkanzler Clarendon von entscheidender Bedeutung, die Versprechungen der Deklaration von Breda umzusetzen, für Versöhnung und Toleranz zwischen Royalisten und Republikanern einerseits und Anglikanern und Nonkonformisten andererseits zu sorgen. Das „*Convention Parliament*“ verabschiedete den „*Act of Indemnity and Oblivion*“ (11.06.1660), um mit Ausnahme weniger Personen alle Handlungen während des Bürgerkrieges und der Republik straffrei zu stellen und ein kollektives Vergessen und Vergeben herbeizuführen („*all names and terms of distinctions may ... be put into utter oblivion*“). Das Gesetz war als Versöhnungswerk zur Sicherung der Krone gedacht und um die Nation wieder zu einen. Nur die Königsmörder und wichtige Akteure der Republik wie Lambert, Haselrig und Vane waren von der Amnestie ausgenommen<sup>838</sup>.

---

Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 228; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 323f., 327, 333f.; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 77; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 141f., 149ff., 189, 195; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 150 über Clarendon: „*His real character can be as little determined from his own eulogy as from the diatribes of his opponents*“; Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of/MACRAY, William Dunn (Hrsg.), The history of the Rebellion and civil wars in England begun in the year 1641, Re-edited from a fresh collation of the original MS in the Bodleian Library with marginal dates and occasional notes, Volume I of VI (Books I-IV), Oxford, 1888, S. 7f. über das Parlament: „*Modesty and moderation in words never was, nor ever will be, observed in popular councils, whose foundation is liberty of speech*“; FIRTH, Charles Harding, Edward Hyde, Earl of Clarendon as statesman historian and chancellor of the University, A lecture delivered on February 18, 1909, Oxford, 1909; Carlyle, E. I., Clarendon and the Privy Council, 1660-1667, in: English Historical Review 27, 1912, Nr. 106, S. 251–273; TREVOR-ROPER, Hugh R., Edward Hyde, Earl of Clarendon, A lecture delivered before the University of Oxford on 2 December 1974 to mark the tercentenary of Clarendon's death, Oxford, 1975; CRAIK, Henry, The Life of Edward Earl of Clarendon Lord High Chancellor of England, With Portraits, Volume I, London, 1911; CRAIK, Henry, The Life of Edward Earl of Clarendon Lord High Chancellor of England, With Portraits, Volume II, London, 1911; LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. I., London, 1838; LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. II., London, 1838; LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. III., London, 1837

<sup>838</sup> ASHLEY, England in the Seventeenth Century, 1968, S. 123; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 245f.; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 26; FARMER, Britain and the Stuarts, 1965, S. 209; FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 16f., 19f.; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 132–136, 162ff.; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 16f.; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 325; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 132ff., 144; SMITH, The Stuart parliaments 1603-1689, 1999, S. 148f.; KLUXEN, Geschichte Englands, 1968, S. 346; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 154f., 166f., 178f.; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 223f.; HARRIS, Restoration, 2005, S. 47f.; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 36; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 74, 199-213

**Der Umgang mit den Reformgesetzen des Langen Parlaments** war eine weitere wichtige Aufgabe neben dem so dringend erforderlichen Versöhnungswerk. Instrumente absolutistischer Herrschaft wie sie Karl I. mit seiner unparlamentarischen Regierungsweise („*Eleven Years Tyranny*“, 1629-40), Steuerpraxis (Steuererhebungen ohne Zustimmung des Parlaments wie „*Tonnage and Poundage*“) und Religionspolitik („*Laudianismus*“) betrieben und die zum Bürgerkrieg geführt hatten, blieben verboten. Die Reformgesetze des Langen Parlaments, die mit Zustimmung Karls I. bis 1641 verabschiedet worden waren, wurden vom „*Convention Parliament*“ bestätigt, nicht aber die einseitig vom Parlament beschlossene Gesetzgebung danach. Dies war eine Bestätigung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ und eine Absage an eine einseitige, unikamerale Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments und an jede Art parlamentarischer Exekutivgewalt. Nach den Erfahrungen mit der Herrschaft Karls I. war es aber auch eine Absage an absolutistische Bestrebungen der Krone. Eine einseitige Souveränität von Krone oder Parlament sollte verhindert werden. Die gemachten Erfahrungen der Unterhausabgeordneten in den Ausschüssen des Parlaments zur Kontrolle der Armee, der Marine, der Kirche, des Handels und der Außenpolitik, hatten aber zu einem Bewusstseinswandel geführt. Die Staatsangelegenheiten der unmittelbaren Regierungsgeschäfte waren nicht länger den Blicken der Untertanen entzogene geheime Angelegenheit der Krone, man hatte vielmehr während des Interregnums gelernt, das Land zu regieren, sogar besser zu regieren als die königliche Regierung es jemals zuvor vermocht hatte. Im Bereich der Justiz blieb man mit der Abschaffung aller Sondergerichtshöfe („*Prerogative Courts*“ wie „*Star Chamber*“ und „*High Commission*“) bei den gesetzlichen Regelungen des Langen Parlaments bis 1641. Die Aufgaben des Sondergerichtshofes der „*Star Chamber*“ wurden von der ordentlichen Gerichtsbarkeit („*King's Bench*“ als „*common law court*“) übernommen, beispielsweise die Überwachung der Presse. „*King's Bench*“ und das Parlament übernahmen vom „*Privy Council*“ die Aufgabe, den gewöhnlichen Instanzenzug zu überwachen. Kriegsrecht („*martial law*“) und Belagerungszustand („*state of siege*“) waren verboten. Die ordentliche Gerichtsbarkeit war für Aufstände aller Art zuständig. Unangefochtener Maßstab für die Auslegung des „*Common Law*“ waren die Richtlinien der Juristen Sir Matthew Hale und Sir Edward Coke („*Coke's Reports and Institutes*“). Für die Tagungsdauer des Parlaments sollte der „*Triennial Act*“ (1641) wirksam bleiben. Die Kontinuität der Monarchie, unterbrochen durch die Republik, wurde mit der Fiktion des Beginns der Herrschaft Karls II. mit dem Tod seines Vaters (1649) begründet. Aller Arten staatlicher Aufzeichnungen, insbesondere aber die Gesetzgebung, wurden dementsprechend datiert und nummeriert. Karl II. befand sich demnach im Jahre 1660 im zwölften Jahr seiner Herrschaft. Die Macht des Monarchen war aber auch nicht an explizit formulierte Bedingungen geknüpft worden. Anhänger einer solchen Beschränkung wie die Earls of Manchester,

Bedford, Anglesey und Northampton und die Unterhausabgeordneten Sir Gilbert Gerard, Sir Harbottle Grimstone, Sir Denzil Holles und Sir Anthony Ashley Cooper, konnten sich nicht gegen die Mehrheit durchsetzen, ebenso wenig wie die Verfechter äußerster monarchischer Gewalt wie der Earl of Peterborough, Charles Berkeley und Henry Bennet. Die jüngere Generation, die der Erfahrungen mit Karl I. und dem Bürgerkrieg entbehrte, und für die alles bloße Kindheitserinnerungen waren, setzte sich gegen die ältere Generation durch, die verbittert gegen den königlichen Absolutismus gekämpft hatte<sup>839</sup>.

**Die rasche Auflösung des stehenden Heeres** war ein entscheidendes Element der Restauration. Krone und Parlament waren sich darin einig, die „*New Model Army*“ der Republik schnellstmöglich als politischen wie militärischen Faktor zu beseitigen. Das „*Convention Parliament*“ verabschiedete zu diesem Zweck ein Indemnitätsgesetz („*Indemnity Ordinance*“), das alle Soldaten der „*New Model Army*“ Strafflosigkeit gewährte. Klug geworden aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte fürchtete man das Berufssoldatentum eines stehenden Heeres besonders. Zum Zeitpunkt der Auflösung des „*Convention Parliament*“ im Dezember 1660 standen von der ursprünglich 40.000 Mann starken „*New Model Army*“ nur noch ein kleiner Rest von 3.000-4.000 Mann unter Waffen. Das Heer bestand im Wesentlichen aus der ehemaligen königliche Leibgarde der „*Grenadier Guards*“ von 1656 und George Moncks „*Coldstream Guards*“ von 1650. Damit hatte das Parlament ein wichtiges Ziel erreicht. Die Armee hörte auf, eine politische Macht im Staat zu sein und dem König war das militärische Instrument zur Durchsetzung seiner politischen Ziele genommen<sup>840</sup>.

**Die Eigentumsfrage** stellte die Restauration durch die Eigentumsverschiebungen während des Bürgerkriegs und der Republik vor ein gewaltiges Problem. Seit der Enteignung der Klöster während der Reformation zu Zeiten Heinrichs VIII. hatte es keine so massiven Eigentumswechsel

---

<sup>839</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 121; EßER, *Die Tudors und Stuarts 1485-1714*, 2004, S. 167; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 183; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 19–21; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 324; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 147f.; KLUXEN, *Geschichte Englands*, 1968, S. 345f.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 224; KEMP, *King and Commons 1660-1832*, 1984, S. 9f.; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 23, 47, 51, 59; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 192ff.; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 24; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 28f.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 247; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 22f.; HUTTON, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, 1989, S. 167

<sup>840</sup> KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 26; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 184; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 19; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 128f., 138f.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 18f., 33; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 224; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 64f.

mehr gegeben. Nach Abschaffung der Bischöfe und der Monarchie wurden unzählige Kirchengüter und fast alle Krongüter verkauft. Zudem waren zahlreiche königstreue Familien enteignet oder so stark durch Steuern und Strafzahlungen belastet worden, daß sie zum Verkauf gezwungen waren. Viele verkauften auch freiwillig Ländereien, um mit den Erlösen die Monarchie zu unterstützen. Gleichzeitig hatten unzählige Menschen von den Verlusten der Kirche, der Krone und des Adels profitiert. Die Profiteure dieser Enteignungen befürchteten, daß die Restauration ihnen die Güter wieder entziehen und sie bestrafen könnte. Es gab aber auch unzählige gutgläubige Käufer, die schützenswert waren. Auf Moncks Initiative fiel die Entscheidung des Parlaments zugunsten der bestehenden Besitzverhältnisse aus. Mit so wenig Veränderungen wie möglich war die Ordnung am besten aufrechtzuerhalten. Viele frustrierte Königsanhänger beklagten, daß der König seine Feinde straflos ließ und seine Freunde vergessen habe: „*His majesty passed an act of indemnity for his enemies and of oblivion for his friends*“. Die neuere Forschung zeigt aber, daß die prekäre Lage der Royalisten weniger den Tatsachen als ihrer Propaganda entsprach. London war 1660 überfüllt von Royalisten, die auf der Jagd nach Pfründen waren und da nicht alle bedient werden konnten, sahen viele ihre Hoffnungen enttäuscht und beklagten sich. Der Landadel hatte zudem bereits vor 1660 ihre von der Republik enteigneten Ländereien mit Hilfe von Strohmännern wieder zurückgekauft. Die „*gentry*“ war beim Rückkauf auch in der vorteilhaften Situation, daß es nicht viele Bieter gab, weil die Rechtsansprüche auf das Land zweifelhaft waren. Mit der Restauration erlangte der Landadel auch die alten Positionen in der lokalen Administration zurück und verdrängte den während der Republik in ihre Position eingedrungenen Pfarrgemeindegadel („*Parish gentry*“), auf den sie stets mit Verachtung geblickt und kaum je als echte Gentlemen betrachtet hatten. Dennoch konnten der alte Adel sich nicht ganz durchsetzen, so daß darin die Ursache des späteren Whig-Tory Gegensatzes zu suchen ist („*Whiggery*“). Auf lokaler und regionaler Ebene erwarb der alte Adel die bisherigen mit der Restauration der Krone verlorenen Feudalrechte, so daß sie eine geradezu hegemoniale Stellung erlangen konnten, die sie vor Bürgerkrieg und Republik nicht gehabt hatten<sup>841</sup>.

---

<sup>841</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 123f.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 245f.; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 27f.; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 209f.; FEILING, *England under the Tudors and Stuarts 1485-1688*, 1949, S. 183; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 17–19, 25f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 137f.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 17f.; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 324f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 135f., 139; KLUXEN, *Geschichte Englands*, 1968, S. 346; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 161–164; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 224f.; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 39–42, 48–55, 196ff., 208f., 326f.; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 36f.; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 172–175, 185, 193

**Die religiöse Frage** stellte das „*Convention Parliament*“ vor ein weiteres schwer zu lösendes Problem. Presbyterianer, Puritaner, Sektierer aller Art und Katholiken waren erleichtert über das Toleranzversprechen der Deklaration von Breda gewesen. William Prynne zielte darauf, das Toleranzversprechen in gesetzliche Form zu gießen, scheiterte damit aber an der Zerstrittenheit der verschiedenen Gruppen. Den Anglikanern dagegen gelang es, die Wiederherstellung der anglikanischen Bischofskirche mit dem Monarchen als Kirchenoberhaupt zu erreichen und eine detaillierte Regelung zur Lösung der Religionskonflikte dem nächsten Parlament zu überantworten. Dort konnte sich die Staatskirche berechnete Hoffnung auf eine Mehrheit und eine Lösung in ihrem Sinne machen<sup>842</sup>.

**Eine grundlegende Reform der Staatsfinanzen** mußte schließlich auch noch bewerkstelligt werden. Die vom „*Convention Parliament*“ ergriffenen Maßnahmen ließen England vom feudalen Domänenstaat zum modernen Steuerstaat werden. Die Reform war notwendig geworden, weil sich die Staatsschulden zum Zeitpunkt der Restauration auf drei Millionen Pfund beliefen. Hinzu kamen die öffentlichen und privaten Schulden Karls II. Das „*Convention Parliament*“ war dazu bereit, die Staatsschulden und die Schulden Karls II. zu begleichen. Die dringlichsten Zahlungsrückstände betrafen Armee und Marine mit jeweils 700.000 Pfund. Bis Februar 1661 wurden die Rückstände aus Steuermitteln beglichen und die Armee entlassen und ausbezahlt. Die Krone erhielt als Ersatz für stark verminderte Einnahmen aus Krongütern, den Wegfall der Feudalabgaben und anderer Abgaben auf Land parlamentarisch bewilligte Steuergelder auf Verbrauchsgüter wie Bier und Tee („*Excise*“) und Zolleinnahmen („*Customs*“). Die Verbrauchssteuern führten zu einer sozialen Umverteilung, da diese Arme wie Reiche gleichermaßen trafen, die Armen aber mehr belasteten. Die Abschaffung königlicher Feudalrechte und die Substituierung der Einnahmen daraus durch Verbrauchssteuern bedeutete, daß eine Last, die bisher von einer gesellschaftlichen Gruppe getragen worden war, nun auf die Gesellschaft im Ganzen verteilt wurde. Der landbesitzende Adel behielt nicht nur seine alten Rechte, sondern erweiterte seine Rechtsposition auf dem Land durch Hinzugewinnung der königlichen Feudalrechte. Im Ergebnis erstarkte der landbesitzende Adel („*landed gentry*“) und das Parlament, in dem er repräsentiert war. Das Parlament folgte dabei aber weiter dem alten Grundsatz, daß der Monarch alle Aufgaben seiner Regierung aus den regulär

---

<sup>842</sup> COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 243–246; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 28–30; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 210; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 139–148; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 23–32; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 327–330; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 136ff.; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 148; KLUXEN, *Geschichte Englands*, 1968, S. 347; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 165f.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 225; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 41–48; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 25–34; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 166.

bewilligten Geldern bestreiten sollte („*to live of his own*“). Man berechnete, daß der Monarch die Summe von 1,200.000 Pfund jährlich in Friedenszeiten benötigte und bewilligte diese Gelder auf Lebenszeit des Königs. Für außergewöhnliche Ausgaben, beispielsweise in Kriegszeiten, mußte der König sich aber an das Parlament wenden<sup>843</sup>.

**Das „*Second Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments (1661-64)** prägte die Herrschaft Karls II. im Bereich der Religion (1661-65), der Meinungs- und Pressefreiheit (1661-62), der Finanzen (1662), der Miliz (1662) und der Parlamentstagungsweise (1664). Die weitreichenden Regelungen wurden von einem Parlament getroffen, welches in seiner Zusammensetzung ganz anders war als das „*Convention Parliament*“.

**Venners Aufstand („*Venner's Rising*“)** unmittelbar nach dem Ende des „*Convention Parliaments*“ (06.01.1661) hatte dabei größten Einfluß auf die Wahl des Kavalierparlaments (Ausstellung der Einberufungsschreiben am 18.02.1661) und auf die Krönung des Königs (23.04.1661) sowie auf die Gesetzgebung des Kavalierparlaments (Sitzungsbeginn am 08.05.1661) zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit (1661 und 1662). Venners Aufstand zeigte, daß der Jubel über die Restauration der Monarchie nicht von der ganzen Bevölkerung geteilt wurde. Anhänger der Republik („*Good Old Cause*“), Gläubige unterschiedlicher Konfessionen und religiöse Sektierer lehnten die Rückkehr der Stuarts ab. Nach dem Ende des „*Convention Parliament*“ im Dezember 1660 führte Thomas Venners religiös motivierter Aufstand zu einer Stärkung der Anglikaner und Royalisten. Venner war ein Anführer der religiösen Sekte der „*Fifth Monarchy Men*“. Die Sekte glaubte, daß die Herrschaft Jesus Christi auf Erden durch den bewaffneten Aufstand einiger auserwählter Heiliger erreicht werden könnte. Damit unterschieden sich die „*Fifth Monarchy Men*“ erheblich von der Mehrheit der Presbyterianer und anderer Sekten. Dies entsprach auch nicht der Überzeugung der führenden Republikaner. Männer wie Cromwell, Hesilrige, Vane, und Milton waren zwar davon überzeugt gewesen, daß ihre Siege gegen die Monarchie Gottes Zeichen Ihres Auserwähltseins und vorherbestimmt seien („*predestination*“). Viele Republikaner glaubten entsprechend, daß die Wiederherstellung der Monarchie als Gottesurteil und Abwendung Gottes von ihrer Sache („*The good old cause*“) gedeutet werden und

---

<sup>843</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 124f.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 243–246; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 27; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 210f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 24; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 138f.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 21ff., 33f.; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 325ff.; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 148; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 2f.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 155–161; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 185–189; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 103; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 60

als Gottes Wille hingenommen werden müsse. Venners Leute hingegen wollten nicht in Passivität verharren, sondern Gottes Willen, wie sie ihn interpretierten, aktiv verwirklichen. Venner und circa 35 seiner Anhänger besetzten am 6. Januar 1661 St. Paul's Cathedral mit dem Ziel, die Hauptstadt unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Regierung vermutete dahinter aber eine landesweit organisierte Rebellion gegen die Restauration. Als Gegenreaktion wurden die Grafschaften des ganzen Landes alarmiert. Venners Aufstand belebte die Angst vor religiösem und politischem Fanatismus und machte alle religiös Andersdenkenden verdächtig. Der Aufstand bot die beste Argumentation für die Gegner religiöser Toleranz zur Unterdrückung religiöser Splittergruppen. Innerhalb weniger Wochen wurden unterschiedlichste Gruppen Opfer der Reaktion, darunter fast 5000 Quäker, die man überall in England inhaftierte. Die Regierung befürchtete außerdem, daß die im Exil lebenden Republikaner nur auf eine Gelegenheit warteten, die Restauration zu bekämpfen und die Republik wiederherzustellen<sup>844</sup>.

**Die Krönung Karls II. am St. Georgstag (23.04.1661)** fand auch unter dem Eindruck von Venners Aufstand statt. In Anknüpfung an die Tradition, aber auch in Reaktion auf Bürgerkrieg, Republik und den kürzlich stattgefundenen Aufstand, wollte man die Monarchie in all ihrer Pracht und in enger Verbindung zur Bischofskirche zeigen. Für die Krönungszeremonie orientierte man sich auf ausdrücklichen Wunsch des Königs streng an den Aufzeichnungen früherer Krönungen in England, um der wiederhergestellten Monarchie alten Glanz und Legitimität zurückzugeben<sup>845</sup>.

**Die Wahl des Kavalierparlaments** stand also unter dem Zeichen von Venners Aufstand. Die Ausstellung der Einberufungsschreiben im Februar erfolgte gerade einmal einen Monat nach dem Aufstand. Der Wahlkampf wurde zum Angstwahlkampf der Royalisten und Anglikaner gegen die Puritaner und alle Nonkonformisten und erbrachte den entsprechenden Erfolg. Das ausgeglichene

---

<sup>844</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 208f.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 246, 250; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 21; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 150ff., 169ff.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 35; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 138f.; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 48ff.; HARRIS, *London crowds in the reign of Charles II*, 1987, S. 60, 88; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 33, 45; GLASSEY, Lionel, *Politics, Finance and Government*, in: Ders., *The reigns of Charles II and James VII & II*, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 36–70, S. 37, 39

<sup>845</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 180–182; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 209; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 153f.; LEGG, *English Coronation Records*, 1901, S. 276–286; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 69; OGILBY, John, *The relation of His Majestie's entertainment passing through the city of London, to his coronation, with a description of the triumphal arches, and solemnity*, Early English Books Online (EEBO) 161:E.1080[16], London, 1661; OGILBY, John, *The entertainment of His Most Excellent Majestie Charles II, in his passage through the city of London to his coronation containing an exact accompt of the whole solemnity, the triumphal arches, and cavalcade, delineated in sculpture, the speeches and impresses illustrated from antiquity, To these is added, a brief narrative of His Majestie's solemn coronation: with his magnificent proceeding, and royal feast in Westminster-Hall*, Early English Books Online (EEBO) 614:01, London, 1662

Verhältnis von Anglikanern und Presbyterianern sowie von Royalisten und Republikanern im „*Convention Parliament*“ wich einer Mehrheit von Royalisten und Anglikanern. Von 501 Abgeordneten waren mindestens 330 royalistisch gesinnt. Die Bezeichnung Kavalierparlament dürfte denn auch auf diese mehrheitlich anglikanisch-royalistische Zusammensetzung zurückzuführen sein. Die Presbyterianer stellten nur noch ungefähr 70 Abgeordnete. 56 Abgeordnete hatten während des Bürgerkrieges für das Parlament gekämpft und 164 hatten während des Interregnum öffentliche Ämter bekleidet. Von den 175 weltlichen Lords im Oberhaus hatten 73 im Bürgerkrieg auf Seiten des Königs gekämpft und 14 waren ins Exil gegangen. Weitere 36 Lords waren die Söhne von Lords, die für Karl I. gekämpft hatten. Dagegen standen während der Auseinandersetzung mit Karl I. nur 30 Lords auf Seiten des Parlaments. 100 Abgeordnete waren Mitglieder des Langen Parlaments gewesen<sup>846</sup>.

**Das Verhältnis zwischen Krone und dem neu gewählten Kavalierparlament** war von Anfang an nicht ohne Spannung. Die von Venners Aufstand überschatteten Wahlen hatten eine deutliche anglikanisch-royalistische Mehrheit erbracht, allerdings waren die Kavaliere im Gegensatz zum König nicht versöhnlich gestimmt, sondern trachteten auf eine Abrechnung mit ihren Gegnern, den Nonkonformisten und Republikanern. Die Entscheidung zur Wiederherstellung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ hatte bereits das „*Convention Parliament*“ getroffen. Das „*Convention Parliament*“ hatte auch die Reformgesetzgebung des Langen Parlaments bestätigt, die bis 1641 mit Zustimmung König Karls I. verabschiedet worden war, und das Kavalierparlament schloß sich dem an. Niemand wünschte eine Rückkehr zu den Mißständen unter Karl I. („*Popery and arbitrary government*“) und zu einer Herrschaft ohne Parlament („*Eleven Years Tyranny*“, 1629-40). Die gemeinsame Gesetzgebungsbefugnis des „*King-in-Parliament*“ schrieb man im „*Act for Safety and Preservation of His Majesties Person and Government against Treasonable and Seditious practices and attempts*“ (30.07.1661) fest. Die Behauptung, daß das Lange Parlament nicht aufgelöst und das Parlament zur alleinigen Gesetzgebung ohne König berechtigt sei, stellte man darin nach den Grundsätzen des mittelalterlichen „*praemunire*“ unter Strafe: Es drohte der totale Eigentumsverlust, lebenslange Haft und der Entzug des Klagerechts. Das Gesetz erklärte alle Gesetze, die nach 1641 ohne Zustimmung des Königs verabschiedet worden waren, für null und

---

<sup>846</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 197; ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 125; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 140; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 246; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 35ff, 56f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 152f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 21; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 35; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 31ff.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 228f.; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 3; GLASSEY, *Lionel, Politics, Finance and Government*, 1997, S. 40; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 60f.



nichtig. Gleichzeitig bedeutete dies die Zustimmung zur gesamten Reformgesetzgebung des Langen Parlaments bis 1641: Der „*Triennial Act*“ (1641) blieb in Kraft, die königlichen Gerichtshöfe der „*Star Chamber*“ und „*High Commission*“ blieben abgeschafft, ebenso wie die unparlamentarischen Methoden der Geldbeschaffung Karls I. („*Ship Money*“). Die Erfahrungen mit der Politik Karls I. und des Langen Parlaments, die nacheinander zu Absolutismus, Bürgerkrieg und Republik geführt hatten, hatten Regierung und Parlament für Fehlentscheidungen der jeweils anderen Seite sensibilisiert. Die Regierung verdächtigte das Parlament der Machtanmaßung, genauso wie das Parlament die Regierung verdächtigte, die gemischte Verfassung beseitigen zu wollen. In den 1660er und 1670er Jahren steigerte sich das gegenseitige Misstrauen bis zur Hysterie des „*Popish Plot*“. Tatsächlich strebten die Abgeordneten des Kavalierparlament aber keine Beteiligung des Parlaments an der Regierung an und wünschten keine exekutiven Befugnisse wie sie das Lange Parlament Karls I. angestrebt hatte. Die mehrheitlich dem Landadel angehörigen Abgeordneten hatten ihren Lebensmittelpunkt in den Grafschaften und waren bestrebt lange kostspielige und ungesunde Aufenthalte in London nach Möglichkeit zu vermeiden, solange ihre Privilegien wie Freiheit und Eigentum nicht gefährdet waren. Der Aufbau eines stehenden Heeres unter dem Kommando des Königs war damit aber unvereinbar. Ansonsten waren die Abgeordneten aber um Normalität bemüht. Regierungsgeschäfte und nationale Verwaltung des Staates sollten der Krone überlassen bleiben. Die Äußerung von Kritik an der Regierung sollte dem Parlament jederzeit möglich sein. Und damit die Kritik des Parlaments auch Gehör fand, sollte die Regierung nicht finanziell unabhängig vom Parlament werden<sup>847</sup>.

---

<sup>847</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 122; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 148; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 197f.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 246f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 21f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 23ff.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 38f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 142f.; Seaward, Miller und Jones sehen in der Politik Karls II. keinen systematischen Plan zur Unterminierung der Mischverfassung. Das autoritäre Gebaren Karls II. gab aber Anlass zur Sorge; vgl. zur gemischten Verfassung bzw. beschränkten Monarchie: MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 58–67; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 131–134, 157f., 160f.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 197f.; „*Act for Safety and Preservation of His Majesties Person and Government ...*“, in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66)*, 1767, S. 327–332; RAITHBY, *Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680)*, 1818, S. 304ff.; Der Prozeß und die Verurteilung des Republikaners Sir Henry Vane (2. bis 6. Juni 1662) zeigte noch einmal die widerstreitenden Vorstellungen vom englischen Parlament. Lambert und Vane wurden als führende Republikaner vom „*Act of Indemnity and Oblivion*“ ausgenommen. Vane wurde seine Rolle in den Versammlungen des Staatsrates („*Council of State*“) vorgeworfen. Er verteidigte sich, daß nicht verurteilt werden könne, wer im Auftrag und unter der Autorität des Parlaments gehandelt habe, weil das Parlament keinen Hochverrat begehen könne. Vanes abstrakte und grundlegende verfassungsrechtliche Argumentation mit der alleinigen Souveränität des Parlaments brachte ihm letztlich das Todesurteil ein. Lambert hingegen verzichtete auf seine Verteidigung und entging der Hinrichtung. Er blieb bis zu seinem Tod 1683 auf der Kanalinsel Guernsey inhaftiert. Zum Prozeß, vgl.: FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 209; OGG,

**Die religiöse Frage** war vom „*Convention Parliament*“ dem nächsten Parlament überlassen worden und sollte das Verhältnis zwischen Parlament und Krone erheblich belasten. Das „*First Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ hatte die Monarchie wiederhergestellt, eine Regelung religiöser Fragen aber bewußt unterlassen. Nach dem Ende des „*Convention Parliament*“ musste also eine Regelung für die religiösen Konflikte der Bürgerkriegszeit gefunden werden. Eine Kirchenkonferenz und das nächste Parlament sollten diesen Bereich regeln. Anglikaner und Presbyterianer versammelten sich vom 5. April bis 23. Juli 1661 zur „*Savoy Conference*“ in London. Noch während der Kirchenkonferenz änderte sich die Situation grundlegend mit der Wahl des mehrheitlich royalistisch-anglikanisch gesinnten, wenig kompromissbereiten und an Versöhnung desinteressierten Kavalierparlaments. Das neue Parlament berief die Bischöfe zurück in das Oberhaus, verdamnte den presbyterianischen „*Solemn League and Covenant*“, zwang alle Abgeordneten, die Sakramente der Anglikanischen Kirche zu nehmen (13. Mai 1661), und verabschiedete in den Folgejahren restriktive Einzelgesetze, die zusammen als „*Clarendon Code*“ bekannt wurden, obwohl sie keineswegs der Überzeugung des Lordkanzlers entsprachen. Clarendon und der König leisteten aber auch keinen Widerstand dagegen, wußten sie doch um die Bedeutung einer erstarkten anglikanischen Staatskirche, welche die Vorstellung eines Gottesgnadentums des Monarchen propagierte<sup>848</sup>.

**Die „*Declaration of Indulgence*“ (16. Dezember 1662)** stellte den Versuch Karls II. dar, die Maßnahmen des Kavalierparlaments zur Unterdrückung religiös Andersgläubiger abzuschwächen

---

England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 179f.; KLUXEN, Geschichte Englands, 1968, S. 347–350; SMITH, The Stuart parliaments 1603-1689, 1999, S. 148–150; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 1-16, 30-32; Karl II. kommentierte Vanes Fall am 7. Juni in einem Brief an Lordkanzler Clarendon: „*The relation that has been made to me of Sir Henry Vane's carriage yesterday is the occasion of this letter, which if I am rightly informed was so insolent as to justify all he had done, acknowledging no power in England but a parliament. If he has given new occasion to be hanged, certainly he is too dangerous to let live, if we can honestly put him out of the way*“, in: OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 180; Howell, Thomas Bayly (Hrsg.), A Complete Collection of State Trials, Vol VI, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the year 1783. With notes and other illustrations: compiled by T. B. Howell, Esq. ... in twenty-two volumes, Vol. VI. 13-30 Charles II ... 1661-1678, London, 1816, S. 119–202

<sup>848</sup> ASHLEY, England in the Seventeenth Century, 1968, S. 125ff.; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 330–333; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 199–202, 206ff., 209-218; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 249ff.; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 33–43.; EBER, Die Tudors und Stuarts 1485-1714, 2004, S. 168; FARMER, Britain and the Stuarts, 1965, S. 211; FEILING, England under the Tudors and Stuarts 1485-1688, 1949, S. 188–191; HUTTON, The Restoration, 1993, S. 158–161, 166-180, 209-213; MILLER, The Restoration and the England of Charles II, 1997, S. 39–43, 45-48, 50f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 143–149; KISHLANSKY, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 232–235; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 331f.; HARRIS, Restoration, 2005, S. 52–56; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 48–51, 56ff.; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 57–70, 74f., 151-157

und sein Toleranzversprechen in der „*Declaration of Breda*“ (1660) zu halten. Die Indulgenzerklärung zielte nur darauf, Einzelpersonen von den religiösen Strafgesetzen auszunehmen, führte aber zu einem ersten Konflikt mit dem Parlament. Beraten von dem Katholiken Sir Henry Bennet, später Lord Arlington (1672), und dem Earl of Bristol sollten nicht nur andersgläubige Protestanten („*dissenters*“), sondern auch Katholiken von der Indulgenzerklärung profitieren. Das Unterhaus empörte sich über das Ansinnen Karls II., die bisherigen Strafgesetze in Einzelfällen aufzuheben (Februar 1663), wofür der König sein Dispensationsrecht in Anspruch nahm. Clarendon war nicht einverstanden mit der Ausübung eines königlichen Dispensationsrechts, welches reguläre Gesetze außer Kraft setzte und damit die Rechtssicherheit gefährdete. In der lang erwarteten Stellungnahme Clarendons im Oberhaus, der infolge starker Gichtanfälle immer wieder längere Aussetzer hatte, sprach dieser sich dann weder für noch gegen das Vorhaben aus (12. März 1663). Clarendons fehlende Unterstützung für die Indulgenzerklärung entfremdete Karl II. in vielleicht entscheidender Weise von Clarendon<sup>849</sup>.

**Der „*Act against Tumultuous Petitioning*“ (1661) und der „*Licensing Act*“ (1662) zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Presse** ergänzten die Gesetzgebung des Kavalierparlaments zur Unterdrückung religiös Andersdenkender. Der wiederhergestellten Monarchie und ihrer Regierung erschien es dringend geraten, nach den Erfahrungen mit der massenhaften Pamphletliteratur der Bürgerkriegszeit, der Republik und des unmittelbaren Übergangs zur Restauration, die Freiheit der Presse einzuschränken. Das Gesetz zum Schutz des Königs und der Regierung bezweckte, jede Art der Agitation gegen den König und die Regierung zu bestrafen. Der „*Act against Tumultuous Petitioning*“ erschwerte das Petitions- und Versammlungsrecht. Das Gesetz verbot mehr als zwanzig Unterschriften für eine politische Petition an König oder Parlament zu sammeln, falls nicht mindestens drei Richter der Grafschaft oder eine „*Grand Jury*“ dem zuvor zugestimmt hatten. In London war die Erlaubnis des Bürgermeisters und der Gemeinderäte („*aldermen*“ und „*common councillors*“) erforderlich. Zweck des Gesetzes war es, populistische Bewegungen wie die „*Levellers*“ und ihre Propaganda zu unterdrücken. Der „*Licensing Act*“ schränkte die Pressefreiheit ein. Es verschaffte der Zensurbehörde unter Leitung von Sir Roger L'Estranges („*Surveyor of the Press*“) weitreichende Befugnisse zur Kontrolle der

---

<sup>849</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 202ff.; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 251ff.; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 46f.; EBER, *Die Tudors und Stuarts 1485-1714*, 2004, S. 168; FARMER, *Britain and the Stuarts*, 1965, S. 211.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 193f., 197f., 200; HUTTON, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, 1989, S. 194f.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 48f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 150–154; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 234f.; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 332f.; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 8–11

Presse. Politische Schriften und auch solche über Geschichte und Staatsangelegenheiten mußten vom „*Secretary of State*“, Abhandlungen zur Theologie, Philosophie und Wissenschaft vom Erzbischof von Canterbury, dem Bischof von London oder den Vizekanzlern von Oxford und Cambridge lizenziert werden. Dem Staat gelang es damit, die Flut der Publikationen, wie man sie während der vergangenen zwanzig Jahre gesehen hatte, erheblich einzudämmen. Seit Venners Aufstand (1661) war die Freiheit der Presse immer weiter eingeschränkt worden, so daß für Mitte der 1660er Jahre hinsichtlich des Zeitraums 1649-84 ein absoluter Tiefstand konstatiert werden kann. Symptomatisch war, daß der Londoner Buchhändler George Thomason das Sammeln von Pamphleten 1661 folgerichtig einstellte („*Thomason Tracts*“ 1640-61). **Neben der freien Presse für Pamphletliteratur trocknete man auch den Zeitungsmarkt aus.** Zwischen 1660 und 1679 waren nur offizielle Regierungsblätter zugelassen. Seit Oktober 1660 gab es nur zwei (Regierungs-) Zeitungen, den „*Mercurius Publicus*“ und den „*Parliamentary Intelligencer*“, später umbenannt in „*Kingdom's Intelligencer*“, unter der Herausgeberschaft Sir John Berkenheads, der keinen Hehl daraus machte, ausschließlich Sprachrohr der Regierung zu sein. Ab 1663 vertraute man L'Estrange auch die Kontrolle der Zeitungen an. Seiner Ansicht nach, ausgedrückt in der *Intelligencer*-Ausgabe vom 31. August 1663, habe die Öffentlichkeit überhaupt kein Anrecht auf Teilhabe an der Politik und entsprechender Informationen und Nachrichten. Erst mit dem Auslaufen des „*Licensing Act*“ (1679) nahm die Veröffentlichung oppositioneller Pamphlete wieder zu. Dies war aber nur von kurzer Dauer, denn seit 1680 unterdrückte man unliebsame Schriften mit Gerichtsurteilen. Die fehlende Pressefreiheit nach der Restauration erschwerte die Diskussion und Entwicklung politischer Ideen. Hobbes Schrift „*Behemoth*“ wurde beispielsweise erst 1679 als Raubkopie ohne Einwilligung des Autors publiziert. Die Universität Oxford verurteilte die meisten bedeutenden Schriften politischer Theorie, die im 17. Jahrhundert in England entstanden waren, und ließ diese verbrennen. Die Schriften von Hobbes, Filmer, Harrington, Milton, der Leveller und Winstanleys waren alle vor 1660 entstanden. Kaffeehäuser wurden als Orte der Konspiration gegen die Regierung diffamiert und 1675 verboten, hatten sie Kirchenversammlungen als Orte politischer Diskussion doch längst abgelöst. Dementsprechend suspekt waren sie der Regierung. Neben der Einschränkung der Religions- und Pressefreiheit nahm man Venners Aufstand auch zum Anlass dazu, ein weitreichendes Spionagenetzwerk im ganzen Land zu errichten, das den beiden Staatssekretären unterstand, um Rebellionen frühzeitig zu erkennen und Opposition in Kirche und Staat unterdrücken zu können. Die Wildman-Verschwörung („*Wildman Plot*“, 1661) konnte so aufgedeckt werden. Tatsächlich hatten sich republikanisch gesinnte Denker nur zu Gesprächen verabredet. Man nahm die Männer fest, darunter Sir John Wildman und der wichtigste politische Vordenker der Republik James Harrington, und inhaftierte sie jahrelang. Der Regierung gelang es

jedoch nicht, unter Verweis auf die mutmaßliche Verschwörung die Bewilligung eines stehenden Heeres durchzusetzen<sup>850</sup>.

**Die Finanzen der Krone** stellten einen weiteren neuralgischen Punkt im Verhältnis zwischen Parlament und Krone dar. Die vom Kavalierparlament bewilligte Herdsteuer („*Hearth tax*“) von 1662 verbesserte zwar die finanzielle Lage der Krone. Das Kavalierparlament war aber nicht gewillt, die als unzureichend erkannten Geldbewilligungen des „*Convention Parliament*“ für die Krone so zu erhöhen, daß diese von parlamentarischer Geldbewilligung unabhängig agieren konnte. Die Bereitstellung von 1.200.000 Pfund jährlich auf Lebenszeit und die Begleichung bestehender Staatsschulden durch das „*Convention Parliament*“ wurde vom Kavalierparlament durch die Bewilligung der Herdsteuer zwar verbessert, brachte der Krone aber keineswegs die erwünschte finanzielle Unabhängigkeit. Die verschwenderische Lebensführung des Königs trug zur Abhängigkeit vom Parlament bei, war aber nicht der eigentlich Grund, den Monarchen in finanzieller Abhängigkeit zu halten. Die Erfahrungen mit Karl I. hatten gelehrt, daß eine finanzielle Unabhängigkeit des Königs vom Parlament zur parlamentslosen Herrschaft führen konnte. Nicht absehbar war aber, daß die Einnahmen Karls II. aus den parlamentarisch bewilligten Geldquellen erst zehn Jahre später die volle Höhe der vom „*Convention Parliament*“ bewilligten 1.200.000 Pfund erreichen würden, so daß die Krone die Unterfinanzierung unablässig durch Aufnahme neuer Kredite beheben mußte und erneut einen enormen Schuldenberg aufhäufte. Wiederholte Versuche der Regierung, sich aus dieser Abhängigkeit vom Unterhaus zu lösen, scheiterten. Gerüchte aber, daß Clarendon eine großzügigere Regelung für die Krone absichtlich verhindert hatte, entbehren der Grundlage. Nach den finanziellen Belastungen der vergangenen Jahrzehnte strebte Clarendon aber eine geringere finanzielle Beanspruchung des Landes an, um England und damit auch die Monarchie zu stabilisieren. Im späteren Verlauf der Herrschaft Karls II. änderte sich die finanzielle Lage der Krone aber grundlegend. Die Kroneinnahmen erhöhten sich durch die positive wirtschaftliche Gesamtentwicklung Englands, so daß der König in den 1680er Jahren doch in der Lage war, finanziell unabhängig vom Parlament regieren zu können. Die Rückkehr Karls II. zur parlamentslosen Regierung (1681-85) erklärt sich partiell durch diese wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehende finanzielle Unabhängigkeit, nicht aber allein durch französische

---

<sup>850</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 198; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 43f., 46; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 156f., 164f., 201; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 143; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 229; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 195f., 213-216; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 71-74, 158-161; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 69; HARRIS, *London crowds in the reign of Charles II*, 1987, S. 27ff.; HARRIS, Tim, *The Parties and the People. The Press, the Crowd and Politics 'Out-of-doors' in Restoration England*, in: Lionel GLASSEY (HRSG.), *The reigns of Charles II and James VII & II*, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 125-151, S. 139ff.

Subsidienzahlungen. Diese waren niemals umfangreich genug gewesen, um eine parlamentslose Herrschaft Karls II. zu ermöglichen. Eine parlamentslose Herrschaft der Krone erlaubten die gestiegenen Einnahmen der Krone im Übrigen nur in Friedenszeiten. Darüber hinaus hätte es parlamentarisch bewilligter Gelder bedurft. Die außenpolitische Zurückhaltung Karls II. liegt auch hierin begründet<sup>851</sup>.

**Das Verlangen der Krone nach einem stehenden Heer** bildete neben Religion und Finanzen den dritten großen Konfliktherd zwischen Parlament und Krone. Die Krone hatte nichts unversucht gelassen, Venners Aufstand auszuschlachten, um das Kavaliarparlament zur Bewilligung eines stehenden Heeres zu bewegen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte im Bürgerkrieg und mit der „*New Model Army*“ der Republik war man im Parlament aber nicht gewillt, ein stehendes Heer zu dulden („*No standing army*“). Nach Entlassung des Republikheeres („*New Model Army*“), das bis zu 60.000 Mann stark gewesen war, behielt Karl II. mit den königlichen „*Grenadier Guards*“ und George Moncks „*Coldstream Guards*“ lediglich eine kleine Truppe unter Waffen. Die militärische Bedeutung der Miliz war größer als die der regulären Regimenter des Königs. Mit dem „*Militia Act*“ (1662) sorgte das Kavaliarparlament zudem dafür, daß neben den Finanzen der Krone auch die Miliz unter Kontrolle der „*landed gentry*“ stand. Die Angst um den Erhalt der Freiheit und der Verfassung lebte dennoch jedes Mal wieder auf, wenn es notwendig wurde größere Truppenverbände aufzustellen, 1662 zur Durchsetzung des „*Act of Uniformity*“, 1667 zur Abwendung einer holländischen Invasion, 1672 zum Bestehen eines erneuten Krieges gegen die Niederlande, 1678 in Erwartung eines Krieges mit Frankreich<sup>852</sup>.

### 3. „*Parliamentary Management and Debates*“ (1660-64)

Es stellt sich hier die Frage, ob es ein „*Parliamentary Management*“ zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“, ob es eine Parlamentsopposition dagegen und ob es eine Parlamentsdebatte

---

<sup>851</sup> ASHLEY, *England in the Seventeenth Century*, 1968, S. 124f.; LOCKYER, *Tudor and Stuart Britain 1471-1714*, 1967, S. 327; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 248f.; FELLOWS, *Charles II and James II*, 1995, S. 22f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 157f., 194ff.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 43ff.; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 230f.; WITCOMBE, *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, 1966, S. 4f., 11–20, 23ff.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 421–449; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 103–119; SMITH, *The Stuart parliaments 1603-1689*, 1999, S. 148; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 60; Clarendon im Parlament (16.05.1661): „*And I am persuaded that monster Commonwealth cost this nation more, in the few years she was begot, born and brought up, and in her funeral (which was the best expense of all), than the monarchy hath done these 600 years*“, in: COBBETT, *The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688)*, 1808, S. 206.

<sup>852</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 198, 252-261; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 40f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 143; KISHLANSKY, *A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714*, 1996, S. 231; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 191f.; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 141–151; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 64f.

über den zweiten „*Triennial Act*“ gegeben hat. Schließlich soll der Regelungsinhalt des Gesetzes dargestellt werden.

**Das Vorhaben der Krone zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“** gelang, weil die Wahl des Kavalierparlaments unter Ausnutzung von Venners Aufstand in seiner Zusammensetzung mehrheitlich royalistisch-anglikanisch und die Parlamentsopposition dagegen verschwindend klein war. Die propagandistische Ausnutzung des Aufstandes zur Beeinflussung der Wahl darf bereits als frühes „*Parliamentary Management*“ der Krone bezeichnet werden. Das „*Parliamentary Management*“ Karls II. begann also nicht erst mit Thomas Osborne, Earl of Danby, sondern bereits unter Edward Hyde, Earl of Clarendon, recht eigentlich aber unter Sir Henry Bennet, später Baron (1665) und Earl of Arlington (1672). Dem frühen Parlamentsmanagement zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ von 1664 soll hier die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden und es soll beleuchtet werden, welchen Einfluß der Aufstand im Norden Englands vom Oktober 1663 hatte. So wie Venners Aufstand von 1661 entscheidenden Einfluß auf die Wahl und Zusammensetzung des Kavalierparlaments und die Regelungen im Bereich der Religion, Meinungs- und Pressefreiheit des „*Second Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments hatte, so sehr könnte der im Norden Englands ausgebrochene „*Farnley Wood Plot*“ vom „*Parliamentary Management*“ der Krone ausgenutzt worden sein, um die Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ zu erreichen. Tatsächlich zeigte sich das Parlamentsmanagement der Krone gerade in der Instrumentalisierung dieses Aufstandes in den Parlamentsdebatten. Die Krone schürte die Ängste vor einem erneuten Ausbruch eines Bürgerkrieges zum Zwecke der Aushebelung des ersten „*Triennial Act*“. Der „*Farnley Wood Plot*“ verhalf der Krone bei der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“. Wie willfährig das Kavalierparlament war, zeigt sich uns in der Abwesenheit einer starken Opposition, auch wenn es durchaus einige wenige ablehnende Stimmen gab. Es zeigt sich uns aber besonders im Fehlen einer den „*Triennial Act*“ begleitenden Pamphletliteratur<sup>853</sup>.

**Ein „*Parliamentary management*“ des Kavalierparlaments** läßt sich bereits während der Clarendon-Administration beobachten. Bis zum Ende des Jahres 1662 trugen alle entscheidenden Schritte englischer Politik Clarendons Handschrift, so auch das Parlamentsmanagement. Clarendon glaubte aber nicht daran, daß Regierungsgeschäfte, die Behutsamkeit und Kompromissfähigkeit

---

<sup>853</sup> Der zweite „*Triennial Act*“ stellte einleitend fest, daß regelmässige Parlamente gegen die königliche Prærogative verstoßen: „[...] *in Derogation of His Majestyes just Rights and Prerogative inherent to the Imperiall Crowne of this Realme for the calling and assembling of Parliaments [...]*“, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the assembling and holding of Parliaments, 1664; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 289; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 33f.; GOLDIE, Mark, Restoration Political Thought, in: Lionel GLASSEY (HRSG.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 12–35, hier S. 13

benötigten, überhaupt in öffentlichen Versammlungen beraten werden sollten. Verhandlungen und Gruppenbildungen im Parlament waren ihm verdächtig. Damit erzielte Erfolge hielt er für kurzfristiger Art, die später sogar ins Gegenteil umschlagen könnten<sup>854</sup>. Clarendons Parlamentsmanagement orientierte sich an der Elisabethanischen Epoche. Zu Königin Elisabeths Zeiten wurden Gesetze von der Regierung detailliert ausgearbeitet und beschlußfähig ins Parlament eingebracht. Zur Verabschiedung verfügte man im Regelfall über genügend Höflinge und Diener der Krone im Parlament. Diskussionen über die Gesetzesvorlagen waren nicht vorgesehen und schon gar nicht solche über die königliche Prerogative oder Parlamentsprivilegien. Eventuell doch aufkommende Kontroversen versuchte man weitestgehend im Stillen zu bereinigen. Man weiß aus Clarendons Lebensbeschreibung von seiner akribischen Vorbereitung der Parlamentssitzungen und den Klagen Karls II. darüber. Clarendon hielt enge Bindungen zu einflussreichen Männern und Familien in den Regionen, wie Sir Hugh Pollard, John Coryton oder der Trelawnys Familie in Cornwall, die ihre Klientel im Parlament unterbrachten und für Mehrheiten sorgten. Clarendons wichtigste Stützen waren Juristen, die er aus seiner Zeit im „*Inn of Court*“ des Middle Temple kannte, wie Sir Geoffrey Palmer, Sir John Bramston, Sir John Maynard, Robert Milward, William Montagu und andere mehr. Von 1663 bis zu seinem Sturz 1667 hatte Clarendon die Zügel der Macht allerdings immer weniger in den eigenen Händen, da Karl II. die väterlichen Belehrungen, die moralischen Zurechtweisungen wegen seiner Affären und die Selbstgefälligkeiten Clarendons satt hatte und sich zunehmend einer jüngeren Politikergeneration zuwandte, um ein Gegengewicht zu Clarendon aufzubauen und sich Freiräume zu schaffen. Clarendon war zudem in der Bevölkerung unbeliebt und wurde für alle möglichen Mißstände verantwortlich gemacht. Seit dem Sommer 1661 machten Katholiken und Nonkonformisten Clarendon für die Intoleranz des „*Restoration Settlement*“ verantwortlich. Für die Höflinge („*Courtiers*“) war Clarendons Politik schuld an der mangelnden finanziellen Ausstattung des Königs durch das Parlament. Der landbesitzende Adel („*landed gentry*“ bzw. „*Cavaliers*“) machte ihn für die Landreform („*land*

---

<sup>854</sup> Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The History of the Rebellion and Civil Wars in England, begun in the Year 1641, With the precedent passages, and actions, that contributed thereunto, and the happy End, and Conclusion thereof by the King's blessed Restoration, and Return, upon the 29th of May, in the Year 1660*, Volume I. Part 1, Oxford, 1721, S. 6: „*Modesty and moderation in words never was, nor ever will be, observed in popular councils, whose foundation is liberty of speech*“; Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The Life of Edward Earl of Clarendon, Lord High Chancellor of England, and Chancellor of the University of Oxford*, Volume I, Containing. I. An Account of the Chancellor's life from his birth to the restoration in 1660. II. A continuation of the same, and of his history of the Grand Rebellion, from the Restoration to his Banishment in 1667. Written by himself, Oxford, 1760, S. 503: „*The Chancellor told him [King] that great and notorious Meetings and Cabals in Parliament had been always odious in Parliament: And though they might produce some Success in one or two Particulars till they were discovered, they had always ended unluckily [...]*“; GLASSEY, Lionel, *Politics, Finance and Government*, 1997, S. 59f.; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 77



*settlement*“) und die mangelhafte Belohnung der Royalisten verantwortlich. In Anbetracht dieser Konstellation schuf sich Karl II. mit dem Earl of Bristol, mit seiner Geliebten Lady Castlemaine, die mit Bristol verbündet war, mit der aus Frankreich nach England zurückgekehrten Königinmutter sowie mit **Sir Henry Bennet** das erwünschte Gegengewicht zu Lordkanzler Clarendon. Aus dieser Gruppe entwickelte sich Bennet (Baron of Arlington 1665 und Earl of Arlington 1672) zur entscheidenden Figur. Nach der Restauration war Bennet zunächst für die persönlichen Finanzen des Königs zuständig („*Keeper of the Privy Purse*“). Entgegen allen Versuchen Clarendons Bennets weiteren Aufstieg zu verhindern, machte ihn Karl II. im September 1662 zum Staatssekretär („*Secretary of State*“) und ersetzte damit Nicholas, den schwer erkrankten engen Freund Clarendons. Karl II. reduzierte gleichzeitig den bisherigen engen Austausch und die Vertraulichkeit mit Clarendon. Im Versuch Karls II. sein Toleranzversprechen in der Deklaration von Breda umzusetzen, sollte sich Bristol um die Katholiken, Lord Ashley um die Parlamentarier und früheren Republikaner und Bennet um die Staatssicherheit kümmern. Nach dem Fehlschlag der „*Declaration of Indulgence*“ (Dezember 1662) geriet Bristol zunehmend ins Hintertreffen. Sir Richard Temple überzeugte den König jetzt von der Notwendigkeit, das Unterhaus für die Krone zu managen, indem man mittels Patronage und Bestechung eine zuverlässige Gefolgschaft für die eigene Politik im Unterhaus organisierte. Allerdings betraute Karl II. nicht ihn mit dem „*Parliamentary Management*“, sondern Bennet. Temple und Bristol wiederum vermuteten hinter ihren Niederlagen Clarendon. Ihr Angriff auf den Lordkanzler („*Impeachment*“ am 10. Juli 1663) scheiterte aber an den völlig haltlosen Behauptungen Bristols, die keiner Prüfung standhielten und auf bloßen Gerüchten basierten. Bristols Stellung hatte außerdem darunter gelitten, daß seine Verbündete Lady Castlemaine als Mätresse des Königs von Frances Stuart ersetzt worden war. Nach Bristols Ausscheiden aus der Regierung war Clarendons Position gestärkt. Das Parlamentsmanagement lag aber fortan in den Händen von Sir Henry Bennet, der gemeinsam mit seinen Verbündeten Thomas Clifford, William Coventry, Sir Charles Berkeley und Winston Churchill Verbindungen zu zahlreichen Hinterbänklern des Unterhauses knüpfte. Im Gegensatz zu Clarendon wandten sie sich weniger an die Lords, die Anführer eigener Klientelgruppen waren, sondern an einfache Abgeordnete ohne eigene Gefolgschaft, mit denen sich Clarendon nicht abgegeben hatte. Die einfachen Abgeordneten begrüßten das Bemühen um ihre Stimmen, hatten sie sich doch schon länger darüber beklagt, übergangen zu werden. Auch sie wollten Informationen über die Regierungspolitik und Gratifikationen, am besten in Form einträglicher und prestigeträchtiger Ämter. Als „*Secretary of State*“ verfügte Bennet sehr wohl über Patronage-Möglichkeiten, die jedoch geringer waren als Clarendons Möglichkeiten als Lordkanzler. Clarendon war allerdings trotz der vielfältigen Möglichkeiten zur Patronage für den sparsamen und zurückhaltenden Umgang

mit den Abgeordneten bekannt. Clarendon wie auch Bennet waren sich darüber im Klaren, daß der Umgang mit dem Parlament schwierig war und immer die Gefahr bestand, die königliche Macht mehr zu beschränken als zu erweitern. So beklagte sich Bennet in einem Brief an Ormonde während der Auseinandersetzung zwischen Bristol und Clarendon (1663) genau darüber. Das anfangs von Bennet und später von Danby betriebene Parlamentsmanagement wurde spätestens seit 1667 mehr und mehr zum Ärgernis und brachte dem Kavalierparlament den verächtlich gemeinten Beinamen „*Pensionary Parliament*“ ein. Sir Henry Bennet und Clarendon arrangierten sich aber zunächst und Clarendon blieb bis 1667 Lordkanzler. Ein Parlamentsmanagement wie von Temple und Bennet betrieben lehnte Clarendon jedoch ab, weil es den Respekt für das Parlament und die Regierung untergrabe, die Entfremdung von Parlament und Volk fördere, zur Desillusionierung der Bevölkerung beitrage und letztlich zur Destabilisierung des Landes führe. Clarendon beschränkte sich darauf die Parlamentsdebatten zu beobachten, sich mit einer kleinen Gruppe loyaler Abgeordneter in einem Ausschuss zu treffen, um diesen die Absichten der Regierungspolitik zu erklären, damit diese das Unterhaus darauf einstimmen und falls erforderlich persönlich einzugreifen. Eine Königspartei („*King's party*“ oder „*court party*“) wollte er nicht im Parlament aufbauen. Seiner Ansicht nach sollte das Parlament gar keinen Anteil an der Regierung haben, sondern als Erweiterung des „*Privy Council*“ Rat erteilen und Gelder bewilligen. Clarendon war davon überzeugt, daß der Monarch nach Beratung durch den „*Privy Council*“ selbst entscheiden müsse und ihm dies kein Chefminister abnehmen dürfe. Der „*Privy Council*“ wuchs aber beständig und war immer weniger ein zur Regierung geeignetes Gremium, weshalb sich ein innerer Kreis im Kabinett des Königs etablierte. Karl II. hatte selbst weder Lust noch Ambition zur Führung der Regierungsgeschäfte. Clarendons Amt als Lordkanzler brachte aber zu viele Repräsentations- und Routineaufgaben mit sich, um zum Zentrum der Regierung ausgebaut zu werden. Zur Regierungsführung besser geeignet war das Schatzamt („*Lord Treasury*“). Dieses bot auch die größten Möglichkeiten zur Patronage, wie das später so intensiv betriebene Parlamentsmanagement des Earl of Danby ab 1675 zeigen sollte. Vorerst wurde das Schatzamt aber noch von Clarendons Freund Southampton geleitet. In Anbetracht des Aufkommens einer jüngeren Politikergeneration mit Sir Henry Bennet und des Königs Hinwendung zu dieser jüngeren Generation seit 1662 sowie der zunehmenden Kritik an Clarendon in der Bevölkerung erscheint es verfehlt, für die gesamte Periode von 1658-67 von der Administration Clarendons zu sprechen. Es war gerade Clarendons Arrangement mit Sir Henry Bennet, welches ihn bis 1667 als Lordkanzler im Amt halten sollte<sup>855</sup>.

---

<sup>855</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 205f.; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 167f., 191–194, 202f.; HUTTON, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, 1989, S. 193, 202ff.; MILLER, *The Restoration and the England of Charles II*, 1997, S. 35–38; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 155ff.; KISHLANSKY, *A*

Sir Henry Bennet, Earl of Arlington (1618-85)<sup>856</sup>, und sein Klient Thomas Clifford, Lord Clifford of Chudleigh (1630-73)<sup>857</sup>, organisierten das „*Parliamentary Management*“ der Krone während eines Zeitraums von über zehn Jahren von 1662 bis 1674. Von geringer Bedeutung für das

---

Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, 1996, S. 228, 236f.; LOCKYER, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, 1967, S. 334; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 8, 13f., 16f., 19-22; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167, 196; BROWNING, Parties and Party Organization in the Reign of Charles II, 1948, S. 21–36, 23-25, 28; ELTON, Geoffrey Rudolph, The Parliament of England 1559-1581, Cambridge, 1989, S. 71-74, 155-158, 323-328; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 35, 46f., 62; HARRIS, Restoration, 2005, S. 60ff.; SPURR, John, Cabal (1667-73), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/theme/93697>, 20.7.2009: “*Clarendon, had served as chief minister co-ordinating government policy and exercising a degree of parliamentary management*”; GLASSEY, Lionel, Politics, Finance and Government, 1997, S. 52f.: “*If Clarendon was [...] a ‘chief minister’, he was not a very successful one*”; FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 28: “[...] *the major cause of Clarendon’s downfall was his failure to realise the importance of managing parliament. This resulted in problems between the king and and Commons from the 1663 session onwards [...]*”; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 25f.; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 77–92, 98f., 213f., 218-235; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 77: “*I cannot but observe to your grace by what we see here that the king’s power is not so easily restored by parliaments as it is retrenched*“ (Brief von Sir Henry Bennet an Ormonde); HANDLEY, Stuart, Temple, Sir Richard, third baronet (1634–97), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27118>, 20.8.2013; History of Parliament Trust (Hrsg.), Temple, Sir Richard, 3rd Baronet (1634-97), 2017, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/temple-sir-richard-1634-97>, 14.9.2017; MARSHALL, Alan, Bennet, Henry, first earl of Arlington (1618-85), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/2104>, 06.8.2011: “*Bennet [...] on 15 October 1662 succeeded in replacing Sir Edward Nicholas, Clarendon’s ally, as secretary of state for the south. Bennet held the secretaryship until 11 September 1674, the longest serving secretary of the reign. Under Charles II a secretary of state needed to be a master of foreign and domestic affairs, a defender of government policies in parliament (the office also began to be involved in managing the House of Commons), and a gatherer of news and intelligence from all quarters*” und “*An anonymous pamphlet of 1669 claimed that in his early attempts at management Arlington was willing to ‘give promises of this or that place, [and] telleth out ready money to these hirelings who engage to betray their country for it’* “; History of Parliament Trust (Hrsg.), Bennet, Sir Henry (1618-85), 2017, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/bennet-sir-henry-1618-85>, 14.9.2017

<sup>856</sup> MARSHALL, Alan, Bennet, Henry, first earl of Arlington (1618-85), 2004; SPURR, John, Cabal (1667-73), 2004: “*The minister most intimately involved in decision making in the late 1660s was the secretary of state, Henry Bennet, Lord Arlington, [...] This assured diplomat and courtier had assiduously, if cautiously, promoted his own career and those of his clients such as Sir Joseph Williamson, William Temple, and Thomas Clifford, while subverting Clarendon’s position and losing few opportunities to obstruct Buckingham*”; HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Bennet, Sir Henry (1618-85), 2017; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 327f.; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 77f., 84-92

<sup>857</sup> HUTTON, Ronald, Clifford, Thomas, first Baron Clifford of Chudleigh (1630–1673), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5664>, 20.7.2009; History of Parliament Trust (Hrsg.), CLIFFORD, Thomas (1630-73), of Ugbrooke, Chudleigh, Devon., 2004, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/clifford-thomas-1630-73>, 14.9.2017; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 328; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 86

„*Parliamentary Management*“ in Westminster war hingegen der ansonsten durchaus bedeutende Schotte John Maitland, Duke of Lauderdale (1616-82). Er gehörte nie zur Gruppe um Arlington und Clifford, sondern eher zu Ashley und Buckingham. Sein Wirkungsfeld beschränkte sich hauptsächlich auf Schottland<sup>858</sup>.

**Die Parlamentsopposition der 1660er Jahre** wurde von John Vaughan, Sir Thomas Littleton und Sir Richard Temple angeführt. Vaughan galt als die zentrale Figur der Opposition der 1660er Jahre. Er sprach sich gemeinsam mit Sir Richard Temple gegen die Entschärfung des „*Triennial Act*“ aus, den er ursprünglich selbst mit ausgearbeitet hatte und beteiligte sich prominent am Impeachment gegen Clarendon (1667). Auch Sir Thomas Littleton gehörte zur Opposition und arbeitete eng mit Vaughan zusammen. Nach der Entfernung John Vaughans aus dem Parlament und dem Einzug seines Sohnes Edward Vaughan setzte dieser die Zusammenarbeit seines Vaters mit Littleton fort. Sir Richard Temple, der Pläne zum Parlamentsmanagement für die Regierung entworfen hatte, die Sir Henry Bennet dann umsetzte, entfremdete sich von der Regierung und wurde aus Enttäuschung über nicht erhaltene Beförderung zum Oppositionellen. Vaughan, Littleton und Temple propagierten die Sicherung der englischen Freiheiten durch Limitierung der königlichen Prerogative im Rahmen der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“. Im Laufe der 1660er Jahre zielten sie aber mehr und mehr auf eine Zurückdrängung königlicher Macht zugunsten des Parlaments. Weiterer Kern der Opposition bildete eine konfessionell orientierte Gruppe zur Bewahrung der Rechte der Presbyterianer. Bei der Beurteilung der Zugehörigkeit zur Opposition sollte jedoch stets die vorübergehende Bildung verschiedener Faktionen im Parlament zur Verfolgung spezifischer Eigeninteressen mitgedacht werden, um nicht mit echten Überzeugungen verwechselt zu werden, wobei die Übergänge fließend und kaum festzumachen sind<sup>859</sup>.

---

<sup>858</sup> HUTTON, Ronald, Maitland, John, Duke of Lauderdale (1616-82), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/17827>, 06.8.2011; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 329

<sup>859</sup> SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 94–99, 324ff.; HUTTON, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, 1989, S. 211; GLASSEY, Lionel, Politics, Finance and Government, 1997, S. 60; GWYNN WILLIAMS, J., Vaughan, Sir John (1603–74), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28134>, 01.2.2010; History of Parliament Trust (Hrsg.), Vaughan, John (1603-74), 2017, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/vaughan-john-1603-74>, 14.9.2017; CLARENDON, EDWARD HYDE, 1ST EARL OF, The Life of Edward Earl of Clarendon, 1827, S. 37 über John Vaughan: „*he looked most into those parts of the law which disposed him to least reverence to the Crown, and most to popular authority; yet without any inclination to any change of government*“; HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Temple, Sir Richard, 3rd Baronet (1634-97), 2017; HANDLEY, Stuart, Temple, Sir Richard, third baronet (1634–97), 2004: „*Temple's attempt in 1663, through Bristol, to offer his services to Charles II as a parliamentary undertaker, floundered upon his oppositionist stance and an angry Charles II reported his*

**Der Aufstand im Norden Englands im Oktober 1663 wurde unter den Bezeichnungen „Farnley Wood Plot“, „Derwentdale Plot“ und „Yorkshire Plot“ bekannt.** Verteilt auf die drei im nördlichen England gelegenen Grafschaften Yorkshire, Westmoreland und Durham versammelten sich in der Nacht vom 12. Oktober 1663 circa 100 überwiegend ehemalige Soldaten der „New Model Army“ in der Hoffnung auf den Beginn eines großen Aufstandes gegen die Monarchie unter Führung von General Thomas Fairfax. Haupttreffpunkt war der drei Kilometer süd-westlich von Leeds gelegene Wald von Farnley. Als die örtlichen Milizen offenbar gut informiert frühzeitig erschienen und klar wurde, daß Fairfax sie nicht anführen würde, schickten die Anführer ihre Männer im Morgengrauen nach Hause. Der im Keim erstickte Aufstand fand in der Historiographie nur wenig Beachtung. Erst Anfang des 20. Jahrhunderts begannen sich Lokalhistoriker für den Aufstand zu interessieren<sup>860</sup>. Neuere Untersuchungen der Gerichtsakten zeigten, daß die Ermittler Beweise fabriziert hatten und der Aufstand von Informanten der Regierung stark übertrieben worden war. Die Bezugnahme der Strafverfolger auf Informanten legte sogar nahe, daß der Aufstand von Royalisten inszeniert worden sein könnte. Fairfax beklagte sich zwei Tage nach dem Aufstand in einem Brief an Buckingham über das Interesse, alte Wunden wieder aufzureißen und zu instrumentalisieren. Und auch Sir John Resesby äußerte sich in seinen Aufzeichnungen darüber, daß die Aufständischen von denen angestiftet worden waren, die später gegen sie aussagten. In Sir Roger L'Estranges Regierungssprachrohr „*The Intelligencer*“ wurden die Gerüchte über die Inszenierung des Aufstandes gerade als Beweis für die Niedertracht der Aufständischen dargestellt. Man sei hier dem Versuch, das Land erneut in einen Bürgerkrieg zu stürzen, zuvorgekommen. Die

---

*actions to the Commons. Temple survived this setback, but at the cost of his local offices. In 1664 he opposed repeal of the coercive clause in the Triennial Act*“; Karl II. lehnte Bennets Vorschlag, das Unterhaus für ihn zu managen ab. Die von Bristol stammende Nachricht an den König leitete Karl II. im Juni 1663 an das Unterhaus. Nach Bekanntwerden der Nachricht verlor Bennet seine bisherigen Ämter und wurde zum Oppositionellen: *“that Sir Richard Temple was sorry His Majesty was offended with him that he could not go along with them that had undertaken his business in the House of Commons; but, if His Majesty would take his advice, and intrust him and his friends, he would undertake his business should be effected, and revenue settled, better than he could desire- if the courtiers did not hinder it“*, in: DAVIES, Godfrey, *The Political Career of Sir Richard Temple (1634-97) and Buckingham Politics*, in: *Huntington Library Quarterly* 4, 1940, Nr. 1, S. 47–83; Während William Prynne sich besonders heftig gegen den „*Triennial Act*“ von 1641 aussprach, setzte sich Temple für die Beibehaltung ein: *“And if all be true, [Temple] made a very coxcombing of Prynne, con- founding him demonstratively, causing several acts to be read, showing his palpable mistakes and wilful perverting the text, and that the bill was not an act of grace, but the people's right, and ought not to be de- nied them; nay, that it was a condescension in the Parliament and a waiving of part of their right, by taking a triennial when an annual Parliament was their due by former acts of Parliament, which he caused to be read, for which you may be sure he is farther become a Whitehall favourite, the clean contrary way“* (Brief der Verney Papers) zitiert nach DAVIES, *The Political Career of Sir Richard Temple (1634-97) and Buckingham*, 1940, S. 47–83, hier S. 55

<sup>860</sup> CHADWICK, S. J., *The Farnley Wood Plot*, in: *Publications of the Thoresby Society Miscellanea* 15, 1909, S. 122–126; GEE, Henry, *The Derwentdale Plot 1663*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 11, 1917, S. 125–142; WALKER, James, *The Yorkshire Plot 1663*, in: *Yorkshire Archaeological Journal* 31, 1934, S. 348–359

Regierungspropaganda der Krone nutzte den Aufstand für Ihre Zwecke und spielte die vorhandenen Ängste vor einem erneuten Bürgerkrieg voll aus. Die von Januar bis August 1664 laufenden Schauprozesse gegen 44 Angeklagte endeten für 26 Aufständische mit Todesurteilen, von denen 24 hingerichtet wurden, 16 von Ihnen in einem großen Spektakel in Leeds. Die Delinquenten wurden aufgehängt, gerädert und gevierteilt. Damit war die Sache aber keineswegs erledigt. Der Aufstand hatte Auswirkungen auf die Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ von 1664. In der dritten Parlamentsitzung des Kavalierparlaments instrumentalisierte man den Aufstand zur Aushebelung des ersten „*Triennial Act*“ von 1641. Karl II. sprach den Aufstand im Norden in seiner Eröffnungsrede zur dritten Sitzung am 16. März 1664 an und betonte, daß die Gefahr weiterer Aufstände akut sei. Die Aufhebung des „*Triennial Act*“ verlangte er mit der Begründung, daß die Aufständischen das Gesetz zu ihren Zwecken mißbraucht hätten. Nach ihrer Interpretation des Gesetzes sei jedes Parlament nach drei Jahren beendet. Demnach sei dieses Parlament ein illegales Parlament. Obwohl noch immer nicht alle Abgeordneten nach dem Rezess in Westminster eingetroffen waren, hob das Unterhaus innerhalb von nur einer Woche den „*Triennial Act*“ mit 57 Stimmen Mehrheit auf. Sir Richard Temples Widerstand im Unterhaus konnte daran nichts ändern. Im Oberhaus warnte Lord Wharton, daß das Prestige des Parlaments sich durch die Aufhebung des Gesetzes vermindern würde. Der neue „*Triennial Act*“ sah zwar vor, daß zwischen zwei Parlamenten nicht mehr als drei Jahre liegen sollten. Im Falle einer Zuwiderhandlung des Königs erwartete diesen aber keine Sanktion mehr<sup>861</sup>.

---

<sup>861</sup> HOPPER, Andrew, The Farnley Wood Plot and the memory of the Civil Wars in Yorkshire, in: *Historical Journal* 45, 2002, Nr. 2, S. 281–303; GREAVES, Richard L., *Deliver us from evil, The radical underground in Britain, 1660-1663*, New York (N.Y.), 1986, S. 6; PINCUS, STEVEN, *Protestantism and patriotism*, 1996, S. 222–236; HUTTON, *The Restoration*, 1993, S. 204–208; HUTTON, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, 1989, S. 210f.: “[...] *the warnings from Yorkshire recurred. Bennet commented that ‘all circumstances make us conclude it a false alarm’. Anglesey wrote to Ormonde on the 13<sup>th</sup> that he wished people would stop talking of plots. [...] Having initially failed to take the northern rebellion seriously, the government proceeded to punish and exploit it to the fullest extent. [...] ammunition for the tremendous publicity given to the event in L’Estrange’s press. [...] When the Cavalier Parliament reassembled on 21 March, the government was ready for it with a programme based upon lessons drawn from the rebellion*”; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 45, 47f.; Fairfax Brief vom 14. Oktober 1663 an Buckingham „*There cannot be too much care, I confess, in preventing these mischiefs; and I know nothing will do it better, than to have discreet and sober officers [...] when those destroy unity by keeping up distinctions which both the King and the Parliament in great wisdom have thought fit to bury in oblivion, and this I doubt not hath caused many to seem enemies which are real friends*“, in: BELL, Robert (Hrsg.), *Fairfax Correspondence, Memorial of the Civil War*, In two volumes, Volume II, London, 1849, S. 222; CARTWRIGHT, James (Hrsg.), *The Memoirs of Sir John Resesby*, London, 1875, S. 58ff.: „[...] *there seemed some to be engaged not so much from inclination as persuasion of those that evidenced against them*“; L’Estrange, Roger, Sir (Hrsg.), *The Intelligencer*, Published for the Satisfaction and Information of the People, Monday, October 26, Issue 9, 17th-18th Century Burney Collection Newspapers, London, 1663, S. 67f.: „*Well, Gentlemen; after all this Noyse, and Busle, was there really a Plot, or no, do ye think? Tha’ts the Plot now my Master, to persuade the People that there was no Plot at all, and that all this Hurly-burly, and Alarme, was*

**Die Parlamentsdebatten zur Revision des ersten „Triennial Act“** fanden in der vierten Sitzung des Kavalierparlaments statt. Nach der Vertagung des Kavalierparlaments am Ende der dritten Parlamentssitzung (27. Juli 1663) ereignete sich während des achtmonatigen Rezess der Aufstand im Norden im Oktober 1663. Die vierte Sitzung des Kavalierparlaments tagte noch während der laufenden Schauprozesse (Januar bis August 1664) vom 16. März bis 17. Mai 1664 in einer kurzen Sitzung von nur 39 Tagen Dauer gegenüber 109 Tagen der dritten, 123 Tagen der zweiten und 63 Tagen der ersten Parlamentssitzung. Zur Debatte und Beschlußfassung des revidierten „Triennial Act“ kam es gleich zu Beginn der dritten Sitzung im März. Im April debattierte man den „Conventicle Act“ und beschloß diesen am 17. Mai, dem Tag der Vertagung („Prorogation“) des Parlaments auf den 20. August. Mit der Prorogation endete die vierte Sitzung. Die fünfte Sitzung begann aber erst nach einer erneuten Prorogation am 24. November 1664, so daß die Unterbrechung zwischen der vierten und fünften Sitzung sechs Monate betrug<sup>862</sup>.

**Die königliche Eröffnungsrede (21. März 1664)** war dem Parlament am Tag der Erstversammlung (16. März 1664) angekündigt worden. Karl II. war in seiner Eröffnungsrede vor den Mitgliedern beider Häuser zunächst darum bemüht, Gerüchte zu zerstreuen, es sei beabsichtigt gewesen, daß Parlament aufzulösen oder zumindest durch Prorogation weiter zu vertagen<sup>863</sup>. Karl

---

*nothing in the whole World but a Trick of State. Will ye now see the drift of this Report, and the Quality of That Party which either promotes, or entertains it? It is First for the Credit of the Conspirators to be thought Innocent; for their safety to be Conceal'd; and for the Interest of their Designe to possess the Nation with a Security, till the Knives are at their Throats [...] this Way of hammering into the heads of the Multitude, that there was no Plot is the work the very Plotters Themselves [...] that the same Pens, that were dipt in the Blood of the Last King, animating, and provoking an Attempt upon the Life of This, and many of the same Hands and Heads that Acted in the Late Rebellion will be now found Complicate in a designe of throwing This Nation once again into a State of Blood, and Confusion“*

<sup>862</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 534–566; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–621; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 289–294; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 93–98; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 67–73; HUTTON, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, 1989, S. 197: *“The fourth session of the Cavalier Parliament opened upon 18 February 1663. As for the previous three, the historian suffers from a frustrating lack of evidence for the workings of personalities and groups within the court and the Houses“*; FRYDE ET AL., Handbook of British Chronology, 1986, S. 576; PARRY, The Parliaments and Councils of England, 1839, S. 550f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 40f. Für Fryde, Parry und den History of Parliament Trust ist die Parlamentssitzung vom 16. März bis 17. Mai 1664 die dritte Sitzung.

<sup>863</sup> *„You see, GOD be thanked, you have met together again at the Time appointed: And I do assure you, I have been so far from ever intending it should be otherwise, that I do not know One Person who ever wished it should be otherwise. Think, therefore, I pray, what good Meaning those Men could have, who, from the Time of the Prorogation to the Day of your Meeting, have continually whispered, and industriously infused into the Minds of the People, that the Parliament should meet no more; that it*

II. war jedoch nicht nur darum bemüht die Gerüchte einer drohenden Parlamentsauflösung zu zerstreuen, vielmehr bediente er sich der Furcht vor einer Rückkehr zum Bürgerkrieg und rekurrierte dazu auf den Aufstand im Norden Englands. Der König warnte, daß man diesen zwar unterdrückt habe, deutet aber an, daß das Übel tiefer liegende Wurzeln habe<sup>864</sup>. Karl II. legte dar, daß es die Absichten einiger der Aufständischen und ihrer Hintermänner gewesen sei, auf die Autorität des Langen Parlaments zu pochen, dessen Wiederversammlung drohe. Der König brachte dann den ersten „*Triennial Act*“ ins Spiel. Es gäbe Gegner des gegenwärtigen Parlaments, die damit argumentierten, daß dieses nach der „*Triennial Bill*“ seit einigen Monaten beendet sei und man in Ermangelung neuer Einberufungsschreiben das Recht auf Wahlen und Versammlung habe<sup>865</sup>. Daran anschließend präsentierte Karl II. seinen Aktionsplan. Was das Lange Parlament angehe, so könne man nicht mehr machen, als man getan habe, die Menschen nämlich darüber zu informieren. Was aber die „*Triennial Bill*“ angehe, so wurde nicht genug getan. Auch nach mehrmaliger Lektüre könne er selbst zwar nicht erkennen, daß die „*Triennial Bill*“ irgendwelche Auswirkungen auf das

---

*should be presently dissolved; or so continued by Prorogation, that they should be kept without a Parliament. I pray, watch these Whisperers all you can, as Men who use their utmost Endeavours to sow Jealousies between you and Me. And I do promise you, they shall not prevail with Me; and I do promise Myself, they shall not prevail with you [...]*”, in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–583; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 534f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 289f.; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 93; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 67

<sup>864</sup> *“You may judge by the late **Treason in the North**, for which so many Men have been executed, **how active the Spirits of many of our old Enemies still are**, notwithstanding all our Mercy. I do assure you, **we are not yet at the Bottom of that Business**. This much appears manifestly, **that this Conspiracy was but a Branch of that which I discovered** as well as I could to you about Two Years since, and had been then executed nearer-hand, if I had not, by GOD's Goodness, come to the Knowledge of some of the principal Contrivers, and so secured them from doing the Mischief they intended. [...]*”, in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–583; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 290; zur Ausnutzung des Aufstandes für die Verabschiedung des „*Triennial Act*“, vgl. HUTTON, Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland, 1989, S. 211: *„When the Cavalier Parliament reassembled on 21 March, the government was ready for it with a programme based upon lessons drawn from the rebellion. [...] The Commons repealed the Triennial Act within a week, while backbenchers were still arriving. [...] the measure passed by a comfortable fifty-seven votes, not just because of the determination of the court interest but because many MPs genuinely believed Charles's linking of the Act with the rebellion“.*

<sup>865</sup> *“I cannot omit, upon this Occasion, to tell you, that these desperate Men in their Counsels (as appears by several Examinations) have not been all of one Mind in the Ways of carrying on their wicked Resolutions. **Some would still insist upon the Authority of the Long Parliament**, of which, they say, they have **Members enough willing to meet**; others have fancied to themselves, **by some Computation of their own upon some Clause in the Triennial Bill, that this present Parliament was at an End** some Months since; and that, **for Want of new Writs, they may assemble themselves and choose Members of Parliament**; and that this is the best Expedient to bring themselves together for their other Purposes“*, in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–583; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 290



gegenwärtige Parlament habe. Der König drückte seine Verwunderung über die merkwürdigen Klauseln des Gesetzes aus und gab seiner Erwartung Ausdruck, daß das Parlament das Gesetz erneut berate, welches zu einer für die Würde der Krone und der Sicherheit des Volkes unheilvollen Zeit verabschiedet worden war<sup>866</sup>. Karl II. drückte seinen Wunsch zur Beratungen der *“Triennial Bill”* aus. Das Parlament solle zwar entscheiden, was dem König, dem Parlament und dem ganzen Königreich angemessen sei. Er betonte ausdrücklich, daß alle wissen, wie sehr er Parlamente liebe, daß es niemals zuvor einen König gegeben habe, der eine größere Wertschätzung für Parlamente gehabt habe. Dann sagte er sogar den denkwürdigen Satz, daß die Krone niemals ohne regelmäßige Parlamente glücklich sein könne. Gleichzeitig aber drohte er, niemals einem Parlament zu gestatten, nach Maßgabe dieses Gesetzes zusammenzukommen. Er versprach also regelmäßige Parlamente, verlangte aber die Aufhebung ihrer gesetzlichen Normierung<sup>867</sup>. Damit hatte Karl II. seinem Wunsch zur Revision der *“Triennial Bill”* klaren Ausdruck gegeben. Immerhin sah er sich aber dazu veranlaßt, seine Wertschätzung für Parlamente ebenso deutlich auszudrücken. Eine solche Versicherung war auch dringend nötig, denn mit der Revision des Gesetzes würde die Krone wieder die alleinige Prerogative zur Einberufung, Versammlung, Vertagung und Auflösung der Parlamente erlangen. Sir Richard Temples Versuch zur Verabschiedung eines andersgearteten *„Triennial Act“* scheiterte 1668 kläglich<sup>868</sup>.

---

<sup>866</sup> *“For the Long Parliament, you and I can do no more than we have done, to inform and compose the Minds of all Men. Let them proceed upon their Peril. But methinks **there is nothing done to disabuse them in respect of the Triennial Bill.** I confess to you, My Lords and Gentlemen, I have often **Myself read over that Bill;** and though there is no Colour for the Fancy of the Determination of this Parliament, yet I will not deny to you, **that I have always expected that you would, and even wondered that you have not considered the wonderful Clauses in that Bill,** which passed in a Time very uncareful for the Dignity of the Crown, or the Security of the People”,* in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–583; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 290

<sup>867</sup> *“I pray, Mr. Speaker, and you Gentlemen of the House of Commons, **give that Triennial Bill Once a Reading** in your House; and then, in GOD's Name, **do what you think fit** for Me, and yourselves, and the whole Kingdom. **I need not tell you how much I love Parliaments. Never King was so much beholding to Parliaments as I have been; nor do I think the Crown can ever be happy without frequent Parliaments. But, assure yourselves, if I should think otherwise, I would never suffer a Parliament to come together by the Means prescribed by that Bill”**,* in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 581–583; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 290f.

<sup>868</sup> HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Temple, Sir Richard, 3rd Baronet (1634-97), 2017: *„On 18 Feb. 1668 he [Sir Richard Temple] brought in without leave a triennial bill ‘blotched and interlined, which ought not to be when first presented’. With Vaughan promoted to the judiciary, he lacked an effective seconder, and had difficulty in securing even a first reading. A resolution was passed to prevent similar surprises, and the bill was withdrawn; ‘but from that time’, commented Anchitell Grey, ‘the gentleman that brought it in did not increase his interest in the House’. [...] When Parliament resumed in 1669 Temple was included by Sir Thomas Osborne among the Members to be engaged for the Court by Buckingham“.*

**Die Unterhausdebatte zur Revision des „Triennial Act“** begann bereits am Tag nach der Eröffnungsrede des Königs am 22. März 1664 und verlief in geradezu rasender Geschwindigkeit. Nach der Lesung des Gesetzes wurde der Beschluß gefaßt, ein Gesetz zur Widerrufung des „Triennial Act“ einzubringen<sup>869</sup>. Nach Beschlußfassung zur zweiten Lesung der „Bill for Repeal“ (23. März) fand diese am nächsten Tag statt. Am 24. März beschloß man zugleich, daß das Widerrufsgesetz in einem Parlamentsausschuß beider Häuser („Committee of the whole House“) zu beraten sei. Dem Ausschuß wurde sogleich aufgetragen, dafür zu sorgen, daß das neue Gesetz dem König keinerlei Zwangsmittel zur Einberufung der Parlamente auferlegen dürfe<sup>870</sup>. Der Ausschuß hatte die „Bill for Repeal“ bereits am 26. März mit Änderungen und Zusätzen ausgearbeitet dem Unterhaus zukommen lassen. Am 28. März nahm das Unterhaus nach kurzer sechstägiger Beratung das Gesetz an und schickte es an das Oberhaus zur Zustimmung<sup>871</sup>. Während der Debatte sprach sich der Abgeordnete William Prynne vehement für den Widerruf aus und bezeichnete den ersten „Triennial Act“ als unerträglich und unehrenhaft für die Nation. Sir John Holland, der den zweiten „Triennial Act“ zu verabschieden half, argumentierte, daß kein Parlament ohne königliche Einberufung etwas Gutes bewirken könne. Sir Richard Temple dagegen verteidigte den ersten „Triennial Act“ von 1641. Das Gesetz sei nicht zu scharf gewesen, da es noch hinter das Gesetz König Edwards III. zurückgefallen sei, welches jährliche Parlamente verordnet hatte. Versuche von Sir Richard Temple, Sir Thomas Littleton und Edmund Waller scheiterten, das Gesetz durch Aufschieben der Beratungen zu verhindern. Ein Antrag auf Vertagung wurde mit 129 zu 42 Stimmen abgelehnt und die Bill einem Ausschuss des ganzen Hauses zur weiteren Beratung übergeben<sup>872</sup>. Das Oberhaus nahm die „Bill for Repeal“ am 29. März in Empfang, las die

---

<sup>869</sup> „Resolved, &c. **That a Bill be brought in for repealing the Act**, intituled, *An Act for the Preventing of Inconveniencies happening by the long Intermission of Parliaments; and for the better Provision of the Calling and Holding of Parliaments once in Three Years, at the least: And that Sir John Brampton do bring in the Bill*“, in: THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 535

<sup>870</sup> „Resolved, &c. **That the Committee be directed to take care, that there be no Clause in the Bill, of Coertion on his Majesty, for the calling of Parliaments**, other than there is for the Execution of other Laws“, in: THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 536f.

<sup>871</sup> „Resolved, &c. **That the said Bill do pass: And that the Title shall be, An Act for the Assembling and Holding of Parliaments once in Three Years at the least; and for the Repeal of an Act**, intituled, *An Act for the Preventing of Inconveniencies happening by the long Intermission of Parliaments. And Sir John Brampton is to carry up the Bill to the Lords*“, in: THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67), 1802, S. 537f.

<sup>872</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Prynne, William (c.1602-69), 2015: „*insufferable and dishonourable to the nation*“; HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Vaughan, John (1603-74), 2017: „*But his most important, though temporary, success lay in thwarting the King's determination to destroy or emasculate the Triennial Act. He expressed surprise 'at the haste with which it proceeds; cannot see anything in the bill which demands its repeal; refutes objections; details the miseries caused by the non-sitting of Parliaments; refers to the mischievous decision of the judges on ship money in the late reign; thinks this bill does not provide for*

Gesetzesvorlage ein erstes Mal und am Folgetag ein zweites Mal. Noch am 30. März beriet man sich mit dem Unterhaus in einem gemeinsamen Ausschuß beider Häuser. Der Ausschuß empfahl die Annahme des Gesetzes ohne weitere Änderungen („[...] *and think it fit to pass as it is, without any Alteration*“). Heneage Finch erreichte die Verabschiedung des Gesetzes mit 134 zu 88 Stimmen. Am 31. März nahm das Oberhaus nach der dritten Lesung das Gesetz („*Bill to repeal the Act for Triennial Parliaments*“) ohne Gegenstimme („*nemine contradicente*“) an. Nach dreitägiger Beratung und Beschlußfassung im Oberhaus sollte der König rasch informiert und um seine Zustimmung gebeten werden<sup>873</sup>.

**Die Rede des Königs zur Annahme des zweiten „Triennial Act“ am 5. April 1664** bildete den Schlußpunkt einer der schnellsten Gesetzgebungsbeschlüsse in der Geschichte des Parlaments. Das Gesetz zum Widerruf des „Triennial Act“ brauchte nur wenige Tage (22. bis 31. März 1664) zur Lesung, Ausarbeitung und Zustimmung beider Parlamentshäuser. Die prompte Reaktion auf den Wunsch des Königs zum Widerruf des „Triennial Act“ in seiner Eröffnungsrede und die schnelle Durchführung zeigen das effektive Parlamentsmanagement der Regierung, die Zustimmung einer breiten Parlamentsmehrheit für die Maßnahme und den fehlenden Widerstand im Parlament gegen die eigene Entrechtung zugunsten der königlichen Prerogative. Für die Verabschiedung des Gesetzes fehlte nur noch das persönliche Erscheinen und die Zustimmung des Königs im Parlament. Am 5. April 1664 verabschiedete Karl II. die „*Bill for Repeal*“ zum Widerruf bzw. Revision des „Triennial Act“ mit der für öffentliche Gesetze üblichen Zustimmungformel „*Le Roy le vault*“. Unmittelbar danach sprach der König in einer kurzen Rede zu beiden Häusern des Parlaments. Karl

---

*the certainty of Parliaments, and moves that it be laid aside and another brought in, removing such clauses ... as are not thought respectful enough to the King'. [...] In the next session Vaughan did not arrive at Westminster until the third reading of the bill to repeal the Triennial Act; but he at once took over the leadership of the opposition from Temple in a speech of 'great reason and eloquence', lasting one and a half hours. 'It is said it entrenches upon the prerogative of the King and takes from him', he declared; 'no law but either takes from the King or people.' The speech created a great stir. Sir Ralph Verney was informed that Vaughan 'spoke so desperately home that he outshot Sir Richard Temple ten bows', and it was said if Vaughan had come to town earlier, 'he would have raised a filthy dust'. But in vain, for the bill passed, 'and so farewell, Magna carta' “ HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Temple, Sir Richard, 3rd Baronet (1634-97), 2017: “Temple vigorously opposed the repeal of the coercive clause in the Triennial Act in 1664, even to the point of challenging the venerable antiquary William Prynne on his own ground. His Buckinghamshire neighbour Sir Ralph Verney was told how Temple 'made a very coxcombing of Prynne, confounding him demonstratively, causing several Acts to be read, showing his palpable mistakes and wilful perverting the text, and that the bill was not an act of grace, but the people's right, and ought not to be denied them; nay, that it was a condescension in the Parliament and a waiving of part of their right, by taking a triennial when an annual Parliament was their due by former Acts of Parliament, which he caused to read, for which you may be sure he is farther become a Whitehall favourite, the clean contrary way' “; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 23ff.*

<sup>873</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 588ff.; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 25

II. beteuerte in einer Art und Weise, die der Ironie nicht entbehrt, daß man ihm ruhig glauben dürfe, daß er seine Zustimmung zu diesem Gesetz sehr bereitwillig gebe. Friede und Sicherheit des Königreiches sowie die Wohlfahrt seiner Untertanen stehen für ihn über seiner Prerogative. Diese, so versichert er, diene nur den anderen Zwecken. Der widerrufenene „*Triennial Act*“ von 1641 hätte nur dazu gedient, die Parlamente zu diskreditieren, die Krone eifersüchtig auf die Parlamente zu machen und benachbarte Fürsten zu überzeugen, daß England gar nicht von einem Monarchen regiert werde. Regelmäßige Parlamente hätte es nie geben dürfen. Der König versprach aber, daß er trotz des Widerrufgesetzes nicht eine Stunde weniger ohne Parlament sein werde<sup>874</sup>.

**Die Rede des Unterhaussprechers zum Widerruf des „*Triennial Act*“ und die Rede des Königs** anlässlich der Vertagung des Parlaments beendeten die vierte Parlamentssitzung (17. Mai 1664). Zur Vertagung des Parlaments („*Prorogation*“) versammelten sich beide Häuser unter Anwesenheit des Königs. Zuerst hielt der Sprecher des Unterhauses im Rückblick auf die vierte Sitzung des Kavalierparlaments eine Rede, in welcher er behauptete, daß man den ersten „*Triennial Act*“ zur Einberufung, Versammlung und Auflösung des Parlaments im Unterhaus als der Krone abträglich empfunden habe. Die Abgeordneten hätten das Gesetz für nicht praktikabel erachtet und es sei nur dazu angetan, dem Volk die Rebellion zu lehren. Deshalb habe man dieses Gesetz wie eine Falschmünze behandelt und seiner Majestät zur Neuprägung übergeben. Nach dieser unterwürfigen Geste verwies der Sprecher aber immerhin darauf, daß man von der Zusicherung des Königs ausgehe, daß er Parlamenten zugeneigt sei und seinem Urteil vertraue, daß das Glück der Krone in der Regelmäßigkeit der Parlamente bestehe<sup>875</sup>. Die anschließende Rede Karls II. beendete dann die

---

<sup>874</sup> „*You will easily believe, that I have come very willingly to give My Assent to this Bill. I do thank you very heartily for your so unanimous Concurrence in it, and for desiring Me speedily to finish it; and, if I understand any Thing that concerns the Peace and Security of the Kingdom, and the Welfare of My Subjects (all which I study more than My Prerogative, indeed I consider My Prerogative only in order to preserving the other), every good Englishman will thank you for it: For the Act you have repealed could only serve to discredit Parliaments, to make the Crown jealous of Parliaments, and Parliaments of the Crown, and persuade Neighbour Princes that England was not governed under a Monarch: It could never have been the Occasion of frequent Parliaments. I do promise you, I will not be One Hour the less without a Parliament for this Act of Repeal; nor, I am sure, will you be the less kind to Me in Parliament. [...]*“, in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 593f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 292; DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 93ff.

<sup>875</sup> „*The First Thing we took into Consideration was, the Act made in the Sixteenth Year of the late King of Glorious Memory, for Triennial Parliaments: When we had given it a Reading, we found it derogatory to the essential Prerogative of the Crown, of calling, holding, and dissolving, Parliaments; we found it unpracticable, and only useful to learn the People how to rebel: Therefore we melted it down, extracted the pure Metal from counterfeit and drossy Alloys, and then presented it to Your Majesty, to be new stamped, and made current Coin, for the Use of the Nation. [...] we are assured, not only of Your Personal Affection to Parliaments, but of Your Judgement also, that the Happiness of the Crown consists in the Frequency of Parliaments*“, in: THE

vierte Sitzung des Kavalierparlaments. Der König bedankte sich in seiner Rede dafür, daß das Parlament seinen Wünschen so umfassend entsprochen habe. Karl II. stellte die im Parlament getroffenen Maßnahmen dabei erneut in den Zusammenhang mit den Unruhen im Norden Englands. Mit dem Widerruf des ersten „*Triennial Act*“ habe das Parlament die Hoffnungen aller vereitelt, die im In- und Ausland Ärgernisse und Wirrungen heraufbeschwören wollten. Es sei richtig gewesen, seinen Wünschen innerhalb der vorgegebenen Sitzungszeit entsprochen zu haben. Die demonstrierte Harmonie habe das Ansehen im Ausland und die Sicherheit im Inneren gestärkt. Das Parlament werde vertagt, weil die Jahreszeit und die Verpflichtungen der Abgeordneten ihre Präsenz in den Wahlbezirken erfordern. Ihre Anwesenheit dort sei für die Regierung und den Frieden von größter Bedeutung. Die Abgeordneten sollten dort die Aufrührer beobachten. Man werde sich im November wieder versammeln, wenn nichts Außerordentliches passiere. Sicherheitshalber vertage man jetzt zunächst auf den August. Man erhalte aber zuvor über die Notwendigkeit zur Versammlung durch Proklamation Nachricht<sup>876</sup>.

**Die Opposition unterlag bei der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“.** Die große Mehrheit der Abgeordneten folgte der Argumentation der Krone, daß eine Einschränkung der königlichen Prerogative zur Einberufung, Vertagung und Auflösung von Parlamenten eine Einschränkung der königlichen Souveränität und von der Krone nicht zu akzeptieren sei. Die Mehrheit ließ sich von der geschürten Furcht einer Wiederholung der Ereignisse, die zu Bürgerkrieg und Republik geführt hatten, leiten. Wie damals könnten Verfassungsänderungen das prekäre

---

HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 593f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 292; DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 96f.

<sup>876</sup> „*I must confess to you, you have complied very fully with Me, for which I can never thank you enough: You have performed those good Respects towards Me, and kept so very good Correspondence towards each other, that you have exceedingly disappointed those ill Men, who both at Home and Abroad had raised great Hopes and Expectation of new Troubles and Confusions; you have gratified Me in all I desired, and are now ready for a Session within the Time proposed. This Harmony will (with GOD's Blessing) make us all esteemed Abroad, and secure at Home; and these Obligations cannot but make Me think the Time long till we meet again. The Season of the Year and your own Affairs will invite you into the Country; and your Presence there is of great Importance to My Service, and to the Public Peace. You will watch those unquiet Spirits, which are still lurking and ready to embrace all Opportunities to involve the Nation in new Distractions, under what specious Pretences soever; [...] till November, we will meet here again: I name November to you, because, if nothing extraordinary fall out, I resolve not to meet till then: But, because somewhat extraordinary may fall out, you shall be at present prorogued but till August; and before that Day you shall have seasonable Notice, by Proclamation, not to give your Attendance, except there be Occasion; and then November will be the Time. And accordingly I have commanded the Chancellor to prorogue you*“, in: THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), 1767, S. 593f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 72–80; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 292; DEBRETT, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 98

Gleichgewicht der Mischverfassung stören und zu Unordnung führen, weshalb die mehrheitlich konservativen Abgeordneten bereitwillig die Argumentation der Regierung akzeptierten. Der Jurist John Vaughan war einer der wenigen, die dagegen in den Debatten ihre Stimme erhoben. Er argumentierte, daß Parlamente im Mittelalter jährliche Versammlungen waren („*annual parliaments*“) und diese erfolgreich gegen Machtmissbrauch und Korruption schützten<sup>877</sup>.

Die Opposition betrachtete das Kavaliarparlament als dienstbares Instrument der Regierung, welches die Sicherheitsmaßnahme des Langen Parlaments zum Schutz gegen parlamentslose Königsherrschaft einfach so aufgeben. Es wurde betont, daß der „*Triennial Act*“ von 1641 kein königlicher Gnadenakt gewesen sei, sondern das Recht der Bürger. Dabei sei man mit der damaligen Vereinbarung des „*Triennial Act*“ unter dem Recht von jährlich tagenden Parlamenten geblieben. Es half aber nichts, auch wenn Vaughan in der Verteidigung des „*Triennial Act*“ von 1641 Temple bei weitem übertraf. Immerhin aber war eine Mehrheit der Lords im Oberhaus der Ansicht, daß man die Gesetzesvorlage des Unterhauses besser ohne Zusätze annehmen sollte, da man dort die Opposition Vaughans und Tempels im Unterhaus fürchtete<sup>878</sup>.

**Der Regelungsgehalt des zweiten „*Triennial Act*“ von 1664** erfordert die Erinnerung an den ersten „*Triennial Act*“ von 1641 (*“An Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments”*). Dieser beschränkte die parlamentslose Zeit zwischen zwei

---

<sup>877</sup> SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 23; SEAWARD, Paul, *The House of Commons 1660-1707*, 2009, S. 126; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 47f.

<sup>878</sup> DAVIES, *The Political Career of Sir Richard Temple (1634-97) and Buckingham*, 1940, S. 47–83, hier S. 55; VERNEY, Margaret M. (Hrsg.), *Memoirs of the Verney Family, From the Restoration to the Revolution 1660 to 1696*, Compiled from the letters and illustrated by the portraits at Claydon House. Vol. IV., London, 1894, S. 51ff.: *“The state of public affairs made Sir Ralph and Dr. Denton very anxious. A subservient House of Commons was ready to surrender the chief safeguard which the Long Parliament had provided against the King governing without calling a Parliament. It was in accordance with the best traditions of the county, that the member for Buckingham should throw himself into the breach, risking the loss of the Court favour which he had been thought to value too highly. ‘The debate on Tuesday was about the Triennial Bill’, writes Dr. Denton [Mar. 25, 1664], ‘for the Damning of which Prynne spake most desperately & Sr R[ichard] T[emple] as desperately to preserve it, & if all be true made a very coxcominy of Pryn confounding him demonstratively, causing sveral Acts to be read shewing his palpable mistakes or wilfull perverting the text, & that the Bill was not an Act of Grace, but the peoples right & ought not to be denied them, nay that it was A contradicention in the Parlt, & a waving of part of their right by takinge a Triennial, when an Annuall parlt was their due by former Acts of parlt wch he caused to read, & for wch you may be sure he is farther become A white Hall Favorite the cleane contrary way’. He adds a few days later [Mar. 31, 1664], ‘Mr. Vaughan came to towne on Satterday, & on Munday he pealed it away about Tryennials an houre & halfe by the clock, spake soe desperately home that he out-shott Sr R. T. ten bowes length, but all in vaine, the Bill is ingrossed, marcht upp to the Lords & soe farewell Magna Charta’. Sir Nathaniel Hobart is not of Dr. Denton’s opinion; he thinks that Mr. Solicitor in defending the new Bill ‘had both the right & rhetorick of his side’. The Lords passed it ‘without any alteration, tho’ there wanted not Critticks who quarrelled both with the form & the words, but the wiser Lords thought it not safe to returne it to the Commons with any amendment for fear of Mr. Vaughan & Sir Rich. Temple’. ‘Vaughan is lookt upon as malcontent; he ‘would have raised a filthy dust’ had he reached twon sooner.”*

Parlamenten und die Parlamentsdauer auf drei Jahre. Das Gesetz regelte in detaillierter Weise die Einberufung und Versammlung des Parlaments, wobei die Einberufungsschreiben nicht mehr notwendigerweise alleine vom König ausgeschrieben sein mußten, sondern vom Lordkanzler und Lordsiegelbewahrer ausgestellt werden konnten. Das Gesetz von 1641 regelte sogar die Versammlung des Parlaments ganz ohne Einberufungsschreiben. Und das Gesetz bestimmte, daß das Parlament nach der Erstversammlung mindestens 50 Tage versammelt bleiben mußte, bevor es vertagt werden durfte. Schließlich sanktionierte der erste „*Triennial Act*“ alle Zuwiderhandlungen mit Strafen<sup>879</sup>. Der zweite „*Triennial Act*“ von 1664 („*An Act for the assembling and holding of Parliaments Once in Three Years at the least; and for the Repeal of an Act, intituled, An Act for the preventing of Inconveniencies happening by the long Intermission of Parliaments*“) war dagegen denkbar einfach gehalten. Das Gesetz bestand nur aus zwei sehr kurzen Abschnitten. Während der erste „*Triennial Act*“ noch sechzehn Druckseiten füllte, hatte der zweite gerade einmal den Umfang von drei Druckseiten. Das Gesetz darf zu Recht als bloßer Schatten, als reine Reminiszenz an den ursprünglichen „*Triennial Act*“ betrachtet werden. Das entsanktionierte Gesetz erinnerte geradezu an die neugewonnene alte Macht der königlichen Prärogative. Im ersten Abschnitt wurde denn auch die Schmälerung der königlichen Prärogative zur Einberufung und Versammlung des Parlaments durch den ersten „*Triennial Act*“ festgestellt. Es wurde behauptet, daß dadurch der Friede und die Sicherheit seiner Majestät gefährdet werde. Aus diesem Grund müsse der „*Triennial Act*“ von 1641 in allen seinen Bestandteilen für ungültig erklärt werden<sup>880</sup>. Im zweiten Abschnitt („*No longer Intermission of Parliaments than Three Years*“) folgte die eigentliche Regelung zur Tagungsweise des Parlaments. Der Abschnitt begann mit einer absichtlich falschen Behauptung. Die von König Edward III. bestimmte jährliche („*annual*“) Tagungsweise des Parlaments wurde abgefälscht in eine sehr häufige („*very often*“) Tagungsweise<sup>881</sup>. Es wurde bestimmt, daß die parlamentslose Zeit nicht

---

<sup>879</sup> vgl. die Darstellung des ersten „*Triennial Act*“ in Abschnitt F.I.1: Normierte Parlamentsdauer (1641-57)

<sup>880</sup> „[...] is in *Derogation of His Majestyes just Rights and Prerogative inherent to the Imperiall Crowne of this Realme for the calling and assembling of Parliaments*, And may be an occasion of manifold mischeifes and inconveniencies, and much endanger the Peace and Safety of His Majestie, and all His Leidge People of this Realme [...] And all and every the Articles Clauses and Things therein contained is, shall be and are hereby **wholly repealed annulled and utterly made void**“, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the assembling and holding of Parliaments, 1664; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 289; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 33f.

<sup>881</sup> „And because by the auntient Lawes and Statutes of this Realme made in the Raigne of King Edward the Third Parliaments are to be held **very often**“, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the assembling and holding of Parliaments, 1664; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 289; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 33f.; vgl. damit die Ausführungen zu Edward III. und den „*Triennial Acts*“ im Kapitel B I. Einberufung

länger als drei Jahre dauern sollte. Während der parlamentslosen Zeit sollten die Einberufungsschreiben für das nächste Parlament vom König ausgestellt werden. Zweck dieser Regelung sei es, daß Parlamente regelmäßig einberufen und versammelt würden, mindestens einmal in drei Jahren<sup>882</sup>.

Es gab hier also eine Regelung der parlamentslosen Zeit, der Dauer der Unterbrechung zwischen zwei Parlamenten, festgelegt auf maximal drei Jahre. Aber im Gegensatz zum ersten *“Triennial Act”* gab es keine Regelung für die Rezessdauer zwischen zwei Parlamentssitzungen und für die Parlamentsdauer insgesamt. Parlamente konnten damit unbegrenzt lange tagen. Die Weglassung dieses Regelungsgegenstandes spricht dafür, daß die Krone eine längere Tagungsdauer des Kavalierparlaments spätestens zum Zeitpunkt der Verabschiedung des zweiten *“Triennial Act”* beabsichtigte. Es gab außerdem keine Regelung für die Ausstellung der Einberufungsschreiben und keine Sanktionen, nicht einmal eine Sanktion für den Verstoß gegen die sowieso bescheidene Bestimmung einer maximal dreijährigen parlamentslosen Zeit. Bei dem zweiten *“Triennial Act”* handelte es sich also nicht nur um eine Entsanktionierung des ersten *“Triennial Act”*, sondern um eine einseitige Regelung der parlamentslosen Zeit zwischen zwei Parlamenten, ohne eine Regelung der Rezessdauer zwischen den Sitzungen eines Parlaments und der Parlamentsdauer insgesamt. Karl II. verstieß also nicht gegen den zweiten *“Triennial Act”* als er das Kavalierparlament dauerhaft machte, es dabei aber immer wieder ganz nach seinem Belieben und den Erfordernissen seiner Regierung in teilweise sehr lange Rezesse schickte. Erst mit der Nichteinberufung eines neuen Parlaments im April 1684, drei Jahre nach der Auflösung des Oxford Parlaments, verstieß Karl II. zum ersten Mal gegen den zweiten *„Triennial Act“*. Leisten konnte er sich die parlamentslose Herrschaft der letzten Herrschaftsjahre (1681-85) durch die positive wirtschaftliche Entwicklung und die steigenden Steuereinnahmen, allerdings auch nur unter Verzicht einer aktiven Außenpolitik in Friedenszeiten. In Kriegszeiten wäre es nicht ohne Parlamentsgelder gegangen<sup>883</sup>.

---

<sup>882</sup> „That hereafter the sitting and holding of Parliaments shall not be intermitted or discontinued above three yeares at the most, but that within three yeares from and after the determination of this present Parliament and soe from time to time within three yeares after the determination of any other Parliament or Parliaments, or if there be occasion more often, Your Majestie Your Heires and Successors doe issue out Your Writts for calling, assembling and holding of another Parliament to the end there may be a frequent calling assembling and holding of Parliaments **once in Three yeares at the least**“, in: ENGLAND AND WALES, An Act for the assembling and holding of Parliaments, 1664; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume III., 1763, S. 289; RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), 1818, S. 513; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 33f.

<sup>883</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 454f.; WITCOMBE, Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674, 1966, S. 23–25; SMITH, The Stuart parliaments 1603-1689, 1999, S. 148; KREY, Restoration and Revolution in Britain, 2007, S. 47f., 208; GLASSEY, Lionel, Politics, Finance and Government, 1997, S. 49; HARRIS, Restoration, 2005, S. 51; FELLOWS, Charles II and James II, 1995, S. 24



#### 4. Zusammenfassung

**Die Verabschiedung des zweiten „Triennial Act“ (1664)** war ein Sieg für die Krone. Damit gelang es dem „*Parliamentary Management*“ der Krone, Einschränkungen ihres Prärogativrechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments abzuschütteln. Diese Einschränkungen beruhten auf dem „*Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments*“ (16 Car. I. cap. I.) vom 15. Februar 1641, besser bekannt als erster „*Triennial Act*“ und dem „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ (17 Car. I. cap. 7) vom 10. Mai 1641. Zwischen dem ersten und dem zweiten „*Triennial Act*“ gab es noch zahlreiche weitere Regelungen und Überlegungen zur Parlamentsdauer während des Bürgerkrieges und der Republik, die in der Forschung kaum Beachtung gefunden haben. Regelungen zur Tagungsdauer des Parlaments enthielten: 1) der „*Triennial Act*“ von 1641, 2) der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ von 1641, 3) die „*Grand Remonstrance*“ von 1641, 4) die „*Nineteen Propositions*“ von 1642, 5) die „*Heads of the Proposals*“ von 1647, 6) das „*Agreement of the People*“ von 1647, 7) die „*Declaration on the Dissolution of the Long Parliament*“ von 1653, 8) die erste geschriebene Verfassung Großbritanniens, das „*Instrument of Government*“ von 1654, 9) die revidierte Verfassung im „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth [...]*“ von 1654 und 10) das Verfassungsdokument „*The Humble Petition and Advice*“ von 1657.

**Das „Restoration Settlement“ (1660-64)** wird in ein „*First Restoration Settlement*“ des „*Convention Parliament*“ (1660) und ein „*Second Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments (1661-64) unterteilt, da die späteren Grundlagenentscheidungen des Kavalierparlaments unter völlig anderen Vorzeichen getroffen wurden und weniger versöhnlich gestimmt waren als die Entscheidungen des „*Convention Parliament*“, auch wenn dieses noch an den Reformgesetzen des Langen Parlaments von 1641 festgehalten hatte. Die „*Restoration Settlements*“ waren unterschiedlich im Charakter, den Umständen und den Regelungsinhalten. Der entscheidende Unterschied bestand aber in der Zusammensetzung der beiden Parlamente. Das ausgewogene Verhältnis zwischen Royalisten und Parlamentsanhängern und zwischen Anglikanern und Nonkonformisten im „*Convention Parliament*“ wich einer Dominanz der Royalisten und der Anglikaner im Kavalierparlament. Der versöhnliche Grundton wich einer aggressiven Programmatik.

**Die Instrumentalisierung von Venners Aufstand („*Venner's Rising*“, 6. Januar 1661)** durch die Krone unmittelbar nach dem Ende des „*Convention Parliaments*“ hatte entscheidenden Einfluß auf die **Wahl des Kavalierparlaments** (Februar und März 1661), auf die Krönung des Königs (23.

April 1661) und auf die Gesetzgebung des Kavalierparlaments (Sitzungsbeginn am 08. Mai 1661) zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit (1661 und 1662). Die Regierung belebte mit Venners harmlosem Aufstand die Angst vor religiösem und politischem Fanatismus und machte alle religiös und politisch Andersdenkenden verdächtig. Der Aufstand bot die beste Argumentation für die Gegner der Republik und religiöser Toleranz. Die Ausstellung der Einberufungsschreiben zum Kavalierparlament erfolgte im Februar gerade einmal einen Monat nach dem Aufstand. Der Wahlkampf wurde zum Angstwahlkampf der Royalisten und Anglikaner gegen die Puritaner und alle Nonkonformisten und erbrachte den entsprechenden Erfolg. Das ausgeglichene Verhältnis von Anglikanern und Presbyterianern sowie von Royalisten und Republikanern im „*Convention Parliament*“ wich einer Mehrheit von Royalisten und Anglikanern. Von 501 Abgeordneten waren mindestens 330 royalistisch gesinnt. Die Bezeichnung Kavalierparlament beruhte auf dieser mehrheitlich anglikanisch-royalistischen Zusammensetzung. Das Vorhaben der Krone zur Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ gelang auch deshalb, weil die Wahl des Kavalierparlaments unter Ausnutzung von Venners Aufstand in seiner Zusammensetzung mehrheitlich royalistisch-anglikanisch war. Die propagandistische Ausnutzung des Aufstandes zur Beeinflussung der Wahl darf bereits als frühes „*Parliamentary Management*“ der Krone bezeichnet werden. Das Parlamentsmanagement Karls II. begann also nicht erst mit Thomas Osborne, Earl of Danby, sondern bereits unter Edward Hyde, Earl of Clarendon, recht eigentlich aber unter Sir Richard Temple und Sir Henry Bennet, (Baron Bennet 1665 und Earl of Arlington 1672). Nach dem Fehlschlag der „*Declaration of Indulgence*“ (Dezember 1662) überzeugte zunächst Sir Richard Temple den König von der Notwendigkeit, das Unterhaus für die Krone zu managen, indem man mittels Patronage und Bestechung eine zuverlässige Gefolgschaft für die eigene Politik im Unterhaus organisierte. Allerdings betraute Karl II. nicht ihn mit dem „*Parliamentary Management*“, sondern Sir Henry Bennet. Dieser richtete das Parlamentsmanagement der Krone gezielt auf das Unterhaus aus. Er knüpfte Verbindungen zu zahlreichen Hinterbänklern und wandte sich im Gegensatz zu Clarendon weniger an die Lords, die Anführer eigener Klientelgruppen waren, sondern an einfache Abgeordnete ohne eigene Gefolgschaft, mit denen sich Clarendon gar nicht abgegeben hatte. Als „*Secretary of State*“ verfügte Bennet über eigene Patronage-Möglichkeiten, allerdings in weit geringerem Umfang als Clarendon in seiner Funktion als Lordkanzler. Clarendon war allerdings trotz der vielfältigen Möglichkeiten zur Patronage für den sparsamen und zurückhaltenden Umgang mit den Abgeordneten bekannt. Clarendon lehnte ein Parlamentsmanagement nach Temples und Bennets Vorstellung ab. Er hielt es für despektierlich und schädlich. Clarendon war der Ansicht, daß ein solches Parlamentsmanagement den Respekt für das Parlament und die Regierung untergrabe, weshalb er

sich auf die Beobachtung der Parlamentsdebatten beschränkte und die Regierungspolitik in ausgewählten Ausschüssen erklärte. Eine Königspartei im Parlament („*King's party*“ oder „*court party*“) baute er nicht auf. Seiner Ansicht nach sollte das Parlament gar keinen Anteil an der Regierung haben, sondern als Erweiterung des „*Privy Council*“ Rat erteilen und Gelder bewilligen. In Anbetracht des Aufkommens einer jüngeren Politikergeneration um Sir Richard Temple und Sir Henry Bennet, ihres aggressiven Parlamentsmanagements und des Königs Hinwendung zu dieser jüngeren Generation seit 1662 sowie der zunehmenden Kritik an Clarendon in der Bevölkerung erscheint es fraglich, für die gesamte Periode von 1658-67 von der Administration Clarendons zu sprechen. Es war gerade Clarendons Arrangement mit Sir Henry Bennet, welches ihn bis 1667 als Lordkanzler im Amt halten sollte. Die Rolle von Sir Henry Bennet und seines Klienten Clifford für das „*Parliamentary Management*“ von 1662 bis 1673 sollte genauer erforscht werden, denn es führte zum später von Danby betriebenen Parlamentsmanagement und brachte dem Kavalierparlament den verächtlich gemeinten Beinamen „*Pensionary Parliament*“ ein.

**Die Instrumentalisierung des „*Farnley Wood Plot*“ (Oktober 1663)**, eines zweiten Aufstandes im Norden Englands, auch bekannt unter den Bezeichnungen „*Derwentdale Plot*“ und „*Yorkshire Plot*“, hatte unmittelbaren Einfluß auf die Verabschiedung des „*Triennial Act*“, genauso wie die Instrumentalisierung von Venners Aufstand zuvor unmittelbaren Einfluß auf die Wahl und Zusammensetzung des Kavalierparlaments und die Regelungen im Bereich der Religion, Meinungs- und Pressefreiheit des „*Second Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments hatte. Der „*Farnley Wood Plot*“ wurde als ein relativ kleiner Aufstand rasch im Keim erstickt, bot dem Parlamentsmanagement der Krone aber einen effektiven Hebel zur Beeinflussung des Parlaments. Der Aufstand fand in der Geschichtswissenschaft bis Anfang des 20. Jahrhunderts nur wenig Beachtung. Neuere Untersuchungen der Gerichtsakten legen aber nahe, daß die königlichen Ermittler Beweise fingiert hatten und der Aufstand von Informanten der Regierung stark übertrieben worden war. Es gab sogar Gerüchte, daß der ganze Aufstand von der Regierung gezielt inszeniert worden war. Das Parlamentsmanagement der Krone zeigt sich gerade in der Instrumentalisierung dieses Aufstandes in den Parlamentsdebatten. Die Krone schürte die Ängste vor einem erneuten Ausbruch eines Bürgerkrieges zum Zwecke der Aushebelung des ersten „*Triennial Act*“. Der „*Farnley Wood Plot*“ half der Krone bei der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“. Wie willfährig das Kavalierparlament war, zeigt sich uns in der Abwesenheit einer starken Opposition, auch wenn es durchaus einige wenige ablehnende Stimmen gab. Es zeigt sich uns aber auch im Fehlen einer den „*Triennial Act*“ begleitenden Pamphletliteratur. In der Parlamentssitzung des Kavalierparlaments instrumentalisierte man den Aufstand zur Aushebelung des ersten „*Triennial Act*“ von 1641. Karl II. sprach den Aufstand im Norden in seiner

Eröffnungsrede zur Sitzung am 16. März 1664 an und betonte, daß die Gefahr weiterer Aufstände akut sei. Die Aufhebung des „*Triennial Act*“ verlangte er mit der Begründung, daß die Aufständischen das Gesetz zu ihren Zwecken mißbraucht hätten. Nach ihrer Interpretation des Gesetzes sei jedes Parlament nach drei Jahren beendet. Demnach sei dieses Parlament ein illegales Parlament. Die Unterhausdebatte zur Revision des „*Triennial Act*“ begann bereits am Tag nach der Eröffnungsrede des Königs am 22. März 1664. Innerhalb kürzester Zeit war das Gesetz mit 134 zu 88 Stimmen Mehrheit im Unterhaus, ohne Gegenstimme im Oberhaus und mit Zustimmung des Königs verabschiedet (5. April 1664). Es handelt sich um einen der schnellsten Gesetzgebungsbeschlüsse in der Geschichte des Parlaments. Die prompte Reaktion auf den Wunsch des Königs zum Widerruf des „*Triennial Act*“ in seiner Eröffnungsrede und die schnelle Durchführung zeigen das effektive Parlamentsmanagement der Regierung, die Zustimmung einer breiten Parlamentsmehrheit für die Maßnahme und den fehlenden Widerstand im Parlament gegen die eigene Entrechtung zugunsten der königlichen Prerogative.

**Der erste „*Triennial Act*“ von 1641** hatte die parlamentslose Zeit zwischen zwei Parlamenten und die Parlamentsdauer auf drei Jahre beschränkt. Das Gesetz regelte in detaillierter Weise die Einberufung und Versammlung des Parlaments, wobei die Einberufungsschreiben nicht mehr notwendigerweise alleine vom König ausgeschrieben sein mußten, sondern vom Lordkanzler und Lordsiegelbewahrer ausgestellt werden konnten. Das Gesetz von 1641 regelte sogar die Versammlung des Parlaments ganz ohne Einberufungsschreiben. Und das Gesetz bestimmte, daß das Parlament nach der Erstversammlung mindestens 50 Tage versammelt bleiben mußte, bevor es vertagt werden durfte. Schließlich sanktionierte der erste „*Triennial Act*“ alle Zuwiderhandlungen mit Strafen. Während der erste „*Triennial Act*“ von 1641 noch sechzehn Druckseiten füllte, bestand **der zweite „*Triennial Act*“ von 1664** nur noch aus drei Druckseiten mit zwei sehr kurzen Abschnitten. Der zweite „*Triennial Act*“ darf zu Recht als bloßer Schatten, als reine Reminiszenz an den ursprünglichen „*Triennial Act*“ betrachtet werden. Das entsanktionierte Gesetz stellte die alte Macht der königlichen Prerogative zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments wieder her. Im ersten Abschnitt wurde die Schmälerung der königlichen Prerogative zur Einberufung und Versammlung des Parlaments durch den ersten „*Triennial Act*“ festgestellt. Es wurde behauptet, daß dadurch der Friede und die Sicherheit seiner Majestät gefährdet werden. Aus diesem Grund müsse der „*Triennial Act*“ von 1641 in allen seinen Bestandteilen für ungültig erklärt werden. Der zweite Abschnitt begann mit einer absichtlichen Falschbehauptung. Die von König Edward III. bestimmte jährliche („*annual*“) Tagungsweise des Parlaments wurde abgefälscht in eine sehr häufige („*very often*“) Tagungsweise. Es wurde bestimmt, daß die parlamentslose Zeit nicht länger als drei Jahre dauern sollte. Während der parlamentslosen Zeit sollten die

Einberufungsschreiben für das nächste Parlament vom König ausgestellt werden. Zweck dieser Regelung sollte sein, daß Parlamente regelmäßig einberufen und versammelt würden, mindestens einmal in drei Jahren. Es gab hier also eine Regelung der parlamentslosen Zeit, der Dauer der Unterbrechung zwischen zwei Parlamenten, festgelegt auf maximal drei Jahre. Aber im Gegensatz zum ersten „*Triennial Act*“ gab es keine Regelung für die Rezessdauer zwischen zwei Parlamentssitzungen und für die Parlamentsdauer insgesamt. Parlamente konnten damit unbegrenzt lange tagen. Die Weglassung dieses Regelungsgegenstandes spricht dafür, daß die Krone eine längere Tagungsdauer des Kavalierparlaments spätestens zum Zeitpunkt der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ beabsichtigte. Es gab außerdem keine Regelung für die Ausstellung der Einberufungsschreiben und keine Sanktionen, nicht einmal eine Sanktion für den Verstoß gegen die sowieso bescheidene Bestimmung einer maximal dreijährigen parlamentslosen Zeit. Bei dem zweiten „*Triennial Act*“ handelte es sich also nicht nur um eine Entsanktionierung des ersten „*Triennial Act*“, sondern um eine Regelung der parlamentslosen Zeit zwischen zwei Parlamenten, ohne eine Regelung der Rezessdauer zwischen den Sitzungen eines Parlaments und der Parlamentsdauer insgesamt. Karl II. verstieß also nicht gegen den zweiten „*Triennial Act*“ als er das Kavalierparlament dauerhaft machte, es dabei aber immer wieder ganz nach seinem Belieben und den Erfordernissen seiner Regierung in teilweise sehr lange Rezesse schickte. Erst mit der Nichteinberufung eines neuen Parlaments im April 1684, drei Jahre nach der Auflösung des Oxford Parlaments, verstieß Karl II. zum ersten Mal gegen den zweiten „*Triennial Act*“. Leisten konnte er sich die parlamentslose Herrschaft der letzten Herrschaftsjahre (1681-85) durch die positive wirtschaftliche Entwicklung und die steigenden Steuereinnahmen, allerdings auch nur unter Verzicht einer aktiven Außenpolitik in Friedenszeiten. In Kriegszeiten wäre es nicht ohne Parlamentsgelder gegangen.

## **II. „*Standing Parliament Debate*“ (1675-77)**

Die „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) wirft wichtige Fragen auf. Warum machte die Parlamentsopposition das „*Standing Parliament*“ zum Kampfbegriff gegen die Krone und warum forderte sie die Parlamentsauflösung, die Normierung der Parlamentsdauer und Neuwahlen? Warum entstand im Kavalierparlament in Abgrenzung zur Krone bzw. zum „*Court*“ die „*Country*“-Opposition unter Führung des Earl of Shaftesbury, die das Parlament in der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) in Anlehnung an die Gefahr einer „*Standing Army*“ als „*Standing Parliament*“ diffamierte? Zur Beantwortung dieser Fragen sollte das vorangehende „*Parliamentary Management*“ der Krone nach der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ bis zum Beginn der „*Standing Parliament Debate*“ (1665-75) und die Parlamentsopposition genauer betrachtet werden,

um schließlich die Parlamentsdebatten und Streitschriften der „*Standing Parliament Debate*“ selbst zu untersuchen.

### 1. „*Parliamentary Management*“ (1665-75)

Bei der Betrachtung des „*Parliamentary Management*“ der Krone nach der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ bis zum Vorabend der „*Standing Parliament Debate*“ (1664-74) sollte die **bisherige Einteilung des Zeitraumes in die Clarendon- und Cabal-Administration überdacht** werden, da Sir Henry Bennet, Baron (1665) und später Earl of Arlington (1672) eine besonders große, von der Wissenschaft eher vernachlässigte Rolle im „*Parliamentary Management*“ gespielt hat. **Die als Clarendon-Administration bezeichnete erste Periode** begann mit Clarendons Kanzlerschaft während der Republik im Exil (1658), setzte sich mit der Restauration der Monarchie (1660) fort, überstand zahlreiche Anfeindungen seiner Gegner, die in einem von Lord Bristol betriebenen ersten Impeachment gipfelten (1663), welches scheiterte und Clarendons Position am Hof zunächst stabilisierte und zu Bristols Entlassung führte, aber dennoch wichtige Gegner wie Arlington, nicht davon abhielt, weiter gegen Clarendon zu intrigieren und ihm den zweiten Englisch-Niederländischen Krieg (1665-67) aufzuzwingen, der schließlich im Desaster endete, welches Clarendon angelastet wurde und zu einem zweiten, diesmal erfolgreichen Impeachment gegen ihn führte, das Clarendon sogar zur Flucht ins Ausland zwang (1667). Das „*Parliamentary Management*“ des Kavalierparlaments lag seit 1662 weitgehend in Arlingtons Händen, unterstützt von seinem Klienten Clifford. Angesichts von Arlingtons starker Position in der Regierung als „*Secretary of State*“ (1662), des unter seiner Führung unter Mitarbeit von Clifford und Sir William Temple mit Billigung Karls II. betriebenen „*Parliamentary Management*“, der von ihm und seinen Verbündeten aufgezwungenen zweiten und dritten Krieges gegen die Niederlande (1665-67 und 1672-74) und der von Clarendon ebenso widerwillig verabschiedeten Restriktionsgesetze des deshalb fälschlicherweise so bezeichneten „*Clarendon Code*“, scheint es fraglich, für den ganzen Zeitraum von der Clarendon-Administration zu sprechen. Zumindest bezüglich des so wichtigen „*Parliamentary Management*“ könnte von einer Arlington-Administration gesprochen werden, die von seinem Amtsantritt als „*Secretary of State*“ während Clarendons Kanzlerschaft bis zu seinem Impeachment und der anschließenden Entlassung reichte (1662-73). **Der zweite Abschnitt firmiert traditionell unter dem Akronym der „Cabal“-Administration (1667-73)**. Die Bezeichnung ist insofern irreführend als die namengebenden Politiker Clifford, Ashley Cooper, Buckingham, Arlington und Lauderdale keine kohärente Gruppe bildeten und das „*Parliamentary Management*“ in Arlingtons und Cliffords Händen lag. Die fünf Mitglieder der sogenannten Cabal-Administration führten England zudem während der folgenden Jahre weniger miteinander als gegeneinander. Es lassen sich zumindest zwei Gruppierungen feststellen, einmal Arlington mit seinem Klienten

Clifford und zum zweiten Buckingham, Lauderdale und Ashley Cooper. **Der dritte Abschnitt** läßt sich unzweifelhaft der Führung des Earl of Danby zuordnen. Administration wie „*Parliamentary Management*“ wurden seit der Berufung von Thomas Osborne, des späteren Earl of Danby, zum Schatzkanzler („*Lord Treasurer*“, 1673) bis zu seinem Impeachment, das wiederum in Entlassung und Inhaftierung endete, diesmal aufgrund der Ereignisse des „*Popish Plot*“ (1678), der auch zum Ende des achtzehnjährigen Kavalierparlaments führte (1679), eindeutig von Danby dominiert<sup>884</sup>.

**Die Frage danach, was „*Parliamentary Management*“ ist**, wurde bereits im Zusammenhang mit der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ (Kapitel E. I. 3.) aufgeworfen. Beim „*Parliamentary Management*“ der Krone nach der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ bis zur Auflösung des Kavalierparlaments (1679) stellt sich die Frage noch einmal. Das Kavalierparlament wird üblicherweise als achtzehnjähriges Parlament bezeichnet. Das Tagungsmuster des Kavalierparlaments (Kapitel C. I. 2.) zeigt aber etwas ganz anderes. In Wirklichkeit tagte dieses Parlament bedingt durch zahlreiche Rezesse kaum vier Jahre. Die Summe aller Rezesse durch die Vertagungen (Adjournements und Prorogationen) ergeben, daß das Kavalierparlament insgesamt während 13 Jahren und 7 Monaten nicht tagte. Erschwerend kommt hinzu, daß die Rezesse des Kavalierparlaments im Durchschnitt acht Monate dauerten, vier Rezesse aber deutlich über ein Jahr währten. Die vier längsten Rezesse finden sich am Ende des Kavalierparlaments in der Cabal-Administration (21 und 18 Monate) und der Danby-Administration (14 und 15 Monate).

Parlamentslose Herrschaft heißt, daß kein Parlament einberufen worden ist, wenn also am Parlament vorbei und unter Umgehung des Parlaments regiert wurde. Das beste Beispiel parlamentsloser Herrschaft sind die sogenannten „*Eleven Years' Tyranny*“ Karls I. (1629-40), die maßgeblich zum Ausbruch des Bürgerkrieges beitrugen. Das Kavalierparlament kann aber schlecht als parlamentslose Herrschaft bezeichnet werden, da ja ganz offenkundig ein Parlament einberufen worden war. Tatsächlich wurden aber die wichtigsten politischen Entscheidungen während der Rezesse am Parlament vorbei getroffen. Die Regierung stellte die Entscheidungen jedenfalls von sich aus nicht zur Beratung. Liegt hier also doch ein Fall parlamentsloser Herrschaft vor?

Es stellt sich auch die Frage, ob ein Regieren ohne Parlament, in diesem Fall ein Treffen der wichtigsten politischen Entscheidungen während der Rezesse, überhaupt „*Parliamentary Management*“ heißen kann? Man wird es wohl so bezeichnen können, wenn man es zum „*Parliamentary Government*“ abgrenzt, welches bedeutet, daß die politischen Entscheidungen in den Parlamentssitzungen getroffen werden, also im Parlament und mit dem Parlament, und zwar

---

<sup>884</sup> SPURR, John, Cabal (1667-73), 2004

ohne Beeinflussung durch schmutzige Methoden wie Ämterpatronage und Bestechung. *“Parliamentary Management”* wäre entsprechend nicht nur die gezielte Manipulation der Wahlen zur Erreichung eines willfährigen Parlaments vorab und die mittels Propaganda, Patronage und Bestechung erreichte Zustimmung einer Mehrheit der Abgeordneten während der Sitzungen, sondern auch das bewußte und gezielte Treffen wichtiger politischer Entscheidungen während der Rezesse. Ein aus Sicht der Regierung erfolgreiches *“Parliamentary Management”* läge dann vor, wenn die während des Rezess getroffenen Entscheidungen in der nachfolgenden Sitzung nicht mehr revidiert, zumindest nicht kritisiert würden, nachdem man zuvor vermieden hatte, daß sie zeitnah thematisiert werden konnten. Dementsprechend sind die Reaktion des Parlaments auf die getroffenen Maßnahmen in der nächsten Sitzung wichtig. Sitzungen mit Konflikten zwischen Parlament und Regierung sind Indikatoren für ein nicht funktionierendes *“Parliamentary Management”*. Sitzungen ohne Konflikte sind dementsprechend Indikatoren für ein Funktionieren des *“Parliamentary Management”*.

An diesen Kriterien eines *“Parliamentary Management”* sind die letzten drei Sitzungen der Clarendon-Administration (5., 6. und 7. Sitzung des Kavalierparlaments, 1665-67), die drei Sitzungen der Cabal-Administration (8., 9. und 10. Sitzung des Kavalierparlaments, 1667-73) und die ersten drei Sitzungen der Danby-Administration (11., 12. und 13. Sitzung des Kavalierparlaments, 1673-75) zu messen. Diese Kriterien gelten auch für die danach stattfindende vertiefte Untersuchung der Debatten und Streitschriften während der drei Sitzungen der *“Standing Parliament Debate”* (14., 15. und 16. Sitzung des Kavalierparlaments, 1675-78).

#### **a) „Parliamentary Management“ (1665-67)**

**Das *“Parliamentary Management”* der letzten drei Sitzungen der Clarendon-Administration (5., 6. und 7. Sitzung, 1665-67)** wurde hauptsächlich vom zweiten Englisch-Holländische Krieg (1665-67) geprägt: vom Kriegseintritt, dem Kriegsverlauf 1665/66, den Friedensverhandlungen im Winter 1666/67 und der katastrophale englische Niederlage von Medway 1667. Nach der Verabschiedung des *„Triennial Act“* in der mit 39 Tagen Dauer äußerst kurzen vierten Sitzung des Kavalierparlaments (März 1664) wurde das Parlament für sechs Monate prorogiert. In dieser Zeit traf die Regierung die Vorbereitung für den Krieg gegen die Niederlande<sup>885</sup>. Hauptberatungsgegenstand der fünften Sitzung (24. November 1664 bis 2. März 1665) war die Kriegsgelderbewilligung. Das *„Parliamentary Management“* der Regierung war dabei so

---

<sup>885</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 283f., 291-297, 322-326, 349, 352; KREY, *Restoration and Revolution in Britain*, 2007, S. 48–52; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 167; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 79–82; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 91f., 120–130, 233



erfolgreich, daß 2.500.000 Pfund bewilligt wurden. Die für damalige Verhältnisse gewaltige Summe kam natürlich auch durch die enorme Kriegsbegeisterung zustande. Nach 63 Tagen Sitzung ging das Kavaliarparlament in den nächsten Rezess (2. März bis 9. Oktober 1665), diesmal für sieben Monate. Das „*Parliamentary Management*“ der sechsten Sitzung (9. bis 31. Oktober 1665) darf als ebenso erfolgreich bezeichnet werden wie das der vorherigen Sitzung. In der nur 20 Tage dauernden Sitzung wurden noch einmal 1.250.000 Pfund an Kriegsgeldern bewilligt. Danach blieb das Kavaliarparlament für insgesamt elf Monate prorogiert (31. Oktober 1665 bis 18. September 1666). Es hatte ja seine Schuldigkeit getan, man brauchte es nicht weiter. Während des langen Rezess fand die „*Four Days' Battle*“ (1.-4. April 1666) statt und unmittelbar vor der siebten Sitzung brannte London (2. bis 6. September 1666). Und wieder war das „*Parliamentary Management*“ der Regierung erfolgreich, gemessen an der Kriegsgelderbewilligung<sup>886</sup>. In der siebten Sitzung (18. September 1666 bis 8. Februar 1667) wurden weitere 1.800.000 Pfund bewilligt und erste Friedensverhandlungen in Paris und Breda (Winter 1666/67) geführt<sup>887</sup>. Während des folgenden Rezess ereigneten sich aber mit dem Ausbruch des Devolutionskrieges (Mai 1667) und der Niederlage von Medway (Juni 1667) Dinge, die das „*Parliamentary Management*“ der Krone völlig zusammenbrechen ließen und zu Clarendons Sturz führten<sup>888</sup>. **Die vorzeitige Versammlung des Parlaments (25. Juli 1667) durch Proklamation (26. Juni 1667)** schien angesichts der Katastrophe von Medway und des erneuten Finanzbedarfs der Krone unvermeidlich. Clarendon sprach sich für die **Auflösung des Parlaments** aus und gegen die vorzeitige Rückberufung des Parlaments, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Clarendon wußte natürlich, daß sich die in England beginnende Suche nach den Schuldigen für das Desaster am Medway auf ihn fokussierte. Von seinen politischen Gegnern hatte er in einer Parlamentssitzung nichts anderes zu erwarten als zum Sündenbock und Hauptverantwortlichen erklärt zu werden. Noch vor der Wiederversammlung des Parlaments wurden allerdings die Friedensgespräch mit den Niederlanden zum Abschluß gebracht. Man unterzeichnete den Frieden von Breda am 21. Juli 1667. Die Niederlande traten ihre ehemalige Kolonie Neu-Amsterdam, das zu Ehren des Herzogs von York in New York umbenannt worden war, und New Jersey an England ab, wofür England den Holländern den Besitz Surinams garantierte. Da der Ostindien- und Afrikahandel im Vertragswerk ausgespart blieb, intensivierte der Friede von Breda die Handelskonkurrenz beider Nationen - den eigentlichen Hauptkriegsgrund -,

---

<sup>886</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 291–307; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, 236f., 241, 246; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167

<sup>887</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 307f.

<sup>888</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 309–312; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 82f.; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 304–307

anstatt diese zu beseitigen. Nach dem Friedensschluß erschienen die von der englischen Regierung neu ausgehobenen Truppen in einem neuen Licht. Die unmittelbare Gefahr nach dem holländischen Überfall am Medway war vorüber und der Krieg beendet, so daß sich die Furcht vor einem Missbrauch der Truppen noch am Tag der Erstversammlung des Parlaments in einem einstimmigen Unterhausbeschluß (25. Juli 1667) zur sofortigen Entlassung der Armee manifestierte. Karl II. protestierte dagegen in seiner Rede im Oberhaus (29. Juli 1667). Er sei zu sehr Engländer, um daran zu denken, mit einem stehenden Heer zu herrschen. Noch in seiner Rede vertagte der König das Parlament (Prorogation) auf den ursprünglich angesetzten Termin (10. Oktober 1667). Damit war die Verwirrung komplett. Wilde Gerüchte über eine Auflösung und gänzliche Abschaffung des Parlaments, eine Militärregierung und illegale Steuern machten die Runde. Ganz so weit wollte Clarendon aber nicht gehen. In einer 1676 publizierten Schrift gestand er der Regierung aber in Notstandslagen weitreichende Befugnisse zu und betrachtete diese als legal. Die Finanzlage mit Schulden in Höhe von zwei Millionen Pfund und einem jährlichen Budgetdefizit von 600.000 Pfund machte es für eine quasi zahlungsunfähige Regierung tatsächlich unmöglich, ohne Parlament zu regieren<sup>889</sup>.

**Clarendons Entlassung (30.08.1667), sein Impeachment (06.11.1667) und seine Flucht (26.11.1667)** bewahrheiteten seine Befürchtung, zum Sündenbock für den unglücklichen Kriegsverlauf und die katastrophale Niederlage von Medway gemacht zu werden. Der König hatte die politische Bevormundung und die moralische Gängelung durch den alten Kanzler schon seit langem satt. Die jungen und ambitionierten Politiker im Unterhaus sahen mit der Niederlage von Medway endlich ihre Chance gekommen, Clarendon ganz zu entmachten. Nach dem Tod des Lord Treasurers Southampton (Juni 1667), des engen Freundes und Verbündeten Clarendons, war es Ihnen bereits gelungen, das wichtige Amt einer Kommission anzuvertrauen und Clarendons Einfluss zu entwinden. Neben Southamptons Tod brachte das Jahr 1667 Clarendon weitere herbe Schicksalsschläge: Er betrauerte auch den Tod seiner Frau und zweier Enkelsöhne aus der Ehe seiner Tochter mit dem Duke of York. All das hinderte seine Gegner nicht daran, ihn für die

---

<sup>889</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 313f.; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 83; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 305f., 308–319; zum Vorwurf Clarendon hätte die Auflösung des Parlaments beabsichtigt und zur Handhabung von Notstandslagen, vgl.: ROBBINS, *The diary of John Milward*, 1938, Oct. 26, 1667; Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *A brief view and survey of the dangerous and pernicious errors to church and state, in Mr. Hobbes's book, entitled Leviathan*, Early English Books Online (EEBO) 656:03, Oxon printed at the Theater, 1676, S. 176ff.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 8 (1660-67)*, 1802, S. 692; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75)*, 1767, S. 113f.: „*He wondered what One Thing He had done since His coming into England, to persuade any sober Person that He did intend to govern by a Standing Army; He said He was more an Englishman than so*“ (Rede Karls II.)

gescheiterte Ehe des Königs mit Katharina von Braganza, für den Verkauf Dünkirkens und den Krieg gegen die Niederlande verantwortlich zu machen. Man unterstellte ihm zudem, die Auflösung des Parlaments betrieben (1666) und letztlich die Absicht gehabt zu haben, ganz ohne Parlament und mit der Armee zu regieren. Trotz der schweren Vorwürfe seiner Gegner konnte sich Karl II. tagelang nicht entscheiden, es zum äußersten kommen zu lassen. Clarendon selbst verteidigte sich beim König damit, daß seine Entlassung vom Parlament als Nachgeben und Zeichen der Schwäche interpretiert werden würde. Letztlich rang sich der König aber zur Entlassung durch. Auf königliche Weisung verlangte Staatssekretär Morrice von Clarendon am 30. August 1667, daß dieser ihm die Amtssiegel des Lordkanzlers aushändigen sollte. Clarendon tat wie befohlen, weigerte sich aber ins Exil zu gehen. Während der Eröffnung des Parlaments zur Wiederversammlung am 10. Oktober 1667 versprach Karl II., Clarendon niemals wieder in den Staatsdienst aufzunehmen. Das Parlament dankte dem König für die Entlassung Clarendons und eröffnete das Impeachment gegen ihn (6. November 1667). Über das Impeachment kam es in der Folge zum erbitterten Streit zwischen Ober- und Unterhaus. Im Oberhaus lehnten zahlreiche Lords die Staatsanklage ab und verteidigten Clarendon, darunter des Königs Bruder und Clarendons Schwiegersohn Jakob von York. Gegen die Verteidigung Clarendons trugen Buckingham, Arlington und Bristol ihren Protest in das Parlamentsjournal ein. Am 29. November flüchtete Clarendon schließlich unter Beteuerung seiner Unschuld nach Frankreich. Das Parlament trug der Flucht mit der Verabschiedung eines Gesetzes zur lebenslangen Verbannung mit dauerhaftem Entzug des Rechts zur Amtsausübung in England Rechnung („*Act of Banishment*“) <sup>890</sup>.

---

<sup>890</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume I, 1955, S. 314–317; SEAWARD, *The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime*, 1989, S. 305f., 319-322; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 167; ROBERTS, *The Growth of responsible government in Stuart England*, 1966, S. 155: “*Few Lord Chancellors have defended the laws of England with greater steadfastness than the Earl of Clarendon. Yet the House of Commons impeached him in 1667 for attempting to subvert those laws. Standing guardian over the English constitution, he was accused of plotting its ruin*”; ROBERTS, *The Growth of responsible government in Stuart England*, 1966, S. 156: “[...] *Clarendon’s dismissal from office in August and his impeachment in November. [...] for Sir William Coventry and the Earl of Arlington, who secured the Lord Chancellor’s dismissal in August, opposed his impeachment for High Treason in November*”; ROBERTS, *The Growth of responsible government in Stuart England*, 1966, S. 156: “*It is not difficult to see why those important in public affairs, men such as Coventry and Arlington, clamoured for the Lord Chancellor’s dismissal. They wanted a stop put to that mismanagement, that lethargy in administration [...]*”. ROBERTS, *The Growth of responsible government in Stuart England*, 1966, S. 158f.: “*The true authors of Clarendon’s impeachment were not those in public office, or the presbyterians, or the old Cavaliers. They were rather a cabal of ambitious politicians drawn from all factions, welded together by their hatred of Clarendon, and determined to secure office. Their contemporaries called them the anti-Clarendonians. Clarendon was their special enemy because he and his adherents stood in the way of their rapid rise to office. Some of the anti-Clarendonians were old Cavaliers, a few were of the old Commonwealth party, but the greater part were drawn from the independent country gentlemen who formed the backbone of the nation and the majority of the House of Commons. All were led by George Villiers, second Duke of Buckingham, whose political ambitions far outran his political capacities*”

## b) „*Parliamentary Management*“ (1667-73)

Das „*Parliamentary Management*“ der Cabal-Administration war von langen Rezessen geprägt (achte<sup>891</sup>, neunte<sup>892</sup> und zehnte<sup>893</sup> Sitzung des Kavalierparlaments von 1667-73). Verantwortlich dafür waren in erster Linie Arlington, und sein Klient Clifford, die das „*Parliamentary Management*“ von 1662 bis 1673 dominierten. Die Cabal-Administration (1667-73) begann mit Clarendons Rücktritt als Lordkanzler infolge seines Impeachment und der folgenden Flucht ins Ausland. Am bisherigen von Arlington und Clifford seit 1662 geleiteten „*Parliamentary Management*“ änderte sich durch Clarendons Sturz wenig. Durchaus von großer Bedeutung für das „*Parliamentary Management*“ war aber der Umstand, daß jetzt niemand mehr in der Administration ein überzeugter Anhänger der anglikanischen Staatskirche war. Clifford war mehr oder weniger offiziell katholisch, Arlington konvertierte nie zum Katholizismus, dürfte aber im Verborgenen katholisch gesinnt gewesen sein. Ashley und Buckingham hatten Verbindungen zu Dissentern und Lauderdale war ein ehemaliger Presbyterianer. Darüber hinaus hatten sie jedoch wenig Gemeinsamkeiten, sondern belauerten einander eifersüchtig jeder darauf bedacht, den anderen auszustechen und sich selbst in die beste Position zu bringen. Die Riege der anglikanisch gesinnten Kavaliers und Royalisten verabscheuten die presbyterianisch und katholisch orientierten Mitglieder

---

<sup>891</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 100–127; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 1–97; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 115–250; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 366–427; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 1–157 (10.10.1667 bis 02.05.1668); OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 332–335; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 84f.; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167

<sup>892</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 127–132; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 97–121; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 251–286; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 428–441; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 157–215; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 340-343, 349ff.

<sup>893</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 132–163; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 121–245; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 287–520; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 441–500; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 215–471; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 337–350; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 85ff.; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167

der Cabal-Administration. Für sie war deren Erhebung in Amt und Würden eine Enttäuschung und erschwerte ein effektives „*Parliamentary Management*“. Anfang vom Ende der Cabal-Administration lassen sich in der 11. und 12. Parlamentssitzung verorten. Der in der 11. Sitzung des Kavalierparlaments verabschiedete „*Test Act*“ (1673), der den Duke of York und Clifford als Schatzkanzler zum Rücktritt zwang (März 1673) ermöglichte die Berufung von Thomas Osborne zum neuen „*Lord Treasurer*“ (Juni 1673). Die Entlassung Shaftesburys als Lordkanzler in der 12. Sitzung (November 1673) und die Angriffe des Unterhauses auf Lauderdale, Buckingham und Arlington in der 13. Sitzung des Kavalierparlaments (Januar 1674) markieren das endgültige Ende der Cabal-Administration (9.-13. Sitzung des Kavalierparlaments von 1667-74)<sup>894</sup>. Mit der Entlassung der letzten Mitglieder der Cabal-Administration war der Weg für Danby endgültig frei geworden<sup>895</sup>.

### c) „*Parliamentary Management*“ (1673-74)

**Die 11., 12. und 13. Sitzung stellten eine Übergangsphase vom „*Parliamentary Management*“ der Cabal-Administration zu dem des Earl of Danby dar.** Das Zerbrechen der Cabal-Administration in der 11. Sitzung bedeutete noch nicht, daß Danby mit seiner Nominierung zum „*Lord Treasurer*“ während des siebenmonatigen Rezess zwischen der 11. und 12. Sitzung sogleich alle Zügel in seinen Händen hielt und automatisch wie nahtlos zum ersten Minister des Königs aufstieg. Danby mußte zuvor beweisen, daß er in der Lage war, die Finanzen der Krone zu konsolidieren, die durch die Kriege gegen die Niederlande schwer zerrüttet waren. Das Scheitern

---

<sup>894</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 132-163; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 121-245; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 287-520; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 441-500; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, S. 215-471; SPURR, John, Cabal (1667-73), 2004: „[...] the poem *On the Prorogation (late 1671)* blamed the 'cursed cabal' for this postponement of parliament's meeting“; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 350f., 352-355; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 52f., 66ff.; Holdsworth, W. S., A History of the English Law, Volume VI., London, 1924, S. 217-225; zum „*Stop of the Exchequer*“, vgl.: SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 87; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167; zum Krieg mit den Niederlanden, vgl.: OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 355-364; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 362; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 87

<sup>895</sup> SPURR, John, Cabal (1667-73), 2004: „*The association of all five as a single administration or ministry called the Cabal is inaccurate, but it is rooted in the realities of Restoration politics and the myth-making of historians. [...] There are many other signs that these ministers could not and did not operate as a single team*“; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 327; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 39; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013

des *“Parliamentary Management”* der Cabal-Administration in der 11. Sitzung – Widerruf der zweiten *“Declaration of Indulgence”* und Verabschiedung des anti-katholischen *“Test Act”* (29. März 1673) -, die nachfolgenden Entlassungen des Duke of York als *“Lord High Admiral”* (17. Juni 1673) und Cliffords als *“Lord Treasurer”* (18. Juni 1673) in Folge des *“Test Act”* sowie die Berufung Danbys in Cliffords Nachfolge (Juni 1673) während des Rezess nach der 11. Sitzung bilden das Hintergrundzenario für Danbys zukünftige Politik, war er doch gewillt, im Gegensatz zur Cabal-Administration und in Übereinstimmung mit der Mehrheit im Parlament, eine dezidiert anglikanische Politik zu betreiben. Nur wenige Monate nach Danbys Berufung erwuchs ihm aber mit der Entlassung des Earl of Shaftesbury als *“Lord Chancellor”* während des Rezess nach der 12. Sitzung (November 1673) sein Hauptgegner der nächsten Jahre während der sogenannten *“Standing Parliament Debate”* (1675-78) und der *“Exclusion Crisis”* (1678-81). Shaftesbury wurde zum schärfsten Kritiker von Danbys *“Parliamentary Management”*. Der Opposition gegen Danby schloß sich auch der Duke of Buckingham an, dessen Verteidigungsrede im Unterhaus in der 13. Sitzung im Impeachmentverfahren gegen ihn und Arlington seinen künftigen Weg vorzeichnete. Im Unterschied zu Buckingham verließ Arlington die Regierung nicht sofort. Sein Amt als *“Secretary of State”* gab er aber bald gegen das des *“Lord Chamberlain”* auf (1674)<sup>896</sup>.

Mit der Verabschiedung des *„Test Act“* und der Vertagung des Parlaments (29.03.1673 auf den 20.10.1673) endete faktisch die Cabal-Administration. Die Meinungsverschiedenheiten im Cabal-Ministerium traten allerdings schon zur Herbstsitzung des Parlaments von 1672 offen zu Tage. Arlington wollte unbedingt Frieden schließen, weil er wußte, wie unpopulär der Krieg in England war. Es war ihm auch bekannt, wie leer die Kriegskasse war und daß Ludwig XIV. keine zusätzlichen Hilfgelder bereitstellen wollte. Lord Treasurer Clifford dagegen unterstütze Karl II. In seiner Rede vom 4. Februar 1673 machte Karl II. deutlich, daß er an der *„Declaration of Indulgence“* festhalten wolle und er forderte zugleich Gelder für den Krieg gegen die Niederlande. Lordkanzler Shaftesbury hielt seine *„Delenda est Carthago“*-Rede, die das Unterhaus davon überzeugen sollte, daß dieser Krieg wie der vorangegangene Krieg gegen die Niederlande ein notwendiger Krieg sei. Shaftesbury betonte, in Unkenntnis des Geheimvertrages von Dover, die Verbundenheit des Königs mit dem Protestantismus und versuchte Bedenken zu zerstreuen, daß die bewilligten Gelder gegen England und seine Freiheiten verwendet werden könnten. Er versicherte dem Parlament, daß die englischen Institutionen absolut sicher seien. Im Unterhaus beschäftigte man sich zunächst weniger mit den Reden des Königs und Kanzlers, sondern mit einem Bruch der

---

<sup>896</sup> zur finanziellen Schieflage, vgl.: SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 17–22; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 45–70

eigenen Privilegien. In seiner Funktion als Lordkanzler hatte Shaftesbury Einberufungsschreiben („*writs*“) ausgestellt, um die Vakanz von 36 Abgeordneten durch Nachwahlen füllen zu lassen, die während der zweijährigen parlamentslosen Zeit entstanden war. Das Unterhaus befürchtete jedoch, daß die Regierung ihnen genehme Kandidaten aufzwingen wollte, um ihren Einfluß im Unterhaus zu stärken. So sollten acht Abgeordnete alleine in Dorset gewählt werden, wo der Einfluß von Shaftesburys Familie besonders groß war. Deshalb beharrte das Unterhaus jetzt darauf, daß die Ausstellung von „*writs*“ für die Nachwahlen einzig ihrem Haus zustand (6. Februar 1673). Am 14. Februar 1673 nahmen sich die Unterhausabgeordneten aber zunächst einmal die „*Declaration of Indulgence*“ vor, indem sie in einem Antrag erklärten, daß Strafgesetze in religiösen Fragen nur durch das Parlament ausgesetzt („*suspension*“) werden können. Gleichzeitig verbanden sie diesen Antrag mit einer Resolution, ein Gesetz einzubringen, welches andersgläubigen Protestanten („*dissenters*“) Erleichterung bringen sollte. Die darauffolgende Steuerbewilligung des Unterhauses von insgesamt 1,260.000 Pfund vom 17. Februar, genügend um den Krieg weiter zu finanzieren oder einen Friedensschluß herbeizuführen, war mit ihrem Anspruch verbunden, die „*suspending-power*“ selbst auszuüben. Die Abgeordneten debattierten seit dem 22. Februar darüber und erhielten dann am 24. Februar die Antwort des Königs. Er zeigte sich darin verwundert über das Ansinnen des Unterhauses. Das königliche Prärogativrecht in religiösen Angelegenheiten sei niemals zuvor in Frage gestellt worden. Er wolle seine „*suspending power*“ nicht im Bereich des Eigentums und der Freiheitsrechte der Engländer ausüben, genauso wenig wie er Liturgie und Doktrin der Kirche Englands ändern wolle. Er wolle auch jedem Gesetz zustimmen, das den Dissentern Erleichterung bringe und den Religionsfrieden erhalte. Das Unterhaus insistierte jedoch, daß er in seiner Antwort nicht auf die Frage der „*suspending power*“ eingegangen sei. In einem zweiten Antrag vom 26. Februar verlautbarten sie deshalb, daß die Antwort des Königs ungenügend sei. Am 28. Februar erklärte das Unterhaus, daß alle, die es ablehnen, den „*oath of allegiance and supremacy*“ zu schwören und die Sakramente gemäß den Riten der Anglikanischen Kirche zu nehmen, ungeeignet sein sollten, irgendeine öffentliche Anstellung ziviler wie auch militärischer Art auszuüben. Das war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum „*Test Act*“. Die Debatte setzte sich dann zunächst im Oberhaus fort, wo sich Karl II. am 1. März mit einer Beschwerde über die Anträge des Unterhauses an die Lords wandte. Clifford verteidigte die „*Declaration of Indulgence*“ in einer wilden Rede, die Karl II. für übertrieben und der Prärogative für schädlich hielt. Arlington war der einzige, der davon überzeugt war, daß der König sich mit der Indulgenzerklärung nicht durchsetzen könne. Buckingham und Lauderdale empfahlen dem König, das Parlament aufzulösen und die „*Declaration of Indulgence*“ durchzusetzen. Shaftesbury war zunächst derselben Meinung, änderte diese jedoch als er bemerkte, daß eine Mehrheit der Lords sich dem Unterhaus anschließen könnte.

Zudem wurde er jetzt von Arlington in den Geheimvertrag von Dover eingeweiht. Clifford und der Duke of York waren zu keinem Kompromiß bereit. Zu dieser Zeit (März 1673) zirkulierte in England ein Pamphlet, das vom kaiserlichen Emissär Lisola verfasst, von Pierre du Moulin übersetzt und von den Holländern in Umlauf gebracht worden war: „*England's appeal from the private cabal at Whitehall to the Grand Council of the Nation*“. Die Schrift erklärte den Krieg zum Konfessionskrieg zwischen Protestantismus und Katholizismus, unterstellte englischen Ministern Bestechlichkeit und die heimliche Kooperation mit dem katholischen Erzfeind Ludwig XIV. Das Pamphlet hatte entscheidenden Anteil daran, die öffentliche Meinung in England weiter gegen den Katholizismus und gegen den Krieg mit den Niederlanden zu wenden. Karl II. mußte feststellen, daß die Lords nicht dazu bereit waren, ihm zu folgen, auch wenn sie ihm betont höflich aber unverbindlich antworteten. Die Lords vertraten den Standpunkt, daß Toleranz nur auf parlamentarischem Weg zu erreichen sei und der König seine „*Declaration of Indulgence*“ fallen lassen sollte. Am 8. März 1673 gab Karl II. nach und widerrief. Auf Londons Straßen führte dies zu spontanem Jubel. Am 25. März 1673 richtete das Unterhaus zwei Anträge an den König: Es sollte kein Katholik als Soldat oder Offizier in Irland dienen und die Proklamation vom 4. Dezember 1672 sollte widerrufen werden, weil diese Soldaten der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte entzogen seien. Man wünschte auch, daß das Heer unmittelbar nach der Beendigung des Krieges demobilisiert werde. Der König wich aus und sprach nur davon, sich darüber Gedanken machen zu wollen. Am 29. März debattierte man im Unterhaus darüber, ob diese beiden Anträge nicht gedruckt werden sollten. Von Secretary Coventry wurde dies mit der „*Grand Remonstrance*“ (1641) des Langen Parlaments verglichen und Sir William Temple verurteilte dies als Populismus. Am Nachmittag des 29. März war es dann soweit, daß Karl II. in das Parlament kam und acht Gesetze verabschiedete, darunter den vom Unterhaus begehrten „*Test Act*“. Das Gesetz schrieb vor, daß alle Staatsdiener, die den „*oath of allegiance and supremacy*“ und das Sakrament gemäß dem Ritus der Anglikanischen Kirche verweigerten, aus ihren Ämtern und Stellungen zu entfernen seien. Zusätzlich mußte die folgende Erklärung unterschrieben werden: „*I declare that I believe that there is not any Transubstantiation in the sacrament of the Lord's Supper, or in the elements of Bread and Wine at or after the consecration thereof by any person whatsoever*“. Eine Weigerung, Eide und Unterschrift zu leisten, führte nicht nur zum Ausschluß von allen Ämtern, sondern nahm auch das Recht, Prozeßpartei und Vormund zu sein. Das volle Bürgerrecht war also auf die Anhänger der anglikanischen Kirche reduziert worden. Karl II. hatte damit alle Bestrebungen zu mehr Toleranz aufgeben müssen, die er seit seiner „*Declaration of Breda*“ verfolgt hatte. Der König sorgte allerdings dafür, daß zusammen mit dem „*Test Act*“ ein Amnestiegesetz („*Bill for a general pardon*“) für alle Verbrechen des Hochverrats, Mords und



Meineids, die bis zum 25. März 1673 begangen worden waren, verabschiedet wurde. So erreichte er das Ziel, diejenigen seiner Ratgeber, die an den Geheimverhandlungen von Dover teilgenommen hatten, von Strafverfolgung auszunehmen. Damit endete die 11. Sitzung und das Parlament wurde auf den 20. Oktober 1673 vertagt. Die Cabal-Administration war damit faktisch am Ende. **Während des Rezess** erzwang der „*Test Act*“ den **Rücktritt des Duke of York als „Lord High Admiral“ (17. Juni 1673) und Cliffords als „Lord Treasurer“ (18. Juni 1673)** und machte den Weg frei für die unmittelbare **Übernahme des Schatzamtes durch Danby (Juni 1673)**. Getrübt wurde dieser Erfolg des Parlaments gegen die katholischen Mitglieder des „*Privy Council*“ aber durch die **Ehe Jakobs von York mit der katholischen Maria Beatrice von Modena**, die ebenfalls noch während des Rezess abgeschlossen wurde (30. September 1673). Nachdem die protestantische Ehefrau des Duke of York, Anne Hyde, Mutter der späteren Königinnen Mary und Anne, gestorben war (März 1671), erhöhte sich mit der neuen Ehe des Duke of York die Wahrscheinlichkeit einer katholischen Dynastie in dramatischer Weise und alarmierte die Opposition im Parlament aufs äußerste<sup>897</sup>.

**Das „Parliamentary Management“ der 12. Sitzung des Kavalierparlaments** lief keineswegs besser als in der 11. Sitzung. Die Eheschließung des Herzogs von York mit der katholischen Maria von Modena während des Rezess und die Furcht vor einer katholischen Dynastie im Falle der Thronfolge des katholischen Königsbruders Jakob überschattete alles und führte bereits am ersten Verhandlungstag nach der Wiederversammlung zur Beschwerde des Unterhauses gegen die Eheschließung (20. Oktober 1673). Die Verärgerung des Königshauses über diese Einmischung in die dynastischen Angelegenheiten der Krone ließ Karl II. das Parlament sofort vertagen (Prorogation am 20.10.1673 auf den 27.10.1673), wenn auch nur für sechs Tage. Die Vertagung änderte natürlich nichts an der verfahrenen Situation. Das Unterhaus erneuerte nur seine Beschwerde gegen die Ehe, verweigerte die geforderten Kriegsgelder (28. Oktober 1673) und beschwerte sich über das stehende Heer (3. November 1673). Angesichts der zahlreichen

---

<sup>897</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 163–178; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 245–282; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 521–587; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 501–585; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 1–215 (01.04.1673 bis 31.10.1673); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 43f.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 364–371, 377f.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 525f.; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 67, 88f.; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167; DU MOULIN, Pierre/COVENTRY, William/Lisola, Baron François Paul de, Englands appeal from the private cabal at White-Hall to the great council of the nation, the Lords and Commons in Parliament assembled by a true lover of his countrey, Early English Books Online (EEBO) 426:13, 1673

Beschwerden beschloß die Krone wiederum die Prorogation (04.11.1673 auf den 07.01.1674). Die traditionellen Feierlichkeiten zur Erinnerung an die Abwendung des katholischen „*Gunpowder Plot*“ vom 05. November 1605 zeigten Karl II. und seinen Räten auch, daß sich die anti-katholische Stimmung nicht auf das Parlament beschränkten, sondern in der Bevölkerung vorherrschend war. Im „*Privy Council*“ soll es noch im November 1673 zu **Beratungen über die Auflösung des Parlaments** gekommen sein. Der Duke of York verlangte offenbar ein energisches Einschreiten gegen die Opposition und die Auflösung des Parlaments, fand dafür sogar angeblich eine Mehrheit im Rat. Weitreichende Folgen sollte es haben, daß der **Duke of York den protestantischen Earl of Shaftesbury persönlich beleidigte**. Diese persönliche Auseinandersetzung führte zur **Entlassung Shaftesburys als Lordkanzler** (9. November 1673). Karl II. folgte allerdings **Danbys Rat zur Fortsetzung des Kavalierparlaments**, versprach Danby doch für das erforderliche „*Parliamentary management*“ zu sorgen<sup>898</sup>.

Das „*Parliamentary Management*“ der **13. Sitzung** verlief noch desaströser als in den vergangenen zwei Sitzungen. Als sich das Parlament am 7. Januar 1674 versammelte, bat Karl II. das Parlament in seiner Eröffnungsrede um die Bewilligung weiterer Gelder zum Abschluß eines ehrenhaften Friedens mit den Holländern. Bezüglich der Gerüchte um Geheimabkommen mit Frankreich versprach Karl II., persönlich alle Verträge mit Frankreich einem gemeinsamen Ausschuß beider Häuser offenzulegen und versicherte, daß es keine verdeckten Abkommen mit Frankreich gegeben habe. Danach wurde das Parlamente nochmals für einige Tage vertagt (Adjournement vom 07.01.1674 auf den 12.01.1674). Beim Zusammentritt des Unterhauses kam es zur **Anklage der wichtigsten Mitglieder der Cabal-Administration**. Das Unterhaus zeigte sich dazu entschlossen, gegen die katholischen Räte Karls II. vorzugehen. **Lauderdale** wurde angeklagt, 20.000 Mann und 2.000 Reiter in Schottland angeworben zu haben, um die Verfassung Englands umzustürzen. **Buckingham** wurde vorgeworfen, die „*Triple Alliance*“ mit seinen Verhandlungen von 1672 gebrochen zu haben. **Arlington** traf der Vorwurf, daß er an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt gewesen war, dazu gehörten insbesondere der Aufbau eines stehenden

---

<sup>898</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 179–186; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 282–286; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 588–593; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 586–610; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 215–223 (03.1.1673 bis 04.01.1674); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 44; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 378ff.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 380: „*A new fear had entered into English statecraft – fear of parliament*“; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 89f.

Heeres und die „*Declaration of Indulgence*“. **Buckinghams Verteidigungsrede** im Unterhaus (13. Januar 1674) war bemerkenswert. Niemals zuvor hatte sich ein Lord ins Unterhaus begeben, um sich dort gegen Vorwürfe zu verteidigen. Buckingham versuchte, alle Schuld auf Arlington abzuwälzen. Er sei es gewesen, der die „*Triple Alliance*“ geschmiedet habe. In Holland hätte er 1672 alles versucht, De Witt davon abzuhalten, mit den Franzosen zu paktieren. Die Umstände und Widerstände gegen seine Arbeit seien aber zu groß gewesen. Es sei schlicht unmöglich gewesen zusammen mit Karl II., dem Duke of York, Prinz Rupert und Arlington etwas zu bewerkstelligen. Buckingham packte dies in die berühmte Sentenz: „*he could hunt with a pack of hounds, but not with a pair of lobsters*“. Er plädierte dafür, sein Amt eines „*Master of the Horse*“ verkaufen und sich zurückziehen zu dürfen. Am 15. Januar 1674 begann das **Impeachment gegen Arlington**. Darin wurde ihm konkret vorgeworfen, daß er Papisten empfangen, Priestern Unterkunft in seinem Haus gewährt, öffentliche Gelder für sich selbst verwendet und den König beraten habe, den Krieg zu beginnen. Secretary Coventry versuchte vergeblich gegen die Vorwürfe zu protestieren. Zwei Tage später verteidigte sich Arlington ebenfalls selbst. Er hätte im Gegensatz zu Buckingham stets einen moderaten Kurs gewünscht. Den Vorwurf der persönlichen Bereicherung begegnete er mit der glaubhaften Versicherung, lediglich aus Irland 10.000 Pfund und ein Gut mit einem jährlichen Ertrag von 1.000 Pfund bezogen zu haben. Eine knappe Mehrheit schenkte ihm Glauben und sie entließen ihn aus der Verantwortung. Für Karl II. bedeute die massive Kritik an seinen Ministern weitere schwere Niederlagen im direkten Anschluß an den erzwungenen Widerruf seiner Indulgenzerklärung und den anti-katholischen „*Test Act*“, der die Entfernung von Clifford und des Duke of York aus ihren Ämtern unabwendbar gemacht hatte. In der unmittelbaren Umgebung des Königs kamen die schlimmsten Befürchtungen auf. Man fühlte sich an die Entwicklung der 1640er Jahre erinnert. Der Duke of York tobte gegen das Unterhaus. Die Mehrheit der Parlamentsmitglieder seien „*persons of no consideration*“, viele von ihnen seien abhängig von königlichen Zuwendungen. **Die Parlamentsauflösung** würde diese Abgeordneten ihren Gläubigern auf Gedeih und Verderb ausliefern. Das Unterhaus maße sich unerlaubterweise Rechte an. Es sei nicht damit zufrieden, das Recht zur Geldbewilligung zu haben („*being consulted about supply*“), sondern wünsche die Gründe der Besteuerung zu wissen und sich selbst zu Herrschern über die Krone zu erheben. Aus Danbys Sicht sah die Sache schon anders aus. Die Reihen seiner Rivalen hatten sich weitgehend gelichtet. Der einzige Überlebende der alten Cabal-Administration war Lauderdale. Clifford hatte nicht nur sein Amt des „*Lord Treasurers*“ an Danby verloren. Er verstarb vielmehr am 18. August 1673 nur einen Monat später. Arlington verlor sein Amt als „*Secretary of State*“ im September 1674 an Joseph Williamson und versuchte als „*Lord Chamberlain*“ die Gunst des Unterhauses zurückzugewinnen und seinen Gegnern zu schaden, wo immer er konnte. Sein

Einfluß auf die aktive Politik und das „*Parliamentary Management*“ war aber gebrochen. Buckingham wechselte zur Opposition und empfahl sich als Verteidiger des Protestantismus. Shaftesbury wurde der eigentlich Anführer der „*anti-court*“ oder „*country*“-Opposition. Der Kampf gegen den Katholizismus und Frankreich war ihr Kernprogramm („*popery and arbitrary government*“). Eine katholische Thronfolge des Duke of York sollte unbedingt verhindert werden, sei es durch die Annullierung der kinderlosen Ehe Karls II. mit der katholischen Katharina von Braganza und einer protestantischen Neuverheiratung des Königs oder durch Anerkennung des unehelichen, aber protestantischen Duke of Monmouth als Thronerben. In der 13. Sitzung sollten aber noch andere Beschwerden geführt werden. Noch während der Friedensverhandlungen mit den Niederlanden **beschwerte sich das Unterhaus über das stehende Heer** (7. Februar 1674). Die Armee sei eine „*great grievance*“ und sofort zu entlassen. Diese Forderung bekam Rückendeckung durch die Unterzeichnung des **Friedensvertrages mit den Niederlanden in Westminster** (9. Februar 1674). Ein stehendes Heer war nicht mehr zu rechtfertigen. Die zwei holländischen Kriege Karls II. hatten zu einer völligen Veränderung des Verhältnisses zwischen Krone und Parlament geführt. Der Krieg von 1665-67 hatte das Unterhaus zu Kritikern der Kriegführung und der Ausgaben der Regierung gemacht. Der Krieg von 1672-74 ließ sie die gesamte Regierungspraxis kritisch überprüfen und ließ sie sogar mit der Thronfolge als der elementaren Zentralfrage der Prärogative beschäftigen. Am 21. Februar 1674 wurde erstmals im Unterhaus darüber beraten, **künftige Kinder des Duke of York mit seiner katholischen Ehefrau als Protestanten erziehen zu lassen**. Das Parlament war dazu gewillt, Einfluß auf die Thronfolge zu nehmen und den Protestantismus zu verteidigen, wurde allerdings am 24. Februar 1674 vertagt. Nach dem desaströsen „*Parliamentary Management*“ der letzten drei kurzen Sitzungen (45, 6 und 37 Tage) wurde das Parlament jetzt gleich zweimal hintereinander vertagt (Prorogation am 24.02.1674 auf den 10.11.1674 und am 10.11.1674 auf den 13.04.1675) und in einen vierzehnmonatigen Rezess geschickt<sup>899</sup>.

---

<sup>899</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 186–201; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 286–314; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 594–651; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 611–671; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, S. 223–454 (07.0.1674 bis 10.11.1674); OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 382–386; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 524; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 89f., 95-100; PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 44f.

## 2. „*Court and Country*“ (1675-77)

Das Kavalierparlament war von Anfang an streng anglikanisch und konservativ-königstreu gesinnt. Ein erstes Aufbegehren gegen Karl II. äußerte sich deshalb fast zwangsläufig im religiösen Bereich, im Widerstand gegen seine Toleranzpolitik. Der König sah sich entsprechend seiner „*Declaration of Breda*“ (1660) dazu verpflichtet, religiöse Toleranz zu praktizieren. Ausdruck dieser Toleranzpolitik waren die erste und zweite „*Declaration of Indulgence*“ (1662 und 1672), die auf vehementen Widerstand im Parlament stießen. Das Ressentiment gegen den Katholizismus wuchs sich im Laufe der Zeit immer mehr zur Obsession aus und verband sich mit der Angst vor französischer Staatsräson in Form des Absolutismus und einem Berufsheer nach französischem Vorbild zum Feindbild eines „*Poperly and arbitrary government*“. Im Parlament verfolgte man argwöhnisch, daß mit der Cabal-Administration die Mitglieder der Regierung offen oder verdeckt pro-katholisch waren und in Kontakt zu Frankreich standen. Die verdeckten Verhandlungen mit Ludwig XIV., die im Geheimvertrag von Dover gipfelten und mit einem Scheinvertrag gedeckt wurden, bestätigten nach deren Bekanntwerden die Befürchtungen. Die Angst vor stehenden Heeren reichte allerdings weiter zurück auf die Erfahrungen mit der „*New Model Army*“ während des Bürgerkrieges und der Republik, als die Armee selbst maßgeblicher Akteur der Politik geworden war. Mit der Restauration entließ man die Armee der Republik, war aber bereits im Zweiten Englisch-Holländischen Krieg (1665-67) zur Wiederaufrüstung gezwungen. Es kamen Gerüchte auf, daß die Regierung versuche, mit Hilfe des Heeres zu regieren. Diese Gerüchte erneuerten sich mit der notwendigen Aufrüstung für den Dritten Englisch-Holländischen Krieg (1672-74) und verbanden sich mit der Furcht vor dem Katholizismus. Danbys rasante Aufstellung eines 28.000 Mann starken Heeres zur Rettung der Niederlande vor Frankreich (1678), der plötzliche Friedensschluss zwischen den Niederlanden und Frankreich und die Verweigerung einer ebenso raschen Demobilisierung schien alle Befürchtungen zu bestätigen, zumal man dem Earl of Danby unterstellte, die Stellung des Parlaments untergraben und eine autoritäre Herrschaft der Krone errichten zu wollen<sup>900</sup>.

---

<sup>900</sup> Vgl. zu Thomas Osborne, Duke of Leeds, Marquess of Carmarthen und Earl of Danby (1632–1712): KNIGHTS, Mark, Osborne, Thomas, First Duke of Leeds (1632–1712), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/20884>, 20.7.2009: „*Danby's attempt to build a court party was thus more organized and on a more ambitious scale than anything undertaken before*“; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 527ff.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 529: „*By conserving the national finances he hoped to establish royal independence; by bribing the lesser members of the Commons he obtained the votes of the obscure, even though they cost him the diatribes of the eminent; [...] He was not the first English statesman to use bribery or influence, but he was the first to realize the value of organized system and personal mediocrity in the methods and*

**Danbys „Parliamentary Management“** provozierte die Entstehung einer Opposition, welche als **„anti-court“** bzw. **„country opposition“** bekannt wurde, angeführt von **Anthony Ashley Cooper, Earl of Shaftesbury**<sup>901</sup>, und **George Villiers, 2nd Duke of Buckingham**<sup>902</sup>.

---

*material of politics, with which aids he contrived to establish Charles's absolutism on a basis, if not of consent, at least of negotiation and influence. Nor was this all. [...] he proposed to steer the ship-of-state on the never-failing current of uncompromising Anglicanism*"; BROWNING, Andrew, Thomas Osborne Earl of Danby and Duke of Leeds 1632-1712, Volume 2 Letters, Glasgow, 1944, S. 70: *"Till hee can fall into the humour of the people hee can never bee great nor rich, and while differences continue prerogative must suffer, unlesse hee can live without Parliament. That the condition of his revenue will not permitt that"* (Memorandum for the King in June 1677); HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 167f.; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 25f., 39, 95f.; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 54f.: *„In the aftermath of the War of 1672-4, as MPs grew more deeply suspicious of popery at court, the king tried to regain the trust and loyalty of the anglican royalists. Ministers who had been associated with the Indulgence – including Lord Ashley, now the Earl of Shaftesbury – were replaced by others, more strongly committed to the Church. Most notable amongst them the Earl of Danby: [...] Danby's aim was described by one of his admiring relations as 'to settle the Church and State; to defend the one against schismatics and papists and the other against commonwealthsmen and rebels'. It was probably the most anglican government of the whole reign; [...]“*; Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of/Locke, John, A letter from a person of quality to his friend in the country, Early English Books Online (EEBO) 2294:23, London, 1675; MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 80: *„While men therefore care not thus, how they get into the House of Commons, neither can it expected that they should make any conscience of what they do there, but they are onely intent how to reimburse themselves (if their Elections were at their own charge) or how to bargain their Votes for a Place, or a Pension. They list themselves straightways into some Court faction, and it is as well known among them, to what Lord each of them retaine, as when formerly they wore Coats, and Badges. [...] they understand their Number and Party, so that the use of so publick a Counsel is frustrated, there is no place for deliberation, no perswading by reason, but they can see one anothers Votes through both Throats and Cravats before they hear them“*; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 195 und KEMP, King and Commons 1660-1832, 1984, S. 10–16 zum Widerstand des Parlaments in den 1670er Jahren gegen das königliche Prärogativrecht der Wahlkreisbestimmung und –beeinflussung (“gerrymandering”)

<sup>901</sup> Vgl. zu Anthony Ashley Cooper, Earl of Shaftesbury (1621-83): HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/6208>, 20.7.2009; History of Parliament Trust (Hrsg.), COOPER, Sir Anthony Ashley, 2nd Bt. (1621-83), of Wimborne St. Giles, Dorset and The Close, Salisbury, Wilts., 2017, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/cooper-sir-anthony-ashley-1621-83>, 19.9.2017; HALEY, K. H. D., The First Earl of Shaftesbury, 1968; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 329f. über Shaftesbury: *„He was the Jekyll and Hyde of English politics“*. Und weiter: *„He introduced into politics new elements of advertisement and publicity, as Danby introduced those of organization and party management“*; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 463f.: *„the minority showed a wisdom that would be applauded today, but the names of the dissenting peers in the latter instance suggest that the protest was not absolutely disinterested, and that it was really a party move, intended to popularize the demand for a new parliament in which, it was hoped, the opposition would be more strongly represented. Shaftesbury was the first to realize the value of these protests for the purpose of propaganda“* (zum Protest gegen die lange Dauer des Kavalierparlaments bzw. die lange Dauer des Rezess und der Forderung zur Parlamentsauflösung und Neuwahlen von Shaftesbury, Buckingham, Halifax und Wharton am 20. November 1675); TURBERVILLE, A. S., The House of Lords under Charles II, 1929, S. 400–417; TURBERVILLE, A. S., The House of Lords under Charles II, 1930, S. 58–77; CHRISTIE, William Dougal, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol I, First Earl of Shaftesbury 1621-1683, Two volumes, London, New York, 1871, S. 50: *“He [Shaftesbury] saith he came there being fully satisfied that there was no intention of that side for the promoting or preserving of the Protestant religion and the liberties of the*

Die Kritik der Opposition an Danby kulminierte in der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78). Die „*Standing Parliament Debate*“ eröffnend beklagte Shaftesbury in der von seinem Sekretär John Locke verfassten Schrift „*A Letter from a Person of Quality to his friend in the country*“ (1675), daß es seit langem einen Plan gäbe, die Regierung willkürlich und absolut („*arbitrary and absolute*“) zu machen und mit einem stehenden Heer zu herrschen. Andrew Marvell warnte, die „*Standing Parliament Debate*“ resümierend und den „*Popish Plot*“ sowie die „*Exclusion Crisis*“ antizipierend,

---

*kingdom [...]*”; CHRISTIE, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol I, 1871, S. 271f.: “*Lord Ashley [...] who in my opinion is the only man who can be set against Clarendon for talent and firmness, does not shrink from speaking his opinions of Clarendon with freedom, and contradicting him to his face. [...] he is perfectly well in the King’s graces, it is suspected with sufficient probability that Lord Bristol and Secretary Bennet and Morrice and all the rest of that clique may well give trouble to the Chancellor, and place him in a disagreeable position*” (Brief des französischen Botschafters Count de Comminges am 9. April 1663); CHRISTIE, William Dougal, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol II, First Earl of Shaftesbury 1621-1683, Two volumes, London, New York, 1871, S. XLIII (Appendix 3): “*Lord Shaftesbury delivered the seals with great cheerfulness, saying that whilst he had them he had given the King what he thought the most seasonable and just advice for his welfare and the good of the public: then, with a pleasant air, he added, ‘It is only laying down my gown, and putting on my sword’; which he immediately ordered to be brought*” (Shaftesburys Antwort zu Coventry auf dessen Verlangen zur Aushändigung des Staatssiegels des Lordkanzlers); CHRISTIE, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol II, 1871, S. 201: “*Besides, there are none so likely as us, nor any time so proper as now, to give the only advice I know serviceable to the King, affectionate to the Duke, and secure to the country, that is, a new Parliament, which I will undertake at any time to convince your Lordship is the clear interest of them all. [...] but I assure your Lordship, there is no place or condition will invite me to Court during this Parliament, nor until I see the King thinks frequent Parliaments as much his interest as they are the people’s rights [...]*” (Shaftesburys Brief an Lord Carlisle vom 3. Februar 1675); SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675; Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of/Buckingham, George Villiers, Duke of, Two speeches, I. The Earl of Shaftesbury's speech in the House of Lords upon the Debate of appointing a day for the hearing Dr. Shirleys Cause, the 20th of October, 1675, II. The D. of Buckinghams speech in the House of Lords the 16th of November, 1675: together with the protestation and reasons of several lords for the dissolution of this Parliament, entred in the lords journal the day the Parliament was prorogued, Nov. 22d., 1675, Early English Books Online (EEBO) 77:05, Amsterdam, 1675, S. 11: “*In a word, if this Doctrine be true, our Magna Charta is of no force, our Laws are but Rules amongst themselves during the Kings pleasure. Monarchy, if of Divine Right, cannot be bounded or limited by humane Laws, nay, whats more, cannot bind it self; and All our Claims of right by the Law, or Constitution of the Government, All the Jurisdiction and Priviledge of this House, All the Rights and Priviledges of the House of Commons, All the Properties and Liberties of the People, are to give way, not onely to the interest, but the will and pleasure of the Crown*” (Shaftesburys Rede vom 20. Oktober 1675); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 33: “*We do humbly conceive, that it is according to the ancient Laws and Statutes of this Realm, that there should be frequent and new Parliaments; and that the Practice of several Hundred Years hath been accordingly*” (“*Protest against rejecting the Address for dissolving the Parliament*” vom 20. November 1675); HOLLES, Denzil/CAREY, Nicholas, Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved by its prorogation for 15 Months?, The two statutes upon which this question depends are, 4 Edw. 3. cap. 14. ... 36 Edw. 3. cap. 10, Early English Books Online (EEBO) 670:11, 1676; HOLLES, Denzil, The Long Parliament dissolved, Early English Books Online (EEBO) 844:19, London, 1676

<sup>902</sup> Vgl. zu George Villiers, Duke of Buckingham (1628-87): YARDLEY, Bruce, Villiers, George, Second Duke of Buckingham (1628-87), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28294>, 06.8.2011; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume I, 1955, S. 329; SEAWARD, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime, 1989, S. 247

in seiner Schrift „*An Account of the Growth of Popery and Arbitrary government in England*“ (1677) vor Papismus und einer Willkürherrschaft Karls II. Das Kavalierparlament war während seiner langen Dauer aber schon zuvor das Forum zur Artikulation von Kritik und Beschwerden gegen die Regierung gewesen. Dennoch sprach die Forschung nicht von Regierungsopposition und Parteien im modernen Sinne, denn es bildeten sich je nach Thematik und Situation ganz unterschiedliche Gruppen und Bündnisse zur Kritik an der Regierung. Ohne dauerhafte Organisation mit festem Programm und Gruppendisziplin zur Durchsetzung lässt sich nicht von Parteien im heutigen Sinne sprechen. Seit 1666/67 bürgerte sich für die Anhänger und Gegner der Krone aber die Bezeichnung „*Court and Country*“ ein, was doch dem Muster aus Regierung und Opposition entsprach. Zu den wichtigsten frühen Kritikern der Regierung im Kavalierparlament gehörte der Jurist John Vaughan, ein enger Freund John Seldens. Auch Denzil Holles, einer der fünf Parlamentarier, die Karl I. vergeblich versucht hatte durch sein gewaltsames Eindringen im Unterhaus festzunehmen (1641), gehörte zu den Kritikern der Regierung Karls II. Kritiker der Regierung kamen aber auch aus der Regierung selbst. In ihren persönlichen Machtkämpfen um Einfluss und Positionen griffen sich Angehörige der Hof- und Regierungspartei immer wieder gegenseitig an, beispielsweise der Earl of Bristol mit seinem Impeachment des Earl of Clarendon (1663) und das zweite erfolgreich inszenierte Impeachment gegen Clarendon (1667), welches die Mitglieder der Cabal-Administration an die Macht brachte. Während der Cabal-Administration (1667-72) waren offene wie verdeckte Angriffe aufeinander an der Tagesordnung. Während sich aber um Lord Holles die Anhänger des Presbyterianismus und ehemaliger Republikaner versammelten und Buckingham eine ähnliche Anhängerschaft aufzubauen versuchte, führte Shaftesbury diejenigen an, die eine Scheidung des Königs von seiner katholischen Frau Katharina von Braganza und eine Neuverheiratung mit einer Protestantin befürworteten. Shaftesbury bemühte sich auch den unehelichen, aber protestantischen Sohn Karls II., der deshalb in der Bevölkerung große Beliebtheit genoß, zum Thronfolger aufzubauen. Eine Auflösung des Parlaments und ein Ausschluß des katholischen Thronfolgers Jakob, Duke of York, wurde gezielt angestrebt. Aus diesen Bestrebungen bildete sich in der Herbstsitzung des Parlaments im Jahre 1673 die „*Country Party*“, die erst ab diesem Zeitpunkt unter dieser Bezeichnung wirklich als organisierte Opposition wahrgenommen wurde. Sie wurde im Unterhaus von Lord Cavendish, William Russell, William Sacheverell, Sir William Coventry, Sir T. Lee und Sir T. Meres angeführt. Die Oppositionsführer im Oberhaus waren Shaftesbury, Buckingham und Halifax. Danbys „*Parliamentary*



*Management*“ fand seine Unterstützung in den „*Secretary of State*“ Henry Coventry und Joseph Williamson<sup>903</sup>.

### 3. „*Cavalier Parliament: Debates and Pamphlets*“ (1675-77)

#### a) 14. Sitzung (13.04.-09.06.1675)

Danby hatte nach seiner Berufung zum „*Lord Treasurer*“ im Juni 1673 während des Rezess nach der 11. Sitzung kaum genügend Zeit sein eigenes „*Parliamentary Management*“ in der extrem kurzen sechstägigen 12. bzw. in der 37-tägigen 13. Sitzung des Kavalierparlaments umzusetzen. Die zweimalige Vertagung nach der 13. Sitzung (Prorogation am 24.02.1674 auf den 10.11.1674 und am 10.11.1674 auf den 13.04.1675) verschaffte ihm aber einen sehr langen, insgesamt **vierzehnmonatigen Rezess** vor Beginn der 14. Sitzung. Diese lange Unterbrechung war bestens geeignet zur Organisation seines „*Parliamentary Management*“. Danby und Karl II. waren bereits im Juli entschlossen, den Rezess bis zum Frühjahr 1675 zu verlängern. Hintergrund dieser Entscheidung war der **Holländische Krieg (1672-78)**. Der Friedensvertrag von Westminster hatte lediglich den Krieg zwischen England und den Niederlanden beendet. Der Friedensschluß änderte aber nichts daran, daß der Krieg zwischen Frankreich einerseits und den Niederlanden, Spanien und dem Reich andererseits noch jahrelang fort dauerte. Die Holländer und Spanier hatten ein Interesse daran, daß das Parlament tagte, damit es Karl II. zum Kriegseintritt gegen Frankreich veranlaßte.

---

<sup>903</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, 1955, S. 320f.: „*Only six years had elapsed since their enthusiastic surrender of constitutional safeguards to the executive; now, the acid of disaster and disgrace had eaten away much of the tinsel and gilt with which the Cavalier Parliament had once been decked; nor, until these ornaments were removed, could parliament realize the great traditions of which it was custodian. In 1661 the House of Commons was a house of courtiers; by 1667 it was becoming a house of critics*“; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 526f., 535f.; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 533: „*He [Danby] had created the nucleus of a tory party by his alliance of crown and church; but indirectly he had also given cohesion to an opposition, determined to subordinate the crown to parliament. By his audacity he had limited and clarified issues; but his supporters would have to be held together by rewards, while his opponents would become more united in their insistence on constitutional principle. In this way did Danby help to create the distinction of whig and tory*“; SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 14 wies auf das frühe Entstehen der Furcht vor einer die Verfassung umstürzenden Willkürherrschaft nach französischem Vorbild hin. Dazu zitierte er die geäußerte Verdächtigung eines Unterhausabgeordneten aus dem Jahre 1663: „*to change the constitution of the government of this kingdom and to reduce us to the model of France [where] they have lost all their liberties, and [are] governed by an arbitrary and military power*“ (Bodleian Library, Tanner MSS 239, fol. 57v.); SEAWARD, *The Restoration 1660-1688*, 1991, S. 23f., 32f., 61–69; HARRIS, *Restoration*, 2005, S. 56; HILL, *A century of revolution 1603-1714*, 1991, S. 192: „*There is no prince that ever governed without a nobility or an army. If you will not have the one, you must have the other, or the monarchy will not long support or keep itself from tumbling into a democratical republic*“ (Shaftesbury, 1675); ABBOTT, Wilbur C., *The Origin of English Political Parties*, in: *American Historical Review* 24, 1919, Nr. 4, S. 578–602; BROWNING, *Parties and Party Organization in the Reign of Charles II*, 1948, S. 21–36; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675; MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677; zur Parteibildung bzw. Faktionen im Parlament der frühen Stuarts, vgl.: SHARPE, Kevin, *Faction and parliament, Essays on early Stuart history*, Oxford, New York, 1978

Frankreich dagegen war daran interessiert, daß das Parlament aufgelöst wurde, zumindest aber nicht tagte, damit England nicht vom Parlament zum Kriegseintritt gegen Frankreich veranlaßt wurde. Aus dieser Konstellation ließ sich im wahrsten Sinne des Wortes Kapitel schlagen. England erreichten alsbald Geldzahlungen der Holländer, Spanier und der Franzosen. Der französische Gesandte in London, Henri de Massue, 1st Marquis de **Rouvigny (1603–1689)**, forderte im **Frühjahr 1675 die Auflösung des Parlaments**. Karl II. und Danby verweigerten die Auflösung, boten aber die Vertagung an. Danby verdeutlichte dem französischen Botschafter, daß er die Probleme mit einer französischen Geldzahlung lösen könne. Rouvigny bot eine Zahlung in Höhe von 100.000 Pfund als Gegenleistung einer zumindest einjährigen Vertagung an. Danbys zukünftiger Kurs und sein „*Parliamentary Management*“ waren abgesteckt. Strenger Anglikanismus, verschärfte Vorschriften gegen Papisten und Andersgläubige sowie gezielte Bestechungen sollten auf die Versammlung im April 1675 vorbereiten, die aber dennoch nicht reibungslos im Sinne der Krone verlaufen sollte und mit 44 statt 37 Tagen nicht viel länger als die 13. Sitzung dauerte<sup>904</sup>.

**Die 14. Sitzung begann mit der Eröffnungsrede des Königs im Oberhaus (13. April 1675).** Karl II. befragte die Abgeordneten nach ihren Wünschen zur Sicherung von Religion und Eigentum und bat sie anschließend um neue Geldbewilligungen. Der König beteuerte unter Anwesenheit der Unterhausabgeordneten, daß er äußerste Mühe angewandt habe, um eine gerechte und dauernde Verständigung zwischen ihm und dem Parlament herbeizuführen. Bedauerlicherweise verbreiteten aber böswillige Männer schädliche Pläne zur Verhinderung der Verständigung. Man müsse wachsam sein und ihre Machenschaften unterbinden. Zu diesen Machenschaften gehöre, daß sie mit allen Mitteln versuchen, eine Fortsetzung des gegenwärtigen Parlaments undurchführbar zu machen<sup>905</sup>. Unmittelbar nach Eröffnung begannen am 15. April 1675 im Oberhaus die **Beratungen**

---

<sup>904</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 314–357; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 652–729; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 672–740; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 1–289 (13.04.1675 bis 09.06.1675); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 45; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 529f.; zu „*Shirley vs. Fagg*“, vgl.: COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 167–172

<sup>905</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 652–656; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 314f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 1–9; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 672f.; DEBRET, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 189; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords,

zur „*Bill to prevent dangers from disaffected persons*“ („*Non-resisting test*“). Die Debatte darüber erstreckte sich beinahe über die gesamte 14. Parlamentssitzung, führte zu heftigen Protesten der Opposition unter Shaftesburys Führung und im Rezess zwischen der 14. und 15. Parlamentssitzung zur Publikation der berühmten Schrift „*A Letter from a person of Quality to his friend in the Country*“, dessen Autorschaft üblicherweise Shaftesburys Sekretär John Locke zugeschrieben wird. Das Pamphlet berichtete über die Debatten und Resolutionen der 14. Parlamentssitzung von April und Mai 1675<sup>906</sup>. Die Regierung versuchte mit dem Gesetz, von allen Amtspersonen, auch von den Abgeordneten der beiden Parlamentshäuser, einen „*Non-resisting test*“ zu erzwingen. Die Abgeordneten sollten eidlich beschwören, daß es unter keinen Umständen rechtlich erlaubt sei, gegen den König mit Waffengewalt Widerstand zu leisten. Man mußte auch der Ansicht abschwören, daß es erlaubt sei, im Namen des Königs gegen seine Person oder seine Diener zu den Waffen zu greifen. Der Eid erstreckte sich weiter auf den Verzicht zur Veränderung des Protestantismus der anglikanischen Staatskirche und auf den Verzicht zur Veränderung der etablierten Regierung von Kirche und Staat<sup>907</sup>. Die Anhänger der Regierung betrachteten den Eid als notwendige Maßnahme zur Sicherung von Kirche und Krone, während die Opposition darin einen Angriff auf die Freiheiten aller Engländer erblickte. Der Widerstand gegen alle Vertreter des Königs in Kirche und Staat sollte unmöglich gemacht werden („*traitrous position of taking up arms by his authority against his person, or against those that are commissioned by him*“). Die Opposition hätte sich nicht mehr gegen eine „*Standing Army*“ zur Wehr setzen können, befürchtete auch die Reduktion des Parlaments auf eine reine Geldbewilligungskörperschaft, denn was sollte

---

Vol. I (1660-97), 1742, S. 128; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680), 1741, S. 150f.: „*My Lords and Gentlemen, The principal End of My calling you now is, to know what you think may be yet wanting to the securing of Religion and Property, and to give Myself the Satisfaction of having used the uttermost of My Endeavours to procure and settle a right and lasting Understanding between us; for, I must tell you, I find the contrary so much laboured, and that the pernicious Designs of ill Men have taken so much Place under specious Pretences, that it is high Time to be watchful in preventing their Contrivances; of which it is not the least, that they would, by all the Means they can devise, make it unpracticable any longer to continue this present Parliament: [...]*“

<sup>906</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 714f.; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 129; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 532f.; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

<sup>907</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 659–664; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 715: „*I do declare that it is not lawful on any pretence whatsoever to take up arms against the King; and I do abhor the traitrous position of taking up arms by his authority against his person, or against those that are commissioned by him, according to law, in time of rebellion, and acting in pursuance of such commission. I do swear that I will not endeavour any alteration of the Protestant religion, now established in the church of England, nor will I endeavour any alteration in the government in church or state as it is by law established. So help me God*“

eine Parlament noch zu beschließen haben, wenn keinerlei Veränderung der Regierung von Kirche und Staat unternommen werden dürfte („*nor will I endeavour any alteration in the government in church or state*“). Zudem hätte bereits die Verweigerung des Eids den Verlust von Sitz und Stimmrecht im Oberhaus zur Folge haben sollen. Die Annahme des Gesetzes hätte jede Opposition unmöglich gemacht. Man befürchtet, daß jede abweichende Meinung als Eidbruch verfolgt werden könnte. Deshalb regte sich während der Beratungen **im Oberhaus massiver Widerstand gegen das Gesetz**. Zahlreiche Lords, darunter Buckingham, Shaftesbury, Say & Seal, Clarendon, Halifax und Holles, trugen mehrfach ihren Protest in das Journal des Oberhauses ein. In einem ersten Protest vom 21. April vertraten 23 Lords die Ansicht, daß ein Eid, dessen Verweigerung mit dem Ausschluss vom Parlament bestraft werde, ein Bruch ihrer angestammten Privilegien sei. Das Gesetz sei der schlimmste Eingriff in die Freiheiten und Privilegien der Peers, weil es das Geburtsrecht eines Lords auf Sitz und Stimme im Parlament nehme<sup>908</sup>. Am 26. April trugen zwölf Lords, darunter wieder Shaftesbury und Buckingham, einen erweiterten Protest in das Journal ein. Diesmal bekräftigten sie, daß das Gesetz ein Anschlag auf die Wurzel jeder Regierung sei, denn das Recht auf Wahl- und Redefreiheit sei für jede Regierung notwendig<sup>909</sup>. Im weiteren Verlauf der Beratungen im Oberhaus kam es am 29. April zum dritten Protest, diesmal von 21 Lords, die sich auf ihre „*Liberty of Protesting*“ beriefen, nachdem eine Mehrheit im Oberhaus die Protestierer sogar im Tower inhaftieren wollte. Davon wurde aber Abstand genommen. Stattdessen kam es zur Annahme der Erklärung, daß der Protest vom 26. April für das Oberhaus ehrenrührig und gefährlich sei<sup>910</sup>. Angesichts der Entschlossenheit der Opposition wich die Mehrheit im Oberhaus zurück (30.

---

<sup>908</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 664f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 715: „*That any Bill which imposeth an Oath upon the Peers with a Penalty, as this doth, that, upon the Refusal of that Oath, they shall be made incapable of sitting and voting in this House, as it is a Thing unprecedented in former Times, so is it, in our humble Opinion, the highest Invasion of the Liberties and Privileges of the Peerage that possibly may be, and most destructive of the Freedom which they ought to enjoy as Members of Parliament, because the Privilege of sitting and voting in Parliament is an Honour they have by Birth, and a Right so inherent in them, and inseparable from them, as that nothing can take it away, but what by the Law of the Land must withal take away their Lives, and corrupt their Blood; upon which Ground, we do here enter our Dissent from that Vote, and our Protestation against it*“; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 10

<sup>909</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 668f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 715: „*[...] that this Bill [...] does strike at the very Root of Government, it being necessary to all Government to have Freedom of Votes and Debates in those who have Power to alter and make Laws [...]*“; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 10f.

<sup>910</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 671; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 715: „*[...] the Reasons given in the Protestation entered the 26 of this Instant April*

April bis 3. Mai) und gestand zu, daß der Entzug von Sitz und Stimme im Parlament nicht an die Verweigerung des Eids geknüpft sein sollte, bestand aber weiterhin auf dem Eid selbst. Aber auch dagegen legten 14 oppositionelle Lords ihren Protest ein<sup>911</sup>. Die Proteste halfen nur bedingt. Das Oberhaus nahm das Gesetz gegen den Widerstand der Opposition an. Es kam jetzt ganz darauf an, ob das Unterhaus das Gesetz auch annehmen würde. Deshalb war eine Vertagung in Form einer Prorogation, die das Gesetzgebungsverfahren vollständig unterbrechen und auf null zurücksetzen würde, für Shaftesbury und die Opposition unbedingt notwendig<sup>912</sup>.

**Ein Unterhausantrag zur Entlassung des Duke of Lauderdale (14. April 1675)** wurde bereits zu Beginn der neuen Sitzung gestellt. Man beauftragte einen Ausschuß mit der Begründung des Antrags<sup>913</sup>. Am 23. April 1675 einigte man sich im Unterhaus auf den Antrag zur Entlassung des Duke of Lauderdale. Der Antrag nannte die gegen Lauderdale erhobenen Vorwürfe. Man warf ihm vor, die Ansicht vertreten zu haben, daß königliche Edikte Gesetzeskraft haben, daß er in Schottland 20.000 Mann Fußvolk und 2.000 Mann Kavallerie aufgestellt habe und schottische Truppen zur Durchsetzung der „*Declaration of Indulgence*“ habe einsetzen wollen. Karl II. reagierte darauf mit der strikten Weigerung, sich von seinem Minister zu trennen und die Truppen aus dem französischen Dienst abzurufen, schickte aber auch keine neuen Truppen hinüber<sup>914</sup>.

**Ein Impeachment gegen den Earl of Danby (26. April 1675)** wurde keine drei Tage später im Unterhaus initiiert. Sir Samuel Barnardiston, Arlington und die Führer der „*Country Party*“ brachten das Impeachment gegen Danby ein. Es wurde ihm vorgeworfen, falsche

---

*do reflect upon the Honour of this House, and are of dangerous Consequence?*“; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 12ff.

<sup>911</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 672–678; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 715f.

<sup>912</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 532f.; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 196f.

<sup>913</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 316ff.; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 196f.: „*Address for removing the Duke of Lauderdale. Resolved, &c. That an Address be presented to his Majesty, to remove the Duke of Lauderdale from all his Employments, and from His Presence and Councils, for ever; being a Person obnoxious and dangerous to the Government. Resolved, &c. That a Committee be appointed, to draw up the Reasons and Grounds of the Address*“

<sup>914</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 322f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 24–29; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 683–687; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 196f.: „*[...] that some Persons in great Employment under Your Majesty, have fomented Designs, contrary to the Interest both of Your Majesty and your People, intending to deprive us of our ancient Rights and Liberties, that thereby they might the more easily introduce the Popish Religion, and an arbitrary Form of Government over us, to the Ruin and Destruction of the whole Kingdom. Amongst those who are at present employed under Your Majesty, we have just Reason to accuse for a Promoter of such Designs, the Duke of Lauderdale [...]*“; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 531

Abrechnungen vorgenommen, sich selbst bereichert und behauptet zu haben, daß neue Proklamationen besser seien als alte Gesetze. In sieben Anklagepunkten wurden ihm mehrere Verstöße, Verbrechen und Amtsvergehen vorgeworfen („*several Offences, Crimes, and Misdemeanors of a very high Nature*“), insbesondere willkürliche Amtsführung als „*Lord Treasurer*“. Ein „*Parliamentary Management*“ der gezielten Einflußnahme auf das Unterhaus mittels Bestechung und Ämtervergabe wurde ihm jedoch nicht vorgeworfen. Die Anklagepunkte mußten am 27. April fallengelassen werden<sup>915</sup>.

Die „*Bill to incapacitate parliament men from holding office of benefit*“ (29. April 1675) wurde zwei Tage nach dem Impeachment gegen Danby von der Opposition im Unterhaus eingebracht. Das Gesetzesvorhaben richtete sich direkt gegen Danbys „*Parliamentary Management*“ zur Schaffung einer der Krone durch Bestechung, Ämtervergabe und Patronage verpflichteten Parlamentsmehrheit. Das Gesetz sollte Parlamentariern die Möglichkeit nehmen, neben dem Parlamentsmandat zugleich staatlicher Amtsträger zu sein und daraus Einkünfte zu beziehen. Die Kandidatur und Wahl von Amtsträgern sollte von vornherein ungültig sein. In der Debatte war sich Sir Courtney Poole sicher, daß die Annahme des Gesetzes das Parlament verstümmeln und aus der Monarchie erneut eine Republik machen würde: „*This Bill is a garbling the Parliament, and a new modelling the Government, from a monarchy into a common wealth*“. Den **Repräsentationsgedanken** artikulierend meinte Col. Titus, daß es keinen Grund gäbe irgendjemanden als Abgeordneten auszuschließen, mit Ausnahme von Idioten und Gaunern. Bei der Maßnahme handele es sich schlichtweg um einen Eingriff in die königliche Prerogative, die nur dazu führe, daß der König ungeeignete Personen zu Amtsträgern mache: „*No reason why any man, but a fool or a knave, should be incapacitated to sit here. This is some invasion of the King's prerogative. [...] You may hereby put the King upon a necessity of putting unfit men into offices*“. Mr. Finch schloß sich der Argumentation an. Der Ausschluß von Juristen und Amtsträgern bedeute letztlich den Ausschluß aller derjenigen, welche die Staatsangelegenheiten verstehen: „*And if we should now say no Lawyer, nor Officer, should be a Parliament-man, it is in effect to say, no person that understands the business of the nation shall be*“. Sir William Coventry war dennoch von der Maßnahme überzeugt. Auch wenn die Gesetzesvorlage jetzt nicht angenommen werden sollte, so werde sie doch in zukünftigen Parlamenten wieder auftauchen: „*Whatsoever fate you give the Bill, he does highly acquiesce in your judgment, and believes, if the Bill does not pass, it may revive in*

---

<sup>915</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 324ff.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 49f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 688-695; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201-234; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 531

*future Parliaments*“. Danby gewann die anschließende Abstimmung deutlich mit 145 zu 113 Stimmen<sup>916</sup>.

**Zur Verhinderung von Danbys „Bill to prevent dangers from disaffected persons“ („Non-resisting test“)** mußte die Opposition dafür sorgen, daß Danby nach der Zustimmung des Oberhauses nicht auch die des Unterhauses gewinnen konnte. Shaftesbury mußte unbedingt eine Vertagung in Form einer Prorogation erreichen, damit das Gesetzgebungsverfahren vollständig gestoppt würde. **Der Prozeß Shirley gegen Fagg** war dazu geeignet. Das Verfahren wuchs sich zum nicht enden wollenden Privilegienstreit zwischen Ober- und Unterhaus aus. Die Auseinandersetzungen zogen sich beinahe durch die gesamte 14. Parlamentssitzung von **Shirleys Anrufung des Oberhauses am 30. April 1675** bis zur Vertagung am 9. Juni. Der Streit bot der Opposition die Gelegenheit, eine Vertagung (Prorogation) zu erreichen. Mit der Vertagung konnte die Opposition unter Shaftesburys Führung die Verabschiedung sämtlicher Gesetzesvorlagen der 14. Parlamentssitzung verhindern. Dr. Shirley hatte in seinem Rechtsstreit vor dem „*Court of Chancery*“ gegen den Unterhausabgeordneten Sir John Fagg Berufung vor dem Oberhaus eingelegt, welches den Fall zur Verhandlung annahm und Fagg vorlud. Der Abgeordnete Fagg beschwerte sich über seine Vorladung vor das Oberhaus. Das Unterhaus nahm sich der Sache an und rügte, daß die Vorladung eines Unterhausabgeordneten vor das Oberhaus unrechtmäßig und das Oberhaus gar nicht dazu berechtigt sei, als Berufungsinstanz irgendeines „*equity*“-Falles im Allgemeinen und des „*Court of Chancery*“ im Besonderen zu fungieren. Und das Unterhaus ging noch weiter: Es ließ Dr. Shirley und vier seiner Rechtsanwälte verhaften. Das Oberhaus sah darin eine Verletzung der Magna Charta und verlangte die Entlassung der Gefangenen aus dem Tower. Nach der Weigerung des zuständigen Lieutenants im Tower zur Freilassung der Gefangenen wandte sich das Oberhaus mit dem Fall an den König selbst, der die Freilassung veranlassen und den Offizier entsprechend bestrafen sollte<sup>917</sup>.

---

<sup>916</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 326f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 69–74; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 695–698; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 531

<sup>917</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 721–737; HOWELL, THOMAS BAYLY, *A Complete Collection of State Trials*, Vol VI, 1816, S. 1121–1188; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 329f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 102–289; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 533; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

**Karl II. beklagte in einer Rede vor beiden Häusern des Parlaments vom 5. Juni 1675**, daß sich die in seiner Eröffnungsrede zur 14. Parlamentssitzung von ihm vorgebrachte Warnung vor den Umtrieben der Opposition bewahrheitet habe, daß die Opposition alles daran setze, das Parlament in höchst böswilliger Absicht aufzulösen. Der König warnte, daß der Streit der Parlamentskammern um ihre Privilegien keinesfalls zur Schmälerung der königlichen Privilegien führen dürfe<sup>918</sup>. Die Rede des Königs kommentierte der Unterhausabgeordnete Sir Thomas Meres in der anschließenden Debatte am 5. Juni. Nach einer Parlamentsauflösung wisse der König schlichtweg nicht, woher er ein besseres Parlament nehmen solle: *„Is sure, if the King dissolves us, he knows not where to get a better Parliament“*. Die Rede Karls II. hatte natürlich nicht die erhoffte Wirkung einer Streitschlichtung zwischen den Häusern. Das Unterhaus verabschiedete vielmehr eine Resolution, daß kein Unterhausmitglied die Auseinandersetzung mit dem Oberhaus eingefädelt oder befördert habe: *„That it doth not appear to this House, that any Member thereof hath either ‚contrived‘ or promoted the difference between the two Houses of Parliament“*. Man verteidige nur die Rechte und Privilegien des Unterhauses. Der Streit ging unvermindert weiter, so daß der König sich widerwillig zur Vertagung (Prorogation) durchringen mußte, um den Privilegienstreit und die daraus resultierende Blockade des Parlaments zu überwinden<sup>919</sup>.

**In der Abschlussrede des Königs (9. Juni 1675)** zur Vertagung der 14. Parlamentssitzung auf den Herbst (13. Oktober 1675) drückte sich die Verbitterung Karls II. über den Erfolg der Opposition aus. Der Privilegienstreit veranlasse ihn zur Prorogation, obwohl er immer ein einfaches *„Adjournement“* beabsichtigt habe, um die eingebrachten Gesetzesvorlagen zu retten. Mit der Vertagung des Parlaments auf den 13. Oktober 1675 war der Privilegienstreit der beiden Parlamentskammern aber noch lange nicht beendet. Der Streit *„Shirley vs. Fagg“* setzte sich

---

<sup>918</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 737; HOWELL, THOMAS BAYLY, *A Complete Collection of State Trials*, Vol VI, 1816, S. 1163f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 724f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 354f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 260–281; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234: *„My Lords and Gentlemen, You may remember that, at the Meeting of this Session, I told you, no Endeavours would be wanting to make the Continuance of this Parliament unpracticable. I am sorry that Experience hath so quickly shewed you the Truth of what I then said: But I hope you are all convinced that the Intent of all this, in the Contrivers, is to procure a Dissolution. I confess, I look upon it as a most malicious Design of those who are Enemies to Me and to the Church of England; [...] For I am not to suffer these Differences to grow to Disorders in the whole Kingdom, if I can prevent it; and I am sure My Judgement shall always be impartial between My Two Houses of Parliament: But I must let you know, that whilst you are in Debate about your Privileges, I will not suffer My own to be invaded“*

<sup>919</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 738ff.; HOWELL, THOMAS BAYLY, *A Complete Collection of State Trials*, Vol VI, 1816, S. 1121–1188; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 725–728; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 260–289; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234



vielmehr in der 15. Parlamentssitzung bis zur nächsten Vertagung am 22. November 1675 fort. **Während des viermonatigen Rezess nach der 14. Sitzung** blieb die Haltung des englischen Parlaments weiter von eminenter Bedeutung für die internationale Politik, da der Holländische Krieg unvermindert andauerte. Falls das Parlament nur lange genug versammelt bliebe, mochte es den niederländischen und spanischen Bestechungen gelingen, Karl II. durch eine Mehrheit der Abgeordneten zu Kriegshandlungen gegen Frankreich zu zwingen. Die Franzosen setzten weiter auf eine lange Vertagung, um diese Gefahr zu bannen. Die Wahrscheinlichkeit eines Friedensschlusses im Sinne Ludwigs XIV. würde dementsprechend steigen. **Karl II. erneuerte seine Verhandlungen mit Ludwig XIV. und man einigte sich am 17. August 1675**, daß das Parlament sich im Oktober wieder versammeln solle, um Gelder zu bewilligen. Falls das Parlament aber keine Gelder bewilligen würde, so sollte Karl II. es auflösen und dafür eine französische Subsidie in Höhe von 100.000 Pfund erhalten. Diese Summe sollte zusammen mit den gesteigerten Einnahmen der Krondomäne ausreichen, den König vom Parlament unabhängig zu machen<sup>920</sup>.

#### **b) 15. Sitzung (13.10.-22.11.1675)**

**Das „Parliamentary Management“ der 15. Sitzung kann als katastrophal bezeichnet werden.**

Danby gelang es nicht, die von der Regierung geforderten Gelder vom Parlament bewilligt zu bekommen. Der Rechtsstreit „*Shirley vs. Fagg*“ flammte dagegen erneut auf und blockierte das Parlament (19.10.1675). Darüber hinaus erhob sich im Unterhaus und außerhalb in Pamphleten die „*Standing Parliament Debate*“ zur Auflösung des Parlaments. Danby gelang es aber in einer knappen Oberhausabstimmung eine Mehrheit von 50 gegen 48 Lords gegen die Auflösung des Parlaments zu gewinnen (20.11.1675). Ein knapper Sieg immerhin. Die Krone vertagte das Kavalierparlament anschließend und schickte es in den drittlängsten Rezess mit fünfzehnmonatiger Dauer (Prorogation am 22.11.1675 auf den 15.02.1677). Während des Rezess ging Danby gezielt gegen die Kaffeehäuser als Zentren der Opposition vor. Im Kontrast zum langen Rezess tagte das am 13. Oktober 1675 zur 15. Sitzung ordnungsgemäß versammelte Parlament lediglich extrem kurze 28 Tage. Es war damit die drittkürzeste Sitzung des Kavalierparlaments. Seit Danbys

---

<sup>920</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 740; HOWELL, THOMAS BAYLY, *A Complete Collection of State Trials*, Vol VI, 1816, S. 1121–1188; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 12 (1666-75), 1767, S. 728f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 782–789; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 201–234; DEBRET, *Parliamentary Papers*, Vol. I., 1797, S. 198: „[...] *But, I must confess, the ill Designs of our Enemies have been too prevalent against those good ones I had proposed to Myself in Behalf of My People; and those unhappy Differences between My Two Houses are grown to such an Height, that I find no possible Means of putting an End to them, but by a Prorogation. It is with great Unwillingness that I make Use of this Expedient; having always intended an Adjournment, for the preserving of such Bills as were unfinished [...]*“; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 534

Berufung zum „*Lord Treasurer*“ während des Rezess zwischen der 11. und 12. Sitzung (Juni 1673) arbeitete er mit extrem kurzen Sitzungen von 6 (12. Sitzung), 37 (13. Sitzung), 44 (14. Sitzung) und 28 Tagen Dauer (15. Sitzung). Die Rezesse waren dagegen mit 14 (nach der 13. Sitzung), 4 (nach der 14. Sitzung) und 15 Monaten (nach der 15. Sitzung) zweimal äußerst lang. Nicht übersehen werden darf, daß die 16. Sitzung von einem langen achtmonatigen Adjournement unterbrochen wurde<sup>921</sup>.

**Die 15. Sitzung begann mit der Eröffnungsrede Karls II. am 13. Oktober 1675.** Der König verlangte neue Gelder. Er begründete dies mit bereits vorgenommenen Ausgaben für den Krieg und den Schiffsbau. Lordkanzler Finch versicherte den Abgeordneten, daß der König das beste Verhältnis mit den Abgeordneten erstrebe, ihren Rat in wichtigen Angelegenheiten hören wolle. Er riet allen Abgeordneten, sich als Freunde des Königs zu geben. Die Unterhausmitglieder kehrten verwundert in ihre Kammer zurück und befragten den Sprecher, ihnen die Intention des Königs noch einmal zusammenfassend zu erläutern, was dieser allerdings ablehnte. Bevor Karl II. in seiner Eröffnungsrede um die Bewilligung von Parlamentsgeldern für Armee und Marine bat, ging er noch auf die Umstände der letzten Parlamentsvertagung ein. Er gab seinem Wunsch Ausdruck, daß in Zukunft auf derlei Debatten verzichtet werden sollte, um öffentliche Gesetze verabschieden zu können und versprach zugleich die Sicherung der protestantischen Religion<sup>922</sup>. **Die Parlamentshäuser berieten danach vom 14. bis 20. Oktober die Eröffnungsrede des Königs,**

---

<sup>921</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 234–242; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 357–382; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 3–35; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 740–806; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 290–459 (13.10.1675 bis 11.11.1675); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. IV, 1763, S. 1–62 (12.11.1675 bis 22.11.1675 mit Appendix zur langen Prorogation); PATTERSON, The Long Parliament of Charles II, 2008, S. 45; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 935f.

<sup>922</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 3–6; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 357f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 234–242; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 290; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 740f.; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 199; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 164; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680), 1741, S. 150f.: „*The Causes of the last Prorogation, as I for My Part do not desire to remember, [...] I desire you would defer those Debates, till you have brought such Public Bills to Perfection as may conduce to the Good and Safety of the Kingdom; [...]*“; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 534f.

seinen Wunsch zur Geldbewilligung und die Umstände der letzten Prorogation<sup>923</sup>. Im Unterhaus verband Sir John Holland die Geldbewilligung mit der Prorogation (18. Oktober). Man sollte dem König in einer Petition beider Häuser nicht nur die gegenwärtige Armut des Landes vergegenwärtigen, sondern auf das Ärgernis der unzeitmäßigen Prorogation eingehen. Man wünsche ohne Prorogation zu tagen, bis man alle Gesetze zur Sicherung von Religion und Eigentum verabschiedet habe. Dann erst solle man Geldbewilligungen beraten<sup>924</sup>. Mr. Waller berief sich im Unterhaus in der „Supply“-Debatte (19. Oktober) zwar auf Bractons Diktum, daß der König nicht irren könne („*The King cannot err*“), kritisierte aber damit die königlichen Räte und deren Regierungshandeln („*ill management*“). Waller erinnerte daran, daß man geglaubt habe, mit der Rückkehr des Königs kehre auch das Recht zurück. Man müsse aber beten, daß nicht das Stehende Heer zurückkehre. Man müsse die Übel der Vergangenheit stets bedenken, um sie in Zukunft zu verhindern. Der König müsse auf das Parlament angewiesen sein. Im Gegensatz zu den Lords im Oberhaus, die ihr eigenes Geld geben, seien die Unterhausabgeordneten Vertreter des Volkes, die öffentliches Geld bewilligen, weshalb dieses auch dem öffentlichen Wohl dienen müsse<sup>925</sup>. Das Unterhaus lehnte die Bewilligung der vom König geforderten Gelder schließlich ab, gab aber nach längerer Beratung 300.000 Pfund für den Schiffsbau frei (6. November 1675)<sup>926</sup>. **Am 23. Oktober faßte das Unterhaus außerdem einen Beschluß zur Rückrufung der englischen Soldaten im Dienste Frankreichs.** Das Oberhaus begann seine Beratungen darüber wenig später nach Vorlage durch das Unterhaus (25. Oktober) und verabschiedete schließlich eine eigene Resolution an den König (9. November), welche den König ebenfalls nachdrücklich zur Rückrufung der englischen

---

<sup>923</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 7f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 358f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 290–303

<sup>924</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 294f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 746f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 358f.: „[...] *we may represent to him the present poverty of the nation, together with the mischiefs of unseasonable Prorogations; and that we be continued without Prorogation, 'till we have dispatched Bills for the security of Religion and Property; and then declare, that we will give Supply [...]*“

<sup>925</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 302f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 751f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 359: „*We believed, when the King was called back, that the law was come again. Pray let not the Standing Army be brought [...]* *Let the King rely upon the Parliament [...]: The Lords may give Supply with their own money, but we give the peoples; we are their proxies [...]* *We give public money, and must see that it goes to the public use [...]*“

<sup>926</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 399–417; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 757; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 361f., 363ff., 368f.

Soldaten aus französischen Diensten aufforderte. Beide Parlamentskammern einigten sich auf eine gemeinsame Konferenz zur weiteren Beratung der Angelegenheit (10. November)<sup>927</sup>.

**Das Wiederaufflammen des Rechtsstreites „*Shirley gegen Fagg*“**, der den Anlaß zur Prorogation der 14. Parlamentssitzung gegeben hatte, begann aber bereits die 15. Sitzung zu überschatteten. Shirley wandte sich bereits zu Anfang der Sitzung (19. Oktober) mit einer Petition an das Oberhaus mit der Bitte um erneute Beratung seines Falles. Die Angelegenheit wurde dann tatsächlich zur Beratung einem Ausschuß übergeben. Die Abstimmung darüber, ob Shirley vor dem Oberhaus erneut angehört werden sollte (4. November), führte zum Eintrag einer Protestnote der opponierenden Lords im Oberhaus, die den Fall nach der Prorogation nicht wieder beraten wollten, um das erneute Aufflammen des Streits mit dem Unterhaus zu verhindern. Das Unterhaus betrachtete die Verhandlung des Falles im Oberhaus nach wie vor als einen Bruch ihrer Privilegien und hielt dies in ihren Beratungen und in einem eigenen Beschluß auch fest (19. November). Die Anhörung Shirleys fand dann ohne das Erscheinen von Fagg im Oberhaus statt (20. November)<sup>928</sup>.

**Die Schrift „*Two Speeches. I. The Earl of Shaftesbury's Speech in the House of Lords, upon the Debate of appointing a day for the hearing Dr. Shirleys Cause, the 20<sup>th</sup>. of October, 1675*“** (Amsterdam 1675) machte Shaftesburys Oberhausrede im Fall „*Shirley vs. Fagg*“ der Öffentlichkeit zugänglich<sup>929</sup>. Shaftesbury sprach sich dezidiert für die Anhörung Shirleys im Oberhaus aus. Dahinter stand die Absicht, den Privilegienstreit zwischen den Häusern neu zu entfachen, die Parlamentsarbeit zum Erliegen zu bringen und Danbys „*Parliamentary Management*“ als uneffektiv und zum Scheitern verurteilt vorzuführen, um endlich die Auflösung des Parlaments zu erreichen. In seiner Rede argumentierte Shaftesbury mit der Verfassung Englands und machte sich zum

---

<sup>927</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 9f., 14-17; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 362f., 371f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 333-349

<sup>928</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 8, 12f., 30-34; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 374-381; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 234-242; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 297-459; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 1-54; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 790f.; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

<sup>929</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 791-799; TORBUCK, *A Collection of the Parliamentary Debates in England*, Vol. I (1668-1680), 1741, S. 151-163; TIMBERLAND, *The History and Proceedings of the House of Lords*, Vol. I (1660-97), 1742, S. 165-174; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *Two speeches*, 1675, S. 1-12; Nochmals publiziert 1679: Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *Notes taken in short-hand of a speech in the House of Lords, On the debates of appointing a day for hearing Dr. Shirley's cause, Octob. 20, 1675*, *Early English Books Online (EBO)* 297:15, London, 1679; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

Wortführer der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ und zum eloquenten Warner eines „*Divine Right*“-Denkens, welches das Recht zerstöre. Erst das Recht mache den König zum König. Das Oberhaus sei fundamentaler Bestandteil der Regierung und es beruhe auf demselben Recht. Shaftesbury bezeichnete als seine Regierung unter der er geboren und der er sich verpflichtet fühlte diejenige, in welcher der König Recht und Gerechtigkeit durch das Oberhaus ausübe und der König sich mit beiden Häusern des Parlaments in allen wichtigen Angelegenheiten berate. Und Shaftesbury malte das Bild einer Regierung, die nicht die seine wäre, der er sich nicht verpflichtet fühlte und unter der er nicht geboren sei. Es sei dies eine Regierung, in welcher der König durch die Armee und ohne Parlament regiere. Die bestehende Verfassung müsse aufrechterhalten werden<sup>930</sup>. Und er warnte ausdrücklich vor der höchst destruktiven Doktrin des Gottesgnadentums<sup>931</sup>. Entspreche das Gottesgnadentum der Wahrheit, dann wäre Magna Charta nutzlos, weil die Monarchie dann nicht mehr an menschliche Gesetze gebunden oder von ihnen beschränkt werden könnte. Alle Rechtsansprüche, die Verfassung der Regierung, die Rechtsprechung und die Privilegien des Oberhauses, alle Rechte und Privilegien des Unterhauses und alle Rechte und Freiheiten des Volkes wären der Willkür der Krone ausgeliefert. Deshalb dürfe das Oberhaus nicht das Appellationsrecht verlieren und müsse Shirley anhören<sup>932</sup>.

**Die Beratung zur Auflösung des Kavalierparlaments begann am 25. Oktober 1675 im Unterhaus<sup>933</sup>.** Zunächst ging es nur um die Beratung des Antrages auf Auflösung. Nach Sir

---

<sup>930</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., Two speeches, 1675, S. 10: „*My principle is that the King is King by Law [...] That the Lords House, and the Judicature and Rights belonging to it, are an Essential part of the Government, and Established by the same Law. The King governing and administering Justice by His House of Lords, and advising with both His Houses of Parliament in all important matters, is the Government I own, am born under, and am obliged to. If ever there should happen in future ages (which God forbid) a King governing by an Army, without His Parliament, this a Government I own not, am not obliged to, nor was born under. According to this Principle, every honest man that holds it, must endeavour equally to preserve the frame of Government, in all the parts of it [...]*“

<sup>931</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., Two speeches, 1675, S. 10: „*But there is another Principle got into the World [...] the most dangerous destructive Doctrine to our Government and Law, that ever was. [...] That Monarchy is of Divine Right*“

<sup>932</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., Two speeches, 1675, S. 11: „*In a word, if this Doctrine be true, our Magna Charta is of no force, our Laws are but Rules amongst ourselves during the Kings pleasure. Monarchy, if of Divine Right, cannot be bounded or limited by humane Laws, nay whats more, cannot bind it self; and All our Claims of right by the Law, or Constitution of Government, All the Jurisdiction and Priviledge of this House, All the Rights and Priviledges of the House of Commons, All the Properties and Liberties of the People, are to give way, not onely to the interest, but the will and pleasure of the Crown*“

<sup>933</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 9f.; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 363; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 341–349; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 764–770

Harbottle Grimstones Ansicht würde ein Antrag zur Beendigung des Parlaments die Menschen besonders zufriedenstellen. Es gebe überhaupt großen Unwillen über die Länge dieses Parlaments. Man könnte meinen, daß es gar kein Parlament gäbe. Grimstone fasste das allgemeine Unbehagen in die Dauer des Parlaments in dem Diktum zusammen, daß ein stehendes Parlament so unbequem wie ein stehendes Heer sei. Man sollte sich mit einem Antrag zur Auflösung an den König wenden<sup>934</sup>. Sir John Birkenhead gab darauf zu bedenken, daß seit Beginn des Parlaments die Hälfte der Mitglieder ausgeschieden sei, entweder weil sie das Mandat nicht mehr ausüben oder durch Tod. Man müsse auch hoffen, daß es niemals wieder zu einem Rumpfparlament komme. Eine Auflösung des Parlaments fürchte er, weil das nächste Parlament schlechter sein könnte. Das Königreich sei ohnehin schon schwach und könnte durch die Auflösung noch schwächer werden. Das Ende des Parlaments wird der Anfang von Wirren sein<sup>935</sup>. Der Sprecher des Unterhauses schloß sich den Warnungen an. Seiner Meinung nach gebe es eine Verbindung zwischen den Fanatikern und den Papisten zur Auflösung des Parlaments. Er befürchte, daß die Auflösung des Parlaments Kirche und Staat erschüttern würde<sup>936</sup>. Sir Thomas Meres verdeutlichte, wie satt man die häufigen Prorogationen habe, die Gesetzesvorlagen regelmäßig zerstörten<sup>937</sup>.

**Die Schrift „A Letter from a Person of Quality to his Friend in the Country“ (1675)** führte zu einer im Oberhaus geführten Beschwerde (8. bis 10. November 1675), die zeitlich vor dem Beginn der Beratung zur Auflösung des Parlaments im Oberhaus lag (20. November 1675). Die Beschwerde über die Streitschrift führte zur Lesung, Verurteilung und Verbrennung der Schrift. Es wurde eigens ein Ausschuß eingesetzt, um Autor, Verleger und Drucker der Schrift ausfindig zu machen. Tags darauf erklärte man die Schrift zum „*lying, scandalous, and seditious Book*“. Zu diesem Zeitpunkt konnte man Shaftesburys Autorschaft nur ahnen, beweisen konnte man es nicht.

---

<sup>934</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 341: „*An application to the King to set a period to this Parliament [...] He is afraid of a dissolution, because, God is his witness; he's afraid the next will be worse [...] There is as great mischief in the length of this Parliament, as if there were no Parliament. A standing Parliament is as inconvenient as a standing Army*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 764f.; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 535f.

<sup>935</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 341f. „*The Kingdom so weak, is it time to make it weaker by dissolution of this Parliament? Cannot but think that the end of this Parliament will be the beginning of confusion*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 765; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 535f.

<sup>936</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 345f.: „*There is a strict conjunction between the Fanatic and Papist, to dissolve this Parliament [...] when this Parliament shall be dissolved, he fears the shaking both of church and state*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 767

<sup>937</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, S. 346: „*Five or six times Bills have been cut to pieces by Prorogations. We are tired with hearing them read. [...] These frequent Prorogations destroy all we can do by Bill*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 767f.

Tatsächlich ist man sich bis heute nicht sicher, ob Shaftesbury oder sein Sekretär, Arzt und Freund John Locke als Verfasser zu gelten habe. Sehr wahrscheinlich dürfte die Schrift gemeinschaftlich verfasst worden sein<sup>938</sup>. Das Pamphlet erhebt den schweren Vorwurf gegen die Krone, daß sie die Errichtung einer absoluten und willkürlichen Herrschaft betreibe. Krone und Kirche beabsichtigen, einzig von Gottes Gnaden (*“Jure Divino”*) abgeleitet und von menschlichen Gesetzen unbeschränkt zu sein<sup>939</sup>. Zur Erreichung dieses Zieles solle dem Parlament jede Kompetenz zur Mitbestimmung genommen, es zum reinen Geldbeschaffungswerkzeug gemacht werden und nur noch solche Gesetze verabschiedet werden, die von Krone und Kirche gewollt seien<sup>940</sup>. Der *“Act for Regulating Corporations”* sei der erste Schritt zu diesem Ziel und der *“Act of the Militia”* der zweite Schritt gewesen. Mit dem Milizgesetz sollte eine Berufarmee geschaffen werden, um das Land einer Militärregierung zu unterwerfen<sup>941</sup>. Die nächsten Schritte seien der *“Act of Uniformity”* und der *“Five Mile Act”* gewesen<sup>942</sup>. Die im Parlament besonders verhasste *“Declaration of Indulgence”* sei von Clifford initiiert worden. Der Autor versicherte, daß er Shaftesbury und auch Clifford aus eigener Anschauung gekannt und mit beiden Männern Gelegenheit zum Gespräch gehabt habe. Shaftesbury sei Clifford im Mut ebenbürtig, nur fähiger und dessen Prinzipien und Absichten würden Cliffords diametral entgegenstehen. Sie hätten ihm ihre Pläne und Gedanken im Gespräch offenbart<sup>943</sup>. Clifford habe im anvertraut, daß der König Religion und Regierung eines Tages ganz

---

<sup>938</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 12–15; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. XXXVII–LXVIII: *“This Piece was written by the celebrated Mr. Locke, and was ordered by the Privy Council to be burnt”*; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 1–34; HARRIS, Tim, *Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83)*, 2004

<sup>939</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 1: *“Then in requital to the Crown, they declare the Government absolute and Arbitrary, and allow Monarchy as well as Episcopacy to be Jure Divino, and not to be bounded, or limited by humane Laws”*

<sup>940</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 2: *“And to resolve all this, they resolve to take away the Power, and opportunity of Parliament, to alter any thing in Church or State, only leave them as instrument to raise Money, and to pass such Laws, as the Court an Church shall have a mind to. [...]”*

<sup>941</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 2: *„This Act is of a piece, for it establisheth a standing Army by a Law, and swears Us into a Military Government“*.

<sup>942</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 2f.

<sup>943</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *A letter from a person of quality to his friend*, 1675, S. 3: *“( [...] ) but the E. of Schaftsbury, a man as daring but more able though of principles & interest, diametrically opposed to the other [...] I have had by my conversation with them both, who were men of diversion, & of free and open Discourses where they had coincidence; may give you more light into both their Designs & so by consequence the aimes of their Parties [...]”*

nach seinen Vorstellungen ändern würde<sup>944</sup>. Shaftesbury antwortete auf die Frage, welche Ansicht er zu der *“Declaration of Indulgence”* habe, die doch wohl nur die Absicht verfolgen könne, Gesetze aufzuheben und auszusetzen, die Kirche zu zerstören, den Protestantismus abzuschaffen und den Papismus zu tolerieren, daß dies keineswegs so sei<sup>945</sup>. Es sei vielmehr so, daß jede Regierung die oberste Exekutive Macht haben müsse, die Ausführung jedes Strafgesetzes zwischen zwei Legislativkörperschaften abzuschwächen oder auszusetzen. Es bestehe aber auch kein Zweifel daran, daß eine Legislativkörperschaft während der Versammlung das Recht zur Gesetzgebung habe und Gesetze zur Ausführung entsprechend anpassen könne. Wäre dem nicht so und könnte der Fürst Gesetze nach Belieben abschaffen, dann wären Gesetze gänzlich nutzlos. Eine Verfassung wäre nicht perfekt und unpraktisch, wenn es nicht eine fortwährende Macht gäbe, Gesetze den Umständen entsprechend falls nötig auszusetzen. Es wäre aber eine perfekte Tyrannis dies mit einer fortwährenden Legislativ zu kurieren. Shaftesbury spricht hier von den Intervallen zwischen zwei Legislativen (*“in the Intervals of the Legislative power”*). Parlamente sollten also offenbar nicht ständig tagen. Die Exekutive müsse dagegen dauerhaft sein (*“a Power always in being of dispensing”*). Shaftesbury betonte ausdrücklich, daß eine dauerhafte Legislative tyrannisch sei (*“a Legislative power always in being, is, when considered, no other than a perfect Tyranny”*)<sup>946</sup>. Der Earl wollte auch nicht bestätigen, daß die *“Declaration of Indulgence”* den Katholizismus bevorteile. Vielmehr könne die Indulgenzerklärung den Protestantismus insgesamt stärken. Shaftesbury könnte dem König mit dieser Schrift ein Zeichen der Annäherung und ein Signal zum

---

<sup>944</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 4: *“My L. Clifford did in express Terms, tell me one day in private Discourse: That the King, if He would be firm to Himself, might settle what Religion He pleased and carry the Government to what height He would; [...]”*

<sup>945</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 4: *“The Lord Shaftesbury (with whom I had more freedom) I with great assurance asked what he meant by the Declaration, for it seemed to me that it assumed a Power to repeal and suspend all our Laws, to destroy the Church, to overthrow the Protestant Religion, and to tolerate Popery: He replied all angry, That he wondered at my Objection, there being not one of above in the case: For the King assumed no power of repealing Laws, or suspending them, contrary to the will of his Parliament, or People [...]”*

<sup>946</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 4f.: *“[...] this is certain, a Government could not be supposed whether Monarchical, or other of any sort, without a standing Supream Executive power, fully enabled to mitigate, or wholly to suspend the Execution of any penal Law, in the Intervals of the Legislative power, which when assembled, there was no doubt but wherever there lies a Negative in passing of a Law, there the address or sense known of either of them to the contrary, (as for Instance of either of our two Houses of Parliament in England) ought to determine that Indulgence, and restore the Law to its full execution: For without this the Laws were to no purpose made, if the Prince could annul them at pleasure; and so on the other hand, without a Power always in being of dispensing upon occasion, was to suppose a constitution extreamly imperfect and unpracticable, and to cure those with a Legislative power always in being, is, when considered, no other than a perfect Tyranny”.*



Einverständnis mit einer künftigen Indulgenzerklärung gegeben haben<sup>947</sup>. Nach der Beschäftigung mit der jüngeren Vergangenheit referierte die Schrift in den folgenden Ausführungen die jüngste 14. Sitzung des Kavalierparlaments<sup>948</sup>. Shaftesbury wurde dabei als Mann mit großen Fähigkeiten und Kenntnissen dargestellt, der immer prinzipientreu und unbestechlich (!) gewesen sei. Ein klarer Seitenhieb gegen Danbys *“Parliamentary Management”*<sup>949</sup>. Vor allem aber hätte sich Shaftesbury gegen Danbys *„Non-resisting test“* (*„Bill to prevent dangers from disaffected persons“*) ausgesprochen, der von der Krone bestens zur Unterdrückung jeder Opposition hätte genutzt werden können. Zusammen mit anderen oppositionellen Lords ließ er drei Protestnoten im Journal des Oberhauses eintragen. Sie verteidigten ihr Protestationsrecht und wandten sich gegen die Unterdrückung der Opposition<sup>950</sup>. Als besonders gefährlich betrachtete man das in der *“Non-resisting Bill”* verlangte eidliche Abschwören jedes Widerstandsrechts (*“A. B do declare that it is not lawful upon any pretence whatsoever, to take up Armes against the King”*). Die Formel sei gefährlich, da sie nichts anderes als einen Verfassungswandel herbeiführen könne (*“it might introduce a great change of the Government”*). Es erhebe sich die Frage, wie dann überhaupt noch zwischen absoluter und beschränkter Monarchie unterschieden werden könne<sup>951</sup>. Außerordentlich gefährlich sei schließlich der zweite und dritte Teil des *„Non-resisting test“* (*„[...] and I do abhor the traitrous position of taking up arms by his authority against his person, or against those that are commissioned by him [...]”*). Damit werde der bewaffnete Widerstand gegen die natürliche Person des Königs und gegen die von ihm Beauftragten unterdrückt. Der Rechtmäßigkeit einer Berufsarmee sei damit Tür und Tor geöffnet (*“then a Standing Army is Law when ever the King pleases”*)<sup>952</sup>. Der vorgesehene Eid verstoße insgesamt gegen Magna Charta und das Recht des Landes (*„directly contrary to Magna Charta our Properties, and the Establish’d Law and*

---

<sup>947</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 5f.

<sup>948</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 8: *“And now comes this memorable Session of April 13, 1675”*

<sup>949</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 9: *“[...] the Earl of Shaftesbury, a Man of great Abilities, and knowledg in Affairs, and one that, in all these variety of changes of this last Age, was never known to be either bought or frighted out of his publick Principles [...]”*

<sup>950</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 9–12: *„[...] at large opened the Mischievous, and ill designs, and consequences of the Bill [...]“*

<sup>951</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 16: *“how there can be a distinction then left between absolute and bounded Monarchys, if Monarchs have only the fear of God, and no fear of humane Resistance to restrain them”*

<sup>952</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 17ff.

*Government of the Nation*“)<sup>953</sup>. Kritisiert wurde auch, daß sich der Eid lediglich auf die Disziplin, nicht aber auf die Doktrin der Kirche bezog und diese offen ließ<sup>954</sup>. Besorgniserregend sei, daß der Eid den freien Diskurs des Parlaments unmöglich und Parlamente damit nutzlos mache. Alle Inhaber der großen Staatsämter, darunter Lauderdale und Danby, erklärten offen heraus, daß gerade Parteibildung und Konspiration gegen die Regierung verhindert werden sollten. Es gäbe gar keine Notwendigkeit dazu, daß sich Beamte mit Parlamentariern beraten sollten, insbesondere nicht solche der Armee, Marine und des Schatzamtes. Mitglieder des Landadels seien ohnehin meistens Friedensrichter oder in der Miliz. Die Beamten der Ministerien seien zur Beratung am besten geeignet<sup>955</sup>. Diese angebliche Einlassung der Minister würde Shaftesburys Argument der beabsichtigten Reduktion des Parlaments zu einer reinen Geldbewilligungseinrichtung ohne Beratungsrecht durch die Krone stützen. An dieser Stelle begann die Schrift mit einem direkten Angriff auf Danbys „*Parliamentary Management*“ einer Patronage und Bestechungspraxis. Ein vom Marquess of Winchester eingebrachter Zusatz Eid sollte diese Praxis unterbinden helfen<sup>956</sup>. Der Lord Keeper verteidigte die Position der Krone und erklärte diesen Zusatz Eid für gänzlich nutzlos. Alle Zuwendungen kommen ohnehin vom König und kein Parlamentarier könne zu viel für den König tun oder zu viel auf seiner Seite sein. Wer Zuwendungen des Königs erhalte, der erhalte sie rechtmäßigerweise<sup>957</sup>. Viele Lords zeigten sich damit überhaupt nicht einverstanden. Wer durch

---

<sup>953</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 20

<sup>954</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 20–26: „*the Oath itself [...] That there was no care taken of the Doctrine, but onely of the Disciplin of the Church. The Papist need not scruple the taking this Oath [...]*“

<sup>955</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 27f.: „*For this Oath takes away all private Converse [...] but they might not be deprived by this dark way of proceeding if that Liberty was necessary to them as Men, and without which Parliaments would be rendered useless. Upon this all the great Officers showd themselves [...] Lauderdale [...] the Lord Keeper, and the Lord Treasurer, told the committee in plain terms, that they intended, and design'd to prevent Caballing, and conspiracies against the Government; that they knew no reason why any of the King's Officers should consult with Parliament Men about Parliament business, and particularly mention'd those of the Armie, Treasury, and Navy; and when it was Objected to them, that the greatest part of the most knowing Gentry were either Justices of the Peace, or of the Militia, and that this took away all converse, or discourse of any alteration, which was in truth of any business in Parliament, and that the Officers of the Navy, and Treasury, might be best able to advise what should be fit in many cases*“

<sup>956</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 28: „*I do swear that I will never by Threats, Injunctions, Promises, Advantages, or Invitation, by or from any person whatsoever, nor from the hopes, or prospect of any Gift, Place, Office, or Benefit whatsoever, give my Vote other than according to my Opinion and Conscience, as I shall be truly, and really perswaded upon the debate of any business in Parliament; so help me God*“

<sup>957</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 29: „*To this the Lord Keeper seemed very averse, and declared in a very fine Speech, that it was an Useless Oath; for all Gifts, Places, and Offices, were likelyest to come from the King, and no Member of Parliament in either House could do too such for the*

Aussicht auf Vorteile und Belohnungen korrumpiert werde und danach strebe dem König mehr Macht zu verschaffen als ihm nach Recht und Verfassung zustehe, was sich insbesondere in der Einführung absoluter und willkürlicher Herrschaft manifestiere, der tue zu viel für den König<sup>958</sup>. Die Streitschrift führte abschließend alle Lords namentlich auf, die sich für und gegen Danbys „*Non-resisting test*“ aussprachen. In warnendem Unterton wurde die Bildung einer neuen Partei für die nächste Sitzung in Aussicht gestellt, da die Krone durch falsche Räte zur Wiederbelebung früherer Verfehlungen verleitet werde<sup>959</sup>. Ausdrückliche gewarnt wurde vor einem Berufsheer, dessen Aufbau Hand in Hand gehe mit der Schwächung des Adels. In einer kaum verhüllten Drohung wurde der König an das Schicksal seines Vaters im Bürgerkrieg erinnert<sup>960</sup>. Zu allerletzt erinnerte der Autor an Erzbischof William Lauds „*Divine Right*“-Doktrin, die für den Ausbruch des Bürgerkrieges mit ursächlich war. Auch dies dürfte eine deutliche Warnung an entsprechende Ambitionen des Königs und seiner Räte gedacht gewesen sein<sup>961</sup>.

**Die „*Humble Address to His Majesty, for the Dissolution of this Parliament*“ (20. November 1675)**, der Antrag zur Auflösung des Kavaliarparlaments also, wurde von Lord Mohun im Oberhaus eingebracht und dort debattiert. Es liegen keine Aufzeichnungen der Debatte vor, außer sehr knappen Zusammenfassungen in Timberlands und Cobbetts Sammlungen<sup>962</sup>. Der Antrag zur

---

*King, or to be too much of his side, and that Men might lawfully, and worthily, have their Prospect, such Offices, or Benefits from Him*“

<sup>958</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 29: „*With this the Lords against the Bill, were in no tearms satisfied, but plainly spoke out that Men had been, might, and were likely to be, in either House, too much for the King, as they call'd it, and that whoever did endeavour to give more power to the King, than the Law and constitution of the Government had given, especially if tended to the Introducing an Absolute and Arbitrary Government might justly be said to do too much for the King, and to be corrupted in his judgement by the prospect of advantages, and rewards*“

<sup>959</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 32: „*Thus Sir, You see the Standard of the new Partie is not yet set up, but must be the work of another Session, though it be admirable to me, how the King can be enduced to venture His Affairs upon such weak Counsels, and of so fatal consequences [...] a reviving of former miscarriages, especially after so many Promises and Declarations, as well as Acts of Oblivion, and so much merit*“

<sup>960</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 33: „*For the Power of Peerage, and a standing Army are like two Buckets, the proportion that one goes down, the other exactly goes up; [...] whether standing forces Military, and Arbitrary government, came not plainly in by the same steps, that the Nobility were lessened [...]. But I cannot believe the King Himself will ever design any such thing; [...] He can hardly have forgot the treatment his Father received from the Officers of his Army [...]*“

<sup>961</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., A letter from a person of quality to his friend, 1675, S. 34

<sup>962</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 30–34; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 39–54; CHANDLER, *The History and Proceedings*

Auflösung des Parlaments wurde unter scharfem Protest der Opposition abgelehnt (20. November). In dem Protest, der von nicht weniger als 22 Lords unterschrieben wurde, darunter Buckingham, Shaftesbury, Halifax und Clarendon, begründete man, warum man gegen die Nichtannahme des Antrags zur Auflösung protestierte und die Auflösung forderte. Man argumentierte mit den althergebrachten Gesetzen des Landes. Nach diesen Gesetzen und jahrhundertalter Praxis seien Parlamente regelmäßig neu abzuhalten<sup>963</sup>. Zweitens sei es nicht vernünftig, eine Anzahl von Männern über so viele Jahre mit der Aufgabe zu betrauen, **Repräsentanten des Volkes im Unterhaus** zu sein, und gleichzeitig so viele gleichermaßen qualifizierte Männer auszuschließen. Es sei auch nicht vorteilhaft für die Regierung, daß Grafschaften und Städte über einen so langen Zeitraum von einmal gewählten Abgeordneten vertreten werden, weil sich über einen so langen Zeitraum die Interessen von Wählern und Gewählten ändern<sup>964</sup>. Drittens fördere die lange Dauer nicht das Gemeinwohl, sondern die Entstehung von Faktionen und Parteien<sup>965</sup>.

**Die anonyme Schrift „The Debate or arguments for dissolving this present Parliament“ (1675)** referierte die Debatte zur Auflösung des Parlaments und die Argumente für regelmäßig neu zu wählende Parlamente. Das ohne Druckort versehene Pamphlet dient als wichtige Quelle, da außer den sehr knappen Zusammenfassungen in Timberlands und Cobbetts Sammlungen keine anderen Aufzeichnungen der Debatte vorliegen. Cobbett und Torbuck ordnen den Druck Shaftesbury zu<sup>966</sup>.

---

of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 234–242; DEBRETT, Parliamentary Papers, Vol. I., 1797, S. 200; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680), 1741, S. 165–168; TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97), 1742, S. 175–184; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 800–803; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 535f.

<sup>963</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 33: „*First, We do humbly conceive, that it is according to the ancient Laws and Statutes of this Realm, that there should be frequent and new Parliaments; and that the Practice of several Hundred Years hath been accordingly*“

<sup>964</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 33: „*2. It seems not reasonable, that any particular Number of Men should for many Years engross so great a Trust of the People, as to be their Representatives in the House of Commons; and that all other the Gentry and the Members of Corporations of the same Degree and Quality with them should be so long excluded: Neither, [...] is it advantageous to the Government, that the Counties, Cities, and Boroughs, should be confined for so long a Time to such Members as they have once chosen to serve for them; [...]*“

<sup>965</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 33

<sup>966</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. LXXI–LXXX; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680), 1741, S. 168–179; Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, and the calling frequent and new Parliaments, As they were delivered in the House of Lords, November the 20th, 1675, Early English Books Online (EEBO) 179:08, 1675; „*The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*“ und den Protest vom 22. November im Oberhaus unter dem Titel „*The Protestation, with Reasons of several Lords for the Dissolution of this Parliament, entred in the Lords Journal, November 22. 1675 the day Parliament was prorogued*“, in: Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, Two seasonable discourses concerning this present

Das Pamphlet beschreibt einleitend die Tagungsweise der Parlamente im Rahmen der „*Ancient Constitution*“, der Vorstellung also, daß die Verfassung Englands mit den Freiheiten der Engländer sich in unvordenklicher Zeit entwickelt habe und dem Alter entsprechend über Neuerungen stehe. Nach der Verfassung, den alten Reichsgesetzen („*according to the Constitution of the Government, the ancient Laws and Statutes of this Realm*“) und der Praxis vergangener Zeiten sollte es regelmäßige und neue Parlamente geben („*frequent and new Parliaments*“). Lange vor und nach der normannischen Eroberung wurden Parlamente dreimal jährlich abgehalten, an Ostern, Pfingsten und Weihnachten, mit einer Dauer von jeweils acht Tagen. Im vierten Jahr der Herrschaft König Edwards III. aber wurde ein Gesetz verabschiedet, daß Parlamente mindestens einmal jährlich oder öfter abgehalten werden sollten („*That Parliaments should be holden every year once, or more often*“). Wie das Gesetz Edwards III. zu verstehen sei, ob jedes Jahr ein neues Parlament einzuberufen sei oder das alte sich erneut zu versammeln habe, das zeige die jahrhundertealte Praxis. Demnach habe es schlichtweg keine Vertagungen gegeben. Diese seien als Neuerungen erst in den letzten Jahren praktiziert worden („*Prorogations or Adjournements, being a thing never heard of untill latter Years*“)<sup>967</sup>. Der Text beschäftigt sich nach Zurückweisung der Vertagungspraxis mittels historischer Beweisführung mit der Parlamentswahl und den Auswirkungen langer Tagungsdauer. Es sei einfach unvernünftig, Abgeordnete über einen so langen Zeitraum mit einem Mandat zur Vertretung der Wähler zu betrauen und andere, die gleichermaßen qualifiziert seien, so lange auszuschließen. Mit der Natur der **Repräsentation** sei das nicht zu vereinbaren. Die Wähler werden um ihr Wahlrecht gebracht. Mit der langen Dauer des Parlaments ändern viele Abgeordnete zudem ihre Einstellung, weil sie beispielsweise vom Fürsten zu Amtspersonen ernannt werden. Bei Neuwahlen würde man sie wohl nicht in ihrem Mandat bestätigen<sup>968</sup>. Der Autor anerkennt zwar das Recht des Königs zur Einberufung und Beendigung des Parlaments, besteht aber auch darauf, daß der König die Pflicht zur Regelmäßigkeit der Parlamente habe. Die gewählten Abgeordneten müssen zudem Repräsentanten der Wähler bleiben<sup>969</sup>.

---

Parliament, Early English Books Online (EEBO) S2906A, Oxford, 1675; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

<sup>967</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 1

<sup>968</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 1ff.

<sup>969</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 3: „*There is no question, but this the Kings undisputed Prerogative to call and end Parliaments when he please, and no man, nor number of men can limit him a time; but the greatest Prince cannot avoid the being limited by the nature of things;*

Die dreigliedrige Staatsordnung bestehend aus Monarch, Erbadel im Oberhaus und gewählten Abgeordneten im Unterhaus wird anschließend thematisiert. Nach der Verfassung habe der König als Haupt (*“King as Head”*) die Interessen und das Wohl aller zu fördern, werde aber von böswilligen Plänen der Menschen seiner Umgebung von diesem Ziel abgelenkt. Die Mitglieder des Erbadels sind von Geburt die natürlichen Ratgeber des Königs (*„The Councill, the Wisdom, and Judgment of the Nation“*). Ihre Aufgabe besteht darin, das Gleichgewicht zu wahren, damit Favoriten und die großen Würdenträger ihre Grenzen nicht überschreiten und die Menschen unterdrücken. Aber auch der Erbadel kann in der Hoffnung auf Beförderung anmaßend werden, weshalb gewählte **Repräsentanten im Unterhaus** als Sensorium und zur Willensäußerung des Volkes nötig seien<sup>970</sup>. Veränderungen der bestehenden dreiteiligen Verfassungsordnung würden nur Unordnung mit sich bringen. Die lange Tagungsdauer produziere nur Streit und Parteiungen und fördere privaten Eigennutz und die Hofpartei. Das Gemeinwohl bzw. der Nutzen des Königs oder des Königreiches werden nicht befördert<sup>971</sup>. Das Parlament habe seine Befugnisse seit der Zeit Heinrichs VIII. stetig und beträchtlich ausgedehnt. Ursache dafür war die Ausdehnung der Tagungsdauer bereits unter Heinrich VIII. (*„Parliaments began in Hen. 8’s time to be longer than they ought“*), der wußte, daß lange Parlamente zur Herbeiführung großer Veränderungen geeignet waren (*“That Prince knowing that long Parliaments were fitted to make great Changes”*). Die lange Dauer der Parlamente hatte nachteilige Wirkungen. Es förderte die Korruption der Unterhausabgeordneten und schaffte eine Hofpartei im Oberhaus (*„Spiritual Lords“*, *„Popish Lords“*, *„Court Lords“* und *„great officers“*). Verhindert werden könne all das durch Neuwahl des Unterhauses<sup>972</sup>. Im Lob des Königs und des Unterhauses drückte sich die Kritik an der Beeinflussung des Kavalierparlaments aus. Die Güte des Königs und die Tugendhaftigkeit der gegenwärtigen Unterhausabgeordneten könne nicht genug gelobt werden, daß sie trotz der Ehren, Ämter, Pensionen, Gelder, Anstellungen und Geschenke dem Absolutismus widerstanden haben. Die Gefahr des Absolutismus sei aber absehbar unter Fürsten wie man sie in Frankreich, Dänemark

---

[...] *We Owe the Prince the observance of his time and place both for calling and duration of Parliaments, and the Prince owes us, not onely frequencies of Parliaments, but that our Representations should be preserv’d to us in them”*

<sup>970</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, 1675, S. 3f.*: *„The House of Commons affording the Sense, the Mind, the Information, the Complaints, the Grievances, and the desires of all those People for whom they serve“*. Diese sollten jährlich, wenn nicht öfter gewählt werden: *„new chosen once a year, if not oftener“*

<sup>971</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, 1675, S. 4.*: *„The long continuance [...] must necessarily produce Caballs, and Parties, and the carrying on of private Interests and Court-Factions, rather than the publick good, or the true Interest either of the King or Kingdom“*

<sup>972</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, 1675, S. 5f.*

und anderen Ländern sehe und mit einem Unterhaus wie es in langen Parlamenten der Fall sei<sup>973</sup>. Das Ausmaß der Korruption im Unterhaus wird im Zusammenhang mit der langen Tagungsdauer des Parlaments gesehen und kritisiert. Als die Parlamente noch kurz und regelmäßig waren, da war die Korruption klein. Früher erhielten Abgeordnete von ihren Wählern eine Entschädigung. Arme Wahlbezirke baten um das Recht, keinen Abgeordneten schicken zu dürfen. Heute aber würden zwischen 1.500 und 2.000, manchmal bis zu 7.000 Pfund für einen Sitz gezahlt. Wer so viel bezahle, der erwarte von seiner Abgeordnetentätigkeit, das Geld wieder hereinzuholen. Schließlich strebe das Unterhaus immer mehr danach, seine Privilegien über das gehörige Maß hinaus auszudehnen. Heilmittel zur Bekämpfung dieser Auswüchse seien regelmäßige und kurze Parlamente<sup>974</sup>. Diese sorgen dafür, daß Parlamentarier keine größeren Privilegien erlangen als nötig. Diejenigen, die andere unterdrücken und beeinträchtigen verdienen keine Wiederwahl<sup>975</sup>. Ein neues Parlament sei im Interesse aller. Dagegen stelle sich eine einzige unversöhnliche Partei, welche die alten Gräben wieder aufreißen und diese glückliche Monarchie in eine absolute und willkürliche Militärregierung umwandeln wolle<sup>976</sup>.

**Das Pamphlet “*A letter from a Parliament man to his friend*” (1675)** faßt die Beschwerden der “*Country-Opposition*” zusammen. Sowohl William Cobbett als auch die EEBO gehen von Shaftesburys Autorschaft aus<sup>977</sup>. Die Schrift beschreibt anfangs Charakter und Zusammensetzung des Kavalierparlaments. Es sei ein stehendes, dauerhaftes Parlament (“*a pied Parliament*”), welches noch aus den alten Gefolgsleuten des Königs während des Bürgerkrieges (“*old Cavaliers*”) und Republikanern (“*old Round-heads*”), mehrheitlich aber aus mittellosen Anhängern des Hofes

---

<sup>973</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 6: „[...] *the Government [...] made absolute and at the will of the Prince. How easie this may be done in future Ages under such Princes, and such an House of Comons as may happen, if long and continued Parliaments be allowed for law [...]*“

<sup>974</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 7: „*But the Cure of this Evil is very easy in frequent and short Parliaments*“

<sup>975</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 7: „*The Members will affect no larger priviledges than are necessary and useful to them, for such as oppress and injure others cannot expect a second choice, and the present time is but short*“

<sup>976</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament*, 1675, S. 10: „*Thus you see ,tis the Interst of all sorts of men to have a New Parliament; [...] In a word, there is not to be imagined an Interest against this, unless there be an inveterate party still remaining in our World, who to compass their Revenge, and repair their broken Fortunes, would hope to see the Act of Oblivion set aside, and this happy Monarchy turned into an absolute, Arbitrary, Military Government*“

<sup>977</sup> Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *A letter from a Parliament man to his friend, Concerning the proceedings of the House of Commons this last sessions, begun the 13th of October 1675*, Early English Books Online (EEBO) 400:08, London, 1675; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. LXVII–LXXII: “*Written by the Earl of Shaftesbury*”

(“*Indigent Courtiers*”) und echten Landedelleuten (“*True Country Gentlemen*”) bestehe. Einvernehmen werde durch die alten Mitglieder verhindert. Die Anhänger des Hofes spielen die Gruppen gegeneinander aus und erlangen so Mehrheiten, die sie sonst niemals hätten<sup>978</sup>. Die größte Gefahr für englisches Recht und Freiheit sei die ausgreifende Prerogative. Um diese zu bändigen sei es notwendig, die Geschöpfe der Prerogative und die von ihr Abhängigen zu unterdrücken und diejenigen zu unterstützen, welche die Prerogative in ihren rechtmäßigen Grenzen halten<sup>979</sup>. Gestärkt werden müssen die protestantischen Dissenter, denn sie seien die Unterstützer der Freiheit, nicht aber die Prälaten der Kirche, die stets der Prerogative zuneigen und diese unterstützen. Dasselbe gelte für die Miliz, welche die Freiheit des Landes aufrechterhalte, während ein stehendes Heer diese zerstöre<sup>980</sup>. Die Schrift ruft dazu auf, das alte Recht jährlicher Parlamente wieder herzustellen, Bestechungen und Ämterpatronage zu unterbinden und Vertagungen durch Adjournements und Prorogationen sowie Parlamentsauflösung so lange zu verhindern, bis alle Petitionen gehört und Beschwerden behoben sind. Damit sind die Kernkritikpunkte an Danbys “*Parliamentary Management*” benannt<sup>981</sup>.

**Die Vertagung (Prorogation) vom 22. November 1675 schickte das Kavalierparlament in einen fünfzehnmonatigen Rezess.** Karl II. verkündete die Vertagung auf den 15. Februar 1676 zwei Tage nach Einlegung des Protests der Lords im Oberhaus gegen die Nichtannahme des Antrags zur Auflösung des Parlaments (20. November 1675). Weder König noch Lordkanzler hielten eine Rede zur Begründung der Vertagung<sup>982</sup>. Im Oberhaus erhoben sich 22 Lords zum Protest gegen die Vertagung. Gleichzeitig stellten sie erneut den Antrag zur Auflösung des

---

<sup>978</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675, S. 1f.: “*Upon these therefore the Courtier mutually plays: For if any Anticourt motion be made, he gains the Round-head either to oppose or absent [...] And when any Affair is started on the behalf of the Countrey, he assures the Cavaliers [...] and by this Art gain a Majority against the Country Gentlemen, which otherwise they would never have [...]*”

<sup>979</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675, S. 3: “[...] *what is the greatest Enemy in the World, that English Law and Liberty always had, still hath, and ever must have [...] it was Encroaching Prerogative. [...] to check this Prerogative, which is so dangerous an Enemy to our Laws and Liberties, peradventure that thought would answer, In Suppressing all they could its Creatures and Dependants, and supporting such, whose Interest it is to keep Prerogative within its just bounds*”

<sup>980</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675, S. 4

<sup>981</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675, S. 5f.: “*Do but move things worthy a Parliament; as that we may have our old known Rights of Annual Parliaments ascertained: That none that are or shall be Bribed by any Place or Office, shall ever sit in this House: That Parliaments ought not to be Prorogued, Adjourned, or Dissolved, till all Petitions are heard, and the Aggrievances of the People redressed*”

<sup>982</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 54: “*Monday, November 22. The House of Commons was sent for up to the Lords House, to attend the King, by the Black Rod, where, without any speech of King, or Lord Keeper, the Parliament was prorogued to February 15, 1676-7*”



Parlaments. Die Begründung entsprach ihrem Antrag zur Auflösung vom 20. November 1675. Der Protest gegen die Vertagung und der Antrag zur Auflösung mit Begründung wurden im „*Journal of the House of Lords*“ eingetragen und von den Lords unterschrieben. Gegen die Vertagung gab es keine Handhabe<sup>983</sup>. Die Ansicht, daß es das Beste sei, das Parlament aufzulösen, wurde vom Herzog von York, Arlington, Ormonde und Prinz Rupert geteilt. Lord Holles schlug ein rivalisierendes Oppositionsbündnis zu Shaftesbury vor, bestehend aus ihm, dem Herzog von York und dem französischen Botschafter. Der Herzog von York mochte sich dem aber nicht anschließen. Danby beabsichtigte mit Lauderdale eine protestantische, anti-französische Allianz zu schmieden. Und Shaftesbury, dem nahegelegt worden war, London zu verlassen, zog vom Exeterhaus in ein Haus in der Aldergatestreet, um näher am Strand zu sein, wo er sich im „*Green Ribbon Club*“ engagierte, der zu einem Sammelpunkt der Opposition wurde<sup>984</sup>.

**Die anonyme Schrift *“Reasons for a new parliament delivered in the Lords House Novemb. 20th 1675, With several other arguments for dissolving this parliament and calling frequent and new parliaments”*** bezog sich im Titel direkt auf den Auflösungsantrag im Oberhaus vom 20. November 1675, trägt aber das Druckdatum 1676<sup>985</sup>. Die Bezugnahme auf die Wiederversammlung am 15. Februar 1677 zeigt, daß die Schrift während des langen Rezess geschrieben und veröffentlicht wurde und als solche zeigt sie den fortschreitenden Debattenstand<sup>986</sup>. Die Schrift stützt sich zunächst auf die herkömmlichen Argumente zur Auflösung des Kavalierparlaments. Zunächst einmal auf die zwei Gesetze Edwards III. (4<sup>th</sup> Edw. 3.10 und 36<sup>th</sup> Edw. 3.14) zur regelmäßigen jährlichen Parlamentstagungsweise<sup>987</sup>. Entscheidend sind die weiteren Präzisierungen der Schrift, die sich gegen ständige Vertagungen wendet, die zu langen Parlamenten führen, welche den Repräsentationsgedanken ad absurdum führen. Gefordert wird, daß jedes Jahr ein neues Parlament

---

<sup>983</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 34f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382; „*The Protestation, with Reasons of several Lords for the Dissolution of this Parliament, entred in the Lords Journal, November 22. 1675 the day Parliament was prorogued*“, in: SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF ET AL., *Two speeches*, 1675, S. 15–18

<sup>984</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 540f.; vgl. zum „*Green Ribbon Club*“: SITWELL, George Resesby, *The first Whig, An account of the parliamentary career of William Sacheverell, The origin of the two great political parties and the events which led up to the Revolution of 1688*, 1894

<sup>985</sup> Anonymus, *Reasons for a new parliament, delivered in the Lords House Novemb. 20th 1675, With several other arguments for dissolving this parliament and calling frequent and new parliaments*, Early English Books Online (EEBO) 2015:08, London, 1676, S. 3: „*That according to the Constitution of the Government, and the Antient Laws and Statutes of this Realm, there should be frequent Parliaments; and that the Antient Practice of this Nation hath been accordingly*“;

<sup>986</sup> ANONYMUS, *Reasons for a new parliament*, 1676, S. 7: „*Because this Parliament cannot meet till the 14. February*“

<sup>987</sup> ANONYMUS, *Reasons for a new parliament*, 1676, S. 3: „*The Substance of which are; That for the Maintenance of the Rights of the Kingdom and for Remedy of Mischiefs and Grievances that daily happen, A Parliament shall be held every Year once, or more oftener if need be*“

einberufen werden müsse und nicht etwa das alte Parlament. Die Praxis der Vertagungen durch Prorogationen und Adjournements sei etwas Neues, in den Jahrhunderten zuvor niemals praktiziertes Verfahren<sup>988</sup>. Es verstoße gegen das **Repräsentationsprinzip** und das diesem inhärente Treuhandprinzip, wenn die Wähler mehr als ein Jahr oder wie im Falle des Kavalierparlaments mehr als fünfzehn Jahre keine Gelegenheit dazu haben, ihre Abgeordneten neu zu bestimmen. Das vertragliche Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen Wähler und Gewähltem gebiete die Möglichkeit zum regelmäßigen Wechsel. Schließlich ändere sich der Wählerwille über einen längeren Zeitraum und müsse seinen Ausdruck finden können<sup>989</sup>. Die lange Parlamentsdauer führe zu Korruption, zur Vernachlässigung des öffentlichen Wohls zugunsten von Privatinteressen, zur Parteienbildung und einer Hofpartei. Die Mischverfassung des *“King-in-Parliament”* verliere durch die lange Parlamentsdauer das Unterhaus als wichtigen Ausgleichs- und Sicherungsmechanismus gegenüber einem Oberhaus, das nicht mehr dem öffentlichen Wohl diene. Ein frisch gewähltes Unterhaus aber sei ein Gegengewicht zum Oberhaus, weil die Abgeordneten noch nicht ihre Einstellung gegenüber den Wählern verloren und ihre Prinzipien zu Markte getragen haben<sup>990</sup>. Kritisiert wurde auch, daß die Kandidaten Unsummen für ihre Wahl ausgeben, während die Kandidaten bei den Wahlen zu den früheren kurzen und regelmäßigen Parlamenten ihre Gelder einzig und allein von den Wählern erhielten<sup>991</sup>. Die Kernfrage wird darauf zugespitzt, wie Unterhausabgeordneten überhaupt **Repräsentanten** ihrer Wähler sein können, wenn sie gar nicht

---

<sup>988</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 3: *“And these Lawes are to be understood of a NEW Parliament, every Year, and not of calling the Old; as is most manifest by the practice not onely of all the Ages before, but of some hundreds of years after these Lawes were made; Prorogations or long Adjournements being things never heard of until latter years”*

<sup>989</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 3: *“And it is most unreasonable that any particular number of Men, should for more then One year, much more for Fifteen yeares together ingrosse so great a Trust of the People as to be their **Representative in the House of Commons**; [...] neither is it agreable to the **nature of a Representative** to be continued for so long a time, so that those that Chose them, are not allowed frequent opportunities of changing the hands in which they are forced to pur so great a Trust, the mutuall correspondence and interest of those who Chose, and are Chosen, admitting of great variation in length of time”*

<sup>990</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 4: *“The long continuance of any such as are intrusted for others [...] makes them liable to be Corrupted, and won from the Publick Interest, and necessarily produces Cabals and Parties, and the Carrying on of Private Interests, and Court Factions, rather than the Publick Good, or the true Interest of the King or Kingdom: And takes away the great Security the Nation hath: That if it should happen, that the Spiritual Lords [...] together with the Court Lords, and Great Officers [...] should pass things very prejudicial to the Publick, yet all should prove ineffectual, and the Nation remain Safe in a House of Commons, Lately Chosen, that have not had time to learn new Sentiments, or put off their Old Principles at a good Market”*

<sup>991</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 4: *“Moreover it is from the Long Continuance of Parliaments that Gentlemen are content to spend such great Sums of Money to be chosen [...] whenas in former times, when Parliaments were short and frequent, the Members constantly received their Wages both of their Countys, Citys and Burroughs”*

ihre Ansichten vertreten<sup>992</sup>. Die Fortsetzung des Kavalierparlaments sei nicht praktikabel, weil der Bruch zwischen den beiden Parlamentshäusern nicht repariert werden könne. Die Wahl eines neuen Parlaments sei die einzige Lösung<sup>993</sup>. Diese Ansichten seien die der meisten Lords (*“sense and judgement of the greater part of the Temporal Lords”*). 41 Lords stimmten angeblich für die Auflösung des Kavalierparlaments während lediglich 21 Lords dagegen stimmten, darunter die geistlichen Lords und die Amtsträger bzw. die Pensionäre des Königs (*“except the Bishops and such Lords as hold Offices and Places, or receive Pensions from the King”*)<sup>994</sup>. Es sei genauso das Recht der Engländer, regelmäßige und neue Parlamente zu haben, wie es ihr Recht ist, überhaupt Parlamente zu haben. Und wieder kommt die Bezugnahme darauf, daß dauerhafte Parlamente so gefährlich seien wie ein stehendes Heer<sup>995</sup>. Daneben werden weitere Argumente gegen das lange und für ein neues Parlament eingebracht, darunter die Erholung des beschädigten Handels und die Errettung des Protestantismus von den Katholiken<sup>996</sup>. In der Schrift beginnen jetzt die Angriffe auf die Katholiken. Das Land und der Handel werde von den Katholiken ruiniert. Der Brand von London gehe auf sie zurück. Der Königsbruder und seine Verbindungen zu den Katholiken werden angegriffen. Seine Stellung als Thronerbe wird hervorgehoben und im selben Atemzug seine katholischen Heirat besonders betont, die zur Infiltration Englands mit katholischen Priestern und Jesuiten geführt habe<sup>997</sup>. Die englischen Katholiken seien bewaffnet, verbreiten ihr Gebetsbuch und seien sich ihrer Position im Falle des Ablebens des Königs bewußt. Der Tod Karls II. und die katholische Thronfolge wird dem Leser hier unmittelbar drohend vor Augen geführt und ein neues Parlament als Mittel zur Sicherung des Protestantismus gepriesen<sup>998</sup>. Als neues Argument zur

---

<sup>992</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 5: *“How can this present House of Commons be the True Representative of those they Serve for, since the People and they are of Different Minds?”*

<sup>993</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 5: *“To conclude this Debate, The Continuance of This present Parliament any Longer, is Unpracticable; the unhappy Breaches fallen out betwixt the Two Houses is as unlikely to be Repaired by This, as they are to be Renewed by a New Parliament”*

<sup>994</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 5

<sup>995</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 6: *“That it was as much the Right of the People of England, to have frequent and New Parliaments, as to have any at all. And that a Standing Parliament and a Standing Army were a like dangerous to England”*

<sup>996</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 6: *“And now almost every Corner of England is full of Discourse and Desire of, and Prayer for a New Parliament, as the only probable means to preserve the Kings Person, and the Protestant Religion from the Designs of the Papist, and to Restore the almost lost Trade, Riches, Honour and Strength of this Kingdom”*

<sup>997</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 7f.: *“And his Royal Highness, who is the presumptive Heir to the Crown did Marry one of that Religion, and thereby cause a great number of Priests and Jesuits to comer over, and remain here”*

<sup>998</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 8: *“So that except there be a New Parlaiment, speedily Called to unravel all their Policies and in time take care to preserve the Protestant Religion, to us and our Posterity, they seem to think themselves secure of all whenever the King Dies, And therefore the People desire a New Parliament to prevent that ‘Deluge of Popery’ [...] For*

Auflösung des Parlaments wird der mehr als einjährige Rezess eingeführt, der automatisch zur Auflösung führe. Die lange Prorogation widerspreche dem Recht und der Verfassung nach der Parlamente einmal jährlich tagen müssen. Es bestehe keine Verpflichtung mehr den vom Kavalierparlament beschlossenen Gesetzen Folge zu leisten, da das Kavalierparlament kein rechtmäßiges Parlament mehr sei<sup>999</sup>. Abschließendes Argument für die Auflösung des Kavalierparlaments ist die Bedrohung durch Frankreich. Eine französische Invasion und Eroberung Englands wird ganz konkret und anschaulich geschildert<sup>1000</sup>. Einzige Rettung sei ein neues Parlament. Alle die Gott, den Protestantismus, ihren König, ihr Land, die Gesetze, Freiheiten, Eigentum, Ehre und Sicherheit Englands lieben werden dazu aufgerufen, in rechtmäßiger Art und Weise, den König zur Einberufung eines neuen Parlaments zu ersuchen<sup>1001</sup>. Gleichzeitig spricht die Schrift eine Warnung an alle aus, die ein neues Parlament zu verhindern beabsichtigen. Dagegen können nur diejenigen sein, die Pensionen von Frankreich oder vom Vatikan beziehen, ihre Selbstbereicherung mit dem Ruin des Landes erkaufen oder unrechtmäßige Praktiken anwenden. Ein klares Abzielen auf Danby und sein *“Parliamentary Management”* ohne ihn namentlich ausdrücklich zu benennen<sup>1002</sup>.

**Der französische Einfluß auf die Tagungsweise des Kavalierparlaments** zeigte sich deutlich während des langen Rezess. Ludwig XIV. wies die Auszahlung der versprochenen Subsidie an Karl II. an, obwohl dieser sich nicht an alle Vereinbarungen gehalten hatte. Von Rouvigny gewarnt befürchtete der französische König, daß Danby eine Aussöhnung mit den Holländern anstrebte. So kam es zu einem Geheimvertrag zwischen den beiden Königen, geschlossen am 16./26. Februar

---

*all the Safety or Our Religion depends wholly upon the Kings Life, and how uncertain the Life of any King, or Prince, or Person whatsoever is, whose Death would advantage the Popish Interest [...]*”

<sup>999</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 7: *“There seems an absolute Necessity of a New Parliament, because this Parliament by the ill Advice of some Persons hath been Prorogued for more than a year, whereas the Laws and very Constitutions of this Kingdom There ought to be a Parliament every Year. And there it is the Opinion of many, very learned in the Law, **That this Parliament being Prorogued beyond a year, is naturally Dissolved, and ceases to be any longer a Parliament**, and that the People of England owe no Obligation to any Laws they shall make, nor are to be Hold by them: [...]*”

<sup>1000</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 8: *“Besides all this, the People say, That if we are without a Parliament till February, the whole Kingdom is in danger to be Lost to the French”*

<sup>1001</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 8: *“This being the Case we will Appeal to all Men that have any Love to God, the Protestant Religion, their King or Country, the Laws, Liberties, Estate, Honour or Safety of England; Whether it be not the indispensable Duty of every English Man [...] (by Petition, or any other lawful means whatsoever) to endeavour to move his Majesty immediately to Call a New Parliament?”*

<sup>1002</sup> ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676, S. 8: *“And whether it be possible to imagine that any English Man can oppose this, except such, [...] whose Pensions from France and Rome have wholly blinded their Understandings; or such who mind nothing so much as heaping up Vast Estates and Honours to themselves and their Relations though Purchased with the Ruin of their Country; or such, whose already Extrajudicial Practices, make them Dread the very thought of a New Parliament?”*

1676, alsbald nach der Prorogation des Parlaments am 22. November 1675 also, in dem sich die Monarchen versprachen, keinem ihrer Feinde Beistand zu leisten und keine Abkommen ohne des anderen Wissen und Teilnahme zu schließen. Der Vertrag erneuerte alle bisher getroffenen Vereinbarungen und richtete sich insbesondere gegen die Niederlande. Danby, Verfechter einer anti-französischen, protestantischen Außenpolitik, war nicht dazu bereit diesen Vertrag zu unterschreiben, tat aber so, als sei er dazu gewillt. Sogar Lauderdale verweigerte zunächst seine Teilnahme. Ludwig XIV. versuchte nun, nachdem er Karl II. auf seine Seite gezogen hatte, Spanier und Holländer zu entzweien, ebenso wie Wilhelm von Oranien den Holländern sowie die deutschen Fürsten vom Kaiser zu entfremden. Nach Abschluß des Geheimvertrages wurde Rouvigny von Honoré Courtin abgelöst. Die Instruktionen an Courtin sind aufschlußreich für die Pläne Ludwigs XIV. mit England. Bei den Friedensverhandlungen in Nijmegen im Februar 1677 zeigte sich in den Maximalforderungen der Alliierten, daß sie auf eine Entscheidung des englischen Parlaments warteten, das nach fünfzehnmonatiger Vertagung wieder zusammentreten würde. Der Druck auf Karl II. erhöhte sich zu einem Zeitpunkt größter finanzieller Not, denn im November 1676 war es ihm nicht gelungen, ein Darlehen von der City of London zu erhalten. Gegenüber Courtin beklagte Karl II. seinen hohen Schuldenstand und erreichte, daß ihm Ludwig XIV. weitere 100.000 Pfund gab und nochmals 100.000 Pfund in Aussicht stellte, wenn Karl II. das Parlament erneut vertagen würde, diesmal bis 1678. Danby hingegen setzte sich für eine Versammlung des Parlaments ein, weil die 1670/71 bewilligte Verbrauchssteuer im Juni 1677 auslaufen würde und er darauf setzte mit seinen Verbündeten im Unterhaus Gelder bewilligt zu bekommen. Karl II. hatte sich zwischen diesen Alternativen zu entscheiden. Als bekannt wurde, daß Karl II. eine Versammlung beabsichtigte, schickte Ludwig XIV. 200.000 Livres an Courtin, um damit die Opposition gegen Danby im Parlament zu unterstützen<sup>1003</sup>.

**Eine in “Grey’s Debates” befindliche anonyme Schrift im Appendix zur 15. Sitzung**, die den langen fünfzehnmonatigen Rezess behandelt, trägt keinen Titel, hat aber in “Grey’s Debates” die Überschrift “*The Question is, Whether a Prorogation of the Parliament extended beyond twelve months, be not, in construction of law, dissolution*“. Unter Bezugnahme auf die Gesetze Edwards III. (“*4th, the other in the 36th of Ed. III.*“), welche jährliche Parlamente verlangten, sei die lange Prorogation von fünfzehn Monaten Dauer illegal. Eine illegale Prorogation sei keine Prorogation, sondern eine Auflösung (“*But if a Prorogation beyond a year be illegal, it follows that it is no Prorogation, but a discontinuance, or dissolution*“). Dem schließt sich die Frage an, ob die Gesetze Edwards III. weiterhin Geltung haben. Auf den “*Triennial Act*” von 1641 müsse man dafür gar

---

<sup>1003</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 536–540; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 96

nicht rekurreren, weil dieses Gesetz von Karl II. aufgehoben worden sei. Das Gesetz Edwards III. sei damit aber nicht auch aufgehoben worden. Dem König obliege vielmehr treuhänderisch, in angemessener Zeit Parlamente einzuberufen. Der zweite *“Triennial Act”* von 1664, der den ersten von 1641 widerrief, sei zwar ein gutes Beispiel des Widerrufs eines Parlamentsgesetzes. Der *“Triennial Act”* von 1664 bestätige aber gerade die Gesetze Edwards III. Dies sei ersichtlich aus dem Satz *“And, because, by the ancient Laws and Statutes of this Realm, made in the reign of K. Edw. III. Parliaments are to be held very often, &c”*. Die Verwendung des Präsens „are“ anstatt „were“ zeige dies. Außerdem beende der Nichtgebrauch oder der Bruch eines Gesetzes nicht die Gültigkeit. Beispielhaft dafür sei Magna Charta. In einer Monarchie komme es auf Kopf und Körper an, auf ein Zusammenwirken aller Staatsglieder, denn ansonsten handele es sich um ein Monster. Der Grundsatz *“Leges posteriores priores contrarias abrogant”* greife nicht im Verhältnis des zweiten *“Triennial Act”* zu den Gesetzen Edwards III. Der *“Triennial Act”* von 1664 spreche zwar davon, *“that Parliaments shall be held at least every three years”*. Dies widerspreche aber gar nicht Edwards Vorschrift *„that Parliaments shall be called yearly“*. Da es in England nun einmal so sei, daß der König an die geltenden Gesetze gebunden sei (*„IT is a fundamental and unquestionable maxim in the law of England, that the Kings of England are so bound by all Statutes made for the public good [...]“*), verstoße die über einjährige Prorogation gegen die Gesetze Edwards III., sei deshalb null und nichtig und das Parlament aufgelöst<sup>1004</sup>.

**Der Leinenhändler Francis Jenks stellte seinen Antrag auf Einberufung eines neuen Parlaments im Londoner Rathaus am 24. Juni 1676**<sup>1005</sup>. In seiner Rathaus-Rede<sup>1006</sup> kritisierte er, daß es vergeblich sei, sich in der Gemeindevertretung um die Wahl von Amtspersonen zu bemühen, wenn nicht dafür Sorge getragen werde, daß London überhaupt erhalten und vor dem Ruin gerettet

<sup>1004</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 55–62 (Appendix zur langen Prorogation): *“This long Prorogation of fifteen months occasioned at that time much disquiet, and produced the following arguments, which it has been thought proper to annex. It does not appear who was the Author”*

<sup>1005</sup> Anonymus, *An Account of the proceedings at Guild-Hall, London, at the Tolke-moot, or Common-Hall, held 24th of June 1676 relating to the cities petitioning His Majesty for a new Parliament*, Early English Books Online (EEBO) Wing / A355, London, 1676, S. 1–4; *„Proceedings against Mr. Francis Jenks, for a Speech made by him on the Hustings, at Guildhall, in the City of London, on Midsummer-day, A.D. 1676“*, in: COBBETT, William, *Complete Collection of State Trials Volume 6, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time, Comprising the period from the thirteenth year of the reign of King Charles the Second, A.D. 1661, to the thirtieth year of the said reign, A.D. 1678*, London, 1810, S. 1189–1206

<sup>1006</sup> OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 511, 541; KREY, *London and the Restoration, 1659-1683*, 2005, S. 145; HALEY, K. H. D., *The First Earl of Shaftesbury*, 1968, S. 409f.; SPURR, *England in the 1670s, This masquerading age*, 2000, S. 80f.; KREY, Gary S. De, *London Radicals and Revolutionary Politics 1675-83*, in: Tim HARRIS/Paul SEAWARD/Mark GOLDIE (HRSG.), *The Politics of religion in Restoration England*, Oxford, Cambridge, Mass., USA, 1990, S. 133–162, S. 138ff.; KNIGHTS, Mark, *London Petitions and Parliamentary Politics in 1679*, in: *Parliamentary History* 12, 1993, Nr. 1, S. 29–46, S. 41f.

werde. Es müssen schnelle Maßnahmen ergriffen werden. Der englische Handel leide unter den Franzosen und dem Krieg, der den Handel mit den Niederlanden und Deutschland beeinträchtigt<sup>1007</sup>. Allerdings fügte Jenks nach der recht ausführlichen Beschwerde über die Handelskrise einen Satz an, der zeigt, daß es ihm durchaus um eine Gefahr für die Person des Königs und den Protestantismus ging<sup>1008</sup>. In Jenks Antrag zeigte sich, worin er das Heilmittel zur Bewältigung der Krise sah. Er stellte den Antrag, daß eine Gemeindeversammlung („*Common-Council*“) einberufen werde, die schnellstmöglich eine Petition an den König verabschieden sollte, damit dieser innerhalb kürzester Zeit ein neues Parlament gemäß den Gesetzen Edwards III. einberufe<sup>1009</sup>. Die Schrift stellt die Situation so dar, als habe der Antrag eine große Zustimmung in der Versammlung erhalten<sup>1010</sup>.

**Ein nach Jenks Antrag vorgetragener Appell an das Rathaus**<sup>1011</sup> nahm Jenks Kritik nicht nur auf, sondern verstärkte sie, indem erst recht auf die Gefahr für den Protestantismus abgestellt wurde, wenn nicht ein neues Parlament einberufen werde. Beklagt wurde zwar auch die Wirtschafts- und Handelskrise sowie die an Frankreich verlorene Seeherrschaft und der damit bedrohte Seehandel<sup>1012</sup>. Schwerpunkt des Appells war aber die katholische Gefahr<sup>1013</sup>. Ganz konkret benannte er die Sorge um das Leben des Königs und die Gefahr einer katholischen Thronfolge

---

<sup>1007</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 1ff.

<sup>1008</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 3: „*I shall Instance but one thing more, but that is worse then all the rest, that is the just apprehension that is upon the minds of good Men, of danger to His Majesties Person, and the Protestant Religion*“

<sup>1009</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, 3f.: „*And I do humbly move [...] that some Members of this Court may accompany the Sheriffs, and Mr. Common Seargeant, before we proceed to any other matter, to wait upon my Lord Mayor and the Court of Aldermen, to desire that a Common Council might speedily be held, humbly to Petition His Majesty, that for the quieting and satisfying the minds of His liege People, and for the remedy of the many mischiefs and grievances we now groan under, he would graciously be pleased (according to the Statutes of the 4th. and 36th. of Edw. 3.) timely to call a New Parliament*“

<sup>1010</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 4: „*Scarcely were these words a New Parliament pronounced, but a very great number cryed out, Well moved, well moved [...] and no one word was spoken in contradiction [...]*“

<sup>1011</sup> „*To the Common-Hall of the City of London*“, in: ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 7–14; ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 10: „*In the sence of this, you were lately moved to desire the Lord Mayor to call a Common Council, to consider of an humble Address to His Majesty, to call a New Parliament speedily, according to the Statutes of the 4th. of Edward the 3d. and the 36th. of Edward the 3d. whereby a Parliament is to be holden at least every year. [...] Yet such is our miseris that such a harmless needful motion, is now taken by some of the King's Council to be seditious and tumultuous, and your Fellow Citizen, and one of your Common Council, is made a Prisoner for it; [...]*“

<sup>1012</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 7ff.

<sup>1013</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 9: „*But tis not only our Houses, Trades, Liberties, and Lives, but our Protestant Religion [...] are in eminent danger: The Papists amongst us lift up their heads, and say their day is near*“

seines Bruders<sup>1014</sup>. Einzige Rettung sei ein Parlament, welches die Sorgen der Menschen ernst nehme und behebe. Wegen der langen Prorogation tage aber kein Parlament. Es sei doch fraglich, ob man zur Krisenbewältigung bis zur nächsten Versammlung in acht oder neun Monaten warten könne<sup>1015</sup>. Einen entsprechenden Antrag an die Gemeindevertretung, damit diese den König um die Einberufung eines neuen Parlaments bitte, sei gestellt, denn das jetzige Parlament könne nicht den Gesetzen König Edwards III. genügen, da es für über ein Jahr vertagt sei<sup>1016</sup>. Der Appell antizipiert damit, daß es bei der angekündigten Länge der Prorogation bleiben werde. Und Jenks Verhaftung wegen seines rechtmäßigen Antrags wurde dahingehend interpretiert, daß es nichts anderes bedeute als den Verlust der verbrieften Rechte. Man sei dann selbst keine Versammlung mehr mit Autorität, sondern zum Schweigen verurteilt<sup>1017</sup>. Lasse man sich die Inhaftierung gefallen und werde zum Schweigen gebracht, dann verliere man seine Freiheiten und unterwerfe sich dem Willen einiger Höflinge<sup>1018</sup>. Dies allein sei Grund genug, den König um eine schnelle Parlamentseinberufung zu bitten<sup>1019</sup>.

**Das in Cobbetts „State Trials“ wiedergegebene Verfahren gegen Jenks** zeigt, daß Jenks Antrag zur Auflösung des Parlaments unmittelbar danach dem „Privy Council“ zur Kenntnis gebracht wurde. Zuerst wurden die im Rathaus anwesenden Amtspersonen als Zeugen von Jenks Rede und schließlich auch Jenks selbst drei Tage nach seinem Antrag vom 24. Juni auf den 27. Juni 1676 einbestellt, um von König Karl II., Lordkanzler Heneage Finch, Lord Treasurer Danby, dem Duke of Lauderdale, Lord Chief Justice Rainsford und anderen Lords befragt zu werden<sup>1020</sup>, ob er

---

<sup>1014</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 9: „*And is there any more then the breath of Our King (which may pass before morning) between that and us; If the presumptive Heir of the Crown be a Roman Catholique, what security can be given that the King shall live eight or nine Moneths? And what safety is there provided for the Protestant Religion, if a Catholick shall possess the Crown?*“

<sup>1015</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 10: „*This being our sad condition what can save this City, but Laws fitted by a Parliament to our case, in respect of every case and grievance. And may not our our case, and the Kingdoms too, be desperate, if we shall wait eight or nine Moneths for the Parliaments meeting?*“

<sup>1016</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 10: „*And the Parliament (last held) being so Prorogued, that it cannot be convened within a year, as the Statutes require?*“

<sup>1017</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 11: „*But if any of your number may be imprisoned, for mentioning the Cities grievances to you, or for moving for an Address to be made by your Common Council to the King according to Law, you are not more an Assembly of any Authority or any use. Your ancient Liberty before the great Charter, and that also since, and all the Acts of Parliament are become void to you, and all your Members, if when you are Assembled you must be dumb [...]*“

<sup>1018</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 13: „*you must bid fare-well to the happy security of our Lives, Liberties, and Estates, [...] and you must yield yourselves subject to the wills of a few Courtiers [...]*“

<sup>1019</sup> ANONYMUS, An Account of the proceedings at Guild-Hall, 1676, S. 14: „*[...] this alone were sufficient reason for you, to address His Majesty for a speedy Parliament?*“

<sup>1020</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1192



beantragt habe, daß ein „*Common-Council*“ der City of London ersucht werden solle, den König zur Einberufung eines neuen Parlaments zu bitten, worauf Jenks dem Lordkanzler mit der Gegenfrage antwortete, ob es denn ein Verbrechen sei, ein neues Parlament zu beantragen<sup>1021</sup>. Jenks gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß jedermann das Recht habe, ein neues Parlament zu beantragen<sup>1022</sup>. Auf die Frage nach seinen Hintermännern, die ihn zu seinem Antrag veranlaßt hätten, berief sich Jenks auf sein Recht, sich nicht selbst zu belasten<sup>1023</sup>. Jenks wurde im Gefängnis Gatehouse in Westminster inhaftiert. Den Haftbefehl („*warrant*“) erhielt er erst Tage später ausgehändigt. Darin wurde ihm der Vorwurf gemacht, zum Aufruhr angestiftet zu haben<sup>1024</sup>. Jenks saß monatelang im Gefängnis ein. Seine Anträge auf Freilassung gegen Kautions- bzw. Habeas Corpus und auch die Anträge seiner Freunde und seines Anwalts, die man an Staatssekretär Williamson, Lord Chief Justice Rainsford, Lordkanzler Finch und den Lord Privy Seal richtete, blieben alle erfolglos. Er kam erst auf persönlichen Befehl Karls II. wieder frei<sup>1025</sup>. Nach Jenks Rede wurde diese von zwei Schriften flankiert, die von Shaftesburys Anhängern publiziert wurden: „*The Long Parliament dissolved*“ (1676) und „*Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved by its prorogation for 15 Months?*“ (1676)<sup>1026</sup>.

**Die anonym publizierte Schrift „*The Long Parliament dissolved*“ (1676)** wurde von der EEBO Denzil Holles zugeordnet, der am 20. November 1675 bereits im Oberhaus für die Auflösung des Kavalierparlaments gestimmt hatte und im kommenden Jahr aus dem „*Privy Council*“ entlassen wurde<sup>1027</sup>. Der Text kommt umgehend zur Problematik der Freiheitssicherung, die mit den Parlamenten verbunden ist. „*Lives, Liberties and Properties of every English-Man*“ seien in Gefahr und können einzig durch das Recht und regelmäßige Parlamente gesichert werden, die sogleich als

---

<sup>1021</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1193: „*L. Chan. Sir, did you move for a Common-Council to petition for a new parliament? Jenkes. Is it any crime to petition for a new parliament?*“

<sup>1022</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1194: „*A Lord. Do you think any one may petition for a parliament? Jenkes. I believe they may*“

<sup>1023</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1194: „*[...] I desire to be excused all farther answer to such questions; since the law doth provide, that no man be put to answer to his own prejudice*“

<sup>1024</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1195: „*The Copy of the Warrant [...] in a most seditious and mutinous manner, openly move and stir the persons present, That [...] they should go to the Lord-Mayor, and desire him to call a Common-Council, that might make an address to his majesty in the name of the City, to call a new parliament*“

<sup>1025</sup> COBBETT, Complete Collection of State Trials Volume 6, 1810, S. 1195–1208

<sup>1026</sup> HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004; die Schriften wurden nach der fünfzehnmönatigen Prorogation des Parlaments im Oberhaus aufs Schärfste verurteilt, in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 60–65

<sup>1027</sup> HOLLES, The Long Parliament dissolved, 1676; MORRILL, John, Holles, Denzil, first Baron Holles (1598–1680), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/13550>, 20.9.2009

jährlich zu tagende Parlamente gemäß dem Gesetz Edwards III. präzisiert werden<sup>1028</sup>. Kritisiert wird die überlange Dauer des Kavalierparlaments und des dadurch **fehlenden repräsentativen Charakters** der Versammlung<sup>1029</sup>. Es handele sich beim Kavalierparlament um eine monströse Parlamentsdauer (*“monstrous duration”*), welche verhindert habe, daß tausende von Country Gentlemen seit der Restauration der Monarchie Gelegenheit hatten, dem Land zu dienen<sup>1030</sup>. Bisher sei es aber so gewesen, daß Parlamente ausgesetzt wurden bzw. zu lange tagten. Neu sei aber, daß der König eine Prorogation angeordnet habe, die wegen seiner Länge gegen das Gesetz verstoße<sup>1031</sup>. Tatsächlich gab es bereits zuvor eine über einjährige Vertagung des Kavalierparlaments nach der 13. Sitzung. Damals wurde das Parlament aber zweimal hintereinander vertagt (Prorogation am 24.02.1674 auf den 10.11.1674 und am 10.11.1674 auf den 13.04.1675). So gesehen ist die Prorogation nach der 15. Sitzung wirklich wie beklagt die erste über einjährige Prorogation. Für den Autor der Schrift bedeutete dies, daß man vor der Alternative stehe, daß entweder die Prorogation nichtig und das Parlament beendet sei oder alle Gesetze zur Disposition stehen<sup>1032</sup>. Würde man dieser Anordnung des Königs gehorchen, dann müßte man allen seinen Anordnungen gehorchen, auch gegenüber Magna Charta und der Petition of Right. Man verliere seine Rechte und werde von freien Männern zu Knechten reduziert, denn geschützt werde man ja gerade durch die Gesetze und diese werden von den Parlamenten aufrechterhalten. Ohne Parlamente gäbe es aber keinen Schutz<sup>1033</sup>. Nicht nur das positive Gesetzesrecht der Statutes, sondern auch das „*Common Law*“ und das Gewohnheitsrecht könnten dann einseitig vom König geändert werden. Denkbar sei beispielsweise auch, die 40-tägige Frist bis zur ersten Versammlung eines Parlaments zu reduzieren, genauso wie das bisherige notwendige Quorum, ab wann eine Versammlung als Parlamentskammer zu gelten habe<sup>1034</sup>. Die Konsequenz wäre, daß Parlamente in Zukunft nur nach dem Willen des

---

<sup>1028</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 4: „[...] *make sure provision of frequent Parliaments: [...] That for the maintenance of the said Liberties, and Remedy of Mischiefs and Grievances that daily happen, A Parliament should be held once every year, 36. Edw. 3. Cap. 10*“

<sup>1029</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 4: “[...] *and yet continuing a Parliament of the prodigious length of 15 or 16 years, till they were **not the Representatives** of the one half of the People of England. [...] And though we know, that all the People of England have equal Right to be represented, and could make it demonstrable, that a Parliament of that length can never be the Representative of half the People*”

<sup>1030</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 5

<sup>1031</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 5: “*before Parliaments were only omitted or continued longer than the Law intended, but now by the last Prorogation, the King hath positively Ordered that a Parliament shall not be held within time appointed by Law*”

<sup>1032</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 6: “*That either this Prorogation is Null, and the Parliament at an End, or All our Laws are of no Effect*”

<sup>1033</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 6–7

<sup>1034</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 8

Königs tagen und entscheiden würden, schlimmer noch als in Frankreich<sup>1035</sup>. Aber auch, wenn einige Mitglieder des Kavalierparlaments an der Abschaffung jährlicher Parlamente arbeiteten und diese durch die Prorogation aufgehoben seien, so seien sie doch zuvor durch den ersten “*Triennial Act*” Karls I. anerkannt und auch im zweiten “*Triennial Act*” Karls II., der den ersten aufhob, seien die alten Gesetze bestätigt worden und haben also noch immer ihre Gültigkeit<sup>1036</sup>. Nach den alten Gesetzen König Edwards III. komme es gerade darauf an, daß Parlamente jährlich, also mindestens einmal in zwölf Monaten tagen. Aus der Formulierung “*And more often, if need be*” in Edwards Gesetz folge die Unrechtmäßigkeit dieser fünfzehnmonatigen Prorogation<sup>1037</sup>. Es gäbe keine Präzedenzfälle für eine rechtmäßige Prorogation dieser Dauer<sup>1038</sup>, sehr wohl aber von Todesurteilen für diejenigen, die gegen die alten Rechte verstoßen oder dazu aufgerufen haben<sup>1039</sup>. Hier wird die Schrift im Unterton drohend, wohl wissend, daß es darauf ankommt, die Mitglieder des Parlaments zur Nicht-Wiederversammlung zu bewegen. Die Schrift stellte den Abgeordneten des durch die fünfzehnmonatige Prorogation aufgelösten Kavalierparlaments in Aussicht, daß sie daran denken müßten, welche Strafe sie zu erwarten hätten, wenn sie weiter als Parlament tagen würden<sup>1040</sup>. Die Lords im Oberhaus und die Abgeordneten des Unterhauses wurden deshalb dazu aufgerufen, ihrer Pflicht nachzukommen und sich nicht mehr als Parlament zu versammeln<sup>1041</sup>.

**Die Schrift “*Some Considerations upon the Question, Whether the Parliament is dissolved by its Prorogation for Fifteen Months*” (1676)** befasste sich mit der Frage, ob das Kavalierparlament gemäß den Gesetzen Edwards III. (4 Edw. 3 Cap. 14 und 36 Edw. 3 Cap. 10) als aufgelöst zu gelten habe. Die anonyme Schrift wurde von der EEBO der Autorschaft von Denzil Holles und Nicholas Carey zugeordnet<sup>1042</sup>. Der Autor bemühte sich zunächst die Frage zu klären, ob die Gesetze

---

<sup>1035</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 9: “*That if you do admit that the Kings Order, contrary to law, must be obeyed, you do admit, that the king and his successors, may hold Parliaments only when they please, and when they do hold them, may make them do what they please, [...] that the French tyranny came in more modesty than this. [...]*”

<sup>1036</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 10: “[...] *there are some Gentlemen of your Assembly [...] labour straightly that the laws we mention for Annual Parliaments are Repealed: But if they are, tis this Prorogation hath Repealed them: For they were declared to be in force when the Triennial Act was made, in 16 Carolii primi, and so they are in the Statute for Repealing that Triennial Act, in 16 Caroli secundi, in these words: And because by the ancient Laws and Statutes of this Realm made in the Reigns of king Edw. 3 Parliaments are to be held very often, etc.*”

<sup>1037</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 11

<sup>1038</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 12–17

<sup>1039</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 18–21

<sup>1040</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 21: “*How great must be your condemnation, and how much sorer punishment must you be judged worthy if you shall but endeavour to sit and act as a Parliament upon this Prorogation?*”

<sup>1041</sup> HOLLES, *The Long Parliament dissolved*, 1676, S. 22–23

<sup>1042</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004

Edwards II. noch in Kraft seien. Er war der Ansicht, daß der zweite “*Triennial Act*” von 1664 zwar den ersten “*Triennial Act*” von 1641 widerrief, nicht aber die Gesetze Edwards III., die davon unbenommen in Kraft blieben<sup>1043</sup>. Dem schloß sich die Frage an, ob der König an die Gesetze gebunden sei oder das Recht habe, diese auszusetzen oder aufzuheben<sup>1044</sup>. Generell sei es nicht möglich, Gesetze aufzuheben, die dem “*Common Law*” entsprächen, Rechtssprechungsinstanzen zum Regelungsgegenstand haben und einzig dem Gemeinwohl dienen<sup>1045</sup>. Und die Gesetze Edwards III. zur Abhaltung jährlicher Parlamente seien gemeinwohlorientiert und betreffen den “*King-in-Parliament*” als oberste und letzte Rechtssprechungsinstanz. Deshalb dürfen die Gesetze Edwards III. nicht aufgehoben werden. Die Formel des “*King-in-Parliament*” wurde hier zum Ausdruck höchster Autorität und Ordnungsmacht verwendet<sup>1046</sup>. Nach der Feststellung der Gültigkeit der Gesetze Edwards III. fragte die Schrift danach, ob die vorliegende Prorogation gegen die Gesetze Edwards III. verstoße und welche Konsequenz dies habe<sup>1047</sup>. Eine über einjährige Prorogation wie im vorliegenden Falle wird eindeutig als ein Verstoß gegen Edwards Gesetze, das “*Common Law*” und das Gewohnheitsrecht des Parlaments beurteilt<sup>1048</sup>. Eine Prorogation habe zweierlei Wirkung. Erstens nehme sie der Versammlung alle Autorität als Parlament. Der König habe das Recht, ein Parlament und seine Autorität nach seiner Vorstellung zu beenden<sup>1049</sup>. Zweitens ordne eine Prorogation den Zeitpunkt der Wiederversammlung an, den Zeitpunkt also des

---

<sup>1043</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 3: “*They are not Repealed by the Act that Repeals the Triennial Act*”

<sup>1044</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 5: “*Whether the King is bound by these Statutes, and whether it is in his power to suspend, supersede or dispense with them*”

<sup>1045</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 6: “*These Statutes are in pursuance of the Common Law, and the king cannot dispence with the Common Law. [...] The King cannot dispence with, but is bound by Statutes made concerning Courts of Judicature [...] It is a general rule in law, That the king cannot dispence with any Statute made pro bono publico*”

<sup>1046</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 7: “[...] *That those laws of Edw. 3. for Annual Parliaments are pro bono publico, and of the greatest concern to the Nation, besides they are made concerning the highest Court of Judicature, of the Dernier Resort, and which regulates and keeps all the rest in order, needs not a proof to any reasonable man, Nay the kings in parliament have very often own'd it*”

<sup>1047</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 10: “*Whether this Prorogation be contrary to those statutes of Edw. 3. and what the Consequences are there upon?*”

<sup>1048</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 12: “*By all this it will appear, that a prorogation for more than a year, is contrary not only to these two Statutes, but also to the Reason of the Government, the law and custom of the Parliament, and the Common-law itself, and therefore illegal in all and every respect*“

<sup>1049</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676, S. 13: “*First, It puts off the Parliament and all business before them, and determines the Authority they at that time have, and this part of a prorogation can never be illegal, for the King can dismissee a Parliament and determine their Authority at his own pleasure*”

Wiederauflebens der Autorität des Parlaments. Sei dieser Zeitpunkt der Wiederversammlung aber über ein Jahr nach der Prorogation, dann handele es sich um eine Auflösung<sup>1050</sup>.

**Die anonyme Schrift** *“A seasonable question, and an usefull answer, contained in an exchange of a letter between a Parliament-man in Cornwell, and a bencher of the Temple“* (1676) stellt in seiner Form ein interessantes Format dar. Ein durch Proklamation zum Abgeordneten des Kavalierparlaments bestellter Mann ersucht einen Rechtsanwalt um seinen Beistand (*“I am in the Dark and you must be my Guide“*). Adressat des Pamphlets dürfte die gebildete Schicht der Country Gentlemen und des Stadtbürgertums der Händler und Kaufleute gewesen sein, die Schicht der Unterhauswähler und –abgeordneten also. Man wollte diese für die Sache der Parlamentsauflösung gewinnen und ihnen auch eine Handlungsanleitung reichen. Die Abgeordneten des Kavalierparlaments sollten mit Argumenten überzeugt werden, denn von ihrem Verhalten der Wiederversammlung bzw. des Fernbleibens hing der Fortbestand des Parlaments ab. Der Fragesteller in der Schrift offenbart sich dem Leser also als ein während des fünfzehnmonatigen Rezess durch Proklamation zum Abgeordneten Einberufener, der zur nächsten Sitzung seinen Platz im Parlament einnehmen solle. Ihn bewege die kursierende Ansicht, daß die lange Prorogation gegen die Gesetze Edwards III. verstoß und das Parlament deshalb aufgelöst sei. Die Versammlung nach dieser unrechtmäßigen Prorogation gliche einer Bestätigung, daß der König nach seinem Willen und gegen die Gesetze Parlamente bestimmen könne. Dadurch würde Englands alte Verfassung aufgehoben, in der die Lords im Oberhaus und das Volk im Unterhaus ihren gesetzlich gesicherten Anteil haben, der nicht von des Königs Gnaden abhängen<sup>1051</sup>. Dann bringt die Schrift die ausländische Einflussnahme ins Spiel. Dem Fragesteller sei ein Gerücht zu Ohren gekommen, daß die Prorogation von den Franzosen veranlaßt worden sei, damit das Parlament nicht den Aufstieg der französischen Macht behindere und damit der König von England zum absoluten Monarchen werde. In dieser Aussage findet sich die heutige Einschätzung der Forschung wider, daß es die Interessenlage Frankreichs an einer Regierung Englands ohne Parlament im Gegensatz zur

---

<sup>1050</sup> HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissovved*, 1676, S. 13: *“Secondly, it appointed a time when they shall meet again, and their authority revive. Now this part of a prorogation is bounded by the Law, which says a Parliament shall be holden once a year, and therefore, if the appointment to meet again be not within a year, it is as if there had been no appointment at all, and such a prorogation ist only a dismissal of Parliament and a determination, not a reviving of their Authority”*

<sup>1051</sup> Parliament-man in Cornwall/H. P., Bencher of the Temple, *A seasonable question, and an usefull answer, contained in an exchange of a letter between a Parliament-man in Cornwell, and a bencher of the Temple*, London, Early English Books Online (EEBO) 747:27, 1676, S. 3: *“[...] and thereby we must consent to and allow of a rightfull power in the King, to dispose of Parliaments at his Will, contrary to the Laws: Which if granted and established, it dissolves the Antient Government of England, wherein both the Lords and the whole People, have their shares of right by the Laws, and not of the Kings Grace”*

Hoffnung der Niederlande auf ein Eingreifen Englands in den Konflikt mit Frankreich, den die Holländer einzig vom versammelten Parlament erwarten durften, gewesen sei, die zu der ausländischen Beeinflussung durch Geldzahlungen an König und Parlamentsabgeordneten geführt habe. Neben der Beeinflussung durch das Ausland gab der Abgeordnete auch vor, Englands Mischverfassung zu bedenken, daß der König ohne Parlament (*“His Majesty out of Parliament”*) kein kompetenter Richter sei, im Gegensatz zum König im bzw. mit Parlament (*“King-in-Parliament”*)<sup>1052</sup>. Der befragte Anwalt bestätigte anschließend, daß die Gesetze Edwards III. zur jährlichen Parlamentsversammlung nicht durch den zweiten *“Triennial Act”* von 1664 aufgehoben worden seien. Es gebe außerdem mindestens noch vier weitere Gesetze, die jährliche Parlamente vorschreiben. Es ergebe sich daraus, daß jährliche Parlamente zur Essenz der englischen Regierung bzw. Verfassung gehören<sup>1053</sup>. Die vom König angeordnete lange Prorogation bzw. die damit einhergehende nicht jährliche Versammlung des Parlaments verstoße gegen die Gesetze. Und in England stehe das Recht über dem König. Der alte Rechtsgrundsatz *“The King can do no wrong”* bedeute einfach, daß Handlungen des Königs, die gegen das Recht verstoßen, Handlungen ohne Rechtswirksamkeit sind<sup>1054</sup>. Der Anwalt erinnert an die Deklaration Karls I. vom 12. August 1642. Darin habe der König zugegeben, daß gerade die lange Unterbrechung der Parlamente zum Ausbruch des Konflikts geführt habe<sup>1055</sup>. Jährliche Parlamente seien der wichtigste Teil der Englischen Verfassung. Sie lebt und besteht aus der verlässlichen Versammlung der Parlamente<sup>1056</sup>. Ohne regelmäßige Parlamente wäre die Krone unumschränkt. Englands Könige seien aber nie

---

<sup>1052</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 4: *“An honest Old Cavalier whispered the other day to me, That he supposed this prorogation came from the French Counsels, not only to prevent the Parliament from stopping in time the French Kings increase of power at Sea and Land, but to lead his Majesty in obscure, undiscerned paths to the mount of absolute power [...] His Majesty out of parliament is no competent Judge for himself [...]”*

<sup>1053</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 6–8: *“It seems the course of holding yearly parliaments [...] as the most undoubted Custom of England [...] Certain times for Parliament meeting are in truth of the essence of the English government [...]”*

<sup>1054</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 9: *“The whole Kingdom in Parliament, and all the Books of Law, have always judged the Law to be the kings Superiour. [...] That the King can do no wrong; Indeed all he does contrary to Law, is doing nothing; tis to be holden for nothing by Magna Charta itself, therefore if the Prorogation do not agree with the Laws, it is a meer Nullity”*

<sup>1055</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 10: *“That it was upon his Prospect the unhappy State of the kingdom, and of the inconveniences and mischiefs that had grown by the long intermission of Parliaments [...]”*

<sup>1056</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 11: *“Annual Parliaments [...] are a most essential part of the constitution of the English Government, which altogether lives and subsists in and by the certainty of Parliaments meeting”*

absolut gewesen und Parlamente seien ebenso Teil der Verfassung wie die Könige<sup>1057</sup>. Die Schrift argumentiert weiter damit, daß die gesetzliche Bindung von König und Volk in der Natur der englischen Verfassung liege. Regelmäßige Parlamente seien genauso wie Leben und Eigentum von den Gesetzen abhängig und nicht vom Willen des Königs. Das Versammlungsrecht der Parlamente sei unabdingbar<sup>1058</sup>. Die Ansicht, daß der König auf Parlamente verzichten und sie so lange vertagen könne wie er wolle, beruhe auf dem Irrglauben, daß die Parlamente die Geschöpfe seines Willens seien, weil er die Einberufungsschreiben ausstelle und die Parlamente auflöse, wenn er es für richtig halte<sup>1059</sup>. Dabei sei es so, daß die Macht der Parlamente in keiner Weise vom König abgeleitet sei, sondern in der Wahl durch das Volk wurzele. Der **Repräsentationsgedanke** hat also auch in der Argumentation dieser Schrift einen wichtigen Platz<sup>1060</sup>. Die Gesetze zur Regelung der jährlichen Tagungsweise des Parlaments seien fest und unverrückbar und können nur von einem unstrittigen Parlament widerrufen werden. Dementsprechend habe die über einjährige Prorogation zur Auflösung des Kavalierparlaments geführt<sup>1061</sup>.

### c) 16. Sitzung (15.02.1677-13.05.1678)

Die 16. Sitzung (15.02.1677-13.05.1678) war auf dem Papier die viertlängste Sitzung des Kavalierparlaments (132 Tage), nachdem die vorangehenden fünf Sitzungen sehr kurz gewesen waren (11. Sitzung mit 45 Tagen, 12. Sitzung mit 6 Tagen, 13. Sitzung mit 37 Tagen, 14. Sitzung mit 37 Tagen, 15. Sitzung mit 28 Tagen). Die lange Dauer der 16. Sitzung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch diese Sitzung durch mehrere Adjournements von zusammen fast einjähriger Dauer unterbrochen wurde. Auf die harsche Kritik an der siebzehnmonatigen

---

<sup>1057</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 14: *“If our Government were to be so founded, and doth so continue, our English Crown is of right, or by law, in no kind restrained, limited or bounded in the exercise of the Regal power [...] that our Government was founded upon such certain laws and Customs, that the kings never had absolute power, but that the power of Parliaments, and their certain Meetings, were of right, and as much a part of our Government as the kings themselves”*

<sup>1058</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 14: *“And I think it self evident from the nature and manner of the English Government, owned in all Ages, to be qualified by laws, binding both King and People, that the king cannot more dispence with the Laws which limit the times wherein parliaments ought to be holden, than with the laws that preserve our lives and estates from being subject to his Will. Parliaments are of the Essence of our Government, and must have the times of their assembling indispensable [...]”*

<sup>1059</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 15: *“I believe the opinion that the King might dispence with Parliaments meeting notwithstanding the statutes, or prorogue them as long as he pleaseth, is built upon that gross vulgar Error, That Parliaments are the Creatures of the kings Will, because they are summoned by his Writs, and dissolved also when he thinks fit”*

<sup>1060</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 16: *“The Parliament derives not any power from his Majesty, but from the first Root of Government, the Peoples Choyce, according to the laws”*

<sup>1061</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676, S. 17: *“That the laws for holding a Parliament every year, stand firm and immutable, untill an undobted parliament shall repeale them by some express words [...]”*

Prorogation des Parlaments während des Rezess und auf die Wiederaufnahme dieser Kritik und der Forderung zur Auflösung des Parlaments und Einberufung eines neuen Parlaments am ersten Verhandlungstag (15.02.1677) der 16. Sitzung durch Buckingham und Shaftesbury reagierten Karl II. und Danby mit der Inhaftierung der beiden Oppositionsführer und der den Antrag unterstützenden Lords Salisbury und Wharton, obwohl die vier Lords für ihren Auflösungsplan gar keine Mehrheit im Oberhaus gewonnen hatten. Infolge der Kritik an der mehr als einjährigen Prorogation verzichteten der König und sein „*Lord Treasurer*“ Danby in ihrem „*Parliamentary Management*“ der 16. Sitzung diesmal auf eine Prorogation. Stattdessen wählten sie das Mittel mehrmaliger Adjournements am 16.04.1677 auf den 21.05.1677, am 28.05.1677 auf den 16.07.1677, am 16.07.1677 auf den 03.12.1677 und am 03.12.1677 auf den 04.04.1678. Eine königliche Proklamation rief Anfang 1678 zur Versammlung am 15.01.1678 auf, nur um ein weiteres Adjournement auf den 28.01.1678 zu verkünden. Die Unterbrechung war diesmal also nicht durch eine Prorogation veranlaßt worden, blieb unter einem Jahr Dauer und wurde durch mehrere Adjournements bewerkstelligt. Während des Rezess gelang es Danby, die Ehe Wilhelms von Oraniens mit Maria, der Tochter des Duke of York, zu arrangieren (04.11.1677). Damit signalisierte er eine protestantische Politik. Andrew Marvells Schrift „*An account of the growth of popery and arbitrary government in England*“ (Dezember 1677) darf dennoch als Abrechnung mit Danbys „*Parliamentary Management*“ gelten. Gleichzeitig beginnt mit dieser Schrift die nächste Phase der Auseinandersetzung der Opposition mit der Krone zur Bewahrung des Landes vor Absolutismus und Katholizismus, die über den „*Popish Plot*“ und Danbys Impeachment doch noch zur Auflösung des Kavalierparlaments führte. Am Tag der Wiederversammlung des Parlaments zur 16. Sitzung nach den Adjournements (28.01.1678) verkündete Karl II. das Bündnis mit den Niederlanden und erreichte damit endlich die Bewilligung von Geldern („*supply*“) in Höhe von £ 1.000.000 (21.02.1678). Nach der Geldbewilligung entschied sich die Regierung allerdings für weitere Adjournements am 27.03.1678 auf den 11.04.1678, am 11.04.1678 auf den 15.04.1678 und am 15.04.1678 auf den 29.04.1678. Das Unterhaus reagierte mit Angriffen auf die Räte im „*Privy Council*“ (05.-11.05.1678). Dies führte allerdings nur zu einem zehntägigen Rezess (Prorogation am 13.05.1678 auf den 23.05.1678) und zum Beginn der 17. Sitzung des Kavalierparlaments<sup>1062</sup>.

---

<sup>1062</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1660-90*, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679*, 2013; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 242–280; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87)*, 1802, S. 382–480; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81)*, 1767, S. 36–220; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 807–977; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 63–391 (15.02.1677



## Die Eröffnungsrede Karls II. zur 16. Sitzung des Kavalierparlaments (15. Februar 1677)

begann mit einer direkten Bezugnahme auf die lange Prorogation. Der König gab seinem Wunsch Ausdruck, daß das Parlament die Unstimmigkeiten der letzten Sitzung ausräumen und den rechten Zweck des Parlaments wiederherstellen sollte. Die Differenzen seien unentschuldig<sup>1063</sup>. Karl II. versprach die Sicherung des Protestantismus, der Freiheiten und des Eigentums, stellte aber im gleichen Atemzug ausdrückliche Forderungen an das Parlament. Als erstes mußten die Differenzen zwischen Ober- und Unterhaus ausgeräumt werden. Karl II. und Danby war klar, daß der Privilegienstreit zwischen den Häusern im Fall „*Shirley vs. Fagg*“ die Arbeit des Parlaments lähmte und diese Blockade von der Opposition betrieben wurde, um die Auflösung des Parlaments zu erreichen<sup>1064</sup>. Den Vorwurf der Opposition, daß die Krone eine Willkürherrschaft errichte, verkehrte der Monarch ins Gegenteil. Der Vorwurf passe weitaus besser auf diejenigen, welche die Auflösung des Parlaments betrieben. Zur Landesverteidigung benötige man jetzt vielmehr eine Geldbewilligung zum Schiffbau. Der König gab die angespannte Finanzlage ganz offen zu und verlangte Abhilfe<sup>1065</sup>.

**Lordkanzler Finchs Rede** im Anschluß betonte, daß der König Rat und Unterstützung („*your Advice and your Assistance*“) benötige. Äußerer Friede bedinge inneren Frieden („*our Peace Abroad will not subsist any longer than while we do maintain our Peace at Home*“). Finch rief

---

bis 16.07.1677); BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 5 (December 1677-May 1678), 1769, S. 1–390 (03.12.1677 bis 13.05.1678); PATTERSON, *The Long Parliament of Charles II*, 2008, S. 45f.; MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*

<sup>1063</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 36f.: „*My Lords and Gentlemen, I have called you together again, after a long Prorogation, that you might have an Opportunity to repair the Misfortunes of the last Session, and to recover and restore the right Use and End of Parliaments. [...] those Differences tend which have been so unhappily managed and improved between you, is enough to leave you without all Excuse, if ever you fall into the like again*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 807f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 242ff.; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 542

<sup>1064</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 36f.: „*First, I do expect and require from you, that all Occasions of Difference between the Two Houses be carefully avoided; for else, they who have no Hopes to prevent your good Resolutions, will hope, by this Reserve, to hinder them from taking any Effect*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 807f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 242ff.

<sup>1065</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 36f.: „*And let all Men judge who is most for arbitrary Government, they that foment such Differences as tend to dissolve all Parliaments; or I, that would preserve this and all Parliaments from being made useless by such Dissentions*“; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 807f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 242ff.

deshalb zu Einheit und Geschlossenheit auf. Zwischen König und Volk müsse Vertrauen herrschen. Was er darunter verstand sagte er sogleich. Des Königs Gesetze müssen eingehalten, seiner Regierung Gehorsam geleistet werden<sup>1066</sup>. Damit hob Finch zu einem Lob auf die regelmäßigen Tagungen des Kavalierparlaments an und erhob Anklage gegen diejenigen, welche es behinderten. Ein Land, das über regelmäßige Versammlungen verfüge, in denen Beschwerden geäußert und behoben werden, sei in Gefahr, wenn die Beratungen durch endlose Differenzen nutzlos gemacht würden<sup>1067</sup>. Es müsse endlich Schluß gemacht werden mit der absichtlichen Diskreditierung der Regierung und der künstlichen Unterscheidung zwischen „*Court and Country*“. Der Aufruf zur Einheit war durchschaubar und zielte darauf, die Gegner der Krone, deren Argumente und überhaupt jede politische Parteibildung zu diskreditieren<sup>1068</sup>.

**Die Debatte beider Parlamentshäuser über die Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments** erhob sich noch an demselben Tag unmittelbar nach den Reden des Königs und des Lordkanzlers. Diskutiert wurde die Frage, ob man überhaupt noch ein Parlament oder aufgelöst sei, ob man also dazu berechtigt sei, als Parlament zu tagen. In den Journalen der beiden Parlamentshäuser wurde die Debatte nicht abgedruckt. Das „*Journal of the House of Lords*“ erwähnt lediglich, daß über den Antrag zur Debatte beraten und diese mehrheitlich abgelehnt wurde. Chandlers „*The History and Proceedings of the House of Commons*“ enthält die Debatte gar nicht. Greys „*Debates of the House of Commons*“ gibt die Unterhausdebatte am 15. und nach Vertagung der Debatte am 17. Februar 1677 wider. Cobbetts „*Parliamentary History*“ zeigt, daß die Debatte durch Buckingham's berühmte

---

<sup>1066</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 37ff.: „[...] *nothing deserves the Name of Peace, but Unity; such an Unity as flows from an unshaken Trust and Confidence between the King and His People; from a due Reverence and Obedience to His Laws and to His Government. [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 808–812; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 244–247

<sup>1067</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 37ff.: „[...] *if a Kingdom be happy in the frequent Assemblies of their Great Councils, where all that is grievous may be redressed, and all that is wanting may be enacted, and then will render those Councils useless and impracticable, by continuing endless Distractions [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 808–812; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 244–247

<sup>1068</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 37ff.: „*Away then with all the vain Imaginations of those who labour to infuse a Misbelief of the Government! Away with those ill-meant Distinctions between the Court and the Country, between the Natural and the Politic Capacity! [...]*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 808–812; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 244–247

Rede zur Auflösung des Kavalierparlaments eröffnet wurde, gibt aber nicht alle Redebeiträge wider, die in Greys Debates zu finden sind<sup>1069</sup>.

**Buckinghams Rede vom 15. Februar 1677** mit der Forderung zur Einberufung eines neuen Parlaments als Folge der behaupteten automatischen Auflösung des Kavalierparlaments durch die fünfzehnmonatige Prorogation findet sich in Cobbetts „*Parliamentary History*“ und dürfte auf der im Druck zirkulierenden Rede des Herzogs basieren<sup>1070</sup>. Buckingham formulierte die entscheidende Frage, ob diese Versammlung noch als Parlament gelten könne und als solches handlungsfähig sei. In seiner Antwort gab er seiner Überzeugung Ausdruck, daß das Parlament bereits aufgelöst sei<sup>1071</sup>. Er kritisierte, daß der Antrag zur Auflösung des Parlaments (20.11.1675) mehrheitlich durch die Lords in Stellvertretung („*Proxies*“), nicht aber durch die persönlich anwesenden Lords abgelehnt wurde. Damit sollte dieser Mehrheitsentscheid diskreditiert werden. Zugleich suggerierte er, daß sich in den Staatsangelegenheiten Dinge ereignet hätten, die die Ansicht zur Auflösung des Parlaments ändern dürfte<sup>1072</sup>. Damit brachte der Herzog ein neues, bisher ungehörtes Argument in die Debatte ein, das so nicht in den Schriften während des letzten Rezess vorgebracht worden war. Das Unterhaus würde sich inzwischen als einen „*Standing Senate*“ und die Unterhausabgeordneten als Gesetzgeber auf Lebenszeit ansehen. Diese Ansicht stehe aber im Widerspruch zu den Gesetzen und der „*Ancient Constitution of Parliaments*“ und verändere damit die Rechtsnatur des Unterhauses. Die Abgeordneten würden sich auf dieselbe Stufe mit den Lords stellen, wenn man diesen Standpunkt zuließe. Ansichten solcher Art seien gefährliche Experimente mit unabsehbaren Folgen für Regierung und Parlament<sup>1073</sup>. Ansonsten bewegte sich Buckingham's Argumentation zur

---

<sup>1069</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 39; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 382f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 247; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 63–77 (15. Februar 1677); BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 81–95 (17. Februar 1677); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 813f.

<sup>1070</sup> Buckingham, George Villiers, Duke of, *The Duke of Buckingham's speech, Spoken in the House of Lords, Feb. 15th, 1676, proving that the Parliament is dissolved*, Early English Books Online (EEBO) 174:02, 1677; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 814–823

<sup>1071</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, *The Duke of Buckingham's speech, 1677*, S. 4: „*Whether at this time we can do anything as a Parliament? It being very clear to me, That the Parliament is Dissolved*“

<sup>1072</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, *The Duke of Buckingham's speech, 1677*, S. 4f.: „*What change there has been since either in their Behaviour, or in state of our Affairs, that should make your Lordships change your Opinion*“

<sup>1073</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, *The Duke of Buckingham's speech, 1677*, S. 5: „*For my Lords, the very nature of the House of Commons is changed: They do not think now that they are are an Assembly that are to return to their own homes, and become Private men again (as by the Laws of the Land and the Antient Constitution of Parliaments they ought to be) but they look upon themselves as a standing Senate, and as a number of men pickt out to be Legislators for the rest of their whole Lives.*“

Einberufung eines neuen Parlaments und zur Auflösung des Kavalierparlaments in den Bahnen wie sie aus den vorangehenden Schriften während des Rezess bekannt sind. Nach den Gesetzen Edwards III. sei das Kavalierparlament kein Parlament mehr, weil ein Parlament mindestens einmal jährlich tagen müsse. Durch die über einjährige Prorogation sei das Parlament automatisch aufgelöst<sup>1074</sup>. Buckingham überhöhte das Ganze, indem er es in den Verfassungszusammenhang einordnete. Entweder seien Englands Könige an die Gesetze Edwards III. gebunden oder die gesamte Regierung Englands durch Parlamente und Gesetze sei am Ende. Versammele man sich jetzt als Parlament, dann akzeptiere man die Praxis der langen Prorogation, die den Gesetzen Edwards III. widersprechen<sup>1075</sup>. Das vom Gesetz vorgeschriebene und von der ganzen Nation herbeigesehnte Heilmittel sei die Einberufung eines neuen Parlaments. Dabei verknüpfte Buckingham in geschickter Weise das neue Parlament mit der Aussicht der Geldbewilligung für die Krone und der Wiederherstellung des Status der Lords gegenüber den Commons<sup>1076</sup>. Die Lords sollten deshalb einen neuen Antrag zur Einberufung eines neuen Parlaments stellen<sup>1077</sup>.

**Nach Buckinghams Rede im Oberhaus** brach ein Sturm der Entrüstung von der Regierungsbank über ihn herein. Es wurde verlangt, Buckingham vor Gericht zu stellen. Shaftesbury verteidigte ihn und gab Buckinghams Argumenten eine noch schärfere Note. Die Lords Wharton und Salisbury sekundierten ihnen. Die vier Lords wurden schließlich im Tower inhaftiert, weil sie es abgelehnt hatten, sich für ihre angebliche Geringschätzung des Hauses („*contempt of the House*“) zu entschuldigen. Dies war natürlich ein nur vorgeschobener Grund. Eigentlicher Grund war die Gefährdung von Danbys „*Parliamentary Management*“ durch ihr Ansinnen, das Kavalierparlament zu beenden und Neuwahlen anzuberaumen. Darüber hinaus wurde Dr. Carey ins Oberhaus befohlen und über die anonym veröffentlichte Schrift „*Some Considerations upon the Question, Whether the*

---

*And if that be the case my Lords, they have reason to believe themselves our Equals. But, my Lords, it is a dangerous thing to try new Experiments in a Government; Men do not foresee the ill Consequences that must happen when they go about to alter those essential parts of it, upon which the whole Frame of the Government depends, as now in our Case, the Customs and Constitutions of Parliament“*

<sup>1074</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, The Duke of Buckingham's speech, 1677, S. 6: „*That a Parliament shall be holden every year once, and more often if need be*“ (Edw. III. cap. 14)

<sup>1075</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, The Duke of Buckingham's speech, 1677, S. 8: „*The whole matter therefore, My Lords, is reduced to this short Dilemma, Either the Kings of England are bound by the Acts mentioned of Edw. 3 or else the whole Government of England by Parliaments, and by Law is absolutely at an End. [...] For we are now met by virtue of the last Prorogation is an Order of the King's point blanck contrary to the two Acts of Edw. 3. [...]*“

<sup>1076</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, The Duke of Buckingham's speech, 1677, S. 13: „*A Remedy which the Law requires, and which all the Nation longs for, The calling a New Parliament. It is That only can put his Majesty into a possibilty of receiving Supplies; That can secure to your Lordships the Honour of Sitting in this House like Peers [...]*“

<sup>1077</sup> BUCKINGHAM, GEORGE VILLIERS, DUKE OF, The Duke of Buckingham's speech, 1677, S. 14

*Parliament is dissolved by its Prorogation for Fifteen Months*“ befragt, welche die Rechtmäßigkeit der Prorogation bestritt, die er angeblich zur Druckerei gegeben hatte. Da er nicht wie gewünscht antwortete, inhaftierte man auch ihn, bis er die gewaltige Summe von 1000 Pfund Strafe zahlen würde. Das Oberhaus warf zudem einem gewissen Aaron Smith vor, „*certain dangerous and seditious words against the being of this present parliament*“ gesagt zu haben. Die Verhaftungen und Anklagen hatten offensichtlich den Zweck, die Gegner des Kavalierparlaments einzuschüchtern und zu verhindern, daß weiter an der Rechtmäßigkeit des Parlaments gezweifelt wurde<sup>1078</sup>.

**Die Unterhausdebatte über die Rechtmäßigkeit der fünfzehnmonatigen Prorogation am 15. Februar 1677** konnte durch die Einschüchterungen aber nicht verhindert werden. Staatssekretär Williamson eröffnete die Sitzung mit der Direktive, daß eine Sitzung üblicherweise mit der Lesung der Eröffnungsrede des Königs und einer Gesetzesvorlage sowie der Erwiderung auf die Königsrede zu beginnen habe. Sir Thomas Lee votierte für den Beginn mit der Lesung einer Gesetzesvorlage. Der König wolle in seiner Eröffnungsrede ja für gewöhnlich eine Geldbewilligung. Das sei aber das allerletzte, womit man hier beginnen solle. Staatssekretär Coventry sekundierte Williamson und forderte aus Gewohnheitsrecht und Respekt, daß zuerst auf die Rede des Königs erwidert werden müsse. Sir John Mallet ließ sich durch diese Vorgaben jedoch nicht beeindrucken. Er verwies auf die außer Haus in Schriften geäußerten Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments und hielt es für die beste Lösung, die Auflösung des Kavalierparlaments und die Einberufung eines neuen Parlaments beim König zu beantragen, weil wegen der langen Prorogation Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments aufgekommen seien. Angesichts der Verhaftungen der vier Lords im Oberhaus war das sehr mutig<sup>1079</sup>. Sir Philip Monckton schloß sich an. Er wünschte endlich geklärt zu wissen, welche rechtliche Bedeutung die gesetzlichen Bestimmungen jährlicher Parlamente in den Gesetzen Edwards III. hätten<sup>1080</sup>. Sir John Morton und Sir Thomas Meres wollten die Sitzung dennoch mit einer Gesetzesvorlage eröffnet sehen, denn mit der Lesung eines Gesetzesvorhabens hätte sich die

---

<sup>1078</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 823f.; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 542; HOLLES ET AL., *Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved*, 1676

<sup>1079</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 64; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 825: „*Mallet. Mr Speaker, Since we were last in this place, there having been much discourse abroad, and some considerable doubts concerning our coming hither again, it is my duty [...] humbly to offer my advice in this matter of so great weight and moment. That I conceive, before we enter upon any other business, it will be the best way for removing the doubts, which are, or may hereafter, arise, concerning his last prorogation; [...] humbly to present our desires to his Majesty, that he will be pleased to dissolve this, and very quickly call another Parliament*“

<sup>1080</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 65; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 826: „*Monckton. It would be a great satisfaction to the Nation to have the two Acts of Edw. III. about annual Parliaments, cleared; and moves it*“

Versammlung definitiv wieder als Parlament konstituiert. Lord Cavendish widersprach deutlich. Er bestätigte, daß überall im Land Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments herrsche, und konstatierte, daß die lange Prorogation im Widerspruch zu den beiden Gesetzen Edwards III. stehe. Er wollte deshalb festgestellt wissen, ob die beiden Gesetze aufgehoben worden seien oder nicht<sup>1081</sup>. Gegen eine Untersuchung dieser Art wehrte sich Staatssekretär Coventry als Vertreter der Regierung. Lasse man eine Untersuchung zu, wer ein Parlament auflösen und beenden könne, dann sei man schon kein Parlament mehr. Das Unterhaus gehe die Angelegenheit nichts an<sup>1082</sup>. Cavendish ließ aber nicht locker und verwies auf die veröffentlichten Schriften während des Rezess. Er wünschte die Zweifel ausgeräumt zu haben und zu wissen, ob die Gesetze Edwards III. in Geltung seien und die königliche Prerogative einschränken<sup>1083</sup>. Serjeant Maynard dagegen konstatierte, daß diese Versammlung nicht selbst feststellen könne, daß sie eine unrechtmäßige Versammlung sei. Das Parlament habe nicht das Recht, sich selbst aufzulösen<sup>1084</sup>. Für Sir Harbottle Grimstone, ehemaliger Sprecher des „*Convention Parliament*“ von 1660, stand nicht automatisch fest, daß die Versammlung schon allein durch königliche Proklamation oder königliche Einberufungsschreiben ein Parlament sei. Er selbst sei aber privat davon überzeugt, daß die Versammlung ein Parlament sei. Man solle die Zweifel auf sich beruhen lassen und mit einer Gesetzeslesung beginnen<sup>1085</sup>. Bemerkenswert war der Redebeitrag des Abgeordneten Sacheverell.

---

<sup>1081</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 65; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 826: „*Lord Cavendish. [...] we are told it is a doubt, all over the Nation, whether the Prorogation be legal. [...] We are told of two Acts of Edw. III. and this Prorogation is contrary to them. Desires, that, since these Acts are known, we may see how far these Acts limit the King in his Prorogation. Moves for a Question, Whether the two Acts mentioned be repealed, or not*“

<sup>1082</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 65; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 826: „*Mr Secretary Coventry. Moves to Order. If you admit that Question, you may lay down your Mace, you are no more a Parliament. Who shall dissolve it? Who shall end it? We have nothing to do here*“

<sup>1083</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 66; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 826: „*Lord Cavendish. Desires to explain himself. Moves to Order; to clear a doubt. There are books printed of an odd nature. Moves only to know, Whether those two Acts, mentioned, are in force against the King's Prerogative*“

<sup>1084</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 66; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 826f.: „*Serjeant Maynard. The Question determines what you cannot determine, viz. That you are an unlawful assembly. The Question will be, Whether, as a Parliament, you cannot dissolve yourselves*“

<sup>1085</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 66; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 827: „*Sir Harbottle Grimstone, Master of the Rolls. If we appear here in either capacity, by the Proclamation, or by the King's Writ, it does not therefore follow, that because we appear, we are a Parliament. [...] But, as to his private opinion, he believes we are a Parliament, therefore moves, that the thing may make no more noise, but be pleased to read a Bill, and clear the doubt afterwards*“

Er hielt die letzte Prorogation zwar für illegal, ließ aber keinen Zweifel daran, daß die Versammlung ein Parlament sei. Er begründete dies damit, daß hier ein Adjournement vorliege und es jahrhundertlang gar keinen Unterschied zwischen Prorogation und Adjournement gegeben habe. Dies widersprach aber der tatsächlichen Praxis, daß Adjournements im Gegensatz zu Prorogationen keine vernichtende Wirkung auf den bisherigen Geschäftsgang und die bisherigen Beschlüsse sowie Verfahren hatten<sup>1086</sup>. Sir Robert Howard machte darauf aufmerksam, daß das Parlament durchaus die Stimmung auf der Straße zu berücksichtigen habe. Er hielt die ganze Debatte für äußerst gefährlich und befürchtete einen Aufruhr in London, wenn man die Debatte nicht beende<sup>1087</sup>. Von dem Abgeordneten Titus, insbesondere aber von Sawyer wurde der Vorschlag wieder aufgenommen, daß man einfach mit der Einbringung einer Gesetzesvorlage beginnen solle, weil man damit automatisch zum Parlament werde. Besonders scharf wandte sich Sawyer gegen alle, die in ihren Schriften wie 1641 Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Parlaments säten und versuchten, die Abgeordneten als Verräter zu brandmarken. Die noch lebendige Furcht vor einem erneuten Bürgerkrieg war ein scharfes Argument zur Unterdrückung oppositioneller Stimmen<sup>1088</sup>. Sir John Birkenhead lehnte die Argumentation ab, daß eine Parlamentssitzung mit einer Gesetzesvorlage zu beginnen habe. So sei es ja niemals gewesen. Man solle sich aber auch nicht auf irgendwelche Schriften einlassen, die behaupten, daß man kein Parlament sei<sup>1089</sup>. Der Sprecher des Unterhauses

---

<sup>1086</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 66f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 827: „*Mr Sacheverell. Doubts not but we are as much a Parliament, as at our last Prorogation [...] He looks upon this Prorogation as illegal, but yet that it is a good Parliament still, and that we properly stand upon an Adjournment. Would look back to the time those Statutes mentioned were made in, and you shall see then Prorogations and Adjournments were all one, and for hundreds of years they went on to the same business they left, without beginning again as we have done in Adjournments in later times. [...]*“

<sup>1087</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 67; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 827: „*Sir Robert Howard. You are upon the most dangerous Debate that may be, [...] If you debate upon deducible arguments, you set the town at work, and enter the lists at the coffee-houses. [...] Moves to lay aside this dangerous Debate*“

<sup>1088</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 68; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 827: „*Col. Titus. The Session is confessed to be legally opened by reading a Bill. Some gentlemen are for considering the King's speech, and some for our being a Parliament. Read the Bill, and—that's out of doubt*“; „*Mr Sawyer. Starting the reading this Bill makes the Question. You ought to begin the Session with reading a Bill, and you meet in no capacity but as a Parliament, not as a Convention. Your Vote will not mar nor mend the matter. If you are no Parliament, will you then depart from hence? There have been books written about this Question—He hopes you will not give countenance to such libels, that say, "we are traytors in meeting, and acting as a Parliament," like the libels of 1641. Moves, therefore, that you will begin the Session with reading a Bill*“

<sup>1089</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 68f.: „*Sir John Birkenhead. That a Session must be opened by reading a Bill, is the most popular mistake that can be. Not done, but in the Long Parliament, for 200 years. See if they began the Parliament by reading a Bill in E. III's time, or Rd. II's time. Till of late, 'twas no*

stellte aber schließlich klar, daß die Sitzung nicht begonnen habe, bevor eine Gesetzesvorlage gelesen werde<sup>1090</sup>. Die mangelnde Autorität des Unterhaussprechers, der als Vertreter der Krone im Unterhaus fungierte, zeigte sich aber darin, daß die Diskussion mit seiner Einlassung keineswegs beendet war. Der Abgeordnete Birch äußerte seine Sorgen. Er hielt die lange Prorogation und den Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Prorogation für gefährlich, sorgte sich um die eigene Sicherheit und die der Abgeordneten. Deshalb wollte er die Vertagung als bloßes Adjournement behandelt sehen. Man solle mit der Lesung einer Gesetzesvorlage beginnen<sup>1091</sup>. Das Unterhausmitglied Harwood wandte sich aber gegen diese Ansichten und erneuerte die Frage nach den Gesetzen Edwards III. Auch er wollte wissen, ob diese Gesetze in Kraft seien und ob die über einjährige Prorogation der Versammlung nicht doch den Status eines Parlaments genommen habe<sup>1092</sup>. In diesen Redebeiträgen zeigt sich, daß die Irritation über den Rechtsstatus des Parlaments tiefgehend war. Da nützte es auch nichts, daß Sir Charles Harbord das Recht der Parlamentsauflösung einzig im König verortete und behauptete, daß es schon einige Prorogationen von fünfzehnmonatiger Dauer gegeben hätte<sup>1093</sup>. Vaughan warnte gar, daß man mit dem Zweifel am Parlamentsstatus auch gleich den König in Frage stelle. In Anlehnung an Jakob I., der das Menetekel „*No Bishop, no*

---

*essential Order of the House the reading of a Bill—Because books are printed, and papers set upon Westminster-Hall door, that we are no Parliament, shall we regard such loose objections? [...]*“

<sup>1090</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 69; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 829: „*The Speaker. The Session is not begun till a Bill be read; 'tis the ancient Order, [...]*“;

<sup>1091</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 70; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 830–832: „*Col. Birch. Will speak again, but not contrary to Order. 'Tis now in your choice whether to take a safe or dangerous way in this thing. Does not see you can go on in safety under a Prorogation. It has not been practised, 'tis true (what you have been told) but all that can be said in short, is, whether it be advisable for the Commons of England, willingly and knowingly, to act in a Prorogation, contrary to law. [...] But he would prevent dogs barking, "that we do contrary to law by sitting as in a Prorogation," and would be provided against this, not knowing what this may overturn hereafter. The last Convention met upon a new foundation—Should we now give money, and the people deny it, and twelve men come to dispute it, in a jury, what will become of us that made that Act? Therefore would act as in an Adjournment, and read such a Bill. If not, would adjourn till Monday*“

<sup>1092</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 70: „*Mr Harwood. We have the title put upon us as a lawful Parliament. He is not very fond of this Parliament—His understanding reaches not so far, as to judge of these statutes mentioned, but, if they are in force, would know whether a Prorogation of above twelve months puts us not out of capacity of being a Parliament; and then, whether our being then called together by Proclamation can make us a Parliament. If those laws be in force, we do ill to break them, and we do them great violence to meet now as a Parliament. [...]*“

<sup>1093</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 70; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 833: „*Sir Charles Harbord. All Parliaments are in being till dissolved by death of the King, or by word of his mouth. There have been several Prorogations of fifteen months*“.



*King*“ formuliert hatte (1604), sprach Vaughan von „*No Parliament, no King*“<sup>1094</sup>. Der Abgeordnete Russel bestand aber darauf, daß die Frage nach der Gültigkeit der Gesetze Edwards III. beantwortet werden müsse. Und er ging gleich noch einen Schritt weiter. Man sollte beim König die Auflösung des Parlaments beantragen<sup>1095</sup>. Sir Richard Temple war dagegen ganz anderer Meinung. Er ergriff Partei gegen die zirkulierenden Druckschriften und für den König. Man müsse die Rechtmäßigkeit des Parlaments doch nicht diskutieren, weil die Autoren diverser Schriften dies tun. Man solle mit der Lesung einer Gesetzesvorlage beginnen und danach die Autoren dieser Schriften bestrafen<sup>1096</sup>. Sir John Coventry gab zwar vor, an die Rechtmäßigkeit des Parlaments zu glauben. Gleichzeitig aber glaubte er zu wissen, daß die Bevölkerung des Parlaments müde sei und forderte deshalb einen Antrag zur Auflösung zu stellen<sup>1097</sup>. Sir George Reeves bügelte dies ab, indem er eine Gesetzesvorlage aus der letzten Sitzung zur Lesung anbot<sup>1098</sup>. Lord Cavendish schaltete sich zwar noch einmal ein, um die Lesung abzuwenden, jedoch vergeblich<sup>1099</sup>. Staatssekretär Coventry konnte genüsslich feststellen, daß das Unterhaus nicht darüber zu bestimmen habe, ob ein Parlament

---

<sup>1094</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 71: „*Mr Vaughan. If any man without doors should tell him "that he has broken a law, by meeting as a Parliament," he knows how he should use him; and if people say "no Parliament," they may say "no King."*“

<sup>1095</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 71; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 833: „*Mr Russel. He is no great reader of Statutes, and therefore is no competent judge of those mentioned, but since 'tis a Question, whether they be in force, or no, men must be satisfied. Therefore he moves for an Address to the King, That we may (to put all things out of doubt) be dissolved*“

<sup>1096</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 71; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 833: „*Sir Richard Temple. Because the legality of our meeting is questioned by libels without doors, must we therefore make it a Question within doors? Heretofore, at the opening a Session, the Speaker chose some Bill to be read, that would probably take up least Debate— And would punish those who have dispersed these libels. The King has had advice, without all doubt, about this Prorogation—And when a Bill is read, you may proceed to punish the authors of these libels*“

<sup>1097</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 71f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 833: „*Sir John Coventry. Would have the House, in the least of our actions, express our loyalty. He believes this to be a Parliament, and as good as ever it was, but hopes we sit not by Proclamation-law. He plainly sees we have sat so long that the people are weary of us; and seconds the motion for an Address to the King to dissolve us*“

<sup>1098</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 72; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 834: „*Sir George Reeves. Offers a Bill "for regulating Elections of Members of Parliament," ordered to be brought in the last Session*“

<sup>1099</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 72: „*Lord Cavendish. Either we are under a Prorogation, or an Adjournment; if under an Adjournment, a Bill ought not to be read; therefore of necessity that Question must be determined*“

aufgelöst oder einberufen werde<sup>1100</sup>. Man hatte also mit der Lesung der Gesetzesvorlage vollendete Tatsachen geschaffen. Da nützte es auch nichts, daß der Abgeordnete Williams darauf aufmerksam gemacht hatte, daß dies den Abgeordneten den Mund stopfen solle. Es war nur noch eine Tatsachenfeststellung, die aber immerhin den Anschein der Legalität fragwürdig erscheinen ließ<sup>1101</sup>. Sir John Holland appellierte deshalb später noch an das Recht der Redefreiheit<sup>1102</sup>. Die Debatte über die Rechtmäßigkeit der überlangen Prorogation und des Parlaments war hier vorerst beendet. Cobbetts „*Parliamentary History*“ geht dann auch nicht weiter darauf ein und springt unmittelbar zu anderen Beratungsgegenständen am 19. Februar 1677<sup>1103</sup>. Greys „*Debates of the House of Commons*“ dagegen zeigt, daß es noch ein letztes Rückzugsgefecht in der Angelegenheit der langen Prorogation gegeben hat. Es fand zwar keine direkte Debatte mehr über den Gegenstand statt, dafür aber über das Recht zur Redefreiheit über diesen Gegenstand, in geringerem Umfang am 16. Februar<sup>1104</sup> und in umfangreicherer Weise am 17. Februar 1677<sup>1105</sup>. Die Unterhausmehrheit (193 zu 142 Abgeordnete) entschied sich aber gegen eine weitere Debatte und für die Fortsetzung des normalen Geschäftsganges des Kavalierparlaments durch Einrichtung eines ersten Parlamentsausschusses<sup>1106</sup>.

**Die Repression der Krone gegen die Opposition** endete nicht mit der Inhaftierung der vier Lords am 15. Februar 1677. Eine Mehrheit der Lords im Oberhaus verurteilte nach längeren, seit dem 16. Februar 1677 durchgeführten Untersuchungen, am 7. und 8. März 1677 die von Denzil Holles und Nicholas Carey verfassten oppositionellen Schriften „*Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved by its prorogation for 15 Months?*“ (1676) und „*The Long Parliament dissolved*“ (1676) und ordneten deren Verbrennung an, weil diese den Fortbestand des Kavalierparlaments allzu elaboriert in Frage gestellt hatten. Nach den Autoren wurde

---

<sup>1100</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 73: „*Mr Secretary Coventry. 'Tis not you that dissolve or call Parliaments, but he fears 'twill put the Kingdom in an uproar, to leave the thing at large, whether 'tis an Adjournment, or Prorogation. [...]*“

<sup>1101</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 72; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 833: „*Mr Williams. He is of opinion, that the Parliament is in being, but whether by Prorogation or Adjournment, is the Question. He is against reading that Bill, because 'twill stop the mouths of gentlemen in the Debate, and by it we must admit ourselves to meet now under a Prorogation [...]*“

<sup>1102</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 73f.: „*Sir John Holland. [...] The preservation of liberty of speech is so necessary to be allowed and enjoyed, that without it nothing can be brought to good effect. [...]*“

<sup>1103</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 834

<sup>1104</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 77–80

<sup>1105</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 81–95

<sup>1106</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 95; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 542

selbstverständlich auch gesucht, allerdings vergeblich. Im Oberhaus debattierte man zudem seit dem 3. März 1677 über eine „*Bill for regulating the press*“<sup>1107</sup>.

**Der weitere Verlauf der 16. Sitzung bis zum Adjournement am 28. Mai 1677** dürfte genauso wenig wie der Auftakt der 16. Sitzung mit seiner massiven Kritik der Opposition an der Rechtmäßigkeit der langen Prorogation und dem Parlament den Erwartungen Karls II. an Danbys „*Parliamentary Management*“ entsprochen haben. Der Ärger Karls II. über das Parlament zeigte sich im Adjournement am 28. Mai 1677, dem weitere Vertagungen am 16. Juli und 3. Dezember 1677 sowie am 15. Januar 1678 folgten. Das Parlament tagte erst wieder am 28. Januar 1678. Nach den gemachten Erfahrungen mit der langen Prorogation verzichtete die Regierung darauf und griff stattdessen zum Mittel der Vertagung durch Adjournement. Diese Praxis sollte dann wie die lange Prorogation Gegenstand der Debatte im Parlament werden, nachdem man sich im Januar 1678 endlich wieder versammeln durfte. **Danbys „*Parliamentary Management*“** gelang es zwar, eine Mehrheit gegen die Opposition im Ober- und Unterhaus zu organisieren. Die Inhaftierungen der Oppositionsführer und die Nachforschungen gegen die Autoren oppositioneller Schriften vom 16. Februar bis 8. März 1677 demonstrierten der Opposition zudem die Entschlossenheit der Regierung gegen allzu viel Kritik vorzugehen. **Der kritische Geist des Unterhauses** blieb dennoch lebendig, wie sich am 19. Februar 1677 in dem Verlangen manifestierte, daß die englischen Truppen im Dienste Frankreichs abgezogen werden sollten<sup>1108</sup>. Danbys Eigenständigkeit gegenüber dem König und seinem Thronfolger, dem katholischen Königsbruder Jakob, sowie seine Strategie sich gegenüber dem Parlament als Verfechter des Protestantismus darzustellen, zeigte sich darin, daß er auf eine „*Bill for securing the Protestant religion by educating the royal children in the*

---

<sup>1107</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 54–56: Befragung des Verlegers Dr. Carey durch den König und das Oberhaus und Verurteilung zu 1000 Pfund Geldstrafe am 1. März 1677, weil er sich weigerte, den Autor oder dessen Diener zu benennen; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 58–60: „*That the Lord Chief Justice of the Court of Common Pleas and Lord Chief Baron of the Court of Exchequer be, and are hereby, appointed to peruse the Act for preventing the frequent Abuses in printing seditious, treasonable, and unlicensed Books and Pamphlets, and for regulating of Printing and Printing Presses; and to prepare a Bill to be presented to this House*“ („*Bill for regulating the press*“ zur Verhinderung von „*frequent abuses in printing seditious, treasonable, and unlicensed books and pamphlets*“, 3. März 1677); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 60–61: Bericht über die Schriften im Oberhaus am 5. März („*Report concerning Libels about the last Prorogation of this Parliament*“) und Verurteilung zur Verbrennung am 7./8. März 1677 („*Libels, concerning the last Prorogation of this Parliament, ordered to be burnt*“), in: THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 63–65; HOLLES ET AL., Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved, 1676; HOLLES, The Long Parliament dissolved, 1676; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004; MORRILL, John, Holles, Denzil, first Baron Holles (1598–1680), 2004

<sup>1108</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 97f.: „*Heads of the Bill for recalling his Majesty's subjects in the French service which was read the first time*“

*protestant faith*“ im Oberhaus einbrachte (21. Februar 1677). Möglicherweise war dieser Schritt aber auch mit Karl II. abgestimmt, um den Widerstandsgeist des Parlaments zu beschwichtigen. Angezweifelt wurde Danbys „*Parliamentary Management*“ dabei von den Anhängern der Krone, die das Gesetz als eine „*great invasion of the prerogative*“ betrachteten<sup>1109</sup>. Die Opposition im Unterhaus dürfte von einem Täuschungsmanöver ausgegangen sein. **Die Geldbewilligung durch das Parlament** wurde jedenfalls zum echten Problem für die Krone. Einzelne Redner kritisierten darüber hinaus im Rahmen der Debatte über den „*supply*“ abermals die Praxis der Vertagungen. In der am 20. Februar 1677 beginnenden Debatte über die Geldbewilligung gab Sir Thomas Meres zu bedenken, daß es seit alters her Praxis gewesen sei, Beschwerden vor Geldbewilligungen zu behandeln. Die Erfahrung habe gelehrt, daß Beschwerden nach der Geldbewilligung nicht mehr behandelt würden<sup>1110</sup>. Der Abgeordnete Powle stellte den Zusammenhang zwischen Geldbewilligung, Beschwerden und Vertagungen her. Abhilfe für Beschwerden vor der Geldbewilligung stelle sicher, daß Beschwerden nicht durch Vertagungen in den Rezessen landen<sup>1111</sup>. Sir Harbottle Grimstone sekundierte. Die Geldbörsen der Leute sollten nicht vor der Beseitigung der Beschwerden geöffnet werden. Man müsse den guten Willen der Menschen stärken, bevor man ihnen das Geld nehme<sup>1112</sup>. Im großen Unterhausausschuß zur Beratung der Gelder am 21. Februar 1677<sup>1113</sup> äußerte sich Sir Thomas Meres sehr offen zum Thema Geldbewilligung und Prorogation. Der Holländische Krieg und der Bruch der Triple Allianz sei nach der Prorogation gemacht worden. Solange die Regierung Gelder in ihrer Schatulle habe, gebe es kein Parlament. Meres kritisierte, daß der Krieg ohne Rat des Parlaments beschlossen und mit ihrem Geld geführt worden sei. Mit mahnenden Worten warnte er davor, jetzt zusätzliche Gelder zu bewilligen. Dies führe nur dazu, daß das Parlament für sechs Jahre [!] nicht mehr einberufen

---

<sup>1109</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), 1767, S. 47ff.; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 542f.

<sup>1110</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 105f.: „[...] *the forms and methods our ancestors went by anciently, and by precedents, constantly, "grievances" were considered before "giving of money."* [...] *it has been a rule, that no sooner "money" has been got, but "grievances" were set aside*“

<sup>1111</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 109f.: „[...] *Formerly, giving of subsidy was the last thing done in Parliament [...]. There is great reason for keeping this Order. If the King has no supply till Grievances are redressed, 'tis a reason why we may hope for no Grievances in intermission of Parliament, and make the King willing to redress them, if there be no way to come to a Supply, till Grievances be redressed.* [...]“

<sup>1112</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 110f.: „[...] *But people's purses will not be opened without redress of Grievances. [...] We must strengthen peoples hearts, before we can lighten their purses, and if he knew a better way to propose, you should have it.*“

<sup>1113</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 112–130; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 835; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 386

werde<sup>1114</sup>. Lord Cavendish sah es genauso. Man könne nur hoffen, daß man sich wieder versammle, wenn man Gelder bewillige, welche die Minister dazu befähige ohne Parlament zu regieren<sup>1115</sup>. Die von Danby organisierte Mehrheit setzte sich allerdings mit 199 zu 165 Stimmen mit der Bewilligung von 600.000 Pfund durch. Danbys *“Parliamentary Management”* konnte hier einen schönen Erfolg verbuchen<sup>1116</sup>. Aber schon einen Tag später las und debattierte man im Unterhaus die *“Bill for recalling the English forces out of the French King's service“* (22. Februar 1677) ein zweites Mal<sup>1117</sup>. Am 2. März diskutierte das Unterhaus zudem über Dr. Careys Verurteilung durch das Oberhaus. Man bestritt die Jurisdiktion der Lords über den Fall und wünschte eine Klärung seiner Verfehlungen durch die reguläre Gerichtsbarkeit<sup>1118</sup>. Außerdem behandelte man am 2. März nochmals die Geldbewilligung<sup>1119</sup>. Im großen Ausschuß des Unterhauses trat dann aber am 6. März die **Kritik an Frankreich** ganz in den Vordergrund<sup>1120</sup>. Sir William Coventry faßte die Besorgnis der Opposition zusammen, wenn er davon sprach, daß Frankreich die größte aller Besorgnisse sei und diese in engsten Zusammenhang mit der Sorge um den Papismus stehe<sup>1121</sup>. In dieser Debatte äußerte sich Lord Cavendish zu den Gerüchten um die französischen Pensionszahlungen an die

---

<sup>1114</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 113f.: *„And after the Parliament was prorogued, the Dutch war was made, and the league with France, the Triple League broken. And the reason of all this was plain; they needed not the Parliament. [...] But still they have money in the Treasury—And therefore no Parliament. Then the Dutch war was made, and we were called—But did ever any age know such a war made without advice of Parliament? 'Twas not prudent to make such a war, as an equal neighbour to be maintained with our money—If we do prudently, 'twill be a mighty mischief to give an additional revenue. Your Parliament by it is of no effect nor use; and he shall never expect good, till this additional revenue goes off. It is so great they will need no Parliament, and you will be turned off at least six years. 'Tis money that makes a Parliament considerable, and nothing else. [...]“*

<sup>1115</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 122: *„But he hopes that before a year the Parliament may meet again, unless this money we give shall enable the Ministers to govern without a Parliament. The King, he believes, is far from it, but they are to be suspected.“*

<sup>1116</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 130; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 386

<sup>1117</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 131–137; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 386f.

<sup>1118</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 165–173; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 837–842

<sup>1119</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 390f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 173–177; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 835; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), 1742, S. 247; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 542

<sup>1120</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 188–204; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 393ff.

<sup>1121</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 188ff.: *“[...] France, the greatest Grievance that can be to the nation. In respect of France and Popery, all other things are but trifles. Popery may be here without France, but 'tis impossible that France should be here without Popery. [...]“*

Regierung. Räte des Königs seien Zahlungsempfänger Frankreichs und müßten deshalb entfernt werden, insbesondere Lauderdale. Prorogationen, besonders aber die letzte lange Prorogation setzte Cavendish in den Zusammenhang mit den Zahlungen<sup>1122</sup>. Man beschloß deshalb, eine Resolution an den König über die von Frankreich ausgehende Gefahr auszuarbeiten<sup>1123</sup>. Am 10. März hatte man dann tatsächlich eine Resolution fertig, die man an das Oberhaus zur Zustimmung einsandte<sup>1124</sup>, und am 13., 14. und 15. März 1677 zu Beratungen zwischen den beiden Häusern über den Gegenstand führten<sup>1125</sup>. Die Debatte der beiden Parliamentshäuser über die wachsende Macht Frankreichs dürfte Karl II. ganz und gar nicht gepasst haben. Am 16. März 1677 debattierte das Unterhaus zudem ausführlich über den Abzug der englischen Truppen aus französischen Diensten<sup>1126</sup>. Die im Oberhaus am 21. Februar 1677 eingebrachte „*Bill for securing the Protestant*

---

<sup>1122</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 200: „*He has heard it formerly said "that there were Pensioners to the King of France in the King's Council." He is sure Parliaments have been prorogued, without doing any thing, and money has been refused for our better strength at sea, and now we have had a long prorogation, and officers notoriously known to raise men, for the French service, and much countenanced here, at Court. When he considers these things, he still thinks we have creatures and Pensioners of France in our Councils. The mischief they have brought upon us must be by some more effectual means than removal of Counsellors; there is one so partial to the interest of France. (Lauderdale) And moves for an Address, as before*“

<sup>1123</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 204: „*Resolved, That a Committee be appointed, to prepare an Address to represent to his Majesty the danger of the power of France, and to desire his Majesty, by such Alliances as he shall think fit, to secure his Kingdom, and quiet the fears of his people, and for the preservation and securing of the Spanish Netherlands. Agreed to by the House*“

<sup>1124</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 223; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 396f.: „*Resolved, That the concurrence of the Lords be desired to the said Address. The Address was accordingly sent up for the Lords concurrence, and was as follows: "We your Majesty's most loyal Subjects, the Knights, Citizens, and Burgesses, in Parliament assembled, find ourselves obliged, in duty and faithfulness to your Majesty, and in discharge of the trust reposed in us by those whom we represent, most humbly to offer to your Majesty's serious consideration, That the minds of your people are much disquieted with the manifest danger arising to your Majesty's Kingdoms by the growth and power of the French King; especially by the acquisitions already made, and the farther progress likely to be made by him, in the Spanish Netherlands; in the preservation and security whereof, we humbly conceive, the interest of your Majesty, and the safety of your people, are highly concerned: And therefore we most humbly beseech your Majesty to take the same into your Royal care, and to strengthen yourself with such stricter Alliances as may secure your Majesty's Kingdoms, and preserve and secure the said Netherlands, and thereby quiet your Majesty's people"*“

<sup>1125</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 398f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 240–244 (13. März 1677: „*Lords sent to desire a conference about last address of Commons*“); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 399; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 245–253 (14. März 1677: „*Debate on Lords amendments resumed*“); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 399f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 845; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 255 (15. März 1677)

<sup>1126</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 255–261; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 400f.

*Religion, by educating the Children of the Royal Family therein*“ wurde ab dem 20. März auch zum Gegenstand der Debatte im Unterhaus<sup>1127</sup>. Es war aber die am 26. März im Unterhaus beginnende Debatte mit der geforderten „*Address to the King to enter into a speedy and strict Alliance with the Confederates*“, die einen Monat später zur Vertagung durch Adjournement führte<sup>1128</sup>. Das Verlangen des Unterhauses zum Abschluß der anti-französischen Allianz wurde Karl II. am 29. März 1677 überbracht und stellte einen von der Krone kaum zu akzeptierenden Übergriff des Unterhauses in die königliche Prärogative dar<sup>1129</sup>. Während sich die Debatte über die „*Bill for preserving the Protestant Religion*“ im Unterhaus am 4. April 1677 fortsetzte<sup>1130</sup>, ließ Karl II. eine Antwort auf das Ansinnen des Unterhauses auf Abschluß der anti-französischen Allianz ausarbeiten. Staatssekretär Williamson präsentierte dem Unterhaus schließlich am 11. April 1677 den königlichen Willen. Karl II. erwartete vom Unterhaus, daß es ihn zur Bewältigung der Herausforderungen auf dem Kontinent finanziell entsprechend ausstatte. Das Unterhaus solle, falls es weiterhin tagen wolle, andere Gegenstände fallenlassen und seinem Wunsch entsprechen. Es war eine unverhohlene Drohung mit einem Adjournement<sup>1131</sup>, welches sogleich eine heftige Unterhausdebatte darüber auslöste<sup>1132</sup>. Staatssekretär Coventry legte während der Debatte nach. Der

---

<sup>1127</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 284–296; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 853–857; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 402f.; zweite Lesung am 27. März 1677, in: BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 318–326; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 406f.

<sup>1128</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 304–315; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 859–861; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 405f.

<sup>1129</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 331–334; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 408

<sup>1130</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 334–340; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 861–864; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 413f.

<sup>1131</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 343: „*Mr Secretary Williamson delivered to the House the following Message from his Majesty: "Charles R. His Majesty, having considered your last Address, and finding some late Alteration in the Affairs abroad, thinks it necessary to put you in mind, that the only way to prevent the danger which may arise to these Kingdoms, must be, by putting his Majesty timely in condition to make such fitting Preparations, as may enable him to do what may be most for the security of them. And if, for this reason, you shall desire to sit any longer time, the King is content you adjourn now, before Easter, and meet again suddenly after, to ripen this matter, and to perfect some of the most necessary Bills now depending."*“

<sup>1132</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 343–351; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 864–868

König werde sie zu nichts zwingen, aber seine Maßnahmen an ihrer Hilfe ausrichten<sup>1133</sup>. Sir Edmund Jennings Antwort darauf war eindeutig. Eingebrachte Gesetzesvorlagen sollten verabschiedet werden, damit nicht gesagt werden könne, daß man nur „*Money-Bills*“ verabschiede und sonst gar nichts<sup>1134</sup>. Das Unterhaus folgte am 12. April 1677 Sir William Coventrys Vorschlag<sup>1135</sup>, nicht mehr als 200.000 Pfund zu bewilligen<sup>1136</sup>. Da die bewilligte Summe gering war und der König zum Adjournement entschlossen schien, verabschiedete das Unterhaus am 13. April 1677 eine Bittschrift. In dieser machten sie klar, daß man bei der nächsten Versammlung nach dem Adjournement mehr Gelder bewilligen würde, wenn ihren Anliegen entsprochen werde, „*stricter alliances*“ abzuschließen<sup>1137</sup>. Staatssekretär Williamson übermittelte am 16. April 1677 die Antwort des Königs, daß dieser sich außerstande sehe, die Bitten des Unterhauses zu erfüllen, wenn nicht wenigstens 600.000 Pfund bewilligt würden<sup>1138</sup>. Das Unterhaus gab aber keineswegs nach und erwiderte noch am 16. April 1677. In ihrer Antwort an den König nahmen sie Bezug auf ihre letzte Bittschrift und bekräftigten sie. Man werde nach dem Adjournement mehr Gelder bewilligen, wenn den Bitten nach Allianzen entsprochen werde. Die geringe Geldbewilligung begründete das

---

<sup>1133</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 345: „[...] *But it does not speak to press you to any thing; but it lays before you his condition, and that he will take his measures according to the proportion that you will help him. [...]*“

<sup>1134</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 346: „[...] *to perfect the Bills depending; that the world may not say, we have passed the Money-Bills, and no more. He would have something entered on the Journal, that there may be nothing reflecting upon us, as passing Money Bills, and no more*“

<sup>1135</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 349

<sup>1136</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 351f.

<sup>1137</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 352: „[...] *we have, for the present, provided a security in a Bill for an additional Duty of Excise, upon which your Majesty may raise the sum of 200,000l. And if your Majesty shall think fit to call us together again, for this purpose, in some short time after Easter, by any public signification of your Majesty's pleasure commanding our attendance, we shall, at our next meeting, not only be ready to reimburse your Majesty what Sums of Money shall be expended upon such extraordinary Preparations, as shall be made in pursuance of our former Addresses; but shall likewise, with most chearful hearts, proceed both then, and at all other times, to furnish your Majesty with so large proportions of Assistances and Supplies, upon this occasion, as may give your Majesty, and the whole World, an ample Testimony of our Loyalty and Affection to your Majesty's Service; and may enable your Majesty, by the help of Almighty God, to maintain such stricter Alliances, as you shall have have entered into, against all Opposition whatsoever*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 868; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 419ff.

<sup>1138</sup> BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 353: „[...] *But as his Majesty's condition is, (which, he doubts not, but is as well known to this House as to himself) he must tell them plainly, that, without a sum of 600,000l. or credit for such a sum upon new Funds, it will not be possible for him to speak or act those things which should answer the ends of their several Addresses, without exposing the Kingdoms to much greater dangers. [...]*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 868f.; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 422f.



Unterhaus mit dem **Repräsentationsprinzip**. Wegen des in Aussicht gestellten Adjournements seien viele Abgeordnete bereits in ihren Wahlbezirken, so daß es unparlamentarisch gewesen wäre, ohne sie größere Summen zu bewilligen<sup>1139</sup>. Das Unterhaus wurde anschließend am 16. April auf den 21. Mai 1677 vertagt<sup>1140</sup>.

Als sich das Parlament am 21. Mai 1677 wieder versammelte, setzte die Debatte über die Allianzen nahtlos wieder ein<sup>1141</sup>. Sir Thomas Meres Redebeitrag faßte die anti-französische Stimmung am besten zusammen<sup>1142</sup>. Am 23. Mai 1677 versuchten Karl II.<sup>1143</sup> und Staatssekretär Williamson so gut sie konnten, die Befürchtungen des Unterhauses zu zerstreuen, daß die Gelder anders als von ihnen gewünscht verwendet würden<sup>1144</sup>, konnten das tiefsitzende Mißtrauen gegenüber Karl II. damit aber nicht ausräumen, wie die Unterhausdebatte am 23. Mai zeigte<sup>1145</sup>. Deutlicher aber noch trat es im Beschluß des Unterhauses vom 25. Mai 1677 zu Tage, der mit einer Mehrheit von 182 zu 142 Stimmen sehr deutlich ausfiel und die bisher vielleicht schwerste Niederlage für Danbys

---

<sup>1139</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 354: „[...] we humbly take leave to acquaint your Majesty, that, many of our Members being (upon an expectation of Adjournment before Easter) gone into their several countries, we cannot think it Parliamentary, in their absence, to take upon us the granting of Money; but do therefore desire your Majesty to be pleased, that this House may adjourn itself for such short time (before the sum of 200,000l. can be expended) as your Majesty shall think fit; and, by your Royal Proclamation, command the Attendance of all our Members at the day of meeting: By which time, we hope your Majesty may have so formed your Affairs, and fixed your Alliances, in pursuance of our former Addresses, that your Majesty may be graciously pleased to impart them to us in Parliament. [...]“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 869f.; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 422f.

<sup>1140</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 355; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 870; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 423; OGG, *England in the Reign of Charles II*, Volume II, 1955, S. 543f.

<sup>1141</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 355–361; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 870–873; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 423f.

<sup>1142</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 359: „[...] We desire security from the fears of the growth of France. [...] You must either be the French King's Province, or Creatures, or fortify yourselves against his power. [...]“

<sup>1143</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 361: „[...] I do assure you, upon the word of a King, that you shall not repent any Trust you repose in me, for the safety of my Kingdoms; and I desire you to believe, I would not break my Credit with you [...]“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 873 (26.05.1677); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 424

<sup>1144</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 364: „Some are jealous, as if the King does call for Money for other ends than you desire. [...]“

<sup>1145</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 362–374 (23.05.1677); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 873–879 (26.05.1677); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 424

„*Parliamentary Management*“ darstellte<sup>1146</sup>. Darin wurden Gelder unter Verweis auf die Erfahrungen mit den letzten beiden Kriegen gegen die Niederlande verweigert. Für die Geldbewilligung müsse man vorab wissen, worauf man sich einlasse<sup>1147</sup>. Dann aber stellte das Unterhaus die unmißverständliche Forderung an Karl II., er solle ein Angriffs- und Verteidigungsbündnis mit den Niederlanden abschließen, um die Macht Frankreichs einzuschränken und die spanischen Niederlande zu erhalten. Die Außen- und Verteidigungspolitik der Krone als wichtiger Bestandteil der königlichen Prerogative wurde damit vom Unterhaus in direkter Weise angegriffen<sup>1148</sup>. Die Antwort Karls II. darauf ließ nicht lange auf sich warten. Danbys „*Parliamentary Management*“ war am Ende und mußte zum Mittel der Vertagung greifen. Am 28. Mai rief der König die Mitglieder von Ober- und Unterhaus zur Versammlung in das von Inigo Jones errichtete Banqueting House in Whitehall. Karl II. wies die Abgeordneten des Unterhauses für ihre Resolution zurecht. Sie hätten sich damit in einen Bereich unzweifelhaften Kronrechts eingemischt. Diese Einmischung würde die Souveränität der Krone in Frage stellen. Karl II. vertagte das Parlament auf den 16. Juli 1677 und stellte dabei zugleich in Aussicht, daß er sie bis zum Winter zu vertagen beabsichtige<sup>1149</sup>. Den konsternierten Unterhausabgeordneten blieb nichts anderes übrig als in ihre Parlamentskammer zurückzukehren. Dort mußten sie erleben, daß

---

<sup>1146</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 374–376 (25.05.1677); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 879–881 (26.05.1677); THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 424ff.

<sup>1147</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 374f.: „*Your Majesty's most loyal and dutiful subjects, the Commons, in Parliament assembled, [...] find themselves obliged, at present, to decline the granting your Majesty the Supply that your Majesty is pleased to demand; conceiving it is not agreeable to the usage of Parliament, to grant Supplies for the maintenance of Wars and Alliances, before they are signified in Parliament; which the two Wars against the States of the United Provinces, since your Majesty's happy Restoration, and the League made with them in January 1668, for Preservation of the Spanish Netherlands, sufficiently prove, [...]*“

<sup>1148</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 375: „*[...] to beseech your Majesty, as we now do, to enter into a League, offensive and defensive, with the States General of the United Provinces, against the Growth and Power of the French King, and for the Preservation of the Spanish Netherlands; and to make such other Alliances with such other of the Confederates as your Majesty shall think fit and useful to that end. [...]*“

<sup>1149</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 389–391: „*Gentlemen, Could I have been silent, I would rather have chosen to be so, than to call to mind things so unfit for you to meddle with, as are contained in some part of your Address; wherein you have intrenched upon so undoubted a right of the Crown, that I am confident it will appear in no age (when the sword was not drawn) that the Prerogative of making Peace and War hath been so dangerously invaded. [...] Should I suffer this fundamental power of making Peace and War to be so far invaded (though but once) as to have the manner and circumstances of Leagues prescribed to me by Parliament, it is plain, that no Prince, or State, would any longer believe, that the Sovereignty of England rests in the Crown; [...] I would have your return to your House, and I require that you immediately adjourn to the 16th of July next; but I do not intend you shall sit till Winter; unless there should happen any urgent occasions, in which case you shall have notice by Proclamation*“; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 888–890; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), 1802, S. 426

der vom König eingesetzte Sprecher des Unterhauses ihnen jede weitere Rede mit der Begründung verbot, daß sie durch den König mit sofortiger Wirkung vertagt worden seien. Dies löste einen regelrechten Tumult im Unterhaus aus, welcher den Sprecher dazu veranlaßte, den Saal fluchtartig zu verlassen, wobei versucht wurde, ihn in seinen Stuhl drückend festzuhalten und an der Mitnahme des Amtsstabes des Unterhauses zu hindern („*Stop the Mace upon the Table*“), dies aber mit Unterstützung königstreuer Anhänger verhindern konnte. Das Ganze erinnerte an das Parlament von 1628, dem letzten Parlament vor der elfjährigen parlamentslosen Herrschaft Karls I. („*eleven years tyranny*“). Damals wurde der Sprecher Lord John Finch im Stuhl festgehalten, nachdem er versucht hatte, Sir John Eliot daran zu hindern, seine Deklaration zur Illegalität der königlichen Besteuerung vorzutragen („*tonnage and poundage*“)<sup>1150</sup>.

**Der Rezens in Form der fortgesetzten Adjournements sollte über sechs Monate vom 28 Mai 1677 bis 28. Januar 1678 dauern.** Das Parlament wurde insgesamt dreimal am 16. Juli, am 3. Dezember 1677 und am 15. Januar 1678 vertagt<sup>1151</sup>. Hauptereignis während des langen Adjournements war die Hochzeit von Maria Stuart und Wilhelm von Oranien am 4. November 1677. Diese von Danby arrangierte Eheverbindung sollte langfristige Folgen für England und Danby haben, war sie doch eine Grundbedingung für die „*Glorious Revolution*“ und den Wiederaufstieg Danbys unter Wilhelm III. Die protestantische Ehe ist jedoch nur verständlich im Rahmen der Bestrebungen Ludwigs XIV. die europäische Vormachtstellung für Frankreich zu erringen und auszubauen, insbesondere aber im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und den Niederlanden (1672-78). Das Verhältnis Karls II. zum Parlament kann nur aus dem Dreiecksverhältnis mit Frankreich und den Niederlanden verstanden werden<sup>1152</sup>.

**Die französischen Geldangebot für weitere Vertagungen des Parlaments** sind hier von besonderem Interesse. Karl II. gab dem Wunsch nach einem Krieg gegen Frankreich nicht nach, wußte er doch, daß ein noch so populärer Krieg nicht gleichbedeutend war mit der Bewilligung von Geldern, sobald die erste Kriegseuphorie abgeebbt und ernste Schwierigkeiten aufgetreten waren. In Geheimverhandlungen mit Courtin, die er in seinen Memoiren aufzeichnete, befürwortete er einen Friedensschluß zwischen Frankreich und den Niederlanden. Frankreich sollte die Franche Comté

---

<sup>1150</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 390f.; *The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey, 1604-29, The Parliament of 1628-1629*, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/parliament-1628-1629>, 16.12.2017; OGG, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, 1955, S. 545

<sup>1151</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 891, 895f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, S. 391 (Band 4 endet mit dem 16.07.1677)

<sup>1152</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 4 (1660-1688), 1808, S. 891–895

erhalten und die flämischen Grenzfestungen, die England garantieren wollte. Gegenüber Courtin gab er die Höhe seiner Schulden von 2.200.000 Pfund zu, um darauf zu verweisen, daß er ohne französische Gelder gezwungen wäre, das Parlament wieder einzuberufen, was den Krieg verlängern würde. Courtin gelang es Karl II. das Versprechen abzurufen, das Parlament bis April 1678 nicht wieder einzuberufen, wofür Frankreich bereit wäre ihm zwei Millionen Livres zu bezahlen. Danby verzögerte die Einigung, indem er eine noch größere Summe verlangte. Für Courtin waren es die letzten Verhandlungen, weil er im August 1677 von Barrillon abgelöst wurde, der bis 1688 französischer Botschafter in England bleiben sollte<sup>1153</sup>. **Die Initiativen der Niederlande und seiner Alliierten während des Sommers 1677 standen den französischen Interventionen gegenüber.** Während sich Karl II. erfolgreich den Wünschen Danbys, eines Teiles der Hofpartei und der Opposition entzogen hatte, Frankreich anzugreifen, drängte der kaiserliche Botschafter Waldstein, der Emissär der Niederlande Beuning und der Abgesandte Spaniens, Borgomaniero, darauf, die englische Neutralität aufzugeben und in eine Offensivallianz gegen Frankreich einzutreten<sup>1154</sup>. **Die Eheschließung Wilhelms von Oraniens mit Maria Stuart** ist in diesem Kontext zu sehen. Danby und Arlington unterstützten diesen Eheplan. Karl II. erklärte Barrillon seine Gründe, den Eheschluß der beiden zu unterstützen: Die Ehe würde das Mißtrauen der Engländer vermindern, daß seine Freundschaft zu Frankreich eine Bedrohung des Protestantismus in England darstelle. Prinz Wilhelm von Oranien reiste nach England, wo man die Hochzeit verkündete und sogleich vollzog (Oktober/November 1677). Der Eheschluß hatte für Frankreich unmittelbare Auswirkung, denn die Niederländer verweigerten Ludwig XIV. Ansinnen, die Städte Condé, Valenciennes und Tournai zu erwerben. Die Ehe hatte jedoch keine Auswirkung auf die französischen Subsidienzahlungen<sup>1155</sup>. **Die Anschlußvereinbarungen mit den Niederländern wurden nur zum Schein getroffen.** Auf Danbys Initiative schickte Karl II. Lawrence Hyde als Unterhändler zu den Niederländern, um mit diesen am 31. Dezember 1677 einen Vertrag zu schließen, der die vertragsschließenden Parteien dazu verpflichtete, einen allgemeinen Frieden herzustellen, auf der Basis der Rückgabe von Sizilien, Charleroi, Courtrai, Ath, Oudenaarde, Condé, Tournai und Valenciennes an Spanien unter Beibehaltung der Franche Comté, Cambrai, Aire und St. Omers bei Frankreich. Frankreich und Spanien sollten falls nötig mit Gewalt dazu gezwungen werden. Dazu sollte Ostende als Basis eines englischen Expeditionsheeres von 11.000 Mann Fußtruppen und 1.000 Mann Kavallerie dienen. Die Niederländer ratifizierten diesen Vertrag

---

<sup>1153</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 545

<sup>1154</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 544

<sup>1155</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 525f., 546–548; SEAWARD, The Restoration 1660-1688, 1991, S. 97; HILL, A century of revolution 1603-1714, 1991, S. 168

am 20. Februar 1678. Dieses Vertragswerk sollte aber nur das Vorspiel zu einem noch umfassenderen Defensiv- und Offensivbündnis beider Länder sein, vertraglich vereinbart in Westminster am 28. März 1678. Aber auch dies wurde nicht von England ratifiziert. Karl II. hatte lediglich beabsichtigt, Zeit zu gewinnen. Der König hatte damit nur rein äußerlich dem Volkswillen nachgegeben. Die unterschriebenen Verträge verdeutlichten dies, ebenso wie die Wiedereinberufung des Parlaments zum 03.12.1677 und die Hochzeit seiner Nichte Maria mit Wilhelm von Oranien. Tatsächlich war sich Karl II. mit Ludwig XIV. einig, diesem freie Hand zu lassen, gegen Subsidienzahlungen an ihn<sup>1156</sup>. Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und den Niederlanden setzte sich die „*Standing Parliament Debate*“ zwischen der Krone und der Opposition während des langen Adjournements in der Publizistik fort.

**Mit Andrew Marvells Schrift „*An account of the growth of popery and arbitrary government in England*“ (1677)** erreichte die „*Standing Parliament Debate*“ einen publizistischen Höhepunkt. Das Druckwerk behauptete im Kern, daß es seit Jahren einen Plan zur Wiedereinführung des Katholizismus und zur Errichtung einer absoluten und willkürlichen Herrschaft in England gegeben habe. Verfasst wurde das Werk während des langen Adjournements zwischen Mai und Dezember 1677. Veröffentlicht wurde es noch im Dezember 1677 vor Wiederversammlung des Parlaments im Januar 1678<sup>1157</sup>. Marvell verdeutlicht im Untertitel, daß es sich bei der Schrift um eine Darstellung der Entwicklungen in England zwischen der langen Prorogation im November 1675 nach der 15. Sitzung des Kavalierparlaments und der letzten Versammlung am 16. Juli 1677, dem Ende der 16. Sitzung, handelt<sup>1158</sup>. Der Verfasser gibt etwas später im Zusammenhang mit der Sitzung vom 15. Februar 1676 vor, daß er dem Leser einen rein objektiven Tatsachenbericht zu geben beabsichtige<sup>1159</sup>. Die Schrift ist jedoch weniger Bericht als vielmehr Anklage und Abrechnung mit dem politischen Gegner. Diese werden als Verräter („*conspirators*“) diffamiert, die planmäßig und zielgerichtet an der Errichtung einer Willkürherrschaft in England und an der Wiedereinführung des Papismus gearbeitet hätten. Marvell erhebt auf der ersten Druckseite mehr noch als auf dem Titelblatt den Vorwurf, daß in England seit Jahren ein gezielter Plan mit dem Ziel ausgeführt

---

<sup>1156</sup> OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 548f.

<sup>1157</sup> KELLIHER, W. H., Marvell, Andrew (1621–1678), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/18242>, 14.3.2016, hier S. 7; HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), 2004; OGG, England in the Reign of Charles II, Volume II, 1955, S. 541

<sup>1158</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677: „*More particularly, from the long prorogation of November, 1675, ending the 15th of February, 1676, till the last meeting of Parliament, the 16th of July, 1677*“

<sup>1159</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 16: „*But my intention is onely to write a naked Narrative of some the most considerable passages in the meeting of Parliament the 15 of Febr. 1676*“

wurde, die rechtmäßige Regierung des Landes durch eine absolute Tyrannis zu ersetzen und den Protestantismus in Papismus zu transformieren<sup>1160</sup>. Der Autor unterstreicht auf der ersten Seite seiner Schrift das **Repräsentationsprinzip** als herausragendes Merkmal Englands. In England sei der Staat verglichen mit seinen Nachbarn andersgeartet. Während die Könige in den Nachbarreichen willkürlich und tyrannisch herrschten, haben Englands Bürger Anteil an der Gesetzgebung. Entscheidender Unterschied sei die Repräsentation. Selbst der kleinste Untertan sei im Parlament repräsentiert. Gleichzeitig wird das Repräsentationsprinzip mit dem Recht der Geldbewilligung gekoppelt, die nur mit allgemeiner Zustimmung zu geschehen habe<sup>1161</sup>. Marvell beschreibt die Stellung des englischen Königs als beschränkt<sup>1162</sup>. Er diffamiert den Katholizismus als Papismus, der schlimmer sei als Judentum, Türkerei und Heidentum<sup>1163</sup> und beschreibt den Papst als absoluten Herrscher<sup>1164</sup> und gibt historische Beispiele des unheilvollen Einflusses des Papismus auf England<sup>1165</sup>. Trotz des durch die Papstkirche verursachten Unheils gebe es diejenigen, die versuchten „*french slavery*“ und „*roman idolatry*“ in England zu errichten<sup>1166</sup>. Diese Leute wandten sich an den französische König, den Marvell als absoluten Herrscher, Vorkämpfer des Papismus und natürlichen Erbfeind der Nation diffamierte<sup>1167</sup>. Dazu referierte er die Ereignisse der Holländischen Kriege, den Frieden von Breda, die Triple Allianz und den Geheimvertrag von Dover<sup>1168</sup>, gefolgt von einer ausführlichen Beschreibung aller abgeschlossenen Allianzen Englands zwischen 1670 und 1672<sup>1169</sup>. Marvell kommt zu der Feststellung, daß das Parlament jeweils nach den erforderlichen Geldbewilligungen vertagt wurde<sup>1170</sup>. Danach seien die Bündnisse absichtsvoll

---

<sup>1160</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 3: „*There has now for divers Years, a design been carried on, to change the Lawfull Government of England into an Absolute Tyranny, and to convert the established Protestant Religion into down-right Popery [...]*“

<sup>1161</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 3: „*But here the Subjects retain their proportion in the Legislature; the very meanest Commoner of England is represented in Parliament, and is party to those Laws by which the Prince is sworn to Govern himself and his people. No mony is to be levied but by the common consent*“

<sup>1162</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 4f.

<sup>1163</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 5–7

<sup>1164</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 8–11

<sup>1165</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 12f.

<sup>1166</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 14

<sup>1167</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 16: „*[...] he is the Master of Absolute Dominion, the Presumptive Monarch of Christendom, the declared Champion of Popery, and the hereditary, natural, inveterate Enemy of our King and Nation [...]*“

<sup>1168</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 17–19

<sup>1169</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 20–27

<sup>1170</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 28: „*The Parliament having once given this Mony, were in consequence Prorogued, and met not again till the 4th of Februaray 1672 [...]*“

vernachlässigt und gekündigt sowie der Krieg mit den Niederlanden angezettelt worden<sup>1171</sup>. Absichtsvoll sei auch die Indulgenzerklärung des Königs mit Beginn des dritten Englisch-Holländischen Krieges öffentlich gemacht worden<sup>1172</sup>. Nach der Beschreibung der ersten Kriegshandlungen<sup>1173</sup> kommt er zur Geldbewilligung des Unterhauses zum Sitzungsbeginn am 4. Februar 1672<sup>1174</sup> und zur Entlassung Shaftesburys als Lordkanzler<sup>1175</sup>. Neben der erfolgten Geldbewilligung als regelmäßigen Vertagungsgrund nennt er jetzt ganz direkt die Kritik des Parlaments an der Indulgenzerklärung als Grund zur vorzeitigen Vertagung des Parlaments<sup>1176</sup>. Im Rahmen des anti-katholischen Diskurs beschreibt er die Hochzeit des Duke of York mit Maria von Modena 1673<sup>1177</sup> und die Kritik des Parlaments an der Eheschließung als Ursache für die anschließende Prorogation statt Auflösung der Ehe<sup>1178</sup>. Die folgende Kritik des Unterhauses am stehenden Heer beschreibt er als weiteren Grund zur Prorogation<sup>1179</sup>. Die Entlassung des Duke of Buckingham aus allen seinen Ämtern hätte aber zur Rückgewinnung seiner geistigen Freiheit geführt und ihn ins richtige politische Lager gebracht<sup>1180</sup>. Marvell setzt seine kritische Beschreibung mit dem Friedensschluß mit den Niederlanden fort<sup>1181</sup>. Die Verräter hätten allerdings einen entscheidenden Fehler gemacht, als sie übersahen, daß der Geldmangel regelmäßige Parlamente erforderlich machte<sup>1182</sup>. So konnte nicht einfach auf das Parlament verzichtet werden, auch wenn das Unterhaus die englischen Truppen in französischen Diensten als Ärgernis artikulierten und den Vorwurf erhoben, daß diese Truppen durch Frankreich für den Einsatz in England trainiert werden

---

<sup>1171</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 28–40

<sup>1172</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 33–35

<sup>1173</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 40–43

<sup>1174</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 43f.

<sup>1175</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 44

<sup>1176</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 44f.: *„But therefore the further sitting being grown very uneasy to those, who had undertaken for the Change of Religion, and Government, they procured the Recess so much sooner [...] so the Parliament was dismissed till the 27 of October 1673“*

<sup>1177</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 47–49

<sup>1178</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 48f.: *„Therefore while they pursued the matter thus, by a second address, it seemed an easier thing, and more decent, to Prorogue the Parliament, than to Dissolve the Marriage“*

<sup>1179</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 50

<sup>1180</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 51: *„Buckingham [...] But he was so far a Gainer, that with the loss of his Offices, and dependence, he was restored to the Freedom of his own Spirit [...]“*

<sup>1181</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 53

<sup>1182</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 53f.: *„The Conspirators had hitherto failed of the accomplishing their design, by perpetual disappointments, and which was most grievous to them, foresaw, that the want of mony would still necessitate the frequent sitting of Parliament, which danger they had hop'd long ere this to have conquer'd“*

würden<sup>1183</sup>. Dies geschehe im Rahmen des Wiederbelebens der „*Old Cavalier Party*“ durch Heraufbeschwören der alten Gegensätze. Die Verräter planten einen neuen Bürgerkrieg. Deshalb das stehende Heer<sup>1184</sup>. Und die „*Bill to prevent dangers from disaffected persons*“ („*Non-resisting test*“) vom 15. April 1675 hätte gerade zur Vorbereitung dieses Bürgerkrieges gedient<sup>1185</sup>. Der mit diesem Gesetz verlangte Eid löste den bis dahin vielleicht größten Parlamentsstreit überhaupt aus. Die oppositionellen Lords traten für die englischen Freiheiten ein wie ihre Vorfahren für Magna Charta<sup>1186</sup>. Besonders taten sich Buckingham und Shaftesbury hervor, die deshalb doppeltes Lob verdient hätten<sup>1187</sup>. Marvell beschreibt die Situation als extrem heikel. Mit Verabschiedung des Gesetzes hätten in Schottland und Frankreich jeweils rund 20.000 Soldaten zum Einmarsch in England bereitgestanden<sup>1188</sup>. Der Privilegienstreit zwischen Ober- und Unterhaus im Rechtsstreit Shirley vs. Fagg verhinderte jedoch, daß der „*Non-resisting test*“ im Oberhaus verabschiedet werden konnte und der Streit veranlaßte Karl II. zur Prorogation am 13. Oktober 1675<sup>1189</sup>. Ihren Gegner warf die Schrift vor, den König gegen das Parlament aufzubringen und ihn gegenüber diesem so mißtrauisch zu machen, daß er nur noch ihren Rat, den Frankreichs und der nackten Notwendigkeit folge<sup>1190</sup>. Das Wiederaufflammen des Falles Shirley vs Fagg in der 15. Sitzung habe einige Lords dazu veranlaßt, den König zur Auflösung des Parlaments aufzufordern. Marvell gibt aber keine Gründe an, warum der König sich stattdessen für eine Prorogation entschied<sup>1191</sup>. Er wendet sich vielmehr gleich dem viel größeren Ärgernis in Form der langen Prorogation vom 22.

---

<sup>1183</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 55

<sup>1184</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 55f.: „*These were told that all was at Stake, Church and State. That the Nation was runing again into Fourty One [...] By this meanes they indeed designed to have raised a Civil War, for which they had all long provided, by new Forts, and standing Forces [...]*“

<sup>1185</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 57–60

<sup>1186</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 60: „*It grew therefore to the greatest contest, that has perhaps ever been in Parliament, wherein those Lords, that were against this Oath, being assured of their own Loyalty and Merit, stood up now for the English Liberties with the same Genius, Virtue and Courage, that their Noble Ancestors had formerly defended the Great Charter of England [...]*“

<sup>1187</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 61: „*Duke of Buckingham, and the Earl of Shaftsbury, have been the more reproached for this brave Action, it be requisite by a double proportion of Praise [...]*“

<sup>1188</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 60

<sup>1189</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 61f.

<sup>1190</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 63: „*The Conspirators [...] they might so represent things to his Majesty as incense him against them, and distrusting all Parliamentary Advice to take Counsel from themselves, from France, and from Necessity*“

<sup>1191</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 64: „*Hereupon the Lords were in consulation for an Address to his Majesty conteining many weighty reasons for his Majestyes dissolving this Parliament, deduced from the nature and behaviour of the present House of Commons: But his Majesty [...] Judging that this House might at some other time be of use to him, chose only to Prorogue the Parliament*“



November 1675 auf den 15. Februar 1677 zu. Auch Marvell unterstreicht, daß es so etwas noch niemals zuvor in der Geschichte der Parlamente gegeben habe und es außerdem gegen Sinn und Zweck von Gesetz und Gewohnheitsrecht verstoße<sup>1192</sup>. Den Ereignissen und den Publikationen während des Rezess räumte Marvell weniger Aufmerksamkeit ein<sup>1193</sup>. Nach einer insgesamt die Hälfte der Schrift umfassenden Vorgeschichte kommt Marvell zur 16. Sitzung des Kavalierparlaments<sup>1194</sup>. Marvell beschreibt den Beginn der Sitzung mit spöttischem Unterton. Der König habe doch ernsthaft in seiner Eröffnungsrede ein gutes Einvernehmen der beiden Parlamentshäuser angemahnt, da ihr Streit für den langen Rezess ursächlich sei. Kanzler Finch habe beinahe alles verdorben, indem er wie gewöhnlich versuchte, in seiner Rede zu glänzen. Gerettet worden sei das Ganze durch Lord Treasurer Danbys Überzeugungskraft ganz eigener Art. Ohne es auszusprechen meinte Marvell selbstverständlich die Überzeugungskraft seiner Bestechungsgelder. Dementsprechend behandelten die beiden Parlamentshäuser die lange Prorogation mit äußerster Vorsicht<sup>1195</sup>. Am ersten Verhandlungstag habe das Parlament gar nicht erst die Frage aufgeworfen, ob das Parlament durch die lange Prorogation vertagt worden sei, sondern lächerlicherweise nur gefragt, ob die Prorogation nicht ein Adjournement gewesen sei<sup>1196</sup>. Im Oberhaus aber habe Buckingham seine Stimme gegen die Rechtmäßigkeit der langen Prorogation erhoben. Das

---

<sup>1192</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*, S. 65: „[...] there was a greater [controversie] committed in Proroguing the Parliament, from the 22th, of November 1675, unto the 15th, of February 1676. And holding it after that dismissal, there being no Record of any such thing done since the being of Parliaments in England, and the whole Reason of Law no lesse then the Practice and Custome holding Contrary“

<sup>1193</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*, S. 67–69

<sup>1194</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*, S. 70: „Thus are we at length arrived at this much controverted, and as much expected Session. And though the way to it hath proved much longer then was intended in the entry of this discourse, yet is it very short of what the matter would have afforded, but is past over to keep within bounds of this Volume. The 15th of February 1676 came [...]“

<sup>1195</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*, S. 70: „His Majesty demanded of the Parliament in his Speech at the opening of the Sessions a Supply [...] and demanded earnestly a good correspondence between the two Houses, representing their last Differences as the reason of so long a Prorogation, to allay them. The Lord Chancellor, as usuall with him, spoiled all, which the King had said so well, with straining to do it better; For indeed the mischances of all the Sessions since he had the Seales, may in great part be ascribed to his indiscreet and unlucky Eloquence. And had not the Lord Treasurer a farre more effectual way of Perswasion with the Commons, there had been the same danger of the ill successe of this Meeting, as of those formerly. Each House being now seated, the case of this long Prorogation [...] they handled it so tenderly, as if they were afraid to touch it“

<sup>1196</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677*, S. 70f.: „The first day, instead of the Question, Whether the Parliament were by this Prorogation indeed Dissolved; it was proposed, something ridiculously, Whether this Prorogation were not an Adjournement?“

Parlament sei dadurch aufgelöst<sup>1197</sup>. Shaftesbury sei ihm aber so kraftvoll zur Hilfe geeilt, daß er Buckingham in nichts nachstand<sup>1198</sup>. Daraufhin kam es zur Inhaftierung der Lords Buckingham, Shaftesbury, Salisbury und Wharton. Einer beiseitigen Prorogation folgte so eine beispiellose Inhaftierung<sup>1199</sup>. Marvell war sich sicher, daß die Selbstsanktionierung des Rederechts durch Mitglieder des Oberhauses dem Ansehen des Oberhauses sehr schadete und er sah darin ein Beispiel dafür, daß nichts als das Parlament selbst es zerstören könne<sup>1200</sup>. Nach Buckingham und Shaftesburys Kritik taten die meisten Parlamentsmitglieder so, als sei nichts gewesen, und setzten den gewöhnlichen Geschäftsgang fort. Danbys „*Parliamentary Management*“ durch Bestechung thematisierend verwies Marvell aber auf drei Abgeordnete, die sich im Unterhaus trauten auszusprechen, daß einige Mitglieder Papisten und eine Vielzahl bestochen und Pensionäre seien<sup>1201</sup>. Nach Marvells Dafürhalten verpasste das Unterhaus hier eine großartige Gelegenheit, sich als bloße „*Convention*“ begreifend die eigene Unfähigkeit als Parlament fortzufahren anzuerkennen und den König um die Auflösung zu ersuchen. Dabei verlangten die Gesetze Englands und der Verfassung doch regelmäßige Versammlung und einen Wechsel der Parlamente, wie Marvell beteuerte. Das geschehe aber deshalb nicht, weil beinahe ein Drittel des Unterhauses mit lukrativen Ämtern versorgt seien<sup>1202</sup>. Marvell beklagte, daß durch diese Praxis, die entscheidende Funktion des Unterhauses untergraben werde. Diese Funktion bestehe darin, daß sie und nicht die Lords im

---

<sup>1197</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 71: „*But in the Lords House it went otherwise. For the first day, as soon as the Houses were separate, the Duke of Buckingham, who usually saith what he thinks, argued by all the Laws of Parliament, and with great strength of Reason, that this Prorogation was Null and this Parliament consequently Dissolved [...]*“

<sup>1198</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 72: „*So that the Earl of Shaftsbury, had opportunity to appear with such extraordinary vigour, in what concerned both the Duke of Buckingham's person and his Proposal, that as the Duke of Buckingham might have stood single in any rational contest, so the Earl of Shaftsbury was more properly another Principle, than his Second*“

<sup>1199</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 72: „*Thus a Prorogation without President, was to be warranted by an Imprisonment without Example*“

<sup>1200</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 72: „*For nothing but Parliament can destroy Parliament, If a House shall once be Felon of itselpe and stop its own breath, taking away that Liberty of speech [...]*“

<sup>1201</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 73: „*It was reported too, that there were diverse of the Members Papists; A third, That a multitude of them were Bribed, and Pensioners*“

<sup>1202</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 73: „*[...] how great an opportunity this House of Commons lost, of ingratating themselves, with the Nation, by acknowledging in this Convention their invalidity to proceed in Parliament, and by addressing to his Majesty as being Dissolved, for a Dismiſſion. For were it so, that all the Laws of England require, and the very Constitution of our Government, as well as Experience, teaches the necessity of the frequent Meeting, and change of Parliaments [...]* For it is too notorious to be concealed, that near a third part of the House have beneficiall Offices [...]

Oberhaus die **Repräsentanten des Volkes** seien. Als solche seien sie vom Volke ermächtigt, über Religion, Leben, Freiheiten und Besitztümer der Nation zu entscheiden<sup>1203</sup>. Nach einer längeren Beschreibung der negativen Auswirkungen der Bestechungspraxis<sup>1204</sup> machte Marvell abschließend auf einen weiteren gefährlichen Mißstand der Patronage und Bestechungspraxis aufmerksam. Es gebe neben denjenigen, die ihrem Abgeordnetenmandat gerecht werden und den bereits Korruptierten noch eine dritte Gruppe, die sich unter Vortäuschung ihrer Eigenständigkeit ins Parlament haben wählen lassen, dort aber nur neidisch auf Kollegen schielten, die bereits Ämter ergattert haben. Sie sind der Regierung gegenüber genauso servil und unter ihnen herrsche ein preisdrückender Wettbewerb in der Hoffnung auf Beförderung<sup>1205</sup>. Dem Leser der Schrift wird anschließend vor Augen geführt, daß ein Parlament dieser Art und Zusammensetzung für das Land schädlich ist<sup>1206</sup>. Das Unterhaus werde diszipliniert, sobald es sich emanzipiere. Es werde durch Prorogationen gezüchtigt, mit Auflösung bedroht, mit Adjournements befriedigt, mit Aussetzung oder Verminderung der Pensionen sowie mit Verachtung oder Vergünstigungen diszipliniert<sup>1207</sup>. Das Lange Parlament stehe aufgrund der langen Prorogation auf wackeligen Füßen. Deshalb sei es gesetzmäßig, auseinanderzugehen oder den König darum zu ersuchen. Die Verräter verfolgten allerdings ihre Pläne weiter und verbergen sich hinter dem Schatten parlamentarischer Autorität. Dieses Verstecken hinter der Autorität des Parlaments zum Zwecke der Erreichung der Regierungsziele ist eine Argumentation, die sich bisher an keiner anderen Stelle als bei Marvell gefunden hat. Der Mißbrauch des Parlaments und seiner Autorität für die Regierungszwecke und als Grund für die lange Dauer des Kavalierparlaments klingt plausibel<sup>1208</sup>. Den weiteren Fortgang des

---

<sup>1203</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 74: „*For although the House of Peers, besides their supream and sole Judicature, have an equal power in the Legislature with the House of Commons, and at the second Thoughts in the Government have often corrected their errors: yet it is to be confessed, that the Knights, Citizens and Burgesses there assembled, are the Representers of the People of England, and are more peculiarly impowerd by them to transact concerning Religion, Lives, Liberties, and the Propriety of the Nation*“

<sup>1204</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 74–77

<sup>1205</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 77

<sup>1206</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 77–80

<sup>1207</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 81: „[...] *and if the House has Emancipated itself beyond Instructions, then by Chastizing them with Prorogations, frighting them with Dissolution, comforting them with long, frequent, and seasonable Adjournements, now by suspending, or diminishing their pensions, then again by increasing them, sometimes by a scorn, and otherwhiles by a favour, there hath a way been found to reduce them again under discipline*“

<sup>1208</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 81: „*All these things and more being considered and how doubtful a foot this Long Parliament now stood upon by this long Prorogation, there could not have been a more Legal, or however no more wise and honest a thing done, then for both the Lords and Commons to have separated themselves, or have besought his Majesty to that purpose, lest the Conspirators should any longer shelter and carry on their design against the Government and Religion under this shadow of Parliamentary Authority*“

Parlaments beschreibend kommt Marvell nach dem Verfahren und der Inhaftierung von Dr. Cary<sup>1209</sup> zur allzu bereitwilligen Bewilligung von 600.000 Pfund für die Flotte. Diese Geldbewilligung habe dazu gedient, die eigene Existenz zu erkaufen. Die Geldbewilligung an die Krone stellte Marvell zur weiteren Diskreditierung des Kavalierparlaments als Konspiration des bestochenen Unterhauses mit der Krone dar<sup>1210</sup>. Danach kommt Marvell auf den „*Act for securing the Protestant religion by educating the children of the Royall family*“<sup>1211</sup> und auf die „*Bill for further regulation of the presses*“ zu sprechen<sup>1212</sup>, bevor er auf den Wunsch des Unterhauses zur Einschränkung der Macht Frankreichs zu sprechen kam (23. März 1677)<sup>1213</sup>. Auf die unbefriedigende Antwort des Königs beschloß das Unterhaus einen zweiten dahingehenden Antrag dahin (26. März 1677)<sup>1214</sup>. Die Regierung wandte dagegen ein, daß der König unrechtmäßigerweise in einen Krieg gegen Frankreich gezwungen werden solle<sup>1215</sup>. Das Unterhaus aber stellte klar, daß man gerade Bündnisse schließen wolle, um die Macht Frankreichs einzuschränken und damit einen Krieg zu verhindern<sup>1216</sup>. Auf ihren Antrag vom 30. März erhielten sie bis zum 11. April 1677 keine Antwort. Dann aber gab Karl II. dem Unterhaus zu verstehen, daß sie sich überlegen sollten, ob sie überhaupt weiter tagen wollten<sup>1217</sup>. Marvell brachte das eigentliche Problem auf den Punkt: Es bestand in der Unkenntnis des Parlaments über die Absichten des Königs. So können keine Gelder bewilligt werden. Gleichzeitig war man doch vorsichtig mit einer direkten Kritik an der Person des Königs selbst und griff daher zum alte Grundsatz, daß nicht der König falsch handeln könne, sondern nur seine Diener. Das Parlament habe größtes Mißtrauen gegen einige der königlichen Minister, gegen die man den Verdacht hege, sie stünden unter französischem Einfluß<sup>1218</sup>. Die

---

<sup>1209</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 82–85

<sup>1210</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 85: „[...] *the House of Common were very willing, and glad to take this occasion, of confirming the Authority of their sitting, [...] hereby to hedg in, and purchase their own continuance*“

<sup>1211</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 85f., 89–100

<sup>1212</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 85

<sup>1213</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 101: „*That a Committee be appointed to prepare an Address, to represent unto his majesty the danger of the power of France*“ (16th of March, 1676)

<sup>1214</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 102

<sup>1215</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 103

<sup>1216</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 104–107

<sup>1217</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 108: „*And if for this reason you shall desire to sit any longer time, his Majesty is content you may Adjourn now before Easter*“

<sup>1218</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 112: „[...] *that they were in the dark, his Majesty did not speak out, that he would make the desired Alliances against the growth of France [...] they had no clear grounds to grant money for preparations. [...] His Majesty was a Prince of that Goodness [...] that none did distrust him, but there was distrust of some of his Ministers, and a Jealousie that they were under French Influences*“

Debatte endete in der Antwort des Unterhauses vom 13. April 1677, die dem König 200.000 Pfund anbot und weitere Gelder in Aussicht stellte, wenn der König die vom Unterhaus geforderten Allianzen („*stricter alliances*“) abschliesse<sup>1219</sup>. Die schriftliche Antwort Karls II. vom 16. April erreichte das Unterhaus am 19. April 1677. Darin forderte der König die volle Summe von 600.000 Pfund<sup>1220</sup>. Das Unterhaus wiederum blieb in seiner Antwort bei den in Aussicht gestellten 200.000 Pfund. Dabei argumentierte es mit dem **Repräsentationsprinzip**. Es seien bereits zu viele Abgeordnete abwesend und in ihren Heimatbezirken, so daß man keine weitergehenden Gelder bewilligen könne. Das wäre unparlamentarisch. Und das Unterhaus blieb bei den geforderten Allianzen. Diese wurden für die Wiederversammlung erwartet<sup>1221</sup>. Nach Marvell sei das Parlament auch deshalb am 16. April auf den 21. Mai 1677 vertagt worden, weil der alte französische Botschafter Crecy von Barillon abgelöst wurde. Pikanterweise beschreibt Marvell das Erscheinen des neuen Botschafters mit seinem 400-köpfigen Gefolge in England gleichsam als Aufzug eines zweiten Parlaments<sup>1222</sup>. Nichtsdestotrotz sei die Debatte über die Allianzen im Unterhaus nach der Wiederversammlung am 21. Mai 1677 wiederaufgenommen worden<sup>1223</sup>. Für Marvell seien die Franzosen besser über die Absichten des englischen Königs informiert als das Parlament, welches weiterhin im Dunkeln belassen werde<sup>1224</sup>. Auch die schriftliche Mitteilung des Königs an das Unterhaus vom 23. Mai 1677 konnte das Unterhaus nicht beirren<sup>1225</sup>. Man beschloß nach eingehender Debatte<sup>1226</sup> nahezu einstimmig, sich erneut an den König mit dem Wunsch zum

---

<sup>1219</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 116

<sup>1220</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 117

<sup>1221</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 118f.: „*that many of our Members (being upon an expectation of an Adjournment before Easter) are gone unto their several countries, we cannot think it Parliamentary in their absence to take upon us the granting of money [...] at the day of Meeting; by which time we hope your Majesty may have so formed your Affairs, and fixed your Alliances, in pursuance of our former Addresses [...]*“ (Unterhaus); „*But they said they ought to consider that now they were a very thine House, many of their members being gone home [...] and it would be un-Parliamentary [...] if in this their absence they should steal the Priviledge of granting money [...] That this was a National business [...] fit to be handled in a full National representative [...]*“ (Marvell)

<sup>1222</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 120: „*There landed immediately after the Recess, the Duke of Crequy, the Arch-Bishop of Rheims, Monsieur Barrillon, and a Train of three or four hundred persons of all Qualities, so that the Lords Spirituell and Temporall of France, with so many of their Commons, meeting the King at Newmarket, it looked like another Parliament. And that the English had been Adjourned, in order to their better Reception*“

<sup>1223</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 119. Seiten 120, 121 und 122 existieren nicht im Druck. Nach der Seite 119 geht es ohne Textauslassung nahtlos weiter mit Seite 123.

<sup>1224</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 125: „*By one meanes or the other the French have the knowledge of the Kings purpose, [...] why is it concealed from his Parliament? Why this darknesse towards us?*“

<sup>1225</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 126

<sup>1226</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 127–133

Abschluß einer Allianz zu wenden<sup>1227</sup> und verfasste die entsprechende Bittschrift an Karl II. vom 25. Mai 1677<sup>1228</sup>. In der von Marvell beschriebenen Debatte darüber<sup>1229</sup> wurde als Haupteinwand gegen den Abschluß einer „*League Offensive and Defensive*“ geäußert, daß es sich dabei um einen unzulässigen Eingriff in die königliche Prerogative handele<sup>1230</sup>. Als Gegenargument bemühte man das **Repräsentationsprinzip**. Es wurde gefragt, warum der Privy Council den König beraten dürfe, nicht aber das Parlament als Repräsentanz des ganzen Volkes<sup>1231</sup>. Dabei würden die Alliierten das Bündnis umso mehr schätzen, wenn es vom im Parlament vertretenen Volk getragen sei<sup>1232</sup>. Schließlich wurde der Antrag mit 182 zu 142 Stimmen im Unterhaus angenommen<sup>1233</sup>. Nach der Übergabe der Bittschrift an den König am 26. Mai wurden sie vertagt<sup>1234</sup>. Bei der Wiederversammlung am den 28. Mai 1677 erklärte der König ihnen in seiner Thronrede wenig überraschend, daß er sich jede Einmischung des Parlaments in seine königliche Prerogative verbiete. Anschließend vertagte er sie auf den 16. Juli 1677<sup>1235</sup>. In Marvells Augen diene die anschließende Unterdrückung des Rederechts im Unterhaus durch den Sprecher genauso wie die Veröffentlichung der Königsrede dazu, das Parlament in den Augen des Volkes herabzusetzen. Marvell stellte spöttisch fest, daß dies und die Verächtlichmachung in der Presse die Belohnung für ihre immerwährende Versammlung sei<sup>1236</sup>. Marvell führt die Konsequenzen der Dauerhaftigkeit weiter aus. Das armselige Verlangen, sich als Versammlung dauerhaft zu machen, habe dazu geführt, daß sie zum bloßen Eigentum der Verräter geworden seien. Ihr Leid sei die Folge ihrer Dauerhaftigkeit und sei unter der Würde und gegen den Geist der Nation, so daß sie von keinem

---

<sup>1227</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 133

<sup>1228</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 134–137

<sup>1229</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 137–145

<sup>1230</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 139f.

<sup>1231</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 141: „[...] *the Privy Council may Advise him in this particular, and why not his Great Council? This rate of discourse would make the Kings Prerogative consist merely in not being advised by his Parliament (of all People)*“

<sup>1232</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 142

<sup>1233</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 145

<sup>1234</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 146f.

<sup>1235</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 147f.

<sup>1236</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677, S. 149: „[...] *all the House being astonished at so unheard of a violation of their inherent Priviledge and Constitution [...] Yet they found this severe Speech published in the next days News Book, to mark them out to their own, and all other Nations, as refractory disobedient Persons, that had lost all respect to his Majesty. Thus were they well rewarded for their Itch of Perpetual Sitzung, and of Acting; the Parliament being grown to that height of Contempt, as to be Gazetted among Run-away Servants, Lost Doggs, Strayed Horses, and High-way Robbers*“

aufrichtigen Mann mehr als englisches Parlament aufgefaßt werden können<sup>1237</sup>. Nach Marvell war die Wiederversammlung des Parlaments am 16. Juli 1677 skandalös, denn entgegen allen Respekts gegenüber dem Unterhaus habe der Sprecher desselben, Mister Seymour, dem Befehl des Staatssekretärs Coventry zum Adjournement auf den 3. Dezember 1677, umgehend entsprochen<sup>1238</sup>. Die Adjournements hätte nichts anderes bezweckt, als den Verrätern zu erlauben ihre Pläne umsetzen. Die vier im Tower inhaftierten Lords Buckingham, Shaftesbury, Wharton und Salisbury sollten weiter festgehalten und den Franzosen die Zeit zur Vollendung ihrer Eroberungen gegeben werden<sup>1239</sup>. Die königliche Proklamation vor dem anberaumten Termin zur Wiederversammlung am 3. Dezember 1677, welche ein erneutes Adjournement auf den 4. April 1678 dekretierte, habe nach Marvell denselben Zweck verfolgt. Das Parlament sollte keine Gelegenheit dazu habe, Einwände gegen die Erreichung der französischen Ziele in Flandern erheben zu können<sup>1240</sup>. Zu den Gründen für die schriftliche Benachrichtigung des Parlaments am 3. Dezember 1677 über den königlichen Wunsch zur vorzeitigen Versammlung am 15. Januar 1678 läßt Marvell sich nicht aus. Die Betonung der Willkürlichkeit des Verhaltens läßt sich daraus aber unschwer ablesen. Marvell betonte außerdem, daß der Sprecher Seymour das Parlament am 3. Dezember zum dritten Mal nach Verlesung des königlichen Adjournements entgegen aller Gepflogenheiten abrupt vertagte. Dann fand Marvell äußerst harsche Worte zur Beschreibung der Szene. Seymour habe sich quasi als Sheriff aufgeführt, der das Parlament wie eine aufrührerische Versammlung zerstreue. Das Parlament werde regelrecht von Adjournement zu Adjournement gejagt<sup>1241</sup>. Dieser harschen Wortwahl folgte Marvells pointiertes **Resümee**: Wenn dieses Parlament weder durch eine allen Gesetzen widersprechende Prorogation noch durch drei teuflische Adjournements aufgelöst werden

---

<sup>1237</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 150: „*The poor desire of Perpetuating themselves [...] renders them so abject, that they are become a meer property to the Conspiratours, and must, in order to their continuance, do and suffer such things, so much below and contrary to the spirite of the Nation, that any honest man would swear that they were no more any English House of Parliament*“

<sup>1238</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 150f.

<sup>1239</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 151: „*But those frequent Adjournements left no place for Divination, but that they must rather have been calculated to give the French more scope for perfecting their Conquests [...]*“

<sup>1240</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 152: „*that the French should still have so much further leisure allowed him to compleat his design upon Flanders, before the Nation should have the last opportunity of interposing their Counsells with his Majesty to prevent it*“

<sup>1241</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 153: „*Which as soon as read, Mr. Seymour would not give leave to a worthy Member offering to speak, but abruptly, now the third time of his own authority, Adjourned them, without putting the Question [...] Mr. Seymour did here do as a Sheriff that disperses a Riotous assembly. In this manner they were kickt from Adjournement to Adjournement, as from one stair down to another, and when they were at the bottom kickt up again, having no mind yet to Go out of Doors*“

könne, dann sei dieses Parlament unsterblich<sup>1242</sup>. Am Ende der Schrift beteuert Marvell, daß der sehr wahrscheinliche Vorwurf gegen diese Schrift, sie richte sich gegen König und Regierung, falsch sei. Die Abhandlung sei vielmehr ganz in Treue und Dienst am König geschrieben und zur Heilung bestimmt. Den Unruhestiftern und Schmeichlern müsse der Mund gestopft werden. Aufgabe sei es gewesen, dem König die Krankheit zu offenbaren, damit er mit seiner mystischen Kraft durch Handauflegen heile. Mit dieser überraschenden Apotheose am Ende einer zutiefst kritischen Schrift beabsichtigte der Autor wohl eine Art Rückversicherung für ein zu erwartendes Verfahren gegen ihn im Falle der Offenlegung seiner Autorschaft. Durch die Verklärung der königlichen Heilkraft rückt die Schrift das Königtum allerdings wieder in den sakralen Bereich. Marvell dürfte dies spöttisch gemeint haben<sup>1243</sup>.

**Die 23-seitige Schrift *“A seasonable argument to perswade all the grand juries in England to petition for a new Parliament“* (1677)** wurde auch von Andrew Marvell verfasst, sehr wahrscheinlich noch während des langen Adjournements. Der Untertitel der Schrift *„Or, A list of the principal labourers in the great design of popery and arbitrary power who have betrayed their country to the conspirators, and bargain'd with them to maintain a standing army in England ...“* zeigt an, daß es sich bei der Schrift tatsächlich um eine lange Auflistung der Pensionäre des Kavallerparlaments mitsamt der gezahlten Bestechungsgelder handelt. Die Schrift dient der Ergänzung von Marvells *„Account of the Growth of Popery and arbitray Government“*. Die Auflistung unterteilt sich nach den Grafschaften und Boroughs bzw. den Wahl- und Heimatbezirken der bestochenen Abgeordneten, die namentlich genannt werden. Die Höhe der Bestechungsgelder werden genauso aufgelistet wie die vergebenen oder in Aussicht gestellten Ämter<sup>1244</sup>. Darüber hinaus enthalten die Vermerke teilweise harsche Beurteilungen und Diffamierungen über die betroffenen Personen. Einige Einlassungen verdeutlichen den Duktus der Schrift in exemplarischer Weise. Über den Unterhaussprecher Sir Robert Sawyer des Boroughs Chipping Witham in

---

<sup>1242</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 153: *„And here it is time to fix a period, if not to them, yet to this Narrative. But if neither one Prorogation, against all the Laws in being, nor three Vitious Adjournements, against all Presidents, can Dissolve them, this Parliament then is Immortal [...]“*

<sup>1243</sup> MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677, S. 156: *„But this Book, though of an extraordinary nature, as the case required, [...] was written with no other intent than of mere Fidelity and Service to his Majesty, and God forbid that it should have any other effect, than the mouth of all Iniquity and Flatteres may be stopped, and that his Majesty having discerned the Disease, may with his Healing Touch apply the Remedy“*

<sup>1244</sup> Marvell, Andrew, A seasonable argument, to perswade all the grand juries in England to petition for a new Parliament, Or, A list of the principal labourers in the great design of popery and arbitrary power who have betrayed their country to the conspirators, and bargain'd with them to maintain a standing army in England ..., Early English Books Online (EEBO) 324:10, Amsterdam, 1677



Buckinghamshire wird gesagt, er sei eines so üblen Rufes wie sein Vater<sup>1245</sup>. Sir Winston Churchill für Weymouth in Dorsetshire habe eine Schrift verfasst, die den König zur parlamentslosen Besteuerung aufriefe<sup>1246</sup>. Sir John Cotton von Huntingdon sei ein Verrückter und Halsabschneider. Zuerst sich selbst gegenüber und mit seinem Stimmrecht dann auch dem Land<sup>1247</sup>. Sir George Downing für Morpeth in Northumberland wurde besonders hart angegangen. Ihm wurde vorgeworfen, er sei ein von der Fürsorge aufgezogenes Waisenkind und ein Judas. Von der Krone habe er ungeheure Summen erhalten<sup>1248</sup>. Edward Noel von Rutland sei reichlich versorgt worden und müsse daran keinen Zweifel hegen, da er der Neffe des Schatzkanzlers sei<sup>1249</sup>. Baronet Sir Adam Brown für Surrey sei des Schatzkanzlers Cousin und Vasall des Duke of York<sup>1250</sup>. Über den Unterhaussprecher Edward Seymour, Abgeordneter für Hindon in Wiltshire, äußerte sich Marvell besonders abfällig. Er gehöre der Papistenverschwörung an und sei Pensionär der Krone und habe als solcher die „*Country Party*“ verraten<sup>1251</sup>. Sir John Rearsby für Yorkshire beurteilte Marvell als Danbys Kreatur, der sich und das Land an ihn verkauft habe<sup>1252</sup>.

**Sir Roger L'Estranges Schrift „*Account of the growth of knavery*” (1678)** darf als direkte Erwiderung auf Marvells „*Account of the Growth of popery and arbitrary government*” gelten<sup>1253</sup>. Der royalistische Autor, Journalist und Zensor wandte sich unter namentlicher Nennung explizit gegen die zwei zuvor erschienen Schriften „*A Letter from a Parliament-man to his Friend in the Country*” und „*An Accompt of the Growth of Popery, and Arbitray Government*”<sup>1254</sup>. L'Estrange behauptete, daß die besagten Schriften König, Lords und Commons sowie die Richter und Minister

---

<sup>1245</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 4: „*of as ill reputation as his Father*“

<sup>1246</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 7f.: „*He has publisht in Print That the King may raise Money without his Parliament*“

<sup>1247</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 10: „*a mad man, who cut his own Throat, and now cuts his Countrys by his Vote*“

<sup>1248</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 14: „*a poor child, bred upon Charity; like Judas, betrayed his Master. What then can his Country expect? [...] For his Honesty, Fidelity, etc. Rewarded by his Majesty with 80.000l. at least [...]*“

<sup>1249</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 15: „*which he need not doubt off, being the Treasurer's Nephew*“

<sup>1250</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 17

<sup>1251</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 19: „*Seymour had for four years 2000l. Pension to betray the Country Party [...] one of the commissioners of [...] the Popish Cabal*“

<sup>1252</sup> MARVELL, ANDREW, A seasonable argument, 1677, S. 21: „*the Treasurer's Creature, sold himself, and Countrey to him*“

<sup>1253</sup> L'ESTRANGE, Roger, An account of the growth of knavery, Under the pretended fears of arbitrary government and popery with a parallel betwixt the reformers of 1677 and those of 1641 in their methods and designs, in a letter to a friend, Early English Books Online (EEBO) 388:07, London, 1678; KELLIHER, W. H., Marvell, Andrew (1621–1678), 2004

<sup>1254</sup> L'ESTRANGE, An account of the growth of knavery, 1678, S. 5; MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675

als Verräter der souveränen Massen darstellen würden, obwohl weder Shaftesbury noch Marvell dies taten. Marvell sprach eher nebulös über Berater Karls II. als Verräter, ohne Danby beispielsweise direkt beim Namen zu nennen<sup>1255</sup>. L'Estrange vermutete, daß es sich bei der Autorschaft der Schriften nicht um einen Einzelautor handele, sondern ein Kollektiv daran gearbeitet habe<sup>1256</sup>. Er befasste sich zuerst mit Marvells "Account" und erklärte dem Leser, daß er eigentlich eine Gegenschrift verfassen wollte, um die falschen Tatsachenbehauptungen darin zu widerlegen<sup>1257</sup>, dieses Vorhaben aber aufgegeben habe, weil es zu mühsam sei, denn ehrlicher Weise müsse man ja die Erwiderung auf die Schrift zusammen mit dieser abdrucken<sup>1258</sup>. Es sei außerdem auch überflüssig, weil der Autor sein Pamphlet von neunzehn auf drei Druckseiten reduziert unter dem Titel "*A seasonable Argument to perswade all the Grand Juries in England, to petition for a New Parliament*" veröffentlicht habe<sup>1259</sup>. Tatsächlich sind diese Schriften Marvells aber grundverschieden. Handelte es sich bei Marvells "Account" um eine 154-seitige chronologisch-analytische Abhandlung, so ist das "*Seasonable Argument*" lediglich eine Auflistung mit den bestochenen Mitglieder des Kavalierparlaments zum Zwecke ihrer Anprangerung und zur Diffamierung von Danbys "*Parliamentary Management*"<sup>1260</sup>. L'Estrange ficht dieser Unterschied aber gar nicht an. Er vermeidet eine langwierige direkte Gegenüberstellung von Textstellen und greift den gegnerischen Autor frontal an. Er versucht den Autor zu diskreditieren, indem er den schweren Vorwurf erhebt, daß die genannten Schriften nichts anderes seien als die den Bürgerkrieg auslösenden Schriften von 1640/41, daß sie in ihren Vorhaltungen, Meinungen und Tendenzen dieselben seien<sup>1261</sup>. Die Aufgabe der eigenen Schrift sei es deshalb, das "*Project of 77*" mit dem von 1640/41 zu vergleichen, um aus der Vergangenheit auf die Zukunft zu schließen<sup>1262</sup>. Die Argumente

---

<sup>1255</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 3f.: "*King, Lords, Commons, Judges, Ministers of State; they are all of them made Conspirators; against the Sovereign Multitude*"

<sup>1256</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 4f.: "*I may call him Legion, for they are MANY; and there's a Club to his Pen*"

<sup>1257</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 6: "*I was once a thinking to write a Just Reply upon the whole Relation, and to lay open the falshood of many Passages in it in matter of fact*"

<sup>1258</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 7: "*First, It would have been too tedious; for I must in Honesty have printed the Libel as well as the Reply [...]*"

<sup>1259</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 7

<sup>1260</sup> MARVELL, ANDREW, *An account of the growth of popery and arbitrary government*, 1677; MARVELL, ANDREW, *A seasonable argument*, 1677

<sup>1261</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 8: "*[...] that these Notable Pieces are neither better, nor worse, than the Old Declarations of 40, and 41 only Turn'd, and New trimm'd; The Contrivance, the Positions, and the Drift the very same*"

<sup>1262</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 8: "*But my Purpose is principally to compare the Project of 77 with that of 40 and 41 and by tracing the Foot-Steps of that Rebellion, from the Undeniable Fact of things pass'd, to gather some probable conjecture at things to come*"

von 1677 mit ihrem Alarmismus bezüglich Papismus und Willkürherrschaft seien schon die Vorwände für die Rebellion von 1641 gewesen<sup>1263</sup>. L'Estrange suchte sich anschließend punktuell Textstellen aus Marvells Schrift heraus, um mit diesen die Parallelen darzulegen und zu beweisen<sup>1264</sup>. Die Vorwurf der Bestechlichkeit und Ämtervergabe quasi ignorierend kam er erst spät darauf zu sprechen. Die Vorwürfe dezidiert zurückweisend beklagte er vielmehr, daß damit nur die Diener seiner Majestät schlecht gemacht werden sollten<sup>1265</sup>. Die Forderung zur Auflösung des Parlaments erwiderte er noch später. L'Estrange einziges Gegenargument zur Auflösung war, daß es keine Rebellion gebe, so lange dieses Unterhaus tage<sup>1266</sup>. Dabei ließ es L'Estrange bewenden und wandte sich Marvells angeblicher Diffamierung der Richter zu<sup>1267</sup>. Er bemühte sich nicht wirklich um eine Auseinandersetzung mit Marvells Argumenten. L'Estranges Hauptargument zur Diskreditierung seines Gegners und der ganzen Opposition war es, sie in die unmittelbare Nähe der Republikaner zu stellen. Er warf der Opposition vor, daß der Wunsch Parlamente aufzulösen, Minister anzuklagen, Richter abzusetzen und die ganze Regierung umzugestalten, dem Geiste Oliver Cromwells entspringe<sup>1268</sup>. Der Verfasser der Schrift kriminalisiere alles, was heilig ist und mache aus Rebellion Loyalität und aus Loyalität Rebellion<sup>1269</sup>. Über Frankreichs Macht und Pläne zu spekulieren sei gar nicht notwendig. Nichts könne das Land besser vor dem Ruin bewahren als das gerade tagende Parlament und das Einvernehmen zwischen König und den beiden Parlamentshäusern<sup>1270</sup>. L'Estrange schmähte den Autor der Druckschrift und pries das Kavallerparlament. Der Autor beabsichtige die Regierung zu zerstören und das nützlichste Parlament aufzulösen. Dabei bringe doch nur das Parlament die Rettung. Und hier wird L'Estrange einmal ganz konkret. Er gibt zu, daß die Gelder des Parlaments von der Regierung benötigt werden.

---

<sup>1263</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 9: “*To begin my Parallel with the Alarm of Popery, and Arbitrary Government in 1677, take notice that it was likewise the Pretext and the very Foundation of the Rebellion in 41*”

<sup>1264</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 9–25

<sup>1265</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 26–29

<sup>1266</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 30: “[...] *so long as this House of Commons continues in Being, Rebellion can never turn up Trump again*”

<sup>1267</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 32

<sup>1268</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 34: “*Parliament's are to be Dissolv'd, Ministers of State Arraign'd; Judges Dispac'd; and the whole Government ne Modell'd? What if he should appear, and be found at last to have been one of Oliver's Cabal?*”

<sup>1269</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 36: “*but the Libeller makes every thing Criminal that is Sacred, and gives the Construction of Rebellion to Loyalty, and of Loyalty to Rebellion*”

<sup>1270</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 37: “*I shall not need to speculate upon the Power, and Designs of France [...] that nothing under Heaven, but the Credit of this Sitting Parliament, and the Blessings of a Fair Understanding betwixt his Majesty, and his Two Houses can preserve this Kingdom (Morally speaking) from Irreparable Ruine*”

Die Geldbewilligung werde aber von der Opposition behindert<sup>1271</sup>. Weiter ausgeführt wird dieser Aspekt aber nicht, da L'Estrange mit der Religionsfrage im allgemeinen und der "*Declaration of Indulgence*" im Besonderen fortfährt<sup>1272</sup>. Er verteidigt den sakralen Charakter des Königs, dem die Opposition mit ihrer Zwei-Körper-Lehre gerade diese absprechen wolle<sup>1273</sup>. Damit wandte sich L'Estrange der Verfassungsfrage zu, um Marvells Ansichten dazu zu referieren und zu widerlegen. Hier gibt er einen guten Einblick in die politische Vorstellungswelt des Königs und seiner Berater. Marvell wurde vorgeworfen, daß er den Untertanen einen Anteil an der Gesetzgebung zuschreibe und sie zu Teilhabern der Souveränität mache. Damit aber verwandele er Englands Monarchie in eine dreigeteilte und koordinierte Herrschaft, die für das Parlament genauso destruktiv sei wie für die Krone. Erlaube man die koordinierte Teilung, dann werden zwei der drei Teile sich zur Zerstörung des dritten Teils verbinden. Die beiden Parlamentshäuser werden entweder den König zerstören oder der König zerstöre zusammen mit einem der beiden Häuser das andere. Die Gesetzgebung ist der höchsten Gewalt eigen und unverhandelbar. Einzige Aufgabe der beiden Häuser ist die Beratung oder Vorbereitung. Die eigentliche Macht aber residiere im König. Die Verabschiedung einer Bill ist dementsprechend nur ein Zugeständnis. Die beiden Häuser machen zwar die Bills, das Gesetz aber mache der König mit seiner Zustimmung<sup>1274</sup>. Hier offenbart sich nicht nur L'Estranges Ablehnung der Mischverfassung des "*King-in-Parliament*". Es ist vielmehr die Auffassung Karls II. und seiner Minister, denn L'Estrange fungierte als offizielles Sprachrohr der Krone. Und mit dieser Ablehnung der Mischverfassung geht die Instrumentalisierung des Parlaments einher. Karl II. begriff sich selbst als souverän, intendierte es zumindest<sup>1275</sup>. Nach der

---

<sup>1271</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 37f.: "[...] *the Libeller has made choice of, for the blasting both of the Government, and the Administration of it; for the violent Dissolution even of this most necessary Parliament [...] What is it, I beseech you, that can now support us in this Exigent, but the Wisdom, and Reputation of a Parliament? which they are at this very Instant, labouring to defame and dissolve: Distracting and Dividing the Nation, [...] and obstructing those Parliamentary Supplyes, without which we must unavoidably perish: [...]*"

<sup>1272</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 39–43

<sup>1273</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 43

<sup>1274</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 44f.: "[...] *the next Point will be to enquire how he stands affected to the Government it self. The Subjects retain their Proportion in the Legislature. In which saying, he makes them Partners of the Sovereignty, and turns the Monarchy of England into a Tripartite and Coordinate Government; which is as Destructive of Parliaments, on the One hand, as of Royalty, on the Other. Upon the Admittance of this Coordination, any Two of the Three may destroy the Third: The Two Houses may destroy the King, and the King, with Either of the Houses, may destroy the Other. [...] The making of Law is a Peculiar, and Incommunicable Priviledge of the Supreme Power, and the Office of the Two Houses in this Case is only Consultive, or Preparatory; but the Character of Power rests in the Final Sanction, which is in the King: And Effectually, the Passing of a Bill, is but granting a Request: The Two Houses make the Bill, 'tis true, but the King makes the Law; [...]*"

<sup>1275</sup> L'Estranges Ämter und Funktionen: unbezahlter Überwacher der Presse (1662), offizieller „*Surveyor of the Press*“ und „*Licencer*“ zur Vergabe von Drucklizenzen gegen Bezahlung (1663-79 und 1684-88). Überwachung der Presse auf der Grundlage

Verfassungsfrage wandte sich L'Estrange der „*Bill to prevent dangers from disaffected persons*“ („*Non-resisting test*“) vom 15. April 1675 zu. Er kritisierte in diesem Zusammenhang gleichzeitig Marvells „*Account*“ und Shaftesburys „*Letter from a Parliament man to his friend*“ (1675)<sup>1276</sup>. Der Vorwurf des „*Letter*“, es werde mit dem Gesetz eine absolute und willkürliche Herrschaft angestrebt, um Monarchie und Bischofskirche von Gott eingesetzt und deshalb unbeschränkt durch menschliche Gesetze zu machen, sei falsch. Das Gegenteil sei wahr. Das Gesetz verhindere dies gerade durch den zu schwörenden Eid<sup>1277</sup>. Er verteidigte den Eid in ganz außerordentlich ausführlicher Weise, denn es handelte sich um einen ganz neuralgischen Punkt im Zusammenhang mit dem Widerstandsrecht, dem jeder Boden entzogen werden sollte. Die letzten Seiten seiner Schrift verwendete L'Estrange ganz auf diese Argumentation, die gut in die politische Vorstellungswelt Karls II. passte, der eine politische Kompetenz- und Machtteilung im Sinne der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ genauso wenig wünschte wie jede Art der politischen Teilhabe, vom Widerstandsrecht ganz zu schweigen<sup>1278</sup>.

#### 4. Zusammenfassung

Die „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) war im Kern eine Kontroverse um „*popery and arbitrary government*“. Die neu entstandene „*Country*“-Opposition unter Shaftesburys Führung kämpfte gegen die Gefahr des Papismus und gegen eine staatliche Willkürherrschaft mit einem „*standing parliament*“ und einer „*standing army*“. Die Kritik an der langen Dauer des Kavalierparlaments mit der Forderung nach Auflösung des Parlaments erhob sich vor dem Hintergrund dieser Ängste vor dem Katholizismus und eines „*Parliamentary Managements*“ der Krone, welches eine absolutistische Herrschaft nach französischem Vorbild zum Ziele habe.

**Danbys „*Parliamentary Management*“ der 1670er Jahre (1673-78) hatte in Arlingtons Parlamentsmanagement der 1660er Jahre (1662-73) seinen Vorläufer.** Sir Henry Bennet, später Earl of Arlington (1675), organisierte die Mehrheiten für die Krone von seinem Amtsantritt als

---

des „*Treason Act*“ (1660), des „*Act of Uniformity*“ (1662) und des „*Licensing Act*“. Als „*Licencer*“ der „*diurnals and books of public intelligence*“ übernahm er von Sir John Berkenhead und Henry Muddiman die Kontrolle über die wöchentlich erscheinende Regierungszeitung „*The Intelligencer*“, die von „*The London Gazette*“ abgelöst wurde (1666), welche zuerst als „*The Oxford Gazette*“ (1665) erschien. L'Estrange verlor seine Ämter erst mit dem Ende des „*Licensing Act*“ (27.05.1679), vgl. die Ausführungen zu L'Estrange im Kapitel D zum „*Convention Parliament*“ (1660) im Rahmen seiner Schrift „*A free Parliament*“ (1660)

<sup>1276</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 47f.

<sup>1277</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 49f.: “[...] says the author of the Letter, In Requitall to the Crown, they declare the Government Absolute, and Arbitrary, and allow Monarchy, as well as Episcopacy, to be Juro Divino, and not to be bounded, or limited by Humane Laws. How this Test does either Declare, or Pretend the Government to be Absolute, and Arbitrary, I cannot imagine: But on the contrary, every Man is try'd by it from Endeavouring to make it so, if it be not so already, in Swearing that he will not at any time endeavour the Alteration of it”

<sup>1278</sup> L'ESTRANGE, *An account of the growth of knavery*, 1678, S. 50–65

„*Secretary of State*“ (1662) während Clarendons Kanzlerschaft bis zu seinem Impeachment und der anschließenden Entlassung (1673). Angesichts seiner Bedeutung für die Umsetzung der Regierungspolitik und das „*Parliamentary Management*“ könnte von einer Arlington-Administration gesprochen werden. Noch deutlicher dominierte Thomas Osborne, später Earl of Danby, das „*Parliamentary Management*“ seit seiner Berufung zum Schatzkanzler („*Lord Treasurer*“, 1673) bis zu seinem Impeachment, das wiederum in Entlassung und Inhaftierung endete, diesmal aufgrund der Ereignisse des „*Popish Plot*“ (1678), der auch zum Ende des achtzehnjährigen Kavalierparlaments führte (1679).

**Die Untersuchung des Tagungsmusters (Kapitel C. I. 2.) des achtzehnjährigen Kavalierparlaments (1661-79)** ergab jedoch, daß dieses Parlament durch die Ausübung des königlichen Prärogativrechts zur Vertagung durch „*Adjournements and Prorogations*“ kaum vier Jahre tagte. Die parlamentslose Zeit der Rezesse des Kavalierparlaments dauerte im Durchschnitt acht Monate, wobei vier Rezesse deutlich über ein Jahr währten. Die vier längsten Rezesse finden sich am Ende des Kavalierparlaments in der Cabal-Administration (21 und 18 Monate) und der Danby-Administration (14 und 15 Monate). Die langen Rezesse trugen wesentlich zum Ärger über das Kavalierparlament bei. Die „*Adjournements and Prorogations*“ waren eines der wichtigsten Werkzeuge des „*Parliamentary Management*“. Die „*Prorogation*“ ist eine besonders scharfe Waffe der Krone, weil sie bewirkt, daß alle zuvor betriebenen Verfahren null und nichtig werden, so daß sie in der nächsten Sitzung erneut eingebracht werden müssen und der Gesetzgebungsprozeß von vorne beginnt. Damit läßt sich die Opposition sehr effektiv ausschalten. Diese Art des Regierens mittels langer Rezesse kommt einer parlamentslosen Herrschaft sehr nahe. Von einem „*Parliamentary Management*“ läßt sich dann nur noch sprechen, wenn man dieses von einem „*Parliamentary Government*“ abgrenzt, welches bedeutet, daß die politischen Entscheidungen in den Parlamentssitzungen getroffen werden, also im Parlament und mit dem Parlament, und zwar ohne Beeinflussung durch schmutzige Methoden wie Ämterpatronage und Bestechung. „*Parliamentary Management*“ wäre entsprechend nicht nur die gezielte Manipulation der Wahlen zur Erreichung eines willfährigen Parlaments vorab und die mittels Propaganda, Patronage und Bestechung erreichte Zustimmung einer Mehrheit der Abgeordneten während der Sitzungen, sondern auch das bewußte und gezielte Treffen wichtiger politischer Entscheidungen während der Rezesse. Ein aus Sicht der Regierung erfolgreiches „*Parliamentary Management*“ läge dann vor, wenn die während des Rezess getroffenen Entscheidungen in der nachfolgenden Sitzung nicht mehr revidiert, zumindest nicht kritisiert würden, nachdem man zuvor vermieden hatte, daß sie zeitnah thematisiert werden konnten. Dementsprechend ist die Reaktion des Parlaments auf die getroffenen Maßnahmen in der nächsten Sitzung wichtig. Sitzungen mit Konflikten zwischen Parlament und

Regierung sind Indikatoren für ein nicht funktionierendes *“Parliamentary Management”*. Sitzungen ohne Konflikte sind dementsprechend Indikatoren für ein Funktionieren des *“Parliamentary Management”*.

**Der Gegensatz zwischen „Court and Country“**, zwischen Anhängern der Krone und ihren Gegnern, wurzelt ursprünglich in den Auseinandersetzungen zwischen Karl I. und der Opposition, die letztlich zum Bürgerkrieg und zur Republik führten. Die „Country“-Opposition in den 1670er Jahren während der *„Standing Parliament Debate“* unter der Führung Anthony Ashley Coopers, First Earl of Shaftesbury und George Villiers, Second Duke of Buckingham, aus der die späteren Whigs hervorgingen, beruhte maßgeblich auf dem im Kavalierparlament angelegten religiösen Konflikt zwischen einem streng anglikanisch und konservativ-königstreu gesinnten Parlament und Karl II., der sich entsprechend seiner *“Declaration of Breda”* (1660) zu religiöser Toleranz verpflichtet fühlte. Ausdruck dieser Toleranzpolitik waren die erste und zweite *“Declaration of Indulgence”* (1662 und 1672), die auf vehementen Widerstand im Parlament stießen. Der von Anfang an geleistete Widerstand gegen seine Toleranzpolitik beruhte auf dem Ressentiment gegen den Katholizismus und gegen protestantische Abweichler der Anglikanischen Staatskirche, wurde zur Obsession und verband sich mit der Angst vor französischer Staatsräson in Form des Absolutismus und einem Berufsheer nach französischem Vorbild zum Feindbild eines *“Popery and arbitrary government”*. Die Angst vor stehenden Heeren reichte wiederum zurück auf die Erfahrungen mit der *“New Model Army”* während des Bürgerkrieges und der Republik, als die Armee selbst maßgeblicher Akteur der Politik geworden war. Erfahrungen wie der Geheimvertrag von Dover (1670) zwischen Karl II. und Ludwig XIV. sowie die durch den zweiten und dritten Englisch-Holländischen Krieg (1665-67 und 1672-74) erforderliche Wiederaufrüstung schürten diese Ängste. Als Danbys *„Parliamentary Management“* hinzukam provozierte dies die Entstehung der *„anti-court“* bzw. *„country opposition“*. Danby baute seit dem Sommer 1675 ganz gezielt und in größerem Umfang als Arlington zuvor eine auf Bestechung und Ämterpatronage beruhende Hofpartei im Parlament auf. Von Danby erstellte Abgeordnetenlisten zeigen das Anwachsen seiner Gefolgsleute von anfangs 100 (1675) auf über 200 Abgeordnete (1678). Die Kritik der Opposition an Danbys *„Parliamentary Management“* kulminierte in der *„Standing Parliament Debate“* (1675-78).

**Der Kampf der „Country“-Opposition gegen „popery and arbitrary government“ begann während der 13. Sitzung des Kavalierparlaments.** Shaftesbury und seine Anhänger glaubten unbedingt die katholische Thronfolge des Duke of York verhindern zu müssen. Shaftesbury warnte im Parlament eindringlich vor den Katholiken und forderte den *„oath of allegiance“* von allen Lords

im Oberhaus, womit er auf die katholischen Lords im allgemeinen und auf den Duke of York im Besonderen abzielte. Eine Anklage des katholischen Duke of York wegen Hochverrats antizipierend prorogierte Karl II. das Parlament (24. Februar 1674). **Ein vierzehnmonatiger Rezess war die Folge** (Prorogation am 24.02.1674 auf den 10.11.1674 und am 10.11.1674 auf den 13.04.1675). Hintergrund dieser langen Parlamentsunterbrechung war nicht nur der Ärger über die Angriffe auf den Duke of York, sondern gerade auch der fortdauernde Holländische Krieg (1672-78). Der Friedensvertrag von Westminster (1674) hatte den Krieg zwischen England und den Niederlanden, nicht aber zwischen Frankreich einerseits und den Niederlanden, Spanien und dem Reich andererseits beendet. Niederländer und Spanier wünschten ein tagendes Parlament, welches Karl II. zum Kriegseintritt gegen Frankreich veranlaßte. **Frankreich strebte eine Parlamentsauflösung an**, zumindest aber eine weitestgehende Vertagung. Entsprechende Avancen des französischen Gesandte in London, Henri de Massue, 1st Marquis de Rouvigny (1603–1689) zur Auflösung des Parlaments im Frühjahr 1675 lehnten Karl II. und Danby ab, boten aber eine Vertagung gegen eine Geldzahlung an. Rouvigny bot daraufhin 100.000 Pfund für eine mindestens einjährige Vertagung an. Vor dem Beginn der 14. Sitzung des Kavalierparlaments (13. April 1675) verbreitete sich ein Brief Shaftesburys an Carlisle (3. Februar 1675), welcher den König zur Einberufung eines neuen Parlaments aufrief. Karl II. sollte davon überzeugt werden, daß regelmäßige Parlamente in seinem Interesse seien.

**Die 14. Sitzung (13.04.-09.06.1675) eröffnete Danby mit der „Bill to prevent dangers from disaffected persons“ („Non-resisting test“).** Die Gesetzesvorlage glich einem Paukenschlag, der alle Befürchtungen der Opposition zu bestätigen schien. Mit der Verabschiedung der eingebrachten Gesetzesvorlage (15. April 1675) hätten alle Amtsträger und Abgeordneten eidlich beschwören müssen, unter keinen Umständen Widerstand gegen die Krone und die anglikanische Staatskirche zu leisten und auf jede Änderung der bestehenden Ordnung zu verzichten. Der „Non-resisting test“ veranlaßte die Opposition aber gerade zum Widerstand, sah man darin doch das Bestreben zur Errichtung eines „arbitrary government“. Im Oberhaus unterzeichneten zahlreiche Lords unmittelbar nach Einbringung der Gesetzesvorlage zwei Protestnoten dagegen (21. und 26. April 1675), was jedoch nicht half. Die Vorlage erhielt eine Mehrheit im Oberhaus, so daß es darauf ankam, die Gesetzesvorlage im Unterhaus zu stoppen. Zuvor aber brachte die Opposition ein eigenes Gesetzesvorhaben ein, das sich gegen Danbys „Parliamentary Management“ richtete. **Shaftesburys „Bill to incapacitate parliament men from holding office of benefit“ (29. April 1675)** war die erste einer ganzen Reihe von „Place Bills“ zur Eindämmung der Korruption und Ämterpatronage im Parlament, die ohne Mehrheit bleiben sollte. Danby gewann die Abstimmung deutlich mit 145 zu 113 Stimmen. Da es Shaftesbury auch nicht gelang, eine Unterhausmehrheit



gegen Danbys „*Non-resisting test*“ zu organisieren, entschied er sich für eine Blockadestrategie mit dem Ziel einer Prorogation. **Der Rechtsstreit „Shirley vs. Fagg“** sollte die Beratungen über Danbys Gesetz blockieren. In dem Rechtsstreit ging es um das Jurisdiktionsrecht des Oberhauses, wenn Unterhausmitglieder in einem Rechtsstreit involviert waren. Die Krone beantwortete die durch den Privilegienstreit über das Jurisdiktionsrecht zwischen Ober- und Unterhaus ausgelöste Blockade mit einer Prorogation (9. Juni auf den 13. Oktober 1675). **Eine Vereinbarung mit Frankreich zur Auflösung des Parlaments** während des viermonatigen Rezess (17. August 1675) sah vor, daß Karl II. das Parlament auflösen sollte, wenn dieses nach dem Rezess im Oktober keine Gelder bewilligen würde. Frankreich sollte dann eine Subsidie in Höhe von 100.000 Pfund zahlen. Diese Summe sollte zusammen mit den gesteigerten Einnahmen der Krondomäne ausreichen, den König vom Parlament unabhängig zu machen.

**Die 15. Sitzung (13.10.-22.11.1675)** war eine der kürzesten Sitzungen des Kavalierparlaments, was dem Umstand geschuldet war, daß diese Sitzung die letzte **Prorogation zum Hauptberatungsgegenstand** hatte (14. bis 20. Oktober) und diesen Gegenstand mit der von Karl II. in seiner Eröffnungsrede (13. Oktober 1675) gewünschten Geldbewilligung verband. Shaftesbury beantragte im Oberhaus zugleich (19. Oktober) die erneute Beratung des Falles „*Shirley gegen Fagg*“, um das Parlament damit wieder zu blockieren und den König zur Parlamentsauflösung und Neuwahlen zu zwingen. Gleichzeitig ließ er in der **Schrift** *“Two Speeches. I. The Earl of Shaftesbury’s Speech in the House of Lords, upon the Debate of appointing a day for the hearing Dr. Shirleys Cause, the 20<sup>th</sup>. of October, 1675”* (Amsterdam 1675) seine Oberhausrede in dieser Angelegenheit veröffentlichen. In seiner Rede machte sich Shaftesbury zum Wortführer der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ und zum eloquenten Warner eines „*Divine Right*“-Denkens, welches das Recht zerstöre. **Die Hauptdebatte im Unterhaus zur Auflösung des Kavalierparlaments fand am 25. Oktober 1675 im Unterhaus statt.** Für Sir Harbottle Grimstone war die lange Dauer des Kavalierparlaments gleichbedeutend mit einer parlamentslosen Herrschaft („*There is as great mischief in the length of this Parliament, as if there were no Parliament*“). In seiner Rede prägte er auch den Satz, daß ein stehendes Parlament so unbequem wie ein stehendes Heer sei (*“A standing Parliament is as inconvenient as a standing Army”*). Sir John Birkenhead sprach das **Repräsentationsproblem** an, wenn er darauf hinwies, daß seit der Wahl des Kavalierparlaments zahlreiche Abgeordnete durch Tod oder Krankheit ausgeschieden seien. Und Sir Thomas Meres äußerte seinen Widerwillen gegen die häufigen Prorogationen, die Gesetzesvorlagen regelmäßig zerstörten. **Die im Oberhaus eingebrachte „Humble Address to His Majesty, for the Dissolution of this Parliament“** (20. November 1675) wurde unter scharfem Protest der Opposition von einer knappen Mehrheit von 50 gegen 48 Lords

abgelehnt. Die protestierenden Lords, darunter Shaftesbury und Buckingham, argumentierten gegen die lange Parlamentsdauer mit der jahrhundertealten Praxis regelmäßiger Parlamente, mit dem Verstoß gegen das **Repräsentationsprinzip** und der Beförderung von Parteibildung. Mit dem Protest war aber nicht viel auszurichten. Die „*Standing Parliament Debate*“ fand deshalb außerhalb des Parlaments ihren Niederschlag in zahlreichen Pamphleten.

**John Lockes Schrift „A Letter from a Person of Quality to his friend in the country“ (1675)** postulierte, daß es seit langem einen Plan gegeben habe, die Regierung willkürlich und absolut („*arbitrary and absolute*“), einzig von Gottes Gnaden („*Jure Divino*“) abgeleitet und von menschlichen Gesetzen unbeschränkt zu machen. Als Shaftesburys Sekretär unterstrich Locke, daß beabsichtigt sei, mit einem stehenden Heer zu herrschen, dem Parlament die Mitbestimmung zu nehmen und es zum reinen Geldbeschaffungswerkzeug zu machen. Es drohe eine Zerstörung der Anglikanischen Kirche, eine Abschaffung des Protestantismus und eine Tolerierung des Papismus. Eine dauerhafte Legislative sei eine perfekte Tyrannis („*a Legislative power always in being, is, when considered, no other than a perfect Tyranny*“). Danbys „*Non-resisting Act*“ sei dazu gemacht, jedes Widerstandsrecht im Keim zu ersticken, die Unterschiede zwischen absoluter und beschränkter Monarchie zu verwischen und ein stehendes Heer zu etablieren. Das Gesetz verstoße gegen Magna Charta und alle Rechte des Landes. Der freie Diskurs des Parlaments werde durch den Eid unmöglich und Parlamente nutzlos. Es gäbe keine Notwendigkeit dazu, daß sich Beamte mit Parlamentariern beraten sollten, insbesondere nicht solche der Armee, Marine und des Schatzamtes. Dies war eine klare Kritik an Danbys „*Parliamentary Management*“. **Shaftesburys anonym veröffentlichte Schrift „The Debate or arguments for dissolving this present Parliament“ (1675)** referierte die Tagungsweise der Parlamente im Rahmen der „*Ancient Constitution*“. Nach der Verfassung, den alten Reichsgesetzen („*according to the Constitution of the Government, the ancient Laws and Statutes of this Realm*“) und der Praxis vergangener Zeiten sollte es regelmäßige und neue Parlamente geben („*frequent and new Parliaments*“). Jährliche Gesetze seien von Edward III. normiert worden („*That Parliaments should be holden every year once, or more often*“). Vertagungen habe es nicht gegeben. Diese seien Neuerungen der letzten Jahre („*Prorogations or Adjournements, being a thing never heard of untill latter Years*“). Lange Parlamente seien mit der Natur der **Repräsentation** nicht vereinbar. Der König habe zwar das Recht zur Einberufung und Auflösung des Parlaments, aber auch die Pflicht zur Regelmäßigkeit der Parlamente. Die gewählten Abgeordneten müssen Repräsentanten der Wähler bleiben. Repräsentanten im Unterhaus seien zur Willensäußerung des Volkes nötig. Die lange Tagungsdauer produziere nur Streit und Parteiungen, fördere Eigennutz und die Hofpartei, nicht aber das Gemeinwohl. Shaftesbury konstatierte, daß das Parlament seine Befugnisse seit der Zeit Heinrichs VIII. stetig und beträchtlich ausgedehnt habe,

wofür die Ausdehnung der Tagungsdauer ursächlich gewesen sei („*Parliaments began in Hen. 8's time to be longer than they ought*“). Heinrich VIII. wußte, daß lange Parlamente zur Herbeiführung großer Veränderungen geeignet waren („*That Prince knowing that long Parliaments were fitted to make great Changes*“). Die lange Dauer der Parlamente befördere die Korruption und schaffe eine Hofpartei im Oberhaus („*Spiritual Lords*“, „*Popish Lords*“, „*Court Lords*“ und „*great officers*“). Neuwahlen des Unterhauses könnten dies aber verhindern. Mit einem langen Parlament bestehe die Gefahr des Absolutismus. **Shaftesburys Pamphlet „*A letter from a Parliament man to his friend*“ (1675)** faßte die Beschwerden der „*Country-Opposition*“ zusammen. Das Kavalierparlament sei ein dauerhaftes, stehendes Parlament („*a pied Parliament*“), zusammengesetzt aus den alten Gefolgsleuten des Königs während des Bürgerkrieges („*old Cavaliers*“) und Republikanern („*old Round-Heads*“), mehrheitlich aber aus mittellosen Anhängern des Hofes („*Indigent Courtiers*“) und echten Landedelleuten („*True Country Gentlemen*“). Die Anhänger des Hofes spielen die Gruppen gegeneinander aus und erlangen so Mehrheiten, die sie sonst niemals hätten. Jährliche Parlamente müssen wiederhergestellt, Bestechungen und Ämterpatronage unterbunden werden. Vertagungen durch „*Adjournments and Prorogations*“ sowie Parlamentsauflösungen seien so lange zu verhindern, bis alle Petitionen gehört und Beschwerden behoben seien. Damit sind die Kernkritikpunkte an Danbys „*Parliamentary Management*“ benannt.

**Die 15. Sitzung endete unerwartet abrupt mit einer Prorogation (22. November 1675).** Die Krone schickte das Kavalierparlament in den drittlängsten Rezess mit siebzehnmonatiger Dauer (Prorogation am 22. November 1675 auf den 15. Februar 1677). Der überlange Rezess steht dabei im Kontrast zur gerade einmal 28-tägigen Dauer der 15. Sitzung. Es war damit die drittkürzeste Sitzung des Kavalierparlaments. Während des Rezess ging Danby gezielt gegen die Kaffeehäuser als Orte der öffentlichen Debatte und Zentren der Opposition vor. Seit Danbys Berufung zum „*Lord Treasurer*“ während des Rezess zwischen der 11. und 12. Sitzung (Juni 1673) arbeitete er mit extrem kurzen Sitzungen von 6 (12. Sitzung), 37 (13. Sitzung), 44 (14. Sitzung) und 28 Tagen Dauer (15. Sitzung). Die Rezesse waren dagegen mit 14 (nach der 13. Sitzung), 4 (nach der 14. Sitzung) und 17 Monaten (nach der 15. Sitzung) zweimal äußerst lang. Nicht übersehen werden darf, daß die 16. Sitzung von einem langen fast zehnmonatigen Adjournment unterbrochen wurde. Während des siebzehnmonatigen Rezess zwischen der 15. und 16. Sitzung erschienen weitere Schriften der Kritik an der langen Parlamentsdauer.

**Die anonyme Schrift „*Reasons for a new parliament delivered in the Lords House Novemb. 20th 1675, With several other arguments for dissolving this parliament and calling frequent and new parliaments*“** stützte sich auf die Gesetze Edwards III. zur regelmäßigen jährlichen

Parlamentstagungsweise. Lange Parlamente führen den **Repräsentationsgedanken** ad absurdum. Vertagungen durch “*Prorogationen*” und “*Adjournements*” wurden abgelehnt. Es würde gegen das Repräsentationsprinzip und das diesem inhärente Treuhandprinzip verstoßen (“*ingrosse so great a Trust of the People as to be their Representative in the House of Commons*”), wenn die Wähler mehr als ein Jahr oder wie im Falle des Kavalierparlaments mehr als siebzehn Jahre keine Gelegenheit dazu haben, ihre Abgeordneten neu zu bestimmen. Das vertragliche Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen Wähler und Gewähltem gebiete die Möglichkeit zum regelmäßigen Wechsel. Schließlich ändere sich der Wählerwille über einen längeren Zeitraum und müsse seinen Ausdruck finden können. Durch die lange Parlamentsdauer werde die Mischverfassung des “*King-in-Parliament*” in ihrer Funktion gestört. Ein neues Argument war, daß der mehr als einjährige Rezess automatisch zur Auflösung des Kavalierparlaments führe. Die lange Prorogation widerspreche dem Recht und der Verfassung nach der Parlamente einmal jährlich tagen müssen. Das Kavalierparlament habe aufgehört, ein rechtmäßiges Parlament zu sein. Die Bedrohung durch Frankreich gebiete die Einberufung eines neuen Parlaments.

**Der französische Einfluß auf die Tagungsweise des Kavalierparlaments** zeigte sich in der Auszahlung der versprochenen Subsidie an Karl II. und einem Geheimvertrag mit Ludwig XIV. (16./26. Februar 1676). Der französische König mißtraute Danbys protestantischer und pro-niederländischer Einstellung. Die Vertragschließenden vereinbarten eine Beistandspflicht und gegenseitige Konsultationen. Die Friedensverhandlungen von Nijmwegen (Februar 1677) zeigen, daß die Alliierten auf eine Entscheidung des englischen Parlaments warteten, das nach fünfzehnmonatiger Vertagung wieder zusammentreten würde. Ende 1676 gab es weitere französische Geldangebote für den Fall einer Verlängerung der Prorogation bis 1678. Danby überzeugte Karl II. jedoch davon, in der folgenden Sitzung die auslaufende Verbrauchssteuer mit Hilfe seiner Gefolgschaft im Parlament erneuern zu können. Daraufhin wies Ludwig XIV. 200.000 Livres zur Unterstützung der „*Country*“-Opposition an.

**Der Antrag des Leinenhändler Francis Jenks auf Einberufung eines neuen Parlaments im Londoner Rathaus während des Rezess (24. Juni 1676)** ging vermutlich auf Buckingham zurück. Shaftesbury hielt die Rede für verfrüht. Er wollte die nächste Parlamentssitzung abwarten. Jenks Rede fand einen solchen Widerhall, daß er drei Tage nach seinem Antrag einbestellt und vom König, Lordkanzler Heneage Finch, Lord Treasurer Danby, dem Duke of Lauderdale, Lord Chief Justice Rainsford und anderen Lords befragt wurde. Jenks war der Ansicht, jedermann habe das Recht, ein neues Parlament zu beantragen. Eventuelle Hintermänner wollte er nicht preisgeben. Man inhaftierte ihn daraufhin monatelang. Jenks Rede wurde anschließend von weiteren Schriften

unterstützt. Die anonyme Schrift *“The Long Parliament dissolved”* (1676) kritisierte die überlange Dauer des Kavalierparlaments und der dadurch fehlenden **Repräsentation**. Es handele sich um eine monströse Parlamentsdauer (*“monstrous duration”*), welche verhindert habe, daß tausende von „*Country Gentlemen*“ seit der Restauration der Monarchie Gelegenheit hatten, dem Land zu dienen. Der Druck beklagte insbesondere die über einjährige Prorogation. Entweder sei die Prorogation nichtig und das Parlament beendet oder alle Gesetze stünden zur Disposition, denn die Gesetze werden von den Parlamenten aufrechterhalten und ohne Parlamente gebe es keinen Schutz. Auch das „*Common Law*“ und das Gewohnheitsrecht könnten dann einseitig vom König geändert werden. Die Tagungsweise der Parlamente sei aber durch die Gesetze Edwards III. und der *“Triennial Acts”* von 1641 und 1664 geregelt. Nach den Gesetzen Edwards III. müssen Parlamente jährlich, also mindestens einmal in zwölf Monaten tagen. Aus der Formulierung *“And more often, if need be”* in Edwards Gesetz folge die Unrechtmäßigkeit der fünfzehnmonatigen Prorogation. Es gäbe keine Präzedenzfälle für eine rechtmäßige Prorogation dieser Dauer, sehr wohl aber von Todesurteilen für diejenigen, die gegen die alten Rechte verstoßen oder dazu aufgerufen haben. Die Lords im Oberhaus und die Abgeordneten des Unterhauses wurden dazu aufgerufen, sich nicht mehr als Parlament zu versammeln. Die Schrift *“Some Considerations upon the Question, Whether the Parliament is dissolved by its Prorogation for Fifteen Months”* (1676) befasste sich ebenfalls mit der Frage, ob das Kavalierparlament gemäß den Gesetzen Edwards III. aufgelöst sei. Der zweite *“Triennial Act”* von 1664 widerrief zwar den ersten *“Triennial Act”* von 1641, nicht aber die Gesetze Edwards III. zur Abhaltung jährlicher Parlamente. Diese betreffen den *“King-in-Parliament”* als oberste und letzte Rechtssprechungsinstanz. Deshalb dürfen die Gesetze Edwards III. nicht aufgehoben werden. Die Formel des *“King-in-Parliament”* wurde hier zum Ausdruck höchster Autorität und Ordnungsmacht angeführt. Es handele sich dann um eine automatische Parlamentsauflösung. Die anonyme Schrift *“A seasonable question, and an usefull answer, contained in an exchange of a letter between a Parliament-man in Cornwell, and a bencher of the Temple”* (1676) sah in der Versammlung nach der unrechtmäßigen Prorogation eine Bestätigung dafür, daß der König nach seinem Willen und gegen die Gesetze Parlamente bestimmen könne. Dadurch würde Englands Mischverfassung des *“King-in-Parliament”* aufgehoben. Dies dürfe nicht geschehen. Die Prorogation sei von Frankreich veranlaßt und bezwecke dessen Macht zu steigern und den englischen König absolut zu machen. Englands Mischverfassung müsse bedacht werden, nach welcher der König ohne Parlament (*“His Majesty out of Parliament”*) kein kompetenter Richter sei, im Gegensatz zum König im bzw. mit Parlament (*“King-in-Parliament”*). Die Gesetze Edwards III. zur jährlichen Parlamentsversammlung seien nicht durch den zweiten *“Triennial Act”* von 1664 aufgehoben worden. Jährliche Parlamente

gehörten deshalb zur Essenz der englischen Verfassung. Die lange Prorogation verstoße gegen diese Gesetze. In England stehe aber das Recht über dem König. Der alte Rechtsgrundsatz „*The King can do no wrong*“ bedeute, daß nicht rechtmäßige Handlungen des Königs ohne Rechtswirksamkeit sind. Jährliche Parlamente seien der wichtigste Teil der Verfassung, sie lebt und besteht aus der verlässlichen Versammlung der Parlamente. Ohne regelmäßige Parlamente wäre die Krone unumschränkt. Englands Könige seien aber nie absolut gewesen und Parlamente seien ein Teil der Verfassung. Es sei ein Irrglauben, daß die Parlamente die Geschöpfe des königlichen Willens seien, weil er die Einberufungsschreiben ausstelle und die Parlamente auflöse, wenn er es für richtig halte. Die Macht der Parlamente sei vielmehr in keiner Weise vom König abgeleitet, sondern wurzelt in der Wahl durch das Volk. Damit argumentierte auch diese Schrift mit dem **Repräsentationsgedanken**. Die jährliche Tagungsweise des Parlaments sei gesetzlich geregelt und die einjährige Prorogation habe deshalb zur Auflösung des Kavalierparlaments geführt.

**Die 16. Sitzung (15.02.1677-13.05.1678)** war die viertlängste Sitzung des Kavalierparlaments (132 Tage). Die letzten fünf Sitzungen waren dagegen sehr kurz gewesen (11. Sitzung mit 45 Tagen, 12. Sitzung mit 6 Tagen, 13. Sitzung mit 37 Tagen, 14. Sitzung mit 37 Tagen, 15. Sitzung mit 28 Tagen). Die lange Dauer der 16. Sitzung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Sitzung durch mehrere „*Adjournements*“ von zusammen fast einjähriger Dauer unterbrochen wurde. Dies legt nahe, daß Karl II. und Danby aus der Kritik der „*Country*“-Opposition an der mehr als einjährigen Prorogation gelernt hatten. Sie verzichteten diesmal auf eine längere Prorogation. **Die Eröffnungsrede Karls II. zur 16. Sitzung des Kavalierparlaments (15. Februar 1677)** bezog sich direkt auf die lange Prorogation. Shaftesburys Blockade des Parlaments durch den Privilegienstreit zwischen den Häusern im Fall „*Shirley vs. Fagg*“ zur Erreichung der Auflösung des Parlaments müsse aufhören. Mit dem Begehren der Parlamentsauflösung mache sich die Opposition eines „*Arbitray Government*“ schuldig. **Lordkanzler Finchs Rede** lobte ausdrücklich die regelmäßigen Tagungen des Kavalierparlaments und warf der Opposition vor, diese zu behindern. Mit der Diskreditierung der Regierung und der künstlichen Unterscheidung zwischen „*Court and Country*“ müsse Schluß sein. **Die Debatte über die Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments** erhob sich direkt im Anschluß im Oberhaus. Die Frage war, ob das Kavalierparlament durch den langen Rezess überhaupt noch ein Parlament war oder ob es dadurch automatisch aufgelöst sei, und man kein Recht habe als Parlament zu tagen. **Buckinghams Rede vom 15. Februar 1677** mit der Forderung zur Einberufung eines neuen Parlaments als Folge der behaupteten automatischen Auflösung des Kavalierparlaments durch die fünfzehnmonatige Prorogation eröffnete die Debatte. Buckingham brachte ein neues, in den Schriften während des letzten Rezess ungehörtes Argument in die Debatte ein. Das Unterhaus würde sich als ein „*Standing*

*Senate*“ ansehen, als Gesetzgeber auf Lebenszeit und sich auf eine Stufe mit den Lords stellen. Dies stehe im Widerspruch zur „*Ancient Constitution of Parliaments*“ und verändere die Rechtsnatur des Unterhauses. Ansonsten bewegte sich Buckingham's Argumentation zur Einberufung eines neuen Parlaments und zur Auflösung des Kavalierparlaments in denselben Bahnen wie sie aus den vorangehenden Schriften während des Rezess bekannt sind. Nach den Gesetzen Edwards III. sei das Kavalierparlament kein Parlament mehr, weil ein Parlament mindestens einmal jährlich tagen müsse. Durch die über einjährige Prorogation sei das Parlament automatisch aufgelöst. Heilmittel sei die Auflösung des alten und die Einberufung eines neuen Parlaments. Nach Buckingham's Rede im Oberhaus brach ein Sturm der Entrüstung von der Regierungsbank über ihn herein. Shaftesbury, Wharton und Salisbury verteidigten Buckingham. Daraufhin wurden die vier Lords inhaftiert. Die von ihnen ausgehende Gefahr für Danbys „*Parliamentary Management*“ durch ihr Ansinnen, das Kavalierparlament zu beenden und Neuwahlen anzuberaumen, war zu groß. Shaftesbury blieb über ein Jahr in Gefangenschaft. **Die Repression der Opposition** endete nicht mit der Inhaftierung der vier Lords. Eine Mehrheit der Lords im Oberhaus verurteilte nach längeren Untersuchungen am 7. und 8. März 1677 die von Denzil Holles und Nicholas Carey verfassten Schriften „*Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved by its prorogation for 15 Months?*“ (1676) und „*The Long Parliament dissolved*“ (1676) und ordneten deren Verbrennung an. Nach den Verfassern wurde vergeblich gesucht. Im Oberhaus debattierte man zudem seit dem 3. März 1677 über eine „*Bill for regulating the Press*“. **Die Unterhausdebatte über die Rechtmäßigkeit der fünfzehnmonatigen Prorogation am 15. Februar 1677** konnte durch die Einschüchterungen nicht verhindert werden. Lord Cavendish wies darauf hin, daß überall im Land Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Kavalierparlaments herrsche. Die lange Prorogation stehe im Widerspruch zu den Gesetzen Edwards III. In den Redebeiträgen zeigte sich, wie tief die Irritation über den Rechtsstatus des Parlaments ging. Der Abgeordnete Vaughan warnte gar, daß man mit dem Zweifel am Parlamentsstatus auch gleich den König in Frage stelle. In Anlehnung an Jakob I. („*No Bishop, no King*“, 1604) sprach Vaughan von „*No Parliament, no King*“. Staatssekretär Coventry stellte fest, daß das Unterhaus nicht darüber zu bestimmen habe, ob ein Parlament aufgelöst oder einberufen werde. Die Unterhausmehrheit (193 zu 142 Abgeordnete) entschied sich gegen eine weitere Debatte und für die Fortsetzung des normalen Geschäftsganges des Kavalierparlaments durch Einrichtung eines ersten Parlamentsausschusses.

**Der weitere Verlauf der 16. Sitzung bis zum Adjournement am 28. Mai 1677 zeigte, daß der kritische Geist des Unterhauses lebendig geblieben war.** Dies manifestierte sich in dem Verlangen, die englischen Truppen im Dienste Frankreichs abzuziehen (19. Februar 1677). Danbys Eigenständigkeit gegenüber dem König und dem Thronfolger Jakob von York sowie seine

Strategie, sich gegenüber dem Parlament als Verfechter des Protestantismus darzustellen, zeigte sich in der von Danby im Oberhaus eingebrachten „*Bill for securing the Protestant religion by educating the royal children in the protestant faith*“ (21. Februar 1677). Möglicherweise war dieser Schritt mit Karl II. abgestimmt, um den Widerstandsgeist des Parlaments zu brechen. Anhänger der Krone zweifelten an Danbys „*Parliamentary Management*“ und betrachteten das Gesetz als eine „*great invasion of the prerogative*“ betrachteten. Die Opposition im Unterhaus dürfte von einem Täuschungsmanöver ausgegangen sein. **Die Geldbewilligung durch das Parlament** (20./21. Februar 1677) stellte sich für Danby als problematisch heraus. Die Abgeordneten Meres, Powle und Grimstone gaben zu bedenken, daß Beschwerden immer vor Geldbewilligungen behandelt werden sollten und ein Zusammenhang zu den Vertagungen bestehe. Sir Thomas Meres warnte ausdrücklich davor, jetzt Gelder zu bewilligen, weil das Parlament dann für sechs Jahre nicht mehr einberufen werde (“*you will be turned off at least six years. This money that makes a Parliament considerable, and nothing else. [...]*“). Lord Cavendish schloß sich dieser Ansicht an. Danbys “*Parliamentary Management*” verschaffte der Regierung aber eine Mehrheit von 199 zu 165 Stimmen für die Bewilligung von 600.000 Pfund. Aber schon einen Tag später las und debattierte man im Unterhaus die “*Bill for recalling the English forces out of the French King's service*“ (22. Februar 1677) ein zweites Mal. Die Kritik an Frankreich wurde jetzt größer. **Eine Unterhausdebatte über französischen Pensionszahlungen** an die Regierung begann (6. März 1677). Cavendish setzte die letzten Prorogationen in Zusammenhang mit diesen Zahlungen. Man formulierte eine entsprechende Resolution, sandte sie an das Oberhaus (10. März) und beriet mit den Lords darüber (13., 14. und 15. März). Die im Oberhaus am 21. Februar 1677 eingebrachte „*Bill for securing the Protestant Religion, by educating the Children of the Royal Family therein*“ wurde ab dem 20. März auch zum Gegenstand der Debatte im Unterhaus. Das Unterhaus beriet zudem seit dem 26. März über eine „*Address to the King to enter into a speedy and strict Alliance with the Confederates*“, welche dem König am 29. März übergeben wurde. Staatssekretär Williamson präsentierte dem Unterhaus am 11. April 1677 die Antwort des Königs. Dieser verwahrte sich gegen einen solchen Eingriff des Unterhauses in seine königliche Prärogative und warnte, daß der Gegenstand fallengelassen werden solle, wenn das Parlament weiter tagen wolle. Es war eine unverhohlene Drohung mit einem „*Adjournement*“, welches sogleich eine heftige Unterhausdebatte darüber auslöste. Das Unterhaus blieb in dieser Angelegenheit hart. **Weitere Geldbewilligungen** werde es nur geben, wenn den Bitten nach Allianzen entsprochen werde. Das Unterhaus begründete dies mit dem **Repräsentationsprinzip**. Wegen des in Aussicht gestellten „*Adjournements*“ seien viele Abgeordnete bereits in ihren Wahlbezirken, so daß es unparlamentarisch gewesen wäre, ohne sie größere Summen zu bewilligen. Dem folgte die



**Vertagung am 16. April auf den 21. Mai 1677.** Nach der Wiederversammlung setzte sich die Debatte über die Allianzen und die Geldbewilligung fort. Das Unterhaus verweigerte mit einer Mehrheit von 182 zu 142 Stimmen weitere Geldmittel (25. Mai 1677). Es war die **schwerste Niederlage für Danbys „Parliamentary Management“** und zeigte das tiefe Mißtrauen des Unterhauses gegenüber Danby und Karl II. Mit der Forderung des Unterhauses nach einem Angriffs- und Verteidigungsbündnis mit den Niederlanden war Danbys „Parliamentary Management“ endgültig gescheitert. Es folgte die **Vertagung auf den 16. Juli 1677** mit der Ankündigung einer weiteren Vertagung bis zum Winter. **Eine skandalöse Szene** ereignete sich bei der Rückkehr der Abgeordneten in die Kammer des Unterhauses. Der vom König eingesetzte Sprecher verbot den Abgeordneten jede weitere Rede mit der Vertagung als Begründung. **Das Redeverbot aufgrund Vertagung** löste einen regelrechten Tumult im Unterhaus aus. Der flüchtende Sprecher wurde in seinen Stuhl gedrückt festgehalten, um ihn an der Mitnahme des Amtsstabes des Unterhauses zu hindern („*Stop the Mace upon the Table*“). Die skandalöse Szene erinnert an das Parlament von 1628, dem letzten Parlament vor der elfjährigen parlamentslosen Herrschaft Karls I. („*eleven years tyranny*“). Der damalige Sprecher Lord John Finch wurde im Stuhl festgehalten, nachdem er versucht hatte Sir John Eliot daran zu hindern, seine Deklaration zur Illegalität der königlichen Besteuerung vorzutragen („*tonnage and poundage*“).

**Der 16. Sitzung folgte ein zehnmonatiger Rezess (16. April 1677 bis 28. Januar 1678).** **Während des Rezess gab es wieder französische Geldangebote zur Vertagung des Parlaments.** Karl II. gab dem Wunsch nach einem Krieg gegen Frankreich nicht nach. In Geheimverhandlungen mit dem französischen Gesandten verdeutlichte er, daß er aufgrund seines hohen Schuldenstandes von 2.200.000 Pfund das Parlament wieder einberufen müsse, falls Frankreich ihn nicht finanziell unterstütze. Courtin gelang es Karl II., das Versprechen abzurufen, das Parlament bis April 1678 nicht wieder einzuberufen, wofür Frankreich bereit wäre ihm zwei Millionen Livres zu bezahlen. Danby verzögerte die Einigung, indem er eine noch größere Summe verlangte. Die Emissäre der Niederlande, Spaniens und des Reiches drängten Karl II. vergeblich, die englische Neutralität aufzugeben und in eine Offensivallianz gegen Frankreich einzutreten. **Die Eheschließung Wilhelms von Oraniens mit Maria Stuart (Oktober/November 1677)** steht im Zusammenhang mit diesen diplomatischen Bemühungen. Karl II. erklärte sich mit der von Danby organisierten Eheschließung einverstanden, um das protestantische Gemüt in England zu beruhigen und das Verhandlungsgewicht gegenüber Frankreich zu erhöhen. Die Ehe hatte keine Auswirkung auf die französischen Subsidienzahlungen. **Die Vereinbarung mit den Niederlanden (31. Dezember 1677) zum Abschluß eines allgemeinen Friedens war ein folgenloser Scheinvertrag.** Es blieb bei einer reinen Absichtserklärung Karls II., wiederum zur Beruhigung der Protestanten und um

Zeit zu gewinnen. Das am 28. März 1678 vereinbarte Defensiv- und Offensivbündnis beider Länder wurde von England nicht ratifiziert. Während des Rezess setzte sich die „*Standing Parliament Debate*“ außerhalb des Parlaments in Druckschriften fort.

**Andrew Marvells Schrift** „*An account of the growth of popery and arbitrary government in England*“ (1677) war ein publizistischen Höhepunkt der „*Standing Parliament Debate*“. Das Werk wurde während des langen „*Adjournement*“ zwischen Mai und Dezember 1677 geschrieben und noch im Dezember 1677 vor Wiederversammlung des Parlaments im Januar 1678 veröffentlicht. Das Druckwerk gab im Kern die Ansicht der „*Country*“-Opposition wider, daß es seit Jahren einen Plan zur Wiedereinführung des Katholizismus und zur Errichtung einer absoluten und willkürlichen Herrschaft in England gebe. Marvell referierte minutiös die Entwicklungen in England zwischen der langen Prorogation im November 1675 nach der 15. Sitzung des Kavalierparlaments und der letzten Versammlung am 16. Juli 1677, dem Ende der 16. Sitzung. Es ist eine Rechtfertigungsschrift für das Verhalten der „*Country*“-Opposition unter Shaftesburys Führung und eine Anklage und Abrechnung mit dem politischen Gegner. Die Bedeutung des **Repräsentationsprinzips** in der Argumentation der „*Country*“-Opposition zeigt sich darin, daß bereits auf der ersten Seite der Schrift das Repräsentationsprinzip als herausragendes Merkmal Englands im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ausgewiesen wird. Während die Nachbarreiche willkürlich und tyrannisch regiert werden, haben Englands Bürger Anteil an der Gesetzgebung. Selbst der kleinste Untertan sei im Parlament repräsentiert. Repräsentation und Geldbewilligung seien miteinander gekoppelt. Die Repräsentation des Volkes als entscheidende Funktion des Unterhauses werde durch die lange Parlamentsdauer untergraben. Am Ende der Schrift drückt sich die Verzweiflung der Opposition über das Fortdauern des Kavalierparlaments in Marvells pointiertem Resümee aus: Wenn dieses Parlament weder durch eine allen Gesetzen widersprechende Prorogation noch durch drei teuflische „*Adjournements*“ aufgelöst werden könne, dann sei dieses Parlament unsterblich („*But if neither one Prorogation, against all the Laws in being, nor three Vitious Adjournements, against all Presidents, can Dissolve them, this Parliament then is Immortal [...]*“). **Marvells 23-seitige Schrift** „*A seasonable argument to perswade all the grand juries in England to petition for a new Parliament*“ (1677) zeigt mit dem Untertitel „*Or, A list of the principal labourers in the great design of popery and arbitrary power who have betrayed their country to the conspirators, and bargain'd with them to maintain a standing army in England ...*“, daß es sich bei der Schrift um eine lange Auflistung der Pensionäre des Kavalierparlaments mitsamt der gezahlten Bestechungsgelder handelt. Danbys „*Parliamentary Management*“ mittels Bestechung und Patronage wird der Öffentlichkeit offengelegt. Die Schrift dient der Ergänzung von Marvells „*Account of the Growth of Popery and arbitray Government*“. **Sir Roger L'Estranges Schrift**

“*Account of the growth of knavery*” (1678) darf als Erwiderung auf Marvells “*Account of the Growth of popery and arbitrary government*” gelten. Der royalistische Autor, Journalist und Zensor L’Estrange fungierte als Sprachrohr der Regierung. Danby betrieb eine propagandistische Gegenkampagne in der von Roger L’Estrange geführten royalistischen „*London Gazette*“ und in Einzelschriften. Danbys Gegenpropaganda versuchte Shaftesbury persönlich zu diskreditieren, indem davor gewarnt wurde, daß er einen erneuten Bürgerkrieg herbeiführe. L’Estrange verglich Marvells Schrift und andere ähnliche Schriften mit den Bürgerkrieg auslösenden Schriften von 1640/41. Die Anführer der “*Country*”-Opposition wurden als Republikaner diffamiert. L’Estranges einziges Gegenargument zur Auflösung des Kavalierparlaments war, daß es keine Rebellion gebe, so lange dieses Unterhaus tage. Sich der Verfassungsfrage zuwendend offenbart sich L’Estranges Ablehnung der Mischverfassung des “*King-in-Parliament*”, die zugleich als Auffassung Karls II. und seiner Minister gelten kann, weil L’Estrange als offizielles Sprachrohr der Krone fungierte. Mit dieser Ablehnung der Mischverfassung geht die Instrumentalisierung des Parlaments einher. L’Estrange warf Marvell vor, den Untertanen einen Anteil an der Gesetzgebung zuzuschreiben und sie zu Teilhabern der Souveränität zu machen. Damit verwandele Marvell Englands Monarchie in eine dreigeteilte und koordinierte Herrschaft, die für das Parlament genauso destruktiv sei wie für die Krone. Erlaube man die koordinierte Teilung, dann werden zwei der drei Teile sich zur Zerstörung des dritten Teils verbinden. Die beiden Parlamentshäuser werden entweder den König zerstören oder der König zerstöre zusammen mit einem der beiden Häuser das andere. Die Gesetzgebung ist der höchsten Gewalt eigen und unverhandelbar. Einzige Aufgabe der beiden Häuser ist die Beratung oder Vorbereitung. Die eigentliche Macht aber residiere im König. Die Verabschiedung einer Bill ist dementsprechend nur ein Zugeständnis. Die beiden Häuser machen zwar die Bills, das Gesetz aber mache der König mit seiner Zustimmung.

**Das Ende des Kavalierparlaments** zeichnete sich 1678 ab. Während der wiederaufgenommenen 16. Sitzung des Kavalierparlaments (28. Januar bis 16. Mai 1678) wandte sich Ludwig XIV. durch seine Emissäre direkt an die Opposition, um mit ihrer Hilfe die Auflösung des Parlaments zu erreichen. Karl II. vertagte das Parlament zweimal (Adjournement am 15. Juli 1678 auf den 01. August 1678 und am 01. August 1678 auf den 01. Oktober 1678). Während des Adjournement schlossen Frankreich und die Niederlande den Frieden von Nijmegen (10. August 1678). Wenig später (13. August 1678) kursierten die ersten Gerüchte über Titus Oates, eine papistische Verschwörung zur Ermordung des Königs („*Popish Plot*“) sowie über Danbys Absichten zum Einsatz der Armee. Der Duke of York empfahl seinem Bruder die Auflösung des Parlaments, die Verhaftung der Oppositionsführer und die Verstärkung der Armee. Karl II. entschied sich jedoch zur Vertagung (Prorogation am 01. Oktober 1678 auf den 21. Oktober 1678). In dem Leichenfund

Sir Edmund Berry Godfreys während des dreimonatigen Rezess (17. Oktober 1678) sah die Opposition die Bestätigung der Gerüchte einer katholischen Verschwörung. In der beginnenden 18. Sitzung (21. Oktober 1678) steigerte sich der „*Popish Plot*“ zu einer regelrechten Hysterie. Shaftesbury machte den Lords den Vorschlag zur Entfernung des Duke of York vom Hof und verlangte dessen Ausschluß von der Thronfolge (2. November 1678). Karl II. lehnte dies ab, bot aber eine Limitation der königlichen Rechte für den Fall der Thronbesteigung seines katholischen Bruders an (09. November 1678). Die Wut des Unterhauses richtete sich aber auch gegen Danby. Als der frühere englische Botschafter in Paris Ralph Montagu dem Parlament in der 18. Sitzung (19. Dezember 1678) Danbys Verhandlungen mit Ludwig XIV. über den Einsatz englischer Truppen gegen die Niederlande im Austausch für Subsidienzahlungen enthüllte, votierten 179 zu 116 Abgeordnete im Unterhaus für Danbys Impeachment (19. Dezember 1678), das den König zur Vertagung des Parlaments veranlaßte (Prorogation am 30.12.1678 auf den 24.01.1679), weil er befürchtete, daß im Prozeß gegen Danby, seine Verstrickung in die französischen Subsidienzahlungen ans Licht kommen könnten. Während des einmonatigen Rezess entschloß sich Karl II. zur Auflösung des Kavalierparlaments durch königliche Proklamation (24. Januar 1679), ohne das Parlament zuvor noch einmal zu versammeln. Allerdings verstrich bis zur Versammlung des neuen Parlaments („*First Exclusion Parliament*“) nur ein knapper Monat (06.03.1679). Shaftesbury setzte auch während der folgenden drei Parlamente Karls II. („*Exclusion Parliaments*“ 1679-81) seine Kampagne gegen „*popery and arbitrary government*“ fort.

Der lang anhaltende Widerstand der „*Country*“-Opposition gegen Danbys „*Parliamentary Management*“ ließ Karl II. an den Fähigkeiten seines Ministers zweifeln. Der König wollte letztlich auch nicht Danbys Vorstellung einer protestantischen, an den Niederlanden orientierten Außenpolitik folgen. Der Anglikaner Danby hatte frühzeitig erkannt, daß ein effektives Parlamentsmanagement der Regierung sich am Protestantismus orientieren müsse. Karl II. wünschte jedoch eine am katholischen Frankreich ausgerichtete Politik. Danby war dazu gezwungen, dem König nachzugeben und der Annäherung an Frankreich zustimmen, was ihm zwar vorübergehend das politische Überleben sicherte, aber zur Aufgabe seines Parlamentsmanagements führte, das sich an einer anglikanischen Mehrheit im Parlament orientiert hatte. Letztlich scheiterte Danby an der pro-französischen Politik seines Königs und an Shaftesburys Widerstand. Mit der Inhaftierung von Shaftesbury und Buckingham (15. Februar 1677) waren die regulären Mittel einer rechtlichen Argumentation zur Auflösung des Kavalierparlaments, welche die „*Standing Parliament Debate*“ geprägt hatte, ausgeschöpft. Die Opposition kam mit ihrer rechtlichen Argumentation nicht gegen die starke Position der königlichen Prerogative an, der das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung zustand. Die „*Standing Parliament Debate*“ zeigt das

Scheitern einer am Recht orientierten Strategie der Opposition. Der König konnte nur durch politischen Druck zur Auflösung veranlaßt werden. Die Hysterie um den „*Popish Plot*“ und das Impeachment gegen Danby stellten den erforderlichen Druck zur Auflösung des achtzehnjährigen Parlaments her. Von einer parlamentslosen Herrschaft kann trotz der Dauer des Kavalierparlaments gesprochen werden, weil wichtige politische Entscheidungen während der Rezesse am Parlament vorbei getroffen wurden.

### III. „*Triennial Act*“ (1694)

#### 1. „*The Rage of Party I*“ (1690-1702)

Der Zeitraum zwischen der friedlichen Bewahrung Englands vor den Gefahren eines „*arbitrary and popish government*“ durch die „*Glorious Revolution*“ (1689) und der endgültigen Sicherung der „*Protestant succession*“ der Hannoveraner (1715) wurde von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gruppierungen der „*Whigs and Tories*“ bzw. „*Court and Country*“ geprägt und als Raserei der Parteien („*The rage of party*“) bezeichnet, wobei der moderne Parteibegriff hier nicht zu Grunde gelegt werden sollte, entstand dieser doch eher im 19. als im 17. Jahrhundert<sup>1279</sup>. Ursächliche Faktoren dieser Auseinandersetzungen der 1690er Jahre sind die religiöse Frage, Englands Kriege gegen Ludwig XIV. (1688-1697 und 1701-13) und die Frage des

---

<sup>1279</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, Parliaments 1690-1715, The rage of party, 2014: „*The period between the Revolution of 1688-9 and the peaceful accession of George I was dominated by the legacy and consequences of the Revolution. One was war: [...] Another was a deepening and transformation of the role of party in politics. The period is often characterised as one of 'the rage of party'. Fired by the dramatic events of the Revolution and its impact on the political values and religious views of the people of England, Scotland and Wales, fanned by the necessity, under the 1694 Triennial Act, of contesting elections every three years, the partisan competition in the House of Commons and in individual constituencies became more vigorous than at any time before*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 63: „*The whigs and tories of the late seventeenth century were not the institutionalized political parties we know today. [...] Early 1680s, when the historic party names were born. [...] If we wish to seek the origins of modern political parties, we should look to the middle of the nineteenth century, not the end of the seventeenth. For the parties of the 1690s could boast no centralised institutions. They had no single leader, no electoral organization at national level, no mechanism to secure the attendance of ,their' members at Westminster, no means of disciplining erring MPs*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 64: „*the labels whig and tory should be understood to denote two broad and mutually hostile political traditions*“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 140: „*[...] in the 1690s [...] Parties were, in any case, somewhat indistinct entities. They lacked formal structures of authority and responsibility. Nor did they have central offices, think tanks, or conferences to thrash out policy*“; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002; zu Wahlkreisen und Wahlen, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Constituencies and Elections, 2002; zu den Abgeordneten, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Members, 2002; zum Geschäftsgang des Parlaments, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Business of the House, 2002; zur Organisation des Parlaments, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House, 2002; zur Methodik und den Quellen, vgl.: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Method, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Sources, 2002;

Verhältnisses der königlichen Regierung zum Parlament. Der „*Nine Years' War*“ oder „*War of the league of Augsburg*“, in Deutschland besser bekannt als „Pfälzischer Erbfolgekrieg“, trug durch seine enormen Kosten und die Notwendigkeit zur parlamentarischen Finanzierung zur Spaltung der politischen Parteien („*Whigs and Tories*“) in Befürworter und Gegner der Regierungspolitik bei („*Court and Country*“). Die gesetzliche Beschränkung der Parlamentsdauer durch die Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (1694) führte dazu, daß Wilhelm von Oraniens langes Parlament (1690-95) bis zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) das letzte Parlament von über dreijähriger Dauer blieb und ein sich beschleunigendes Stakkato von kurzen bis sehr kurzen Parlamenten (1695-98, 1698-1700, 1701, 1701/02 und 1702-05) bis zu seinem Herrschaftsende zu konstatieren ist und damit einhergehend eine entsprechende Anzahl hitziger Parlamentswahlen<sup>1280</sup>.

#### a) „*Whigs and Tories*“ (1690-93)

Mit dem **Doppelkönigtum Wilhelms III.**<sup>1281</sup> und seiner **Gemahlin Maria**<sup>1282</sup> befand sich England nach 130 Jahren erstmals wieder in einer Co-Regis Situation, wie zuletzt unter Mary Tudor und ihrem Gatten König Philipp II. von Spanien (1554-58)<sup>1283</sup>.

---

<sup>1280</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Appendix I: Dates of parliamentary sessions, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 302ff.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 486-509; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 63-69, 76-81; HARRIS, Tim, Politics under the later Stuarts, Party conflict in a divided society 1660-1715, London, 1993, S. 147-169; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 45f., 48f., 136f., 139f., 154-157

<sup>1281</sup> Vgl. zu Wilhelms Persönlichkeit: OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 319-324; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 374f.: „*William, who possessed neither military genius nor aesthetic sense. [...] William was obliged by 1695 to acquiesce in those conditions of warfare which French strategy imposed*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 64; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 40, 134-136; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 141: „*He saw himself as trimmer, as one who moved between the parties*“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 147: „*[...] his [William] policy of trimming meant that uncoordinated opposition from both wings remained a daily threat*“; CLAYDON, Tony, William III and II (1650–1702), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/29450>.; CLAYDON, William III, 2002; BAXTER, Stephan B., William III, London, 1966; THOMSON, Mark Alméras., Louis XIV. and William III., 1689-1697, in: English Historical Review 76, 1961, Nr. 298, S. 37–58; STEWART, J. D., William III and Sir Godfrey Kneller, in: Journal of the Warburg Courtauld Institute 33, 1970, S. 330–336

<sup>1282</sup> Vgl. zu Marys Persönlichkeit: OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 322, 332, 396; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 132 erinnert an ein zeitgenössisches Urteil über Wilhelm, Mary, ihre Schwester Anne und ihren Gatten Georg von Dänemark: „*King William thinks all, Queen Mary talks all, Prince George drinks all, and Princess Anne eats all*“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 152; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 165

<sup>1283</sup> Zur Entscheidung für das Doppelkönigtum Wilhelms von Oranien und Marias und u. a. zur Problematik einer erneuten Anwendung der Formel von den „Zwei Körpern des Königs“, in: JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 252f.

Der „*Nine Years War*“ (1688-97) dominierte das Denken und Handeln Wilhelms und des ganzen Landes während der 1690er Jahre. Die überragende Lebensaufgabe Wilhelms von Oraniens war der Kampf gegen die Hegemonialansprüche Frankreichs und Ludwigs XIV. Der Widerstand gegen Jakob II. und Wilhelms Intervention in England muß vor dem Hintergrund dieses Zieles verstanden werden. Wilhelms Krieg gegen Frankreich kam also ganz und gar nicht unerwartet. Die Befürworter seiner Intervention waren sich Wilhelms Ziel der Bekämpfung Ludwigs XIV. bewußt. Mit dieser Länge und Intensität der Auseinandersetzung hatte aber niemand gerechnet. Der Krieg hatte dabei erhebliche Auswirkungen auf England. Regierung und Wirtschaft wurden aufs äußerste angespannt. Langfristige soziale Veränderungen wurden befördert. Es entwickelte sich eine neue Oligarchie und politische Bündnisse. Der Krieg gegen Frankreich stellte das Land vor enorme Belastungen, schuf ein großes Heer und einen diplomatischen Dienst und langfristig wirkende Strukturen in diesen Bereichen und in der Steuerverwaltung. Die Steuerbelastung erreichte ungekannte Höhen und übertraf alles bisher gekannte unter dem Langen Parlament und Cromwell. Der Neunjährige Krieg bewirkte größere Veränderungen als die Glorreiche Revolution von 1688/89, sollte aber mit dieser zusammen als Einheit betrachtet werden<sup>1284</sup>.

**Der Kriegsverlauf** zeigt, wie groß die Bedrohung für England tatsächlich gewesen war<sup>1285</sup>. **Die Kriegsfinanzierung** stellte England aber vor das größte Problem überhaupt. Dies gelang durch außergewöhnlich hohe Geldbewilligungen des Parlaments, durch eine staatliche Kreditaufnahme in bisher nicht bekanntem Umfang und durch die Gründung der Bank von England. Die Bedeutung des Unterhauses stieg proportional mit der Not der Regierung zur Finanzierung des Krieges. In der Unterhausdebatte vom 19. November 1691 kritisierten Abgeordnete Wilhelms Forderung zur Finanzierung von 65.000 Soldaten und verbanden die Geldbewilligung mit der Frage nach der Aufgabe des Parlaments in der Verfassung. Gleichzeitig stieg auch die Bedeutung Londons als Finanzmarkt und der reichen Handelsleute und Finanziers. Der entsprechend wachsende Einfluß der Geldwirtschaft und ihrer Akteure („*monied interest*“), die in enger Verbindung zu den regierenden

---

<sup>1284</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 378: „*England was not regarded as a military nation*“; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 381: „*The change in the course of English history effected by William's reign is nowhere more clearly reflected than in the changed character of the army*“; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 256ff.; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 64; HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 165; KAMPMANN, Christoph, *The English crisis, Emperor Leopold, and the origins of the Dutch Intervention in 1688*, in: *Historical Journal* 55, 2012, Nr. 02, S. 521–532; KAMPMANN, Christoph, *Die englische Krone als Arbiter of Christendom?, Die "Balance of Europe" in der politischen Diskussion der späten Stuart-Ära (1660-1714)*, in: *Historisches Jahrbuch* 116, 1996, S. 321–366

<sup>1285</sup> Vgl. zum Kriegsverlauf: OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 345-358, 361-368, 373-385, 387-390, 392-398, 436ff.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 264f., 272; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 147-150

Whigs („*Court Whigs*“) standen, löste erheblichen Widerwillen und Abwehrinstinkte des landbesitzenden Adels („*landed interest*“) aus, den die „*Country*“-Opposition in ihrer Propaganda aufgriffen<sup>1286</sup>.

Die königliche Regierung beriet offiziell im „*Privy Council*“<sup>1287</sup>, der jedoch vom weniger formellen und kleineren „*Cabinet Council*“ in seiner Bedeutung übertroffen wurde<sup>1288</sup>.

**Wilhelms gemischte Administration (1689-93)** war mit Whigs und Tories besetzt. Zwei Sachzwänge machten sich besonders bemerkbar: Erstens mußte Wilhelm seine Regierung anfangs gezwungenermaßen gemischt besetzen (die Tories Danby und Nottingham sowie die Whigs Halifax und Shrewsbury), denn seine Intervention in England war nur durch die Unterstützung beider politischer Lager erfolgreich gewesen. Zweitens mußte Wilhelm die gesamten Britischen Inseln unter seine Kontrolle bringen, um sein Fernziel der Eindämmung Ludwigs XIV. zu erreichen. Wilhelm brauchte dafür die Unterstützung aller politischen Lager in England, zumal er dazu gezwungen war, die meiste Zeit nicht in England, sondern auf dem Kontinent zu verbringen, weshalb die Regierung in den Händen seiner Minister vor Ort lag. Er mußte sich mit beiden Gruppen in Einvernehmen setzen. Absolutes Vertrauen konnte er aber weder zu den Whigs noch zu den Tories haben. Wilhelm hielt die Whigs für die stärkere politische Gruppierung. Kennengelernt hatte er sie während der „*Exclusion Crisis*“ auf dem Höhepunkt ihres politischen Einflusses. Er

---

<sup>1286</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 399–407; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 45: „*After 1688 monarchical authority waned, albeit relatively rather than absolutely, because William, Anne, and George failed to immerse themselves in English affairs to anything like the extent of their predecessors, because they were financially absolutely dependent upon Parliament [...]*“; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 45, 147f., 150f., 155; HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 162, 164f.

<sup>1287</sup> vgl. zum „*Privy Council*“: OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 333: „*[...] in William's reign it [The Privy Council] was the central clearing house of the administration*“; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 338; BALDWIN, James Fosdick, *The Beginnings of the King's Council*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 19, 1905, S. 27–59; BALDWIN, James Fosdick, *The King's Council and the Chancery, I*, in: *American Historical Review* 15, 1910, Nr. 3, S. 496–508; BALDWIN, James Fosdick, *The King's Council and the Chancery, II*, in: *American Historical Review* 15, 1910, Nr. 4, S. 744–761; BALDWIN, James Fosdick, *The King's Council in England during the Middle Ages*, Oxford, 1913; ADAIR, E. R., *The Privy Council Registers*, in: *English Historical Review* XXX, 1915, Nr. CXX, S. 698–704

<sup>1288</sup> vgl. zum „*Cabinet Council*“: OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 333–344, 467, 469; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 323: „*William's reign is important as a stage in the evolution of the modern minister*“; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 384: „*For long, the debates in the Commons had shown increasing disquiet and ill temper [...] Most of all was the Cabinet condemned. It was regarded as a cabal, usurping the place of the privy council; if such an unconstitutional body must advise the crown, then each member should be obliged to give his advice in writing, duly signed, so that if necessary, he could be impeached*“; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 387: „*The Cabinet [...] its dependence on king, not on parliament, produced an increasing sense of frustration in the Commons*“; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 42f., 44, 133; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 71-75; TURNER, *The Origin of the Cabinet Council*, 1923, S. 171–205



stand damals in Kontakt zum Earl of Shaftesbury und zum Duke of Monmouth. Die Whigs unterlagen jedoch Karl II. und den Tories. Jetzt hatten sie den Anspruch, das Land endlich selbst anzuführen. Die Tories wurden von ihnen insbesondere als unzuverlässige Parteigänger Jakobs II. diffamiert. Wilhelms Mißtrauen erregten die Whigs aber dadurch, daß sie dem König ständig erklärten, daß nur sie die eigentlichen Träger der Revolution gewesen seien und er nur durch sie zum König geworden sei. Darüber hinaus fürchtete Wilhelm ihre Absicht, die königliche Prerogative zu beschränken. Wilhelm wurde dadurch von den Whigs geradezu in die Arme der Tories getrieben. Bei den Tories wiederum war sich Wilhelm ihrer Loyalität nicht sicher, weil sie ihn nicht als rechtmäßigen König *de iure*, sondern lediglich als *de facto* Herrscher anerkannten. Eine Nichtaufnahme in die Regierung kam aber auch nicht in Frage, da man ihr Zusammengehen mit den Jakobiten und Jakob II. befürchtete. Schließlich war Wilhelm auch auf die Erfahrung der Tories in Regierungsgeschäften angewiesen, um Ludwig XIV. effektiv bekämpfen zu können. Es schien Wilhelm also klug zu sein, eine gemischte Regierung zu bilden. Dabei zeigte es sich, daß Wilhelm die politischen Lager und die religiöse Lage anfangs falsch einschätzte. Gleich zu Beginn seiner Herrschaft machte er den Vorschlag, den „*Test Act*“ aufzuheben (März 1689), da er fälschlicherweise davon ausging, daß die „*Dissenters*“ den Anglikanern zahlenmäßig vergleichbar waren. Wilhelm war zudem selbst Calvinist, so daß sein Vorschlag viele Tories besonders gegen ihn aufbrachte, verstanden diese sich selbst doch als die Hüter der Anglikanischen Staatskirche („*High Tories*“). Bis zu 150 Tory-Abgeordnete hatten sich zusammengeschlossen (März 1689), um zu verhindern, daß Wilhelm den „*Test Act*“ widerruft. Nach der Vertagung der „*Convention*“ (Januar 1690) bot sich dieser Tory-Block dem König an, seine Geldforderungen im Parlament zu unterstützen, wenn die „*Convention*“ aufgelöst und ein neues Parlament gewählt werde. Für Wilhelm war ein solcher fester Block von Unterhausabgeordneten attraktiv. Eine gemischte Regierung mit Männern grundlegend verschiedener politischer Ansichten mußte jedoch zwangsläufig zu Reibereien führen. Wilhelm hatte aber kein Problem damit, die Zusammensetzung seiner Regierung zu ändern, wenn er damit Rückhalt im Parlament und Kontrolle darüber gewinnen konnte. Ansonsten konnte er mit Hilfe seines Prerogativrechts der Parlamentseinberufung und Auflösung auch einfach Neuwahlen ansetzen<sup>1289</sup>.

---

<sup>1289</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 256-262; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 71-75; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 71: „*While the Whigs looked upon King William as their King, the new monarch himself had no desire to be King of the Whigs*“; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 141-145; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 133: „*William often altered the composition of ministeries in the hope of providing a measure of control over Parliament and, when that failed, resorted to general elections to attempt to find a more accomodating legislature*“; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 145: „*It was, however, the Whig majority in the Convention that especially troubled*

**Wilhelm vergab vier Tory-Politikern wichtige Posten: Thomas Osborne, Earl of Danby** war von Anfang an am Widerstand gegen Jakob II. beteiligt gewesen. Damit empfahl er sich dem neuen König. Wilhelm erhob ihn zum Marquis of Carmarthen und später zum Duke of Leeds. Der König gab ihm das bedeutende Amt des „*Lord President of the Council*“. Leeds präsidierte der gemischten Regierung. Wilhelm behielt jedoch alle Fäden als sein eigener erster Minister in den Händen. Er gedachte aber von Leeds Erfahrung als Parlamentsmanager zu profitieren. Den Whigs war Danby aber seit seinem „*Parliamentary management*“ für Karl II. besonders verhasst. Und Wilhelm kreierte Danby bald an, zu sehr auf das von ihm in den 1670er Jahren erprobte Parlamentsmanagement zu setzen. Leeds war auch nicht in der Lage ein funktionierendes Arbeitsverhältnis mit den anderen wichtigen Tories in der Regierung zu entwickeln, insbesondere nicht mit Nottingham und Godolphin<sup>1290</sup>. **Daniel Finch, Earl of Nottingham**, wurde zu einem von zwei „*Secretary of State*“ ernannt. Nottingham war einst Diener Karls II. gewesen, hatte sich aber später von Jakob II. abgewandt, weil er sich als typischer Vertreter der „*High Tories*“ der Verteidigung der Anglikanischen Staatskirche verpflichtet fühlte, die er durch Jakob II. bedroht sah. Als Tory lehnte er aber auch den Widerstand und die Absetzung eines legitimen Herrschers ab. Nottingham anerkannte Wilhelm nur de facto als König, nicht aber de iure als rechtmäßigen Herrscher. Darin glich er den meisten Tories. Dennoch brachte Nottinghams Ernennung Wilhelm die Anerkennung vieler Tories ein<sup>1291</sup>. **George Savile, Marquis of Halifax**, wurde „*Lord Privy Seal*“. Er hatte sich erst nach der Flucht Jakobs II. im Dezember 1688 für Wilhelm erklärt. Viele Tories verachteten ihn dafür und auch für seine Rolle als „*Trimmer*“, der zwischen den Parteien laviert. Da der König selbst dazu neigte, wurde Halifax zu einem engen Vertrauten Wilhelms. Wilhelm bemerkte aber auch, daß Halifax durch sein fortgesetztes „*Trimming*“ unzuverlässig und zudem wenig belastbar war. Die Whigs wiederum konnten seine Rolle bei der Verhinderung der zweiten „*Exclusion Bill*“ von 1680 und der anschließenden „*Tory reaction*“ von 1681-85, die vielen

---

*William, for he found them obsessed with settling old scores and determined to encroach upon his authority. He believed they were quasi-republicans, a Commonwealth party [...] and that at best, they would have a Duke of Venice“*; Hoppit zitiert FOXCROFT, H. C., *The Life and Letters of Sir George Savile, Bart., First Marquis of Halifax &c. With a new Edition of his works now for the first time collected and revised, In two volumes, Volume II.*, London, 1898, S. 203

<sup>1290</sup> KNIGHTS, Mark, *Osborne, Thomas, First Duke of Leeds (1632–1712)*, 2004; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 256, 259; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 72: „*David, we thought succeeded Saul, when William rose on James' fall; But now King Thomas governs at Whitehall*“ (zeitgenössische Satire auf Danbys Wiederaufstieg); HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 141, 147

<sup>1291</sup> HORWITZ, Henry, *Finch, Daniel, second earl of Nottingham and seventh earl of Winchelsea (1647–1730)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/9472>.; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 72; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 145

Whigs sehr geschadet hatte, weder vergessen noch verzeihen<sup>1292</sup>. **Sidney Godolphin, Earl Godolphin** wurde von Wilhelm in die „*Treasury Commission*“ berufen, obwohl er seit 1679 ununterbrochen in Amt und Würden gewesen war und niemals mit Jakob II. gebrochen hatte. Viele Whigs empörten sich sehr über ihn<sup>1293</sup>.

**Die Whigs** waren äußerst verbittert darüber, daß Wilhelm ausgerechnet die Männer in seine Regierung aufnahm, die ihnen unter Karl II. und Jakob II. so viel Leid zugefügt hatten, wobei insbesondere an die Whig-Märtyrer Russell und Sidney erinnert wurde, die 1683 hingerichtet wurden, weshalb die Whigs sie als „*guilty men*“ apostrophierten. Der Whig Thomas Wharton, „*Comptroller of the Household*“, hielt sich diesbezüglich in einem Brief an Wilhelm im Dezember 1689 kaum mit Kritik zurück. Erwartet hatten die Whigs vielmehr von Wilhelm, daß die Verantwortlichen der „*Tory reaction*“ unter Karl II. (1681-85) endlich zur Rechenschaft gezogen würden. Es kam aber noch schlimmer für sie. Wilhelm beabsichtigte eine gesetzliche Generalamnestie, scheiterte mit seiner von den Tories umjubelten „*General Indemnity Bill*“ aber am Widerstand der Whigs. Sie erhielten auch nicht die Führungsrolle, die sie erwartet hatten. **Charles Talbot, Duke of Shrewsbury** wurde als ihr Anführer von Wilhelm zwar zum „*Secretary of State*“ gemacht, trat jedoch bereits im August 1689 zurück. Er hatte Wilhelm ausdrücklich davor gewarnt, daß die Tories zwar das Königtum bedingungslos anerkannten, nicht aber Wilhelms Königtum. Die Whigs Delamere, Hampden und Mordaunt wurden aber immerhin in die „*Treasury Commission*“ aufgenommen. Nicht alle Whigs wandten sich von der Krone ab. Mindestens 85 Whigs waren als sogenannte „*Court-Whigs*“ Anhänger des Hofes. Zu den prominenten „*Court-Whigs*“ gehörten Richard Hampden als „*Chancellor of the Exchequer*“, John Somers als „*Solicitor-General*“ und Thomas Wharton als „*Comptroller of the Household*“. Viele von ihnen hielten es wie Wharton, der seine Überzeugungen als Whig nicht leugnete, Politik aber als Kunst des Möglichen betrachtete. Von Wilhelms Hinwendung zu den Tories fühlten sie sich genauso abgestoßen wie alle anderen Whigs auch, sie wollten ihn aber davon überzeugen, daß die Whigs die Regierungsgeschäfte besser führen konnten als die Tories. Angesichts von Wilhelms offenkundiger Hinwendung zu den Tories, erinnerten sich aber viele Whigs auch an ihre Wurzeln in den 1670er Jahren. Ihr Parteigänger

---

<sup>1292</sup> BROWN, Mark N., Savile, George, first marquess of Halifax (1633–1695), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/24735>.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 259; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 72; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 141

<sup>1293</sup> SUNDSTROM, Roy A., Godolphin, Sidney, first earl of Godolphin (1645–1712), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/10882>, 26.5.2018; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 72

Algernon Sidney hatte damals schon in seinen „*Court Maxims*“ vor den absolutistischen Tendenzen der Oranier gewarnt, wie sie sich in den Niederlanden gezeigt hatten<sup>1294</sup>.

**Wilhelms „*First Officers' Parliament*“ (1690-95)** kam nach einem mit aller Schärfe geführten Wahlkampf zustande. Whigs und Tories scheuten sich nicht, einander als Jakobiten und Republikaner zu diffamieren. Neu an diesem Wahlkampf war, daß beide Parteien schwarze Listen ihrer Gegner führten. Die Whigs beispielsweise hatten eine Liste von 151 Tories erstellt, die sich geweigert hatten, für die Thronvakanz in der „*Convention*“ zu stimmen. Die Tories wiederum führten eine Liste von 149 Whigs, die sie als „*Commonwealthmen*“ bezeichneten. Beinahe die Hälfte (38 %) aller Wahlkreise (103 von 269) waren heftig umkämpft. Im Ergebnis verbesserten sich die Tories (243) gegenüber den Whigs (241), während 28 Abgeordnete ohne definitive Zugehörigkeit zu einer der beiden Gruppen blieben. Ein herber Schlag für die Whigs war der Verlust aller vier Abgeordnetenmandate Londons. Unterhaussprecher wurde der Tory Sir John Trevor. Das Wahlergebnis ergab ein Patt. Die gemischte Regierung Wilhelms III. spiegelt auch die gemischte Zusammensetzung des neuen Parlaments. Eine Mehrheit der Abgeordneten beider politischer Lager war an einer funktionierenden Regierungspraxis interessiert. Die Revolution wollte man nicht gefährden. Die Gefahr des Jakobitismus war noch nicht ausgestanden und eine Rückkehr Jakobs II. auf den Thron war nicht ausgeschlossen. Dies erklärt auch, weshalb es

---

<sup>1294</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 259; JONES, Clyve (Hrsg.), *Party and management in Parliament 1660-1784*, Leicester, 1984, S. 37–85; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 73: „*a fatality upon your Majesty that you should pick out the most obnoxious men of all England for your ministers [...] That we must expect the same councils & the same government from the same men [...] your trimming between parties [...]*“; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 66, 74ff., 79, 82; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 142, 145; ZOOK, Melinda, *The Bloody Assizes, Whig Martyrdom and Memory after the Glorious Revolution*, in: *Albion, A Quarterly Journal Concerned with British Studies* 27, 1995, Nr. 3, S. 373–396; COXE, William (Hrsg.), *Private and original correspondence of Charles Talbot, Duke of Shrewsbury, with King William, the leaders of the Whig party, and other distinguished statesmen, illustrated with narratives, historical and biographical from the family papers in the possession of Her Grace the Duchess of Buccleugh, never before published*, London, 1821, S. 15: „*I think your majesty does not suspect me to be so violently biassed to either of these parties, as not to see the faults of both, and the dangers that may likely ensue in joining with each of them. I wish you could have established your party upon the moderate and honest principled men of both factions; but as there be a necessity of declaring, I shall make no difficulty to own my sense, that your majesty and the governmnet are much more safe depending upon the whigs, whose designs, if any against, are improbable and remoter than with the tories, who many of them, questionless, would bring in king James, and the very best of them, I doubt, have a regency still in their heads; for though I agree them to be the properest instruments to carry the prerogative high, yet I fear they have so unreasonable a veneration for monarchy, as not altogether to approve the foundations your's built upon*“; CLARK, Andrew (Hrsg.), *The Life and Times of Anthony Wood, antiquary, of Oxford, 1632-1695, described by Himself, Collected from His Diaries and other Papers, Volume III: 1682-1695*, Oxford, 1894, S. 308f.: „*[...] perfidious wretches who joyned in the attempt of enslaving and undoing the nation [...] they are not called into question, and [...] are not only received into mercy, but into favour*“; HANDLEY, Stuart, *Talbot, Charles, Duke of Shrewsbury (1660-1718)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <https://doi.org/10.1093/ref:odnb/26922>.

Wilhelm nicht schwer fiel, in diesem Parlament Mehrheiten zu finden, zunächst für die gemischte Regierung (1690-93) und danach für die Whig-Junto (1693-95). Eine neue „Country“-Opposition aus Whigs und Tories machte sich ab der zweiten Sitzung bemerkbar, vereint in ihrer Kritik an Leeds' „*Parliamentary Management*“, der Kriegsführung und den –kosten. Eine Parlamentsmehrheit hatte aber zuvor Kriegsgelder in der beispiellosen Höhe von vier Millionen Pfund bewilligt. Die Debatte vom 19. November 1691 über Wilhelms Forderung eines 65.000 Mann starken Heeres zeigt aber die Unzufriedenheit im Parlament. Viele sahen das Parlament auf den Status eines bloßen Geldbeschaffers reduziert. Ein erstes größeres Problem für Wilhelm stellte jedoch die „*Trial of Treasons Bill*“ dar, welche sich gegen die große Zahl von Amtsträgern im Unterhaus richtete. Richter sollten zudem nur solange im Amt bleiben, wie sie sich korrekt verhielten („*Quamdiu se bene gesserint*“). Für sie sollte es in Zukunft eine feste staatliche Besoldung anstatt der üblichen Gebühren geben. Die „*Court-Whigs*“ wollten den oppositionellen Whigs mit diesem Gesetz signalisieren, daß sie für genuine Whig-Interessen eintraten. Gegen dieses Gesetzesvorhaben legte Wilhelm aber am 24. Februar 1692 sein erstes Veto ein, womit er die „*Court-Whigs*“ desavouierte. Dies führte zu einer erheblichen Empörung im Unterhaus, so daß Wilhelms gemischte Regierung daran hätte zerbrechen können, wenn es Leeds' Parlamentsmanagement nicht gelungen wäre, die Wogen zu glätten. Das Parlament war im Übrigen mit der bitteren Niederlage von „*Beachy Head*“ (10. Juli 1690) beschäftigt. Der französische Sieg über die englische Flotte löste die Furcht vor einer französisch-jakobitischen Invasion aus und führte zur Bewilligung eines groß angelegten Schiffsbauprogramms, das dann den englischen Seesieg von „*La Hogue*“ (19. Mai 1692) ermöglichte. Der Landkrieg in Flandern verlief jedoch mit der französischen Eroberung des belgischen Namur (1692) weniger gut. Zur nächsten Krise kam es aber schon bald darauf durch Wilhelms zweites Veto gegen ein Reformgesetzesvorhaben. Diesmal verweigerte Wilhelm am 14. März 1693 seine Zustimmung zur „*Triennial Bill*“, weil es eine erhebliche Beschränkung seines königlichen Rechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments bedeutet hätte. Die Empörung darüber war groß. Die Stimmung kippte aber ins krisenhafte, als England im Juni 1693 seine „*Smyrna*“-Handelsflotte aus der Levante verlor, die Alliierten Charleroi aufgaben und sich am 19. Juli in der Schlacht von Neerwinden geschlagen geben mußten. Diese letzte Schlacht wurde als nationale Schmach empfunden. Als Wilhelm im Oktober 1693 von Flandern nach England zurückkehrte, fand er das Land im Aufruhr vor. Dies veranlasste ihn zu einer Rede im Parlament. Das Parlament leitete Untersuchungen zu den Ursachen der Niederlage ein. Mit seiner Ablehnung der „*Place Bill*“ am 25. Januar 1694, Wilhelms dritten Veto eines Reformgesetzes, verschärfte sich die Lage noch weiter. Das Gesetz hätte Amtsträgern das Recht genommen, einen Parlamentssitz einzunehmen. Dies rührte unmittelbar am königlichen

Parlamentsmanagement. Im Parlament übte man jetzt schärfste Kritik an den Ratgebern des Königs. Das Unterhaus übergab Wilhelm sogar eine offizielle Protestnote gegen sein Veto. Die ursprüngliche Fassung des Vetos beklagte sogar, daß das Veto gegen die Verfassung verstieße. Diese Klausel wurde aber dann doch fallengelassen. Wilhelm beschwichtigte in seiner Antwort an das Parlament und drückte seine Hochachtung für dieses aus. An dieser Stelle hätte es zu einer unüberbrückbaren Kluft zum König kommen können, wenn nicht beide Seiten sich Mäßigung auferlegt hätten. Die Tage der Tories in der Regierung waren jedoch gezählt. Die Entlassung des Earl of Nottingham als „*Secretary of State*“ am 6. November 1693 beendete vorerst die Teilhabe der Tories an der Macht und besiegelte Wilhelms Abwendung von den Tories. Shrewsburys erneute Berufung zum „*Secretary of State*“ im März 1694 zeigte überdeutlich Wilhelms Hinwendung zu einer Whig-Administration. Einige Tories, darunter Leeds‘ Anhänger verblieben aber in der Regierung<sup>1295</sup>.

**Das „*Parliamentary Management*“** der Regierung läßt sich nur schwer nachträglich aufschlüsseln. Aufschluß darüber geben können neben den offiziellen Abstimmungsergebnissen verschiedene Listen, die beispielsweise das Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter enthalten. Managementlisten geben Auskunft darüber, wie Parlamentsmanager das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten in anstehenden Abstimmungen einschätzten. Es gibt auch sogenannte „*election return lists*“, auf denen Gewinne und Verluste einer Wahl verzeichnet wurden. Die enorme Ausweitung der Regierungsaufgaben durch Wilhelms Allianzkrieg (1688-97) und den darauffolgenden Spanischen Erbfolgekrieg (1701-13) ging einher mit einer Ausweitung des „*Parliamentary Management*“. Größere Aufgaben bedingten größere Staatsausgaben, die wiederum nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten verlangten. Militär, Marine und Verwaltung wuchsen

---

<sup>1295</sup> zu den Einzelsitzungen des „*First Officers' Parliament*“ und den verwendeten Quellen, vgl. den Abschnitt D. III. 1 Die Parlamente Wilhelms III.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of William and Mary, from Dec. 1694 the 1st Parliament of William, 2014 (6. Februar 1690 bis 11. Oktober 1695); JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 262f.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 358–392; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 390: „[...] [William] found a state of things in which the Revolution itself seemed to be imperilled. The fifth session of his second parliament proved to be the most critical of any that he had yet faced“; zum „*Triennial Act*“: OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 387; FEILING, A History of the Tory Party 1640–1714, 1924, S. 290f.; vgl. dazu die Einleitung des Abschnitts „*Parliamentary Debates and Pamphlets*“ (1692-94); HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 148, 162ff.; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 76–89; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 145–151; HORWITZ, Parliament, policy, and politics in the reign of William III, 1977, S. 85–122; zur „*Place Bill*“, vgl. COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 830: „*The Commons resolved that whoever had advised William to veto the Bill was ‚an enemy to their majesties and the kingdom‘ and lectured him on the use of the prerogative*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 835: „*Foley: The King tells us, he has a great regard to our constitution but it appears not that he understands our constitution*“

beträchtlich, genauso wie das Steueraufkommen, das Finanzwesen Londons und die staatliche Kreditaufnahme. Mit dem wachsenden Staatsapparat vergrößerten sich auch die Möglichkeiten der Regierung zur Patronage verdienter Personen. Für die Regierung gab es mehr Ämter und Gelder zu verteilen als jemals zuvor. Die Schätzungen zur Anzahl der Regierungsvertreter im Unterhaus („*placemen*“) schwanken für den Zeitraum 1692-98 zwischen 97 und 136 und sollen 1714 bei 200 gelegen haben. Dennoch gelang es weder Wilhelm noch Anna trotz massiver Beeinflussung das Parlament voll auf ihre Linie zu bekommen. Beide Herrscher mußten lernen, daß die Kontrolle des Parlaments davon abhing, ob ihre Minister das Vertrauen des Parlaments hatten oder nicht<sup>1296</sup>.

**Der Vorwurf eines „Officers‘ Parliament“ und eines „Standing Parliament“** wurde gegen Wilhelm III. erhoben, weil das „*Parliamentary Management*“ der Regierung mittels Ämtervergabe, Bestechung und Patronage eine Gefolgschaft im Parlament schuf und damit an die Regierungspraxis unter Karl II. anknüpfte. Eine besonders offensichtliche Parallele findet sich in der Person von **Thomas Osborne, Earl of Danby**, der unter Wilhelm III. zum Marquess of Carmarthen und Duke of Leeds avancierte. Außerdem nahm Leeds wieder im Geheimen Rat des Königs einen Platz ein. Leeds war während des Krisenjahres 1690 der wichtigste Berater von Königin Mary und führender Minister im „*Privy Council*“ während Wilhelms Abwesenheit in Irland (1690) und den Niederlanden (1691). Allerdings war er weit davon entfernt, eine Stellung wie unter Karl II. einzunehmen. Leeds war zwar genauso unbeliebt und verhasst wie in den 1670er Jahren, weil er mit denselben Bestechungs- und Patronagemethoden wie früher arbeitete. Wilhelm hielt aber gegen Leeds Wunsch an einer gemischten Besetzung der Ministerien fest und bestimmte selbst die Minister, vor allem aber machte er Leeds nicht zum „*Lord Treasurer*“, sondern bevorzugte Godolphin. Damit war Leeds nicht nur die Möglichkeit zur Vergabe wichtiger Ämter genommen, sondern auch der Zugang zu den entscheidenden Geldmitteln war ihm entzogen. Er konnte nur über kleinere Positionen und Gelder verfügen, womit es ihm aber gelang, im Parlament eine Klientel von über 100 Abgeordneten aufzubauen. Leeds übte dabei weniger Druck auf einzelne Abgeordnete aus. Er stand vielmehr in Kontakt zu einflussreichen Patronen mit eigenen Klienten. Sein Einfluß auf die Anglikanische Staatskirche blieb dabei beschränkt, zumal es ihm nicht gelang, seinen Vertrauten Compton zum Erzbischof von Canterbury zu erheben. Leeds zog den Hass vieler Abgeordneten auf sich und trug zur Bildung einer neuen „*Country*“-Opposition bei, die sich dem Schutz der Verfassung verschrieb und vor den Methoden des Parlamentsmanagements der 1670er

---

<sup>1296</sup> HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 147, 149f., 162ff.; HOLMES, Geoffrey S./SPECK, W. A. (Hrsg.), *The Divided Society, Party Conflict in England 1694-1716*, London, 1970/67, S. 5; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 44

Jahre warnte. Leeds und Nottingham wurde vorgeworfen, Wilhelm in Kensington zu isolieren und den offiziellen „*Privy Council*“ durch einen „*Cabinet Council*“ zu umgehen<sup>1297</sup>.

**Während Wilhelms Herrschaft erweiterte sich die alte Zuordnung von „*Whigs and Tories*“ um den Gegensatz „*Court and Country*“.** Dabei handelte es sich um die Unterscheidung zwischen Regierungsgegnern und –Anhängern, wobei die zeitgenössischen Bezeichnungen nicht eindeutig waren. Dieser Prozeß der Neuordnung begann mit der Glorreichen Revolution (1688) und Wilhelms gemischter Administration. Tim Harris sprach sich dafür aus, daß die Unterscheidung von „*Court and Country*“ am besten auf den Zeitraum von 1691-95 zutrifft, als eine klar erkennbare „*Country*“-Opposition unter Robert Harleys und Paul Foleys Führung für „*place and triennial bills*“ kämpfte. Aber auch die letzten fünf Jahre von Wilhelms Herrschaft (1697-1702) waren geprägt vom Gegensatz zwischen „*Court and Country*“ und überdeckten den Antagonismus von „*Whigs and Tories*“. Man muß sich die alten Positionen von „*Whigs and Tories*“ verdeutlichen, um die neuen Positionen zu verstehen. Zu den alten Streitpunkten zwischen Whigs und Tories gehörten: 1) Die Anglikanische Staatskirche der Tories gegen die Forderung der Whigs für mehr Toleranz für protestantische Abweichler („*Dissenter*“). 2) Die Anerkennung Wilhelms als König *de iure* seitens der Whigs, aber nur *de facto* seitens vieler Tories. Dahinter stand das am Gottesgnadentum orientierte Verständnis des rechtmäßigen Königtums und die strikte Ablehnung des Widerstandsrechts. Dementsprechend leugneten die Tories, daß die Revolution von 1688 ein Akt des Widerstandes gewesen sei. Sie bestanden vielmehr weiter darauf, daß Jakob II. den Thron aufgegeben, er abgedankt habe und der Thron entsprechend vakant geworden sei. Die Whigs hingegen vertraten weiter die Ansicht, daß Jakob II. den Herrschaftsvertrag mit dem Volk gebrochen habe und der Widerstand deshalb gerechtfertigt gewesen sei. Die alten Kontroversen wurden durch neue Gruppierungen erweitert. Die Trennlinie bildete die Zustimmung („*Court*“) bzw. Ablehnung der Regierungspolitik in Bezug auf den Krieg, die Kriegsführung, die Kriegsfinanzierung, die Verfassung und das „*Parliamentary Management*“ („*Country*“). Politiker beider Parteien fanden sich neu zusammen. „*Country*“-Tories lehnten die Politik der Danby-Administration genauso ab wie „*Country*“-Whigs. Später verhielten sich „*Country*“-Politiker beider Parteien gegenüber der „*Whig-Junto*“ nicht anders. Den langen Parlamenten (1690-95 und 1695-98) folgten bis zu Wilhelms Ableben (1702) drei kurzlebige Parlamente (1698-1700, Februar bis Juni 1701, Dezember 1701 bis Mai 1702). Diese wurden von starken Tories dominiert, die sich aus alten

---

<sup>1297</sup> KNIGHTS, Mark, Osborne, Thomas, First Duke of Leeds (1632–1712), 2004, S. 9; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 24, 256f., 265-267; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 360, 392, 507; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 41; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 162ff.; PLUMB, The Growth of Political Stability in England 1675-1725, 1967, S. 126f.; HOLMES ET AL., The Divided Society, 1970, S. 5



Whigs in Opposition zu Wilhelm und seiner „*Whig-Junto*“ und Jakobiten zusammensetzten, die Jakob II. und seine Sache aufgegeben hatten. Diese neuen Tories setzten sich für die Freiheiten ein, die bisher nur von den Whigs vertreten worden waren. Sie übertrugen die von den Tories bisher verfochtene Stellung eines am Gottesgnadentum orientierten absoluten Monarchen auf die Parlamentssouveränität und opponierten gegen die Patronage- und Bestechungspraxis. Sie wollten eine effiziente und gute Regierungspraxis. Ihr Bestreben galt der unbedingten Vermeidung größerer militärischer Konflikte und eines damit verbundenen stehenden Heeres, welches von ihnen als besondere Bedrohung der Verfassung wahrgenommen wurde. Stattdessen propagierten sie eine reine Seekriegsführung („*blue water policy*“). Die meisten Whigs hingegen waren für einen umfassenden Krieg gegen Frankreich auf allen Ebenen. Es kam zu einer Umkehrung der bisherigen Parteistandpunkte. Die Whigs wandelten sich seit der Revolution von 1688 von der Oppositionspartei schlechthin zur Regierungspartei *par excellence*. In ihren Augen war durch die Revolution aus der absoluten Monarchie eine beschränkte Monarchie geworden, die unter Wilhelms Führung gegen Papismus und Willkürherrschaft („*poperly and arbitrary government*“) nach französischem Vorbild zu Felde zog und deren Schaltstellen sie zu führen gedachten. Beim Tode von Königin Anna galten die Whigs als Hauptstütze des Königtums. Viele Whigs hatten Gefallen gefunden an der Regierungsbeteiligung und zweifelten an den ursprünglichen Grundsätzen aus den Anfängen während des Bürgerkrieges in den 1640er und unter Shaftesburys Führung in den 1670er Jahren. Insgesamt konnten die Tories ihre alte Einheit besser bewahren als die Whigs, denn die Tories wurden besonders durch ihre enge Bindung an die Staatskirche zusammengehalten. Die einfachen Whigs entfremdeten sich von ihrer Führung in der Regierung mehr als die Tories. Zu den Entstehungsgründe der neuen „*Country*“-Partei kam neben dem langen Krieg mit seinen enormen Belastungen für das Land (hohe Besteuerung, noch nie dagewesene Ausweitung des Staatsapparats und der Patronagepraxis, Deflation, Handelshemmnisse) der Umstand, daß sich der in der „*Country*“-Partei organisierende Landadel („*gentry*“ und „*landed interest*“) zunehmend darüber bewußt wurde, daß die Händler und Spekulanten („*monied interest*“) der Handelsstädte und Londons an ihnen wirtschaftlich vorbeizogen. Während ihnen selbst die Lasten des Krieges zu schaffen machten, profitierten die Händler und Spekulanten. Diese bedrängten sie zunehmend auch im Wahlkampf in den Grafschaften und Boroughs und machten ihnen die Parlamentssitze streitig. Jones interpretiert das letzte Viertel des 17. Jahrhunderts unter dem Zeichen des Abwehrkampfes der „*gentry*“ zur Bewahrung ihrer Stellung. Dabei hatten die Parteien je eigene Organisationsstrukturen entwickelt, um ihre Anhänger zu koordinieren und ein einheitliches Vorgehen sicherzustellen. Die „*Junto-Whigs*“ Somers, Russell, Wharton, Montagu und Sunderland versammelten sich mit anderen Führern der Partei regelmäßig seit 1693/94. Es handelte sich dabei

spätestens seit 1696 um tägliche Treffen während der Parlamentsitzungen, die für gewöhnlich in den Anwesen der Minister stattfanden. Größere Versammlungen von Abgeordneten beispielsweise zur Koordination von Abstimmungen im Parlament wurden zuerst in der „Rose Tavern“ und nach Gründung des „Kit-Kat-Club“ durch Jacob Tonson (1700) in dessen Räumlichkeiten abgehalten. Die Tories waren dagegen vergleichsweise locker organisiert. Die „Fountain Tavern in the Strand“ war jahrelang ihr bevorzugte Treffpunkt. Seit 1710 organisierten sie sich dann im „October Club“. Tory-Hinterbänkler trafen sich jeweils mittwochs in der „Bell Tavern“ in Westminster. Während der Parlamentsrezesse luden die Parteiführer die entscheidenden Leute zur Besprechung in ihre Landhäuser<sup>1298</sup>.

#### b) „Whig-Junto“ (1693-98)

Wilhelms „Whig Junto“ bezeichnete die Whigs mit hohen Regierungs- und Staatsämtern in Wilhelms zweiter Administration (1693-98). Die Bezeichnungen „Junto“ unter Wilhelm III. und

---

<sup>1298</sup> OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 444, 473-481; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 475: „the party which had insisted on removing all limitations from a hereditary sovereign was intent on imposing them on a parliamentary sovereign“; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 257, 308f.; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 64: „the labels whig and tory should be understood to denote two broad and mutually hostile political traditions“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 65: „the ideological polarity between whig and tory was rooted, above all, in religious controversy“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 79f.; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 46: „With Anne’s death Whigs were seen as keenest supporters of monarchy, a position diametrically opposed to their position in 1689“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 133: „for if Whig and Tory predominated there were those, especially in the Commons, who might best be labelled ‚independents‘ (called by contemporaries the ‚country party‘)“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 136f., 139f., 155ff.; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 5, 147, 151-162, 164-169; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 164: „The only time it makes sense to talk of a distinctive Country party in Parliament, in the sense of a genuine coalition of dissident Whigs and Tories who were united in their opposition to the government, is for the years 1691-95. During this period a group of Country-Whigs, led by Robert Harley and Paul Foley, separated from their former allies who were in office, and united with Country and out-of-office Tories to promote place bills, triennial bills, and measures against corruption. An illustration of the complex pattern of cross-party allegiances in the early 1690s is provided by the stance taken on the abortive Triennial Bill of 1693“; HOLMES ET AL., The Divided Society, 1970, S. 160f., 163, 166; HOLMES, British politics in the age of Anne, 1987, S. 13-20; HORWITZ, Parliament, policy, and politics in the reign of William III, 1977, S. 208f.; HILL, Brian, The growth of parliamentary parties 1689-1742, London, 1976, S. 71; HAYTON, David, The "Country" interest and the party system 1689-1720, in: Clyve JONES (HRSG.), Party and management in Parliament 1660-1784, Leicester, 1984, S. 37-85, hier S. 37; KENYON, Revolution principles, 1990, S. 41, 55; HAYTON, David, The "Country" interest and the party system 1689-1720, 1984; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002; FEILING, A History of the Tory Party 1640-1714, 1924, S. 290; FIELD, Ophelia, The Kit-Cat Club, Friends who imagined a nation, London, 2009; Anonymus, The state of parties, and of the publick as influenc'd by those parties, in this conjuncture, offered to English men, Early English Books Online (EEBO) 515:11, London, 1692; Defoe, Daniel, A dialogue betwixt Whig and Tory, alias Williamite and Jacobite, Wherein the principles and practices of each party are fairly and impartially stated; that thereby mistakes and prejudices may be removed from amongst us, and all those who prefer English liberty, and Protestant religion, to French slavery and popery, may be inform'd how to choose fit and proper instruments for our preservation in these times of danger, Early English Books Online (EEBO) 2334:07, London, 1693

später auch unter Königin Anna, „*Cabal*“ unter Karl II. und „*Camarilla*“ unter Jakob II. zeigen, daß bestimmte Politiker aufgrund ihrer engen Zusammenarbeit von den Zeitgenossen als Gruppe wahrgenommen wurden, ohne jedoch einen offiziellen bzw. institutionellen Status als Gremium zu besitzen. Genauso wenig offiziell war der „*Cabinet Council*“ in dem sich diese engere Gruppe mit dem König bzw. der Königin beriet. Sie besaßen deshalb im Gegensatz zu den Mitgliedern des größeren und offiziell anerkannten „*Privy Council*“ einen informellen und konspirativen Charakter und wurden von der Öffentlichkeit und ihren politischen Gegnern auch als solche wahrgenommen und abgelehnt, genügten sie doch keineswegs dem geforderten Prinzip eines nachvollziehbaren und verantwortlichen Regierungshandelns. Der moderaten „*Whig Junto*“ unter Wilhelm III. gehörten John Somers (Baron Somers), Charles Montagu (Earl of Halifax), Thomas Wharton (Marquess of Wharton), Edward Russell (Earl of Orford) und später auch Charles Spencer (Earl of Sunderland) an. In der krisenhaften Situation Anfang 1693 als einer „*Place Bill*“ zur Verhinderung von Abgeordnetenmandaten für Amtsträgern nur zwei Stimmen zur Annahme gefehlt (Januar 1693) und eine „*Triennial Bill*“ die Unterstützung vieler Whigs und Tories gefunden hatte und nur durch die Verweigerung der königlichen Zustimmung verhindert werden konnte (März 1693), riet Sunderland Wilhelm, von der gemischten, aber eher von Tories dominierten Administration der Anfangsjahre seiner Herrschaft (1689-93), zu den Whigs zu wechseln, da diese Wilhelms Kriegskurs gegen Ludwig XIV. mit mehr Überzeugung und Verve sowie Rückhalt im Unterhaus unterstützen würden. Wilhelm ging nur ungerne und zögerlich auf die Whigs ein, war er doch besorgt, die königliche Prärogative gegenüber ihren Aspirationen nicht bewahren zu können, ließ sich aber schließlich von Sunderland im Laufe des Jahres 1693 doch davon überzeugen. Den Anfang machte Somers, der zum „*Lord Keeper*“ und Sir John Trenchard, der zum „*Secretary of State*“ ernannt wurde (März 1693). Somers koordinierte später die Junto-Minister und wurde zu Wilhelms Vertrauten. Ihnen folgte die Ernennung von Montagu zum „*Chancellor of the Exchequer*“ (April 1693). Nach dem Verlust der Smyrna-Handelsflotte und der Niederlage von Landen in Flandern (Juni 1693) war Wilhelms Lage so angespannt, daß er endgültig zum Wechsel zu den Whigs bereit war. Die Entlassung des eminent wichtigen Tory Daniel Finch, Earl of Nottingham als „*Secretary of State*“ (November 1693) und die Amtsübernahme durch Charles Talbot, Earl of Shrewsbury, ließ die Zeitenwende deutlich erkennbar werden. Shrewsburys Amtsübernahme (März 1694) ging Wilhelms Zugeständnis voraus, der „*Triennial Bill*“ doch noch die königliche Zustimmung zu geben. Zur Zeit der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ und Königin Marys Tod (Dezember 1694) war die Administration längst mehrheitlich von Whigs dominiert, obwohl Thomas Osborne, Duke of Leeds noch der Regierung angehörte. Politisch spielte er aber keine entscheidende Rolle mehr, weil er von der „*East India Company*“ Bestechungsgelder angenommen und dies seine letzte Reputation

untergraben hatte. Shrewsbury fungierte als Sunderlands Mittelsmann in der Regierung, während Sunderland selbst aus dem Hintergrund agierte. Sunderland war zum engsten Vertrauten des Königs und zur dominierenden politischen Figur aufgestiegen. Die Whigs akzeptierten ihn als Vermittler zum König, vertrauten Sunderland aber nicht. Er war den Whigs zutiefst verhasst seitdem er als „*Secretary of State*“ und Vertrauter Jakobs II. dessen Politik mitgetragen hatte. Sunderlands Wiederaufstieg nach der Revolution von 1688 und seiner Flucht ins Ausland glich einem politischen Wunder. Seit Mai 1690 in England stilisierte er sich sogar als Unterstützer der Revolution, der angeblich während seiner Amtszeit gegen Jakob II. opponiert habe. Wilhelm nahm Sunderland seit Frühjahr 1692 in seine Dienste auf. Eigentlicher Anführer der Whigs war aber Shrewsbury, dessen prekäre Gesundheit den Anforderungen eines ersten Minister jedoch nicht entsprach. Die übrigen Mitglieder der „*Whig Junto*“ funktionierten als Kollektiv, ohne daß einer von ihnen je die anderen überragte und zum führenden Minister aufstieg. Dies ist auch auf Wilhelms persönliches Regiment zurückzuführen, das den Ministern nur geringe Spielräume ließ und ihre Rolle auf die Unterstützung von Wilhelms Entscheidungen reduzierte. Herausragende Leistung der „*Whig Junto*“ war die Finanzierung des Krieges gegen Ludwig XIV. Dabei scheute die Regierung nicht davor zurück, die parlamentarische Opposition durch Ausnutzung des Mordkomplotts gegen den König (1696) als Jakobiten zu diskreditieren. Der Erfolg der Junto spiegelt sich in den Erhebungen ihrer Mitglieder in den Adelsstand (1696/97). Gleichzeitig schwächte dies aber ihre Stellung und die der Regierung im Unterhaus beträchtlich. Der Friedensschluß von Rijswijk (1697) bildete dann eine erneute Wende für Wilhelms Politik. Als sich Shrewsbury vom Amt des „*Secretary of State*“ zurückzog (Dezember 1697) hatte dies auch das Ende der engen Anbindung an Sunderland und Wilhelm zur Folge. Am Kriegsende schließlich konfrontierte die Opposition im Unterhaus die Regierung mit Korruptionsvorwürfen und mit der Forderung zur Reduzierung des Heeres. Der „*Whig Junto*“ gelang es nicht, Wilhelms Wunsch nach Aufrechterhaltung des stehenden Heeres durchzusetzen, womit sie seinen Zorn auf sich zogen. Russell und Montagu traten von ihren Ämtern 1699 und Somers 1700 zurück. Die Aufdeckung (April 1701) der im geheimen abgeschlossenen Teilungsverträge des spanischen Reiches zwischen Wilhelm und Ludwig XIV. (1698) führte zum Impeachment von Somers, Russell und Montagu<sup>1299</sup>.

---

<sup>1299</sup> HANDLEY, Stuart, Whig-Junto (1694-1716), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/theme/92792>, 20.7.2009; WILTON RIX, S. (Hrsg.), The diary and autobiography of Edmund Bohun, Esq., 1853, S. 113: „*The whig party, tory, and Jacobite all joyned against the king, as one man, to force him to take a party; so that no man, but his servants stuck to him. [...] in the bill for triennial elections and annual parliaments, though as contrary to the true interest of the commons as to the prerogative of the crown; the parties being all weary of the king's way of balancing himself between them*“ (Tory „*Licencer of the Press*“ Bohun

---

über die Stimmung im Land am 12. Februar 1693 und über die „*Triennial Bill*“); HANDLEY, Stuart, Talbot, Charles, Duke of Shrewsbury (1660-1718), 2004: „*In January 1693 Shrewsbury backed a bill requiring annual parliaments [...] However, although Nottingham resigned in November 1693, Shrewsbury declined to succeed him in the secretary's office, reportedly because William would not promise to pass the **Triennial Bill**. But a deal may well have been struck, for in March 1694 Shrewsbury accepted the seals, being rewarded with the Garter (25 April), a dukedom (30th), and the lieutenancies of Herefordshire (31 May 1694 – 15 June 1704) and north Wales (31 May 1694 – 10 March 1696). Shrewsbury's key role in the ministry was to provide a link with the whig leaders, who provided the votes in the Commons which in turn passed the necessary financial legislation to fund the king's war policy, and as a proselytizer of country whig critics such as Robert Harley whom the ministry wished to win over. However, Shrewsbury disliked the tedium of office, and as before it seems to have had a deleterious effect upon his health*“; BURNET, Gilbert, Bishop Burnet's History of His Own Time, Vol IV, In six volumes, Oxford, 1823, S. 215f.: „*The king came over to England in November; he saw the necessity of changing both his measures and his ministers [...] he dismissed the **earl of Nottingham**, and would immediately have brought the **earl of Shrewsbury** again into the ministry; but when that lord came to him, he thought the king's inclinations were still the same [...] and the earl of Shrewsbury went into the country: yet the king soon after sent for him, and gave him such assurances, that he was again made secretary of state to the general satisfaction of the whigs. But the person that had the king's confidence to the highest degree was the **earl of Sunderland**, who, by his long experience, and his knowledge of men and things, had gained an ascendant over him, and had more credit with him than any Englishman ever had: he had brought the king to this change of councils, by the prospect he gave him of the ill condition his affairs were in, if he did not entirely both trust and satisfy those, who, in the present conjuncture, were the only party that both could and would support him. It was said the true secret of this change of measures was, that the tories signified to the king plainly, that they could carry on the way no longer, and that therefore he must accept of such peace as could be had [...]*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 87: „*In the months following Nottingham's dismissal, the whigs tightened their grip on the levers of power and influence. Having apparently won an assurance that the King would approve a new **Triennial Bill**, Shrewsbury resumed office as Secretary of State in March 1694*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 89: „*On top of this, King William made one crucial concession to whig ideological sensibilities. In January 1694 the King had disgruntled backbenchers of both parties by refusing his assent to another Place Bill. In December, however, he more than made up for this by approving a fresh **bill for triennial elections***“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 150f., 155f.; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 151: „*In part, the easing of relations between William and Parliament was due to his willingness to depend upon the Whigs. However, one cost of this was that on December 22 he finally gave his assent to a **Triennial Bill**, so limiting his powers of dissolving Parliament. Why William changed his mind is uncertain, but he may have struck a deal with Shrewsbury in March [...]*“; HANDLEY, Stuart, Somers, John, Baron Somers (1651–1716), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26002>.; HANDLEY, Stuart, Montagu, Charles, Earl of Halifax (1661–1715), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/19004>.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 338: „*Montagu, as chancellor of the Exchequer and later (May 1697) as first commissioner of the Treasury, was responsible for the financing of the war, and might be described as our first real cabinet minister, because he headed a great department, and had to defend his conduct of that department in the Commons; he was also, like Harley after him, one of the most skilled parliamentary managers of his age*“; ALDRIDGE, D. D., Russell, Edward, Earl of Orford (1652–1727), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/24304>.; SPECK, W. A., Spencer, Robert, Second Earl of Sunderland (1641–1702), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26135>.; KENYON, John P., Robert Spencer, Earl of Sunderland 1641-1702, London, 1958, S. 248ff.; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 85–89; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 86: „*Sunderland: ,it was very true that the tories were better friends to monarchy than the whigs were, but then his majesty was to consider that he was not their monarch ‘ ‘*“; HORWITZ, Parliament, policy, and politics in the reign of William III, 1977, S. 67, 109f,

Die neue „*Country-Opposition*“ unter Robert Harleys Führung entstand mit dem Eintreten der Whigs in Wilhelms Administration. Die Regierungsübernahme der „*Whig Junto*“ und die Orientierung der „*Court Whigs*“ an den Bedürfnissen der Regierung und Krone entfernte sie sukzessive von den klassischen Prinzipien der alten Whigs der 1640er und 1670er Jahre, insbesondere die Skepsis gegenüber der Regierung und das Eintreten für die Freiheiten der Engländer traten hinter die Erfordernisse der Regierungsarbeit zurück. Damit entfremdeten sich die „*Court Whigs*“ von den „*Country Whigs*“, die in Robert Harley ihren Führer fanden, zeichnete sich Harley doch durch großes Geschick in allen parlamentarischen Angelegenheiten aus. Er war ein exzellenter Parlamentsmanager, der zu überzeugen wußte und Abgeordnete unterschiedlicher Lager gegen die Regierung in Stellung brachte. Er war maßgeblich verantwortlich für die Formulierung des im Dezember 1694 verabschiedeten „*Triennial Act*“. Genährt von dem tief verwurzelten Mißtrauen gegenüber der Käuflichkeit der Regierungsmitglieder, stellte sich die Opposition gegen die Junto, welche Wilhelm den Verzicht auf jede weitere Beschneidung der königlichen Prerogative zugesichert hatte. Die Opposition wollte dagegen weitere Beschränkungen erreichen. Erneute Gesetzesvorhaben zur Einschränkung von „*Placemen*“ der Regierung im Parlament scheiterten an Wilhelms Veto (Februar 1694) und einer Abstimmungsniederlage (Februar 1695). Nach diesen Niederlagen setzte die Opposition auf die Einführung monetärer Qualifikationen für das passive Wahlrecht zum Parlament. Die „*Property Qualification Bill*“ scheiterte zunächst an Wilhelms fehlender Zustimmung (1695) und danach an der Zustimmung der Lords (1696). Harley selbst stand nicht im Ruf der Bestechlichkeit, besonders nachdem er sich direkt mit Wilhelm und Regierungsmitgliedern angelegt hatte, indem er Resolutionen gegen Wilhelms Vetos anstrebte. Harley nutzte das neu geschaffene „*Committee for public accounts*“ (1691), welches die Regierungseinnahmen und –ausgaben kontrollieren sollte, seit 1694 als scharfe Waffe gegen die Regierung<sup>1300</sup>.

---

114; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 269ff.; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 335–344, 392; HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 148, 151

<sup>1300</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 273; HANDLEY, *Stuart, Whig-Junto (1694-1716)*, 2004: „*In attaining power the junto had eclipsed the older generation of whig leaders, such as Richard Hampden (1631–1695), whom Montagu replaced as chancellor of the exchequer. Their brand of whiggery, perhaps reacting against the perceived shortcomings of the early years of the reign, was more court-orientated and less concerned with the issues of liberty of the subject that had dominated whig concerns in the 1680s. This change of emphasis led some country whigs, such as Robert Harley, to begin the journey that saw them become Tories in Anne's reign*“; SPECK, W. A., *Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/12344>, 26.5.2018, S. 2-4: „*April 1689 he [Harley] entered the House of Commons for the first time, at a by-election for Tregony. There he immediately revealed his zest for parliamentary activity, becoming one of the most assiduous members in the house. He was to acquire unrivalled experience and knowledge in the ways of procedure, which*

**Wilhelms „Second Officers‘ Parliament“ (22. November 1695 bis 7. Juli 1698)** entsprach den neuen gesetzlichen Vorgaben des „Triennial Act“ (1694). Der Wahlkampf war nicht so umkämpft wie im Jahr 1690 (31% aller Wahlkreise, d.h. 85 von 269 waren zwischen Whigs und Tories umstritten). Die Wahl hatte ein Erstarren der Whigs im Unterhaus zum Ergebnis. Dieses bestand nunmehr aus 257 Whigs, 203 Tories und 53 Abgeordneten, die sich keinem der beiden Lager eindeutig zuordnen ließen. Die äußerst knappe Mehrheit der Tories im letzten Parlament hatte sich in einen deutlichen Vorsprung der Whigs gegenüber den Tories verkehrt. Die Regierung konnte mit diesem Ergebnis eine knappe Mehrheit für die Politik der Krone herstellen. Allerdings mußte die Krone mit der Unsicherheit leben, daß eine große Anzahl Abgeordneter (174) überhaupt zum ersten Mal einen Parlamentssitz einnahm. Das zweite Parlament Wilhelms III. versammelte sich zu nur noch drei Sitzungen. Wilhelms Abwesenheit während seiner Feldzüge in Europa machten sich dabei deutlich bemerkbar. Während seiner Abwesenheit tagte das Parlament nicht. Wilhelm und die „Whig-Junto“ konzentrierten sich auf den Krieg gegen Ludwig XIV. Es war dieses Parlament, welches die Kriegsfinanzierung sicherstellte, die größten Herausforderungen des Krieges meisterte, die Bedrohung durch die Jakobiten abwendete (1696) und den Frieden wiederherstellte (1697). Mit dem Friedensschluß von Rijswijk war das Einvernehmen zwischen Krone und Parlament aber vorüber. Eine neue konfliktreiche Periode mit vier kurzen Parlamenten begann. David Ogg sah darin eine Parallele zu der letzten Herrschaftsperiode Karls II. nach Auflösung des Kavalierparlaments. Damals gab es nach dem langen Kavalierparlament (1661-79) auch drei kurze Parlamente („Exclusion Parliaments“, 1679-81)<sup>1301</sup>.

---

*contributed considerably to his political advancement. As John Macky noted, ‘no man knows better all the Tricks of the House’ (Memoirs of the Secret Services, 84) It was for these skills that he became known as **Robin the Trickster**“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 139f., 150; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 89: „The successful **Triennial Bill of 1694, drawn up chiefly by Robert Harley [...]**“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 830: „Resolved. That it is the opinion of this committee, that whoever advised the king not to give the royal assent to the Act touching free and impartial Proceedings in Parliament, which as to redress a Grievance, and take off a Scandal upon the proceedings of the commons in parliament, is an enemy to their majesties and the kingdom“ (Debate on the King’s rejecting the Place-Bill Jan. 26, 1694)*

<sup>1301</sup> zu den Einzelsitzungen des “Second Officers‘ Parliament” und den verwendeten Quellen, vgl. den Abschnitt D. III. 1 Die Parlamente Wilhelms III.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of William III, 22 Nov. 1695 - 7 July 1698, 2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 273f.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 397; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 423: „It was this parliament which surmounted the most difficult problems of the war, and saw the restoration of peace“; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 443: „The third of William’s parliaments came to an end on 5 July 1698, in accordance with the Triennial Act. [...] For the first time, some kind of harmony had prevailed between king, ministers, and parliament, working together not because of any constitutional convention, but because the threat to stability and even existence impelled such unity. The conclusion of peace brought

**Ein Mordanschlag auf Wilhelm („Assassination Plot“, 24. Februar 1696)** wurde in Umkehrung der Verhältnisse von 1683 („Rye House Plot“) diesmal von der „Whig Junto“ dazu genutzt, die „Country Opposition“ zu spalten. Da Wilhelms Ermordung eine jakobitische Invasion Englands einleiten sollte, wurde eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung gegen die Tories gemacht und diese als Jakobiten diffamiert. In Reaktion auf das geplante Attentat verabschiedete das Parlament zwei Gesetze (10.04.1696). Der **“Act for the better Security of His Majesty’s Royal Person and Government”** hatte die Spaltung der “Country Opposition”, die aus “Country Whigs” und “Country Tories” bestand, zur Folge. Das Gesetz erklärte Wilhelm zum rechtmäßigen König und verlangte später außerdem einen zwingenden Eid auf Wilhelm als *“rightful and lawful king”*. Die Whigs hatten kein Problem dem zuzustimmen. Ganz anders aber die Tories, die Wilhelms offizielle Anerkennung lange abgelehnt hatten. So ging ein Riß durch die Opposition, der Robert Harleys Vorhaben einer Anti-Regierungsallianz aus Whigs und Tories zu schmieden, einen schweren Schlag versetzte. Die Tories waren angesichts des Attentats entgegen ihrer Überzeugung zur Zustimmung gezwungen. Wer sich verweigerte, dem drohte außerdem der Ausschluß von zukünftigen Parlamenten. Von den 203 Unterhausabgeordneten der Tories waren 89 nicht dazu bereit, die Legitimität Wilhelms III. gemäß dem Gesetz zum Schutz des Königs zu beschwören. Und im Oberhaus verweigerten sich 90 Tory-Lords. Wilhelm entließ die Tories Nottingham, Normanby und Seymour für ihre Weigerung aus dem *“Privy Council”*. Godolphin trat im Oktober 1696 zurück. Bis Ende Juli 1696 wurden 86 *“Justices of Peace”*, und 104 *“Deputy Lieutenants”* im ganzen Land entlassen. Sieben Verschwörer wurden hingerichtet und fünf zu lebenslanger Haft verurteilt. Für die Whigs war es ein leichtes, die Tories als Jakobiten zu schmähen. Für die Tories war die Lage umso gravierender angesichts der Sympathien, die Wilhelm jetzt in der Bevölkerung zukamen. Jakob II. und die Jakobiten waren total diskreditiert. Die Opposition und die Tories waren gespalten und den Whigs waren außerdem neue Anhänger zugetrieben worden. Im Folgejahr rückten weitere Whigs in die Regierung ein. Somers wurde *“Lord Chancellor”*, Montagu *“Lord Treasurer”* und Shrewsburys persönlicher Sekretär James Vernon ersetzte den Tory Sir William Trumbull als *“Secretary of State”*. Mit der Abschaffung der *“Commission of Accounts”* (Februar 1697) nahm die *“Whig Junto”* Robert Harley und der *“Country Opposition”* ein wichtiges Werkzeug, welches der Regierung das Leben schwer gemacht hatte. Das zweite Gesetz schließlich, der **“Act for the continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”**, war von besonderer Bedeutung für die Tagungsweise des Parlaments, weil es eine explizite gesetzliche Autorisierungen zur Einberufung des Parlaments

---

*this state of things to an end. Thereafter, until the end of the reign, the parliamentary situation recalled that of the later years of Charles II“*; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 89; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 152



ohne königliche *“writs of summons”* gab, um die protestantische Thronfolge zu sichern. Das Gesetz stellte sicher, daß das Parlament nach dem Tod des Königs nicht automatisch aufgelöst, sondern danach für sechs Monate fortgesetzt würde<sup>1302</sup>.

**Der Friede von Rijswijk (1697)** beendete nicht nur den Krieg gegen Ludwig XIV., er läutete auch das Ende der *„Whig Junto“* ein. Alle Kriegsparteien waren erschöpft und ein militärisches Patt ließ die Hoffnung auf einen Sieg schwinden. Für England von entscheidender Bedeutung war, daß Ludwig XIV. Wilhelm als rechtmäßigen König von England anerkannte und den Jakobiten damit einen mächtigen Schlag versetzte. Die spätere Anerkennung Jakobs III. nach dem Tode seines Vaters (5. September 1701) war denn auch ein direkter Verstoß des französischen Königs gegen den Frieden von Rijswijk. Der nächste Großkonflikt zwischen Frankreich und Großbritannien war damit unvermeidlich geworden. In den ersten Monaten nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages trat der Tory Sir William Trumbull als *„Secretary of State“* zurück und wurde durch den Whig James Vernon ersetzt. Sunderland hatte sich bereits im April 1697 auf den protokollarisch bedeutsamen Posten des *„Lord Chamberlain“* zurückgezogen, weil er ein Impeachment befürchtete, das allgemein von der *„Country Opposition“* unter Robert Harleys Führung erwartet wurde und sich gegen die führenden Minister der Junto richtete<sup>1303</sup>.

**Das Ende der *„Whig Junto“* (1698)** wurde durch den Frieden eingeleitet. Der Regierung gelang es zwar, Harleys schärfste Waffe, das *„Committee for public accounts“*, zu entziehen (Februar 1697) und die *„Bank of England“* weiter auszubauen, wohingegen Harleys *„Land Bank“* scheiterte. Nach dem Friedensabkommen (Oktober 1697) schwand der Einfluß der *„Whig-Junto“* aber. Sunderlands Ernennung zum *„Lord Chamberlain“* (April 1697) hatte die Junto bereits alarmierte. Sie befürchtete zu Recht, daß Sunderland eine neue Regierung organisieren sollte. Der Junto gelang es aber

---

<sup>1302</sup> zur Auswertung und Evaluierung der gesetzlichen Bestimmungen des *„Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors“*, vgl. Abschnitt F. III. 3.; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 603f.; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 84f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House*, 2002; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 274f., 277; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 426ff.; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 488: *„The first of these rights, that of summoning, proroguing, and dissolving parliament [...] by Triennial Act of 1694. This latter statute was modified by an Act of 1696 [...] These were the legislative measures which ensured for parliament a permanent place in the constitution, and so must be regarded as the most important element in the Revolution settlement“*; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 92; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 138, 153f.; HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 165

<sup>1303</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 436ff., 472; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 93; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 43, 155f.: *„The peace signed at Rijswijk in September 1697 dramatically changed the context of English domestic politics“*

vorläufig noch seine Pläne zu verhindern. Harley brachte schließlich den **Antrag zur Reduzierung der Armee** auf den Stand von 1680 ein (10.12.1697), nachdem Wilhelm selbst zuvor in einer Parlamentsrede für eine Aufrechterhaltung der See- und Landstreitkräfte zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit geworben hatte, weil er davon überzeugt war, daß der nächste Konflikt mit Ludwig XIV. alsbald ausbrechen könnte. Wilhelm wünschte sich ein mindestens 35.000 Mann starkes Heer. Harley setzte sich aber durch, war doch alles auf eine Friedensdividende erpicht. Die Auseinandersetzung wurde im Parlament und in zahlreichen Pamphleten geführt. Ein stehendes Heer wurde als eminente Gefahr wahrgenommen und dargestellt<sup>1304</sup>.

### c) „*Three Parliaments*“ (1698-1702)

Wilhelms erstes Parlament (1690-95) war gleichzeitig auch sein längstes und es verabschiedete den „*Triennial Act*“ (1694) unter dessen Geltung Wilhelms zweites Parlament stand, welches nach Erreichung der maximal erlaubten Dauer von drei Jahren endete (1695-98). Die verhältnismäßige Ordnung der ersten Herrschaftsjahre korrespondierte mit den Notwendigkeiten der nationalen Kraftanstrengung des „*Nine Years' War*“. Während Wilhelm im Frühjahr und Sommer auf seinen Feldzügen in Europa von England abwesend war, tagte das Parlament regelmäßig im Herbst und Winter während Wilhelms Anwesenheit. Dem König ging es dabei insbesondere um die Bewilligung der kriegsnotwendigen Gelder. Diese Ordnung der Dinge endete mit dem Friedensschluß von Rijswijk (1697). Danach sehen wir in Wilhelms letzten vier Herrschaftsjahren drei kurze Parlamente (1698-1700, Februar bis Juni 1701 und Dezember 1701 bis Mai 1702), die zwar gesetzeskonform nicht länger als drei Jahre dauerten, nicht aber mit der Gesetzesintention dreijähriger Parlamente korrespondierten. Vielmehr entsprachen die Folgeparlamente dem Willen der königlichen Prerogative. Sie blieben dabei so weit unter der Maximaldauer, daß das Land von vier Wahlkämpfen in fünf Jahren (1698, zweimal 1701 und 1702) zerrissen wurde. David Ogg erblickte in dieser Phase dieselbe Zerrissenheit wie in der letzten Herrschaftsperiode Karls II. nach Auflösung des Kavalierparlaments. Damals gab es nach einem langen Parlament

---

<sup>1304</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 277f., 304–307; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 440; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 65, 94-98; HOPPIT, *A land of liberty?*, *England 1689-1727*, 2000, S. 156ff.; „*King's Speech on 3 December 1697*“, in: COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1165f.; Trenchard, John, *A short history of standing armies in England*, *Early English Books Online (EEBO)* 1537:57, London, 1698; Trenchard, John, *Free thoughts concerning officers in the House of Commons*, *Early English Books Online (EEBO)* 853:10, London, 1698; Trenchard, John/MOYLE, Walter/JOHNSON, Samuel, *An argument, shewing that a standing army is inconsistent with a free government and absolutely destructive to the constitution of the English monarchy*, *Early English Books Online (EEBO)* 479:02, London, 1697; TOLAND, John, *The danger of mercenary Parliaments*, *Early English Books Online (EEBO)* 676:14, London, 1698; Somers, John Somers, Baron, *A letter ballancing the necessity of keeping a land-force in times of peace, with the dangers that may follow on it*, *Early English Books Online (EEBO)* 514:04, London, 1697

(Kavalierparlament 1661-79) auch drei kurze Parlamente („*Exclusion Parliaments*“, 1679-81). Nach dem Friedensschluß von Rijswijk (1697) profitierte die „*Country*“-Opposition in der Parlamentswahl (Herbst 1698) von der extrem hohen Besteuerung, welche die Junto-Whigs während der Kriegsjahre zur Finanzierung des Krieges durchgesetzt hatte. Versprechungen zur Reduzierung der Steuerlast kosteten den Whigs die Mehrheit im Parlament. Dennoch betrieb die „*Country*“-Opposition die Auflösung des Parlaments und baute in den nächsten Wahlen (Dezember 1700) ihre Mehrheit noch aus. Erst jetzt verloren die Junto-Whigs die Kontrolle über die Regierung. Wilhelm berief stattdessen wieder ein gemischtes Ministerium bestehend aus Tories, Höflingen, Independenten und Fachexperten. Der Tod Karls II. von Spanien (November 1700), sein Testament zugunsten von Ludwigs‘ XIV. Enkel Philipp von Anjou und die Anerkennung des Erbes durch Ludwig XIV. unter Aufgabe der zwei mit Wilhelm vereinbarten Teilungsverträge für das spanische Reich, ließen aus Wilhelms Sicht einen erneuten Krieg unvermeidlich sein. In England war man jedoch mehrheitlich anderer Meinung. Zu einem Meinungsumschwung kam es erst als Ludwig XIV. nach dem Tod von Jakob II. dessen Sohn als Jakob III. von England anerkannte (September 1701) und damit Wilhelms Herrschaft bestritt. Frankreich und der Katholizismus erschienen England wieder als reale Gefahr. Angesichts des herannahenden neuen Krieges mit Ludwig XIV., löste Wilhelm das Parlament auf, um die alte Parlamentsmehrheit der Whig-Junto in Neuwahlen (November 1701) wiederherzustellen. Das neue Kriegskabinett konkretisierte sich im Winter 1701/02. Das Szenario einer Kriegsregierung der Whig-Junto wiederholte sich aber nicht. Bedingt durch Wilhelms unerwartet plötzlichen Tod (8. März 1702) waren erneute Parlamentswahlen notwendig (Juli/August 1702), die jedoch gemäß dem „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696) erst stattfanden, nachdem das letzte Parlament über den Tod des Monarchen fortdauernd den Übergang zur neuen Herrscherin gesichert hatte. Königin Anna vertagte Wilhelms letztes Parlament schließlich (Mai 1702) und löste es durch königliche Proklamation (02.07.1702) auf. Dies machte den Weg frei für den vierten Wahlkampf, der zu Königin Annas erstem Parlament führte, das der Intention dreijähriger Parlamente des „*Triennial Act*“ wieder entsprach und volle drei Jahre dauern sollte (1702-05). Im neuen Parlament herrschte eine breite Mehrheit der „*Country*“-Opposition<sup>1305</sup>.

---

<sup>1305</sup> vgl. Abschnitt D.III. zu Wilhelms und Annas Parlamenten, den Sitzungen, Rezessen und Quellen; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 3rd Parliament of William III., 13 July 1698 - 19 Dec. 1700, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 4th Parliament of William III., 26 Dec. 1700 - 11 Nov. 1701, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 5th Parliament of William III., 3 Nov. 1701 - 2 July 1702, 2014; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 302ff.: „*The end of the war in 1697 broke up this set pattern, and there then followed one of the most confused periods in English political history*“; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 443:“[...] *The conclusion of*

**Wilhelms drittes Parlament (1698-1700)** kam nach dem Friedensschluß von Rijswijk (1697) zustande. Dieser Umstand spiegelt sich im Wahlkampf (Juli/August 1698), der sich hauptsächlich um das Thema der Armeereduzierung drehte. Im Vergleich zur letzten Wahl verloren die Whigs einige Sitze (246 zu 257), gewannen die Tories leicht hinzu (208 zu 203) und vermehrte sich die Anzahl der Abgeordneten, die sich nicht klar zuordnen ließen (59 zu 53). Wilhelm ersetzte die Whig-Junto nach und nach durch ein gemischtes Ministerium aus Tories und Whigs (Jersey, Pembroke, Lonsdale, Bridgewater und Tankerville), die den Junto-Whigs nicht allzu nahe gestanden hatten. Harleys fortwährende Druck erzwang aber weitere Veränderungen. Wilhelm berief führende Tories in die Regierung (Rochester als Lord Lieutenant of Ireland und Godolphin als Treasurer). Die erste Parlamentssitzung stand noch ganz im Schatten des Friedensschlusses von Rijswijk (1697). Die „Country“-Opposition profitierte in der „*Standing Army*“-Kontroverse von der Verärgerung über die extrem hohe Besteuerung, welche die „*Junto-Whigs*“ während der Kriegsjahre zur Finanzierung des Krieges durchgesetzt hatten. In der ersten Sitzung gelang es dem Oppositionsführer Robert Harley zur Verbitterung des Königs, die Parlamentsabstimmung (18.01.1699) zur Halbierung der Truppen auf 7000 Mann zu gewinnen (221 zu 158 Stimmen). Die daran anschließende Kritik am Missmanagement und der Korruption der Marine weitete sich zur Kritik an der Begünstigung königlicher Favoriten und führte zur Vertagung (04.05.1699). Harley setzte seine Angriffe auf die Regierung während des Rezess erfolgreich weiter fort. Nach dem Frieden von Rijswijk (1697) erlahmte die Whig-Junto immer mehr. Wilhelm ersetzte Wharton als „*Secretary of State*“ durch James Vernon (Dezember 1697). Montagu („*Chancellor of the exchequer*“, „*Treasury commissioner*“ und Verteidiger der Regierung im Unterhaus gegen die „*Country*“-Partei und Harley) und Orford traten zurück (Mai 1699). Somers blieb bis zu seiner Entlassung als „*Lord Chancellor*“ (April 1700) der wichtigste Regierungsvertreter im Oberhaus, wurde aber nie zum Ersten Minister des Königs. Wilhelm entließ schließlich nach und nach die Junto, weil diese Harleys Angriffen im Unterhaus nichts mehr entgegen zu setzen hatte. Die übrigen „*Junto*“ Mitglieder konnte Wilhelm III. nur mit Mühe in der Regierung halten, verlor aber mit Lord Portland seinen wichtigsten Vertrauten. Während der zweiten Sitzung verschärfte Harley seine Angriffe weiter und griff Lordkanzler Somers direkt an (06.12.1699), der aber erst während des Rezess vom König entlassen wurde (April 1700). Harley hatte sein Ziel erreicht, denn Wilhelm III. wandte sich bei der Bildung der neuen Regierung den Tories zu, allerdings zunächst noch ohne Harley. Der Tod des Duke of Gloucester, des einzigen Sohnes und Erben von Prinzessin Anne, während des Rezess (Juli 1700) erzwang eine Neuregelung der Thronfolge für den Fall ihres

---

*peace brought this state of things to an end. Thereafter, until the end of the reign, the parliamentary situation recalled that of the later years of Charles II*“(vgl. volles Zitat im Abschnitt F.III.1.b Wilhelms „*Second Officers' Parliament*“)

Ablebens. Die Verabschiedung des „*Act of Settlement*“ (12.06.1701) sollte zur wichtigsten Aufgabe des nächsten Parlaments werden. Das dritte Parlament dauerte von der ersten Versammlung bis zur Auflösung (06.12.1698 bis 19.12.1700) etwas über zwei Jahre (26 Monate)<sup>1306</sup>.

**Wilhelms viertes Parlament (Februar bis Juni 1701)** ging in seiner Zusammensetzung auf das strittige Hauptthema des Wahlkampfes zurück (Januar 1701). Dieser wurde von der Notwendigkeit zur Regelung der protestantischen Thronfolge nach dem Tod des Duke of Gloucester bestimmt. Die Tories wurden zur stärksten Kraft im Parlament (249) mit deutlichem Abstand vor den Whigs (219), aber ohne den Erdrutschsieg zu erringen, den man vor der Wahl erwartet hatte. Auch diesmal gab es Abgeordnete, die sich keiner Gruppierung zuordnen ließen, allerdings verringerte sich ihre Anzahl (45). Das vierte Parlament Wilhelms III. versammelte sich nur zu einer einzigen Sitzung (06.02.1701 bis 24.06.1701) mit 138 Tagen (viereinhalb Monaten) Sitzungsdauer. Harley wurde zu Sitzungsbeginn in Abstimmung mit Wilhelm III. von der neuen Unterhausmehrheit zum Sprecher des Hauses gewählt. Hauptberatungsgegenstand war der „*Act of Settlement*“. Nach monatelanger Beratung (März bis Juni) wurde das Gesetz am Jahresende verabschiedet (12. Dezember 1701). Die Auseinandersetzungen um die Impeachments gegen Portland (28. März 1701), Orford, Somers und Halifax (14.04.1701) hatten verzögernde Wirkung. Der Beginn der Impeachments gegen die ehemaligen Minister der Whig-Junto wegen persönlichem Machtmißbrauch und Abschluß der Teilungsverträge mit Ludwig XIV. (April 1701) machten es für Wilhelm unmöglich, die erfahrenen Minister für den sich abzeichnenden neuen Krieg gegen den französischen König erneut in die Regierung zu berufen. Die Opposition wußte allerdings um die geringen Erfolgsaussichten der Impeachments, weshalb sie die Prozesse verzögerte. Somers, Orford, Portland und Montagu wurden schließlich von allen Vorwürfen entlastet. Während des Rezess versuchten die Whigs, die sich zusammen mit Wilhelm III. für einen erneuten Krieg gegen Ludwig XIV. aussprachen, den König von der Parlamentsauflösung zu überzeugen, versprachen sie sich doch von Neuwahlen eine

---

<sup>1306</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 3rd Parliament of William III., 13 July 1698 - 19 Dec. 1700, 2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 274f., 302f., 308f., 312f., 319f.; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 444, 449-452; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 97f.; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 157-162; zur 1. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 91-106; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 350-468; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 12 (1697-99), 1803, S. 347-688; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1184-1199; zur 2. Sitzung, vgl.: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 106-127; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 476-580; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 13 (1699-1702), 1803, S. 1-322; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1199-1225

Stärkung ihrer Position im Parlament. Wilhelm III. verweigerte zwar eine Umstrukturierung der Regierung vor den Wahlen, stimmt der Auflösung aber zu<sup>1307</sup>.

**Wilhelms fünftes Parlament (Dezember 1701 bis Mai 1702)** brachte den Whigs nicht die erhoffte Stärkung ihrer Position. Wilhelm III. hatte sein viertes Parlament in der Hoffnung eines Erstarkens der Whigs aufgelöst. Die Neuwahlen (November 1701) sollten angesichts des herannahenden neuen Krieges mit Ludwig XIV. die alte Parlamentsmehrheit der „*Whig-Junto*“ wiederherstellen. Trotz der massiven Kriegspropaganda der Whigs und der Diffamierung ihrer Gegner gelang es ihnen nicht, eine größere Mehrheit zu erringen. Gegenüber der letzten Wahl gewannen die Whigs 29 Sitze hinzu (248), während die Tories neun Sitze verloren (240). Die keiner Partei Zugehörigen verminderten sich fast um die Hälfte (24). Von 515 Abgeordneten waren 82 erstmals im Parlament vertreten. Bei der Wahl des Unterhaussprechers siegte Robert Harley diesmal nur knapp mit drei Stimmen Vorsprung vor Sir Thomas Littleton, dem Kandidaten der Krone. Harleys schlechtes Abschneiden war ein Indikator für die sich wieder vergrößernde Kluft zwischen Whigs und Tories. Das neue Kriegskabinett wurde nach der Wahl rasch gebildet (Winter 1701/02), allerdings ohne daß sich das Szenario einer Kriegsregierung der „*Whig-Junto*“ wiederholte, weil Wilhelm unbedeutenderen Whigs den Vorzug gab, besonders aber wegen des unerwarteten Todes des Königs (08. März 1702). Das fünfte Parlament Wilhelms III. versammelte sich wie das vierte Parlament zuvor zu einer einzigen Sitzung (30.12.1701 bis 25.05.1702 mit 146-tägiger Sitzungsperiode). Das Parlament wurde, von Wilhelms Ableben überschattet, alsbald vertagt (Prorogation am 28.05.1702 auf den 07.07.1702) und während des Rezess (148 Tage vom 25.05.1702 bis zum Beginn der ersten Sitzung des neuen Parlaments am 20.10.1702) vor der ursprünglich anberaumten Wiederversammlung (07.07.1702) aufgelöst (02.07.1702). Der „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696), geschaffen für den Fall eines plötzlichen Todes Wilhelms III., erzwang Neuwahlen. Die neue Königin Anna stand für außenpolitische Kontinuität. Sie übernahm Wilhelms Politik und führte das Land in den Spanischen Erbfolgekrieg, indem es dem noch versammelten Parlament die Kriegserklärung Englands an Frankreich und Spanien verkündete (02.05.1702). Annas erstes Parlament tagte gemäß den

---

<sup>1307</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 4th Parliament of William III., 26 Dec. 1700 - 11 Nov. 1701, 2014; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 452-457, 459-467, 506f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 312-315; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 67, 100, 102f.; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 162f.; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 168; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 127-183; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 16 (1696-1701), 1767, S. 590-770; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 13 (1699-1702), 1803, S. 324-641; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1226-1323

Bestimmung des „*Triennial Act*“ in regulärer Weise für drei Jahre (20. August 1702 – 5. April 1705). Annas Parlament war das vierte Parlament in fünf Jahren<sup>1308</sup>.

## 2. „*First Officers' Parliament: Debates and Pamphlets*“ (1692-94)

Eine Auswertung der inner- und außerparlamentarischen Debatten, die zur Verabschiedung des dritten „*Triennial Act*“ (1694) geführt haben, soll Aufschluß geben über die verwendeten Argumente für und wider das Gesetz. Dem Gesetzesvorhaben der „*Triennial Bill*“, eingebracht von dem Anführer der Whigs, Charles Talbot, Duke of Shrewsbury, und maßgeblich formuliert von dem „*Country Whig*“ Robert Harley, verweigerte Wilhelm zum Ende der vierten Parlamentssitzung seine Zustimmung (14. März 1693). In der fünften Sitzung scheiterte die „*Triennial Bill*“ an der fehlenden Mehrheit im Unterhaus (22. Dezember 1693). Mit Wilhelms Veto erreichte der Widerwille der Whigs gegenüber Wilhelm seinen Höhepunkt, rührte er doch an die Grundprinzipien ihres Selbstverständnisses als Kämpfer gegen königliche Bevormundung und für Machtbeschränkung<sup>1309</sup>. Wilhelm verweigerte seine Zustimmung zu dem Gesetz, weil er darin eine

---

<sup>1308</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 5th Parliament of William III.*, 3 Nov. 1701 - 2 July 1702, 2014; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 483f.; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 302ff.; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 100, 104; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 163-165; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 183–203; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 17 (1701-05), 1767, S. 3-150; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 13 (1699-1702), 1803, S. 645-908; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 1324–1342

<sup>1309</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 387: „*One of the many imponderable elements in that constitution was the royal right to exercise the veto. On 14 March 1693, at the close of the fourth session of his second parliament, William had vetoed the Triennial Bill, a measure favoured by many Whigs as an alternative to the Tory Place Bill. In taking this step, William appears to have consulted with a number of persons, including Sir William Temple; and, for a time, he was undecided; but eventually he considered that the measure was a diminution of his prerogative, so he forbade its passage into law. A year later, however, when some kind of Whig ministry was coming into office, he authorized a similiar Bill*“; insgesamt wurden zwischen 1660 und 1696 elfmal königliche Vetos gegen Gesetzesvorhaben eingelegt - zum eingelegten Veto gegen die „*Triennial Bill*“ (1693), vgl.: EAGLES, Robin, *The House of Lords 1660-1707*, 2009, S. 58; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 80f., 89; FEILING, *A History of the Tory Party 1640–1714*, 1924, S. 290f.: „*We turn now to the Triennial Bill. Introduced in the first instance by Shrewsbury in January 1693, it was supported by Carmarthen (to the King's great annoyance), by Pembroke and the bulk of the ministers, and passed the Lords with ease. In the Commons we find it supported by the Tories Clarges and Musgrave, by the Whigs Harley, Foley, Howe, and Pelham, besides the strictly official Whigs such as Wharton, Trenchard, and Russell. It was opposed by the Tory ministers, Lowther, Temple, and Seymour [...]. It passed the first reading by 210 to 132, and the third, when the King's hostility had been given time to tell, by 200 to 161. The old school of Tories attacked it as a direct encroachment upon the prerogative. William's vetoing of this bill – the passage of which had been hailed with bonfires in London – was taken as a rebuff to the Whig cause, but by the end of 1693 they were more in a position to assert themselves. Avoiding the intricate history of the two Triennial Bills introduced this year, we need only note that both were originated by Whigs and both were defeated in the Commons. The Tory peers who opposed them included Nottingham, Abingdon, Mulgrave, and most of the bishops, and in the Commons, Seymour and the younger Godolphin; the minority included Harley, Foley, Winnington, and Musgrave. In December 1694 Shrewsbury was at the*

erhebliche Beschränkung seines königlichen Prärogativrechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments sah. Der König und seine gemischte Administration befand sich im Jahr 1693 in einer durchaus krisenhaften Situation. Wilhelm hatte die Niederlagen von Namur und Steenkirk (Juni 1692) zu verantworten, die allen Parlamentariern fest in Erinnerung waren als die vierte Parlamentssitzung begann (4. November 1692). Die „*Country Opposition*“ setzte das königliche Parlamentsmanagement mit einer „*Place Bill*“ („*Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament*“) zur Verhinderung von Abgeordnetenmandaten für Amtsträger unter Druck. Die Opposition zielte mit dieser Maßnahme darauf, das königliche Parlamentsmanagement mittels Ämterpatronage und Bestechung einzudämmen, und unterlag nur knapp mit zwei Stimmen (Januar 1693). Der Verlust der Smyrna-Handelsflotte und die Niederlage von Landen in Flandern mußten mitsamt der damit einhergehenden Kritik an der Regierung auch verkraftet werden (Juni 1693). In dieser Situation riet Charles Spencer, Duke of Sunderland, als die dominierende politische Figur und engster Vertrauter des Königs, Wilhelm zur Abwendung von der gemischten Administration und zur Hinwendung zu den Whigs. Sunderland argumentierte damit, daß die Whigs seinen Krieg gegen Ludwig XIV. effektiver unterstützen würden und sie ihm die notwendigen Kriegsgelder im Unterhaus beschaffen könnten. Die Whigs akzeptierten Sunderland als Vermittler zum König, vertrauten ihm aber nicht, da er einst auch Berater Jakobs II. gewesen war. Die Entlassung des Tory Daniel Finch, Earl of Nottingham als „*Secretary of State*“ (November 1693) und die Amtsübernahme durch den Anführer der Whigs, Charles Talbot, Earl of Shrewsbury, ließ die Kursänderung deutlich erkennbar werden. Shrewsburys Amtsübernahme (März 1694) ging Wilhelms Zugeständnis an ihn voraus, der „*Triennial Bill*“ doch noch die königliche Zustimmung zu geben. Das Zustandekommen der neuen Administration der „*Whig-Junto*“ und Shrewsburys Einfluß dürften also entscheidend gewesen sein für Wilhelms spätere Zustimmung zum „*Triennial Act*“ im Dezember 1694. Genauere Kenntnis über Wilhelms Gedankengänge und seinen Gesinnungswandel lassen sich aber aus keinen bekannten Quellen erschließen. Der Argumentationsweise der Debatten kommt deshalb ein besonders hoher Stellenwert zu<sup>1310</sup>.

---

*head of the Administration, and in these circumstances the Triennial Bill at last became law; he had in this matter worn down the royal displeasure, and made it the condition on which he accepted office. Harley introduced it in the Commons“*

<sup>1310</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 267f.; FEILING, *A History of the Tory Party 1640–1714*, 1924, S. 290: „*The famous ‚Hush Money‘ pamphlet openly accuses Carmarthen, Seymour, and Guy of Buying a majority in the Commons against the [Triennial] bill*“; LAWTON, C., *A short State of our Condition with relation to the present Parliament, commonly call’d Hushmony Paper*, in: Anonymus (Hrsg.), *A Collection of State Tracts, Vol. II.*, published during the reign of King William III., London, 1706, S. 369–371; HOPPIT, *A land of liberty?*, England 1689-1727, 2000, S. 41: „*The rise of Parliament necessarily raised questions about its relationship with executive government. For one, were the component parts of the triumvirate of King, Lords, and Commons in Parliament of equal weight, and who was to provide the lead in framing legislation? The infrequency of*



#### a) 4. Sitzung (04.11.1692-14.03.1693)

Die Parlamentsdebatten zum dritten **“Triennial Act” (1694)** fanden in der vierten (04.11.1692-14.03.1693), fünften (07.11.1693-25.04.1694) und sechsten (12.11.1694-03.05.1695) Sitzung des **“First Officers’ Parliament” (1690-95)** statt. Inmitten der fünften Sitzung verlieren wir mit **“Grey’s**

---

*parliamentary politics for much of the latter part of the Restoration era, and the failure of Danby’s schemes of parliamentary management, meant that answers to such questions had to be worked out in the cauldron of practice under William and Anne“;* HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 149ff.; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 151: *„In part, the easing of relations between William and Parliament was due to his willingness to depend upon the Whigs. However, one cost of this was that on December 22 he finally gave his assent to a Triennial Bill, so limiting his powers of dissolving Parliament. Why William changed his mind is uncertain, but he may have struck a deal with Shrewsbury in March [...] In practice, however, it was a concession that ushered in an age of intense electoral politics, involving the wider nation in events at Westminster more frequently and in a rather unpredictable way. In the nineteen years between 1694 and 1716, when the Septennial Act was passed, there were ten general elections, six of them due to the limit set in the Triennial Act. William’s second parliament, from 1690 to 1695 lasted longer than any other elected until 1715. Gradually but radically the parameters of political life, kingly, ministerial and parliamentary, were, therefore, changed after 1694“;* WILTON RIX, *The diary and autobiography of Edmund Bohun, Esq., 1853*, S. 113: *„The whig party, tory, and Jacobite all joyned against the king, as one man, to force him to take a party; so that no man, but his servants, stuck to him. [...] in the bill for triennial elections and annual parliaments, though as contrary to the true interest of the commons as to the prerogative of the crown; the parties being all weary of the king’s way of balancing himself between them“* (Tory *„Licencer of the Press“* Bohun über die Stimmung im Land am 12. Februar 1693 und über die *„Triennial Bill“*); HANDLEY, Stuart, Talbot, Charles, *Duke of Shrewsbury (1660-1718)*, 2004: *„In January 1693 Shrewsbury backed a bill requiring annual parliaments [...] However, although Nottingham resigned in November 1693, Shrewsbury declined to succeed him in the secretary’s office, reportedly because William would not promise to pass the Triennial Bill. But a deal may well have been struck, for in March 1694 Shrewsbury accepted the seals, being rewarded with the Garter (25 April), a dukedom (30th), and the lieutenancies of Herefordshire (31 May 1694 – 15 June 1704) and north Wales (31 May 1694 – 10 March 1696). Shrewsbury’s key role in the ministry was to provide a link with the whig leaders, who provided the votes in the Commons which in turn passed the necessary financial legislation to fund the king’s war policy, and as a proselytizer of country whig critics such as Robert Harley whom the ministry wished to win over. However, Shrewsbury disliked the tedium of office, and as before it seems to have had a deleterious effect upon his health“;* *„In the months following Nottingham’s dismissal, the whigs tightened their grip on the levers of power and influence. Having apparently won an assurance that the King would approve a new Triennial Bill, Shrewsbury resumed office as Secretary of State in March 1694“;* ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 63: *„[...] The demands of war finance transformed parliament from a rather erratic event – it had sat only once between 1681 and 1689 – into a permanent institution, and the timing of elections became more predictable thanks to the Triennial Act of 1694“;* ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 85: *„At the beginning of 1693 parliament was on the brink of full-scale mutiny against the court“;* ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 87: *„In the months following Nottingham’s dismissal, the whigs tightened their grip on the levers of power and influence. Having apparently won an assurance that the King would approve a new Triennial Bill, Shrewsbury resumed office as Secretary of State in March 1694“;* ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 89: *„On top of this, King William made one crucial concession to whig ideological sensibilities. In January 1694 the King had disgruntled backbenchers of both parties by refusing his assent to another Place Bill. In December, however, he more than made up for this by approving a fresh bill for triennial elections“;* HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 162: *„Concern about the growth of the executive led to the pursuit of a number of measures designed to limit the power of the court and to preserve the independence [sic!] of Parliament. One way contemporaries sought to curtail the influence of the Court was by securing free and frequent Parliamentary elections, and therefore electoral reform became a key element to the Country platform“;* HORWITZ, *Parliament, policy, and politics in the reign of William III*, 1977, S. 109ff., 127, 138f., 213f.; zur *„Whig-Junto“*, vgl. die Ausführungen in Abschnitt F III 1b

*Debates*“ eine der wichtigsten Quellen für die Erforschung der Parlamentsgeschichte überhaupt. „*Grey’s Debates*“ brechen am 16. Februar 1694 kurz vor dem Ende der fünften Sitzung ab. Zwischen diesem Eintrag am 16. Februar und Greys allerletzten Eintrag zum Sitzungsende am 25. April 1694 enthält seine Sammlung keine andere Eintragung. Für die späteren abschließenden Debatten der sechsten Sitzung zum „*Triennial Act*“ und die noch späteren Debatten zum „*Septennial Act*“ stehen uns „*Grey’s Debates*“ nicht mehr zur Verfügung. Wir sind vielmehr auf Cobbetts Sammlung „*The Parliamentary History of England, From the earliest period to the year 1803*“ (1763-1835) angewiesen<sup>1311</sup>.

**Die vierte Parlamentssitzung (04.11.1692-14.03.1693)** zeichnete sich in parlamentarischer Hinsicht durch die Einbringung und das Scheitern der „*Place Bill*“ und der „*Triennial Bill*“ aus. **Die „*Place Bill*“** („*Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament*“) der Tories war eine von der Opposition geforderte Maßnahme zur Einhegung des königlichen Parlamentsmanagements. Die „*Place Bill*“ wurde noch vor der „*Triennial Bill*“ eingebracht und beabsichtigte, Amtsträgern das Recht zu nehmen, zugleich Parlamentsabgeordneter zu sein. Das Gesetz zielte damit gegen die geläufige Praxis des königlichen Parlamentsmanagements, möglichst viele von der Regierung abhängige Amtsträger („*Officers*“) im Parlament zu installieren. Die „*Placemen*“ stellten allerdings nie eine Mehrheit im Unterhaus dar. Von Bedeutung konnten sie aber immer dann werden, wenn die Anwesenheit der sonstigen Abgeordneten gering war, was des Öfteren vorkam. Im Oberhaus waren dagegen bis zu 50% der Lords als „*Placemen*“ der Krone zu qualifizieren. Der König hatte sie entweder durch Standeserhebung überhaupt erst ins Oberhaus aufgenommen, ihnen wichtige Ämter gegeben oder Pensionen ausgezahlt. Der Krone gelang es jedoch nie, eine eigene „*Fraktion*“ im Unterhaus aufzubauen. Die „*Placemen*“ hingen doch immer entweder den Whigs oder den Tories an und für gewöhnlich kam es zu einer Säuberungswelle mit Entlassungen, sobald die jeweils andere Partei die Macht gewann<sup>1312</sup>. Das Gesetzesvorhaben der „*Place Bill*“ wurde zuerst

---

<sup>1311</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 1–387; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 386 (16. Februar 1694); BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 387 (25. April 1694); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 541–957; Wilhelms „*First Officers' Parliament*“: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of William and Mary, from Dec. 1694 the 1st Parliament of William*, 2014; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 373–474; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), 1767, S. 430–702; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 3–596; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 347–850; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 1–333

<sup>1312</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 391: „*This was one of the occasions when the rift between crown and legislature might have widened into a gulf; that it did not so may be attributed to the exercise of forbearance on both*

im Unterhaus angenommen, scheiterte aber zunächst noch im Oberhaus (3. Januar 1693). Die Rede des Earl of Mulgrave (22.12.1692) drückte die Meinung der Befürworter des Gesetzes aus. Mulgrave sah die **Repräsentation** durch die Patronagepolitik gefährdet. Gegen das Gesetz wurde vorgebracht, daß es einen verlängernden Effekt auf das Parlament haben würde. Es müsse aber vielmehr ein Gesetz verabschiedet werden, welches die Regelmäßigkeit und die Dauer des Parlaments regele. Wiedereingebracht in der nächsten Sitzung bekam die „*Place Bill*“ mit Zusätzen versehen („*Amendements*“) die Mehrheit der Lords, um letztlich an der fehlenden Zustimmung des Königs zu scheitern (Januar 1694). Wilhelm wollte keineswegs das Steuerungsinstrument der „*placemen*“ aus den Händen geben, löste aber mit seinem Veto einen Sturm der Entrüstung aus. Der Abgeordnete Clarges beklagte, daß die Ratgeber des Königs, die ihn zur Verweigerung geraten hätten, Feinde des Königreichs und des Königs seien. Sir John Lowther bedauerte, daß das Unterhaus in Parteien gespalten sei. Das aufgebrachte Unterhaus verfasste eigens eine an den König gerichtete Protestnote. Man beklagte darin, daß es seit Wilhelms Thronbesteigung bereits mehrfach Zustimmungsverweigerungen des Königs gegeben habe. Diese seien auf die Unkenntnis des Königs über die Bestimmungen der Verfassung und auf falsche Ratschläge seiner Berater zurückzuführen. Der persönliche Vorwurf der Unkenntnis der Verfassung wurde später wieder fallengelassen. Wilhelm formulierte, im Bewußtsein der Brisanz seines Vetos, eine betont beschwichtigende Antwort an das Unterhaus<sup>1313</sup>.

---

*sides*“; HORWITZ, Parliament, policy, and politics in the reign of William III, 1977, S. 107, 127; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 267; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 162ff.; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 163: „*Between 1692 and 1705 four attempts were made to restrict membership of Parliament to men of landed wealth, in the belief that men of such independent means would be less susceptible to Court bribery, until eventually a Land Qualification Bill was passed in 1711. Bills seeking to exclude various categories of placemen from parliament were introduced on average once every session between 1692 and 1714, and a general measure banning all placemen from the Commons found its way into the Act of Settlement of 1701 [...] yet it is a testimony to the strength of party during this period that the Court, despite the resources of patronage at its disposal, largely failed to establish itself as an independent interest*“; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 89: „*In January 1694 the king had disgruntled backbenchers of both parties by refusing his assent to another Place Bill. In December, however, he more than made up for this by approving a fresh bill for triennial elections*“; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 150

<sup>1313</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 742 („*Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament. 1st Reading, 13.12.1692*“); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 745 („*2nd Reading*“, 16.12.1692); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 763 („*3rd Reading*“, 22.12.1692); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 164 („*1st Reading*“, 23.12.1692); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 748–751: „*[...] if I am not mistaken, the very writ of elections sent down to the sheriffs does empower them to chuse; what? their representatives; [...] if they, after being chosen, change their dependency, engage themselves in employments plainly inconsistent with the great trust reposed in them? [...] I must not suspect him of so ill a design as the perpetuating this parliament, [...] My lords, no man is readier than myself to allow that we owe the crown all submission as to the*

---

*time of calling parliaments according to law, and appointing also where they shall sit. But, with reverence may be it spoken, the king owes the nation entire freedom in chusing their representatives; [...]" (Rede des Earl of Mulgrave für das Gesetz am 22.12.1692); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 751f.: „[Protest thereon.] [...] the other party took an occasion from an objection they made (to wit, that this Act might by its consequence prolong this Parliament, which they allowed would be a very great grievance) to bring in and pass another Bill, for the frequent calling and meeting of parliaments: which they sent down to the commons, Jan. the 21st, for their concurrence. But the King having no mind to part with this parliament so long as the war lasted, refused his assent to this Bill, although the lords had agreed to the amendments made to it by the commons. We must not, however, forget that Jan. the 3d, when the Negative was put on the first of those Bills, the dissenting lords entered the following protest [...]" (Protest gegen Mulgrave); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 169 („2nd Reading“, 31.12.1692); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 171f.: „Hodie 3a vice lecta est Billa, intituled, "An Act touching free and impartial Proceedings in Parliament." The Question was put, "Whether this Bill shall pass?" It was Resolved in the Negative.[...] Lords whose Names are hereunder subscribed do dissent, in the Reasons following: 1. Because the principal Objection made to this Bill was, the great Danger that might happen thereby of the too long continuing this present Parliament, which is an ill Consequence that we can no Ways apprehend; since we hope, and humbly conceive, His Majesty will never be capable of taking any Advice of that Kind, so plainly destructive to the Subjects just Rights of Election to frequent Parliaments, and so many Ways inconsistent with the Good of this Nation“ („3rd Reading“, 03.01.1693); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 375 (26.01.1694): „Sir Thomas Clarges. [...] I will not say any thing concerning his Majesty, only of the evil Counsellors that presumed so to advise the King. [...] I conclude with a Motion, "That the Advisers of the Rejection of this Bill are Enemies to the King and Kingdom". [...] Sir John Lowther. [...] I believe there may be evil Counsellors, but who they are will be a dispute for ever. We are ever unfortunate, because of different Parties, two at least, so that one dares not trust the other, nor speak plain; and what can be done by the King, when one side informs him evil of the other? Now, cure you but this, and all will be well; all will speak plain. [...]" ; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 71f. (27.01.1694): „[...] our Commons [...] cannot, without Grief of Heart, reflect, That, since your Majesty's Accession to the Crown, several publick Bills, made by Advice of both Houses of Parliament, have not obtained the Royal Assent; and, in particular, one Bill, intituled, An Act touching free and impartial Proceedings in Parliament, which was made to redress a Grievance, and take off a Scandal relating to the Proceedings of your Commons in Parliament; after they had freely voted great Supplies for the publick Occasions: Which they can impute to no other Cause, than your Majesty's being unacquainted with the Constitutions of Parliament, and the Insinuations of particular Persons, who take upon them, for their own particular Ends, to advise your Majesty contrary to the Advice of Parliament; and therefore cannot but look on such as Enemies to your Majesty, and your Kingdom“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 74 (31.01.1694): „Gentlemen, I am very sensible of the good Affections you have expressed to me upon many Occasions, and of the Zeal you have shewn for our common Interest: I shall make use of this Opportunity to tell you, That no Prince ever had a higher Esteem for the Constitution of the English Government than myself; and that I shall ever have a great Regard to the Advice of Parliaments. I am persuaded, that nothing can so much conduce to the Happiness and Welfare of this Kingdom, as an entire Confidence between the King and People; which I shall, by all means, endeavour to preserve: And I assure you, I shall look upon such Persons to be my Enemies, who shall advise any thing that may lessen it“ (Majesty's Answer to Commons' Representation); BURNET, Bishop Burnet's History of His Own Time, Vol IV, 1823, S. 183f.: „When the party, that was set against the court, saw they could carry nothing in either house of parliament, then they turned their whole strenght against the present parliament, to force a dissolution: and in order to that, they first loaded it with a name of an ill sound: and, whereas King Charles's Long Parliament was called the 'pensioner parliament' they called this the 'officer's parliament', because many that had commands in the army were of it: and the word that they gave out among the people, was, that we were to be governed by a standing army and a standing parliament. They tried to carry a Bill, that rendered all members of the house of commons incapable of places of trust and profit; so that every member that accepted a place, should be expelled the house, and be incapable of being chosen again to sit in the current parliament. [...] When this Bill was set on,*

Die „*Triennial Bill*“ wurde am 16. Januar 1693 im Oberhaus vom Earl of Shrewsbury eingebracht und dort erstmals debattiert. Die Lords waren sich darin einig, daß das Parlament jährlich tagen sollte. Alle drei Jahre sollte es ein neues Parlament geben. Uneinig war man sich dagegen darüber, was zu geschehen habe, wenn der König keine Einberufungsschreiben ausstelle. Eine Klausel sah vor, daß dann der Lordkanzler oder eine Kommission das Recht und die Pflicht zur Ausschreibung haben sollten. Über diese Frage und darüber, wann das laufende Parlament enden sollte, vertagte man sich in den Ausschuß. Dort einigte man sich auf ein Ende des jetzigen Parlaments spätestens am 1. Januar 1694. Diese Festlegung des Enddatums war ein direkter Eingriff in das königliche Prärogativrecht zur Parlamentsauflösung. Am 21. Januar 1693 beschloß das Oberhaus in der dritten Lesung die Annahme der Gesetzesvorlage. Anschließend ging die Gesetzesvorlage zur Debatte ins Unterhaus<sup>1314</sup>.

---

*it went through the house of commons with little or no difficulty: [...] so the Bill passed in the Commons; but it was rejected by the lords, since it seemed to establish an opposition between the crown and the people, as if those who were employed by the one, could not be trusted by the other. [...]*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 835 (01.02.1694): „*Paul Foley [Robert Harleys Onkel, gemeinsamer Anführer der Country Opposition]. I am of opinion that the king's answer to the Representation does not come up to what is aimed at; that we aimed at a settlement in the point, to have all our reasonable bills of right to be passed; but since it can be no otherwise done, we must tack our Grievances to our Money-bills; for we have just Fears and Grievances as long as we have a standing Army. The king tells us, 'He has a great regard to our constitution' but it appears not that he understands our constitution [...]*“ (**Debate on the King's Answer**)

<sup>1314</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 754: „[A Bill for frequent Parliaments brought into the House of Lords.] Jan. 16. The house of lords went into a grand committee upon the Bill for the frequent calling and meeting of Parliaments, which had been **brought in by the earl of Shrewsbury**. They agreed, that a parliament **should meet every year, and that there should be a new one every three years**, and then came the clause, which declares, That, **if the king should not order new writs to be issued out, the lord chancellor or commissioners of the great seal should do it by their own authority under severe penalties**. But this was postponed, and they proceeded to the next point, which was, **when the present parliament should determine; some proposing one, others two, and others again three years; but this debate was adjourned.**“; BURNET, Bishop Burnet's History of His Own Time, Vol IV, 1823, S. 184-187: „*When this failed [Place Bill], another attempt was made in the house of lords; in a bill that was offered, enacting, that a session of parliament should be held every year, and a new parliament be summoned every third year, and that the present parliament should be dissolved within a limited time. [...] It was likewise hoped, that frequent parliaments would put an end to the great expense candidates put themselves to in elections; and that it would oblige the members to behave themselves so well, both with relation to the public, and in their private deportment, as to recommend them to their electors at three years' end: whereas when a parliament was to sit many years, members covered with privileges were apt to take great liberties, forgot that they represented others, and took care only of themselves. So it was thought, that England would have a truer representative, when it was chosen anew every third year, than when it run on to the end of a reign*“; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 180f.: „**Hodie 1a vice lecta est Billa, intituled, „An Act for frequent Meeting of Parliaments“** “ („1st Reading“, 12.01.1693); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 185f. („2nd Reading“, 16.01.1693); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 754: „Jan. 18. The lords in a committee of the whole house went through the said bill, and ordered it to be engrossed. It enacted, that there should be a new Parliament every three years, and meet every year: and that the present parliament should continue no longer than till the 1st of January following“ (18.01.1693); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of

Die erste Lesung der „*Triennial Bill*“ fand am 28. Januar 1693 im Unterhaus statt<sup>1315</sup>. In der Debatte vom 28. Januar 1693 sah der Abgeordnete Goldwell keine Veranlassung, der eigenen Auflösung zuzustimmen. Die Auflösung würde nur zu Streitigkeiten führen und den König beschädigen, indem man ihm sein Recht zur Einberufung nehme. Den Lords machte er zum Vorwurf, daß sie sich ein königliches Prärogativrecht anmaßen würden<sup>1316</sup>. Sir Charles Sedley schloß sich der Ansicht an, daß das Recht zur Einberufung und Auflösung königliches Prärogativrecht bleiben solle<sup>1317</sup>. Auch Sir Joseph Tredenham war gegen die Gesetzesvorlage. Die königliche Prärogative sollte nicht angerührt werden. Das Recht zur Einberufung und Auflösung des Parlaments sei das wichtigste Recht der Krone<sup>1318</sup>. Sir Edward Seymour war der Meinung, daß diese Gesetzesvorlage der Lords nur dazu diene, dieses Parlament aufzulösen, den Lords Kompetenzen zu übertragen und dem König und den Commons zu schaden, **repräsentieren diese doch das Volk im Gegensatz zu den Lords, die nur sich selbst repräsentieren**. Und ein Gesetz zur Regelung der Parlamentsdauer habe man schließlich schon<sup>1319</sup>. Auch der Abgeordnete Finch war gegen das Gesetz, weil es der

---

Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 189 („*Report from the committee*“, 18.01.1693); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 194: „*Then the Question was put, "Whether this Bill shall pass?" It was Resolved in the Affirmative*“ („3rd Reading“, 21.01.1693); THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 786: „*The Lords have passed a Bill, intituled, An Act for the frequent Calling and Meeting of Parliaments: To which they desire the Concurrence of this House*“ (21.01.1693)

<sup>1315</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 796 („*1st Reading*“, 28.01.1693); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 756-762 (28.01.1693); BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304: „*An ingrossed Bill, from the Lords, For the frequent calling and meeting of Parliaments, was read the first time*“ (28.01.1693)

<sup>1316</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 757; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I can never give my consent to the Bill. It is calculated for some particular purpose. I desire you would consider, and reflect, upon what offence we have given the Lords, that it should be put upon us to dissolve ourselves. [...] The Dissolution of this present Parliament is, to revive animosities in new Elections, and punish the King, by making it not his grace to call a Parliament; but to put it into the Lord-Lieutenants to pack a Parliament. The Lords assume much in dissolving the Commons; a Prerogative only of the King! [...]*“ (Mr Goldwell)

<sup>1317</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 757f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*The King having Prerogative to call and dissolve Parliaments, I am for leaving the same to him*“ (Sir Charles Sedley)

<sup>1318</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 858; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I am for rejection of the Bill. We ought to be tender of the King's Prerogative, and the calling and dissolving Parliaments, the chiefest flower of the Crown [...]*“ (Sir Joseph Tredenham)

<sup>1319</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 759; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I waited for Reasons for the Bill, but find none. Nobody doubts, but that holding of frequent Parliaments is good; but the Bill is not for that intent. 'Tis a Law already, that a Parliament be every three years; so that the whole intent of this is the dissolving this Parliament. By this Bill, you will take off the Dependency of the People on the Crown, and set up the Lords, that have no Right, and turn the Commons out of doors. Is it*

Prärogative das Auflösungsrecht nehme. Die Gesetze Edwards III. und der bestehende „*Triennial Act*“ (1664) seien ausreichend und müssten angewendet werden. Die Gesetzesvorlage beabsichtige das Volk gegen die königliche Regierung aufzubringen. Finch führt ausgerechnet das lange Kavalierparlament dafür an, daß ein langes Parlament keine Recht usurpiere<sup>1320</sup>. Für Sir John Lowther stellte das Gesetz gar einen Angriff der Lords auf die Verfassung dar<sup>1321</sup>. Schließlich war auch Sir Richard Temple gegen das Gesetz, welches er für besonders gefährlich hielt. Er unterstellte, daß es dabei nur um die Auflösung des bestehenden Parlaments gehe und um die Wegnahme des königlichen Auflösungsrechts<sup>1322</sup>. Die Befürworter der „*Triennial Bill*“ waren jedoch in der Mehrzahl. Der Abgeordnete Pelham führte einen Parlamentarier an, dessen Namen er nicht nannte, der aber bereits Mitglied des Kavalierparlaments gewesen sein solle und ihm anvertraut habe, daß er damals höchstselbst auf Anweisung 30 Abgeordneten Gelder ausgezahlt habe, was bei längerer Parlamentsdauer auch immer wieder so geschehe. Pelham unterstrich damit die korrumpierende Wirkung langer Parlamente<sup>1323</sup>. Der MP Herbert widersprach der Behauptung, daß das Gesetz in die königliche Prärogative eingreife. Herbert betonte, daß er ein stehendes Heer einem stehenden Parlament vorzöge. Üblicherweise sprach man davon, daß ein stehendes Parlament so schädlich sei wie ein stehendes Heer, dessen Verhinderung stets zum Grundkonsens der alten

---

*reasonable that the Lords, who only represent themselves, should turn you out, that represent the People? Whenever the Lords set up a Right of their own, certainly some great end is to be suspected; since this Bill is against the Crown and the Commons“* (Sir Edward Seymour)

<sup>1320</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 759; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I am against the Bill. [...] Whatever hath been said for the Bill, it is not such a Bill as is Law already. By a Law in Edward III's time, "That Parliaments be annual, and oftener, if need be," they are expounded to be annual, as well as oftener; and the Law also for Triennial Parliaments hath been expounded, that Parliaments shall be, not that new ones should be; and the best exposition of the Law is the use and practice of it. The Bill takes away the great Prerogative of dissolving Parliaments - That the proceedings of whole Parliaments have been vacated, because they have been against the Prerogative. The Bill supposeth kingly Government opposite to the People. Though the PensionParliament, as it was called, sat long, yet I desire Gentlemen to show me what Right that Pension-Parliament gave up?“* (Mr Finch)

<sup>1321</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*By this, the Lords are doing a thing that strikes at your very Constitution. Their Rights of sitting are certain“* (Sir John Lowther)

<sup>1322</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 759; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I have ever been for Triennial Parliaments; yet this Bill is the most dangerous thing that ever hath been in the House; since this is provided for before by other Laws, this is designed for something else, plainly to end this House. It is directly against the King's Prerogative of Dissolution; [...]"* (Sir Richard Temple)

<sup>1323</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 759f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*[...] A present Member of this House, a Member also of the Pensioner Parliament, told me, "That he, by Order, paid Pensions to thirty Members of that House." The like, by long sitting, may be done again. [...]"* (Mr. Pelham)

Whigs gehört hatte<sup>1324</sup>. Zu den größten Ärgernissen zählten für Mister Bowyer zwei Dinge: eine parlamentslose Regierung oder eine Regierung mit einem permanenten Parlament. Man habe diese Erfahrung unter Karl I., Karl II. und Jakob II. gesammelt. Das gegenwärtige Parlament sei ein „*well-officered Parliament*“ und werde es mit zunehmender Dauer immer mehr, dabei hätte die „*Bill of Rights*“ regelmäßige Parlamente bezweckt gehabt<sup>1325</sup>. Robert Harley verdeutlichte nochmals den **Widerspruch von Permanenz und Repräsentation**. Ein dauerhaftes Parlament kann niemals eine echte Repräsentation sein, denn im Laufe der Zeit ändern sich die Abgeordneten und sind nicht mehr die einstmals gewählten<sup>1326</sup>. Sir Thomas Clarges schlug vor, sich ein Beispiel an der „*Self-Denying Ordinance*“ des Langen Parlaments Karls I. zu nehmen. Die in der „*Bill of Rights*“ enthaltene „*Clause of Triennial Parliaments*“ sei das erstrebenswerte Vorbild<sup>1327</sup>. Robert Harleys Onkel Foley leugnete unter Verweis auf die Gültigkeit des zweiten „*Triennial Act*“ (1664), daß die neue „*Triennial Bill*“ ein Eingriff in die königliche Prerogative sei. Regelmäßige Parlamente seien notwendig, weil sie weniger anfällig für Korruption seien<sup>1328</sup>. Sir Francis Winnington erinnerte

---

<sup>1324</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 760; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299–304 (28.01.1693): „*I am not of opinion that it intrenches on the King's Prerogative, or People—The Lords may as well send Bills to us, as we to them. The last Clause, upon Commitment, may be mended. As to determining this present Parliament, I had rather have a standing Army, than a standing Parliament*“ (Mr Herbert)

<sup>1325</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 760; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*The two greatest mischiefs to this Kingdom are, either to have no Parliaments, or to have long Parliaments. Both were experienced in King Charles I's time. We had also the experiment of an ill Long Parliament in King Charles II's time. If the late King James had not revoked the Writs for calling a Parliament, which he had issued out, he might have been here still (at which all laughed.) This present Parliament is esteemed a well-officered Parliament; and I doubt it will be so more and more every day than other. The Bill of Rights would have frequent Parliaments, in the plural number: Such a Bill will make men not spend Money to be elected*“ (Mr Bowyer)

<sup>1326</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 760f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*[...] A standing Parliament can never be a true Representative: Men are much altered after being some time here, and are not the same men as sent up [...]*“ (Robert Harley)

<sup>1327</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 761; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*[...] We should do well to imitate the Long Parliament in King Charles I's time, which, by their self-denying Ordinance, kept up their credit longer than otherwise could have been, and would otherwise have fallen sooner. In the Bill of Rights, the Clause of Triennial Parliaments is the chief good thing we can do for ourselves. The language of the Bill is the same with the ancient former Laws for annual Parliaments. The Long Parliament was ever esteemed a Grievance by me*“ (Sir Thomas Clarges); Die „*Bill of Rights*“ enthielt hinsichtlich der Regelmäßigkeit der Parlamente keine verbindliche Normierung, sondern nur eine reine Absichtserklärung („*parliaments ought to be held frequently*“), vgl. Abschnitt E II 3 („*Convention Parliament*“, 1689); zur gesetzlichen Regelung der „*Bill of Rights*“, vgl.: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 142–145; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 440–443

<sup>1328</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 761; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*I take it, that the Bill is not against the Prerogative; for a present Law is for a Triennial Parliament. We may send any Bill to the Lords about their Members, and they also*



daran, daß die parlamentslose Herrschaft Karls I. zu einer Willkürherrschaft geführt habe. Das Kavaliereparlament Karls II. sei so lang gewesen, daß jede Maßnahme gegen Frankreich verhindert wurde. Das gegenwärtige Parlament sei so amtsträgergesättigt, daß es schwierig sei, etwas zu verabschieden. Die Menschen haben genauso ein Recht auf regelmäßige Parlamente wie sie ein Recht auf Parlamente überhaupt haben, weil einmal gewählte Abgeordnete bis zur nächsten Wahl nicht mehr abberufen werden können. Also auch hier ein starkes Argument für die **Repräsentation**<sup>1329</sup>. Colonel Granville argumentierte mit Englands Verfassung. Die Gesetzesvorlage der „*Triennial Bill*“ schütze gerade Englands „*Ancient Constitution*“, sei also gar keine ungebührliche Neuerung. Lange Parlamente führten nur dazu, daß zur Wahl stehende Kandidaten Geld ausgeben würden, um gewählt zu werden<sup>1330</sup>. Eine überwältigende Mehrheit von 210 zu 132 Unterhausabgeordneten waren von der „*Triennial Bill*“ überzeugt und gaben in erster Lesung ihre Zustimmung. Die zweite Unterhaus-Lesung der „*Triennial Bill*“ erfolgte am 10. Februar 1693<sup>1331</sup>. Gegen das Gesetz sprach sich Sir Charles Sedley aus, der sich über die Gesetzesinitiative der Lords lustig machte, die das achtzehnjährige Kavaliereparlament zwar ausgehalten haben, nicht aber das gegenwärtige Parlament<sup>1332</sup>. Mr Dolben warf den Lords vor, die Auflösung des Unterhauses zu betreiben. Die „*Triennial Bill*“ sei in Eingriff in die Prerogative. Auf dem Spiel stehe das Gleichgewicht der Verfassung. Würde das Gesetz verabschiedet werden, so

---

*to us; only no Bill for Money is to be sent to us. It is necessary for us to have frequent Parliaments, and to take care also that Parliaments be not corrupted, which frequent and fresh are less subject to. Some deficiency is in the Bill, but all may be amended at Commitment; for something now ought to be to prevent Corruption“.* (Mr Foley)

<sup>1329</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 761f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*The great men that were for Prerogative in Charles I's time, in defect of Parliaments, turned Prerogative into Arbitrary Power. In the Pensioner-Parliament of King Charles II, made so by long continuance, a Bill against France could never pass, and it was against building of Ships. This Parliament is already so well-officered, that much enquiry is, how many things come to pass. There is as much Right to the People to have frequent Parliaments, as to have Parliaments; because they cannot recall and revoke their Members, when elected“* (Sir Francis Winnington)

<sup>1330</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 762; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 299-304 (28.01.1693): „*Whereas we are told, (by Finch) "That this Bill seemed to be founded upon a disaffection towards this King, and also to Kingly Government," I think this Bill takes care of our ancient Constitution, and doth not innovate. When Parliaments sit long, many will spend money to come in. [...]"* (Colonel Granville)

<sup>1331</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 763–768 (09.02.1693); BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 304–308 (10.02.1693)

<sup>1332</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 763f. (09.02.1693); : „*[...] I wonder the Lords could endure a Parliament seventeen Years, and this not above three Years“* (Sir Charles Sedley)

müßte man es zu Recht als dummes Parlament bezeichnen<sup>1333</sup>. Sir Orlando Gee erhob den Vorwurf, daß die Initiatoren des Gesetzes für den französischen König Vertagungen und Auflösungen herbeiführten für die Ludwig XIV. früher zu zahlen pflegte<sup>1334</sup>. Für das Gesetz sprach sich der Abgeordnete Hutchinson aus. Edward III. sei auch nicht gegen eine Begrenzung der Prerogative gewesen als er jährliche Parlamente bestimmte. Gegen das Gesetz könne eigentlich nur sein, wer seiner Wiederwahl nicht sicher sei<sup>1335</sup>. Das Repräsentationsprinzip wurde von Mister Hungerford erneut vorgebracht. Ein langes Parlament wie 1640 und 1661 könne einfach keine echte **Repräsentation** sein<sup>1336</sup>. Die „*Triennial Bill*“ wurde anschließend in zweiter Lesung mit 200 zu 161 Stimmen angenommen<sup>1337</sup>.

**Wilhelms verweigerte Zustimmung zur „*Triennial Bill*“ am Ende der vierten Parlamentssitzung am 14. März 1693** war eine herbe Niederlage und Enttäuschung für alle Befürworter der „*Place Bill*“ und der „*Triennial Bill*“. Wilhelm bedankte sich in seiner Abschlussrede zur vierten Sitzung am 14. März 1693 vor Verkündung der Vertagung („*Prorogation*“) auf den 2. Mai 1693 zwar für die bewilligten Gelder zur Kriegsführung und versicherte alles zu tun, um England zu einer großen und florierenden Nation zu machen („*to make this a great and flourishing Nation*“). Bei diesen spärlichen Äußerungen blieb es allerdings. Wilhelm gab seine Zustimmung zur „*Bill of Supply*“ und einigen anderen Gesetzen, nicht aber zur „*Triennial Bill*“, die von beiden Häusern zuvor angenommen worden war. Das Gesetzesvorhaben hatte damit einen schweren Rückschlag erlitten. Das Recht zur Verweigerung der königlichen Zustimmung zu Gesetzesvorlagen der beiden Häuser war zwar rechtlich unumstritten, erforderte die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ doch gerade die Zustimmung von „*King, Lords and*

---

<sup>1333</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 764f. (09.02.1693); : „*The Lords have taken upon them too much, to dissolve the Commons; [...] The Bill doth certainly intrench upon the Prerogative, and every true Englishman ought to keep the true Balance. I am amazed that the Lords could bring themselves to sending such a Bill. I have read of indoctum Parliamentum, and of benedictum Parliamentum, but we, by yielding to pass this Bill, may be branded to be stultum Parliamentum*“ (Mr Dolben)

<sup>1334</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 765 (09.02.1693); : „[...] *The King of France hath formerly given money for Prorogation and Dissolution of Parliaments, and now you do it for him Gratis. [...]*“ (Sir Orlando Gee)

<sup>1335</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 766 (09.02.1693); : „*The best of Kings was not against limiting the Prerogative, as in Edward III's time, when the Laws for annual Parliaments were made. The Corruption of the Pensioner-Parliament was by long sitting. I think none can be against this Bill, but such as doubt of being chosen again, and others also that are unwilling to spend money*“ (Mr Hutchinson)

<sup>1336</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 767 (09.02.1693); : „[...] **The Triennial Act intended a new Parliament every Year, not a Triennial Sitting. A Parliament that sits long, cannot be a true Representative of the People of England; as in 1640, and 1660**“ (Mr Hungerford)

<sup>1337</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 768 (09.02.1693);

*Commons*“. Diese Verweigerung war man jedoch nicht mehr gewöhnt und fasste sie als einen Affront gegenüber den Parlamentshäusern auf. Mit der Prorogation musste der ganze Gesetzgebungsprozess mit je drei Lesungen in beiden Häusern erneut durchlaufen werden. Der ersten Prorogation vom 2. Mai folgten weitere am 19. September, 3. und 26. Oktober 1693. Das Parlament versammelte sich erst wieder am 7. November zur fünften Sitzung. Wilhelm brach am 25. März nach Holland auf, mußte aber wegen des ungünstigen Windes noch einmal nach Kensington zurückkehren, und erreichte sein Ziel erst am 2. April. Die Alliierten verloren im kommenden Flandernfeldzug zuerst Huy an die Franzosen (18. Juli), erlitten dann die Niederlage von Landen (29. Juli) und mußten auch noch Charleroi Ludwig XIV. überlassen (6. Oktober). Der Verlust der englischen Smyrna-Handelsflotte kam noch erschwerend hinzu. Wilhelm blickte also auf eine Serie von Niederlagen als er am 29. Oktober zur fünften Sitzung nach England zurückkehrte<sup>1338</sup>.

**Die Debatte zur *“Triennial Bill”* in den Streitschriften** gibt weiteren Aufschluß über das für und wider des Gesetzes. Vier Pamphlete wurden 1693 veröffentlicht, die sich auf die *“Triennial Bill”* bezogen. Die anonyme Streitschrift *“An Enquiry Or, A discourse between a yeoman of Kent and a knight of a shire upon the prorogation of the Parliament to the second of May 1693“* (1693) beschäftigt sich auf 12 eng bedruckten Seiten explizit mit Wilhelms Verweigerung der Zustimmung zur *“Triennial Bill”* in der vierten Parlamentssitzung und der anschließenden Prorogation, die das ganze bisherige Gesetzgebungsverfahren zunichtemachte. Die Schrift ist in der damals sehr üblichen Form als Dialog aufgebaut, in diesem Fall zwischen einem Edelmann und Parlamentsabgeordneten und einem Freisassen bzw. freien Landbesitzer (*“Yeoman”*). Auf die Fragen des Yeoman stellt der Abgeordnete die Ansichten der *“Country-Opposition”* dar und gibt sich als Whig zu erkennen<sup>1339</sup>. Die Anfangsfrage dreht sich um die Vertagung des Parlaments, ob alle Gesetzesvorlagen verabschiedet worden seien und der König keine *“Public Bills”* verweigert habe. Darunter versteht der Yeoman ganz explizit die *“Triennial Bill”* zur Sicherung des *“Civil*

---

<sup>1338</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 310 (14.03.1693); COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 770ff.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 288–294; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 10 (1688-93), 1802, S. 850f.; BURNET, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol IV, 1823, S. 187: „*The king let the bill lie for some time on the table; so that men's eyes and expectations were much fixed on the issue of it. But in conclusion, he refused to pass it; so the session ended in ill humour. The rejecting a bill, though an unquestionable right of the crown, has been so seldom practised, that the two houses are apt to think it a hardship, when there is a bill denied*“

<sup>1339</sup> Anonymus, *An Enquiry, Or, A discourse between a yeoman of Kent and a knight of a shire upon the prorogation of the Parliament to the second of May 1693*, Early English Books (EEBO) 458:24, London, 1693; Anonymus (Hrsg.), *A Collection of State Tracts*, Vol. II., published during the reign of King William III., London, 1706, S. 330–342

*government*”<sup>1340</sup>. Auf die Antwort des Abgeordneten, daß es gerade diese Gesetze seien, denen der König seine Zustimmung verweigert habe, erfragt der Freibauer die Wirkung der Prorogation, ob die Gesetze denn verloren seien und nicht in der nächsten Sitzung wieder vorgebracht werden könnten, habe man doch so viel Zeit und Sorgfalt darauf verwandt und die Zustimmung beider Häuser dafür erhalten<sup>1341</sup>. Der Abgeordnete klärte ihn über die Wirkung der Prorogation auf, daß alle eingebrachten Bills nichtig seien und in der nächsten Sitzung neu eingebracht werden müßten<sup>1342</sup>. Dem schloß sich die Frage an, ob der König über den Zeitpunkt der nächsten Sitzung alleine entscheiden könne. Der Abgeordnete bejahte auch dies, schränkte aber ein, daß dies die Meinung korrumpierter Richter sei. Englands Gesetze (*“Laws for Annual Parliaments”*) schrieben jährliche Parlamente vor. Die von den Whigs seit langer Zeit verwendete Argumentationsfigur der *“ancient constitution”* verlange Parlamentssitzungen sogar zweimal jährlich. Die alte Verfassung ausführend erläuterte der Abgeordnete die Rechtslage der sächsischen Zeit, Edwards des Bekenners bis hin zum Bürgerkrieg<sup>1343</sup>. Dieser sei hauptsächlich auf die Usurpation des Rechts zur Einberufung sukzessiver Parlamente zurückzuführen und auf die Verlängerung desselben Parlaments über viele Jahre zur Errichtung einer Despotie<sup>1344</sup>. Bürgerkrieg und Glorreiche Revolution vor Augen zeigte sich der Abgeordnete enttäuscht von Wilhelm. Es seien während der Revolution Versprechungen gegeben worden. Man habe geglaubt, daß das alte Recht jährlicher Parlamente wiederhergestellt werde. Tatsächlich aber sei man für die Parlamentssitzungen wie früher ganz vom Willen des Königs abhängig, genauso wie es früher von böswilligen Räten

---

<sup>1340</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 1: „*Yeoman. [...] Sir, is the News true, that the King hath prorogued the Parliament today? [...] Were all your Bills passed that were agreed in both Houses? [...] I hope, Sir, the King hath not refused any Public Bills [...] those two wherein the Country reckoned themselves most concern'd are, That for securing the Foundation of the Civil Government, by such a constant Succession of new chosen Parliaments [...] and, that for preserving our Property [...]*“

<sup>1341</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 1: „*Knight. I am sorry to tell you, that those are the two only Bills to which his Majesty would not assent. Yeom. Are those Bills then to be utterly lost, after both Houses have spent so much Time and Care to compose them? May they not be offered to the King again as soon as the Parliament meets?*“

<sup>1342</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 1: „*Knight. You seem not to know the Force of a Prorogation of Parliament, which makes void all Bills of that Session, not enacted, and all other Matters depending, as if they had never been: [...] it must begin anew, as if it had never been before in either House of Parliament. [...] I know no Remedy, until the King shall please to cause a new Session of Parliament*“

<sup>1343</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 1: „*Yeom. And is such a Session to be absolutely at the King's Will, whether it shall be six Months hence, or a Year, or seven Years? Kt. You know it was so designed, and in part practised in the late Reigns; and the Judges then were so corrupted, that they declared (notwithstanding the Laws for Annual Parliaments) That the holding of Parliaments depended entirely upon the King's Pleasure. But this most manifest, besides the positive Laws for Yearly Parliaments, that by the ancient Constitution of our Government, they did meet of course at least twice every Year. [...]*“

<sup>1344</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 2: [...] *that the late Civil Wars [...] were principally occasioned by the Powers usurped in several late Reigns, to refuse the calling of successive Parliaments, and to continue the same Parliament for many Years, to form them into a Compliance with their Designs of Despotick Power*“

entworfen worden sei<sup>1345</sup>. Ohne eine gesetzliche Regelung der Parlamentsabfolge sei man nicht sicherer als unter Jakob II. und müsse die schlimmsten Befürchtungen für den Fall des Ablebens des Königs haben<sup>1346</sup>. Der Yeoman zeigte sich besorgt über Wilhelms Feldzüge, die ihm jederzeit den Tod bringen könnten. Deshalb fragt er, nach Wilhelms Beweggründen zur Verweigerung seiner Zustimmung für die *“Triennial Bill”*<sup>1347</sup>. Der Abgeordnete gab zu verstehen, daß man geglaubt habe, daß Wilhelm der Gesetzesvorlage zustimmen würde, weil die Könige immer zugestimmt hatten, wenn zuvor Gelder bewilligt worden waren. Man glaubte auch an die Zustimmung, weil das Gesetz kein Eingriff in die königliche Prerogative darstelle, sondern nur bestehendes Recht wiederherstelle<sup>1348</sup>. Die Whigs beriefen sich hier also darauf, daß die *“Triennial Bill”* gar kein Eingriff in das königliche Prerogativrecht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments sei, weil es dieses Recht ursprünglich so gar nicht gegeben habe. Der König sei im Übrigen zusammen mit seinem Parlament am mächtigsten. Dies erinnert an die Definition des *“King-in-Parliament”* Heinrichs VIII. Die entscheidende Wendung ist hier aber, daß der Wunsch des Königs nach Größe und Potenz ihn zum Zusammengehen mit dem Parlament und zur Zustimmung zwingt, denn die englischen Könige können nur durch ihr Parlament groß sein, weil es über den ganzen Reichtum des Landes verfüge<sup>1349</sup>. Im weiteren verneinte der Abgeordnete nochmals explizit das Bestehen der königlichen Prerogative zur Einberufung, Vertagung und Auflösung als Grund für die verweigerte Zustimmung<sup>1350</sup>. Vielmehr betonte er ausdrücklich das Bestehen des alten Rechts auf fortlaufende Parlamente gemäß der englischen Verfassung. Die

---

<sup>1345</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 2: *„When I read the solemn and repeated Assurances his Majesty gave us [...] I thought the Ancient, Legal Course of annually chosen Parliaments would have been immediately restored [...] but I must tell you, that we are left as much to the King’s Will for a Session of Parliament, as evil Ministers in the late Reigns designed we should be“*

<sup>1346</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 2: *„Kt. If no Bill should pass to secure the certain Legal Succession of Parliaments [...] and an ill King succeed his present Majesty [...]“*

<sup>1347</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 2: *„[...] you tell me the Reasons why his Majesty hath deferred to make this Settlement of Parliaments? [...]“*

<sup>1348</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 3: *„It being the antient Course in Parliaments, that the Kings always passed some Bills for the Peoples Advantage, when they had great Sums of Money from them. And we thought his Majesty had the less Reason to deny his Assent to this Bill, in regard it deprived the Crown of no Legal Prerogative, but only revived and confirmed the antient Laws of the Realm [...]“*

<sup>1349</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 3: *„[...] his Majesty’s Desire of being as great and potent as any King that ever possessed the English Crown, would have pressed him to a Conjunction with the Parliament in this Bill, since English Kings can be great only by the wise and affectionate Counsels and Assistance of their Parliaments, who have the absolute Command of the Wealth of the whole Kingdom“*

<sup>1350</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 3f.

königliche Prerogative habe nur in Ausnahme- und Notfällen das Recht zur Einberufung<sup>1351</sup>. König Wilhelm persönlich wagte man nicht zu kritisieren. Die Erinnerung an seine Versprechen während der Revolution mußten genügen. Die Rechte der Engländer mußten vor erneuten Eingriffen geschützt werden. Ein Ableben des Königs und also die ständigen Gefahren für Leib und Leben des Königs während des Krieges, wurden als wichtiger Grund für eine gesetzliche Regelung der Parlamentsdauer benannt. Hier sehen wir den Nexus zwischen Thronfolge und Parlamentsdauer wie er in den gesetzlichen Regelungen von 1696, 1701 und 1705 virulent wird, befürchtet man doch, daß die Königswürde erneut in falsche Hände geraten könnte<sup>1352</sup>. Ansonsten aber rekurrierte man auf den alten Topos *“The King can do no wrong”* und machte die Räte des Königs verantwortlich<sup>1353</sup>. Man warf diesen Politikern vor, daß sie beabsichtigen, die königliche Prerogative über das Parlament zu erheben. Sie würden behaupten, daß Existenz und Versammlung des Parlaments gänzlich von der Krone abhängen. Der Herrschaftsvertrag zwischen Volk und König sei gar kein Vertrag unter Gleichen, der den König gleichermaßen binde wie das Volk. Diese Leute seien stets bestrebt, die alten Rechte nicht zu erneuern. Dazu gehöre das Recht zur Einberufung der Parlamente. Es sei ihre Strategie, Präzedenzfälle der Nichteinberufung zu schaffen, immer und immer wieder, damit die fortlaufende Versammlung der Parlamente unterbrochen werde und außer Gebrauch komme, so daß das Volk dieses Recht vergesse und die Einberufung des Parlaments als königliche Gnade begreife<sup>1354</sup>. Deshalb sei es so wichtig, die alten Rechte ständig in

---

<sup>1351</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 4: *„that it ought to be remembered, that by our English Constitution, Parliaments are, and always were to be holden within the compass of certain times, being the Foundation and Essence of the Government; and that it is not in the Power of the Royal Prerogative to refuse the calling these Parliaments successively as the Constitution intends. The being or not being of such Parliaments is not trusted to the Crown; but the Direction only of some Circumstances about holding them, is left to the Royal Prerogative. [...] to call Parliaments upon Occassions and Emergencies [...]“*

<sup>1352</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 6f.: *„It ought to be remembered that our King had invited his People to invent and provide Laws so to secure their Parliaments, which is their Constitution, and all their Rights and Liberties, that they might never be in Danger to be again invaded [...] That which was mentioned of his hazarding his Life in the war for our sakes, is so far from shewing this Bill to be unseasonable, that it is the strongest Argument possible to have it finished forewith, while he enjoys the Crown, who hath personally renewed the Original Contract with the People [...]“*; vgl. den folgenden Abschnitt F. III. 3. Parlamentsdauer und Thronfolge (1696, 1701, 1705)

<sup>1353</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 7: *„[...] I should very loth to drop a Word that might lessen the Countries Esteem for his Majesty [...] But there are another sort of Men who enjoy the Powers and Profits of the late Revolution, and highly pretend to maintain it [...] really tend to introduce Arbitrary Power and Slavery“*

<sup>1354</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 8f.: *„[...] say they, that the Being and Sitting of Parliaments are only Acts of Grace from the Crown; that the People have no other but a precarious Right to them, to have them only at such Times, in such Manner, and for as long as the Crown pleases. [...] They say, that the original Contract between the King and the People, should not have been set forth as an equal Contract, on equal terms, whereby the Kings were as strictly bound on their part as the People on theirs, as if each Party had no Right to claim a share in the Legislative Power in Parliament [...] You do well to observe that the secret Enemies of our Legal Government do always avoid the renewing and reinforcing of our antient laws [...] Their evil practice hath been of old to*

Erinnerung zu halten und zu erneuern<sup>1355</sup>. Diese Politiker würden die Verfahrensweisen der vorherigen Herrschaften nachahmen, als ob sie Wilhelms Administration genauso erdrückend machen wollten wie die Herrschaft Jakobs II. Aus genau diesem Grund fürchten sie sich vor einer unabdingbaren gesetzlichen Regelung der Parlamentsdauer<sup>1356</sup>. Thematisiert wird die übliche bittere Klage der Whigs nach der Revolution, daß dieselben Männer, die unter Karl II. und Jakob II. für ihre und Englands Unterdrückung verantwortlich waren, wieder an den Schaltstellen der Macht sind. Unausgesprochen gemeint sind dabei Männer wie Danby und Sunderland<sup>1357</sup>. Auf die Frage des Yeoman, wie diese Politiker bisher die gesetzliche Regelung der Parlamentstagungsdauer hintertrieben hätten, folgten längere Ausführungen zu den Praktiken unter Jakob I., Karl I., Karl II. und Jakob II.<sup>1358</sup>. Den früher geäußerten Vorwurf wiederholend, daß die Unterdrückung regelmäßiger Parlamente zum Bürgerkrieg geführt habe, folgte die Lobpreisung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) als Heilmittel<sup>1359</sup>. Auf die Frage, ob es denn nicht gerade dieses Gesetz gewesen sei, welches die Auseinandersetzungen verstärkt habe, antwortete der MP, daß es vielmehr die Entscheidung des Parlaments gewesen sei, sich zu perpetuieren, also dauerhaft zu machen. Die beiden Maßnahmen werden leider verwechselt und es sei letztere gewesen, welche dem König das Recht zur Parlamentsauflösung genommen habe<sup>1360</sup>. Weitaus schwerwiegender als die Maßnahmen

---

*slip over the Calling of Parliaments [...] and then the Ommission of one was made a Precedent of doing the like again and again [...] and thereby the constant Course of successive Parliaments came to be so broken and disused, that the People scarce dared to demand them, as their Right, but rather moved for them, as Acts of the King's Grace [...]*“

<sup>1355</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 9: „[...] that the true English Patriots always thought it necessary to reinforce expressly, and by name, the principle Statutes that concerned the Foundations of our Government, and for that Reason usually made, in the beginning of Parliaments, Confirmations of the most material Laws [...] and the whole form of the legal Government might be kept in perpetual Remembrance: [...]“

<sup>1356</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 9: „They imitate the Proceedings in the late Reigns, as if they would make K. William's Government as grievous as K. James' I cannot but conclude that it is for this Reason they shew their Fears of making a clear and plain Settlement of the Foundations of our Government, in the Course of successive Parliaments, to be holden unavoidably; [...]“

<sup>1357</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 9: „Yeom. Sir, many of our Country-men know well enough this sort of false-hearted Men, but they for their base Compliances, getting up to be our Masters under K. Charles and K. James, grievously oppressed us then, and have now again got such Powers and Preferments, as if they had brought about the late Revolution, and are so able to plague, vex and crush us, as they did formerly [...]“

<sup>1358</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 9-12: „Yeom. [...] Sir, help me to shew my Neighbours how this sort of Men, in their Designs of Arbitrary Power, always sought to prevent an absolute Settlement of the Legal Course of successive Parliaments“

<sup>1359</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 11: „[...] Parliament then took the only wise and necessary course to prevent all the impending Mischiefs and Dangers, both to the King and People, when they laboured, with the help of the best Lawyers of England, to declare and secure the Observance of the antient Laws for annual successive Parliaments [...] by that notable Act of the 16th of Charl. I.“

<sup>1360</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693, S. 11: „Yeom. [...] whether the Act for ascertaining Parliaments, did not occasion, or some way promote the Tumults and Wars that ensued? Kt. [...] King, Lords and Commons passed that Act with great Unanimity [...] but I believe, you confound the Act for Triennial Parliaments, with another Act for making the Parliament then in being, in a manner

Jakobs I. und Karls I. gegen das Parlament seien diejenigen Karls II. gewesen. Das Ziel der Unterdrückung der Verfassung im Hinblick auf die Parlamente blieb dasselbe, nur die Mittel änderten sich. Anstatt zur Gewalt griff man zum Mittel des Betrugs. Man stellte sicher, daß diejenigen Kavaliere ins Parlament gewählt wurden, die am meisten unter dem Bürgerkrieg gelitten hatten. Unter Ausnutzung ihrer Not sei der zweite *“Triennial Act”* verabschiedet worden, der das erste Gesetz dahingehend änderte, daß der König die Dauer des Parlaments auf unbestimmte Zeit verlängern konnte, wodurch **die Abgeordneten irgendwann die Wähler nicht mehr repräsentierten**. Das Parlament füllte sich vielmehr mit Pensionären der Krone<sup>1361</sup>. **Der Verstoß gegen das Repräsentationsprinzip durch die lange Parlamentsdauer erscheint als das Kernproblem**. Die lange Parlamentsdauer und das gezielte *“Parliamentary Management”* unter Karl II. wurden als weitaus gefährlicher dargestellt als die Politik Karls I. Der anschließende Widerruf der *“Charters”* während der *“Tory Reaction”* (1681-85) wurde sogar als noch gefährlicher wahrgenommen. Freie Wahlen würden dadurch ganz unmöglich gemacht, weil die Wahl der Repräsentanten gänzlich in Händen der Krone liegen würde<sup>1362</sup>. Religion, Gesetze und Freiheiten können nur gesichert werden, wenn es eine gesetzliche Regelung regelmäßiger Parlamente gebe<sup>1363</sup>.

**Das von Charlwood Lawton geschriebene vierseitige Pamphlet *“A short state of our condition, with relation to the present Parliament”* (1693) wirft ein Schlaglicht auf die Korruption als**

---

*perpetual; for they were not to be dissolved or prorogued, but by their own Consent, declared by Act of Parliament. That Act did in truth derogate from the King’s Prerogative in dissolving Parliaments [...]*“

<sup>1361</sup> ANONYMUS, *An Enquiry*, 1693, S. 11: „Yeom. [...] what the same sort Men have done about Parliaments, after the Return of K. Charles II. Kt. They pursued the same Designs of subverting our Constitution as to Parliaments, but took Measures quite different from those before used to effect it. [...] It was therefore resolved to attempt that by Fraud, which they could not compass by Force [...] They recommended such to be chosen Members of the House of Commons, whose Fortunes had been most impaired in the late Wars, and whose Dependance upon the Court might incline them to a Compliance with whatever should be demanded of them; and these good-natured Gentlemen repealed the Act of the 16th of K. Charles I., for Triennial Parliaments [...] they pretended in the Act, by which this Statute was repealed, to ascertain the frequent holding of Parliaments; yet it left the King at liberty **to continue the same Parliament near eighteen Years; which time they could not to be said truly to represent the People of England [...]** But having got a considerable Party in the House of Commons, they laboured to confirm and increase it. Places and Pensions were liberally bestowed [...]“

<sup>1362</sup> ANONYMUS, *An Enquiry*, 1693, S. 12: „Yeom. Sir, you have fully satisfied me that the Ministers in that Reign were as bitter Enemies to the English Constitution about Parliaments, as those in the two former that went before it; but their Measures are more dangerous and likely to succeed [...] what was the meaning of the great Bustle all over England about Charters? Was not that done with a design to influence the Elections of Members to Parliament? Kt. Yes most certainly, and this was a more pernicious and dangerous Design than any put in Practice in the former Reigns. [...] that the People should never again have a free Parliament chosen according to the Constitution [...] **new Charters put the Choice of their Representatives in Parliament absolutely for the future into the Power of the Court**“

<sup>1363</sup> ANONYMUS, *An Enquiry*, 1693, S. 12: „Yeom. [...] but upon the whole it is most plain, That neither we nor our Posterity can be safe in our Religion, Laws and Liberties, till we obtain an absolute Settlement of the Legal Course of successive Parliaments“



**Kernproblem der Repräsentation** und propagiert regelmäßige Parlamente als Heilmittel<sup>1364</sup>. **Das Prinzip des Zusammenwirkens der Mischverfassung des “King-in-Parliament”** umschreibend **und lobend** warnt der Autor vor der Gefahr eines Unterhauses, welches eine Parteiung beherbergt, die dem Interesse des Landes widerspricht. Als Parasiten geschmähte Politiker hätten die vormaligen Könige aber genau dazu verleitet. Damit gemeint sind Politiker wie Danby und deren *“Parliamentary Management”*<sup>1365</sup>. Durch deren Methoden sei England und das Parlament käuflich geworden, zum Zwecke der Errichtung einer absoluten Herrschaft<sup>1366</sup>. Zur Verhinderung solcher Bestrebungen hätten die Vorfahren in all ihrer Weisheit die Verfassung mit regelmäßigen Wahlen ausgestattet. Neuwahlen seien aber gegenwärtig kaum zu bewerkstelligen, weil das Unterhaus voller Pensionäre der Krone sei. Der König könne mit ihnen jede Gesetzesvorlage verhindern und alle Beschwerden unterdrücken<sup>1367</sup>. Die käuflichen Mitglieder des Unterhauses seien allesamt Verräter des Landes. Der Enttäuschung der Whigs über Wilhelms Versprechungen gab der Autor offen seinen Ausdruck. Man hatte an ihn geglaubt und von ihm erwartet, alle erhofften Gesetze zu bekommen, insbesondere sichere und regelmäßige Parlamentswahlen und eine Ministerverantwortlichkeit<sup>1368</sup>. Aus dem Kabinett sei gedrungen, daß dem König unmittelbar vor seiner Verweigerung der *“Triennial Bill”* genau dazu geraten worden sei<sup>1369</sup>. Heilmittel seien jährliche Parlamente und nicht bloß dreijährige. Es müsse verhindert werden, daß England nach den

---

<sup>1364</sup> LAWTON, Charlwood, A short state of our condition, with relation to the present Parliament, Early English Books (EEBO) 850:07, London, 1693; ANONYMUS, A Collection of State Tracts, Vol. II., 1706, S. 369–371

<sup>1365</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 1: *„There cannot sure be any Circumstance which can make England more impregnable, more Glorious and happy than when the King and Parliament joyntly agree in National Designs. But neither can there be any juncture more fatal than when an House of Commons seem as much in a Separate Interest from that of their Country, as Parasites in these latter Reigns have perswaded our Kings to be“*

<sup>1366</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 1: *„[...] that if a King can manage well Mr. Guy’s Office he may without much adoe set up for Absolute. VENALIS EST ANGLIA, for VENALE EST PARLIAMENTUM“*

<sup>1367</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 1: *„But our Ancestors were wise enough to instruct their Members, and our Constitution so regular, that we had frequent Elections. But when think you shall we have a new Election now, since the King has about sixscore Members, that I can reckon who are in places, and who are thereby so entirely at his Devotion [...] The House is so Officer’d, that by those that have Places, and Pensions, [...] the King can baffle any Bill, quash all Grievances, [...]“*

<sup>1368</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 2: *„[...] these men must have been marked down as Betrayers of their Country, who are now made the chief Supporters of his Throne. I thought we calle over the Prince of Orange to get or give us all the Laws we wanted; to have made the Elections of Parliament secure and frequent [...] I thought we had called him over to call Ministers to an account [...]“*

<sup>1369</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 3: *„[...] and there is a certain Secret that has Stole out of our Cabinet, that one there immediately upon the Kings refusing the Triennial Bill last Sessions, undertook that it should be thrown out the next time they Sat [...]“*

Methoden des Marquess of Carmarthen (Danby) und seines “*Parliamentary Management*” regiert werde (“*Carmarthen Art*”)<sup>1370</sup>.

**Der anonyme elfseitige Druck “*Some reasons for annual Parliaments, in a letter to a friend*“ (1693) führte den Nexus zwischen Korruption und dadurch bedingter Zerstörung der Repräsentation** detaillierter aus<sup>1371</sup>. Da der König selbst gemäß der Maxime “*The King can do no wrong*” für gewöhnlich nicht kritisiert wurde, richtete sich der Blick auf die Verantwortlichkeit seiner Berater. Diese werden eingangs für ihr falsches Staatsverständnis kritisiert. Die Kritik gipfelt in der Feststellung, daß eine beschränkte einer despotischen Monarchie immer vorzuziehen sei<sup>1372</sup>. Der Autor empfiehlt jährliche Parlamente, die bereits zu Anfang der Revolution in der “*Declaration of Rights*” formuliert worden seien. Notwendig seien regelmäßige Parlamente und nicht bloß regelmäßige Sitzungen desselben Parlaments. Die Vorfahren hätten dies verstanden<sup>1373</sup>. Unter Heinrich VI. seien Prorogationen erstmals ausgesprochen worden, die jedoch bis zu Heinrich VIII. selten gewesen seien. Der übliche Weg sei aber gewesen, Parlamente mindestens einmal jährlich einzuberufen und diese nach Erledigung aller Fragen aufzulösen. Der König habe nicht nach Gutdünken prorogiert. Unter Wilhelm seien aber so viele Amtsträger und Offiziere im Parlament, daß die Menschen von der Käuflichkeit ihrer Repräsentanten überzeugt seien. Der Glaube in sie würde nur wieder hergestellt werden, wenn sie jährlich gewählt werden würden<sup>1374</sup>. Das Unterhaus sei in Parteiungen gespalten. Die einen machen nur, was der Hof ihnen befohlen habe. Einzige Abhilfe seien jährliche Parlamente, denn Abgeordnete würden dann von ihren Wählern angewiesen, je nachdem, welche Fragen gerade anliegen. Sei das Parlament aber dauerhaft, dann müßten die Wähler in prophetischer Weise ihre Repräsentanten zur Lösung zukünftiger und unvorhergesehener

---

<sup>1370</sup> LAWTON, A short state of our condition, 1693, S. 4: „*It is time to have Annual Parliaments instead of Triennial [...] I can't tell whether a new Parliament will not be practiced upon by the Carmarthen Art; however it is our last and best remedy; for if this continues, God have Mercy upon poor England*“

<sup>1371</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, in a letter to a friend, Early English Books (EEBO) 1037:06, London, 1693

<sup>1372</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 1: „*I fear some Men about the King have false Notions concerning Government itself; and that is an Errour in the first Concoction [...] a Limited is preferable to a Despotick Monarchy*“

<sup>1373</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 2: „*[...] that for redress of all Grievances & for the amending, strengthening and preserving of the Law, Parliaments ought to be held frequently, which must mean frequent Parliaments; and not frequent Sessions of the same Parliament [...] Our Ancestors undrstood the necessity and wisdom of having frequent Parliaments*“

<sup>1374</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 2f.: „*It cannot be unknown to King William, how much he has been Libelled, because so many of his Officers are in the House. [...] but it will be matter of scandal if the People think their representatives are bought off, Whether by Places or Pensions. But if they are chosen Annually, it will not easily be believed that an unfaire Bargain can be struck with them.*“

Probleme wählen<sup>1375</sup>. Im Rahmen des Repräsentationsprinzips wird die Problematik des Abgeordneten als Delegierten diskutiert, hier gedacht als eines Stellvertreters mit Vollmacht in Form eines imperativen Mandat. Stellvertretung impliziert gerade, daß das in Form der Vollmacht gegebene Vertrauen (Mandat) zur Stellvertretung jederzeit wieder entzogen werden kann, entweder durch expliziten Widerruf oder indem das Mandat von Beginn an zeitlich befristet gegeben wurde<sup>1376</sup>. Wenn Parlamente nicht jährlich gewählt, sondern nach Gefallen des Fürsten über den ursprünglich gegebenen Auftrag hinaus fortgesetzt werden, dann verändere sich die Natur der Stellvertretung und die Rechte der Vollmachtgeber und Wähler werden geändert und außer Kraft gesetzt, weil die Vollmacht dauerhaft gemacht wird. Die Abgeordneten als Delegierte und Vollmachtempfänger werden eigenständig und unabhängig von den Vollmachtgebern. Schließlich werden die Abgeordneten mit jeder Prorogation mehr von Delegierten des Volkes zu Delegierten des Königs<sup>1377</sup>. Jährliche Parlamente garantieren die beschränkte Monarchie, indem sie das Mißtrauen der Menschen in ihre Repräsentanten nehmen, welches durch eine Fortsetzung des Parlaments eintritt, und den Machenschaften der Minister Einhalt gebieten. Ein englische König aber, der sich ein dauerhaftes Parlament schaffe, der ist absolutistischer als jeder Monarch des Orients. Ein dauerhaftes Parlament nehme alle Freiheiten<sup>1378</sup>. Zur Illustration der Sinnhaftigkeit seiner Ausführungen über den Nutzen und die segensreiche Wirkung jährlicher Parlamente gibt der

---

<sup>1375</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 3: „*Our House of Commons is become a Parliament of Parts, to do as the Court would have them: And nothing but what they direct [...] When Parliaments are Annually chosen, we can choose our Representaives, with an Eye to the present Circumstances of Affairs, and the present Exigencies of the Nation: But when the same Parliaments are continued upon us, we are put upon the unreasonable Task of Prophetically choosing men fit to represent Us amidst the unforeseen & unexpected Accidents, and Affairs, which may fall in, so long as the Prince and his Ministers thinks fit to continue the Parliament then summoned*“

<sup>1376</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 4: „*Again, delegation imports in its own nature a power in the person, or persons, who delegate, to revoke it at his or their pleasure, and can be continued no longer, than during the time, and particular occasions, for which it is granted; and is understood to be no longer in being, than the Constituents think fit to continue it. And delegates are always upon their good behaviour*“.

<sup>1377</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 4: „*When Parliaments are not Annually chosen, but continued during the Princes pleasure, longer than the present exigency for which they are called, the nature of a delegation, and the undoubted priviledges of those that chuse them, are quite altered and overturned; and the delegation is perpetuated [...] From delegates whom we ourselves have impowered, they become absolute Masters; or if delegates still, they are transformed from being the peoples delegates and representatives, into the Princes delegates and creatures. By every repeated prorogation the peoples Commission is cancelled, and their new being is derived from the Prince his will and pleasure [...]*“

<sup>1378</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 4f.: „*Again Annual Parliaments are best suited to a limited Monarchy [...] they remove all the Jealousies which people retain of havin their representatives debauched, which will be suspected when Parliaments are continued, they are a Curb upon Designing Ministers [...] For a King of England encircled with a confiding Parliament, is then in his Emperial Lustre, more absolute than any Monarch of the East [...] As to the People, the continuing of the same Parliament is more fatal and likely [...] to blow up all our Liberties [...]*“

Autor Beispiele anderer europäischer Nationen. Das frühe Spanien bis zur Herrschaft Karls I., nicht aber seines Sohnes Philipp. Der frühen Herrscher Frankreichs von Clovis, Pippin, Karl den Großen und seiner Nachfolger, nicht aber das gegenwärtige Frankreich. Das als von Bürgerkriegen und Invasionen zerrissene Deutschland wird als Beispiel für die Heilkraft jährlicher Parlamente genannt. Die Goldene Bulle habe jährliche Reichstage eingerichtet, die sich als unüberwindbare Barriere für die Türken und Franzosen erwiesen haben<sup>1379</sup>. Wichtig sei aber, daß die gewählten Abgeordneten tugendhaft seien, damit sie den Methoden der Krone widerstehen. Es dürfen auch keine gewählt werden, die ihre Anweisungen nicht befolgen. Aus der Argumentation geht klar hervor, was vom Autor gewünscht wird: ein strenges imperatives Mandat für jährlich neu gewählte Repräsentanten, damit der einzelne Abgeordnete keinen eigenen Entscheidungsspielraum mehr hat<sup>1380</sup>.

**Samuel Johnsons 48 Seiten umfassende Schrift “*An essay concerning Parliaments at a certainty, or, The kalends of May*“ (1693)** besteht aus fünf Kapiteln<sup>1381</sup>. Unmittelbar relevant für die Problematik regelmäßiger Parlamente ist nur das acht Seiten lange erste Kapitel<sup>1382</sup>. Die Folgekapitel bestehen aus Ausführungen historischer Art zu der im ersten Kapitel formulierten Forderung nach regelmäßigen Parlamenten<sup>1383</sup>. Johnsons Argumentation bezieht sich auf Fortescues Werk “*De laudibus Legum Angliae*” (1545)<sup>1384</sup>. Unter Bezugnahme auf Fortescues 53. Kapitel stellt

---

<sup>1379</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 5f.: „[...] calamities was Germany exposed to, full of civil Wars and discords within [...] to all which no remedy could be found, but by the establishment of frequent and Annuals Diets; by the Golden Bull [...] In a word, their Annual Diets are an invincible Barrier against the inundations of the Turks on the one side, and the encroachments of the French on the other. [...]“

<sup>1380</sup> N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693, S. 8f.: „Let them choose no MAN that has not Sense, Courage and Integrity, or that will not receive their instructions. [...] Choose but once wise and honest brave men [...] They will find Methods to be too hard for Court-tricks [...] Choose no Man that is not willing to be instructed, you have a Right to instruct them: It was the Custom formerly to instruct all Members; and the nature of the delegation shews, that, that Custom was well grounded“

<sup>1381</sup> JOHNSON, Samuel, An essay concerning Parliaments at a certainty, or, The kalends of May, Early English Books (EBO) 459:26, London, 1693

<sup>1382</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 1-8: „Chap. I. Shewing that the Frequent meeting of Parliaments is the Best of our Constitution, and the True of the Government; and that the Intermission of them is Inconsistent with the Body of the English Law“

<sup>1383</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 8-21: „Chap. II. Shewing how Parliaments stood in King Alfred's Time, and afterwards“; JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 22-29: „Chap. III. Shewing, That the Yearly Parliaments were Fresh and Fresh“; JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 29-39: „Chap. IV. Of the Kalends of May“; JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 39-44: „Chap. V. Concerning the First of the Yearly Folkmote of the Kalends of May“

<sup>1384</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 2f.: „We do not find a Man better Qualified than the Learned Lord Chancellor Fortescue [...] he wrote his Book *de laudibus Legum Angliae*, which was on purpose in a Dialogue with the Prince of Wales, to inform him of the Nature of the English Constitution [...] I will confine myself to those Passages only which relate to the Frequency of Parliaments“; vgl. die Ausführungen zu Fortescues Werk im Abschnitt B. I.

Johnson fest, daß Parlamente das Heilmittel gegen Rechtsverschleppung sind. Es stellt sich dann die Frage, was passieren solle, wenn Parlamente verzögert werden<sup>1385</sup>. Die englischen Gesetze seien die besten der Welt, weil das Parlament sie jederzeit anpasse. Was passiere aber, wenn das Parlament sich nicht mit Gewissheit versammele<sup>1386</sup>. Englands Rechtswesen sei bedroht, wenn das Parlament als oberste Gerichtsinanz nicht tage. Nach Bracton sei das Parlament die letzte Instanz, die aber ohne Regelmäßigkeit in seiner Funktion auf unbestimmte Zeit vertagt sei<sup>1387</sup>. Die Gefährdung der Mischverfassung des “*King-in-Parliament*” wird direkt und indirekt auch die des Repräsentationsprinzip angesprochen. Die Regierung des Landes bestehe aus König, Lords und Commons. Verliere man das Parlament oder die Gewissheit darüber, wann die Parlamente tagen, dann verliere man auch zwei Drittel der Regierung<sup>1388</sup>.

**Die Schrift “*The charge of the Right Honourable Henry Earl of Warrington to the Grand Jury at the Quarter Sessions held for the county of Chester on the 11th of October, 1692*” (1693)** artikulierte auf 28 Druckseiten die Beschwerden des Earl über den Zustand der Nation gegenüber Wilhelm<sup>1389</sup>. Die Schrift zeigt, daß bereits vor der verweigerten Zustimmung zur “*Triennial Bill*” auch ein Mitglied der Hocharistokratie nicht davor zurückschreckte, seinen Unwillen öffentlich zu artikulieren. Über die Rolle des Parlaments äußerte sich Warrington wenig, stellte aber die Frage, welchem Zweck Parlamente und alle Vorkehrungen der Vorväter zur Sicherung der Freiheiten dienten, wenn die königliche Prærogative sich als so omnipotent darstelle wie unter den letzten beiden Herrschern<sup>1390</sup>.

---

<sup>1385</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 4: „*Out of this last Passage I will not trouble you with any more Observations than these; First, That Parliaments are the Remedy against Delays in Law Proceedings: But how if Parliaments themselves should be Delayed?*“

<sup>1386</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 5f.: „[...] *that the Laws of England are not only Good, but the Best in the World. And in case any of the Laws want to be mended or improved, the Rules of the English Parliaments do instruct us, That that may be done forthwith. [...] any defect, that Fault may be Immediately amended by a wise Senate: What if that wise Senate be no where to be found; or is at no Certainty?*“

<sup>1387</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 7: „*The High Court of Parliament is the Dernier Resort in this Kingdom; and if that fail, there may be a failure of the English Justice. Bracton says of an Ambiguous or Difficult Cause, Respectuatur ad magnam Curiam; but unless Parliaments be Frequent, such a Cause is Adjourned to a long Day*“

<sup>1388</sup> JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693, S. 8: „[...] *the three Estates to comprehend the Governance of this Land, the Preheminence whereof was to the King as chief, the second to the Lords and Bishops, and the third to the Commons. Now if we are at a loss or uncertainty about our Parliaments, we are at a loss or uncertainty about two Thirds of our Government*“

<sup>1389</sup> WARRINGTON, Henry Booth Earl of, *The charge of the Right Honourable Henry Earl of Warrington to the Grand Jury at the Quarter Sessions held for the county of Chester on the 11th of October, 1692*, Early English Books Online (EEBO) D874, 1354:11, London, 1693; ANONYMUS, *A Collection of State Tracts*, Vol. II., 1706, S. 342–349; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 80

<sup>1390</sup> WARRINGTON, *The charge of the Right Honourable Henry Earl of Warrington*, 1693, S. 19f.: „*What signifies Law, if the King’s Will must be the measure of our Obedience? To what purpose are Parliaments, and all those Provisions, which our*

## b) 5. Sitzung (07.11.1693-25.04.1694)

**Die fünfte Parlamentssitzung begann mit der Eröffnungsrede des Königs (7. November 1693),** in der Wilhelm die während des Rezess erlittenen Niederlagen in Flandern und den Verlust der Smyrna-Handelsflotte einräumte. Er erklärte, daß die Landstreitkräfte einer gegnerischen Übermacht unterlegen seien und versprach, die Verfehlungen der Seestreitkräfte untersuchen zu lassen und die Verantwortlichen zu bestrafen. Wilhelm leitete aus den Niederlagen neue Forderungen zur Verstärkung der Armee und Flotte ab. Über die Verweigerung der *“Place Bill”* und der *“Triennial Bill”* verlor er kein Wort<sup>1391</sup>. Nach der Königsrede beriet man in der zweiten Zusammenkunft des Unterhauses (13. November 1693), wie auf die Niederlagen zu reagieren sei<sup>1392</sup>.

**Beratungen zur Einbringung einer neuen *“Triennial Bill”* und einer neuen *“Place Bill”*** (*“Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament“*) begannen schon eine Woche nach Sitzungsbeginn (14. November 1693)<sup>1393</sup>. Die erste Lesung der *“Triennial Bill”* fand bereits zwei Tag später statt (16. November)<sup>1394</sup>, die der *“Place Bill”* drei Tage später (17. November)<sup>1395</sup>. Danach beriet das Unterhaus die beiden Gesetzesvorlagen in Ausschüssen. Die dritte Lesung der *“Triennial Bill”* (28. November) folgte nach Abschluß der Beratungen im Ausschuß statt, allerdings endete sie mit einer Abstimmungsniederlage der Opposition. Die Gesetzesvorlage wurde mit 146 zu 136 Stimmen abgelehnt<sup>1396</sup>. Die rasche Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens in der fünften Sitzung, die schnelle Abfolge der drei Lesungen und die abermalige Einbringung der

---

*Forefathers made to preserve our Liberties, if Prerogative were in truth that Omnipotent thing, which it boasted itself to be in the late Reigns?“*

<sup>1391</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 295ff.: „[...] reflecting upon the Disadvantages we have received this Year at Land, and the Miscarriages in our Affairs at Sea.[...] there will be a Necessity of increasing our Forces both by Sea and Land the next Year: Our Allies have resolved to add to theirs [...] that you will give Me a suitable Supply, to enable Me to do the like. I must therefore earnestly recommend it to you, Gentlemen of the House of Commons, to take such timely Resolution“; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 1f.; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 311; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 772-775

<sup>1392</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 2; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 311-317; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 775-777; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 415f.

<sup>1393</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 3

<sup>1394</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 4

<sup>1395</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 4f.

<sup>1396</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 13; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 420

Gesetzesvorlage der *“Triennial Bill”* im Oberhaus (1. Dezember) nach der Abstimmungsniederlage im Unterhaus, zeigt die Bedeutung der *“Triennial Bill”* für die Opposition<sup>1397</sup>. Nach den Beratungen der *“Place Bill”* im Ausschuss fand die dritte Lesung dieser Gesetzesvorlage im Unterhaus statt (4. Dezember)<sup>1398</sup>. Im Oberhaus wurde zugleich die zweite Lesung der *“Triennial Bill”* vorgenommen (4. Dezember)<sup>1399</sup>. Beide Parliamentshäuser arbeiteten mit anhaltender Geschwindigkeit an den Gesetzesvorlagen, was ihre Bedeutung weiter unterstreicht. Kaum hatte das Unterhaus die dritte Lesung der *“Place Bill”* abgeschlossen (4. Dezember), berieten auch schon die Lords in erster Lesung darüber (5. Dezember)<sup>1400</sup>, während die *“Triennial Bill”* bereits am Folgetag (6. Dezember) im Ausschuss der Lords debattiert wurde<sup>1401</sup> und nur zwei Tage später in dritter Lesung war (8. Dezember)<sup>1402</sup>. Damit ging die *“Triennial Bill”* zur Zustimmung (*“Concurrence”*) an das Unterhaus (9. Dezember)<sup>1403</sup>, wo zwei Tage danach die erste Lesung stattfand (11. Dezember)<sup>1404</sup> und wiederum zwei Tage später die zweite Lesung (13. Dezember)<sup>1405</sup>, derweil die Lords die zweite (14. Dezember) und dritte Lesung (15. Dezember) der *“Place Bill”* vornahmen<sup>1406</sup> und diese mit Zusätzen (*“Amendements”*) an das Unterhaus zur Zustimmung sandten (16. Dezember)<sup>1407</sup>. Zu den bisherigen Beratungen der *“Triennial Bill”* liegen keine Aufzeichnungen vor. Die erste uns vorliegende Debattenwiedergabe findet sich in *“Greys Debates”*. Im Unterhausauschuß zur *“Triennial Bill”* (18. Dezember) stellte der Anführer der *“Country”*-Opposition und Onkel des späteren Oppositionsführers Robert Harley angesichts der fehlenden königlichen Gesetzeszustimmung in der letzten Sitzung warnend klar, daß es keine schlimmere Verfehlung eines Ministers gäbe, als den König davon zu überzeugen, ein Parlamentsgesetz nicht zu verabschieden. Foley betonte, daß jetzt der beste Zeitpunkt zur Wiederherstellung der alten Gesetze des Landes sei und er auf die Verabschiedung des Gesetzes hoffe. Die Sorge vor Wilhelms erneuter

---

<sup>1397</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 310f.

<sup>1398</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 17; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 793; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 338f.

<sup>1399</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 312ff.

<sup>1400</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 314f.

<sup>1401</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 315

<sup>1402</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 317

<sup>1403</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 25ff.

<sup>1404</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 27f.

<sup>1405</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 29f.

<sup>1406</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 321f.

<sup>1407</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 32ff.

Ablehnung der *“Triennial Bill”* geisterte durch die Reihen der Opposition<sup>1408</sup>. Der Abgeordnete Sir Christopher Musgrave sprach von ihrem unbedingten Recht auf jährliche Parlamente und Mister Wharton vom Recht des englischen Volkes<sup>1409</sup>. Die ablehnende Haltung des Abgeordnete Montagu gegen das Gesetz steht stellvertretend für die Anhänger der Krone. Er behauptete, daß jährliche Parlamente eine zu große Last für das Volk und eine zu große Beschränkung der königlichen Prerogative seien. Er warf der Opposition vor, das Parlament zu einem Senat von Venedig zu erheben. Karl I. hatte bereits in seiner Antwort auf die *“Nineteen Propositions”* des Parlaments (1642) davon gesprochen, daß das Parlament ihn zu einem machtlosen Dogen von Venedig machen wolle<sup>1410</sup>. Nach der zweiten Unterhauslesung der *“Triennial Bill”* (13. Dezember) widmete man sich der Gesetzesvorlage nun in dritter Lesung (22. Dezember). Hierzu liegen uns sowohl in Cobbetts als auch in Greys Sammlung Aufzeichnungen vor<sup>1411</sup>. Sir Edward Seymour sprach sich gegen die *“Triennial Bill”* aus, die einzig und allein die Auflösung dieses Parlaments beabsichtige und dem Allgemeinwohl widerspreche. Die Abgeordneten der Opposition kommen ihrer Pflicht zur Beratung des Königs nicht nach. Geradezu bedrohlich stellte er in Aussicht, daß es bei Verabschiedung dieses Gesetzes überhaupt keine Parlamente mehr gäbe<sup>1412</sup>. Godolphin wandte sich auch gegen das Gesetz.

---

<sup>1408</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 34f.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 368: “Mr Foley. *One of the greatest Crimes the Minister can be guilty of, is to persuade the King not to pass Bills. I hope that, by no Clause in this Bill, we discharge that obligation on the King to pass Bills. It is the best time you can take to repair the ancient Laws, and I hope you will pass the Bill*”

<sup>1409</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 369: „*Sir Christopher Musgrave. [...] I think we have a just Right to Annual Parliaments. [...] Mr Wharton. [...] It is so much the Right of the People of England*“

<sup>1410</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 370: „*Mr Montagu. [...] To have a Parliament annual, it will be too great a burden to the People, and too great a retrenchment to the Crown: I move, That those words ‚once every year at least‘ may not stand in the Bill. [...] The matter is not ‚frequent Parliaments‘, but ‚not every Year‘. [...] You are setting up a Senate of Venice*“; ENGLAND AND WALES, PARLIAMENT, *Nineteen propositions*, 1642, S. 11: “[...] *we are resolved not to quit them, nor to subvert (tho in a parliamentary way) the antient, equal, happy, well-poised, and never enough commended Constitution of the Government of this Kingdom; nor to make our self, of a King of England, a Duke of Venice; and this of a Kingdom, a Republick*“; RUSHWORTH, *Historical Collections of Private Passages of State*, Volume 4 (1640-42), 1721, S. 722-751

<sup>1411</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 39f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 824ff.; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 371-374

<sup>1412</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 371: „*Sir Edward Seymour. The dislike I have to this Bill is, because I think it not for the public service. [...] yet the intention is dissolving this Parliament. [...] The King calls you, by his Writ, to advise him, and are you weary of advising him, and would be sent away? [...] for, by virtue of this Bill, you may never have Parliaments more. You give the Lords power to dissolve Parliaments; [...]*“



Mitten im Krieg sei es zur Unzeit, ein solches Gesetz zu beschließen<sup>1413</sup>. Colonel Titus brachte das Repräsentationsprinzip erneut ins Spiel. Er war für die *“Triennial Bill”*, weil lange Parlamente die Repräsentation verwässern<sup>1414</sup>. Sir John Thompson sah die Sache ganz pragmatisch. Das Parlament sitze solange wie Gelder benötigt werden, denn der Grund der Parlamentssitzung sei das Geld<sup>1415</sup>. In der anschließenden Abstimmung (22. Dezember 1693) kam es zur abermaligen Ablehnung der Gesetzesvorlage der *“Triennial Bill”* mit einer Mehrheit von 197 zu 172 Stimmen. Das *“Parliamentary Management”* der Krone hatte ganze Arbeit geleistet und den Sieg über die Opposition davongetragen<sup>1416</sup>. Grey setzte später (26. Januar 1694) eine verwirrende Überschrift, in welcher er postulierte, daß Wilhelm der *“Triennial Bill”* seine Zustimmung verweigert habe (*“On the King's rejecting the Bill for frequent Parliaments”*)<sup>1417</sup>. Tatsächlich beriet das Unterhaus am 26. Januar über eine Beschwerderesolution<sup>1418</sup>. Die *“Representation on Refusal of Royal Assent”* vom 27. Januar warf dem König die verweigerte Zustimmung zur *“Place Bill”* vor. Gegenstand der Beschwerde war also nicht die *“Triennial Bill”*, die ja bereits am 22. Dezember 1693 im Unterhaus gescheitert war<sup>1419</sup>. Der König antwortete wenige Tage später auf die Resolution (31. Januar). Er

---

<sup>1413</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 371: *„Mr Godolphin. As for the matter of the Bill, 'tis for frequent calling and electing Parliaments, and for dissolving this—I am against the timing of it [...] Besides, in respect of your affairs, you are in War, and must have Men and Money—What are you doing? Now, before you give any of these Supplies, you declare yourselves dissolved [...]“*

<sup>1414</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 372f.: *„Col. Titus. [...] As for the disobligation to the People; good Parliaments they desire, and I never saw long Parliaments good ones. A Picture new drawn may be like the person it represents; but in time the colours will fade, and it so alters from itself, that no man can know what it represents. If we would have a Picture like, it must be new drawn— And this Bill is to celebrate their funerals more than their natiivities. There are in all things great inconveniences, but where there are greater conveniences [they should prevail]—I am for the Bill“*

<sup>1415</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 373: *„Sir John Thompson. [...] Money is the reason of your sitting; and when that is gone, there is no more need of you“*

<sup>1416</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 40; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 826; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 429: *„The Bill for frequent calling and meeting of Parliaments rejected. The Question being then put, That the Bill do pass, it pass'd in the Negative, Yeas 172, Noes 197. Resolv'd, That the Bill be rejected“*; Grey nahm möglicherweise krankheitsbedingt am 23., 26., 28., 29. und 30. Dezember keine Einträge vor, vgl. BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 374: *„It appears, by the Journal, that Mr Grey, (the Compiler) had leave, this day, to go into the Country, for the recovery of his health“*

<sup>1417</sup> BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 375-380

<sup>1418</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 829-833; BECKET ET AL., *Grey's Debates of the House of Commons*, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 375-380

<sup>1419</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 71f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 833; THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 380f.

versicherte seine Hochachtung für die Verfassung und das Parlament<sup>1420</sup>. Die Opposition im Unterhaus zeigte sich damit nicht zufrieden und wünschte eine weitere “*Representation*”. Dies wurde aber mit einer Mehrheit von 229 zu 88 Stimmen abgelehnt (1. Februar)<sup>1421</sup>. Wilhem gab im weiteren Verlauf der fünften Sitzung zahlreichen Gesetzen seine Zustimmung (25. Januar<sup>1422</sup>, 8. Februar<sup>1423</sup>, 23. März<sup>1424</sup> und 16.<sup>1425</sup> und 25. April<sup>1426</sup>). Nach einer sehr kurzen Ansprache an beide Parlamentshäuser (25. April) vertagte Wilhelm das Parlament (Prorogation auf den 18. September, 25. Oktober, 6. und 12. November)<sup>1427</sup>.

**Die vierseitige Schrift “*A letter to the members of Parliament for the county of [Blank] concerning the Triennial bill*“ (1694)** ist die einzige Schrift dieser Art, die nach Ende der fünften Sitzung auf die abermals gescheiterte “*Triennial Bill*” Bezug nahm<sup>1428</sup>. Der Autor der Schrift gibt

---

<sup>1420</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 74: „*That no Prince ever had a higher Esteem for the Constitution of the English Government than myself; and that I shall ever have a great Regard to the Advice of Parliaments. I am persuaded, that nothing can so much conduce to the Happiness and Welfare of this Kingdom, as an entire Confidence between the King and People; which I shall, by all means, endeavour to preserve: And I assure you, I shall look upon such Persons to be my Enemies, who shall advise any thing that may lessen it*“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 834; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 381f.

<sup>1421</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 74ff.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 835-839; BECKET ET AL., Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, S. 382–386

<sup>1422</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 29f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 350ff.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 828 (Verweigerte Zustimmung des Königs zur „*Place Bill*“)

<sup>1423</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 84–87; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 362f.

<sup>1424</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 136f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 401ff.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 849

<sup>1425</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 161ff.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 416f.

<sup>1426</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 170; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 425f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 857

<sup>1427</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 170; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 426; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 858

<sup>1428</sup> Some electors of members of Parliament, A letter to the members of Parliament, for the county of [Blank] concerning the Triennial bill, Wherein is considered, what may be the easiest way to secure Triennial Parliaments, without intruding upon the prerogative. With some objections to the methods of that kind, that formerly have been enacted into law, Early English Books (EBO) 2755:33, London, 1694

vor, daß diese von den Wählern der im Parlament vertretenden Abgeordneten geschrieben sei. Es geht hier um die Thematisierung des **Repräsentationsprinzip**<sup>1429</sup>. Es werden zwei Punkte zur Berücksichtigung vorgeschlagen und zur Umsetzung empfohlen: 1) Die Verabschiedung eines wie bisher mit der *“Triennial Bill”* angestrebten Gesetzes sei ohne Zwangsmittel zur Durchsetzung schlicht ineffektiv<sup>1430</sup>. 2) Das Recht zur Einberufung des Parlaments nicht mehr in der Prerogative zu verorten vermindere diese zu sehr und ermutige republikanische Bestrebungen wie im ersten *“Triennial Act”* (1641) zu sehen war. Das Hauptargument der Königsanhänger gegen die *“Triennial Bill”*, daß diese die königliche Prerogative zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments zu sehr beschneide, wurde damit ernst genommen, berücksichtigt und zugestanden<sup>1431</sup>. Das Ziel regelmäßiger Parlamente wurde damit aber keineswegs aufgegeben. Zur Erreichung dieses Ziels sollte nicht das königliche Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments gemindert werden, sondern jedem Parlamentsgesetz zur Geldbewilligung ein Zusatz angehängt werden<sup>1432</sup>. In diesem Annex sollte bestimmt werden, daß im Falle des Verstoßes zur jährlichen Einberufung und Auflösung des Parlaments, alle zuvor bewilligten Gelder hinfällig seien. Im Grunde bedeutete dies nichts anderes als die Praxis des sogenannten *“Tacking”* zu normieren. Beim *“Tacking”* wurde an eine erstrebte Gesetzesvorlage die Geldbewilligung angehängt, so daß mit der verweigerten Zustimmung des Königs auch die Geldbewilligung null und nichtig war<sup>1433</sup>. Der Autor verdeutlichte danach anhand des ersten und zweiten *“Triennial Act”* wie ineffektiv diese Gesetze

---

<sup>1429</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 1: *„Wherein we the Electors of divers Members of Parliament do apprehend these following Points“*

<sup>1430</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 1: *„I. That a bare positive Law for settled and certain Parliaments, without any Means to induce or procure an Execution of it, will be an ineffectual Law: For if Parliaments should not be called according to such a Law, what Remedy could there be had for the nonexecution without Violence?“*

<sup>1431</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 2: *„That to lodge or place any executive Power for the Calling of Parliaments in any other Person or Persons, or in any other manner than as now is used by the King himself, seems to tend too much to the Diminution of the Prerogative Royal, and the Encouragement of those who are of the Republican Principle, as was evident in the Statute of 16 Car. I. cap. 1“*

<sup>1432</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 2: *„Therefore to go such a middle Way to attain the End of Frequent and certain Parliaments, as shall not touch, infringe or diminish the Prerogative of Calling, Proroguing and Dissolving Parliaments, and yet shall answer the Subjects Expectation [...] to annex the following Condition [...] to the next Act of Parliament, which shall renew the Grant to the King of the Customs of Tonnage and Poundage, Excise etc. which is now expiring“*

<sup>1433</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 2: *„That in case there shall not from henceforth be a Parliament called and held once in every [Blank] Years, [...] And if such Parliament be not Dissolved once in every [Blank] Years [...] Then [...] this present Act, and all and every the Paiments and Revenues therein granted shall cease and be void“*

gewesen seien<sup>1434</sup>. An die Abgeordneten gerichtet bekräftigte der Verfasser abschließend das Recht ihrer Wähler, ihnen als Repräsentanten ihren Wählerwillen zu kommunizieren<sup>1435</sup>.

### c) 6. Sitzung (12.11.1694-03.05.1695)

**In der sechsten Sitzung kam es zur Verabschiedung der „Triennial Bill“ (22.12.1694)**, nachdem diese zuvor zweimal gescheitert war. In der vierten Sitzung verweigerte Wilhelm die Zustimmung (14. März 1693) und in der fünften Sitzung verfehlte die Gesetzesvorlage die erforderliche Mehrheit im Unterhaus (22. Dezember 1693). Wilhelm war Anfang Mai unmittelbar nach dem Ende der fünften Sitzung (25. April 1694) nach Holland aufgebrochen. Vom Flandernfeldzug kehrte er drei Tage nach dem anberaumten Termin für die sechste Sitzung nach England zurück (9. November). Der Beginn der Sitzung mußte deshalb verschoben werden (12. November)<sup>1436</sup>. Zur Eröffnung der sechsten Sitzung (12.11.1694) berichtete Wilhelm in der traditionellen Königsrede zu Sitzungsbeginn über den Krieg mit Frankreich und forderte die Unterhausabgeordneten zur Geldbewilligung für den Krieg auf<sup>1437</sup>. Robert Harley brachte in seiner Funktion als Anführer der „Country-Opposition“ die „Triennial Bill“ sogleich wieder im Unterhaus ein (19. November)<sup>1438</sup>. Die erste Lesung der wiedereingebrachten „Place Bill“ („*A Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament*“) fand jedoch noch vor der ersten Lesung der „Triennial Bill“ statt (20. November)<sup>1439</sup>, und zwar vor der ersten Befassung mit der „Supply Bill“ (21. November)<sup>1440</sup>. Die erste Lesung der „Triennial Bill“ folgte einen Tag später (22. November)<sup>1441</sup>, die zweite Lesung

---

<sup>1434</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 3

<sup>1435</sup> SOME ELECTORS OF MEMBERS OF PARLIAMENT, A letter to the members of Parliament, 1694, S. 4: „*The supposed Right that Electors have to communicate their Apprehensions to their Representatives in Parliament, and the seeming Danger of Misunderstanding about the Triennial Bill, and likewise the impossibility of making this Proposition any other way, has procured You this Trouble from Your Electors*“

<sup>1436</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 170f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 429; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 858f.

<sup>1437</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 171; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 430ff.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 445f.; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 859f.

<sup>1438</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 171; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 446; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 860f.

<sup>1439</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 171

<sup>1440</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 171-175

<sup>1441</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 175

eine Woche danach (28. November), genauso wie die zweite Lesung der *“Place Bill”*<sup>1442</sup>. Die dritte Lesung der *“Triennial Bill”* erfolgte im Folgemonat nach den Beratungen im Ausschuß, erhielt dann aber eine Mehrheit von 147 zu 55 Stimmen (13. Dezember)<sup>1443</sup>. Damit ging die Gesetzesvorlage zur weiteren Beratung und ersten Lesung an die Lords (14. Dezember)<sup>1444</sup>, gefolgt von der zweiten (17. Dezember)<sup>1445</sup> und der dritten Lesung (18. Dezember). Die Annahme der Gesetzesvorlage ohne weitere Zusätze (*“Amendements”*) führte allerdings zum Protest der Lords Devonshire, Halifax, Ailesbury und Weymouth. Gründe dafür wurden jedoch nicht genannt<sup>1446</sup>. Wilhelm gab vier Tage später (22. Dezember) auch seine Zustimmung zur *„Triennial Bill“*, wodurch sie endlich Gesetzeskraft erlangte<sup>1447</sup>. Die Quellenlage zur sechsten Sitzung ist hinsichtlich der Debatten bedauerlicherweise äußerst dürr, weil Anchtell Grey seine Aufzeichnungen (*“Grey’s Debates”*) bereits am Ende der fünften Sitzung beendete (25. April 1694) und Cobbetts Aufzeichnungen keine Debattenbeiträge überliefern, sondern nur eine kurze und summarische Zusammenfassung zur Gesetzesverabschiedung geben, genauso wie Chandler<sup>1448</sup>. Aus den Hauptquellen läßt sich nur entnehmen, daß die *“Triennial Bill”* von der ersten Lesung im Unterhaus (22. November) bis zur Zustimmung des Königs (22. Dezember) gerade einmal einen Monat benötigte. Dies ist angesichts der vorangegangenen Kontroversen nur dann überraschend, wenn der im Hintergrund zwischen Wilhelm und Sunderland arrangierte Wechsel Wilhelms von der aus Whigs und Tories gemischten Administration zur Whig-Junto unberücksichtigt bliebe<sup>1449</sup>. Der verfassungsrechtlich bedeutsame

---

<sup>1442</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 179

<sup>1443</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 186f.

<sup>1444</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 443f.

<sup>1445</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 445f.

<sup>1446</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 446f.: *„We do dissent from this Vote; because it tendeth to the Continuance of this present Parliament longer than, as we apprehend, is agreeable with the Constitution of England; besides the ill Consequences, which in many respects may attend it“*; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 189f.

<sup>1447</sup> THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 192f.; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 450f.: *„In like Manner, the Bill following was passed: ‚An Act for the frequent Meeting and Calling of Parliaments‘. ‚Le Roy et la Reyne l’ veulent‘“*

<sup>1448</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 860f.; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), 1742, S. 446: *„Mr. Harley brings in a Bill for frequent Parliaments. The Commons adjourn’d to the 19th of November; when the first thing they did was to order Mr. Harley to prepare and bring in a Bill for (fn. 1) the frequent meeting and calling of Parliaments, which they had been so earnest for in former Sessions, and were resolved to insist upon in this. The Bill was easily drawn up, and presented November the 22d, and read with dispatch the third time, and past December the 13th and sent up to the Lords, who on December the 18th, gave it their concurrence, without any Amendments“* (Chandler und Cobbett sind absolut gleichlautend)

<sup>1449</sup> vgl. die Ausführungen zu Wilhelms Wechsel von der gemischten zur neuen Administration der Whig-Junto im Abschnitt F.III.1.b)

„*Triennial Act*“ scheint geradezu hinter den kurz nach der Verabschiedung erfolgten Tod der Königin Mary (28. Dezember) getreten zu sein. Beide Parlamentshäuser kondolierten dem König zu ihrem Tod<sup>1450</sup>. Die Parlamentsarbeit ging danach noch bis in den Frühling 1695 weiter. Wilhelm beendete die sechste Sitzung und vertagte das Parlament schließlich (3. Mai 1695), um zu seinem alljährlichen Flandernfeldzug aufzubrechen<sup>1451</sup>.

**Der Regelungsgehalt des „*Triennial Act*“ (1694)** bestand aus vier Punkten<sup>1452</sup>: 1) Das Gesetz erklärte unter Bezugnahme auf die altehrwürdigen Gesetze des Landes, daß Parlamente regelmäßig stattzufinden haben, und zwar mindestens einmal in drei Jahren<sup>1453</sup>, 2) Königliche Einberufungsschreiben sollten spätestens drei Jahre nach der Auflösung ausgestellt werden<sup>1454</sup>, 3) Kein Parlament solle länger als drei Jahre dauern<sup>1455</sup>, 4) Das gegenwärtige Parlament sollte am 1. November 1696 enden<sup>1456</sup>. Der „*Triennial Act*“ von 1694 bestimmte, daß ein Parlament spätestens drei Jahre nach seinem Zusammentritt wieder aufzulösen war. Dem König war es jedoch immer noch erlaubt, das Parlament vor Ablauf der drei Jahre wieder aufzulösen, wovon Wilhelm III. in der Folgezeit mehrfachen Gebrauch machte (vgl. Abschnitt F. III. 1. c. „*Three Parliaments, 1698-1702*“). Entscheidend aber war, daß es für den König keine Verpflichtung gab, nach der Auflösung

---

<sup>1450</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 193f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 453; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 863f.

<sup>1451</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 332f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 588f.

<sup>1452</sup> „*Triennial Act*“ abgedruckt, in: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 861f.; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 570; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 79f.; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 80; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 38

<sup>1453</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510: „***I. Parliament to be held once in Three Years at the least.*** *Whereas by the ancient Laws and Statutes of this Kingdome frequent Parliaments ought to bee held [...] That from henceforth a Parliament shall bee holden once in Three yeares att the least*“

<sup>1454</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510: „***II. Writts to be issued once in Three Years.*** *[...] That within Three yeares att the farthest from and after the Dissolution of this present Parliament and soe from time to time for ever hereafter within Three yeares att the farthest from and after the determination of every other Parliament Legal Writts under the Great Seal shall bee issued by directions of your Majesties your Heires and Successors for calling assembling and holding another new Parliament*“

<sup>1455</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510: „***III. No Parliament to continue longer than Three Years.*** *[...] That from henceforth noe Parliament whatsoever that shall att any time hereafter bee called assembled or held shall have any continuance longer then for Three yeares onely att the farthest to bee accounted from the day on which by the Writts of Su[m]mons the said Parliament shall bee appointed to meet*“

<sup>1456</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510: „***IV. Present Parliament to cease 1st Nov. 1696.*** *[...] That this present Parliament shall cease and determine on the First day of November [...] unlesse their Majesties shall think fitt to dissolve it sooner*“.

Neuwahlen alsbald auszuschreiben. Er konnte sich damit bis zu drei Jahre Zeit lassen. Das königliche Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments war zwar beschränkt worden, nicht aber gänzlich aufgehoben. Der König hatte immer noch einen weiten Ermessensspielraum<sup>1457</sup>.

Zur Verabschiedung des *“Triennial Act”* in der sechsten Sitzung des *“Officers’ Parliament”* hatte es in der zeitgenössischen Publizistik keine öffentliche Debatte gegeben. Die Opposition hatte mit der Verabschiedung ihr Ziel erreicht und die Krone hatte ihren Widerstand dagegen aufgegeben. Die Vereinbarung zur Verabschiedung des *“Triennial Act”* mußte schon nach der fünften Sitzung geschlossen worden sein, da es damals schon keine öffentliche Debatte mehr im Schrifttum gab. **John Tolands achtseitige Schrift *“The danger of mercenary Parliaments”* (1698)** zeigt aber, daß die Sorgen der Opposition mit der Verabschiedung des *“Triennial Act”* keineswegs gänzlich beseitigt worden waren. Tolands Schrift griff die Problematik des korrumpierten Parlaments anlässlich der Parlamentswahl von 1698 wieder auf. Toland stand in unmittelbarem Kontakt zur *“Country”*-Opposition unter Robert Harleys Führung mit dem er sich rege austauschte, nachdem er über John Locke mit dem dritten Earl of Shaftesbury in Kontakt gekommen war, dem Philosophen und Enkel des Whig Anführers der 1670er Jahre. Von den *“Country-Whigs”* wurde Toland darum gebeten, Biographien der Whig-Märtyrer Algernon Sidney Denzil Holles, Edmund Ludlow, John Milton und James Harrington zu schreiben. Toland geht auf die durch den *“Triennial Act”* bedingte häufige Wahlpraxis ein, besonders aber auf die Korruption als Erzübel aller Politik, denn die ebenfalls in der fünften Sitzung angestrebte *“Place Bill”* zur Aussonderung und Verhinderung von Amtsträgern als Parlamentsabgeordnete wurde im Gegensatz zum *“Triennial Act”* ja nicht verabschiedet<sup>1458</sup>. Zu Beginn beschreibt der Autor die mit der Schrift verfolgte Absicht. Es gehe bei der anstehenden Parlamentswahl um die Wahl bzw. Abwahl der von der Krone begünstigten Abgeordneten, weil es beklagenswerte Auswirkungen habe, daß das Unterhaus mit Amtsträgern und Pensionären gefüllt sei<sup>1459</sup>. Toland benennt zur Untermauerung seiner Behauptung der

---

<sup>1457</sup> Zu den weitreichenden Folgen des *“Triennial Act”* auf die zukünftigen Wahlen, die Parteien und das Parlamentsmangement, vgl.: JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 33, 87, 268; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 488-492; COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 305, 335 f.

<sup>1458</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698; ANONYMUS, *A Collection of State Tracts*, Vol. II., 1706, S. 638–645; DANIEL, Stephen H., Toland, John (1670–1722), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27497>.

<sup>1459</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 1: *„I shall therefore confine my present thoughts [...] on the choice of Members for the next Session of Parliament: I mean the choosing or refusing of such Persons who are now possess of any Places and Preferments, depending upon the gift and pleasure of the Court [...] the deplorable Consequents and Effects which must necessarily attend the choice of a House of Commons filled with Officers and Court-Pensioners“*

schädlichen Wirkung der vom Hof eingesetzten Abgeordneten zunächst in einer Gegenüberstellung die ursprünglichen und wahren Gründen zur Einrichtung der Parlamente. Diese seien geschaffen worden zur Unterstützung des Königs und seiner berechtigten Prerogative sowie zum Schutz der ebenso berechtigten Untertanenrechte, zur Sicherstellung des Gleichgewichts zwischen absoluter Monarchie und Anarchie, zur Eindämmung anmaßender Minister und ihrer Ambitionen und zur Bewahrung und Verbesserung der Verfassung<sup>1460</sup>. Das Parlament sei aber voller Amtsträger und Pensionäre, die Toland ganz unverhohlen als Straftäter und Räuber bezeichnet<sup>1461</sup>. Besonderes Augenmerk richtet der Verfasser auf die Herrschaft Karls II. und das Kavalier- bzw. Pensionärsparlament und Jakob II., der auf dieser Grundlage seine Herrschaft errichtete<sup>1462</sup>. Von der Glorreichen Revolution zeigte sich Toland enttäuscht. Man hatte große Hoffnungen in die Revolution gesetzt, habe goldene Träume gehabt, um jetzt nichts anderes als Korruption des Hofes und Parlaments in einem leprösen Ausmaße zu erleben<sup>1463</sup>. Toland kommt dann auf die regelmäßigen Parlamente unter den Voraussetzungen des *“Triennial Act”*, das **königliche Parlamentsmanagement mittels Korruption und das Repräsentationsprinzip** zu sprechen. Die regelmäßigen Parlamente während des Krieges haben den Parlamentsmanagern die Fertigkeit gelehrt, unsere Repräsentanten zu korrumpieren<sup>1464</sup>. Die einzige Heilung verspreche die Wahl eines Parlaments, das sich ganz dem öffentlichen Wohl widme. Unter Bezugnahme auf Cato, eine Vorwegnahme der Thesen der sogenannten *“Roman Whigs”* (Shaftesbury, Harley, Molesworth und

---

<sup>1460</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 1: *„First then, We shall best be able to understand the nature of such an ill-chosen Parliament, by comparing it with a true one, and with the original design of Parliaments in their Institution. [...] first intended for a Support to the King’s just Prerogative, and a Protection to the Subjects in their as just Rights and Privileges. [...] For a poise and balance between the two extreme contending Powers of absolute Monarchy and Anarchy: For a check and curb to insolent and licentious Ministers, and a terror to ambitions and over-grown Statesmen: For giving their Advice to his Majesty in all matters of Importance: For making necessary Laws to preserve or improve our Constitution [...]“*

<sup>1461</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 2: *„Parliament filled with Delinquents [...] Assembly of public Robbers“*

<sup>1462</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 2f.: *„K. Charles the 2d. [...] These and all the other Mischiefs of that Reign are justly chargeable to the account of that pensioned Parliament [...] King James’s Reign [...] This true indeed he reaped too much advantage from the conduct of the bribed Parliament in his Brother’s Reign, and used all possible endeavours to procure such another for himself, well knowing it to be the most effectual means for carrying on his ruinous and destructive Projects [...]“*

<sup>1463</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 3: *„Glorious Revolution [...] We were filled with golden dreams not only of a bare security of our Estates and Lives [...] But tho we have dreamt our Dreams, yet have we not seen the Visions [...] the Nation [...] have fallen short of their expected Happiness [...] bare faced and opened avowed Corruption, which, like a universal Leprosy, has so notoriously infected and overspread both our Court and Parliament“*

<sup>1464</sup> TOLAND, *The danger of mercenary Parliaments*, 1698, S. 5: *„The necessity we have lain under of frequent meetings of Parliament during the War, has taught our Managers so much dexterity and address in their applications to the Members of that Assembly, that they are now become consummate Masters in that most detestable art of **corrupting our Representatives**, by hopes and fears of attaining or losing Offices and Preferments“*



Bolingbroke), sprach Toland bereits 1698 davon, daß die Abgeordneten nicht länger einer Schafherde ähneln dürfen, die sich nach Belieben der Regierung dirigieren lassen<sup>1465</sup>. Tolands nächster Vorschlag zeigt, wie ernst es die Opposition mit der Repräsentation nahm. Die Wähler sollten von ihren Repräsentanten ihre Zustimmung zu einer „*Place Bill*“ einfordern, zumindest aber sollte das Gesetz bestimmen, in Anlehnung an den Grundsatz „*durante bene placito*“ zur Beurteilung der Richter, daß Abgeordnete ihr Mandat nur solange behielten, wie sie sich konform verhielten<sup>1466</sup>. Toland stellt die „*Self-Denying Ordinance*“ des Langen Parlaments (3. April 1645) als vorbildlich dar, die Armeeeoffiziere vom Parlament ausschloß<sup>1467</sup>.

**Die achtseitige Schrift „*Considerations on the nature of parliaments, and our present elections*“ (1698)** thematisiert die **Repräsentationsproblematik** in ähnlicher Weise wie Toland<sup>1468</sup>. Regelmäßige Parlamente, welche nicht die Freiheiten und Regierungen herstellen für die das Volk gekämpft hat, sind keine repräsentativen Versammlungen<sup>1469</sup>. Ein korruptes Unterhaus könne nicht als Repräsentation des Volkes firmieren<sup>1470</sup>. Nach der Darlegung der zahlreichen Verfehlungen Jakobs I., Karls I., Karls II. und Jakobs II. warf der Autor die Frage auf, was geschehen würde, wenn alle Mißstände zugleich auftreten würden, und gab sogleich die Antwort, daß nur ein freies und nicht korruptes Parlamente die Mißstände beseitigen könne<sup>1471</sup>. Die Schrift endet mit der

---

<sup>1465</sup> TOLAND, The danger of mercenary Parliaments, 1698, S. 6: „*The only remedy therefore is, to chuse such a Parliament who under not temptations, and are acted by no other motives but the real and true interest of his Majesty and his Dominions; a Parliament that will fall unanimously upon publick Business, and be free from those petty Factions and personal Piques [...] That they no longer resemble a stock of Sheep (as CATO said of the Romans in his time) [...]*“

<sup>1466</sup> TOLAND, The danger of mercenary Parliaments, 1698, S. 7: „*[...] if the Freeholders and Burghers in England will petition and engage their Representatives to consent to a Bill which shall be brought into the House, to incapacitate all Members for holding Offices and Preferments; or if it should be thought too much to debar them altogether from the enjoyments of Polls or honor and advantage, let them keep them during good behaviour, and not otherwise [...]*“

<sup>1467</sup> TOLAND, The danger of mercenary Parliaments, 1698, S. 8: „*[...] by that one self-denying Act to maintain the publick welfare from the danger of inward Convulsions at home, and violent Concessions from abroad [...]*“

<sup>1468</sup> Anonymus, Considerations on the nature of parliaments, and our present elections, Early English Books Online (EEBO) C5912A, London, 1698; ANONYMUS, A Collection of State Tracts, Vol. II., 1706, S. 645–651

<sup>1469</sup> ANONYMUS, Considerations on the nature of parliaments, 1698, S. 1: „***And if the succeeding Parliaments (which are called Representatives of the Nation) have not established by proper Laws those Liberties, and that Government for which the People drew their Swords, it must be concluded, those Assemblies did not truly represent the People***“

<sup>1470</sup> ANONYMUS, Considerations on the nature of parliaments, 1698, S. 1: „*The opinion of the universal Corruption of this Age cannot be concealed, it is made evident by those that Elect, by those that are Elected, and selling of Votes are Consequences. And if this should appear to be the present Case, such a House of Commons cannot pass for a Representative of the People, but a Representative of a few dissolute, mercenary Persons [...]*“

<sup>1471</sup> ANONYMUS, Considerations on the nature of parliaments, 1698, S. 5f.: „*K. Charles the 2d [...] began the fatal Project of bribing Parliaments. [...] what would become of us if these difficulties should bear upon us all at once? [...] a free uncorrupted Parliament would soon dispel these Clouds*“

ultimativen Handlungsanweisung des Autors für die Parlamentswahl. Die Wähler sollten diejenigen wählen, die sie wahrhaft repräsentieren würden. Dies seien die Tugendhaften, die frei sind von jeder Dienstbarkeit und deshalb nur im Dienste ihres Landes stehen und der anvertrauten Treuhandschaft gerecht werden. Und hier kommt die eigentlich interessante Wendung: Wählt die Reichen, weil sie nicht korrumpierbar sind<sup>1472</sup>. Der Ruf nach der Tugendhaftigkeit als universelles Heilmittel ging bis auf die Römer zurück, wurde von den *“Roman Whigs”* propagiert und sollte zum Dauerthema werden, besonders unter Bolingbrokes Führung im Kampf gegen das als durch und durch korrupt empfundene System Robert Walpoles. Zum Dauerthema nicht nur in England, sondern mit Fernwirkung bis zur Rezeption dieser Argumentation durch Thomas Jefferson und seine Anhänger<sup>1473</sup>.

**Die Meinungen zum “Triennial Act” gingen auseinander.** Bischof **Gilbert Burnet** (1643-1715) bestätigt in seinem Werk *“The history of my own life and of the most remarkable things that I have known and observed in the world”* (1683-1715) die in den *“Triennial Act”* gesetzte Hoffnung seiner Zeitgenossen, **daß England mit diesem Gesetz “repräsentativer” würde**<sup>1474</sup>. Zustande gekommen sei das Gesetz seiner Ansicht nach als nüchternes politisches Tauschgeschäft gegen die Bewilligung der *“Supply Bill”* zur Kriegsfinanzierung. Burnet ließ es offen, ob die allgemeine Erwartung an das Gesetz sich erfüllen würde, daß die gängige Praxis der Korruption in den Parlamentswahlkämpfen verschwinden würde. Der Erwartung, daß mit der Verabschiedung des *“Triennial Act”* die Freiheiten der Engländer besser denn je gesichert seien, stand er wohl skeptisch gegenüber. **Der Nexus zwischen Korruption und Repräsentation**, daß Repräsentation mit dem Korruptionsgrad der gewählten Abgeordneten steht und fällt, war jedenfalls allgemeine Überzeugung, genauso wie der Wunsch nach Repräsentation<sup>1475</sup>. **David Ogg** betonte auch die

---

<sup>1472</sup> ANONYMUS, *Considerations on the nature of parliaments*, 1698, S. 8: *„Good People of England, elect those to represent you this Parliament, who most probably will secure your being truly represented for ever: in other words, Those who have Virtue enough to incapacitate themselves from any Service but that of their Country, while they take that Trust upon them. Now towards making such a Choice, my Instructions shall be as short as my Advice; Chuse Rich Men. [...]“*

<sup>1473</sup> BROWNING, Reed, *Political and constitutional ideas of the court Whigs*, Baton Rouge, 1982, S. 1-34, 210-256

<sup>1474</sup> BURNET, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol IV, 1823, S. 186: *„So it was thought, that England would have a truer representative, when it was chosen anew every third year, than when it run on to the end of a reign“*

<sup>1475</sup> BURNET, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol IV, 1823, S. 232f.: *„With the supply bills, as the price or bargain for them, the bill for frequent parliaments went on; it enacted [...] it was received with great joy, many fancying that all their other laws and liberties were now the more secure, since this was passed into law. Time must tell what effects it will produce; whether it will put an end to the great corruption with which elections were formerly managed, and to all those other practices that accompanied them. Men that intended to sell their own votes within doors, spared no cost to buy the votes of others in elections: but now it was hoped we should see a golden age, wherein the character men were in, and reputation they had, would be the prevailing considerations in elections: and by this means it was hoped, that our constitution, in particular that part of it which related to the house of commons,*

Bedeutung des **Repräsentationsprinzips**. Hintergrund des dritten „*Triennial Act*“ (1694) seien die bitteren Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte gewesen. Einerseits gemahnte das „*Long Parliament*“ (1641-60) und das achtzehnjährige Kavalierparlament Karls II. (1661-79) zu einer Begrenzung der Parlamentsdauer. Und andererseits leitete man aus der parlamentslosen Herrschaft Karls I. (1629-40), Karls II. (1681-85) und Jakobs II. (1685-88) die Notwendigkeit einer festen Parlamentsdauer ab. Man war davon überzeugt, daß Parlamente während ihrer langen Dauer ihren Charakter völlig änderten, willkürlich würden und ihren repräsentativen Charakter verlören. Deshalb verglich man ein „*Standing Parliament*“ in seiner Gefährlichkeit mit dem einer „*Standing Army*“<sup>1476</sup>. **Christoph Kampmann** sah denn auch im Verbot eines „*Standing Parliament*“ einen verfassungsgeschichtlichen Einschnitt<sup>1477</sup>. Ogg wies aber auch darauf hin, daß Parlamente eine bestimmte Dauer benötigten, um sich zu entfalten. Kurze Parlament dienten dagegen den Bedürfnissen älterer Zeiten<sup>1478</sup>. Und die Begeisterung für den „*Triennial Act*“ hielt wohl nicht lange an. Einflussreiche Familien befürchteten ihre Macht über die Wahlkreise in den häufigen Wahlen an vermögende und ortsfremde Außenseiter zu verlieren, zumal die Wahlkämpfe immer mehr Geld kosteten und die Wähler politisierten<sup>1479</sup>. **J. R. Jones** bestätigte Burnets Ansicht über den

---

*would again recover both its strength and reputation; which was now very much sunk; for corruption was so genereally spread, that it was believed every thing was carried by that method“; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 491: „[...] Contemporaries were more impressed by the limitation in the length of its life; indeed, this Triennial Act was hailed as the beginning of a golden age in politics (Burnet IV, S. 239), because the lectorates would now have more frequent and regular opportunities for passing judgement on the conduct of their representatives“; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 860f.*

<sup>1476</sup> OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 488f.: *„the statesmen and politicians of William’s reign had in view the lessons to be deduced from the more recent past, and here they were influenced by two sets of precedents; first, the Long Parliaments of Charles I and Charles II; and second, the facts that, after the Oxford Parliament of March 1681, no parliament was summoned by Charles, and that James was without legislature after November 1685. [...] the two long Parliaments, by their inordinate length, appeared to violate the ancient parliamentary constitution, the conduct of the later Stuarts appeared to abolish it altogether. [...] In regard to the first, it was generally held that two Long Parliaments had completely changed in character during their lives, and that, before their dissolution, they had become arbitrary and unrepresentative. A standing parliament was therefore considered as dangerous as a standing army“*

<sup>1477</sup> KAMPMANN, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, 2004, S. 646–662, hier S. 660: *„Dieses Gesetz markiert einen Einschnitt in der Verfassungsgeschichte Englands von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil damit erstmals ein unbegrenzt fortbestehendes ‚Standing Parliament‘ ausdrücklich verboten wurde“*

<sup>1478</sup> OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 490: *„For a full exercise of its fast-increasing powers it needed a certain duration of tenure, short parliaments being characteristic of those more limited assemblies which had served purposes of earlier times“*

<sup>1479</sup> OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 491: *„But this enthusiasm speedily waned. Some thought that the triennial or more frequent elections endangered family influence in the constittuencies, by encouraging outsiders to intervene; as elections were more frequent, more money had to be spent on them [...] The fact that parliaments now had a definitie maximum life*

Zusammenhang zwischen der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ und der „*Supply Bill*“. Der politische Einfluss der Whigs, der unter Shaftesbury nicht ausgereicht hatte, um sich gegen die Patronage- und Bestechungspolitik Karls II. durchzusetzen, war inzwischen so stark, daß sie sich mit ihrer Forderung einer Parlamentsreform durchzusetzen vermochten, noch bevor sich ein stehendes Parlament neu etablierte. Wilhelm III. musste nachgeben, war er doch kriegsbedingt von den Finanzbewilligungen des Parlaments abhängig, auch wenn er in der „*Triennial Bill*“ eine ernste Gefährdung der königlichen Prerogative sah. Die Opposition fürchtete wohl gar nicht, daß Wilhelm ohne Parlament regieren würde. Sie befürchtete vielmehr, daß er mit Hilfe des wachsenden Staatsapparates zur Kriegsführung, den er mit den Parlamentsgeldern finanzierte, über Mittel und Ämter zur Korruption des Parlaments verfügte. Man erwartete, daß Wilhelm zu diesem Zweck und mit Hilfe von Carmarthen, mit diesem „*Officers' Parliament*“ als „*Standing Parliament*“ bis Kriegsende regieren wollte. Von regelmäßigen Wahlen erhoffte man sich, daß es der Regierung nicht gelingen würde, diese zu manipulieren. Aus diesem Grund wurden die Gesetzgebungsvorhaben für regelmäßige Parlamentswahlen und zur Eliminierung von „*placemen*“ zu den wichtigsten Anliegen der Opposition. An die langfristigen Konsequenzen regelmäßiger Wahlen und kurzer Parlamente hatte die Opposition in ihrem Eifer jedoch kaum gedacht. Häufige und teure Wahlen beförderten den Einfluß der reichen Magnaten und machten es für den minder reichen Landadel der „*gentry*“ sehr schwierig, Parlamentssitze zu gewinnen und zu halten<sup>1480</sup>. Barry Coward ging in seinem Standardwerk „*The Stuart Age, England 1603-1714*“ (1980) unter Bezugnahme auf die Entwürfe zum „*Septennial Act*“ (1716) davon aus, daß die Beschränkung der Parlamentsdauer durch den „*Triennial Act*“ zu den häufigen und heftigen Wahlkämpfen der Folgejahre führten. Dabei war es das vom „*Triennial Act*“ unberührt gebliebene Recht der Krone zur Einberufung, Vertagung und Auflösung vor Ablauf der dreijährigen Parlamentsdauer, welches dazu führte, wenn die Krone denn der Ansicht war, es würde ihr nützen. Coward konstatiert aber, daß die häufigen Wahlkämpfe zum Austausch vieler Abgeordneter beigetragen hätten, wodurch verhindert worden sei, daß die Krone eine „*court party*“ im Unterhaus hätte aufbauen können. Für Coward trug der „*Triennial Act*“ zur politischen Instabilität bei, während der „*Septennial Act*“ für ein Mehr an Stabilität sorgte. Dabei galt gerade Walpoles Herrschaft seinen politischen Gegnern als Höhepunkt der Korruption<sup>1481</sup>.

---

*may also have encouraged a greater amount of management and preparation in the constituencies, and in this way the nation probably became more politically minded“*

<sup>1480</sup> JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 267f.

<sup>1481</sup> COWARD, *The Stuart Age, England 1603-1714*, 1980, S. 305: „[...] *The Triennial Act of 1694 limited the life of individual Parliaments to a maximum of three years. The drafters of the Septennial Act in 1716 rightly commented that this „proved very*

### 3. Parlament und Thronfolge (1696, 1701 und 1706)

Häufig wird vergessen, daß das Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments als königliches Prärogativrecht letztlich vom Leben des Monarchen abhängt. Was also passiert mit einem Parlament, wenn der König oder die Königin verstirbt? Im Falle des Ablebens des Monarchen endet auch das Parlament. Thronfolge und Abfolge von Parlamenten (*“succession”* and *“succession of parliaments”*) hängen eng miteinander zusammen. Der *“Triennial Act”* gab keine Antwort darauf, was im Todesfalle des Monarchen mit dem Parlament passieren sollte. Zwei zusätzliche Gesetze wurden deshalb zu diesem Zweck verabschiedet: 1) Der *“Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”* (1696) und 2) der *“Regency Act”* (1706) zur Ergänzung des *“Act of Settlement”*, der sich zwar auch mit der Problematik der Thronfolge beschäftigte, die Fortexistenz des Parlaments aber ungeregelt gelassen hatte. Der *„Act of Union“* (1707), der die staatliche Union Englands und Schottlands herstellte, erweiterte den Geltungsbereich des *„Act of Settlement“* und des *„Regency Act“* auch auf Schottland. An dieser Stelle soll der Regelungsgehalt der drei Gesetze kurz dargestellt werden, insbesondere im Hinblick auf die Tagungsdauer des Parlaments. Die Parlamentsdebatten zur Verabschiedung dieser Gesetze sollen hier nicht untersucht werden, weil es sich nicht um Gesetze zur expliziten Regelung der Parlamentsdauer handelte, sondern vielmehr um Gesetze, die sich in erster Linie mit der Sicherung der protestantischen Thronfolge beschäftigen, im Nexus der Thronfolgefrage aber auf das Parlament als zentrales Verfassungsorgan eingehen.

#### a) *“Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament [...]”* (1696)

Ein Mordanschlag auf Wilhelm (*„Assassination Plot“*, 24. Februar 1696)<sup>1482</sup> wurde in Umkehrung der Verhältnisse von 1683 (*„Rye House Plot“*) diesmal von der *„Whig Junto“* dazu genutzt, die *„Country Opposition“* zu spalten. Da Wilhelms Ermordung eine jakobitische Invasion Englands

---

*grievous and burdensome [...]’ Not only did the frequent general elections help to maintain the intense political excitement of the period, but they also ensured that the membership of the House of Commons constantly changed, so preventing the crown from building up a court party in the House. Just how important the Triennial Act was in contributing to the political instability of these years can be seen by the dramatic effect of its repeal and its substitution by the Septennial Act in 1716, which facilitated the growth of political stability during the age of Walpole“*

<sup>1482</sup> Wilhelms Rede zum Mordanschlag: THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 465ff.: *„[...] I have received several concurring Informations of a Design to assassinate me; and that our Enemies, at the same time, are very forward in their Preparations for a sudden Invasion of this Kingdom: And have therefore thought it necessary to lose no Time in acquainting my Parliament with these Things; in which the Safety of the Kingdom, and the publick Welfare, are so nearly concerned, that, I assure myself, nothing will be omitted, on your Part, which may be thought proper for our present or future Security. [...]“*; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 679ff.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 19f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 987f.

einleiten sollte, wurde eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung gegen die Tories gemacht und diese als Jakobiten diffamiert. In Reaktion auf das geplante Attentat verabschiedete das Parlament zwei Gesetze (10.04.1696)<sup>1483</sup>: 1) Der *“Act for the better Security of His Majesty's Royal Person and Government”* hatte die Spaltung der *“Country Opposition”*, die aus *“Country Whigs”* und *“Country Tories”* bestand, zur Folge. Das Gesetz erklärte Wilhelm zum rechtmäßigen König und verlangte später außerdem einen zwingenden Eid auf Wilhelm als *“rightful and lawful king”*. Die Whigs hatten kein Problem dem zuzustimmen. Ganz anders aber die Tories, die Wilhelms offizielle Anerkennung lange abgelehnt hatten. 2) Der *“Act for the continueing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”* (Chapter XV. Rot. Parl. 7&8 Gul. III. p.s. n.1). Dieses Gesetz war von besonderer Bedeutung für die Tagungsweise des Parlaments, weil es eine explizite gesetzliche Autorisierung zur Einberufung des Parlaments ohne königliche *“writs of summons”* gab, um die protestantische Thronfolge zu sichern. Das Gesetz stellte sicher, daß das Parlament nach dem Tod des Königs nicht automatisch aufgelöst, sondern danach für sechs Monate fortgesetzt würde<sup>1484</sup>. Der *“Act for the continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors”* bestand aus drei Abschnitten: 1) Das Parlament sollte im Falle des Ablebens des Königs oder des Thronfolgers nicht automatisch aufgelöst sein. Es sollte vielmehr über den Tod hinaus sechs Monate fort dauern, außer es würde vorher von dem Thronfolger vertagt oder aufgelöst, der durch Parlamentsgesetz zuvor zum Thronfolger bestimmt worden war. Mit dieser Normierung institutionalisiert sich das Parlament weiter und macht sein Bestehen vom Leben

---

<sup>1483</sup> THE HOUSE OF COMMONS, *The Journal of the House of Commons* Vol. 11 (1693-97), 1803, S. 555; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), 1767, S. 732f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 3 (1695-1706), 1742, S. 23f.; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 992f.

<sup>1484</sup> vgl. mit Abschnitt F. III. 1b; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 603f.; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 84f.; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., *Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House*, 2002; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 274f., 277; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 426ff.; OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 488: *„The first of these rights, that of summoning, proroguing, and dissolving parliament [...] by Triennial Act of 1694. This latter statute was modified by an Act of 1696, the year of the Jacobite Assassination Plot, which enacted that Parliament should not determine by the death of the sovereign, but might sit for six months thereafter. [...] These were the legislative measures which ensured for parliament a permanent place in the constitution, and so must be regarded as the most important element in the Revolution settlement [...] a gradual adaptation of a medieval institution to more modern needs. Of this process, the starting point was the widely held opinion that annual parliaments were of remote antiquity [...] confirmed by the statutes of Edward III which required that the legislature should be summoned once a year or more often if need be“*; ROSE, *England in the 1690s*, 1999, S. 92; HOPPIT, *A land of liberty?, England 1689-1727*, 2000, S. 138, 153f.; HARRIS, *Politics under the later Stuarts*, 1993, S. 165

des Monarchen unabhängig<sup>1485</sup>, 2) Für den Fall, daß zum Todeszeitpunkt kein Parlament tagen sollte, dekretierte das Gesetz die Versammlung des Vorgängerparlaments<sup>1486</sup>, 3) Das königliche Recht zur Vertagung und Auflösung des Parlaments sollte von diesem Gesetz unbenommen bleiben, genauso wie der „*Triennial Act*“ von 1694<sup>1487</sup>.

#### b) “*Act of Settlement*” (1701)

Der “*Act of Settlement*” (12. Dezember 1701)<sup>1488</sup> war Hauptberatungsgegenstand des kurzen vierten Parlaments (Februar bis Juni 1701). Der Tod des Duke of Gloucester (Juli 1700), des einzigen Sohnes und Erben von Prinzessin Anne, erforderte eine Neuregelung der Thronfolge für den Fall ihres Ablebens. Nach monatelanger Beratung (März bis Juni) wurde das Gesetz dank Robert Harleys Geschick am Jahresende verabschiedet. Die Auseinandersetzungen um die Impeachments gegen Portland (28. März 1701), Orford Somers und Halifax (14.04.1701) hatten verzögernde Wirkung. Der “*Act of Settlement*” regelte nicht nur die protestantische Thronfolge des Hauses Hannover, sondern normierte wichtige Prinzipien der „*Country*“-Partei. Regelungen zur Sicherung der Freiheiten, welche die „*Bill of Rights*“ ungeregelt gelassen hatte, sollten mit dem „*Act of Settlement*“ nachgeholt werden. Das von der „*Country*“-Partei seit langem vorgebrachte Verlangen

---

<sup>1485</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84: „**I. Parliament not dissolved by the Demise of His Majesty or his Successors, but may sit 6 Months after, unless sooner prorogued or dissolved [...]** That this present Parliament or any other Parliament which shall hereafter bee summoned and called by His Majesty King William His Heirs and Successors shall not determine or bee dissolved by the Death or Demise of His said Majesty His Heirs and Successors but such Parliament shall and is hereby enacted to continue and is hereby impowered and required immediately to meete convene and sitt and to act notwithstanding such Death or Demise for and during the time of Six Moneths and noe longer unlesse the same shall bee sooner prorogued or dissolved by such Person who shall be next Heire to the Crowne of this Realme of England in Succession according to an Act of Parliament made in the first Yeare of the Reigne of King William and Queene Mary intituled An Act declaring the Rights and Liberties of the Subject and settling the Succession of the Crowne [And if the said Parliament shall bee soe prorogued then itt shall meete and sitt on and upon the Day unto which itt shall be prorogued and continue for the Residue of the said time of Six Months unlesse sooner prorogued or dissolved as aforesaid“

<sup>1486</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84: „**II. If no Parliament sitting at the King's Demise, then last preceding Parliament to sit. [...]** That in case there shall be noe Parliament in being att the time of the Death or Demise of His Majesty or any of His Heirs and Successors then the last preceding Parliament shall immediately convene and sitt and is hereby impowered and required to act as aforesaid to all Intents and Purposes as if the said Parliament had never bene dissolved“

<sup>1487</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84: „**III. Proviso for Power of the King to prorogue or dissolve Parliament, and also for Stat. 6 & 7 W. & M. c. 2. [...]** That nothing in this Act contained shall extend or bee construed to extend to alter or abridge the Power of the King His Heires and Successors to prorogue or dissolve Parliaments nor to repeale or make voyd one Act of Parliament made in the Sixth and Seventh Yeares of the Reigne of His present Majesty King William intituled An Act for the frequent Meeting and calling of Parliaments but that the said Act shall continue in force in every thing that is not contrary to or inconsistent with the Direction of this Act“

<sup>1488</sup> RAITHBY, Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 747–750: “Act for the further Security of His Majesties Person and the Succession of the Crown in the Protestant Line and for extinguishing the Hopes of the pretended Prince of Wales and all other Pretenders and their open and secret Abettors” (Chapter VI. Rot. Parl. 13 & 14 Gul. III. n. 6.)

nach Ausschluß bezahlter Amtsträger („*placemen*“) vom Parlament fand eine erste gesetzliche Normierung, später ergänzt vom „*Regency Act*“ (1706). Der „*Act of Settlement*“ unterband auch die Regierungspraxis des kleineren inoffiziellen „*Cabinet Council*“ am „*Privy Council*“ vorbei und etablierte das Prinzip der Ministerverantwortung, indem es für Maßnahmen und Beschlüsse deren Unterschrift verlangte. Diese Regelung erleichterte Impeachments, die im Übrigen nicht mehr durch königliche Begnadigung außer Kraft gesetzt werden konnten, wie im Falle von Danby (1679), und veranlaßte die Minister zu größerer Vorsicht. Der „*Act of Settlement*“ wurde geschaffen, um die Auswüchse von Wilhelms Regierungspraxis in Zukunft zu vermeiden: Die lange Abwesenheit des Königs von England, Kriegsführung zugunsten seiner ausländischen Territorien und die Bevorzugung seiner ausländischen Favoriten beispielsweise. Zur vollen Wirksamkeit gelangten die Regelungen des „*Act of Settlement*“ nach Annes Tod (1714) als mit den Hannoveranern erneut Ausländer den Thron bestiegen. Der „*Act of Settlement*“ enthielt allerdings keine Regelung zur Tagungsweise bzw. -dauer des Parlaments. Aber auch dies holte der „*Regency Act*“ später als Ergänzung zum „*Act of Settlement*“ nach. Der „*Act of Union*“ (1707) wiederum stellte sicher, daß der „*Act of Settlement*“ auch für Schottland Geltung bekam<sup>1489</sup>.

### c) „*Regency Act*“ (1706)

Der „*Regency Act*“ (19. März 1706)<sup>1490</sup> ergänzte den „*Act of Settlement*“ (1701) um eine darin fehlende Regelung zur Tagungsweise bzw. –dauer des Parlaments. Der „*Act of Union*“ (1707)<sup>1491</sup> erweitert die Geltung des „*Act of Settlement*“ und des „*Regency Act*“ auf Schottland. Dabei wurde der „*Regency Act*“ durch den „*Succession to the Crown Act*“ (1707) an die Union mit Schottland angepasst<sup>1492</sup>. Zur Verabschiedung des „*Regency Act*“ kam es, nachdem Königin Annas Onkel Laurence Hyde, First Earl of Rochester, plötzlich die Einladung an die künftige Thronfolgerin Sophia von Hannover zur Übersiedlung nach England ins Spiel brachte (14. November 1705)<sup>1493</sup>. Rochester und den „*High Church Tories*“ ging es dabei weniger um die Sicherung der

---

<sup>1489</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 4th Parliament of William III., 26 Dec. 1700 - 11 Nov. 1701, 2014; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 466–469, 507f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 310ff.; ROSE, England in the 1690s, 1999, S. 100; HARRIS, Politics under the later Stuarts, 1993, S. 163; HOPPIT, A land of liberty?, England 1689-1727, 2000, S. 39, 162

<sup>1490</sup> RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume IV., 1763, S. 196f.: „*Act for the better security of Her Majesty's person and government, and of the succession to the crown of England in the Protestant line*“ (4 Ann. c.8); THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09), 1767, S. 161–165

<sup>1491</sup> RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume IV., 1763, S. 223-234: „*Act for an Union of the two Kingdoms of England and Scotland*“

<sup>1492</sup> RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume IV., 1763, S. 276-281: „*Act for the Security of Her Majesties and Government and of the Succession to the Crown of Great Britain in the Protestant Line*“ (6 Ann c 41)

<sup>1493</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09), 1767, S. 19



protestantischen Thronfolge als darum, die Königin und die Hannoveraner gegeneinander auszuspielen und unter Druck zu setzen. Der Vorschlag zur Errichtung einer zweiten Hofhaltung in England konnte der Königin ganz und gar nicht recht sein, weil damit ein zweites Kraftzentrum neben dem königlichen Hof entstanden wäre. Der spätere König George I. war als damaliger Kurfürst von Hannover gegen die Hofhaltung seiner Mutter Sophia in England, weil er befürchtete, daß dies nur dazu dienen würde, Sophia in eine Konfrontation mit Königin Anna zu stürzen, wodurch die Thronfolge der Hannoveraner gefährdet und die der Jakobiten begünstigt würde. Die Minister der Regierung standen vor dem Dilemma, daß sie sich nicht für Sophia aussprechen konnten, ohne die Königin zu verärgern, während die Ablehnung der Einladung an Sophia ihnen den Vorwurf eintrug, sie seien verkappte Jakobiten<sup>1494</sup>. Rochesters Vorschlag wurde heftig debattiert<sup>1495</sup>. In Reaktion auf Rochesters Vorschlag brachten die Whigs den „*Regency Act*“ ins Spiel, der sicherstellte, daß die im „*Act of Settlement*“ geregelte protestantische Thronfolge ohne politische Aufstände und Verwerfungen geschehen würde. Das Gesetz wurde zum Jahreswechsel 1705/06 debattiert<sup>1496</sup> und im neuen Jahr verabschiedet (19. März 1706)<sup>1497</sup>. Der „*Regency Act*“ bestimmte, daß das bestehende Parlament bzw. bei Nichtversammlung zum Todeszeitpunkt der Königin das zuvor aufgelöste Vorgängerparlament, über den Tod der Königin hinaus für sechs Monate fortbestehen sollte. Bis zum Eintreffen des neuen Monarchen in England sollte die Regierung in Händen einer Kommission liegen, bestehend aus den Amtsträgern der sieben wichtigsten Staatsämter (Erzbischof von Canterbury, Lordkanzler, Lord Treasurer, Lord President, Lord Privy Seal, Lord High Admiral und Lord Chief Justice of the King’s Bench). Diese sollten aber nicht das Recht zur Auflösung des Parlaments haben. Und auch nach der Ausrufung des Thronfolgers zum König im unmittelbaren Anschluß an den Tod der Königin und selbst nach seiner Ankunft in England sollte das Parlament nicht aufgelöst werden. Mit dem „*Regency Act*“ bestimmte das Parlament, was nach dem Tod des Monarchen mit dem Parlament zu geschehen habe. Der Fortbestand des Parlaments als Institution über den Monarchen hinaus wurde mit dem „*Regency Act*“ zum zweiten Mal nach dem Gesetz von 1696 bestätigt. Die erneute Bestätigung zeigt jedoch auch die Notwendigkeit dazu an. Wiederholte Ausübung einer Handlung ließ diese allmählich zum

---

<sup>1494</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/560>, 26.5.2018, hier S. 19

<sup>1495</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 457-468

<sup>1496</sup> Debatten zum „*Regency Act*“ ab dem 19. November 1705, vgl.: COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 469-475; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 327

<sup>1497</sup> THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 18 (1705-09), 1767, S. 161-165; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), 1810, S. 533f.

Gewohnheitsrecht werden und erneute Normierung diente der Bekräftigung einer vielleicht noch angezweifelten Praxis<sup>1498</sup>.

#### 4. Zusammenfassung

„*The rage of party*“ bezeichnet die Auseinandersetzungen zwischen „*Whigs and Tories*“ bzw. „*Court and Country*“, die den Zeitraum zwischen der friedlichen Bewahrung Englands vor den Gefahren eines „*arbitrary and popish government*“ durch die „*Glorious Revolution*“ (1689) und der endgültigen Sicherung der „*Protestant succession*“ der Hannoveraner (1715) prägte. Der moderne Parteibegriff kann dabei nicht zu Grunde gelegt werden, da dieser dem 19. und nicht dem 17. Jahrhundert entstammt. Es fehlte an einer straffen Parteiorganisation und einem verbindlichen Parteiprogramm. Die Kontroversen der 1690er Jahre gingen um die religiöse Frage, Englands Kriege gegen Ludwig XIV. (1688-1697 und 1701-13) und die Frage des Verhältnisses der königlichen Regierung zum Parlament. Der „*Nine Years' War*“ oder „*War of the league of Augsburg*“ (Pfälzischer Erbfolgekrieg) belastete England in einem bis dahin unbekanntem Maße. Die enormen Kosten und die Notwendigkeit zur parlamentarischen Finanzierung trugen wesentlich zum Schlagabtausch der politischen Parteien („*Whigs and Tories*“) und zu ihrer Spaltung in Befürworter und Gegner der Regierungspolitik bei („*Court and Country*“). Der Krieg schuf ein großes Heer, einen diplomatischen Dienst und eine größere Staatsverwaltung. Damit entstanden langfristig wirkende Strukturen in diesen Bereichen. Die Beschränkung der Parlamentsdauer durch den „*Triennial Act*“ (1694) führte dazu, daß Wilhelm von Oraniens langes Parlament (1690-95) bis zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) das letzte Parlament von über dreijähriger Dauer blieb und ein sich beschleunigendes Stakkato von kurzen bis sehr kurzen Parlamenten (1695-98, 1698-1700, 1701, 1701/02 und 1702-05) bis zu seinem Herrschaftsende zu konstatieren ist und damit einhergehend eine entsprechende Anzahl hitziger Parlamentswahlen.

**Wilhelms erste Administration (1689-93)** war mit Whigs und Tories gemischt besetzt. Zwei Sachzwänge hatten dazu beigetragen: Wilhelms Intervention in England war nur durch die Unterstützung beider politischer Lager erfolgreich gewesen und ohne eine enge Zusammenarbeit

---

<sup>1498</sup> RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume IV., 1763, S. 196f.: „[...] *Parliament not dissolved by the Queen's Death, but to continue for six Months after, etc. Parliament to meet immediately after the Queen's Death. In case of no Parliament, the last preceding to meet Not to abridge the Queen's Power to prorogue or dissolve Parliaments, etc. Privy Counsel not to be dissolved by the Queen's Death; nor the Places of the Great Officers; nor any Officers Civil or Military; but to continue for six Months, etc. The Great Seal, etc. to be used. Upon Queen's Death, Privy Council to cause the next Protestant Successor to be proclaimed, on Penalty of High Treason. In case the Successor be out of the Realm, at the Queen's Death, seven Lords Justices appointed. The Successor by three Instruments, may add seven others. [...] Lord Justices not to dissolve the Parliament without Direction, etc. [...] Parliament called by Lords Justices, not to be dissolved by Arrival of Successor.[...]*“; KLUXEN, *Geschichte und Problematik des Parlamentarismus*, 1983, S. 82f.

mit Politikern beider Parteien wäre es nicht möglich gewesen, die gesamten Britischen Inseln unter seine Kontrolle zu bringen. Dies war aber Voraussetzung zur Erreichung seines Fernziels der Eindämmung Ludwigs XIV. Wilhelm hatte jedoch weder zu den Whigs noch zu den Tories absolutes Vertrauen. Die Whigs und ihre Anführer kannte er aus eigener Anschauung. Sie drängten in die Regierung, nachdem sie die Repressionen Karls II. und Jakobs II. lange erliden mußten. Wilhelm mißtraute ihrer Zuverlässigkeit, weil sie sich als die eigentlichen Träger der Revolution darstellten und eine Beschränkung der königlichen Prerogative propagierten. Bei den Tories war sich Wilhelm ihrer Loyalität nicht sicher, weil sie ihn zwar de facto, nicht aber de iure als König anerkannten. Wilhelm befürchtete zudem ihr Zusammengehen mit den Jakobiten und Jakob II. Eine Nichtaufnahme in die Regierung kam deshalb nicht in Frage und weil ein Verzicht auf ihre Regierungserfahrung fatale Auswirkungen hätte haben können. Wilhelm erhoffte sich von der Berufung von Thomas Osborne, Earl of Danby, zum „*Lord President of the Council*“ Vorteile für das „*Parliamentary Management*“, erboste damit aber die Whigs, die Danbys Rolle während der „*Standing Parliament Debate*“ nicht vergessen hatten. Danby wurde überdies in Anerkennung seiner Dienste während der Revolution und in der Regierung zum Marquis of Carmarthen und Duke of Leeds erhoben. Bedeutsam war auch die Aufnahme anderer Tories in die Administration. Daniel Finch, Earl of Nottingham, wurde einer der zwei „*Secretary of State*“, George Savile, Marquis of Halifax, wurde „*Lord Privy Seal*“ und Sidney Godolphin, Earl Godolphin, wurde von Wilhelm in die „*Treasury Commission*“ berufen. Viele Whigs weigerten sich in die Regierung zu gehen, weil sie dies als Verrat ihrer Prinzipien begriffen. Die in die Administration gehenden „*Court*“-Whigs wie Richard Hampden als „*Chancellor of the Exchequer*“, John Somers als „*Solicitor-General*“ und Thomas Wharton als „*Comptroller of the Household*“ betrachteten Politik nüchterner als Kunst des Möglichen.

**Wilhelms „*First Officers' Parliament*“ (1690-95)**, welches schließlich den zweiten „*Triennial Act*“ (1694) verabschieden sollte, bestand in seiner Zusammensetzung je zur Hälfte aus Whigs (241) und Tories (243). Die gemischte Zusammensetzung des neuen Parlaments spiegelte sich in der gemischten Regierung Wilhelms III. Eine Mehrheit der Abgeordneten beider politischer Lager war an einer funktionierenden Regierung interessiert, weil die Revolution nicht gefährdet werden sollte. Dennoch machte sich ab der zweiten Sitzung eine neue „*Country*“-Opposition aus Whigs und Tories bemerkbar, die sich gegen Danbys „*Parliamentary Management*“ richtete. Ein erster Versuch zur Verabschiedung eines neuen „*Triennial Act*“ scheiterte an Wilhelms Veto (14. März 1693), der eine so erhebliche Beschränkung seines Rechts auf Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments nicht hinnehmen wollte. Wilhelms Ablehnung einer „*Place Bill*“ (25.

Januar 1694) zur Beschränkung des „*Parliamentary Management*“ zeigt die Entschlossenheit des Königs, seine Einflußmöglichkeit zu verteidigen.

Das „*Parliamentary Management*“ der Regierung läßt sich aus den offiziellen Abstimmungsergebnissen, aus Listen des Abstimmungsverhalten einzelner Abgeordneter und aus „*election return lists*“ ablesen. Die enorme Ausweitung der Regierungsaufgaben durch Wilhelms Allianzkrieg (1688-97) und den darauffolgenden Spanischen Erbfolgekrieg (1701-13) ging einher mit einer Ausweitung des „*Parliamentary Management*“. Mit dem wachsenden Staatsapparat und den steigenden Staatsausgaben vergrößerten sich auch die Möglichkeiten der Regierung zur Verteilung von Posten und Geldern. Die Schätzungen zur Anzahl der Regierungsvertreter im Unterhaus („*placemen*“) schwanken zwischen 100 (1692) und 200 Abgeordneten (1714). Trotz massiver Beeinflussung gelang es der Regierung nie, das Parlament voll auf Linie zu bringen. Die Kontrolle des Parlaments hing zunehmend vom Vertrauen des Parlaments in die Minister ab. Danby war dafür nicht die geeignete Figur, entzündete sich doch an ihm die Kritik der „*Country*“-Opposition. Dabei hatte Wilhelm Danbys Einflußmöglichkeiten erheblich beschränkt, indem er ihm das für das „*Parliamentary Management*“ so bedeutsame Amt des „*Lord Treasurer*“ verweigerte, dieses einer „*Treasury Commission*“ unterstellte und Godolphin bevorzugte.

Der Gegensatz von „*Court and Country*“ überlagerte die Parteizugehörigkeit von „*Whigs and Tories*“ während Wilhelms Herrschaft. Nach Tim Harris Ansicht traf die Unterscheidung von „*Court and Country*“ am besten auf den Zeitraum von 1691-95 zu, als eine klar erkennbare „*Country*“-Opposition unter Robert Harleys und Paul Foleys Führung für „*Place and Triennial Bills*“ kämpfte. Aber auch die letzten fünf Jahre von Wilhelms Herrschaft (1697-1702) waren geprägt vom Gegensatz zwischen „*Court and Country*“ und überdeckten den Antagonismus von „*Whigs and Tories*“. Die Anglikanische Staatskirche der Tories stand gegen die Forderung der Whigs für mehr Toleranz für protestantische Abweichler („*Dissenter*“). Die Anerkennung Wilhelms als König *de iure* seitens der Whigs kontrastierte mit der nur *de facto*-Anerkennung vieler Tories, die noch vom Gottesgnadentum-Denken („*Divine Right of Kings*“) erfüllt waren und das Widerstandsrecht strikt ablehnten. Viele Tories betrachteten die Revolution von 1688 deshalb nicht als einen Akt des Widerstandes. Der neue Bezugspunkt für Politiker beider Lager war aber die Zustimmung („*Court*“) bzw. Ablehnung („*Country*“) der Regierungspolitik in Bezug auf den Krieg, die Kriegsführung, die Kriegsfinanzierung, die Verfassung und das „*Parliamentary Management*“. „*Country*“-Tories und „*Country*“-Whigs lehnten die Politik der Danby-Administration ab. „*Country*“-Politiker beider Parteien verhielten sich später gegenüber der „*Whig-Junto*“ nicht anders. Die neuen Tories setzten sich für Freiheiten ein, die bisher nur von den Whigs vertreten worden

waren, während die Whigs sich seit der Revolution von 1688 von der Oppositionspartei zur Regierungspartei *par excellence* wandelten.

**Wilhelms zweite Administration der „Whig Junto“ (1693-98)** entstand aus der krisenhaften Lage des Jahres 1693. Im Allianzkrieg gegen Frankreich hatte Wilhelm schwere militärische Niederlagen erlitten. Zu den verlorenen Schlachten von Namur und Steenkirk (Juni 1692) kamen der Verlust der Smyrna-Handelsflotte und die Niederlage von Landen in Flandern hinzu (Juni 1693). Nach dem Beginn der vierten Parlamentssitzung (4. November 1692) stand Wilhelm und seine Regierung unter Druck der „*Country Opposition*“. Diese versuchte das königliche Parlamentsmanagement mit einer „*Place Bill*“ („*Bill touching free and impartial Proceedings in Parliament*“) einzudämmen, scheiterte damit aber im Oberhaus knapp mit zwei Stimmen (Januar 1693). Eine maßgeblich von **Robert Harley**, dem Anführer der „*Country*“-Opposition, formulierte „*Triennial Bill*“ fand dagegen eine breite Unterstützung vieler Whigs und Tories, nachdem der Anführer der Whigs, Charles Talbot, Duke of Shrewsbury, diese im Oberhaus eingebracht hatte. Wilhelm brachte diese Gesetzesinitiative aber zum Scheitern, indem er am Ende der vierten Parlamentssitzung seine Zustimmung dazu verweigerte (14. März 1693). In dieser Lage riet Charles Spencer, Duke of Sunderland, als engster Vertrauter des Königs, Wilhelm zur Abwendung von der gemischten Administration und zur Hinwendung zu den Whigs. Diese würden Wilhelms Kriegskurs gegen Ludwig XIV. unterstützen und ihm den nötigen Rückhalt im Unterhaus geben. Herausragende Leistung der „*Whig Junto*“ wurde dann tatsächlich die Finanzierung des Krieges gegen Ludwig XIV. Wilhelm ließ sich im Laufe des Jahres 1693 von Sunderland überzeugen, obwohl er besorgt war, die königliche Prämogative nicht vor den Aspirationen der Whigs bewahren zu können. Die Entlassung des Tory Daniel Finch, Earl of Nottingham als „*Secretary of State*“ (November 1693) und die Amtsübernahme durch den Anführer der Whigs, Charles Talbot, Earl of Shrewsbury, besiegelte Wilhelms Kursänderung. Shrewsburys Amtsübernahme (März 1694) ging Wilhelms Zugeständnis an ihn voraus, der „*Triennial Bill*“ doch noch die königliche Zustimmung zu geben. Die Notwendigkeit zur Finanzierung des Krieges und die Zusicherung der Whigs zur Geldbewilligung im Tausch gegen die Zustimmung zum „*Triennial Act*“ (Dezember 1694) führte zum Zustandekommen der „*Whig-Junto*“.

**Die Parlamentsdebatten zum dritten „*Triennial Act*“ (1694)** fanden in der vierten (04.11.1692-14.03.1693), fünften (07.11.1693-25.04.1694) und sechsten (12.11.1694-03.05.1695) Sitzung des „*First Officers' Parliament*“ (1690-95) statt. **Die vierte Parlamentssitzung (04.11.1692-14.03.1693)** zeichnete sich in parlamentarischer Hinsicht durch **Einbringung und Scheitern der „*Place Bill*“ und der „*Triennial Bill*“** aus. Die „*Triennial Bill*“ wurde am 16. Januar 1693 im

Oberhaus vom Earl of Shrewsbury eingebracht und dort erstmals debattiert. Im Ausschuß des Oberhauses einigte man sich auf ein Ende des Parlaments spätestens am 1. Januar 1694. Das Festlegung eines Enddatums war ein direkter Eingriff in das königliche Prärogativrecht zur Parlamentsauflösung und wurde von Wilhelm sicherlich als Affront verstanden. Dennoch beschloß das Oberhaus in der dritten Lesung (21. Januar 1693) die Annahme der Gesetzesvorlage. Anschließend ging die Gesetzesvorlage zur ersten Lesung ins Unterhaus (28. Januar 1693). In der **Unterhausdebatte vom 28. Januar 1693** wurde die „*Triennial Bill*“ als Eingriff in die königliche Prärogativrecht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments kritisiert. Sir Edward Seymour argumentierte mit dem **Repräsentationsprinzip** gegen die Lords und für die Krone. Die Lords würden sich mit der „*Triennial Bill*“ ein Recht anmaßen, das ihnen nicht zustünde, weil nicht sie, sondern das Unterhaus das Volk repräsentiere. Die Befürworter der „*Triennial Bill*“ betonten die korrumpierende Wirkung langer Parlamente. Der Abgeordnete Bowyer erinnerte daran, daß zwei Mißstände zu vermeiden seien: eine parlamentslose Regierung und eine Regierung mit einem permanenten Parlament. Wilhelms Parlament kritisierte er als „*well-officered Parliament*“. Robert Harley brachte den Widerspruch zwischen Permanenz und Repräsentation auf den Punkt: Ein dauerhaftes Parlament könne niemals eine echte Repräsentation sein, weil die ursprünglich gewählten Abgeordneten sich im Laufe der Zeit änderten. Auch Sir Francis Winnington argumentierte mit der Repräsentation. Die Menschen hätten genauso ein Recht auf regelmäßige Parlamente wie sie ein Recht auf Parlamente haben, weil einmal gewählte Abgeordnete bis zur nächsten Wahl nicht mehr abberufen werden können. Am Ende der ersten Lesung erhielt die „*Triennial Bill*“ eine überwältigende Mehrheit von 210 zu 132 Stimmen. Die zweite Lesung (10. Februar 1693) endete mit einer Zustimmung von 200 zu 161 Stimmen. Erst Wilhelms verweigerte Zustimmung zur „*Triennial Bill*“ am Ende der vierten Parlamentssitzung (14. März 1693) ließ die Gesetzesvorlage scheitern. Mit der anschließenden Prorogation (2. Mai auf den 19. September, 3. und 26. Oktober 1693) musste der ganze Gesetzgebungsprozess mit je drei Lesungen in beiden Häusern erneut durchlaufen werden. **Die anonyme Streitschrift** „*An Enquiry Or, A discourse between a yeoman of Kent and a knight of a shire upon the prorogation of the Parliament to the second of May 1693*“ (1693) beschäftigt sich explizit mit Wilhelms Verweigerung der Zustimmung und der anschließenden Prorogation. Das alte Whig Argument wurde erneuert, daß Englands „*ancient constitution*“ jährliche Parlamente („*Laws for Annual Parliaments*“) verlange. Der Verfasser zeigte sich von Wilhelms gebrochenen Versprechen zur Wiederherstellung jährlicher Parlamente enttäuscht. Eine gesetzliche Regelung der regelmäßigen Parlamentsdauer sei unbedingt notwendig angesichts der Gefahren für Wilhelms Leben während der Feldzüge. Damit ist der **Nexus zwischen Thronfolge und Parlamentsdauer** angesprochen, wie er später in den gesetzlichen

Regelungen von 1696, 1701 und 1705 seinen Niederschlag fand. Die Schrift bestritt, daß es sich bei der „*Triennial Bill*“ um einen Eingriff in das Recht der königlichen Prorogative auf Einberufung, Vertagung und Auflösung handele, weil nur bestehendes Recht wiederhergestellt worden wäre. Die Schrift klärte den Leser über die zerstörerische Wirkung der Prorogation auf den Gesetzgebungsprozeß auf. Auf die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ rekurrierend wurde betont, daß der König zusammen mit dem Parlament am mächtigsten sei. Gemäß dem Grundsatz „*The King can do no wrong*“ machte man die Räte des Königs verantwortlich für die lange Parlamentsdauer und die Unterdrückung des Rechts auf jährliche Parlamente. Unausgesprochen gemeint sind damit Männer wie Danby und Sunderland. Weitaus schwerwiegender als die Maßnahmen Jakobs I. und Karls I. gegen das Parlament sei die lange Parlamentsdauer und Korruption Karls II. gewesen. Das Ziel der Unterdrückung der Verfassung im Hinblick auf die Parlamente bliebe dasselbe, nur die Mittel änderten sich. Anstatt zur Gewalt griff man zum Mittel des Betrugs. Religion, Gesetze und Freiheiten können nur mit regelmäßigen Parlamenten gesichert werden. **Das von Charwood Lawton geschriebene Pamphlet „*A short state of our condition, with relation to the present Parliament*“ (1693)** problematisiert auch die Korruption als Kernproblem der **Repräsentation** und propagiert regelmäßige Parlamente als Heilmittel. Auch dieser Autor zeigte sich von Wilhelms Versprechungen enttäuscht, habe man doch regelmäßige Parlamente und Ministerverantwortlichkeit erhofft. Ein „*Parliamentary Management*“ nach „*Carmarthen Art*“ sei unbedingt zu vermeiden. **Der anonyme Druck „*Some reasons for annual Parliaments, in a letter to a friend*“ (1693)** führte den Nexus zwischen Korruption und dadurch zerstörter **Repräsentation** detaillierter aus. Notwendig seien regelmäßige Parlamente und nicht bloß regelmäßige Sitzungen desselben Parlaments. Jährliche Parlamente seien früher üblich gewesen und der König habe nicht nach Gutdünken prorogiert. Die Menschen seien dermaßen überzeugt von der Käuflichkeit ihrer Repräsentanten, daß nur jährliche Parlamente in der Lage seien, das zerstörte Vertrauen wiederherzustellen. Jährliche Parlamente seien auch eine Abhilfe gegen die Spaltung des Unterhauses in Parteien, weil die Wähler ihre gewählten Abgeordneten dann regelmäßig anweisen können. Die Repräsentation wird hier als imperatives Mandat der Wähler an ihre Repräsentanten verstanden. Die gegebene Vollmacht zur Stellvertretung könne jederzeit wieder entzogen werden, entweder durch expliziten Widerruf oder durch zeitliche Befristung von Beginn an. Dauerhafte Parlamente nach Gefallen des Fürsten verändern die Natur der Stellvertretung. Die Rechte der Wähler werden außer Kraft gesetzt. Die Abgeordneten werden mit jeder Prorogation mehr von Delegierten des Volkes zu Delegierten des Königs. Neben vielen Negativbeispielen wird ausgerechnet das Heilige Reich mit seinem Immerwährenden Reichstag seit 1663 als Beispiel für die Heilkraft jährlicher Parlamente genannt, die angeblich von der Goldenen Bulle eingerichtet

worden seien. **Samuel Johnsons Schrift** “*An essay concerning Parliaments at a certainty, or, The kalends of May*“ (1693) stellt unter Bezugnahme auf Fortescues Werk “*De laudibus Legum Angliae*” (1545) und Bracton klar, daß unbestimmt tagende Parlamente ein großes Problem für die Rechtsprechung des Landes darstellen, weil das Parlament oberste Rechtsinstanz ist. Ohne Regelmäßigkeit und eine bestimmte Tagungsweise sei die Mischverfassung des “*King-in-Parliament*” und die **Repräsentation** gefährdet. Die Regierung bestehe aus König, Lords und Commons, so daß man zwei Drittel der Regierung verliere, wenn das Parlament nicht regelmäßig tage.

**Die fünfte Parlamentssitzung (07.11.1693-25.04.1694)** begann mit der Eröffnungsrede des Königs (7. November 1693), in der Wilhelm die während des Rezess erlittenen Niederlagen in Flandern (Verlust von Huy am 18. Juli, von Charleroi am 6. Oktober und Niederlage in der Schlacht von Landen am 29. Juli) und den Verlust der Smyrna-Handelsflotte (Juni 1693) einräumte. Wilhelm leitete aus den Niederlagen neue Geldforderungen zur Verstärkung der Armee und Flotte ab. Die gescheiterte “*Place Bill*” und die Verweigerung der “*Triennial Bill*” ließ er unerwähnt. Das Unterhaus reagierte schon eine Woche nach Sitzungsbeginn (14. November) mit Beratungen zur **Einbringung einer neuen “*Triennial Bill*” und einer neuen “*Place Bill*”**. Die erste Lesung der “*Triennial Bill*” fand bereits zwei Tag später statt (16. November) und die der “*Place Bill*” drei Tage später (17. November). In der bald darauf stattfindenden dritten Lesung der “*Triennial Bill*” (28. November) zeigt sich, wie eilig es das Unterhaus jetzt damit hatte. Allerdings wurde die Gesetzesvorlage mit 146 zu 136 Stimmen abgelehnt und endete in einer Abstimmungsniederlage der Opposition, welche davon unbeirrt die “*Triennial Bill*” sofort wieder im Oberhaus einbrachte (1. Dezember). Zeitgleich mit der dritten Lesung der “*Place Bill*” im Unterhaus fand die zweite Lesung der “*Triennial Bill*” im Oberhaus statt (4. Dezember). Die Lords berieten anschließend in erster Lesung die “*Place Bill*” (5. Dezember) und in dritter Lesung die “*Triennial Bill*” (8. Dezember). Damit ging die “*Triennial Bill*” schon wieder zur Zustimmung (“*Concurrence*”) an das Unterhaus zurück (9. Dezember). Kurz hintereinander berieten die Commons die “*Triennial Bill*” in zweiter (13. Dezember) und dritter Lesung (22. Dezember). Die anschließende Abstimmung im Unterhaus (22. Dezember) endete aber aufs Neue mit einer Ablehnung der Gesetzesvorlage der “*Triennial Bill*” mit einer Mehrheit von 197 zu 172 Stimmen. Das “*Parliamentary Management*” der Krone hatte es geschafft, eine Mehrheit gegen die Opposition zu organisieren und den Sieg davonzutragen. Die rasche Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens in der fünften Sitzung, die schnelle Abfolge der drei Lesungen im Unterhaus, die erneute Einbringung der Gesetzesvorlage der “*Triennial Bill*” im Oberhaus nach der Abstimmungsniederlage im Unterhaus, die abermaligen schnellen Lesungen im Ober- und Unterhaus, zeigen die Bedeutung der “*Triennial Bill*” für die



Opposition. Die Abstimmungsniederlagen zeigen aber auch das Funktionieren des „*Parliamentary Management*“ der Krone. **Debattenbeiträge zur Beratung der „Triennial Bill“** in der fünften Sitzung sind spärlich überliefert. Bezeichnend für die Haltung der Anhänger der Krone war allerdings, was der Abgeordnete Montagu im Unterhausauschuß dazu sagte (18. Dezember 1693). Jährliche Parlamente seien eine große Last für das Volk und eine zu große Beschränkung der königlichen Prerogative. Der Opposition machte er zum Vorwurf, daß sie das Parlament zu einem Senat von Venedig machen wolle. Karl I. hatte 50 Jahre zuvor in seiner Antwort auf die „*Nineteen Propositions*“ des Parlaments (1642) in ähnlicher Weise davon gesprochen, daß das Parlament ihn zu einem machtlosen Dogen von Venedig machen wolle. In der dritten Unterhauslesung (22. Dezember) bedrohte Sir Edward Seymour als Anhänger der Krone die Opposition damit, daß es im Falle der Verabschiedung des Gesetzes überhaupt keine Parlamente mehr geben würde. Colonel Titus sprach sich für die „*Triennial Bill*“ aus, weil lange Parlamente die **Repräsentation** verwässerten. Eine ganz pragmatische Haltung vertrat Sir John Thompson, der davon ausging, daß das Parlament solange versammelt bliebe, wie die Regierung Gelder benötige. Im weiteren Verlauf der fünften Sitzung gab Wilhelm noch zahlreichen Gesetzen seine Zustimmung, bevor er das Parlament vertagte (Prorogation auf den 18. September, 25. Oktober, 6. und 12. November). **Die vierseitige Schrift „A letter to the members of Parliament for the county of [Blank] concerning the Triennial bill“ (1694)** ist die einzige Schrift, die nach Ende der fünften Sitzung auf die abermals gescheiterte „*Triennial Bill*“ Bezug nahm. Sie enthält jedoch zwei ganz neue Überlegungen. Eine zukünftige „*Triennial Bill*“ müsse ein Zwangsmittel zur Durchsetzung enthalten. Andererseits solle das königliche Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung nicht gemindert werden. Zu diesem Zweck solle jedem Parlamentsgesetz zur Geldbewilligung ein Zusatz angehängt werden, daß für den Fall des Verstoßes zur jährlichen Einberufung und Auflösung des Parlaments alle zuvor bewilligten Gelder hinfällig seien. Dies wäre nichts anderes als die Normierung der Praxis des sogenannten „*Tacking*“ gewesen, daß an eine erstrebte Gesetzesvorlage die Geldbewilligung angehängt wird, damit auch diese mit der verweigerten Zustimmung des Königs zum Gesetz hinfällig wird.

**Die sechste Parlamentssitzung (12.11.1694-03.05.1695) brachte die Verabschiedung der „Triennial Bill“ (22.12.1694)**, nachdem sie zuvor in der vierten Sitzung an Wilhelms verweigerter Zustimmung (14. März 1693) und in der fünften Sitzung an der erforderlichen Mehrheit im Unterhaus (22. Dezember 1693) gescheitert war. Die „*Triennial Bill*“ war in der sechsten Sitzung unter völlig anderen Vorzeichen von dem Anführer der „*Country-Opposition*“ Robert Harley im Unterhaus eingebracht worden (19. November 1694). Einen reibungslosen Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens garantierte diesmal die Absprache zwischen Wilhelm und Charles Talbot,

Earl of Shrewsbury, dem Anführer der Whigs. Im Tausch gegen Wilhelms Unterstützung und Zustimmung zur „*Triennial Bill*“ trat Shrewsbury als „*Secretary of State*“ (März 1694) zusammen mit anderen Whigs in die Regierung ein und sicherte die für den Krieg so dringend erforderlichen Parlamentsgelder zu. Dieser Wechsel von Wilhelms gemischter Administration (1690-93) zur „*Whig-Junto*“ (1693-98) kam durch den Rat von Charles Spencer, Duke of Sunderland, zustande. Die „*Triennial Bill*“ erhielt so in der dritten Unterhauslesung eine satte Mehrheit von 147 zu 55 Stimmen (13. Dezember). Die drei Lesungen im Oberhaus verliefen rasch hintereinander (14., 17. und 18. Dezember), gefolgt von Wilhelms Zustimmung (22. Dezember). Damit hatte die „*Triennial Bill*“ Gesetzeskraft erlangt. **Die Quellenlage zur Parlamentsdebatte der sechsten Sitzung** ist äußerst dürr, weil „*Grey's Debates*“ bereits am Ende der fünften Sitzung endeten (25. April 1694) und Cobbetts „*Parliamentary History*“ keine Debattenbeiträge überliefert, sondern nur eine kurze und summarische Zusammenfassung zur Gesetzesverabschiedung gab. Mit Chandlers „*History and Proceedings of the House of Commons*“ verhielt es sich nicht anders. **Es gab keine öffentliche Debatte zur Verabschiedung des „*Triennial Act*“**, da die Verabschiedung des Gesetzes in gegenseitigem Einvernehmen zwischen Krone und der neuen „*Whig-Junto*“ getroffen worden war und außerdem viele Tories als Teil der „*Country*“-Opposition sich dafür eingesetzt hatten. Bedacht werden sollte, daß der verfassungsrechtlich bedeutsame „*Triennial Act*“ hinter dem kurz nach der Verabschiedung (22. Dezember) erfolgten Tod der Königin Mary (28. Dezember) in den Hintergrund geriet. **John Tolands Schrift „*The danger of mercenary Parliaments*“ (1698) erschien vier Jahre nach Verabschiedung des „*Triennial Act*“**. Tolands Druck zeigt, daß die Sorgen der „*Country*“-Opposition mit der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ keineswegs beseitigt waren. Bedenkenswert ist, daß der „*Triennial Act*“ zwar verabschiedet worden war, nicht aber die von der Opposition erstrebte „*Place Bill*“ zur Vermeidung von „*Placemen*“ der Krone im Parlament. Toland thematisierte mit der Schrift die grassierende Korruption anlässlich der Parlamentswahl von 1698. Er arbeitete für Robert Harley, dem Anführer der „*Country*“-Opposition, den er über John Locke und den dritten Earl of Shaftesbury kennengelernt hatte. Toland darf deshalb durchaus als Harleys Sprachrohr gelten. Toland stellt bedauernd fest, daß die regelmäßigen Parlamente während des Krieges unter den Voraussetzungen des „*Triennial Act*“ den Parlamentsmanagern die Fertigkeit gelehrt habe, die Repräsentanten zu korrumpieren. Unter Vorwegnahme der späteren Thesen der sogenannten „*Roman Whigs*“ (Shaftesbury, Harley, Molesworth und Bolingbroke) sprach Toland von den Abgeordneten als Schafherde, die sich nach Belieben der Regierung dirigieren lassen. Erstrebenswert seien dagegen gegen Korruption gefeite, tugendhafte Männer wie Cato. Wie ernst es die Opposition mit der zerstörenden Wirkung der Korruption auf die **Repräsentation** nahm, das zeigt sich in der Forderung, daß die Wähler von

ihren Repräsentanten ihre Zustimmung zu einer *“Place Bill”* einfordern sollten. **Die anonyme Schrift *“Considerations on the nature of parliaments, and our present elections”* (1698)** verbindet die **Repräsentationsproblematik** mit den regelmäßigen Parlamenten in ähnlicher Weise wie Toland. Regelmäßige Parlamente sind dann keine repräsentativen Versammlungen, wenn sie nicht die Freiheiten und Regierungen herstellen für die das Volk sie gewählt habe. Ein korrumpiertes Unterhaus erfülle seine Aufgabe nicht und sei keine Repräsentation des Volkes. Der Verfasser riet den Wählern, die tugendhaften, nicht korrumpierten, nicht in fremden Diensten stehenden und deshalb ihrer anvertrauten Treuhandenschaft gerecht werdenden Kandidaten zu wählen, weil nur diese sie wahrhaft repräsentieren würden. Der von den *“Roman Whigs”* propagiert Ruf nach Tugendhaftigkeit sollte zum Dauerthema der Opposition unter Bolingbrokes Führung im Kampf gegen das als durch und durch korrupt empfundene System Robert Walpoles werden (1721-42). Diese Argumentation der *“Roman Whigs”* wurde später von Thomas Jefferson und seinen Anhängern rezipiert.

**Der Regelungsgehalt des *„Triennial Act“* (1694)** bestand aus vier Punkten: 1) Das Gesetz erklärte unter Bezugnahme auf die altherwürdigen Gesetze des Landes, daß Parlamente regelmäßig stattzufinden haben, und zwar mindestens einmal in drei Jahren, 2) Königliche Einberufungsschreiben sollten spätestens drei Jahre nach der Auflösung ausgestellt werden, 3) Kein Parlament solle länger als drei Jahre dauern, 4) Das gegenwärtige Parlament sollte am 1. November 1696 enden. Der *„Triennial Act“* von 1694 bestimmte, daß ein Parlament spätestens drei Jahren nach seinem Zusammentritt wieder aufzulösen war. Dem König war es jedoch immer noch erlaubt, das Parlament vor Ablauf der drei Jahre wieder aufzulösen, wovon Wilhelm III. in der Folgezeit mehrfachen Gebrauch machte. Es gab drei kurze Parlamente trotz *„Triennial Act“* (1698-1700, Februar bis Juni 1701 und Dezember 1701 bis Mai 1702). Entscheidend war, daß es für den König keine Verpflichtung gab, nach der Auflösung Neuwahlen alsbald auszuschreiben. Er konnte sich damit bis zu drei Jahre Zeit lassen. Das königliche Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments war zwar beschränkt worden, nicht aber gänzlich aufgehoben. Der König hatte immer noch einen weiten Ermessensspielraum.

**Dem *„Triennial Act“* (1694) folgten ein Parlament von dreijähriger Dauer (1695-98) und drei kurze Parlamente (1698-1700, Februar bis Juni 1701 und Dezember 1701 bis Mai 1702)** während Wilhelms letzten vier Herrschaftsjahren. Diese letzten drei Parlamente stehen in offenkundigem Kontrast zum langen *„Officers‘ Parliament“* (1690-95) und zum *„Triennial Act“*. Die verhältnismäßige Ordnung der ersten Herrschaftsjahre korrespondierte mit den Notwendigkeiten des *„Nine Years‘ War“* und endete mit dem Friedensschluß von Rijswijk (1697).

Die drei kurzen Parlamente dauerten zwar gesetzeskonform nicht länger als drei Jahre, entsprachen aber nicht der Gesetzesintention dreijähriger Parlamente des „*Triennial Act*“. Vielmehr entsprachen sie dem Willen des Königs und der königlichen Prerogative. Konsequenz dieser kurzen Parlamentsdauer waren vier Wahlkämpfe in fünf Jahren (1698, zweimal 1701 und 1702). David Ogg sah darin eine Parallele zur Phase der Zerrissenheit nach Auflösung des Kavalierparlaments (1679) und den drei kurzen „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81). Wilhelms Lavieren nach dem Friedensschluß von Rijswijk zwischen der Whig-Junto und einer gemischten Regierung ist vor dem Hintergrund der erstarkenden „*Country*“-Opposition unter Robert Harleys Führung zu sehen. Dieses Erstarken spiegelte sich in den Parlamentswahlen. Die Bevölkerung war nach Jahren des Krieges und der kriegsbedingt hohen Besteuerung müde von der Kriegspolitik der Whig-Junto. So gelangten seit 1698 immer mehr Tories in die Administration bis die Whig-Junto am Ende war (April 1700). Wilhelm strebte allerdings eine Neuauflage der Whig-Junto an, weil er den Spanischen Erbfolgekrieg als unvermeidbar in absehbarer Zeit vor Augen hatte. Wilhelms vorzeitiger Tod (8. März 1702) verhinderte jedoch die Bildung der neuen Kriegsregierung. Königin Anna löste Wilhelms letztes Parlament dann durch Proklamation auf (02.07.1702), nachdem dieses aufgrund der Bestimmungen des „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696) nicht sofort nach dem Tod des Königs aufgelöst worden, um den sicheren Übergang des Throns zu gewährleisten. Die folgende Parlamentswahl (Juli/August 1702) führte wieder zu einem dreijährigen Parlament (1702-05) nach den Intentionen des „*Triennial Act*“.

**Thronfolge und Abfolge von Parlamenten (“*succession*” und “*succession of parliaments*”)** hingen eng miteinander zusammen. Grundsätzlich endete ein Parlament mit dem Tod des Monarchen. Für den Fall des Ablebens des Monarchen traf das Parlament deshalb nach der Verabschiedung des “*Triennial Act*” (1694) weitere gesetzliche Regelungen, denn der “*Triennial Act*” gab keine Antwort darauf, was im Todesfalle des Monarchen mit dem Parlament passieren sollte. Anlaß zur Verabschiedung des „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*” (1696) war ein Mordanschlag auf Wilhelm („*Assassination Plot*“, 24. Februar 1696). Das Gesetz regelte die Einberufung des Parlaments ganz ohne königliche “*writs of summons*” und stellte sicher, daß das Parlament nach dem Tod des Königs nicht automatisch aufgelöst, sondern für sechs Monate fortgesetzt würde. Es diente in erster Linie der Sicherung der protestantischen Thronfolge aufgrund der Gefahren für Wilhelms Leben während seiner Feldzüge in Europa. Darüber hinaus gewann das Parlament durch dieses Gesetz an institutioneller Selbstständigkeit über die Person des Monarchen und sein Prerogativrecht der Einberufung, Vertagung und Auflösung hinaus. Der „*Act of*

**Settlement“ (1701)** kam zustande nach dem Tod des Duke of Gloucester (Juli 1700), des einzigen Sohnes und Erben von Prinzessin Anne. Die Sicherung der protestantischen Thronfolge war Hauptgesetzeszweck. Daneben normierte es wichtige Prinzipien der „*Country*“-Partei zur Sicherung der Freiheiten, welche die „*Bill of Rights*“ ungeregelt gelassen hatte. Der Ausschluß bezahlter Amtsträger („*placemen*“) vom Parlament fand eine erste gesetzliche Normierung. Der „*Act of Settlement*“ etablierte das Prinzip der Ministerverantwortung und unterband den inoffiziellen „*Cabinet Council*“ am „*Privy Council*“ vorbei. Auswüchse von Wilhelms Regierungspraxis, wie die lange Abwesenheit des Königs von England, Kriegsführung zugunsten ausländischer Territorien und die Bevorzugung ausländischer Favoriten, sollten durch das Gesetz außerdem unterbunden werden. Der „*Act of Settlement*“ enthielt jedoch keine Regelung zur Tagungsweise bzw. -dauer des Parlaments. Der „**Regency Act“ (1706)** holte dies später in Ergänzung zum „*Act of Settlement*“ nach. Das Gesetz sollte sicherstellen, daß die im „*Act of Settlement*“ geregelte protestantische Thronfolge ohne politische Aufstände und Verwerfungen ablaufen würde. Der Fortbestand des Parlaments als Institution über den Tod des Monarchen hinaus wurde mit dem „*Regency Act*“ zum zweiten Mal nach dem Gesetz von 1696 normiert. Die erneute Bestätigung zeigt jedoch auch die Notwendigkeit dazu an. Wiederholte Ausübung einer Handlung ließ diese allmählich zum Gewohnheitsrecht werden und erneute Normierung diente der Bekräftigung einer vielleicht noch angezweifelte Praxis.

#### **IV. „Septennial Act“ (1716)**

##### **1. „The Rage of Party II“ (1702-16)**

**Whigs und Tories** betrachteten Annas Thronbesteigung auf unterschiedliche Weise<sup>1499</sup>. Nach Wilhelms Tod bestieg zur Freude der Tories mit Anna eine strenggläubige Protestantin anglikanischen Bekenntnisses den Thron (23. April 1702). Die allmählich voranschreitende Schwächung der Whig-Junto nach dem Friedensschluß von Rijswijk (1697) hatte die Gewichte bereits zunehmend in Richtung der Tories verschoben. Annas Favorisierung der Anglikanischen Kirche und die Übereinstimmung mit den Tories in ihrer „*High Church*“-Politik stärkte die Tories und ließ die Whigs eine Schwächung ihrer Position erwarten. Die durch den „*Triennial Act*“ bedingten fünf Parlamentswahlkämpfe von Königin Annas Herrschaft (1702, 1705, 1708, 1710 und 1713) waren von den Auseinandersetzungen dieser Lager bestimmt. Beide Seiten setzten zunehmend auf die Presse. Es tobten Propagandaschlachten in denen zahlreiche Pamphlete veröffentlicht wurden. Entscheidend am Wahlergebnis war dabei das Abschneiden der radikalen Ränder der Parteien. Keine der Parlamentswahlen führte direkt zum Wechsel der Regierung.

---

<sup>1499</sup> vgl. zur Person der Königin: GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 1–11

Allerdings konnte die Regierung die geänderten Mehrheitsverhältnisse auch nicht einfach ignorieren. Sie suchte sich ihre Mehrheiten unter den moderaten Kräften beider Parteien<sup>1500</sup>.

#### **a) Marlborough-Godolphin (1702-10)**

**Annas Herrschaft läßt sich in zwei Regierungsperioden einteilen: Die Marlborough-Godolphin-Administration (1702-10) und die Robert Harley-Administration (1710-14).** Die erste Administration führte erfolgreich den Krieg gegen Ludwig XIV. Sie machte England zur europäischen Großmacht und stellte das Mächtegleichgewicht in Europa wieder her. Zugleich gelang es ihr, den Krieg mit weniger Belastungen für England zu führen als Wilhelm es zuvor getan hatte. Der „*Act of Regency*“ (1706) und der „*Act of Union*“ (1707) stellten in Ergänzung zum „*Act of Settlement*“ (1701) die protestantische Thronfolge sicher. Mit der Verabschiedung des „*Act of Union*“ (1707) gelang ihr die Schaffung der staatsrechtlichen Union von England und Schottland. Im Gegensatz zu Wilhelm, der seinen Ministern nur geringen Entscheidungsspielraum ließ und die wichtigsten Entscheidungen stets selbst traf, überließ Anna die Regierung ihren Ministern, auch wenn sie stets konsultiert wurde. Königin Annas Onkel Laurence Hyde, Earl of Rochester (1642-1711), der den radikalen Flügel der „*High Church*“-Tories vertrat, und darauf zielte, restlos alle Whigs aus der Zentralregierung und der Regionalverwaltung zu entfernen, unterlag in seinem Anspruch auf das Amt des „*Lord Treasurer*“ Sidney Godolphin<sup>1501</sup>. Rochester gelang es auch nicht, Marlboroughs Aufstieg zum Oberbefehlshaber der Armee („*Captain General*“) zu verhindern, der die jährlichen Sommerfeldzüge auf dem Kontinent anführte und zugleich Englands Chefdiplomat wurde, der die Anstrengungen Englands und der Alliierten koordinierte<sup>1502</sup>. Godolphin organisierte als „*Lord Treasurer*“ die notwendigen Gelder zur Finanzierung des Krieges. Dabei kümmerte sich Godolphin um das Oberhaus<sup>1503</sup>, während Harley für die Herstellung der Mehrheit im Unterhaus

---

<sup>1500</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Appendix I: Dates of parliamentary sessions, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, Constituencies and Elections, 2002; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002; GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 11f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 319f.

<sup>1501</sup> vgl. zu Laurence Hyde: GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 12; SPECK, W. A., Hyde, Laurence, first earl of Rochester (bap. 1642, d. 1711), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/14332>, 26.5.2018; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 320f., 325

<sup>1502</sup> vgl. zu John Churchill: HATTENDORF, John, Churchill, John, first duke of Marlborough (1650–1722), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5401>, 26.5.2018; GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 12; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 317

<sup>1503</sup> vgl. zu Sidney Godolphin: GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 12f.; SUNDSTROM, Roy A., Godolphin, Sidney, first earl of Godolphin (1645–1712), 2004; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 317

zuständig war. Bis zum Bruch zwischen Godolphin und Harley (1708) sollte deshalb besser von einem Triumvirat gesprochen werden<sup>1504</sup>. Die zweite Administration unter Harleys alleiniger Führung brachte den Krieg mit dem Frieden von Utrecht (1713) zu einem erfolgreichen Ende für England. Harley hatte Godolphin und Marlborough voraus, daß er großen Einfluß auf die Anglikanische Staatskirche hatte und sich in religiösen Fragen mit der Königin einig war. Beiden Administrationen gemeinsam war, daß die Krone mittels der moderaten Kräfte beider Parteien herrschte. Königin Annas Regierungen waren deshalb stärker und hatten mehr inneren Zusammenhalt als Wilhelms Regierungen<sup>1505</sup>.

**Königin Annas „First Parliament“ (1702-05)** kam erst zustande, nachdem Wilhelms letztes Parlament, das zwischen Whigs und Tories ausbalanciert war, gemäß dem „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, [...]*“ (1696) über den plötzlichen Tod des Königs hinaus einige Wochen lang nach Annas Thronbesteigung fortgeführt, dann allerdings vertagt (Mai 1702) und schließlich aufgelöst wurde (Juli 1702). Annas persönliche Präferenz lag bei den Tories. Ihre Thronbesteigung führte zu einem Aufschwung der Tories und zu ihrem Sieg bei der Parlamentswahl. Das neu sich versammelnde Parlament (Oktober 1702) hatte 60 neue Tory-Abgeordnete. Die Tories hatten bereits im Wahlkampf erklärt, daß der Krieg gegen Ludwig XIV. für sie nur zweitrangige Bedeutung habe. Ihr wichtigstes Anliegen war es, ihre Stellung auszubauen und die Whigs möglichst aus allen Positionen zu entfernen. Die Tories versuchten, in der Zentralregierung und auf lokaler Ebene die Oberhand zu gewinnen. Sie waren überzeugt, daß England im Krieg keine Haupt-, sondern eine Nebenrolle zur Unterstützung der Alliierten spielen und nicht als Führungsmacht auftreten sollte. Deshalb favorisierten sie auch den See- und Kolonialkrieg gegenüber dem Landkrieg auf dem Kontinent, den sie ablehnten. Diese Positionen der „*High Church Tories*“ um Rochester und Nottingham standen in diametralen Widerspruch zu den Positionen von Marlborough und Godolphin, welche eine Regierung aus moderaten Kräften aus beiden Parteien anstrebten und die radikalen Tories nach und nach aus der Regierung entfernten<sup>1506</sup>.

**Marlboroughs und Godolphins Bemühen um moderate Vertreter beider Parteien** führte zum Bruch mit den radikalen Tories. Als Daniel Finch, 2nd Earl of Nottingham, der neben Rochester

---

<sup>1504</sup> vgl. zu Robert Harley: SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 4-7; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 4: „*As one observer noted, 'his six years' opposition to the Court followed by such a sudden turn to that side is made use of by his enemies to his disadvantage' (Bodl.Oxf., MS Ballard 6, fol. 35)*“; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 318

<sup>1505</sup> JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 316f., 320f.

<sup>1506</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 1st Parliament of Anne 2 July 1702 - 5 April 1705, 2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 319-322; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.

führende Vertreter der „*High Church Tories*“, von der Königin verlangte (18. April 1704), daß alle Whigs aus der Administration entfernt werden sollten, wurde er selbst wenig später als „*Secretary of State*“ entlassen und mit ihm weitere „*High Tories*“. Stattdessen drangen moderate Tories aus Robert Harleys Umkreis in die Regierung vor. Der dritte Versuch zur Verabschiedung einer „*Occasional Conformity Bill*“ (28. November 1704) scheiterte dann auch an Harleys Geschick, der eine breite Mehrheit dagegen im Unterhaus organisierte, bestehend aus moderaten Tories und Whigs (251 zu 134 Stimmen)<sup>1507</sup>. Königin Anna begab sich anschließend höchstselbst ins Oberhaus, um der Ablehnung durch die Lords beizuwohnen (71 zu 50 Stimmen). Marlborough und Godolphin äußerten ihre Ablehnung der Gesetzesvorlage ganz offen. Die Königin reiste zum Ende des Parlaments demonstrativ durchs Land (10. bis 23. April 1705) und zeigte öffentlich ihre versöhnliche Haltung gegenüber den Whigs. Sie wollte verdeutlichen, daß sie eine Regierung aller moderaten Kräfte wünschte. Unmittelbar nach ihrer Reise stellte sie die Einberufungsbriefe für das neue Parlament aus (23. April)<sup>1508</sup>.

**Königin Annas „*Second Parliament*“ (1705-08)** entsprach ganz den Vorstellungen der Königin. Sie empfand das Ergebnis der Parlamentswahl als einen persönlichen Triumph, weil weder Whigs noch Tories über eine entscheidende Mehrheit verfügten, sie Parteiungen verabscheute und sich eine Regierung der moderaten Kräfte wünschte. Das neue Parlament bestand aus beinahe gleich starken Whigs (233) und Tories (260), nachdem die Whigs im Vergleich zum letzten Parlament stark hinzugewonnen (plus 55) und die Tories stark verloren hatten (minus 44 Abgeordnete). Harley zielte darauf, Mehrheiten durch Gewinnung moderater Tories und Whigs unter Isolierung der Radikalen beider Parteien für die Regierung zu organisieren. Dies sollte kein Problem sein, da circa 100 Abgeordnete der Regierung zuverlässig verbunden waren. Da die „*High Church Tories*“ entschlossen gegen die Regierung kämpften, erhöhte dies aber die Bedeutung der Whigs. Das neu konstituierte Parlament versammelte sich zu insgesamt vier Sitzungen. Nach der Verabschiedung des „*Act of Union*“ (1707) erklärte man das bestehende Parlament durch königliche Proklamation (29.04.1707) zum ersten Parlament Großbritanniens<sup>1509</sup>.

**Die Verabschiedung des „*Regency Act*“ (1706)** zur Sicherung der protestantischen Thronfolge stand am Ende der ersten scharfen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Tories im neuen

---

<sup>1507</sup> Zur „*Occasional Conformity Bill*“ : GREGG, Edward, *Anne (1665–1714)*, 2004, S. 14; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 322ff.

<sup>1508</sup> GREGG, Edward, *Anne (1665–1714)*, 2004, S. 15, 17

<sup>1509</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, *The 2nd Parliament of Anne, from 29 Apr. 1707 the 1st Parliament of Great Britain*, 2014; GREGG, Edward, *Anne (1665–1714)*, 2004, S. 18; JONES, *Country and Court, England 1658-1714*, 1978, S. 319, 326; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.



Parlament. Die Whigs reagierten mit dem „*Regency Act*“ auf Rochesters Vorschlag zur Einladung an Sophia von Hannover, eine eigene Hofhaltung in England zu errichten<sup>1510</sup>. Der „*Act of Union*“ (1707) zur staatsrechtlichen Vereinigung der bisher nur in Personalunion miteinander verbundenen Kronen Englands und Schottlands war die zweite wichtige gesetzgeberische Leistung dieses Parlaments. Die Vertreter Englands und Schottlands verhandelten die Union beider Länder erstmals 1702/03. Schottland war in einer angespannten wirtschaftlichen Lage, weil die Kriege gegen Frankreich den traditionellen schottischen Handel mit dem Kontinent empfindlich getroffen hatten. In Schottland befürchtete man, daß die Union zudem zur wirtschaftlichen und politischen Dominanz Englands führen würde. Besonders aber fürchtete man um den Fortbestand des schottischen Presbyterianismus. Die schottischen Gegner der Union setzten auf die Bewahrung der staatlichen Eigenständigkeit. Der vom englischen Parlament verabschiedete „*Act of Settlement*“ (1701) bot dazu den Ansatzpunkt. Das Gesetz regelte die Thronfolge nur für England, hatte aber in Schottland keine Geltung. In Reaktion auf den „*Act of Settlement*“ verabschiedete das schottische Parlament die „*Bill of Security*“ (1703). Das schottische Parlament sollte mit diesem Gesetz das Recht bekommen, nach Königin Annas Tod, selbst einen Thronfolger für Schottlands Krone zu bestimmen. Die Königin verweigerte aber ihre dazu erforderliche Zustimmung. Diese erlangten die Schotten erst, als sie die Steuerbewilligung zur Finanzierung des Krieges gegen Ludwig XIV. von der Zustimmung der Königin abhängig machten. So erlangte der „*Act of Security*“ tatsächlich Gesetzeskraft (1705). England reagierte darauf mit dem „*Aliens Act*“ (März 1705). Alle in England residierenden Schotten sollten zu Fremden ohne Eigentumsrecht in England erklärt werden, falls der „*Act of Security*“ Ende 1705 noch in Kraft sein sollte. Das Gesetz verbot zudem die Einfuhr von schottischen Rindern, Textilien und Kohle nach England. England und Schottland standen vor einem Wirtschaftskrieg, im schlimmsten Fall aber vor der Trennung in zwei Staaten mit fremden Dynastien. Ein Krieg wäre unvermeidlich geworden. So besannen sich beide Seiten. Der „*Aliens Act*“ wurde widerrufen und man nahm die Verhandlungen zur Union wieder auf (April 1706), die schnell zu einer vertraglichen Einigung führten (Juli 1706). Den Schotten wurde die presbyterianische Kirchenordnung und eine starke Repräsentation mit 45 Abgeordneten und 16 Lords im englischen Parlament zugesichert. Der „*Act of Union*“ trat im Folgejahr in Kraft (01. Mai 1707)<sup>1511</sup>.

**Die Rivalität zwischen Godolphin und Harley führte zum Bruch (1708)** als die Whigs nach der Verabschiedung des „*Regency Act*“ (1706) eine stärkere Regierungsbeteiligung für ihre

---

<sup>1510</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 19; vgl. die Behandlung des „*Regency Act*“ im Abschnitt F. III. 3c

<sup>1511</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 20; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 7; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 329–333

Unterstützung forderten. Es kam nunmehr zur Eskalation der Rivalität zwischen Godolphin und Harley, die zwar jahrelang zusammengearbeitet hatten, aber immer politische Konkurrenten und grundverschiedene Typen gewesen waren. Godolphin hatte sich mehreren Monarchen durch seinen Finanzsachverstand und seine effektive Verwaltungsarbeit empfohlen und war so bis zum „*Lord Treasurer*“ aufgestiegen. Harley war dagegen ein Vollblutpolitiker, der aus beiden politischen Lagern Moderate überzeugte und sie als Gefolgsleute um sich sammelte. Dabei verstand er es, politische Allianzen zu schmieden und Mehrheiten zu organisieren. Sein Aufstieg beruhte ursprünglich auf seiner Beherrschung des Unterhauses durch die von ihm neu belebte „*Country*“-Partei in den 1690er Jahren, später aber durch parteiübergreifende Bündnisse der Moderaten. Dieses Streben nach parteiübergreifender Politik entsprach ganz dem Wunsch der Königin, da sie eine über den Parteien stehende Regierung der moderaten Kräfte als einzige Möglichkeit sah, sich nicht von einer Partei abhängig zu machen. Das Drängen der Whigs bereitete ihr deshalb Sorge und war ihr zuwider. Als es führenden Whigs aber gelang, sich mit ihrer Forderung bei Godolphin durchzusetzen, Sunderland zum „*Secretary of State*“ zu machen (Dezember 1706), da kippte das Verhältnis zwischen Godolphin und Harley und es kam zum Bruch. Mit Sunderlands Ernennung zum „*Secretary of State*“ war es unmöglich geworden, moderate Tories für die Regierung zu mobilisieren. Harley entwickelte deshalb seit 1707 einen Plan, um Godolphins Stellung als „*Lord Treasurer*“ einzunehmen. Im Verlauf des Jahres sollte sich zeigen, daß die Königin auf Seiten Harleys stand. Sie unterstützte beispielsweise die von Harley vorgeschlagenen Tory-Kandidaten für zwei vakante Bischofssitze. Godolphin und Marlborough drohten der Königin deshalb mit ihrem Rücktritt und sie erzwangen so Harleys Entlassung aus dem „*Cabinet Council*“. Godolphin und die Marlboroughs hatten sich vorerst gegen Harley durchgesetzt. Ihr Verhältnis zur Königin war aber seitdem irreparabel gestört. Anna sah jetzt in Harley und seiner Cousine Abigail Masham, die Sarah Churchill als Vertraute ablöste, ihre engsten politischen und persönlichen Verbündeten. Godolphin hatte sich zudem in die Abhängigkeit von den führenden Whigs gebracht und fand sich zunehmend in einer mehrheitlich von Whigs dominierten Administration wieder. Die Whigs Sunderland, Somers, Wharton und Orford saßen im „*Cabinet Council*“ und zogen immer mehr Whigs in die niederen Ränge nach. Auch wichtige Parlamentsausschüsse kamen unter ihre Kontrolle<sup>1512</sup>.

**Das zweite Parlament Großbritanniens (1708-10)** geriet mehrheitlich in die Hände der Whigs (268 Abgeordnete). Die Tories erlitten insbesondere deshalb eine Niederlage (225 Abgeordnete), weil die Jakobiten kurz vor dem Wahlkampf (April 1708) versucht hatten, in Schottland zu

---

<sup>1512</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 20-26; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 8f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 318f., 328f., 333

intervenieren (März 1708). Man lastete dies den Tories an, auch wenn die Intervention der Jakobiten kläglich scheiterte, denn viele Tories ließen sich in ihren Neigungen und einige auch in ihren Taten ganz klar den Jakobiten zuordnen. Auf der Grundlage des Unionsvertrages schickten die Schotten erstmals ihre eigenen Abgeordneten (45) in das Parlament nach Westminster, von denen über die Hälfte (28) als königstreu anzusehen waren. Von insgesamt 549 Abgeordneten waren 129 erstmals gewählt, nur 20 waren parteilos. Das zweite Parlament Großbritanniens hatte nur zwei Sitzungen und endete vorzeitig mit dem Ende der Godolphin-Marlborough Administration. Das vorzeitige Ende dieses Parlaments stand jedoch nicht im Widerspruch zum „*Triennial Act*“. Der königlichen Prerogative stand das Recht zur vorzeitigen Auflösung zu<sup>1513</sup>.

**Das Ende der Marlborough-Godolphin Administration kam 1710.** Das Wahlergebnis von 1708 hatte die Whigs darin bestärkt, weitere Forderungen zu stellen, zumal Godolphin seit Harleys Entlassung nicht mehr auf dessen parteiübergreifende Mehrheitsbeschaffung bauen konnte. Gleichzeitig versuchte die Königin sich gegen eine weitere Übernahme der Regierung durch die Whig-Junto zu wehren. Godolphin und Marlborough sahen sich deshalb immer wieder dazu gezwungen, mit ihrem Rücktritt zu drohen. Die Königin war sich dabei ihrer Abhängigkeit und Angewiesenheit auf Marlborough bitterlich bewußt, hatte dieser doch gerade wieder mit seinem Sieg über die Franzosen in der Schlacht von Oudenarde gezeigt (August 1709), wie wichtig er war. Das inzwischen völlig gestörte Verhältnis zu Sarah wurde von der Königin deshalb auch nur noch mit Rücksicht auf Marlborough hingenommen, obwohl sie nach dem Tod des Königs (28. Oktober 1708) durchaus Zuwendung benötigt hätte. Aber selbst Marlboroughs Siege konnten die Briten nicht mehr für eine Fortführung des Krieges begeistern. Da auch Frankreich vom Krieg erschöpft war, nahm Ludwig XIV. geheime Friedensgespräche mit den Niederländern auf (März 1709). In England rechnete die Regierung aber mit einem Zusammenbruch Frankreichs und Marlborough nahm alsbald an den Verhandlungen in Den Haag teil (Mai 1709), irritierte die Königin aber zuvor mit seiner Forderung (März 1709), ihm den Oberbefehl über die Armee als „*Captain General*“ auf Lebenszeit einzuräumen. Ein Wunsch den sie vehement verweigerte, weil es angesichts ihrer eigenen angeschlagenen Gesundheit bedeutet hätte, daß Marlboroughs Lebenszeitstellung ihre Stellung und die der ganzen königlichen Prerogative untergraben hätte. Marlborough wußte davon und dürfte genau darauf abgezielt haben. Die völlig unerwartet wiedergewonnene Widerstandskraft der Franzosen in der Schlacht von Malplaquet (24. August 1709) ließ aber auch Marlborough wanken und ein rasches Kriegsende wurde unwahrscheinlicher. Marlborough und Godolphin

---

<sup>1513</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 2nd Parliament of Great Britain, 26 April 1708 - 21 Sept. 1710, 2014; GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 27; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.

standen unter doppeltem Druck. Einerseits waren sie in der Whig-dominierten Regierung zusehends isoliert. Andererseits hatten sie das Vertrauen der Königin verloren, die davon überzeugt war, daß die beiden den Krieg mit Frankreich in die Länge zögen. Harley hatte dagegen das Vertrauen der Königin spätestens seit 1708 und es war ihm gleichzeitig auch gelungen, die Tory-Opposition zu vereinen und sich zu ihrem Anführer zu machen. Als Dr. Sacheverells Predigt in St. Paul's Cathedral (5. November 1709) die Whig-Junto frontal angriff, da läutete dies und Sacheverells anschließender Prozess das Ende der Administration ein. Als baldige Neuwahlen wurden erwartet und das Parlament wurde prorogiert (5. April 1710). Gleichzeitig zum Ende der zweiten Parlamentssitzung hatte die Herzogin von Marlborough den Hof zu verlassen (06. April 1710). Die Königin ernannte zunächst Harleys engen Verbündeten Charles Talbot, Herzog von Shrewsbury, zum Lord Chamberlain, dann entließ sie Marlboroughs Schwiegersohn Sunderland (14. Juni 1710) und schließlich Godolphin (08. August 1710), der sich gegen eine Parlamentsauflösung ausgesprochen hatte. Nach seiner Entlassung wurde das Whig-dominierte Parlament vor Ablauf der dreijährigen Dauer aufgelöst (21.09.1710). Mit Godolphins Entlassung als „*Lord Treasurer*“ und Harleys Ernennung zum „*Chancellor of the Exchequer*“ (08.08.1710) endete eine Ära<sup>1514</sup>.

#### **b) Robert Harley (1710-14)**

**Die Harley Administration (1710-14)** begann ihre Arbeit nach der Parlamentsauflösung (21.09.1710) und vor den anstehenden Parlamentswahlen. Harley hatte das Vertrauen der Königin. Sie war davon überzeugt, daß er in der Lage war, Godolphin zu ersetzen. Das Vertrauen der Königin war jedoch nicht uneingeschränkt. Nach ihren bisherigen Erfahrungen war sie mißtrauisch geworden und wollte verhindern, daß Minister unbeaufsichtigt tun und lassen konnten, was sie wollten. Harley wurde zunächst nicht zum „*Lord Treasurer*“ ernannt, sondern bekam das nachgeordnete Amt eines „*Chancellor of the Exchequer*“. Dennoch darf er als Erster Minister der Königin angesehen werden. Sie bevorzugte ihn vor höherrangigen Tories wie Rochester und Nottingham. In Harleys Umgang mit den Ministern der letzten Regierung zeigte sich sein Geschick zur politischen Spaltung des Gegners. Während Godolphin entlassen worden war, konnte Marlborough sein Kommando über das Heer behalten, genauso wie einige Whigs auf unbedeutenden Posten belassen wurden, wie beispielsweise Robert Walpole als „*Navy-Treasurer*“. Harley bevorzugte die moderaten Kräfte beider politischen Lager, sowohl parteiunabhängige, treue Gefolgsleute der Krone als auch moderate Whigs, um sich nicht zu sehr in Abhängigkeit von den Tories zu bringen. Er orientierte sich dabei an seiner früheren Politik der 1690er Jahre und als

---

<sup>1514</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 27-34; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 328f., 333f., 337f.

Unterhausführer für Godolphin von 1702-08. Die radikalen Tories verlangten dagegen von ihm, daß er die Regierung komplett von Whigs säubern solle. Darauf ließ sich Harley aber nicht ein. Die folgenden zwei Parlamentswahlen (1710 und 1713) erbrachten jedoch so überwältigende Siege für die Tories, daß es Harley zunehmend schwerer fiel, ihren Wünschen nicht zu entsprechen. Als die Königin in einer beispielslosen Aktion elf neue Tory-Lords schuf (1711), brach sie damit auch die Dominanz der Whigs im Oberhaus. Für Harley bedeuteten diese Siege einerseits den Triumph auch über seine Gegner, sie machten ihn aber genauso abhängig von den Tories wie zuvor Marlborough und Godolphin von den Whigs. Der vielleicht entscheidende Grund für die Siege der Tories über die Whigs gründete sich in der enormen Kriegsmüdigkeit der Engländer nach zwei Jahrzehnten fast ununterbrochener Auseinandersetzungen mit Frankreich. Der von Harley ausgehandelte Friede von Utrecht (1713) brachte England zwar die erhoffte Friedensdividende. Wirtschaft und Handel prosperierten wieder. Darüber hinaus erreichten die Tories aber keine bleibenden Erfolge. Die Tories lösten auch ihre Versprechungen nicht ein, mit der Korruption und Patronage aufzuräumen und die Position des Landadels („*landed gentry*“) gegenüber den Handelsherrn („*monied interest*“) wiederherzustellen. Die Verbitterung des Kurfürsten von Hannover über den Friedensschluß, der auch ihn als Englands Alliierten im Krieg gegen Ludwig XIV. im Stich ließ, führte zum späteren jahrelangen Ausschluß der Tories von der Regierung und zur absoluten Dominanz der Whigs<sup>1515</sup>.

**Das dritte Parlament Großbritanniens (1710-13)** zeichnete sich durch einen überragenden Sieg der Tories (329 Abgeordnete) und eine herbe Niederlage der Whigs aus (168 Abgeordnete). Hauptthemen des Wahlkampfes waren die Beendigung des Spanischen Erbfolgekrieges und der Schutz der Anglikanischen Staatskirche. Beides seit jeher Kernanliegen der Tories. Der haushohe Sieg der Tories barg für Harley das Risiko der Konfrontation der Radikalen beider Parteien, anstatt des von ihm angestrebten Zusammenspiels der Moderaten. Die Organisation zahlreicher Tory-Angeordneter im informellen „*October Club*“ (1710/11), der bald bis zu 160 Abgeordnete umfasste, die sich auch in verbindlicher Weise über ihr Abstimmungsverhalten im Parlament einigten, erhöhte den Druck auf Harley noch mehr. Der „*October Club*“ brachte Unmengen an Gesetzesinitiativen auf den Weg (1711/12), um die Stellung der „*gentry*“ wiederherzustellen. Letztlich gelang es Harley aber den Club zu spalten, indem er viele Mitglieder durch Vergabe kleinerer Posten für sich gewann. Übrig blieben nur einige besonders standhafte, nicht korrumpierbare, aber letztlich politisch bedeutungslose Mitglieder. In Anerkennung seiner Verdienste erhob Königin Anna Harley

---

<sup>1515</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 37f.; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 9ff.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 338–346; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 3rd Parliament of Great Britain, 27 Sept. 1710 - 8 Aug. 1713, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 4th Parliament of Great Britain, 18 Aug. 1713 - 15 Jan. 1715, 2014

noch kurz vor Ablauf der ersten Sitzung zum Earl of Oxford (23. Mai 1711) und beförderte ihn zum „*Lord Treasurer*“ (29. Mai 1711). Harleys Aufstieg zog natürlicherweise den Neid vieler auf sich, die sich von ihm in den Schatten gestellt fühlten<sup>1516</sup>.

**Der Friede von Utrecht (31. März 1713)** war nur gegen den massiven Widerstand von Harleys Gegnern, insbesondere der Whigs zu erreichen. Der Earl of Nottingham, den Harley tatsächlich übergangen und nicht in seine Regierung aufgenommen hatte, organisierte den ersten richtigen Angriff auf Harley. Nottingham war sich dazu nicht zu schade, sich mit den Whigs zu verbünden. Zu seiner Allianz zählten auch die übrig gebliebenen Mitglieder des „*October Club*“, die nicht Harleys Bestechung zum Opfer gefallen waren. Nottingham und seine Mitstreiter versuchten, mit einem Unterhausantrag (9. Dezember 1711) zur Verurteilung eines Friedens, der Philipp von Anjou im Besitz Spaniens und seiner Kolonien belassen würde, Harleys Friedensbemühungen zu torpedieren. Der Antrag wurde aber mit deutlicher Mehrheit im Unterhaus abgelehnt (232 zu 106 Stimmen). Eine Zustimmung des Oberhauses zum Friedensvertrag wäre ohne die anschließende Erhebung von zwölf neuen Lords (31. Dezember 1711) nicht erreicht worden, da die Mehrheit der kriegsentschlossenen Whigs sonst unmöglich hätte gebrochen werden können. Eine Erhebung in diesem Umfang war ein beispielloser Vorgang in der Geschichte Englands am Rande der Verfassungsmäßigkeit und die Idee dazu ging auf Harley zurück. Gleichzeitig enthob die Königin Marlborough noch an demselben Tag seines Kommandos. Auch dazu hatte Harley sie motiviert, betrachtete er Marlborough zwischenzeitlich als einen seiner größten politischen Gegner überhaupt. Damit stand dem Friedensschluß nichts mehr im Weg, zumal die öffentliche Meinung diesen forderte, wozu auch die Regierungspropaganda ihren Anteil gehabt haben dürfte, beispielsweise Swifts Pamphlet „*Reflections on the Conduct of the Allies*“ (27. November 1711) und die Ausweisung des kaiserlichen Gesandten Gallas, der die Vorverhandlungen des Friedensschlusses den Whigs zur Veröffentlichung gegeben hatte. Als die offiziellen Friedensverhandlungen in Utrecht begannen (18. Januar 1712) war sich Harley mit Ludwig XIV. bereits über die wesentlichen Friedensbedingungen einig. Harley mußte aber noch die Alliierten überzeugen. Dazu gab er den englischen Truppen in Flandern die Anweisung, nicht mehr auf Seiten der Alliierten aktiv in die Kämpfe einzugreifen (Juli 1712). Er beabsichtigte damit, das Kräftegleichgewicht ohne Großbritanniens Beitrag offenzulegen. Ohne Parteinahme Großbritanniens konnten sie den Krieg nicht siegreich gegen Ludwig XIV. beenden. Dies zeigte sich schon bei der ersten alliierten Offensive, welche Frankreich mit Leichtigkeit parierte. Harleys Politik zur Erzwingung des

---

<sup>1516</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 3rd Parliament of Great Britain, 27 Sept. 1710 - 8 Aug. 1713, 2014; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.; GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 37f.; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 9f.; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 338-350

Friedens war in Großbritannien äußerst populär. Der Friedensschluß markierte den Aufstieg des Landes zur europäischen Großmacht, hatte sich doch gezeigt, daß Englands politisches und militärisches Gewicht entscheidend für Krieg und Frieden in Europa war. Harley und die Tories entfremdeten sich damit aber endgültig von dem Kurfürsten von Hannover, dem bisherigen Alliierten im Krieg gegen Ludwig XIV. und zukünftigen englischen König Georg I., der sich von den englischen Tories hintergangen fühlte und sich in seiner Ansicht bestätigt sah, daß diese verkappte, nicht vertrauenswürdige Jakobiten waren, die seine Thronfolge zu verhindern versuchten. Je mehr Harley und seine Verbündeten die Verärgerung des Kurfürsten realisierten und sich die Gesundheit der Königin verschlechterte, desto mehr bekamen sie es mit der Angst zu tun, daß ihre Kollaboration mit Frankreich mit der Thronbesteigung des Hannoveraners böse Folgen für sie haben könnte, bis hin zum Hochverratsprozeß<sup>1517</sup>.

**Das vierte Parlament Großbritanniens (1713/14)** war das bisher kürzeste Parlament Großbritanniens und eines der kürzesten Parlament Englands überhaupt. Beherrschendes Thema des Wahlkampfes war wie im letzten Wahlkampf (1710) auch der Spanische Erbfolgekrieg. Die allgemeine Friedenssehnsucht im Land mußte sich für die Tories auszahlen, da sich diese für den Frieden und die Whigs für eine Fortsetzung des Krieges aussprachen. Das schlechte Abschneiden der Whigs in der letzten Wahl wurde in dieser Parlamentswahl (August/September 1713) noch übertroffen. Nur noch 148 Whigs standen einer Mehrheit von 354 Tories gegenüber. Die Anzahl parteiloser Kandidaten sank nochmals auf 11 Abgeordnete. Von den nunmehr 535 Abgeordneten waren 118 erstmals im Parlament vertreten. Das neue Parlament versammelte sich nach Prorogationen erstmals im neuen Jahr (Februar 1714). Das abermalige Erstarren der Tories brachte Harley in noch größere Abhängigkeit von den Tories<sup>1518</sup>.

**Der erbitterte Streit zwischen Robert Harley, Earl of Oxford und Henry St John, Viscount Bolingbroke (1678-1751) um die Vorherrschaft in Partei und Staat führte die Tories an den Rand des politischen Abgrunds.** Ihre Rivalität verband sich mit der Frage der protestantischen Thronfolge des deutschen Kurfürsten von Hannover. Bolingbroke war schon vor den

---

<sup>1517</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 38–42; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 11ff.; GIBBS, G. C., George I (1660-1727), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/10538>, 26.5.2018, S. 9, 12; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 347f.; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 169f.

<sup>1518</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 4th Parliament of Great Britain, 18 Aug. 1713 - 15 Jan. 1715, 2014; GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 43; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 349–354; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 14; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 169ff.; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.

Parlamentswahlen zu Harleys schärfsten Rivalen um die Staatsführung aufgestiegen. Harleys Regierungsführung und sein Umgang mit der Königin ließen die frühere Entschlossenheit vermissen, zumal seine Tochter damals verstarb und er sich mit Alkohol zu trösten begann, was der Königin nicht verborgen geblieben und von ihr streng mißbilligt worden war. Bolingbroke ermutigte Harleys Zustand, die Stellung des Ersten Ministers anzustreben. Harley machte einen entscheidenden Fehler, als er versuchte, die Herzogswürde eines Duke of Newcastle für seinen Sohn zu sichern (Sommer 1713), nachdem dieser die Erbin des letzten Herzogs geheiratet hatte. Damit verlor er das Vertrauen und den politischen Rückhalt der Königin. Dies begünstigte Bolingbroke und Shrewsbury, die sich gegen Harley verbündet hatten. Allerdings war auch Bolingbrokes Verhältnis zur Königin zerrüttet, da die Königin mit seinem lockeren Lebenswandel nicht einverstanden war. Bei seiner Beförderung ins Oberhaus (Juni 1712) verweigerte ihm Anna deshalb ganz bewußt die Erhebung zum Earl und machte ihn nur zum Viscount of Bolingbroke. Gleichzeitig blockierte Harley Bolingbrokes Aufstieg in der Regierung und bevorzugte dessen Gegner Dartmouth und Bromley. Harleys Gegner brachten wiederum Gerüchte in Umlauf, daß er die Thronfolge der Jakobiten zum Nachteil der protestantischen Hannoveraner begünstige. Der Welfenhof in Hannover fühlte sich tatsächlich durch Harleys Friedensschluß von Utrecht hintergangen und glaubte jedes Gerücht über Harleys Sympathie für die Jakobiten. So verdüsterte sich Harleys Zukunft und die der Tories vor dem Hintergrund der protestantischen Thronfolge. Der präsumtive Thronfolger Prinz Georg von Hannover favorisierte ganz klar die Whigs und forderte als Herzog von Cambridge ins Oberhaus berufen zu werden. Harley gab aber kein Zeichen der Annäherung an die Hannoveraner, Königin Anna aber lehnte diese Forderung rigoros ab und Bolingbroke schickte sogar eigens eine Protestnoten an Georg und Sophia nach Hannover. Angesichts der sich verschlechternden Gesundheit der Königin und einer ernsthaften Erkrankung (Dezember 1713) rannte Bolingbroke allerdings die Zeit davon. Er kümmerte sich zudem weniger um die Thronfolge als um sein Hauptziel, Harley um jeden Preis als Annas Ersten Minister abzulösen. Bolingbrokes Kalkül war, daß er zunächst Harley und seine Gefolgsleute aus der Regierung entfernen und seine Anhänger in deren Position bringen müsse. Dann würde er den im „*Regency Act*“ vorgeschriebenen Regentschaftsrat kontrollieren, was ihm erlauben sollte kraftvoll gegenüber Georg von Hannover aufzutreten. Bolingbroke erreichte letztlich sogar Harleys Entlassung (27.07.1714). Da Königin Anna aber schon zwei Tage später todkrank wurde, fehlte Bolingbroke die Zeit, den „*Privy Council*“ nach seiner Vorstellung neu zu besetzen. Als der Rat sich angesichts des kritischen Gesundheitszustandes der Königin versammelte (30.07.1714), war eine Mehrheit für die Ernennung des Whig Charles Talbot, Duke of Shrewsbury (1660-1718) zum „*Lord Treasurer*“. Königin Anna gab dazu ihre Zustimmung und Bolingbroke blieb nichts anders



übrig als sich dem zu beugen. Shrewsbury hatte jetzt eine alles überragende Stellung als „*Lord Treasurer*“, „*Lord Chamberlain*“, „*Lord Lieutenant of Ireland*“ und Vorsitzender des „*Privy Council*“. Der „*Privy Council*“ übernahm mit dem Tod der Königin (1. August 1714) gemäß dem „*Regency Act*“ die Funktion als „*Regency Council*“, proklamierte als solcher noch am Todestag der Königin Georg von Hannover zum neuen König, forderte diesen dazu auf nach England zu kommen und versammelte das Parlament am gleichen Tag zur zweiten Sitzung, um alle Formalitäten der Thronfolge zu regeln. Der Regentschaftsrat setzte sich aus den sieben wichtigsten Staatsämtern zusammen, zuzüglich einer unbestimmten Anzahl weiterer Mitglieder, die der Thronfolger bestimmen durfte. Georg I. berief hauptsächlich Whigs in den Regentschaftsrat, nicht aber die Whig Junto-Lords Somers, Sunderland und Wharton, dafür aber die Tory-Lords Anglesley und Nottingham. Ausgeschlossen waren alle Tories, die auch nur im entferntesten mit dem Frieden von Utrecht zu tun hatten oder mit den Jakobiten auch nur sympathisierten. Georg I. würdigte Harley nach seiner Ankunft in England (18. September 1714) während seiner ersten Audienz (19. September 1714) keines Blickes. Er wurde alsbald während der ersten Sitzung des neuen Parlaments (1715) wegen Hochverrats angeklagt, zog es aber vor sich im Parlament selbst zu verteidigen, anstatt sich des Impeachments durch Flucht zu entziehen wie Bolingbroke, dessen Verbindung zu den Jakobiten aber auch allzu offensichtlich waren. Harleys Anklage wurde schließlich fallengelassen (1717), allerdings nicht ohne vorherige Inhaftierung im Tower. Zum Zeitpunkt der Ankunft des neuen Königs war Königin Annas Parlament bereits vertagt (25.08.1714), nicht aber aufgelöst. Aus Angst vor einer Jakobitischen Invasion verzögerte man die Auflösung um ein halbes Jahr (05.01.1715)<sup>1519</sup>.

### **c) Hannover (1714-16)**

**Die Aussichten der sächsischen Welfen auf den englischen Königsthron** waren ursprünglich ziemlich aussichtslos und genauso unwahrscheinlich war der Aufstieg von Georg Ludwigs Vater Ernst August (1629-1698) zum Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg (1692). Ernst August war der jüngste von vier Brüdern, die nach- und nebeneinander in den Fürstentümern Calenberg (Hannover) und Lüneburg (Celle) herrschten. Nach dem Tod seines Bruders Johann Friedrich stieg Ernst August zum Reichsfürsten von Calenberg auf (1679), vereinigte weitere Territorien des in Seitenlinien zersplitterten Welfenhauses, setzte die Primogenitur gegen alle Widerstände in der

---

<sup>1519</sup> GREGG, Edward, Anne (1665–1714), 2004, S. 41-49; GIBBS, G. C., George I (1660-1727), 2004, S. 8ff.; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 14-17; DICKINSON, H. T., St John, Henry, styled first Viscount Bolingbroke (1678–1751), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article//24496>, 26.5.2018; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 339f., 349-354; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 169-172

Familie durch (1682) und errang nach zähem Ringen die neunte Kurwürde für sein Haus von Kaiser Leopold I. Durch seine Ehe mit Sophia (1630-1714), Tochter des Pfälzer Kurfürsten Friedrich V. und Winterkönigs von Böhmen mit der englischen Prinzessin Elizabeth Stuart, die Glorreiche Revolution mit der „*Bill of Rights*“ (1689) zum Ausschluß der katholischen Jakobiten vom englischen Thron, der Kinderlosigkeit von Wilhelm und Mary sowie des Todes von Annas einzigem überlebenden Sohn (Juli 1700) und des „*Act of Settlement*“ (1701) erwarb zunächst Sophia und dann ihr Sohn Georg Ludwig die Anwartschaft auf den englischen Thron. Georg Ludwig wurde nach dem Tod seines Vaters zunächst Kurfürst von Hannover (1698) und gelangte anschließend im reifen Alter von 54 Jahren auf den britischen Thron, nachdem seine Mutter Sophia 84-jährig (8. Juni 1714) kurz vor Königin Anna verstarb (1. August 1714). Georg Ludwigs Wesen war durch seine soldatische Erziehung, seine Offizierskarriere und Kriegsteilnahme gegen Ludwig XIV. und die Türken geprägt. Seine Ehe mit seiner Cousine Sophie Dorothea (1682) war äußerst unglücklich. Sophie Dorothea war die Tochter seines Onkels Georg Wilhelm, der ursprünglich seine Mutter Sophia hätte heiraten sollen, die dann aber Georg Ludwigs Vater zur Frau gegeben wurde. Die Ehe mit Sophie Dorothea war aus dynastischer Sicht notwendig, um die zersplitterten Territorien der Welfen zu vereinigen. Aus dieser Notwendigkeit mag sich erklären, daß Georg Ludwig während seiner Englandreise (1680/81) nicht um die Hand der späteren Königin Anna anhielt. Ob sich daraus Spannungen ergeben haben, die Anna später zu ihrer Ablehnung einer welfischen Hofhaltung Sophias in England veranlasste, liegt im Bereich der Spekulation. Georg Ludwig ließ seine Frau Sophie Dorothea, die ihm kurz nach der Eheschließung den Erben und späteren König Georg II. gebar (1683), nach ihrer Affäre mit dem schwedischen Offizier Graf Philip Christoph von Königsmarck jahrzehntelang bis zu ihrem Tod in der Festung Ahlden inhaftieren (1694-1726). Sophia Dorotheas Liebesbeziehung mit dem schwedischen Grafen war Georg Ludwigs Affäre mit Ehrengard Melusine von der Schulenburg, der späteren Herzogin von Munster (1716) und Kendal (1719) vorausgegangen, die ihm eine Tochter gebar, bevor seine Frau sich mit dem Grafen einließ, der 1694 getötet wurde. Die Ehe mit Sophie Dorothea wurde geschieden und man stellte sie unter Hausarrest in Ahlden. Das gestörte und von Hass geprägte Verhältnis zwischen Georg I. und dem Thronfolger und späteren König Georg II. dürfte auf das Verhalten seines Vaters gegenüber seiner Mutter zurückzuführen sein<sup>1520</sup>.

---

<sup>1520</sup> GIBBS, G. C., George I (1660-1727), 2004, S. 1-4; SCHNATH, Georg, Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, Kurfürst von Hannover, Bischof von Osnabrück (1629-98), in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 4, 1959, S. 608f.; SCHNATH, Georg, Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover, König von Großbritannien und Irland (1660-1727), in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 6, 1964, S. 210f.

**Die Whig-Administration Georgs I.** kam für niemanden überraschend, hatten die Whigs doch jahrelang demonstriert, daß sie uneingeschränkt für die protestantische Thronfolge des Hauses Hannover waren. Georgs Hauptauswahlkriterium zur Aufnahme in hohe Staats-, Regierungs- und Hofämter war Loyalität zur neuen Dynastie. Das Mißtrauen des Königs gegenüber den Tories speiste sich aus vielen Quellen. Den von den Tories unter Harley verhandelte Frieden von Utrecht (1713) hatte Georg I. als Verrat an den Alliierten empfunden und ihn in seiner Ansicht bestärkt, daß die Tories verkappte Jakobiten seien, die seine Thronfolge verhindern wollten. Der Spott vieler Tories auf die Deutschen als Eindringlinge verfestigten des Königs Haltung. Nachdem sich im Regentschaftsrat noch Tories befunden und Georg I. sogar weitere Tories nominiert hatte, um sich mit einer Versöhnungspolitik einer totalen Abhängigkeit von den Whigs zu entziehen, erfolgte dann doch eine vollständige Umformung der Regierung zugunsten der Whigs. Georg I. ließ allerdings das Amt des „*Lord Treasurer*“, das so eng mit der Führungsrolle eines Ersten Ministers verbunden war, unbesetzt und richtete eine „*Treasury Commission*“ ein. Lord Halifax ernannte man zum „*First Lord of the Treasury*“, James Stanhope wurde „*Secretary of state for the south*“, Lord Townshend „*Secretary of state for the north*“. Marlborough wurde erneut „*Captain General*“ der Streitkräfte. Sein Schwiegersohn, der Earl of Sunderland, ernannte man zum „*Lord Lieutenant of Ireland*“. Lord Cowper wurde „*Lord Chancellor*“. Lord Somers gehörte dem „*Cabinet Council*“ als einfaches Mitglied ohne eigenen Geschäftsbereich an. Der einzige Tory im Kabinett war der Earl of Nottingham als „*Lord President of the Council*“. Georg I. reduzierte den „*Privy Council*“, der unter Königin Anna zuletzt aus 80 Mitgliedern bestanden hatte, auf 32 Mitglieder. Die restlichen Mitglieder der Whig-Junto, die nicht in das Kabinett aufgenommen worden waren, wie die Lords Wharton und Orford, aber auch Robert Walpole, wurden „*Privy Councillors*“. Man säuberte außerdem auch die niederen Ränge der Administration und die lokalen Behörden von den Tories. Dies betraf besonders die wichtigen „*Lord Lieutenants*“ und die „*Justices of the Peace*“. Kleinere Aufstände und Demonstrationen im ganzen Land für die Staatskirche und gegen Dissenter am Krönungstag (14. Oktober 1714) wiesen bereits auf den anstehenden Parlamentswahlkampf hin, den die Tories in Anbetracht ihrer Nöte unter dem allbekannten Schlachtruf der „*Church in Danger*“ zu führen gedachten<sup>1521</sup>.

**Die deutschen Berater Georgs I.** übten einen beträchtlichen Einfluß aus, obwohl man nach den Erfahrungen mit den niederländischen Günstlingen Wilhelms III. mit dem „*Act of Settlement*“ beabsichtigt hatte, dies in Zukunft zu unterbinden. Ausländische Berater sollten keine offiziellen

---

<sup>1521</sup> GIBBS, G. C., *George I (1660-1727)*, 2004, S. 9, 11f.; SPECK, W. A., *Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724)*, 2004, S. 17; SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 174f.

Ämter in Großbritannien bekleiden dürfen. Der König ließ sich dennoch von seinen alten Gefolgsleuten beraten, so daß diese außerordentlichen Einfluß ausüben konnten. Dazu gehörten die Barone Bothmer und Bernstorff sowie der Hugenotte Jean de Robethon als Privatsekretär des Königs. Bothmer hatte die Thronfolge des Kurfürsten als dessen Gesandter in England vorbereitet, während Bernstorff Kontakt zu den europäischen Höfen gehalten hatte. Darüber hinaus konnte nicht verhindert werden, daß die Baronin von Schulenburg als Mätresse des Königs Einfluß hatte. Sie wurde alsbald zur Herzogin von Kendal erhoben (1719), während die Kurfürstin von Hannover und Königin in Hannover weiterhin inhaftiert blieb, nachdem ihr eine Affäre mit einem schwedischen Grafen vorgeworfen worden war. Einfluß hatte auch die Halbschwester des Königs, die Baronin Kielmansegg, die spätere Gräfin Darlington (1721)<sup>1522</sup>.

**Das fünfte Parlament Großbritanniens (1715-22)** kam zustande nach umfassender Vorbereitung während des halbjährigen Rezess nach der letzten Tagung des vierten Parlaments Großbritanniens (25.08.1714 bis 15.01.1715). Die Maßnahmen König Georgs I. zielten auf die Schaffung eines von Whigs dominierten Parlaments. Die Regierungsämter wurden systematisch von Tories gesäubert und von Whigs besetzt. Die Tories standen unter Generalverdacht des Königs, mit den exilierten Jakobiten den Umsturz zu planen. Die *“Church in danger”* Kampagne der Tories verhallte in diesem Wahlkampf ungehört, genauso wie ihre Warnung, daß die Whigs einen erneuten Krieg beginnen und ein stehendes Heer aufzubauen beabsichtigten. Die Whigs verfügten neben der Unterstützung des neuen Königs außerdem auch über die schlagkräftigere Parteiorganisation. Die schweren Niederlagen in den Parlamentswahlen von 1710 und 1713 hatten die Organisation der Whigs nicht beeinträchtigt. Das Ergebnis der letzten Wahl von 1713 kehrte sich 1715 in sein Gegenteil. Die Whigs erzielten eine große Mehrheit (341 statt 137 Abgeordneter zuvor), während die Tories deutlich verloren (217 statt 376 Abgeordnete). Das dem *“Triennial Act”* unterliegende Parlament verlängerte sich selbst während der ersten Sitzung mit der Verabschiedung des *“Septennial Act”* (1716). Infolge der Selbstperpetuierung versammelte sich das fünfte Parlament zu insgesamt acht Sitzungen und dauerte sieben Jahre. Nach der Versammlung des Parlaments setzten sich die Säuberungen mißliebiger Tories fort. Besonders bedeutsam waren die Impeachments gegen Königin Annas Minister, denen man Geheimverhandlungen mit den in Frankreich exilierten Jakobiten zur Verhinderung der protestantischen Thronfolge der Hannoveraner vorwarf. Wegen Hochverrats wurden angeklagt: Robert Harley, Earl of Oxford, Henry St John, Viscount Bolingbroke, James, Duke of Ormonde und Thomas, Earl of Strafford wegen *“High Crimes and misdemeanors”*. Der Aufstand der Jakobiten in Schottland während der ersten Sitzung (Juni 1715)

---

<sup>1522</sup> GIBBS, G. C., George I (1660-1727), 2004, S. 17f.; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 172ff.

fürte zum *“Riot Act”*, zur Aussetzung der *“Habeas Corpus”*-Regel und zur Verabschiedung des *“Septennial Act”*. Nach der raschen Niederschlagung des Aufstandes zeigten sich jedoch bald Risse innerhalb der neuen Whig-Administration. Während des Rezess zwischen der ersten und zweiten Sitzung gelang es Stanhope (*“Secretary of state for the south”*) zusammen mit Sunderland (*„Lord Lieutenant of Ireland“*) die Leitung der Regierung für die nächsten drei Jahre zu übernehmen. Townshend und Walpole wurden entlassen (Juli 1717), sammelten jedoch die desavouierten Whigs um sich und sie nutzten den Konflikt zwischen Georg I. und seinem Sohn zur Etablierung einer politischen Opposition innerhalb der Whigs (*“Whig-schism”*). Es sollte jedoch noch lange dauern bis Townshend und Walpole an die Regierungsspitze zurückkehrten (April 1720)<sup>1523</sup>.

**Der Jakobitenaufstand in Schottland (September 1715)** dürfte auf die große Unzufriedenheit vieler Schotten über die Union mit England zurückzuführen sein. Viele Schotten sahen sich nur noch als Provinz Englands und sehnten sich nach staatlicher Unabhängigkeit. In England gab es nach Georgs I. Ankunft öffentliche Demonstrationen gegen die neue Dynastie, die auf der *„Church in Danger“*-Kampagne der Tories beruhte. Die Regierung sah sich zur Einbringung (1. Juli 1715) und Verabschiedung des *„Riot Act“* (20. Juli 1715) veranlaßt. Ein weiteres Gesetz setzte sogar die *„Habeas Corpus“*-Regelung außer Kraft (*„to empower his majesty to secure and detain such persons as his majesty shall suspect are conspiring against his person and government“*). In der Folge verhaftete man zahlreiche Verdächtige unter anderem auch sechs Unterhausabgeordnete und drei Lords. Der bewaffnete Aufstand der Jakobiten in England stieg dabei auf nie mehr als 1.500 Mann und diese gaben sich bald geschlagen (November 1715). In Schottland waren aber wohl bis zu 10.000 Mann für den jakobitischen Thronanwärter (*„Pretender“*) James III. unter Waffen. Nach ihrer Niederlage wurden 19 schottische Adelstitel eingezogen, sieben Lords wurden wegen

---

<sup>1523</sup> zum fünften Parlament Großbritanniens: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, Appendix IV: Dates of Parliaments, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, II. The General Election of 1715 and the First Whig Opposition, 1717-20, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 5th Parliament of Great Britain, 17 Jan. 1715 - 10 March 1722, 2014; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 339f., 355f.; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 171–185; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 355f.; zur 1. Sitzung: CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 9–107; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 21–397; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 18 (1714-18), 1803, S. 15–471; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 27–394; GIBBS, G. C., George I (1660-1727), 2004, S. 12f.; vgl. zu den Einzelsitzungen Abschnitt D. III. 2.; zu den Parlamenten 1715-54: THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, I. Procedure, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, III. The Second Whig Opposition, 1722-42, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, IV. Oppositions 1742-44, 1747-51, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970

Hochverrats zum Tode verurteilt und einer hingerichtet. Nottingham und andere Tories plädierten vergeblich an die königliche Gnade. Sie bewirkten damit lediglich, daß Nottingham als letzter Tory das Kabinett zu verlassen hatte<sup>1524</sup>.

**Die Flucht ins Ausland und die Anklage sowie Verurteilung führender Tories (1715)** führte zur weiteren Schwächung der Partei. Nachdem die Niederlage der Tories in den Parlamentswahlen offenkundig war, fürchtete Bolingbroke ernsthafte Repressalien und flüchtete nach Frankreich. Der Herzog von Ormonde tat es ihm gleich. Beide verloren ihre Titel und Güter durch „*Bill of Attainder*“. Harley und der Earl of Stafford flüchteten nicht, wurden mittels „*Impeachment*“ angeklagt (Juli 1715) und im Tower inhaftiert. Mit der Niederlage in der Parlamentswahl und dem Schicksal führender Tories vor Augen, verloren die Tories ihre Hoffnung auf eine politische Zukunft unter Georg I. und richteten ihre Blicke auf James III., den Thronanwärter („*Pretender*“) der Jakobiten. Die Hoffnungen des Exilhofes und der englischen Jakobiten zerstoßen aber mit dem Tod Ludwigs XIV. (September 1715). Von der Regentschaftsregierung des minderjährigen Ludwig XV. war keine Unterstützung zu erwarten<sup>1525</sup>.

## **2. „5th Parliament of Great Britain: Debates and Pamphlets“ (1714-16)**

Der „*Septennial Act*“ (1716) wurde in der ersten Sitzung (17.03.1715 bis 26.06.1716) des fünften Parlaments Großbritanniens verabschiedet, welches sich damit selbst von drei auf sieben Jahre Dauer verlängerte (1715-22). Die Selbstermächtigung der Abgeordneten steht im Widerspruch zum **Repräsentationsprinzip** und wurde in den Debatten im Parlament und außerhalb in den Druckschriften thematisiert. Die Parlamentsdebatten zur Verabschiedung des Gesetzes beginnen nicht im Unterhaus, sondern im Oberhaus (10. April 1716). Sie endeten nach der Zustimmung des Unterhauses weniger als einen Monat später (7. Mai 1716) mit dem Einverständnis des Königs. Angesichts der einschneidenden Änderung der Parlamentsdauer ist die kurze Beratungszeit zumindest erstaunlich, spiegelt aber die überragende Mehrheit der Whigs, der Regierung und des Königs zur Verabschiedung des Gesetzes wider. Die Whigs brachten nach der siegreichen Parlamentswahl (März 1715), der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes in England und Schottland (Juli 1715) und der Abrechnung mit deren Anführern sowie den Impeachments gegen Robert Harley und anderen führenden Tories (Juli 1715) den „*Septennial Act*“ im Folgejahr ein. Das neue Gesetz sollte den „*Triennial Act*“ (1694) ersetzen, der die Parlamentsdauer auf maximal drei Jahre festgesetzt hatte. Die Führungsriege der Whigs hatte damit seit ihrem Machtantritt innerhalb kürzester Zeit den „*Riot Act*“ verabschiedet und „*Habeas Corpus*“ sowie den „*Triennial Act*“

---

<sup>1524</sup> GIBBS, G. C., *George I (1660-1727)*, 2004, S. 13; SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 179–183

<sup>1525</sup> SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 178f.

zugunsten des „*Septennial Act*“ außer Kraft gesetzt. Abel Boyer hatte in seinem Werk „*The Political State of Great Britain*“ (1715) die von Francis Atterbury in dessen Schrift „*English Advice to the Freeholders of England*“ (1714) getroffene Prognose, daß die Whigs den „*Triennial Act*“ außer Kraft setzen würden, noch vehement abgelehnt. Es sei schlicht undenkbar, daß die Whigs als Hauptverfechter der Freiheit jemals genau die Schutzwälle einreißen sollten, die sie einst selbst errichtet hatten. Er wurde aber mit der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ eines Besseren belehrt. Der Historiker W. A. Speck sah darin den Wandel der Whigs von Shaftesburys Demagogie zu Walpoles Oligarchie<sup>1526</sup>.

**Die Parlamentsdebatte zur „*Septennial Bill*“** begann mit Einbringung der Gesetzesvorlage im Oberhaus (10. April 1716) und endete mit der Verabschiedung als „*Septennial Act*“ durch königliche Zustimmung (7. Mai 1716). Nach Cobbett wurde die Hauptdebatte zur „*Septennial Bill*“ zuerst im Oberhaus (14. April 1716) und nach der Zustimmung der Lords im Unterhaus geführt (24. April 1716). Mit dem Ende der Aufzeichnungen Anchtell Greys unmittelbar vor dem Ende der fünften Sitzung des „*First Officers' Parliament*“ am 16. April 1694 steht uns mit Cobbetts Sammlung „*The Parliamentary History of England, From the earliest period to the year 1803*“ nur diese eine Hauptquelle für die Parlamentsdebatte zum „*Septennial Act*“ zur Verfügung. Chandlers „*The History and Proceedings of the House of Commons*“ und Torbucks „*A Collection of the Parliamentary Debates in England*“ beschränken sich auf die Unterhausdebatte, begnügen sich dabei mit der Wiedergabe einiger ausgewählter Redebeiträge, geben die Debatte also in weit geringerem Umfang wieder als Cobbett dies tut und sind dabei fast wortgleich<sup>1527</sup>.

---

<sup>1526</sup> KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 80; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 9; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 492; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 305, 336, 404; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 71; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 183f.: „*The Whigs [...] moved from the demagogy practised by the first earl of Shaftesbury to the oligarchy presided over by Walpole*“; ATTERBURY, Francis, English advice to the freeholders of England, [London?], 1714; BOYER, Abel, The Political State of Great Britain, Volume IX, Containing the months of January, February, March, April, May, June, MDCCXV, London, 1715, S. 25: „*How can any reasonable man conceive that the whigs, whose characteristic is to be strenuous asserters of liberty, should ever be for pulling down those very fences they have themselves cast up to preserve it?*“

<sup>1527</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 292-379; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 296-307 (Oberhausdebatte am 14. April 1716); COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308-374 (Unterhausdebatte am 24. April 1716); CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 32, 68-105; TORBUCK, A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. VI (1712-1717), 1741, S. 378-453; THE HOUSE OF LORDS, The Journal of the House of Lords Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 325-351; THE HOUSE OF COMMONS, The Journal of the House of Commons Vol. 18 (1714-18), 1803, S. 413-439 (26. März bis 7. Mai 1716); TIMBERLAND, The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. III (1714-27), 1742, S. 27-41

**Die Einbringung der „Septennial Bill“ im Oberhaus (10. April 1716)** setzte das Gesetzgebungsverfahren in Gang. Eingebracht wurde die Gesetzesvorlage nach Lesung des *“Triennial Act”* durch den Herzog von Devonshire, damals *“Lord Steward of His Majesty's Household”*. Die Gesetzesinitiative ging also direkt vom Hof bzw. von der Regierung aus. Devonshire propagierte in seiner Rede die Nachteile der dreijährigen Parlamentswahlen. Diese würden Parteienstreit und Zwist zwischen Familien fördern, ruinöse Kosten verursachen und ausländischen Fürsten die Möglichkeit zur Beeinflussung bieten. Abhilfe sei dringend geboten, weil der gerade unterdrückte Jakobitenaufstand im Geiste noch lebendig sei. Die bald anstehende Parlamentswahl aufgrund des *“Triennial Act”* sei die beste Gelegenheit für diese Leute, ihr Haupt wieder zu erheben, weshalb es absolut notwendig sei, ihnen diese Gelegenheit zu nehmen. Der Jakobitenaufstand von 1715 wurde hier also als Grund zur Änderung der Parlamentsdauer vorgegeben bzw. instrumentalisiert<sup>1528</sup>.

**Die Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716)** erfolgte anlässlich der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage<sup>1529</sup>. Dagegen brachten 23 Lords einen von ihnen unterschriebenen **Protest** ein, darunter ein so bedeutender Tory wie Nottingham. Die Lords nannten mehrere Gründe für ihre Ablehnung der *“Septennial Bill”*: 1) Regelmäßige Parlamente seien als Bestandteil der Verfassung seit langem Praxis<sup>1530</sup>. 2) Das Unterhaus müsse vom Volk gewählt werden, weil die Abgeordneten nur dann **Repräsentanten des Volkes** seien. Durch lange Dauer über den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraum hinaus würden sie letztlich nicht vom Wähler, sondern vom Parlament gewählt. Das Volk würde dadurch um die einzige Möglichkeit betrogen, Abhilfe gegen Mißstände

---

<sup>1528</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 325; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 292–295: *„The Duke of Devonshire made a speech in the House of Lords, representing the inconveniences that attend the triennial elections of members of parliament; particularly that they serve only to keep up party divisions, and to raise and foment feuds and animosities in private families; That besides, they occasion ruinous expences, and give a handle to the cabals and intrigues of foreign princes: That therefore it was becoming of the wisdom of that august assembly, to apply a proper remedy to an evil which might be attended with the most dangerous consequences, especially in the present temper of the nation, for though the rebellion was happily suppressed, yet the spirit of it remained unconquered, and seemed only to wait for an opportunity to shew itself with more violence: that the election of a new parliament, which by the triennial act was not far off, being the most favourable juncture which the disaffected could expect, he thought it absolutely necessary to deprive them of it: For which purpose, he had a Bill to offer to the House, for enlarging the continuance of parliaments; and at the same time he moved it might be read“*; vgl. die Bewertungen der Debatte zur *„Septennial Bill“* von Tindal, Smollet, Belsham, Coxe und Blackstone in den Fußnoten von COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 292–295

<sup>1529</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 331f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 296–307

<sup>1530</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 325: *„Because we conceive that frequent and new Parliaments are required by the fundamental Constitution of the Kingdom; and the Practice thereof for many Ages (which manifestly appears by our Records) is a sufficient Evidence and Proof of this Constitution“*



zu erhalten. Also auch hier wieder die Gefährdung des Repräsentationsprinzip als Ablehnungsgrund<sup>1531</sup>. 3) Korruption werde durch die „*Septennial Bill*“ nicht gemindert, sondern gefördert, weil ein Parlamentssitz umso teurer gehandelt werde, wenn er von längerer Dauer sei. 4) Der Staat werde sich nicht auf ein Volk verlassen können, welches seine Rechte aufgibt. 5) Das Ausland werde die Regierung für schwach halten, wenn es zu einer solchen Maßnahme greife, um sich gegen die Katholiken zu schützen. 6) Bei einer Verabschiedung des Gesetzes sei zu befürchten, daß es später zu einer Perpetuierung des Parlaments komme. Das wäre eine absolute Unterdrückung des dritten Standes. Die Aushebelung der Repräsentation wurde also als Gefahr beschrieben<sup>1532</sup>. Ein „*Committee of the whole House*“ wurde eingerichtet, um über die Protestnote zu beraten. Als erster sprach sich der **Earl of Abingdon** gegen die „*Septennial Bill*“ aus. Es sei eine außergewöhnliche Maßnahme zur Aufhebung des „*Triennial Act*“, der vom Volk als Mittel zur Sicherung ihrer Rechte und Freiheiten wahrgenommen werde. Die Verabschiedung sei ein Vertrauensbruch der gewählten Abgeordneten gegenüber ihren Wählern, die sie repräsentieren<sup>1533</sup>. Dagegen sprach sich der **Duke of Kensington** aus, indem er mit der Aufgabe der Legislative argumentierte, alte Gesetze zu berichtigen und neue Gesetze zu machen<sup>1534</sup>. Der **Earl of Poulet** empörte sich, daß der Gesetzesvorschlag fehlendes Vertrauen gegenüber dem Volk zeige. Er hielt es für seltsam, den „*Triennial Act*“ ausgerechnet nach der erfolgreich bewerkstelligten protestantischen Thronfolge abzuschaffen, habe Wilhelm III. doch gerade mit diesem populärsten aller Gesetze die Herzen der Untertanen gewonnen<sup>1535</sup>. Auch **Lord Trevor** sprach sich gegen die „*Septennial Bill*“ aus. Den

---

<sup>1531</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 325: „*Because it is agreed, that the House of Commons must be chosen by the People; and, when so chosen, they are truly the **Representatives of the People**: Which they cannot be so properly said to be, when continued for a longer Time than that for which they were chosen; for after that Time they are chosen by the Parliament, and not the People; who are thereby deprived of the only Remedy which they have against those who either do not understand, or through Corruption do wilfully betray, the Trust reposed in them; which Remedy is, to choose better Men in their Places*“

<sup>1532</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 325: „*We conceive that, whatever Reasons may induce the Lords to pass this Bill to continue this Parliament for Seven Years, will be at least as strong, and may by the Conduct of the Ministry be made much stronger before the End of Seven Years, **for continuing it still longer; and even to perpetuate it, which would be an express and absolute Subversion of the Third Estate of the Realm***“

<sup>1533</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 296: „*That it was of a very extraordinary nature, since it repealed the Triennial Act, which the people justly looked upon as the great security of their rights and liberties; and that if it passed this house, and the commons agreed to it, it would, on their part, **be a breach of that trust which was reposed in them by those whom they represented***“

<sup>1534</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 296: „*That the business of the legislature was to rectify old laws, as well as to make new ones*“

<sup>1535</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 296f.: „*That this Bill shewed a distrust of the affections of the people, without which, no king can be either safe or easy: that King William gained the hearts of his subjects by the*

„*Triennial Act*“ hielt er für einen wesentlichen Bestandteil der „*ancient constitution*“, die regelmäßige und sogar jährliche Parlamente vorsah. Lange Parlamente seien stets schädlich gewesen wie die Herrschaft Karls I. und Karls II. gezeigt haben. Der „*Triennial Act*“ sei eben deshalb verabschiedet worden. Anmaßungen der Krone, des Parlaments und von Ministern sollten damit verhindert werden. Er sei davon überzeugt, daß eine „*Place Bill*“ erforderlich sei, falls der „*Triennial Act*“ widerrufen werde und Parlamente nicht mehr regelmäßig seien, weil die lange Sitzungsdauer die Gefolgsleute der Krone übermäßig vermehren würde. Er war auch davon überzeugt, daß die Abgeordneten nicht mehr Repräsentanten des Volkes sein würden, wenn sich dieses Unterhaus selbst über die gewählte Wahlperiode hinaus verlängern würde. Das **Repräsentationsprinzip** scheint ein immer wiederkehrendes, zentrales Argument der Opposition zu sein<sup>1536</sup>. Für das Gesetz sprach sich der **Earl of Dorset** aus. Der „*Triennial Act*“ sei ein neues Gesetz gewesen, das von der ursprünglichen Verfassung abweiche. Die letzten zwanzig Jahre hätten erwiesen, daß der „*Triennial Act*“ zu einer Vielzahl von Unannehmlichkeiten geführt habe, die endlich behoben werden müßten. Neben der Korruption sei am schlimmsten, daß man dadurch ein „*triennial government*“ habe, welches noch gerade so besser sei als ohne Regierung dazustehen<sup>1537</sup>. **Lord Carteret** betonte, daß regelmäßige Parlamente zur Sicherung der Rechte des Volkes und der Freiheiten geeignet seien. Die „*Septennial Bill*“ sei nur gegen regelmäßige Wahlen, nicht aber gegen regelmäßige Sitzungen. Ein verräterisches Argument der Gesetzesbefürworter. Regelmäßige

---

*Triennial Act; and it would look somewhat strange, that the most popular of our laws should be repealed a year after the Protestant succession took place. [...]*“

<sup>1536</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 297f.: „*That he himself looked upon the Triennial Acts as an essential part of our ancient constitution, according to which, frequent and even annual parliaments were to be held: that he could easily prove that long parliaments were always pernicious: [...] by the Revolution, to assert their just rights and liberties, the Triennial Act was insisted on, and gained, at last, with a great deal of opposition: that there were very good and cogent reasons for making this law, viz. To support the constitution; to prevent encroachments, either of parliaments on the crown, or of the crown on the rights and liberties of the people; and to correct abuses and exorbitances committed through the ambition and avarice of ministers: [...] but that in his opinion, frequent elections were a necessary right of the subject to remedy abuses: that, for his own part, he had ever been against the bill for limiting the number of officers in the House of Commons; but if the Triennial Act were repealed, he thought that bill would become necessary, because the long sitting of parliaments would give the crown both an opportunity and temptation to multiply the number of officers: [...] That if this House of Commons continued themselves beyond the time for which they were chosen, they were no more the representatives of the people, but a House of their own making: [...]*“

<sup>1537</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 297: „*[...] that the Triennial Act was a new law, and an alteration of the old constitution: that the experience of twenty years having shewn a thousand inconveniences that attend that law, they ought to apply a remedy to it: that the said law sowed the seeds of corruption [...] that Triennial elections destroy all family interest, and subject our excellent constitution to the caprice of the multitude; and, in short, that by Triennial elections, we have but a Triennial government, which is little better than no government, at all: for which reasons he was for this bill*“

Sitzungen waren zwar stets von der Opposition gewünscht gewesen. Da Repräsentation mit den immer selben Abgeordneten von der Opposition wohl zu Recht bestritten wurde, zeigt sich in dem Argument die Feindschaft gegenüber dem Repräsentationsprinzip. Für Lord Carteret böte das neue Gesetz angesichts der Jakobitengefahr zudem die Stabilisierung des Königs. Die gegenwärtigen Verhältnisse würden auf eine dauerhafte Grundlage gestellt<sup>1538</sup>. Für den **Duke of Buckingham** war der „*Triennial Act*“ ein gutes Gesetz, wenn auch nicht ganz ohne Unannehmlichkeiten. Dagegen könnten Heilmittel gesucht und angewendet werden. Stattdessen wolle man aber gleich das ganze Gesetz widerrufen und die Verfassung ändern. Er erinnerte daran, daß man einst sagte, daß es niemals in England gut sein könne ohne jährliche Parlamente. Wilhelm III. war ein weiser Fürst, der sein Volk mit dem „*Triennial Act*“ beruhigte habe. Die „*Septennial Bill*“ hätte den gegenteiligen Effekt. Die Rebellion sei seiner Meinung nach kein ausreichender Grund zum Widerruf des „*Triennial Act*“<sup>1539</sup>. Der **Earl of Cholmondeley** war für die „*Septennial Bill*“. Er brachte das Argument des Duke of Kensington erneut vor, daß es Aufgabe der Legislative sei, fehlerhafte Gesetze zu berichtigen. Dies sei der Fall beim „*Triennial Act*“. Das lange Parlament Karls II. sei kein Argument gegen, sondern für die „*Septennial Bill*“. Das Parlament habe damals, obwohl es voller Pensionäre gewesen sei, für den Krieg gegen Frankreich gestimmt und alles getan, um den „*Popish Plot*“ aufzuklären. Gegen Korruption gebe es kein besseres Mittel als die Unterdrückung regelmäßiger Parlamente, die auch nur andauernden Streit zwischen den Familien erzeugen. Schließlich werde man mit der „*Septennial Bill*“ die Alliierten auch nicht wieder im Stich lassen<sup>1540</sup>.

---

<sup>1538</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 298f.: „*That frequent parliaments are a great security to the people's rights and liberties; but then he observed, that this bill was not against frequent sessions, but only against frequent elections; [...] that there is a restless popish faction designing and endeavouring to renew the rebellion within this kingdom. [...] that, in short, this bill would fix the king, and the present happy settlement, on a lasting foundation; and therefore he was for committing it*“

<sup>1539</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 299: „*[...] that the Triennial Act, might, indeed be subject to some inconveniences; but that the best things are not exempt from them; that means should be found out and pursued, to remedy those inconveniences, but instead of that, they now were going to repeal a good law, and alter the constitution. [...] And he remembered it had been said in their house, That it would never be well in England, till there were annual parliaments; that king William, who was a wise prince, made himself and his people easy by the Triennial act: and he was afraid the bill now in question, would have a quite contrary effect; and therefore, he was against it at this time, [...] that, in his opinion the late rebellion was not a sufficient reason for repealing the Triennial act; [...] so that upon the whole matter, he was against the bill*“

<sup>1540</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 299f.: „*[...] that the legislature invested with a supreme power to rectify any inconveniences to which any former law may, by experience, be found to be subject; and this being the case of the Triennial Act, they ought to remedy the same: that what had been suggested in relation to the long parliament in king Charles the IId's reign, was, in his opinion, rather an argument for, than against this bill: for though, in that parliament, the king had many pensioners, who, at first, complimented him with money, yet, at last, when the interest of the nation came to be at stake, they voted for a war with France, and prosecuted the Popish Plot with the utmost vigour: [...] there was no better remedy against*

**Lord Ferrers** Antwort richtete sich direkt gegen den Earl of Chalmodeley. Ferrers lobte die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“, in der sich die verschiedenen Zweige der Gesetzgebung („*different branches of the legislature*“) gegenseitig kontrollierten, wodurch Mißbrauch verhindert werde. Das Pensionärparlament dagegen habe Karl II. vom Volk entfremdet. Diesen Effekt würde die Aufhebung des „*Triennial Act*“ nach sich ziehen<sup>1541</sup>. Der **Duke of Newcastle** sprach sich in einem ungewöhnlich offenen Angriff auf die Tories für die „*Septennial Bill*“ aus und rekurrierte dabei auf die Gefährlichkeit der papistischen Partei, die sich nicht unerheblich an der Rebellion beteiligt habe und nur eine gute Gelegenheit zur erneuten Rebellion abwarte. Sie hetzen das Volk auf und hoffen auf die nächste Wahl<sup>1542</sup>. Gegen die „*Septennial Bill*“ äußerte sich der **Earl of Aylesford**. Den „*Triennial Act*“ hielt er für ein so gutes Gesetz, daß ihm das Argument der ruinös hohen Ausgaben der regelmäßigen Wahlkämpfe und die Entstehung von Streit und Mißtrauen nicht ausreichten, ein so gutes Gesetz zu widerrufen. Zwar werde viel Geld in den Wahlkämpfen ausgegeben und das befördere die Korruption, weil jeder, der viel Geld ausgegeben habe, sich die Hoffnung auf ein Amt oder eine Pension mache. Der „*Triennial Act*“ biete aber mit der Abwahl ein Heilmittel für den Mißbrauch. Das neue Gesetz aber begründe einen Mißstand ohne Heilmittel. Der „*Triennial Act*“ habe außerdem die Anerkennung des Volkes, weshalb ein Widerruf Widerwillen zur Folge habe<sup>1543</sup>. Die Befürworter der „*Septennial Bill*“ brachten in Erwiderung auf den Earl of Aylesford ein harsches Argument wider die

---

*corruption, than the suppressing frequent elections; which on the other hand, occasion lasting feuds and animosities in families: that he thought this bill the more necessary, because our allies will thereby have security, that they shall not again be left in the lurch:“*

<sup>1541</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 300: „*He [the Earl of Chalmodeley] was answered by Lord Ferrers, who principally enlarged on the excellency of our constitution; he took notice, that the different branches of the legislature are a check to one another, which prevents exorbitance in the administration, and dragooning, as in Turkey, and other arbitrary governments; and suggested, that the pensionary parliament made king Charles 2 uneasy, by making him neglect the affections of his people; and concluded, he was afraid that the repealing the Triennial Act would have the same effect; and therefore he was against it“*

<sup>1542</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 300f.: „*[...] the late unnatural and monstrous rebellion was raised and fomented by large contributions of a restless Popish faction: the same means, my lords, will be used to renew the rebellion, as soon as a proper opportunity offers. Their emissaries are busy every where to keep up the spirits of the people for a year longer, and then they hope to retrieve all by a new election. [...] he declared himself in favour of the bill“*

<sup>1543</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 301f.: „*[...] that it was objected against the Triennial Act, that frequent elections occasion ruinous expences, and create feuds and animosities: but that these objections were not of sufficient weight with him, to induce him to give his vote for repealing so good a law; that it could not be denied, that a great deal of money is expended in elections [...] that those expences lay the foundation of corruption, and that those who make them, are in hopes to get either places or pensions; but that, by the Triennial Act, the country has an opportunity to remedy any abuses that may be committed by any of their representatives [...] whereas, on the contrary, this bill will establish a grievance and take away a remedy; that as the Triennial Act gained the affections of the people, it was to be feared that the repealing of it would have a contrary effect [...] upon all which reasons he was against this bill“*

**Repräsentation** ein. Der **Earl of Ilay** vertrat die Ansicht, daß regelmäßige Wahlen ruinös seien und damit Korruption, Untugend, Ausschweifungen und einen Niedergang des Handels erzeugten. Unter dem siebzehnjährigen Pensionärparlament Karls II. sei die Verfassung dagegen sicher gewesen. Da sich die Qualifikation zur Wahlberechtigung geändert habe, berechtige heute „*forty shillings freehold*“ zur Wahl. Früher waren Gentlemen und große Herren wahlberechtigt, heute aber sind es der Bodensatz, der Abschaum der Gesellschaft, die selbstverständlich mehr zur Korruption neigen. Regelmäßige Parlamente machen Regierungen also von den Launen der Massen abhängig und sehr prekär. Ilay erhob damit die soziale Zugehörigkeit der Wählerschaft zum Argument gegen die Repräsentation<sup>1544</sup>. Der **Earl of Nottingham** wettete als einer der bedeutendsten Tory-Führer gegen die „*Septennial Bill*“. Auch er macht die **Repräsentation** zum Argument gegen das neue Gesetz. Das Volk werde durch die „*Septennial Bill*“ eher aufgepeitscht als beruhigt. Das Gesetz zeige Mißtrauen gegenüber dem Volk. Regelmäßige Parlamente seien oberstes Gebot der Verfassung, was sich in deren langen Gebrauch zeige. Die „*Septennial Bill*“ werde Korruption nicht verhindern, sondern im Gegenteil befördern. Denn je länger eine Sitzungsperiode sei, desto mehr werde ein Sitz kosten. Es bestehe zudem die Gefahr, daß das Parlament, wenn es erst einmal sieben Jahre versammelt sei, sich auf ewig verlängern werde und der dritte Stand damit gänzlich entrechtet werde. Schließlich befördere das Gesetz die Vergrößerung der Prerogative<sup>1545</sup>. Nach fünfstündiger Debatte kam es mit 96 zu 61 Stimmen zur Entscheidung für die Weitergabe der „*Septennial Bill*“ an

---

<sup>1544</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 302f.: „[...] *that it is certain frequent elections occasion ruinous expences; and it is no less true, that ruinous expences beget corruption; [...] that besides this evil, frequent elections are a great occasion of vice, debauchery, and decay of trade: that notwithstanding whatever had been suggested against long parliaments, it was undeniable, that the constitution was safe under a parliament of 17 years continuance, in king Charles 2d's reign; that, on the contrary, it was certain, that frequent elections occasion great heats, and even implacable feuds and divisions between father and son, husband and wife, brother and sister: [...] took notice of the great change which, in process of time, has happened in the qualification of the electors, by the increase and plenty of silver and gold in Europe; for forty shillings a year in freehold, which qualifies a man to vote in elections, was formerly as good as forty pounds is at present: so that formerly the electors were either gentlemen or men of substance, whereas the majority of them are of the dregs of the people, and therefore more subject to corruption. [...] that frequent elections render our government dependent on the caprice of the multitude, and very precarious. [...] his lordship was for committing the bill*“

<sup>1545</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, 303f.: „[...] *That he was against this bill, because he thought it would rather exasperate, than quiet the minds of the people. That this bill showed a distrust of the affections of the people, and an intention of governing by fear [...] He urged, that frequent and new parliaments are required by the fundamental constitution of the kingdom; and that the practice thereof for many ages was sufficient evidence of this constitution. That this bill was so far from preventing corruption, that it would rather increase it; for the longer a parliament is to last, the more valuable to be purchased is a seat in it, and the greater also is the danger of corrupting the members of it; That whatever reasons there may be to continue this parliament for seven years, will be at least as strong, and, by the conduct of the ministry, may be much stronger, before the end of seven years, for continuing it still longer, and even to perpetuate it, which would be an absolute subversion of the third estate of the realm. He then hinted at the danger of enlarging the prerogative, and instanced in the precedent of king Henry the 8th*“

ein *“Committee of the whole house”*. Interessanterweise sprachen sich 77 Lords in Anwesenheit und 19 in Stellvertretung dafür aus. Auf der Gegenseite waren 43 in Anwesenheit und 18 in Vertretung dagegen. Diesmal legten sogar 30 Lords ihren Protest namentlich mit Unterschrift ein. Der Protest entsprach inhaltlich der Protestnote vom Anfang der Debatte, damals waren es aber erst 23 Protestierer gewesen<sup>1546</sup>. Am Ende der Beratungen im Ausschuß wurde die *„Septennial Bill“* mit 74 zu 39 Stimmen angenommen (16. April 1716)<sup>1547</sup>. Die dritte Lesung im Oberhaus fand am Folgetag statt (17. April 1717). Die zweistündige Debatte bestand in etwa zur Hälfte aus der Rede des **Earl of Nottingham**. Die Annahme erhielt diesmal nur noch eine Mehrheit von 69 zu 36 Stimmen. 24 Lords protestierten dagegen<sup>1548</sup>.

Nach der Annahme in der dritten Lesung wurde die Gesetzesvorlage an das Unterhaus zur Beratung und Zustimmung geschickt (19. April 1716), um dort sogleich in erster Lesung beraten zu werden<sup>1549</sup>. **Lord Guernsey** wollte die Ablehnung der *“Septennial Bill”* noch vor der ersten Lesung beschlossen sehen, was jedoch als Verstoß gegen die Verfahrensregeln abgelehnt wurde. Den Lords im Oberhaus wurde aber vor der Entscheidung, ob es zu einer zweiten Lesung kommen sollte, der Vorwurf gemacht, daß sie sich mit dieser Gesetzesinitiative zu Wächtern der Rechte und Freiheiten des Volkes aufschwängen und sich über das Unterhaus erheben wollten. **Lord Coningsby** erinnerte aber daran, daß auch der *“Triennial Act”* zunächst im Oberhaus eingebracht worden war, so daß die zweite Lesung mit 276 zu 156 Stimmen angenommen wurde<sup>1550</sup>.

**Die Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)** erfolgte anlässlich der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage. Dagegen wurden **sechs Petitionen** von vier *„Boroughs“*, einer *„Town“* und einer

---

<sup>1546</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 305–307: *„Protest against the Septennial Bill. And so the Bill was committed to a committee of the whole house, for Monday the 16th: whereupon several lords entered the following protest [...]“*

<sup>1547</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 307

<sup>1548</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 307f.; THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 334f.

<sup>1549</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 68f.

<sup>1550</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308: *„[...] The Lord Guernsey immediately moved, to reject the bill: but because that would have been an unprecedented method of proceeding, the House would not agree to it, but read the bill the first time. Upon the question for a second reading, there arose a debate, of which the most remarkable passage was, [...] ,that it was an imposition of the Lords to take upon them to direct the Commons in a matter, which solely concerns them, as guardian of the rights and liberties of the people.‘ [...] Lord Coningsby [...] ,when the triennial act was made, they might have remembered, that the same was begun in the House of Lords, who as part of the legislature, are no less guardians of the liberties of the subject, than the Commons themselves.‘ [...] and a second reading was at last carried by a majority of 276 against 156.“*

„Corporation“ eingebracht<sup>1551</sup>. Die Petition von Marlborough („borough and town of Marlborough“) lobte die „ancient constitution“. Diese habe zur Sicherung der Freiheiten regelmäßige und kurze Parlamente garantiert. Es wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der „Triennial Act“ ohne Änderungen bliebe<sup>1552</sup>. Die Petition von Midhurst („ancient borough of Midhurst“) war in formelhafter Weise fast wortgleich<sup>1553</sup>. Auch die Petition von Hasting („town and port of Hasting“) war voll des Lobes für den „Triennial Act“. Aufgrund dieses Gesetzes habe man seine **Repräsentanten** auf drei Jahre gewählt. Die Petition argumentierte mit der drohenden Gefährdung des Repräsentationsprinzip durch den „Septennial Act“. Ein Gesetz zur Verlängerung des Parlaments sei ein Umsturz der Verfassung und ein Eingriff in ihre Freiheiten, weil Repräsentanten damit eine Verlängerung ihres Mandats erhielten, das über das ursprünglich anvertraute Mandat hinausgehe<sup>1554</sup>. Auch die Petition der „corporation of Cambridge“ war formelhaft und fast wortgleich mit der ersten und zweiten Petition<sup>1555</sup>. Die Petition des „borough of Abingdon“ unterstrich nochmals den hohen Wert der Repräsentation. Das Recht zur Repräsentation im Parlament wurde als das wertvollste Privileg überhaupt bezeichnet. Deshalb müsse man aufs höchste alarmiert sein, wenn es um Eingriffe in dieses Privileg gehe. Das zentrale Problem aller Repräsentation wurde angesprochen. Was geschehe, wenn man mit dem gewählten Repräsentanten zum Zeitpunkt der Wahl zufrieden sei, später aber nicht mehr? Unter dem „Triennial Act“ könne man ihn nach spätestens drei Jahren abwählen. Deshalb sei es unbedingt notwendig den „Triennial Act“ zu erhalten<sup>1556</sup>. Die Petition des „borough of Newcastle under Line“ war in seiner

---

<sup>1551</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308–310; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 70f.

<sup>1552</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308: „That whereas, by our ancient constitution, it has been esteemed our greatest security to preserve our liberties to have frequent and short parliaments; and as we hear there is a Bill now depending in this house to prolong this parliament: and praying, that it may not pass; but that the Triennial act may be preserved intire in all its parts without any alteration; that being of the greatest consequence to secure our liberties, properties, and holy religion, to us, and to our posterity“

<sup>1553</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308

<sup>1554</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308: „That by the laws and constitution of this kingdom, no parliament is to continue longer than three years; and, under the protection of that law, which we look upon as one of our greatest and most valuable privileges, we elected our last members of parliament, and thought proper to entrust them, for three years, **as our representatives**, if his majesty thought proper to continue them so long: that hearing a bill is prepared, and now depending before the house of peers, for altering the laws now in being relating to parliaments: and for continuing this present parliament for a longer time; and praying to take the same into consideration, and prevent the said bill passing into law; for we cannot but look upon it as overturning our present constitution, and **an infringement of our liberties by making representatives for us for a longer time than we entrusted them“**

<sup>1555</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 308f.

<sup>1556</sup> COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 309: „**That the most valuable privilege we enjoy is, that of being represented in parliament**; so we cannot but be very much alarmed when any infringement is like to be made

Formelhaftigkeit wieder fast wortgleich mit der ersten, zweiten und vierten Petition<sup>1557</sup>. Die anschließende Unterhausdebatte zur „*Septennial Bill*“ dauerte von 14-23 Uhr. Es äußerten sich insgesamt 19 Sprecher für und 20 Redner dagegen<sup>1558</sup>. **Mr. Lyddal** eröffnete die Debatte und sprach sich für die „*Septennial Bill*“ aus. Er konstatierte in seinem Redebeitrag zunächst, daß der „*Triennial Act*“ ursprünglich dem Schutz und der Verteidigung der Rechte und Freiheiten gegen alle willkürlichen Maßnahmen der Krone dienen sollte. Nach einem historischen Exkurs vom ersten über den zweiten zum dritten „*Triennial Act*“ äußerte er den Wunsch, es sei ein sterbendes Gesetz. Der „*Septennial Act*“ dagegen würde endlich die Parteienzwietracht beseitigen und böte die einmalige, so nicht wiederkehrende Chance, den Jakobitismus auszulöschen. Hier offenbarte Lyddal seine eigentliche Absicht, die Tories zu schwächen. Er fragte ganz offen, warum man sich der Gefahr eines weiteren „*Triennial Parliament*“ aussetzen sollte<sup>1559</sup>. Der Abgeordnete **Mr. Shippen** wandte sich in einem längeren Redebeitrag gegen die „*Septennial Bill*“<sup>1560</sup>. Es werde fälschlicherweise damit für die „*Septennial Bill*“ argumentiert, daß die Unzufriedenheit im Volk

---

*on that privilege: we are now so happy as to find a gentleman who truly represents us as we would be represented; but, as we cannot be sure that this will always be the case, and if we should ever be so unfortunate as to mistake in our choice, being allowed but one representative, nothing could make that misfortune tolerable to us, but the comfort that he could not abuse the trust we reposed in him for longer than three years: and praying, that this house will not be wanting in their endeavours to preserve, as well to us as our fellow-subjects, that liberty, which alone can preserve the freedom of parliaments, and give them the opportunity of laying the true sense of the kingdom before his majesty, and of calling evil ministers to account; and which will give us the more frequent occasions of exercising our zeal for the security of the prerogative of the crown, and the liberties of the subject“*

<sup>1557</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 309

<sup>1558</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 310

<sup>1559</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 311f.: „*Mr. Lyddal, who opened the debate, spoke as follows: ‚Mr. Speaker [...] The Triennial act was, no doubt, originally intended as a barrier and defence of those rights and liberties, against any oppressive or arbitrary invasions of the crown: [...] In the year 1640 a bill for Triennial Parliaments [...] was passed; [...] After the restoration, in the 16th of king Charles the Second, this act, which immediately preceded a long and bloody civil war, was repealed by another act, [...] and thus things remained until some time after the revolution, when king William was prevailed upon to pass this now, I hope, dying law. [...] However, a little time will shew, that it [Septennial Act] will entirely break our parties and divisions, and by that means lay a firm and solid foundation for the future tranquillity and happiness of this kingdom. Besides, if this opportunity be lost, you may possibly never have another, at least so good a one, to eradicate that spirit of Jacobitism [...] all was at stake, from the treachery of the late ministry, the unaccountable proceedings of the last triennial parliament [...]‘*“; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 70f.; *Mr. Lyddals Rede*, in: Steele, Richard, Sir, *Speech for repealing of the Triennial Act, and his reasons for the septennial bill*, As it was spoken in the House of Commons. In answer to several speeches made against it: the 24th of April 1716, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T174570, London, 1716, S. 9f.

<sup>1560</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 316–321; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 71–79; *Mr. Shippens Rede*, in: Anonymus, *Several speeches against the bill for repealing the Triennial Act, As they were spoken in the House of Commons, The 24th day of April 1716, Together with the reasons given by the lords who protested against the said bill*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) N022360, London, 1716, S. 12–20



und die Anzahl der Feinde im In- und Ausland so groß sei, daß Neuwahlen neue Aufstände und ein Wiederaufleben der Rebellion befürchten lasse, so daß nur durch eine Verlängerung dieses Parlaments und die Ungewissheit seiner Auflösung die Gefahr abzuwenden sei. Dabei habe die rasche Unterdrückung des Aufstandes gezeigt, wie machtlos die Aufständischen gewesen seien. Die Instrumentalisierung des gescheiterten Jakobitenaufstandes für die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ wird hier ganz offen kritisiert<sup>1561</sup>. Shippen untersuchte weitere Argumente der Anhänger der „*Septennial Bill*“, bevor er Argumente zur Beibehaltung des „*Triennial Act*“ nannte. So komme der Vorschlag zum Widerruf des „*Triennial Act*“ vom Oberhaus und sollte deshalb per se nicht angenommen werden<sup>1562</sup>. Gesetzgebungskompetenz komme einzig von den Wählern. Die Kompetenz der Abgeordneten dazu sei von diesen bloß abgeleitet. Gewählt seien sie nur für drei Jahre. Das Mandat sei ihnen nur für diese Zeit als „*triennial trust*“ anvertraut. Man höre auf Treuhänder des Volkes zu sein, von dem Augenblick der Verlängerung der Parlamentsdauer. Über diesen Zeitrahmen hinausgehend maße man sich Macht an und errichte eine neue Verfassung. Die Maxime einer obersten, nicht gebundenen Autorität habe ihre Grenze darin, daß sie nicht ihr eigenes Fundament abschaffen könne. Hier kommen mehrere politische Ideen zusammen. Shippen postuliert die **Volkssouveränität**, das **Repräsentationsprinzip**, die **Treuhandschaft** der Abgeordneten gegenüber den Wählern und die Ablehnung unbeschränkter **Parlamentssouveränität**<sup>1563</sup>. Shippen zog daraus die Konsequenz, den „*Triennial Act*“ unter keinen

---

<sup>1561</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 314: „[...] *One main reason urged, both in the preamble of the bill, and in the debates of the gentlemen who are for it, is this: that the diasaffection of the people are so great, and the enemies of the government both at home and abroad so watchful, that new elections will occasion new riots, rekindle the rebellion, and be destructive to the peace and security of the government, which will all be prevented by continuing this good parliament, and making the time of its dissolution uncertain. [...] But the assertion is the more injurious, because it is entirely groundless. For when these pretended disaffections were at the highest, it appeared how impotent they were, how far from being universal, by the easy and sudden suppression of the rebellion. [...]*“

<sup>1562</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 316: „*First, if there were not abundance of other arguments against the bill, the manner of its coming hither, is a sufficient objection to it. It is sent from the Lords [...]*“

<sup>1563</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 317: „***You have no legislative capacity, but what you derive from them [the electors]. You were chosen under the Triennial Act, and could only be chosen for three years, [...] Our trust therefore is a Triennial trust; and if we endeavour to continue it beyond its legal duration, from that instant we cease to be the trustees of the people, and are our own electors; from that instant we act by an assumed power, and erect a new constitution. [...] this present parliament, which hath given so many proofs of its omnipotence, that even the whole legislature cannot do every thing. I must however always be of opinion, that though it is a received maxim in civil science, that the supreme legislature cannot be bound; yet an implied exception must be understood, viz. that it is restrained from subverting the foundations on which it stands***“

Umständen zu widerrufen<sup>1564</sup>. Dabei bezog er sich auf die historischen Leistungen Edwards III und Richards II<sup>1565</sup>. Die Omnipotenz des Reformationsparlaments und Heinrichs VIII. kritisierte er scharf<sup>1566</sup>. Da der „*Triennial Act*“ eine tiefere historische Dimension habe, sei er gerade nicht der Duldung des Königs geschuldet<sup>1567</sup>. Die regelmäßigen Wahlen der Abgeordneten sind Bestätigung ihres Verhaltens und sind damit von großem dienst für die Krone. Shippen argumentiert mit dem Nutzen der Repräsentation für die Monarchie<sup>1568</sup>. Den wahren Grund für die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ vermutet Shippen in einem geheimen Vorhaben der Regierung, welches nur mit diesem und nicht mit dem nächsten Parlament zu machen sei<sup>1569</sup>. **Mr. Hampden** setzte sich dagegen für die „*Septennial Bill*“ ein<sup>1570</sup>. In einer spitzfindigen Argumentation behauptete er, daß es zwar eine gesetzliche Grundlage für regelmäßige Parlamente, nicht aber für regelmäßige Wahlen

---

<sup>1564</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 317: „[...] *I think you ought not to repeal the Triennial Act, except in the last extremity, and in the most imminent danger of the state. This law was one of the fruits of the revolution: this law restored the freedom and frequency of parliaments [...]*“

<sup>1565</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 318: „*The triennial Act is grounded on the ancient usage and constitution of parliaments; as it is intended to oblige the crown to call them frequently. For that, parliaments were held frequently, half yearly, or annually at least, appears not only from the best accounts we have of the first institution of them, and by the two acts of Edward 3, but by writs of summons still extant, and several authentic instruments and records. [...] and I will therefore only mention two records. One is the famous instrument of Edward 1, concerning the Annuus Census [...] The other record is a representation from the parliament to Richard 2 [...]*“

<sup>1566</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 319: „*Many reigns after this, Henry 8 accomplished what Richard 2 only attempted, and he continued his last parliament ad libitum without reproof. But it is well known what exorbitant powers they vested him with; and God forbid we should have any resemblance of those times; for that parliament acted like slaves, and that king acted like a tyrant*“

<sup>1567</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 319: „*But if the Triennial law had not been grounded on the reasons of antiquity, and the original usage of parliaments, it was no more than a reasonable indulgence from the throne to the people, who had struggled for a revolution, on account of the abuses of parliaments, and the endeavours to render them insignificant [...]*“

<sup>1568</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 319: „*Besides, this law was not only a reasonable indulgence to the people, as hath been said, in that it gave them frequent opportunities of changing their members, when they did not approve their behaviour, [...] but it proved of great service to the crown: for by frequent parliaments the crown could only know the immediate sense of the nation [...]*“

<sup>1569</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 320: „*Surely there must be some secret cause, some latent reason for hurrying on this bill [...]. The true reason, I believe, is not declared; and for my part, I cannot but suspect, that the ministry have something to do which they apprehend will not be acceptable to a new parliament, and which will not stand the test of the nation. [...]*“

<sup>1570</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 321–325; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 79–84; Mr. Hampdens Rede, in: STEELE, RICHARD, SIR, *Speech for repealing of the Triennial Act*, 1716, S. 5-8

gebe. Zur Untermauerung bezog er sich auf die Gesetzgebung von Edward VI bis zu Jakob II<sup>1571</sup>. Auch das Argument, daß Wähler Abgeordnete abwählten ließ er nicht gelten. Es gebe kaum Beispiele dafür, daß Abgeordnete die Posten angenommen hätten, nicht wieder gewählt worden wären<sup>1572</sup>. Er appellierte dazu, die durch Wahlen verursachte Verwirrung zu berücksichtigen und die Unmöglichkeit die Kränkungen im Partei-Wahlkampf zu heilen. Es sei kaum besser als im Kriegszustand<sup>1573</sup>. Für die “*Septennial Bill*” sprach er sich aus, weil er sich davon erhoffte, daß die Leute sich nicht so häufig von Wahlen ablenken ließen und stattdessen geschäftig seien. Schließlich würde Aufrührern die Möglichkeit zur Betätigung genommen<sup>1574</sup>. Auch **Sir Richard Steele** sprach sich in seiner Rede für die “*Septennial Bill*” aus. Er verneinte, daß es je die Praxis jährlicher Parlamente gegeben habe. Der “*Triennial Act*” sei verabschiedet worden, um eine größere Übereinstimmung zwischen König und Volk herzustellen, erreichte aber das gerade Gegenteil davon. Der Earl of Sunderland habe recht gehabt als er davon sprach, daß der “*Triennial Act*” nichts anderes erzeuge als “*a triennial king, a triennial ministry, a triennial alliance*”<sup>1575</sup>. Es sei völlig übertrieben zu behaupten, daß mit dem “*Septennial Act*” das Vertrauen der Wähler und die Verfassung gebrochen werde. Alle erdenklichen Mißstände unter dem “*Septennial Act*” seien genauso unter dem “*Triennial Act*” denkbar. Umgekehrt seien aber nicht alle Wohltaten des

---

<sup>1571</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 322f.: „*A principle argument for continuing the triennial bill is, that it is agreeable to the ancient laws of this nation, that there should be frequent parliaments. I find by the laws I have looked over, that parliaments ought to be frequently held; but I find it no where laid down as a fundamental position of the nature of this constitution, that there should be frequent elections. [...]*“

<sup>1572</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 323: „*I take the principle matter to be, to examine what benefit has accrued to the nation by virtue of this bill, and if the inconveniences do not outweigh all the advantages? It is pretended, that by the Triennial elections, the people have an opportunity of laying aside those persons with whose behaviour in parliament they are dissatisfied or such whom they apprehend to be under court-influences: I desire it may be considered how very few examples there are, of persons, who having accepted places, have not been re-elected*“

<sup>1573</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 324: „*Do gentlemen consider the distractions occasioned by election, and the impossibility, considering the small interval of elections, to heal up those wounds which the animosities of parties have occasioned, so that it is little better than living in a continual state of warfare*“

<sup>1574</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 325: „*The reasons why I am now for the bill are, to dispose the people to follow their callings and to be industrious, by taking from them, for a time, the opportunity of distracting one another by elections; to prevent such who have the will, from the power of giving any new disturbance to the government: to prevent another rebellion [...] I am for the commitment of the bill*“

<sup>1575</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 325: „*[...] Mr. Speaker, it is evident that new chosen annual parliaments were never the custom or right of this kingdom: [...] The preamble to the Triennial act expresses, that it was introduced into the constitution for the better union and agreement of the king and his people; but it has had a quite contrary effect, and experience has verified, what a great man [meaning the late earl of Sunderland] said of it, when it was enacted, that it had made a triennial king, a triennial ministry, a triennial alliance*“; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 85f.; STEELE, RICHARD, SIR, *Speech for repealing of the Triennial Act*, 1716, S. 3f.

„Septennial Act“ unter dem „Triennial Act“ möglich<sup>1576</sup>. Mr. Snell äußerte sich als Gegner der „Septennial Bill“ und brachte die **Repräsentationsproblematik** erneut ins Spiel. Dabei berief er sich auf den Staatsphilosophen John Locke, der während der Debatte über die Verabschiedung des „Triennial Act“ (1694) noch nicht rezipiert worden war. Entscheidende Frage für Snell war, ob das jetzige Parlament sich überhaupt selbst verlängern dürfe oder nicht. Seiner Meinung nach sei die „Septennial Bill“ nicht vom Vertrauen der Wähler gedeckt, entspreche also nicht dem Treuhandgedanken. Zur Untermauerung seiner Ansicht zitierte er aus John Lockes „*Second Treatise of Government*“ (Abschnitt 141, Kapitel 11 „*Of the extent of the Legislative Power*“). Locke postulierte die Volkssouveränität, daß die Gesetzgebungsmacht vom Volke abgeleitet sei. Die Beauftragung der Gesetzgebungskörperschaft durch die Wähler erstreckte sich dabei nicht auf das Recht, den Gesetzgeber zu ändern, sondern nur darauf, Gesetze zu machen<sup>1577</sup>. Snell zitierte zusätzlich den Schlußsatz des „*Second Treatise*“ (Letzter Abschnitt 243, letztes Kapitel 19 „*Of the Dissolution of Government*“). Habe das Volk der gesetzgebenden Versammlung eine feste Dauer gesetzt, wodurch die oberste Gewalt nur temporäre Gültigkeit habe, dann falle das Recht der Gesetzgebung mit Ablauf der vorgeschriebenen Zeit an das Volk zurück<sup>1578</sup>. Für Snell war klar, daß

---

<sup>1576</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 326: „*It is objected, that the alteration proposed is a breach of trust: [...] and when the king, lords and commons, are exercise this trust by the measure of the common good, they discharge themselves, as well in altering and repealing as in the making or confirming laws. The period of time, in this case, is a subordinate consideration; and those gentlemen who are against the alteration, speak in too pompous a stile, when they tell us, we are breaking into the constitution. [...] All the mischiefs which can be wrought under the Septennial act, can be perpetrated under the Triennial; but all the good which may be compassed under the Septennial, cannot be hoped for under the Triennial. [...] I am unreservedly for the bill*“

<sup>1577</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 329: „*But allowing the arguments that are made use of sufficient to prove the necessity of repealing the Triennial Bill at present, I would beg leave to consider, whether it be in our power or no, to continue the present parliament beyond the time for which the people chose us? And as for my part, [...] that the purport of this bill, so far as it relates to the continuance of this present parliament, is not within the compass of the trust reposed in us by the people. And to satisfy gentlemen that I am not singular in this opinion, I would beg their patience to read to them a passage or two from Mr. Locke's Treatise of Government. The power of the legislative being derived from the people by a positive voluntary grant and institution, can be no other than what that positive grant conveyed; which being only to make laws and not legislators, the legislative can have no power of transferring their authority of making laws, and placing it in other hands*“; Locke, John/GOLDIE, Mark (Hrsg.), *Two treatises of government*, London, 1999, S. 188 (Abschnitt 141, Kapitel 11 „*Of the extent of the Legislative Power*“); CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 86–90; Mr. Snells Rede, in: ANONYMUS, *Several speeches against the bill for repealing the Triennial Act*, 1716, S. 8–12

<sup>1578</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 329: „*[...] That when the society has placed the legislative in any assembly of men, to continue in them and their successors, the legislative can never revert to the people whilst that government lasts; because, having provided a legislature with power to continue for ever, they have given up their political power to the legislative and cannot resume it; but if they have set limits to the duration of their legislative, and make this supreme power in any person or assembly only temporary; at the determination of the time set, it reverts to the society, and the people have a right to*

das Volk ein unbestreitbares Recht habe, seine Repräsentanten zu bestimmen. Mit Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Parlamentsdauer müssen die Repräsentanten neu gewählt werden<sup>1579</sup>. Der Abgeordnete **Mr. Bromley** wandte sich in einem längeren Redebeitrag gegen die “*Septennial Bill*”<sup>1580</sup>. Auch Bromleys Hauptargument war die Gefährdung der **Repräsentation**. Die “*Septennial Bill*” nehme dem Volk das Recht, ihre Repräsentanten zu bestimmen, ihren Anteil an der Gesetzgebung auszuüben und verletze die Verfassung schwer<sup>1581</sup>. Dabei beschrieb Bromley die Mechanismen der Mischverfassung mit seinen getrennten Einzelteilen, betonte die zwingende Notwendigkeit des Zusammenwirkens dieser Einzelteile und stellte die Verbindung zum Repräsentationsprinzip her. Die Verfassung bestehe aus König, Lords und Commons. Es werde angenommen, daß sie voneinander getrennt seien. Dabei bilden sie erst dann ein gemeinsames Ganzes, wenn sie zusammenwirken. Gerade bei der Gesetzgebung müssen sie zusammengehen. König und Lords repräsentieren sich selbst, während das Volk dies nicht selbst bewerkstelligen könne, sondern nur durch ihre gewählten Repräsentanten<sup>1582</sup>. Entscheidend sei, daß die Wahlen frei sind. Bromley referiert die Einmischungen der Lords und der Krone in die Wahl der Unterhausrepräsentanten<sup>1583</sup>. Die Einflußnahme der Krone erfolgte hauptsächlich durch die

---

*place it in new hands*“; LOCKE, JOHN ET AL., *Two treatises of government*, 1999, S. 240 (Letzter Abschnitt 243, letztes Kapitel 19 „*Of the Dissolution of Government*“)

<sup>1579</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 329: „[...] **the people of England have a fundamental indisputable right to appoint their representatives in parliament; and by a law still in being, for three years and no longer, subject to the king's power of dissolution, have chosen us their representatives, in pursuance of that law; and therefore, whenever that Triennial term shall expire, have a right to chuse new ones**“

<sup>1580</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 330-334; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 90-95

<sup>1581</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 330: „[...] *Mr. Speaker, I may venture to affirm, that the Bill now before you is of higher concern to the Commons of Great Britain, than any that ever yet was before you: it takes away the people's right of appointing their representatives, it deprives them of their share in legislature, and, in my opinion, wounds the constitution of parliaments very deep*“

<sup>1582</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 330f.: „*No gentleman is ignorant, that the frame of our government is made up of the King, the Lords, and the Commons. These, with respect to each other, have ever been esteemed separate, although, when put together, they make but one entire government. [...] in keeping these three constituent parts of the political body up to the rules of their first institution, by restraining each to its proper bounds, and in not suffering one to be over-born, or swallowed up by the other two: however these three great parts may in other respects be considered, yet with regard to the legislative they must act in conjunction. The assent of each to the making of laws is essentially necessary, but the manner of giving this assent is different in the people, from what it is in the king, and in the lords. The people, by reason of their number, cannot be personally present at the passing of laws, their assent can no otherwise be signified, than by their representatives*“

<sup>1583</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 331: „*That elections shall be free, is often declared in our written laws. It is in effect saying, that neither the power of the crown, nor the power of the lords should interpose in them. [...] the jealousy the Commons ever had of the Lords intermeddling in the elections of their representatives*“

Ernennung von Abgeordneten zu Amtsträgern. Beispielhaft nannte er hierbei die Praxis Wilhelms III<sup>1584</sup>. Notwendig seien nicht nur freie, sondern regelmäßige Wahlen, damit die Wähler die Wahl ihrer Repräsentanten bei Nichtgefallen wieder korrigieren können<sup>1585</sup>. Bromley beschrieb den Verlust regelmäßiger Parlamente seit Heinrich VIII, insbesondere unter Karl I. und Karl II., den Widerruf des ersten „*Triennial Act*“ (1664) und das Kavalierparlament<sup>1586</sup>. Bromley appellierte an die zur Repräsentation gewählten Abgeordneten, das vom Wähler gegebene Vertrauen nicht zu mißbrauchen, indem man den Wählern ihr Recht zur Wahl ihrer Repräsentanten nehme<sup>1587</sup>. Er sei gegen die Verabschiedung der „*Septennial Bill*“, weil es Rechte gebe, die nicht einfach aufgegeben werden können. So könne das Volk nicht einfach seine Freiheitsrechte aufgeben<sup>1588</sup>. **Sir Robert Raymonds** Redebeitrag richtete sich gegen die „*Septennial Bill*“<sup>1589</sup>. Er erörterte zunächst die Argumente für und dann die Argumente gegen das Gesetz. Dafür sprächen die Ausgaben für teure Wahlkämpfe, wobei siebenjährige Parlamente nur noch teurer zu werden versprechen. Wahlkämpfe verursachen Streit und Mißtrauen, wobei der „*Septennial Act*“ kein Heilmittel dagegen sei. Man war auch trotz des Parteienstreits erfolgreich gegen die Landesfeinde. Die Alliierten sollten durch den „*Septennial Act*“ ermutigt werden, wieder Allianzen mit uns einzugehen<sup>1590</sup>. Gegen den „*Septennial Act*“ sprächen allerdings schwerwiegendere Argumente. Die Verfassung bestimme regelmäßige Parlamente. Lange Parlamente schaden den Rechten des Volkes und sind unvereinbar mit dem Wohl des Landes<sup>1591</sup>. Raymond nahm in seiner Argumentation Rekurs auf Edward III., Heinrich

---

<sup>1584</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 331: „*The attempts made on the king's part, towards influencing elections, have been principally by officers under the nomination of the crown. [...] No less than seven acts were made in king William's time for that purpose: [...]*“

<sup>1585</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 331f.

<sup>1586</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 332f.

<sup>1587</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 334: „*[...] the powers we are intrusted with, as representatives of the people, appear in the form of a writ for summoning the parliament. [...]*‘. *The question then is whether the authority thus given us to act, [...] does enable us to lay aside one of the great estates, the people, by denying them their right of acting by their representatives in parliament and consequently their share in the legislature? Does the power put in our hands by the people justify our turning the dagger into the bowels of the constitution? [...]*“

<sup>1588</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 334: „*[...] ,That no people can give away the freedom of themselves and their posterity: [...] that people can no more part with their legal liberties, than kings can alienate their crowns. [...]* For these reasons I am against committing the bill“

<sup>1589</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 335-339; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 95–100; Sir Richard Raymonds Rede, in: ANONYMUS, *Several speeches against the bill for repealing the Triennial Act*, 1716, S. 3–8

<sup>1590</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 336

<sup>1591</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 336f.: „*[...] those against it, that weigh most with me, are these: That frequent new parliaments are our constitution; that a long parliament is plainly destructive of the subjects*

VIII., Karl I. und Karl II.<sup>1592</sup>. Mit dem „*Septennial Act*“ habe man alle Nachteile langer Parlamente und keinen der Vorteile kurzer Parlamente. Raymond holte das alte Sinnbild eines „*Standing Parliament*“ und einer „*Standing Army*“ wieder hervor, behauptete, daß diese austauschbar seien und sich gegenseitig unterstützten<sup>1593</sup>. **Mr. Archibald Hutcheson** hielt die längste Rede gegen die „*Septennial Bill*“. Sein Redebeitrag erschien danach im Druck<sup>1594</sup>. Gleich zu Beginn sprach er die **Repräsentation** an. Die Abgeordneten würden sich eines Vertrauensbruches am Wähler schuldig machen und die Verfassung untergraben, wenn sie die „*Septennial Bill*“ verabschiedeten<sup>1595</sup>. Hutcheson holte dann zu längeren Ausführungen zur „*ancient constitution*“ aus, von Edward III. über Heinrich VIII. Er konstatierte, daß man mit den regelmäßigen Parlamenten die Möglichkeit verlieren würde, die Beschwerden der Nation zu adressieren und zu beheben<sup>1596</sup>. Er schilderte die Schrecken eines Parlamentes, welches einzig dem Fürsten zu Diensten sei. Ein perspektivisch ohne Wahlen agierendes Unterhaus sei der Regierung unterwürfig. Pensionen und Anstellungen sowie Bestechungen der Gewählten und der Wähler seien die Mittel der Regierung dies zu bewerkstelligen<sup>1597</sup>. Ein solches Parlament könne die Freiheit nicht schützen, boshafte Minister

---

*just right, and many ways inconsistent with the good of the nation. [...] Frequent new parliaments are our constitution, and the calling and holding of them was for many ages the practice. [...]*“

<sup>1592</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 336-339

<sup>1593</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 339: „*That by this bill, you have all the mischiefs of a long parliament, without any of the good of a short one. That a standing parliament and a standing army are convertible, and only necessary to support one another. [...] I am aginst committing this bill*“

<sup>1594</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 339–367; HUTCHESON, Archibald, A speech made in the House of Commons, on Tuesday the 24th of April 1716, At the second reading of the Bill for enlarging the time for continuance of Parliaments, &c, London, 1716; „*Mr Hutcheson's speech against repealing the Triennial Act*“ (1716), in: CHANDLER, Richard (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 9 (1734-1737), 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol9>, 14.6.2018, S. 1–32

<sup>1595</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 339: „*[...] that if we should give our consent to the passing of the bill before us into a law, we should be guilty of the most notorious breach of the trust reposed in us, by those who sent us hither, and should make a very dangerous stept towards the undermining of that constitution [...]*“

<sup>1596</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 340f.: „*Give me leave therefore to mention, what appears to me to have been the ancient constitution of parliament [...] For without the frequency of parliaments, the opportunity of redressing those grievances would be lost*“

<sup>1597</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 342: „*[...] but a prince with a parliament at his devotion, would be infinitely more terrible, [...] that a House of commons might soon become very obsequious to a ministry, if they were to sit for a long period, or without limitation, and that there were no near day in view of a new election, [...] I believe it will not be denied, that it is very possible for a ministry, by pensions and employments to some, and by the expectations raised in others, and by the corruption of electors, and returning officers, to obtain a very great majority, entirely and blindly at their devotion [...]*“

nicht schrecken, sondern werde selbst zum Unterdrückungswerkzeug<sup>1598</sup>. Die Problematik der Prorogationen und Adjournements von Heinrich VIII. bis zum Kavalierparlament Karls II. beschrieb er in ausführlicher Weise<sup>1599</sup>. Hutcheson gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß Georg I. die „*ancient constitution*“ wiederherstellen werde, indem jährliche Parlamente wieder abgehalten werden. Dadurch würden die Nachteile der „*triennial elections*“ am besten beseitigt und die Regierung würde in engster Verbindung und Abstimmung mit dem Volke stehen<sup>1600</sup>. Die Repräsentation erneut anmahnd gab Hutcheson zu verstehen, daß die Abgeordneten nur für maximal drei Jahre gewählt worden seien. Man würde die Wähler betrügen, wenn man die Parlamentsdauer darüber hinaus verlängerte<sup>1601</sup>. Eine Verlängerung des bestehenden Parlaments durch die „*Septennial Bill*“ sei deshalb ein unüberwindbares Hindernis für die Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage. Er fragte, wo die Praxis der Selbstperpetuierung denn enden solle? Bei Hinzufügung von vier oder vierzig Jahren? Oder ende es mit der Abschaffung der Parlamente überhaupt?<sup>1602</sup>. Hutcheson bringt auch den Gesichtspunkt wieder ins Spiel, daß es Fälle gebe, in denen ein Gesetz gar nicht in den Kompetenzbereich des Gesetzgebers falle. Dies sei immer dann der Fall, wenn das besagte Gesetz gegen den gesunden Menschenverstand und die Vernunft verstoße sowie die Verfassung zerstöre<sup>1603</sup>. An all jene sich richtend, welche die unbeschränkte

---

<sup>1598</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 343: „[...] and that such a parliament may be so far from protecting the liberties of their country, or from being a terror to evil ministers, as to become themselves the tools of oppression in the hand of such a ministry [...]“

<sup>1599</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 344ff.

<sup>1600</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 347: „[...] I hope yet to live to see the day when our present gracious sovereign king George the 1st, will have the glory to complete the entire restoring of our ancient constitution, to which his predecessor king William the 3d, hath made such a considerable advance; and that instead of triennial, we shall have annual new parliaments. Then indeed the British liberties will be found on a rock, which the machinations of the worst ministries will never be able to prevail against; and the crown will be frequently and faithfully informed of the sentiments of the people [...] that the inconveniences from the triennial elections, will thereby be much more effectually redressed and cured than ever they will be, by passing the bill before us into a law“

<sup>1601</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 347: „[...] and that we were, and could be chosen only for the term of three years, if his majesty should think fit to continue us so long; therefore to continue ourselves for a longer term, would be a manifest deceiving of those who chose us [...]“

<sup>1602</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 348: „If this bill were only to enlarge the continuance of future parliaments [...] the present parliament, if they should be continued beyond the three years: this, to me, is an insuperable objection against this part of the bill; for if we may add four years to our present term, may we not add forty, may we not make ourselves perpetual: or even extinguish parliaments themselves? [...]“

<sup>1603</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 349: „But I have a much stronger objection against this part of the bill, and cannot help being yet of opinion, that if it should go through all the forms of an act of parliament, pass both houses, and have the royal assent, that it will still remain a dead letter, and not obtain the force of a law; for I am warranted by one of our greatest lawyers to affirm ,that an act of parliament may be void in itself;‘ and if there are any cases out of



Macht der Parlamente verfochten, bestritt er diese und untermauerte diese Ansicht mit historischen Beispielen aus der Herrschaft Richards II., Heinrichs VIII. und Karls I. Er begründete dies damit, daß **die vom Volk ihren Repräsentanten gewährte Macht nicht absolut und unumschränkt sei, weshalb auch das Parlament nicht omnipotent sein könne**<sup>1604</sup>. Er begegnete auch dem Argument, daß eine dreijährige Parlamentsdauer zu kurz sei, um wirkungsvoll für das Land zu arbeiten. Die erste Sitzung würde sich noch mit der Wahl beschäftigen, die zweite sei leidlich produktiv und die dritte drehte sich schon wieder um den nächsten Wahlkampf. Ein dreijähriges Parlament leiste nur die Arbeit eines einjährigen Parlaments<sup>1605</sup>. Dagegen wandte er ein, daß jährliche Parlamente die jahrhundertlang geübte Praxis des Landes gewesen seien und zu keinerlei Beschwerde Anlaß gegeben hätten. Er gab zu bedenken, daß niemals mehr geleistet worden sei als von den dreijährigen Parlamenten seit Verabschiedung des „*Triennial Act*“. Man solle doch nur an den Krieg und die Finanzierung denken. Und er verglich dies mit der ernüchternd schlechten Bilanz des langen Kavalierparlaments Karls II. Hutcheson rief dazu auf, die Leistungen im Vergleich ganz genau gegenüberzustellen<sup>1606</sup>. Danach ging er auf das Pamphlet „*English Advice to the Freeholders of England*“ ein, welches vor dem letzten Wahlkampf zu diesem Parlament gedruckt worden war. Der Autor habe damals vor der Wahl einer bestimmten Partei gewarnt und prophezeit, daß diese

---

*the reach of the legislature, this now before us must be admitted to be one; for what can be more against common sense and reason than to be a felo de se. to destroy that constitution [...]*“

<sup>1604</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 349f.: „*For the sake of those gentlemen who seem so very fond of the unlimited power of parliaments [...]* **That the powers given by the people to their representatives, are not absolutely unlimited; nor the power of the parliament itself so omnipotent, as some are willing to suppose it [...]**“

<sup>1605</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 352f.: „*It has been said, ,That three years is too short a time to effect any thing of great moment for the service and benefit of the nation: that the first sessions is generally spent and wasted away in the determination of elections; in the second something is done; but that the last sessions is usually as much lost as the first, gentlemen's minds running so much on the ensuing election, as to think of nothing else; and the fear also of disoblising their electors, on so near a view of a new choice, becomes a very great bias to their conduct in parliament, to the prejudice of the public service; so that in this short term of three years, there is little more than the work of one year done. ‘ ‘*“

<sup>1606</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 353: „*It is evident, that the business of the public was carried on for some hundreds of years by annual parliaments only, and our histories for that time do not acquaint us with any complaints made of the shortness of their duration: And is it not most notorious, that there never were such great things done by any parliament, as by those which have been holden since the Triennial Act? Was ever a war so long and so successfully carried on before [...]* for it is not supposable, that the nation would have remained quiet under such heavy taxes, had the same been imposed by a long Pensionary Parliament, such as that of king Charles the second; but, when they were convinced of the absolute necessity of such supplies, from the concurring sentiments of frequent new parliaments, [...] **Let us but compute what was done by the long parliament of king Charles the second, and what has been done in a like number of years by Triennial Parliaments [...]**“

Partei das Parlament abschaffen würde, erhalte sie nur eine Mehrheit<sup>1607</sup>. Hutcheson versuchte anschließend die in der Präambel der „*Septennial Bill*“ heraufbeschworene Gefahr einer jakobitischen Usurpation im Falle der alsbaldigen regulären Neuwahl nach Vorschrift des „*Triennial Act*“ zu entkräften<sup>1608</sup>. Das seien aber alles nur Vermutungen ohne Beweise und kein Grund zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“<sup>1609</sup>. Das Argument, daß das Ausland England wieder als verlässlichen Bündnispartner sehen würde, wenn der „*Septennial Act*“ verabschiedet würde und stabile Regierungen entstünden, ließ Hutcheson nicht gelten<sup>1610</sup>. Hutcheson erklärte sich gegen die „*Septennial Bill*“. Nicht dieses Gesetz sei die beste Lösung für die Probleme des Landes, sondern die Beendigung des Parteienstreites<sup>1611</sup>. Die Debatte der zweiten Lesung endete mit der Abstimmung über die Bildung eines „*Committee of the whole house*“ zur Beratung der „*Septennial Bill*“. 284 Abgeordnete sprachen sich dafür und 162 dagegen aus<sup>1612</sup>. Am nächsten Tag (25. April 1716) wurden **zwei Petitionen** der Boroughs von Horsham und Westbury gegen die „*Septennial Bill*“ eingereicht, die den drohenden Umsturz der Verfassung beklagten. Die Petitionen wurden jedoch von der Unterhausmehrheit zurückgewiesen<sup>1613</sup>. An diesem Tag wurde auch noch über eine Klausel zur Verhinderung von Pensionären im Parlament debattiert. **General Stanhope** regte eine klassische „*Place Bill*“ zur zukünftigen Verhinderung der Wahl all derjenigen Personen an, die irgendeine Pension von der Krone hatten. Dies wurde abgelehnt und eine **dritte Lesung der**

---

<sup>1607</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 355: „*This brings to mind a very scandalous pamphlet, which came out a little before the election of the present parliament. I think the title of it is ,English Advice to the Freeholders of England‘. This author takes great pains to divert the people of England from chusing a certain party of men, whom he unjustly paints in very dark colours; and amongst others, there is an expression of this effect: ,Do not give your vote for one of these people, whatever they may offer you, for depend upon it, if there should be a majority of them in parliament, it is the last vote you will ever have the opportunity to give‘*“

<sup>1608</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 359: „*The argument which I shall next take notice of, is that which seems to me to be mentioned as the chief inducement in the preamble of the bill, and which has been chiefly insisted upon by the gentlemen who have spoken for it: ,Because of the danger from the general discontents, and great disaffection of the people, which some gentlemen are apprehensive, were a parliament now to be called, would produce a majority of very different sentiments from those who now compose it [...] we should greatly risque the having such a parliament as would be ready to call in the Pretender, and to deliver up the country to Popery and arbitrary power; and therefore those who are against the bill, are charged with contributing to this designs [...]*“

<sup>1609</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 362

<sup>1610</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 363f.

<sup>1611</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 365

<sup>1612</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 372ff.

<sup>1613</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 374: „*The last of them was ordered to lie on the table; but the House taking offence at an expression in that from Horsham, viz. ,That they looked upon it as an overturning of the constitution, and as an infringement of their liberties,‘ rejecting their petition“; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 100f.*

„*Septennial Bill*“ angeordnet<sup>1614</sup>. Diese fand zwei Tage nach der Hauptdebatte statt und dauerte zwei Stunden (26. April 1716). Bekannt ist die summarisch zusammenfassende Rede von Mr. Tuffnell. Anschließend wurde die „*Septennial Bill*“ mit **264 gegen 121 Stimmen angenommen**<sup>1615</sup> und zwei Wochen später (7. Mai 1716) mit **königlicher Zustimmung** als „*Septennial Act*“ (*“Act for enlarging the Time of Continuance of Parliaments, appointed by an Act made in the Sixth Year of the Reign of King William and Queen Mary, intituled, An Act for the frequent meeting and calling of Parliaments”*, 1 Geo I., St II., c.38) verabschiedet<sup>1616</sup>. Die **Regelung des “*Septennial Act*”** war denkbar kurz gefasst. Vor der eigentlichen Normierung nahm das Gesetz in einer Präambel Bezug auf den Regelungsgehalt des zweiten “*Triennial Act*” (1694)<sup>1617</sup>. Direkt daran anschließend behauptete der “*Septennial Act*”, daß der “*Triennial Act*” sich als äußerst beschwerlich herausgestellt habe. Das Gesetz habe größere Ausgaben für die Wahlen verursacht, mehr als jemals zuvor die Gemüter in gewalttätiger Weise und andauernd erhitzt und Verbitterung unter den Bürgern ausgelöst. Es wurde weiter behauptet, daß der Fortbestand des “*Triennial Act*” destruktiv für den Frieden und die Sicherheit der Regierung sei, weil die Papisten dann einen erneuten Aufstand und eine ausländische Invasion betreiben würden<sup>1618</sup>. Erst nach dieser Präambel kam die eigentliche Regelung. Vom Datum des Einberufungsschreibens an gerechnet sollten das gegenwärtige und alle nachfolgenden Parlamente maximal sieben Jahre dauern. Im

<sup>1614</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 374

<sup>1615</sup> COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 375-379; vgl. Coxes Zusammenfassung der Argumente der Whigs und der Tories, in: COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 375f.; CHANDLER, *The History and Proceedings of the House of Commons*, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 101–105; Mr. Tuffnells Rede, in: STEELE, RICHARD, SIR, *Speech for repealing of the Triennial Act*, 1716, S. 10ff.

<sup>1616</sup> THE HOUSE OF LORDS, *The Journal of the House of Lords* Vol. 20 (1714-17), 1767, S. 350f.; Great Britain, *An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments, Appointed by an Act made in the sixth year of the reign of King William and Queen Mary, intituled, An Act for the frequent meeting and calling of Parliaments*, London, 1716; RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), *The Statutes at Large, Volume V., From the first year of the reign of King George the First to the third year of the reign of King George the Second*, London, 1763, S. 78; COSTIN ET AL., *The Law and the Working of the Constitution*, 1961, S. 126f.

<sup>1617</sup> GREAT BRITAIN, *An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments*, 1716: *“Whereas in and by an Act of Parliament made in the Sixth Year of the Reign of Their late Majesties King William and Queen Mary (of ever Blessed Memory) Intituled, An Act for the frequent Meeting and Calling of Parliaments: It was, among other things, Enacted, That from thenceforth no Parliament whatsoever, that should at any Time then after be Called, Assembled, or Held, should have any Continuance longer than for Three Years only at the farthest, to be Accounted from the Day on which by the Writ of Summons the said Parliament should be appointed to Meet:”*

<sup>1618</sup> GREAT BRITAIN, *An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments*, 1716: *“And whereas it has been found by Experience, that the said Clause hath proved very Grievous and Burthensom, by Occasioning much greater and more continued Expences in order to Elections of Members to serve in Parliament, and more Violent and Lasting Heats and Animosities among the Subjects of this Realm, than were ever known before the said Clause was Enacted; and the said Provision, if it should continue, may probably at this Juncture, when a restless and Popish Faction are Designing and Endeavouring to renew the Rebellion within this Kingdom, and an Invasion from Abroad, be Destructive to the Peace and Security of the Government:[...]”*

Schlußsatz der Schrift wurde das Recht des Monarchen zur Auflösung des Parlaments vor Ablauf der sieben Jahre ausdrücklich bestätigt<sup>1619</sup>.

**Außerhalb des Parlaments setzte sich die Debatte über die „Septennial Bill“ in Druckschriften fort.** Zahlreiche Pamphlete beschäftigten sich mit dem Widerruf des „Triennial Act“ und der Verlängerung der Parlamentsdauer von maximal drei auf sieben Jahre. Außerdem wurden Parlamentsreden unerlaubterweise öffentlich gemacht und publiziert. **Der anonyme Druck „Severall Speeches against the Bill for Repealing The Triennial Act“ (1716)** enthält drei sich gegen die „Septennial Bill“ richtende Unterhausreden der Abgeordneten Sir Robert Raymond, Mr. Snell und Mr. Shippen, die während der Hauptdebatte im Unterhaus am 24. April 1716 gehalten worden waren, weshalb sie bereits im obigen Teil dieses Abschnitts geschildert worden sind. Da die Veröffentlichung des im Parlament gesprochenen Wortes verboten war, sind Drucke wie dieser in der Regel die einzige zur Verfügung stehende Quelle. Cobbett und Chandler haben diese Redebeiträge diesen Drucken entnommen<sup>1620</sup>. **Die Druckschrift „Sir Richard Steel's speech for repealing of the Triennial Act“ (1716)** verbreitete weitere drei während der Hauptdebatte im Unterhaus am 24. April 1716 gehaltene Reden. Die Reden Sir Richard Steels, Mr. Hampdens und Mr. Lyddals sprachen sich für die „Septennial Bill“ aus und wurden im Rahmen der oben dargestellten Hauptdebatte ebenfalls dargestellt. Die vierte Rede dieses Drucks stammt von Mr. Tuffnell. Diese ist eine summarisch-zusammenfassende Rede vom 26. April 1716 und findet sich gleichfalls in Cobbett und Chandler<sup>1621</sup>.

**Die zehnsseitige Schrift „An Humble petition from the October-Club“ (1716)** gibt im Titel vor, von dem 1710 ins Leben gerufenen Club der „High-Tories“ zu stammen. Der Schutz der anglikanischen Staatskirche zählte zur wichtigsten Aufgabe des Clubs, der zur Verteidigung ihrer Prinzipien und zur Organisation oder auch Verhinderung gegnerischer Mehrheiten im Parlament

---

<sup>1619</sup> GREAT BRITAIN, An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments, 1716: “Be it Enacted by the Kings most Excellent Majesty, by and with the Advice and Consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in Parliament Assembled, and by the Authority of the same, That this present Parliament, and all Parliaments that shall at any time hereafter be Called, Assembled, or Held, shall and may respectively have Continuance for seven years, and no longer, to be accounted from the Day on which by the Writ of Summons this present Parliament hath been, or any future Parliament shall be appointed to Meet, unless this present or any such Parliament hereafter to be Summoned shall be sooner Dissolved by his Majesty, his Heirs or Successors”

<sup>1620</sup> ANONYMUS, Several speeches against the bill for repealing the Triennial Act, 1716; Anonymus, Severall Speeches against the Bill for Repealing The Triennial Act, As they were spoken in the House of Commons, The 24th Day of April, 1716, Together with the Reasons given by the Lords Who Protested against the said Bill, London, 1716, The Second Edition

<sup>1621</sup> STEELE, RICHARD, SIR, Speech for repealing of the Triennial Act, 1716; COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 375–379; CHANDLER, The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727), 1742, S. 101–105

gegründet worden war. Dem „*October Club*“ gehörten bis zu 160 Unterhausabgeordnete an, davon zahlreiche Tory-Hinterbänkler, die sich jeweils mittwochs in der „*Bell Tavern*“ in Westminster trafen. Es handelt sich bei diesem Pamphlet jedoch nicht um eine Druckschrift zur Darstellung der Ansichten des Clubs. Es war vielmehr eine Spottschrift ihrer Gegner auf den Club<sup>1622</sup>. Zahlreiche Aussagen ziehen die Tories ins Lächerliche: So sei ein großer Teil des Klerus angeblich gegen die Gesetzesvorlage, weil sich das Parlament damit dauerhaft machen würde. Der Glaube und die zehn Gebote würden dann genauso oft zerredet werden wie die Freiheit und Magna Charta zuvor<sup>1623</sup>. Die Ärzte sorgten sich angeblich um die Gesundheit der Nation, wenn die „*Septennial Bill*“ verabschiedet würde<sup>1624</sup>. Gegen das Gesetz würden sich auch die „*Common-Lawyers*“ des Club aussprechen, weil sich ihre Gebühren danach drastisch reduzieren würden<sup>1625</sup>. Der katholische Thronanwärter in Frankreich wäre bei Verabschiedung des Gesetzes enttäuscht<sup>1626</sup> und die „*Chancery-Men*“ sähen in dem Gesetz eine Ungerechtigkeit gegenüber der Krone und Nation. Gesundheit, Glück, Gastfreundschaft, Barmherzigkeit, Nächstenliebe und Fröhlichkeit würden drei Jahre länger als gewöhnlich darunter leiden<sup>1627</sup>. Verloren seien auch all die Reichtümer, welche der „*Triennial Act*“ den Freeholdern, den Bürgermeistern und Gemeindedienern gebracht habe<sup>1628</sup>. Der „*Septennial Act*“ sollte zum Wohle des Clubs nicht verabschiedet werden. Ansonsten werde dieser aufgelöst und könne sich nie mehr versammeln, sich verschwören, trinken, singen und reden<sup>1629</sup>.

**Die anonyme vierzehseitige Schrift „*The British Seaman's Letter [...] with some observations on the suspending of the Triennial Act*“ (1716)** begann mit der Klage über die gerade erfolgte Jakobitenrebellion<sup>1630</sup>. Der Druck beschuldigte die Tories, wenn auch unausgesprochen, als

---

<sup>1622</sup> Anonymus, An Humble petition from the October-Club, to a certain eminent M---r of the H. of C---s concerning the triennial bill, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T036806, London, 1716

<sup>1623</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 4: „*First, The said Society cannot but remind your Honour, great number of the Clergy of England [...] will be offended, if this Bill passes; it being manifest that the present Parliament will so fix themselves [...] the Creed and Ten Commandments may henceforward as often preched away as Liberty and Magna Charta have hitherto been*“

<sup>1624</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 4: „*Secondly, The Physicians of our Society petition your Honour against this Bill, humbly conceiving that it will be utterly destructive of the State of Health in this Nation [...]*“

<sup>1625</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 5

<sup>1626</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 6

<sup>1627</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 7

<sup>1628</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 8

<sup>1629</sup> ANONYMUS, An Humble petition from the October-Club, 1716, S. 11f.: „*Lastly, We all entreat your Honour [...] that this Bill may not pass, for the good of our Club, which if we are not suffered to toast the Triennial, are originally to be dissolved, and are never to meet, converse, plot, drink, sing or speak, within these walls any more [...]*“

<sup>1630</sup> Anonymus, *The British Seaman's Letter, Address'd to the Free-Holders, Voters, and all the good Subjects of Great-Britain: with some observations on the suspending of the Triennial Act. From on Board the Sovereign, April the 17th, 1716, London, 1716, S. 6*

Papistenpartei, die sich gegen den König, das Parlament und die Regierung stelle<sup>1631</sup>. Nach schier endlosen Hasstiraden auf die Rebellen und alle ihre Unterstützer<sup>1632</sup> kommt der Verfasser am Schrifteinde auch auf den „*Triennial Act*“ zu sprechen. Dieselben Männer, die damals das Gesetz zu verhindern trachteten, um den „*Pretender*“ wieder auf den Thron zu holen, seien es, die nun gegen die Aufhebung des „*Triennial Act*“ seien<sup>1633</sup>. Die Schrift operiert kaum mit Argumenten, dafür aber umso mehr mit Schmähungen. Das Pamphlet ist ein Beispiel einer Hetzschrift par excellence. Allerdings dürfte es auf entsprechend disponierte, uninformierte und ungebildete Leser nicht ohne die erhoffte Wirkung gewesen sein.

**Die zwanzigseitige anonyme Schrift „*The Alteration in the Triennial Act considered*“ (1716)** referiert zu Anfang die Vorgeschichte des zweiten „*Triennial Act*“ (1694), beginnend mit Karl II., dem Kavalierparlament, den drei „*Exclusion Parliaments*“ und der anschließenden parlamentslosen Herrschaft (1681-89), die einzig von der ersten kurzen Sitzung des ersten Parlaments Jakobs II. (1685) unterbrochen war, bis hin zur Verabschiedung des „*Triennial Act*“ unter Wilhelm von Oranien<sup>1634</sup>. Das Pamphlet ließ im Titel nicht erkennen, ob es für oder gegen den „*Septennial Act*“ Stellung bezieht. Nach dem einleitenden Teil behauptete die Schrift aber, daß die über zwanzigjährige Anwendung des „*Triennial Act*“ die Unzulänglichkeiten des Gesetzes offenbart habe, die zuvor vom Gesetzgeber nicht erkannt worden sei<sup>1635</sup>. Die Schrift bezieht jetzt klar Stellung für die Verabschiedung der „*Septennial Bill*“. Die Lords, die den „*Triennial Act*“ ursprünglich eingebracht haben, seien es, die nunmehr eine Änderung zur Beseitigung der Nachteile des „*Triennial Act*“ vorschlugen und damit gleichzeitig die Vorteile des Gesetzes bewahren würden<sup>1636</sup>. Die vorgeschlagene Änderung der Parlamentsdauer von drei auf sieben Jahre könne gar nicht unvernünftig sein. Diese Änderung habe den doppelten Vorteil, daß es den Fürsten einerseits daran hindere das Parlament in ungebührlicher Weise zu verlängern, wie beispielsweise Karl II., und gleichzeitig zwingt es den Herrscher zur regelmäßigen Einberufung und Versammlung der

---

<sup>1631</sup> ANONYMUS, *The British Seaman's Letter*, 1716, S. 6: „*You can't but hear the daily Clamours, and villainous Suggestions of the Popish Traiterous Faction against the best of Kings, and most deserving Parliaments, and Ministry; such, as at one and the same time, this Nation was hardly ever blessed withal [...]*“

<sup>1632</sup> ANONYMUS, *The British Seaman's Letter*, 1716, S. 6–16

<sup>1633</sup> ANONYMUS, *The British Seaman's Letter*, 1716, S. 17ff.

<sup>1634</sup> Anonymus, *The Alteration in the Triennial Act considered*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T021305, London, 1716, S. 3f.

<sup>1635</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 5: „*This Expedient having been tried above twenty Years has been found so full of Inconveniencies, which were not foreseen by the Legislature*“

<sup>1636</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 5: „*[...] that the House of Lords, among whom the Triennial Act first took its rise, have made an Alteration in it, which they apprehend will take away the Inconveniencies of the Act as it now stands, and at the same time preserve the good Effects of it*“

Parlamente<sup>1637</sup>. Als natürliche Folge der verlängerten Parlamentsdauer stiege auch die Autorität und der Einfluß des Unterhauses gegenüber der Krone und dem Oberhaus. Ein interessantes und in der bisherigen Debatte noch nie vorgebrachtes Argument<sup>1638</sup>. Als Begründung nannte der Verfasser die jahrelange Beschwerde darüber, daß „*Triennial Elections*“ der Krone außerordentlichen und ungebührlichen Einfluß auf die Wahl zum Parlamentsabgeordneten gebe und viele Gentlemen finanziell ruiniere, weil sie nicht mit den Kandidaten mithalten können, welche die finanzielle Unterstützung der Krone bzw. der Regierung haben<sup>1639</sup>. Der Autor erhob den Vorwurf, daß es während der ganzen Herrschaft des letzten Monarchen kein einziges Unterhaus gegeben habe, welches nicht unter den Maßnahmen der Krone gelitten hätte. Das schlimmste was dem Land passieren könne sei es, dem Parlamentsmanagement übler Männer anheimzufallen<sup>1640</sup>. Der beste Schutz eines Ministers sei der „*Triennial Act*“. Widersacher haben dadurch gar nicht die erforderliche Zeit, Ziele zu formulieren und eine Partei zu formieren, weil sie schon zuvor aufgelöst würden<sup>1641</sup>. Für die Einbringung der „*Septennial Bill*“ im Oberhaus und die Unterstützung der Krone dankte ihnen der Verfasser. Dies zeige, daß sich Lords und König für das Wohl des Landes einsetzen, obwohl sie vom „*Triennial Act*“ begünstigt worden seien<sup>1642</sup>. Der Gesetzgeber beabsichtige nicht, die Parlamentsdauer wieder in die Hände der Prerogative zu legen. Die „*Septennial Bill*“ verändere nicht die Regelmäßigkeit von Parlamenten, sondern einzig und allein die Regelmäßigkeit der Wahlen. Das Unterhaus werde auch mit dieser Änderung so häufig versammelt sein, wie zuvor. Diese Argumentation war sophistisch. Selbstverständlich machte es einen Unterschied, mit welcher Zusammensetzung und wie lange ein Parlament tagte. Man kann

---

<sup>1637</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 5: „*This Alteration only extends the Term of three Years to that of seven; which can never be thought an unreasonable Length [...] If this Alteration therefore takes place, it will hinder any Prince from prolonging such an Assembly, after the Example of King Charles II. and at the same time necessitate him to the frequent Calling and Holding of Parliaments*“

<sup>1638</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 6: „*[...] I cannot but observe the natural Consequences of this Alteration, as it would very much raise the Authority and Influence of the House of Commons, with regard both to the Court, and to the House of Peers*“

<sup>1639</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 6: „*It was a successive Complaint of both sides in the late Reign, that Triennial Elections gave the Court a most extraordinary and unusual Influence in the Choice of Burgesses to sit in Parliament; ad created a most ruinous Expence to Countrey Gentlemen [...]*“

<sup>1640</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 7: „*[...] we find that during that whole Reign [...] there was not a single House of Commons, that did not fall in with the Measures of the Court. [...] we are put in mind of the infinite Prejudice it may be to our Countrey, should we at any time fall under the Management of bad Men*“

<sup>1641</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 7: „*Now it is certain that the Triennial Act is the best Guard of a Ministry [...] Their Adversaries have not time to form Projects, or to gather a Party in their Prejudice, before they are naturally dissolved*“

<sup>1642</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 8: „*However, we have the Pleasure to find in the conduct both of the Court and the House of Lords, that they have preferred the Good of the Countrey to any narrow Selfinterested Views*“

dies nicht damit wegrede, daß es sich in einer bestimmten Zusammensetzung regelmäßig versammele<sup>1643</sup>. An diese Ausführungen anknüpfend unternimmt der Verfasser in einem zweiten Teil des Druckes den Versuch, alle Schwierigkeiten zu benennen, die vom „*Triennial Act*“ verursacht worden seien und vom „*Septennial Act*“ beseitigt werden könnten. Als ersten von sechs Punkten nennt der Autor die durch den „*Triennial Act*“ drohende Anarchie für den Staat<sup>1644</sup>. Die Wahlen stürzen die Nation in Aufregung. Dies sei besonders bedrohlich zu Beginn einer neuen Herrschaft. Wüste Übertreibungen werden geäußert, so zum Beispiel, daß es in Wahlkampfzeiten mindestens 500 Aufstände im Königreich gebe. Aufstände würden schon am Ende der dreijährigen Parlamentsdauer geschürt. Dies sei gerade am vorgesehenen Ende dieses Parlaments besonders problematisch, wenn nicht durch den „*Septennial Act*“ die Parlamentsdauer verlängert würde. Da die Intervalle zwischen den Wahlen sehr kurz seien, seien auch sie für Aufruhr anfällig, was daran liege, daß die Parteien ihre feindliche Gesinnung während der kurzen Intervalle beibehielten<sup>1645</sup>. Schließlich lebe man durch die regelmäßigen Wahlen in einem Zustand, der größtenteils einem ewigen Bürgerkrieg gleiche<sup>1646</sup>. Zweitens produziere der „*Triennial Act*“ Unordnung in der Regierung. Amtsträger würden zur Parteinahme veranlasst, so daß die Gesetze nicht durchgesetzt werden würden. Weniger regelmäßige Wahlen würden dagegen Abhilfe bringen<sup>1647</sup>. Eine geschwächte Exekutive müsse unbedingt vermieden werden, gerade weil sich die letzte Rebellion fortsetze. Dies war eine maßlose Übertreibung und Instrumentalisierung des Jakobitenaufstandes<sup>1648</sup>. Drittens haben regelmäßige Wahlen nach dem „*Triennial Act*“ eine fatale Wirkung auf die Religion und Moral der Menschen, wodurch sie für ihre Familien und die

---

<sup>1643</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 9: „*Our Legislators have no Thought of re-placing it in the Prerogative to continue a Parliament during Pleasure, or to discard the frequent Use of Parliaments. [...] In a word, no Alteration is made as to the Frequency of their Election. The House of Commons will sit as often as they did before, not withstanding this Alteration. [...]*“

<sup>1644</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 10: „*I. The first and most obvious Inconveniences in the Triennial Act is, that it is too apt to throw the State into a kind of Anarchy and Confusion*“

<sup>1645</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 10f.

<sup>1646</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 12: „*We are reduced by the frequent Return of Elections to live in a Condition that approaches in a great Measure to a perpetual State of Civil War [...]*“

<sup>1647</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 12: „*II. The Triennial Act produces great Disorders in the Governmet, as it makes Magistrates too remiss or partial, in putting the Laws of the Land in Execution. [...] It is manifest, this Inconvenience, tho not entirely to be removed whilst there are Elections, may be very much diminished when they become less frequent*“

<sup>1648</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 13: „*The publick Peace [...] often betrayed by a negligent or perverse Execution of them [...] so especially at present, when it rages to so great a Height, that it looks almost like a Continuance of the late unnatural Rebellion*“



Öffentlichkeit nutzlos werden<sup>1649</sup>. Dies sei besonders gefährlich in diesen Zeiten der Unruhe und der Aufstände. Die angebliche Gefährlichkeit der Lage durch den Jakobitenaufstand schürt Ängste und dient dem Herbeireden der Gesetzesänderung<sup>1650</sup>. Viertens verursache der „*Triennial Act*“ untragbare Ausgaben für die Kandidaten<sup>1651</sup>. Und auch dieses Argument wurde sofort mit der angeblichen Gefahr der Einflußnahme der katholischen Jakobiten auf die Wahlen und mit der Nähe der Tories zu ihnen verbunden. Ziel war es, die regulär anstehende Wahl im Jahre 1718 unbedingt zu verhindern und das bestehende Parlament mit dem „*Septennial Act*“ auf sieben Jahre zu verlängern<sup>1652</sup>. Fünftens beanspruchen die umstrittenen Wahlen einzelner Kandidaten zu viel Arbeitszeit des Unterhauses<sup>1653</sup>. Und wieder kommt der Hinweis, daß dies zum jetzigen Zeitpunkt des Jakobitenaufstandes besonders gefährlich sei<sup>1654</sup>. Man müsse bedenken, daß die Prozesse gegen diese Staatsverbrechen Zeit erfordern. Es sei eine der gefährlichsten Verschwörungen zum Umsturz der Regierung und Religion überhaupt gewesen. Man benötige zur gründlichen Aufklärung und Verurteilung genügend Zeit, weshalb das Parlament nicht inmitten dieser Untersuchungen beendet werden dürfe<sup>1655</sup>. Sechstens verursache der „*Triennial Act*“ für die Regierung häufige Wechsel bzw. häufig wechselnde Regierungen. Das widerspreche den Bedürfnissen des Landes nach Sicherheit und Wohlstand. Diesen sechsten und letzten Punkt bewertete der Verfasser als wichtigsten Einwand gegen den „*Triennial Act*“<sup>1656</sup>. Am Ende der Schrift gab der Verfasser jedoch selbst zu, daß die

---

<sup>1649</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 13

<sup>1650</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 14: „*This Inconvenience is likewise particularly dangerous in the present juncture, when Sedition and Rebellion is propagated with so much industry [...]*“

<sup>1651</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 15: „*[...] Frequency produces insufferable Expences to the Gentlemen of England. [...] will by degrees be ruined by it, unless some Remedy be applied [...]*“

<sup>1652</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 16f.: „*This Hardship would lie heavier than ever upon His Majesty's Friends in a new Election, should the present Parliament end after a Term of three Years from its first meeting. Can we suppose that the Popish Interest both at home and abroad [...] would not make as large Contributions for the gaining of a Parliament that would be able to carry on their Measures [...]*“

<sup>1653</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 17f.: „*V. [...] As these Elections take up too much of the Time of the House of Commons in adjusting them. So many disputed Elections come before the House, that the Right of several cannot be settled before the Parliament is at an End*“

<sup>1654</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 18: „*This Inconvenience too is particularly mischievous in the present Juncture, when our Parliament [...] is disturbed by Rebellions at home and threatened with Invasions from abroad*“

<sup>1655</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 19: „*They have likewise several State Criminals under their Consideration, whose Trials cannot well be brought within so short a compass of time. They have before them one of the most dangerous Conspiracies that ever was formed for the Subversion of our Government and Religion, which cannot be examined to the bottom, and thoroughly laid open, without sufficient time. [...] should the Parliament conclude in the midst of these their Enquiries*“

<sup>1656</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 19: „*VI. But the last and greatest Objection to the Triennial Act, as it now stands, is, that it exposes our Government to such frequent Changes, as on many Accounts are wholly inconsistent with its Security and Welfare*“

Änderung des „*Triennial Act*“ durch den „*Septennial Act*“ zunächst schockierend wirke. Die Änderung sei aber so vernünftig, daß dagegen nicht einmal Druckschriften publiziert worden seien und die ganze Nation von den guten Auswirkungen überzeugt sein werde, sobald das Gesetz verabschiedet sei<sup>1657</sup>. In Wirklichkeit ging der Verfasser überhaupt nicht auf wesentliche Argumente seiner Gegner ein, beispielsweise auf die Repräsentationsproblematik durch die übermäßig lange Parlamentsdauer von sieben Jahren und die Selbstperpetuierung des Parlaments.

**Die dreissigseitige anonyme Schrift „*A Letter to a Country Gentleman*“ (1716)** propagiert die Verabschiedung des „*Septennial Act*“. Der Verfasser will die Gründe darlegen, weshalb die Whigs die Änderung des „*Triennial Act*“ wünschten. Diesen komme es dabei einzig darauf an, den zweiten Gesetzesteil zu ändern, welcher die Parlamentsdauer bestimme<sup>1658</sup>. Vor Darlegung der Gründe für die Gesetzesänderung legt die Schrift die Rechtslage vor Verabschiedung des „*Triennial Act*“ dar, angefangen mit der Frühzeit unter Bezugnahme auf Tacitus und Edward III. Die drei „*Triennial Acts*“ unter Karl I., Karl II. und Wilhelm III. werden kurz referiert<sup>1659</sup>. Der Verfasser urteilt knapp, daß er keinerlei positive Auswirkungen des „*Triennial Act*“ benennen könne und auch niemanden kenne, der dazu in der Lage sei<sup>1660</sup>. Damit beginnt die Aufzählung der negativen Auswirkungen des „*Triennial Act*“. Die Körperschaften seien verarmt und Korruption herrsche allerorten. Die „*Freeholders*“ seien vorher tugendhaft gewesen, haben diese Tugendhaftigkeit jedoch verloren und seien ohne Moral, weil sie regelmäßig bestochen werden<sup>1661</sup>. Seit den „*Triennial Elections*“

---

<sup>1657</sup> ANONYMUS, *The Alteration in the Triennial Act considered*, 1716, S. 22: „*These Reasons for the Alteration are so clear, so strong, and obvious, that we do not find any who is against it has thought fit to enter seriously into this Controversy in print: and that notwithstanding such an intended Alteration appeared very shocking at first, it has gained to its side multitudes of those who were against it before [...] There is no question but, if it passes into Law, the whole nation will be sensible of its good Effects [...]*“

<sup>1658</sup> Anonymus, *A Letter to a country gentleman, shewing the inconveniences, which attend the last part of the act for Triennial Parliaments*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T038016, London, 1716, S. 5: „*[...] the reasons which prevail with the Whigs, for Altering the Law for Triennial Parliaments [...] That this Act [...] consists of two Parts [...] The Whigs are so far from having any Design to alter the first Part [...] so that the only Subject of Debate is, Whether at this Juncture, there are not sufficient Reasons, for altering the last Part of this Law, from Three Years to Seven?*“; Anonymus, *A Letter to a Country Gentleman, Shewing The Inconveniences, which attend the last Part of the Act FOR Triennial Parliaments*, *Malum est Concilium quod mutari non potest. Tac.*, London, 1716

<sup>1659</sup> ANONYMUS, *A Letter to a country gentleman*, 1716, S. 6ff.

<sup>1660</sup> ANONYMUS, *A Letter to a country gentleman*, 1716, S. 8: „*As for the good Effects of it, I can name none myself; no have ever met with any that could; on the contrary it's affirmed, That [...]*“

<sup>1661</sup> ANONYMUS, *A Letter to a country gentleman*, 1716, S. 9: „*The Freeholders, before this Act, were plain, honest and well-meaning People [...] but, alas! how have their Morals been by Degress corrupted? [...] frequently bribed, to betray the highest Trust [...]*“

herrsche nur noch das Geld<sup>1662</sup>. Die regelmäßigen Wahlen schaffen Hass, Arglist und Feindseligkeit<sup>1663</sup>. Die Vorteile einer längeren Parlamentsdauer liegen dagegen auf der Hand. Während die kurze Parlamentsdauer die Abgeordneten der Krone verpflichtete, weil sie deren Unterstützung bei der Wiederwahl benötigen, seien die Abgeordneten eines längeren Parlaments nicht in der Gefahr, ihr eigenes Recht oder das ihrer Wähler aufzugeben. Hier wird interessanterweise das Recht der Wähler auf **Repräsentation** für den „*Septennial Act*“ verwendet, entgegen der Argumentation der Opposition<sup>1664</sup>. Bei einer längeren Parlamentsdauer würden die Abgeordneten zu überlegen beginnen, wie sie ihrem Land dienen, die Prerogative der Krone einschränken und Ministern widerstehen können, so daß sie nicht länger von ihnen gemanagt werden<sup>1665</sup>. Ausgerechnet das als korrupt bekannte Kavalierparlament Karls II., das als Pensionärparlament zum Synonym für Korruption und Parlamentsmanagement der Krone wurde, sollte jetzt zum Vorbild erhoben werden, obwohl die damaligen Whigs als Parlamentsminderheit unter großen Opfern gegen Karl II. gekämpft hatten. Jetzt sei es angeblich ein Parlament der Patrioten gewesen, das die Freiheiten des Landes verteidigte und sich gegen die Politik der Krone stellte, so daß der König es auflöste<sup>1666</sup>. Aus dieser Darstellung des Kavalierparlaments leitet der Autor ab, daß man keine Angst vor einem Verlust der Freiheiten haben müsse, wenn man die Parlamentsdauer verlängere. Darüber hinaus behauptete er gar, daß die Abgeordneten desto beharrlicher die Freiheiten verteidigen würden, je länger ein Parlament versammelt sei<sup>1667</sup>. Im Gegensatz dazu schmähte er die Abgeordneten dreijähriger Parlamente in ganz besonders eklatanter

---

<sup>1662</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 10: „[...] but that nothing since this Triennial Election, but Money, what Hand soever it comes from, is regarded“

<sup>1663</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 11: „[...] Hatred, Malice, and Animosity, these frequent Elections produce“

<sup>1664</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 11: „In an New Parliament, it is possible, a great many may be obliged to the Court for their being returned, and Gratitude at first will work on them, especially if three Years after they expect the same Favour [...] But the longer a Parliament continues, the less Danger there is of their giving up their own, or their Electors Rights [...]“

<sup>1665</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 12: „[...] when the Disputes about Elections are over, wears off; and they begin coolly to consider how to serve their Country [...] and are more likely to encroach on the Prerogatives of the Crown, [...] and instead of being most supple and pliant to the Ministry, as they generally are at first, they grow refractory, and no longer to be managed by them“

<sup>1666</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 12: „Of this the Long Parliament in Charles the II's Time, is a memorable Instance [...] yet by degrees, they became Patriots to the Liberties of their Country, and so jealous of the Designs of the Court, that the King despairing to work on them, did, to their Immortal Honour, in a Rage, dissolve them“

<sup>1667</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 14: „Why then shall we be afraid, that if a Parliament, which has already acted so vigorously for the Preservation of our Liberties, be continued longer than the usual time, those Liberties will be endangered? But if we go further back than that Reign, we shall find, that the longer any Parliament sat, the more tenacious they grew of their own, and their Country's Liberties“

Weise. Für drei Jahre gewählte Abgeordnete, die sich ihrer Wiederwahl zudem nicht sicher sein könnten, würden alles tun, um ihre Wahlkampfausgaben mit darüber hinaus gehendem Profit wieder reinzuholen. Ohne Zweifel habe es seit Verabschiedung des „*Triennial Act*“ mehr als ein Unterhaus gegeben, das, wäre es zur Zeit Karls II. versammelt gewesen, die Verfassung aufgegeben und diesen Herrscher absolut gemacht hätte<sup>1668</sup>. An der Identität des Verfassers als „*Court-Whig*“ bzw. Anhänger der regierungsfixierten „*Whig-Junto*“ läßt sich nicht zweifeln, wenn man die Beurteilung der frühen Whigs liest. Wohlmeinende Männer hätten damals regelmäßige Parlamente favorisiert als die Whig-Maxime lautete „*Vox Populi, Vox Dei*“. Hätten diese Männer vorhergesehen, daß sie nach Verabschiedung des Gesetzes ihre Prinzipien vollständig ändern und zum Gegenteil dessen werden würden, was sie gewesen seien, dann wären sie niemals für den „*Triennial Act*“ eingetreten<sup>1669</sup>. Seit damals hätten sich die Dinge grundlegend geändert. Aus „*Vox Dei*“ sei „*Vox Diaboli*“ geworden und „*Court*“ und „*Country*“ seien gänzlich verändert gegenüber den Zeiten Karls II. Die damaligen Methoden zur Sicherung der Freiheiten seien inzwischen untauglich<sup>1670</sup>. Die Gegenwart sei bedrohlicher als früher, sie sei von einem Kriegszustand geprägt, wo es keinen Ort ohne Aufruhr gebe. Unter Anspielung auf den Jakobitenaufstand hetzt er gegen die Jakobiten und die Tories<sup>1671</sup>. Diesen warf er bei ihrer Verteidigung des „*Triennial Act*“ Scheinheiligkeit vor. Sie würden vorgeben, daß Ihnen die Rechte des Unterhauses am Herzen lägen, wenn sie bestritten, daß ein auf drei Jahre gewähltes Unterhaus sich selbst verlängern könne. Dieses Unterhaus sei aber genauso gewählt wie alle anderen zuvor und habe das Recht zur Zustimmung bei der Verabschiedung, dem Widerruf und der Änderung von Gesetzen. Es bestehe das Recht, Parlamente jährlich, sechsjährig oder siebenjährig zu machen, genauso wie es früher dreijährig

---

<sup>1668</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 15: „*But Men that are chosen for Three Years only, and are not sure to be returned again, though they spend ever so much, will not have so great a Regard for the Honour of Parliaments; instead of that, knowing their time is but short, and in haste to get rid of their Load of Debts, and to be repaid with Interest, what they have spent, they will be tempted to sell all they can, and as fast as they can; and we can little doubt, but that there has been more than one House of Commons since this Act, who had they sat in K. Charles II's Time, would have been prevaild upon to have given up the Constitution, and made that Prince as absolute as he pleased*“

<sup>1669</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 18: „*[...] that several well-meaning Men should think the Nation run no Hazard, in trusting them with the Choice of frequent Parliaments, when too it was a Whig-Maxim, Vox Populi, Vox Dei; but could they have foreseen how after passing this law, they would entirely Change their Principles, and become the Reverse to what they were before; no one of them, we may be sure, would have been for this Triennial Act*“

<sup>1670</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 18f.: „*[...] since then their Vox Dei would have been turned into Vox Diaboli [...] And both Court and Country are so entirely changed from what they were in King Charles II's Time, that the Methods that were then most proper for preserving our Liberties, would be now as improper*“

<sup>1671</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 21: „*But they must now more than ever dread New Elections [...] when the whole Nation will be in a State of War, and no Place free from Tumults [...]*“

gemacht werden konnten<sup>1672</sup>. Eine massive Diffamierung der Tories als Unterstützer der Jakobiten gipfelt in der Behauptung, daß sie die dreijährige Parlamentsdauer erhalten wollten, um die erlittene Niederlage auf dem Schlachtfeld in einen Sieg bei der nächsten Parlamentswahl umzuwandeln<sup>1673</sup>. Dabei erhielten die Tories die Unterstützung ihrer Verbündeten, des Papstes, der Kardinäle, der Prälaten, der Jesuiten und der katholischen Fürsten. Gemeinsam würden sie ihr äußerstes tun, um ein Parlament nach dem Geschmack des jakobitischen Thronanwärters zu erhalten<sup>1674</sup>. Die Schrift zieht aus der kritischen Situation in der man sei den Schluß, daß alle die für die Regierung stünden auch für eine Änderung des „*Triennial Act*“ seien, damit niemand aus dem Ausland die nächste Wahl beeinflusse<sup>1675</sup>. Nach der Benennung der Gefahren der Nichtänderung des „*Triennial Act*“ betont der Verfasser der Schrift Gründe für eine lange Parlamentsdauer. Dabei nimmt er Rekurs auf Heinrich VIII., Elisabeth I. und das zweite „*Convention Parliament*“. Die Reformation wäre beispielsweise nicht ohne das lange Reformationsparlament Heinrichs VIII. verwirklicht worden<sup>1676</sup>. Die Whigs bezogen ihre außerordentliche Stärke nach dem Tod Königin Annas aus der ungebrochenen Unterstützung für die protestantische Thronfolge Georgs I. von Hannover. Und der neue Monarch war in besonderem Maße gegen die Tories, da der von ihnen erzwungene Friede von Utrecht Englands Verbündete, wozu auch Hannover gehört hatte, schmähslich im Stich gelassen hatte. Georg I. empfand dies als einen Verrat und mißtraute den Tories zutiefst. Deshalb verwundert es nicht, daß am Ende dieser Schrift auf diesen Umstand Bezug genommen wird. Die Änderung der Parlamentsdauer des bestehenden Parlaments von drei auf sieben Jahre würde England wieder zu einem verlässlichen Partner für das Ausland machen<sup>1677</sup>. Das alles überragende Argument für den „*Septennial Act*“ war aber eine Notstandsargumentation. Es wurde behauptet, daß man sich durch

---

<sup>1672</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 23: „*The Tories, who of a sudden are grown very tender of the Rights of the Commons, say [...] that this House of Commons, that was chosen but for Three Years, can have no Right to continue themselves longer. This House of Commons was chosen like all others, to concur in the Making, Repealing, or Altering any Law, [...] and they have now the same Right to make Parliaments Annual, Sextennial, or Septennial, as they had a few Years since to make them Triennial*“

<sup>1673</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 25: „[...] that they had taken such sure Measures to get the next Parliament to be for their Turn, that they could not be disappointed. And they are, if you will believe them, sure to regain in the Field of Election, what they have lost in the Field of Battle“

<sup>1674</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 28: „*We are not only to consider what the tories singly can do, but what Assistance their Allies can afford them, the Pope [...] will do their utmost to procure a Parliament in the Interest of the Pretender*“

<sup>1675</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 31: „*And therefore, I may conclude, That all who are for the Government, will be for an Alteration in this Critical Juncture [...] That none from the other side the Water, will endeavour by Gold, to influence our next Election*“

<sup>1676</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 34: „*Had not King Henry VIII. kept the same Parliament a long Time together, he would not have been able to have thrown off the Pope's Supremacy [...]*“

<sup>1677</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 35

die Tories und Jakobiten in einer außerordentlichen Lage befinde und außerordentliche Fälle außerordentliche Maßnahmen erfordern<sup>1678</sup>.

**Der sechsstufige Druck „Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament“ (1716)** wird in der „Early English Books Online“ (EEBO) Kollektion Daniel Defoe zugeschrieben<sup>1679</sup>. Defoe war der herausragende Journalist seiner Zeit, der mit seiner Zeitung „The Review“ ganz neue Wege des Journalismus ging und diesen auf ein bis dahin unbekanntes Niveau hob. Robert Harley, Earl of Oxford, wurde durch Defoes frühe Schriften auf ihn aufmerksam. Er protegierte ihn und setzte sein Schreibtalent gezielt im politischen Kampf ein. Defoe war zudem konspirativ für Harley tätig, beschaffte diesem Nachrichten durch ein gezielt aufgebautes „Spionagenetz“ bzw. Nachrichtenwesen. Trotz Defoes Nähe zu Harley dürfte er von seinen Grundüberzeugungen als Whig einzuordnen sein. Harleys Bestreben war es ja auch, eine Regierung durch die moderaten Kräfte beider Parteien zu bewerkstelligen. Defoe entzieht sich einer genauen Parteienzuordnung<sup>1680</sup>. Der Autor der vorliegenden Schrift antwortet in einem fingierten Brief an einen Landedelmann auf dessen sorgenvolle Frage nach der Änderung der im „Triennial Act“ normierten Parlamentsdauer. Zwei Fragen werden aufgeworfen: 1) Ob die Gesetzesänderung

---

<sup>1678</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716, S. 37: „And a Nation that in extraordinary Cases, does not apply extraordinary Remedies, is in a fair way of being ruined. [...]“

<sup>1679</sup> Defoe, Daniel, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, In a letter to a friend in the country, Early English Books Online (EEBO) C3:2[25], London, 1716

<sup>1680</sup> BACKSCHEIDER, Paula, Defoe, Daniel (1660?–1731), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/7421>, 26.5.2018, S. 5f.: „His great achievement of 1704 was to launch ‘The Review’, the groundbreaking periodical that moved English journalism in new directions. Before Defoe, what news was printed was without elaboration, interpretation, or even context. ‘The Review’ demonstrated the possibilities of using history and news for propaganda purposes, and pointed out the advantages of a sense of discrete audiences. [...] Defoe wrote nearly every word of it, regardless of where he was or his personal situation, from the first number on 19 February 1704 to the last on 11 June 1713“; SPECK, W. A., Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724), 2004, S. 18: „Oxford [Robert Harley, Earl of Oxford] was one of the first politicians to be aware of the importance of journalism, a relatively new phenomenon, in the political system which emerged after the revolution of 1688. In 1704 he was instrumental in getting Defoe to write for the ministry in his ‘Review’, and he renewed his professional relationship with him when he became prime minister in 1710, though by then he was also engaging Swift to support his administration in ‘The Examiner’“; BACKSCHEIDER, Paula, Defoe, Daniel (1660?–1731), 2004, S. 6: „He set up an unrivalled intelligence network and through his journalistic and pamphlet writing became, in the words of a rival journalist, ‘the Goliath of his party’ (anonymous tory writer, The Moderator, 2 June 1710)“; BACKSCHEIDER, Paula, Defoe, Daniel (1660?–1731), 2004, S. 9: „All serious Defoe scholars agree that a set of core principles and opinions runs through all his works regardless of the reader being addressed. The general opinion is that he was a whig and a moderate by nature, a thorough supporter of the revolution of 1688, and, like most of the people of his generation, suspicious of political parties and reluctant to be identified entirely with one“

verfassungsgemäß und 2) ob sie zweckmäßig sei<sup>1681</sup>. Die Verfassungsmäßigkeit wird eindeutig bejaht. Diese könne von niemandem bestritten werden. Hauptargument ist die Souveränität des „*King-in-Parliament*“. König, Lords und Commons besäßen gemeinsam die „*Supreme Legislature*“, seien also höchste Gesetzgeber. Es sei kein Fundamentalgesetz der Verfassung, daß ein Parlament alle drei Jahre einberufen werden müsse. König, Lords und Commons haben vielmehr das Recht, den Intervall zu bestimmen. Wenn es in ihrer Kompetenz lag, sich auf drei Jahre zu einigen, dann haben sie erst recht die Befugnis, dies wieder zu ändern<sup>1682</sup>. Die Wähler haben einzig dazu die Wahl, die am besten geeigneten Personen in das Parlament zu entsenden, ganz egal, wie lange sie dort versammelt sein würden. Es gebe keinen anderen **Zweck in der Wahl der Repräsentanten** als diesen, Gesetze zu machen und zu ändern, die das Gemeinwohl bestmöglich befördern. Die Wahl ermächtige die Gewählten, alles Erforderliche zu tun, was dem Allgemeinwohl entspreche, ganz unabhängig davon, ob es den Wählern passe oder nicht. Diese Argumentation wurde in der bisherigen Debatte zum „*Septennial Act*“ so noch nicht vorgebracht. Es wurde bisher immer damit argumentiert, daß die Verlängerung der Parlamentsdauer, das Recht der Wähler auf Repräsentation beschädige, weil die Gewählten irgendwann nicht mehr ihre Vertreter seien und anders agieren als von den Wähler ursprünglich beabsichtigt gewesen sei. Demnach hatten die Abgeordneten ein imperatives Mandat und sollten bei Nichtbefolgung des Auftrages abzuwählen sein. Hier wird aber damit argumentiert, daß die Abgeordneten nach ihrer Wahl einzig dem Gemeinwohl verpflichtet seien. Aber natürlich würden Wähler, die sich nicht vertreten fühlen, bei der nächsten Wahl entsprechend anders wählen. Es handelt sich hier doch um ein verkürztes Argument, welches die Realität an der Wahlurne ignoriert. Oder anders formuliert: wenn die Parlamentsdauer unerheblich ist, wie hier argumentiert wird, dann wird den Wählern die Möglichkeit zur Korrektur ihrer Wahlentscheidung durch absehbare Neuwahlen genommen<sup>1683</sup>. Als

---

<sup>1681</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 1: „*The One is, Whether the Thing proposed be lawful, with regard to the Nature of our Constitution? The Other is, Whether it be expedient, or useful, to the Good Ends which ought always to be in the View of those who make Laws?*“

<sup>1682</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 1: „*The Lawfulness of the Thing cannot be denied by any Persons [...] Nor do I find [...] that any thing of Moment is urged against the Right or Authority of the Supreme Legislature to do it. It is no more a Fundamental of our Constitution, That a New Parliament must be summoned every three Years, than at any other Interval. It is equally just, as far as Right and Authority are concerned, for the King, Lords and Commons, to fix it for one Term, as for another. And if it were not out of their Right to make that great Alteration, which fixed it for three Years, it certainly cannot be out of their Right to make a much less Alteration, by fixing it once more to another Term*“

<sup>1683</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 1: „*As to the Sense and Mind of the Electors [...] They are supposed to have no other view in their Choice of Persons, than to send such to Parliament as they think best qualified [...] to do whatever is to be done in Parliament, without regard to the Time of their Sitting there. And there is **no other End in the electing Representatives**, but that they, from Time to Time, may make, and alter Laws, in such manner as best to consult*

nächstes widmete sich der Autor der Frage nach den Auswirkungen des „*Triennial Act*“. Dabei werden die üblichen Anschuldigungen vorgebracht. Der „*Triennial Act*“ habe die Gemüter erhitzt, zu Aufständen und Tumulten geführt<sup>1684</sup>. Korruption habe die Moral zerstört und die „*Country Gentlemen*“ erschöpft. Eine Verlängerung der Parlamentsdauer verspreche zwar keine vollständige Beseitigung der Korruption, aber eine erhebliche Reduzierung<sup>1685</sup>. Auf die Beziehungen zum Ausland habe der „*Triennial Act*“ eine fatale Wirkung gehabt. Weder Freund noch Feind wisse, woran er sei. England müsse wieder zu einem verlässlichen Partner werden. Die Whigs bedienten sich dieses Arguments immer wieder zur Propagierung des „*Septennial Act*“, zumal ein ehemaliger, verprellter Verbündeter inzwischen den englischen Thron bestiegen hatte und die bündnistreuen Whigs dafür offen bevorzugte<sup>1686</sup>. Ein Hauptargument für die Verlängerung der Parlamentsdauer war jedoch der Jakobitenaufstand, der zwar niedergeschlagen worden war, dessen Geist jedoch noch in den Köpfen vieler lauere, so der diffamierende Vorwurf gegenüber den Tories<sup>1687</sup>. Im übrigen sei es falsch, daß ein Widerruf des „*Triennial Act*“ beabsichtigt sei. Das Gegenteil sei wahr. Die wahre Bestimmung des „*Triennial Act*“ solle wiederhergestellt werden. Ursprünglich war bezweckt, daß kein König von England ohne Parlament herrschen solle und Parlamente sollten zeitlich begrenzt sein, ohne Befugnis des Herrschers, sie zu verlängern. In beiderlei Hinsicht bleibe der „*Triennial Act*“ unberührt. Einziger Unterschied sei, daß man bei der Verabschiedung des „*Triennial Act*“ glaubte, daß eine dreijährige Parlamentsdauer richtig sei. Die Erfahrung habe aber die zahlreichen Mißstände der häufigen Wahlen offenbart. Das Gesetz werde deshalb ausschließlich in diesem Punkt geändert<sup>1688</sup>. Falsch sei auch das Argument, daß die Minister eine lange

---

*and promote the Good of the whole Community: The very Election is, and must be supposed to empower the Elected Persons, faithfully, and impartially, to do every Thing that is necessary, or expedient, for the Preservation and Establishment of the Common Interest, whether it falls into the Humours or Opinions of the Electors, or not“*

<sup>1684</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 2: „*At home, the least Evil is, that the Tempers and Spirits of Men are put into a Ferment, and boiled up in a Rage, which never is cooled [...] Riots, Tumults, Mutual Abuses, [...] are kept alive and warm, from Three Year to Three Year“*

<sup>1685</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 2

<sup>1686</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 3

<sup>1687</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 4: „*[...] the Attention given to the Rebellion, and so the longer Continuance of this Parliament is become particularly necessary; And when We all may observe, if we please, that, though the Rebellion be in great Measure quelled, yet, the Spirit of it, is so far from being layd asleep, that it walks about still [...]*“

<sup>1688</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 4: „*[...] an Uneasiness, as if this were Repealing the Act: When, in truth, [...] it is indeed Restoring it to its best Design; and making it effectual to all that Good which was originally purposed, and intended [...] The Designs were, that a King of England should not be without a Parliament; and that one and the same Parliament should have a Term fixed, beyond which it should not be in the Power of the Prince to continue it. And in both these respects the Act will be left as it was. All Difference is, that the Parliament then in being, thought Three Years the*



Parlamentsdauer wünschten. Daraus spreche nur das Mißtrauen den Ministern gegenüber. Diese seien vielmehr an kurzen Parlamenten interessiert. Denn die Erfahrung habe gezeigt, daß sogar das am meisten der Krone verbundene Parlament sich auf die Dauer von der Krone abgewandt habe<sup>1689</sup>. Der stärkste Einwand gegen die „*Septennial Bill*“ sei aber, daß dieses Gesetz eines Tages zu einer Willkürherrschaft führen könne. England sei aber vorerst mit einem König und einem Thronfolger gesegnet, die über alle Zweifel erhaben seien. Die beschriebene Gefahr sei aber bei dreijährigen Parlamenten noch höher, weil die Abgeordneten bestechlicher seien. Außerdem sei die Einflußnahme des Auslands auf dreijährige Wahlen größer als bei siebenjährigen. Abschreckendes Beispiel dafür seien die ausländischen Interventionen auf die Wahlen in Polen und Deutschland<sup>1690</sup>. Der Verfasser faßte seine Vorhaltungen abschließend in dem Vorwurf zusammen, daß es den Gegnern des „*Septennial Act*“ nur darum gehe, die Unruhe und Unordnung fortzusetzen, weil sie davon in den Wahlen profitierten. Eine feste Ordnung der Regierung in Ruhe und Frieden sei ihnen dagegen verhasst<sup>1691</sup>.

**Der vierzigseitige Druck „*Some considerations on a law for triennial parliaments*“ (1716)** wurde von der „*Eighteenth Century Collection Online*“ (ECCO) Daniel Defoe zugeschrieben<sup>1692</sup>. Die Schrift postuliert einleitend das Recht zur Aussetzung („*suspension*“) des „*Triennial Act*“ und die Notwendigkeit dazu. Der erste Satz der Schrift erklärt das Recht zum wertvollsten Privileg des Volkes<sup>1693</sup>. Außerdem können keine Gesetze gemacht, ausgesetzt und aufgehoben werden, ohne

---

*proper Term. Experience hath assured us of a Multitude of Evils proceeding from so quick a Return of Elections. And therefore, in that part of the Act, and in that only, is the Alteration intended, in order to remedy or abate those Evils, without bringing in greater“*

<sup>1689</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 5: „[...] Ministers might more probably find their Account in New Parliaments, than in One continued. Experience shews, that the most Courtly Parliament have turned Uncourtly in their long sitting“

<sup>1690</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 5: „[...] that the quick Returns of Triennial Elections, tend much more, to that Corruption, Bribery, Dissoluteness of Manners, as well as Party-Reveng, which pave the way to the loss of Liberty, than the longer Term, now proposed, can do. [...] there must be much greater Encouragement to a Foreign Enemy, to interpose with his Money, to purchase our Ruine, in a Triennial Choice, than in a Septennial. [...] It is well known how far the Neighbouring Powers intermeddle in the Elections of Poland and Germany [...]“

<sup>1691</sup> DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716, S. 6: „[...] in order to keep off the Thing which they heartily hate, the Settlement of the present Government in Peace and Quiet at Home, and in Honour and Glory Abroad“

<sup>1692</sup> Defoe, Daniel, Some considerations on a law for triennial parliaments, With an enquiry, I. Whether there may not be a time when it is necessary to suspend the execution, even of such laws as are most essential to the liberties of the people? II. Whether this is such a time or no?, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T065960, London, 1716

<sup>1693</sup> DEFOE, DANIEL, Some considerations on a law for triennial parliaments, 1716, S. 3: „Law is the most valuable Privilege of the People: [...]“

Zustimmung des Volkes<sup>1694</sup>. Das Recht zur Aussetzung der Gesetze liege unzweifelhaft beim Volk, das heißt beim Parlament. Dabei gelte in der Verfassung die Maxime, daß es nicht nur ein Recht zur Aussetzung gebe, sondern Zeiten der absoluten Notwendigkeit dazu<sup>1695</sup>. Nacheinander werden die fortgesetzte Aussetzung der „*Militia Bill*“<sup>1696</sup>, des „*Habeas Corpus Act*“<sup>1697</sup> und der „*Penal Laws*“ für „*Dissenters*“ als Beispiele für zeitweise ausgesetzte Gesetze aufgezählt und erörtert<sup>1698</sup>. Das Recht zur Aussetzung des „*Triennial Act*“ wird nach diesen Ausführungen unbedingt bejaht. Es stelle sich nur noch die Frage, ob das Gesetz zum jetzigen Zeitpunkt unzureichend und gefährlich sei und deshalb für eine bestimmte Zeit ausgesetzt werden müsse. Dies wird anschließend erörtert<sup>1699</sup>. Das zentrale Problem des „*Triennial Act*“ sei, daß dieses Gesetz die Spaltung des Volkes in Parteiungen dauerhaft mache und zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Rebellion befördere, weshalb es widerrufen werden müsse<sup>1700</sup>. Der Jakobitenaufstand wird jetzt vom Verfasser bis aufs letzte ausgeschlachtet und zum Widerruf des „*Triennial Act*“ instrumentalisiert. Eine regelrechte Notstandsargumentation folgt. Es wird die Notwendigkeit erklärt, eine Zeit lang auf die eigenen Privilegien zu verzichten, um den Feind daran zu hindern, die Verfassung umzustürzen<sup>1701</sup>. Nach der Beschreibung der Rebellion kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß der Geist der Rebellion noch lebendig sei und fortlebe, auch wenn der eigentliche Aufstand niedergeschlagen worden sei. Dieser lebendige Geist der Rebellion richte sich nun auf die anstehende Wahl des neuen

---

<sup>1694</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 4: „*That no Laws can be made, or when made, can be suspended and repealed, but by Consent of the People*“

<sup>1695</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 5: „*The Right to suspend the Laws of every Kind is undoubtedly lodged in the People, that is to say, in Parliament [...] a Maxim in our Constitution, viz. That there is not only a Right lodged in the Constitution, for the suspending the Execution of the Laws; but that there may be a Time when it is absolutely necessary to do so*“

<sup>1696</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 6ff.

<sup>1697</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 8f.

<sup>1698</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 9

<sup>1699</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 10f.: „*[...] to enquire, whether a Bill, for the Triennial Calling of Parliaments in England, may not be subject to the same Circumstances. Not whether the Parliament have the same Power to suspend it, for that is out of the Question; but whether there may not be a Time, in which such a Law may not be found inconvenient and dangerous, and consequently that it ought to be considered of, whether the Execution of, or strict adhering to it, may not be thought necessary to be suspended for a Season, and whether it is proper at this very Time or no*“

<sup>1700</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 13: „*It has formerly been said of this Law, for the Triennial Meeting of Parliaments, [...] that it would one time or other oblige the Parliament to think of Repealing it; and this was, That it was the only Thing that would render perpetual the Division among the People, and make Faction eternal. [...] I shall only add, that if this Time the same Law is in Danger of being a Means to make a Rebellion [...]*“

<sup>1701</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 16: „*We are now come to a new and very singular Case [...] whether there may not be some Necessity to break in upon some of our own Privileges for a Season, to prevent the Enemy's breaking in upon the whole Constitution [...] I must give a brief Abstract of the State of the Nation thus. [...]*“

Parlaments. Die Rebellen versprechen sich von der Wahl den Erfolg ihrer Pläne<sup>1702</sup>. Sie erhoffen sich vom nächsten Parlament im Gegensatz zum gegenwärtigen, daß es weniger eifrig und beherzt im Dienste des Landes und des protestantischen Königs stehe. Die einzige Hoffnung dieser Partei bestehe darin, den Jakobitismus in den Grafschaften am Leben zu erhalten. Sie beabsichtigen dies mit Hilfe der nächsten Wahlen entgegen den Interessen der gegenwärtigen Regierung zu erreichen<sup>1703</sup>. Die Diffamierung der Tories durch die Gleichsetzung mit den Jakobiten zeigt sich allein schon in der Aussage, daß sie sich sicher seien, in den Wahlen zu siegen, obwohl sie im Feld unterlagen. Niemand anderes als die Tories konnten gemeint sein<sup>1704</sup>. Diese Argumentation wird immer weiter ausgeführt und festgestellt, daß man sich genau jetzt in der prekären Situation befinde, die zur Aussetzung des „*Triennial Act*“ Anlaß gebe<sup>1705</sup>. Die Aussetzung des Gesetzes würde alle ihre Hoffnungen auf einen Sieg in den nächsten Wahlen zerstören<sup>1706</sup>. Gegen die Aussetzung würden nur die immer gleichen Einwände vorgebracht, beispielsweise die Schaffung eines gefährlichen Präzedenzfalles und eines Eingriffes in das Prärogativrecht zur Vertagung und Auflösung des Parlaments. Dabei sei es eminent wichtig, daß es hier nur um die temporäre Aussetzung eines Gesetzes handelt und nicht um eine Aufhebung. Eine fortgesetzte Aussetzung durch jeweiligen Parlamentsbeschluß wird aber gerade konstatiert, und zwar für den Fall der

---

<sup>1702</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 19: „[...] yet the Spirit of Rebellion still remains in its full Vigour and Fury [...] This Spirit of Rebellion is still in Being, and far from being suppressed by the superiour Power of the Government, is rather increased than abated, since the Defeat of the Forces the Rebels had brought together; and if we enquire into the many Schemes which the Agents of the Rebellious Party have formed [...] that the Termination of the present Parliament, at the End of 3 Years from the Test of the late Writs of Election, and which by the Rule must happen after the next Session, or Sitting, is their present Dependance, and the Thing from which they promise themselves Success in their Designs [...]“

<sup>1703</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 20: „[...] and that the Members of the next Parliament should have been less zealous, and less hearty in the Service of their Country, and the Interest of our Protestant King, than these now sitting. In a word, it is evident, that the only Hopes of the disaffected Party at Home rests in keeping up the Jacobite Faction in the Countries; and the Prospect of that Scheme consists chiefly in the carrying the next Election against the Interest of the present Government [...]“

<sup>1704</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 22: „[...] that they are sure to beat them at elections, though they could not in the Field“

<sup>1705</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 32: „[...] nothing else is before them but this, viz. That, if possible, they may keep up the Ferment and Disaffection in the Minds of the People, till the Election of a new Parliament [...] they will find that they shall be able to fight the Government better in the Field of Elections, than in the Field of Battle; and wound the Constitution deeper by the Clamours and Huzza's of the Mobs, in the respective Corporations, than by the Cannon and Bombs in a War. This is the present Case; and I hope it is impartially stated. It remains than only to enquire, whether this is not one of those critical Times, when it may be necessary to suspend the Execution of the only Law, in which these malicious People have placed all their remaining Expectations. [...]“

<sup>1706</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 33: „It is evident, the suspending of this Law would as entirely extinguish their Hopes [...]“

erneuten Notwendigkeit dazu. Richter darüber sei das Parlament<sup>1707</sup>. Den Einwand des gefährlichen Präzedenzfalles gibt der Verfasser der Schrift sogar bereitwillig zu. Die Notwendigkeit gebietet diesen aber. Es sei ihre Aufgabe jetzt zu handeln. Aufgabe und Verantwortung der Nachfahren sei es, später einmal ihre eigene Antwort zu finden<sup>1708</sup>. Dem Verfasser der Schrift kommt es in außerordentlichem Maße auf die Fortsetzung des bestehenden Parlaments an. Dann, und nur dann, seien die Jakobiten endgültig verloren und ihre Sache werde niemals wieder auferstehen. Ansonsten würden sie eine erneute Chance haben<sup>1709</sup>. Diesem Parlament neues Leben einzuhauchen sei die wirksamste Methode, den Feind zur Verzweiflung zu treiben. Dieses Unterhauses sei der Altraum der Rebellen, des Auslands und der Jakobiten<sup>1710</sup>. Worum es wirklich geht, das gibt der Verfasser abschließend unumwunden offen zu. Es gehe darum, das Unterhaus zu verlängern, um die Tories zu verhindern<sup>1711</sup>.

### 3. „Failed Revocations“ (1719 und 1734)

Die knapp zweihundertjährige Gültigkeit des „*Septennial Act*“ (1716) mit seiner siebenjährigen Parlamentsdauer bis zur Verabschiedung des „*Parliament Act*“ (1911) und der Einführung der fünfjährigen Dauer sollte nicht vergessen lassen, daß es im weiteren Verlauf des 18. Jahrhunderts und darüber hinaus Kritik am „*Septennial Act*“ und Versuche zum Widerruf gegeben hat, die jedoch erfolglos blieben<sup>1712</sup>. Als wichtigste Referenzsammlung für englische Schriften des 18. Jahrhunderts enthält die „*Eighteenth Century Collection Online*“ zahlreiche Drucke, die den „*Septennial Act*“

---

<sup>1707</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 34f.: „[...] that no one Word in this Tract is to be understood to mean an absolute Repeal of such an Act, but a Temporary Suspension of the Law; the Limitation to expire at a certain Time, and the Law then to return to its full Force, unless those Limitations should be farther extended by the same Authority, and upon the like Necessity; of which Necessity, the Parliament are always to be the Judges“

<sup>1708</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 35: „[...] that it is a dangerous Precedent [...] that we are now in Circumstances, which render it necessary at this Time. If that be granted, we cannot answer for what our Posterity may do with less Necessity; the Fault will be theirs, not ours [...]“

<sup>1709</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 37: „If this Parliament continue, the Jacobites are gone, entirely lost; and their cause can never have a Resurrection in this Country. If this Parliament goes off, they have another Game for it; [...] But if the Parliament be now continued for such a Time as shall be thought proper, the Game is then UP, the Show is over [...]“

<sup>1710</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 39: „Nothing else can so effectually bring the Enemy to despair of Success, at this Time, as giving a new Life to this Parliament. This House of Commons is the Terror of Rebels, and the Dread of all their Foreign Alliances. [...] This House of Commons is the Dread of Jacobitism“

<sup>1711</sup> DEFOE, DANIEL, *Some considerations on a law for triennial parliaments*, 1716, S. 40: „[...] They, the Tories, say, if this House of Commons Die, we are undone: To which the Whigs may answer them, That if this House of Commons Lives, they are undone [...]“

<sup>1712</sup> ERSKINE MAY ET AL., *Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament*, 1917, S. 53; CAMPION, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, 1947, S. 74; COURTNEY, *The working of the Constitution*, 1901, S. 44; BALLINGER, Chris, *Hedging and Ditching, The Parliament Act 1911*, in: *Parliamentary History* 30, 2011, Nr. 1, S. 19–32; NORTON, *Resisting the Inevitable? The Parliament Act 1911*, 2012, S. 444–459

zum Gegenstand haben. In unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“ stehen der gescheiterte Widerrufsvorschlag von 1719, die Kritik am „*Septennial Act*“ in der Parlamentswahl von 1722 und das Scheitern des zweiten Widerrufsvorschlags von 1734. Das politische Umfeld dieser ersten Widerrufsvorschläge soll hier kurz aufgezeigt werden.

**Die Spaltung der Whigs in eine regierungstragende „*Court*“ und eine oppositionelle „*Country*“-Fraktion sowie die Auflösung der „*Whig-Junto*“ von 1715/16** waren die einschneidenden politischen Ereignisse unmittelbar nach der Sicherung der protestantischen Thronfolge des Hauses Hannover (1714), dem Sieg der Whigs über die Tories in der ersten Parlamentswahl König Georgs I. (1715), der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes (1715) und dem Ausschluß der Tories von der Macht durch den neuen „*Septennial Act*“ (1716). Die Meinungsverschiedenheiten und Konflikte innerhalb der Whigs traten immer offener zu Tage. Die Spaltung ging zurück auf die älteren Gruppierungen von „*Court*“ und „*Country*“ innerhalb der Partei. Während die „*Whig-Junto*“ die Regierung stellte und die Interessen des Hofes vertrat, betrachteten zahlreiche „*Country*“-Whigs dies als Verrat ehrwürdiger Whig-Prinzipien und bildeten zusammen mit anderen Regierungsgegnern die Opposition im Parlament. Der Zusammenhalt der „*Whig-Junto*“ löste sich bereits 1715/16 auf und endete mit dem Tod von Halifax und Wharton (1715) sowie Somers (1716). Sunderland wurde vom König mißtraut, da er im Ruf stand, die Republik der Monarchie zu bevorzugen. Georg I. ernannte ihn erst auf Fürsprache seines Schwiegervaters Marlborough zum „*Lord Lieutenant of Ireland*“. **Eine neue Generation von Whig-Politikern** trat an die Stelle der ersten „*Whig-Junto*“. **James Stanhope (1673-1721)** war zum Zeitpunkt der Thronbesteigung Georgs I. 41 Jahre alt. Er hatte sich zuvor als Anführer der „*Country-Whigs*“ im Unterhaus einen Namen gemacht und sich als erfolgreicher General bei der Einnahme Menorcas (1708) profiliert. Georg I. machte ihn zum einflussreichen „*Secretary of the South*“ (1714). **Charles Viscount Townshend (1674-1738)** war 40 Jahre alt als Georg I. ihn zum „*Secretary of the North*“ ernannte (1714). Er entstammte dem Hochadel und nahm nach dem frühen Tod seines Vaters dessen Sitz im Oberhaus ein (1697). Auch er gehörte ursprünglich den „*Country-Whigs*“ in Opposition zur Whig-Junto um Halifax, Orford und Somers an, kritisierte dann aber deren Impeachment (1701) und gewann ihr Vertrauen. **Robert Walpole (1676-1745)** war 38 Jahre alt als Georg I. auf den Thron kam. Der König ernannte ihn zunächst zum „*Paymaster General*“ (1714), beförderte ihn aber rasch zum „*First Lord of the Treasury*“ und „*Chancellor of the Exchequer*“ (1715). Zwischen den drei Männern kam es jedoch nicht zur Zusammenarbeit, sondern zum offen ausgetragenen Machtkampf. **Stanhope drängte dabei Townshend und Walpole aus der Regierung (1716/17)**. Zum Riss in der Regierung kam es durch die Ambitionen Georgs I., der in seiner Funktion als Kurfürst von Hannover im Nordischen Krieg gegen Schweden das Ziel

verfolgte, den Schweden die ehemaligen Bistümer Bremen und Verden zu nehmen und Hannover einzuverleiben. Während Stanhope und Sunderland Georg I. unterstützten, waren Townshend und Walpole gegen eine Instrumentalisierung Englands für die Interessen des Kurfürstentums. Georg I. entließ deshalb zuerst Townshend von seinem Posten als „*Secretary of the North*“ und machte ihn zum „*Lord Lieutenant of Ireland*“ (1716). Als Walpole und eine Mehrheit der Whigs sich dem König im Parlament verweigerten als dieser um die Kriegserklärung gegen Schweden nachsuchte, mußte Townshend noch am Tag der Abstimmungsniederlage (09.04.1717) sein neues Amt räumen. Walpole trat einen Tag später als „*Chancellor of the Exchequer*“ zurück. Townshend und Walpole unternahmen in der Folgezeit alles, um sich an Stanhope zu rächen und an die Macht zurückzukehren. Ihre Opposition orientierte sich nicht an den alten Whig-Prinzipien der „*Country*“-Opposition. Ihr einziges Bestreben galt der Rückkehr an die Macht. Dennoch gelang es ihnen schon kurz nach ihrer Entlassung aus der Regierung, daß sich die „*Country*“-Whigs unter Townshends und Walpoles Führung mit den „*Country*“-Tories verbündeten. Walpoles Pragmatismus zeigte sich beispielsweise darin, daß er sich gegen weitere Untersuchungen gegen Robert Harley, Earl of Oxford, einsetzte, obwohl er das Impeachment gegen Harley ursprünglich mitgetragen hatte. Dies verhalf Harley zur Freilassung, nachdem er zwei Jahre im Tower verbracht hatte (1715-17). Auch bei anderen Themen änderte Walpole seine öffentliche Haltung. Früher trat er für ein stehendes Heer und die „*Occasional Conformity Bill*“ ein, die er jetzt ablehnte. Stanhope war dagegen zum ersten Minister des Königs aufgestiegen. Er dominierte während der nächsten drei Jahre (1717-21) als „*Lord Treasurer*“ und „*Chancellor of the Exchequer*“ die Politik des Landes. Stanhopes Quadrupelallianz (1717-20) mit den Niederlanden, dem Reich und Frankreich gegen Spanien bedeutete die Abkehr einer jahrzehntelangen anti-französischen Politik. Im Norden gelang es Stanhope, den Wunsch Georgs I. zum Erwerb Bremens und Verdens für das Kurfürstentum Hannover von Schweden zu erfüllen, indem den Schweden englische Unterstützung gegen Rußland zugesichert wurde. Innenpolitisch zeichnete sich Stanhopes Regierungszeit durch eine ausgeprägte Toleranzpolitik aus. Es gelang ihm zwar nicht, den „*Occasional Conformity Act*“ und den „*Schism Act*“ aufzuheben, dafür aber wurde ein „*Indemnity Act*“ erlassen, der den „*Corporation Act*“ für Dissenter praktisch aufhob und ihnen den Zugang zu öffentlichen Ämtern wieder ermöglichte. **Stanhopes Widerrufversuch des „*Septennial Act*“ (1719)** ging darauf zurück, eine dauerhafte Mehrheit für die Regierung im Ober- und Unterhaus herzustellen. Dafür sollte zunächst die Gesetzesvorlage der „*Peerage Bill*“ durchgesetzt werden (Februar 1719). Dieses Gesetz sah vor, daß der König nur noch ein letztes Mal sechs neue Lords in das Oberhaus erheben sollte, danach aber nur noch vakante Plätze nach Aussterben einer Familie neu besetzen können sollte. Außerdem sollten zukünftig nicht 16, sondern 25 schottische Lords im Oberhaus vertreten sein. Der Aufschrei

gegen die „*Peerage Bill*“ war aber so groß, daß Stanhope die Abstimmung auf die nächste Parlamentssitzung verschob. Stanhope bot die Aufhebung des „*Septennial Act*“ zur Durchsetzung des Gesetzes im Unterhaus an. Die Gesetzesaufhebung hätte die Dauer des Parlaments wieder unbegrenzt werden lassen. Im Parlament traf die „*Peerage Bill*“ dennoch auf den größtmöglichen Widerstand. Walpole organisierte eine Koalition aus seinen Anhängern unter den Whigs („*Walpolites*“) und den Tories. Gemeinsam bildete man eine oppositionelle Partei des Kronprinzen, der seit 1717 in offenem Konflikt zu seinem Vater stand, und im Leicester House einen Gegenhof zu seinem Vater errichtet hatte. Unter Walpoles Führung brachte die „*Princes' Party*“ (seit Februar 1718) die Gesetzesvorlage schließlich mit 267 zu 177 Stimmen gegen die Regierung zum Fall (Dezember 1719). Nach dem Abstimmungssieg über die Regierung im Unterhaus strebten Townshend und Walpole zurück in die Regierung. Nach der von ihnen betriebenen gelungenen Versöhnung des „*Prince of Wales*“ mit seinem Vater (April 1720) berief der König sie zurück in die Regierung. Townshend wurde „*Lord President of the Council*“ und Walpole „*Paymaster General*“<sup>1713</sup>.

**Robert Walpoles Aufstieg zum ersten Premierminister Großbritanniens (1721-41)** begann mit Stanhopes Abstieg. Das Platzen der Spekulationsblase („*South Sea Bubble*“) rund um die völlig unrealistischen Profiterwartungen an die „*South Sea Company*“ (1720) brachte Stanhopes Regierung selbst in den Fokus der Kritik. Stanhope starb während seiner heftig vorgetragenen Verteidigungsrede im Oberhaus an einer geplatzten Arterie. Walpole verteidigte indessen Stanhope und auch den ebenfalls kritisierten Sunderland entgegen der öffentlichen Meinung, um sich damit das Vertrauen des Königs zu verschaffen. Georg I. belohnte Walpole, indem er ihn erneut zum „*Chancellor of the Exchequer*“ und „*Lord Treasurer*“ ernannte (April 1721). Der Forschung galt Walpole lange als Retter der Regierung vor den Auswirkungen der „*South Sea Bubble*“. Inzwischen weiß man aber, daß er die 1711 gegründete „*South Sea Company*“ niemals vollständig abgelehnt und selbst Verluste erlitten hatte, die aber durch andere Gewinne ausgeglichen wurden. Es gelang

---

<sup>1713</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 5th Parliament of Great Britain, 17 Jan. 1715 - 10 March 1722, 2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, II. The General Election of 1715 and the First Whig Opposition, 1717-20, 1970; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 185–196; HANHAM, Andrew, Stanhope, James, first Earl Stanhope (1673–1721), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26248>, 29.6.2018; FREY, Linda/FREY, Marsha, Townshend, Charles, second Viscount Townshend (1674–1738), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27617>, 29.6.2018; TAYLOR, Stephen, Walpole, Robert, first earl of Orford (1676–1745), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, Online Edition, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28601>, 29.6.2018

Walpole aber, aus dieser für die Staatsfinanzen bedrohlichen Situation eine zwanzigjährige Periode der Stabilität zu machen. Walpole selbst gilt allgemein als der erste Premierminister Großbritanniens. Als Inbegriff dieser von Walpole erreichten politischen Stabilität gilt andererseits Arthur Onslow, der am längsten amtierende Unterhaussprecher in der Geschichte Englands (1727-61). Und auf das Parlament, die Parlamentswahlen und das Parlamentsmanagement kam es in entscheidender Weise an. **Die Wahl des 6. Parlaments von Großbritannien (1722-27) führte zur erneuten Debatte um den „Septennial Act“.** Dies spiegelte sich gerade auch in der Publikation verschiedener Druckschriften wider<sup>1714</sup>. Hintergrund dieser Debatte war der Wahlkampf, der geprägt war von der Auseinandersetzung der verschiedenen Flügel der Whigs, die nach wie vor tief gespalten waren in „*Court and Country*“-Whigs. In vielen umstrittenen Wahlkreisen kämpften Whigs gegeneinander um den Parlamentssitz. Die Wahlen brachten dennoch doppelt so viele Whigs ins Parlament wie Tories. Die Wahl bestätigte Walpoles Führungsanspruch, denn nach Walpoles Ernennung zum „*Lord Treasurer*“ war sein Aufstieg noch keinesfalls gesichert gewesen. Walpole mußte immer noch mit Sunderland rechnen, der alles unternahm, um Walpole bei der Parlamentswahl von 1722 zu schaden. Allerdings verstarb Sunderland noch vor Ende der Wahlen an Rippenfellentzündung, womit auch Walpoles letzter Rivale nicht mehr im Weg stand<sup>1715</sup>.

**Die Kritik der neuen „Country“-Opposition an Walpoles Parlamentsmanagement** mittels Bestechung und Korruption überschattete seine zwanzigjährige Dominanz als Premierminister

---

<sup>1714</sup> Anonymus, A Compleat history of the late septennial Parliament, wherein all their proceedings are particularly enquir'd into, and faithfully related, with proper remarks, and many secret memoirs interspers'd, concerning the late times, To which is prefix'd, honest advice to the freeholders of Great Britain, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T200755, 1722; Anonymus, An exact list, of the knights and commissioners of shires, citizens and burgesses of the late Parliament, at the time of the Septennial Act, With their names distinguish'd who voted for and against the repealing the Triennial Act, Together [w]ith several speeches against the said bill, as they were spoken in the said House of Commons the 24th of April 1716, and the reasons given by the Lords who protested against the bill aforesaid, Also [se]veral speeches against continuing the army, as they were spoken in the House the 4th, 5th and 7th days of December 1717, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T033616, London, 1722; Anonymus, The art of parliamentering, Shewing the various ways, means, humours, and stratagems, by which the Parliaments of England have at all times been elected, and what has resulted from them for the Publick Benefit, With a History of the Antiquity of Boroughs, and the Rights, Liberties, and Privileges of Burgesses. Addressed to all Candidates and Electors in the Present Election ..., By the author of The history of the late septennial Parliament, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T022462, London, 1722; Anonymus, The benefits and advantages gain'd by the late septennial Parliament, set in a clear light, by their acts and deeds, With a list of the naturaliz'd foreigners, and reasons for repealing the Septennial act, and reinforcing Triennial Parliaments, By a member of the late Parliament, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T121743, London, 1722

<sup>1715</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 6th Parliament of Great Britain, 10 March 1722-5 August 1727, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1722>, 26.11.2014; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, III. The Second Whig Opposition, 1722-42, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 196-202, 219f.; TAYLOR, Stephen, Walpole, Robert, first earl of Orford (1676-1745), 2004



(1721-42). Dem Beginn seiner Amtszeit als Premierminister gingen bereits 20 Jahre Erfahrung als Unterhausabgeordneter der Whigs voraus (seit Januar 1701). Es dauerte auch nicht lange bis er erste Regierungsämter übernahm (1705 Mitglied des „*Council of Admiralty*“; 1708 „*Secretary at war*“, 1710 „*Treasurer of the Navy*“). Er verbrachte aber auch einige Jahre ohne Amt (1701-05, 1711-14, 1717-20). Dennoch läßt sich sagen, daß Walpole über langjährige Regierungserfahrung verfügte bevor er selbst zum Premierminister aufstieg. Von seiner Grundhaltung war er ein Whig, allerdings einer, der unbedingt in der Regierung sein wollte. Die Prinzipien des „*Revolutionary Settlement*“ (1689/90) verteidigte er stets. Als Premierminister übertraf Walpoles Parlamentsmanagement (1721-42) Danby (1673-78 und 1690-94) und Harley (1705-14). Walpole gelang, was Harley vorexerziert hatte. Er baute eine „*Court-Party*“ aus Whigs und Tories auf. Im Oberhaus gelang ihm dies zuerst. Walpoles Anhänger unter den Lords und den Bischöfen waren in der Mehrheit. Aber auch im Unterhaus gelang es ihm, mittels seiner Patronagepolitik eine Mehrheit zu gewinnen. Das Unterhaus bestand bald zum größten Teil aus Walpoles „*placemen*“. Ihr Anteil im Unterhaus stieg kontinuierlich seit Beginn des 18. Jahrhunderts. Anfangs waren es weniger als ein Viertel der Abgeordneten, später unter Walpole aber mindestens ein Drittel. Insgesamt verfügte Walpole über eine größere und zuverlässigere Gefolgschaft im Ober- und Unterhaus als irgendeiner seiner Vorgänger. Da die Whigs aber ursprünglich als Oppositionspartei während der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) und „*Exclusion Crisis*“ (1679-81) entstanden war, weigerten sich viele Whigs grundsätzlich einer Regierung anzugehören. Die Partei spaltete sich deshalb in Unterstützer der Regierung („*Court-Whigs*“) und Regierungsgegner („*Country-Whigs*“). Regierungsmitglieder wurden von den „*Country-Whigs*“ als Verräter an der Sache der Vorfäter und der Prinzipien für die sie standen diffamiert. Walpole wurde dabei zur Hauptzielscheibe ihrer Kritik. Traditionelle Anliegen der Whigs wie regelmäßige und freie Wahlen, kurze Parlamente sowie die Beseitigung von „*placemen*“ und der Kampf gegen Bestechung, Korruption und Patronage wurden immer wieder vorgebracht. Der „*Septennial Act*“ wurde von „*Country*“-Abgeordneten beider Parteien seit seiner Beratung und Verabschiedung kritisiert und abgelehnt. Ihrer Überzeugung nach führten lange Parlamente zu einer größeren Abhängigkeit von der Krone. Die Grundhaltung der „*Country*“-Whigs in dieser Frage drückt in exemplarischer Weise das Pamphlet „*The Danger of Mercenary Parliaments*“ (1698) aus, welches erneut publiziert wurde (1722). Darin wurde beklagt, daß die Gefahr bestehe, daß das Parlament zu einem bloßen Gummiabdruck der Regierung verkomme („*danger of becoming a rubber stamp of the executive*“). Die regierungskritische, anti-Walpole und „*Country*“-Themen propagierende Zeitung „*The Craftsman*“ bzw. „*The Country Journal*“ beschrieb das Parlament als Monster namens „*Polyglott*“. Sir William Wyndham charakterisierte in einer Parlamentsrede (1734) Walpoles Politik als das

Streben nach kompletter Kontrolle über das Parlament mittels Patronage. Anführer der neu gebildete „Country“-Opposition wurden der Whig William Pulteney und der Tory Henry St. John, Viscount Bolingbroke, der nach seiner Flucht aus England (1714) wieder zurückgekehrt war (1723) und gemeinsam mit Pulteney „*The Craftsman*“ publizierte. Darin demonstrierten sie ihre Loyalität zu Georg II. und distanzierten sich von Walpoles Anfeindungen, verkappte Jakobiten zu sein. Bolingbrokes Essays im „*Craftsman*“ dienten ihm als Ersatz dafür, daß ihm die Ausübung seines rhetorischen Talents im Parlament verwehrt war. Seine Essays dienten der „Country“-Opposition als Propaganda-Schriften, wurden später aber als philosophische Schriften zusammengefaßt und veröffentlicht. Das politische Programm der „Country“-Opposition wurde zu einer politischen Philosophie ausgeformt. Die Errungenschaften der Glorreichen Revolution schien ihnen durch Walpoles Patronage- und Korruptionspraxis gefährdet zu sein. Thomas Gordons und John Trenchards „*Cato's Letters*“ (1720-22) verbanden die Lehren von Machiavelli, Hobbes, Harrington, Locke, Algernon Sidney, Walter Moyle, und dem dritten Earl of Shaftesbury. Sie argumentierten mit Machiavelli, daß Fürsten stets an der Steigerung ihrer Macht orientierte Politik betrieben, gingen mit Hobbes von einer negativen Anthropologie des Menschen aus, welche diesen anfällig für Regierungskorruption mache und bezogen sich auf Sidney, der vor einem Verfall der Moral durch Bestechung warnte. Als Mahnmal und warnendes Beispiel galt ihnen die römische Dekadenz und der Untergang Roms, aber auch die Entwicklungen in anderen Nationen Europas. Die zum Absolutismus führenden Hauptübel seien stehende Heere und die Entstehung neuer Geldeliten durch die Finanzrevolution während der letzten großen Kriege. Bolingbrokes und Pulteneys „*Craftsman*“ operierte mit denselben Argumenten. Der Korruption und dem Finanzkapital wurde die alte und tugendhafte Aristokratie gegenübergestellt, deren Macht und Tugendhaftigkeit auf ihrem Landbesitz beruhe. Walpole konnte sich dagegen nicht mehr mit dem Mittel der Zensur erwehren, da der „*Licensing Act*“ während der Herrschaft Wilhelms III. aufgehoben worden war (1695). Dennoch wurden Geldstrafen verhängt, Schreiber inhaftiert und eine Stempelsteuer auf politische Schriften erhoben. Walpole engagierte aber auch Schreiber zur Veröffentlichung von Gegenschriften, beispielsweise Thomas Gordon, Lord Hervey und Bischof Hoadley. Regierungszeitungen wie der „*Free Briton*“ und der „*Daily Courant*“ trommelten für Walpole und gegen die Opposition<sup>1716</sup>.

---

<sup>1716</sup> TAYLOR, Stephen, Walpole, Robert, first earl of Orford (1676–1745), 2004; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 203–213, 219-227; GOLDIE, Mark, The English system of liberty, in: Mark GOLDIE/Robert WOKLER (HRSG.), The Cambridge history of eighteenth-century political thought, Cambridge, New York, 2006, S. 40–78, hier S. 70–78; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, III. The Second Whig Opposition, 1722-42, 1970; THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST ET AL., Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970; TOLAND, The danger of

**Die vorgezogene Parlamentswahl von 1727** entsprach nicht den gesetzlichen Vorschriften des „*Septennial Act*“, war aber durch den Tod Georgs I. erforderlich geworden. Walpoles Zukunft war zunächst nicht ganz klar. Sein Hauptrivale Sir Spencer Compton stellte sich allerdings als völlig überfordert heraus, so daß sich die Lage schnell zugunsten von Walpole klärte und Georg II. ihn in allen seinen Ämtern bestätigte, weil er von Walpoles Befähigung überzeugt war, Mehrheiten im Parlament sicherzustellen. Die Opposition unter William Pulteney hatte jedoch mit der regulär stattfindenden Wahl im Jahre 1729 gerechnet und ging unvorbereitet in den vorgezogenen Wahlkampf. Das Ergebnis der Wahl war für die Tories erschütternd. Es wurden 427 Whigs in das Parlament geschwemmt, denen gerade einmal 131 Tories gegenüberstanden. Compton unterlag jetzt auch noch Arthur Onslow, Walpoles Kandidaten für das Amt des Unterhaussprechers. Onslow sollte das Amt bis 1761 ausüben, wodurch er zum am längsten amtierenden Unterhaussprecher in der Geschichte des Landes wurde und einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung von Walpoles Herrschaft leistete. Die Stärke von ungefähr 160 „*Country*“-Abgeordneten beider Parteien unter Pulteneys Leitung wurde erheblich geschmälert durch die natürliche Antipathie zwischen Tories und Whigs<sup>1717</sup>.

**Der zweite Versuch zum Widerruf des „*Septennial Act*“ (1734)** ereignete sich in der letzten Sitzung des siebten Parlaments Großbritanniens (Hauptdebatte im Unterhaus am 13. März 1734). Vorausgegangen war die „*Excise Crisis*“ des Jahres 1733, die als Walpoles schwerste Niederlage gilt und das langsame Ende seines Parlamentsmanagements einläutete. Nachdem er jahrelang die Landsteuer („*Land tax*“) hatte senken können, gedachte er die Einnahmeausfälle durch eine neue Verbrauchssteuer („*Excise*“) auf ausgewählte Kolonialgüter auszugleichen. Die Opposition nutzte dieses Vorhaben aber geschickt aus und verbreitete das Gerücht, Walpole plane eine allgemeine Verbrauchssteuer einzuführen, wozu eine Armee von Vollzugsbeamten eingestellt werden sollten, die Walpole eine enorme Menge an Posten zur Patronage und Bestechung zur Verfügung stellen würde. Die „*Country*“-Opposition hatte damit durchschlagenden Erfolg, zumal sie die öffentliche

---

mercenary Parliaments, 1698; TOLAND, John, *The Danger of Mercenary Parliaments, With a preface shewing the infinite mischiefs of long and pack'd Parliaments*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T000691, London, 1722; „*The Craftsman*“ Nr. 55 (22. Juli 1727); Sir William Wyndhams Rede (13. März 1734), in: COBBETT, William (Hrsg.), *The Parliamentary History of England*, Vol. 9 (1733-1737), From the earliest period to the year 1803, London, 1811, S. 454–466 war ein Redebeitrag zur „*Debate in the Commons on Mr. Bromleys Motion for repealing the Septennial Act*“, in: COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 9 (1733-1737), 1811, S. 394–482; Trenchard, John/GORDON, Thomas/ADAMS, John (Hrsg.), *Cato's letters*, Vol. I., Or, *Essays on Liberty, Civil and Religious, and other important subjects*, In Four Volumes, London, The Fourth Edition, corrected, 1737

<sup>1717</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 7th Parliament of Great Britain*, 10 August 1727-17 April 1734, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1727>, 26.11.2014; SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 215f.; TAYLOR, Stephen, *Walpole, Robert, first earl of Orford (1676–1745)*, 2004; GIBBS, G. C., *George I (1660-1727)*, 2004

Meinung gegen Walpoles „Excise“-Plan durch zahlreiche Druckschriften anzuheizen verstand. Walpole ließ den Plan fallen. Wie sehr Walpoles Parlamentsmanagement als Patronage- und Bestechungssystem die „Country“-Opposition aber in Rage brachte, zeigt sich in den Korruptionsvorwürfen gegen Walpole selbst, dem erneuten Vorschlag zur Verabschiedung einer „Place Bill“ zur Entfernung von Amtsträgern aus dem Parlament und im Versuch zum Widerruf des „Septennial Act“ in der vorletzten Sitzung des letzten Parlaments (16. Januar bis 13. Juni 1733). Walpole gelang es aber, diese Vorhaben der Opposition zu verhindern. Der Antrag zum Widerruf des „Septennial Act“ scheiterte bereits in der ersten Unterhausabstimmung an einer Mehrheit von 247 zu 184 Stimmen<sup>1718</sup>.

**Die Parlamentswahl von 1734** konnte Walpole zwar erneut mit einer Mehrheit für sich entscheiden, allerdings hatte das Regierungslager im Vergleich zur letzten Wahl (1727) erheblich an Rückhalt verloren. Während Walpole zu Beginn des letzten Parlaments über eine komfortable Mehrheit von 270 Abgeordneten gebot, waren es jetzt gerade noch um die Einhundert. Die „Excise-Crisis“ hatte der Opposition Auftrieb verliehen und gezeigt, daß Walpole nicht unbesiegbar war. Walpole konnte dennoch bis 1741 durchregieren, weil es der „Country“-Opposition an Zusammenhalt mangelte, denn zahlreiche Whigs und Tories konnte sich oft einfach nicht ausstehen. Die Wahlen hatten jedoch nichts daran geändert, daß die Whigs mit 409 Abgeordneten gegenüber 149 Tories klar dominierten<sup>1719</sup>.

**Die Parlamentswahl von 1741** sollte der Beginn von Walpoles Ende sein. Er trat wenig später nach 20 Jahren als Premierminister zurück (01.02.1742), obwohl Georg II. noch versucht hatte, ihn im Amt zu halten. Als der König die Unvermeidlichkeit des Rücktritts erkannte, erhob er ihn zum Earl of Orford in Anerkennung seiner langjährigen Verdienste. Die Wahl erbrachte zwar erneut eine überwältigende Mehrheit an Abgeordneten für die Whigs (417), der Regierung stand aber tatsächlich nur eine sehr knappe Mehrheit zur Verfügung (19), weil „Country“-Whigs (131) und „Country“-Tories (136) gemeinsam fast gleichauf waren mit der Regierungsmehrheit der „Court“-

---

<sup>1718</sup> THE HISTORY OF PARLIAMENT TRUST, The 7th Parliament of Great Britain, 10 August 1727-17 April 1734, 2014; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 213-217, 227f.; LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 68-70, 73; „Debate in the Commons on Mr. Bromleys Motion for repealing the Septennial Act“ (13. März 1734), in: COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 9 (1733-1737), 1811, S. 394-482; Anonymus, A compleat list, of the Members who voted for and against the bill for repealing the Septennial Act, and for the more frequent meeting and calling of Parliaments, with the speeches of the two gentlemen who moved and seconded the question, Mar. 13, 1733/34, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T145256, London, 1734

<sup>1719</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 8th Parliament of Great Britain, 18 April 1734-27 April 1741, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1734,01.7.2016>;

Whigs (286)<sup>1720</sup>. Der „*Septennial Act*“ wurde rund um die Parlamentswahl von 1741 und in den unmittelbaren Folgejahren erneut Gegenstand von Publikationen<sup>1721</sup>. Weitere Veröffentlichungen zum „*Septennial Act*“ folgten anlässlich der Parlamentswahlen von 1761<sup>1722</sup>, 1768<sup>1723</sup>, 1780<sup>1724</sup>, 1784<sup>1725</sup>, 1790<sup>1726</sup> und 1796<sup>1727</sup>.

---

<sup>1720</sup> The History of Parliament Trust (Hrsg.), *The 9th Parliament of Great Britain, 28 April 1741-18 June 1747*, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1741,01.7.2016>; SPECK, *Stability and strife, England, 1714-1760*, 1977, S. 235–238

<sup>1721</sup> Anonymus, *The fitness of repealing the Septennial Act, at this juncture consider'd, in a letter from an elector to a Member of Parliament, With some reflections on the present state of the nation, To which are added, two remarkable speeches on that subject, delivered in the House of C-Ns, and a list of those who voted for and against the repeal in the Year 1734*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T087208, London, 1740; Anonymus, *A vindication of the conduct of a certain eminent patriot, viz. I. On his refusing to accept of any place of profit, II. On his refusing to be one of the secret committee, III. On his voting against the repeal of the Septennial Act at this Critical Conjunction, In a letter from a Member to his friend in the country*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T178269, Dublin, 1742; Anonymus, *The independant Briton, or, free thoughts on the expediency of gratifying the people's expectations, as to securing the liberty of the press, restoring the freedom of the stage, preventing Bribery in Elections, excluding Place-Men from Seats in the House of Commons, repealing the Septennial Act, &c. Dedicated to the Commons of Great-Britain*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T130609, London, 1742; Anonymus, *Letter to a great man in France, in which are briefly considered, the following popular points: viz. The conduct of Mr. P - - - y, The Right of Instructing Members, The Importance and Necessity of procuring Justice to be inflicted upon Publick Criminals, Of Repealing the Septennial Act, And, Of Limiting the Number of Placemen*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T067611, London, 1743; Anonymus, *A Proposal for redressing the grievances of the nation, Under the following heads, viz. The national debt, taxes, excise laws, penal laws, army, navy, riot act, septennial act, placemen, corruption, &c. &c. In a method of reasoning entirely new, Humbly submitted to the consideration of the publick*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T179175, London, 1745; Anonymus, *Miscellaneous thoughts, moral and political, Upon the vices and follies of the present age, The septennial, triennial, pension, and place bills, The act of settlement, the qualifying act, and the coalition of parties, or What is now called the broad-bottom, By a country gentleman*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC N006011, London, 1745

<sup>1722</sup> Anonymus, *The question about septennial, Or, frequent new Parliaments, Impartially Examined, In Two letters to Charles Lucas, Esq, M. D. To which are added, instructions From a Constituent, to a Representative*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T060504, Dublin, 1761; Anonymus, *The speech of a young Member of Parliament, on the debate of the Septennial Bill*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T010154, Dublin, 1761; Anonymus, *A Slight review of the transactions of the late long Parliament, With some observations on the rise and progress of the septennial bill*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T160129, London, 1762; Anonymus, *Septennial parliaments vindicated, or, Freedom against oligarchy*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC N022022, Dublin, 1762; Anonymus, *To The Right Honourable the House of Lords, I address myself to ye alone, who will consider impartially the effects of a septennial act, and support, with spirit, whatever side ye shall approve of*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T221164, Dublin, 1762; Anonymus, *Tristram Shandy's description of general elections, and Septennial Parliaments, Proper to be read by every one in Ireland at this Juncture*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T186313, Dublin, 1762

<sup>1723</sup> MACAULAY, Alexander, *Septennial parliaments vindicated, Humbly addressed to His Excellency the Earl of Hertford, By Alexander Mc. Aulay, Esq, One of his Majesty's Counsel at Law, for the Kingdom of Ireland*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T106620, Dublin, 1766; Anonymus, *A history and defence of Magna Charta, Containing a copy of the original charter at large, with an English translation, The Manner of its being obtained from King John, With its Preservation and Final Establishment in the Succeeding Reigns, with an introductory discourse, Containing a short Account of the Rise and Progress of*

#### 4. Zusammenfassung

„*The Rage of Party*“ als Auseinandersetzung zwischen Whigs und Tories bzw. zwischen Anhängern der Regierung („*Court*“) und ihren Gegnern („*Country*“) setzte sich nach dem Thronwechsel während Königin Annas Herrschaft fort. Die Königin bevorzugte die Anglikanische Staatskirche und neigte zur „*High Church*“-Politik der Tories. Die durch den „*Triennial Act*“ bedingten **fünf Parlamentswahlkämpfe** von Königin Annas Herrschaft (1702, 1705, 1708, 1710 und 1713) waren von den Auseinandersetzungen dieser Lager bestimmt. Annas Parlamente (1702-05, 1705-08, 1708-10, 1710-13 und 1713/14) dauerten nicht länger als drei Jahre und entsprachen den Anforderungen des „*Triennial Act*“. Das dritte Parlament war wegen des Wechsel zur Harley-Administration kürzer. Das letzte Parlament verkürzte sich durch den Tod der Königin (1. August 1714), wurde aber in Übereinstimmung mit dem „*Regency Act*“ zunächst vertagt (25. August 1714) und erst später nach Sicherung der protestantischen Thronfolge der Hannoveraner aufgelöst (05. Januar 1715). Das erste Parlament König Georgs I. (1715-22) verlängerte sich selbst von drei auf sieben Jahre durch Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716)<sup>1728</sup>.

**Annas Herrschaft unterteilt sich in zwei Administrationen:** Die Marlborough-Godolphin (1702-10) und die Robert Harley-Administration (1710-14). Die erste Administration führte den Spanischen Erbfolgekrieg gegen Ludwig XIV., während die zweite Regierung bestrebt war, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, was ihr mit dem Frieden von Utrecht (1713) auch gelang.

---

National Freedom, From the Invasion of Caesar to the present Times, Also the Liberties which are confirmed by the Bill of Rights, &c. To which is added, An essay on Parliaments, Describing their Origin In England, And the extraordinary Means by which they have been lengthened from half Yearly to Septennial ones, Eighteenth Century Collections Online: (ECCO) ESTC T130225, London, 1769 (eine 2. Auflage erschien 1772 mit Samuel Johnson als Autor, vgl. ECCO ESTC T116326)

<sup>1724</sup> Anonymus, Septennial Parliaments justified, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T102473, London, 1776

<sup>1725</sup> Anonymus, A letter on Parliamentary representation, in which the propriety of triennial and septennial Parliaments is considered, Inscribed to John Sinclair, Esq. M.P., Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T147360, London, 1783; WILLIAMS, John, A constitutional guide to the people of England, at present unrepresented, With a letter to the Right Honourable Mr. W. Pitt, on the necessity of his moving for the repeal of the Septennial Bill, previously to his proceeding on the great question of a reform in parliament, And with a direction to each Parish or town, to take the sense of the inhabitants, in the concisest manner, in regard to a reform of parliament, and its duration, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC, London, 1783

<sup>1726</sup> GREEN, James, An attempt to explain the principles of the British constitution, to trace the causes which combined to bring about the Triennial and Septennial acts, to enumerate some of the pernicious effects produced by the latter, and to shew the indispensable necessity of a repeal of that act, and an equal representation of the people in Parliament, in order to preserve the balance of the three branches of the legislature, so essential to the constitution, By James Green, Lieutenant in his Majesty's Marine Forces, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T063563, Newcastle, 1790

<sup>1727</sup> STEWART, Alexander, An address to Britons, on the Present Critical Situation of Affairs wherein the three leading grievances of septennial parliaments, partial representation, and sinecure placemen, are clearly argued and confuted, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T190125, Glasgow, 1795

<sup>1728</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

Eine Errungenschaft mit Langzeitwirkung war die staatsrechtliche Union zwischen England und Schottland mit dem „*Act of Union*“ (1707). Das „*Parliamentary Management*“ der Krone lag während Annas Herrschaft fast ausschließlich in **Robert Harleys Händen** (1702-08 und 1710-14), dem es gelang, Regierungsmehrheiten mit moderaten Kräften beider politischer Lager zu schmieden. Harleys Parlamentsmanagement beruhte auf der von ihm neu belebten „*Country*“-Partei der 1690er Jahre. Er war es, der als Sprecher (1702-05) und Mehrheitsführer des Unterhauses und als Staatssekretär (1704-08) für den „*Lord Treasurer*“ Sidney Godolphin, First Earl of Godolphin (1645-1712), die erforderlichen Mehrheiten im Parlament organisierte, während John Churchill, Duke of Marlborough (1650-1722), als „*Captain-General*“ und Chefdiplomat den Krieg führte. Bis zum Bruch zwischen Godolphin und Harley (1708) darf zu Recht von einem Triumvirat der drei Männer gesprochen werden. Mit Harleys Ausscheiden kam eine Whig-Junto unter Godolphin und Marlborough zustande, gegen die sich die Königin in ihrer konservativen Gesinnung sträubte. Ein Regieren mit Rücktrittsdrohungen, ein zunehmend zerrüttetes Verhältnis zwischen der Königin und den Marlboroughs und die Kriegsmüdigkeit der Briten führten zum Ende der Administration (1710). Harley hatte dagegen das Vertrauen der Königin und wollte den Krieg beenden. Nach Godolphins Entlassung als „*Lord Treasurer*“ und Harleys Ernennung zum „*Chancellor of the Exchequer*“ (08.08.1710) wurde Annas drittes Parlament vor Ablauf der inzwischen üblichen dreijährigen Dauer aufgelöst (21.09.1710). Harley beließ Marlborough in seinen militärischen Funktionen und schuf eine Regierung aus moderaten Kräften beider Parteien, womit er sich die Gegnerschaft vieler Tories zuzog, die in den nächsten zwei Parlamentswahlen (1710 und 1713) spektakuläre Gewinne erzielen konnten. Dadurch fiel es Harley zunehmend schwerer, ihren Wünschen nicht zu entsprechen, so daß er in eine immer größere Abhängigkeit von radikalen Tories geriet. Der von Harley betriebene Frieden von Utrecht (1713) sollte sich später als schwere Hypothek für ihn und die Tories herausstellen, hatte England doch durch den Friedensschluß wichtige Alliierte verraten, insbesondere den nächsten König aus dem Hause Hannover. Der jahrelange Ausschluß der Tories von der Regierung und die absoluten Dominanz der Whigs unter Georg I. ist im Kern darauf zurückzuführen. Die Tories wurden zusätzlich geschwächt durch den Kampf zwischen Harley und Henry St John, Viscount **Bolingbroke** (1678-1751), um die Vorherrschaft in Partei und Staat. Im Machtpoker mit Harley gelang es Bolingbroke zwar Harleys Entlassung zu erreichen (27. Juli 1714), er unterlag dabei aber dem Whig Charles Talbot, Duke of **Shrewsbury** (1660-1718), den die schwer kranke Königin auf Wunsch des „*Privy Council*“ zum „*Lord Treasurer*“ ernannte (30. Juli 1714). Shrewsburys überragende Stellung als „*Lord Treasurer*“, „*Lord Chamberlain*“, „*Lord Lieutenant of Ireland*“ und Vorsitzender des „*Privy Council*“ ließ ihn nach dem Tod der Königin (1. August 1714) auch die Führung im „*Regency*“

*Council*“ übernehmen, der nach den Bestimmungen des „*Regency Act*“ die protestantische Thronfolge sichern sollte.

**Die erste Whig-Administration Georgs I.** führte zu einer langjährigen Dominanz der Whigs. Der neue König verschmähte alle Tories, die auch nur im Entferntesten mit dem Frieden von Utrecht zu tun hatten. Harley und Bolingbroke wurden wegen Hochverrats angeklagt, Harley inhaftiert und Bolingbroke entzog sich einer Bestrafung durch Flucht nach Frankreich. Die einzige Hoffnung der Tories auf eine Wiederherstellung ihrer Position bestand in der nächsten Parlamentswahl von 1718. Die Whigs verhinderten diese Wahl aber durch die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716), der das bestehende Parlament von drei auf sieben Jahre verlängerte. Die Tories sollten keine Chance haben, sich schnell zu regenerieren und über die nächste reguläre Wahl in drei Jahren an die Macht zurückzukehren. **Der Jakobitenaufstand in Schottland (Juni 1715)** während der ersten Parlamentssitzung wurde gegen die Tories instrumentalisiert, führte zum „*Riot Act*“ (20. Juli 1715), zur Aussetzung der „*Habeas Corpus*“-Regel und zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“. Der bewaffnete Aufstand der Jakobiten war dabei keine ernsthafte Bedrohung. In England standen nie mehr als 1.500 Männer unter Waffen und in Schottland maximal 10.000. Während des Rezess zwischen der ersten und zweiten Sitzung gelang es Stanhope („*Secretary of state for the south*“) zusammen mit Sunderland („*Lord Lieutenant of Ireland*“) die Leitung der Regierung für die nächsten drei Jahre zu übernehmen. Townshend und Walpole wurden entlassen (Juli 1717), sammelten jedoch die desavouierten Whigs um sich und nutzten den Konflikt zwischen Georg I. und seinem Sohn zur Etablierung einer politischen Opposition innerhalb der Whigs („*Whig-schism*“). Es sollte jedoch noch lange dauern bis Townshend und Walpole an die Regierungsspitze zurückkehrten (April 1720).

**Die Parlamentsdebatte zum „*Septennial Act*“** begann mit Einbringung der Gesetzesvorlage im Oberhaus (10. April 1716) und endete mit der Zustimmung des Unterhauses und des Königs (7. Mai 1716). Die kurze Beratungszeit spiegelt dabei die überragende Mehrheit der Whigs wider. Eingbracht wurde der „*Septennial Act*“ nach der siegreichen Parlamentswahl (März 1715), der Niederschlagung des Jakobitenaufstandes in England und Schottland, der Abrechnung mit deren Anführern, den Impeachments gegen Robert Harley und andere führende Tories, der Verabschiedung des „*Riot Act*“ und der Außerkraftsetzung von „*Habeas Corpus*“ (Juli 1715). Die Whigs nutzten ihre starke Position nach der siegreichen Parlamentswahl und der eindeutigen Favorisierung durch den neuen König dazu aus, ihrer Herrschaft Dauer zu geben. Sie argumentierten damit, daß reguläre Wahlen im Jahr 1718 mit der Gefährdungslage der Nation durch die Jakobiten nicht zu vereinbaren seien. Im Übrigen seien häufige Wahlen zu kostspielig, förderten



die Korruption, Parteilichkeit und Streit. Die Einwände der Tories, daß das Gesetz die Wähler um ihre Rechte bringe und gegen das **Repräsentationsprinzip** verstoße, blieben ungehört. Dabei verlängerte der „*Septennial Act*“ (1716) nicht nur die Dauer zukünftiger Parlamente, sondern bereits die Dauer des bestehenden Parlaments von drei auf sieben Jahre (1715-22). Die Selbstermächtigung der Abgeordneten des fünften Parlaments Großbritanniens in der ersten Sitzung (17.03.1715 bis 26.06.1716) steht im Widerspruch zum Repräsentationsprinzip. Dies wurde in den Debatten im Parlament und außerhalb in Druckschriften kritisiert. Zeitgenossen wie Francis Atterbury in seiner Schrift „*English Advice to the Freeholders of England*“ (1714) hatten vorhergesagt, daß die Whigs den „*Triennial Act*“ außer Kraft setzen würden. Andere wie Abel Boyer in seinem Werk „*The Political State of Great Britain*“ (1715) hielten die Prognose für abwegig. Boyer hielt es schlichtweg für undenkbar, daß die Whigs die Schutzwälle einreißen sollten, die sie einst selbst errichtet hatten. Der Historiker W. A. Speck sah in der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ den Wandel der Whigs von Shaftesburys Demagogie zu Walpoles Oligarchie. Eine zugegebenermaßen negative Beurteilung der Leistungen Shaftesburys, Walpoles und der Whigs.

**Die Gesetzesinitiative zur „Septennial Bill“ im Oberhaus (10. April 1716)** ging direkt von der Regierung aus. Der Herzog von Devonshire war damals „*Lord Steward of His Majesty's Household*“. Er brachte das Gesetz im Oberhaus ein und begründete die Gesetzesinitiative. Dreijährige Parlamente würden den Parteienstreit fördern, ruinöse Kosten verursachen und ausländischen Fürsten Einflußmöglichkeiten bieten. Devonshire sprach ganz offen aus, daß die verlängerte Parlamentsdauer verhindern sollte, daß die Geisteshaltung, die zum unterdrückten Jakobitenaufstand von 1715 geführt hatte, sich bei der anstehenden Wahl von 1718 wieder erheben könnte. **Die Hauptdebatte im Oberhaus fand anläßlich der zweiten Lesung statt (14. April 1716)**. Dagegen brachten 23 Lords einen unterschriebenen **Protest** ein, darunter so bedeutende Tories wie Nottingham. In dem Protest nannten sie Gründe ihrer Ablehnung der „*Septennial Bill*“: Regelmäßige Parlamente seien seit langem Bestandteil der Verfassung. Das Unterhaus müsse vom Volk gewählt werden, weil die Unterhausabgeordneten nur dann **Repräsentanten** seien, wenn sie regelmäßig gewählt werden. Die Korruption werde durch die „*Septennial Bill*“ nicht gemindert, sondern gefördert, weil ein Parlamentssitz umso teurer gehandelt werde, wenn er von längerer Dauer sei. Bei einer Verabschiedung des Gesetzes sei zu befürchten, daß es später zur erneuten Verlängerung komme. Für den **Earl of Abingdon** war die „*Septennial Bill*“ ein Vertrauensbruch der gewählten Abgeordneten gegenüber ihren Wählern, die sie repräsentieren. **Lord Trevor** hielt den „*Triennial Act*“ für einen wesentlichen Bestandteil der „*ancient constitution*“, die regelmäßige und sogar jährliche Parlamente vorsah. Lange Parlamente seien stets schädlich gewesen. Die Abgeordneten wären nicht mehr Repräsentanten des Volkes, wenn sich dieses Unterhaus selbst

verlängern würde. Der **Earl of Dorset** lehnte den „*Triennial Act*“ ab, weil er Korruption und „*triennial governments*“ verursacht habe. **Lord Carteret** konzedierte zwar, daß regelmäßige Parlamente zur Sicherung der Rechte des Volkes und der Freiheiten geeignet seien, sprach sich aber für die „*Septennial Bill*“ aus, weil diese zwar gegen regelmäßige Wahlen, nicht aber gegen regelmäßige Sitzungen sei. In dieser Argumentation zeigt sich die Ablehnung des Repräsentationsprinzips, da Repräsentation mit den immer selben Abgeordneten unmöglich war. Für den **Duke of Buckingham** war die Rebellion kein ausreichender Grund zum Widerruf des „*Triennial Act*“. Der **Earl of Cholmondeley** sah im langen Parlament Karls II. ein Argument für die „*Septennial Bill*“, weil das Pensionärsparlament gezeigt habe, daß es für den Krieg gegen Frankreich und für die Aufklärung des „*Popish Plot*“ gewesen sei. Er ging so weit, zu sagen, daß es kein besseres Mittel gegen Korruption gebe als die Unterdrückung regelmäßiger Parlamente. **Lord Ferrers** lobte dagegen die Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ mit ihren verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung, die sich gegenseitig kontrollierten und Mißbrauch verhinderten („*different branches of the legislature are a check to one another*“). Der **Duke of Newcastle** forderte die „*Septennial Bill*“ wegen der angeblichen Gefährlichkeit der papistischen Partei. Der **Earl of Aylesford** konstatierte zwar das Bestehen von Korruption infolge des „*Triennial Act*“, sprach sich aber dennoch dafür und gegen den „*Septennial Act*“ aus, weil der „*Triennial Act*“ durch die mögliche Abwahl korrupter Abgeordneter selbst das Heilmittel gegen den Mißbrauch liefere. Der **Earl of Ilay** kritisierte die Repräsentation. Regelmäßige Wahlen seien ruinös, verursachen Korruption und Untugend. Früher seien Gentlemen wahlberechtigt gewesen, heute aber der Bodensatz der Gesellschaft. Regelmäßige Parlamente machen Regierungen von den Launen der Masse abhängig und sehr prekär. Während des langen Kavalierparlaments sei die Verfassung stabil gewesen. Der **Earl of Nottingham** sprach sich für regelmäßige Parlamente aus. Sie seien oberstes Verfassungsgebot. Die „*Septennial Bill*“ werde Korruption nicht verhindern, sondern befördern. Denn je länger eine Sitzungsperiode sei, desto mehr werde ein Sitz kosten. Es bestehe die Gefahr, daß das Parlament, sich ewig verlängern werde. Das Gesetz vergrößere die Prärogative. Am Ende der dritten Lesung im Oberhaus (17. April 1717) erhielt die „*Septennial Bill*“ eine Mehrheit von 69 zu 36 Stimmen, wobei 24 Lords ihren Protest artikulierten. Die Gesetzesvorlage ging danach an das Unterhaus zur Beratung und Zustimmung (19. April 1716). **Die Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)** fand während der zweiten Lesung der Gesetzesvorlage statt. **Sechs Petitionen** von vier „*Boroughs*“, einer „*Town*“ und einer „*Corporation*“ wurden gegen die „*Septennial Bill*“ eingebracht. Die Petitionen sprachen sich für die Beibehaltung des „*Triennial Act*“ aus, weil regelmäßige und kurze Parlamente zur Sicherung der Freiheit notwendig seien und lange Parlamente die **Repräsentation** gefährden. Die anschließende Debatte zur „*Septennial Bill*“ dauerte

von 14-23 Uhr. Es äußerten sich 19 Redner dafür und 20 dagegen. **Mr. Lyddal** versprach sich vom „*Septennial Act*“ ein Ende der Parteienzwietracht und die Chance zur Auslöschung des Jakobitismus. **Mr. Shippen** wandte sich gegen die Instrumentalisierung des gescheiterten Jakobitenaufstandes für die Verabschiedung des „*Septennial Act*“. Längere Parlamente würden Aufstände nicht verhindern. Die Gesetzgebungskompetenz komme von den Wählern, weshalb die Gesetzgebung ein von den Wählern abgeleitetes Recht sei. Die Abgeordneten seien für drei Jahre gewählte Treuhänder. Ihr Mandat sei ein temporär gewährter „*triennial trust*“. Mit der Verlängerung der Parlamentsdauer höre man auf Treuhänder des Volkes zu sein, maße sich Macht an und errichte eine neue Verfassung. Das Konzept einer obersten, nicht gebundenen Autorität habe ihre Grenze darin, daß sie nicht ihr eigenes Fundament abschaffen könne. In Shippens Redebeitrag kommen mehrere politische Ideen zusammen: Volkssouveränität, Repräsentationsprinzip, Treuhandschaft der Abgeordneten gegenüber den Wählern und die Ablehnung unbeschränkter Parlamentsouveränität. Die Omnipotenz des Reformationsparlaments und Heinrichs VIII. kritisierte er scharf. **Mr. Hampden** setzte sich für die „*Septennial Bill*“ ein und argumentierte, daß es zwar eine gesetzliche Grundlage für regelmäßige Parlamente, nicht aber für regelmäßige Wahlen gebe. Für die „*Septennial Bill*“ spreche, daß die Leute nicht so häufig von Wahlen abgelenkt würden und Aufrührern, die Möglichkeit zur Betätigung genommen werde. **Sir Richard Steele** war für die „*Septennial Bill*“ und verneinte, daß es die Praxis jährlicher Parlamente überhaupt gegeben habe. Er stimmte der Aussage des Earl of Sunderland zu, daß der „*Triennial Act*“ nichts anderes erzeuge als „*a triennial king, a triennial ministry, a triennial alliance*“. **Mr. Snell** bezog sich bei seiner Ablehnung der „*Septennial Bill*“ auf die Repräsentation und auf **John Locke**, der während der Debatte zum „*Triennial Act*“ (1694) noch nicht zitiert worden war. Die „*Septennial Bill*“ sei nicht vom Vertrauen der Wähler gedeckt, entspreche also nicht dem Treuhandgedanken. Zur Untermauerung seiner Ansicht zitierte er aus John Lockes „*Second Treatise of Government*“ (Abschnitt 141, Kapitel 11 „*Of the extent of the Legislative Power*“). Locke verfocht die Volkssouveränität und leitete die Gesetzgebungsmacht vom Volk ab. Die Beauftragung der Gesetzgebungskörperschaft durch die Wähler erstreckte sich nicht auf das Recht, den Gesetzgeber zu ändern, sondern nur darauf, Gesetze zu machen. Habe das Volk der gesetzgebenden Versammlung eine feste Dauer gesetzt, wodurch die oberste Gewalt nur temporäre Gültigkeit habe, dann falle das Recht der Gesetzgebung mit Ablauf der vorgeschriebenen Zeit an das Volk zurück (Schlußsatz des letzten Abschnitts 243, des letzten Kapitels 19 „*Of the Dissolution of Government*“ von Lockes „*Second Treatise*“). Das Volk habe ein unbestreitbares Recht, seine Repräsentanten zu bestimmen. Mit Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Parlamentsdauer müssen die Repräsentanten neu gewählt werden. **Mr. Bromley** sah in der „*Septennial Bill*“ eine Gefährdung

der Repräsentation. Sie nehme dem Volk das Recht, ihre Repräsentanten zu bestimmen und ihren Anteil an der Gesetzgebung auszuüben. Bromley betonte die zwingende Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Teile der Mischverfassung. Die Verfassung bestehe aus König, Lords und Commons. Diese Teile bilden erst dann ein gemeinsames Ganzes, wenn sie zusammenwirken, insbesondere bei der Gesetzgebung. König und Lords repräsentieren sich selbst, während das Volk dazu ihrer gewählten Repräsentanten bedürfe. Freie Wahlen seien entscheidend. Er kritisierte die Einflußnahme der Lords und der Krone auf das Unterhaus durch Ernennung von Abgeordneten zu Amtsträgern. Notwendig seien freie und regelmäßige Wahlen, damit die Wähler die Wahl ihrer Repräsentanten bei Nichtgefallen wieder korrigieren können. Den Verlust regelmäßiger Parlamente seit Heinrich VIII, insbesondere unter Karl I. und Karl II., den Widerruf des ersten „*Triennial Act*“ (1664) und das Kavalierparlament kritisierte er scharf. Bromley appellierte an die zur Repräsentation gewählten Abgeordneten, das vom Wähler gegebene Vertrauen nicht zu mißbrauchen, indem man den Wählern ihr Recht zur Wahl ihrer Repräsentanten nehme. Die „*Septennial Bill*“ sei falsch, weil Freiheitsrechte nicht aufgegeben werden dürfen. **Sir Robert Raymond** sah im „*Septennial Act*“ kein Heilmittel gegen teure Wahlkämpfe. Er befürchtete, daß siebenjährige Parlamente nur noch teurer würden. Mit dem „*Septennial Act*“ habe man alle Nachteile langer Parlamente und keinen der Vorteile kurzer Parlamente. „*Standing Parliaments*“ und „*Standing Army*“ seien dasselbe Übel. **Mr. Archibald Hutcheson** hielt die längste Rede gegen die „*Septennial Bill*“. Sein Redebeitrag erschien danach im Druck. Er argumentierte, daß sich die Abgeordneten mit der Annahme der „*Septennial Bill*“ eines Vertrauensbruchs ihren Wählern gegenüber schuldig machen würden und die Verfassung untergraben. Mit den regelmäßigen Parlamenten verliere man die Möglichkeit, Beschwerden zu adressieren. Ein einzig dem Fürsten zu Diensten stehendes Parlament werde zum Unterdrückungsinstrument. Die Mittel dazu seien Pensionen, Anstellungen und Bestechungen der Gewählten und der Wähler. Besonders problematisch seien die „*Prorogations and Adjournements*“. Hutcheson hoffte darauf, daß Georg I. die „*ancient constitution*“ wiederherstellen werde, indem jährliche Parlamente wieder abgehalten werden. Dadurch würden die Nachteile der „*triennial elections*“ am besten beseitigt und die Regierung würde in engster Verbindung mit dem Volk stehen. Eine Verlängerung der Parlamentsdauer durch die auf drei Jahre gewählten Abgeordneten sei Betrug am Wähler. Er wollte wissen, wo dereinst die Selbstverlängerung des Parlaments enden werde. Es stehe dem Gesetzgeber gar nicht zu, Gesetze zu beschließen, die der Vernunft und der Verfassung widersprechen. Eine unbeschränkte Macht des Parlaments bestritt er damit, daß die vom Volk ihren Repräsentanten gewährte Macht nicht absolut unumschränkt sei, weshalb auch das Parlament nicht omnipotent sein könne. Das Argument der geringen Leistungsfähigkeit dreijähriger Parlamente bestritt er unter

Verweis auf die Finanzierung des letzten Krieges. Kaum leistungsfähig sei vielmehr das lange Kavalierparlament gewesen. Von der in der Präambel der „*Septennial Bill*“ heraufbeschworenen Gefahr einer jakobitischen Usurpation im Falle der alsbaldigen regulären Neuwahl nach Vorschrift des „*Triennial Act*“ hielt er gar nichts. Es seien nur Vermutungen ohne Beweise, die der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ dienten. **Die dritte Lesung der „*Septennial Bill*“** fand zwei Tage nach der Hauptdebatte statt (26. April 1716), dauerte zwei Stunden und nahm die Bill mit 264 gegen 121 Stimmen an. Die **Verabschiedung als „*Septennial Act*“** erfolgte zwei Wochen später (7. Mai 1716) mit königlicher Zustimmung. **Die Regelung des „*Septennial Act*“** war denkbar kurz. Das Gesetz bezog sich in einer Präambel auf den Regelungsgehalt des zweiten „*Triennial Act*“ (1694) und behauptete, daß dieser größere Wahlkampfkosten verursacht und die Gemüter andauernd erhitzt habe. Der „*Triennial Act*“ sei destruktiv für den Frieden und die Sicherheit, weil die Papisten bei Fortbestand des Gesetzes einen erneuten Aufstand und eine Invasion wagen würden. Die eigentliche Regelung sah vor, daß das gegenwärtige und alle nachfolgenden Parlamente maximal sieben Jahre dauern sollten. Das Recht des Monarchen zur Auflösung des Parlaments vor Ablauf der sieben Jahre wurde ausdrücklich bestätigt.

**Außerhalb des Parlaments setzte sich die Debatte über die „*Septennial Bill*“ in Druckschriften fort.** Zahlreiche Pamphlete beschäftigten sich mit dem Widerruf des „*Triennial Act*“ und der Verlängerung der Parlamentsdauer. Parlamentsreden wurden unerlaubterweise öffentlich gemacht und publiziert. Druckschriften dieser Art sind in der Regel die einzige zur Verfügung stehende Quelle, da die Veröffentlichung des im Parlament gesprochenen Wortes verboten war. **Der anonyme Druck „*Severall Speeches against the Bill for Repealing The Triennial Act*“ (1716)** enthält drei sich gegen die „*Septennial Bill*“ richtende Unterhausreden der Abgeordneten Sir Robert Raymond, Mr. Snell und Mr. Shippen aus der Hauptdebatte im Unterhaus am 24. April 1716. **Die Druckschrift „*Sir Richard Steel's speech for repealing of the Triennial Act*“ (1716)** verbreitete weitere drei während der Hauptdebatte im Unterhaus am 24. April 1716 gehaltene Reden von Sir Richard Steel, Mr. Hampden und Mr. Lyddal. Die vierte Rede dieses Drucks stammt von Mr. Tuffnell. Diese ist eine summarisch-zusammenfassende Rede vom 26. April 1716 und findet sich gleichfalls in Cobbett und Chandler. **Die zehnsseitige Schrift „*An Humble petition from the October-Club*“ (1716)** gibt im Titel vor, von dem 1710 ins Leben gerufenen Club der „*High-Tories*“ zu stammen. Es handelt sich bei diesem Pamphlet jedoch nicht um eine Druckschrift zur Darstellung der Ansichten des Clubs, sondern um eine Spottschrift ihrer Gegner, um die Tories lächerlich zu machen. **Die anonyme vierzehnsseitige Schrift „*The British Seaman's Letter [...] with some observations on the suspending of the Triennial Act*“ (1716)** beklagte den Jakobitenaufstand und diffamierte die Tories als Papisten. Nach schier endlosen Hasstiraden auf die

Rebellen und alle ihre Unterstützer spricht der Verfasser zuletzt auch über den „*Triennial Act*“. Die Gegner des „*Septennial Act*“ seien Anhänger des katholischen Thronanwärters („*The Pretender*“). Es handelt sich um eine Schmähschrift par excellence, die auf uninformierte und ungebildete Leser nicht ohne die erhoffte Wirkung gewesen sein dürfte. **Die zwanzigseitige anonyme Schrift „*The Alteration in the Triennial Act considered*“ (1716)** behauptete, daß die über zwanzigjährige Anwendung des „*Triennial Act*“ die Unzulänglichkeiten des Gesetzes offenbart habe, die vom Gesetzgeber nicht erkannt worden waren. Die „*Septennial Bill*“ habe den doppelten Vorteil, daß es den Fürsten daran hindere das Parlament in ungebührlicher Weise zu verlängern, wie beispielsweise Karl II., und ihn gleichzeitig zur regelmäßigen Einberufung und Versammlung der Parlamente zwingt. Die verlängerte Parlamentsdauer steigere die Autorität und den Einfluß des Unterhauses gegenüber der Krone und dem Oberhaus, weil dadurch die häufige Einflußnahme der Krone auf die Parlamentswahl eingeschränkt werde. Die „*Septennial Bill*“ verändere nicht die Regelmäßigkeit von Parlamenten, sondern einzig und allein die Regelmäßigkeit der Wahlen. Dabei machte es doch sehr wohl einen Unterschied, mit welcher Zusammensetzung und wie lange ein Parlament tagte. Im zweiten Teil des Druckes nennt der Verfasser sechs vom „*Triennial Act*“ verursachte Probleme, die der „*Septennial Act*“ beseitigen würde. Die angebliche Gefährlichkeit der Lage durch den Jakobitenaufstand dient dem Schüren von Ängsten und dem Herbeireden der Gesetzesänderung des „*Septennial Act*“. Die anstehende Wahl von 1718 sollte unbedingt verhindert werden. Die Parlamentswahlen verursachen Aufregung und seien der Nährboden für Aufstände. Die Intervalle zwischen den Wahlen seien so kurz, daß die ganze Periode einem ewigen Bürgerkrieg gleiche. Der „*Triennial Act*“ bringe auch Unruhe in die Regierung und führe zu Parteinahme. Angesichts des Jakobitenaufstandes könne man sich keine geschwächte Regierung leisten. Die regelmäßigen Wahlen nach dem „*Triennial Act*“ haben eine fatale Wirkung auf die Religion und Moral der Menschen. In diesen Zeiten der Unruhe und Aufstände sei dies besonders gefährlich. Der „*Triennial Act*“ verursache untragbare Ausgaben für die Kandidaten, was die Einflußnahme der Jakobiten auf die Wahlen begünstige. Die Aufklärung des Aufstandes, die Prozesse und die Verurteilung der Verschwörer benötigen Zeit, weshalb das Parlament nicht inmitten dieser Untersuchungen beendet werden dürfe. Der „*Triennial Act*“ verursache häufig wechselnde Regierungen. Das widerspreche den Bedürfnissen des Landes nach Sicherheit und Wohlstand. Auf die Repräsentationsproblematik durch die übermäßig lange Parlamentsdauer von sieben Jahren und die Selbstverlängerung des Parlaments ging der Verfasser nicht ein. **Die dreissigseitige anonyme Schrift „*A Letter to a Country Gentleman*“ (1716)** propagiert die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ und erklärt die Beweggründe der Whigs zur Änderung des „*Triennial Act*“. Die „*Triennial Elections*“ führen zu Korruption, Geldgier, Sittenverfall, Hass, Arglist und Feindseligkeit. Die kurze Parlamentsdauer

verpflichte die Abgeordneten der Krone, weil sie ihre Unterstützung in den Wahlen benötigen. Bei längerer Parlamentsdauer bestehe diese Gefahr nicht. Das Recht der Wähler auf **Repräsentation** wird hier für den „*Septennial Act*“ angeführt und nicht für den „*Triennial Act*“ wie von der Opposition. Erst eine lange Parlamentsdauer lasse die Abgeordneten über das Wohl des Landes nachdenken, wie sie die Prerogative der Krone, die Macht der Minister und das Parlamentsmanagement einschränken können. Das Kavalierparlament sei kein Pensionärsparlament gewesen, das für Korruption und Parlamentsmanagement der Krone stehe, sondern ein patriotisches Parlament. Deshalb brauche man auch keine Angst vor einer langen Parlamentsdauer haben. Je länger ein Parlament sei, desto beharrlicher würden die Abgeordneten die Freiheit verteidigen. Auf drei Jahre gewählte Abgeordnete würden stattdessen alles tun, um ihre Wahlkampfausgaben wieder reinzuholen. Die Jakobiten verteidigten den „*Triennial Act*“. Sie bestritten das Recht des dreijährigen Parlaments, sich selbst zu verlängern. Dieses Parlament habe aber dasselbe Recht zur Verabschiedung, zum Widerruf und zur Änderung der Gesetze. Parlamente dürfen jährlich, drei-, sechs- oder siebenjährig gemacht werden. Die Tories seien Unterstützer der Jakobiten und wollten die erlittene Niederlage auf dem Schlachtfeld in einen Sieg bei der nächsten Parlamentswahl umwandeln. Die Tories seien mit den Katholiken verbündet und tun alles, um ein Parlament nach dem Geschmack des jakobitischen Thronanwärters zu erhalten. Der „*Septennial Act*“ sei notwendig, weil man sich durch Tories und Jakobiten in einer Notstandsfrage befinde und außerordentliche Fälle außerordentliche Maßnahmen erfordern („*And a Nation that in extraordinary Cases, does not apply extraordinary Remedies, is in a fair way of being ruined. [...]*“). **Daniel Defoes sechsstufiger Druck** „*Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament*“ (1716) wirft die Frage auf, ob die Gesetzesänderung verfassungsgemäß und ob sie zweckmäßig sei. Die Verfassungsmäßigkeit wird mit der Souveränität des „*King-in-Parliament*“ begründet. König, Lords und Commons haben gemeinsam die „*Supreme Legislature*“ und dreijährige Parlamente seien kein Fundamentalgesetz der Verfassung. König, Lords und Commons haben vielmehr das Recht, die Parlamentsdauer zu regeln. Die Wähler haben nur das Recht, die geeigneten Personen durch Wahl ins Parlament zu entsenden, nicht aber das Recht, zu bestimmen, wie lange sie tagen. Bisher wurde immer damit argumentiert, daß die Verlängerung der Parlamentsdauer, das Recht der Wähler auf Repräsentation beschädige, weil die Gewählten irgendwann nicht mehr ihre Vertreter seien und anders verhalten als ursprünglich vom Wähler beabsichtigt gewesen sei. Am „*Triennial Act*“ wird kritisiert, daß das Gesetz zu Aufständen, Korruption und Moralverfall geführt habe. Eine Verlängerung der Parlamentsdauer verspreche eine erhebliche Reduzierung der Korruption. Das Parlament müsse verlängert werden, weil die Geisteshaltung des Jakobitenaufstandes noch lebendig sei. Die Behauptung, daß der „*Triennial Act*“ widerrufen werden solle, sei falsch. Mit dem

„*Triennial Act*“ sei bezweckt gewesen, daß kein König ohne Parlament herrsche. Dabei bleibe es auch. Man ändere nur die Parlamentsdauer, weil die häufigen Wahlen zahlreiche Probleme gemacht haben. Falsch sei auch die Behauptung, daß die Minister lange Parlamente wünschten. Die Erfahrung habe gezeigt, daß Parlamente sich auf Dauer von der Krone abgewandt haben. Die Gegner des „*Septennial Act*“ wollten keine Ordnung und Ruhe, um von der anstehenden Wahl zu profitieren. **Daniel Defoes vierzigseitiger Druck „*Some considerations on a law for triennial parliaments*“ (1716)** propagiert das Recht zur Aussetzung („*suspension*“) des „*Triennial Act*“. Es gebe Zeiten der absoluten Notwendigkeit dazu. Der „*Triennial Act*“ spalte das Volk in Parteien und zum gegenwärtigen Zeitpunkt befördere das Gesetz die Rebellion. Der Jakobitenaufstand wird zum Widerruf des „*Triennial Act*“ instrumentalisiert. Auch nach der Niederschlagung des Aufstandes sei der Geist des Aufstandes lebendig und ziele auf die anstehende Wahl des neuen Parlaments. Die Tories erhoffen sich einen Wahlsieg nach der Niederlage im Feld. Die Aussetzung des „*Triennial Act*“ werde ihre Hoffnungen auf einen Sieg in den nächsten Wahlen zerstören.

Großbritanniens fünftes Parlament setzte mit der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) den „*Triennial Act*“ (1694) außer Kraft und änderte damit die Tagungsdauer des Parlaments von drei auf sieben Jahre, aber nicht nur der zukünftigen Parlamente, sondern des für drei Jahre gewählten Parlaments. Das Parlament verlängerte sich selbst aus rein politischen Erwägungen der Regierung um weitere vier Jahre. Es handelt sich um einen ganz problematischen Vorgang, da die Tagungsdauer während eines laufenden Parlaments geändert und unmittelbar auf dieses und nicht auf ein folgendes, neu gewähltes Parlament angewandt wurde. Verfassungsrechtlich problematisch war dieser Vorgang, weil die gewählten **Repräsentanten ihr Mandat eigenmächtig verlängerten**. Damit nahmen sie den Wählern ihr Wahlrecht und die Möglichkeit mißliebige Abgeordnete bzw. die von ihnen unterstützte Politik der Regierung zur Rechenschaft zu ziehen. Die Einführung der siebenjährigen Parlamentsdauer war zudem auch eine epochemachende Entscheidung, die bis zum Beschluß des „*Parliament Act*“ (1911), der eine fünfjährige Dauer bestimmte, für beinahe zweihundert Jahre die parlamentarische Grundlage der Parlamentsdauer bleiben sollte. Die Verlängerung der Sitzungsperiode von drei auf sieben Jahre durch den „*Septennial Act*“ trug wesentlich dazu bei, daß Parlamentssitze mehr noch als zuvor zum regelrechten Handelsgegenstand wurden, lohnte es sich doch das Geld für eine lange Sitzungsperiode auszugeben. Wer nicht zur Herrschaftselite gehörte und einen Parlamentssitz durch Patronage erlangte, der mußte sich in die Elite einkaufen. Ein Sitz im Parlament war statuserhöhend und dazu geeignet in der sozialen Hierarchie aufzusteigen. Dementsprechend begehrt und teuer war es, einen Sitz zu kaufen oder zu pachten. Zu echten Abstimmungen kam es deshalb in den wenigsten Wahlbezirken. Daneben übten die alten und mächtigen Adelsfamilien weiterhin ihren Einfluß über ihre Klientel in zahlreichen



„*pocket boroughs*“ aus. Robert Walpole gelang es durch seine Beziehungen, Klientel- und Patronagepolitik, die unter der Bezeichnung „*government by corruption*“ firmierte, sich eine beständige Gefolgschaft im Parlament zu sichern und damit zwanzig Jahre lang zu regieren (1721-42). Es gab nur wenige unabhängige Parlamentarier, die nicht „*placemen*“ waren. Der Historiker W. A. Speck faßte die Entwicklung der Whigs seit der „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) bis zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“ zusammen. Dabei konstatierte Speck eine Entwicklung der Whigs von Shaftesburys Demagogie zu Walpoles Oligarchie<sup>1729</sup>.

**Versuche zum Widerruf des „*Septennial Act*“ (1716)** gab es mehrfach während der knapp zweihundertjährigen Geltung des Gesetzes bis zur Verabschiedung des „*Parliament Act*“ (1911) und der Einführung der fünfjährigen Parlamentsdauer. In unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“ stehen der gescheiterte Widerrufsversuch von 1719, die Kritik am „*Septennial Act*“ in der Parlamentswahl von 1722 und das Scheitern des zweiten Widerrufsversuchs von 1734. Entscheidender Faktor dieser ersten Jahrzehnte nach der Inkraftsetzung des „*Septennial Act*“ war die Dominanz der Whigs und der Niedergang der Tories. Die Whigs spalteten sich dabei in eine regierungstragende „*Court*“ und eine oppositionelle „*Country*“-Fraktion. **Der erste Widerrufsversuch (1719)** ging auf die Initiative von James Stanhope (1673-1721) zurück, der die englische Politik drei Jahre lang (1717-21) als „*Lord Treasurer*“ und „*Chancellor of the Exchequer*“ dominierte. Die erste „*Whig-Junto*“, welche die

---

<sup>1729</sup> GREAT BRITAIN, An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments, 1716; RUFFHEAD, The Statutes at Large, Volume V., 1763, S. 78; COSTIN ET AL., The Law and the Working of the Constitution, 1961, S. 126f.; Dicey betrachtete den „*Septennial Act*“ als besonders gutes Beispiel der Parliamentsouveränität, in: DICEY, Albert Venn, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, London, 1902, Sixth Edition, S. 42–50; DICEY, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 1902, S. 42: „*The Acts of Union [...] afford a remarkable example of the exertion of Parliamentary authority. But there is no single statute which is more significant either as to the theory or as to the practical working of the constitution than the Septennial Act*“; DICEY, Introduction to the Study of the Law of the Constitution, 1902, S. 45: „*The Septennial Act is at once the result and the standing proof of such Parliamentary sovereignty*“; OGG, England in the Reigns of James II and William III, 1955, S. 492; zu Parliamentssitzungen als Handelsgegenstand, vgl.: LOEWENSTEIN, Der britische Parlamentarismus, 1964, S. 71; JONES, Country and Court, England 1658-1714, 1978, S. 9; COWARD, The Stuart Age, England 1603-1714, 1980, S. 305, 336, 404; KLUXEN, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, 1983, S. 80; KEMP, King and Commons 1660-1832, 1984, S. 4ff.: „*One of the ways in which parliament sought to confirm its right to make a king was by limiting the King's power to make a parliament, that is, to summon and dissolve one as he pleased. This was done, effectively and lastingly, by the Septennial Act of 1716 [...] the 'Septennial convention' increased the power of the House of Commons at the expense of the King, and it seemed not only to secure but also to symbolize the Commons' independence. [...] years from 1689 to 1716 are the formative years for the relation between King and Commons, the years 1716 to 1783 are the years of balance between them, and in the years 1784 to 1832 this balance was slowly undermined. [...]*“; SPECK, Stability and strife, England, 1714-1760, 1977, S. 183f.: „*The Whigs [...] moved from the demagoguery practised by the first earl of Shaftesbury to the oligarchy presided over by Walpole*“; vgl. Cobbetts Fußnoten mit den Bewertungen der Debatte zur „*Septennial Bill*“ von Tindal, Smollet, Belsham, Coxe und Blackstone, in: COBBETT, The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), 1811, S. 292–295

protestantische Thronfolge Georgs I. sichergestellt hatte, löste sich bereits 1715/16 auf. An ihre Stelle trat eine neue Generation von Whig-Politikern. Dabei drängte James Stanhope (1673-1721) Charles Viscount Townshend (1674-1738) und Robert Walpole (1676-1745) aus der Regierung (1716/17) und leitete diese bis zu seinem Tod (1721). Townshend und Walpole unternahmen in der Folgezeit alles, um sich an Stanhope zu rächen und an die Macht zurückzukehren. Schon kurz nach ihrer Entlassung aus der Regierung gelang es ihnen, ein Bündnis zwischen den „Country“-Whigs unter ihrer Führung und den „Country“-Tories zu schmieden. Stanhope beabsichtigte den „*Septennial Act*“ zu widerrufen, um eine dauerhafte Mehrheit für die Regierung im Ober- und Unterhaus herzustellen. Diesem Zweck sollte die „*Peerage Bill*“ dienen (Februar 1719), die dem König nur noch erlaubt hätte, vakante Plätze im Oberhaus nach Aussterben einer Familie neu zu besetzen. Es sollten nur noch ein letztes Mal sechs neue Lords ernannt werden und neun zusätzliche Lords für Schottland. Zur Durchsetzung der umstrittenen „*Peerage Bill*“ bot Stanhope die Aufhebung des „*Septennial Act*“ an. Die Gesetzesaufhebung hätte die Dauer des Parlaments wieder unbegrenzt werden lassen. Der unter Walpole vereinigten „Country“-Opposition („*Walpolites*“) gelang es aber, Stanhopes „*Peerage Bill*“ mit 267 zu 177 Stimmen im Unterhaus zu überstimmen. Mit ausschlaggebend für dieses Ergebnis war, daß Walpole und der mit seinem Vater tief zerstrittene Kronprinz gemeinsam eine „*Princes' Party*“ (seit Februar 1718) bildeten. Nach dem Abstimmungssieg über die Regierung im Unterhaus kehrten Walpole und Townshend in die Regierung zurück, weil sich Georg I. damit für die von ihnen betriebene Versöhnung mit dem „*Prince of Wales*“ (April 1720) erkenntlich zeigte. **Die Kritik der „Country“-Opposition am „Septennial Act“ in der Parlamentswahl von 1722** war nicht nur eine Kritik der vom „*Septennial Act*“ benachteiligten Tories, die ursprünglich auf die reguläre Wahl von 1718 spekuliert hatten, denen diese Chance aber durch die Verlängerung der Parlamentsdauer genommen worden war. Es ging auch ein Riss durch die Whigs, die in Befürworter („*Court*“) und Gegner der Regierung („*Country*“) gespalten waren. Die Parlamentswahl von 1722 brachte eine Mehrheit für Walpoles Anhänger („*Walpolites*“), wobei doppelt so viele Whigs wie Tories in das Parlament gewählt wurden. Walpoles Führungsanspruch als Premierminister war mit diesem Wahlergebnis gesichert. Seine zwanzigjährige Dominanz als Premierminister (1721-42) beruhte auf einem Parlamentsmanagement mittels Bestechung und Korruption, das Danby (1673-78 und 1690-94) und Harley (1705-14) übertraf. Walpole gelang, was Harley erfolglos versucht hatte. Er baute eine „*Court-Party*“ aus Whigs und Tories im Ober- und Unterhaus auf. Die „Country“-Whigs sahen die Ideale der Partei und alles wofür sie gekämpft hatte - regelmäßige und freie Wahlen, kurze Parlamente sowie die Beseitigung von „*placemen*“ und der Kampf gegen Bestechung, Korruption und Patronage - durch Walpoles Parlamentsmanagement verraten. Die Grundhaltung der

„Country“-Whigs in dieser Frage drückt in exemplarischer Weise das Pamphlet „*The Danger of Mercenary Parliaments*“ (1698) aus, welches erneut publiziert wurde (1722). Darin wurde beklagt, daß das Parlament zu einem bloßen Gummiabdruck der Regierung verkomme („*danger of becoming a rubber stamp of the executive*“). Die regierungskritische, anti-Walpole und „Country“-Themen propagierende Zeitung „*The Craftsman*“ bzw. „*The Country Journal*“ beschrieb das Parlament als Monster namens „*Polyglott*“. Anführer der neu gebildete „Country“-Opposition wurden der Whig William Pulteney und der Tory Henry St. John, Viscount Bolingbroke, der nach seiner Flucht aus England (1714) wieder zurückgekehrt war (1723) und gemeinsam mit Pulteney „*The Craftsman*“ publizierte. Bolingbrokes Essays im „*Craftsman*“ und Thomas Gordons und John Trenchards „*Cato's Letters*“ (1720-22) wurde zu einer politischen Philosophie ausgeformt. Dennoch gelang es Walpole bei der durch den Tod Georgs I. vorgezogenen Parlamentswahl von 1727 seine Stellung noch auszubauen. Die Opposition hatte mit der regulär stattfindenden Wahl im Jahre 1729 gerechnet und ging unvorbereitet in den vorgezogenen Wahlkampf. Das Ergebnis der Wahl war für die Tories erschütternd. Es wurden 427 Whigs in das Parlament geschwemmt, denen gerade einmal 131 Tories gegenüberstanden. Walpole brachte Arthur Onslow in das Amt des Unterhaussprechers, der zum am längsten amtierenden Sprecher in der Geschichte des Landes (1727-61) wurde und einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung von Walpoles Herrschaft leistete. Die Stärke von ungefähr 160 „Country“-Abgeordneten beider Parteien unter Pulteney's Leitung wurde erheblich geschwächt durch die natürliche Antipathie zwischen Tories und Whigs.

**Der zweite Versuch zum Widerruf des „Septennial Act“ (1734)** ereignete sich in der letzten Sitzung (16. Januar bis 13. Juni 1733) des siebten Parlaments Großbritanniens. Vorausgegangen war Walpoles bisher schwerste Niederlage im Parlament in der „*Excise Crisis*“ des Jahres 1733. Die „Country“-Opposition griff Walpoles Patronage- und Bestechungssystem erneut an und verband es mit Korruptionsvorwürfen gegen Walpole selbst, einer abermaligen „*Place Bill*“ zur Entfernung von Amtsträgern aus dem Parlament und dem Versuch zum Widerruf des „*Septennial Act*“ (Hauptdebatte im Unterhaus am 13. März 1734). Der Antrag scheiterte bereits in der ersten Unterhausabstimmung (247 zu 184 Stimmen). Anschließend entschied Walpole auch die Parlamentswahl von 1734 für sich. Das Regierungslager verlor jedoch im Vergleich zur letzten Wahl (1727) erheblich an Rückhalt. Der mangelnde Zusammenhalt der aus Whigs und Tories bestehenden „Country“-Opposition erlaubte es Walpole aber bis 1741 zu regieren. Walpole trat jedoch alsbald nach der Parlamentswahl von 1741 zurück, weil die Regierung der „*Court*“-Whigs (286) gegenüber der Opposition der „Country“-Whigs (131) und „Country“-Tories (136) nur noch über eine ganz knappe Mehrheit (19 Abgeordnete) verfügte, obwohl die Whigs eine überwältigende Mehrheit an Abgeordneten stellten (417). Der „*Septennial Act*“ wurde rund um die Parlamentswahl

von 1741 und in den unmittelbaren Folgejahren erneut Gegenstand von Publikationen. Weitere Veröffentlichungen zum „*Septennial Act*“ folgten anlässlich späterer Parlamentswahlen (1761, 1768, 1780, 1784, 1790 und 1796).

## **F. Ergebnisse**

### **I. Fallstudien zur Parlamentsdauer**

Die „*Convention Parliaments*“ (1660 und 1689) wurden in ihrer Rechtmäßigkeit angezweifelt, weil sie nicht in regulärer Art und Weise durch königliche Einberufungsschreiben („*writs of summons*“) versammelt worden waren. Die „*Convention*“ von 1660 wurde vom wiederhergestellten Langen Parlament einberufen und die „*Convention*“ von 1689 durch Wilhelm von Oranien. Die Versuche der „*Conventions*“ zur Ausräumung der Zweifel an ihrer eigenen Rechtmäßigkeit manifestierten sich in der Verabschiedung zweier gleichlautender Gesetze („*Act for removing and preventing all Questions and Disputes, concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament*“, 9. Mai 1660 und 23. Februar 1689). Die heftige Reaktion der „*Convention*“ von 1660 auf William Drakes Schrift „*The Long Parliament revived*“ (1660) zeigt, daß Drakes Kritik an der Rechtmäßigkeit einen neuralgischen Punkt getroffen hatte. Die Existenz der „*Convention*“ und das Gelingen der Restauration wurde von dem Legitimitätsdefizit gefährdet. Die Legitimitätszweifel von 1660 wurden von der Erinnerung an den Bürgerkrieg, die Angst vor dem Scheitern der Restauration und einem Wiederaufleben des Konflikts sowie dem Wunsch zur bewährten Ordnung der Mischverfassung zurückzukehren, zurückgedrängt und überwunden. Die Wiederherstellung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ durch die enge Zusammenarbeit der „*Convention*“ mit Karl II. im Geiste dieser Mischverfassung wurde so zur herausragenden Leistung der „*Convention*“ von 1660. Die Zweifel an der „*Convention*“ von 1689 waren ungleich größer, denn sie verbanden sich mit dem Zweifel an der Legitimität des neuen Königs. Während Karl II. der legitime Thronfolger gewesen war, konnte Wilhelm von Oranien dies nicht für sich reklamieren. Die Rechtmäßigkeitsdebatte erstreckte sich deshalb 1689 nicht nur auf die „*Convention*“, sondern auch auf die Thronfolge. Dementsprechend kompliziert gestaltete sich der Prozeß bis zur Ausstellung von Einberufungsschreiben zur „*Convention*“. Das staatsrechtliche Vakuum durch die Flucht Jakobs II. mußte aber von den Akteuren überwunden werden. Die zentrale Bedeutung des Rechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments zeigte sich in der Rechtmäßigkeitsdebatte der beiden „*Conventions*“.

**Der zweite „*Triennial Act*“ (1664)** war ein Sieg der Krone. Mit der Verabschiedung gelang es dem „*Parliamentary Management*“ der Krone, Einschränkungen des königlichen Prärogativrechts zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments abzuschütteln, welche durch den ersten

„*Triennial Act*“ (1641) auferlegt worden waren. Die Reformgesetze von 1641, die von Karl I. und dem Langen Parlament gemeinsam beschlossen worden waren, wurden noch vom „*Convention Parliament*“ (1660) bestätigt („*First Restoration Settlement*“), nicht aber die zahlreichen anderen gesetzlichen Regelungen zur Parlamentsdauer während des Bürgerkrieges und der Republik. Das zweite „*Restoration Settlement*“ des Kavalierparlaments fiel konservativ-reaktionär aus, weil das Kavalierparlament in seiner Zusammensetzung mehrheitlich royalistisch-anglikanisch war, im Gegensatz zur ausgewogeneren „*Convention*“, einer Versammlung von Anglikanern und Presbyterianern sowie Royalisten und Republikanern. **Die Instrumentalisierung von Venners Aufstand** („*Venners Rising*“, 6. Januar 1661) durch das „*Parliamentary Management*“ der Krone hatte erheblichen Einfluß auf den Ausgang der Wahl zum Kavalierparlament (Februar und März 1661). Das Parlamentsmanagement der Krone begann nicht erst mit Thomas Osborne, Earl of Danby (1673-79), sondern mit Sir Richard Temple und Sir Henry Bennet. Clarendon hielt dagegen nichts von der Schaffung einer Königspartei im Parlament („*King's Party*“ oder „*Court party*“), sondern hielt dies eher für gefährlich. Aufgrund Sir Henry Bennets „*Parliamentary Management*“ (1662-73) ist es fraglich, für die gesamte Periode von 1658-67 von einer Clarendon-Administration zu sprechen. Während die Instrumentalisierung von Venners Aufstand unmittelbaren Einfluß auf die Wahl des Kavalierparlaments hatte, spielte die **Ausnutzung des „*Farnley Wood Plot*“**, auch bekannt als „*Derwentdale Plot*“ oder „*Yorkshire Plot*“ (Oktober 1663), eine **entscheidende Rolle bei der Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ (1664)**. Die Instrumentalisierung des Aufstandes für die Verabschiedung des Gesetzes zeigt sich auch in den Parlamentsdebatten. Eine starke Opposition dagegen fehlte ganz, was auch das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung in Pamphleten erklärt. Das effektive Parlamentsmanagement der Krone spiegelt sich auch darin, daß der zweite „*Triennial Act*“ in einem der schnellsten Gesetzgebungsbeschlüsse der Parlamentsgeschichte (22. März bis 5. April 1664) verabschiedet wurde. Während der erste „*Triennial Act*“ noch 16 Druckseiten umfasste, war der zweite „*Triennial Act*“ gerade einmal drei Druckseiten lang. Inhaltlich war das Gesetz sowieso eine bloße Reminiszenz des ursprünglichen Gesetzes. Das neue Gesetz bestimmte zwar, daß die parlamentslose Zeit nicht länger als drei Jahre dauern sollte, es enthielt aber keinerlei Sanktion für den Fall einer Nichteinberufung des Parlaments durch die Krone. Im Gegensatz zum ersten „*Triennial Act*“ sah die Neuregelung keine Bestimmung für die Rezessdauer zwischen zwei Parlamentssitzungen und für die Gesamtparlamentsdauer vor. Jährliche Parlamente („*annual parliaments*“) wurden in Abrede gestellt. Stattdessen sprach das Gesetz von einer sehr häufigen Tagungsweise des Parlaments („*very often*“). Es spricht alles dafür, daß das „*Parliamentary Management*“ der Krone von Anfang an eine sehr lange Parlamentsdauer des Kavalierparlaments beabsichtigte.

Die „*Standing Parliament Debate*“ (1675-78) war im Kern eine Kontroverse um „*popery and arbitrary government*“. Das Feindbild des Katholizismus reichte bis auf die Anfänge des Protestantismus in England zurück und vermischte sich nacheinander mit der Dominanz der katholischen Großmächte Spanien und Frankreich. Das anglikanisch und royalistisch gesinnte Kavalierparlament stand der religiösen Toleranzpolitik Karls II. von Beginn an („*Declaration of Indulgence*“, 1662 und 1667) ablehnend gegenüber. Die Angst vor einer staatlichen Willkürherrschaft ging auf die Politik Karls I. zurück. Die Erfahrungen mit der „*New Model Army*“ erklären das Feindbild der „*standing army*“. Shaftesburys „*Country*“-Opposition kämpfte gegen Katholizismus und Absolutismus nach französischem Vorbild. Die Schlagworte eines „*standing parliament*“ für das lange Kavalierparlament und Danbys „*Parliamentary Management*“ mittels Korruption und Ämterpatronage sowie die Gleichsetzung eines solchen Parlaments mit den Gefahren einer „*standing army*“ versinnbildlichen das Bedrohungsszenario. Die Forderung nach Auflösung des Kavalierparlaments und nach regelmäßigen Parlamenten erfolgte vor diesem Hintergrund. Danbys „*Parliamentary Management*“ der 1670er Jahre (1673-78) hatte dabei in **Arlingtons Parlamentsmanagement der 1660er Jahre (1662-73)** seinen Vorläufer. Ein Mittel des „*Parliamentary Management*“ war die häufige Ausübung des königlichen Prärogativrechts zur Vertagungen durch „*Adjournements and Prorogations*“. Beim achtzehnjährigen Kavalierparlament fällt auf, daß dieses Parlament kaum vier Jahre tagte, weil es so oft vertagt wurde und die Rezesse so lange dauerten. Die Rezesse summieren sich auf eine Dauer von insgesamt 13 Jahren und 7 Monaten. Die parlamentslose Zeit der Rezesse dauerten im Durchschnitt acht Monate, wobei vier Rezesse deutlich über ein Jahr währten. Die vier längsten Rezesse finden sich am Ende des Kavalierparlaments in der Cabal-Administration (21 und 18 Monate) und der Danby-Administration (14 und 15 Monate nach der 13. und 15. Sitzung). Die „*Prorogation*“ war eine besonders scharfe Waffe der Krone, weil sie einen eingeleiteten Gesetzgebungsprozeß vollständig beendete. **Das Regieren durch lange Parlamentsunterbrechungen** kommt einer parlamentslosen Herrschaft sehr nahe, obwohl das Parlament offiziell fortbesteht. **Die Einflußnahme Frankreichs auf Karl II. zur Parlamentsauflösung**, zumindest aber zur Vertagung, spielte eine große Rolle. Ludwig XIV. befürchtete, daß das Parlament Karl II. zum Kriegseintritt gegen Frankreich zwingen würde (Holländischer Krieg, 1672-78). Entsprechende Avancen und Geldangebote Frankreichs an Karl II. gab es nach der 13., 14. und 15. Sitzung. Die ersten Geldangebote wurden wohl nicht angenommen. Zur Geldzahlung und einem Geheimvertrag zwischen Ludwig XIV. und Karl II. kam es aber wohl nach der 15. Sitzung. Spätere französische Angebote und Geldzuwendungen an die „*Country*“-Opposition hatten auch das Ziel der Parlamentsauflösung im Blick. Die französischen Geldzahlungen wurden in der 16. Sitzung zum Gegenstand einer Unterhausdebatte (6. März 1677),

was jedoch nicht verhinderte, daß es nach der 16. Sitzung erneute französische Angebote an Karl II. und an die „Country“-Opposition zur Parlamentsauflösung gab. Zu den wichtigsten Argumenten der „Country“-Opposition zur Auflösung des Kavalierparlaments und für regelmässige Parlamente gehörte die Bezugnahme auf die „Ancient Constitution“ mit den Gesetzen Edwards III. zur Abhaltung jährlicher Parlamente („annual parliaments“)<sup>1730</sup>. Lange Parlamente verstoßen gegen diese Gesetze, beförderten die Korruption durch gezieltes „Parliamentary Management“ der Krone und machten die Repräsentation unmöglich. **Lange Parlamente seien überhaupt unvereinbar mit der Repräsentation**, die nur durch regelmässige Parlamente zu gewährleisten sei, denn die gewählten Abgeordneten müßten Repräsentanten des Volkes bleiben. Regelmässige Parlamente und Wahlen verhinderten Korruption<sup>1731</sup>. Es wurde auch argumentiert, **daß die lange Parlamentsdauer die Mischverfassung des „King-in-Parliament“ zerstöre**<sup>1732</sup>. Die Krone diffamierte die „Country“-Opposition dafür als Republikaner, die einen erneuten Bürgerkrieg herbeiführen würden und es offenbart sich auch argumentativ die Ablehnung der Mischverfassung durch Karl II.<sup>1733</sup>. Die rechtliche und abstrakt-theoretische Argumentation der „Country“-Opposition, welche die „Standing Parliament Debate“ geprägt hatte, kam mit der Inhaftierung ihrer Anführer Shaftesbury und Buckingham schließlich an ihr Ende (15. Februar 1677). **Die „Standing Parliament Debate“ zeigt das Scheitern einer am Recht orientierten Strategie der Opposition an der königlichen Prerogative und am königlichen Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung.** Einzig politischer Druck war in der Lage, den König zur Parlamentsauflösung zu veranlassen. Dies bewerkstelligte schließlich der „Popish Plot“ und das Impeachment gegen Danby, welches die Aufdeckung der Geheimabsprachen zwischen Karl II. und Ludwig XIV. befürchten ließ. Trotz der langen Dauer des achtzehnjährigen Kavalierparlaments kann aufgrund der langen Rezesse und der wichtigen politischen Entscheidungen während dieser Parlamentsunterbrechungen von einer **parlamentslosen Herrschaft** gesprochen werden, zumindest aber für die Zeit der Rezesse.

---

<sup>1730</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, 1675; SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, A letter from a Parliament man to his friend, 1675; ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676; HOLLES, The Long Parliament dissolved, 1676; HOLLES ET AL., Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved, 1676; PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676; Buckingham's Rede und die Unterhausdebatte vom 15. Februar 1677

<sup>1731</sup> SHAFTESBURY, ANTHONY ASHLEY COOPER, 1ST EARL OF, The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, 1675; ANONYMUS, Reasons for a new parliament, 1676; HOLLES, The Long Parliament dissolved, 1676; PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676; MARVELL, ANDREW, An account of the growth of popery and arbitrary government, 1677; Unterhausdebatte vom 25. Oktober 1675; „Humble Address to His Majesty, for the Dissolution of this Parliament“ vom 20. November 1675; Unterhausdebatte vom 11. April 1677

<sup>1732</sup> PARLIAMENT-MAN IN CORNWALL ET AL., A seasonable question, 1676

<sup>1733</sup> L'ESTRANGE, An account of the growth of knavery, 1678

Buckingham's konkrete Kritik an der fünfzehnmonatigen Unterbrechung nach der 15. Sitzung unter Bezugnahme auf den Verstoß gegen die „*annual parliaments*“ Edwards III. traf den neuralgischen Punkt, der zur Verhaftung Shaftesburys und Buckingham's führte.

**Die parlamentslosen Zeiten** während der fast dreissigjährigen Herrschaft Karls II. und Jakobs II. (1660-89) addieren sich zu 18 Jahren. Der langen Parlamentsdauer des Kavalierparlaments mit langer parlamentsloser Herrschaft während der Rezesse (knapp vier Jahre Tagung und fast vierzehn Jahre Rezesse) ließ Karl II. die drei sehr kurzen „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81) folgen, denen sich eine Phase parlamentsloser Herrschaft in den letzten Jahren Karls II. anschloß (1681-85). Als er 1684 kein Parlament einberief, verstieß der König endlich auch gegen die Bestimmungen des zweiten „*Triennial Act*“. Die extreme Repressionspolitik Karls II. gegenüber der Opposition, die zahlreiche Oppositionelle ins Gefängnis brachte, tötete oder ins Exil trieb, und gegenüber den städtischen Korporationen, denen die Freiheitsbriefe entzogen wurden, ermöglichte die Thronbesteigung seines katholischen Bruders Jakobs II., dessen nochmals verschärfte Unterdrückungspolitik und eine parlamentslose Herrschaft (1685-89) – abgesehen von dem sehr kurzen Parlament von 1685 -, zur Glorreichen Revolution führte. Die parlamentslose Herrschaft während der Rezesse des Kavalierparlaments addiert sich zu zehn Jahren. Weitere acht Jahre parlamentsloser Herrschaft kommen hinzu zwischen den „*Exclusion Parliaments*“ und der „*Glorious Revolution*“<sup>1734</sup>.

**Die Verabschiedung des dritten „*Triennial Act*“ (1694)** erfolgte vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen den politischen Gruppierungen der „*Whigs and Tories*“ bzw. „*Court and Country*“, die als „*Rage of Party*“ bekannt geworden sind. Dominierende Themen der Herrschaft Wilhelms III. waren die religiöse Frage, der Krieg gegen Ludwig XIV. und das Verhältnis zwischen Krone und Parlament. Die enormen Kosten des Krieges machten die parlamentarische Finanzierung notwendig. Der Krieg und die Notwendigkeit zur Finanzierung führte zu Wilhelms Wechsel von der gemischten Administration der Anfangsjahre (1690-93) mit Thomas Osbornes (Earl of Danby, Marquis of Carmarthen und Duke of Leeds) abermaligen „*Parliamentary Management*“ zur „*Whig-Junto*“ (1693-98). Der „*Triennial Act*“ war ein Zugeständnis Wilhelms an die Whigs unter Charles Talbots Leitung (Duke of Shrewsbury) und die aus Whigs und Tories bestehende „*Country*“-Opposition unter Robert Harleys Führung, damit die „*Whig-Junto*“ überhaupt zustande kam. Wilhelm ließ sich nur widerwillig von seinem engsten Berater Charles Spencer (Duke of Sunderland) von dem Wechsel der Administration überzeugen. Eigentlich wollte Wilhelm eine Beschränkung der königlichen Prerogative durch die Whigs

---

<sup>1734</sup> vgl. im Anhang die Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer



unbedingt abwehren, war aber durch die krisenhafte Kriegslage des Jahres 1693 letztlich zur Absprache mit den Whigs gezwungen. Die Whigs traten in die Regierung ein und Shrewsbury gab als neuer „*Secretary of State*“ (März 1694) die Zusicherung zur Kriegsfinanzierung im Parlament im Tausch gegen Wilhelms Zustimmung zum „*Triennial Act*“. Zuvor hatte der König die von Robert Harley formulierte „*Triennial Bill*“ mehrmals erfolgreich zu verhindern gewußt. Ein erster Versuch der Opposition zur Verabschiedung des Gesetzes wurde von Wilhelms Veto in der vierten Parlamentssitzung (14. März 1693) gestoppt. Der zweite und dritte Versuch scheiterte im Unterhaus am „*Parliamentary Management*“ der Krone in der fünften Sitzung (28. November und 22. Dezember 1693). Die rasche Wiederaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens in der fünften Sitzung zeigt die Bedeutung der „*Triennial Bill*“ für die Opposition. Die Abstimmungsniederlagen zeigen aber auch das Funktionieren des „*Parliamentary Management*“ der Krone. In der sechsten Sitzung wiederum kam es dann zu einer besonders schnellen Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (22. Dezember 1694), nachdem Wilhelm und Shrewsbury ihre Absprache getroffen hatten.

Hauptargument für den „*Triennial Act*“ und regelmäßige Parlamente war wie schon zuvor in der „*Standing Parliament Debate*“, **daß lange Parlamente die Repräsentation unmöglich machen** und Korruption befördern würde. Korruption sei überhaupt das Kernproblem der Repräsentation und regelmäßige Parlamente seien das Heilmittel dagegen<sup>1735</sup>. Die massive Ausweitung der Staatstätigkeit infolge des Krieges gab der Regierung erweiterte Möglichkeiten zur Patronage und zum Aufbau einer Hofpartei. Größere Staatsausgaben bedeuteten neue Ämter und Sinekuren. Der Fortbestand der „*Country*“-Opposition über den „*Triennial Act*“ hinaus erklärt sich mit dem Kampf gegen diese Methoden des „*Parliamentary Management*“, denn einer „*Place Bill*“ zur Verhinderung von Amtsträgern im Parlament gab Wilhelm nie seine Zustimmung. Ein weiteres Argument für regelmäßige Parlamente und eine Eindämmung der zerstörerischen Wirkung der Prorogationen war der **Wunsch zur Bewahrung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“**<sup>1736</sup>. Anhänger der Krone wiederum argumentierten damit, daß regelmäßige Parlamente das Volk belasten, die königliche Prerogative beschränken und das Parlament zu einem Senat von Venedig machen würde, der sich über den König erhebe<sup>1737</sup>. Neu war das Argument, daß eine gesetzliche Regelung der regelmäßigen Parlamentsdauer erforderlich sei, um den Gefahren für Wilhelms Leben während der

---

<sup>1735</sup> Unterhausdebatte vom 28. Januar 1693; Unterhausauschuß vom 18. Dezember 1693; JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693; LAWTON, A short state of our condition, 1693; N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693

<sup>1736</sup> ANONYMUS, An Enquiry, 1693; JOHNSON, An essay concerning Parliaments at a certainty, 1693; N. N., Some reasons for annual Parliaments, 1693; Thematisierung der zerstörerischen Wirkung der Korruption auf die Repräsentation auch nach der Verabschiedung des „*Triennial Act*“, bezogen auf den Wahlkampf von 1698, in: TOLAND, The danger of mercenary Parliaments, 1698; ANONYMUS, Considerations on the nature of parliaments, 1698

<sup>1737</sup> Unterhausauschuß vom 18. Dezember 1693

Feldzüge in Europa zu begegnen<sup>1738</sup>. Hier zeigt sich der **Nexus zwischen Thronfolge und Parlamentsdauer**, später gesondert geregelt in den Gesetzen von 1696, 1701 und 1706. Der Fortbestand des Parlaments als Institution wurde über den Tod des Monarchen hinaus gewährleistet und unabhängig gemacht. Hier scheint ein Bruch mit der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“ zugunsten einer „*Parliamentary Sovereignty*“ ohne König bzw. Königin auf<sup>1739</sup>.

**Die Regelung des „*Triennial Act*“** dekretierte regelmäßige Parlamente mindestens einmal in drei Jahren, es begrenzte die maximale Dauer des Parlaments auf drei Jahre, erlaubte dem Monarchen aber immer noch, das Parlament vor Ablauf der drei Jahre wieder aufzulösen. Entscheidend war, daß es für den König keine Verpflichtung gab, nach der Auflösung Neuwahlen alsbald auszuschreiben. Er konnte sich damit bis zu drei Jahre Zeit lassen. Das königliche Recht zur Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments war zwar beschränkt worden, nicht aber gänzlich aufgehoben. Der König hatte immer noch einen Ermessensspielraum<sup>1740</sup>. Die Ausübung dieses Ermessens sollte sich in Wilhelms letzten Herrschaftsjahren zeigen als der Friedensschluß von Rijswijk (1697) eine **Phase der innenpolitischen Unruhe** einleitete. Während Wilhelms erstes Parlament fünf Jahre („*Officers' Parliament*“, 1690-95) und das zweite Parlament nach Verabschiedung des „*Triennial Act*“ drei Jahre dauerte (1695-98), folgten anschließend in einem raschen Stakkato drei kurze Parlamente (1698-1700, 1701 und 1701/02) bzw. vier Parlamente mit vier Wahlkämpfen in fünf Jahren, wenn man Annas erstes Parlament berücksichtigt (1702-05). Wilhelms kurze Parlamente verstießen nicht gegen den „*Triennial Act*“, da sie die Dauer von drei Jahren nicht überschritten, entsprachen aber auch nicht der Gesetzesintention dreijähriger Parlamente. Der Historiker David Ogg verglich Wilhelms sehr kurze Parlamente mit der Zerrissenheit nach Auflösung des Kavalierparlaments und den drei kurzen „*Exclusion Parliaments*“<sup>1741</sup>.

**Die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716)** bildet einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen „*Whigs*“ und „*Tories*“, leitete eine jahrzehntelange Dominanz der

---

<sup>1738</sup> ANONYMUS, *An Enquiry*, 1693

<sup>1739</sup> „*Act for the continueing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors*“ (1696), in: RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 603f.; RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 84; „*Act of Settlement*“ (1701), in: RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 7 (1695-1701), 1820, S. 747–750; „*Regency Act*“ (1706), in: RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume IV., 1763, S. 196f.

<sup>1740</sup> RAITHBY, *Statutes of the Realm*, Volume 6 (1685-1694), 1819, S. 510; RUFFHEAD, *The Statutes at Large*, Volume III., 1763, S. 570; COBBETT, *The Parliamentary History of England*, Vol. 5 (1688-1702), 1809, S. 861f.

<sup>1741</sup> OGG, *England in the Reigns of James II and William III*, 1955, S. 443:“[...] *The conclusion of peace brought this state of things to an end. Thereafter, until the end of the reign, the parliamentary situation recalled that of the later years of Charles II*“ (vgl. volles Zitat im Abschnitt F.III.1.b Wilhelms „*Second Officers' Parliament*“)

Whigs zu Lasten der Tories ein und führte zur vertieften Spaltung der Whigs in eine „*Country*“ und eine „*Court*“-Fraktion. „*The Rage of Parties*“ der 1690er Jahre setzte sich während der Herrschaft von Königin Anna und Georg I. fort. Annas Herrschaft unterteilt sich in die Administration des Triumvirats von Marlborough, Godolphin und Harley (1702-08), ein kurzes Intermezzo ohne Harley (1708-10) und die Harley-Administration mit Marlborough, aber ohne Godolphin (1710-14). Robert Harleys Dominanz zeigt sich darin, daß das „*Parliamentary Management*“ der Krone mit kurzer Unterbrechung (1708-10) durchgehend in seinen Händen lag.

Hauptleistung der ersten Administration war die erfolgreiche Führung des Spanischen Erbfolgekrieges gegen Ludwig XIV. (1701-13) und die Schaffung der staatsrechtlichen Union zwischen den seit 1604 in Personalunion verbundenen Königreichen England und Schottland durch Verabschiedung des „*Act of Union*“ (1707). Die größte politische Leistung der Harley-Administration war der Friede von Utrecht (1713), der allerdings zur Hauptursache des jahrzehntelangen Machtverlustes der Tories wurde, weil der ehemals verbündete Kurfürst von Hannover den Frieden als Verrat in Erinnerung behielt und als neuer König Großbritanniens den Tories nicht vertraute. Eine zusätzliche Schwächung der Tories erfolgte durch den Machtkampf zwischen Harley und Bolingbroke (1714), den letztlich beide verloren als Georg I. den Thron bestieg und die Whigs unter Shrewsbury die Macht übernahmen. Der gesundheitlich schwache Shrewsbury überließ bald einer jüngeren Generation von Whigs die Regierung und verstarb 1718. Die führenden Whigs wurden James Stanhope (1673-1721), Charles Viscount Townshend (1674-1738) und Robert Walpole (1676-1745) bevor sich Stanhope gegen seine Rivalen durchsetzen (1716/17) und die Politik der nächsten Jahre bis zu seinem Tod (1721) bestimmen konnte. Die Politik der folgenden Jahrzehnte dominierte Robert Walpole als erster Premierminister Großbritanniens (1721-42) in Zusammenarbeit mit Arthur Onslow als dem am längsten amtierenden Sprecher des Unterhauses (1728-61). Walpoles Parlamentsmanagement stand in der Tradition seiner Vorgänger Sir Henry Bennet, Earl of Arlington (1662-73), Thomas Osborne, Earl of Danby, Marquess of Carmarthen und Duke of Leeds (1673-79 und 1690-93), Charles Talbot, Earl and Duke of Shrewsbury (1693-98) und Robert Harley (1702-08 und 1710-14).

Die Parlamentsdauer richtete sich seit 1694 nach dem zweiten „*Triennial Act*“, was während Königin Annas Herrschaft zu insgesamt fünf Parlamentswahlkämpfen bzw. Parlamenten führte (1702-05, 1705-08, 1708-10, 1710-13 und 1713-15). Keines dieser fünf Parlamente dauerte länger als drei Jahre. Das dritte Parlament verkürzte sich wegen des Wechsels zur Harley-Administration (1710) und das letzte Parlament durch den verfrühten Tod der Königin (1. August 1714), verlängerte sich aber gemäß den Bestimmungen des „*Regency Act*“ (1706) über den Tod der

Königin hinaus bis zur Auflösung (5. Januar 1715). Das erste Parlament Georgs I. (1715-22) verlängerte sich selbst auf Betreiben der „Court“-Whigs durch Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) von drei auf sieben Jahre.

Die Verabschiedung des „*Septennial Act*“ sollte den Tories die Chance nehmen, sich in der vom „*Triennial Act*“ vorgeschriebenen Wahl von 1718 wieder zu erholen oder gar an die Macht zurückzukehren. **Die Instrumentalisierung des Jakobitenaufstandes von 1715** führte zur Außerkraftsetzung von „*Habeas-Corpus*“ und zur Verabschiedung des „*Riot Act*“ (20. Juli 1715) sowie des „*Septennial Act*“ (1716). **Die Instrumentalisierung von Aufständen** zur Durchsetzung politischer Ziele bzw. zur Verabschiedung wichtiger Gesetze zeigte sich in den vorangehenden Jahrzehnten häufig: 1) Die Instrumentalisierung von Venners Aufstand („*Venner’s Rising*“, 06.01.1661) hatte entscheidenden Einfluß auf die Wahl des Kavalierparlaments (Februar und März 1661), 2) Die Instrumentalisierung des „*Farnley Wood Plot*“ (Oktober 1663) führte zur Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (1664), 3) Der „*Popish Plot*“ (1679) war entscheidend für die Auflösung des Kavalierparlaments, 4) Die Aufstände des Earl of Argyll („*Argyll’s Rising*“) und des Herzogs von Monmouth („*Monmouth’s Rebellion*“) von 1685 wurden zur Unterdrückung der politischen Opposition („*Jeffreys’s Bloody Assize*“) und zur Errichtung der parlamentslosen Herrschaft Jakobs II. ausgenutzt, 5) Der Mordanschlag auf Wilhelm („*Assassination Plot*“, 24. Februar 1696) hatte die Verabschiedung des „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696) zur Folge und 6) Der Jakobitenaufstand von 1715 führte zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“.

Die sehr kurze Beratungszeit des „*Septennial Act*“ spiegelt die überragende Parlamentsmehrheit der Whigs wider. Das Gesetzgebungsverfahren dauerte von der Einbringung der Gesetzesvorlage im Oberhaus (10. April 1716) bis zur Verabschiedung durch Zustimmung des Unterhauses und des Königs (7. Mai 1716) weniger als einen Monat.

**Argumente der Befürworter der „*Septennial Bill*“** bzw. der Anhänger eines Widerrufs des „*Triennial Act*“: 1) Die Notstands- und Gefährdungslage durch die Jakobiten und die Tories, wie sie sich im Jakobitenaufstand gezeigt habe, bestehe fort, weil ihre Geisteshaltung auch nach der Niederschlagung des Aufstandes noch lebendig sei. Eine Verlängerung der Parlamentsdauer sei notwendig, um die Gefahr zu bannen<sup>1742</sup>, 2) Die Kosten und Korruption verursachenden kurzen

---

<sup>1742</sup> Gesetzesinitiative zur „*Septennial Bill*“ im Oberhaus (10. April 1716); Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Die Präambel des „*Septennial Act*“ nimmt ausdrücklich Bezug auf den Jakobitenaufstand und die Bedrohungslage, die zum Widerruf des „*Triennial Act*“ veranlasse: „[...] if it should continue, may probably at this Juncture, when a restless and Popish Faction are Designing and Endeavouring to renew the Rebellion within this Kingdom, and an Invasion from Abroad, be Destructive to the Peace

Parlamente des “*Triennial Act*” müßten durch eine längere Parlamentsdauer ersetzt werden<sup>1743</sup>, 3) Die kurzen Parlamente verursachten Parteienstreit und Spaltung<sup>1744</sup>, 4) Der “*Triennial Act*” habe zu instabilen “*triennial governments*” geführt<sup>1745</sup>, 5) Entscheidend seien nicht regelmäßige Parlamente, sondern regelmäßige Sitzungen<sup>1746</sup>, 6) Die “*Septennial Bill*” habe den doppelten Vorteil, zu verhindern, daß der Fürst das Parlament ungebührlich verlängere. Gleichzeitig werde der Fürst zu regelmäßigen Parlamenten gezwungen<sup>1747</sup>, 7) Die längere Parlamentsdauer steigere die Autorität und den Einfluß des Unterhauses gegenüber den Lords und dem König<sup>1748</sup>, 8) Die **Repräsentation** würde durch eine lange Parlamentsdauer befördert, weil die Abgeordneten nur dadurch ausreichend Zeit zum Nachdenken darüber bekämen, was dem Wohl des Landes dienlich sei. In dieser Hinsicht sei das lange Kavalierparlament ein Vorbild gewesen<sup>1749</sup> und 9) Die Parlamentssouveränität wurde zur Verabschiedung des “*Septennial Act*” ins Feld geführt. Das Parlament habe das Recht zur Änderung des “*Triennial Act*”, weil jedes Parlament das Recht zur Verabschiedung, Änderung und zum Widerruf von Gesetzen habe<sup>1750</sup>.

**Argumente der Gegner der “*Septennial Bill*”** bzw. der Befürworter der Beibehaltung des “*Triennial Act*”: 1) Lange Parlamente verletzen das **Repräsentationsprinzip** und machen Repräsentation unmöglich, weil sie den Wählern die Möglichkeit nehmen, ihre Abgeordneten in regelmäßigen Wahlen zur Rechenschaft zu ziehen<sup>1751</sup>, 2) Die Selbstverlängerung des bestehenden Parlaments durch die “*Septennial Bill*” verstoße erst recht gegen die Repräsentation. Mit der

---

*and Security of the Government: [...]”, in: GREAT BRITAIN, An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments, 1716; ANONYMUS, The British Seaman's Letter, 1716; ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716; ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716; DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716; DEFOE, DANIEL, Some considerations on a law for triennial parliaments, 1716*

<sup>1743</sup> Gesetzesinitiative zur „*Septennial Bill*“ im Oberhaus (10. April 1716); ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716; ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716; DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716

<sup>1744</sup> Gesetzesinitiative zur „*Septennial Bill*“ im Oberhaus (10. April 1716); ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716

<sup>1745</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716); ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716

<sup>1746</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716); ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716

<sup>1747</sup> ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716

<sup>1748</sup> ANONYMUS, The Alteration in the Triennial Act considered, 1716

<sup>1749</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716 (dies war das einzige Mal, daß die Repräsentation als Argument zugunsten der „*Septennial Bill*“ vorgebracht wurde)

<sup>1750</sup> ANONYMUS, A Letter to a country gentleman, 1716; DEFOE, DANIEL, Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, 1716

<sup>1751</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

Verlängerung des Parlaments hörten die Abgeordneten auf, Treuhänder des Volkes zu sein, weil ihr Mandat ein lediglich temporär gewährter *“triennial trust”* sei. Es sei nicht auszuschließen, daß weitere Verlängerungen folgen und regelmäßige Parlamente ganz abgeschafft würden<sup>1752</sup>, 3) Die Gesetzgebungsmacht sei vom Volk abgeleitet (Volkssouveränität unter Bezugnahme auf John Lockes *“Second Treatise of Government”*). Die vom Volk beauftragte Gesetzgebungskörperschaft habe nicht das Recht, den Gesetzgeber zu ändern. Das Parlament sei nicht omnipotent<sup>1753</sup>, 4) Die *“Septennial Bill”* gefährde die Mischverfassung des *“King-in-Parliament”*. Diese bestehe aus König, Lords und Commons und beruhe auf deren Zusammenarbeit. Diese werde ohne regelmäßige Wahlen unmöglich, weil nur regelmäßige Parlamente die **Repräsentation** des Volkes gewährleisten, während der König und die Lords nur sich selbst repräsentierten<sup>1754</sup>, 5) Regelmäßige und jährliche Parlamente (*“annual parliaments”*) seien wesentlicher Bestandteil der Verfassung (*“ancient constitution”*), weshalb die *“Septennial Bill”* gegen die Verfassung verstoße und sie zerstöre<sup>1755</sup>, 6) Die Korruption werde durch die *“Septennial Bill”* nicht gemindert, sondern gefördert, weil Parlamentssitze von längerer Dauer teurer gehandelt werden würden<sup>1756</sup>, 7) Der *“Triennial Act”* mit dreijähriger Parlamentsdauer sei das beste Mittel gegen Korruption, weil die Wähler die Abgeordneten bei der nächsten Wahl abwählen könnten<sup>1757</sup> und 8) Die Rebellion sei kein ausreichender Grund zum Widerruf des *“Triennial Act”* und längere Parlamente würden Aufstände nicht verhindern<sup>1758</sup>.

**Versuche zum Widerruf des „Septennial Act“ (1716)** gab es mehrfach während der knapp zweihundertjährigen Geltung des Gesetzes bis zur Verabschiedung des *„Parliament Act“* (1911) und der Einführung der fünfjährigen Parlamentsdauer. **Der erste Widerrufsversuch (1719)** ging auf die Initiative von James Stanhope (1673-1721) zurück, der die englische Politik drei Jahre lang (1717-21) als *„Lord Treasurer“* und *„Chancellor of the Exchequer“* dominierte. Stanhope wollte eine dauerhafte Mehrheit für die Regierung im Ober- und Unterhaus erreichen. Mit der Verabschiedung einer *„Peerage Bill“* (Februar 1719) sollte zunächst das Oberhaus gesichert werden. Zur Durchsetzung der umstrittenen *„Peerage Bill“* bot Stanhope die Aufhebung des *„Septennial Act“* an. Die Gesetzesaufhebung hätte die Dauer des Parlaments wieder unbegrenzt werden lassen. Der unter Walpole vereinigten *„Country“-Opposition* (*„Walpolites“*) gelang es aber,

<sup>1752</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

<sup>1753</sup> Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

<sup>1754</sup> Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

<sup>1755</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

<sup>1756</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

<sup>1757</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716)

<sup>1758</sup> Hauptdebatte im Oberhaus (14. April 1716); Hauptdebatte im Unterhaus (24. April 1716)

Stanhopes „*Peerage Bill*“ mit 267 zu 177 Stimmen im Unterhaus zu überstimmen. **Die Kritik der „Country“-Opposition am „Septennial Act“ in der Parlamentswahl von 1722** war eine Kritik der vom „*Septennial Act*“ benachteiligten Tories und der in Opposition zu Walpoles „*Parliamentary Management*“ stehenden Whigs. Die Kritik konnte nicht verhindern, daß Walpoles Anhänger („*Walpolites*“) in der Parlamentswahl eine satte Mehrheit erzielen konnten. **Der zweite Versuch zum Widerruf des „Septennial Act“ (1734)** ereignete sich in der letzten Sitzung (16. Januar bis 13. Juni 1733) des siebten Parlaments Großbritanniens. Vorausgegangen war Walpoles bisher schwerste Niederlage im Parlament in der „*Excise Crisis*“ des Jahres 1733. Die „*Country*“-Opposition griff Walpoles Patronage- und Bestechungssystem erneut an und verband es mit Korruptionsvorwürfen gegen Walpole selbst, einer abermaligen „*Place Bill*“ zur Entfernung von Amtsträgern aus dem Parlament und dem Versuch zum Widerruf des „*Septennial Act*“ (Hauptdebatte im Unterhaus am 13. März 1734). Der Antrag scheiterte bereits in der ersten Unterhausabstimmung (247 zu 184 Stimmen). Anschließend entschied Walpole auch die Parlamentswahl von 1734 für sich und regierte noch bis 1742. Der „*Septennial Act*“ wurde rund um die Parlamentswahl von 1741 und in den unmittelbaren Folgejahren erneut Gegenstand von Publikationen. Weitere Veröffentlichungen zum „*Septennial Act*“ folgten anlässlich späterer Parlamentswahlen (1761, 1768, 1780, 1784, 1790 und 1796).

## **II. Zusammenfassung**

### **1) Mit den „*Prorogations and Adjournements*“ standen der Krone zwei äußerst scharfe Werkzeuge zur Vertagung des Parlaments zur Verfügung.**

Die Untersuchung der Parlamentsdebatten zeigt, daß diese Instrumentarien entscheidende Machtmittel der Krone zur Ausübung ihres „*Parliamentary Management*“ waren. Diese waren zudem ganz legal im Gegensatz zur Bestechung und Ämterpatronage, die für gewöhnlich als Hauptmittel des königlichen Parlamentsmanagements genannt werden und untersucht worden sind. Die Vertagungspraxis war hingegen bisher kaum Untersuchungsgegenstand.

Die Prorogation ermöglichte es der Krone, die Arbeit des Parlaments vollständig zum Erliegen zu bringen. Bereits eingebrachte Gesetzesinitiativen und -entwürfe konnten so zunichte gemacht werden, ganz egal wie weit sie bereits gediehen waren, und mußten in der nächsten Parlamentssitzung nach dem Rezess, dessen Dauer die Krone nach Belieben bestimmen konnte, wieder neu eingebracht werden.

Die Krone konnte einerseits darauf hoffen, daß die Opposition das mühsame Gesetzgebungsverfahren mit den Debatten im Unter- und Oberhaus sowie der Zustimmung beider Häuser und des Monarchen scheuen würde. Gleichzeitig stand die Opposition vor dem Problem,

ihre Gefolgsleute erneut für das Gesetzgebungsverfahren zu organisieren. Die ablehnende Haltung der Krone und der Rezess dürfte viele ihrer Anhänger schlichtweg entmutigt haben. Andererseits baute die Krone darauf, daß ihre Politik während des Rezess für genügend Ablenkung sorgen würde, um ein erneuertes Gesetzesvorhaben zu verhindern.

Das Adjournement vertagte das Parlament zwar auch, war aber nur eine zeitliche Pausierung ohne den bisherigen Geschäftsgang und das Verfahren zu beenden. Nach der Tagungsunterbrechung konnte nahtlos an die letzten Debatten angeknüpft werden. Das Adjournement ermöglichte es der Krone, durch Zeitgewinn genügend Abgeordnete von ihrer Haltung zu überzeugen.

**2) Die tatsächliche Parlamentstagungsdauer wich erheblich von der offiziellen Tagungsdauer ab. Eine Untersuchung der faktischen Tagungsdauer war daher dringend erforderlich. Für die Wechsel zwischen Tagung und Rezess kommt es auf eine genaue Kontextualisierung an.**

Die tatsächliche Parlamentsdauer wich erheblich von der offiziellen Tagungsdauer ab, weil die königliche Vertagungspraxis der „*Prorogations and Adjournments*“ lange Rezeesse produzierten. Die Unterbrechungen dauerten teilweise nur Tage, oftmals aber Wochen und Monate und manchmal über ein Jahr. Das „*Cavalier Parliament*“ Karls II., auch bekannt als „*Pension Parliament*“, „*Pensionary Parliament*“, „*Second Long Parliament*“, „*Long Parliament of Charles II*“ und „*Standing Parliament*“, dauerte offiziell von seiner Einberufung 1661 bis zur Auflösung 1679 achtzehn Jahre. Nach Abzug aller Rezeesse stellt sich aber heraus, daß es in Wirklichkeit 13 Jahre und 7 Monate nicht tagte und nur knapp vier Jahre tatsächlich versammelt war. Man kommt zu dem Ergebnis, daß das sogenannte „*Standing Parliament*“ gar kein dauerhaftes Parlament war.

Die im Anschluß an das Kavalierparlament tagenden drei „*Exclusion Parliaments*“ (1679-81) Karls II. wurden vom König ebenfalls häufig prorogiert. Es lassen sich zwar drei Parlamente innerhalb von zwei Jahren konstatieren. Die ersten beiden tagten aber lediglich je 82 Tage und das letzte sogar nur 6 Tage. Der Rezess durch aneinandergereihte Prorogationen zwischen der letzten Sitzung des „*First Exclusion Parliament*“ (27.05.1679) und dem Beginn der ersten Sitzung des „*Second Exclusion Parliament*“ (21.10.1680) dauerte dagegen anderthalb Jahre! Mit gerade einmal insgesamt sechzehn Sitzungstagen läßt sich das Jahr 1681 faktisch als parlamentsloses Jahr qualifizieren.

Die letzten Herrschaftsjahre Karls II. nach Auflösung des dritten „*Exclusion Parliament*“ (1681-85) waren schließlich gekennzeichnet durch eine offen parlamentslose Herrschaft. Mit der Nichteinberufung eines Parlaments im Jahre 1684 verstieß Karl II. bewußt gegen den zweiten „*Triennial Act*“ (1664). Für Karl II. läßt sich konstatieren, daß das Parlament in 16 von 24 Herrschaftsjahren gänzlich unbeteiligt blieb, es faktisch nur 8 Jahre tagte.



Für die Zeit von 1679 bis 1689 läßt sich faktisch von einer fast zehnjährigen parlamentslosen Herrschaft sprechen. Das von Jakob II. berufene Parlament (1685) wurde kurz nach der Erstversammlung dauerhaft vertagt, so daß sich eine achtjährige parlamentslose Herrschaft vom Ende des dritten „*Exclusion Parliament*“ (1681) bis zum „*Convention Parliament*“ (1689) feststellen läßt. Nimmt man die anderthalb Jahre zwischen dem ersten und zweiten „*Exclusion Parliament*“ hinzu, dann kommt man auf die fast zehnjährige parlamentslose Herrschaft zwischen 1679 und 1689.

Häufige Vertagungen lassen sich auch für die Parlamente Wilhelms III. und von Königin Anna feststellen. Neben der Feststellung der erheblichen Abweichung von tatsächlicher und offizieller Tagungsdauer und der Konstatierung einer Entparlamentarisierung kommt es entscheidend auf die genaue Untersuchung der königlichen Politik während der Rezesse an. Eine genaue Kontextualisierung ist hier erforderlich, um zu verstehen, welche Politik einerseits zum Rezess führte und welche Politik während des Rezess am Parlament vorbei betrieben wurde. Die anschließende Reaktion des Parlaments auf die Rezesse und die vollendeten Tatsachen, die während dieser Unterbrechungen von der königlichen Regierung geschaffen worden waren, gehören zu diesem Untersuchungsschema.

### **3) Die herausragende Bedeutung des Einberufungsrecht offenbart sich in den Kontroversen um die Rechtmäßigkeit der beiden „*Convention Parliaments*“ (1660 und 1689).**

Die „*Conventions*“ wurden nebeneinander vergleichend untersucht, weil in beiden Fällen die Einberufung und Rechtmäßigkeit heftig umstritten war. Die kontroversen Debatten zeigen, daß das Fehlen der königlichen Einberufungsschreiben für erheblichen Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Parlamente und ihrer politischen Grundsatzentscheidungen sorgten. England befand sich in beiden Fällen in schwierigen Umbruchsituationen: zur Wiederherstellung der Monarchie nach Bürgerkrieg und Republik (1660) und nach der Flucht Jakobs II. mußten grundlegende politische Entscheidungen getroffen werden. Das „*Convention Parliament*“ von 1689 sah sich zudem vor die doppelte Herausforderung gestellt, Zweifel an der eigenen Legitimität zu beseitigen und die Thronfolge Williams and Marys zu regeln. Die Thronfolge Karls II. 1660 war dagegen unumstritten. In den untersuchten Debatten beider „*Conventions*“ zeigte sich der Wunsch der Rückkehr zur Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“.

#### **4) Bewußt inszenierte bzw. kaltblütig ausgenutzte Notstandslagen hatten allergrößten Einfluß auf das englische Parlament.**

Die Inszenierung von Notstandslagen durch die königliche Regierung führte zur Wahl des achtzehnjährigen Kavalierparlaments (1661-78) und zur Verabschiedung des „*Triennial Act*“ (1664).

Die Regierung Karls II. führte mit einem inszenierten Aufstand („*Venner's Rising*“, 06.01.1661) ganz bewußt eine Notstandslage herbei (Versicherheitlichung), um damit die Parlamentswahl von 1661 zu beeinflussen. Ziel war es, ein Parlament zu erzielen, welches in seiner Zusammensetzung den Vorstellungen der Krone entsprach. Tatsächlich war das Kavalierparlament mehrheitlich royalistisch-anglikanisch im Gegensatz zum „*Convention Parliament*“ (1660), das durch ein ausgeglichenes Verhältnis von Anglikanern und Presbyterianern sowie von Royalisten und Republikanern ausgezeichnet war.

Die Inszenierung eines zweiten Aufstandes („*Farnley Wood Plot*“, auch bekannt als „*Yorkshire Plot*“, Oktober 1663) zielte wiederum auf eine Notstandslage, diesmal zur Aushebelung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) durch Verabschiedung des zweiten „*Triennial Act*“ (1664), der die Beschränkungen der Krone im Bereich der Einberufung, Vertagung und Auflösung des Parlaments faktisch beseitigte.

In beiden Fällen sehen wir eine Notstandsargumentation mit einer Bedrohungskommunikation zur Erreichung politischer Ziele am Werk (Versicherheitlichung). Eine umfassende Kontextualisierung dieser Vorgänge ist notwendig zum Verständnis des Zustandekommens des Kavalierparlaments (1661) und des zweiten „*Triennial Act*“ (1664). Der „*Popish Plot*“ (1679) trägt schließlich maßgeblich zur Auflösung des Kavalierparlaments bei. Die Verursachung dieser Verschwörung läßt sich nicht restlos aufklären.

Die herausragende Bedeutung von Verschwörungen und Aufständen, seien sie direkt inszeniert oder ohne Inszenierung kaltblütig zu politischen Zwecken ausgenutzt worden, zeigt sich in den Aufständen des Earl of Argyll („*Argyll's Rising*“) und des Herzogs von Monmouth („*Monmouth's Rebellion*“) von 1685, die eine direkte Reaktion auf die Thronbesteigung Jakobs II. waren. Sie wurden von Jakob II. zur Unterdrückung der politischen Opposition („*Jeffreys's Bloody Assize*“) und zur Errichtung seiner parlamentslosen Herrschaft ausgenutzt.

Der Mordanschlag auf Wilhelm III. („*Assassination Plot*“, 24. Februar 1696) hatte die Verabschiedung des „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament, in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs or Successors*“ (1696) zur Folge.

Der Jakobitenaufstand in Schottland von 1715 führte schließlich zur Verabschiedung des „*Septennial Act*“.

**5) Die gesetzlichen Regelungen zur Parlamentsdauer während der Bürgerkriegszeit und der Republik seit Verabschiedung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) wurden weitgehend vernachlässigt, weil sie eine vorübergehende Episode eines verfassungspolitischen Experimentierfelds waren. Sie gehören aber unbedingt zur Geschichte der Parlamentstagungsweise und -dauer und dienen dem Verständnis des zweiten „*Triennial Act*“ (1664).**

Eine alleinige Betrachtung des ersten „*Triennial Act*“ (1641) ist nicht ausreichend. Vielmehr ist eine weitergehende Kontextualisierung erforderlich, welche die Bürgerkriegszeit und die Republik mit einbezieht, weil es in dieser Zeit zur Verabschiedung und Diskussion zahlreicher Regelungen zur Parlamentsdauer kam. Regelungen zur Tagungsdauer des Parlaments enthielten:

1) Der „*Triennial Act*“ von 1641, 2) Der „*Act to prevent inconveniences which may happen by the untimely adjourning proroguing or dissolving of this present Parliament*“ von 1641, 3) Die „*Grand Remonstrance*“ von 1641, 4) Die „*Nineteen Propositions*“ von 1642, 5) Die „*Heads of the Proposals*“ von 1647, 6) Das „*Agreement of the People*“ von 1647, 7) Die „*Declaration on the Dissolution of the Long Parliament*“ von 1653, 8) Das „*Instrument of Government*“ von 1654 als erste geschriebene Verfassung Großbritanniens, 9) Der „*Act declaring and settling the government of the Commonwealth [...]*“ von 1654 als revidierte Verfassung und 10) Das Verfassungsdokument „*The Humble Petition and Advice*“ von 1657.

Auf eine Auswertung der Debatten zur Verabschiedung dieser Regelungen wurde in dieser Studie bewußt verzichtet zugunsten einer Konzentration auf die Auswertung der Parlamentsdebatten der späten Stuarts. Eine Untersuchung dieser früheren Debatten zur Regelung der Parlamentsdauer während des Bürgerkriegs und der Republik bleibt ein wichtiges Forschungsdesiderat.

**6) Parlamentsdebatten lassen sich auch indirekt ohne Parlamentsjournale über das Schrifttum erschließen.**

Die Parlamentsdebatten zum dritten „*Triennial Act*“ (1694) fanden in der vierten (04.11.1692-14.03.1693), fünften (07.11.1693-25.04.1694) und sechsten (12.11.1694-03.05.1695) Sitzung des „*First Officers' Parliament*“ (1690-95) statt. Inmitten der fünften Sitzung verlieren wir mit „*Anchitell Grey's Debates of the House of Commons*“ (Oktober 1667 bis April 1694) eine der wichtigsten Quellen für die Erforschung der Parlamentsgeschichte überhaupt. „*Grey's Debates*“ brechen am 16. Februar 1694 kurz vor dem Ende der fünften Sitzung ab. Zwischen diesem Eintrag

am 16. Februar und Greys allerletzten Eintrag zum Sitzungsende am 25. April 1694 enthält seine Sammlung keine andere Eintragung. Für die späteren abschließenden Debatten der sechsten Sitzung zum „*Triennial Act*“ und die noch späteren Debatten zum „*Septennial Act*“ stehen uns „*Grey's Debates*“ nicht mehr zur Verfügung. Wir sind vielmehr auf Cobbetts Sammlung „*The Parliamentary History of England, From the earliest period to the year 1803*“ (1763-1835) angewiesen.

Das Quellenproblem dieser Studie ließ sich durch eine Auswertung indirekt wiedergegebener Parlamentsdebatten im Schrifttum kompensieren. Eine alternative Parlamentsgeschichtsschreibung ohne direkt zugängliche Parlamentsjournale wurde so ermöglicht.

### **7) Der dritte „*Triennial Act*“ (1694) ist eine einschneidende Zäsur in der englischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte.**

Nach der Verabschiedung des dritten „*Triennial Act*“ (1694) gab es keine Rückkehr mehr zum einseitigen Einberufungs- und Auflösungsrecht der Krone. Es gab allerdings auch keine Selbstständigkeit des Parlaments gegenüber der Krone. Der „*Triennial Act*“ war vielmehr eine Bestätigung der Mischverfassung des „*King-in-Parliament*“.

### **8) Die verdeckte parlamentslose Herrschaft Karls II. wurde als bedrohlicher wahrgenommen als die offene parlamentslose Herrschaft seines Vaters Karl I.**

Das „*Parliamentary Management*“ Karls II. zielte darauf, durch ständige Vertagungen während langer Rezesse am Parlament vorbei zu regieren und dieses ansonsten mit Bestechung und Ämterpatronage gefügig zu machen. Die Debatten zum „*Standing Parliament*“ Karls II. (1675-78) und die zur Verabschiedung des dritten „*Triennial Act*“ (1694) zeigen, daß dieses Parlamentsmanagement als eine größere Bedrohung wahrgenommen wurde als die parlamentslose Herrschaft seines Vaters Karl I.

### **9) Ein entscheidender Schritt zur institutionellen Verselbständigung des Parlaments waren die gesetzlichen Regelungen der Parlamentstagungsweise im Falle des Ablebens des Monarchen (1696 und 1706).**

Der „*Act for continuing, meeting, and sitting of a Parliament in Case of the Death or Demise of His Majesty, His Heirs and Successors*“ (1696) und der „*Regency Act*“ (1706) stellen wichtige Ergänzungen des dritten „*Triennial Act*“ (1694) dar. Dieser hatte nicht geregelt, was im Falle des Ablebens des Monarchen mit dem Parlament zu geschehen habe. Grundsätzlich endete ein Parlament mit dem Tod des Herrschers.

Anlaß zur Verabschiedung des Gesetzes von 1696 war ein Mordanschlag auf Wilhelm III. („*Assassination Plot*“, 24. Februar 1696). Das Gesetz regelte die Einberufung des Parlaments ganz ohne königliche „*writs of summons*“ und stellte sicher, daß das Parlament nach dem Tod des Königs nicht automatisch aufgelöst, sondern für sechs Monate fortgesetzt würde. Es diente in erster Linie der Sicherung der protestantischen Thronfolge aufgrund der Gefahren für Wilhelms Leben während seiner Feldzüge in Europa. Darüber hinaus gewann das Parlament durch dieses Gesetz an institutioneller Selbstständigkeit über die Person des Monarchen und sein Prärogativrecht der Einberufung, Vertagung und Auflösung hinaus. Das Gesetz regelte zudem, was geschehen sollte, wenn zum Todeszeitpunkt kein Parlament tagen sollte. In diesem Fall dekretierte das Gesetz die Versammlung des Vorgängerparlaments.

Der „*Regency Act*“ (1706) sollte sicherstellen, daß die im „*Act of Settlement*“ geregelte protestantische Thronfolge ohne politische Aufstände und Verwerfungen ablaufen würde. Der Fortbestand des Parlaments als Institution über den Tod des Monarchen hinaus wurde mit dem „*Regency Act*“ zum zweiten Mal nach dem Gesetz von 1696 normiert. Die erneute Bestätigung zeigt jedoch auch die Notwendigkeit dazu an. Wiederholte Ausübung einer Handlung ließ diese allmählich zum Gewohnheitsrecht werden und erneute Normierung diente der Bekräftigung einer vielleicht noch angezweifelten Praxis.

**10) Die Kontroversen um die Tagungsdauer des Parlaments endeten keineswegs mit der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716), obwohl dieser bis zur Verabschiedung des „*Parliament Act*“ (1911) fast zweihundert Jahre in Kraft blieb**

Die siebenjährige Parlamentsdauer blieb bis zur Einführung der fünfjährigen Parlamentsdauer im Jahre 1911 in Kraft. Diese fast zweihundertjährige Gültigkeit sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nach der Verabschiedung des „*Septennial Act*“ (1716) zahlreiche Versuche zur Reform und Abschaffung des Gesetzes gab, die ersten davon bereits 1719 und 1734.

Diese Studie beschränkte sich auf die Untersuchung der Tagungsweise und –dauer des Parlaments während der Herrschaftszeit der Späten Stuarts. Das Aufzeigen der Reformversuche des „*Septennial Act*“ diente dazu, ein wichtiges Forschungsdesiderat zu formulieren. Die Debatten und Kontroversen zur Reform des „*Septennial Act*“ während des 18., 19. und 20. Jahrhunderts könnten zum Gegenstand einer eigenen Studie gemacht werden.

## Anhang

### I. Analekten

Die Textauszüge sind nach Verfasser und Titel alphabetisch sortiert.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** „*Whether Monarchy, or the Popular form of Government, be in reason more safe, and profitable for the people? [...] it is but necessary, that I, and you do distinguish Monarchy, into these two kinds; Absolute, and Mixt or Regulated: [...] the Absolute, which is absolutely unlawful, and disconsonant both to the Laws of God, and Nature, it leading of us by its consequents, to the direct breach of the Moral Law, [...]*“<sup>1759</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** „*It is against the Moral Law, for me to dispose of my own life; [...] that a free people, that have it in their choice, and power, (as England now hath) to do otherwise, and shall submit their lives to the will, and dispose of an absolute Monarch, are most evidently thereby in danger of becoming guilty of self-murder*“<sup>1760</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** „*And a better mixt, then that formerly known to us here in England, hath not (I think) been read of: and the excellency of that Monarchy was, that the Monarch without his Council, could do no considerable thing; could make no Law, as not having in himself, singly, a Legislative Power: but all things were to be done in conjunction with his Council; either that grand one his Parliament, consisting of Nobles and Commons; or his lesser Council, consisting of Nobles chiefly, if not wholly; if without these he could have moved, then was his Monarchy more near to the being absolute, and so more intollerable for the people; but with and by these he did act; so that the Monarchy here, was a mixd constitution; [...]*“<sup>1761</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** „*[...] in truth, the whole quarrel has at all times been between these two, Kingly Prerogative, and Parliamentary Priviledge; [...] The first being no other then a desire of absolute power to be placed in the single person of the Monarch under colour of this equity, that the Sovereignty, ought to be unaccomptable, and in this mixed form, the Sovereignty is not in the people, therefore it must be in the King. The Priviledge of Parliament cannot be imagined to be lesse, then the freedome of consulting, debating, and acting for the good of the people; and these two, in this mixed form, ever have been, and unavoidably ever must be, two jarring principles; like those two contrary Elements, of fire and water, which are never at peace, until the one, have overcome the other; [...]*“<sup>1762</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** „*[...] but this proves not yet, that the Kingly is the best government: and on the contrary, I having shown you that the absolute cannot by any people be warrantably admitted, and that the mixt Monarchy, hath no other natural tendency, then to become absolute, for*

---

<sup>1759</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 2

<sup>1760</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 2f.

<sup>1761</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 3

<sup>1762</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 4f.

which cause, between it, and its coadjuting Counsels, (which are the Representatives of the people) there must be perpetual fewds“<sup>1763</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** „The Result of all already said now, is this, the absolute Monarchy is intollerable, and unlawful; the mixt or regulated is dangerous, in regard that it hath in it self no particular tendency, more eminent then that towards its own inlargement, and absolutenesse, the readmission of an expelled Monarch is most dangerous, he being by nature it self instructed, to secure his own peace in future; [...]“<sup>1764</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** „And having thus far indeavoured to unroot the Monarchicall, I am now to propose the benefits of the Popular Government, which certainly is the most hopeful way of erecting it; and what its advantages are to the people, will best be measured by the incomodities of the Kingly, or Monarchical form, thus“<sup>1765</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** „and that such Assemblies (as the collective body of the people) have in them the Sovereignty and power of nominating, or appointing an inferiour Council or Senate, with all other requisite officers in whom the executive part of the power shall reside; and this Senate, or other Officers, being accomptable to the Sovereign Assembly, in case of male administration“<sup>1766</sup>.

**[Anonymus, A letter intercepted, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** „and that such Assemblies [...] as also, to have power of summoning the people upon extraordinary causes, to the election of their Representatives; [...] and I think hereby might we have a Government established in its own nature, so just, as that a more just cannot possibly be imagined; [...] the whole Assembly indeed, as it is the Sovereign power, is unquestionable“<sup>1767</sup>.

**[Anonymus, No king but the old kings son, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** “Our old Kingly Government included all the perfections of a Free State, and was the Kernel, as it were, of a Common-wealth, in the shell of Monarchy; the essential parts of a Commonwealth are these, viz. The Senate proposing, the People resolving, and the Magistrate executing; for the Senate or Parliament, if ever a Free Parliament were, it was here, where the Deputies of the whole Nation, most freely chosen, did, with like Freedom, meet, propound, debate and vote all matters of common interest: [...] Elections being so popular and assemblies frequent [...] the Prince had likewise, in effect, but an executive power, which he exercised by ministers and officers, not only sworn, but severely accomptable: For though both he and the Lords had their Negatives in making Laws, yet (no Tax being imposable, but by consent of the Commons) there was a wise and sweet necessity, for the King and likewise for the Lords [...] to confirm all such Bills, as were convenient for the people, and not greatly hurtful to the Prince; [...] to shelter and preserve the Government

---

<sup>1763</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 6

<sup>1764</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 7

<sup>1765</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 8

<sup>1766</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 9

<sup>1767</sup> ANONYMUS, A letter intercepted, 1660, S. 9

from being altered, at the will of the Commons, if at any time they should prove Factious which hath been confirmed by great experience: [...]”<sup>1768</sup>.

**[Anonymus, The qualifications of the succeeding Parliament, 1660, Analekten, Textauszug Nr.**

**1]** “[...] so that there is no means left us (under God) to settle the Church and State, but a full and free Parliament, composed of the three Estates of the Kingdom, each complying with other in a handsome correspondence, and regular subordination. The House of Commons being commissioned *ad inquirendum*, the Lords *ad deliberandum*, and the King *ad determinandum de negotiis Regni*: the several acts of Parliament being so many happy results and products of their mutual counsels, which receive their first conception, and imperfect delineation of parts from the contrivance and deliberation of the two Houses, and afterward Life, Liberty, and perfection, from the Kings most excellent Majesty in the Signature of this Royal Consent and Aprobation. This most admired frame of Government (the Glory of our own, and the Envy of foreign Nations) in which the several particular Interests of the Kingdom are so handsomely involv’d in that publick concern of Parliamentary Government, which speaketh a high satisfaction to all degrees of their Grievances, and the constitution of wholsom Laws for the security of their lives and Fortunes, to which they have reason most readily to submit in all due obedience, seeing they are enacted by their own Representatives in Parliament [...]”<sup>1769</sup>.

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** „*The greatest error*

*in these laste two raynes weare thatt the kinges always wanted moneye [...] a kinge att laste coumes to ruin, - for being nesestetated puttes him uppon manye ilegall taxes which much offendes the people, & then the nexte Parlamente is inflamed, & the kinge forste to remedye them to give contentmente to his people, & so goes less in his subiectes opinions, & makes the verye Clownes see thatt a Parlamente can order him, & so many think thatt a Parlamente hath the Transcendente power which itt hath nott, - but farr frome itt, - naye should none of those taxes bee, butt thatt your neseties did urge you to cale a parliament, - that parlamente woulde thinke they had your Matie on the hipp and woulde playe uppon you ackordinglye, for they woulde give you no moneye untill they had whatt they desierde & this can nott be a free Parlamente for theye would bargin with you & playe uppon your nesesitye & have ten times the worth off what theye bye verye much to your preiudice therefore is the old sayenge is putt money in your purse & keepe itt [...] when you are rich & cale a Parlamente your Matie is then master off the feilde & you may doe whatt you plesse & then theye have no grounds to worke off agaynste you [...] Ther is nothinge better then to govern by well regulated parlaments, and iff your Matie bee nott nesestetated butt rich theye will bee regular. Parlaments shoulde be kepte within their boundes [...]”<sup>1770</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** “*The next error was*

*makinge so manye Lordes which made the upper house more factius then the lower house naye the House off Comons had nott been factius butt for them, for as soone as ever one is made a Lorde, he thinkes him selfe then capable off the greatest place in Englande though most unfitt, partialetye hath such forse & iff hee bee denied then hee goes factius & makes parties & joynes with the house of Comons, to tisturbe your Maties Govermente - Queen Elizabeth founde the sweet off a fewe Lordes I thinke shee made nott above three Earles all her time [...] Soe thatt the fewer Lordes the less*

---

<sup>1768</sup> ANONYMUS, No king but the old kings son, 1660 (Einblattdruck)

<sup>1769</sup> ANONYMUS, The qualifications of the succeeding Parliament, 1660

<sup>1770</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 214



*faction & espetialye iff those Lordes bee nott nesasetated [...] butt lett them dye oute & make fewe more, & those thatt are made be shure they have meanes to supporte itt, or else you rayse faction agaynste you [...] An other error was thatt factions att courte weare nott suppressste [...]”<sup>1771</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** *“Nowe Sr with your Maties favor I will speake off the greatest error off state thatt ever was comitted in these two laste raynes, - ande thatt is theye ever rewarded their enemies, & neglected their freindes, [...] The remedye is verye easey, rewarde your freindes Sr & punishe your enemies, & then you shall have many freindes, & fewe enemies [...]”<sup>1772</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** *“An other greate error was to suffer the subjecte to dispute the kinges Prorogative in Westminster Halle & in Parlamentts, which was a moste dangerous & a pernitiuss thinge, & nott the leaste cause off our late miseries [...] for itt is an old maxim the kinge can doe no wronge & Itt is moste trewe for hee is above the lawe, & so are all Goverments in the worlde Monarkeye, Democreseye, or Arestocreseye to leave those Greeke wordes [...] Therefore lett your Maties prerogative bee ever helde so sacred as never to be disputed [...]”<sup>1773</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** *“There is an other error thatt doth over heate your people extreamley & doth your Matie much hurte which is thatt everye man nowe is becomde a Statman, - & itt is merlye with the weeklye Corantts, both att home & abrode. Therefore theye should bee forbid [...]”<sup>1774</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** *“The Cardinall de Richelewe was the wisest & Greatest States-Man in his time, & he went playnleye to worke withoute litle juglinges, hee had butt two thinges which hee did all withall, which was moneye & armes, sayenge iff the moneye would nott doe the armes woulde [...]”<sup>1775</sup>.*

**[Cavendish, For your most sacred MATie, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** *“[...] butt I shoulde wishe your Matie to governe by both, love & feare mixte together as ocation serves, - having the power which is forse & never to use Itt butt upon nesesitye [...]. Then the greate studye & learninge for kinges, & wise men is nott to reade bookes butt to reade men [...]”<sup>1776</sup>.*

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** *“Whereas great sums of money must of necessity be speedily advanced and provided for the reliefe of his Majesties Army and People in the Northern parts of this Realm and for preventing the imminent danger this Kingdome is in and for supply of other his*

---

<sup>1771</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 215

<sup>1772</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 217

<sup>1773</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 218

<sup>1774</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 220

<sup>1775</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 220f.

<sup>1776</sup> Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, For your most sacred MATie, 1903, S. 230

*Majesties present and urgent occasions which cannot be soe timely effected as is requisite without credit for raising the said moneys*<sup>1777</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** *“which credit cannot be obtained until such obstacles be first removed as are occasioned by fears jealousies and apprehensions of diverse his Majesties Loyall Subjects that this present Parliament may be adjourned prorogued or dissolved before Justice shalbe duly executed upon Delinquents publike greivances redressed a firme Peace betweene the two Nations of England and Scotland concluded and before sufficient provision be made for the repayment of the said moneys so to be raised”*<sup>1778</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** *„The Long Parliament revived. To the end of the peace of this nation may be established upon a firm and lasting foundation, and that after one shipwrack, hardly escaped, we run not blindfolded again upon a more fatal, and irrecoverable Rock of confusion: [...] That the safety and happiness of this kingdom lies in parliaments rightly constituted, and in the preservation of their just and lawful priviledges [...]”*<sup>1779</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** *„Which Maxime being yielded in reference to other parliaments, it must by proportion hold as true in relation to the Long Parliament call'd by the late King Charles the first, of blessed memory, in the year 1640. whose being and legal authority is still so visibly existent by vertue of the forementioned Act [...] they [the subjects of this nation] have no reason to hold themselves safe in their lives, liberties, and estates, till it have made provision in that behalf, and it be legally dissolved according to the tenour of the said Act by Act of Parliament for that purpose“*<sup>1780</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** *„ In which words there are two things principally to be considered in reference to the intent and meaning of this Act, why it was made. First, For the obtaining of Credit [...] Secondly, The Parliament could not without this be in any secure condition to make provision for the repayment of the said money [...] therefore the dissolution of the said Parliament before such provision made for repayment [...] is expressly contrary to the true meaning and intention of this Act. And if this Act were made purposely to prevent the untimely dissolution of the Parliament [...] then it cannot but have respect to the Kings Death as well as to any other means of untimely dissolution [...]“*<sup>1781</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** *„Secondly, In the substance and body of the act 'tis delivered in express terms, that this present parliament shall not be dissolved, but by an Act of Parliament. ' Whence it follows, that if not dissolvable, unless by an Act of Parliament, then it is exclusive to all other wayes and means of dissolution (as the interruption by armed violence, the forcible omission of dayes of*

---

<sup>1777</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f.

<sup>1778</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 1f.

<sup>1779</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 3

<sup>1780</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 3f.

<sup>1781</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 4f.

*adjournment, the violent, or natural death of the king) or whatsoever else might be done or have happened legally to dissolve it, had not this act been made or constituted*<sup>1782</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** *„Thirdly & lastly, To make all clear, without any exception, in the close of the said act it is expressed, That all, and every thing, and things whatsoever done, or to be done, for the adjourning, prorouging, or dissolving of this present parliament, contrary to this act, shall be utterly void and of none effect.‘ [...] That all those things that otherwise legally would or might have dissolved this parliament, had not this act been made, have no force or efficacy to dissolve this, but onely an Act of this present parliament. All other parliaments having no legal capacity till this be legally dissolved: [...]“*<sup>1783</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** *“The first, and grand objection of all is the death of the late King that summoned this parliament in the year 1640, and is argue by Mr. Will. Prin. Because, saith he, it hath been frequently resolved by Parliament themselves, the reverend judges, and our Law books, by King Charles his own Declaration, and his judges and council, that the deposition and death of the king doth actually dissolve the Parliament &c.‘ To which I answer by way of concession, that the death of the king doth legally, or according to custome dissolve a parliament that is only call'd and constituted by the Kings writ; but not a parliament constituted and confirmed by an Act of the three estates.*<sup>1784</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** *„Secondly, He objects, ,the Parliament is no standing Court, sitting at certain seasons by positive Lawes, but summoned and constituted by the Kings Writ of Summons, and Royal Prerogative, when, and where he pleaseth, and adjourned, prorogued and dissolved by his Writ alone in point of Law, &c.‘. I answer again [...] that parliaments, according to their wonted and by-past customes, were no certain courts, sitting at certain seasons by positive lawes. But yet may be made such by Act of the three Estates. Witness the Triennial Parliament. And further, By an extraordinary grant of his late Majesty, this parliament was made a standing court to sit constantly by a positive law, till they should please to dissolve themselves. He [...] by the said grant [...] to wave his Royal Prerogative and power of dissolution, and to give his consent for the nulling of all other meanes tending thereunto. And for what Mr. Prin intimates further in the said Objection: ,That because all Writs of Summons are actually abated by the Kings death, as well as all other Commissions, and Patents of all Judges, Justices, &c. That therefore this Parliament must needs be dissolved‘. I answer: [...] For though this Parliament was summoned by the King, yet 'tis manifest, its continuance and confirmation did not at all depend upon that (for then he might still have dissolved it when he pleased) but upon the Act of the three Estates, who had established it by Law, and so was now no more dissolvable by the Kings death than any other Statute Law, or Act of Parliament whatsoever, And therefore is not depending on so fickle a thing as a writ of summons, or a patent, or commission given the Judges, and which the King may take away and repeal again at his own pleasure“*<sup>1785</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10]** *„Thirdly, Mr. Prin objects, the Kings name in which the writs for election are issued forth: that because they go out in the name of the*

---

<sup>1782</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 5

<sup>1783</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 5f.

<sup>1784</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 6

<sup>1785</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 7

King reigning, and so calls the persons elected to advise with him personally; and that the parliament to be convened is call'd his parliament, [...] Therefore when the King dies who call'd the parliament to advise and consult with himself, the parliament must necessarily be dissolved [...]. To this I answer first, that though the writs of summons run, to consult with the King personally or by name, yet they say not, to consult with him only, [...] but that the same parliament may also consult with his successor [...] other lawes by the same king made, which are most properly call'd his Lawes, because enacted with his personal consent: and yet we know that they are not so his, but that they are also the lawes of his successors, and are so commonly call'd"<sup>1786</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11]** „The calling of Parliaments, in this or that Kings name, to consult or advise with this or that King, these are but circumstantial things, and done for orders sake, and nothing of the substantials and essence of the Government and kingdomes welfare. [...] But to dissolve parliaments rashly and untimely may throw a well-settled Kingdom into very great hazardous difficulties: [...]“<sup>1787</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12]** „Fourthly, as to what Mr. Prin objects [...] Applying this to the Parliament, which being (as he now expresseth it) ,a Corporation compacted jointly of the King, Lords, and Commons House, and three Estates, that therefore the death of the King necessarily dissolves it notwithstanding this Act‘. I answer, this doth no more prove it than any of his former arguments. [...] For we have not here to do with one estate or more that hath absolute power in it selfe (and intends to execute it) to constitute other persons for any office or trust, as a single person, &c. [...] But with a Parliament, ,Who have voluntarily engaged themselves‘ upon a trust and credit received from the people for their security, with the consent of the King making a law to preserve their session, and establish their own authority against all meanes of their untimely dissolution till they had honourably discharged their trust, and given security and satisfaction to those that gave them credit: [...]“<sup>1788</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13]** „[...] in reference to the conjunctive power of the Parliament consisting of three Estates. [...] following answer to what Mr. Prin intimates concerning the Kings being a part of the Parliament, Who saith, that beccause the King is a part of the Parliament: Therefore if the King dies, the Parliament must needs be dissolved.‘ To which I answer, That the King is rather a part of the Parliament in his Politick than in his personal capacity, which is alwayes subject to death, but his Politick never. With this agrees that famous Lawyer Sir Edward Cook, (see the third part of his Institutes, Chapter the first) where speaking of the High Court of Parliament, and what persons it consisteth, saith in the first place, and in expresse words: That it consists of the Kings Majesty sitting there, as in his Royal Politick capacity, &c. And if so, then the Parliament dies not in all cases when the King dies: [...] For though his person be dead, yet his Royal Authority lives, as is sufficiently evident by the Force and Authority of all our Lawes till repealed by Act of Parliament. [...] in the case

---

<sup>1786</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 9

<sup>1787</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 10f.

<sup>1788</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 11

*of the Kings Majesties Person: Whose Royal Estate and Authority is so evident, that it is declared, undeniable Maxime in our Lawes, He never dies.*<sup>1789</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14]** *„There being this grand difference, between Members of Parliament dying, and the King. They so die, that their Authority cannot be revived, but by new Elections, or Writs of Summons. But the King so dies, that his Authority still lives by immediate succession. [...] And thus the third Estate in Parliament alwayes Living, the joynt power still continues, as Mr. Prim affirms, due circumstances and actions being weighed, and the necessities of the kingdome well considered“*<sup>1790</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 15]** *„Fifthly, [...] Mr. Prims fifth and last argument [...] That because the end of Parliament is to enact new Lawes, and repeal others, &c. which cannot be done but by the Kings assent: And this Parliament being to be dissolved by an Act, and an Act being now impossible to be made by that King for the dissolution of it, he being dead; therefore his death must needs dissolve the parliament notwithstanding this act. I answer in the negative, in no wise. For though he be dead [...] yet not in his Politick capacity. And therefore if the dead King cannot enact Lawes by the Parliament, yet his Successor can [...] Whose death if it should necessarily, as Mr. Prin affirms, dissolve the Parliament; so untimely a dissolution, as the case might stand, might prove very dangerous, and pernicious to the Kingdom“*<sup>1791</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 16]** *„Sixthly, as to what may be objected concerning the dissolution of this Parliament by an Act, when the secluded Members were lately admitted. [...] First, That at the best that was an Act of the House of Commons; and so consequently far short of the authority of an Act of Parliament, or any legal pretence of it: which only consists of King, Lords and Commons. And therefore by any such appulative Act, this Parliament can no wayes be dissolvable. [...] and if not dissolved by the Kings Death: then much less by the said Act of the House of Commons (which carries not the least shadow of legal authority with it, for the dissolution of it) and therefore by the judgement of the said House, rightly understood, 'tis still legally in force and being.“*<sup>1792</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 17]** *„Seventhly, I have but one word more, which answers most fully and unquestionably all Mr. Prims Objections at once, or what else may be said for the dissolution of this Parliament by the Kings death. And that is taken from the supreme legislative authority under God, that the three Estates, vz. King, Lords, and Commons, legally called, have over all persons and causes, in the whole nation; by the vertue whereof they have power to do the highest actions the nation is capable of, though it be even to the dismembering of the parliament it self, and dissolving a considerable part of it, or altering any other Fundamental Constitutions they please, so they see it necessary for the public good. [...] For who may question or controul the actions of a lawful parliament, while none in the Kingdom can so much as pretend to be above them. And if their authority be of so large an extent, even in matters of greatest weight and moment, then much more in things of far inferiour, and much less concernment, as is the confirmation of a parliament to continue after the King's death who*

---

<sup>1789</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 12

<sup>1790</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 13

<sup>1791</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 13

<sup>1792</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 14f.

call'd it [...] By this time it may be hoped the legal being and authority of the Long Parliament is sufficiently evident. [...]“<sup>1793</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 18]** „For though many excellent things have been done by the singular wisdom of this present Parliament, now sitting, [...] That whilst their Authority is not legally founded, the Nation can promise themselves no assurance for the lasting enjoyment of those benefits and securities they have given it, being, ‘tis to be feared, and too justly, they fall void of themselves by virtue of the said Parliaments illegal Policy and Constitution“<sup>1794</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 19]** „But now here, because the fears and scruples which at first apprehension are apt to arise in the hearts of the Generality of the Kingdom, may seem a great Obstruction in Prudence against the return of that Parliament to sit again, in reference to the danger of perpetuating of it, Who therefore may be ready to say, By so doing we may inslave King and Kingdom to such a yোক of Bondage, as we may never be able to break off our own necks, or the necks of our Posterity any more“<sup>1795</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 20]** “I shall give hereunto this closing answer; That the scruple is very rational; and though such a thing there is a possibility they might do or attempt if they should wickedly abuse their trust; [...] the far greater number of the members are of the secluded party, who were thrust and forced out of the House for their Loyalty to the King: Or of those that withdrew themselves upon the offence given by occasion of the Armies violence against King and Parliament; and have been the chief instruments of his present Majesties happy restoration. And therefore, being persons so qualified, we may easily believe they will not be very willing to draw such an Odium [...]“<sup>1796</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 21]** „Who for further security against those fears may easily summon them together by his Proclamation to Whitehall, or where else he pleaseth, before their session again in Parliament, and there receive their personal promise, and ingagemment to confirm the Acts of this present Parliament, and to prepare a Bill the first thing they do at a certain time to be agreed on betwixt his Majesty and them to dissolve themselves, and for his Majesties issuing out Writs for the summoning of a new Parliament, that so things may sweetly return again without violence or injury done either to his Majesties Prerogative, or his Peoples Liberties into a regular and legal way of proceeding to the general security and satisfaction of the whole“<sup>1797</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 22]** „These premised illegalities considered, in reference to this present Parliament [...] Whether is this a lawful Parliament, and capable to make legal and binding Acts? Or having been declared a lawful Parliament by an Act by themselves made since their

---

<sup>1793</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 15f.

<sup>1794</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 16f.

<sup>1795</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 17

<sup>1796</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 17

<sup>1797</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 18

*session with the Kings consent, whether can the Kings consent make them such, though otherwise unlawful in their Call, Principle, and Foundation?”*<sup>1798</sup>.

**[Drake, The Long Parliament revived, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 23]** *“For surely, if a Parliament be lawful merely because of the Kings consent, passing an Act to that purpose, though otherwise utterly unlawful in its Call and Foundation: Then doubtless that Parliament is much more lawful, and in its legal being that was founded upon a lawful Call, and had the Kings consent to an Act to authorize it to continue till they dissolve themselves by an Act. And if that be still a lawful Parliament, then I am sure upon that account this can be none, nor no other, till that be legally dissolved”*<sup>1799</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** *“It is no improper Character which may be given of the Law, that it is nothing else but Reason refin’d, or Reason regulated; it may also be well called the Results of Counsel and Wisdom, after mature and long deliberation; for Deliberandum est diu, quod statuendum est semel: that which is to bear the stamp of a Law, must be a long time a moulding: there must be previous debates, bandings of arguments, and clashings of opinions pro & con go before: [...] This hath been always the mode and method of our English Parliaments, that high National Court, which may be said to be the fountain whence our Lawes do spring [...] have power not onley to constitute and enact new Lawes, but to enlarge, alter, repeal, disannul, or revive any old Statute, Act, or Ordinance for the common good [...] This great Council hath been alwayes held to be the Bulwark of our liberties, the main boundary and bank which keeps us from the inundations of tyrannical power, from arbitrary and unbounded will Government; It is the only prerogative of Parliament jus dare, and afterwards of the grave iudges upon their several Tribunals jus dicere, to declare, expound, and put in execution the Lawes, and Constitutions which have been there enacted”*<sup>1800</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** *“This present treatise consisting of sundry material parts, will shew us the manner and legal forms how this high Court of Parliament hath been held from the beginning. It was compiled by that worthy Gentleman Mr. Hakewel [...] to publish it for the generell good. Therefore it is very fit to be read by all free-born Subjects, for thereby they will inform their understanding upon what grounds our Lawes and Liberties are founded”*<sup>1801</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** *“Here is described the manner after which the Parliament of the King of England, and of his English people was kept in times of King Edward, the sonne of Etheldred the King; which manner was rehearsed by the discreet sort of the Kingdome, before William Duke of Normandy the Conqueror, and King of England; the Conqueror himself commanding this; and by himself approved and used in his times, and in the times of his successours Kings of England”*<sup>1802</sup>.

---

<sup>1798</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 20

<sup>1799</sup> DRAKE, WILLIAM, SIR, The Long Parliament revived, 1660, S. 21

<sup>1800</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. I–III

<sup>1801</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. IV–V

<sup>1802</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 1

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** „*The Lord the King shall sit in the midst of the great bench, and is bound to be present in the first & last day of parliament. And the chancellour, treasurer, Barons of the Exchequer, and justices were wont to record the defaults made in parliament, according to the order following. In the first day the burgesses and citizens of all England shall be called [...] In the third day of the parliament the Barons of the Cinque-Ports shall be called [...] In the fourth day the proctors of the clergy or clerks of the convocation-house shall be called [...] In the first day, the deans, priors, abbots, bishops, and at length the archbishops shall be called [...] In the first day proclamation ought to be made in the hall, or [...] where the parliament is to be held, and afterwards publickly in the city or town, that all those who would deliver petitions or bills to the parliament, that they may deliver them the first day, and so other five days next following*”<sup>1803</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** „*The King was not wont to require help or aid of his Kingdom, unless it were for Warre at hand, or for making his sons Knights, or for marriages of his daughters; and then he ought to require such help in full parliament, and deliver it in writing to every degree of the peers of the parliament, and to answer the same in writing. And we must know that for the granting of such helps and aid, it behoveth that all the peers of the parliament agree. And we must understand that two Knights which come to the parliament for the shires and county out of which they come, have a greater voice in parliament to grant, then the greatest Earl in England: [...] And this is manifest, because the King may hold parliament with the Commonalty and Commons of the Kingdom without bishops, earls, and barons, yet so, as they be summoned to the parliament, although no bishop, earl or baron come according to their summons, because in time past, neither was there bishop nor baron, and yet even then Kings kept their parliament [...] and therefore all things, which are to be affirmed or informed, granted or denied, or to be done by the parliament, must be granted by the Commonalty of the parliament, which standeth upon three degrees or sorts gathered together in parliament, that is to say, the proctors of the clergy, the knights of the shires, the citizens and burgesses, who indeed represent the whole Commonalty of England, and next upon the whole Noblemen, because every one of them is at the parliament in his own proper person and none other*”<sup>1804</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** “*The King is bound by all means possible to be present at the Parliament, unless he be detainde or let therefrom by bodily sickness [...] and then he ought to send for twelve persons of the greatest and best of them, that are summoned to the Parliament, that is, two Bishops, two Earls, two Barons, two Knights of the Shire, two Burgesses, and two Citizens to look upon his person, to testifie his estate, and in their presence he ought to make a commission, and give authority to the Archbishop of the place, the Steward of England, and Chief Justice, that they jointly and severally should begin the Parliament, and continue the same in his name [...] because there was wont to be a cry or murmur in the parliament for the Kings absence, because his absence is hurtful and dangerous to the whole commualty of the parliament and the Kingdom [...]*”<sup>1805</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** “*The King is the head, the beginning and the ending, and so he hath not any peer or equal. The second degree is of Archbishops,*

---

<sup>1803</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 9–11

<sup>1804</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 24ff.

<sup>1805</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 27f.



*Bishops, Abbots &c. holding by Baronies. The third is of proctors [...] The fourth is of Earls, Barons, and others, great and noble personages. The fifth degree is of the knights of the shire. The sixth degree is of citizens and burgesses; and so the whole parliament stands of six degrees: But we must know, than though any of the five degrees besides the King shall be absent, yet premonished by summons, the parliament is taken for full*<sup>1806</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** *“The Royal Assent is given in this sort; after some solemnities ended, the clerk of the Crown readeth the Titles of the bills [...] the clerk of the parliament pronounceth the Royall Assent [...] if it be a publick Bill to which the King assenteth, he ansereth ‘Le Roy le veut’; if a private Bill be allowed by the King, the answer is, ‘Soit fait come il est desire’: If a publique Bill which the King forbearth to allow, ‘Le Roy se avisera’. To the subsidy-Bill, ‘Le Roy remercie ses Loyaulx’, accepts his subjects benevolence; & ,ansi le veult’*<sup>1807</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** *„All Persons and Commonalties who shall be summoned to the Parliament, shall come as it hath been accustomed of the ancient time: and he that commeth not, having no reasonable excuse, shall be amerced and otherwise punished, as of ancient time hath been used, 5. R. 2. Statut. 2. cap. 4.*<sup>1808</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10]** *„And it appeareth to be true which Fortescue saith in his 18. Cap. Fol. 40. That Acts of Parliament and Statutes of England are not made onely by the Princes pleasure, but also by the consent of the whole Realme: [...] they are not ordained by the Advice of one Man onely, or of one hundred wise Counsellours, but of more then three hundred chosen Men; which agreeth with the ancient number of Ancient Senators of Rome*<sup>1809</sup>.

**[Hakewill, Modus tenendi Parliamentum, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11]** *„And that such is the dominion the Civil Law purports, when they say, Quod Principi placuit legis habet vigorem. But by the Laws of this Kingdom the King cannot by his Proclamation alter the Law; but the King may make Proclamation that he shall incurre the indignation of his Majesty that withstandeth it. And by his absolute authority, the King may commit any one to prison during his pleasure [...] But the penalty of not obtaining his proclamation, may not be upon pain of forfeiture of his Goods, his Lands, or his Life, without Parliament*<sup>1810</sup>.

**[Harrington, The Rota, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** *“The Principles of Government: All Government is Founded upon over-ballance, in Propriety. If one Man hold the over-ballance unto the whole People in Propriety, his Propriety causeth absolute Monarchy. If the Few hold over-ballance [...] causeth Aristocracie, or mixed Monarchy. If the whole People [...] causeth Democracie, or Popular Government. The Government of one against the Ballance, is Tyranny. The Government of the few against Ballance, is Oligarchie. The Government of the many against the Ballance, is Rebellion or Anarchy. Where the Ballance of Propriety is equall, it causeth a state of Warr. [...] If the*

---

<sup>1806</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 31

<sup>1807</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 41

<sup>1808</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 54

<sup>1809</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 55

<sup>1810</sup> HAKEWILL, WILLIAM, Modus tenendi Parliamentum, 1660, S. 90f.

*over-ballance of Propriety be in one Man, it necessitateth the Forme of the Government to be like that of Turkey. If the over-ballance of Propriety be in the Few, it Necessitateh the Forme of the Government to be like that of King, Lords, and Commons. If the People be not over-ballanced by one, or a few, they are not capable of any other Forme of Government, then that of a Senate, and a Popular Assembly. For example, as followeth:*<sup>1811</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** *„Politicians new and old have beaten their brains, and shot at rovers in writing of divers sorts of Governments; but the wisest of them concur in this opinion, that there is no Government more resembling Heaven, and more durable upon Earth, or that hath any certain principles, but Monarchy [...]”*<sup>1812</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** *„I am of opinion that there is in policy but one true Universal Maxime, which is, as you said before, to have alwayes a standing visible effectif power in being, as wellt o preserve, as to curb a people; and it is very fitting they should pay for their protection [...] Defend me, and spend me”*<sup>1813</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** *“The people extreamly long’d for a Parleмент, and they had a long Parleмент, for it lasted longer then all the Parlements that ever were in England since the first institution of Parlements, put them all together; there was never such an Idol upon earth as that Parleмент [...] it was held a blasphemy, and a sin against the holy Ghost to speak against it [...]”*<sup>1814</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** *“[...] they did afterwards monstrous things. They assumed to themselves all the Regalia’s of the Crown, they seiz’d upon Sword, Great Seal, and Sovereignty, upon the Militia, and all the Marks of Majesty, nay they did arrogate to themselves the Legislative and Supreme power, &c.”*<sup>1815</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** *„The Commission or Writ is the foundation whereon the whole Fabric of the power and duty of both Houses of Parleмент is grounded. The first House is to parly or have conference, and to treat with the King; the other House is only to do and consent unto what the other shall ordain by their help and conference: so that by this Writ we doe not find that the Commons are called to be any part of the great Council of the Kingdom, or of the Supreme Court of Judicature, much lesse to have any share in the Legislative power or to consult [...] but only to consent”*<sup>1816</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** *„[...] yet the Commons were not call’d to Parleмент till the reign of Henry the first, [...] to which purpose Sir Walter Rawleigh writes, saying, it is held that the Kings of England had no formal Parlements, till about the 18. yeer of Henry the first, at which time the Commons were summon’d, and the great Charter was granted: And if we believe Sir Walter Rawleigh and others, the House of*

---

<sup>1811</sup> HARRINGTON, The Rota, 1660, S. 3f.

<sup>1812</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 4

<sup>1813</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 8

<sup>1814</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 9

<sup>1815</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 10

<sup>1816</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 18

*Commons, and Magna Charta had first but obscure births, being sprung from usurpers, and foster'd afterward by rebellion; [...] King John confirm'd upon the same grounds, for he was also an usurper [...] so the House of Commons and these great Charters had their original from such that were Kings de facto, not de jure*"<sup>1817</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** „it was in the reign of Henry the first that the people were admitted to the Common Council of the Kingdom, yet they were not constantly call'd, for though the said King call'd them to his Coronation, and again in the 15. or 18. year of his reign, yet he did not so always, neither many of those Kings that succeeded. [...] notwithstanding that the Commons were sought unto in Henry the first time, yet they were not constantly and formally sent unto till Henry the third, in whose reign the Writs of summons for elections were first issued; but the succeeding Kings assum'd a power to regulate those Writs at pleasure by the sole advice of their Privy Council, as we read in the time of Henry the sixth, who was the first framer of that famous Ordinance [...] that Knights of Shires be chosen by people dwelling in the Counties, every one of them having lands or tenements to the value of 40 s. per annum, at least [...]”<sup>1818</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** „such was the moderation and modesty of the House of Commons in former timest hat they declin'd the agitation, and cognizance of high State affairs, especially forren, humbly transferring them to their Soverain and his Upper Council”<sup>1819</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** “I am clearly of your opinion [...]; for secrecy being the soul of policy, matters of State should be communicated to the cognizance and deliberations of few, viz. the Governour in chief, and his Privy Council”<sup>1820</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10]** “The difference 'twixt the King or Supreme Magistrat, and the Parlemt, is this, that the one represents God, and the other the people, then judge you to whom belongs the greatest power: [...] the results and productions of Parlements, at best, are but Bills, 'tis the Kings breath makes them laws, till then they are but dead things, they are like matches unfired, 'tis the King that gives life and light unto them: [...]”<sup>1821</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11]** „Polyander: [...] I desire to know, whether by an implicit faith we are to obey what the Parlemt determines; or whether it may err or no, and what are those privileges it hath. Philanglus: [...] Touching the first, no doubt but we are to acquiesce in what a tru Parlemt ordains, for it is generally binding, and requires an universal obedience, because it bears the stamp of Royal authority, and of the Supreme Magistrat, who is the head of the Parlemt [...] Touching the second point, Sir Edward Coke tells us that 'Parliaments have been utterly deceive'd, and that in cases of greatest moment', specially in the interpretation of laws, and in that point the twelve Judges, who are called the Sages and Oracles of the law, and whose duty it is legem dicere, are to be believed before the Parlemt, whose office is more legem dare, to make new laws, then to

---

<sup>1817</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 28

<sup>1818</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 29f.

<sup>1819</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 33

<sup>1820</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 34

<sup>1821</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 38

*expound the old; Parlements being composed of men may erre; Mr. Pryn, [...] tells us how many usurpers they have preferred before the rightful Heirs; How often did Henry the eight make Parlements the panders of his lust, and instruments of his tyranny [...]“<sup>1822</sup>.*

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12]** „[...] what are the privileges of Parlement, which were so much insisted upon, and cried up in the late long Parlement, till they swell'd so high, that they swallowed up and devour'd the Prerogative, and overwhelme'd all the banks of Justice, and private propriety [...] If we will give credit to Sir Ed. Coke, who was a great Champion of the House of Commons, and no friend to Prerogative (which he was us'd to call that Great Monster) the privilege of freedom from Arrests is the only privilege of Parlement“<sup>1823</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13]** „Polyander: They are mighty things indeed, and they are marvailous in our eyes; Nor do these Iles only, but every corner of the habitable Earth ring thereof; nay the Sea swells high with the breath of them; England may be said to be heretofore like an animal that knew not her own strength, She is now better acquainted with her self, for in point of power and treasure she did never appear so high both at home and abroad, by Sea and Land [...] Though the Emperour, and the Mediterranen Princes of Germany, whom she cannot reach from her Portholes, care not much for her“<sup>1824</sup>.

**[Howell, Philanglus, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14]** “Polyander: [...] As also of the practice and modesty of Parlements in former times, who declin'd high affairs of State, specially forren, much more to arrogate to themselves the supreme power; for Sovereignty may be said to be an indivisible ray deriv'd and darted from the Divine Majesty it self; it cannot be divided amon a multitude [...] Therefore I ascribe to his judgment who holds that the firmest and most compendious way of Government is when the supremacy resides in one person, whom the people ought to trust by an indispensable necessity for their own advantage, in steering the great Vessel of the Common-wealth, with the advice of a select Councell [...] It is requisite also that this single person should be attended with a standing visible veteran Army to be payed well, and punish'd well if there be cause, to awe as well as to secure the people, It being the greatest solecism that can be in Government to depend merely upon the affections of the people, for there is not such a wavering windy thing, not such an humorsom and cross-grain'd Animal in the World as the Common people [...] There be divers modern Sciolists, that busie their brains to prescribe Rules of Government, but they involve the Reader in universals, or rather bring him to a labyrinth of distinctions [...]”<sup>1825</sup>.

**[Lawson, Politica sacra & civilis, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** “To this end we must observe what (Politica) which some call the rule of Government of a Politie is. 2. What a Politie or Commonwealth. 3. What the parts of (Politica) be. Politica, or Politicks is the act of well ordering a Commonwealth. A Commonwealth is the order of Superiority and subjection in a Community for the publick good. Of Politicks there be two parts, the constitution of a Commonwealth, the administration of a Commonwealth. These rules are the foundation of the following discourse [...] therefore Politica must have two parts, the first must be the rule of the Constitution, the second the rule of

---

<sup>1822</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 50f.

<sup>1823</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 53

<sup>1824</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 182f.

<sup>1825</sup> HOWELL, Philanglus, 1660, S. 185ff.

*Administration. For the more orderly proceeding in this particular, I will begin with the Constitution, which will take up the first book of this treatise, then I will proceed to the Administration, the subject of the second book*<sup>1826</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** *“After the acquisition both of Civil and Ecclesiastical power, follows the disposition of both, which will take up a great part of this first book. And 1. Of the manner of disposing civil power. [...] Yet because power civil may be so communicated and acquired, that it may be disposed of several ways: and from these several wayes of disposing, arise several distinctions and differences of Common-wealths. I thought good to make Disposition a distinct thing from Acquisition, and so handle it for the better understanding of this particular. I will 1. premise some general observations. 2. Briefly declare the several wayes of disposing Majesty, and the several forms of Government. 3, Inquire into the Constitution of the Common-wealth of England. 4. Deliver some things concerning our condition in these last times*<sup>1827</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** *“[...] the difference and distinction of the parts and members of a Community. For besides those which are virtually members, there are such as are sui juris, independent upon others: and these are divided into three Ranks. As 1. Such as are onely free. 2. Such as are of the Nobility. 3. Some are super-eminent. The two former are called in Latin, Plebs & optimates. And among these optimates there may ve very great difference: [...] These are called the Tres ordines, the three States or Ranks of the whole body of the people, with us, King, Peers and Commons. The super-eminent are few, the Peers more in number, yet not very many: the Commons are the greatest multitude by far, and make up the main body of Society. Yet with us, of these there be several degrees and subdivisions. Amongst the Commons we find [...] Amongst the Peers [...] The highest of these [...] In some countries [...] there be Peers and Lords, which hold in Allodio, and these are independent upon the King in divers respects: such also the Princes of Germany for the most part. And in those States where such are found, the Government is usually Aristocratical. [...]”<sup>1828</sup>.*

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** *“[...] concerning the disposing of Majesty whether reall or personell, though all Majesty actually ruling, must be in some sense personal. First this super-eminent power may be placed purely in one or more. In one, and then that State is called a Monarchy. Yet it may be disposed in several wayes. 1. More absolutely. 2. More strictly limited. An absolute Monarch, whether Elective or Hereditary is such, as hath a full power over his subjects goods and persons as his own: so that the people have neither propriety in their goods, nor liberty of their persons. They are but his servants, and little better than slaves: [...] This Government is absolutum dominium, and therefore termed Despoticum [...]”<sup>1829</sup>.*

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** *“There be Princes invested with Majesty, who challenge the Legislative power unto themselves, will by Proclamation or Edict command the goods of their subjects, and imprison their persons at will and pleasure. These, though they be limited by the fundamental Constitution, and their Oaths, are in exercise of their power as absolute as the former. [...] This kind of Monarchy is apt to degenerate into tyranny of one person. Yet if this kind of Sovereign be wise, just and virtuous, the people may live*

---

<sup>1826</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 8

<sup>1827</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 75

<sup>1828</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 76f.

<sup>1829</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 77f.

*happily under his protection. Yet such a power, and so unlimited is not fit to be trusted in the hands of every one. And if it be hereditary, woe to the people that live under it*<sup>1830</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** *“An absolute and pure Monarchy is a very dangerous form of Government and very inclinable and propense to tyranny; and such a Sovereign, as is invested with such transcendent power, degenerates and turns tyrant. Experience in all times and places makes this evident, Monarchy indeed in some respects is the best Government. Yet, such is the imperfection and corruption of man that it proves not to be so. [...] But in a succession, whether elective or hereditary, we find in tract of time few good, many bad, and very wicked*<sup>1831</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** *„There is another way of disposing Majesty than the former, and that is, when its fixed purely in more than one and that is twofold in optimatibus or plebe. When it is disposed in few, and the same more eminent, its called an Aristocratie, so called from the quality of the persons who govern*<sup>1832</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** *„If there be not care taken in the succession, that the best may succeed the best, the body will corrupt and degenerate into an Oligarchy, which is then done, when either they agree to advance their own private interest, to the neglect of the publick; or if they be divided, one party bears down another, and a few prevailing engross the power, and usurp far more than is due, and oppress the people, and so prove a number of tyrants*<sup>1833</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** *“Majestas pure disponitur in Plebe. This is the last and basest kind of pure Models. For Plebs signifies the inferior rank of people, which for number far exceed the rest. [...] For this kind of government is very subject to faction, disorder and tumults. The name of it is Democracy: in which there is the greatest liberty; not only because they are free from Peers and Princes, but because every one may be a Magistrate [...] Yet because in such a state there be few men of learning, wisdom, experience in matters of State, most of mean Education, and many so taken up with their own private affairs, it can hardly continue long without some alteration, if not ruine. It presently degenerates into an Ochlocracy, and when such, there it cannot stay long before it become an Anarchy*<sup>1834</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10]** *“Majestas disponitur mixte in pluribus sive omnibus. There is another kind of disposition different from the former, and its called a mixt Government. The reason of the name few know, because they little understand the thing. It is not called so, as many think, because the Jura Majestatis are divided and given some to the peers, some to the people, and some in some states to the Prince. For this tends to confusion, and doth not well suit with the nature of Sovereign Power. Therefore its the cause of many quarrels and dissentions. But its called mixt, because either three or at least two of the States are mixt toegther, so as*

---

<sup>1830</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 78

<sup>1831</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 80

<sup>1832</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 81

<sup>1833</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 82

<sup>1834</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 83

that the Sovereignty is joyntly in them all and in the whole, And of these there are two sorts. For sometime there is no Prince in the administration, and then its in the Commons and the Peers; not in Peers and in Commons severally; but in both joyntly. Sometimes its in omnibus, in Prince, Peers, Commons. [...] This kind of government is called a Free State, a popular State, a Republick, or the Republick, and may be the best State of all others, where Majestas is tota in toto, yet there may be several kinds of this manner of Government, which by the Philosopher is called *The Politie*”<sup>1835</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 11]** “If either of the two, or any of the three States be predominant in the administration, the State is denominated from the prevailing part. For where the Prince hath the title of King, and is predominant in the exercise of the power, its called a Kingdom or Monarchy; where the Peers, its an Aristocracy, where the Commons, a Democracy; And yet if it be a right mixture, it can be none of these: and in this particular many are deceived. For where the whole power is wholly in the whole, there Populus, that is, King, Peers and Commons, are the proper subject of Majesty in the Constitution; by and in which if any be predominant, it cannot be a free state. Such a Government the German Empire and the State of Venice seem to be. [...] Lacedaemonian State [...] State of Rome [...]”<sup>1836</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 12]** “I proceed to say something of the constitution of the State of England, which hath long been governed by Kings and Parliaments.[...] For this modell of ours began in the time of the Saxon Kings, and was brought to perfection, some say before, some say, in Edward the Confessors time. What the power of these Parliaments, and of these Kings were, is the great question. For that once known, the Constitution will be evident. There was a power of Kings, and also of Parliaments severally, and a power of them jointly considered, we find the real Majesty in the People, and personal Majesty in King and Parliament jointly; and a secondary personal Majesty, sometimes greater sometimes less in the Kings, in the intervals of Parliament [...] 1. Therefore I will suppose the government of England to have been by King and Parliament before the Conquest, and to have continued so till our dayes: [...]”<sup>1837</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 13]** “[...] the second point, and the same of more importance is, to know what this power once acquired and possessed is. For the Roman Emperors acquired their power by election, and yet it was absolute, as is pretended and very great. [...] the Prerogatives of the King of England. Prerogatives saith Sir Roger Owen, are the Flowers, which by time immemorial the Commons of this Realm have granted the Kings thereof. If this be true, he hath no Prerogatives, but such as granted him, and that by the Commons of England. But Judge Crook is no flatterer, he speaks plainly, and saith, he knows no Prerogatives the King hath but this, ,that he cannot do wrong‘. [...]’*Id quisque potest, quod jure potest*‘. The meaning is, they ought not to do wrong; for to do wrong is contrary to the Laws of God: whereby they hold their Crown, and also to the very end, for which God instituted civil Government”<sup>1838</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 14]** “[...] its said to consist of two Houses, which some call upper and the lower. This the Commons did not like, did not acknowledge. The two Houses, or

---

<sup>1835</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 84

<sup>1836</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 85

<sup>1837</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 86

<sup>1838</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 88

*the House of Commons, and the House of Peers may be tolerable: and I do not know they ever excepted against the expressions. Many ungratefull und unworthy persons [...] have much depressed the House of Commons, and are not ashamed to say, such is their ignorance, that it is but of late standing. Yet its the chief part, and almost the whole Representative: the Peers to them are but inconsiderable. [...] the heaviest burden lyes on them. And though by Commons, some may understand only the Plebeian Rank, yet there we find in that House men of as good birth, Estates, and as eminent vertues, as many of the Lords be”*<sup>1839</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 15]** *“By all this, something of the nature of the Parliament may be known. But then what is the power of this assembly, either severally considered without the King, or joyntly with the King? [...] if the King have no negative voice, the Legislative and judicial power is in them, and their ultimate Resolves and Dictates in all matters of Counsel must stand. An if so, then reason will conclude, that if the King refuse to be personally or virtually present, and to act with them, they may do any thing for the good of the Kingdom without him, which they do joyntly with him. Yet because Laws and Judgement are ineffectual without execution, therefore the King, being trusted with the execution, was required to give his consent, that he might take care of the Execution. For to the end was he trusted with the sword of Justice and War, that he might protect the people, and see that laws and judgements be executed. If we consider the Parliament as consisting of King, Peers and Commons joyntly, it is the first subject of personal Majesty, and to it, and it alone belongs all the Jura Majestatis personalis. They have the power Legislative, judicial, executive, to exercise it in the highest degree; and may perform all acts of administration as distinct from the Constitution. They are the highest assembly for Legislation, the highest Council for advice, the highest Court for Judicature”*<sup>1840</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 16]** *“The true reason, why the Parliament cannot do some of these things, not others mentioned by him, is, because they have not real but personal Majesty. They cannot alter the Government, nor take away divers things belonging to the Crown, because they did not give the prerogatives of the Crown at the first. the Commons of the Realm gave them, as he confesseth. The form of Government was first constituted by the Community of England, not by the Parliament. For the Community and people of England gave both the King and Parliament their being; [...] The Community indeed may give a Parliament this power to take away the former Constitution, and to frame and model another, but then they cannot do this as a Parliament, but as trusted by the people for such a business and work: nay, they may appoint another assembly of fewer or more to do such a work without them. They may set up a Concilium Sapientum [...]”*<sup>1841</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 17]** *“When he saith, that the Parliament cannot change the form of Policy from a Monarchy, he presupposeth our State of England to be a Monarchy, yet if he distinguish not between the Constitution and the administration, he may be guilty of an error. For its not a Monarchy, but only in respect of the executive part in the intervals of Parliaments. Our Ancestors abhorred*

---

<sup>1839</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 91

<sup>1840</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 93f.

<sup>1841</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 94f.



*absolute and arbitrary Monarchs: therefore before they did establish a King, they made a bridle to keep him in, and put it upon him. This is plain from Bracton, Fortescue, the Coronation Oath, and the Mirrour*<sup>1842</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 18]** „[...] and that he did not oppose the Parliament, but a seditious party in the Parliament and other Sectaries [...] and without the judgement of able Lawyers and learned Divines, he did not undertake the War, either against Scotland, or England, or any other“<sup>1843</sup>.

**[Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 19]** „One of their learned Casuists delivers this as a positive truth; ‘That to disobey a lawfull Sovereign is such an act, as that no circumstances can make it lawful’ [...] Divers, who read this in his Books, conceive, that in this he toucheth the cause and controversie between King and Parliament: [...] But then the Question is, What he means by Sovereign, what by disobedience to a lawful Sovereign? If he mean by Sovereign one invested with supream power, and an absolute Monarch, its clear enough the Kings of England were not such“<sup>1844</sup>.

**Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 20]** „[...] the Kings of England, their Commands are personal or legal: his legal Commands, if agreeable to the laws of God ought to be obeyed, and his subjects are bound to submit unto his legal power, for other power, as King, he hath none. But as for his personal Commands, they bind no subject as a Subject, and if they be contrary to the law, in obeying them, we may be guilty of disobedience to the law, nay of disobedience to the King as King, nay, guilty of treason against the Kingdom and the Kings Crown & Dignity“<sup>1845</sup>.

**Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 21]** „The Foundation to be laid, is, first to find out the ancient Constitution before it was corrupted too much, and understand the great wisdom of our Ancestours, gained by long experience in the constitution of this our State. This may be done by some experienced Statesmen, and Antiquaries in law, and that as well, if not better out of Parliament, then in Parliament. For a Parliament it self must have some Foundation and certain Rule of their very being, before they can enact steadily and regularly, and not spend their time of every several Parliament in molding their Government anew. [...] And let us not undo what is already done, if it be consistent with the best model“<sup>1846</sup>.

**Lawson, *Politica sacra & civilis*, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 21]** „But when this limited succession shall prove (as it may do) inconsistent with the publick interest, its not so much to be regarded. For, why should the honour or priviledge of one Family prejudice the universal safety of a Nation. We know that vast Empires and Kingdoms have by an unlimited Election continued long. And that which might help much in this case, is that policy of the German Empire in the Interregnum to have an administrator General“<sup>1847</sup>.

---

<sup>1842</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 95

<sup>1843</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 101

<sup>1844</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 101f.

<sup>1845</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 103

<sup>1846</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 111

<sup>1847</sup> LAWSON, GEORGE, *Politica sacra & civilis*, 1660, S. 111f.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 1]** „What is, if this be not to sow sedition, and to lay the foundations of a new warre [...] that the Author is no such great friend to the publick good of his native Countrey, as is pretended. For then he would have it to follow, that the present Parliament is of no authority to binde the subjects of this Nation, and that their Acts have not the force of Laws, and if so, then all Acts are void and of no force that they have made in order to those excellent ends of restoring his sacred majesty to his just birth-right, and the Laws and liberties of the people to their free exercise and splendour, which this present Parliament have, to their eternal glory and honor, with great prudence and moderation effected?“<sup>1848</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 2]** “How will the Author and the Nation be sure of another Act of Oblivion, of so full and comprehensive Mercy as that which is already passed and published. If that should not be an Act of Parliament, it is only the Kings Declaration which is pleadable in no court for any means discharge. Besides his Majesties Declaration from Breda referres to this Parliament now sitting, and by his letters to them, hee obliged himself by his Royal word to passe those Laws which are already Enacted, and other now in Agitation for the quiet settlement of the nation, and therefore he is not concerned in Honor or conscience (for otherwise he is not obliged) to give his Royal Assent to those Acts when they shall be presented to him by the Long Parliament [...]“<sup>1849</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 3]** „Thirdly, the Authors malevolent nature appears in this, That relying upon one distinction only, that there is a difference betwixt the nature of a Parliament in its ordinary constitution, and a Parliament strengthened by a Special Law made to that purpose, and some few shreds out of the third Institutes, he dares to cross the general opinion of learned men, and like a pigmy upon the shoulders of a giant, bid defiance to all opposers“<sup>1850</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 4]** “It will be agreed to the author, that Parliaments rightly constituted in the general, are very instrumental for the safety and happiness of this Kingdome, and that the Members of Parliament ought to enjoy their due privileges. But his inference will not hold in applying the general rule to every particular Parliament. [...] seeing the rule of Livy is generally true, in consiliis major pars plerumque vincit meliorem. We have had an insanum Parliamentum of old. And the effects of the late Long Parliament, caused by the faction and perverseness of some predominant parties amongst them, even to the dissolution of our Government, is a sufficient proof of sober and unbiased persons, that the general thesis ought to be understood with several limitations. [...] yet it doth not follow that therefore those men should be permitted to sit whose Authority is determined by the course of Law [...]“<sup>1851</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 5]** „[...] and when the end of an Act of Parliament is satisfied, the Act looses ist force, Aquisito fine cessat operatio [...] And therefore if all the ends for which the Act 17. Caroli was made be satisfied accordingly by the payment of the money therein

---

<sup>1848</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 3f.

<sup>1849</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 4f.

<sup>1850</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 5

<sup>1851</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 5f.

*mentioned, to be borrowed upon the security of that Parliament, Then is the suspension taken off, and the Kings prerogative, and the ordinary course of dissolution of Parliaments is revived again as it was before that Act made, and by consequence they are dissolved by the Martyrdom of his late Majesty*"<sup>1852</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 6]** *"There is no man, I think, so irrational as to imagin, that by this Act they are a perpetual Parliament; First, because it is contrary to the end designed in the preamble. Secondly, because it is against the fundamental Constitution of the politick government of this Kingdom, & against all the presidents and books of Law, which always mention successive Parliaments; Thirdly it is against the Liberty of the Subject, which a Parliament cannot alter in so principal a part, especially seeing the Lawmakers may be intended reasonably to do it for their own benefit, who in their own cases, by the Law of Reason, can be no competent Judges*"<sup>1853</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 7]** *„In successive Parliaments the Country have every time power to chuse a new, and 'tis not often (though sometimes) seen, that one man is chosen in many successive Parliaments: which variation is necessary for several reasons; Sometimes because they would chuse persons aptly qualified in parts or affections, or both, to the Matters of State then in agitation; Sometimes they elect persons having interests by their own greatnesse or alliance to procure some particular businesse of Consequence effected for the County or Corporation for which they serve, So that to endeavour a perpetual Parliament, would prejudice the peoples repeated election, which is not to be allowed. Besides, this inconvenience would follow a perpetual Parliament, that the persons chosen may may be altered in Body, Mind or Morals, and so unfit for that service, yet their authority would be continued. For a Knight, Citizen or Burgesse can make no proxie, and Sicknesse, &c. is no cause of Removal. And further, if those persons should grow old in that power, they would engrosse the offices of the kingdom into their own hands, and by great means, and friends, and privilges overtop their Countrymen and make them meet Under-woods*"<sup>1854</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 8]** *„That seeing this Act is derogatory in a matter of the highest nature to the Law and Custome of Parliament, but especially to the Kings Prerogative, which the Law supports and cherishes as a balance to the two other Estates, to preserve the perfect Crafts and equal Temper of the Politick Government*"<sup>1855</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 9]** *„[...] Not by the Common Law and custom of Parliaments; because [...] That Parliament, as it was a Parliament by the Common Law, naturally determined by the demis or death of the King [...] Nor are they a Parliament by the especial Statute, because then it would be another thing distinct from that Parliament which was summoned in the Kings life, to which the power of Representation, which was conferred upon the Members thereof, by the people in their Election cannot extend; for the Country being enabled to choose them by the Kings wirt, the persons elected received no power from them, but according to the tenour of the Kings writ, which determining with the Kings life, the power of representing the people,*

---

<sup>1852</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 10

<sup>1853</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 11

<sup>1854</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 11f.

<sup>1855</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 13

*which they received at their Election was then likewise determined, and by consequence they were no longer the peoples Representatives; and therefore no Parliament*<sup>1856</sup>.

**[Prynne, The long Parliament twice defunct, 1660, Analekten, Textauszug Nr. 10]** *„There was never any Government so perfect but it had some Naevi in the Constitution, and some Errors and Miscarriages in the Practice. [...] And therefore we ought not critically too ensure the Actions of our Superiors, because we know not all the circumstances that encouraged and gave occasion for their Counsels, and if we did we must make abatement of some grains to humane frailty, and the short-sightednesse of our knowledge, and the multitude of Accidents which can neither be foreseen, nor prevented. Such are the Judgements of the Wise and Moderate. [...] I shall only adde one Lesson that the late wars have taught me, To resist the Prince [...] can tend to no good End in Policy. [...] I hope the Nation will not any longer be deluded by Impostors, who make Religion and the Liberty of the Subject the stalking horses to their own private Designs; [...] Eritis insuperabiles, si fueritis inseperabiles*<sup>1857</sup>.

---

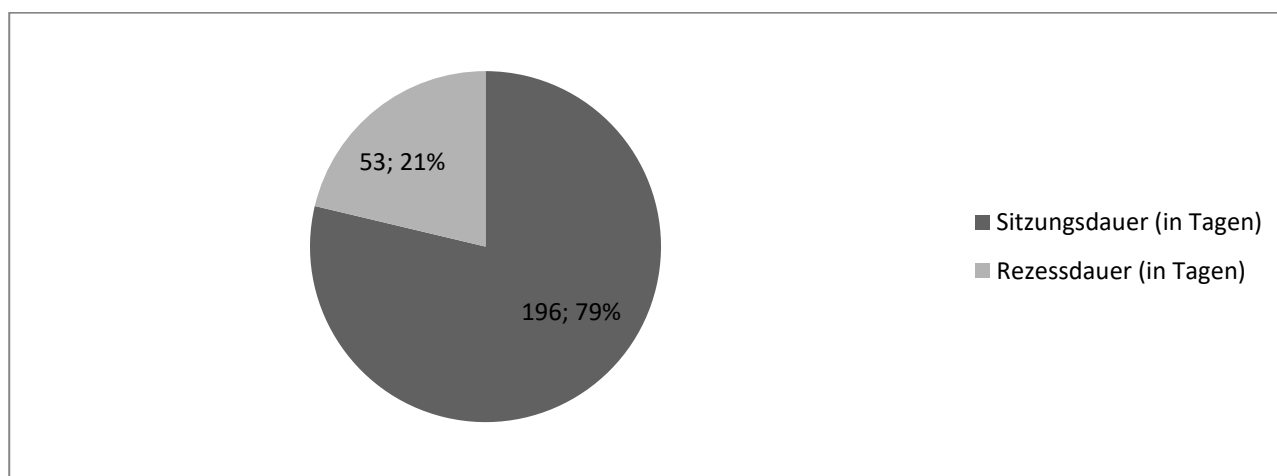
<sup>1856</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 14f.

<sup>1857</sup> PRYNNE, WILLIAM, The Long Parliament twice defunct, 1660, S. 39f.

## II. Tabellen und Diagramme zur Parlamentsdauer

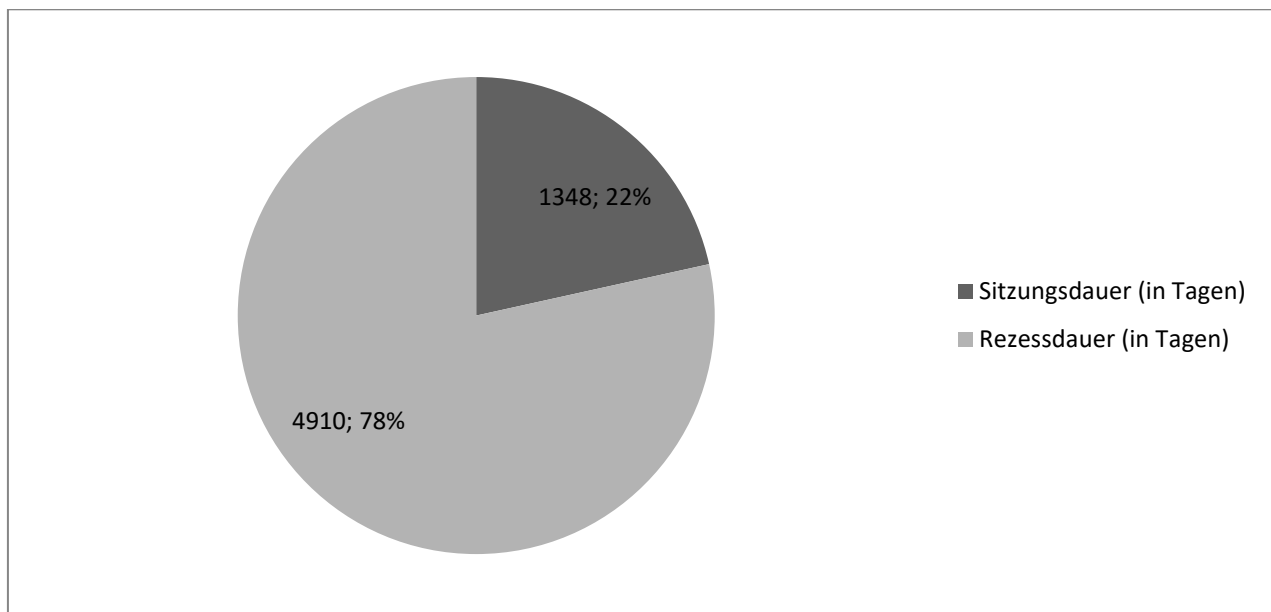
### 1. Parlamentstagungsdauer (1660-1679)

1st Convention Parliament (1660)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	25.04.- 13.09.1660	142	4,73	13.09.- 06.11.1660 P	53	1,8
2	06.11.- 29.12.1660	54	1,8	29.12.1660 D		
<b>Summe</b>		<b>196</b>	<b>6,53</b>		<b>53</b>	<b>1,8</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	25.04.1660- 29.12.1660	<b>249</b>	<b>8,3</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	29.12.1660- 08.05.1661	<b>130</b>	<b>4,33</b>			



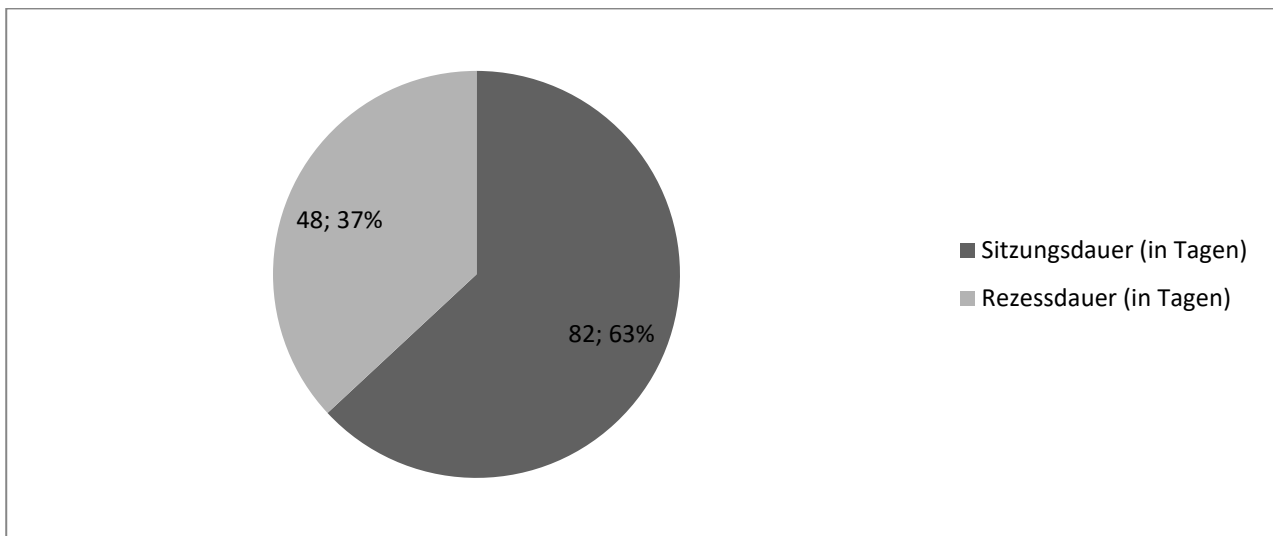
Cavalier Parliament (1661-79)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	08.05.1661- 30.07.1661	63	2,1	30.07.1661- 20.11.1661 A	123	4,4
2	20.11.1661- 19.05.1662	123	4,1	19.05.1662- 18.02.1663 P	275	9,16
3	18.02.1663- 27.07.1663	109	3,63	27.07.1663- 16.03.1664 P	233	7,76
4	16.03.1664- 17.05.1664	39	1,3	17.05.1664- 24.11.1664 P	190	6,33
5	24.11.1664- 02.03.1665	63	2,1	02.03.1665- 09.10.1665 P	221	7,36
6	09.10.1665- 31.10.1665	20	0,67	31.10.1665- 18.09.1666 P	324	10,8
7	18.09.1666- 08.02.1667	105	3,5	08.02.1667- 10.10.1667 A	244	8,13
8	10.10.1667- 19.12.1667	70	2,33	19.12.1667- 06.02.1668 A	49	1,63
	06.02.1668- 09.05.1668	96	3,2	09.05.1668- 19.10.1669 P	519	17,3
9	19.10.1669- 11.12.1669	37	1,23	11.12.1669- 14.02.1670 P	62	2,06
10	14.02.1670-	46	1,53	11.04.1670-	196	6,53

	11.04.1670			24.10.1670 A		
	24.10.1670- 22.04.1671	180	6	22.04.1671- 04.02.1673 P	653	21,76
11	04.02.1673- 29.03.1673	45	1,5	29.03.1673- 20.10.1673 A	205	6,83
				20.10.1673- 27.10.1673 P	7	0,23
12	27.10.1673- 04.11.1673	6	0,2	04.11.1673- 07.01.1674 P	65	2,16
13	07.01.1674			07.01.1674- 12.01.1674 A	5	0,16
	12.01.1674- 24.02.1674	37	1,23	24.02.1674- 13.04.1675 P	402	13,4
14	13.04.1675- 09.06.1675	44	1,46	09.06.1675- 13.10.1675 P	126	4,2
15	13.10.1675- 22.11.1675	28	0,93	22.11.1675- 15.02.1677 P	522	17,4
16	15.02.1677- 16.04.1677	60	2	16.04.1677- 28.01.1678 A	287	9,56
	28.01.1678- 27.03.1678	58	1,93	27.03.1678- 29.04.1678 A	99	3,3
	29.04.1678- 13.05.1678	14	0,46	13.05.1678- 23.05.1678 P	10	0,33
17	23.05.1678- 15.07.1678	43	1,43	15.07.1678- 01.08.1678 A	16	0,53
				01.08.1678- 21.10.1678 P	52	1,73
18	21.10.1678- 30.12.1678	62	2,06	30.12.1678- 24.01.1679 D	25	0,83
<b>Summe</b>		<b>1348</b>	<b>44,93</b>		<b>4910</b>	<b>163,66</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	08.05.1661- 24.01.1679	<b>6258</b>	<b>208,6</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	24.01.1679- 06.03.1679	<b>41</b>	<b>1,36</b>			

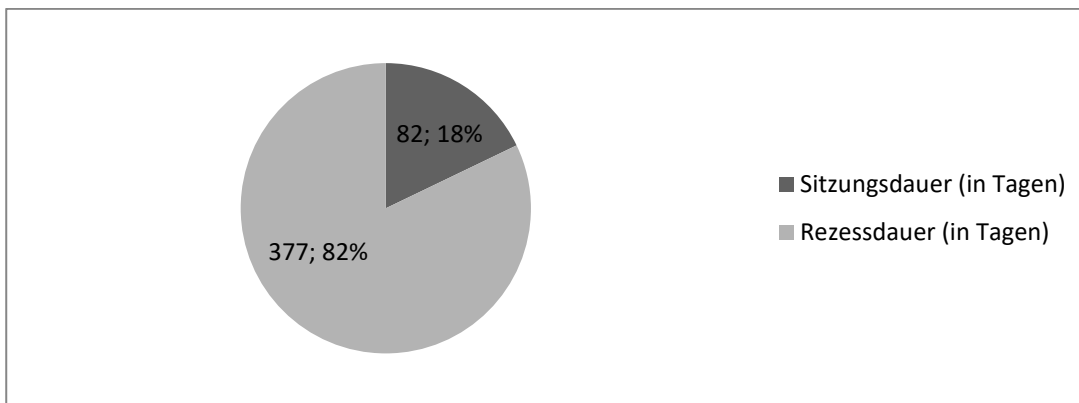


## 2. Parlamentstagungsdauer (1679-1689)

1st Exclusion Parliament (1679)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	06.03.1679- 13.03.1679	8	0,267	13.03.1679- 15.03.1679 P	2	
2	15.03.1679- 27.05.1679	74	2,46	27.05.1679- 12.07.1679 D	46	
<b>Summe</b>		<b>82</b>	<b>2,73</b>		<b>48</b>	<b>1,6</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	06.03.1679- 12.07.1679	<b>130</b>	<b>4,33</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	12.07.1679- 17.10.1679	<b>97</b>	<b>3,23</b>			

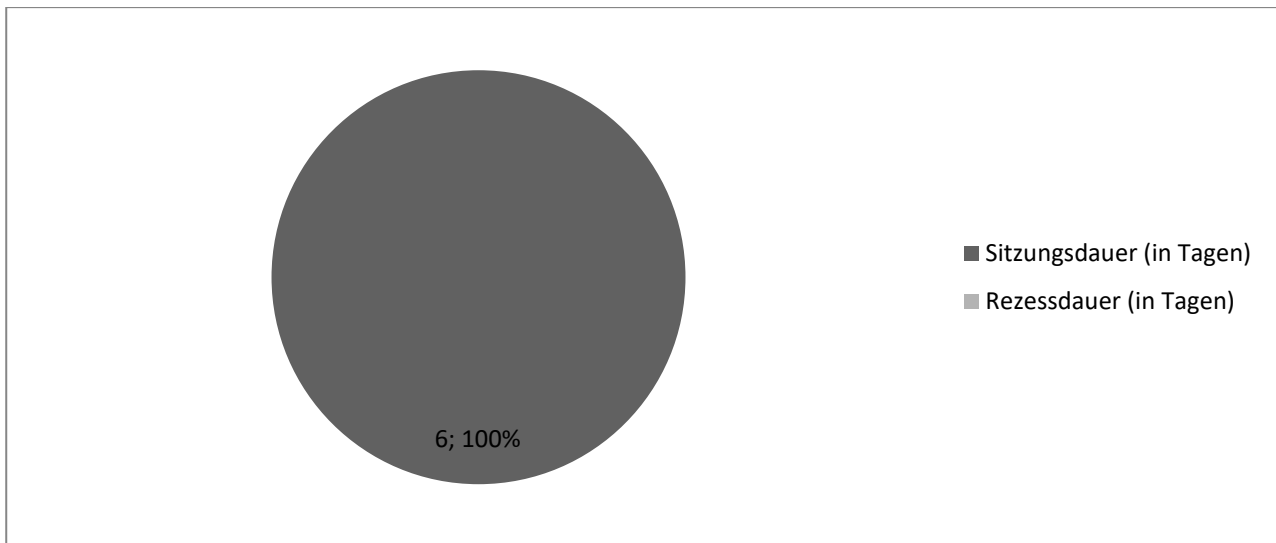


<b>2nd Exclusion Parliament (1679-81)</b>	<b>Sitzung (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>	<b>Rezess (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>
1	17.10.1679			17.10.1679-21.10.1680 P	369	12,3
2	21.10.1679-10.01.1681	82	2,73	10.01.1681-18.01.1681 D	8	0,26
<b>Summe</b>		<b>82</b>	<b>2,73</b>		<b>377</b>	<b>12,56</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	17.10.1679-18.01.1681	<b>459</b>	<b>15,3</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	18.01.1681-21.03.1681	<b>62</b>	<b>2,06</b>			

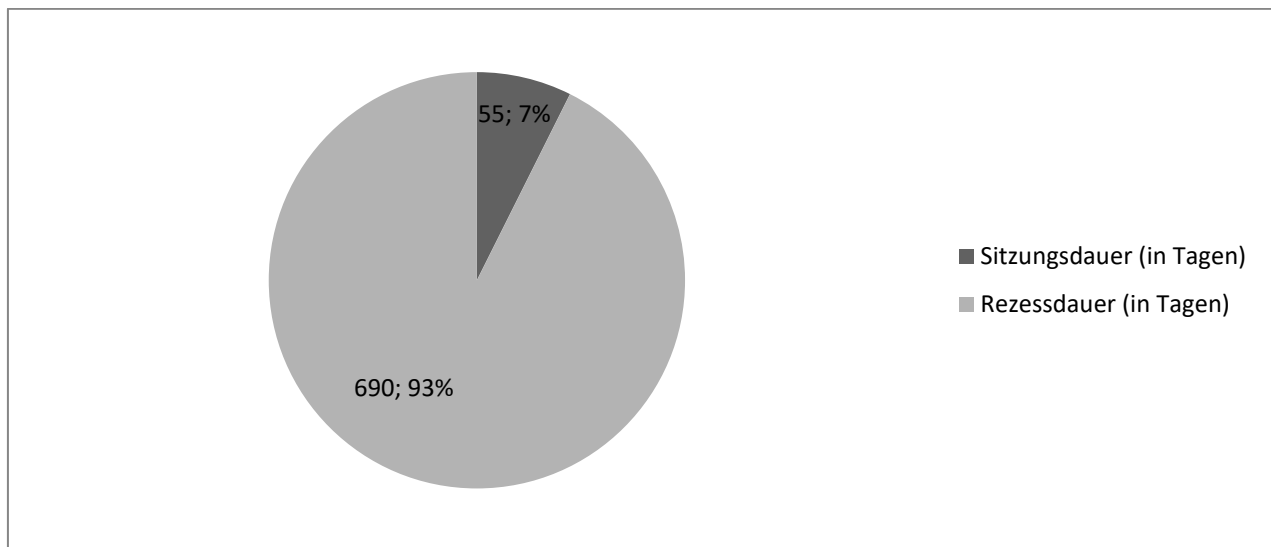




<b>3rd Exclusion Parliament (1681)</b>	<b>Sitzung (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>	<b>Rezess (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>
1	21.03.1681-28.03.1681	6		28.03.1681 D		
<b>Summe</b>		<b>6</b>				
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	21.03.1681-28.03.1681	<b>6</b>				
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	28.03.1681-19.05.1685	<b>1514</b>	<b>50,46</b>			

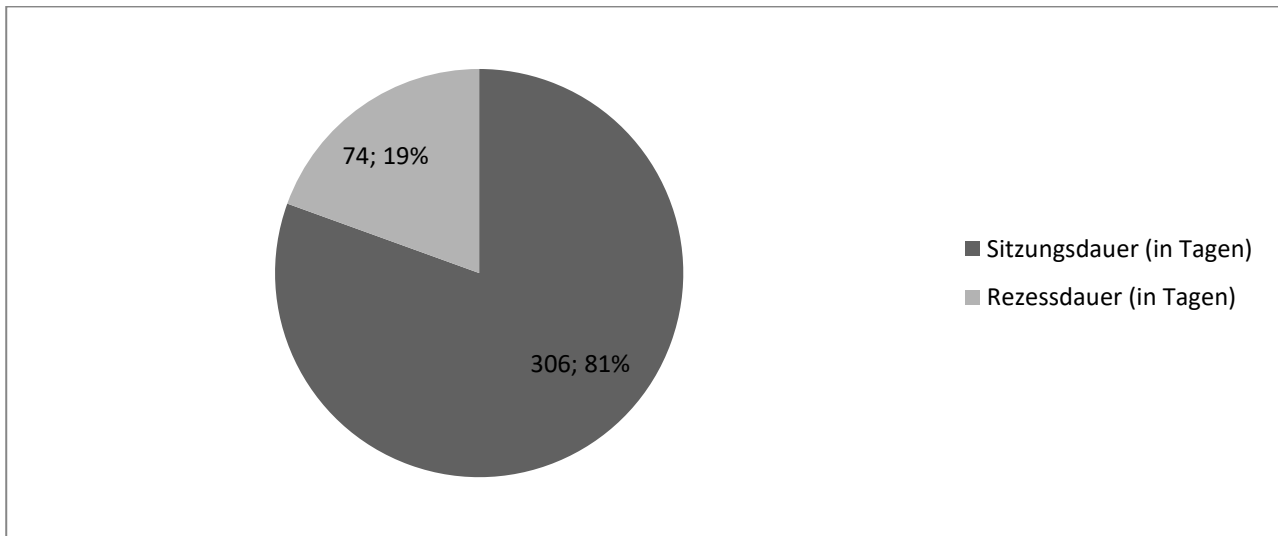


<b>1st Parliament of James II (1685-87)</b>	<b>Sitzung (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>	<b>Rezess (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>
1	19.05.1685-02.07.1685	44	1,46	02.07.1685-09.11.1685 A	129	4,3
2	09.11.1685-20.11.1685	11	0,36	20.11.1685-02.07.1687 D	561	18,7
<b>Summe</b>		<b>55</b>	<b>1,83</b>		<b>690</b>	<b>23</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	19.05.1685-02.07.1687	<b>745</b>	<b>24,83</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	02.07.1687-22.01.1689	<b>569</b>	<b>18,96</b>			

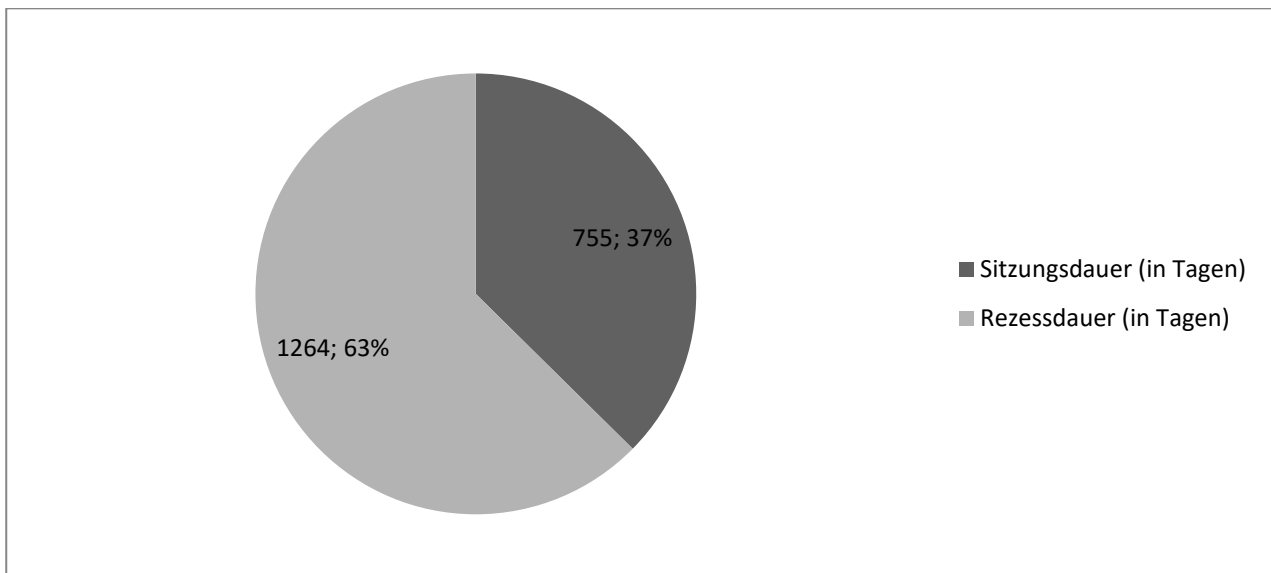


### 3. Parlamentstagungsdauer (1689-1702)

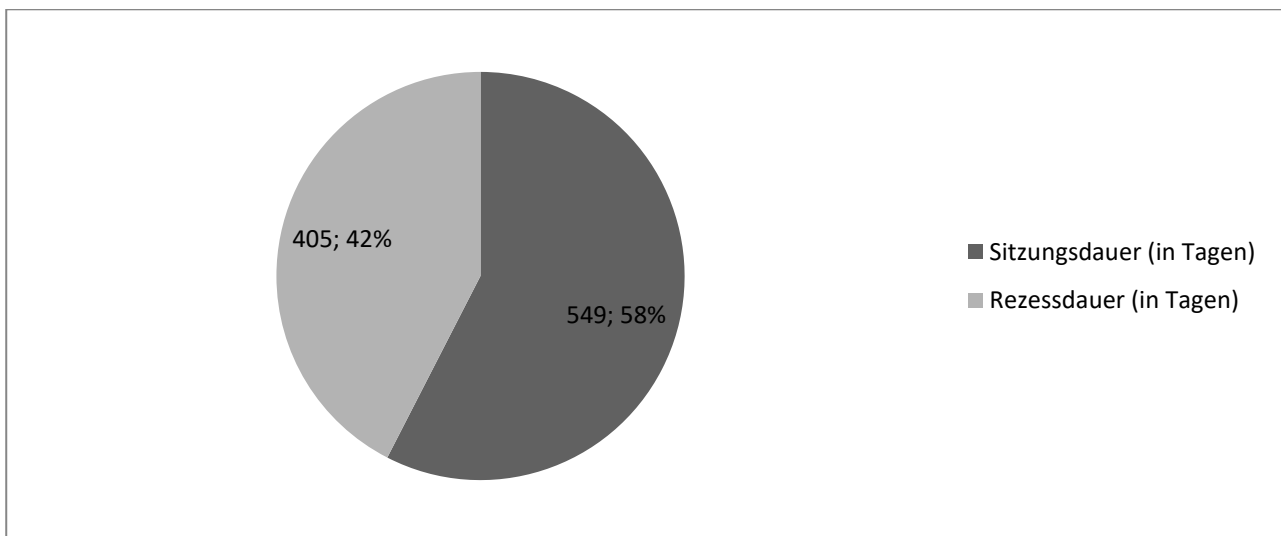
2nd Convention Parliament (1689/90)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	22.01.1689-20.08.1689	210	7	20.08.1689-23.10.1689 P	64	2,13
2	23.10.1689-27.01.1690	96	3,2	27.01.1690-06.02.1690 D	10	0,33
<b>Summe</b>		<b>306</b>	<b>10,2</b>		<b>74</b>	<b>2,46</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	22.01.1689-06.02.1690	<b>380</b>	<b>12,66</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	06.02.1690-20.03.1690	<b>46</b>	<b>1,53</b>			



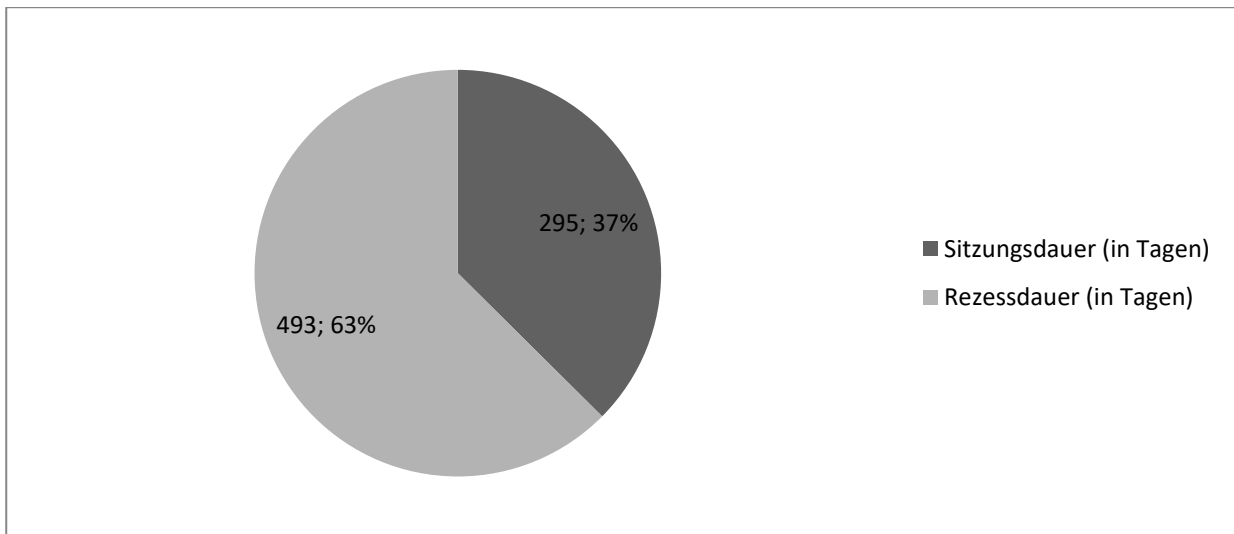
1st Parliament of William III (1690-95)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	20.03.1690-23.05.1690	64	2,13	23.05.1690-02.10.1690 P	130	4,33
2	02.10.1690-05.01.1691	95	3,16	05.01.1691-22.10.1691 P	288	9,6
3	22.10.1691-24.02.1692	125	4,16	24.02.1692-14.03.1693 P	252	8,4
4	04.11.1692-14.03.1693	130	4,33	14.03.1693-07.11.1693 P	236	7,86
5	07.11.1693-25.04.1694	169	5,63	25.04.1694-12.11.1694 P	199	6,63
6	12.11.1694-03.05.1695	172	4,73	03.05.1695-11.10.1695 D	159	6,7
<b>Summe</b>		<b>755</b>	<b>25,16</b>		<b>1264</b>	<b>42,13</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	20.03.1690-11.10.1695	<b>2019</b>	<b>67,3</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	11.10.1695-22.11.1695	<b>42</b>	<b>1,4</b>			



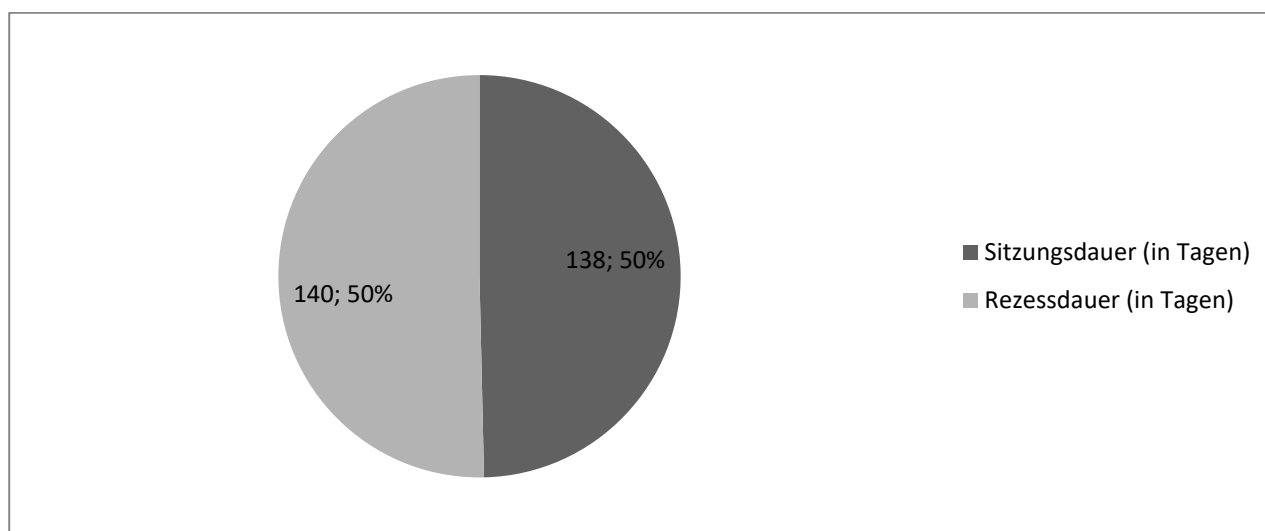
2nd Parliament of William III (1695-98)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	22.11.1695-27.04.1696	157	5,23	27.04.1696-20.10.1696 P	174	5,8
2	20.10.1696-16.04.1697	178	5,93	16.04.1697-03.12.1697 P	229	7,63
3	03.12.1697-05.07.1698	214	7,13	05.07.1698-07.07.1698 D	2	
<b>Summe</b>		<b>549</b>	<b>18,3</b>		<b>405</b>	<b>13,5</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	22.11.1695-07.07.1698	<b>954</b>	<b>31,8</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	07.07.1698-06.12.1698	<b>152</b>	<b>5,06</b>			



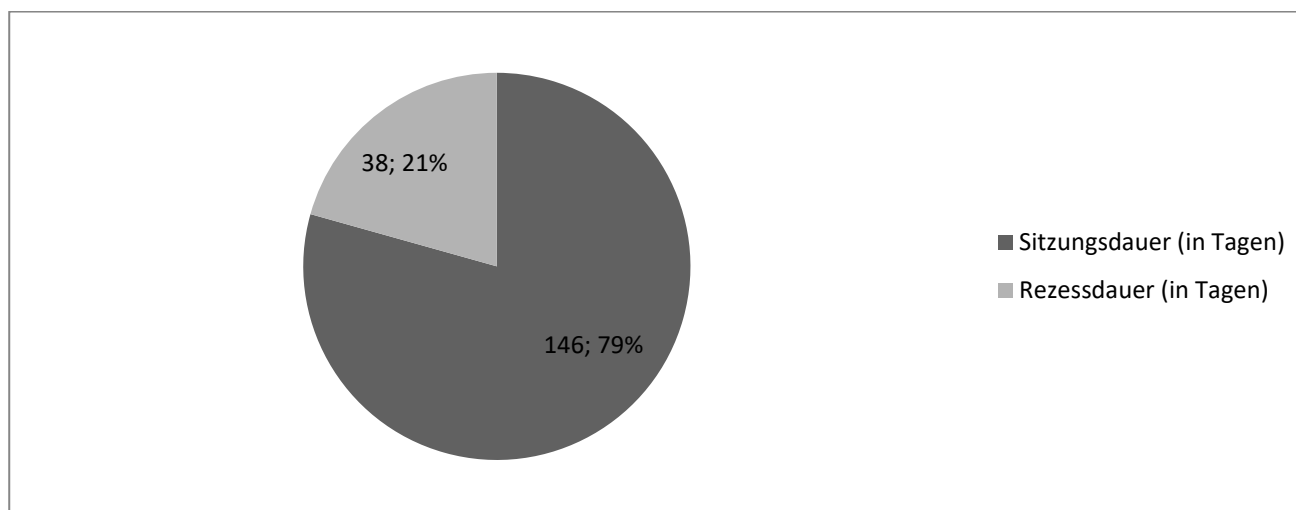
<b>3rd Parliament of William III (1698-1700)</b>	<b>Sitzung (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>	<b>Rezess (Datum)</b>	<b>Dauer (in Tagen)</b>	<b>Dauer (in Monaten)</b>
1	06.12.1698-04.05.1699	149	4,96	04.05.1699-16.11.1699 P	194	6,46
2	16.11.1699-11.04.1700	146	4,86	11.04.1700-19.12.1700 D	299	9,96
<b>Summe</b>		<b>295</b>	<b>9,83</b>		<b>493</b>	<b>16,43</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	06.12.1698-19.12.1700	<b>788</b>	<b>26,26</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	19.12.1700-06.02.1701	<b>18</b>	<b>0,6</b>			



4th Parliament of William III (1701)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	06.02.1701-24.06.1701	138	4,6	24.06.1701-11.11.1701 D	140	4,66
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	06.02.1701-11.11.1701	631	21,03			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	11.11.1701-30.12.1701	50	1,66			

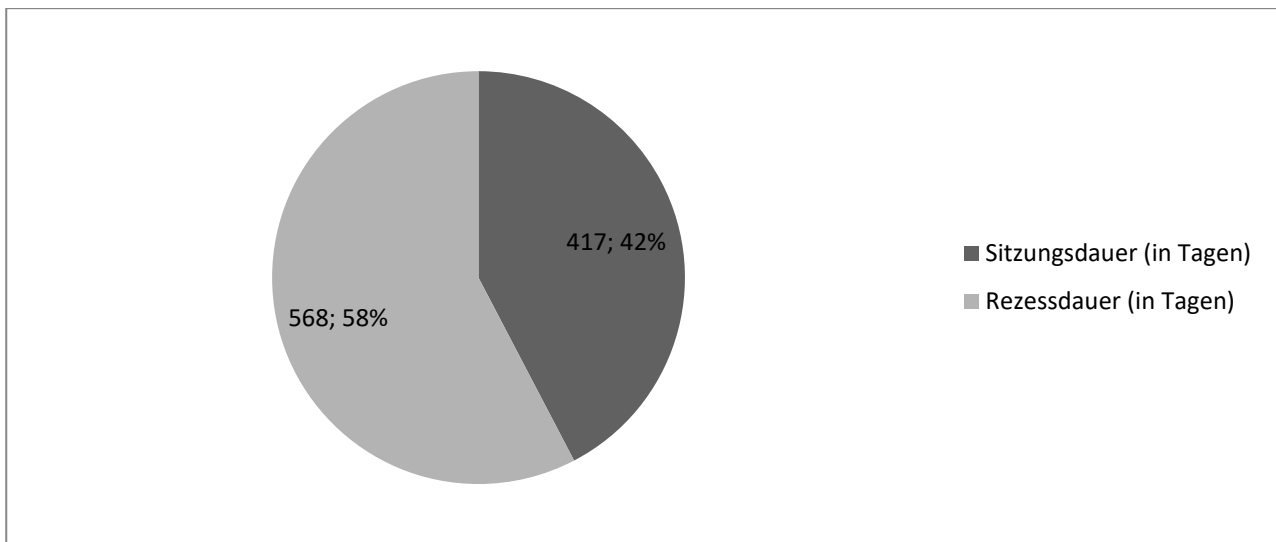


5th Parliament of William III (1701/02)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	30.12.1701-25.05.1702	146	4,86	25.05.1702-02.07.1702	38	1,26
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	30.12.1701-02.07.1702	184	6,13			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	02.07.1702-20.08.1702	49	1,63			



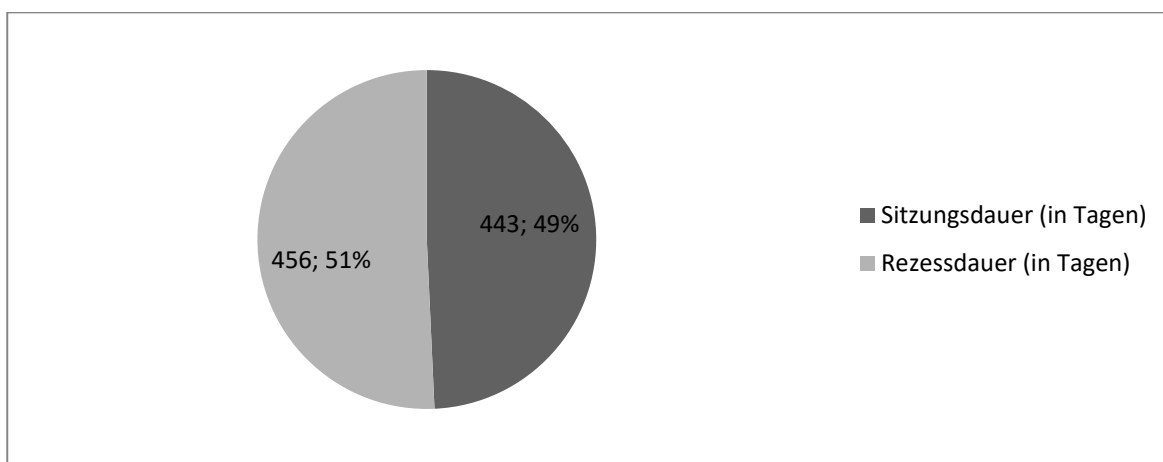
#### 4. Parlamentstagungsdauer (1702-1715)

1st Parliament of Queen Anne (1702-05)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
	20.08.1702			20.08.1702-20.10.1702 P	61	2,03
1	20.10.1702-27.02.1703	130	4,33	27.02.1703-09.11.1703 P	253	8,43
2	09.11.1703-03.04.1704	146	4,86	03.04.1704-24.10.1704 P	202	6,73
3	24.10.1704-14.03.1705	141	4,7	14.03.1705-05.04.1705 D	52	1,73
<b>Summe</b>		<b>417</b>	<b>13,9</b>		<b>568</b>	<b>18,93</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	20.08.1702-05.04.1705	<b>985</b>	<b>32,83</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	05.04.1705-25.10.1705	<b>203</b>	<b>6,76</b>			

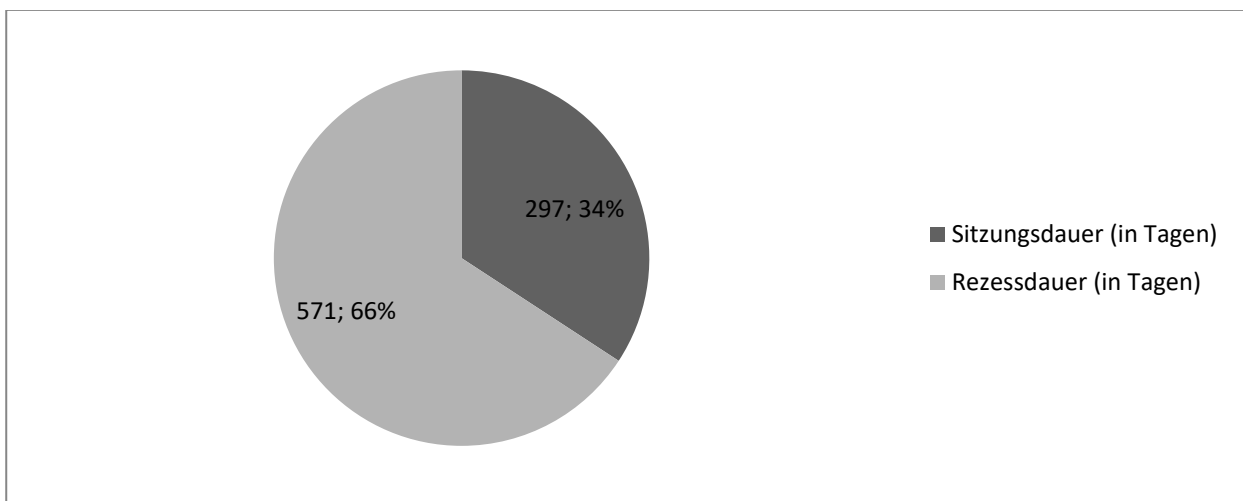




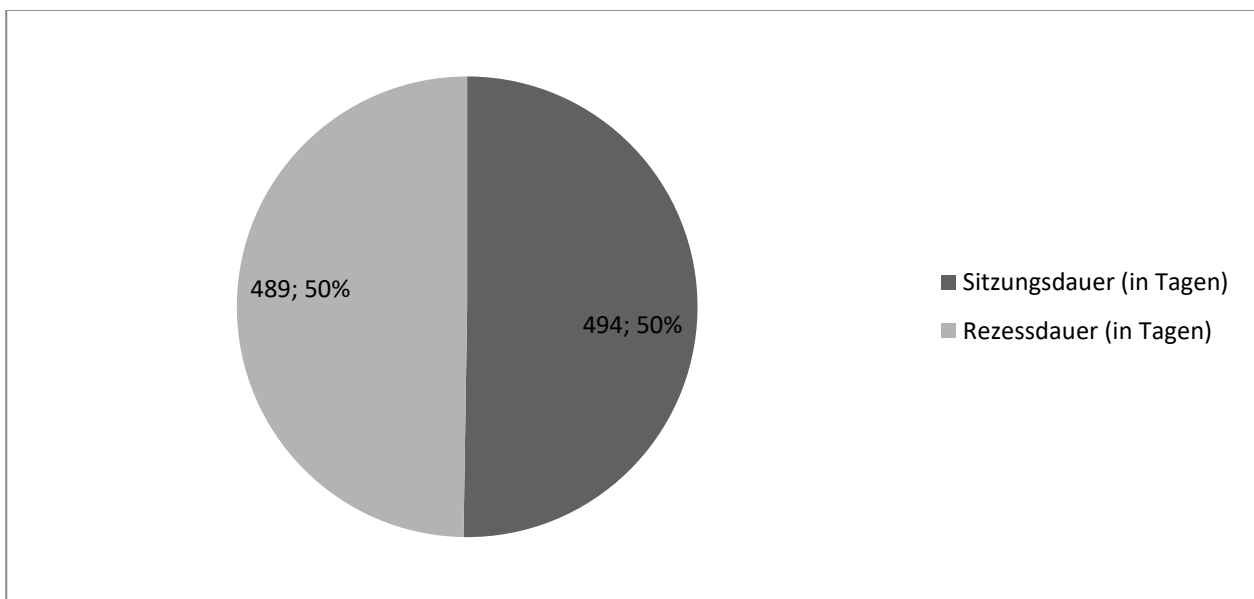
2nd Parliament of Queen Anne (1705-08)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	25.10.1705-19.03.1706	145	4,83	19.03.1706-03.12.1706	257	8,56
2	03.12.1706-08.04.1707	126	4,2	08.04.1707-14.04.1707 P	5	0,16
3	14.04.1707-24.04.1707	11	0,36	24.04.1708-30.04.1708 P	180	6
<b>1st Parliament of GB</b>	23.10.1707-01.04.1708	161	5,36	01.04.1708-15.04.1708 D	14	0,46
<b>Summe</b>		<b>443</b>	<b>14,76</b>		<b>456</b>	<b>15,2</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	25.10.1705-15.04.1708	<b>899</b>	<b>29,96</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	15.04.1708-08.07.1708	<b>83</b>	<b>2,76</b>			



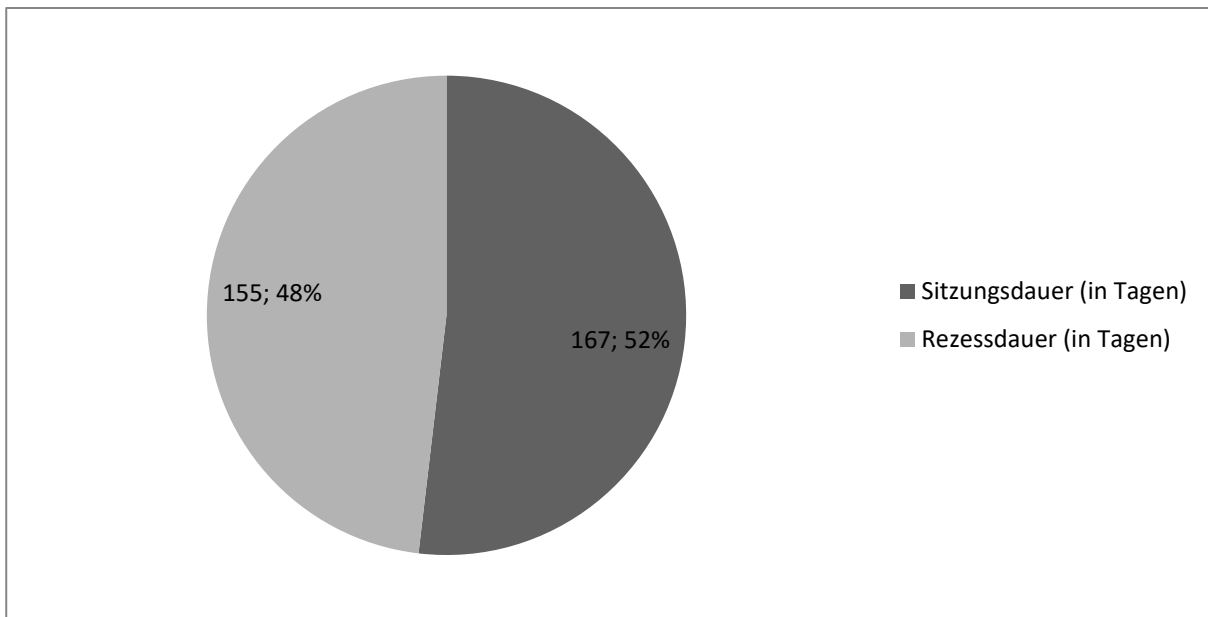
2nd Parliament of GB (1708-10)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
	08.07.1708			08.07.1708-16.11.1708 P	131	4,36
1	16.11.1708-21.04.1709	156	5,2	21.04.1709-15.11.1709 P	208	6,93
2	15.11.1709-05.04.1710	141	4,7	05.04.1710-21.09.1710 D	232	7,73
<b>Summe</b>		<b>297</b>	<b>9,9</b>		<b>571</b>	<b>19,03</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	08.07.1708-21.09.1710	<b>868</b>	<b>28,93</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	21.09.1710-25.11.1710	<b>65</b>	<b>2,16</b>			



3rd Parliament of GB (1710-13)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	25.11.1710-12.06.1711	199	6,63	12.06.1711-07.12.1711 P	176	5,86
2	07.12.1711-21.06.1712	197	6,56	21.06.1712-09.04.1713 P	290	9,66
3	09.04.1713-16.07.1713	98	3,26	16.07.1713-08.08.1713 D	23	0,76
<b>Summe</b>		<b>494</b>	<b>16,46</b>		<b>489</b>	<b>16,3</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	25.11.1710-08.08.1713	<b>983</b>	<b>32,76</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	08.08.1713-16.02.1714	<b>192</b>	<b>6,4</b>			



4th Parliament of GB (1713-14)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	16.02.1714-09.07.1714	143	4,76	09.07.1714-01.08.1714 P	22	
2	01.08.1714-25.08.1714	24		25.08.1714-05.01.1715 D	133	4,43
<b>Summe</b>		<b>167</b>	<b>5,56</b>		<b>155</b>	<b>5,16</b>
<b>Offizielle Parlamentsdauer</b>	16.02.1714-05.01.1715	<b>322</b>	<b>10,73</b>			
<b>Offiziell Parlamentslos</b>	05.01.1715-17.03.1715	<b>71</b>	<b>2,36</b>			



## 5. Parlamentstagungsdauer (1715-1722)

5th Parliament of GB (1715-22)	Sitzung (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)	Rezess (Datum)	Dauer (in Tagen)	Dauer (in Monaten)
1	17.03.1715-26.06.1716			26.06.1716-20.02.1717 P		
2	20.02.1717-15.07.1717			15.07.1717-21.11.1717 P		
3	21.11.1717-21.03.1718			21.03.1718-11.11.1718 P		
4	11.11.1718-18.04.1719			18.04.1719-23.11.1719 P		
5	23.11.1719-11.06.1720			11.06.1720-08.12.1721 P		
6	08.12.1720-29.07.1721			29.07.1721-31.07.1721 P		
7	31.07.1721-10.08.1721			10.08..1721-19.10.1721 P		
8	19.10.1721-07.03.1722			07.03.1722-10.03.1722 D		
<b>Summe</b>		<b>167</b>			<b>155</b>	

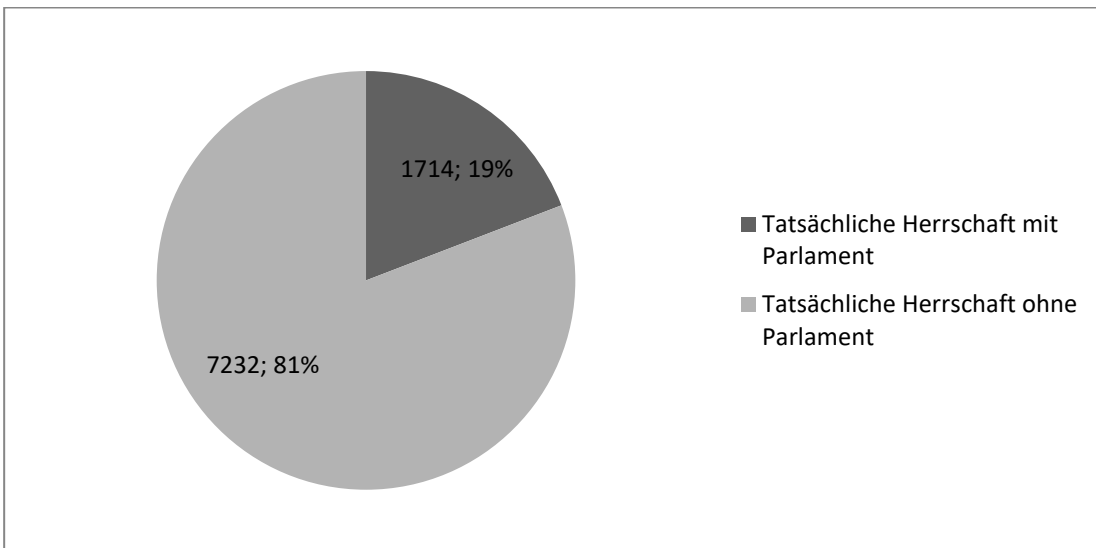
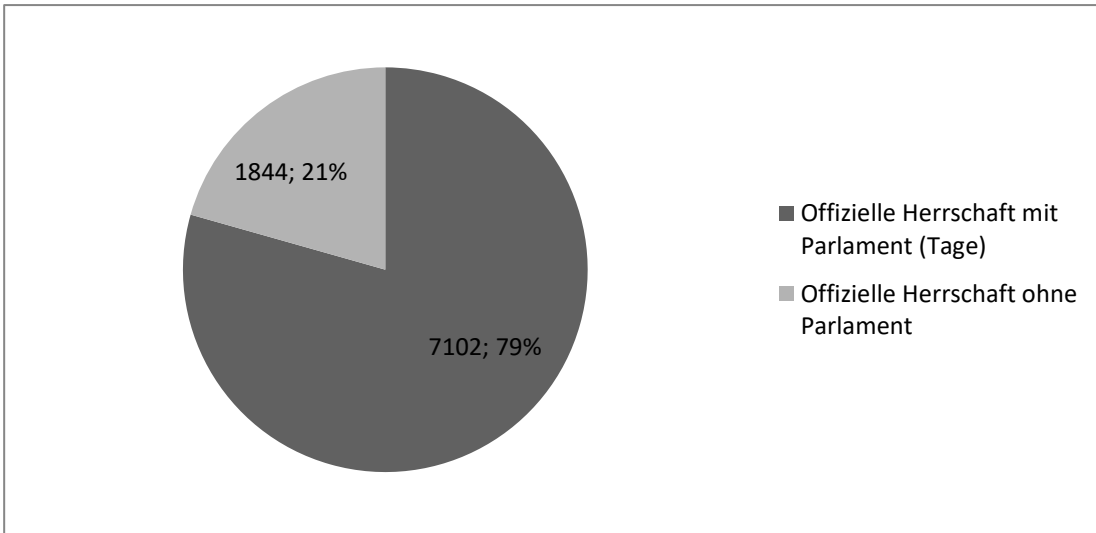
A: Adjournement

P: Prorogation

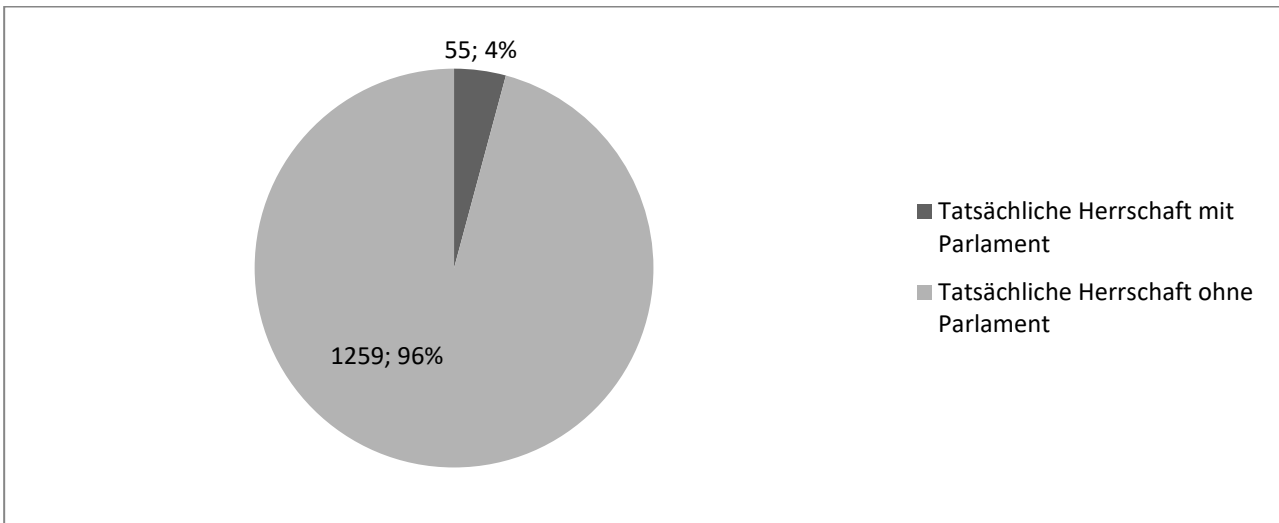
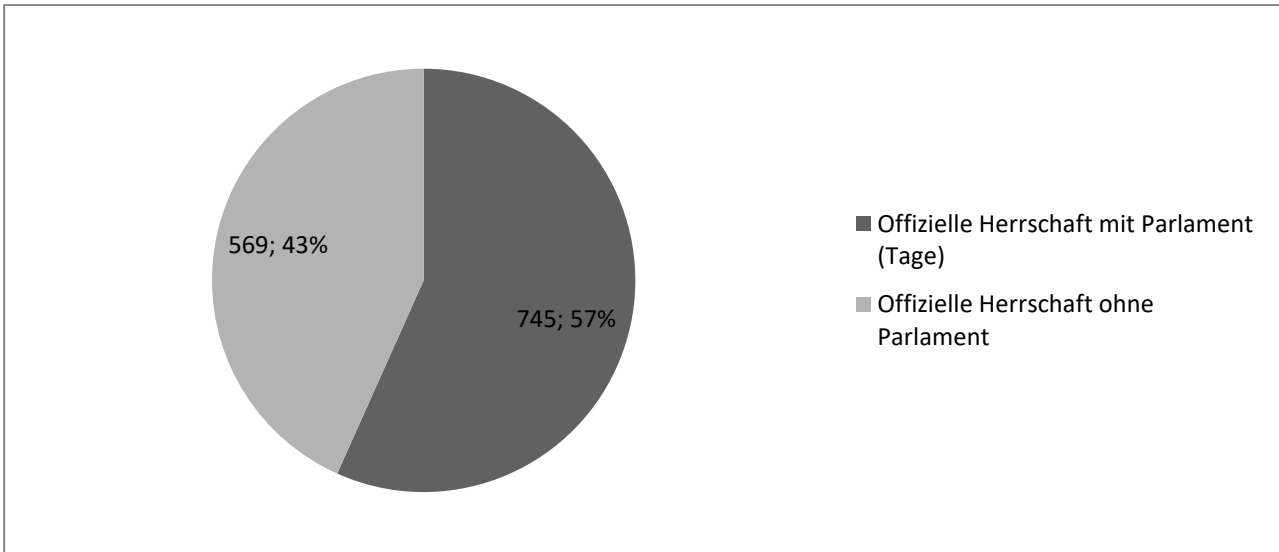
D:Dissolution

Berechnung Tage in Monate:  $1/30 \times \text{Tage}$

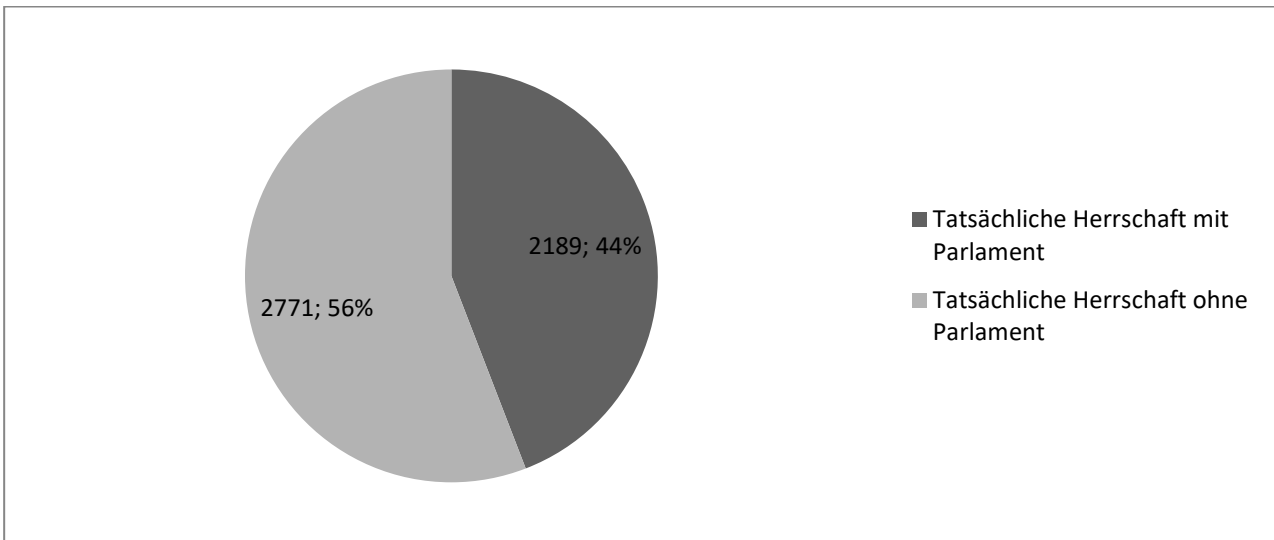
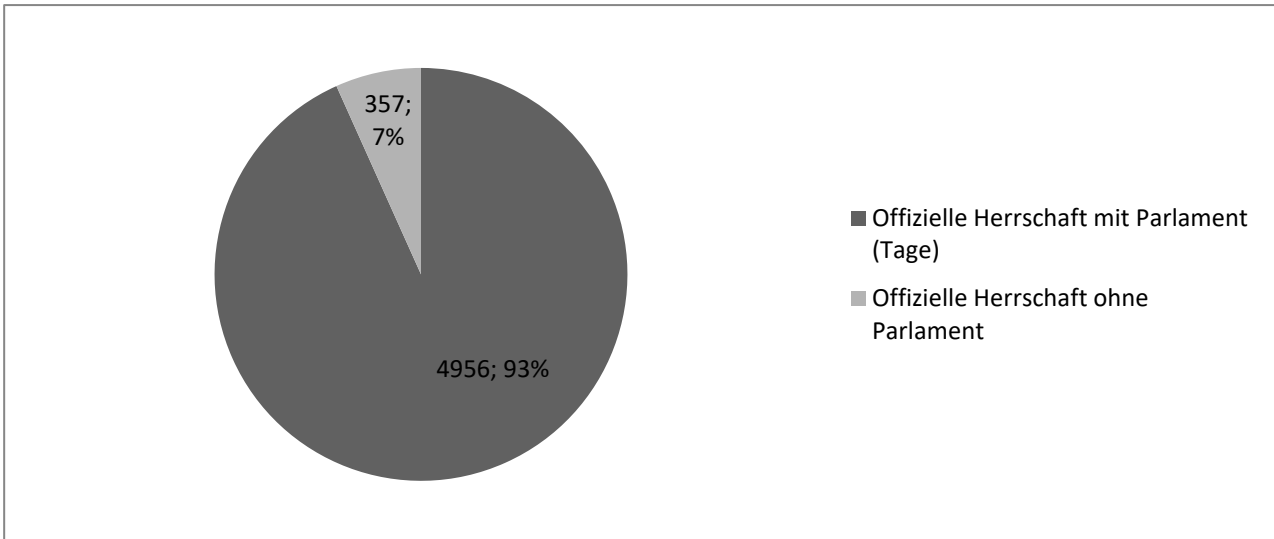
## 6. Karl II Herrschaft mit/ohne Parlament (1660-1685)



## 7. Jakob II Herrschaft mit/ohne Parlament (1685-89)

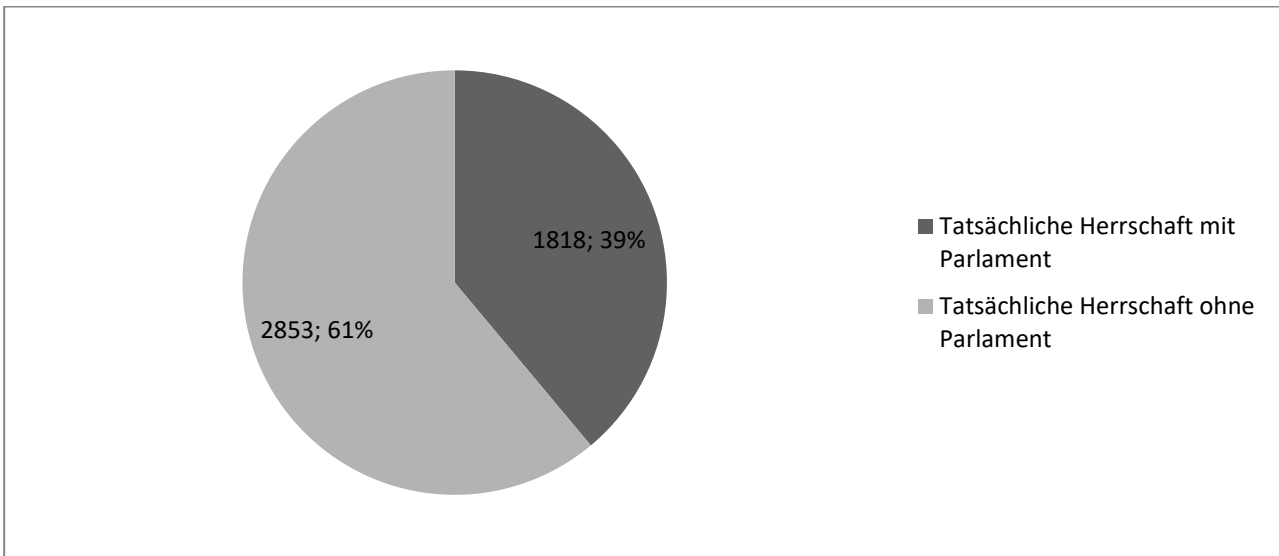
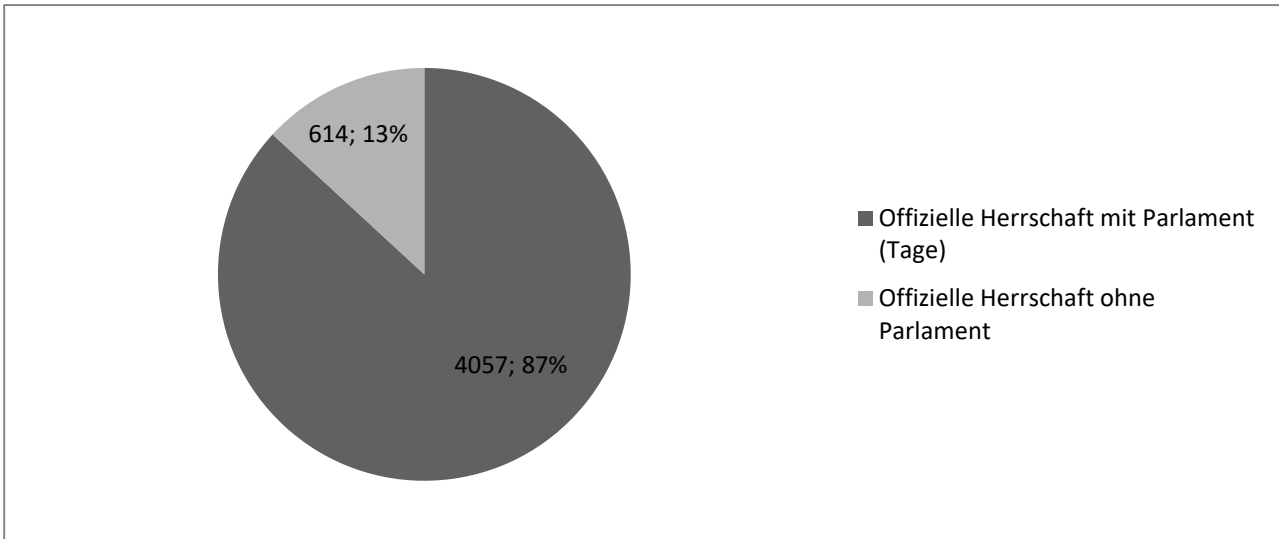


## 8. Wilhelm III Herrschaft mit/ohne Parlament (1689-1702)





## 9. Queen Anne Herrschaft mit/ohne Parlament (1702-15)



### III. Literaturverzeichnis

- ABBOTT, Wilbur C., The Long Parliament of Charles II, Part I, in: *English Historical Review* XXI, 1906, Nr. LXXXI, S. 21–56.
- ABBOTT, Wilbur C., The Long Parliament of Charles II, Part II, in: *English Historical Review* XXI, 1906, Nr. LXXXII, S. 254–285.
- ABBOTT, Wilbur C., The Origin of English Political Parties, in: *American Historical Review* 24, 1919, Nr. 4, S. 578–602.
- ADAIR, E. R., The Privy Council Registers, in: *English Historical Review* XXX, 1915, Nr. CXX, S. 698–704.
- ALDRIDGE, D. D., Russell, Edward, Earl of Orford (1652–1727), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/24304>.
- ALTHOFF, Gerd, *Spielregeln der Politik im Mittelalter, Kommunikation in Frieden und Fehde*, Darmstadt, 1997.
- Anonymus (Hrsg.), *A Collection of State Tracts, Vol. II.*, published during the reign of King William III., London, 1706.
- Anonymus, *A Compleat history of the late septennial Parliament, wherein all their proceedings are particularly enquir'd into, and faithfully related, with proper remarks, and many secret memoirs interspers'd, concerning the late times, To which is prefix'd, honest advice to the freeholders of Great Britain*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T200755, 1722.
- Anonymus, *A compleat list, of the Members who voted for and against the bill for repealing the Septennial Act, and for the more frequent meeting and calling of Parliaments, with the speeches of the two gentlemen who moved and seconded the question, Mar. 13, 1733/34*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T145256, London, 1734.
- Anonymus, *A Debate upon the quaerie, Whether a king elected and declared by the Lords spiritual and temporal, and Commons assembled at Westminster 22 of January 1688, coming to and consulting with the said Lords and Commons, doth not make as compleat a Parliament and legislative power and authority to all intents and purposes, as if the said king should cause new summons to be given and new elections to be made by writs*, Early English Books Online (EEBO) 179:09, London, 1689.

Anonymus, A Discourse, concerning the nature, power, and proper effects of the present conventions in both kingdoms called by the Prince of Orange in a letter to a friend, Early English Books Online (EEBO) 529:04, London, 1689.

Anonymus, A history and defence of Magna Charta, Containing a copy of the original charter at large, with an English translation, The Manner of its being obtained from King John, With its Preservation and Final Establishment in the Succeeding Reigns, with an introductory discourse, Containing a short Account of the Rise and Progress of National Freedom, From the Invasion of Caesar to the present Times, Also the Liberties which are confirmed by the Bill of Rights, &c. To which is added, An essay on Parliaments, Describing their Origin In England, And the extraordinary Means by which they have been lengthened from half Yearly to Septennial ones, Eighteenth Century Collections Online: (ECCO) ESTC T130225, London, 1769.

Anonymus, A letter intercepted, Printed for the use and benefit of the ingenuous reader, In which the two different forms of monarchy and popular government, are briefly controverted. The common-wealth party are advised not to buy this, by N.D. Gent, Early English Books Online (EEBO) 151:E.1017[36], London, 1660.

Anonymus, A letter on Parliamentary representation, in which the propriety of triennial and septennial Parliaments is considered, Inscribed to John Sinclair, Esq. M.P., Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T147360, London, 1783.

Anonymus, A Letter to a country gentleman, shewing the inconveniences, which attend the last part of the act for Triennial Parliaments, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T038016, London, 1716.

Anonymus, A Letter to a Country Gentleman, Shewing The Inconveniences, which attend the last Part of the Act FOR Triennial Parliaments, *Malum est Concilium quod mutari non potest. Tac.*, London, 1716.

Anonymus, A Proposal for redressing the grievances of the nation, Under the following heads, viz. The national debt, taxes, excise laws, penal laws, army, navy, riot act, septennial act, placemen, corruption, &c. &c. In a method of reasoning entirely new, Humbly submitted to the consideration of the publick, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T179175, London, 1745.

Anonymus, A seasonable memento to all the electors of knights, citizens & burgesses of England, For the approaching Convention to meet the 22. of this instant January, 1689, Early English Books Online (EEBO) C26:1[29], London, 1689.

- Anonymus, A short history of the convention: or, New christned Parliament, Early English Books Online (EEBO) C3:1[9], London, 1689.
- Anonymus, A Slight review of the transactions of the late long Parliament, With some observations on the rise and progress of the septennial bill, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T160129, London, 1762.
- Anonymus, A vindication of the conduct of a certain eminent patriot, viz. I. On his refusing to accept of any place of profit, II. On his refusing to be one of the secret committee, III. On his voting against the repeal of the Septennial Act at this Critical Conjunction, In a letter from a Member to his friend in the country, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T178269, Dublin, 1742.
- Anonymus, An Account of the proceedings at Guild-Hall, London, at the Tolke-moot, or Common-Hall, held 24th of June 1676 relating to the cities petitioning His Majesty for a new Parliament, Early English Books Online (EEBO) Wing / A355, London, 1676.
- Anonymus, An Enquiry, Or, A discourse between a yeoman of Kent and a knight of a shire upon the prorogation of the Parliament to the second of May 1693, Early English Books (EEBO) 458:24, London, 1693.
- Anonymus, An exact list, of the knights and commissioners of shires, citizens and burgesses of the late Parliament, at the time of the Septennial Act, With their names distinguish'd who voted for and against the repealing the Triennial Act, Together [w]ith several speeches against the said bill, as they were spoken in the said House of Commons the 24th of April 1716, and the reasons given by the Lords who protested against the bill aforesaid, Also [se]veral speeches against continuing the army, as they were spoken in the House the 4th, 5th and 7th days of December 1717, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T033616, London, 1722.
- Anonymus, An Humble petition from the October-Club, to a certain eminent M---r of the H. of C---s concerning the triennial bill, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T036806, London, 1716.
- Anonymus, Considerations on the nature of parliaments, and our present elections, Early English Books Online (EEBO) C5912A, London, 1698.
- Anonymus, Englands heroick champion, Early English Books Online (EEBO) 2123.2:246-247, London, 1660.

Anonymus, *England's Joy, or a Relation of the Most Remarkable passages from his MAJESTY's arrival at DOVER, to his entrance at WHITEHALL*, Printed by Thomas Creek, 1660, in: Charles Harding FIRTH (HRS.G.), *Stuart Tracts 1603-1693*, With an introduction by C.H. Firth, New York, 1903, S. 425–430.

Anonymus, *Letter to a great man in France, in which are briefly considered, the following popular points: viz. The conduct of Mr. P - - - y, The Right of Instructing Members, The Importance and Necessity of procuring Justice to be inflicted upon Publick Criminals, Of Repealing the Septennial Act, And, Of Limiting the Number of Placemen*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T067611, London, 1743.

Anonymus, *Miscellaneous thoughts, moral and political, Upon the vices and follies of the present age, The septennial, triennial, pension, and place bills, The act of settlement, the qualifying act, and the coalition of parties, or What is now called the broad-bottom*, By a country gentleman, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC N006011, London, 1745.

Anonymus, *No king but the old kings son, Or, A vindication of limited monarchy, as it was established in this nation, before the late war between the King and Parliament*, Early English Books Online (EEBO) C26:3[232], London, 1660.

Anonymus, *Reasons for a new parliament, delivered in the Lords House Novemb. 20th 1675, With several other arguments for dissolving this parliament and calling frequent and new parliaments*, Early English Books Online (EEBO) 2015:08, London, 1676.

Anonymus, *Septennial Parliaments justified*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T102473, London, 1776.

Anonymus, *Septennial parliaments vindicated, or, Freedom against oligarchy*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC N022022, Dublin, 1762.

Anonymus, *Several speeches against the bill for repealing the Triennial Act, As they were spoken in the House of Commons, The 24th day of April 1716, Together with the reasons given by the lords who protested against the said bill*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) N022360, London, 1716.

Anonymus, *Severall Speeches against the Bill for Repealing The Triennial Act, As they were spoken in the House of Commons, The 24th Day of April, 1716, Together with the Reasons given by the Lords Who Protested against the said Bill*, London, 1716.

Anonymus, Some observations, concerning the regulating of elections for Parliament, Found among the Earl of Shaftsbury's papers after his death, and now recommended to the consideration of this present Parliament, Early English Books Online (EEBO) 297:16; 2575:01, London, 1689.

Anonymus, The Alteration in the Triennial Act considered, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T021305, London, 1716.

Anonymus, The art of parliamenteering, Shewing the various ways, means, humours, and stratagems, by which the Parliaments of England have at all times been elected, and what has resulted from them for the Publick Benefit, With a History of the Antiquity of Boroughs, and the Rights, Liberties, and Privileges of Burgesses. Addressed to all Candidates and Electors in the Present Election ..., By the author of The history of the late septennial Parliament, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T022462, London, 1722.

Anonymus, The benefits and advantages gain'd by the late septennial Parliament, set in a clear light, by their acts and deeds, With a list of the naturaliz'd foreigners, and reasons for repealing the Septennial act, and reinforcing Triennial Parliaments, By a member of the late Parliament, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T121743, London, 1722.

Anonymus, The British Seaman's Letter, Address'd to the Free-Holders, Voters, and all the good Subjects of Great-Britain: with some observations on the suspending of the Triennial Act. From on Board the Sovereign, April the 17th, 1716, London, 1716.

Anonymus, The fitness of repealing the Septennial Act, at this juncture consider'd, in a letter from an elector to a Member of Parliament, With some reflections on the present state of the nation, To which are added, two remarkable speeches on that subject, delivered in the House of C-Ns, and a list of those who voted for and against the repeal in the Year 1734, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T087208, London, 1740.

Anonymus, The independant Briton, or, free thoughts on the expediency of gratifying the people's expectations, as to securing the liberty of the press, restoring the freedom of the stage, preventing Bribery in Elections, excluding Place-Men from Seats in the House of Commons, repealing the Septennial Act, &c. Dedicated to the Commons of Great-Britain, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T130609, London, 1742.

Anonymus, The Long Parliament is not revived, by Tho. Philips, Or, An answer to Tho. Philips his Long Parliament revived, Early English Books Online (EEBO) 155:E.1050[8], London, 1660.

Anonymus, The present convention a Parliament, Early English Books Online (EEBO) C3:2[181], London, 1688.

- Anonymus, The qualifications of the succeeding Parliament, Early English Books Online (EEBO) 247:669.f.24[17], London, 1660.
- Anonymus, The question about septennial, Or, frequent new Parliaments, Impartially Examined, In Two letters to Charles Lucas, Esq, M. D. To which are added, instructions From a Constituent, to a Representative, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T060504, Dublin, 1761.
- Anonymus, The speech of a young Member of Parliament, on the debate of the Septennial Bill, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T010154, Dublin, 1761.
- Anonymus, The state of parties, and of the publick as influenc'd by those parties, in this conjuncture, offered to English men, Early English Books Online (EEBO) 515:11, London, 1692.
- Anonymus, To The Right Honourable the House of Lords, I address myself to ye alone, who will consider impartially the effects of a septennial act, and support, with spirit, whatever side ye shall approve of, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T221164, Dublin, 1762.
- Anonymus, Tristram Shandy's description of general elections, and Septennial Parliaments, Proper to be read by every one in Ireland at this Juncture, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T186313, Dublin, 1762.
- Anonymus, Whether the King, Lords and Commons now assembled, be a legal Parliament, and may act as such?, Early English Books Online (EEBO) 2368:03, Edinburgh, 1689.
- ASCH, Ronald G., Jakob II., in: Peter WENDE (HRSG.), Englische Könige und Königinnen, Von Heinrich VII. bis Elisabeth II., München, 2008 (1998), S. 144–156.
- ASHLEY, Maurice, England in the Seventeenth Century, Middlesex, England, 1968.
- ASHLEY, Maurice, The Glorious Revolution 1688, London, 1966.
- ASHLEY, Maurice, The House of Stuart, Its rise and fall, London, 1980.
- ASPINALL, A., The reporting and publishing of the House of Commons' debates, Essays presented to Sir Lewis Namier, 1956.
- ATTERBURY, Francis, English advice to the freeholders of England, [London?], 1714.
- AYLMER, Gerald Edward, The crown's servants, Government and civil service under Charles II, 1660-1685, Oxford, 2002.

- BACKSCHEIDER, Paula, Defoe, Daniel (1660?–1731), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/7421>, 26.5.2018.
- BAGEHOT, Walter, The English Constitution, London, 1894.
- BALDWIN, James Fosdick, The Beginnings of the King's Council, in: Transactions of the Royal Historical Society 19, 1905, S. 27–59.
- BALDWIN, James Fosdick, The King's Council and the Chancery, I, in: American Historical Review 15, 1910, Nr. 3, S. 496–508.
- BALDWIN, James Fosdick, The King's Council and the Chancery, II, in: American Historical Review 15, 1910, Nr. 4, S. 744–761.
- BALDWIN, James Fosdick, The King's Council in England during the Middle Ages, Oxford, 1913.
- BALLINGER, Chris, Hedging and Ditching, The Parliament Act 1911, in: Parliamentary History 30, 2011, Nr. 1, S. 19–32.
- BARKER, Hannah, Debrett, John (d. 1822), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/7403>, 28.10.2016.
- BARUDIO, Günter, Feudalismus, in: Günter BARUDIO (HRSG.), Politik als Kultur, Ein Lexikon von Abendland bis Zukunft, Stuttgart, 1994, S. 101–107.
- BARUDIO, Günter (Hrsg.), Politik als Kultur, Ein Lexikon von Abendland bis Zukunft, Stuttgart, 1994.
- BAXTER, Stephan B., William III, London, 1966.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 1 (October 1667-April 1671), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol1>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 10 (March 1690-April 1694), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol10>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 2 (April 1672-November 1674), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol2>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 3 (April-November 1675), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol3>.



- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 4 (November 1675-July 1677), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol4>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 5 (December 1677-May 1678), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol5>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 6 (May 1678-March 1679), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol6>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 7 (March 1679-November 1680), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol7>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 8 (November 1680-March 1681), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol8>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. 9 (December 1688-January 1690), 1769, <http://www.british-history.ac.uk/greys-debates/vol9>.
- BECKET, T./Hondt, P. A. De (Hrsg.), Grey's Debates of the House of Commons, Vol. IV, From the year 1667 to the year 1694, In ten volumes, London, 1763.
- BEDDARD, Robert, The Revolutions of 1688, The Andrew Browning lectures, 1988, Oxford, New York, 1991.
- BELL, Robert (Hrsg.), Fairfax Correspondence, Memorial of the Civil War, In two volumes, Volume II, London, 1849.
- BLACK, Jeremy, Parliament, the Press and Foreign Policy, in: Parliamentary History 25, 2006, Nr. 1, S. 9–16.
- BLACKSTONE, William, Commentaries on the Laws of England, Book the first, Dublin, 1771.
- BLISS, Robert M., Restoration England 1660-1688, 1985.
- BLITZER, Charles, An immortal Commonwealth, The political thought of James Harrington, New Haven, 1960.
- BLITZER, Charles (Hrsg.), The Political Writings of James Harrington, Representative Selections, Westport, Connecticut, 1955.
- BLOCH, Marc/BOHM, Eberhard, Die Feudalgesellschaft, Stuttgart, 1999.
- BOND, Maurice F. (Hrsg.), The diaries and papers of Sir Edward Dering, second Baronet, 1644 to 1684, London, 1976.

- BOYER, Abel, *The Political State of Great Britain, Volume IX, Containing the months of January, February, March, April, May, June, MDCCXV*, London, 1715.
- BRAND, Paul, *The Development of Parliament 1215-1307*, in: Clyve JONES (HRSG.), *A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland*, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 10–15.
- BRAY, William (Hrsg.), *Memoirs of John Evelyn, Esq. F.R.S. author of the "Sylva", &c. &c., Comprising his diary, from 1641 to 1705-6, and a selection of his familiar letters. To which is subjoined, The Private Correspondence between King Charles I. and Sir Edward Nicholas; also between Sir Edward Hyde, afterwards Earl of Clarendon, and Sir Richard Browne ...*, Edited from the original manuscripts. A new Edition in five volumes. Vol. II. (1649-78), London, 1827.
- BROWN, Mark N., Savile, George, first marquess of Halifax (1633–1695), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/24735>.
- BROWNING, Andrew, *Parties and Party Organization in the Reign of Charles II*, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 30, 1948, S. 21–36.
- BROWNING, Andrew, *Thomas Osborne Earl of Danby and Duke of Leeds 1632-1712, Volume 2 Letters*, Glasgow, 1944.
- BROWNING, Reed, *Political and constitutional ideas of the court Whigs*, Baton Rouge, 1982.
- Buckingham, George Villiers, Duke of, *The Duke of Buckingham's speech, Spoken in the House of Lords, Feb. 15th, 1676, proving that the Parliament is dissolved*, *Early English Books Online (EEBO)* 174:02, 1677.
- BURKHARDT, Johannes, *Das größte Friedenswerk der Neuzeit, Der Westfälische Friede in neuer Perspektive*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 49, 1998, S. 562–612.
- BURKHARDT, Johannes, *Die erste föderale Verfassung, Der Westfälische Friede zu Münster und Osnabrück vor 350 Jahren war ein Glücksfall für die deutsche Geschichte*, in: *Berliner Zeitung*, vom 24. 10. 1998.
- BURKHARDT, Johannes, *Europäische Nachzügler oder institutioneller Vorreiter?, Plädoyer für einen neuen Entwicklungsdiskurs zur konstruktiven Doppelstaatlichkeit des frühmodernen Reiches*, in: Matthias SCHNETTGER (HRSG.), *Imperium Romanum, irregulare corpus, Teutscher Reichs-Staat, Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie*, Mainz, 2002, S. 297–316.

- BURKHARDT, Johannes, Über das Recht der Frühen Neuzeit, politisch interessant zu sein, Eine Antwort an Martin Tabaczek und Paul Münch, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 12, 1999, S. 748–756.
- BURKHARDT, Johannes, Verfassungsprofil und Leistungsbilanz des Immerwährenden Reichstag, Zur Evaluierung einer frühmodernen Institution, in: Heinz DUCHHARDT/Matthias SCHNETTGER (HRSG.), *Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum*, Mainz, 1999, S. 153–183.
- BURKHARDT, Johannes, *Vollendung und Neuorientierung des frühmodernen Reiches 1648 - 1763*, Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte Band 11, Stuttgart, 2006.
- BURNET, Gilbert, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol I, In six volumes, Oxford, 1823.
- BURNET, Gilbert, *Bishop Burnet's History of His Own Time*, Vol IV, In six volumes, Oxford, 1823.
- BURNS, James Henderson/GOLDIE, Mark (Hrsg.), *The Cambridge History of Political Thought, 1450-1700*, Cambridge, 1994.
- BURTON ADAMS, George, *The Origin of the English Constitution I*, in: *American Historical Review* 13, 1908, Nr. 2, S. 229–245.
- BURTON ADAMS, George, *The Origin of the English Constitution II*, in: *American Historical Review* 13, 1908, Nr. 4, S. 713–730.
- BUTTERFIELD, Herbert, *The Whig Interpretation of History*, London, 1950 (1931).
- CAM, Helen Maud, *The theory and practice of representation in medieval England (1952)*, in: E. B. FRYDE/Edward MILLER (HRSG.), *Historical studies of the English Parliament, Volume 1 (Origins to 1399)*, Cambridge, 1977, S. 263–278.
- CAMPION, Gilbert, *An Introduction to the Procedure of the House of Commons*, London, 1947.
- CANNON, John Ashton, *Parliamentary reform 1640-1832*, Cambridge, 1973.
- Carlyle, E. I., *Clarendon and the Privy Council, 1660-1667*, in: *English Historical Review* 27, 1912, Nr. 106, S. 251–273.
- CARTWRIGHT, James (Hrsg.), *The Memoirs of Sir John Reresby*, London, 1875.
- Cavendish, William, Duke of Newcastle upon Tyne, *For your most sacred MATie, Witt particulerlye for your MATie when you are Inthroned (1660)*, in: Arthur S. STRONG (HRSG.), *A Catalogue of letters and other historical documents exhibited in the library at Welbeck, With portraits and numerous facsimiles*, London, 1903, S. 173–236.

- CHADWICK, S. J., The Farnley Wood Plot, in: Publications of the Thoresby Society Miscellanea 15, 1909, S. 122–126.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 1 (1660-1680), Covers the first four Parliaments of Charles II, including the Convention Parliament (1660), 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol1>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 2 (1680-95), Covers the Parliament of James II and the accession of William and Mary, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol2>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 3 (1695-1706), Covers the later Parliaments of William and Mary, and the accession of Queen Anne, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol3>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 4 (1706-1713), The period of the first Parliaments of the unified Great Britain, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol4>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 5 (1713-1714), Contains extensive appendices, including lists of the Commons from 1660-1713, 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol5>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 6 (1714-1727), Covers the accession and first Parliaments of George I., 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol6>.
- CHANDLER, Richard (Hrsg.), The History and Proceedings of the House of Commons, Vol. 9 (1734-1737), 1742, <http://www.british-history.ac.uk/commons-hist-proceedings/vol9>.
- CHRIMES, S. B., English Constitutional History, London, 1949.
- CHRISTIE, William Dougal, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol I, First Earl of Shaftesbury 1621-1683, Two volumes, London, New York, 1871.
- CHRISTIE, William Dougal, A Life of Anthony Ashley Cooper, Vol II, First Earl of Shaftesbury 1621-1683, Two volumes, London, New York, 1871.
- Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, A brief view and survey of the dangerous and pernicious errors to church and state, in Mr. Hobbes's book, entitled Leviathan, Early English Books Online (EEBO) 656:03, Oxon printed at the Theater, 1676.

- Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The History of the Rebellion and Civil Wars in England, begun in the Year 1641, With the precedent passages, and actions, that contributed thereunto, and the happy End, and Conclusion thereof by the King's blessed Restoration, and Return, upon the 29th of May, in the Year 1660*, Volume I. Part 1, Oxford, 1721.
- Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The Life of Edward Earl of Clarendon, Lord High Chancellor of England, and Chancellor of the University of Oxford*, Volume I, Containing, I. An Account of the Chancellor's life from his birth to the restoration in 1660. II. A continuation of the same, and of his history of the Grand Rebellion, from the Restoration to his Banishment in 1667. Written by himself, Oxford, 1760.
- Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of, *The Life of Edward Earl of Clarendon, Lord High Chancellor of England, and Chancellor of the University of Oxford*, in which is included A Continuation of His History of the Grand Rebellion, written by Himself, In three volumes, Vol. I., Oxford, 1827.
- Clarendon, Edward Hyde, 1st Earl of/MACRAY, William Dunn (Hrsg.), *The history of the Rebellion and civil wars in England begun in the year 1641*, Re-edited from a fresh collation of the original MS in the Bodleian Library with marginal dates and occasional notes, Volume I of VI (Books I-IV), Oxford, 1888.
- CLARK, Andrew (Hrsg.), *The Life and Times of Anthony Wood, antiquary, of Oxford, 1632-1695*, described by Himself, Collected from His Diaries and other Papers, Volume III: 1682-1695, Oxford, 1894.
- CLAYDON, Tony, *William III*, Harlow, England, New York, 2002.
- CLAYDON, Tony, *William III and II (1650–1702)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/29450>.
- CLAYDON, Tony, *William III and the godly revolution*, Cambridge [u.a.], 1996.
- CLEMENTI, D. R., *The documentary evidence for the crisis of government in England in 1258*, in: *Parliaments, Estates and Representation* 1, 2010, Nr. 2, S. 99–108.
- COBBETT, William (Hrsg.), *Complete Collection of State Trials Volume 10*, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time, A.D. 1680-1685, London, 1811.
- COBBETT, William (Hrsg.), *Complete Collection of State Trials Volume 5*, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time,

Comprising the period from the second year of the reign of King Charles the Second, A.D. 1650, to the thirteenth year of the said reign, A.D. 1661, London, 1810.

COBBETT, William, Complete Collection of State Trials Volume 6, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the present time, Comprising the period from the thirteenth year of the reign of King Charles the Second, A.D. 1661, to the thirtieth year of the said reign, A.D. 1678, London, 1810.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 2 (1625-1642), From the earliest period to the year 1803, London, 1807.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 3 (1642-1660), From the earliest period to the year 1803, London, 1808.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 4 (1660-1688), From the earliest period to the year 1803, London, 1808.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 5 (1688-1702), From the earliest period to the year 1803, London, 1809.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 6 (1702-1714), From the earliest period to the year 1803, London, 1810.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 7 (1714-1722), From the earliest period to the year 1803, London, 1811.

COBBETT, William (Hrsg.), The Parliamentary History of England, Vol. 9 (1733-1737), From the earliest period to the year 1803, London, 1811.

CONDREN, Conal, George Lawson's *Politica* and the English Revolution, Cambridge, New York, 1989.

CONDREN, Conal (Hrsg.), *Lawson Politica sacra et civilis*, Cambridge, 1992.

CONDREN, Conal, Lawson, George (bap. 1598?, d. 1678), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/16196>, 25.11.2015.

CONGAR, Yves, *Quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet* (1958), in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), *Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten*, Darmstadt, 1980, S. 115–182.

- COSTIN, W.C./WATSON, J. Steven, *The Law and the Working of the Constitution, Documents 1660-1914*, In two volumes, Volume I. 1660-1783, London, 1961.
- COTTON, James, James Harrington and Thomas Hobbes, in: *Journal of the History of Ideas* 42, 1981, Nr. 3, S. 407–421.
- COURTNEY, Leonard, *The working of the Constitution, of the United Kingdom and its outgrowths*, London, 1901.
- COWARD, Barry, *The Stuart Age, England 1603-1714*, London, 1980.
- COXE, William (Hrsg.), *Private and original correspondence of Charles Talbot, Duke of Shrewsbury, with King William, the leaders of the Whig party, and other distinguished statesmen, illustrated with narratives, historical and biographical from the family papers in the possession of Her Grace the Duchess of Buccleugh, never before published*, London, 1821.
- CRAIK, Henry, *The Life of Edward Earl of Clarendon Lord High Chancellor of England, With Portraits, Volume II*, London, 1911.
- CRAIK, Henry, *The Life of Edward Earl of Clarendon Lord High Chancellor of England, With Portraits, Volume I*, London, 1911.
- CRUICKSHANKS, Eveline, *The Glorious Revolution*, New York, 2000.
- Dalrymple, John, Sir, *Memoirs of Great Britain and Ireland, From the Dissolution of the last Parliament of Charles II. till the Capture of the French and Spanish Fleets at Vigo. A New Edition in Three Volumes, Vol. II.*, London, 1790.
- DANIEL, Stephen H., Toland, John (1670–1722), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27497>.
- DAVIES, Godfrey, *The Political Career of Sir Richard Temple (1634-97) and Buckingham Politics*, in: *Huntington Library Quarterly* 4, 1940, Nr. 1, S. 47–83.
- DAVIES, Godfrey, *The Restoration of Charles II, 1658-1660*, San Marino, California, 1955.
- DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. I., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797.
- DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. II., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797.

- DEBRETT, J. (Hrsg.), *Parliamentary Papers, Vol. III., From the Restoration in 1660 to the Dissolution of the last Parliament in May 1796*, London, 1797.
- Defoe, Daniel, *A dialogue betwixt Whig and Tory, alias Williamite and Jacobite, Wherein the principles and practices of each party are fairly and impartially stated; that thereby mistakes and prejudices may be removed from amongst us, and all those who prefer English liberty, and Protestant religion, to French slavery and popery, may be inform'd how to choose fit and proper instruments for our preservation in these times of danger*, Early English Books Online (EEBO) 2334:07, London, 1693.
- Defoe, Daniel, *Arguments about the alteration of triennial elections of Parliament, In a letter to a friend in the country*, Early English Books Online (EEBO) C3:2[25], London, 1716.
- Defoe, Daniel, *Some considerations on a law for triennial parliaments, With an enquiry, I. Whether there may not be a time when it is necessary to suspend the execution, even of such laws as are most essential to the liberties of the people? II. Whether this is such a time or no?*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T065960, London, 1716.
- DICEY, Albert Venn, *Introduction to the Study of the Law of the Constitution*, London, 1902.
- DICKINSON, H. T., *St John, Henry, styled first Viscount Bolingbroke (1678–1751)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article//24496>, 26.5.2018.
- DOYLE, Sheila, *Hakewill, William (bap. 1574, d. 1655)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/11891>, 15.11.2015.
- Drake, William, Sir, *The Long Parliament revived, Or, An Act for continuation, and the not dissolving the Long Parliament (call'd by King Charles the First, in the year 1640.) but by an Act of Parliament With undeniable reasons deduced from the said Act to prove that that Parliament is not yet dissolved. Also, Mr. Will. Prynne his five arguments fully answered: whereby he endeavours to prove it to be dissolved by the Kings death, &c. By Tho. Philips Gent. a sincere lover of his King and countrey*, Early English Books Online (EEBO) 2482:02, London, 1660.
- DU MOULIN, Pierre/COVENTRY, William/Lisola, Baron François Paul de, *Englands appeal from the private cabal at White-Hall to the great council of the nation, the Lords and Commons in*



- Parliament assembled by a true lover of his countrey, Early English Books Online (EEBO) 426:13, 1673.
- DUCHHARDT, Heinz/SCHNETTGER, Matthias (Hrsg.), Reichsständische Libertät und habsburgisches Kaisertum, Mainz, 1999.
- DÜWELL, Susanne/PETHES, Nicolas (Hrsg.), Fall - Fallgeschichte - Fallstudie, Theorie und Geschichte einer Wissensform, Frankfurt am Main, 2014.
- DYCK, Ian, Cobbett, William (1763–1835), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5734>, 16.11.2009.
- EAGLES, Robin, The House of Lords 1660-1707, in: Clyve JONES (HRSG.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 54–70.
- ECHARD, Laurence, The history of England, from the first entrance of Julius Caesar and the Romans, to the end of the reign of King James the First containing the space of 1678 Years, With a compleat Index, London, 1707.
- EDWARDS, John, The Plena Potestas of English Parliamentary Representatives, in: E. B. FRYDE/Edward MILLER (HRSG.), Historical studies of the English Parliament, Volume 1 (Origins to 1399), Cambridge, 1977, S. 136–149.
- Elsynge, Henry, The ancient method and manner, of holding of parliaments in England, Being the collections of Henry Elsynge, Esq, Early English Books Online (EEBO) 142:14, London, 1660.
- ELTON, Geoffrey Rudolph, "The Body of the Whole Realm", Parliament and Representation in Medieval and Tudor England, Charlottesville, 1969.
- ELTON, Geoffrey Rudolph, The Parliament of England 1559-1581, Cambridge, 1989.
- ELTON, Geoffrey Rudolph, The Tudor constitution, Documents and commentary, Cambridge, 1982.
- ELTON, Geoffrey Rudolph, The Tudor Revolution in Government, Administrative Changes in the reign of Henry VIII, Cambridge, 1966.
- England and Wales, An Act for the assembling and holding of Parliaments, once in three years at the least and for the repeal of an Act entitled, An Act for the preventing of inconveniences happening by the long intermission of Parliaments, Early English Books Online (EEBO) 1810:11, 1664.

- England and Wales, An Act for the preventing of Inconveniencies, hapning by the long intermission of Parliaments, Early English Books Online (EEBO) 1814:08, London, 1640.
- England and Wales, Army Council, The heads of proposals, agreed on by his Excellency Sir Thomas Fairfax, and the Councell of the Armie. Tendred to the commissioners of Parliament residing with the Armie, to be by them presented to the Parliament, Early English Books Online (EEBO) 64:E.408[8], 1647.
- England and Wales, Court of Chancery, Instructions lately agreed on by the Lords and Commons assembled in Parliament, For the commissioners sent by them to the Hague, unto the Kings most Excellent Majesty. Together with the speech made thereupon by the honorable Denzell Holles esq; one of the commissioners, on Wednesday the 16th day of May, 1660. Now published for the taking off and disproving those false reports raised by some malicious persons, as if he had gone beyond his commission, and the said instructions, Early English Books Online (EEBO) 152:E.1027[9], London, 1660.
- England and Wales, Parliament, A remonstrance of the state of the kingdom, Die mercurii 15 Decemb. 1641. It is this day resolv'd upon the question, by the House of Commons; that order shall be now given for the printing of this remonstrance, of the state of the kingdom, Early English Books Online (EEBO) 257:E.181[2], 1641.
- England and Wales, Parliament, An Act for Removing and Preventing all Questions and Disputes concerning the Assembling and Sitting of this present Parliament, Anno regni Willielmi et Mariae, regis & reginae Angliae, Franciae, & Hibernae, Primo. On the twenty third day of February, Anno Dom. 1688. In the first year of their Majesties reign, this act passed the royal assent, Early English Books Online (EEBO) 2788:23, London, 1689.
- England and Wales, Parliament, Nineteen propositions, made by both Houses of Parliament, to the Kings most excellent Majestie vvith his Majesties answer thereunto, Early English Books Online (EEBO) 1792:28, 1642.
- ERSKINE MAY, Thomas/WEBSTER, T. Lonsdale, Treatise on the Law, Privileges, Proceedings and usage of Parliament, London, 1917.
- EBER, Reingard, Die Tudors und Stuarts 1485-1714, Stuttgart, 2004.
- FARMER, D. L., Britain and the Stuarts, London, 1965.
- FEILING, Keith, A History of the Tory Party 1640–1714, Oxford, 1924.
- FEILING, Keith, England under the Tudors and Stuarts 1485-1688, London, 1949.

- FELLOWS, Nicholas, Charles II and James II, London, 1995.
- FERDINAND, C. Y., Chandler, Richard, (b. in or before 1713, d. 1744), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5107>, 28.10.2016.
- FIELD, Ophelia, The Kit-Cat Club, Friends who imagined a nation, London, 2009.
- FIRTH, Charles Harding, Edward Hyde, Earl of Clarendon as statesman historian and chancellor of the University, A lecture delivered on February 18, 1909, Oxford, 1909.
- FIRTH, Charles Harding (Hrsg.), Stuart Tracts 1603-1693, With an introduction by C.H. Firth, New York, 1903.
- FIRTH, Charles Harding (Hrsg.), The Clarke Papers, Selections from the papers of William Clarke, Secretary to the Council of the Army, 1647-1649, and to General Monck and the Commanders of the Army in Scotland, 1651-1660, Vol. I., Westminster, 1891.
- FIRTH, Charles Harding (Hrsg.), The Life of William Cavendish Duke of Newcastle, To which is added the true relation of my birth breeding and life by Margaret, Duchess of Newcastle, With twelve appendices and an index, London, 1907.
- FIRTH, Charles Harding/RAIT, Robert Sangster (Hrsg.), Acts and Ordinances of the Interregnum, 1642-1660, London, 1911, <http://www.british-history.ac.uk/no-series/acts-ordinances-interregnum>.
- Ford Lord Grey, The Secret history of the Rye-House Plot: And of Monmouth's rebellion. Written by Ford Lord Grey, in MDCLXXXV, Now first published from a manuscript sign'd by himself, before the Earl of Sunderland, London, 1754/1685.
- FOXCROFT, H. C., The Life and Letters of Sir George Savile, Bart., First Marquis of Halifax &c. With a new Edition of his works now for the first time collected and revised, In two volumes, Volume II., London, 1898.
- FRASER, Antonia, King Charles II, London, 2007.
- FREY, Linda/FREY, Marsha, Townshend, Charles, second Viscount Townshend (1674–1738), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27617>, 29.6.2018.
- FROTSCHER, Werner/GORNIG, Gilbert-Hanno/KRAMER, Urs/VOLKMANN, Uwe (Hrsg.), Staat-Wirtschaft-Gemeinde, Festschrift für Werner Frotscher zum 70. Geburtstag, Berlin, 2007.

- FRYDE, E. B./GREENWAY, D. E./PORTER, S./ROY, I., Handbook of British Chronology, London, 1986.
- FRYDE, E. B./MILLER, Edward (Hrsg.), Historical studies of the English Parliament, Volume 1 (Origins to 1399), Cambridge, 1977.
- FÜRNRÖHR, Walter, Das Comeback des Alten Reichs, Auch ein "Historikerstreit" mit Bedeutung für das historisch-politische Bewusstsein in (Mittel-)Europa?, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, Zeitschrift für historisch-politische Bildung 29, 2001, S. 80–87.
- FÜRNRÖHR, Walter, Der Immerwährende Reichstag zu Regensburg, Das Parlament des Alten Reiches. Zur 300-Jahrfeier seiner Eröffnung 1663, Regensburg, Kallmünz, 1987 (1963).
- GALBRAITH, V. H., The Modus Tenendi Parliamentum, in: Journal of the Warburg Courtauld Institute 16, 1953, Nr. 1/2, S. 81–99.
- GANSHOF, François Louis, Was ist das Lehnswesen? Que est-ce que la féodalité?, Darmstadt, 1961.
- GARDINER, Samuel Rawson, History of the Commonwealth and Protectorate 1649-1656, In Four Volumes, Volume II. 1651-1653, London, 1903.
- GARDINER, Samuel Rawson, History of the Commonwealth and Protectorate 1649-1656, In Four Volumes, Volume III. 1654-1656, London, 1901.
- GARDINER, Samuel Rawson (Hrsg.), The Constitutional Documents of the Puritan Revolution, 1625-1660, Oxford, 1906.
- GEE, Henry, The Derwentdale Plot 1663, in: Transactions of the Royal Historical Society 11, 1917, S. 125–142.
- GIBBS, G. C., George I (1660-1727), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/10538>, 26.5.2018.
- GLASSEY, Lionel, Politics, Finance and Government, in: Lionel GLASSEY (HRSG.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 36–70.
- GLASSEY, Lionel (Hrsg.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997.
- GOLDIE, Mark, Restoration Political Thought, in: Lionel GLASSEY (HRSG.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 12–35.

- GOLDIE, Mark, The English system of liberty, in: Mark GOLDIE/Robert WOKLER (HRSG.), The Cambridge history of eighteenth-century political thought, Cambridge, New York, 2006, S. 40–78.
- GOLDIE, Mark (Hrsg.), The entring book of Roger Morrice 1677-1691, Volume I Roger Morrice and the Puritan Whigs, Appendices, Bibliography, Genealogical tables, Maps, Woodbridge, 2007.
- GOLDIE, Mark/WOKLER, Robert (Hrsg.), The Cambridge history of eighteenth-century political thought, Cambridge, New York, 2006.
- GOLDSWORTHY, Jeffrey, The sovereignty of parliament, History and philosophy, Oxford [etc.], 1999.
- Great Britain, An Act for enlarging the time of continuance of Parliaments, Appointed by an Act made in the sixth year of the reign of King William and Queen Mary, intituled, An Act for the frequent meeting and calling of Parliaments, London, 1716.
- GREAVES, Richard L., Deliver us from evil, The radical underground in Britain, 1660-1663, New York (N.Y.), 1986.
- GREEN, James, An attempt to explain the principles of the British constitution, to trace the causes which combined to bring about the Triennial and Septennial acts, to enumerate some of the pernicious effects produced by the latter, and to shew the indispensable necessity of a repeal of that act, and an equal representation of the people in Parliament, in order to preserve the balance of the three branches of the legislature, so essential to the constitution, By James Green, Lieutenant in his Majesty's Marine Forces, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T063563, Newcastle, 1790.
- GREGG, Edward, Anne (1665–1714), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/560>, 26.5.2018.
- GREGG, Edward, Queen Anne, Yale English Monarchs Series, New Haven, 2001.
- GRÖßLER, Hermann, Die Ursachen der Permanenz des sogenannten Immerwährenden Reichstags zu Regensburg, Inaugural-Dissertation Johann-Friedrichs-Universität zu Jena, Stargard, 1869.
- GWYNN WILLIAMS, J., Vaughan, Sir John (1603–74), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28134>, 01.2.2010.

- Hakewill, William, *Modus tenendi Parliamentum, Or the old manner of holding Parliaments in England extracted out of our ancient records: with certain municipal rights and customes of this common-wealth of England: together with the priviledges of Parliament : and the manner how lawes are there enacted by passing of bills: collected out of the journal of the House of Commons*, Early English Books Online (EEBO) 940:01, London, 1660.
- Haley, K. H. D., *The First Earl of Shaftesbury*, Oxford, 1968.
- HALLAM, Henry, *The Constitutional History of England, From the Accession of Henry VII. to the Death of George II., In Three Volumes. Vol. III.*, London, 1884.
- HANDLEY, Stuart, Montagu, Charles, Earl of Halifax (1661–1715), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/19004>.
- HANDLEY, Stuart, Somers, John, Baron Somers (1651–1716), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26002>.
- HANDLEY, Stuart, Talbot, Charles, Duke of Shrewsbury (1660-1718), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <https://doi.org/10.1093/ref:odnb/26922>.
- HANDLEY, Stuart, Temple, Sir Richard, third baronet (1634–97), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/27118>, 20.8.2013.
- HANDLEY, Stuart, Whig-Junto (1694-1716), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/theme/92792>, 20.7.2009.
- HANHAM, Andrew, Stanhope, James, first Earl Stanhope (1673–1721), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26248>, 29.6.2018.
- HARDY, Thomas Duffus (Hrsg.), *Modus tenendi parliamentum, An ancient treatise on the mode of holding the parliament in England*, London, 1846.
- HARRINGTON, James, *The Rota, Or, A model of a free-state, or equall common-wealth: once proposed and debated in brief, and to be again more at large proposed to, and debated by a free*

- and open society of ingenious gentlemen, Early English Books Online (EEBO) 150:E.1013[7], London, 1660.
- HARRIS, Tim, Cooper, Anthony Ashley, first Earl of Shaftesbury (1621-83), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/6208>, 20.7.2009.
- HARRIS, Tim, London crowds in the reign of Charles II, Propaganda and politics from the Restoration until the exclusion crisis, Cambridge, 1987.
- HARRIS, Tim, Politics under the later Stuarts, Party conflict in a divided society 1660-1715, London, 1993.
- HARRIS, Tim, Restoration, Charles II and his kingdoms 1660-1685, London, 2005.
- HARRIS, Tim, Revolution, The great crisis of the British monarchy, 1685-1720, 2007.
- HARRIS, Tim, The Parties and the People. The Press, the Crowd and Politics 'Out-of-doors' in Restoration England, in: Lionel GLASSEY (HRSG.), The reigns of Charles II and James VII & II, Basingstoke, Hampshire, 1997, S. 125–151.
- HARRIS, Tim/SEAWARD, Paul/GOLDIE, Mark (Hrsg.), The Politics of religion in Restoration England, Oxford, Cambridge, Mass., USA, 1990.
- HÄRTER, Karl, Reichstag und Revolution 1789-1806, Die Auseinandersetzung des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg mit den Auswirkungen der Französischen Revolution auf das alte Reich, Göttingen, 1992.
- HATTENDORF, John, Churchill, John, first duke of Marlborough (1650–1722), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5401>, 26.5.2018.
- HAYTON, David, The "Country" interest and the party system 1689-1720, in: Clyve JONES (HRSG.), Party and management in Parliament 1660-1784, Leicester, 1984, S. 37–85.
- Helms, Mary Elizabeth Wittmayer, The Convention Parliament of 1660, Doctoral Dissertation (unpublished), Bryn Mawr, 1963.
- HENNING, Basil Duke (Hrsg.), The Parliamentary Diary of Sir Edward Dering 1670-1673, New Haven, 1940.
- HILL, Brian, The growth of parliamentary parties 1689-1742, London, 1976.
- HILL, Christopher, A century of revolution 1603-1714, London, 1991.

- History of Parliament Trust (Hrsg.), Bennet, Sir Henry (1618-85), 2017,  
<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/bennet-sir-henry-1618-85>.
- History of Parliament Trust (Hrsg.), CLIFFORD, Thomas (1630-73), of Ugbrooke, Chudleigh, Devon., 2004, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/clifford-thomas-1630-73>.
- History of Parliament Trust (Hrsg.), COOPER, Sir Anthony Ashley, 2nd Bt. (1621-83), of Wimborne St. Giles, Dorset and The Close, Salisbury, Wilts., 2017,  
<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/cooper-sir-anthony-ashley-1621-83>.
- History of Parliament Trust (Hrsg.), Temple, Sir Richard, 3rd Baronet (1634-97), 2017,  
<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/temple-sir-richard-1634-97>.
- History of Parliament Trust (Hrsg.), Vaughan, John (1603-74), 2017,  
<http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/vaughan-john-1603-74>.
- Holdsworth, W. S., A History of the English Law, Volume VI., London, 1924.
- HOLLES, Denzil, The Long Parliament dissolved, Early English Books Online (EEBO) 844:19, London, 1676.
- HOLLES, Denzil/CAREY, Nicholas, Some Considerations upon the question, whether The Parliament is dissolved by its prorogation for 15 Months?, The two statutes upon which this question depends are, 4 Edw. 3. cap. 14. ... 36 Edw. 3. cap. 10, Early English Books Online (EEBO) 670:11, 1676.
- HOLMES, Geoffrey S., British politics in the age of Anne, London, 1987 (1967).
- HOLMES, Geoffrey S./SPECK, W. A. (Hrsg.), The Divided Society, Party Conflict in England 1694-1716, London, 1970/67.
- HÖPFL, H. M., Harrington, James (1611-77), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004,  
<http://www.oxforddnb.com/view/article/12375>, 15.11.2015.
- HOPPER, Andrew, The Farnley Wood Plot and the memory of the Civil Wars in Yorkshire, in: Historical Journal 45, 2002, Nr. 2, S. 281–303.



- HOPPIT, Julian, *A land of liberty?, England 1689-1727*, The New Oxford History of England, Oxford, New York, 2000.
- HORWITZ, Henry, Finch, Daniel, second earl of Nottingham and seventh earl of Winchilsea (1647–1730), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/9472>.
- HORWITZ, Henry, *Parliament, policy, and politics in the reign of William III*, Manchester, 1977.
- HORWITZ, Henry (Hrsg.), *The parliamentary diary of Narcissus Luttrell 1691-93*, Oxford, 1972.
- HOWELL, James, *Philanglus, Som sober inspections made into the cariage and consults of the late-Long Parlement whereby occasion is taken to speak of parlements in former times &c., With som reflexes upon government in general, With som prophetic paragraffs*, *Early English Books Online (EEBO) 791:08*, London, 1660.
- Howell, Thomas Bayly (Hrsg.), *A Complete Collection of State Trials, Vol VI, And proceedings for High Treason and other crimes and misdemeanors from the earliest period to the year 1783. With notes and other illustrations: compiled by T. B. Howell, Esq. ... in twenty-two volumes, Vol. VI. 13-30 Charles II ... 1661-1678*, London, 1816.
- HÖXTER, Julius, *Die Vorgeschichte und die beiden ersten Jahre des "Immerwährenden" Reichstages zu Regensburg*, Universität Dissertation, Heidelberg, 1901.
- HÜBNER, Emil/MÜNCH, Ursula, *Das politische System Großbritanniens, Eine Einführung*, München, 1999.
- HULSE, Lynn, Cavendish, William, first duke of Newcastle upon Tyne (bap. 1593, d. 1676), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/4946>, 05.11.2015.
- HUTCHESON, Archibald, *A speech made in the House of Commons, on Tuesday the 24th of April 1716, At the second reading of the Bill for enlarging the time for continuance of Parliaments, &c*, London, 1716.
- HUTTON, Ronald, *Charles the Second, King of England, Scotland, and Ireland*, Oxford, New York, 1989.

- HUTTON, Ronald, Clifford, Thomas, first Baron Clifford of Chudleigh (1630–1673), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/5664>, 20.7.2009.
- HUTTON, Ronald, Maitland, John, Duke of Lauderdale (1616-82), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/17827>, 06.8.2011.
- HUTTON, Ronald, The Restoration, A political and religious history of England and Wales 1658-1667, Oxford, 1993.
- JAEGER, Friedrich (Hrsg.), Enzyklopädie der Neuzeit, 16 Bände, Stuttgart [u.a.], 2005-12.
- JOHNSON, Samuel, An essay concerning Parliaments at a certainty, or, The kalends of May, Early English Books (EEBO) 459:26, London, 1693.
- JONES, Clyve (Hrsg.), A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009.
- JONES, Clyve (Hrsg.), Party and management in Parliament 1660-1784, Leicester, 1984.
- JONES, David Lewis, A parliamentary history of the Glorious Revolution, London, 1988.
- JONES, J. R., Charles II, Royal politician, London, Boston, 1987.
- JONES, J. R., Country and Court, England 1658-1714, The New History of England, Volume V, London, 1978.
- JONES, J. R., The Revolution of 1688 in England, London, 1972.
- KAMPMANN, Christoph, Der Immerwährende Reichstag als "erstes stehendes Parlament"?, Aktuelle Forschungsfragen und ein deutsch-englischer Vergleich, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11, 2004, S. 646–662.
- KAMPMANN, Christoph, Die englische Krone als Arbiter of Christendom?, Die "Balance of Europe" in der politischen Diskussion der späten Stuart-Ära (1660-1714), in: Historisches Jahrbuch 116, 1996, S. 321–366.
- KAMPMANN, Christoph, Ein großes Bündnis der katholischen Dynastien 1688?, Neue Perspektiven auf die Entstehung des Neunjährigen Krieges und der Glorious Revolution, in: Historische Zeitschrift 294, 2012, S. 31–58.
- KAMPMANN, Christoph, Parlament, Band 9 Naturhaushalt - Physiokratie, in: Friedrich JAEGER (HRSG.), Enzyklopädie der Neuzeit, 16 Bände, Stuttgart [u.a.], 2005-12, S. 857–868.

- KAMPMANN, Christoph, The English crisis, Emperor Leopold, and the origins of the Dutch Intervention in 1688, in: *Historical Journal* 55, 2012, Nr. 02, S. 521–532.
- KANTOROWICZ, Ernst Hartwig, Die zwei Körper des Königs, "The King's Two Bodies", Eine Studie zur politischen Theologie des Mittelalters, München, 1994.
- KEAY, Anna, The magnificent monarch, Charles II and the ceremonies of power, London, 2008.
- KEEBLE, N. H., The literary culture of nonconformity in later seventeenth-century England, 1987.
- Keir, Sir David Lindsay, The Constitutional History of Modern Britain since 1485, London, 1964.
- KELLIHER, W. H., Marvell, Andrew (1621–1678), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/18242>, 14.3.2016.
- KEMP, Betty, King and Commons 1660-1832, Westport, Connecticut, 1984.
- KENNETH, White, A complete history of England, with the lives of all the kings and queens thereof; from the earliest account of time, to the death of His late Majesty King William III., London, 1706.
- KENYON, John P., Revolution principles, The politics of party, 1689-1720, Cambridge, New York, 1990.
- KENYON, John P., Robert Spencer, Earl of Sunderland 1641-1702, London, 1958.
- KENYON, John P., The Popish Plot, London, 1972.
- KERN, Fritz, Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter, Zur Entwicklungsgeschichte der Monarchie, Darmstadt, 1980 (1914).
- KISHLANSKY, Mark, A Monarchy Transformed, Britain 1603-1714, London, 1996.
- KISHLANSKY, Mark, The Case of the Army truly stated, in: *Past and Present*, 1978, Nr. 81, S. 51–74.
- KITCHIN, George, Sir Roger L'Estrange, A contribution to the history of the press in the seventeenth century, London, 1913.
- KLUXEN, Kurt, Geschichte Englands, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart, 1968.
- KLUXEN, Kurt, Geschichte und Problematik des Parlamentarismus, Frankfurt am Main, 1983.
- KNIGHTS, Mark, London Petitions and Parliamentary Politics in 1679, in: *Parliamentary History* 12, 1993, Nr. 1, S. 29–46.

- KNIGHTS, Mark, Osborne, Thomas, First Duke of Leeds (1632–1712), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/20884>, 20.7.2009.
- KNIGHTS, Mark, Parliament, Print and Corruption in Later Stuart Britain, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 49–61.
- KNIGHTS, Mark, *Politics and opinion in crisis, 1678-81*, Cambridge, 1994.
- KREY, Gary S. De, *London and the Restoration, 1659-1683*, New York, 2005.
- KREY, Gary S. De, London Radicals and Revolutionary Politics 1675-83, in: Tim HARRIS/Paul SEAWARD/Mark GOLDIE (HRSG.), *The Politics of religion in Restoration England*, Oxford, Cambridge, Mass., USA, 1990, S. 133–162.
- KREY, Gary S. De, *Restoration and Revolution in Britain, A political history of the era of Charles II and the Glorious Revolution*, Basingstoke, 2007.
- KYLE, Chris R., From Broadside to Pamphlet, Print and Parliament in the late 1620s, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 17–29.
- LAMONT, William, Prynne, William (1600-1669), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/22854>, 17.11.2015.
- Lawson, George, *Politica sacra & civilis, Or, A modell of civil and ecclesiasticall government wherein, besides the positive doctrine concerning state and church in general, are debated the principall controversies of the times. Concerning the constitution of the state and Church of England, tending to righteousness, truth and peace. The first part*, Early English Books Online (EEBO) 152:E.1024[3], London, 1660.
- LAWTON, C., A short State of our Condition with relation to the present Parliament, commonly call'd Hushmony Paper, in: Anonymus (Hrsg.), *A Collection of State Tracts, Vol. II.*, published during the reign of King William III., London, 1706, S. 369–371.
- LAWTON, Charlwood, *A short state of our condition, with relation to the present Parliament*, Early English Books (EEBO) 850:07, London, 1693.
- Leadam, I. S., *The History of England, Vol. IX., From the accession of Anne to the death of George II. (1702-1760)*, London, 1909.
- LEGG, Leopold (Hrsg.), *English Coronation Records*, Westminster, 1901.

- L'ESTRANGE, Roger, An account of the growth of knavery, Under the pretended fears of arbitrary government and popery with a parallel betwixt the reformers of 1677 and those of 1641 in their methods and designs, in a letter to a friend, Early English Books Online (EEBO) 388:07, London, 1678.
- L'Estrange, Roger, Sir, A free Parliament proposed, by the City to the nation, Early English Books Online (EEBO) C26:3[138], London, 1660.
- L'Estrange, Roger, Sir, A plea for limited monarchy, As it was established in this nation, before the late war, In an humble addresse to His Excellency, Generall Monck, By a zealot for the good old laws of his country, before any faction or caprice, Early English Books Online (EEBO) 2189:08, London, 1660.
- L'Estrange, Roger, Sir (Hrsg.), The Intelligencer, Published for the Satisfaction and Information of the People, Monday, October 26, Issue 9, 17th-18th Century Burney Collection Newspapers, London, 1663.
- LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. II., London, 1838.
- LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. I., London, 1838.
- LISTER, T. H., Life and Administration of Edward, First Earl of Clarendon, With original correspondence and authentic papers never before published, In three Volumes, Vol. III., London, 1837.
- LLOYD, Howell, Constitutionalism, in: James Henderson BURNS/Mark GOLDIE (HRSG.), The Cambridge History of Political Thought, 1450-1700, Cambridge, 1994, S. 254–297.
- Locke, John/GOLDIE, Mark (Hrsg.), Two treatises of government, London, 1999.
- LOCKYER, Roger, Tudor and Stuart Britain 1471-1714, London, 1967.
- LODGE, Richard, The History of England, Vol. VIII., From the restoration to the death of William III. (1660-1702), London, 1910.
- LOEWENSTEIN, Karl, Der britische Parlamentarismus, Entstehung und Gestalt, Hamburg, 1964.
- LONGFORD, Frank Pakenham, A history of the House of Lords, Stroud, 1999.

- LOVE, Harold, L'Estrange, Sir Roger (1616–1704), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/16514>, 25.11.2015.
- MACAULAY, Alexander, Septennial parliaments vindicated, Humbly addressed to His Excellency the Earl of Hertford, By Alexander Mc. Aulay, Esq, One of his Majesty's Counsel at Law, for the Kingdom of Ireland, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T106620, Dublin, 1766.
- MADDICOTT, John Robert, The origins of the English parliament, 924-1327, Oxford, 2012.
- MAITLAND, Frederic William, The Constitutional History of England, A Course of Lectures Delivered, Cambridge, 1919.
- MARCHAM, Frederick George, A Constitutional History of Modern England, 1485 to the Present, New York, 1960.
- MARONGIU, Antonio, Das Prinzip der Demokratie und der Zustimmung, (quod omnes tangit, ab omnibus approbari debet) im 14. Jahrhundert (1962), in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten, Darmstadt, 1980, S. 183–212.
- MARSHALL, Alan, Bennet, Henry, first earl of Arlington (1618-85), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/2104>, 06.8.2011.
- Marvell, Andrew, A seasonable argument, to perswade all the grand juries in England to petition for a new Parliament, Or, A list of the principal labourers in the great design of popery and arbitrary power who have betrayed their country to the conspirators, and bargain'd with them to maintain a standing army in England ..., Early English Books Online (EEBO) 324:10, Amsterdam, 1677.
- Marvell, Andrew, An account of the growth of popery and arbitrary government in England, More particularly, from the long prorogation of November, 1675, ending the 15th of February, 1676, till the last meeting of Parliament, the 16th of July, 1677, Early English Books Online (EEBO) 216:12, Amsterdam, 1677.
- MATTHEW, Colin/HARRISON, Brian/GOLDMAN, Lawrence/CANNADINE, David (Hrsg.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/>.
- MERTON, Robert King, Auf den Schultern von Riesen, Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit, Frankfurt am Main, 1983 (1965).

- MILLER, John, *After the Civil Wars, Government in the reign of Charles II*, London, New York, 2000.
- MILLER, John, Charles II and his Parliaments, in: *Transactions of the Royal Historical Society* 32, 1982, S. 1–23.
- MILLER, John, *Popery and Politics in England 1660-1688*, Cambridge, 1973.
- MILLER, John, *The Glorious Revolution*, London, 1997.
- MILLER, John, *The Restoration and the England of Charles II*, London, 1997.
- MILLER, John, *The Stuarts*, London, New York, 2004.
- MILTON, John, *Eikonoklastes, In answer to a book intitl'd Eikon Basilike, the Portrature of his Sacred Majesty in his Solitudes and Sufferings*, London, 1649.
- Monmouth, James Scott, Duke of, *The declaration of James Duke of Monmouth, & the noblemen, gentlemen & others, now in arms, For defence & vindication of the Protestant religion, & the laws, rights, & priviledges of England, from the invasion made upon them, & for delivering the kingdom from the usurpation & tyranny of James Duke of York*, Early English Books Online (EEBO) 769:03, 1685.
- MORRILL, John, Holles, Denzil, first Baron Holles (1598–1680), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/13550>, 20.9.2009.
- MORRILL, John (Hrsg.), *Revolution and Restoration, England in the 1650s*, London, 1992.
- MORRILL, John, The Later Stuarts, A Glorious Revolution?, in: *History Today* 38, 1988, S. 8–16.
- MUDDIMAN, Joseph George, *The King's Journalist 1659-89, Studies in the reign of Charles II*, London, 1923.
- MÜNCH, Paul, 1648 - Notwendige Nachfragen, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 47, 1999, S. 329–333.
- N. N., Some reasons for annual Parliaments, in a letter to a friend, Early English Books (EEBO) 1037:06, London, 1693.
- NORTON, PHILIP, Resisting the Inevitable? The Parliament Act 1911, in: *Parliamentary History* 31, 2012, Nr. 3, S. 444–459.
- NOTESTEIN, Wallace, *The Winning of the Initiative by the House of Commons, The Raleigh Lecture on History 1924*, 1971.

- OGG, David, *England in the Reign of Charles II, Volume I*, Oxford, 1955.
- OGG, David, *England in the Reign of Charles II, Volume II*, Oxford, 1955.
- OGG, David, *England in the Reigns of James II and William III*, Oxford, 1955.
- OGILBY, John, *The entertainment of His Most Excellent Majestie Charles II, in his passage through the city of London to his coronation containing an exact accompt of the whole solemnity, the triumphal arches, and cavalcade, delineated in sculpture, the speeches and impresses illustrated from antiquity, To these is added, a brief narrative of His Majestie's solemn coronation: with his magnificent proceeding, and royal feast in Westminster-Hall*, Early English Books Online (EEBO) 614:01, London, 1662.
- OGILBY, John, *The relation of His Majestie's entertainment passing through the city of London, to his coronation, with a description of the triumphal arches, and solemnity*, Early English Books Online (EEBO) 161:E.1080[16], London, 1661.
- Oldmixon, *The critical history of England ecclesiastical and civil*, London, 1726.
- Ordered by the Parliament, *The form of writs to be issued forth, under the Great Seal of England, For the election of knights, citizens, and burgesses to sit and serve in the Parliament which is to be holden at Westminster the 25. of April next ensuing, 1660. as followeth*, Early English Books Online (EEBO) C3:1[105] und C29:2[254], London, 1660.
- PALEY, Ruth/SEAWARD, Paul, *Honour, interest & power, An illustrated history of the House of Lords, 1660-1715*, Woodbridge, England, Rochester, USA, 2010.
- PARKS, Stephen, *Freedom of the press, Sir Roger L'Estrange's tracts and others, 1660-1681*, Garland, 1974.
- Parliament-man in Cornwall/H. P., *Bencher of the Temple, A seasonable question, and an usefull answer, contained in an exchange of a letter between a Parliament-man in Cornwell, and a bencher of the Temple*, London, Early English Books Online (EEBO) 747:27, 1676.
- PARRY, Charles Henry, *The Parliaments and Councils of England, Chronologically arranged, from the reign of William I. to the Revolution in 1688*, London, 1839.
- PATTERSON, Annabel, *The Long Parliament of Charles II*, New Haven Connecticut, London, 2008.
- PEACEY, Jason, *Print Culture and Political Lobbying during the English Civil Wars*, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 30–48.



- PEACEY, Jason, The Print Culture of Parliament, 1600-1800, in: *Parliamentary History* 26, 2007, Nr. 1, S. 1–16.
- PENN, William, England's great interest, in the choice of this new Parliament, dedicated to all her freeholders and electors, *Early English Books Online (EEBO) C3:2[32]*, London, 1679.
- Pincus, Steven, Protestantism and patriotism, *Ideologies and the making of English foreign policy 1650-1668*, Cambridge [England], New York, 1996.
- PLUMB, J. H., Sir Robert Walpole, *The making of a statesman, Volume I*, 1956.
- PLUMB, J. H., *The Growth of Political Stability in England 1675-1725*, London, 1967.
- Pocock, John, James Harrington and the Good Old Cause, A Study of the Ideological Context of His Writings, in: *Journal of British Studies* 10, 1970, Nr. 1, S. 30–48.
- Pocock, John (Hrsg.), *The political works of James Harrington*, Cambridge, 1977.
- POLLARD, Albert Frederick, *The Evolution of Parliament*, London, 1920.
- POST, Gaines, A Romano-Canonical Maxim, 'Quod omnes tangit', in Bracton, in: *Traditio* VI, 1946, S. 197–251.
- POST, Gaines, *Plena Potestas and Consent in Medieval Assemblies, A study in Romano-Canonical procedure and the rise of representation 1150-1325 (1943)*, in: Heinz Volker RAUSCH (HRSG.), *Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten*, Darmstadt, 1980, S. 30–114.
- PRESTWICH, Michael, The modus tenendi parliamentum, in: *Parliamentary History* 1, 1982, Nr. 1, S. 221–226.
- Prynne, William, Six important quaeres propounded to the re-sitting Rump of the long Parliament, fit to be satisfactorily resolved by them upon the question, before they presume to act any further, or expect the least obedience from the free-born English nation, after so manie years wars and contests for the privileges, rights, and freedom of Parliaments, and their own liberties, *Early English Books Online (EEBO) P4083A*, London, 1659.
- Prynne, William, *The Long Parliament twice defunct, Or, An answer to a seditious pamphlet, intituled, The Long Parliament revived. Wherein the authors undeniable arguments are denied, examined, confuted: and the authority of this present Parliament asserted, vindicated. By a zealous yet moderate oppugner of the enemies of his prince and country*, *Early English Books Online (EEBO) 156:E.1053[2]*, London, 1660.

- RAITHBY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 5 (1628-1680), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. The statutes that passed into law under Charles I and Charles II, including the legislation of the Long and Short Parliaments before the Interregnum, and of the Restoration after, 1818, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol5>.
- RAITHBY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 6 (1685-1694), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. The statutes of the last years of James II, the Glorious Revolution, and the first years of William and Mary. Includes the 'Bill of Rights' of 1688-9 and the Triennial Act of 1694, 1819, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol6>.
- RAITHBY, John (Hrsg.), Statutes of the Realm, Volume 7 (1695-1701), The full text of Statutes passed into law by the two Houses of Parliament. Statutes passed into law under William III, including the Civil List Act of 1697 and the Act of Settlement of 1701, 1820, <http://www.british-history.ac.uk/statutes-realm/vol7>.
- RALPH, James, The History of England during the reigns of King William, Queen Anne, and King George I, with an introductory review of the reigns of the royal brothers Charles and James, London, 1745.
- RAUSCH, Heinz Volker (Hrsg.), Die geschichtlichen Grundlagen der modernen Volksvertretung, Die Entwicklung von den mittelalterlichen Korporationen zu den modernen Parlamenten, Erster Band Allgemeine Fragen und Europäischer Überblick, Darmstadt, 1980.
- REDLICH, Josef, Recht und Technik des englischen Parlamentarismus, Die Geschäftsordnung des House of Commons in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt, Leipzig, 1905.
- REDLICH, Josef, The Procedure of the House of Commons, A Study of its History and Present Form, Vol. II., London, 1908.
- Reresby, John, Sir, The Memoirs and Travels of Sir John Reresby, Bart., The former containing Anecdotes, and secret history, of the courts of Charles II. and James II. The latter (now first published) exhibiting A View of the Governments and Society in the Principal States and Courts of Europe during the time of Cromwell's usurpation, London, 1813.
- Richardson, H. G./Sayles, G. O., The Earliest Known Official Use of the Term 'Parliament', in: English Historical Review 82, 1967, Nr. 325, S. 747–750.

- RIESCHER, Gisela/HOFMANN, Wilhelm, Einführung in die Parlamentarismustheorie, Darmstadt, 1999.
- RIKLIN, Alois, Die Republik von James Harrington 1656, Bern, Wien, 1999.
- RITTER, Gerhard Albert, Parlament und Demokratie in Großbritannien, Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems, Göttingen, 1972.
- ROBBINS, Caroline (Hrsg.), The diary of John Milward, September 1666 to May 1668, Cambridge, 1938.
- ROBERTS, Clayton, The Growth of Ministerial Responsibility to Parliament in Later Stuart England, in: *Journal of Modern History* 28, 1956, Nr. 3, S. 215–233.
- ROBERTS, Clayton, The Growth of responsible government in Stuart England, Cambridge, 1966.
- ROSE, Craig, England in the 1690s, Revolution, religion, and war, Oxford, 1999.
- ROSE, Jacqueline, Godly kingship in Restoration England, The politics of the royal supremacy, 1660-1688, Cambridge, New York, 2011.
- ROUND, John Horace, The House of Lords and the Model Parliament, in: *English Historical Review* 30, 1915, Nr. 119, S. 385–397.
- RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume I., From Magna Charta to the end of the reign of King Henry the sixth. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time, London, 1763.
- RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume III., From the first year of King James the First to the tenth year of the reign of King William the Third. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time, London, 1763.
- RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume IV., From the tenth year of King William the Third to the end of the reign of Queen Anne. To which is prefixed, A table of the titles of all the Publick and Private Statutes during that time, London, 1763.
- RUFFHEAD, Owen (Hrsg.), The Statutes at Large, Volume V., From the first year of the reign of King George the First to the third year of the reign of King George the Second, London, 1763.
- RUSHWORTH, John (Hrsg.), Historical Collections of Private Passages of State, Volume 4 (1640-42), London, 1721, <http://www.british-history.ac.uk/rushworth-papers/vol4>.

- SAINTY, J. C., Elsynge, Henry (bap. 1577, d. 1635), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/37395>, 25.11.2015.
- SANFORD TERRY, C., The Duke of Monmouth's Instructions in June 1679, in: English Historical Review 20, 1905, Nr. 77, S. 127–129.
- SCHIEREN, Stefan, Grossbritannien, Schwalbach/Ts., 2010.
- SCHINDLING, Anton, Die Anfänge des Immerwährenden Reichstags zu Regensburg, Ständevertretung und Staatskunst nach dem Westfälischen Frieden, Mainz, 1991.
- SCHNATH, Georg, Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg, Kurfürst von Hannover, Bischof von Osnabrück (1629-98), in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 4, 1959, S. 608f.
- SCHNATH, Georg, Georg Ludwig, Kurfürst von Hannover, König von Großbritannien und Irland (1660-1727), in: Neue Deutsche Biographie (NDB) 6, 1964, S. 210f.
- SCHNETTGER, Matthias (Hrsg.), Imperium Romanum, irregulare corpus, Teutscher Reichs-Staat, Das Alte Reich im Verständnis der Zeitgenossen und der Historiographie, Mainz, 2002.
- SCHWEIZER, Karl W., Parliament and the Press, A Case for Synergy, in: Parliamentary History 25, 2006, Nr. 1, S. 1–8.
- SCHWOERER, Lois G., "No standing armies!", The antiarmy ideology in seventeenth-century England, Baltimore, 1974.
- SCOTT, Jonathan, Algernon Sidney and the English Republic, 1623-1677, Cambridge, 1988.
- SCOTT, Jonathan, Algernon Sidney and the Restoration crisis, 1677-1683, Cambridge, 1991.
- SCOTT, Jonathan, Sidney, Algernon (1623–1683), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/25519>, 29.10.2009.
- SEAWARD, Paul, Hyde, Edward, first earl of Clarendon (1609–74), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com./view/article/14328>, 20.9.2009.
- SEAWARD, Paul, The Cavalier Parliament and the reconstruction of the Old Regime 1661-1667, Cambridge, 1989.

- SEAWARD, Paul, *The House of Commons 1660-1707*, in: Clyve JONES (HRSG.), *A short history of parliament, England, Great Britain, the United Kingdom, Ireland and Scotland*, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2009, S. 126–147.
- SEAWARD, Paul, *The Restoration 1660-1688*, London, 1991.
- SEEL, G. E./SMITH, David L., *Crown and parliaments, 1558-1689*, Cambridge, New York, 2001.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *A letter from a Parliament man to his friend, Concerning the proceedings of the House of Commons this last sessions, begun the 13th of October 1675*, Early English Books Online (EEBO) 400:08, London, 1675.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *Notes taken in short-hand of a speech in the House of Lords, On the debates of appointing a day for hearing Dr. Shirley's cause, Octob. 20, 1675*, Early English Books Online (EEBO) 297:15, London, 1679.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *The Debate or arguments for dissolving this present Parliament, and the calling frequent and new Parliaments, As they were delivered in the House of Lords, November the 20th, 1675*, Early English Books Online (EEBO) 179:08, 1675.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of, *Two seasonable discourses concerning this present Parliament*, Early English Books Online (EEBO) S2906A, Oxford, 1675.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of/Buckingham, George Villiers, Duke of, *Two speeches, I. The Earl of Shaftsbury's speech in the House of Lords upon the Debate of appointing a day for the hearing Dr. Shirleys Cause, the 20th of October, 1675, II. The D. of Buckinghams speech in the House of Lords the 16th of November, 1675: together with the protestation and reasons of several lords for the dissolution of this Parliament, entred in the lords journal the day the Parliament was prorogued, Nov. 22d., 1675*, Early English Books Online (EEBO) 77:05, Amsterdam, 1675.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper, 1st Earl of/Locke, John, *A letter from a person of quality to his friend in the country*, Early English Books Online (EEBO) 2294:23, London, 1675.
- SHARPE, Kevin, *Faction and parliament, Essays on early Stuart history*, Oxford, New York, 1978.
- SHARPE, Kevin, *Rebranding rule, The restoration and revolution monarchy, 1660-1714*, New Haven Connecticut, London, 2013.
- SIDNEY, Algernon, *Discourses concerning government, Published from an original manuscript of the author*, Early English Books Online (EEBO) 512:27, London, 1698.
- SIDNEY, Algernon/ROBERTSON, Joseph, *The works of Algernon Sydney*, London, 1772.

- SIEBERT, Frederick Seaton, *Freedom of the press in England, 1476–1776, The rise and decline of government controls*, Urbana, 1952.
- SITWELL, George Reresby, *The first Whig, An account of the parliamentary career of William Sacheverell, The origin of the two great political parties and the events which led up to the Revolution of 1688*, 1894.
- SMITH, David, *The Stuart parliaments 1603-1689*, London, 1999.
- SMITH, David L., *The struggle for new constitutional and institutional forms*, in: John MORRILL (HRSG.), *Revolution and Restoration, England in the 1650s*, London, 1992, S. 15–34.
- SMITH, Thomas, *De Republica Anglorum, The maner of gouernement or policie of the realme of England*, Compiled by the honorable man Thomas Smyth, Doctor of the ciuil lawes, knight, and principall secretarie vnto the two most worthie princes, King Edwarde the sixt, and Queene Elizabeth, *Early English Books Online (EEBO) 22857*, London, 1583.
- Some electors of members of Parliament, A letter to the members of Parliament, for the county of [Blank] concerning the Triennial bill, Wherein is considered, what may be the easiest way to secure Triennial Parliaments, without intruding upon the prerogative. With some objections to the methods of that kind, that formerly have been enacted into law*, *Early English Books (EEBO) 2755:33*, London, 1694.
- Somers, John Somers, Baron, *A letter ballancing the necessity of keeping a land-force in times of peace, with the dangers that may follow on it*, *Early English Books Online (EEBO) 514:04*, London, 1697.
- SOMMERVILLE, J. P., *Politics and ideology in England, 1603-1640*, London, New York, 1986.
- SPECK, W. A., *Englishmen and the revolution of 1688*, Oxford, 1988.
- SPECK, W. A., *Harley, Robert, first earl of Oxford and Mortimer (1661–1724)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/12344>, 26.5.2018.
- SPECK, W. A., *Hyde, Laurence, first earl of Rochester (bap. 1642, d. 1711)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/14332>, 26.5.2018.
- SPECK, W. A., *Spencer, Robert, Second Earl of Sunderland (1641–1702)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/26135>.

- SPECK, W. A., *Stability and strife, England, 1714-1760*, The New History of England, Volume VI, London, 1977.
- SPECK, W. A., *The birth of Britain, A new nation, 1700-1710*, History of Early Modern England, Oxford, 1994.
- SPUFFORD, Peter (Hrsg.), *Origins of the English Parliament*, London, 1969.
- SPURR, John, *Cabal (1667-73)*, in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/theme/93697>, 20.7.2009.
- SPURR, John, *England in the 1670s, This masquerading age*, Malden, MA, 2000.
- Steele, Richard, Sir, *Speech for repealing of the Triennial Act, and his reasons for the septennial bill, As it was spoken in the House of Commons. In answer to several speeches made against it: the 24th of April 1716*, Eighteenth Century Collection Online (ECCO) English Short Title Catalogue (ESTC) T174570, London, 1716.
- STEIN, Peter, *Schriftkultur, Eine Geschichte des Schreibens und Lesens*, Darmstadt, 2010.
- STERNBERGER, Dolf, *Der Begriff der Repräsentation im Streit zwischen Burke und Paine*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 8, 1967, Nr. 4, S. 526–543.
- STEWART, Alexander, *An address to Britons, on the Present Critical Situation of Affairs wherein the three leading grievances of septennial parliaments, partial representation, and sinecure placemen, are clearly argued and confuted*, Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC T190125, Glasgow, 1795.
- STEWART, J. D., *William III and Sir Godfrey Kneller*, in: *Journal of the Warburg Courtauld Institute* 33, 1970, S. 330–336.
- STOLLBERG-RILINGER, Barbara, *Des Kaisers alte Kleider, Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*, München, 2008.
- STOLLEIS, Michael, "Respublica mixta", *Zur Verfassung des Alten Reichs*, in: Werner FROTSCHER/Gilbert-Hanno GORNIG/Urs KRAMER/Uwe VOLKMANN (HRSG.), *Staat-Wirtschaft-Gemeinde, Festschrift für Werner Frotscher zum 70. Geburtstag*, Berlin, 2007, S. 23–34.
- STRACHEY, John (Hrsg.), *Rotuli Parliamentorum, ut et petitiones, et placita in Parlamento, Tempore Edwardi R. I. [u.a.]*, Volume I., London, 1767.

- STRONG, Arthur S. (Hrsg.), A Catalogue of letters and other historical documents exhibited in the library at Welbeck, With portraits and numerous facsimiles, London, 1903.
- SUNDSTROM, Roy A., Godolphin, Sidney, first earl of Godolphin (1645–1712), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/10882>, 26.5.2018.
- SÜSSMANN, Johannes/SCHOLZ, Susanne/ENGEL, Gisela (Hrsg.), Fallstudien, Theorie, Geschichte, Methode, Berlin, 2007.
- SWATLAND, Andrew, The House of Lords in the reign of Charles II, Cambridge, 1996.
- TABACZEK, Martin, Wieviel tragen Superlative zum historischen Erkenntnisfortschritt bei?, Anmerkungen zum Beitrag von Johannes Burkhardt "Das größte Friedenswerk der Neuzeit. Der Westfälische Friede in neuer Perspektive" (GWU 10/98), in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 12, 1999, S. 740–747.
- TANNER, J. R., English Constitutional Conflicts of the Seventeenth Century 1603-1689, Cambridge, 1966.
- TAPSELL, Grant, Parliament and Political Division in the Last years of Charles II, 1681-85, in: Parliamentary History 22, 2003, Nr. 3, S. 243–262.
- TAYLOR, John, The Manuscripts of the 'Modus Tenendi Parliamentum', in: English Historical Review 83, 1968, Nr. 329, S. 673–688.
- TAYLOR, Stephen, Walpole, Robert, first earl of Orford (1676–1745), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), Oxford Dictionary of National Biography, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28601>, 29.6.2018.
- Temple, William, Sir, Memoirs of what past in Christendom, from the war begun 1672 to the peace concluded 1679, Early English Books Online (EEBO) 401:07, London, 1692.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), About the History of Parliament Trust, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/about>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), About the History of Parliament's 'Parliaments' articles, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Barebone's Parliament, 4 July 1653 - 12 Dec. 1653, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1653>.



- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Cavendish, Sir William II (1593-1676), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/member/cavendish-sir-william-ii-1593-1676>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Civil War, Commonwealth and Protectorate Parliaments 1640-1660, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1640-1660>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Constituencies, How to use the History of Parliament's constituency articles, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/constituencies>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Hakewill, William (1574-1655), 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1558-1603/member/hakewill-william-1574-1655>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Howell, James (c. 1594-1666), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/member/howell-james-1594-1666>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), L'Estrange, Roger (1616-1704), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/18217estrange-roger-1616-1704>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Members, How to use the History of Parliament's biographies of Members, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/members>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Parliaments 1660-1690, Charles II, James II and the Revolution of 1688-1690, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1660-1690>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Parliaments 1690-1715, The rage of party, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/parliaments/parliaments-1690-1715>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Prynne, William (c.1602-69), 2015, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/member/prynne-william-1602-69>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), Surveys, About the History of Parliament's Introductory Surveys, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/research/surveys>.
- The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 1st Exclusion Parliament of Charles II. 6 March 1679 - 12 July 1679, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1679-0>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 1st Parliament of Anne 2 July 1702 - 5 April 1705, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1702>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 1st Parliament of Charles II. 1660, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1660>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 1st Parliament of James II. 19 May 1685-2 July 1687, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1685>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Exclusion Parliament of Charles II. 17. Oct. 1679 - 18. Jan. 1681, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1679>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of Anne, from 29 Apr. 1707 the 1st Parliament of Great Britain, 2 May 1705 - 15 April 1708, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1705>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of Charles II., 18 Feb. 1661 - 24 Jan. 1679, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1661>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of Great Britain, 26 April 1708 - 21 Sept. 1710, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1708>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of William and Mary, from Dec. 1694 the 1st Parliament of William III, 6 Feb. 1690-11 Oct. 1695, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1690>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 2nd Parliament of William III, 22 Nov. 1695 - 7 July 1698, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1695>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 3rd Exclusion Parliament of Charles II. (The Oxford Parliament), 21 March 1681 - 28 March 1681, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1681>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 3rd Parliament of Great Britain, 27 Sept. 1710 - 8 Aug. 1713, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1710>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 3rd Parliament of William III., 13 July 1698 - 19 Dec. 1700, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1698>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 4th Parliament of Great Britain, 18 Aug. 1713 - 15 Jan. 1715, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1713>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 4th Parliament of William III., 26 Dec. 1700 - 11 Nov. 1701, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1701-0>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 5th Parliament of Great Britain, 17 Jan. 1715 - 10 March 1722, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1715>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 5th Parliament of William III., 3 Nov. 1701 - 2 July 1702, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/parliament/1701>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 6th Parliament of Great Britain, 10 March 1722-5 August 1727, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1722>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 7th Parliament of Great Britain, 10 August 1727-17 April 1734, 2014, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1727>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 8th Parliament of Great Britain, 18 April 1734-27 April 1741, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1734>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The 9th Parliament of Great Britain, 28 April 1741-18 June 1747, 2016, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/parliament/1741>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The Convention Parliament 22 Jan. 1689 - 6 Feb. 1690, 2013, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/parliament/1689>.

The History of Parliament Trust (Hrsg.), The Short Parliament (4th Parliament of Charles I), April 1640, 2014, [http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1640-\(apr\)](http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1640-1660/parliament/1640-(apr)).

The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Politics of the House, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/politics-house>.

The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Appendix I: Dates of parliamentary sessions, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/appendix-i-dates-parliamentary-sessions>.

- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Constituencies and Elections, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/constituencies-and-elections>.
- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Method, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/method>.
- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, Sources, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/sources>.
- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Business of the House, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/business-house>.
- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Members, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/members>.
- The History of Parliament Trust/HAYTON, David/CRUICKSHANKS, Eveline/HANDLEY, Stuart (Hrsg.), Introductory Survey 1690-1715, The Organization of the House, 2002, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1690-1715/survey/organization-house>.
- The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Appendix I: Dates of Parliaments, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/appendix-i-dates-parliaments>.
- The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Appendix II. The Politics of Members, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/ii-politics-members>.
- The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, I. The Composition of the House, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/i-composition-house>.
- The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Method, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/method>.

The History of Parliament Trust/HENNING, Basil Duke/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1660-90, Sources, 1983, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1660-1690/survey/sources>.

The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, I. The Period 1386-1421, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/i-period-1386-1421>.

The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, III. The Role of the King and his Officials, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/iii-role-king-and-his-officials>.

The History of Parliament Trust/ROSKELL, J. S./CLARK, L./RAWCLIFFE, C. (Hrsg.), Introductory Survey 1386-1421, II. The Place of Parliament in the King's Government, 1993, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1386-1421/survey/ii-place-parliament-kings-government>.

The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, Appendix IV: Dates of Parliaments, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/appendix-iv-dates-parliaments>.

The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, I. Procedure, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/i-procedure>.

The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, II. The General Election of 1715 and the First Whig Opposition, 1717-20, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/ii-general-election-1715-and-first-whig-opposition-1717-20>.

The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, III. The Second Whig Opposition, 1722-42, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/iii-second-whig-opposition-1722-42>.

The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, IV. Oppositions 1742-44, 1747-51, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/iv-oppositions-1742-4-and-1747-51>.

- The History of Parliament Trust/SEDGWICK, Romney (Hrsg.), Introductory Survey 1715-54, V. The Tories, 1970, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1715-1754/survey/v-tories>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1604-29, I. The Nature, Functions and remit of the House of Commons, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/i-nature-functions-and-remit-house-commons>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1604-29, IV. Elections, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/iv-elections>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1604-29, XI. Legislation and Petitions, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xi-legislation-and-petitions>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey 1604-29, XIII. The Management of the Commons, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xiii-management-commons>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey, 1604-29, The Parliament of 1628-1629, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/parliament-1628-1629>.
- The History of Parliament Trust/THRUSH, Andrew/FERRIS, John P. (Hrsg.), Introductory Survey, 1604-29, XIV. Representation and Accountability, 2010, <http://www.historyofparliamentonline.org/volume/1604-1629/survey/xiv-representation-and-accountability>.
- The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 10 (1688-93), Covers the period of the Glorious Revolution and the accession of William and Mary, 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol10>.
- The House of Commons (Hrsg.), The Journal of the House of Commons Vol. 11 (1693-97), Covers the period of the death of Queen Mary, extended warfare with France, and the founding of the Bank of England, 1803, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol11>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 12 (1697-99), Covers part of the reign of William III, and the first Partition Treaty with France (1698), 1803, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol12>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 13 (1699-1702), From November the 16th, 1699, in the Eleventh Year of the Reign of King William the Third, to May the 25th, 1702, in the First Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 14 (1702-04), From October the 20th, 1702, In the First Year of the Reign of Queen Anne, to March the 14th, 1704, In the Fourth Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 15 (1705-08), From October the 25th 1705, in the Fourth Year of the Reign of Queen Anne, to April the 1st 1708, in the Seventh Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 16 (1708-11), From November the 16th 1708, In the Seventh Year of the Reign of Queen Anne, to October the 9th 1711, In the Tenth Year of the Reign of Queen Anne, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 17 (1711-14), From December the 7th 1711, In the Tenth Year of the Reign of Queen Anne, to August the 1st 1714, In the First Year of the Reign of King George the First, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 18 (1714-18), From August the 1st 1714, in the First Year of the Reign of King George the First, to September the 15th 1718, in the Fourth Year of the Reign of King George the First, 1803, <http://parlipapers.proquest.com>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 7 (1651-60), The period of the Barebones Parliament and the rule of the two Cromwells as Lord Protector, and the preparation for the restoration of the monarchy, 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol7>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 8 (1660-67), Official minute book covering the early years of the restored monarchy of Charles II., 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol8>.

The House of Commons (Hrsg.), *The Journal of the House of Commons* Vol. 9 (1667-87), Covers a period of European war, the Exclusion Crisis and the accession of James II., 1802, <http://www.british-history.ac.uk/commons-jrnl/vol9>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 11 (1660-66), The official minute book of the House of Lords, covering the early years of the restored monarchy of Charles II., 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol11>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 12 (1666-75), The official minute book of the House of Lords, covering the middle years of the reign of Charles II., 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol12>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 13 (1675-81), Covering the last years of the reign of Charles II, including the end of the Cavalier Parliament and the Parliaments during the period of the 'Popish Plot' and Exclusion Crisis of 1678-81. The Journal contains Titus Oates's narrative of the Plot, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol13>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 14 (1685-91), Covers the period of the accession of James II, the Glorious Revolution of 1688 and the advent of William and Mary, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol14>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 15 (1691-96), The official minute book of the House of Lords covering the middle period of the reign of William III and Mary II, and the war with France, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol15>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 16 (1696-1701), Covers a period of intense European diplomacy including the Partition treaties concerning Spanish territory, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol16>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 17 (1701-05), Covers the period of the accession of Queen Anne and the War of the Spanish Succession with France, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol17>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 18 (1705-09), Covers the period of the continuing War of the Spanish Succession and the Act of Union, uniting England and Scotland as Great Britain, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol18>.

The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords* Vol. 19 (1709-14), Covers the last years of the reign of Queen Anne, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol19>.



- The House of Lords (Hrsg.), *The Journal of the House of Lords Vol. 20 (1714-17)*, Covers the period of the accession of George I, the Jacobite rebellion and the passing of the Septennial Act, 1767-1830, <http://www.british-history.ac.uk/lords-jrnl/vol20>.
- THOMAS, Peter, *The Beginning of Parliamentary Reporting in Newspapers, 1768–1774*, in: *English Historical Review* 74, 1959, Nr. 293, S. 623–636.
- Thomas, P. D. G., *The House of Commons in the Eighteenth Century*, Oxford, 1971.
- THOMPSON, Edward, *The works of Andrew Marvell, Esq., Poetical, controversial, and political, containing many original letters, poems, and tracts, never before printed, with a new life of the author, In three volumes. Vol. I.*, London, 1776.
- THOMSON, Mark Alméras., *Louis XIV. and William III., 1689-1697*, in: *English Historical Review* 76, 1961, Nr. 298, S. 37–58.
- TIERNEY, Brian, *A Conciliar Theory of the Thirteenth Century*, in: *Catholic Historical Review* 36, 1951, Nr. 4, S. 415–440.
- TIERNEY, Brian, *Foundations of the Conciliar Theory, The Contribution of Medieval Canonists from Gratian to the Great Schism*, Cambridge, 1955.
- TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. I (1660-97)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742.
- TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. II (1697-1714)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742.
- TIMBERLAND, Ebenezer (Hrsg.), *The History and Proceedings of the House of Lords, Vol. III (1714-27)*, From the Restoration in 1660 to the present time, London, 1742.
- TOLAND, John, *The danger of mercenary Parliaments*, *Early English Books Online (EEBO)* 676:14, London, 1698.
- TOLAND, John, *The Danger of Mercenary Parliaments, With a preface shewing the infinite mischiefs of long and pack'd Parliaments*, *Eighteenth Century Collections Online (ECCO)* ESTC T000691, London, 1722.
- TOLAND, John, *The Life of James Harrington*, in: John TOLAND (HRSG.), *The Oceana and other works of James Harrington, Esq., Collected, methodiz'd, and review'd with an exact account of his life prefixed by John Toland*, London, 1747, S. XIII–XLIV.

- TOLAND, John (Hrsg.), *The Oceana and other works of James Harrington, Esq., Collected, methodiz'd, and review'd with an exact account of his life prefixed by John Toland, To which is added, An appendix, containing all the political tracts wrote by this author, omitted in Mr. Toland's Edition*, London, 1747.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. I (1668-1680), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1741.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. II (1680-1693), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1741.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. III (1694-1703), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1739.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. IV (1703-1705), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1741.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. V (1706-1712), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1741.
- TORBUCK, John (Hrsg.), *A Collection of the Parliamentary Debates in England, Vol. VI (1712-1717), From the year MDCLXVIII to the present time*, Dublin, London, 1741.
- Trenchard, John, *A short history of standing armies in England*, Early English Books Online (EEBO) 1537:57, London, 1698.
- Trenchard, John, *Free thoughts concerning officers in the House of Commons*, Early English Books Online (EEBO) 853:10, London, 1698.
- Trenchard, John/GORDON, Thomas/ADAMS, John (Hrsg.), *Cato's letters, Vol. I., Or, Essays on Liberty, Civil and Religious, and other important subjects, In Four Volumes*, London, 1737.
- Trenchard, John/MOYLE, Walter/JOHNSON, Samuel, *An argument, shewing that a standing army is inconsistent with a free government and absolutely destructive to the constitution of the English monarchy*, Early English Books Online (EEBO) 479:02, London, 1697.
- TREVOR-ROPER, Hugh R., *Edward Hyde, Earl of Clarendon, A lecture delivered before the University of Oxford on 2 December 1974 to mark the tercentenary of Clarendon's death*, Oxford, 1975.
- TURBERVILLE, A. S., *The House of Lords in the reign of William III*, Oxford, 1913.

- Turberville, A. S., *The House of Lords under Charles II, Part I*, in: *English Historical Review* 44, 1929, Nr. 175, S. 400–417.
- Turberville, A. S., *The House of Lords under Charles II, Part II*, in: *English Historical Review* 45, 1930, Nr. 177, S. 58–77.
- TURNER, Edward Raymond, *Charles II.'s Part in Governing England*, in: *American Historical Review* 34, 1928, Nr. 1, S. 44–47.
- TURNER, Edward Raymond, *Committees of Council and the Cabinet 1660-1688*, in: *American Historical Review* 19, 1914, Nr. 4, S. 772–793.
- TURNER, Edward Raymond, *The Cabinet in the eighteenth Century*, in: *English Historical Review* 32, 1917, Nr. 126, S. 192–203.
- TURNER, Edward Raymond, *The Origin of the Cabinet Council*, in: *English Historical Review* 38, 1923, Nr. 150, S. 171–205.
- TURNER, Edward Raymond/MEGARO, Gaudens, *The King's Closet in the Eighteenth Century*, in: *American Historical Review* 45, 1940, Nr. 4, S. 761–776.
- VERNEY, Margaret M. (Hrsg.), *Memoirs of the Verney Family, From the Restoration to the Revolution 1660 to 1696*, Compiled from the letters and illustrated by the portraits at Claydon House. Vol. IV., London, 1894.
- WALKER, James, *The Yorkshire Plot 1663*, in: *Yorkshire Archaeological Journal* 31, 1934, S. 348–359.
- WARRINGTON, Henry Booth Earl of, *The charge of the Right Honourable Henry Earl of Warrington to the Grand Jury at the Quarter Sessions held for the county of Chester on the 11th of October, 1692*, *Early English Books Online (EEBO) D874*, 1354:11, London, 1693.
- WEBER, Harold, *Paper bullets, Print and kingship under Charles II*, Lexington, 1996.
- Weber, W. C., *The Purpose of the English Modus Tenendi Parliamentum*, in: *Parliamentary History* 17, 1998, Nr. 2, S. 149–177.
- WEISER, Brian, *Charles II and the politics of access*, Woodbridge, UK, Rochester, NY, 2003.
- WENDE, Peter (Hrsg.), *Englische Könige und Königinnen, Von Heinrich VII. bis Elisabeth II.*, München, 2008 (1998).
- WESTON, Corinne Comstock/GREENBERG, Janelle Renfrow, *Subjects and sovereigns, The grand controversy over legal sovereignty in Stuart England*, Cambridge, 1981.

- WHEATLEY, Henry B. (Hrsg.), *The Diary of Samuel Pepys, Clerk of the Acts and Secretary to the Admiralty. For the first time fully transcribed. From the shorthand manuscript in the Pepysian Library Magdalene College Cambridge By the Rev. Mynors Bright M.A. Late Fellow and president of the College, with Lord Braybrooke's Notes. Edited with extensive additions, Vol. I. Jan. 1, 1660-June 4, 1660, Boston, 1892.*
- WILDING, Norman/LAUNDY, Philip, *An Encyclopaedia of Parliament*, New York, 1971.
- Wildman, John, Sir, *The case of the Armie truly stated, together with the mischiefes and dangers that are imminent, and some sutable remedies, humbly proposed by the agents of five regiments of horse, to their respective regiments, and the whole Army. As it was presented by Mr. Edmond Bear, and Mr. William Russell, October 15. 1647. unto his Excellency, Sir Thomas Fairfax. Enclosed in a letter from the said agents, Also his Excellencies honourable answer thereunto,* Early English Books Online (EEBO) 65:E.411[9], 1647.
- WILLIAMS, John, *A constitutional guide to the people of England, at present unrepresented, With a letter to the Right Honourable Mr. W. Pitt, on the necessity of his moving for the repeal of the Septennial Bill, previously to his proceeding on the great question of a reform in parliament, And with a direction to each Parish or town, to take the sense of the inhabitants, in the concisest manner, in regard to a reform of parliament, and its duration,* Eighteenth Century Collections Online (ECCO) ESTC, London, 1783.
- WILTON RIX, S. (Hrsg.), *The diary and autobiography of Edmund Bohun, Esq., 1853.*
- WITCOMBE, D. T., *Charles II and the Cavalier House of Commons 1663-1674*, Manchester, 1966.
- Woodhouse, A. S. P. (Hrsg.), *Puritanism and Liberty, Being the Army Debates (1647-49) from the Clarke Manuscripts with Supplementary Documents*, Chicago, 1951.
- WOOLF, D. R., Howell, James (1594?-1666), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/13974>, 16.12.2015.
- YARDLEY, Bruce, Villiers, George, Second Duke of Buckingham (1628-87), in: Colin MATTHEW/Brian HARRISON/Lawrence GOLDMAN/David CANNADINE (HRSG.), *Oxford Dictionary of National Biography*, Oxford, 2004, <http://www.oxforddnb.com/view/article/28294>, 06.8.2011.
- ZOOK, Melinda, *The Bloody Assizes, Whig Martyrdom and Memory after the Glorious Revolution*, in: *Albion, A Quarterly Journal Concerned with British Studies* 27, 1995, Nr. 3, S. 373–396.